DOKUMENTE DES SOZIALISMUS: HEFTE FÜR GESCHICHTE, URKUNDEN UND...




THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
·LIBRARIES·
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
1817

Dokumente des Sozialismus

Hefte
für Geschichte, Urkunden und Bibliographie
des Sozialismus

Herausgegeben von

Eduard Bernstein

IV. Band

Stuttgart 1904

Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger (G. m. b. H.)

Inhalt

[Die Ziffern bedeuten die Seitenzahlen]

I. Kritische Bibliographie des Sozialismus

In deutscher Sprache

Printed in Germany.

In englischer Sprache

In französischer Sprache

In holländischer Sprache

In italienischer Sprache

In magyarischer Sprache

II. Aus der Geschichte des Sozialismus

III. Urkunden des Sozialismus

Holland

Norwegen

Oesterreich

Russland

Schweiz

Vereinigte Staaten von Amerika

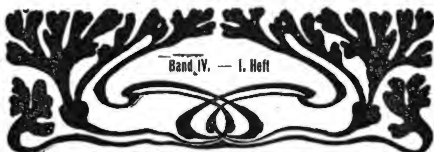
IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

V. Anfragen und Nachweise*

VI. Notizen



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Arbeiter. Ratgeber für Arbeiter. Eine Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen aus den Arbeiterversicherungsgesetzen und der bürgerlichen Gesetzgebung. Leipzig 1903, Verlag der Leipziger Buchdruckerei-Aktien-Gesellschaft. 308 S. 16°. Preis: gebunden 1,25 Mk.

Ein nützliches Nachschlagebuch, über dessen Inhalt der Titel summarisch Auskunft gibt. Den ersten Anlass zu seiner Abfassung gab dem Herausgeber die aus einem langjährigen Verkehr mit Arbeitern gewonnene Erfahrung, dass die drei Arbeiterversicherungsgesetze des Deutschen Reiches zusammen ein zu kompliziertes Stück Gesetzeswerk darstellen, als dass sich der einfache Arbeiter mit genügender Leichtigkeit darin orientieren könne, während die von der Sozialdemokratie verlangte Vereinfachung (bezw. Vereinheitlichung) dieser Gesetze wohl noch lange auf sich werde warten lassen. Das für den Arbeiter Wichtigste aus den bezeichneten Gesetzen herauszuziehen, übersichtlich zusammenzustellen und leicht fasslich darzustellen, war die sich aus dieser Erkenntnis ergebende Aufgabe, die das Buch auch im ganzen befriedigend löst. Nur an die Fasslichkeit darf man nicht zu weitgehende Anforderungen stellen. Sollte der Umfang des Buches, das ausser den Versicherungsgesetzen auch die für die Arbeiter wichtigsten Stücke des bürgerlichen Gesetzbuches, der Gewerbeordnung, Militärgesetze, Prozessordnung etc. behandelt, nicht zu sehr anschwellen, so war eine knappe Ausdrucksweise geboten, die immerhin einiges Selbstdenken erheischt; doch darf man dem Arbeiter, der sich orientieren will, hierin wohl schon einiges zumuten.

Dem handlich gestalteten Buch, das viele wichtige Adressen von Behörden und Anstalten enthält und mit einem Register versehen ist, ist das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beigegeben.

Bernhard, Dr. Ludwig, Privatdozent in Berlin: **Die Akkordarbeit in Deutschland.** Leipzig 1903, Duncker & Humblot. 237 S. gr. 8°. Preis: 5 Mk.

Eine Untersuchung über die verschiedenen Formen der Akkordarbeit, den Zusammenhang ihrer Formen mit der Arbeitstechnik und die ökonomische wie juristische Seite dieser Entlohnungsmethode.

Noch heute begegnet man vielfach der Auffassung, dass das Problem der Akkordarbeit ein durchaus einfaches sei, wobei das Unternehmerinteresse und das wohlverstandene Interesse des Arbeiters in direkt entgegengesetztem Verhältnis zueinander ständen, die Akkordarbeit die besonders bedrückende Form der Lohnarbeit, »Mordarbeit« sei. Dieser, noch stark in der sozialistischen Arbeiterpresse vertretenen Anschauung steht eine andere gegenüber, die nicht minder einfach die Akkordarbeit als die gerechtere Form der Lohnarbeit bezeichnet, weil bei ihr der Arbeiter gemäss seiner Leistung bezahlt werde, Fleiss und Geschicklichkeit besser auf ihre Rechnung kämen, als bei der Löhnung

nach Zeit. Es darf nun als bekannt vorausgesetzt werden, dass beide Auffassungen viel zu einseitig generalisieren, dass die Akkordarbeit sich in der Tat vielfach als Mittel hochgradiger Arbeiterschinderei erwiesen hat, dass aber auch oft selbst organisierte Arbeiter der Akkordarbeit vor der Zeitlohnarbeit den Vorzug geben. Wiederholt sind Arbeiter gegen Ersetzung der Akkordlöhne durch Zeitlöhne in Ausstand getreten, während die Zahl der Fälle, wo Arbeiter den Kampf gegen das Akkordlohnsystem ernsthaft aufgenommen haben, in keinem Verhältniss zur Häufigkeit und Schärfe der prinzipiellen Verurteilung des Systems steht.

Schon die blosse Feststellung dieser Erfahrungstatsachen legt die Folgerung nahe, dass das Akkordlohnsystem nicht schlechtweg den Arbeitern günstig oder ungünstig ist, sondern dass es von besonderen Verhältnissen abhängt, ob die eine oder andere Wirkung eintritt. Und diese Erwägung wiederum nötigt zu der Folgerung, dass es da gewisse Regeln oder Gesetzmässigkeiten geben muss, die sich unter gleichen Verhältnissen stets mit Notwendigkeit wieder geltend macht. Von welcher praktischen Bedeutung es ist, die Natur dieser Regeln genauer festzustellen, liegt auf der Hand. Heute bestimmt vielfach das doktrinäre Vorurteil das Verhalten der Arbeiter gegenüber den Lohnmethoden und wird zur Ursache, dass hier zwecklose Kämpfe geführt, dort vorhandene Möglichkeiten nicht ausgenutzt werden. Genauere Einsicht in die Regeln oder Gesetze, welche für die Wirkung für Akkord- oder Zeitlohn bestehen, würde der Arbeiterklasse grosse Opfer an Zeit und Kosten aller Art ersparen.

An Versuchen, diesen Gesetzen auf die Spur zu kommen, hat es zwar bisher nicht völlig gefehlt, aber sie sind der Zahl nach doch nur gering, und selbst die besten unter ihnen können auf erschöpfende Behandlung des Problems keinen Anspruch erheben, wenn auch einzelne, wie z. B. das höchst instruktive Kapitel »Der Standardlohnsatz« im S. und B. Webbs Theorie und Praxis der Gewerkvereine. Bd. 1, ziemlich tief in die Sache eindringen. Es ist das Verdienst der vorliegenden Arbeit, die komplexe Natur des Problems besser begriffen und die Auflösung des in Frage kommenden Komplexes von Fragen eindringender durchgeführt zu haben, als wie unseres Wissens irgend ein früheres Werk über den Gegenstand. Allerdings ist die vom Verfasser beobachtete Methode der Untersuchung mehr empirisch deskriptiv als streng systematische Analyse, aber im Verlauf der Beschreibung der Geschichte der Lohnformen und der Kämpfe der Arbeiter gegen bestimmte Lohnformen kommt an entsprechenden Stellen auch die wissenschaftliche Analyse meist zu ihrem Recht, so dass sein Buch eine ganze Anzahl der wichtigsten Bestandteile einer Theorie der Lohnform schon verarbeitet darbietet. Es ist, wie der Verfasser im Vorwort bemerkt, entstanden, nachdem er »im Maschinenfach praktisch gearbeitet hatte, um die technischen Grundlagen nach Möglichkeit kennen zu lernen«. (S. VII.) Auch sonst legt es Zeugnis von allerhand Beobachtung der Praxis ab, und ebenso hat der Verfasser viel Kenntnis der einschlägigen theoretischen Literatur, wobei wir aber jeder Erwähnung des Thünenschen Experiments und des Rodbertusschen Werkarbeitstags vermissen, welch letzterer unbedingt eine Form von Akkordarbeit darstellt oder darstellen sollte.

Indem wir dieses niederschreiben, gebrauchen wir das Wort Akkordarbeit im Sinne der Definition des Verfassers, wo es ein Arbeitsverhältnis bedeutet, bei dem die Arbeit nach ihrem Erfolg bezahlt wird, und als Sammelbegriff oder grosse Kategorie sehr verschiedenartige Lohnformen, wie Einzelstücklohn, gemeinschaftliche Akkorde, Kolonnensysteme, Akkordmeistersysteme verschiedener Art, Gruppenakkorde etc., umfasst. Wir haben gegen die Zusammenfassung selbst nichts einzuwenden, halten aber die Wahl des Wortes Akkordarbeit für den Sammelbegriff als verfehlt. Akkord ist im Grunde nur ein anderes Wort für Geding, und in der Tat beruht die uns überall entgegentretende traditionelle Gegnerschaft der Arbeiter gegen die Akkordarbeit auf der schlechten Erfahrung, die schon sehr früh mit der Gedingarbeit gemacht wurde, bei der Zwischenmeister oder Arbeitergruppen mit den Unternehmern um den Preis für eine bestimmte Arbeitsleistung zu feilschen oder gar (dies namentlich im Bergbau, bei Steinbrüchen etc.) sich gegenseitig niederzukonkurrieren hatten, wobei der schliesslich am wenigsten Fordernde die Arbeit zugeschlagen — in Akkord — bekam. Dies ist auch der ursprüngliche Sinn des französischen Wortes *marchandage*, das der Verfasser auf S. 52 kurzer Hand mit Zwischen-

meistersystem übersetzt, was die Sache nicht genau wiedergibt. Im Begriff des Wortes marchandage ist das marchander, das Herunterhandeln, das Bezeichnende, genau wie das Akkordieren nach dem eigentlichen Sprachgebrauch den Abschluss eines Feilschens bezeichnet. Das trifft aber für das Stücklohnsystem, wo auf Grund bestimmter Tarife gearbeitet wird, nicht zu, und es würde daher sehr viel zur Klärung der Meinungen beitragen, wenn man zwischen Stücklohn und Akkordlohn stets so scharf wie nur möglich unterschiede, genau wie der Engländer *piece wage* und *task wage* begrifflich streng auseinanderhält. Für den Sammelbegriff, der Stücklohn und Akkordlohn zusammen umfasst, würden wir daher den von Rodbertus gewählten Begriff Werk vorziehen, generell Zeitlohn und Werklohn gegenüberstellen, und die Werklohnsysteme zunächst grundsätzlich in System der Stücklöhne nach festem Tarif und die wirklichen Akkordlohnsysteme scheiden. Damit würde unseres Erachtens u. a. eine der vornehmsten Ursachen der heute noch so widerspruchsvollen Haltung der Arbeiterparteien und Arbeitergewerkschaften zur Stücklohnfrage aus der Welt geschafft und einer in sich folgerichtigen rationellen Stellungnahme zur Frage der Lohnformen der Weg geebnet.

Das Buch des Verfassers zerfällt in vier Abschnitte. Der erste behandelt generell die Entwickelung der Akkordarbeit im 19. Jahrhundert, der zweite die Stellungnahme der Arbeiter zur Akkordarbeit, wobei der grosse Unterschied zwischen der auf Kongressen, in der Presse etc. verfochtenen und der wirklichen Stellungnahme der Arbeiter in den verschiedenen Gewerben zur Werklöhnung oft in drastischster Weise zu Tage tritt. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass man vor allem zwei Hauptfälle zu unterscheiden hat, nämlich solche, wo die Arbeiter im praktischen Kampf *Beseitigung der Akkordmethode* verlangen, und solche, wo nur *Reform des Akkordsystems* verlangt wird. Die Beseitigung hält der Verfasser überall da angezeigt, wo die Arbeit mit grösserer Lebensgefahr verbunden ist. »Die beste Sicherheitsvorrichtung bei lebensgefährlichen Arbeiten«, schreibt er auf S. 136 sehr gut, »ist die Beseitigung der Akkordarbeit.« Bei der Forderung der Reform des Werklohnsystems handelt es sich für die Arbeiter erstens um Sicherung einer genauen Werklohnberechnung und zweitens, bei Gruppenarbeiten, um sorgfältige Regelung der Akkordverteilung. Der Untersuchung dieser Fragen ist der dritte Abschnitt *»Die wirtschaftliche Ordnung der Akkordarbeit«* gewidmet. Wir können auf die schönen, auf praktische Beispiele gestützten Untersuchungen dieses Kapitals hier nicht näher eingehen und bemerken daher nur, dass der Verfasser die verschiedenen Methoden der Akkord- oder Werk-Berechnung sehr scharf hervorhebt und an Tarifen und sonstigen Beispielen klar veranschaulicht, und dass im Kapitel über die Akkordverteilung gerade die scharfe Unterscheidung der Verteilungsarten, die der Verfasser vornimmt, deutlich zeigt, wie irreführend der unterschiedslose Gebrauch des Wortes Akkord für diese Fragen ist. Was hat der Schriftsetzer, der nach einem genau festgesetzten Tarif im »Berechnen« schafft, mit dem Mitglied einer Nietkolonne in der Metallindustrie arbeitsorganisatorisch gemein? Und doch ist er nach der Einteilung des Verfassers ebenso wie dieser »Gruppenakkordarbeiter«. Ihn anderswo unterzubringen, ist nach diesem System nicht möglich, es wäre der grösste Widersinn, ihn als Einzelakkordarbeiter zu bezeichnen, denn der Tarif, nach dem sein Lohn berechnet wird, ist das Ergebnis einer Kollektivabmachung, wenn man will also eines Gruppenakkords. Die Schwierigkeit fällt sofort hinweg, wenn man einfach zwischen Einzel- und Gruppen-Werklohnarbeitern unterscheidet. Desgleichen fällt alsdann der Widersinn, auch in solchen Fällen von Akkordlohn reden zu müssen, wo es sich um ganz einseitig von den Fabrikanten normierte Stücklöhne handelt.

Nur ein Gesichtspunkt lässt die Bezeichnung Werklohnsystem als bedenklich erscheinen, der formalrechtliche. Er bestimmt, neben mehr untergeordneten Gesichtspunkten, Ph. Lotmar in seinem Werk über den Arbeitsvertrag Akkord- vor Werklohn den Vorzug zu geben, weil Werklohn an einen Werkvertrag denken lässt, während diese Begriffe sich doch nicht deckten. (A. a. O. S. 331, Note.) Letzteres ist ja selbstverständlich richtig; wir meinen aber, die Wortähnlichkeit darf auch für den Juristen nicht mass-

gebend sein; die Natur eines Vertrages ergibt sich aus der ihm zu Grunde liegenden sozialen Beziehung; diese verweist aber den Werklohnvertrag genau wie den Zeitlohnvertrag in die Gruppe der Dienstverträge. Das entscheidende Gewicht liegt hier auf dem Wort Lohn. Uebrigens kann ein Akkordarbeitsvertrag wirklich, wie man ihn auch nennen mag, ein Werkvertrag sein. Wenn z. B. auf Grund einer Ausschreibung eine grössere Arbeit an einen kapitalistischen Unternehmer vergeben wird — etwa der Bau einer Röhrenleitung —, so haben wir alle Kriterien eines Arbeitsakkords, während das den Dienstvertrag vom Werkvertrag unterscheidende Merkmal der persönlichen Leistung der Arbeit hier wegfällt. Der Verfasser, der im vierten Abschnitt die Frage der *rechtlichen Ordnung der Akkordarbeit* behandelt, streift diesen Punkt nur obenhin, um sich mehr mit der Frage der beiderseitigen Pflichten etc. zu beschäftigen.

Das Buch ist sehr frisch und anregend geschrieben, voller Beispiele aus der Praxis und Anwendungen auf die Praxis, so dass, wenn es den Theoretiker nicht in jeder Hinsicht zufriedenstellt, der Praktiker auf jeden Fall das Seinige erhält. Aber auch für die Theorie ist es von nicht geringem Wert.

Christeller-Berlin, Dr. med.: **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.** (Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek, Heft 1). Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 24 S. 8°. Preis: 20 Pf.

Die Schrift behandelt das im Titel angezeigte Thema in leicht fasslicher, durch neun Text-Illustrationen unterstützter Darstellung.

Cohnstädt, Dr. Wilhelm: **Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie von Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag.** München 1903, Ernst Reinhardt. 245 S. gr. 8°. Preis: 3 Mk. 50 Pf.

Ein kritisch abgefasstes, eingehendes Referat über Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie mit Bezug auf die Landwirtschaft und ihre Klassen. Der Verfasser kommt nach Analyse der die Agrarverhältnisse betreffenden theoretischen Literatur der deutschen Sozialdemokratie und Vorführung ihrer Kongressbeschlüsse und Debatten zu dem Ergebnis, dass die deutsche Sozialdemokratie nach zeitweiligen kleinen Abweichungen seit dem Breslauer Parteitag wieder reine Klassenpartei des Proletariats ist und »durchaus auf dem Boden des historischen Socialismus steht«, für den der Sozialismus nicht eine Sache des Wunsches, sondern der erkannten historischen Notwendigkeit ist, die kommen wird, ob sie gewollt werde oder nicht. Wie der Verfasser selbst über diesen letzteren Punkt denkt, ist nicht ganz klar zu ersehen; er lässt sich öfter ziemlich scharf, indess nicht immer richtig über Deduktionen von Marx und dessen orthodoxen Vertretern aus, legt sehr gern den Finger in wunde Stellen der Marxschen Agrartheorie, zeigt aber dann wieder eine unverkennbare Vorliebe für die Vertreter des starren Marxismus und Abneigung gegen deren sozialistische Opponenten, welche Voreingenommenheit ihn gelegentlich dazu veranlasst, den letzteren ungereimte Vorhalte zu machen. So ist es keinem der beiden Sozialisten, über die er auf S. 68/69 herzieht, je eingefallen, es als ihr Verdienst hinzustellen, dass sie gewisse Dinge heute richtiger beurteilen, als Marx dies vor vierzig Jahren gekonnt hat. Sie haben lediglich dasselbe getan, was der Verfasser auch tut, und als Anhänger der Partei, die in Marx ihren massgebenden Theoretiker erblickt, folgten sie dabei einer keineswegs immer ein »Vergnügen« darstellenden Pflicht. Ganz falsch beurteilt der Verfasser Lassalle. Nirgends steht etwas davon geschrieben, dass dieser von der Einführung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts »die weitgehendsten und schwerwiegendsten Folgen vorausgesagt« hat, noch ist es richtig, von ihm zu sagen, »in seinem Denken seien Begriffe und Zahlen das Primäre« gewesen. Wenn Lassalle darauf Wert legte, dass das Proletariat als Werkzeug seiner politischen Macht die Zahl in die Wagschale zu legen hat, so teilt er diese »Weisheit« mit einem gewissen Karl Marx, der in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation den Arbeitern von ihnen als Klasse zurief: »Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen«,

und sie, ganz wie Lassalle, aufforderte, sich zur Geltendmachung dieser Zahlen zu verbünden. Rechenfehler hinsichtlich der jeweiligen Grösse und sozialen Kraft dieser Zahlen haben aber Marx wie Lassalle gemacht. Uebrigens muss der Verfasser auf S. 74/75 selbst zugeben, dass wenigstens im Manifest der Kommunisten die historische Natur des Marxschen Sozialismus keineswegs jeder utopistischen Beimischung entbehrt. Aber auch in anderer Hinsicht ist seine Beurteilung von Marx nicht widerspruchsfrei.

Wir glauben indes nicht fehl zu gehen, wenn wir in den berührten Fehlern des Buches lediglich Reflexe von Stimmungen erblicken. Der Verfasser verspricht zwar in der Einführung eine tendenzlose historische Darstellung und wird in der Mehrheit der Fälle seiner Aufgabe auch gerecht, aber er ist doch zu subjektivistisch veranlagt, um sein Programm streng inne-zuhalten. Auf diese Weise erhalten wir ein Gemisch von objektiver Darstellung und ins Tendenziöse übergreifender Kritik, das einen peinlichen Eindruck zurücklässt. Niemand hätte dem Verfasser eine bestimmte Parteinahme, welche es auch sei, verargt. Aber die halben Andeutungen und Anspielungen, die durchblicken lassen, dass der Verfasser Partei ist, aber nicht klar erkennen lassen, wie er es ist, legen sich schliesslich auf die Nerven. Indem wir dies feststellen, wollen wir jedoch nicht unterlassen, hinzuzufügen, dass der Verfasser im ganzen mit viel Sachkunde schreibt und über einen gewandten, oft musterhaft klaren und reinen Stil verfügt.

Damaschke, Adolf: **Aufgaben der Gemeinde-Politik.** (Vom »Gemeinde-Sozialismus«). Fünfte, wesentlich erweiterte Auflage. Dreizehntes bis zwanzigstes Tausend. Jena 1904, Gustav Fischer. 288 S. 8°. Preis: 1 Mk. 50 Pf.

Beim Erscheinen einer Neuauflage dieser Schrift des Führers der deutschen Bodenreformer können wir nur auf unsere Besprechung der früheren Auflage in Bd. 1 der Dok. des Soz. zurückverweisen (a. a. O. S. 329) und das dort ausgesprochene zusammenfassende Urteil wiederholen, dass sie zwar nicht über gewisse bürgerliche Beschränktheiten erhaben, aber doch von allen reaktionären Tendenzen frei ist, sehr viel Informationsmaterial darbietet und als eine, sozialen Reformen das Wort redende, volkstümlich gehaltene Aufklärungsschrift alles Lob verdient.

Deutsch, Leo: **Sechszehn Jahre in Sibirien.** Erinnerungen eines russischen Revolutionärs. Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen. Stuttgart 1904. J. H. W. Dietz Nachf. 336 S. 8°. Preis: 3 Mk.

Der Verfasser dieses Buches gehört jener Generation russischer Sozialisten an, die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts vom Befreiungsdrang ergriffen behufs propagandistischer Aufklärungsarbeit »ins Volk« gingen, unter der Rückwirkung der alsbald auf sie herniederregnenden Verfolgungen aber in direkten Kampf mit der Regierung und ihren Organen gerieten, der entsprechend den russischen Verhältnissen immer stärkere terroristische Formen annahm. Er hatte als Mitglied der Gruppe des Tschorni Peredjel (schwarze, d. h. heilige Bodenverteilung) 1876 im Kreise Tschigirin (Gouvernement Kiew) mit Freunden einen erfolglosen Versuch gemacht, unter den dortigen, mit der Regierung in Konflikt geratenen Bauern einen Aufstand zu organisieren, später sich an einem Versuch beteiligt, einen der Spionage verdächtigen Abtrünnigen umzubringen, war im Herbst 1877 auf Grund der Tätigkeit im Tschigriner Kreis verhaftet worden, im Frühjahr 1878 entkommen und hatte dann einige Jahre in der Schweiz gelebt. Bei einem Versuch, für Russland bestimmte sozialistische Schriften in Deutschland aufzugeben, wurde er im Frühjahr 1884 in Freiburg in Baden verhaftet und nach längerer Untersuchungshaft unter sehr eigentümlichen Verhältnissen nach Russland ausgeliefert. Dort ward er im September desselben Jahres vom Militärgericht in Odessa zu 13 Jahren 4 Monaten Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt, nach dem Strafgebiet am Flusse Kara (Ostsibirien) transportiert, wo er über sechs Jahre im Kerker, gegen vier Jahre in relativer Freiheit bei Strafarbeit und dann noch bis zum Mai 1897 als sog.

freier Verbannter lebte. Nachdem er dann noch zwei Jahre in der Kosakenansiedelung Stretjensk an der ostsibirischen Eisenbahn und anderthalb Jahre in Blagoweschtschensk am Amur zugebracht hatte, wo er im Juli 1900 Zeuge der unerhörten Massenersäufungen von Chinesen war, hat er im Frühjahr 1901 seiner Verbannung in jene Gebiete selbst ein Ende gemacht und ist von Wladiwostock aus über Japan, Hawai, die Vereinigten Staaten nach Europa zurückgekehrt.

Die Schilderung der Verhaftung des Verfassers in Freiburg, seiner Erfahrungen im dortigen Gefängnis und der Art, wie seine Auslieferung zustande kam und ausgeführt wurde, wirft ein interessantes Streiflicht auf die Rechtszustände in Deutschland unter dem Sozialistengesetz; seine weiteren Mitteilungen über sein politisches Vorleben, seine Erlebnisse in der Untersuchungshaft, seine Verurteilung, seine Transportierung nach Sibirien und sein dortiges Leben führen uns ein anschauliches Bild russischer Strafjustiz vor und lassen ein grosses Stück der russischen revolutionären und sozialistischen Bewegung der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts in voller Lebendigkeit wieder vor uns erstehen. Kaum eine der auch in Westeuropa seinerzeit namhaft gewordenen Persönlichkeiten aus jener heroischen Periode, der wir nicht in den Erinnerungen des Verfassers begegneten, wobei wir gewöhnlich Näheres über das Schicksal erfahren, das die zur Deportation oder langjährigem Gefängnis Verurteilten aus jener Schar später erlitten. Wir lernen das Leben und die Leiden der Gefangenen in der Kara-Kolonie, ihre Kämpfe mit den Gefängnisbehörden kennen, nehmen am geistigen Leben der politischen Gefangenen und Verbannten teil, sehen, wie die einen auf Grund ihrer Erfahrungen ihre ursprünglichen Ansichten von der Bewegung modifizieren, andere aber an ihren alten Anschauungen unverändert festhalten, und erfahren viel Interessantes über die angesiedelte Bevölkerung jener Distrikte.

Das Buch vermeidet sentimentale Ergüsse, wirkt aber darum nur um so tiefer und bildet einen höchst wertvollen Beitrag zur Literatur der Geschichte der sozialistisch-revolutionären Bewegung Russlands. Die ihm beigegebenen Illustrationen sind vorzüglich.

Driesel, Rudolf, Ingenieur in München: **Solidarismus.** Natürliche wirtschaftliche Erlösung des Menschen. München und Berlin 1903, R. Oldenbourg. VII u. 124 S. 8°.

Wie ein guter Bekannter aus alter Zeit mutet diese Schrift an. Der Verfasser führt aus, dass, wenn alle Abhängigen (Arbeiter, Angestellte, Hausindustrielle etc.), die er mit ihren Angehörigen auf 50 Millionen in Deutschland berechnet, täglich nur einen Pfennig pro Kopf zu einem solidarisch für das Gesamtinteresse zu verwaltenden Fond beisteuern, den er Volkskasse nennt, in verhältnismässig kurzer Zeit gewaltige Summen aufgebracht werden können, die, sich von Jahr zu Jahr mehrend, in steigendem Masse zum Ankauf oder der Neueinrichtung grosser Produktionsbetriebe, Errichtung von Tausch-Lagern und zu sozialen Einrichtungen aller Art verwendet werden können, bis schliesslich die soziale Abhängigkeit von kapitalistischen Mächten ganz beseitigt sein, die Menschheit in friedlicher, zielbewusster Arbeit ohne Umsturz, Kampf, Revolution, ein Reich der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität erstellt haben wird.

Der Plan, nach dem dies alles verwirklicht werden soll, ist vom Verfasser so sinnreich ausgearbeitet, dass man sich im Hinblick auf das hohe Ziel unwillkürlich fragen muss, warum denn nun die Sache nicht auch praktisch durchführbar sein soll. Nun, ganz einfach, weil die Menschen für so weitausgreifende Wirtschaftszwecke in der nötigen Zahl erfahrungsgemäss nicht zusammenzubringen und zusammenzuhalten sind. Der Verfasser übersieht, dass wenn die Sache im gedachten Umfang eingerichtet würde, der Verwaltungsapparat in der ersten Zeit so ausser allem Verhältnis zu den aufgebrachten Mitteln stehen und seine unabwendbaren Kosten schon so viel verschlingen würden, dass — ganz abgesehen von geschäftlichen Missgriffen und dergleichen Verlusten — nur verhältnismässig wenig für die Produktionsunter-

nehmungen (die er »Bienenstöcke« nennt) verfügbar bleiben, der Vorteil dieser einer relativ nur sehr winzigen Minderheit zu gute kommen würde, für welche die ungeheure Masse lange Zeit nur aufzubringen hätte. Das tun aber Menschen nur in Organisationen, die sie übersehen können, während die hier in Frage kommende Organisation ganz unübersehbar wäre, was gerade das wirtschaftliche Solidaritätsempfinden bis zum Nullpunkt abschwächen würde. Der Verfasser als Ingenieur wird unzweifelhaft wissen, dass weit zerstreute, von sich aus divergierenden Tendenzen unterworfene Massen nur durch entsprechenden Druck oder Gegensatz zusammenzuschweissen sind, ein Umstand, dem sein Plan keine Rechnung trägt und in genügendem Masse auch nicht Rechnung tragen könnte. Denn selbst Bewegungen, welche die Gemüter aufs Stärkste packten, die Leidenschaften auf's Intensivste erregten, haben nicht entfernt das zuwege gebracht, was hier der Appell an das Edle im Menschen zuwege bringen soll, das sehr viel konkretere Zwecke braucht, um mit der erforderlichen Kraft zu wirken.

Der Plan ist nicht der erste seiner Art. Es gab eine Zeit, wo ähnliche Projekte in grosser Zahl ausgearbeitet wurden. Sie liegt heute weit hinter uns, und wenn sich nun doch wieder ein kenntnisreicher Mann, wie der Verfasser unzweifelhaft ist, dazu herbeilässt, den abgerissenen Faden aufzunehmen und in seiner Weise weiter zu spinnen, so wollen wir es nicht schlechtweg als Rückfall verurteilen, sondern als einen Beweis eines ehrlichen Strebens auffassen, die Menschen auf dem denkbar schnellsten Wege aus Not und Unterdrückung zu befreien. Es gibt aber leider keinen Königsweg, der ins tausendjährige Reich führt.

Hoteldiener. Zur Lage der Hoteldiener. Umfrage über die Arbeits-, Wohnungs-, Lohn und- Stellenvermittelungs-Verhältnisse der Hoteldiener Deutschlands, veranstaltet vom Verein Berliner Hoteldiener. Herausgegeben vom Verband deutscher Hoteldiener. Sitz Berlin. Berlin 1903, Verlag Rudolf Diesing. 24 S. 8°.

Die Umfrage wurde von 1391 in 522 Betrieben beschäftigten Personen beantwortet. Sie ergab, dass von 1201 Hoteldiener 1010 eine mehr als sechszehnstündige Arbeitszeit hatten. Von 1001 Personen hatten nur 102 während der Arbeitszeit Ruhepausen. Von 845 die Frage nach den Lohnverhältnissen beantwortenden Personen erhielten 305 einen, meist sehr mässigen Monatslohn, 309 waren auf Einnahmen aus Trinkgeldern angewiesen und 231 hatten aus ihren Trinkgelder- etc. Einkünften noch Abgaben zu entrichten, bezw. Hilfspersonen zu bezahlen. Auf die Frage nach der Stellenvermittelung antworteten 514 Personen, von denen 171 ihre Stellen durch Vereine, 343 durch Agenten etc. erhalten hatten. Mehr als 64 Prozent der Letzteren zahlten über 10 Mark, mehr als 23 Prozent über 20 Mark Vermittelungsgebühr. Von den 171 durch Vereine vermittelten Stellen waren 132 von Vereine von Hausdienern kostenlos vermittelt worden.

Die Schrift gibt ein eindrucksvolles Bild von den Umwälzungen im Gasthauswesen und ihre Rückwirkungen auf die Lage der Hoteldiener, sowie von dem bisherigen Schicksal der Versuche, die Gesetzgebung zu Massnahmen im Interesse der Hoteldiener zu bewegen.

Konsumgenossenschaften und Mittelstandspolitiker. Amtliche Denkschrift der sächsischen Regierung über die Besteuerung der Grossbetriebe im Kleinhandel und die Verhandlung im sächsischen Landtag am 19. März 1902. Mit einer Einleitung und einem Schlusswort. Leipzig 1902. Leipziger Buchdruckerei - Aktiengesellschaft. 85 S. 8°. Preis: 25 Pfennige.

Die in der Einleitung und dem Schlusswort dieser Broschüre wirksam kommentierte Denkschrift der sächsischen Regierung bildet eine schlagende Widerlegung der meisten Argumente, die von den sogenannten Mittelstandsfreunden für die Rettung des Kleinhändlertums gegen Arbeiterkonsumvereine und Waarenhäuser vorgebracht werden. Trotz ihrer politischen Sympathien mit den genannten Elementen hat sich die Regierung, die schliesslich doch den

Wirtschaftsinteressen der Allgemeinheit Rechnung zu tragen und auf die grossen ökonomischen Tatsachen Rücksicht zu nehmen hat, angesichts der unverkennbaren Sprache dieser, dazu genötigt gesehen, die Arbeiterkonsumvereine und Warenhäuser als notwendige Erzeugnisse der modernen Wirtschaftsentwicklung und unentbehrliche Schutzwehren der Allgemeinheit gegen Ueberteuerung durch den überwuchernden Kleinhandel anzuerkennen. Die Schrift enthält in gut abgeteilten Abschnitten viel statistisches Material.

Mehring, Franz: **Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.** Zweite, verbesserte Auflage.
Erster Band: Bis zur Märzrevolution. 388 S. 8°.
Zweiter Band: Bis zum preussischen Verfassungskonflikte. 378 S. 8°.
Dritter Band: Bis zum deutsch-französischen Kriege. 395 S. 8°.
Stuttgart 1903, J. H. W. Dietz Nachf. Preis pro Band 4 Mark, geb. 5 Mark.

In neuem Gewande — statt der ursprünglichen zwei grösseren vier handliche Bände — liegt hier die ausführlichste und umfassendste Geschichte des Sozialismus in Deutschland vor, die überhaupt bisher geschrieben worden ist. Da dem Verfasser Quellenmaterial zur Verfügung stand, das sonst teils nur noch sehr schwer aufzutreiben, teils aber Fernstehenden überhaupt nicht zugängig ist, so hat das Werk ausserdem den Vorzug unübertroffener Authentizität. Weiter ist ihm die ungewöhnliche Bekanntschaft des Verfassers mit der allgemeinen Geschichte Deutschlands und speziell Preussens in der behandelten Zeitperiode zu statten gekommen, sowie der Umstand, dass er ein grosses Stück der behandelten Geschichte, wenn nicht als Mitkämpfer, so doch als wohlorientierter Zuschauer aus nächster Nähe miterlebt hat und in der sozialistischen Gedankenwelt gründlich zu Hause ist. Formell glänzt die Darstellung durch einen ausserordentlich gewandten, in allen Registern gleich sicheren Stil und eine meist geradezu musterhafte Proportionalität in Bezug auf den Aufbau des Werkes und die Scheidung des Wesentlichen vom Unwesentlichen. Sie ist in dieser Hinsicht gleich frei von schulmeisterlicher Pedanterie, wie sie der Anerkennung gewiss ist, dass der Verfasser seinen Stoff sozusagen in der Hand hatte.

Der Standpunkt, von dem aus die Geschichte geschrieben ist, ist der sozialdemokratische, und zwar ist es die heute in der deutschen Sozialdemokratie vorherrschende, wenn man will, offizielle sozialistische Auffassung, die in der Beurteilung der Theorien und Ereignisse zum Ausdruck kommt. Dagegen würde selbst derjenige nichts einwenden können, der diese Lehre in jeder Hinsicht für falsch hielte. Die Unparteilichkeit, die man vom Historiker unbedingt zu fordern hat, hat nichts mit der Farblosigkeit des blossen Chronisten gemein. Der Historiker soll das Tatsächliche als solches zu seinem Recht kommen lassen, in der Beleuchtung aber, in der Kritik darf er eine bestimmte Parteiauffassung zum Ausdruck bringen. Nur dass diese sich dann nicht in den Mantel der absoluten Parteilosigkeit hüllen darf und selbst wieder in sich einheitliche Kriterien beobachten, frei von launenhafter, von ins rein Persönliche gehender Voreingenommenheit bleiben muss.

In ersterer Hinsicht entspricht Mehrings Geschichte allen billigen Anforderungen; niemand kann ihr vorwerfen, dass sie nicht unumwunden Farbe bekennt. Anders in Bezug auf den zweiten Punkt. Er bildete die wunde Stelle der ersten Auflage des Werkes, und wenn die zweite Auflage auch hieran manches gebessert hat, so ist doch immerhin genug vom Alten geblieben, als dass wir über diese Seite des Werkes ganz mit Stillschweigen hinweggehen dürften.

Zwei Felder sind es vor allem, auf die wir glauben hinweisen zu müssen. Erstens dass Mehring zwar nicht immer, aber doch häufiger als gerechtfertigt, Urteile leitender Wortführer der Sozialdemokratie über Personen und Tatsachen unverändert übernimmt, obwohl diese Urteile zu einer Zeit und unter Umständen gefällt wurden, wo die betreffenden Persönlichkeiten entweder noch gar nicht in der Lage waren, alle in Betracht kommenden Umstände zu übersehen, oder in so heftige Kämpfe verwickelt waren, dass ihr Urteil notgedrungen einseitig ausfallen musste. Um konkreter zu sprechen: Mehring

schreibt als Bekenner der Marx-Engelsschen Lehren, d. h. der materialistischen Geschichtsauffassung und des proletarischen Klassenkampfes gegen die moderne bürgerliche Welt. So weit, so gut, und da Marx und Engels Männer von aussergewöhnlichem Geist und Wissen waren, hat ihr Urteil über Personen und Vorgänge für den Adept ihrer Lehren sicher von vornherein stets viel für sich. Aber sie waren bei alledem auch Menschen und menschlichen Schwächen und Irrtümern unterworfen. Mehring selbst stellt in der vorliegenden Geschichte eine Anzahl ihnen unterlaufener Irrtümer richtig. Andere aber hat er unbesehen übernommen und womöglich noch überboten, obgleich sowohl die subjektiven wie objektiven Ursachen der Irrtümer nicht mehr existieren. Marx hat einen Hauptfehler Proudhons schon früh scharf erkannt und gekennzeichnet, aber er hat darum doch Proudhon oft unrecht getan, und dies sogar in recht kleinlicher Weise. Vielleicht weil Proudhon ihm als Mensch oder als literarische Persönlichkeit unsympathisch war, denn die subjektive Voreingenommenheit ist da gar nicht zu verkennen. Zum Teil rührt aber die falsche Beurteilung Proudhons durch Marx daher, dass Marx trotz seiner genauen Kenntnis der ökonomischen Entwickelung Frankreichs einen Massstab an die französische sozialistische Bewegung anlegte, der den wirklichen Verhältnissen nicht in dem Grade entsprach, wie der Proudhons. Heute, wo wir das Vollbild Proudhons besser kennen, als wie Marx es kennen konnte, ist es ein Vergehen an der Geschichte, das Urteil Marx' unberücksichtigt zu wiederholen. Desgleichen mit Bezug auf John Stuart Mill, gegen den Marx die — wissenschaftliche — Voreingenommenheit gelegentlich so weit treibt, dass er ihn sogar das Gegenteil von dem sagen lässt, was er wirklich sagt. Seinerseits hat Engels, als er dem übertriebenen Rodbertus-Kultus entgegentrat, Sätze über Rodbertus geschrieben, die an Kritik selbst wieder des Guten zu viel taten, und wie mit Bezug auf den deutschen Sozialismus hat ihn auch mit Bezug auf den englischen sein Gedächtnis zuweilen irregeführt. Ferner kann man unmöglich die Urteile heute noch ungeändert gelten lassen, die Marx und Engels über Zeitereignisse zu einer Zeit ausgesprochen haben, wo sie noch Anschauungen hinsichtlich der Schnelligkeit des Entwickelungsganges hegten, die von der Geschichte widerlegt und von ihnen selbst später als irrig anerkannt worden sind. Marx und Engels und auch spätere Sozialisten haben zuweilen, sei es im Eifer der Polemik, sei es sonst in prophetischer Vorwegnahme, der Arbeiterklasse ihrer Tage Ansichten unterstellt, die in solcher Bestimmtheit zur Zeit kaum bei einer kleinen Minderheit der Arbeiterschaft zu finden, oft nur erst schwache Echos der Ideen waren, die den Arbeitern von Vorkämpfern aus der bürgerlichen oder Gelehrtenwelt gepredigt wurden. Macht es sich schon eigentümlich genug, wenn man solche, die Zukunft vorwegnehmend subjektivierenden Sätze heute nachträglich in den betreffenden Aufsätzen nachliest, so erhalten sie einen ganz unhistorischen, ja antihistorischen Charakter, wenn sie in einem modernen Geschichtswerk nicht als Zeiturteile vorgeführt, sondern kurzerhand oder mit etwas, womöglich noch überbietender Verbrämung als angemessene Geschichtsurteile wiederholt werden.

Das sind einige der Klippen, die Mehring nicht immer zu vermeiden verstanden hat, so dass sein Geschichtswerk an gar manchen Stellen den Stempel einer Offiziellität zur Schau trägt, die an gewisse, ad usum delphini verfasste Weltgeschichten erinnert. Indem wir dies generell feststellen, wollen wir indes auch betonen, dass Mehring von manchem, in trüber Beleuchtung überlieferten Bild den Beweis erbracht hat, dass es in Wahrheit sich wesentlich heller gestaltet, und so die Geschichte der Sozialdemokratie von manchem, ihr ganz unberechtigterweise nachgesagten Makel befreit hat. Aber alles an seinem Platz. Die Arbeiterklasse ist kein Dauphin de France. Sie kann die Erkenntnis vertragen, dass ihr die Weisheit nicht durch göttliche Gnade von vornherein als Geschenk zugeflogen ist, sondern von ihr erst sehr allmählich und mühsam erworben worden ist und erworben werden muss. Nicht als König von Gottes Gnaden, sondern, um ein Dichterwort zu gebrauchen, als »Proletariat von Gottes Zorn« tritt sie in die moderne Geschichte ein. Nicht was sie ist, sondern was sie werden soll, macht ihre Grösse aus. Schrittweise wächst sie numerisch, ökonomisch und geistig dieser Aufgabe entgegen. Dies

Wachstum lebendig zu veranschaulichen, ist das Ziel, das dem Historiker der Arbeiterklasse gestellt ist. Will er ihm gerecht werden, so hat er auf den verschiedenen Stufen der Entwickelung zwischen der Klasse selbst und ihren Vorkämpfern oder ihrer Vorhut zu unterscheiden und die Schritte der letzteren in Verhältnis zum erreichten Reifegrad der Klasse zu stellen. Erst wenn er hier den auf Grund der Sprache der Tatsachen gewonnenen Massstab anlegt, wird der Historiker allen Teilen gerecht werden. Prinzipiell hat das Mehring nicht verkannt, aber in der Ausführung hat er es keineswegs genügend beachtet. Dies bildet, neben gewissen Rückwirkungen mehr persönlicher Voreingenommenheiten des Verfassers, die schwache Seite des Geschichtswerks, das im übrigen wohl noch auf lange hinaus ohne gleichwertigen Konkurrenten bleiben wird.

Mehring, Franz: **Meine Rechtfertigung.** Ein nachträgliches Wort zum Dresdener Parteitage. Zweite Auflage. Leipzig 1903, Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. 51 S. 8°. Preis: 25 Pf.

Bezieht sich auf Beschuldigungen, die eine Anzahl vom Verfasser angegriffener Sozialisten gegen diesen auf dem Dresdener Parteitage der deutschen Sozialdemokratie zur Sprache gebracht hatten. Sie drehten sich vornehmlich um die Rolle, die der Verfasser nach seinem, 1876 erfolgten Bruch mit der deutschen Sozialdemokratie bis in die ersten Jahre des Sozialistengesetzes hinein gespielt hat, und um die Beziehungen, die er im Anfange der neunziger Jahre zu Herrn Maximilian Harden und dessen »Zukunft« gehabt hat. Im Nachwort beschäftigt sich der Verfasser hauptsächlich mit Kritiken und Erklärungen, welche seine Schrift in der sozialistischen Presse zur Folge gehabt hat. Der Verfasser ist nach seiner Auffassung das Objekt einer Literatenhetze.

Ein Eingehen auf die Substanz der Schrift verbietet sich hier. Der ganze Streit ist unseres Dafürhaltens um die Kernfragen herum geführt worden.

Metallarbeiter. Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). Jahresbericht der **Ortsverwaltung Berlin** pro 1902. Berlin S.O., C. Jauiszewski. 47 S. 8°.

— **Die sechste ordentliche General-Versammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes** abgehalten vom 1. bis 6. Juni 1903 im Saale des Gewerkschaftshauses zu Berlin. Stuttgart, Alex. Schlicke & Cie. 278 S. 8°. Preis: 1 Mk. 50 Pf. (für Mitglieder 25 Pf.)

Beide Berichte legen von der stetig fortschreitenden Ausbreitung und inneren Befestigung der Gewerkschaftsbewegung unter den deutschen Metallarbeitern in verschiedener Hinsicht Zeugnis ab. Von den Beschlüssen der General-Versammlung des Metallarbeiter-Verbands ist vielleicht am bemerkenswertesten, die auf S. 27 des Berichts mitgeteilte, nach dem eingehenden Referat des Verbandssekretärs Reichel einstimmig angenommene Resolution, die »den Abschluss von Tarifgemeinschaften und korporativen Arbeitsverträgen mit den Unternehmern im Interesse der Mitglieder, wie auch aller übrigen Metallarbeiter für zweckmässig und wünschenswert« erklärt, den Mitgliedschaften »empfiehlt, schon jetzt bei etwaigen Lohnbewegungen auf den Abschluss bindender tariflicher Verträge hinzuwirken«, und den Verbandsvorstand »verpflichtet, für die Förderung der auf den Abschluss korporativer Arbeitsverträge gerichteten Bestrebungen einzutreten und die erforderlichen Vorarbeiten nach Massgabe der Durchführbarkeit in die Wege zu leiten.«

Neurath, Dr. Wilh.: **Gemeinverständliche nationalökonomische Vorträge.** Geschichtliche und letzte eigene Forschungen. Herausgegeben von Dr. Edmund O. von Lippmann. Braunschweig 1902, Fr. Vieweg & Sohn. 308 S. 8°.

Derselbe. **Elemente der Volkswirtschaftslehre.** Vierte Auflage. Wien 1903, Manzsche Verlagsbuchhandlung. 357 S. 8°.

Der 1901 verstorbene Verfasser dieser beiden Werke war ein feiner, eigenartiger Kopf, wenn auch kein schöpferischer Denker ersten Ranges. Er zählte sich als Nationalökonom zur historisch-ethischen Schule Roschers und stand durchaus auf bürgerlichem Boden. In Einzelheiten jedoch und namentlich in derjenigen Idee, auf die er besonderes Gewicht legte, nämlich in seiner Theorie von den Krisen und dem Mittel zu ihrer Bekämpfung, erinnert er an frühere Sozialisten, insbesondere Proudhon und Rodbertus, von welch letzterem er auch sonst mancherlei übernommen hat, ohne aber dessen sozialistisches Endziel zu akzeptieren.

Neurath sieht die tiefere Ursache der Krisen bezw. des nach einer mehr oder weniger andauernden Prosperitätsperiode einsetzenden Geschäftsdrucks nicht in einer faktischen Ueberproduktion, sondern in der Organisationslosigkeit des Tausches und der weitgreifenden Herrschaft des Geldes über die Produktion. Weil die Unternehmer, die in ihrer grossen Mehrheit mit geliehenem Geld wirtschaften und um so mehr Geld aufnehmen, je besser der Geschäftsgang ist, dies Geld in bestimmten Fristen als solches und mit Zins zurückzahlen müssen, der in Zeiten flotten Geschäftsstandes zu steigen pflegt, müssen sie selbst auf hohe Preise und hohe Gewinne sehen, das heisst auf Erzielung eines die reinen Produktionskosten übersteigenden M e h r w e r t s. Können sie ihn nicht erzielen, so rentiert die Produktion nicht, und sie müssen sie einstellen, sobald ihnen der Kredit entzogen und der vorgeschossene Geldbetrag zurückverlangt wird. Es wird zur Lebensbedingung für sie, die Preise in die Höhe zu treiben, womit sie sich aber selbst die Möglichkeit erhöhten Absatzes abschneiden. Oder aber sie schränken, um den Preisfall zu verhindern, selbst die Produktion ein. In beiden Fällen ist allgemeiner Stillstand der Geschäfte, Arbeitslosigkeit und Entwertung eines grossen Teils der geschaffenen Werte das Endergebnis. Wie diesem beständig wiederkehrenden Uebel mit seinen verheerenden Folgen und dem chronischen Uebel der Gegenwart, dass die Produktion beständig hinter der sozialen Produktionsmöglichkeit zurückbleibt, abhelfen, ohne zu der von der Sozialdemokratie verlangten Vergesellschaftung der Produktion und der Produktionsmittel zu greifen? Durch eine R e f o r m d e s K r e d i t - u n d T a u s c h v e r k e h r s, die tatsächlich eine Anwendung des Rodbertusschen R e n t e n p r i n z i p s auf die Industrie und eines guten Stücks des Proudhonschen Mutualitätsplans darstellt. Die grossen Vorschüsse für Produktionszwecke sollen nicht die Form fest verzinslichen und kündbaren oder in vorher festgesetzten Fristen rückzahlbaren Leihkapitalsannehmen, sondern bloss die von T e i l h a b e r a n t e i l e n auf den Produktionsertrag, so dass der Gläubiger aus einem Pfandherrn ein Aktionär oder Kommanditär würde. Natürlich kann man so etwas nicht dekretieren, noch werden Darleiher sich Privatgeschäften gegenüber freiwillig dazu herbeilassen. Es erheischt die Massregel vielmehr eine Organisation der verschiedenen Produktionsgruppen in Produktionsverbänden, etwa nach Art der Landschaften in der Landwirtschaft und der Kartelle in der Industrie. Und sie erheischt weiter eine Organisation der Konsumenten in Konsumverbänden, die in der Lage sind, den Produzentenverbänden als Körperschaft gegenüberzutreten und mit ihnen eine angemessene Preisnormierung zu vereinbaren. Wohlorganisierten Produzentenverbänden auf genügend grosser Basis würden unkündbare Darlehen ebenso willig überlassen werden, wie heute den Landschaften, sie seien auf diese Weise nicht gezwungen, das Rentabilitäts- oder Reinertragsprinzip als Herrscher über die Produktion anzuerkennen, die Produktionskosten über den faktischen Arbeitsaufwand hinaus anzusetzen und die Mehrproduktion oder das Hinzukommen neuer Produzenten mit scheelen Augen anzusehen; die Organisation der Konsumenten gewähre die Möglichkeit einer rationellen Preisbildung, der Vereinbarung von Differentialpreisen statt Einheitspreisen bei Produktionssteigerung und mit alledem Beseitigung der stärksten Krisenursachen: periodische Ueberteuerung und Produktionseinschränkung.

Liest man alles dies das erste Mal, so ist man stark versucht, in den Ruf: Utopie! auszubrechen. Deutlich sind die Elemente alter, teils ganz in den Wind geschriebener, teils zwar versuchsweise ins Werk gesetzter, aber in Fehlschlag gegangener Projekte herauszuerkennen. Und doch müssen wir uns

hüten, zu voreilig abzuurteilen. Freilich so glatt wie auf dem Papier koncipiert wird sich die Sache auf keinen Fall machen. Aber neben den Elementen alter Utopien sind hier auch die Elemente von Wirtschaftsbildungen vorgesehen, die in der realsten Wirklichkeit vor unsren Augen Gestalt annehmen und sich weiter entwickeln werden, und nicht alles, was die alten Utopien enthielten, war müssige Phantasie. Die Produzenten-Kartelle sind da, und die Konsum- und Einkaufsverbände sind auch da. Noch sind die Grenzen der qualitativen Ausbildung der Einen und des quantitativen Wachstums der Andern nicht abzusehen, noch sind die Fälle selten, wo beide Organisationsformen als relativ gleich starke Mächte einander gegenüberstanden. Es läst sich jedoch voraussehen, dass ein Verband, der die Gesamtheit der Konsumenten umfasste, eine Macht darstellen würde, vor der der stärkste Produzentenverband im Konfliktfall die Waffen strecken müsste. Ein solcher Verband ist bei der heutigen Klassenbildung, die Neurath nicht beseitigen will, nur in einer Form denkbar: als der — S t a a t. Zwischen Einzelkonsumvereinen und Einzelproduzentenverbänden ist aber eine Preisvereinbarung durch den W e l t m a r k t p r e i s präjudiziert, den Neurath ebenso als zu vernachlässigenden Umstand beiseite lässt, wie die Tatsache, dass das Absatzgebiet der Produzentenverbände stets weiter reicht als das Versorgungsgebiet territorialer Konsumvereine. Kurz, der Plan teilt mit seinen Vorgängern die Eigenschaften, dass er wohl in der Richtung nach geradeaus weitsichtig, in die Breite hin aber kurzsichtig ist; er sieht Ziele, aber nur einen Teil der zu nehmenden Hindernisse.

Soviel über diesen wichtigsten Punkt. Die Vorträge Neuraths behandeln teils das Krisenproblem und die Frage der Zinsgestaltung, teils etische und rechtliche Fragen, teils die Lehren und das Wirken typischer Persönlichkeiten aus der Geschichte der Nationalökonomie. Sie sind vor Laien gehalten und verbinden eine gewisse gedankliche Tiefe mit Gemeinverständlichkeit. Die „Elemente der Volkswirtschaftslehre“ sind ein gutes Kompendium, in das Neurath seine eigenen Ideen so eingefügt hat, dass der Lernende diese leicht von dem allgemein Geltenden unterscheiden kann. Es behandelt den Sozialismus ziemlich stiefmütterlich und wird seinem Gedankeninhalt nicht gerecht, aber es ist weit entfernt, in platte Beschönigung des Bestehenden auszuarten.

Nitzsche, Emil, Redakteur der Sächsischen Arbeiter-Zeitung. **Sächsische Politik.** E i n H a n d b u c h f ü r s ä c h s i s c h e W ä h l e r. Im Auftrage des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Sachsens verfasst. Mit einem Geleitswort von A u g u s t B e b e l. Dresden 1903. Kaden & Comp. XVI und 368 S. 8°.

Nach einer Einleitung, die in kurzen Umrissen ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Sachsens vom Mittelalter bis in die neueste Zeit gibt, bringt das Buch folgende Kapitel: Der Landtag und seine Bedeutung; die Parteien im Landtage; die Kämpfe um das Landtagswahlrecht; die Staatssteuern; Budgetrecht und Finanzwesen; Beamtengehalt und Pensionsetat; Forsten und Domänen; die Eisenbahnen; die sonstigen Staatsbetriebe; Bergbau und Bergarbeiter; das Gesinderecht; das Armenwesen; die Volksschule; die Gemeinden und das Gemeindewahlrecht; Umsatzsteuer und Konsumvereine; die Polizei im Polizeistaate; das Vereins- und Versammlungsrecht; die sächsische Justiz. Ausserdem werden noch 19 zum Teil sehr bedeutsame Spezialfragen besonders abgehandelt, und den Beschluss macht das sozialdemokratische Landtagswahlprogramm für Sachsen.

Mit diesem Inhalt ist das Handbuch, das ursprünglich nur für die im November 1903 fällig gewordenen Erneuerungswahlen zum sächsischen Landtage bestimmt war, weit über den Rahmen einer solchen Gelegenheitsschrift hinausgewachsen und stellt ein politisches Nachschlagebuch dar, das noch auf lange hinaus als solches praktischen Wert behalten wird. Es gibt wohl kaum eine Frage von allgemeinerem Interesse für das wirtschaftliche und politisch-soziale Leben in Sachsen, die nicht in diesem Buch erörtert wird, und zwar kann man von vielen der behandelten Fragen sagen, dass sie im Buch eine recht eingehende Behandlung erfahren haben. Die Titel der Kapitel geben von der Reichhaltigkeit ihres Inhalts oft nur eine matte Idee. Vielleicht wird

er besser dadurch illustriert, dass das Sachregister des Buches 12 Spalten Petitsatz umfasst.

Allerdings sind nicht alle Kapitel gleichwertig und ist, wie der Verfasser selbst hervorhebt, da die Arbeit verhältnismässig schnell verrichtet werden musste, manch Stück Ballast in das Buch hineingekommen, das vielleicht entbehrt werden könnte. Aber gegenüber der Fülle von Informationsstoff, die geboten wird, fallen die formalen Mängel nicht ins Gewicht. Das Buch ist durchweg volkstümlich gehalten, die Sprache, wie bei den sächsischen Verhältnissen nur begreiflich, zuweilen eine sehr scharfe. Dass das Geleitswort von August Bebel es in letzterer Hinsicht nicht fehlen lässt, braucht nicht erst gesagt zu werden. Er setzt sozusagen den Punkt auf das I.

Paetz, Otto Alfred. **Eine rote Regierung ...!** Ein Beitrag zur Lösung sozialer Fragen der Gegenwart. Kiel und Leipzig, 1904. Lipsius & Tischer. 61 S. 8°. Preis: 1 Mark.

Eine Mischung von Reformvorschlägen reaktionären und fortschrittlichen Charakters, von denen aber keiner prinzipiell Neues sagt. Die Schrift erinnert an die Echternacher Springprozession: einmal geht es vorwärts und dann wieder rückwärts. Ueberhaupt moralisiert der Verfasser ziemlich viel.

Stein, Dr. Ludwig, Professor an der Universität Bern. **Der Sinn des Daseins.** Streifzüge eines Optimisten durch die Philosophie der Gegenwart. Tübingen und Leipzig 1904, J. C. B. Mohr. IX und 437 S. gr. 8° Preis: 8 Mark (geb. 9,50 Mark).

„Diese Streifzüge eines Optimisten durch die Philosophie der Gegenwart möchten besonders den unfrischen, erschlaffenden, alle Energie lähmenden Pessimismus aus seinen letzten Schlupfwinkeln verscheuchen, um durch eine ›Philosophie der Arbeit‹ unsere Jugend zu beherztem Tun und hoffnungsfreudiger Kraftentfaltung anzufeuern."

So der Verfasser, der sich in einem früheren Werk mit einem selbstgeprägten Wort als ›Rechtssozialist‹ bezeichnet hat. Seine Streifzüge sind in zwanzig Aufsätzen niedergelegt, die er in vier Gruppen einteilt: Der Sinn der Welt, der Sinn des Erkennens, der Sinn des persönlichen Lebens, der Sinn des sozialen Lebens. Die ersten zwei Gruppen, die metaphysischen und die erkenntnistheoretischen Abhandlungen müssen wir hier unerörtert lassen, obwohl der in ihnen zum Ausdruck kommende philosophische Standpunkt des Verfassers, seine energetische, für die unorganisierte Materie streng kausale, für die Menschen aber den streng mechanischen Determinismus abweisende Weltauffassung, in engem Zusammenhang steht mit seiner Moral- und Gesellschaftslehre. So lose nämlich die Aufsätze der Form nach zusammenhängen, so sehr jeder ein in sich abgeschlossenes Essay darstellt, so bilden sie doch dem Gedankeninhalt nach ein einheitliches Ganze, wo jedes Glied an seiner Stelle eine weitere Durcharbeitung oder neue Anwendung der Grundgedanken darstellt, die in den vorhergehenden Gliedern entwickelt wurden. So kündet sich z. B. der Optimismus des Verfassers schon in seiner Stellung zur Frage des Determinismus und der Finalität an. Mit einem unbedingten mechanischen Determinismus ist eine optimistische Weltanschauung nicht zu vereinen, es sei denn, man nehme eine ausserweltlich vorherbestimmte harmonistische Finalität an. Der strenge Materialismus führt zum Pessimismus, der allerdings die Form des moralischen Materialismus annehmen kann, ohne darum aufzuhören, eine trübselige Weltauffassung zu sein.

Der Verfasser weist jede trübselige Auffassung der Welt von sich, er ist nicht nur metaphysischer, sondern vor allem auch sozialer Energetiker: die Bewegung ist ihm alles, und in der organischen sozialen Welt heisst die Bewegung Entwickelung, Fortbildung. Mit grosser Energie bekämpft er insbesondere im dritten Abschnitt in einem schönen Aufsatz ›Vorwärtsler und Rückwärtsler‹ alle irgendwie nach rückwärts gekehrten Sozialtheorien, ob sie nun nach Bethlehem (Tolstoi), in die germanischen Urwälder (Nietzsche) oder ins Nirwana der Buddhisten führen. Gewiss seien die Vorwärtsler (Liberale, Sozialisten, Anarchisten) unter sich uneinig. Aber ›wir Vorwärtsler

können alle eine Weile zusammengehen, bevor unsere Wege auseinandergehen; ihr Rückwärtsler könnt nicht einen Schritt zusammen zurücklegen.« (S. 157.) In einem anderen Aufsatz dieser Gruppe, »Illusionen«, weist er eindrucksvoll das Recht und die Notwendigkeit der Illusionen und Ideale nach. Illusionen sind ihm »der Champagner der Seele«; sie erhöhen das Lebensgefühl, sie richten erschlaffende Naturen wieder auf, sie beleben Mut und Unternehmungslust«, kurz, sie sind »biologisch nützlich, im Dienste der Unterhaltung und der Steigerung des Gattungsgefühls förderlich«. (S. 105.)

Aber die Illusion muss ein nach vorwärts gekehrtes Gesicht zeigen. Die Anklagen der Vergangenheitsverehrer gegen die Kultur, gegen die heutige Zivilisation sind unberechtigt; trotz aller Schattenseiten, die sie aufweist, ist unsere heutige Kultur an Leben erhaltenden Momenten reicher, als alle hinter uns liegenden Zeitalter. Die Besserung ist ausschliesslich in der Entwickelung nach vorwärts zu suchen.

Welches sind aber die Ideale, die von der Kulturmenschheit zu erstreben sind? Darüber geben uns einige Aufsätze der letzten Gruppe Fingerzeige. Im Ganzen ist dieser Abschnitt gerade in Bezug auf das Werdende etwas karg bedacht; die meisten, das soziale Leben betreffenden Aufsätze behandeln geschichtliche Themata. Wer ein Vollbild der Gesellschaftstheorie des Verfassers gewinnen will, muss sich bei anderen Werken von ihm orientieren, auf die er verschiedentlich verweist. Hier berührt er nur einzelne Seiten. So in dem Aufsatz über Autorität, in dem Aufsatz über Sozialpolitik, in dem Aufsatz über die Aristokratie der Arbeit und in dem Aufsatz über Freiheit und Gleichheit. Aber als Sozialpolitiker im engeren Sinne des Wortes erhebt er sich da nicht über die Vertretung eines gewissen Masses von Sozialreform, das an keinem Pfeiler der bürgerlichen Gesellschaftsordnung rüttelt. England hat es ihm angetan, es scheint ihm das Musterland aller Aristokratien zu sein, sowohl der modernisierten Grundbesitzeraristokratie, wie der Aristokratie der Arbeiterklasse. Ueber die letztere erwärmt er sich auf Grund des Werkes des Freiherrn von Nostiz über den Aufstieg der Arbeiterklasse in England ganz besonders. Nun sind wir weit entfernt, zu bestreiten, dass die Formen, welche die Entwickelung in England genommen hat, manche Vorteile im Gefolge gehabt, den anderen Ländern manches Vorbild geliefert hat. Aber weder lässt sich die englische Entwickelung oder ihr heute erzieltes Resultat in Deutschland kurzweg kopieren, noch ist es ausgemacht, ob die Wirkung bei uns ganz die gleiche wäre, oder ob nicht dann die Schattenseiten, welche die englische Entwickelung doch sicher aufweist, bei uns noch ärger auftreten würden, als im Inselreich. Es ist nicht nur wünschenswert, es ist eine immer deutlicher hervortretende Tatsache, dass auch die Arbeiterklasse in Deutschland eine Aristokratie aus sich heraus entwickelt. Aber aus einer ganzen Reihe von Gründen ist die wirtschaftliche und intellektuelle Spannungsdifferenz zwischen der Aristokratie der Arbeiter und dem übrigen Proletariat in Deutschland erheblich geringer als in England. Das ist für die deutsche Entwickelung ein grosser Vorteil, denn Deutschland hat für seine Entwickelung die Triebkraft einer grossen, einheitlich fühlenden Arbeiterklasse so nötig, wie das liebe Brot. England braucht sie heute auch und bekommt sie deshalb auch immer mehr. Aber da seine politische Verfassung im ganzen viel vorgeschrittener ist als die Deutschlands — man denke an die Selbstverwaltung in England und in Preussen! — ist das Bedürfnis doch nicht gleich stark. Das scheint der Verfasser zu übersehen. Dass er im übrigen gegen gewisse Schattenseiten der Entwickelung Englands nicht blind ist, zeigt sein Aufsatz »Der Schwanengesang Herbert Spencers«, der neben einer glänzend geschriebenen, höchst gedankenreichen Würdigung des soeben verstorbenen grossen englischen Philosophen auch dessen Einseitigkeiten treffend hervorhebt. Ueberhaupt gehört die freudige Würdigung fremder Verdienste, die Anerkennung der Leistungen auch von Denkern, deren Tendenzen er bekämpft, das Hineindenken in die Gedankengänge von Vertretern der verschiedensten Theorien zu den stärksten und sympathischsten Seiten Steins. Erblicke man darin nicht etwa ein Zeichen von eklektischer Unselbständigkeit. »Nicht ob die Philosophen sich widersprechen, ist die Frage«, schreibt Arnold Ruge in einer Schrift, die wir an anderer Stelle besprechen, »sondern ob sie sich richtig widersprechen.« Um sich aber richtig zu widersprechen, ist erst

notwendig, dass man sich richtig versteht. Das findet man jedoch gerade bei den unselbständigen Geistern zu allerletzt. Sie leben vom Nichtverstehen ihrer Opponenten.

Im Schlusskapitel »Freiheit und Gleichheit« entwickelt der Verfasser, dass diese beiden Postulate kein korrelates, sondern ein konträres Begriffspaar bilden, dass sie, »als absolute Werte genommen, einander ausschliessen«. (S. 404.) Das ist unbestreitbar richtig, wir möchten sagen, eine undiskutierbare Wahrheit. Und ebenso richtig ist, dass beide Begriffe überhaupt »logisch gar nicht zu Ende gedacht werden können«, »nur relative Werturteile der Menschen sind«. An diese Feststellung der Gegensätzlichkeit beider Begriffe, als absolute genommen, man könnte fast sagen, ihrer Polarität, schliesst sich eine äusserst fesselnde Darstellung ihrer Rolle in der Geschichte und der Ideologie, aus der wir besonders einen sehr interessanten Dekalog menschlicher Gleichheitstendenzen, ein zehnteiliges Schema von Gleichheits-Anwendungen erwähnen möchten, das Stein aufstellt, und in dem bezeichnenderweise die kommunistische Forderung der Gleichheit des Besitzes schon an sechster Stelle figuriert, während die bürgerliche liberale Forderung der Gleichheit vor dem Gesetz als zehnte und »oberste Formel erreichbarer Gleichheitsbestrebungen» auftritt. Bei ihr »strömen politische, religiöse, nationale und soziale Gleichheit zusammen und münden in ein gemeinsames Bett«, in ihr »ist die Synthese zwischen dem konträren Begriffspaar: Freiheit und Gleichheit zu suchen«. (S. 417.) Wie das zu verstehen sei, führt Stein an dieser Stelle nicht näher aus, er verweist auf einen Nachweis in anderem Zusammenhange. Man braucht aber nur daran zu denken, dass Stein Rechtssozialist ist, um einen Begriff davon zu haben, in welcher Richtung die Auflösung zu suchen ist.

Wir wiederholen, das vorliegende Buch ist nicht als eine lückenlose systematische Abhandlung zu betrachten. Es bietet Verschiedenartiges und Verschiedenwertiges. Aber ein Gedanke beseelt das ganze, und aus jedem Kapitel spricht ein ungemein belesener, scharf urteilender und weitherzig denkender Geist.

Schweitzer, Franz August: **Merkantilismus von Colbert.** (Geschichte der Nationalökonomie in vier Monographien über Colbert, Turgot, Smith, Marx. No. I.) Ravensburg 1903. Dornsche Verlagsbuchhandlung. VIII u. 63 S. 8°.

Eine sehr fleissige, von historischem Verständnis Zeugnis ablegende, aber in methodischer Hinsicht nicht fehlerfreie Abhandlung. Der Verfasser schreibt vom katholisch-monarchistischen Standpunkt aus. Dass Colbert im Königtum den Brennpunkt des Staates erblickte, den staatlichen Absolutismus des Königtums über alles stellte, verzeichnet er im ganzen mit ersichtlicher Sympathie, dass er aber gelegentlich auch die königliche Staatsgewalt in die Verhältnisse der Kirche sich einmischen liess, wird mit Bedauern konstatiert. Indes erstreckt sich dies Bedauern nicht auch auf solche Massregeln, wie die Heranziehung des sonst steuerfreien Klerus zu den Staatslasten durch das Mittel der indirekten Steuern.

Im ganzen bemüht sich der Verfasser darzutun, dass Colbertismus und Merkantilismus nicht ganz dasselbe seien, dass Colbert »nicht ein landläufiger Merkantilist« gewesen sei. (S. 58.) Wir halten seine Unterscheidungen da für ziemlich unwesentlich. Der Merkantilismus war kein wissenschaftlich ausgearbeitetes Schulsystem, er war eine von bestimmten Maximen geleitete Tendenz, und alle wesentlichen Merkmale dieser Tendenz finden sich bei Colbert wieder. Dass Colbert geistig höher stand, wie viele andere merkantilistische Staatsmänner, einen weiteren Blick hatte, mit grösserer Konsequenz die Volkswirtschaft als Ganzes begriff, soll nicht bestritten werden, und gern unterschreiben wir das Wort des Verfassers, dass Colbert den Merkantilismus »in den Zenith gestellt« hat und dessen »kräftiges Mannesalter« vertritt. Aber gerade weil dem so ist, wird man immer Colbert als den klassischen Vertreter des Merkantilismus zu betrachten haben. Der Verfasser, der sehr viel gelesen hat, legt gewissen schulmässigen Definitionen übermässige Bedeutung bei. Ueberhaupt leidet seine Arbeit unter einer ins Scholastisch-Pragmatische gehenden Auffassung und Behandlung des Gegenstandes. Daher auch das

immer wiederkehrende Bemühen, nachzuweisen, dass für Colbert nicht das Geld die Hauptsache der Wirtschaft gewesen sei, sondern die Macht des vom König vertretenen, in ihm konzentrierten Staates, während das Geld nur wichtigstes Mittel war, die Macht zu steigern und zur Geltung zu bringen. Aber erstens ist alle Welt darüber einig, dass das Merkantilsystem sehr verschieden war von dem älteren und gröberen Monetarsystem, und dann handelt es sich gar nicht darum, ob das Geld als der letzte Zweck der Wirtschaft angesehen wurde oder nicht, sondern ob die Bedeutung, die ihm zugewiesen wurde, übertrieben war, wie die Wirtschaftspolitik aussah, der die betreffende Auffassung von der Bedeutung des Geldes zu grunde lag und wie sie dem Stande der allgemeinen wirtschaftlichen Entwickelung entsprach und diese förderte. Es kommt also darauf an, den Merkantilismus zunächst als staats- und wirtschaftsgeschichtliche Erscheinung zur Darstellung zu bringen, zu zeigen, aus welchen Staats- und Wirtschaftsverhältnissen er erwuchs; aus den Bedingungen seines Aufkommens seine wesentlichen Züge und Konsequenzen zu entwicklen und dann festzustellen, wie Colberts Wirtschaftspolitik aussah und sich zu dem gewonnenen Bilde verhält. Für all das finden sich die Materialien in des Verfassers Arbeit; er hat genug wirtschaftsgeschichtliches Wissen und Verständnis, um den Zusammenhang der merkantilistischen Politik mit dem Wirtschaftsstand der Epoche richtig zu begreifen. Aber er entwickelt sie nicht im Zusammenhang und sieht sich daher nicht nur genötigt, sich oft zu wiederholen, sondern auch, weil seine Darstellung von wechselnden Gesichtspunkten beherrscht wird, in seinen Urteilen zu widersprechen. Eine wirklich entwickelungsgeschichtliche Darstellung würde es auch als die naturgemässeste Sache von der Welt haben erkennen lassen, warum gerade Colberts Politik, die den Höhepunkt des Merkantilismus, seine konsequenteste Anwendung vertritt, auch schon die Keime des diesem folgenden Wirtschaftssystems enthält.

Lässt uns die Arbeit des Verfassers unter diesem Gesichtspunkt unbefriedigt, so ist doch anzuerkennen, dass sie auf gründlichen Studien beruht und den Stoff in einer Einteilung darbietet, die eine Orientierung sehr leicht macht. Gewisse, hier und da auftauchende Sprachunebenheiten lassen vermuten, dass der Verfasser sich nicht völlig im Deutschen heimisch fühlt. Der eingangs gekennzeichnete politische Standpunkt des Verfassers wird, so weit wir über den Gegenstand unterrichtet sind, nirgends zur Ursache einer Vergewaltigung der Tatsachen. Diese werden sachgemäss dargestellt und oft recht hübsch charakterisiert.

Turgot, Anne Robert Iacques: **Betrachtungen über die Bildung und Verteilung des Reichtums.** Aus dem französischen Original ins Deutsche übertragen von V. Dorn und eingeleitet von Professor Dr. Heinrich Waentig. Jena 1903, Gustav Fischer. IX u. 77 S. 8°. Preis: 80 Pf.

Die vorliegende deutsche Ausgabe von Turgots berühmten *Reflexions sur la formation et la distribution des richesses* ist das erste Stück einer von Professor Waentig veranstalteten billigen Ausgabe nationalökonomischer Klassiker. Der Zweck dieser Ausgabe ist, das Studium der von der historischen Schule der Nationalökonomie lange Zeit zurückgesetzten Klassiker der politischen Oekonomie zu erleichtern und durch seine Vermittelung die Studierenden zur Gewinnung einer einheitlichen theoretischen Auffassung der politischen Oekonomie und ihrer Probleme anzuregen. Ein sehr verdienstliches Vorhaben, dem der beste Erfolg zu wünschen ist. Einem wirklich geschichtlichen Begreifen und Folgern kann die Beschäftigung mit den klassischen Systemen der ökonomischen Wissenschaft heute keinen ernsthaften Abbruch tun; denn die offensichtliche Verschiedenheit der heutigen und der ihnen zu Grunde liegenden Wirtschaftsverhältnisse nötigt von selbst zur Anerkennung der geschichtlichen Relativität ihrer Lehrsätze. Auch ist es nachgerade eine gemeinplätzliche Erkenntnis, dass ohne ein Erforschen der tieferen Gesetzmässigkeiten die historische Betrachtungsweise immer Gefahr läuft, in grundsatzlosen Eklektizismus auszuarten, genau wie die sich über die historischen Unterschiede erhaben dünkende abstrakte Deduktion in Scheuklappenweisheit ausartet, die das Werdende nur so weit sehen will, als die abgeleitete Doktrin

es erlaubt. Uebrigens sind die Klassiker sämtlich im Rahmen des Wissens ihrer Zeit auch auf die geschichtliche Seite der Frage eingegangen. Nur fusste die Wirtschaftsgeschichte eben noch zu einem sehr hohen Grade auf rückwärts gekehrter Deduktion. Die Turgotsche Abhandlung liefert dafür das anschaulichste Beispiel. Prinzipiell geht Turgot, wie dies das 18. Jahrhundert überhaupt liebte, genetisch entwickelnd vor. Er läst die verschiedenen Wirtschaftsklassen, die er behandelt, historisch entstehen. Aber die geschichtliche Ableitung selbst ist zu einem grossen Teil rationalistische Intuition. Es ist sehr fesselnd, sie heute nachzulesen, wozu die klare, gedrungene Ausdrucksweise Turgots noch besonders einladet. Die Uebersetzung scheint eine sehr sorgfältige zu sein; allerdings würden wir einige Worte anders gewählt haben. Eine kurze Einleitungsskizze Waentigs über Turgots Stellung in der Geschichte der Theorie behandelt gut den Kern der Sache.

2. In französischer Sprache.

Broda, Rudolf, Docteur en droit: **Esquisse d'une Histoire Naturelle des Partis Politiques.** Avec un avant-propos de Paul Ghio. Paris 1903, Guillaume & Cie. 58 S. 4°. Preis: 1 Fr. 50 cts.

Eine methodisch durchgeführte Untersuchung über das Wesen und die Entwickelungsgesetze politischer Parteien. Der Verfasser steht auf streng entwickelungstheoretischem Standpunkt und ist von der marxistischen Geschichtsauffassung beeinflusst, ohne sie jedoch in allen Punkten zu akzeptieren; u. a. verwirft er auch den Namen materialistische Geschichtsauffassung als irreführend. Er geht viel auf Beispiele aus der Geschichte der Parteien in Vergangenheit und Gegenwart ein, so dass die Darstellung vor dem Schicksal bewahrt bleibt, ins trocken Abstrakte auszulaufen. Insbesondere bezieht sich der Verfasser als Deutsch-Oesterreicher häufig auf die Parteikämpfe in Deutschland und Oesterreich. Den Fragen der Gegenwart steht er als demokratischer Reformsozialist gegenüber. Er predigt einen wissenschaftlich begründeten Idealismus im Wollen und Handeln, verbunden mit Toleranz im Urteil. »Da es unmöglich ist«, schreibt er, »den Patriotismus der Gegner in Zweifel zu stellen, so folgt daraus, dass das vom Parteistandpunkt aus gefällte Urteil niemals »gerecht« oder »ungerecht« sein kann, weil es, wie ich im Anfang dieser Arbeit hervorhob, nur Gefühle der Sympathie oder der Antipathie ausdrückt. Der Kampf der politischen Parteien steht ebenso jenseits von »Tugend« und »Lastern« wie der Kampf, den die Tiere um ihre Existenz führen müssen, oder wie selbst das gegenseitige Drängen und Stossen der Naturerscheinungen.« (S. 57.) Die gedankenreiche Schrift liest sich sehr anregend.

Darel, Th.: **Le Peuple Roi.** Essai de Sociologie Universaliste. Paris 1904, Felix Alcan. 176 S. 8°. Preis: 3 Fr. 50 cts.

Eine häufig ins Deklamatorische verfallende Zusammenfassung von Ergebnissen der Gesellschaftswissenschaft. Die Aufstellungen des Verfassers sind selten anfechtbar, aber auch kaum irgendwo original. Die Schrift hat mehr propagandistischen, als wissenschaftlichen Wert, am besten könnte man sie als einen lesbaren Katechismus der demokratischen Gesellschaftslehre bezeichnen. Ihre Tendenz wird durch ihren Titel angezeigt; sie predigt die Demokratie unter sozialistischen Gesichtspunkten, die aber nicht über allgemeine Sentenzen hinaus entwickelt werden. Das Buch schliesst mit den Worten: »Die Familie, das Vaterland und schliesslich die Menschheit sind die Ursache und das Ziel der individuellen Entwickelung. Isoliert ist der Staatsbürger nichts, kann er nichts. Freiwillig und bewusst dem »All« angeschlossen wird er selbst dieses All. Dies die höchste Eigenschaft des Volkswerdens, dies sein Königreich, und »vox populi, vox dei« seine Losung.«

Menger, Anton. **L'Etat Socialiste** Traduit par Edgar Milhaud avec une Introduktion de Charles Andler. Paris 1904. Soziété nouvelle de Librairie et d'Edition. XLV und 385 S. 8°. Preis: 3 Fr. 50 Cts.

Eine französische Ausgabe von Mengers »Neuer Staatslehre«. Man wird annehmen dürfen, dass der Uebersetzer, Professor Edgar Milhaud, den Titel »der sozialistische Staat« nicht ohne Zustimmung Mengers gewählt hat. Die fünfundvierzig Seiten füllende Einleitung Andlers polemisiert am Anfang in ziemlich gleicher Auffassung wie Menger gegen die übertriebene Rolle, die von der materialistischen Geschichtsauffassung der Oekonomie zugeschrieben werde, wobei Andler auf's Neue die Ansicht äussert, dass Marx die von Engels im Antidühring über diesen Punkt geführte Sprache wahrscheinlich nicht geführt hätte (S. X), eine Ansicht, gegenüber der wir das durchaus glaubwürdige Zeugnis von Engels haben, dass er Marx das ganze Manuskript des Antidühring vorgelesen und mit ihm durchgesprochen habe. Unhaltbar ist auch Andlers Auslegung des Marx'schen Ausspruchs »die Gewalt ist eine ökonomische Potenz« als lediglich besagend, dass die Gewalt mehr oder weniger direkt von der ökonomischen Entwicklung abhängt.« (S. VI/VII.) Tatsächlich soll er ausdrücken, dass die Gewalt auch auf die Oekonomie als schöpferischer Faktor einwirken kann. Der zweite, grössere Teil des Andler'schen Vorworts besteht in einer eingehenden Würdigung von Mengers Werk, wobei es nicht ohne kritische Bemerkungen abgeht. So wird auch von Andler der Widerspruch betont, der darin liegt, dass Menger auf der einen Seite die Macht der politischen Gewalt, bezw. des Staates, nicht scharf genug hervorheben kann, auf der andern Seite aber den politischen Fragen eine sehr untergeordnete Rolle zuweist. Diese kritische Würdigung ist reich an feinen Bemerkungen.

Morizet, André Docteur en droit. **Les Secrétariats Ouvriers en Allemagne.** Paris 1903. Edition du Mouvement socialiste. 130 S. 8°.

Mit ebensoviel Sachkunde wie sozialem Verständnis würdigt der Verfasser, Hilfsbibliothekar im Justizministerium und Mitredakteur am »Mouvement Socialiste«, das Institut und die Leistungen der deutschen Arbeitersekretariate, Seiner Abhandlung, die dem deutschen Sozialisten Dr. Adolf Braun gewidmet ist, liegt ein sorgfältiges Studium der Berichte der Sekretariate und der diese behandelnden Literatur zu Grunde, sowie die auf zwei Reisen gewonnene praktische Bekanntschaft mit der Arbeitsweise dieser Schöpfung der deutschen Arbeiterschaft. Sie ist trefflich abgefasst und gibt, von kleinen, dem Ausländer verzeihlichen Irrtümern abgesehen, das beste Bild vom Ursprung, Wesen, Arbeitsfeld und Umfang der Arbeitersekretariate, das bisher in Buchform geliefert worden ist.

Im Schlusswort bemerkt der Verfasser, dass die Sekretariate, so grosse Dienste sie der Arbeiterschaft in Verteidigung ihrer Interessen und erzieherisch leisteten, doch nichts spezifisch Sozialistisches an sich hätten. »Organe des Widerstandes und der Verteidigung der Arbeiter werden sie mit der Gesellschaft, die sie nötig gemacht hat, verschwinden. Sie tragen keinen Keim eines neuen und endgültigen Organismus in isch.« (S. 117.) Wir können dem nicht zustimmen. Allerdings, in einer Gesellschaft, die aus einem Konglomerat kommunistischen Gemeinschaften im Sinne der Fourier'schen Phalansterien und dergleichen bestände, hätten Einrichtungen wie die Arbeitersekretariate keine Funktion zu erfüllen. Geben wir aber die utopistische Vorstellung von einer derartigen, der modernen Verkehrsentwicklung in's Gesicht schlagenden Zerstreuung der Menschheit auf, so werden wir erkennen, dass wenigstens die nächste denkbare nichtkapitalistische Gesellschaft immer noch mit Verhältnissen zu rechnen haben wird, bei denen Individual- und Gruppen-Interessen mit Gesamtheits-Interessen in Konflikt kommen können. Und da würden Institute, wie heute die Arbeitersekretariate es sind, aber zu wahren Gemeinde- und Staatsämtern erweitert, als Mittel, den sozialistischen Grundsatz der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege zu verwirklichen, erst recht an ihrem Platze sein.

Thomas, Albert. **Le Syndicalisme Allemand.** Résumé Historique (1848—1903). Bibliothèque socialiste Nr. 20. Paris 1904. Société Nouvelle de Librairie et d'Edition. 100 S. kl. 8°. Preis: 50 Cts.

Ein kurz gefasster, aber viel umfassender Abriss der Geschichte und der Ausbildung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die der Verfasser während eines längeren Aufenthalts in Deutschland näher studiert hat. Die Schrift ist nicht ganz frei von Irrtümern, trifft aber das Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung besser als die sie speziell behandelnden grösseren deutschen Werke. Offenbar hat dem Verfasser bei seiner Arbeit das in seiner Art klassische Webbsche Werk über die Geschichte des englisccheen Trade Unionismus als Vorbild vorgeschwebt, und ohne das Muster sklavisch nachzuahmen hat er es verstanden, in kleineren Bahnen ihm Entsprechendes zu liefern. Seine Kapiteleinteilung unterscheidet, neben der älteren Vorgeschichte, die in der Einleitung skizziert wird, vier Epochen der deutschen Gewerkschaftsentwicklung: die Zeit der ersten Anfänge (1848 bis 1868); die Epoche der Enttäuschungen — er nennt sie »*das undankbare Alter*« — die von 1868 bis 1878 reicht; die Zeit der *Prüfung und Einarbeitung*, 1878 bis 1895, und schliesslich die Zeit des *Aufschwungs* (1895 bis 1903). Ein Schlusskapitel beschreibt den gegenwärtigen Stand der Bewegung (1902/03). Der Verfasser berücksichtigt alle Richtungen in der Gewerkschaftswelt, lässt aber keinen Zweifel darüber, das seine volle Sympathie den zentralisierten Gewerkschaften gehört, die ohne darum die sozialistische Auffassung und Behandlung ihrer Aufgaben abzuschwören, doch insofern heute den politischen Parteien gegenüber sich neutral verhalten, als sie ihren Mitgliedern keinen Parteizwang auferlegen. Damit sei jedoch nicht das letzte Wort der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesprochen. Die Zeit werde kommen, wo die Gewerkschaften gleichzeitig ihre besonderen Aufgaben erfüllen und am unendlich grösseren Werk der vollen Emanzipation direkt mitarbeiten werden.

Die inhaltsreiche Schrift ist äusserst lebensvoll gehalten und sehr geeignet, der vielfach noch grossen Schwierigkeiten begegnenden gewerkschaftlichen Organisationsarbeit in Frankreich das Werk zu erleichtern. Sie legt ausserdem weiteres Zeugnis ab von dem im besten Sinne des Wortes internationalen Geist, der das sozialistische Frankreich heute beseelt und dem kaum ein literarisches Unternehmen wirksamer Vorschub leistet, als wie die *Bibliothèque Socialiste,* zu deren Ausgaben sie gehört.

Schaeffle, A. E. **La Quintessence du Socialisme.** Traduction de Benoit Malon. Revue et corrigée. Bibliothèque Socialiste No. 21. Paris 1904. Société Nouvelle de Librairie et d'Edition. 110 S. kl. 8°. Preis: 50 Cts.

Vor nahezu einem Vierteljahrhundert übersetzte Benoit Malon mit Hülfe seiner des Deutschen mächtigen Frau Schaeffle's Quintessenz des Sozialismus ins Französische. Wir dürfen heute hinzufügen, dass es der verstorbene Karl Höchberg war, der die Anregung dazu gegeben hatte und auch die Kosten dieser Ausgabe trug. Wie die Herausgeber dieser neuen Ausgabe in einer Vorbemerkung ausführen, hat das Buch viel dazu beigetragen, Interesse am »wissenschaftlichen« Sozialismus zu erregen und Anhänger für die kollektivistische Lehre zu gewinnen. Das Opfer an Mühe und Kosten war also nicht vergebens gebracht.

Schreiber dieses erinnert sich noch lebhaft, wie schwer es Malon wurde, für die auch im Deutschen nicht immer leichten Wendungen Schaeffle's die entsprechenden französischen Worte zu finden. Wir haben zusammen ganze Stunden mit Deliberationen über einzelne Sätze zugebracht. Aus der Vorbemerkung der Herausgeber ist zu ersehen, was damals die Arbeit für Malon ausserdem erschwerte. »Die abstrakte Sprache, die juristische und ökonomische Terminologie Deutschlands«, heisst es da, »waren zur Zeit, wo Malon das Werkchen übersetzte, in Frankreich nur erst sehr wenigen Geistern vertraut und die französische Sprache war weniger bestimmt als sie heute ist.« Jetzt sei es verhältnismäsig leicht, eine Genauigkeit zu erzielen, die damals vielleicht unmöglich gewsen sei, und demgemäss ist die Uebersetzung von Grund aus revidiert und verbessert worden.

3. In holländischer Sprache.

Wibaut, F. M. **Trusts en Kartels.** Sociale Bibliothek onder Redaktie von P. Z. Zoelstra en Henry Polak. No. 3. Amsterdam 1903. A. B. Soep. XII und 234 S. 8°. Preis: 2 Mk. 10 Pfg.

Der Verfasser sagt im Vorwort über das vorliegende Buch: »In diesem Buch habe ich gesucht, die Trusts und Kartelle, deren niederländischer Name Unternehmervereinigungen ist, als das vorzuführen, was sie sind: Erscheinungen einer im vollen Gange befindlichen Umwälzung der Produktionsweise. Der Beschreibung und Erklärung der Erscheinung folgt eine Uebersicht über den Fortgang, den die Umwälzung in einer Anzahl Länder schon gemacht hat. Diese Uebersicht muss der Natur der Sache nach unvollständig und ungenau sein. Es entstehen fortgesetzt neue Unternehmervereinigungen, und es gehen wohl auch deren zu Grunde. Der Ueberblick bezweckt nichts andres, als ein Bild der neuen Bewegung zu geben — den Eindruck zu erwecken, dass die Bewegung eine allgemeine und überall in kräftigem Wachstum begriffen ist. — Um für diejenigen, die den Gegenstand noch nicht studiert haben, das Buch nicht unlesbar zu machen, ist von der Polemik mit ausländischen Schriftstellern und von der Kritik solcher Abstand genommen worden.«

Das Programm führt der Verfasser in 32 Kapiteln aus, die nach einem kurzen Rückblick auf die Vorgänger der Kartelle und Trusts das Wesen und die Formen dieser, ihre Ausbreitung in den verschiedenen Ländern, ihre Beeinflussung durch die Handelspolitik, ihre Wirkung auf die Unternehmer, die Arbeiter und das konsumierende Publikum, die Aussichten der gegen sie oder ihre Auswüchse gerichteten gesetzgeberischen und privatwirtschaftlichen Massnahmen. Ein Schlusskapitel entwirft ein Bild der wahrscheinlichen Zukunft.

Der Verfasser erblickt in den Kartellen und Trusts notwendige Produkte der kapitalistischen Entwicklung,, deren Unterdrückung weder möglich noch wünschbar ist, da sie unentbehrliche Organe des weiteren Fortschritts der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit sind. Sie müssen aber auf einer gewissen Höhe der Entwicklung dazu führen, dass ihre Enteignung ein unabweisbares gesellschaftliches Bedürfnis wird, welche Enteignung das Werk der in ihr Mannesalter eingetretenen Demokratie — der Sozialdemokratie — sein werde. Die durch die Trust etc. konzentrierten Produktionszweige werden alsdann in öffentliche Betriebe umgewandelt werden, und zwar werden die Produktion gewisser, allgemein notwendiger Produkte als wie z. B. Kohlen, dann wahrscheinlich international auf Grund von Verträgen geregelt werden, die eine Fortentwicklung unserer heutigen Handelsverträge bilden werden. Neben den vergesellschafteten Produktionszweigen werde es aber solche mehr persönlichen Charakters geben, die der Privatunternehmung werden überlassen bleiben; für manche solcher mehr persönlichen Produktionen werde die Blütezeit vielmehr erst anbrechen. Verwirkliche sich die Voraussetzung dieser Umwälzung, der Eintritt der Demokratie in ihre Reife, nicht, verwirkliche sich die Vergesellschaftung der vertrusteten Industrie nicht, dann werde die Trustform zur völligen Herrschaft der Wenigen über die Vielen führen, dann werden wir alle die Leibeigenen der Trustzäsaren der Zukunft werden!

Damit schliesst das Buch, dessen Verfasser insbesondere die Literatur der amerikanischen und deutschen privaten und amtlichen Erhebungen über die Kartelle etc. gut durchgearbeitet zu haben scheint. Er schätzt unseres Erachtens die mögliche Widerstandskraft der Einkaufsvereinigungen etwas zu gering ein, legt aber im ganzen einen anerkennenswerten Sinn gerade für die wirtschaftlichen Möglichkeiten an den Tag.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Der Rodbertus'sche normale Werkarbeitstag und die Rodbertus'sche Utopie.

Vornotiz. Rodbertus, der lange vergessene, dann zeitweilig überschätzte und schliesslich wieder unterschätzte bedeutende deutsche Staatssozialist, hat sich unter anderem auch mit der Frage beschäftigt, wie die Forderung der Arbeiter nach einem gesetzlich beschränkten Arbeitstag mit dem von ihm für unerlässlich gehaltenen Prinzip der Bezahlung der Arbeiter nach der Leistung zu vereinbaren wäre. Er fand die Lösung in einer Kombination, die er Normaler Werkarbeitstag nannte. Sie ist für die Geschichte des Sozialismus schon deshalb von hervorragendem Interesse, weil sie wieder einmal zeigt, wie oft spekulativ ermittelte Lösungen sozialistischer Denker fast nur in Bezug auf Zeit und Art oder Mittel der Verwirklichung utopistisch, in der Sache aber, um die es sich handelt, tatsächlich nur Vorwegnahmen von dem sind, was wirklich im Werden ist. Was Rodbertus vorschlägt, ist in nur wenig anderer Form schon an verschiedenen Orten in bestimmten Gewerben verwirklicht, aber nicht durch Diktat der erleuchteten Staatsgewalt, sondern durch freie Vereinbarungen zwischen den organisierten Unternehmern auf der einen und den organisierten Arbeitern auf der anderen Seite. Der Druck des wirtschaftlichen Interessenkampfes und die Sprache der Erfahrungen hat Unternehmer wie Arbeiter dahin geführt, Stücklohntarife zu vereinbaren, denen die normale Leistung zu Grunde gelegt ist, die ein Arbeiter von Durchschnittskraft und Durchschnittsgeschick in einem Arbeitstag von normaler Länge zu vollführen imstande ist, und bei denen die Stücklöhne so angesetzt sind, dass der Durchschnittsarbeiter es in der normalen Arbeitszeit auf einen bestimmten Lohnsatz, den Standard- oder Normallohn bringt. Und wenn diese Tarife oder, wie sie in ihrer Heimat England heissen, Standard-Lohnlisten, in der freien Wirtschaft erwachsen sind, so hat sich doch wiederholt gezeigt, dass sie zu ihrer Befestigung die Sanktion einer ausserhalb der Reihen der direkt interessierten Parteien stehenden, mit einer gewissen Autorität ausgestatteten Instanz wohl brauchen können. Nur sind es nicht büreaukratische Instanzen, die man bisher angerufen hat, sondern freigewählte und so selbst dann das Merkmal der Demokratie tragende Instanzen, wenn sie aus Personen aus den oberen Gesellschaftsklassen oder der Juristenwelt bestanden. Bei uns ist für solche Aufgaben das Institut der Gewerbegerichte schon halb prädestiniert, das eine staatsgesetzlich geordnete, aber zu einem Teil wenigstens demokratisch konstituierte Behörde darstellt. Hier würde also, wenn die Sache sich verallgemeinert, Rodbertus, der ja den Staat keineswegs der Geheimräte wegen, sondern als das naturgemässe Organ der grossen allgemeinen Interessen liebte, selbst in formaler Hinsicht ein Stück Recht behalten. »Diese Zentralbehörde«, schreibt er einmal, »die monarchischen oder demokratischen Ursprungs sein könnte, was zwar nicht ethisch, aber doch wirtschaftlich gleichgültig wäre.« (»Kapital«, S. 123).

Der in Frage stehende Artikel, der in seinem weiteren Verlaufe die Rodbertussche Arbeitsgeld-Utopie entwickelt, erschien zuerst in der Berliner Revue und wurde dann von Rudolf Meyer in der Sammelschrift »Briefe

und sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow« (zwei Bände, Berlin 1880), mit Auslassung einiger nebensächlicher Punkte, übernommen. Wir bringen ihn im Auszuge nach dieser, heute aus dem Buchhandel verschwundenen Ausgabe.

Redaktion der Dokumente des Sozialismus.

* * *

Der Normalarbeitstag.

In einer nationalökonomischen Arbeit, die ich unter der Feder habe, »das Kapital« betitelt, behandele ich auch den Normalarbeitstag;[1]) allein in einer anderen Form, als in welcher er heute von den Arbeitern gefordert wird.

Ich will versuchen, die Hauptpunkte dessen, was ich dort ausführe und begründe, hier, im Raume einer sozialen Schrift, klar zu machen, obwohl ich dabei mit eben so grossen Irrtümern über das Wesen des Kapitals zu kämpfen haben werde, wie ich in der Frage des Rentenprinzips mit Irrtümern über den Grundwert zu kämpfen hatte, und doch, auf so beschränktem Raume, die Irrtümer über das Kapital nicht so ausführlich entschleiern kann, wie ich es in meiner Schrift zur Erklärung und Abhülfe über den Grundwert getan zu haben glaube.

Die Arbeiter begehren heute nur einen normalen Zeitarbeitstag. Dieser wird natürlich in den verschiedenen Gewerken nach der Zeitstundenzahl verschieden zu normieren sein, ja, nach der verschiedenen Intensität des Mühe- und Kraftaufwandes, den die Arbeit in je diesen Gewerken erfordert. Zum Beispiel, wenn er in dem einen Gewerk auf 10 Zeitstunden festgestellt werden soll, verdient er nach diesem Verhältnis in einem anderen Gewerk vielleicht schon auf 8 Zeitstunden u. s. w. herabgesetzt zu werden.

Schon ein solcher Zeitarbeitstag, meinen die Arbeiter, würde sie vor zu grosser Ausbeutung schützen und ihnen einen menschenwürdigen, d. h. einen der nationalen Produktivität entsprechenden Arbeitslohn gewähren.

Sie irren.

Ein solcher blosser normaler Zeitarbeitstag vermag noch nichts zur Lösung der »socialen Frage« beizutragen, die nach meiner Ueberzeugung allein darin besteht, wie den Arbeitern ein mit der steigenden nationalen Produktivität mitsteigender Arbeitslohn zu sichern ist. Im Gegenteil. Das »eherne Gesetz«, das in einem sich selbst überlassenen Verkehr den Reallohn stets auf den »notwendigen Unterhalt« herabdrücken wird, wird dies in einem kürzeren Zeitarbeitstag noch leichter als in einem längeren vermögen. Ausserdem entbehrt der blosse normale Zeitarbeitstag aller sozialen Gerechtigkeit, die wesentlich distributiver Natur ist, denn er behandelt den guten und den schlechten Arbeiter gleich und lässt auch die berechtigten Ansprüche der Gesellschaft ungeschützt, die nun einmal in unserer Zeit — schlecht oder recht — durch die Arbeitgeber repräsentiert wird.

Ein blosser normaler Zeitarbeitstag, wie er heute gefordert wird, genügt daher in keiner Beziehung seiner grossen Aufgabe, — der Aufgabe, sowohl die Arbeiter den Klauen jenes »ehernen Gesetzes« zu entreissen und ihnen einen, mit der steigenden nationalen Produktivität mitsteigenden Arbeitslohn zu sichern, als auch ihr eigenes Recht und ihr

[1]) In »Das Kapital, vierter sozialer Brief an von Kirchmann«, Berlin 1884, S. 129 ff. und S. 141 ff. Die Darstellung ist dort eine mehr abstrakte, lässt aber den Sozialisten Rodbertus reiner hervortreten. Red. d. Dok.

eigenes Interesse untereinander auszugleichen, und dann auch wieder mit dem Recht und Interesse der Gesellschaft in Einklang zu bringen.

Soll ein normaler Arbeitstag diese Aufgabe erfüllen, so müssen zu der Beschränkung des Arbeitstages auf eine bestimmte Anzahl von Zeitstunden noch einige andere Bedingungen hinzukommen.

Der normale Zeitarbeitstag muss zunächst noch erst zu einem normalen Werkarbeitstag erhoben werden, mit anderen Worten, er darf nicht bloss nach Zeit, sondern muss ausserdem noch nach Werk normiert werden.

Und das würde so geschehen müssen.

Nachdem der normale Zeitarbeitstag in jedem Gewerk — resp. zu 6, 8, 10 oder 12 Zeitstunden — festgestellt worden, muss auch noch in jedem Gewerk

das normale Arbeitswerk

solchen Zeitarbeitstages festgesetzt werden, d. h., muss diejenige Quantität Werk oder Leistung normiert werden, die ein mittlerer Arbeiter, bei mittlerer Geschicklichkeit und mittlerem Fleiss, während eines solchen Zeitarbeitstages in seinem Gewerbe zu liefern imstande ist. Diese Quantität Werk oder Leistung repräsentierte in jedem Gewerk das gleiche normale Arbeitswerk eines normalen Zeitarbeitstages, und konstituierte damit auch in jedem Gewerk

den normalen Werkarbeitstag,

mit anderen Worten, wäre das, was jeder Arbeiter eines Gewerks in seinem normalen Zeitarbeitstage liefern müsste, damit er einen vollen Arbeitstag — d. i. einen normalen Werkarbeitstag bezahlt oder bescheinigt erhielte. Hätte er in dem vollen normalen Zeitarbeitstage seines Gewerks doch nur das halbe normale Tageswerk geleistet, so würde er auch nur einen halben normalen Werkarbeitstag gelohnt bekommen; hätte er anderthalb Normalwerk darin geliefert, so würde er auch anderthalb Tage gelohnt bekommen.

Damit wäre wenigstens dem genügt, was ich oben als das distributive Prinzip im Lohnsystem angedeutet habe.

Allein auch damit noch nicht genug!

Zu diesen beiden Festsetzungen eines normalen Zeitarbeitstages und eines normalen Werkarbeitstages, die offenbar nur mittelst Intervention des Staates erfolgen könnten, müsste noch eine weitere Intervention desselben hinzukommen.

Unter der Autorität des Staates müsste auch noch in jedem Gewerk der Lohnsatz für den normalen Werkarbeitstag festgesetzt resp. zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vereinbart werden, und müssten diese Festsetzungen sich periodisch wiederholen und, nach Massgabe der Steigerung der Produktivität der Arbeit, ebenfalls erhöhen.

Ein normaler Werkarbeitstag nimmt nämlich zugleich das Prinzip des Stücklohns in sich auf. Nun ist aber bekannt, dass die Arbeiter einen grossen Widerwillen gegen ein allgemeines Stücklohnsystem haben. Und, so lange die Arbeit für Ware gilt und ihr Lohn unter das Gesetz der freien Concurrenz gestellt ist, mit Recht, denn unter solcher Modalität würde ein allgemeines Stücklohnsystem nur zu einem um so bedeutenderen Ausbeutungssystem des Arbeiterstandes werden. Wird hingegen der Lohnsatz für den normalen Werkarbeitstag — entweder durch Entscheidung des Staates unter Mitwirkung der Parteien oder durch die Vereinbarung der Parteien unter Autorität des Staates — festgesetzt, so wird dadurch erreicht, dass die durch das Stücklohnprinzip angefeuerte Aemulation unter den Arbeitern nicht zu einem Druck auf den Reallohn ausschlägt; und, wird dann auch noch der

festgesetzte Lohnsatz periodisch revidiert und, nach Massgabe der allgemeinen Steigerung der Produktivität, seinerseits mit erhöht, so wird auch erreicht, dass der nationale Arbeitslohn im allgemeinen stets ein im Verhältnis der steigenden nationalen Produktivität mitsteigender Arbeitslohn wird.

Erst also, nachdem zum normalen Zeitarbeitstag alle diese anderen Festsetzungen noch hinzugekommen wären, würde ein Normalarbeitstag, der seine Aufgabe erfüllte, geschaffen sein, — jene Aufgabe der Einführung eines gerechten sozialen Lohnsystems, d. h. eines Systems, das

den besseren Arbeiter auch besser lohnte wie den schlechteren, also Recht und Interesse der Arbeiter untereinander ausgliche;
die Gesellschaft davor bewahrte, den schlechten Arbeiter wie den guten lohnen zu müssen, und also auch Recht und Interesse der Arbeiter mit dem Recht und Interesse der Gesellschaft in Einklang brächte;
endlich auch den Arbeitslohn im allgemeinen stetig mit der steigenden nationalen Produktivität und dem steigenden Einkommen der beiden Besitzklassen mitsteigen liesse.

Aber alle oben bezeichneten Festsetzungen wären notwendige Voraussetzungen hierzu, während sich doch das sogenannte herrschende System vor allen diesen notwendigen Festsetzungen aufs äusserste widersetzen wird. Die Intervention des Staates, auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete verwirft es prinzipiell, und Lohnregulative findet es unvereinbar mit seinen Begriffen von Produktionskosten und Kapitalvermehrung. Indessen dürfte für das Freihandelssystem[2]) die Stunde bald vollgeschlagen haben, wo es aufhören wird, das »herrschende« auch nur genannt zu werden, wo es vielmehr zu seinen Vätern in der Geschichte der Nationalökonomie versammelt sein wird, denn schon seit einiger Zeit ist es dem toten Reiter zu vergleichen, dessen Rüstung Stück für Stück »abfiel wie mürber Zunder«. Eine richtiger entwickelte Theorie wird zeigen, einmal, dass der Staat, gerade prinzipiell, zur Leitung auch desjenigen Teils des staatswirtschaftlichen Gebiets berufen ist, den man heute Volkswirtschaft nennt, und dass, wenn ihm hier das Grund- und Kapitaleigentum unzweifelhaft gewisse Funktionen entzieht, die ihm aber prinzipiell zustehen, diese vom staatswirtschaftlichen Standpunkt, nur als in Folge jener Rechtsinstitution delegiert anzusehen sind, denen er alle remedierend nachzuhelfen, wo es nötig ist, sowohl das Recht wie die Pflicht hat. Und sie wird, zweitens, zeigen, dass Regulierung und Fixierung von Arbeitslohn und hoher Reallohn gar keinen Einfluss auf Produktionskosten und Kapitalbildung haben und diese alle auch, weil sie in letzter Analyse durch ganz andere Momente bestimmt werden, durch solche Festsetzungen nicht alteriert werden.

Mit dem Entsetzen des Freihandelssystems hätte es also nichts auf sich.

Aber noch mehr! Ich glaube, dass man, auf der Spur des Normalarbeitstages weiter vorgehend, auch noch zu einer tieferen Lösung eines gerechten Arbeitslohnsystems gelangen und zugleich auch noch der Lösung eines anderen wichtigen nationalökonomischen Problems — näm-

---

[2]) Unter Freihandel verstand Rodbertus die spezifische Manchesterlehre der Nichteinmischung des Staates. Die nationale und internationale Freiheit des Austausches — was wir heute Verkehrsfreiheit nennen — nannte er »Handelsfreiheit« und verfocht er lebhaft gegen die Schutzzöllnerei, selbst wo sie, wie bei Rudolf Meyer, soziale Schutzzöllnerei sein sollte. Red. d. Dok.

lich der eines besseren Wertmassstabes, als Gold und Silber sind — näher treten kann.

Bisher war angenommen, dass die Lösung des normalen Werkarbeitstages und also auch die Normierung des Lohnsatzes für denselben in Metallgeld geschähe und war also unser heutiges Wertmass sowohl für das normale Tagewerk, wie auch für den Lohn selbst in Gedanken beibehalten worden.

Die Beibehaltung des Metallgeldes beim Normalarbeitstag — d. h. hier, die Beibehaltung eines Wertmasses, das an sich selbst Schwankungen unterworfen ist, die mit den aus der Veränderung der Produktivität der Arbeit hervorgehenden Schwankungen des Produktwertes, auf den das Geld hinweist, nicht zusammenfallen — ist aber von Schwierigkeiten begleitet, die ich hier nicht weiter bezeichnen will, da dies zu weit führen würde.

Diese Schwierigkeiten lassen sich jedoch vermeiden, wenn man eben auf der in I. verfolgten Spur des Normalarbeitstages noch weiter vordringt.

Es muss zu allen den Festsetzungen, die ich dort erörtert, noch die tiefgreifendste hinzukommen: Der normale Werkarbeitstag muss zu Werkzeit oder Normalarbeit erhoben, und nach solcher Werkzeit oder Normalarbeit — nach solcher in sich ausgeglichenen Arbeit — nicht bloss

1. der Wert des Produkts jedes Gewerks normiert, sondern auch
2. der Lohn in jedem Gewerk gezahlt werden.

Beides lässt sich in der Tat ausführen.

Erstens, was die Normierung des Produktwerts nach Werkzeit oder Normalarbeit betrifft:

Um diese zu erreichen, muss der normale Werkarbeitstag, der in jedem Gewerk = 1 Tag gilt, er mag in den verschiedenen Gewerken eine noch so verschiedene Anzahl von Zeitstunden in sich schliessen, und der eine Produktquantität repräsentiert, die einem normalen Tagewerk gleich ist, ich sage, muss der normale Werkarbeitstag als Werkzeit oder Normalarbeit aufgefasst und in allen Gewerken in die gleiche Anzahl von 10 Werkstunden geteilt werden. Nach solcher Werkzeit wird dann das Produkt in allen Gewerken gemessen. Eine Produktquantität, die einem vollen normalen Tagewerk gleich wäre, sei sie nun das Produkt eines halben normalen Zeitarbeitstages oder zweier normaler Zeitarbeitstage, repräsentierte oder wäre wert 1 Werktag oder 10 Werkstunden: eine Produktquantität, die einem halben normalen Tagewerk gleich wäre, sei auch sie das Produkt irgend einer normalen Zeitarbeit, welche sie wolle, repräsentierte oder wäre wert ½ Werktag oder 5 Werkstunden u. s. w., u. s. w. Das Produkt eines Gewerks, auf dem eine Werkstunde haftete, wäre also nach diesem Mass auch in allen übrigen Gewerken dem Produkt gleich, auf dem 1 Werkstunde haftete, oder allgemeiner ausgedrückt: Produkte von gleicher Werkzeit wären an Wert einander gleich.

Aber man darf nicht annehmen, dass die Summe oder Quantität Normalarbeit, die irgend eine Produktquantität repräsentiert oder wert wäre, nur durch diejenige Quantität Normalarbeit bestimmt würde, welche die produzierenden Arbeiter unmittelbar in dem Produktquantum geleistet, und die ich daher unmittelbare Arbeit nennen will. Die Arbeiter arbeiten schon mit Werkzeugen, die zur Produktion beitragen, sogar den Grad der Produktivität der Arbeit hauptsächlich bedingen, sich aber während der unmittelbaren Arbeit mit ihnen ab- und vernutzen; mit anderen Worten, es wirkt, ausser der unmittelbaren Arbeit, auch noch mittelbare Arbeit zur Produktion mit, für welche dem Produktquantum

auch noch ein Zusatz von Normalarbeit in Rechnung zu stellen wäre. Die Grösse dieses Zusatzes würde sich bestimmen lassen. Er wäre gleich derjenigen Quantität Normalarbeit, die im Verhältnis der Abnutzung des gleichfalls nach Normalarbeit geschätzten Werkzeugs stände. Wäre z. B. zu irgend einer Produktquantität von den Arbeitern 50 Stunden unmittelbare Normalarbeit geleistet und die Abnutzung der dabei verwendeten Werkzeuge wäre 10 Werkstunden gleichzusetzen, so würde jene Produktquantität auch nicht bloss 50, sondern 60 Stunden Normalarbeit repräsentieren oder wert sein. Allgemein ausgedrückt: Hat ein Werkzeug n Arbeit gekostet und dient es dazu, x Güter, jedes Gut in m unmittelbarer Arbeit herzustellen, so ist das Gut das Produkt von $m + \frac{n}{x}$ Arbeit.

Zweitens, was die Normierung des Lohnes nach Werkzeit oder Normalarbeit anbelangt:

Wie die Normierung des Produktwertes nach Werkzeit oder Normalarbeit geschehen könnte, könnte auch die Löhnung der Arbeiter nach Werkzeit oder Normalarbeit geschehen. Jeder Arbeiter erhielte in seinem Lohn so viel Normalarbeit bescheinigt, als er an Produktwert zu beanspruchen berechtigt gehalten würde.

Wären die Arbeiter allein zu Anteil am nationalen Produktwert berechtigt, so würde jeder Arbeiter auch die ganze Normalarbeit, die er geleistet, bescheinigt erhalten müssen, und der ganze nationale Produktwert verteilte sich allein unter die Arbeiter. Zum Beispiel, hätte ein Arbeiter 1½ normales Tagewerk in seinem normalen Zeitarbeitstag geliefert, so erhielte er auch 15 Werkstunden in seinem Lohn bescheinigt; hätte er nur ½ normales Tagewerk in seinem ganzen normalen Zeitarbeitstag geliefert, so auch nur 5 Werkstunden. Das ganze Nationaleinkommen, das x Normalarbeit wert wäre, ginge auch allein in Arbeitslohn auf, der x Normalarbeit betrüge.

Allein ein solcher Zustand, der mancher Arbeiterphantasie vorschweben mag, ist die reinste Chimäre.

Nationale Arbeit ist Arbeitsgemeinschaft, und Arbeitsgemeinschaft setzt nicht bloss den ganzen Staat voraus, wie dieser sie voraussetzt, sondern bedarf auch noch an sich selbst wirtschaftlicher Funktionäre, die andere als materielle, in Normalarbeit auszugleichende Leistungen zu verrichten haben — nämlich volkswirtschaftliche Leistungen, z. B. in Erkundung des nationalen Bedürfnisses, in Verwaltung der zur Befriedigung dienenden Produktionsmittel, in Leitung der mit diesen Mitteln produzierenden Arbeitsteilungskreisen u. s. w., u. s. w. — und die daher, in Wiedervergeltung dieser ihrer Dienstleistungen, auf die Produkte der materiellen produktionswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft mit demselben Rechte, wie der ganze Staat mit seinen Bedürfnissen, angewiesen sind. Das Gehaltssystem, nach welchem diese »volkswirtschaftlichen Beamten« bezahlt werden, lässt sich allerdings unter verschiedenen Formen vorstellen. Heute jedoch beruht es auf dem Grund- und Kapitaleigentum, das gleichsam ein erbliches volkswirtschaftliches Beamtentum dieser Art begründet, dessen Gehalt in der Form von Grundrente und Kapitalgewinn gezahlt wird. Dass heute, im »freien Verkehr«, Umstände obwalten, die in vielen Fällen das Gehalt unmässig erhöhen und die Beamten dieser Gattung in den Stand setzen, wie reiche Pfründner die ihnen obliegende Arbeit durch Vikare verrichten zu lassen, tut der wesentlichen Richtigkeit dieser Auffassung keinen Eintrag.

Aber, wie dem sein mag, jedenfalls erkennt man einerseits, dass der Arbeiter in keinem Gesellschaftszustande sein ganzes Normalarbeits-

produkt erhalten, niemals in seinem Lohn die von ihm geleistete ganze Normalarbeit bescheinigt erhalten kann, sondern, dass unter allen Umständen hiervon auch noch sowohl das, was der Staat »kostet«, als auch noch das, was die unmittelbare Leitung der Arbeitsgemeinschaft selbst, in Form von Gehalt für die betreffenden volkswirtschaftlichen Beamten, erfordert, abgezogen werden muss, welcher letztere Betrag heute als Grundrente und Kapitalgewinn auftritt. Hat also auch der Arbeiter allerdings in seinem normalen Zeitarbeitstag 10 Stunden Normalarbeit geleistet, — er kann in seinem Lohn doch vielleicht nur drei Werkstunden bescheinigt erhalten, mit anderen Worten, auf drei Werkstunden Produktwert angewiesen werden, denn eine Werkstunde Produktwert repräsentierte vielleicht seinen Beitrag zum Staatsbedarf und je drei Werkstunden würden auf Grundrente und Kapitalgewinn daraufgehen.[2]) Und ebenso erkennt man andererseits, dass, obwohl Staats- und volkswirtschaftliche Beamte, letztere heute mittelst Grundrente und Kapitalgewinn, von dem nationalen Produktwert mitleben wollen und müssen, dennoch der nach Normalarbeit berechnete Wert hinreichen würde, alle diese Anteilsberechtigten davon zu befriedigen. Es gehört nur eins hinzu: Die Arbeiter bekommen weniger Normalarbeit, als sie leisten, gelohnt oder bescheinigt, — was auch in keinem denkbaren Gesellschaftszustande anders sein kann.

In der bisherigen Darstellung bin ich, wenn ich mir den Ausdruck erlauben darf, pädagogisch zu Werke gegangen, und habe versucht, den Leser Schritt vor Schritt vom Einzelnen zum Einzelnen weiterzuführen. Man kann aber auch von einer erhöhten Stelle aus, möchte ich sagen — in einem raschen Ueberblick den Gegenstand im Ganzen bezeichnen.

Das geschieht, wenn man das Nationalprodukt und das Nationaleinkommen als einheitliche Grössen auffasst.

Von dieser Höhe herab erscheint die Nationalproduktion als ein ununterbrochener Strom, der aus dem Schoss der Erde hervorbricht und sich zur Befriedigung der nationalen Bedürfnisse durch die Gesellschaft ergiesst. — Die nationale Arbeit ist diejenige Kraft, die diesen Strom in Bewegung setzt und unausgesetzt darin erhält. — Seine materielle Substanz besteht in dem Nationalprodukt, das als Rohprodukt aus dem Boden hervorgeholt, dann stufenweise als Halbfabrikat, als Fabrikat — weiter verarbeitet wird und endlich als Nationaleinkommen sich verteilt. — Auf allen Stufen wird immer zugleich gearbeitet, wodurch eben die Ununterbrochenheit des Stromes und die Regelmässigkeit hergestellt wird, mit der er, in allen seinen Teilen oder Produktionsstadien, sich stetig erneut, und zuletzt auch in dem Teil, der Nationaleinkommen wird, stetig in die Konsumtion übergeht. — Allein, man mag nun annehmen, dass die Arbeiter, die diese nationale Arbeiten verrichten, auch allein die Anteilsberechtigten am Nationaleinkommen wären — was übrigens sozial unmöglich ist — oder, dass — wie es sozial allein möglich ist, — auch noch die Staatsbedürfnisse und, bei Grund- und Kapitaleigentum, Grundrente und Kapitalgewinn daraus zu bestreiten sind, — jedenfalls lässt sich in dem einen wie in dem anderen Fall, die Quantität Nationaleinkommen, die jährlich in die Konsumtion übergeht, mit der Quantität nationaler Normalarbeit, die zur Herstellung jenes Einkommens

---

[2]) In »Das Kapital« verschwindet diese Rücksicht auf das Grund- und Kapitaleigentum, deren Quoten Rodbertus hier offenbar nur einsetzt, um die Sache den konservativen Lesern der »Berliner Revue« plausibel zu machen, und auch nur hypothetisch aufmarschieren lässt. Es fällt ihm nicht ein zu sagen, Kapital und Grundeigentum s o l l e n die im Text angegebenen Quoten erhalten. Red. d. Dok.

jährlich geleistet wird, in Vergleich setzen, und jene als durch diese repräsentiert oder gedeckt, diese als den Wert jener darstellend, annehmen, und lassen sich, in dem einen wie in dem anderen Falle, alle Anteilsberechtigungen nach Massgabe dieses nur nach Normalarbeit berechneten Wertes des Nationaleinkommens realisieren. Der Unterschied ist nur der, dass in dem einen — sozial unmöglichen — Falle, die Arbeiter auch die ganze von ihnen geleistete Normalarbeit, in dem anderen — sozial allein möglichen — Falle nur einen Teil bescheinigt oder gelohnt erhalten würden, während der andere Teil zur Deckung der Staatsbedürfnisse wie der Grundrente und des Kapitalgewinnes diente. Sie erhalten vielleicht in diesem letzteren allein möglichen Falle ein Beispiel, das ich festzuhalten bitte, da ich es weiterhin öfters zum Grunde legen werde — wenn man sich x Arbeiter vorstellt, die einen Produktwert von 10 Millionen Werkstunden lieferten, in ihrem eigenen Einkommen nur den Produktwert von drei Millionen Werkstunden, während eine Million den Staatsbedarf und je drei Millionen Grundrente und Kapitalgewinn deckten. Mit einander aufgehen, sieht man, würden auch in diesem letzteren Falle Wert des Nationaleinkommens und Wert jener verschiedenartigsten Anteilsberechtigungen vollständig. — So wäre in der Tat in Werkzeit oder Normalarbeit ein Mass gefunden, das sowohl als Wertmass der Produkte, als auch als Einkommensmass der berechtigten Klassen, namentlich auch als Lohnmass des Arbeiters, zu dienen im Stande wäre.

Ein solches Wert- und Lohnmass nach in sich ausgeglichener Arbeit, nach Werkzeit oder Normalarbeit, scheint nun hier vorläufig nur eine theoretische Errungenschaft zu sein, denn dadurch, dass die Produkte nach solcher Normalarbeit geschätzt wären, und die Arbeiter im Lohn nur Normalarbeit bescheinigt erhielten, wäre doch noch nicht bewirkt, dass nun auch die Arbeiter ihre auf eine bestimmte Summe Werkzeit lautenden Lohnzettel auch genau gegen eine eben so viel Werkzeit repräsentierende Produktquantität im Verkehr realisiert erhielten. Indessen komme ich auf die Einrichtungen, die noch hierzu nötig sein würden, weiter unten zurück. Hier will ich noch einen Augenblick bei der Bedeutung selbst einer solchen rein theoretischen Erkenntnis verweilen.

Der Satz, dass der Wert aller wirtschaftlichen Güter im letzten Grunde nach Arbeit zu messen sei, hat bekanntlich schon seit der Zeit, wo A. Smith ihn in dieser so verschieden zu deutenden und so verschieden gedeuteten Allgemeinheit aufstellte, seine Stelle in der Wissenschaft gefunden, und hat diese Stelle seit Ricardo, der sie näher dahin bestimmte, dass darunter die Arbeitsquantität zu verstehen sei, die die Güter herzustellen gekostet, zunehmend mehr behauptet.

Schon bei seiner ersten Aufstellung ward er enthusiastisch begrüsst. So hält Christ. Jakob Kraus — verm. Schriften Bd. II p. 102 — diesen Satz der deutschen Lehrer[1]) für so wichtig für die Staatswirtschaft, wie die von Galiläi gefundene Einheit für die Geschwindigkeit in der Physik. Und auch ich glaube, dass das Gesetz der Normalarbeit einen solchen Rang erringen kann.

Er wird auch noch heutigen Tages von den entschiedensten Gegnern A. Smiths in seiner hohen Bedeutung gewürdigt. So sagt Roesler in seinem tief einschneidenden Werk »Ueber die Grundlehren der von A. Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie, 2. Auflage, in dem Kap. »Der Wert«: »Man ist nun ziemlich einig darüber, in der Arbeit die Wertsubstanz der Dinge zu erblicken.« Und weiter: »Die Gleichung

[1]) Offenbar Druckfehler für: Smithsche Lehre. Red.

W 20 L = 20 A bedeutet: der Wert von 20 Ellen Leinwand beträgt ein zwanzigfaches Quantum positiver Arbeit. Arbeit muss also ein Ding sein, welches quantitativ messbar ist, d. h. es wird im Prozess der Wertbildung von den qualitativen Unterschieden der Arbeit abgesehen und nur qualitativ gleiche Arbeit zu Grunde gelegt.« — Und endlich: »Liegt nun qualitativ gleiche Arbeit der Wertbildung zu Grunde, so kann die Zeit als ihr quantitativer Massstab benutzt werden.«

Die Wahrheit dieses Satzes ist denn auch eben so entschieden bestritten worden. Man hat die Möglichkeit der Normierung qualitativ gleicher Arbeit bezweifelt und diese Zweifel alle in dem einen Grunde zusammenlaufen lassen, die Verschiedenheit sowohl der Arbeiten wie der Arbeiter sei zu gross, als dass Arbeit jemals ein in sich gleicher Massstab des Wertes sein oder werden könne.

Einer oder der andere, der Studien über diesen Gegenstand gemacht, wird auch vielleicht sagen: Alles schon dagewesen und kläglich missglückt! In der Tat erzählt Reybaud in seinen Etudes sur les reformateurs modernes, da wo er das Owensche System kritisiert: »Noch offenbarer wurde Owen durch eine andere, eben so törichte Unternehmung kompromittiert, die sich National-labour-equitable-exchange nannte. In dieser handelte es sich um nichts weniger, als um die Abschaffung des Geldes, das durch einen anderen Wert »Arbeitsstunden« ersetzt werden sollte. Eine »Arbeitsstunde« war die kleinste Münze dieses Geldes. Für ein paar Stiefel gab man eine gewisse Summe Bäcker- oder Weberarbeitsstunden. Zu diesem Zweck wurde ein merkwürdiges Papiergeld, das diesen Wert ausdrückte, kreiert. Man kann kaum begreifen, dass ein so urteilsfähiger Kopf, wie Owen, sich zu einem so kindischen Versuche hinreissen lassen konnte, der übrigens nur einer Fehlgeburt nachgeahmt war, die wir in Frankreich erlebt haben. Die Arbeiten sind sich nicht ähnlicher als die Arbeiter, und der eine Arbeiter kann in zwei Stunden ein grösseres und besseres Stück Arbeit liefern, als ein anderer in vier. Auch dieser Versuch war eine Folge jenes unseligen Systems, das die Gleichheit auf den handgreiflichsten Ungleichheiten gründen will. — Zu ihrem notwendigen Korrelat erheischte diese Wechselbank die Gründung gemeinschaftlicher Magazine, bei denen der Gebrauch des Metallgeldes abgeschafft war und der Warenumsatz sich durch gegenseitige Abrechnung vollzog. Indessen nach einiger Zeit gingen Bank und Magazine wegen Teilnahmlosigkeit ein.« — —

So Reybaud. — Ich habe im Jahre 1842, wo ich in einer Schrift »Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände« u. s. w. die Idee eines konstituierten Wertes und eines darauf gegründeten Geldes zuerst auseinandersetzte, nicht gewusst, dass jemals, in Frankreich oder England, ein praktischer Versuch damit gemacht worden wäre, auch seitdem nichts weiter von diesen Versuchen erfahren, habe auch damals Reybaud noch nicht gekannt, obwohl seine Etudes schon 1841 den grossen Montyonschen Preis erhalten hatten — meine Ausgabe datiert von 1848. — Allein wenn die Gegner nichts besseres einzuwenden haben, als dass die Arbeiten sich nicht ähnlicher sind, als die Arbeiter, so sind ihre Einwendungen nicht weit her. Wenn man eine Stunde Schusterarbeit — nach Sonnenzeit berechnet — einer Stunde Weberarbeit — gleichfalls nach Sonnenzeit berechnet — gleichsetzt, so kann ein solches Wertsystem allerdings nicht vorwärts helfen, denn es ist dann ein allgemeines Prämiierungssystem der Faulheit, ganz abgesehen von dem in der Tat kindischen Versuch, ein solches System fakultativ wie eine Aktiengesellschaft gründen zu wollen. Wenn man sich aber den von mir erörterten Begriff Normalarbeit klar gemacht hat, so stellt sich die Sache anders dar. Die Verschiedenheit sowohl der Arbeiten wie der

Arbeiter kann vollständig ausgeglichen werden, wenn man, mittelst des normalen Zeitarbeitstages und des normalen Werkarbeitstages, eine, wie Roesler sich ausdrückt, »qualitativ gleiche Arbeit«, gewinnt, eben zum Begriff Werkzeit oder Normalarbeit vordringt und dann den Werktag in allen Gewerken in eine gleiche Anzahl Werkstunden teilt.

Aber wie den Werktag praktisch machen? Wie ihn zur Lösung der »sozialen Frage«, zur Einführung eines Lohnsystems verwenden, mittelst dessen auch der Arbeiterstand sich vom Boden des »notwendigen Unterhalts« aufschwingen und an den zunehmenden Früchten der steigenden nationalen Produktivität teilnehmen kann.

Jedenfalls geschieht dies nicht von selbst. Von selbst ist Fabelland, Schlaraffenland. Schon nach Naturgesetzen kommt uns Menschenkindern nichts von selbst zu gut; es gehört saure individuelle Arbeit dazu. Nach Gesellschaftsgesetzen kommt uns aber auch von selbst die Frucht der individuellen Arbeitsgemeinschaft nur höchst unvollkommen zu gut; es gehört saure Staatsarbeit dazu. Also auch bei dieser tieferen Lösung des sozialen Problems, die durch Normalarbeit ermöglicht wird, muss die energische Hand des Staates intervenieren.

Wie vorstehend die soziale Frage formuliert worden, behaupte ich, lässt sie sich mittelst Normalarbeit lösen, und zwar, ohne dass man dem Grund- und Kapitaleigentum von seinem heutigen Grundrenten- und Gewinnbetrage etwas fortzunehmen braucht. Man braucht nämlich nur den Mehrlohn auf die Zukunft, auf die steigende nationale Produktivität anzuweisen, braucht nur zu verhindern, dass auch für alle Zukunft dies Plus einer steigenden Produktivität der Grundrente und dem Kapitalgewinn allein zuwachse.

Dies geschieht, wenn

a. der Produktwert, wenigstens der Lohngüter, nach Normalarbeit konstituiert wird;
b. der Lohn als Quote dieses nach Normalarbeit berechneten Produktwertes fixiert wird;
c. Anstalten getroffen werden, welche die Realisierung dieses Lohnes nach dem angewandten Mass in Lohngütern sichern.

Setzen wir einen Augenblick voraus, dass diese drei guten Dinge geschehen sind, so leuchtet ein, dass auch wirklich die Frage gelöst ist, denn der Reallohn steigt nun in der Tat im Verhältnis der steigenden Produktivität mit, ohne dass dem gegenwärtigen Grundrenten- oder Kapitalgewinnbetrage irgend etwas entzogen worden.

Kommen wir, um dies besser zu begreifen, auf ein oben gebrauchtes Beispiel zurück:

Wir hatten angenommen, dass eine bestimmte nationale Arbeiterbevölkerung zehn Millionen Werkstunden Produktwert lieferte, wovon drei Millionen auf Lohn, eine Million auf Staatsbedarf und je drei Millionen auf Grundrente und Kapitalgewinn daraufgingen. Die auf Lohn daraufgehenden drei Millionen Werkstunden mögen zur Zeit nur einen Reallohn enthalten, der dem notwendigen Unterhalt gleichkommt. Indessen nach 20 Jahren ist die Produktivität auf das Doppelte gestiegen, d. h., dieselbe Anzahl Arbeiter stellt in derselben Zeitarbeit die doppelte Quantität Produkt her. Jetzt würden also drei Millionen Werkstunden Produktwert zweimal den Ertrag des notwendigen Unterhalts repräsentieren. In einem sich selbst überlassenen, sog. freien Verkehr, in welchem das »eherne Gesetz« den Lohn immer wieder auf den Betrag des notwendigen Unterhalts herabdrückt, würde also auch der Lohn — nach Normalarbeit bemessen — auf die Hälfte fallen: die Arbeiter würden in einem solchen Gesellschaftszustande — und dies ist im wesentlichen der heutige — nur 1½ Millionen Werkstunden Produktwert, oder nur

noch $^3/_{20}$ des ganzen nationalen Produktwerts erhalten. Wäre hingegen der Lohn, wie vorausgesetzt worden, als Quote — im vorliegenden Falle zu $^3/_{10}$ des ganzen nationalen Produktwerts — fixiert worden, so wäre damit auch das »eherne Gesetz« beseitigt und die Arbeiter bekämen mittelst eines sich gleichgebliebenen Lohnwertbetrages doch doppelt so viel Reallohn, als der notwendige Unterhalt betragen hatte.

Für den, der nicht Nationalökonom von Fach ist, erwähne ich beiläufig, dass dies der »verhältnismässige Arbeitslohn« ist, dessen allgemeinen Begriff in die Wissenschaft eingeführt zu haben, ich für das grösste Verdienst Ricardos halte, denn seine Grundrententheorie ist falsch. Allein Ricardo irrte in der konkreten Auffassung dieses Begriffs. Er teilt zwar vollständig die Ansicht, dass in einem »freien Verkehr« der Arbeitslohn immer auf dem notwendigen Unterhalt festgehalten wird, allein er geht, verleitet von seiner falschen Grundrententheorie, von der Voraussetzung aus, dass zwar die Fabrikations- und Transportationsarbeit immer produktiver, die Rohproduktionsarbeit, namentlich der Ackerbau, immer unproduktiver werde, dass also z. B. nach 20 Jahren nicht halb so viel, sondern doppelt so viel Arbeit notwendig sein werde, um einen Scheffel Weizen zu produzieren. Er musste daher auch, da in der Gesamtarbeit, welche die Lohngüter kosten, Fabrikationsarbeit der geringere, Rohproduktionsarbeit der grössere Teil ist, zu einer anderen Schlussfolgerung gelangen, als ich, zu der Schlussfolgerung nämlich, dass der verhältnismässige Arbeitslohn — nicht wie es wirklich statt hat, weil in der Tat auch die Rohproduktion immer produktiver wird[5]), in einem »freien Verkehr« fortwährend falle, fortwährend eine kleinere Quote vom Nationalprodukt fortnähme — sondern fortwährend steige, fortwährend eine grössere Quote davon fortnähme. Wie bekannt, wird durch diese Ansicht dann auch wieder Ricardos Ansicht vom fortwährenden Fallen des Kapitalgewinnes bestimmt. Nach der Ricardoschen Theorie ist daher in letzter Analyse die soziale Frage überhaupt nicht zu lösen, sondern die Gesellschaft geht einem allgemeinen Hungerende, ihrem wirtschaftlichen »jüngsten Tage«, entgegen.

Aber glücklicherweise hat Ricardo Unrecht, und wenn es daher unzweifelhaft wahr ist, dass, wenn die angenommenen Voraussetzungen verwirklicht sind, wenn

a. der Wert der Lohngüter nach Normalarbeit konstituiert worden,
b. der Lohn als Quote dieses Produktwerts fixiert worden,
c. Anstalten getroffen worden, welche die Realisierung eines solchen Lohnes nach jenem Mass in Lohngütern sichern; —

ich sage, wenn es unzweifelhaft wahr ist, dass, diese Vorbedingungen als verwirklicht angenommen, sich alsdann auch die Lage der Arbeiter mit der Zukunft fortwährend verbessern muss, weil in demselben Verhältnis, in welchem die Produktivität steigt, auch in dem fixierten »verhältnismässigen Arbeitslohn« immer mehr Reallohn enthalten ist — so tritt wie jetzt die Frage an uns heran:

Wie, in welcher Weise sind diese Vorbedingungen zu verwirklichen?

Und auch hier kann die Antwort nicht anders lauten:

Lediglich durch die Intervention des Staates!

Als wir uns in I. noch in den Vorstellungen des Metallgeldwertes bewegten, stiessen wir auf die Intervention des Staates, die mittelst Lohnregulative ein befriedigendes Lohnquantum festzusetzen und dieses im Wege periodischer Revisionen im Verhältnis der steigenden natio-

[5]) Ich glaube das in meinem dritten sozialen Briefe nachgewiesen zu haben. Note von Rodbertus.

nalen Produktivität immer mitzusteigern hatte. Jetzt, wo wir uns in den Vorstellungen eines nach Normalarbeit bemessenen Wertes und Lohnes bewegen, ist zur Verwirklichung jener notwendigen Vorbedingungen die Intervention des Staates um so unumgänglicher erforderlich.

a. Der Wert, wenigstens der Lohngüter, muss nach Normalarbeit konstituiert werden.

Dazu muss der Staat, nachdem in allen Gewerken der normale Zeitarbeitstag und der normale Werkarbeitstag festgesetzt worden, den Wert der Produktquantität, die das normale Tagewerk repräsentiert, nach solcher Normalarbeit konstituieren und dann diese Festsetzungen periodisch revidieren, um sie immerwährend mit den Fortschritten der nationalen Produktivität in Einklang zu erhalten. Wenn also z. B., bei dem heutigen Stande der Produktivität, x Produktquantität aequal 1 normalem Tagewerk ist, so wird heute auch diese Produktquantität auf den Wert von 1 Werktag oder 10 Werkstunden konstituiert. Hat sich aber in 10 Jahren die Produktivität so gesteigert, dass alsdann das normale Tagewerk gleich zwei x ist, so wird nun auch der Wert von zwei x Produktquantität auf einen Werktag oder 10 Werkstunden konstituiert. M. a. W. und allgemein ausgedrückt: Ein nach Normalarbeit bemessener gleicher Produktwert schliesst immer in demselben Verhältnis, in welchem die Produktivität sich steigert, auch gesteigerte Produktquantität ein.

b. der Lohn muss als Quote eines solchen Produktwertes fixiert werden.

Dazu muss der Staat:

1) den augenblicklichen Metallgeldwert des Nationalprodukts, sowie die Quote, die der augenblickliche nationale Geldarbeitslohn davon ausmacht, ermitteln,

und muss,

2) diesen selben Quotensatz auf das nach Normalarbeit geschätzte Nationalprodukt übertragen und für alle Zukunft den Lohn auf diesem Satze festhalten.

Es leuchtet ein, dass dadurch bewirkt wird, dass derselbe Lohnwert, z. B. drei Werkstunden, in geradem Verhältnis der steigenden Produktivität auch aufsteigend mehr Reallohn anweist, denn in demselben Verhältnis ist ja auch immer der Produktwert reguliert.

c. Es müssen Anstalten getroffen werden, welche die Realisierung des Lohnes nach solchem Masse in Lohngütern sichern.

Dazu muss der Staat

1) die Ausgabe dieses Lohngeldes — gleich dem Papiergelde — sich selbst vorbehalten;
2) muss den Arbeitgebern, nach Massgabe der Arbeit, die sie in ihrer Unternehmung beschäftigen, in diesem Gelde Darlehne gewähren, die sie in nach Normalarbeit bemessenen Produktwert zurückzuzahlen haben;
3) muss Magazine für diese in Produkten zurückgezahlten Darlehne anlegen;
4) muss endlich die Lohnzettel der Arbeiter gegen diese Produkte nach dem konstituierten Wert annehmen.

Man sieht, hier ist die Idee der Warennote oder des unmittelbar auf Waren fundierten Darlehnskassenscheines verwirklicht, nur in einem anderen Wertmass als Metallgeld ist, wodurch — was ich hier aber nicht weiter ausführen kann, — Gefahren, die sonst mit der Warennote verbunden sind, vermieden werden.

Offenbar würde der Staat imstande sein, den Arbeitgebern einen sehr billigen Kredit in diesem Gelde zu gewähren, der dieselben in den Stand setzen würde, leichter mit dem Auslande zu konkurrieren, und sie daher auch um so mehr dieser Einrichtung geneigt machen würde. Es würde selbst fraglich sein, ob sich nicht deshalb dies Arbeitsgeld ohne Staatsmagazin schon von selbst zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern in Kurs erhalten würde und der Staat nur Wechselkomptoirs einzurichten hätte, — um nach dem gegenseitigen Stande des Metallgeldes und des Arbeitsgeldes — der sich sehr klar herausstellen würde, da dieselben Produkte, die nach Arbeitswert konstruiert wären, auch nach Metallgeldwert zirkulieren würden, — eins für das andere geben zu können.

Durch solche Intervention des Staates wäre also in der Tat der verhältnismässige Arbeitslohn fixiert, der Reallohn stiege von nun an immer im geraden Verhältnis mit der steigenden nationalen Produktivität mit, und dem gegenwärtigen Grundrenten- und Kapitalgewinnbetrage wäre nichts dazu entzogen worden. —

Noch ein paar weiterreichende Fingerzeige! — denn die soziale Frage ist eben keine partikulare Frage; sie treibt vielmehr ihr Geäder durch den ganzen Gesellschaftskörper.

Die ganze Produktion der zivilisierten Welt wird unter dem gegenwärtigen System periodisch von Handelskrisen heimgesucht. Sie bilden die Geissel, die dann und wann auch das allzu geile Fleisch des Kapitals züchtigt. Aber das Weh durchzuckt doch die ganze Gesellschaft und abermals diejenigen Klassen am meisten, die es am wenigsten verdient haben. Dann tritt die wahnsinnige Erscheinung zutage, dass alle Magazine übervoll von Waren sind, und alle Arbeiter übermässig darben. Das scheinbar Unvereinbare wird dann vereinigt. Nichts als das — nach den gegenwärtigen Verkehrsgesetzen mit der steigenden nationalen Produktivität stets gleichmässig erfolgende — Fallen des verhältnismässigen Arbeitslohnes trägt hieran die Schuld. Die Wertanteile der bei der Nationalproduktion beteiligten Klassen sind es nämlich, die allein deren Kaufkraft bestimmen, sind die Kräfte, die in der Nachfrage den Markt im Gleichgewicht erhalten. Eine bei dem einen Beteiligten, in Folge seines sinkenden Wertanteils am Produkt, fortwährend abnehmende Kaufkraft muss natürlich zum Verlust des Gleichgewichts ausschlagen. Nur die Metallgeldwand, die sich heute vor diesem steten Sinken des verhältnismässigen Arbeitslohnes vorschiebt, und die sich in ihrer Höhe nach anderen, eigenen Gesetzen aufrichtet, macht es, dass wir den wirklichen Vorgang hinter ihr nicht deutlich erkennen. In Metallgeldwert ist oft der Arbeitslohn gestiegen, während er als verhältnismässiger Arbeitslohn, als Quote am Produkt, bedeutend gefallen ist. So staut sich dann gleichsam in dem einen Arm des dreiteiligen Stromes, da keine entsprechende Kaufkraft ihm hier sein Bett öffnet, die Nationalproduktion mächtig auf, und die Erscheinung erklärt sich, dass die Magazine übervoll sind und die Mehrzahl des Volkes hungert. — Man wende nicht ein, das Quantum Kraft, das dem einen Beteiligten entzogen werde, wachse ja den anderen beiden Beteiligten zu und müsse mit derselben Stärke auf dem Markt wirken. Der Wert haftet zwar an den Produkten, setzt sich aber nicht über das Bedürfnis fort. Was in der Hand des einen Beteiligten noch Wert geblieben wäre, wird in den Händen der anderen eben überflüssiges, d. h. unverkäufliches Produkt! Die Nationalproduktion muss zu grossem Teil erst eine Zeit lang pausieren, damit sich nach und nach die aufgestauten Massen verteilen, und sich dann zu grossem Teil erst umgestalten, damit das, was dem einen Beteiligten genommen wird, in die Hände des anderen, als auf dem Markt wirkender Kraftzuwachs wieder auftreten kann.

Und weiter!

Was wird nun schliesslich in der Nationalproduktion das, was den Arbeitern am verhältnismässigen Arbeitslohn fortwährend entzogen wird, weil heute bei steigender nationaler Produktivität der Lohn immer auf den notwendigen Unterhalt herabgedrückt wird, — was wird, frage ich, schliesslich dieser Abzug, der als Zuwachs in die Hände der anderen beiden Beteiligten übergeht, oder vielmehr heute nur des Kapitals allein, das dazu auch noch vom Grundbesitz fortnimmt, da diesem seine natürliche Bewahrung im Rentenprinzip fehlt? — Luxus, nichts als Luxus! — denn die Bedürfnisreihe dieses anderen so überaus bevorzugten Teilnehmers ward ohnehin schon bis in die Luxusregion hinein gestillt. Um ein Beispiel aus dem Leben zu greifen! Man baut glanzvolle Passagen, aber keine gesunden Arbeiterwohnungen. Und das »herrschende System« hat hierin recht, denn es bringt nur zu Markt, was seine Bezahlung findet. Nun können zwar reiche Flaneurs das Schauen luxuriöser Passagen bezahlen, aber Arbeiter, die nur den notwendigen Unterhalt bekommen, nicht das Bauen gesunder Arbeiterwohnungen. So bewegt sich denn das System in seinen eigentümlichen Geleisen weiter: Nach unten streut es ob der zunehmend ungleicheren Verteilung des Nationalreichtums immer mehr Neid, Hass und Rache aus. Nach oben wird die Bewegung etwas anders; hier folgt auf den Welterwerb der Weltgenuss, auf den Weltgenuss die Korruption. — So fiel Rom! So sinkt Frankreich! — Auch wir? —

Aber die Kosten!

Gewiss, mehr als die Druckerschwärze einer Polizeiverordnung wird die soziale Frage kosten, denn sie ist eben die soziale Frage. Aber, wenn wir im vergangenen Dezennium viele Millionen aufgewendet haben, um über den Grundbesitz eine der grössten Ungerechtigkeiten zu verhängen, weshalb sollten wir nicht halb so viele Millionen aufwenden, um einen Akt sozialer Gerechtigkeit ins Leben zu rufen, der einen neuen Abschnitt in der Weltgeschichte bezeichnen würde? — — —

Ich bin natürlich auf diesen wenigen Blättern über die tiefsten Probleme nur wie im Fluge hingestreift. Ich habe nur die Spitzen der Hauptgrundsätze berührt. Wer nicht schon viel über national-ökonomische Verhältnisse nachgedacht hat, wird wenig davon begriffen haben. Auch denen, welche bewandert in diesen Fragen sind, bin ich noch nicht gerecht geworden. Es fehlt die Begründung alles dessen, was ich nur angedeutet. Aber, um auch wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen, muss eben ein Buch geschrieben werden. Hier sollten nur allgemeine Gesichtspunkte, sollte nur ein Blick auf die Kette der Schwierigkeiten eröffnet werden, die sich gleich riesigen Berghäuptern am Horizont der Frage abzeichnen. Hier sollte — um damit wieder an unseren Anfang anzuknüpfen — nur gezeigt werden, wie winzig sich dagegen der von den Arbeitern begehrte normale Zeitarbeitstag ausnimmt, wie wenig des Rumors, den er macht, wie keine einzige Stunde Strike er für sich allein wert ist.

III. Urkunden des Sozialismus.

Ein Verfassungs-Entwurf der sozialistischen Arbeiterpartei des Kantons Appenzell-Ausserrhoden (Schweiz).

Vorbemerkung.

Das volle Verständnis der nachfolgenden Verfassungs-Revisions-Wünsche verlangt ein kurzes Kommentar. — Appenzell-Ausserrhoden gehört zu den reindemokratischen schweizerischen Kantonen, d. h. dass hier die beim Volke ruhende Souveränität direkt durch die Volksversammlung, die »Landsgemeinde«, ausgeübt wird. Alljährlich findet am letzten Sonntag im April eine solche ordentliche Landsgemeinde statt; zur Teilnahme sind sämtliche stimmberechtigten Schweizerbürger bei einer Busse von 10 Fr. verpflichtet. Das Stimmrecht ist dort wohl das ausgedehnteste: stimmberechtigt sind alle über 20 Jahre alten Schweizer, sogar auch solche, die von der öffentlichen Armenpflege unterstützt werden, wie auch Insassen von Armenhäusern; die Einstellung oder der Entzug des Stimmrechts kann nur durch das Strafgericht bei schweren Vergehen oder Verbrechen ausgesprochen werden. —

Appenzell-Ausserrhoden, ein vorwiegend industrieller Kanton, zählt 55 000 Einwohner und 13 000 stimmberechtigte Bürger, die Landsgemeinden werden durchschnittlich von 10—11 000 Männern besucht. — Textilindustrie: Weberei, Stickerei und die zugehörigen Hilfsindustrien bilden den Hauptproduktionszweig des Kantons, kleine und mittlere Betriebe überwiegen; neben Fabrikbetrieben blüht insbesondere die Heimindustrie, mit oder ohne winzige landwirtschaftliche Bauerngütchen, und zwar ausschliesslich Wiesenbau (Milchwirtschaft). Die Lohnverhältnisse sind, abgesehen von der Schiffli-Stickerei, sehr schlechte; so verdient ein Blattstichweber (es weben 3100 Stühle) im Durchschnitt 2 Mark (2 Fr. 50 Cts.) täglich, eine Ausschneiderin bringt es sogar nur auf den wöchentlichen Lohn von 4 bis 5 Mark! — Dem entsprechend ist auch der Gesundheitszustand des Volkes der schlechteste in der Schweiz: — bei den alljährlichen Militärrekrutierungen sind nur ca. 36 Prozent der männlichen Bevölkerung militärdiensttauglich. —

Dank den Bemühungen des Genossen Pfarrer Eugster in Händwil sind bei uns die Heimarbeiter gewerkschaftlich besser organisiert als die Fabrikarbeiter; so zählt der von ihm vor drei Jahren gegründete Weberverband von 3100 Blattstichwebern 1700 Organisierte, und der Verband der Seidenweber von 1600 Webern ca. 1100 Verbandsmitglieder. — Unsere appenzellische sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Urheberin der folgenden Wünsche, zählt ca. 1700 Genossen. —

Nachdem die Landsgemeinde im Jahre 1895 die Frage der Verfassungsrevision verworfen hatte, hat sie am 26. April 1903 eine solche Revision gutgeheissen, und zwar im Sinne einer totalen Revision, und zugleich den 20 Gemeinden den Auftrag gegeben, einen Verfassungsrat zu wählen; eine Woche später haben die Gemeinden diese Wahlen vorgenommen, und einen aus 36 Mitgliedern zusammengesetzten Verfassungsrat gewählt; in diesem Rate sitzen auch die beiden Genossen Pfarrer Eugster, Präsident des Weberverbands, und Dr. Hertz, Präsident der Arbeiterpartei. Am 14. Mai hielt der Rat seine erste konstituierende Sitzung ab, und der wichtigste damals gefasste Beschluss war eine Einladung an Volk, Behörden und Vereine, Wünsche und Anträge zur Verfassungsrevision zu postulieren »bevor auf eine materielle Revisionsberatung eingetreten werde. Dabei war die Ueberzeugung massgebend, dass die Ausarbeitung eines mit den Bedürfnissen und der Ueberzeugung des Volkes im Einklang stehenden staatlichen«, d. h. kantonalen, »Grundgesetzes nur dann möglich sei, wenn jedem Einzelnen, wie auch Vereinen« u. s. w. »Gelegenheit geboten werden, sich über die Frage frei und ohne Rückhalt auszusprechen und

Meinungen und Wünsche zu Händen des Revisionsrates einzugeben. Nur wenn der Revisionsrat während der Beratungen mit dem gesamten Volke in steter Fühlung bleibt, wird er imstande sein, ein Werk zu schaffen, das der Billigung des Volkes würdig und sicher ist.« — (Aus der »Einladung« vom 1. Juni 1903.) — Auf Ende September war der letzte Termin zur Einreichung solcher Volkswünsche bestimmt. —

In diesem Vorgehen zeigt sich uns eine besondere, spezifisch appenzellische Art direkter Volksgesetzung. Diese Art von Volksanfragen war bis jetzt bei uns traditionell üblich, ohne dass weder Gesetz noch Verfassung sie verlangten, desshalb verlangen unter 22 d. unsere Wünsche, die Aufnahme eines diesbezüglichen Artikels in die neue Verfassung. Der Unterschied zwischen dem jetzigen Vorgehen, und demjenigen beim Erlass von Gesetzen ist nur der, dass bei Gesetzgebungen der Kantonsrat, die ordentliche Legislative, nach erster Lesung dem Volke den Gesetzentwurf vorlegt und bei der zweiten definitiven Ausarbeitung allfällige Volkswünsche in Betracht zieht. — Eine solche zweite Frist ist auch bei der gegenwärtigen Verfassungsrevision beschlossen worden. — Das zweite Vorgehen wird nun folgendes sein: der Verfassungsrat wird auf Grund der eingegangenen Volkswünsche einen Entwurf in erster Lesung ausarbeiten, alsdann in einer Frist von 3 bis 4 Monaten weitere Abänderungsanträge aus dem Volke entgegennehmen, und dann erst einen definitiven Verfasungsentwurf der Volksabstimmung (der Landsgemeinde) unterbreiten. —

Aus dem Gesagten erklärt es sich, warum unsere Wünsche nur die Formen allgemeiner Anregungen haben; — zu der späteren redaktionellen Ausarbeitung werden wir Gelegenheit finden, Stellung zu nehmen und unsere Meinungen zu präzisieren. — Zudem sitzen im Verfassungsrat unsere beiden Genossen, die mit Zuzug des Parteivorstandes und einiger weitern Parteigenossen unsere Eingaben ausgearbeitet haben. Sie werden somit Gelegenheit finden, darauf zu achten, dass unsere Postulate die richtige redaktionelle Gestalt bekommen. —

Mitte Juli war der Vorstand mit seiner Arbeit fertig, damals unterbreitete er die fertigen »Wünsche« den Parteigenossen mit der Einladung, dieselben zu beraten bezw. weitere Anträge zu stellen. Dies ist auch im ausgiebigen Masse geschehen, alsdann fand am 20. September unser kantonaler Parteitag statt, an welchem die Delegierten einstimmig die Eingabe zu Händen des Revisionsrats gutgeheissen haben. —

Insbesondere muss ich noch einige der Wünsche mit wenigen erklärenden Bemerkungen versehen: —

Zu 1. Armenwesen. — Wenn auch theoretisch das teritoriale System richtiger wäre, sprechen doch praktische Erwägungen für Beibehaltung des bürgerlichen; die Erfahrungen, die man da und dort mit dem ersten System gemacht hat, sind nicht nachahmenswert. — So führt das teritoriale System zur Erschwerung der Niederlassungsbewilligungen im Interesse der Gemeindeökonomie und zu einem engherzigen Sparen. Immerhin wird im Absatz 2 dem teritorialen System gebührend Rechnung getragen. — Der Art. 16 *bis* der bisherigen Verfassung, welchen wir intakt lassen wollen, bestimmt, dass »finanziell schlecht situierte Gemeinden«, d. h. solche, welche mehr Gemeindesteuern als der kantonale Durchschnitt dekretieren, von der Landeskasse das Plus der Steuern als eine Subvention beziehen. Die Vertreter der besser situierten Gemeinden sind jetzt Gegner dieser, einen gewissen sozialen Ausgleich bezweckenden Bestimmung.

Zu 2. Unentgeltliche Beerdigung, schon jetzt in einigen Gemeinden eingeführt, wollen wir für den ganzen Kanton kodifiziert wissen, sei es, dass die Kosten die Gemeinden, oder der Kanton, oder beide gemeinschaftlich tragen. —

Zu 4. In den letzten Jahren hat sich allerdings eine etwas billigere Praxis der Einbürgerung eingelebt, das Maximum von 2000 Fr., welches jetzt Gemeinde und Kanton zusammen verlangen könnten, wird nicht mehr verlangt, das Einbürgerungsgeld beläuft sich jetzt auf etwa 600—1000 Fr., immerhin eine Summe, die ein von der Arbeit seiner Hände lebender Proletarier kaum erübrigen kann, eine Reduktion bezw. eine Beseitigung dieser Taxen wird nicht allein von uns, sondern auch von unsern Freisinnigen verlangt. —

Zu 5. Hypotheken sind bei uns Spekulationspapiere, eine raffinierte Profitgier beutet rücksichtslos die Lage der Hypothekenschuldner aus, unsere

Güter und Häuser sind mit 70 bis 80 Prozent des Wertes verschuldet, das macht für die Liegenschaftsbesitzer des kleinen Kantons eine Schuldenlast von ca. 160 Millionen Franken aus, so dass unsere Zwergbauernschaft und der Mittelstand wirtschaftlich und politisch von der herrschenden Kapitalistenklasse abhängt. Es besteht folgerichtige Wechselbeziehung zwischen der industriellen Prosperität und dem Wertkurse der Hypothekenartikel: steigt die industrielle Produktion, so sinkt der Kurs der Hypothekenartikel; so kaufte man in den sechziger, siebziger, bis Mitte der achtziger Jahren, in den Zeiten der grössten Expansion der Stickerei- und Webereiindustrie, Hypotheken I. Klasse zu 80—85 Prozent, II. Klasse zu 70—80 Prozent und III. Klasse unter 70 Prozent; verzinst und rückbezahlt müssen aber alle diese voll werden. —

Zu 7. Die Verfasser der »Wünsche« haben dem Parteitag die Wahl gelassen, zwischen einer allgemeinen obligatorischen Kranken-Versicherung und einem Krankenversicherungsgesetz. Aus Opportunitätsgründen hat der Parteitag das zweite akzeptiert. Ein gewisses Existenzminimum sieht schon das appenzellische Steuergesetz vor: von allen Steuern sind befreit Vermögen und Einkommen unter 800 Fr. lediger Personen, bis 1200 Fr. Familien mit weniger als 2 Kinder, und bis 1500 Fr. mit mehr als 2 Kinder, alle Vermögen und Einkommen unter 2000 Fr. geniessen eine Steuerreduktion von 400 Fr.; in diesem Sinn ist das Versicherungsobligatorium zu verstehen. Für eine allgemeine obligatorische Krankenversicherung wäre das Gebiet unseres Kantons viel zu klein, diese Frage kann nur die ganze Schweiz lösen, immerhin bliebe es auch dann den Kantonen unbenommen, im Sinne unseres Antrages besondere kantonale Gesetze zu erlassen. —

Zu 8: Dieser Wunsch will das eidgen. Haftpflichtgesetz auf die kleinsten Betriebe mit weniger als 5 Arbeitern, Gesellen und Lehrlingen ausdehnen.

Zu 14: Bei Arbeiterausständen wird dem Regierungsrat lediglich die Pflicht zu vermitteln eingeräumt; ein Antrag, der Behörde das Spruchrecht zu gewähren, wurde schon in der vorberatenden Kommission abgelehnt. Man fürchtete diese weite Kompetenz. —

Zu 15: Seit 1841 existiert eine kantonale Gebäudeversicherungsanstalt, sie prosperiert gut, besitzt einen ersparten Betriebsüberschuss von über 4 Millionen Franken und hat mehrere Millionen für Schaffung von Hydranteneinrichtungen den Gemeinden abgegeben; trotz dieser günstigen Erfahrungen hat die Landsgemeinde in den neunziger Jahren zweimal Volksinitiativen betr. Gründung einer obligatorischen Mobiliarversicherung verworfen. Allerdings ist unsere Gebäudeversicherung eine Schutzanstalt für die Kapitalistenklasse, da aus den Brandentschädigungen vor allem die Hypothekenschulden getilgt werden müssen; deshalb waren damals die Kapitalisten für die Gebäudeversicherung. Bei der Mobiliarversicherung fällt dieses Interesse dahin, deshalb waren auch Regierung und Kantonsrat, die herrschenden Organe unseres kleinen Klassenetats, Gegner der Mobiliarversicherung; — die Landsgemeinde folgte ihren Ratschlägen und verwarf die bezüglichen Volksinitiativen. Dessen ungeachtet wollen wir's zum drittenmal versuchen. —

Zu 17: Wir verstehen unter Organisation des Arbeitsnachweises die Schaffung einer zentralen kantonalen Stelle mit Sektionen in sämtlichen Gemeinden (c. 26 b). Es wird verlangt Unabhängigkeit von der Polizei und vom Armenwesen und Mitwirkung der Arbeiterorganisationen. —

Zu 21: Schon 70 stimmberechtigte Bürger haben das Recht, Initiativbegehren vor die Landsgemeinde zu bringen, und zwar in Form von »allgemeinen Anregungen« oder als fertig redigierte Gesetzesentwürfe. Es ist eine Regel, dass Volksinitiativen vom Kantonsrat scheel angesehen und dem Volke zur Verwerfung empfohlen werden; allerdings verlangt das Gesetz, dass die Begründung der Initiative dem Landsgemeindememorial (s. unten) einverleibt werde. Nun ist an der Landsgemeinde jede Diskussion verboten; einzig der Geschäftsleiter (der »Landamann«) macht von diesem Verbot eine Ausnahme; in 21a. wird verlangt, den Initianten das Recht zu gewähren, gegenüber einer allfälligen Kritik des Geschäftsleiters ihren Standpunkt zu verteidigen. — Zu 21c: Nach der in Kraft bestehenden Verfassung muss jeder stimmberechtigte, unter 60 Jahre alte Bürger ein auf ihn gefallenes Amt annehmen, während sechs Jahren zu funktionieren und alljährlich sich wiederwählen zu lassen.

Abgesehen von kleinen Entschädigungen ist die gesamte kantonale und Gemeindeverwaltung unentgeltlich. Aus taktischen Gründen wollen wir den Amtszwang abschaffen. —

Zu 21 b und d: Die verfassungsgemässe Ordnung an der Landsgemeinde ist folgende: Vier Wochen vor der Landsgemeinde werden sämtlichen Landsgemeindemännern zwei umfangreiche Broschüren in die Wohnungen zugestellt: die eine enthält die detaillierten Jahresrechnungen und das Budget für das kommende Jahr, die andere das Memorial, die Geschäftsordnung enthaltend Berichte über die vorzunehmenden Wahlen, den Wortlaut der Gesetzesvorlagen, Kommentare zu denselben, Begründung allfälliger Initiativen und gegenteilige Begutachtungen des Kantonsrates zu diesen. — Zuerst wird darüber abgestimmt, ob die verteilte Jahresrechnung und das Budget zu genehmigen oder zur Prüfuung an eine von der Landsgemeinde sofort gewählten Kommission zurückzuweisen seien. Dann folgen die Wahlen — des Regierungsrats (7 Mitglieder) und aus deren Mitte des Landammanns (des Regierungspräsidenten), des Obergerichts (11 Mitglieder) und des Landweibels; — wir wollen das Wahlrecht der Landsgemeinde erweitern. Alsdann folgt die Abstimmung über Gesetzesvorlagen: Ja oder Nein; — wir wollen, im Falle eines verneinenden Entscheids, noch abstimmen lassen, ob definitiv verworfen, oder ob zurückgewiesen an den Kantonsrat, in dem Sinne, dass schon der nächstjährigen Landsgemeinde eine verbesserte (oder verschlimmerte) Auflage präsentiert werden soll. Der Zweck dieser Neuerung ist, rascheres Tempo bei der Gesetzgebungsmaschinerie ins Leben zu rufen. Nach der bisherigen Praxis werden oft aktuelle Gesetze nach einem negativen Volksentscheid für Jahre oder Jahrzehnte begraben. —

Alle Wahl- und Abstimmungsresultate werden offen (nach Handmehr) geschätzt. Gewöhnlich ist die Mehrheit ganz evident, in zweifelhaften Fällen wird zwei-, drei-, ja bis zehnmal abgestimmt, bis endlich eine annähernde Taxierung möglich wird. —

Zu 23: Ganz eigentümlich ist unser bisheriges Verwaltungssystem; es ähnelt in vielem der Verwaltung der Pariser Kommune von 1871. Ueber zwanzig verschiedene Kommissionen, bestehend aus drei, fünf, sieben Mitgliedern, verwalten oft die heterogensten Materien — so bestehen für Justiz und Polizei 4, fürs Militär 3, für Sanität 2, für Handel und Industrie wieder 3 u. s. w. Kommissionen. Die Kommissionen bestehen aus Mitgliedern des Regierungsrats und des Kantonsrats, so dass in der Tat die administrative von der legislativen Gewalt nicht getrennt ist. Die grösste Zersplitterung ist im Finanzwesen, jede Verwaltungskommission führt eigene Rechnung — und besorgten die gleichen Regierungsmänner die allerverschiedensten Verwaltungen. — Trotzdem funktionierte bis jetzt unsere Regierungsmaschine gut. — Ich wäre persönlich für Beibehaltung des alten Systems, nur wollte ich es einigermassen durch Beseitigung einiger Uebelstände umgeformt wissen. Ohne Zweifel wird die neue Verfassung an dieser Klippe Schiffbruch leiden. Das bestehende Verwaltungssystem ist entschieden demokratisch und hat sich praktisch bewährt und gut eingelebt. »Fix besoldete Regierungsräte« werden die Bureaukratie mit den bekannten Folgenschaften mehren. — Bis jetzt bezogen die Mitglieder der Verwaltungskommissionen ein kleines Taggeld von 6 fr. 50 (5 Mk. 20 Pf.) und die Regierungsräte zudem noch insgesamt 10000 fr. jährlich (also pro Mitglied ca. 1100 Mk.).

Zu IV. J u s t i z p f l e g e: Es liegt ausserhalb des Rahmens dieses Kommentars, diesen Abschnitt genauer zu erklären, aufgebaut auf der bestehenden Justizordnung, postuliert er mehrere wichtige zeitgemässe Neuerungen, deren Sinn und Bedeutung klipp und klar dargelegt ist. —

Zu 26: Die Tendenz dieses etwas knapp gehaltenen Abschnittes ist die Wahrung einer weitgehenden Gemeindeautonomie; man könnte in den Grenzen dieses Abschnittes ein ganzes soziales Gemeindeprogramm postulieren, man brauchte dazu 26 a bis 27 f mit allerlei besonderen Exempeln zu versehen; ein Exemplifizieren passt aber nicht in eine Verfassung, Beispiele sind gewöhnlich nur Wege und Mittel, eine Schwäche oder Verlegenheit zu maskieren, — in unserem besonderen Fall könnten Beispiele als integrierende Bestandteile von Verfassungsartikeln eher schaden als nützen, indem sie den Gesetzgeber dazu verleiten würden, nur solche Materien zu kodifizieren, die zum Voraus in der Verfassung festgelegt sind. — Deshalb haben wir in diesem ganzen Abschnitt

unseren Forderungen diese Formen gegeben, unter denen sich vieles, sehr vieles unterbringen lässt. —

Littera g: »Einführung der geheimen Abstimmungen und Urnenwahlen« statt der bisherigen offenen Handmehrabstimmungen bildet unser wichtigstes Postulat — sine qua non! —

Eine Reihe von Bestimmungen, die aus der alten in die neue Verfassung aufzunehmen sind, übergehen unsere Wünsche mit Stillschweigen, es sind dies Bestimmungen über persönliche, Rechts-, Meinungs-, Press-, Koalitions-, Versammlungs-, Unterrichts-, Religionsfreiheit, über die Volkssouveränität, Landsgemeinde, Volksinitiative u. s. w.

Herisau, im November 1903.

Dr. J. Hertz,
Abgeordneter in dem Verfassungsrat von Appenzell a. R.

Zur Verfassungsrevision.

Wünsche und Anträge der appenzellischen Arbeiterpartei.

I. Allgemeines.

1. *Armenwesen.* Festhalten am Bürgerprinzip mit Ausgleich des Finanzhaushaltes der Gemeinden nach Art. 16 bis. —

Pflicht der Armenunterstützung durch die Einwohnergemeinde gegenüber Schweizerbürgern, sofern die Heimatkantone Appenz. Kantonsbürgern Gegenrecht halten.

2. *Beerdigung.* Unentgeltlich.

3. *Schulwesen.*
   a) Primarschule: Besuch, Lehrmittel und Materialien unentgeltlich.
   b) Sekundarschule: Besuch unentgeltlich; Lehrmittel, wenn unentgeltlich, staatlich subventioniert;
   c) für anormal begabte Kinder Extra-Klassen, vom Kanton subventioniert;
   d) staatliche Stipendien an junge, fähige, aber unbemittelte Leute beiderlei Geschlechts zum Besuch mittlerer und höherer Bildungsanstalten.
   e) Volkswahl der Lehrer.

4. *Einbürgerung.* Für Schweizer und Ausländer Erleichterung bezw. Reduktion oder Beseitigung der Einkaufstaxen.

II. Volkswirtschaftliche Grundsätze.

5. *Reorganisation der Kantonalbank.*
   Staatliche Organisation des Hypothekar-Kredits und Förderung des landwirtschaftlichen Kredits.

6. *Verkehrsmittel.* Staatliche Subvention der notwendigen Verkehrsmittel: öffentliche Strassen, Eisenbahnen, Trams u. s. w.

7. *Gesetz über das Krankenversicherungswesen:*
   a) Fixierung eines Existenz-Minimums (Einkommen, Lohn) für obligatorisch-versicherungspflichtige Einwohner;
   b) Berechtigung des Staats, Arbeitgeber zu bestimmten Beiträgen zu verpflichten;
   c) staatliche Unterstützung der Krankenkassen; der öffentlichen Krankenhäuser (Bezirks- und Gemeinde-), diese zur Reduktion der Verpflegungstaxen; der Krankenpflegevereine und der gesetzlichen Armenpflegen, diese hinsichtlich der Plazierung ihrer armen erkrankten Bürger in kantonalen oder ausserkantonalen Anstalten.

8. *Haftpflicht.* Ausdehnung des eidgen. Haftpflichtgesetzes auf Berufsarten, in welchen die Arbeiter besonderen Gefahren ausgesetzt sind, z. B. Schmiede, Metzger, Maler, Fuhrhalterei, Holzer u. s. w.

9. Pflicht des Staats und der Gemeinden, ihre Angestellten und Arbeiter gegen Krankheit und Unfall zu versichern.

10. *Gesetz, betr. das Lehrlingswesen.*

11. *Arbeiterinnenschutzgesetz,* insbesondere betr. Frauen- und Kinderarbeit in Heimindustrie, Gewerbe, Handel, Haus und Wirtschaften.

12. *Staatliche Unterstützung von Genossenschaften,* welche dem allgemeinen Wohle dienen.

13. *Gewerbliche Schiedsgerichte* für alle in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft gegen Lohn Beschäftigten.

14. Pflicht des Regierungsrates bei *Arbeiterausständen* zu intervenieren, wobei beide Parteien einzuvernehmen sind.

15. Staatliche obligatorische *Mobiliarversicherung* ev. bezügliche Erweiterung der kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt.

16. Staatliche Aufsicht der Wirtschaften und Wirtschaftsgesetz.

17. Organisation eines öffentlichen kantonalen *Arbeitsnachweises* unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen (siehe 26 d).

18. Staatliche Unterstützung der *Arbeitslosenversicherungen.*

19. Staatliche und kommunale Subvention an die Erstellung *billiger Wohnungen* durch Gemeinden und gemeinnützige Baugenossenschaften.

20. *Kantonales Baugesetz.* Baugerüstkontrolle; Vorschriften in sanitärer und volkswirtschaftlicher Beziehung.

III. Gesetzgebung und Verwaltung.

21. *Landsgemeinde.*

a) Gewährung des Rechts an Initianten, ihre Anträge vor der Landsgemeinde zu begründen oder durch Bevollmächtigte begründen zu lassen.

b) Einräumung des Rechts an die Landsgemeinde, Gesetze anzunehmen, zu verwerfen oder zur Prüfung zurückzuweisen.

c) Abschaffung des Amtszwanges für alle kantonale und Gemeindebehörden.

d) Wahlen: Dreijährige Amtsdauer des Regierungsrates, des Landammans, des Verhörrichters, des Ratsschreibers und des Landweibels; jährliche Wiederwahl der Mitglieder des Obergerichts, deren Suppleanten und des Kriminalgerichts.

22. *Kantonsrat.*

a) Regierungsratsmitglieder sind in den Kantonsrat nicht wählbar. Sie haben von Amtswegen den Verhandlungen mit beratender Stimme beizuwohnen und das Recht, über einen in Beratung liegenden Gegenstand Anträge zu stellen;

b) vor den Behandlungen im Kantonsrat sind alle regierungsrätlichen Anträge von grösserer finanzieller Tragweite, sowie alle Verträge und gesetzgeberische Vorlagen durch kantonsrätliche Spezialkommissionen zu Händen des Kantonsrates zu begutachten;

c) Verordnungen sind kantonsrätliche Erlasse zum Vollzug von von der Landsgemeinde angenommener Gesetze. Sie müssen im bezüglichen Gesetze vorgesehen und verlangt werden, und sollen spätestens innert zwei Jahren nach Annahme des Gesetzes durch die Landsgemeinde vom Kantonsrat rechtskräftig erlassen werden. Verordnungen ohne gesetzliche Grundlage sind unzulässig.

d) der Kantonsrat wählt folgende Kommissionen: den Erziehungsrat, Finanz- und Bankkommission, die staatswirtschaftliche (Rechenschaftsprüfungskommission);

e) alle Gesetze sind zwischen der ersten und zweiten kantonsrätlichen Lesung der Volksdiskussion behufs Entgegennahme von Volkswünschen und -Anträgen zu unterbreiten.

23. *Regierungsrat.* Fix besoldeter, aus fünf Mitgliedern bestehender Regierungsrat. Dreijährige Amtsdauer des Regierungsrates und Landammanns. Verteilung der Geschäfte nach Departements. Kompetenz-Ausscheidung zwischen den Departements-Vorständen und dem Regierungsrat. Besoldung des Regierungsrats normiert das Gesetz.

IV. Justizpflege.

24. *Zivile.*

a) Vermittler: Spruchrecht bis zum Streitwerte von 50 Franken. Entscheide sind zu motivieren und appellabel an die Bezirksgerichtskommissionen;

b) Streitigkeiten im Werte von 51 bis 300 Fr.: nach gescheiterter Vermittelung an die Bezirksgerichtskommission mit Appellationsrecht ans Bezirksgericht;
c) Streitigkeiten über 300 Fr. und permanente Rechte: Vermittelung, Bezirksgericht und Appellation ans Obergericht;
d) überall mit Vorstand der Parteien und nach den Grundsätzen der Zivilprozessordnung;
e) Advokate bei den ans Bezirksgericht und Obergericht appellablen Prozessen zulässig; Gewährung der unentgeltlichen Prozessierung und des unentgeltlichen Rechtsbeistandes an alle Einwohner, die sich durch ein Zeugnis ihrer Heimatsgemeinde ausweisen, dass sie die nötigen Mittel nicht besitzen, auf eigene Kosten einen Prozess durchführen zu können.

25. *Strafjustiz.*

a) Bestrafung aller einfachen, nachgewiesenen Uebertretungen der allgemeinen, der Gewerbe-, der Fremden-, der Sitten und der Wirtschafts-Polizei mit fixen Bussen, ohne Gerichtsstand durch ein Polizeigericht, bestehend aus 2 bis 3 Mitgliedern. Entscheide sind zu motivieren. Appellationsrecht ans Bezirksgericht. In bestrittenen Fällen Ueberweisung zur Untersuchung durch den Justizvorstand;
b) Bezirks-Untersuchungskommissionen. Wahl der Beamten, zwei für jeden Bezirk, durch den Kantonatsrat;
c) minder schwere Vergehen durch die Bezirksgerichte. Appellationsrecht an's Obergericht;
d) schwere Vergehen und alle Verbrechen durch das Kriminalgericht. Appellationsrecht an's Obergericht;
e) Obergericht: Reduktion auf 9 Mitglieder; beschlussfähig bei vollzähliger Anwesenheit. Beaufsichtigung des gesamten Gerichts- und Betreibungswesens, Berichterstattung an den Kantonsrat mit Veröffentlichung wichtiger Entscheide; sonst Kompetenze wie bisher;
f) bei allen Gerichten öffentliche Gerichtsverhandlungen;
g) Advokaten vor dem Bezirks-, Kriminal und Obergerichte zulässig;
h) Gesetz über bedingte Suspension gewisser Strafurteile;
i) Aufhebung des Inquisitionsprozesses und Schaffung des Verteidigungsrechts der Angeklagten. — Gesetz betr. Amtsanwaltschaft und Verteidigung. — Anklagekammer. — Kassationsgericht.

V. Gemeindewesen.

26. a) Recht der Gemeinden, den Ortsverhältnissen entsprechende Reglements über Bau- und Strassen-, Sanitäts-, Feuer- und Gewerbepolizei zu erlassen. Genehmigung solcher durch den Regierungsrat;
b) Recht der Gemeinden, eigene kommunale Steuern einzuführen;
c) Recht der Gemeinden, Betriebe zu kommunisieren, insofern solches im öffentlichen Interesse liegt;
d) Pflicht der Gemeinden, kommunale Arbeitsnachweise zu schaffen (siehe Nr. 17).
e) Pflicht der Gemeinden, vorhandene Fonds und Güter unantastbar zu wahren. Erlös vom Veräusserten ist vorläufig zu kapitalisieren;
f) Gemeindeversammlung wählt: Polizeiverwalter, Polizeirichter, Betreibungsbeamten, Gemeindekassierer, Zivilstandsbeamten, Angestellte mit wichtigen Funktionen, Schulpfleger (Präsidenten der Schulkommission) und Bau- und Strassenverwalter, sonst Wahlen wie bisher. Dreijährige Amtsdauer sämtlicher Gewählter.
g) Einführung der geheimen Abstimmung und Urnenwahlen.
h) Nichtwählbarkeit des Gemeindeschreibers in den Gemeinderat.
i) Bekanntmachung der Verhandlungen drei Wochen vor der Gemeindeversammlung bezw. vor der Gemeindeabstimmung.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

21. November 1903.

Karl Kautsky, Die preussischen Landtagswahlen. — Eugen Dietzgen, Der wissenschaftliche Sozialismus und J. Dietzgens Erkenntnistheorie. — Rudolf Krafft, Zum Prozess Bilse. — Gustav Bang, Sozialdemokratie und Liberalismus in Dänemark. — Th. Rothstein, Der Niedergang der britischen Industrie. — Julius Deutsch, Staatslehrwerkstätten. — Notizen.

28. November 1903.

Die Bourgeosie und die Dreiklassenwahl. — Hans Markwald, Das Fiasko der preussischen Landtagswahlbeteiligung. — Juan A. Melia, Die Lage des Sozialismus in Spanien. — Otto Hué, Moderne Völkerwanderung. — G. Heinke, Das Reichsbauarbeiterschutzgesetz. — H. Ströbel, Hauptmanns neuestes Drama. — J. German, Ein Beitrag zum Kapitel »Kapital und Wissenschaft«. — Literarische Rundschau.

5. Dezember 1903.

Justizbediente. — Paul Hirsch, Die Erfolge der Landtagswahlbeteiligung in Preussen. — Hubert Lagardelle, Die gegenwärtige Lage des französischen Sozialismus. — Hugo Hillig, Die Revision des Kunstschutzgesetzes und der kunstgewerbliche Urheberschutz. — Th. Rothstein, Der Niedergang der britischen Industrie. — Franz Diederich, »Lieder aus dem Rinnstein«. — Adolf Braun, Die nächste Berufszählung im Deutschen Reiche. — Literarische Rundschau.

12. Dezember 1903.

Johann Gottfried Herder. — Sjoukje Troelstra, Noch einmal unsere Jugendliteratur. — Leo Arons, Wie entstand die Taktik der Sozialdemokratie für die preussischen Landtagswahlen 1903? — Hubert Lagardelle, Die gegenwärtige Lage des französischen Sozialismus. — Heinrich Cunow, Wirtschaftliche Umschau.

19. Dezember 1903.

Calonne. — Gustav Eckstein, Was bedeutet der Generalstreik? — Akademikus, Statistische Nachklänge zu den Reichstagswahlen. — Kurt Grottewitz, Wald und Waldbau in der Gegenwart. — Franz Feuerstein, Zur Frage der Reichseisenbahn-Betriebsgemeinschaft. — Literarische Rundschau. — Notizen.

26. Dezember 1903.

Johann Gottfried Herder. — K. Kautsky, Eine Geschichte der sozialdemokratischen Landagitation. — Mikael Warandian, Die russische Politik in Armenien. — Gustav Hoch, Zwanzig Jahre Krankenversicherung. — Dr. Otto Liebknecht, Ueber die Zukunft der Stickstoffverbindungen. — D. Zinner, Die Aktiengesellschaften in der Schweiz. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Dezember 1903.

Dr. Wilhelm Ellenbogen, Der Wiener Gesamtparteitag. — Eduard Bernstein, Eine Millionsechsmalhunderttausend gleich Null. — Wilhelm Kolb, Theorie und Taktik. — Otto Lang, Die Gerechtig-

keit im Strafrecht. — Auguste Dewinne, Lehren der belgischen Gemeindewahlen. — Tom Mann, Einiges über die Lage der Arbeiterklasse in Australien. — Hans Fehlinger, Betriebsgrösse und Produktivität in der amerikanischen Landwirtschaft. — Friedrich Stampfer, Tolstoj. — Karl Eugen Schmidt, Sozialismus und Kunst. — Arthur Rundé, Nachklänge vom Breslauer Ortskrankenkassentag. — Rundschau (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Geistige Bewegung, Frauenbewegung, Bücher).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Dezember 1903.

Brieux, Maternité. — Edgar Milhaud, La nationalisation des chemins de fer suisses. — L. H. Roblin, Le mouvement bucheron. — Eugène Fournière, Revue dramatique. — Adrien Veber, Mouvement social. — Gustave Rouanet, Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Dezember 1903.

Th. Rothstein, La Crise Industrielle en Angleterre. — Stephanio Colasio, La Question Ouvrière en Tunisie. — André Morizet, France: La session extraordinaire de la Chambre. — Georges Weill, Allemagne: Les Elections au Landtag prussien. — Louis Dubreuilh, France. — S. J. Katayama, Japon. — Les Syndicats Ouvriers. — Les Coopératives. — Bibliographie. — Variétés.

L'Avenir Social, Brüssel.

Dezember 1903.

La croissance du socialisme en Norwège. — H. S. Headingly, Les socialistes au congrès international de la paix. — La naissance d'un nouveau parti ouvrier en Angleterre. — Augmentation de la richesse signifie augmentation de la pauvreté. — Bibliographie. — Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Coopératif. — Le Mouvement Communal.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Dezember 1903.

Editorial Brevities. — H. Quelch, More Fiscal Fallacies. — J. B. Askew, The german Trade Unions in 1903. — Poem. The Socialist, Social Reform and Labour Movement in the english speaking World outside and the Socialist Attitude thereto. — The Reviews. — Interesting Extracts from varions sources. — Feuilleton.

Wilshire's Magazine, Toronto und New York.

November 1903.

Can Capitalism be prolonged. — The Place of Municipal Ownership. — Munich, a Prophecy of the Future. — One Woman's Work. — L. H. Dyer, Maxim Gorky. — Reginald Fenton, Mr. Chamberlain's Resignation. — J. W. Summers, Prof. Clark and compulsory Arbitration. — The Labor Movement. — The political side of the Labor Movement in America. — Editorial Notes. — Book Reviews. — Wilhsire's Barometer. — Fun and Philosophy.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. Dezember 1903.

Ivanoe Bonomi, I Comuni a Congresso. — Il partito dell'opinione media. — Silva Viviani, Le spese militari sotto il ministero Zanardelli

Giolitti. — Angelo Crespi, La presente crisi del pensiero cattolico. — Prof. Ettore Fabietti, L'arte, le sue applicazioni industriali e il socialismo. — Filosofia, letteratura e varietà.

16. Dezember 1903.

La nostra via. — Ivanoe Bonomi, Il programma di una democrazia di Governo. — Sylva Viviani, Le spese militari sotto il Ministero Zanardelli Giolitti. — Angelo Crespi, Herbert Spencer e il socialismo. — Recenti pubblicazioni della Critica Sociale. — Pel nuovo anno d'abonamento. — Frontespizio ed indice dell'Annata.

Il Socialismo, Rom.

10. Dezember 1903.

Enrico Ferri, Il ministero nuovo. — Vittorio Friederichsen, Federazioni di mestiere e Camere di lavoro. — Scarone Ponzio Leopoldo, Il socialismo nel Canada. — Paolo Orano, I patriarchi del socialismo. — Enjoiras, C. A. Conigliani. — Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varieta della cronaca internazionale. — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

Akademie, Prag.

Dezember 1903.

F. Modráček, K otázce konsumního hnutí v Praze. — J. Vesely, Slováci. — V. Stein, Po drázdanském sjezdu. — F. Austerlitz, Dualism a sociálni demokracie. — Fr. Modráček, Sjezd rakouské sociálni demokracie. — O. Kypr, Alkoholism a nase organisace. — E. Vandervelde, Socialism v Belgii. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literarni. — Z redakce.

Przedswit, Krakau.

November 1903.

Nasze sprawy na zjezdzie drezdenskim. — Ze wspomnien wygnanca. — Porachunek z rewizyonistami. — V. Zjazd Bundu. — Sprawozdania. — Z kraju i o kraju. — Bibliografia. — Luzne notatki.

Dezember 1903.

Nasz stosunek do pracy kulturalnej. — Z pamietnikow wygnanca. — Porachunek z rewizyonistami. — W sprawie programu agrarnego socyalnych demokratow rosyjskich. — Jak wyglada narodowo-demokratyczne uswiadomienie ludu. — Sprawozdania. — II konferencya zydowska P. P. S. — Konferencya warszawska P. P. S. — Z wrazen wiejskich. — Z prasy. — Bibliografia. — Luzne notatki. — Rachunki.

Nasi Zapiski, Laibach.

Dezember 1903.

(Slovenisch.) Abditus, Am Abend Oesterreichs. — Kongress der Federation der Gewerkschaften in England. — Trade Union-Kongress. — Prof. J. G. Masaryk, Der Sozialismus und die Kunst. — Rundschau. — Pavel Michalek, Taugenichts.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

The Independent Review, eine neue radikale englische Revue grösseren Stils, deren erste Nummer einen Appell Th. Mommsens an das englische Volk in deutscher und englischer Sprache brachte, hat in ihrer zweiten Nummer — November 1903 — einen Artikel »Labour and Free Trade« aus der Feder des englischen Sozialisten John Burns. Es ist ein mit merkwürdiger Kraft verfasstes Manifest zu gunsten des Freihandels. »Hätten wir ein so voll-

kommenes Mittel für die Verteilung des Reichtums, wie der Freihandel eines ist, ihn nach England zu bringen, so würden wir hier das Neue Jerusalem haben. Aber die Schutzzöllnerei ist als Mittel der Ausbreitung und Verteilung [des Reichtums] schlimmer als der Freihandel; die Schutzzöllnerei gibt dem, der hat, und nimmt dem, der nicht hat, das, was er anscheinend hat«, heisst es an einer Stelle. Der Artikel zählt eine lange Reihe von Verbesserungen auf, die England unter dem Freihandel bis in die jüngste Zeit hinein gesehen hat, weist das Schlagwort vom Rückgang der englischen Gewerbetätigkeit zurück und schliesst mit den Worten: »Ich lehne es ab, unter das weitausgreifende, kein Ende kennende Projekt der Bevorzugung von Industrien, der Handelssubsidien und der korrupten Kolonialgeschäfte meinen Namen zu setzen. Und ich hoffe, glaube und bin sicher, dass die Arbeiter als Klasse es gleichfalls zurückweisen werden.«

Ein Artikel in eben derselben Nummer »Protection and Labour in Germany«, der die Stellung der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft zur Zollfrage behandelt, hat Ed. Bernstein zum Verfasser.

In der Londoner »*New Liberal Review*« vom November 1903 behandelt der Sozialist John Ramsay Macdonald, Sekretär des Bundes für (parlamentarische etc.) Vertretung der Arbeiterklasse, unter dem Titel »The Electorate and the Tariff Temptation« die Frage, wie die schutzzöllnerische Versuchung auf die Wählermasse wirken wird. Obwohl selbst sehr entschiedener Gegner der Schutzzöllnerei, hebt Macdonald mit Schärfe hervor, dass Millionen von ärmeren Wählern trotz Freihandel so stehen, dass sie sich sehr bewogen fühlen können, es einmal mit dem Schutzzoll zu versuchen. England könne nicht da stehen bleiben, wo es jetzt ist. Die Konkurrenz des Auslandes dränge dazu, sich zu rühren. Entweder müsse es mit Chamberlain zur Schutzzöllnerei zurück oder mit der Arbeiterpartei einen grossen Schritt voran in der Richtung zur nationalen Organisation der Arbeit und rationellen Verteilung des Reichtums. Macdonald ist sozialistischer Kandidat für Leicester und als führendes Mitglied des obengenannten Bundes zur Zeit einer der einflussreichsten Sozialisten Englands.

V. Anfragen und Nachweise.

a) Anfragen.

Wir wiederholen zunächst die wichtigeren der in den früheren Jahrgängen dieser Zeitschrift erhobenen, noch unerledigten Anfragen:

25. Gibt es urkundliches Material (Rezensionen, Briefe etc.) über die Aufnahme und Beurteilung der 1867 in erster Auflage erschienenen Schrift von Moses Hess: Rom und Jerusalem, von seiten zeitgenössischer Sozialisten?

26. In welcher Bibliothek ist die Berliner Monatsschrift für Volkswirtschaft und soziales Leben, 1845 oder 1846, herausgegeben von Rutenberg, zu finden? Es sind von ihr nur wenige Nummern erschienen. Vgl. Westph. Dampfboot, 1846, p. 138.

27. Im dritten Heft (1843) der in Stuttgart von Dr. Karl Weil herausgegebenen Konstitutionellen Jahrbücher steht ein Aufsatz: Der siebente rheinische Landtag und die Prozessdebatte. Von einem Rheinländer. Da »Ein Rheinländer« der Kriegsname von Karl Marx war und der Artikel für die Rheinische Zeitung eintritt, erhält die Frage ein Interesse, von wem dieser Artikel wohl herrühren mag.

36. Gibt es in deutscher, englischer oder französischer Sprache eine Geschichte des Sozialismus in Italien?

40. a) In welchem nicht allzu umfangreichen Buche eines Sozialisten findet sich die beste Erläuterung des historischen Materialismus im Vergleich mit anderen Geschichtsauffassungen? b) Behandeln auch Plechanows »Beiträge zur Geschichte des Materialismus« dieses Thema? c) Wo findet sich eine Untersuchung geschichtlicher Ereignisse auf Grund dieser Theorie?

43. In dem, in den Dokumenten des Soz. (Juli 1903) veröffentlichten Marx-Engel'schen »Sankt Marx« wird (S. 307) aus dem zweiten Heft einer 1839 in Paris erschienenen deutschen kommunistischen Zeitschrift »Die Stimme des Volkes« zitiert, die in der Pariser Bibliothèque nationale nicht vorhanden, auch im Journal de la Librairie nicht erwähnt ist. Wer weiss irgend etwas Näheres über sie?

Diesen Anfragen reihen sich noch folgende, uns in den letzten Wochen übersandte Fragen an:

45. Ist in der deutschen Literatur eine Biographie über den Kommuneoffizier Dombowski vorhanden? Wenn nicht, gibt es eine solche in der polnischen Literatur? Abditus.

46. a) Ist es richtig, dass sich bei Marx und Engels nirgends das Wort Geistlicher vorfindet, sondern immer nur das Wort Pfaffe? Wenn nicht, wo sind Belegstellen dafür zu suchen? b) Wo findet sich zum erstenmale das Wort: die eine reaktionäre Masse und wer hat es geprägt? Ist die Anschauung, die sich in diesem Wort kundgibt, von Marx anerkannt worden? c) Ist es richtig, dass Marx und Engels in jüngeren Jahren unter Revolution immer nur den Kampf mit Waffengewalt verstanden haben?

Wien, den 6. Dezember 1903 Robert Danneberg.

47. In der »Gartenlaube«, 1865, No. 51 befinden sich Schmidt-Weissenfels unterzeichnete Mitteilungen aus einem von dem genannten »beim Trödler« gekauften »Kopierbuch Lassalle's«, enthaltend »zumeist nur eine Anzahl Briefe in seiner Eigenschaft als Präsident des Arbeitervereins«; die meisten .... aus dem Jahre 1864 und an seinen Hauptagenten

über die Angelegenheiten des Arbeitervereins gerichtet.« Ist dieses »dickleibige Kopierbuch mit sehr vielen noch leeren Seiten« erhalten und zugänglich? Eduard Schmidt-Weissenfels starb am 25. April 1893 in Bozen. Selbst die Auszüge a. a. O. wären des Wiederabdrucks wert.

1. Dezember 1903. M. N.

b) Nachweise.

Zu Anfrage 40. a und b) Als die besten Erläuterungen der materialistischen Geschichtsauffassung wird man die von Fr. Engels selbst in den Schriften über Dühring und Feuerbach gegebenen Darstellungen zu betrachten haben. Aber in diesen wie in allen in Buchform veröffentlichten Abhandlungen aus marxistischer Feder, darunter auch die unter b genannte Plechanow'sche Schrift, werden die anderen Geschichtsauffassungen teils viel zu summarisch, teils auch nicht immer richtig abgehandelt. Dasselbe gilt umgekehrt von der Behandlung der materalistischen Geschichtsauffassung in der populären nichtmarxistischen Literatur. c) In Marx' »Der achtzehnte Brumäre«, Fr. Engels' »Ursprung der Familie«, in Kautsky's »Thomas More«, sowie in desselben Geschichte der Wiedertäufer, in Bernsteins »Demokratische etc. Strömungen in der englischen Revolution«, in Mehrings »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie« und vielen anderen geschichtlichen Abhandlungen von deutschen und ausländischen Sozialisten der marxistischen Schule.

Zu Anfrage 45. Unter dem Titel »Leben und Taten des Generals Jaroslas Dombrowski« ist seinerzeit von der sozialdemokratischen Genossenschaftsbuchhandlung Leipzig eine ausführliche Biographie Dombrowskis veröffentlicht und vertrieben worden. Sie ist aber jetzt vergriffen. Soviel wir wissen, war sie auch in polnischer Sprache erschienen; es ist uns aber nicht bekannt, ob die polnische Ausgabe noch im Buchhandel zu haben ist.

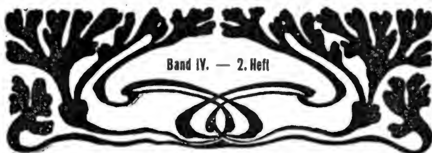
Zu Anfrage 46. a) Wir haben nicht die Zeit, die ganze Marx-Engels Literatur nach Auskunft über diese, uns ziemlich unwichtig erscheinende Frage selbst durchzusuchen, stellen es aber Lesern, die sich für sie interessieren, anheim, die Anfrage des geehrten Einsenders zu beantworten. Dass Marx und Engels Gegner aller übersinnlichen Kulten waren und von deren Vertretern im Allgemeinen keine sehr hohe Meinung hatten, ist bekannt; ferner ist bekannt, dass Marx speziell von protestantischen Geistlichen gern den Ausdruck Pfaffe brauchte. Indess wusste auch er zu unterscheiden. Vgl. die Note 193 im Kapitel 13 des Bd. I Kapitel hinsichtlich des Geistlichen Nathaniel Forster. — b) Wo der Ausdruck »die eine reaktionäre Masse« zuerst gebraucht wurde, ist uns nicht bekannt. Dem Sinn nach sind Aeusserungen dieser Natur schon in der Revolution von 1848 und früher laut geworden. Marx verwarf daran des unhistorische Zusammenwerfen aller Nicht-Proletarier als »eine Masse«, die den Bestrebungen der Arbeiter gleichermassen gegenüberstehen. Vgl. darüber seinen Brief aus dem Jahre 1875 über den Entwurf zum Programm für die geeinte deutsche Sozialdemokratie, Neue Zeit, Jahrgang 1890/91. — c) Marx und Engels haben auch in jüngeren Jahren gewusst, dass es verschiedene Arten von Revolutionen gibt, aber sie haben, wenn sie im politischen Sinne von Revolutionen sprachen, sicher nur an Revolutionen mit Waffengewalt gedacht. So ist u. a. auch der Marx'sche Satz zu verstehen, dass »die Waffe der Kritik die Kritik der Waffen nicht ersetzen kann« (deutsch-französische Jahrbücher, S. 79), der schon in dem Sinne gebraucht worden ist, als sollte er nur die Notwendigkeit einer Kritisierung der Waffen betonen, während Marx hier die kritisierende Sprache der Waffen, die Kritik durch die Waffen im Auge hat, wie dies der gleich hinterher folgende Satz beweist: »Die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt.«

VI. Notizen.

Im Anschluss an den Dresdener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie haben in der Presse längere Auseinandersetzungen stattgefunden, die zwar ein grösseres theoretisches Interesse nicht haben, auch kaum einen nennenswerten nachhaltigen Einfluss ausüben werden, aber immerhin als Fortsetzungen der auf dem Kongress gepflogenen Debatten und als Illustrationen für die Stimmung und die Konflikte innerhalb der Sozialdemokratie Deutschlands, wie sie der Kongress teils vortraf und teils hervorrief, von gewissem historischen Interesse sind.

Unter diesen Umständen hatten wir uns die Frage zu stellen, ob es nicht Sache unserer Zeitschrift sei, diese, meist in Tageszeitungen verstreuten Erklärungen, Versammlungsbeschlüsse etc. zu sammeln und zusammenzustellen. Wir würden sie unbedingt bejaht haben, wenn wir uns nicht sehr bald überzeugt hätten, dass Zahl und Umfang dieser Manifeste einen Anspruch an den Raum unserer Zeitschrift stellen würden, den für sie auszusetzen wichtige andere Rubriken auf Monate hinaus einschränken hiess. Nur eine Auswahl bringen, hätte aber diesmal etwas recht Missliches gehabt, weil dabei leicht die eine oder andere Richtung zu kurz gekommen wäre. So haben wir den Gedanken fallen gelassen, in der Absicht, später aus unbeteiligter Feder ein zusammenfassendes Referat mit Nachweisen über die wichtigsten der betreffenden Schriftsätze zu veröffentlichen. Vorläufig sei daher nur bemerkt, dass die meisten davon im Berliner »Vorwärts« von Ende September bis Mitte Oktober teils unverkürzt, teils in Auszügen zu finden sind. Im »Vorwärts« sind auch die drei Artikel fast wortgetreu abgedruckt, die Herr Maximilian Harden in der Wochenschrift »Zukunft« vom 26. September, 3. Oktober und 10. Oktober unter dem Titel »Bebel und Genossen« veröffentlicht hat. Weitere Informationsquellen über diesen Konflikt sind vornehmlich die »Leipziger Volkszeitung«, die »Münchener Post«, die »Volksstimme« in Frankfurt am Main und der »Volksfreund« in Karlsruhe.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Arbeiterinnen. Was fordern die Arbeiterinnen Oesterreichs? Bericht über die zweite Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Oesterreichs, abgehalten zu Wien am 8. November 1903. Wien 1903, Wiener Volksbuchhandlung. 31 S. 8°. Preis: 12 Heller.

Die Konferenz war von 60 mit regelrechten Mandaten versehenen Teilnehmern besucht und fasste Beschlüsse über ein Organisationsstatut, Arbeiterinnenschutz, Frauenstimmrecht, Arbeiterinnenpresse und Arbeiter-Konsumvereine. Besonderen Eindruck machte das Referat der Delegiertin Popp über den Arbeiterinnenschutz.

Bauarbeiterschutz. Protokoll der Verhandlungen des zweiten deutschen Bauarbeiterschutz-Kongresses. Abgehalten zu Berlin im »Gewerkschaftshause« vom 29. bis 31. März 1903. Hamburg 1903, Zentralkommission für Bauarbeiterschutz (J. Efftinge). 266 S. 8°.

Das sehr schön ausgestattete Buch enthält weit mehr als bloss das Protokoll des im Titel angegebenen Kongresses. Der dem Protokoll vorausgeschickte Geschäftsbericht der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz gibt auf 135 Seiten einen ganzen Abriss der Geschichte der Bauarbeiterschutzbewegung, ihrer Organisation, ihrer Kämpfe und praktischen Massnahmen, ihrer Erfolge bei der Gesetzgebung und den Verwaltungsbehörden, sowie der gegenwärtigen Gesetzgebung und Praxis in den Einzelstaaten Deutschlands. Das Protokoll selbst füllt 48 Seiten, wovon 22 Seiten auf das sehr inhaltsreiche Referat des Kongressberichterstatters Heinke-Hamburg über den gegenwärtigen Stand des Bauarbeiterschutzes und die weiter zu treffenden Massnahmen entfallen. Von den Beschlüssen des Kongresses ist in erster Linie eine ausführliche, auf S. 248/250 des Protokolls abgedruckte Resolution zu verzeichnen, die ein Reichs-Bauarbeiterschutzgesetz verlangt und einstimmig angenommen wurde. Am Kongress, der von 437 Delegierten besucht war, die 719 Orte vertraten, nahmen 17 Vertreter von Bauarbeitern des Auslandes, sowie die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hoch, Pfannkuch und Zubeil teil. Das Reichsamt des Innern, dem vom Komitee eine Einladung zum Besuch des Kongresses übersandt worden war, hatte ihr keine Folge gegeben, nachdem einem seiner Beamten erklärt worden war, dass man auf die Ausschmückung des Saales mit rotem Tuch nicht verzichten werde. In den, meist durch grosse Sachlichkeit ausgezeichneten Referaten und Debatten wurden die Verdienste der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion um die Betreibung des Bauarbeiterschutzes wiederholt hervorgehoben. Von den drei Vorsitzenden des Kongresses ist der Repräsentant der Maurer, Th. Bömelburg, mittlerweile als sozialdemokratischer Vertreter für Dortmund in den Reichstag gewählt worden.

Es ist unmöglich, das Buch ohne das Empfinden aus der Hand zu legen, dass hier die deutsche Arbeiterbewegung eine Leistung vollbracht hat, die rühmendes Zeugnis von einem hohen Entwickelungsstand ablegt.

Cohn, Dr. Ludwig. **Gewerkschaftliche Organisations- und Lohnpolitik der deutschen Metallarbeiter.** (Rechts- und Staatswissenschaftliche Studien, Heft XXII.) Berlin 1904, E. Ebering. 87 S. gr. 8°.

Eine mit grosser Sachlichkeit und viel Sachkunde verfasste Abhandlung über die Entwickelung der Organisationen der deutschen Metallarbeiter nach Form, Umfang, Mitgliederzahl, Leistungen, Verfassung und Tendenzen. Einem ersten Teil, der speziell der historischen Seite des Gegenstandes gewidmet ist, aber sie weder erschöpfend behandelt, noch uns ganz fehlerfrei zu sein scheint, folgt der grössere, die ökonomische Seite behandelnde zweite Teil. Hier ist der Verfasser offenbar in seinem Element. Die Entwickelung und Bedeutung des Unterstützungswesens der Arbeiterorganisationen findet in ihm einen wohlunterrichteten, die einschlägigen Fragen verständnisvoll beurteilenden Schilderer, und dasselbe trifft im grossen und ganzen für seine Darstellung der Lohnbewegungen und der Lohnkampfpolitik zu. Ein Moment freilich lässt er da vollständig unberührt: auf die wirtschaftstechnische Entwickelung des Metallgewerbes, seine technologische und strukturelle Morphologie wird nirgends zurückgegriffen. Als treibende Kräfte der Bewegung, als Bestimmungsfaktoren für die Wandlungen in der Beurteilung und Behandlung der Gewerkschaftsaufgaben werden lediglich rechtlich-politische und administrative Vorgänge gewürdigt. Das führt dann mit Notwendigkeit dazu, dass der Einfluss oder die Wirkung der betreffenden Vorgänge gegebenenfalls übertrieben werden. Unzweifelhaft haben z. B. die Freigabe der Koalitionen durch die Gewerbeordnung von 1869 und die ihr vorhergegangenen Parlamentsdebatten das Aufkommen der Gewerkschaften sehr gefördert. Aber schliesslich war die Aufhebung des Koalitionsverbots doch nur die Oeffnung einer Schleuse vor einem Strom, der sich schon deutlich zu stauen anfing. Ferner mag es richtig sein, dass der Puttkamersche Streikerlass von 1886 das Gegenteil von dem bewirkt hat, was er bezweckte, d. h. dass er die gewerkschaftliche Organisationsarbeit, statt zu schädigen, gefördert hat. Aber wenn der Verfasser u. a. auf S. 63 es auf diesen Erlass generell zurückführt, dass in den nun folgenden Jahren die deutsche Metallarbeiterbewegung in lebhafteren Fluss kam, so misst er ihr doch eine grössere Wirkungskraft bei, als solche ein Schriftstück auszuüben vermag. Es konnte ja doch nur solche Arbeiter erbittern, welche ohnehin schon für die Bewegung gewonnen waren. Den Hauptanteil am gewerkschaftlichen Aufschwung, der damals einsetzte, hatten unzweifelhaft die grossen Umgestaltungen, die sich in den Metallgewerben in den achtziger Jahren vollzogen, in Verbindung mit der Tatsache, dass sich das Sozialistengesetz zu einem grossen Teil schon moralisch überlebt hatte.

Sehr schön schildert der Verfasser, wie mit dem Erstarken der verschiedenen Organisationen, in welche die deutsche Metallarbeiterbewegung frühzeitig gespalten war, sich eine immer fühlbarere Annäherung in Bezug auf die Auffassung der gewerkschaftlichen Aufgaben einstellt, wie die einen immer mehr aufhören, fast nur Unterstützungsvereine zu sein, die andern den Gedanken fallen lassen, ausschliesslich Kampfzwecke ins Auge zu fassen. So dass sich die Zeit voraussehen lasse, wo die Gegensätze vollständig ausgeglichen, die ganze Bewegung in den grossen Strom eines alle Metallarbeiter umfassenden Verbandes eingemündet sein werde. Als massgebende Organisation betrachtet er den »sozialdemokratisch geleiteten« Deutschen Metallarbeiterverband, dessen Geschichte, Unterstützungswesen und Gewerbepolitik denn auch besonders ausführlich geschildert werden. Ohne sich gegen den Sozialismus auszusprechen, zeigt sich der Verfasser als entschiedener Gegner der Verquickung der Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei; allerdings verwirft er ebenso entschieden ihre Bevormundung durch bürgerliche Parteien. Sie haben ihre sozialpolitischen Sonderaufgaben, die sie am besten lösen werden, wenn sie sich ihnen ohne Rücksicht auf jenseits des Gebiets dieser Aufgaben liegende Interessen widmen. Unter anderm hält der Verfasser die Gewerkschaften für die berufenen Organe zum zweckmässigen Ausbau der Arbeitslosenunterstützung.

Das Buch ist sehr orientierend gehalten. Der Verfasser ist kein Freund von überflüssigen Worten, sondern drückt sich überall mit anerkennenswerter Knappheit und Bestimmtheit aus, ohne deshalb trocken zu werden. Man

merkt vielmehr, wie starkes Interesse er für den Gegenstand empfindet, den er schildert. Trotz der erwähnten und einiger kleinerer Mängel, darunter einige störende Druckfehler, darf sein Buch als eine schätzenswerte Bereicherung der Literatur über das deutsche Gewerkschaftswesen bezeichnet werden.

Eisenbahner. Verband der Eisenbahner Deutschlands, Sitz Hamburg. **Wir klagen an!** Ein Beitrag zur Sozialpolitik im Betriebe der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft. Als Material einigen Herren Abgeordneten im Reichstag und preussischen Landtag übermittelt. Hamburg 1904, Verlag von H. Jochade. 56 S. 8°.

Eine Anklageschrift, die neben allerhand andern Bedrückungen der Angestellten und Arbeiter der preussisch-hessischen Eisenbahngesellschaft das Ueberwachungswesen und die Verfolgungen schildert, die im Bereich dieser Verwaltung gegen alle Eisenbahner ins Werk gesetzt werden, die in Verdacht stehen, dem bei den Behörden als sozialdemokratisch angeschriebenen Verband der Eisenbahner Deutschlands anzugehören. Die Schrift enthüllt einen Gesinnungszwang und eine Gesinnungsriecherei, die in einem Staat, der nur ein wenig auf den Namen Rechtsstaat Anspruch erhebt, einfach unmöglich sein sollten. Auch was über die Lohnverhältnisse und das Lohndrucksystem in verschiedenen Eisenbahnwerkstätten mitgeteilt wird, rechtfertigt den Titel der Schrift, zugleich aber auch die Existenz des Verbandes.

Ellenbogen, Dr. Wilhelm. **Nieder mit dem Privilegienparlament.** Rede über Wahlrecht und Völkerautonomie, gehalten am 10. Dezember 1903 im österreichischen Abgeordnetenhause. Wien 1903, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. 28 S. 8°. Preis: 10 Heller.

Eine zu Agitationszwecken als Broschüre herausgegebene Rede, die folgenden, von der sozialdemokratischen Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses am 2. Dezember 1903 gestellten Dringlichkeitsantrag begründet:

»Das Abgeordnetenhaus wolle beschliessen: Es wird ein aus 36 Mitgliedern bestehender Ausschuss eingesetzt und mit der Aufgabe betraut, den Entwurf einer neuen Verfassung auszuarbeiten, und hierüber dem Hause Bericht zu erstatten.

Dieser Bericht habe zu fussen:

1. auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für alle Staatsbürger vom 21. Lebensjahre an.

2. auf der nationalen Autonomie.«

Die Rede zeichnet sich durch Klarheit, Witz und Schärfe aus; sie behandelt eingehend sowohl das allgemeine Verfassungsproblem wie die Nationalitätenfrage Oesterreichs und hat im Druck durch Hervorhebung markanter Sätze eine Form erhalten, die das Lesen ungemein erleichtert.

Ewald, K. **Ausgewählte Märchen.** Neue verbesserte Auflage. Leipzig 1903, Verlag der Leipziger Buchdruckerei A. G. 248 S. 8°.

Märchen in Andersenscher Manier, aber auf naturwissenschaftlicher Grundlage. Durch Personifizierung von Weltkörpern und Elementen, Pflanzen und Tieren, Organen und Erscheinungen, denen der Dichter Gedanken beibeilegt und sie Worte äussern lässt, die ihrer Natur entsprechen, wird je nach des Lesers Vorkenntnissen dessen Verständnis für ihr Wesen geweckt oder erweitert. Dabei ist aber der Charakter des Lehrhaften im allgemeinen mit Glück vermieden. Nur im Märchen vom Menschen (»Zweibein«) hat sich der Verfasser unseres Erachtens etwas vergriffen. Die meisten Märchen unterscheiden sich von denen Andersens und dessen Schule vornehmlich dadurch, dass, während diese die Dinge meist auf Grund ihrer Erscheinungsform sprechen oder handeln lässt, Ewald ihren Worten und Handlungen ihr eigentliches Wesen zu Grunde legt und es dabei in seinen Grundzügen kennzeichnet. Sonst ist der Märchenton durchaus beibehalten, es werden Geschichten erzählt, die auf das Gemüt wirken. Irgend welche bestimmte Parteitendenz kommt in ihnen nicht zum Ausdruck, soweit auf menschliche Einrichtungen und Sitten angespielt wird, werden nur Schwächen und Miss-

stände allgemeiner Natur humoristisch verspottet. Nur negativ unterscheiden sich in dieser Hinsicht die Märchen von andern; sie halten sich frei von falscher Sentimentalität und erfüllen das Gemüt des Lesers nicht mit sozialem und anderem Aberglauben. Sehr schön sind die eingeflochtenen Naturschilderungen.

Fiedler, Franz, Handelslehrer in Aussig. **Lehr- und Lesebuch der Nationalökonomie.** Mit Berücksichtigung der Volkswirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft. Wien 1903, Manzsche Universitäts-Buchhandlung. 301 S. 8°.

Ein brauchbares und im ganzen tendenzfreies Kompendium. Der Verfasser spricht wohl hier und da einmal ein Urteil aus, aber abgesehen davon, dass er sich für den Schutzzoll und die Beschränkung des Terminhandels erwärmt, trägt er die auseinandergehenden Theorieen der verschiedenen volkswirtschaftlichen Schulen unparteiisch vor. Der Sozialismus wird ziemlich kurz und nicht frei von Irrtümern, aber in seinen modernen Erscheinungen doch im Kern sachgemäss behandelt. Zu rügen ist nur, dass der Verfasser Marx den Unsinn aufstellen lässt, dass die Zeit für die gesellschaftliche Organisation gekommen sein werde, wenn »die Verelendung der grossen Masse zur Expropriation des letzten im Gange der Expropriation noch übrig gebliebenen Kapitalmagnaten führt« (S. 289). Ganz ungenügend werden Saint Simon und Proudhon charakterisiert, und auch Babeuf wird ziemlich schief beurteilt. In Bezug auf die heutige Arbeiterbewegung kommt in den ethischen Urteilen gelegentlich ein kirchlich-konservativer Standpunkt zum Ausdruck; so führt der Verfasser auf S. 241/242 die heutige Erbitterung der Arbeiter u. a. auch auf »eine morsch gewordene religiöse Ueberzeugung und den dadurch (!) nicht wenig geförderten sittlichen Niedergang« zurück. Doch erkennt er auch politisch-ökonomische Sünden des Staats und der Besitzenden als mitwirkende Ursachen an.

Bei Behandlung der Steuerfragen vermissen wir eine Erörterung der Rückwirkung der verschiedenen Steuersysteme auf die Volkswirtschaft im ganzen und speziell auf die Preisbildung und die Produktionsentwickelung. Stiefmütterlich wird auch das Thema der Lohnarten behandelt. Im übrigen aber zeichnet sich das Buch gerade dadurch aus, dass auf verhältnismässig knappem Raum eine grosse Fülle von Lehrstoff dargeboten wird.

Gewerkvereine. Tätigkeitsbericht des Vorstandes und Ausschusses des **Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes der deutschen Gewerkvereine.** 1. Januar bis 30. Dezember 1902. Düsseldorf 1902, Selbstverlag des Rheinisch-Westphälischen Ausbreitungsverbandes. 90 S. 8°.

Der Verband, dessen Bericht hier vorliegt, gehört der Gewerkvereinsbewegung Hirsch-Dunckerscher Färbung an, steht aber zur derzeitigen Leitung dieser Bewegung insofern in Opposition, als er sich zu den freien Gewerkschaften freundschaftlicher verhält und das Prinzip verwirft, die Mitglieder Reverse gegen die Sozialdemokratie unterschreiben zu lassen. Als er sich in Mainz 1901 konstituierte, traten ihm 46 Ortsvereine bei, deren Zahl sich laut Bericht seitdem auf 118 vermehrt hat. Ausser Angaben über die agitatorische und administrative Tätigkeit des Verbandes enthält der Bericht auch interessante Mitteilungen über die allgemeine Arbeiterbewegung in Düsseldorf, darunter das Statut eines Einigungsamts für das Holzgewerbe für den Stadt- und Landkreis Düsseldorf, dem sämtliche Organisationen der Holzarbeiter des Bezirks ohne Unterschied der Schattierungen angehören, sowie den Bericht über die Tätigkeit des Düsseldorfer Arbeitersekretariats.

Holzapfel, Rudolf. **Panideal.** Psychologie der sozialen Gefühle Mit einem Vorwort von E. Mach. Leipzig 1901. Joh. Ambrosius Barth. 233 S. 8°. Preis: 7 Mark.

»Diejenigen, welche die Menschheitsentwicklung lieben, diejenigen, welche genialste Menschenkräfte verderben sehen, diejenigen, deren Kräfteübermas-

nach Betätigungsgelegenheit vergebens drängt, diejenigen, welche sich nach neuen Idealen und Schaffenswegen sehnen — werden in diesem Buche vielleicht eine solche ›Erlösung‹ oder wenigstens ›Hoffnung‹ finden, wie ich sie selbst gefunden habe. Ich predige nicht, suche nicht zu überreden. Ich will diejenigen orientieren, die ich zu orientieren vermag.‹

Diese Bemerkung schickt der Verfasser seinem Buch voraus. Sie entspricht dessen Inhalt in jeder Hinsicht. Es ist in der Tat nur eine Orientierung, die ›Panideal‹ bietet, und obendrein keine sehr leichte Orientierung. Fast jeder der 1075 Paragraphen, aus denen sich das Buch zusammensetzt, will überdacht sein, mancher erfordert recht intensives Nachdenken. Aber ebenso zeugen sie auch von intensivem Nachdenken, von einer oft unheimlich tief in das Gefühlsleben eindringenden Zergliederung der Seelenregungen. Kein geringerer als Ernst Mach schildert den Eindruck, den das Lesen des Manuskripts dieses Buches auf ihn gemacht hat, mit den Worten: ›Ich fühlte eine Seite meines Innern, auf die ich bisher als ein den Objekten zugewandter Naturforscher recht wenig geachtet hatte, merkwürdig beleuchtet.‹ Und weiterhin: ›Die hier vorliegende Schrift allein möchte gegenüber den — mit Recht geschätzten — Methoden der modernen Psychologie, Experiment und Messung, den Beweis erbringen, dass die Leistungsfähigkeit der einfachen reflektierenden Selbstbeobachtung durchaus noch nicht erschöpft ist.‹ (Vorwort VII und VIII.) Aber Mach spricht auch zugleich das erlösende Wort aus, wenn er es an gleicher Stelle für wünschenwert erklärt, dass der Verfasser seiner Darstellung, der man es anmerke, dass er viel erlebt habe, ›wenn auch nicht durch persönliche Erlebnisse, so doch durch schematisierte typische Erlebnisse‹ eine Erläuterung folgen lasse. Jetzt sind die Sätze in ihrer abstrakten, lebhaft an Spinoza erinnernden Diktion nicht selten der Gefahr ausgesetzt, nicht verstanden zu werden. Man muss den Verfasser sehr gründlich lesen, um sicher zu sein, dass man ihn immer richtig versteht. Wer das Buch nur anblättert, wird, welchen sozialpolitischen Standpunkt er auch hat, leicht Sätze finden, die ihn abstossen. So lesen wir unter ›Gebet‹ folgenden Paragraphen (388): ›Die meisten modernen Empiristen und Atheisten betrachten das Gebet und Gebetsbedürfnis als knechtisch, barbarisch und fruchtlos; die Kulturgestalter der Vergangenheit wussten mehr.‹ Dann aber unter Kampf (§ 428): „Obwohl der ›Mord‹ komplizierte Arbeitsbedürfnisse unmittelbar nicht zu befriedigen vermag, so kann er manchmal ein unumgängliches Mittel für Bewahrung und Beförderung menschlicher und menschheitlicher Entwicklung sein.‹ Und unter ›Zur Biokritik der Kampfbegriffe‹ (§ 432): ›Selbst bei grössten Kulturgestaltern herrscht hierin eine ungesunde Verwirrung. Sie traten als Verkünder und Apostel des ›ewigen Friedens‹, oder des ›ewigen Kampfes‹, des ›grausamen Mordes‹, der ›kampflosen Arbeit‹ auf, ohne zu bedenken oder zu ahnen, dass diese Begriffe einem ungeheueren Gebiete mannigfaltigster Variationsfälle von verschiedenartigster historischer und sozialer Bedeutung angehören.‹ Aus diesen Sätzen geht schon hervor, dass die Analyse des Verfassers streng formal bleibt. Sie liefert formale Masstäbe für die behandelten Themen (Einsamkeit, Sehnsucht, Hoffnung, Gebet, Kampf, Gewissen, Kunst, Welten, Ideal) und wird gerade dadurch, je weiter sie fortschreitet, auch um so schwerer zu entziffern, zumal der Verfasser die Bildung zusammengesetzter Worte und Begriffe bis zur Konstruktion wahrer Wortungeheuer treibt und diese zu Sätzen verbindet, die uns den seligen Krause als Muster klar-durchsichtiger Ausdrucksweise zurückersehnen machen. Die Aufrichtigkeit gebietet, diesen Uebelstand nicht zu verschweigen. Wer aber es versteht, seine konkreten Erfahrungen, Bestrebungen und Probleme in die dargebotenen Schemas als Substanz einzusetzen, der wird in Panideal auch konkrete Aufklärung, Ermunterung und Festigung finden.

Kronenberg, Dr. M.: **Kant. Sein Leben und seine Lehre.** Zweite neubearbeitete und erweiterte Auflage. Mit einem Porträt Kants. München 1904, C. H. Beck. 403 S. 8°. Preis: 4 Mk.

Eine, was Form und Darstellung anbetrifft, gleich musterhafte Vorführung des Lebens und des Gedankenwerks des grossen Begründers der kritizistischen Philosophie. In wirklich schöner, nirgends bloss schönredne-

rischer, sondern einen grossen Gedankenreichtum kundgebender Sprache schildert der Verfasser das äussere Leben, den inneren Entwickelungsgang und das geistige Wirken Kants. Die wesentlichen Bereicherungen, welche Kant dem Wissen und Erkennen der Menschheit geliefert hat, die Grundgedanken seiner Philosophie und vor allem seines philosophischen Hauptwerks, werden in gutgegliedertem Aufbau so gemeinverständlich entwickelt, wie es der Gegenstand überhaupt nur zulässt. Wir erinnern uns nicht, einer grösseren Schrift über Kant begegnet zu sein, die den Kern der Kantschen Erkenntniskritik so klar blosslegte, ihn auch dem Nichtphilosophen so klar machte, wie dies hier vom Verfasser geschieht. Kant, der Geistesrevolutionär, kommt bei ihm zu seinem vollen Recht. Soweit die Schrift geht, verdient sie unserer Ansicht nach in dieser Hinsicht rückhaltlose Anerkennung. Aber sie geht uns nicht weit genug. Der Einfluss Kants auf die weitere Entwickelung der Philosophie, die Natur der hauptsächlichsten philosophischen Strömungen, die von ihm ausgingen, und die Gründe, weshalb Kant noch heute das wissenschaftliche Denken beeinflusst, hätten mit mehr als den mehr beiläufigen Bemerkungen behandelt werden können, die der Verfasser diesen Punkten widmet. Auch auf die heute häufig behandelte Frage, ob sich von Kant eine Brücke zum Sozialismus schlagen lässt, hätte etwas tiefer eingegangen werden können. Im übrigen bietet das Buch wirklich ein geistiges Vollbild des Mannes. Weder tritt der Mensch über Gebühr vor dem Repräsentanden einer Lehre in den Vordergrund, noch verschwindet er hinter dieser Lehre. Eindrucksvoll wird es dem Leser zur Anschauung gebracht, welchen realen, dem pulsierenden Leben der Menschheit angehörenden Bedürfnissen das scheinbar so abstrakte Gedankengebäude gilt, das Kant in seiner Transzendentalphilosophie errichtet hat, wie sein transzendentaler Idealismus zugleich empirischer Realismus ist, der dem Hineinpfuschen der Jenseitsmetaphysik in die Philosophie einen unverrückbaren Riegel vorgeschoben hat. Dabei bleiben dem Leser Kants Beschränktheiten nicht vorenthalten, wobei hier und da freilich auch wieder etwas kräftigere Striche nichts geschadet hätten. Wir haben eben mehr eine beschreibende, als eine kritische Untersuchung. Lobend zu erwähnen ist noch die treffliche Behandlung des Anekdotischen. Es überwuchert nirgends, ist aber zum Glück auch nicht vernachlässigt. So sehr uns unser Verstand sagt, dass es noch nie einen Denker gegeben hat, der nicht ein Mensch von Fleisch und Blut war, werden uns doch gerade die Heroen des Gedankens nur zu leicht zu blossen Begriffen. Erst die Anekdote nimmt ihnen das Schemenhafte. Und sie mit Mass und Geschick zu verwenden, hat der Verfasser ausgezeichnet verstanden.

Landmann, Dr. Robert von. **Kommentar zur Gewerbeordnung für das deutsche Reich.** Vierte Auflage bearbeitet von Dr. Gustav Rohmer, k. bayr. Legationssekretär. 2 Bände. München 1903, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. 744 und 943 S. gr. 8°. Preis: Bd. I geb. 12 Mk. 50 Pfg., Bd. II geb. 17 Mk. 50 Pfg.

Der Landmann'sche Kommentar zur Gewerbeordnung, über dessen Ansehen unter Fachkundigen kein Wort verloren zu werden braucht, liegt hier in vierter, bis zum Spätsommer 1903 fortgeführter Auflage vor. Sie ist vom Legationssekretär Dr. G. Rohmer bearbeitet und enthält in zwei Anhängen: 1. sämtliche von Reichswegen zur Gewerbeordnung ergangene Verordnungen; den Wortlaut einer preussischen technischen Anleitung der Magistrate etc. in Sachen der Genehmigung von gewerblichen Anlagen, des Reichsgesetzes vom 2. Juli 1902 betr. Stellenvermittelung für Schiffsleute und einige ähnliche Urkunden, sowie 2. das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 mit ausführlichem Kommentar. Ein elf Druckseiten umfassender Nachtrag verzeichnet die während des Druckes der beiden Bände zur Veröffentlichung gelangten massgebenden Erkenntnisse und Verordnungen. Das alphabetische Sachregister füllt 85 Druckseiten.

»Eine Novelle zur Gewerbeordnung ist gegenwärtig nicht in Aussicht; möge dem Buch in dieser Hinsicht eine lange Schonzeit beschieden sein!« — mit diesen Worten schliesst der Herausgeber der neuen Auflage sein Vorwort. Wenn er die Liste der dem Reichstag zu Beginn der 11. Legislaturperiode

unterbreiteten Initiativanträge und Petitionen durchliest, so wird er sich überzeugen, dass der Wunsch keineswegs ein allgemeiner ist. Allein vier oder fünf Initiativanträge beziehen sich auf die das Koalitionsrecht betreffenden Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung, und man braucht nur den oder die Kommentare des vorliegenden Werkes zu diesen Paragraphen nachzulesen, um inne zu werden, dass schon rein technische Rücksichten nach einer Revision derselben rufen, ganz abgesehen von dem sozialpolitischen Bedürfnisse eines wirksameren Schutzes des Koalitionsrechts der Arbeiter, als wie sie ihn in ihrer jetzigen Auslegung gewähren. Wenn übrigens Kommentar 2b zum § 153 es als einen blossen Redaktionsfehler bezeichnet, dass in ihm nur von Verabredungen und nicht auch von Vereinigungen die Rede ist — beiläufig muss es auf Seite 503, Zeile 17 von unten wohl heissen »des § 152« statt »des § 153« — so mag das formell in Ordnung sein, sachlich wäre es durchaus kein Unglück, wenn von den Strafandrohungen dieses Paragraphen, der ja faktisch doch nur gegen Arbeiter in Anwendung tritt und dessen Delikte (Ehrverletzung, Verrufserklärung etc.) von den Gerichten so überaus elastisch ausgelegt werden, die Frage der Vereinigungen ausgeschlossen bliebe. So genügt nach dem Kommentar 2 g zur Ehrverletzung schon die »bedingte oder eventuell ausgesprochene Ehrverletzung, der Gebrauch des Wortes »Streikbrecher«, ist zur Verrufserklärung nicht einmal eine objektiv beleidigende Form der Erklärung erforderlich u. s. w. Allerdings soll auch bei Arbeitgebern das Bedrohen mit Verhängung von Konventionalstrafe zu dem Zwecke des § 153 strafbar sein. Aber hierfür weiss der Kommentar nicht, wie bei den die Arbeiter treffenden Fällen, einige oder selbst nur einen Gerichtsentscheid anzuführen — die beste Illustration für den platonischen Charakter des Paragraphen, soweit die Unternehmer in Betracht kommen. Ungewollt legt der Kommentar Zeugnis davon ab, dass hier der Gesetzgeber eingreifen muss, soll dem Koalitionsrecht der Arbeiter dasselbe tatsächliche Recht zu Teil werden, wie dem der Unternehmer.

Für den Sozialpolitiker interessant sind u. a. auch die Ausführungen des Kommentars zum § 10 der Gewerbeordnung, der die ausschliesslichen Gewerberechtigungen, Zwangs- und Bannrechte für aufgehoben erklärte, um das zu beseitigen, was Ringe, Kartelle etc. jetzt de facto wieder herzustellen bestrebt sind. Kann solches Kartell durch diesen Paragraphen getroffen werden? Nein, sagt der Kommentar, aber es kann, wenn es bei ihm »auf die wucherische Ausbeutung des Publikums« abgesehen ist, als »gegen die guten Sitten« verstossend unter den § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches oder unter die Bestimmungen fallen, die rechtswidrige Nötigungen etc. behandeln. Auch hier schaut das Zugeständnis, dass die bestehende Gesetzgebung versagt, zwischen den Zeilen heraus.

Schliesslich sei noch der sehr deutliche Druck des Werkes hervorgehoben.

Paulsen, Friedrich: **System der Ethik** mit einem Umriss der **Staats- und Gesellschaftslehre.** Sechste verbesserte Auflage. Stuttgart und Berlin 1903, J. G. Cottasche Buchhandlung, Nachfolger. 2 Bde. 465 und 653 S. 8°. Preis: 14 Mk.

Ein zweibändiges Werk, das nicht auf Sensation gestimmt ist und die sechste Auflage erlebt, braucht keine Empfehlungsnotiz. Es muss irgend welche Vorzüge aufweisen, dass ihm ein so grosser Leserkreis zu teil wurde. Wer die »Ethik« des Berliner Professors zur Hand nimmt, wird, wo immer er sie aufschlägt, auch bald den Grund ihrer Beliebtheit herausfinden. Es ist zunächst ein ungemein lesbares Buch. Der Verfasser schreibt, wie ein gebildeter Mensch spricht; er doziert nicht, er entwickelt. Und dies mit einer Leichtigkeit, der man die Beherrschung seines Gegenstandes ohne weiteres anmerkt. Er verfügt über sehr viel Tatsachenmaterial, so dass er um reiche Illustration seiner Darlegungen nicht verlegen ist. Bei alledem ist er kein blosser Unterhalter: er hat Systematik, er hat ein theoretisches Fundament. Seinen Standpunkt in der Ethik bezeichnet er auf S. 218 ff. des ersten Bandes als teleologisch-energistische T e l e o l o g i e, nämlich in Bezug auf die Beurteilung menschlicher Handlungen, insofern als diese in entscheidender Instanz auf Grund ihrer W i r k u n g e n und nicht vornehmlich nach f o r m a l i s t i s c h e n

Maximen im Sinne Kants zu werten seien. Energistisch soll hier heissen, dass als letztes oder höchstes Ziel der Willenshandlungen nicht, wie bei der hedonistischen Schule, die Lust schlechtweg, sondern die Lebensbetätigung, die Willensvollendung betrachtet wird. In erster Hinsicht haben wir, wie der Verfasser selbst hervorhebt, einen etwas modifizierten Utilitarismus vor uns; die Maximen Kants werden nicht verworfen, sondern nur als nicht ausreichend bezeichnet; die formalistisch-intuitivistische Theorie breche ihre Untersuchungen zu früh ab. Eine Auffassung, die unserer Ansicht nach Anwendung und Prinzip nicht scharf genug auseinanderhält. In jedem konkreten Fall wird sicher die Wirkung einer Handlung für ihre ethische Würdigung in Betracht zu ziehen sein; ohne Zugrundelegung einer Wirkung der Handlungen ist das formalistische Prinzip überhaupt nicht anwendbar, sondern, weil formalistisch, auch inhaltslos. Ziehen wir aber die Wirkung heran, so werden wir sehr bald finden, dass es schliesslich doch das formalistische und nicht das teleologische Moment ist, das zuletzt den ethischen Charakter einer Handlung bestimmt, d. h. dass keine Handlung als im ethischen Sinne sittlich zu bezeichnen ist, bei der die ihr zu Grunde liegende Maxime nicht, wie Kant es fordert, dazu taugt, allgemeine Maxime des Handelns zu werden. Man braucht denn auch nur die Beispiele des Verfassers genauer zu prüfen, um zu finden, dass die Maximen der Handlungen, die er auf Grund seiner Teleologie als sittlich gelten lässt, nur deshalb die Probe bestehen, weil sie zu allgemeinen Maximen im Sinne Kants taugen. Sicherlich macht das erhabenste Motiv keine Handlung zu einer lobenswerten, die, wenn sie verallgemeinert wird, der Allgemeinheit schaden muss. Deswegen aber postuliert ja gerade Kant die Tauglichkeit zur allgemeinen Maxime, denn dies Postulat schliesst ein, dass der Handelnde sich der allgemeinen Wirkung seines Handelns bewusst sein muss. Auch die aus edelster Gesinnung entschlossene Tat kann, darin hat der Verfasser recht, sittlich verwerflich sein; es liegt dann eben eine intellektuelle Schuld vor, die schliesslich zugleich als sittliche Schuld betrachtet werden muss. So urteilt ja in der Regel auch die Praxis. Die Welt lässt sich mit dem Hinweis, dass etwas gut gemeint sei, nicht abspeisen, sondern lässt ihn bestenfalls als mildernden Umstand gelten. Aber die Handlungen wirken unter verschiedenen Umständen verschieden, und wir verfallen einer haltlosen Kasuistik, wenn wir nicht feste Normen für die sittliche Wertung von Handlungen haben, und diese liefert uns schliesslich doch nur die formalistische Ethik, wie Kant sie begründet hat.

Wie der Verfasser hier, wo es sich um die Fundamentalfrage der Ethik handelt, eine Neigung zu eklektischer Vermittelung zeigt, so tritt dieser Zug noch stärker in den Abschnitten hervor, die von den materiellen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens handeln: Eigentum, Wirtschaft, Familie, Staat. Der Verfasser macht sich nicht zum unbedingten Verteidiger der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern erkennt ihren transitorischen Charakter an und findet auch allerhand an ihr auszusetzen, wobei er hier und da ein scharfes Wort nicht scheut. Ueberraschend radikal äussert er sich zum Beispiel in der Dienstbotenfrage, wo er das ganze heutige Dienstbotenverhältnis als »nicht mehr zeitgemäss« bezeichnet, an dessen Stelle immer mehr »eine vertragsmässige Arbeitsleistung ohne Einfügung des Arbeiters in den Haushalt treten« werde. »Wie komme ich, das freie, vertragschliessende Subjekt,« fragt er im Geiste des Arbeiters, »eigentlich dazu, mich in eine fremde Hausordnung schicken zu sollen?«, nachdem er vorher gegenüber den Klagen über die Abnahme der Anhänglichkeit und Zuverlässigkeit der Dienstboten die Frage aufgeworfen hat, ob es denn die Dienstboten gewesen seien, die den Herrschaften die Tischgemeinschaft gekündigt, ihnen Anrede und Auskunft und menschlichen Lebensverkehr verweigert hätten (Bd. II, S. 308/310). Ebenso scheut er sich nicht, unter Bezugnahme auf die zunehmende Trennung von Arbeit und Eigentum in der modernen Gesellschaft und die Verwandlung des Eigentums in papierne Anweisungen auf den Ertrag fremder Arbeit zu schreiben: »Was den geschichtlichen Lebensformen ihre Selbsterhaltungskraft gibt, das ist ihre sichtbare und greifbare Wirklichkeit und Notwendigkeit; wo diese abnimmmt, da sterben sie ab, sie mögen so gut papierne Rechtstitel vorzuweisen haben, als sie wollen« (Bd. II, S. 402). Oder: »Es gibt kein Recht auf die ewige Fortdauer der gegenwärtig bestehenden Eigentumsordnung. Es gibt

Rechte auf bestimmte Sachen oder Leistungen auf Grund der bestehenden Eigentumsordnung, aber niemand hat einen Rechtsanspruch, ihr Bestehen überhaupt zu fordern oder ihrer Veränderung zu widersprechen« (Bd. II, S. 417). Aber bald stellt sich die Rechtfertigung der bestehenden Eigentumsordnung ein, und der Verfasser findet sich für die Praxis unter ihren Verteidigern. Er will zwar nichts von Ausnahmegesetzen wissen, tritt auch für allerhand Sozialreformen ein, steht aber der in Deutschland doch so notwendigen Weiterbildung der Rechte der Volksvertretung und der Demokratie doch nur lau gegenüber. — Ja, er würde sogar einer kleinen Korrektur des Reichstagswahlrechts in Form der Ergänzung durch körperschaftliche Vertretungen keinen Widerstand entgegensetzen. Kurz, er bleibt bei alledem der Bourgeois, wenn auch ein Bourgeois mit weitem Horizont. Seine Kritik des Sozialismus ist aber immerhin geniessbar. Sie hat viel Aehnlichkeit mit der Art, wie gescheidte englische Altliberale den Sozialismus diskutieren. Wie denn Paulsen — und sicher mit Recht — an einer Stelle der in Deutschland eingewurzelten unausstehlichen Manier, Diskussionen nach Schulmeisterart von oben herab zu führen, die schöne Art der literarischen Diskussion entgegenhält, wie sie in England üblich ist. Sein Buch zeigt viele Eigentümlichkeiten ähnlicher englischer Werke. Vor allem hat es mit ihnen den Zug zum Common sense gemein. Es sind ihm alle Vorzüge eigen, die der Common sense dort zur Folge hat, wo ihm reiches positives Wissen zu Gebote steht. Aber zugleich weist es auch die Beschränkungen auf, die dort nicht auszubleiben pflegen, wo der Common sense — leider haben wir kein der Sache ganz entsprechendes deutsches Wort — mystische Verehrung geniesst.

Ruge, Arnold. **Unser System.** Herausgegeben von Clair J. Grece, L. L. D. Zum 100. Geburtstage des Verfassers mit einem Vorwort von Paul Nerrlich und einem Nachwort des Herausgebers. Frankfurt a. M. 1903, Neuer Frankfurter Verlag. 228 S. kl. 8°.

Diese Jubiläumsausgabe kommt post festum auf den Markt — Ruge ward im September 1802 geboren — aber nicht dieser Umstand ist es, der an ihrem Erfolg zweifeln lässt. Sie würde auch am Jubiläumsdatum zu spät erschienen sein. Nicht dass ihr Inhalt für das heutige Geschlecht unlesbar wäre. Im Gegenteil. Die Aufsätze, die sie enthält, sind meist in einem frischen, gefälligen Ton geschrieben, vielfach mit Witz gewürzt und schliesslich das Werk eines philosophisch geschulten Mannes, von dem mancher selbst heute noch lernen kann. Aber der Name Ruge hat aufgehört, irgend einer Partei oder Klasse irgend etwas zu bedeuten. Als Philosoph war er der Wortführer des linken Flügels einer Schule, deren unsterblicher Schöpfer ein anderer gewesen, als Politiker vertrat er eine Strömung, die längst aufgehört hat zu existieren. In einem sozialistischen Blatt ist, wenn uns unser Gedächtnis nicht sehr täuscht, an seinem 100jährigen Geburtstage dem Bürgertum ein Vorwurf daraus gemacht worden, dass es ihn, seinen Vorkämpfer, vergessen habe. Aber das ist nach zwei Seiten hin ungerecht. Ruge war in der Hauptperiode seines Wirkens so viel und so wenig ein Vorkämpfer des Bürgertums, wie etwa in der grossen französischen Revolution ein Condorcet, ein St. Just, ein Marat Vorkämpfer des Bürgertums waren. Ihre Ideen gingen über die Klassen hinaus, d. h. bewegten sich zwischen den Volksklassen ihrer Zeit. Erst als er aufgehört hatte, ein Kämpfer zu sein, fiel Ruge völlig auf die Seite des Bürgertums. Sollte dieses den gebrochenen Stürmer feiern?

Die vorliegende Schrift zeigt Ruge noch in Kampfstimmung. Am Tage nach Niederwerfung der Revolution von 1848 geschrieben, ist sie ein mutiges Bekenntnis zu den Grundsätzen der Revolution, ein Trotzwort gegen die siegreiche Reaktion, der er mit revolutionärer Anwendung der Hegelschen Dialektik zuruft, dass ihr Massenaufgebot aller europäischen Armeen gegen die Demokratie, und nur gegen sie, gerade deren Macht aufs schlagendste beweise. Von sich selbst aber sagt er, es sei »bekannt genug, dass ich zur Umsturzpartei gehöre, dass ich die äusserste Linke in Frankfurt angestiftet, dass ich die Anarchie der sozialdemokratischen Republik und in freien Gemeinden den Kultus der Idee und der Ideale oder des Menschen, der selbst das höchste Wesen ist, in Summa, die Sozietät und die Religion des Humanis-

mus will, dass die Reaktionäre mich deshalb einen »Atheisten« schelten, dass ich aber dennoch mehr Religion zu haben behaupte, als die ganze christliche Altflickerzunft zusammen genommen.« Ein Programm, das für das Bürgertum zu radikal, für die Arbeiterklasse aber zu undefiniert war und daher nur bei radikalen Ideologen aller Art Anklang fand.

Der volle Titel der Schrift lautet: »Unser System oder die Weltweisheit und Weltbewegung unserer Zeit. Zum Unterricht für Jedermann.« Sie ward in drei Bändchen veröffentlicht, die in dieser Ausgabe genau reproduziert sind, von denen jedes einen in sich abgeschlossenen Gegenstand behandelt. Das erste leitet unter dem Titel »Unsere Philosophie und unsere Revolution« die deutsche Revolution echt ideologisch aus der deutschen Philosophie ab, wobei dann die grossen Systeme der Letzteren wieder rückblickend unter dem Gesichtswinkel der Revolutionsteleologie beurteilt werden. Dass es dabei nicht ohne Schiefheiten abgeht, ist selbstverständlich; immerhin verstand Ruge hier das, worüber er schrieb, und verstand es auch, sich klar und deutlich darüber auszudrücken; die Schrift ist noch heute lesbar. — Der Untertitel des zweiten Bändchens ist: »Die Religion unserer Zeit, die wissenschaftliche Ableitung der positiven Religion des Humanismus aus den bisherigen positiven Religionen.« Deutsch gesprochen, handelt es sich um eine begrifflich statt aus den Dingen abgeleitete Menschheitsreligion ohne Gott. Sie ist »die Religion unserer Zeit« und »sucht den Menschen und die Verwirklichung seines Wesens; sie ist die reichste und tiefste, in der alle Probleme aller früheren Religionen ihrer Lösung entgegengehen.« »Die Gründung der Demokratie in Deutschland; die praktische Lösung der politischen und sozialen Frage« — lautet der Titel des dritten Bändchens, das eine Theorie der radikalen Demokratie — des »Volksstaates« als »sozialdemokratischer Freistaat« — und des anarchistischen Kommunismus ist, der sich für Ruge in freien »Sozietäten« verwirklicht, in denen es kein Sonder-Eigentum des Einzelnen mehr gibt. Auch hier ist die Ableitung fast durchgängig begrifflicher Natur; nur wo die Politik in Frage kommt, wird Ruge konkret und entwickelt da ein radikales Aktionsprogramm für die nächste Revolution. Als Sozialist ist er stark durch Proudhon beeinflusst, erklärt aber dessen Tauschbank ebenso wie Louis Blancs Organisation der Arbeit für Halbheiten, weil die Eine das Privateigentum und die Lohnarbeit, die Andere den Polizeistaat bestehen lässt. Der Polizeistaat muss zerschmettert, das Dienst- und Lohnverhältnis aufgehoben werden, dann werden sich die freien Sozietäten erheben, und kein oben und kein unten, keine Bourgeois und keine Proletarier wird es mehr geben. Alles sehr schön und gut, nur fehlt jede Andeutung über die ökonomische Grundlage dieser Entwicklung.

Trotzdem ist es interessant, das Kapitel nachzulesen. Neben seinen Gefahren hat das begriffliche Denken auch seinen unbestreitbaren Nutzen. Zudem repräsentiert diese Deduktion eine Etappe in der Entwicklungsbahn des sozialistischen Gedankens. Die Schrift ist hübsch ausgestattet und mit einem gutausgeführten Porträt Ruge's versehen.

Sozialdemokratie. Protokoll über die Verhandlungen des **Gesamtparteitages** der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, abgehalten zu Wien vom 9. bis 13. November 1903. Agitationsausgabe. Wien 1903, Wiener Volksbuchhandlung. 237 S. 8°. Preis: 80 Heller.

Aus dem Inhalt dieses Protokolls sind als besonders bemerkenswert hervorzuheben die Berichte der verschiedenen Parteivorstände und des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre und die auf sie bezüglichen Debatten, sowie die Referate und Debatten über die Frage des österreichisch-ungarischen Dualismus, über die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht und über die Sozialpolitik in Oesterreich. Interessante Erörterungen fanden auch statt über die Stellung der Arbeiter zur Bekämpfung des Alkoholismus und über die Arbeiterkonsumvereine. Dem Protokoll ist als Anhang das Protokoll über die sozialdemokratische Frauenkonferenz beigegeben, das wir an anderer Stelle besprechen.

Springer, Rudolf: **Mehrheits- oder Volksvertretung?** Zur Aufklärung der intellektuellen und industriellen Klassen über ihr Interesse an einer Wahlreform, sowie über Wesen, Arten und Bedeutung der Proportionalwahl. Nach einem in einer Gesellschaft Wiener Fabier gehaltenen Vortrage. Wien und Leipzig 1904. Franz Deuticke. 52 S. gr. 8°. Preis: 1 Mk. 25 Pf.

Eine fast leidenschaftliche Befürwortung der verhältnismässigen Volksvertretung. Unter Bezugnahme auf das Elend des österreichischen Parlamentarismus legt der Verfasser dar, wie dessen Schäden, die er scharf kennzeichnet, durch seine Geburt, d. h. die Art, wie das Parlament in Oesterreich gewählt wird, bedingt seien. Das Mischmasch von Zensuswahl, Stände-, Klassen- und Körperschaftsvertretung mit einem Zusatz von allgemeinem Wahlrecht, aus dem das österreichische Parlament hervorgeht, lasse es in diesem zu keiner gesunden Parteibildung kommen und dränge den Einfluss der intellektuellen und industriellen Klassen über Gebühr zurück, industriell hier in dem allgemeinen Sinne genommen, wo es in der Industrie tätig bedeutet. Welche Mängel das System der reinen Mehrheitswahlen mit sich bringt, zeigen die Vertretungsverhältnisse in denjenigen Ländern, die dieses System haben. Daher empfehle sich die Verhältniswahl. Der Verfasser setzt ihre wichtigsten Systeme auseinander und erläutert ihre Praxis an der Hand der Ziffern von Wahlen, die auf Grund des Mehrheitssystems vorgenommen waren, sowie an einem in öffentlicher Versammlung veranstalteten Experiment. Die sehr gut geschriebene Broschüre ist zwar in erster Linie für ein österreichisches Publikum berechnet, welchem Umstand auch gewisse Wendungen über Interessen des österreichischen Staates zu gute gehalten werden müssen, fesselt aber durch ihren instruktiven Inhalt auch den Nicht-Oesterreicher.

Ursin, Dr. N. R. af. **Die Arbeiterfrage Finnlands.** Berlin 1904. Mayer und Müller. 70 S. gr. 8°.

Die deutsche Ausgabe einer Abhandlung, die zuerst 1902 in finnischer Sprache erschien und ein Jahr darauf auf Wunsch des Bundes schwedischer Arbeiter Finnlands ins Schwedische übertragen wurde. Der Verfasser, der ein tätiges Mitglied der finnländischen Arbeiterpartei ist und dazu beigetragen hat, dass diese jetzt ein ausgesprochen sozialdemokratisches Programm angenommen hat, schildert die wirtschaftlichen Verhältnisse Finnlands in Bezug auf Produktionsentwickelung und Klassengliederung, seine politische Verfassung sowie die Entwickelungsgeschichte seiner Arbeiterbewegung. Diese hat es im Angesicht der Tatsache, dass Finnland überwiegend agrarisch ist, schon zu ganz achtbarer Höhe gebracht und gebietet u. a. über ein in 8000 Exemplaren verbreitetes tägliches Blatt — Työmies — in finnischer Sprache, das in schwedischer Sprache veröffentlichte Tageblatt »Arbetaren«, das in 1500 Exemplaren erscheint, einige dreimal wöchentlich erscheinende Blätter und verschiedene Gewerkschaftsorgane. Im allgemeinen sind die Gewerkschaften noch schwach entwickelt; die Mehrzahl der überhaupt organisierten Arbeiter gehören allgemeinen Arbeitervereinen an, von denen die grössten sich der Arbeiterpartei angeschlossen haben. Diese umfasste 1902 40 Vereine mit 8000 Mitgliedern, seitdem ist die Zahl der ihr affiliierten Vereine auf über 60 gestiegen. Obwohl das Wahlsystem zur Landesvertretung Finnlands einen noch vorsündflutlichen Charakter trägt und die Arbeiterklasse ausschliesst, kann sich Finnlands Arbeitergesetzgebung in mancherlei Punkten mit der vorgeschrittener Länder messen, in andern macht sich indes die Rückwirkung dieser ständischen, die Arbeiter ausschliessenden Zusammensetzung der Volksvertretung sehr fortschrittshemmend bemerkbar, daher denn auch die Wahlreform im Vordergrund der Bestrebungen der Arbeiterpartei steht.

Das Buch enthält noch viele interessante Einzelheiten, auf die hier nicht eingegangen werden kann; es enthüllt ein vielen unerwartet kommendes Bild von den sozialen Verhältnissen eines Landes, das die Augen der zivilisierten Welt auf sich lenkt, von dem aber die meisten eben nicht viel mehr wissen, als dass es mit einem übermächtigen Despotentum einen Verzweiflungskampf um sein vertragsmässiges Selbstbestimmungsrecht kämpft. Um diesen Kampf zu verstehen, muss man aber auch wissen, welche Strebungen im Volke selbst vorhanden sind und wie seine Klassen zu einander stehen.

Vollmar, Georg von: **Lehren und Folgen der letzten Reichstagswahlen.** München 1903, G. Birk & Co. 27 S. 8°. Preis: 20 Pf.

Eine am 27. Juli 1903 in einer grossen Münchener Volksvertretung gehaltene Rede, die sich mit den Fragen der Taktik befasst, vor welche die Reichstagswahlen vom 16. Juni 1903 die deutsche Sozialdemokratie nach des Redners Ansicht gestellt haben. Der Redner sprach sich in dieser Auseinandersetzung u. a. auch zu gunsten der eventuellen Uebernahme der mit der Präsidialwürde verbundenen Repräsentationspflichten seitens der Sozialdemokratie aus, was zu den bekannten Auseinandersetzungen aut dem Dresdener Parteitage wesentlich beitrug.

2. In englischer Sprache.

Labour and Protection. A Series of Studies. Edited by H. W. Massingham. London 1903, T. Fisher Unwin. 323 S. 8°.

Eine Sammlung von Abhandlungen aus der Feder von Arbeitern und Kennern der Arbeiterverhältnisse über den Schutzzoll und das Arbeiterinteresse. Wie dem über englische Verhältnisse Unterrichteten schon die Namen des Herausgebers und der Verlagsfirma anzeigen, ist die Publikation eine entschieden freihändlerische. Mr. Massingham ist ein dem Sozialismus nahestehender radikaler Journalist, der als einflussreiches Mitglied des Stabes der »Daily News« einen unerbittlichen Kampf gegen den Chamberlainschen Imperialismus führt, der Verleger ist der Gatte einer Tochter Richard Cobdens. Die gesammelten Abhandlungen rühren von Leuten her, die sämtlich mit anerkannter Kompetenz schreiben. Den Reigen eröffnet der weithin bekannte Arbeiterabgeordnete John Burns mit einem Artikel über »Die politischen Gefahren des Schutzzolls«. Ihm folgt der als Oekonom sehr angesehene Sozialist J. A. Hobson, der in einem Aufsatz »Der Schutzzoll als Klassenpolitik der Arbeiter« in sehr sorgfältiger Untersuchung dartut, warum der Schutzzoll das nicht sein kann, was der Titel ausspricht. Der Veteran des englischen Genossenschaftswesens, Jacob Holyoake, schildert in einem Aufsatz »In den Tagen des Schutzzolls« die Lebensverhältnisse der englischen Arbeiter in der Zeit, wo England noch Schutzzölle hatte. »Des Arbeiters Speiseschrank« heisst ein Artikel des einen Londoner Arbeiterwahlkreis vertretenden radikalen Abgeordneten Thomas Lough; er zeigt die Bedeutung des Freihandels für die Nahrungsmittel der Arbeiterklasse. Rosalind Nash, eine vorzügliche Kennerin englischer Arbeiterverhältnisse, behandelt, mit Zugrundelegung der Statistiken der englischen Konsumgenossenschaften, das gleiche Thema unter dem Titel »Die Frau des Genossenschafters«. Und B. Seebohm Rowntree, dessen Untersuchungen über die Lage der ärmsten Volksklassen heute allgemein als klassisch gelten, weist in einem Aufsatz »Die Leute am Rande« nach, wie wichtig billige Lebensmittel für die noch nach Millionen zählende Bevölkerung sind, die jederzeit am Rande der Hungerleider steht. George N. Barnes, der Generalsekretär des grossen Verbandes der britischen Maschinenbauer, schildert in einem Artikel »Schutzzoll in den Stapelindustrien«, welche Gefahren der Schutzzoll gerade für die Hauptindustrien Englands in sich schliesse, und W. Harbutt Dawson, der Verfasser des Buches »Der deutsche Sozialismus und Ferdinand Lassalle«, zerstört in einem Aufsatz »Eine Anschauungslektion aus Deutschland« die von den Schutzzöllnern in England verbreitete Ansicht, dass der Schutzzoll Deutschland eitel Segen gebracht habe.

Das grösste Interesse für den Sozialisten nehmen hier die zwei Abhandlungen der Arbeiterführer Burns und Barnes in Anspruch. Obwohl beide Männer erklärte Sozialisten sind, gelten sie doch nicht gerade als Leute, die sich von abstrakten Doktrinen leiten lassen, sondern verdanken ihren Ruf gerade ihrem starken Sinn für das rein Praktische. Wie der Schutzzoll von diesen typischen Führern von Industriearbeitern werde beurteilt werden, konnte daher manchem als etwas zweifelhaft erscheinen. Um

so bemerkenswerter, dass beide den Schutzzoll prinzipiell schroff abweisen. Barnes mehr vom Spezialgesichtspunkt des Gewerkschaftsführers aus, Burns als Vertreter der grossen politischen Interessen der Arbeiterklasse. »Der Schutzzoll,« schliesst des letzteren Artikel, »untergräbt das Billigkeitsgefühl der Industriehäuptlinge, er verhärtet die Herzen und verengt den Blick der kommerziellen Welt und ordnet die Gesetzgebung kapitalistischen Zwecken unter, die — wie Mr. Roosevelt jüngst erklärt hat — mit »fuchsartiger Schlauheit« verfolgt werden. Er vermehrt die Schwierigkeiten des sozialen Reformers, denn er wirft die Begünstigungen, die den einen gewährt und den anderen verweigert werden, quer über die Strasse des Fortschritts. Er tammanisiert das Gewerbe und lenkt die Energie und Fähigkeit, die dem Geschäft gewidmet werden sollten, auf politisches Ränkespiel ab. Gegen diese Politik haben sich die Vertreter der Arbeitersache, die Genossenschaften und die Gewerkschaften, mit allen liberalen und den besten konservativen Staatsmännern geeinigt. Das Ergebnis dieser Koalition wird die Besiegung der Bewegung für die Wiederbelebung des Schutzzolls sein. Man kann sich darauf verlassen, dass das gemeine Volk die Prinzipien des Freihandels nicht aufgeben wird, unter dem sein öffentliches Leben, von dem es so viel zu erwarten hat, reiner geworden und sein Los im grossen und ganzen wesentlich verbessert worden ist.«

Ebenso schliesst Barnes seine höchst interessanten statistischen Ausführungen nach Aufzählung notwendiger Wirtschaftsreformen mit den Sätzen: »Inzwischen kann, ausser für agrarische Grundherren, nichts durch eine Rückkehr zu altweltlichen Handelsbeschränkungen gewonnen werden. Solche Beschränkungen möchten in der Tat unendlichen Schaden anrichten, nicht nur oder hauptsächlich in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung. Sie würden unsere besten Kunden gegen uns aufhetzen, und wahrscheinlich selbst die Kolonien einem Rassenhass und internationaler Missgunst aussetzen, von denen sie heute glücklicherweise frei sind. — Ich hoffe daher, dass die Arbeiter das Mass von schon erlangter Handelsfreiheit verteidigen und lieber für die breitere Verteilung ihrer Vorteile, als für ihre Beschränkung durch die inkonsequenten zollpolitischen Liebhabereien Mr. Chamberlains kämpfen werden.«

Lee, H. W. (Secretary of the Social-Democratic Federation): **Social-Democracy and the Zollverein.** London 1903, The Twentieth Century Press. 15 S. 8°. Preis: 1 Penny.

Der Verfasser dieser Schrift, eines der ältesten und verdientesten Mitglieder des englischen sozialdemokratischen Bundes, kritisiert in ihr recht scharf den Chamberlainschen Plan der Herstellung eines Zollbundes zwischen England und seinen sich selbst regierenden Kolonien, wendet sich aber mit fast noch grösserer Schärfe gegen den kapitalistischen Freihandel. Insofern darunter die kapitalistischen Parteien und Verbände zu verstehen sind, die in England für den Freihandel eintreten, ist das mindestens begreiflich und könnte jedenfalls hinsichtlich seiner Zweckmässigkeit nur bei genauer Kenntnis der derzeitigen englischen Parteiverhältnisse kritisch beurteilt werden. Aber der Verfasser trennt, vom Hinweis auf die sozialistische Zukunft abgesehen, nirgends die Sache des Freihandels vom kapitalistischen Freihandel, so dass der Gesamteindruck der Broschüre ein dem Freihandel in der Gegenwart so ungünstiger ist, dass der Leser aus der Arbeiterklasse, der nicht an das unmittelbare Eintreten des sozialistischen Zukunftsstaates glaubt, auf Grund der Broschüre doch leicht dazu kommen kann, es einmal mit dem Chamberlainschen Plan versuchen zu wollen. Sofern der Verfasser das nicht selbst als das kleinere Uebel betrachtet, würde das sonst recht geschickt geschriebene Schriftchen hier einen schwachen Punkt aufweisen.

Macdonald, J. Ramsay. Member of the London County Council, Labour Candidate for Leicester. **The Zollverein and British Industry.** London 1904, Grant Richards. 165 S. 8°. Preis: 1 Shilling.

Im Gegensatz zu der Lee'schen Broschüre ist die vorliegende Schrift, deren Verfasser ein führendes Mitglied der sozialistischen unabhängigen Arbeiterpartei und Sekretär des, die grossen englischen Gewerkschaften um-

fassenden Arbeitervertretungsbundes ist, auch für die Gegenwart ausgesprochen freihändlerisch. Der Verfasser kritisiert zwar ebenfalls die bürgerlichen Freihandelsparteien, richtet aber das Schwergewicht seiner Angriffe gegen den Chamberlainschen Zollbundsplan. Die Schrift zeugt von viel ökonomischem Wissen und ist mit bemerkenswertem literarischen Talent geschrieben. Schon das Vorwort, das mit einer Charakteristik Chamberlains beginnt, zeigt eine ungewöhnlich starke Feder: keine der landläufigen Schimpfereien auf den Menschen, aber eine ätzende Kritik des Politikers, die in dem Satz zusammenläuft: »Er ist ein Führer von Massen, aber kein Staatsmann«. Die Stellung der Unabhängigen Arbeiterpartei zur Zollfrage kennzeichnet Verf. wie folgt: »Die Unabhängige Arbeiterpartei betrachtet den Freihandel lediglich als einen ersten Schritt auf der langen Bahn einer grundsätzlichen sozialen Umgestaltung, welche die Gesellschaftorganisation in der Entwickelung vom Feudalismus zum Sozialismus zu durchlaufen hat.« Ethisch betrachtet, habe es, seit der Bau des Feudalismus bis zum Zusammenbruch zerbröckelte, überhaupt keine Gesellschaft gegeben. »Es hat Gesellschaftsbildungen, Wohltätigkeitsveranstaltungen, Interessenverbände gegeben; aber die industrielle Gesellschaft hat sich noch nicht, wie die Kirche oder der Hof, um einen bindenden Mittelpunkt organisiert, noch hat sie sich zu einer, aus einer Reihe harmonischer Teile zusammengesetzten organischen Einheit gegliedert.« Dem Industrialismus, der erst in seiner Kindheit sei, die einheitbildende Idee zu liefern, wie einst der Militarismus eine solche hatte, sei die Aufgabe des Sozialismus. Es braucht kaum hinzugefügt zu werden, dass hier der Industrialismus im Sinne Spencers zu verstehen ist, d. h. als Gegensatz zum Militarismus. Das Thema selbst behandelt der Verfasser in folgenden Kapiteln: 1. Unsere Ausfuhr und ihre Verteilung. 2. Unser heimischer Markt und der Handelsverkehr der Kolonien. 3. Der Zollverein und die Lohnempfänger. 4. Der Zollverein und das Reich. 5. Der Zollverein heisst Schutzzoll. 6. Die auf den Freihandel folgende Entwickelungsstufe. — Wie schon aus dem Inhaltsverzeichnis ersichtlich, behandelt der Verfasser das Thema sowohl unter dem Gesichtspunkt der rein geschäftsmässigen Oekonomie, als unter den weiteren sozialen Gesichtspunkten. Beide führen ihn zur Verurteilung des Zollvereinsplans. Er verwirft nicht jede Form der engeren Verbindung der Kolonien mit dem Mutterlande, aber für einen Zollverein gingen die Lebensinteressen zu weit auseinander, England dürfe nicht zum Schutzzoll zurückgehen. »Wir geben zu, dass neue Verhältnisse erstanden sind,« schliesst der entscheidende fünfte Abschnitt, »die drängende Probleme für den britischen Staatsmann, Arbeiter und Fabrikanten in sich tragen. Aber die vorhergehenden Kapitel haben gezeigt, dass weder der altmodische, ehrliche Schutzzoll, noch der neuentdeckte, herausfordernde Zollverein diese Probleme irgendwie trifft, abgesehen davon, dass ein Wechsel unserer Zollpolitik indirekt die Tendenz haben würde, den Pessimismus, den Konservatismus und die Lasten zu verewigen, die heute das Verderben der britischen Industrien sind.« (S. 136.)

Das Buch Macdonalds ist, wie eine Vornotiz bemerkt, mit allgemeiner Zustimmung und auf Beschluss des Vorstandes der Unabhängigen Arbeiterpartei als offizielle Kundgebung über den Zollverein und den Freihandel vom Standpunkt der Arbeitersache und des Sozialismus aus veröffentlicht worden. Das gibt ihm natürlich eine erhöhte Bedeutung. Aber auch ohne dies würde die Schrift aus den entwickelten Gründen Anspruch auf besondere Beachtung haben.

3. In italienischer Sprache.

Rafanelli, Leda: **Alle Madri Italiane.** Biblioteca Educativa Sociale, Libreria Editrice G. Nerbini, Firenze 1901, 15 S.

Diese kleine Schrift der bekannten italienischen Vorkämpferin ist für Agitationszwecke bestimmt. Diesem Zweck entspricht auch sowohl der Preis von 2 centesimi (noch nicht 2 Pfennig), als auch der einfache, allgemeinverständliche Ton, in dem sie geschrieben. Die Verf. hebt vor allen Dingen in diesen ihren »Worten an die Mütter« das ethische Moment des Sozialismus hervor, dessen Mission der Liebe sie in ein klares Licht setzt.

Auch auf die persönliche Integrität der erdrückenden Mehrzahl aller sozialistischen Führer macht sie aufmerksam. Dagegen warnt sie die Frauen, dem Wissen zu viel Glauben zu schenken, welches ihren Kindern in der Schule beigebracht wird und das in der Tat nicht viel mehr sei, als die Ausgeburt eines waffenklirrenden Chauvinismus und einer ganz falschen christlichen Demut.

In dem zweiten Teil ihrer Broschüre wendet sich die Verf. gegen den verderblichen Einfluss der Religion auf das soziale Leben, gegen den ungeheuren wirtschaftlich unhaltbaren Luxus in den Kirchen, sowie gegen das falsch verstandene Christentum der Priester.

Die in sehr warmem Tone gehaltene Skizze schliesst mit der Aufforderung an die Frauen Italiens, bei Beibehaltung aller möglichen inneren Religiösität die Ziele des Menschentums auf Erden nicht zu vergessen.

Dr. *Robert Michels.*

Sergi, Giuseppe: **La Decadenza delle nazioni Latine.** Torino, Fratelli Bocca. 342 S.

Der berühmte Soziologe Giuseppe Sergi, der vielbewunderte Professor der Römer Universität, hat in diesem Buche einen sehr unerwarteten Schritt getan, indem er, der stille Gelehrte, der sich bisher grundsätzlich aller Politik ferngehalten hatte, sich in ihm plötzlich als ein heissspomiger Weltverbesserer und leidenschaftlicher Prophet entpuppt hat. Sergi glaubt, im Leben der romanischen Völker alle Zeichen der Dekadenz zu erblicken. Aber alle die Symptome, er anführt: Institution und Präpotenz von Kirche, Heer, Monarchie, und das hohe Ansehen der Beamtenlaufbahn — kann man ebensowohl in den sogenannten germanischen Ländern finden. Sie sind keineswegs, wie Verf. meint, den Romanen allein eigentümlich, denn sie sind überhaupt die Kennzeichen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es ist jedoch ein sehr erfreuliches Zeichen, dass ein Nichtpolitiker wie Sergi auftritt, welcher in seiner Betrachtungsweise den sittlichen und politischen Verfall denselben Faktoren — oder wenigstens einem Teil derselben — zuschiebt, welche auch von der, ihm fremden, sozialistischen Weltanschauung als solche angesehen werden. »Die Volksmassen,« sagt Sergi, »erscheinen in jenen Monarchien (den absolutistischen) entweder als Arbeitstiere oder als Soldaten, welche sich ohne jegliche Ideale töten lassen müssen, nur um die Monarchie grösser zu machen, ein Ding, das ihnen aber keineswegs jemals zu Gute kam« (p. 8). Und weiterhin drückt Sergi in einem Kapitel, welches er sehr bezeichnender Weise »L'Utopia« überschrieben hat, sein Urteil über die dynastische Staatsform in folgenden Worten aus: »Die Monarchie ist eine veraltete und dekadente Staatsform und als solcher wohnen ihr, ohne dass sie irgend eine gute Eigenschaft besitzt, alle nur erdenklichen Fehler inne« (p. 292). Logisch schliesst sich Sergis wissenschaftliche Definition der Armee daran. Er sagt: »Das Heer ist der natürliche Verteidiger der Königswirtschaft, des Kaisers und des Reiches, welchem man heute, ich weiss nicht, ob etwa nur ironisch, auch das Wort »Vaterland« hinzugefügt hat« (p .292). Sergi ist ein Ethiker, als solcher bezeichnet er sein Ziel als: »Untertauchen der brutalen Macht und Auftauchen der intellektuellen Gewalten«.

Am Ende seiner soziologischen Studie bemerkt Sergi, man würde ihm wohl entgegnen, auch wenn alle seine Reformen durchgeführt sein möchten, bliebe die grosse soziale Frage immer noch in gleicher Weise bestehen. Er erklärt, über diesen Punkt nicht reden zu wollen, schliesst aber eine kurze Betrachtung über den Sozialismus an, den er als »Licht«, als »Führer« anerkennt und dem er seine vollste Bewunderung ausspricht, dessen Grundwesen er aber dennoch für mit vielen Utopismen durchsetzt hält. Ohne den Sozialismus jedoch wäre kein Fortschritt im sozialen Leben denkbar, den die Leidenden und mit ihnen die sozial Empfindenden (gli uomini ardenti di simpatia sociale) heiss erhoffen.« Hiermit schliesst Sergi seine sozialethische Betrachtung ab.

Sergi ist in diesem Buche zwar nicht als Sozialdemokrat aufgetreten, aber er hat Reformen im demokratischen Sinne und von solcher Tragweite vorgeschlagen, dass ein Streben, sowie die Anregung, die er gegeben, auch von sozialistischer Seite meines Erachtens nicht hoch genug angeschlagen werden kann.

Dr. *Robert Michels.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Eine exclusiv proletarische Bewegung in Italien im Jahre 1883.

Ein Blatt aus der italienischen Parteigeschichte.

Die erste Hälfte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bildeten für die sozialistische Partei Italiens — soweit man damals auf die vielen vereinzelten und unter einander uneinigen Gruppen überhaupt die Bezeichnung »Partei« anwenden darf — die Jahre der Kindheit. Der sozialistische Gedanke wuchs und entwickelte sich an Intensität und reifte allmählich »von der Utopie zur Wissenschaft«. Seine Anhänger gewannen täglich mehr Boden unter den Füssen. Andererseits aber fallen in diese Zeit auch die in einer jungen Partei ebenso wie in einer jungen Psyche unausbleiblichen Kinderkrankheiten. Hierzu möchte ich vor allen Dingen den damals immer noch schier unausrottbaren Köhlerglauben vieler von Bakunin beeinflussten Sozialisten, darunter zumal die Anhänger der in Italien bekanntlich ein langes »Leben nach dem Tode« fristenden Internationale, die Revolutionierung der Gesellschaft könne nur mittels eines Putsches geschehen*), sowie die unreifen Anschauungen des Proletariats selber über die Notwendigkeit der Zurückweisung aller als Bürgerliche Geborenen vom proletarischen Befreiungskampf rechnen.

Das Jahr 1882 sah in Italien eine grosse neue Parteibildung. Neben den beiden Verzweigungen der alten Internationale, den sogenannten revolutionären Sozialisten und den sich antiparlamentarisch intransigent verhaltenden Anhängern des anarchistischen Sozialismus der durch die Namen Casiero, Malatesta, Merlino, Cipriani gekennzeichneten Richtung gründeten Mailänder Arbeiter eine neue Partei, den Partito Operajo. An ihrer Spitze stand eine Reihe von Proletariern, unter denen als die beiden bekanntesten der Handschuhmacher Giuseppe Croce und der Handlungsreisende Costantino Lazzari**), welche beide heute noch leben, zu nennen sind. Sie gaben sich als reine Arbeiterpartei, nahmen keine Gebildeten in ihre Reihen auf und begannen im Wahlkampf auf eigene Faust aufzutreten. In Mailand stellten sie dem sozialistischen Kandidaten Dr. Osvaldo Gnocchi Viani gegenüber ihren eigenen, den Buchstabengiesser Antonio Maffi, auf. Die Mailänder Bourgeoisie und die Zentralregierung, welche die »Socialisti« als Anhänger der alten Internationale über alles hassten und fürchteten, selbst wenn sie, wie in Mailand, sich einen so liebenswürdigen und milden Mann, wie Gnocchi Viani, zum Vertreter gewählt hatten, unterstützten den Partito Operajo auf das nachdrücklichste, weil sie von ihm nicht nur eine völlige Zerstörung der Reste der Internationale erwarteten, sondern auch, weil jeder auch die Neubildung gegen

*) S. hierüber den kürzlich erschienenen Aufsatz des alten bekannten italienischen Internationalen Carlo Monticelli: »Ventidue Anni dopo« in der neuen Wochenschrift: »Avanti della Domenica« I, 1 (1. 1. 1903).

**) Lazzari ist heute 2. Redakteur der von Gen. Prof. Arturo Labriola geleiteten, auf dem linken Flügel der Partei stehenden Mailänder Wochenschrift: L'Avanguardia Socialista.

den anderen auszuspielen gedachte. So kam es, dass Antonio Maffi tatsächlich in die Deputiertenkammer gewählt wurde. Da er aber dort bald in das Lager der republikanischen Demokratie überging und im Schosse der jungen Arbeiterpartei selbst Zwistigkeiten ausbrachen, so dass die meisten Sektionen sich auflösten, schien die proletarische Neuschöpfung nach dem kurzen und nicht einmal sehr erhebenden Siege über die ältere Bruderpartei ziemlich ruhmlos wieder in ihr Nichts zurückgehen zu sollen. Aber nur scheinbar. Der bei den Wahlen 1882 gestreute Samen ging dennoch auf.*)

Im Jahre 1883 bildete sich aus den alten Beständen des Partito Operajo ein neuer, auch diesmal wieder rein proletarischer Verein: die *Lega dei Figli del Lavoro* (Bund der Söhne der Arbeit), und am 25. Juli des Jahres erschien die erste Nummer einer neuen Zeitung, die den Namen *Fascio Operajo, voce dei Figli del Lavoro* (Arbeiterbund, Stimme der Söhne der Arbeit) erhielt und von Costantino Lazzari geleitet wurde. Sie trug als Motto den Satz von Bénoît Malon: »Wenn sie nicht selbst an sich denken, werden die italienischen Arbeiter nie befreit werden.« Das Wichtigste, was die erste Nummer der Zeitung brachte, war aber ihr *Programm*, welches wir seiner grossen Bedeutung für die italienische Parteigeschichte halber hier integral wiedergeben möchten:

Was wir sind und was wir wollen**).

Wir sind Arbeiter im engsten Sinne des Wortes, das heisst: Handarbeiter.

Wir sind die Söhne jener ungezählten Massen, welche nur dann überhaupt leben können, wenn sie unaufhörlich, unausgesetzt in alle Ewigkeit produzieren.

Wir sind die Söhne jener Klasse, welche arbeitet und leidet, ohne angemessene Entschädigung und gerechten Lohn dafür zu empfangen, welche dagegen überall und immer verleumdet und verlacht wird, und zwar, weil sie immer und überall unwissend ist und unterdrückt wird.

Die Kunst unserer Arbeit dient fast vollständig dazu, die Reichtümer der Kapitalisten beständig zu vermehren, welche in ihrem unmoralischen Monopol, das sie mit den Geschenken der Natur und den Ergebnissen der Wissenschaft treiben, uns dafür so viel danken, dass w i r, also die wahrhaften Schöpfer der Arbeit, teils wegen der ungezügelten Konkurrenz der Betriebe, teils wegen Krankheit, teils wegen einfacher persönlicher Dinge (?) oder einer anderen der vielen vorhandenen Ursachen, in so schlechte Lebensbedingungen versetzt sind, dass wir nicht imstande sind, den entsetzlichen Drängnissen des jammervollsten Elends zu entgehen.

Und was geschieht dann?

Dann zehren unsere physischen Leiden alle unsere intellektuellen Fähigkeiten auf und drücken die heiligsten und moralischen Gefühle in uns nieder; dann treibt uns der Hunger, der alle Ueberlegung betäubt, in toller Wut den dreifachen Abhang herunter zum Hospital, zum Gefängnis und zum Selbstmord.

---

*) Näheres bei Alfredo Angiolini: »Cinquan'« Anni di Socialismo in Italia«, Firenze 1900, p. 123 und p. 147, sowie ein Aufsatz desselben Verf.: »Quattro Antichi Giornalis Socialisti« im Quo Vadis? II, 39.

**) Nach einem als Illustration abgedruckten Facsimile der Nummer des »Fascio Operajo« in der Florentiner von Prof. Alfredo Angiolini geleiteten Wochenschrift: Quo Vadis. II, p. 39.

Das Bewusstsein unserer elenden Lage und die Furcht, es möge uns eines Tages an Brot für unsere Kinder fehlen, sowie die drückende Last unserer täglichen Ueberarbeit hat uns in einen Verein zusammengeschlossen, um mittelst einer Zusammenfassung aller Arbeiterkräfte unsere Rechte zu verteidigen und jene Besserungen zu erreichen, auf welche wir als Arbeiter, als Staatsbürger und als Menschen ein Recht haben.

Die harte Schule der Vergangenheit hat uns nur zu sehr davon überzeugen müssen, dass uns feindliche egoistische Interessen im Lager des arbeitenden Volkes stets zu Teilungen, Bruderkämpfen und Uneinigkeit entfacht haben, und heute müssen wir uns endlich darüber klar sein, dass die Berufspolitiker (politicanti), welche Farbe sie auch immer haben mögen, und die sehr genau wissen, welche Macht wir bedeuten, sobald wir nur einig sind, nie etwas anderes mit uns im Sinn gehabt haben, als die Arbeiterkräfte in unnützen Scharmützeln, mit schädlichen Aeusserlichkeiten und für ungewisse Ideale zu zersplittern und zu paralysieren, um uns schliesslich doch mehr oder weniger in unserer Stellung als Sklaven der ewig Privilegierten zu belassen.

Wir sind der Ansicht, dass die Arbeiter sich selbst helfen *müssen* und sich auch helfen *können* und dass sie niemanden anders dazu brauchen, ihre Interessen zu stützen und zu wahren, indem sie jenes grosse und wahre Wort in die Wirklichkeit übertragen, das da lautet: *Die Emanzipation der Arbeiterklasse wird nur durch die Arbeiter selbst vollbracht werden können.**)

Jedes Blatt der Geschichte lehrt uns, dass dasjenige anderen anzuvertrauen, welches nur von uns selbst vollbracht werden kann, nichts anderes bedeutet als einen Verzicht auf jede Besserung unserer Lage, ein Verkennen der eigenen Bedürfnisse, ja, einen unfreiwilligen Pakt mit dem Elend und der allgemeinen Vertierung.

Der »Fascio Operajo«, der von den Söhnen der Arbeit selbst ins Leben gerufen ist, wird den Grundprinzipien der modernen Wirtschaftslehre folgen und mit all seinen Kräften den Grundsatz der Organisation und der Verteidigung der Arbeit unterstützen.

Er wird ausserdem für die völlige Gleichstellung der Frau, ohne welche weder wahre Bildung, noch wahre Gleichheit möglich ist, fernerhin für wirtschaftliche und intellektuelle Hebung unserer Brüder, der Bauern, für Abschaffung der stehenden Heere, für eine Hygiene der Arbeit u. s. w. kämpfen — kurz, er wird sich mit allen den Fragen beschäftigen, welche von humanitärem, pädagogischem oder wirtschaftlichem Standpunkt aus der Arbeiterklasse Vorteil bringen können.

Diese glühenden Hoffnungen, diese ungestillten Bedürfnisse sind die Verbindungsringe für die Arbeiter aller Parteien.

Das Interesse, welches wir haben, uns gegenseitig im ökonomischen Kampfe zu unterstützen, ist die wahrhafteste und festeste Basis, auf welcher sich alle persönlichen Interessen miteinander verbinden und ineinander verschmelzen (si fondono e si collegano). Wir können vielleicht in rein politischer Hinsicht voneinander persönlich divergieren, aber unsere schlechte wirtschaftliche Lage bleibt bestehen und wird noch so lange bestehen bleiben, bis die Ursachen derselben nicht aus der Welt geschafft worden sind.

*) Wie man sieht, die fast wörtliche Uebersetzung des ersten Absatzes aus den auf dem Genfer Kongress 1866 sanktionierten Generalstatuten der Internationale.

Heute ist im proletarischen Italien eine dumpfe, unaufhörliche und progressive, nur in kurzen Zwischenräumen von häufigen Arbeiterausständen oder Volksversammlungen unterbrochene Arbeit üblich. Jene Unterbrechungen sind Lichtstrahlen vergleichbar, die zwar stes alsbald wieder verlöschen, welche aber doch dem ganzen Heer der Arbeitenden wenigstens einige Schritte Weges zeigen.

Aus den Bewegungen, welche sich am Horizonte des Arbeiters bemerkbar machen, geht aber klar die tiefgefühlte Notwendigkeit hervor, die einzelnen Kräfte der Arbeiter zu einem »italienischen Arbeiterbund« zu vereinigen, welcher folgende höchsten Ziele haben müsste: *Vollständige Befreiung des Arbeiters von der Bedrückung des Kapitals und die allgemeine Verbrüderung zwischen allen Arbeitern der Welt.*

Einigkeit macht stark!

Diese ebenso einfache wie grosse Wahrheit gibt starken Arbeitervereinigungen anderer Länder Kraft und Ausdehnung, wir Italiener aber, welche in den Kampf für die *Verteidigung der Arbeit* zuletzt eintreten, wir wollen uns treu nach den Ratschlägen derer richten, welche unsere Vorgänger sind. Deren Weg lasst auch uns kühn betreten!

Allen unausführbaren Ideen der Parteidogmenwirtschaft (chiesuole di partito, eigentlich: kleine Parteikirchen), *sowie ebenso allen unvernünftigen Mitteln, welche nur dazu dienen, die Befreiung der Arbeiter hinauszuschieben, ablehnend gegenüberstehend, werden wir auf dem praktischen und breiten Wege vorwärtsmarschieren, welchen uns der gesunde Menschenverstand, das Studium, die Erfahrung und die Ratschläge der Arbeitsgenossen zeigen werden.*

Genossen! Arbeiter! Der »Fascio Operajo« wird überall der Bannerträger und Verteidiger unserer Rechte sein; unterstützt ihr nun mit euren Kräften diese Stimme, welche sich erhebt, diese Schildwache der Arbeit, welche fortschreitet, und helfet uns!

Die Redaktion.

Schon äusserlich ist dieser, von mir mit Bedacht möglichst wörtlich übersetzte Aufsatz proletarisch gekennzeichnet. Neben einer bedauerlichen Unklarheit der Gedanken legt er auch Zeugnis von einer sprachlichen Halbbildung ab, die sich in einer wahrhaft erschreckenden Fülle von stilistischen Comicitäten und logischen Lapsus verrät. Um beim letzten Absatz des Aufrufs zu verbleiben, wer hat je eine Stimme »sich erheben«, eine »Schildwache« der Arbeit »fortschreiten« sehen?

Dass der »Fascio Operajo« auf dem Standpunkt stand, die Arbeiterbewegung dürfe nur von Handarbeitern getragen werden, und dass sie deshalb jeden Kopfarbeiter, jeden bürgerlichen Ueberläufer von vornherein ausschloss, haben wir bereits erwähnt. Die Ansicht hatte einen doppelten Ursprung. Einmal beruhte sie auf einem, ich möchte sagen, theoretischen Missverständnis der Marxschen Worte von der Selbstbefreiung des Proletariats. Die Mitglieder des »Fascio Operajo« erkannten nicht, dass jener Ausspruch nur bedeuten sollte, dass alle Befreiung des vierten Standes nicht das Werk eines Deus ex machina oder gar eines Rex ex machina sein könne, sondern dass dazu das Proletariat sich selbst in Bewegung setzen und seine Rechte selber geltend machen müsse, dass mit diesen Worten aber nichts weniger gesagt werden sollte, als dass einzelne Ex-Bourgeois n i c h t in die Reihen des kämpfenden Proletariats mit aufgenommen und willkommen geheissen werden dürften. Dieses Missverständnis ist um so sonderbarer, als der »Fascio Operajo« — und hiermit kommen wir auf den zweiten, *empirischen* Grund seiner proletarischen Exklusivität — gerade durch seine Gegnerschaft gegen den

engsten Anhängerkreis des Mannes, nach dessen Worten er sich so blindlings in seinem Programm richtete, nämlich die Männer der Internationale, zu denen der Fascio im schärfsten Gegensatz stand, zu seiner Einseitigkeit bewogen wurde. Was den Arbeitern des »Fascio Operajo« an der Internationale missfiel, das war zumal die unglückliche Putschtaktik, die sie damals noch in Italien betrieb. Nun aber waren die Leiter derselben, Enrico Bignami, Andrea Costa, Anna Kulischoff, Carlo Monticelli, Tito Zanardelli u. s. w., mit verschwindenden Ausnahmen sämtlich Intellektuelle bürgerlichen Herkommens, Professoren, Publizisten, Advokaten. Die Zufallserscheinung, dass diese Männer mit ihrer Kampfesweise nichts erreichten, verknüpften die Handarbeiter des »Fascio Operajo« nun logisch — oder unlogisch? — mit der ebenso zufälligen Begleiterscheinung, dass sie ursprünglich den Besitzenden angehörten. Auf diese Weise entstand die Legende von der Schädlichkeit bürgerlicher Elemente in einer proletarischen Kampfpartei. Freilich trat hier noch ein anderes Moment hinzu, welches die Arbeiterpartei zu so einer scharfen Stellungnahme gegen alle »bürgerliche Hilfe« veranlasste. In Mailand existierte damals ein sogenanntes Consolato Operajo, welches der Proletariersache durch wirtschaftliche, zumal aber politische Organisation der Massen dienen sollte. Dieses Consolato Operajo aber, gestützt durch die berühmte demokratische Zeitung »Il Secolo«, befand sich völlig in den Händen bürgerlicher Arbeiterfreunde, welche unter Führung des begabten Carlo Romussi, ich möchte nicht sagen die Arbeiterschaft für ihre persönlichen Zwecke ausnutzten, aber sie doch wenigstens für einen allgemeinen, alle gegebenen Klassenunterschiede verwischenden Volksparteiendusel zu gewinnen suchten. Was war natürlicher, als dass die »authentischen Proletarier« durch das Gebaren der Romussianer in ihrer Verbitterung gegen alles »Bürgerliche« verstärkt wurden und, alle Bürgerlichen, Sozialisten wie Arbeiterfreunde, in einen Topf werfend, in ihrem Programm sie als »Egoisten« stigmatisierten und verächtlich »Berufspolitiker« schimpften!

Wie wir dem in der Geschichte der arbeitenden Klassen, zumal derjenigen der anglosächsischen Länder, des öfteren begegnen, so stand diese exklusive Proletarierpartei des »Fascio Operajo« nicht einmal vollständig auf sozialistischem Boden. Schon die Aeusserlichkeit muss Befremden erregen, dass das Programm trotz alles seines Marxismus und Malonismus den Namen des Sozialismus auch nicht ein einziges Mal ausspricht. Auch von einem kollektivistischen Endziel ist in ihm nicht die Rede. Ja, wir hören sogar von den »unausführbaren Ideen einer Parteidogmenwirtschaft« reden. So bietet es ein seltenes Gemisch von auf die Spitze getriebenem Klassenbewusstsein, das zu einer missverstandenen und einseitigen Klassenkampftheorie führen musste, einerseits und den vagen Idealen einer sich in ziemlich engen Grenzen haltenden Sozialreform andererseits. Proletarische Sozialreformer, das ist m. E. die richtigste Bezeichnung für die Anhänger der »Fascio Operajo«. Das Wort entspricht auch am besten dem weitgehenden Opportunismus, den sie zur Schau trugen. Sie wollten durchaus Praktiker, Empiriker sein und verachteten deshalb weit über Gebühr die revolutionäre Phrase der internationalen »Sozialisten«. So folgt in der Geschichte auf die Flut stets die Ebbe, auf das vielfach zu »unpraktischem« Handeln verleitende Theoretisieren stets das vielfach in den Kleinlichkeiten des »praktischen« Lebens versinkende Praktizieren. Ihrer Ueberschätzung der Praxis entsprach auch die Ueberschätzung der Genossenschaften, sowie der geringe Wert, den sie auf eine »politische Anschauung« der Genossen legten.

Bemerkenswert ist in dem Programm des »Fascio Operajo« noch besonders ein Punkt: seine Stellung zur Frauenfrage. In durchaus moder-

nem Sinne nahm er an, dass diese nur durch eine vollständige Gleichheit der Frau gelöst zu werden vermöchte, ein um so bemerkenswerteres Eintreten für die Frauenwelt, als, wie ich bereits an anderer Stelle eingehender ausgeführt habe*), dieses meines Wissens das erstemal war, wo ein italienisches Arbeiterprogramm die Postulate der Frauenbefreiung generell anerkannte. Es folgte in diesem Punkte bekanntlich binnen wenigen Jahren ein Rückschlag, und es bedurfte erst des Hervortretens der Anna Kulischoff und der Anna Maria Mozzoni, sowie der starken Fortschritte auf dem Gebiete der Frauenorganisation in den Gewerkschaften, um die den Frauen bereits im »Fascio Operajo« gegebenen Rechte in der Partei zurückzuerobern. In diesem Punkte war das Programm des Fascio also, wie wir gesehen haben, durchaus auf der Höhe sozialistischer Postulate.

Trotz seiner vielen Fehler und Verstösse in Theorie und Praxis, auf die wir hier hingewiesen haben, hat der »Fascio Operajo« als Organ des Partito Operajo für die italienische Parteigeschichte eine höchst bedeutsame und auch heilsame Rolle gespielt, bis sich die Handarbeiter des Partito Operajo mit den Kopfarbeitern der Socialisti zu einer allesumschliessenden sozialistischen Partei vereinen sollten (1891).

Dr. Robert Michels.

Aus einer Enquête über die politischen Differenzen des heutigen Sozialismus.

(Veranstaltet von der Zeitschrift **La Revue** und mit Kommentaren versehen von Professor Georges Renard.)

Autorisierte Uebersetzung von U. Fricke.

Vornotiz. Vor nahezu zwei Jahren veranstaltete die Pariser Zeitschrift *La Revue* eine Umfrage bei bekannten Sozialisten in allen Ländern, die sich auf die Streitfragen bezog. welche seit längerer Zeit allerorts die sozialistischen Parteien spalteten oder zu spalten drohten. Sie geschah in Form von drei Fragen, die 20 Personen unterbreitet wurden, und zwar gehörten von den Angefragten 5 Frankreich, 4 Deutschland, 3 Italien, je 2 Grossbritannien und den Vereinigten Staaten, und je einer Belgien, den Niederlanden, Oesterreich und der Schweiz an. Nur zehn der Angefragten sandten Antworten ein: *Aristide Briand* und *Ed. Vaillant* (Frankreich), *H. M. Hyndman* und *Sidney Webb* (England), *Napoleone Calajanni* und *Enrico Ferri* (Italien), *Emile Vandervelde* (Belgien), *F. Domela Nieuwenhuis* (Holland), *Jean Sigg* (Schweiz) und *Eugen V. Debs* (Vereinigte Staaten). Die Antworten sind in der Revue vom 15. März 1903 von Professor *Georges Renard*, der, selbst Sozialist, offenbar auch die Fragen formuliert hatte, veröffentlicht und kommentiert worden. Wir entnehmen der Veröffentlichung die folgenden Stücke. Red. d. Dok.

* * *

I. Frage.

Anerkennen Sie als ökonomisches Ziel des Sozialismus die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine Gesellschaftsordnung, in der es neben dem kollektivistisch gewordenen Eigentum an Betriebsmitteln nur noch individuelles Eigentum an Gegenständen persönlichen Gebrauchs gibt?«

*) »Die Entwickelung der Frauenstimmrechtfrage in den einzelnen sozialistischen Gruppen Italiens bis 1891« in die »Gleichheit« XIII, 2.

Zwei Worte der Erklärung, um die Bedeutung der Frage genügend zu erklären. Wir haben unsere Korrespondenten nicht gebeten, uns alles darzulegen, was der Sozialismus in seinen Zukunftszielen umfassen soll und kann, sondern nur das zu kennzeichnen, worin ihrer Meinung nach dessen ökonomisches Ziel besteht. Nicht als ob wir die soziale Frage auf ein rein ökonomisehes Problem beschränken wollten; wir verkennen durchaus nicht ihre moralische und sogar künstlerische Seite. Wenn also Sidney Webb uns folgendes schreibt:

»Das Ziel der englischen sozialistischen Reformer, wie aller Jener, die die Soziologie zum Gegenstand ernsthaften Studiums gemacht haben, ist, den menschlichen Charakter zu entwickeln und zu bessern, und das Leben harmonischer, intensiver, unserer Liebe und unserer Achtung würdiger zu gestalten. Was ich für die grosse Gesamtheit wünsche, ist, dass ihre Mitglieder eine von Generation zu Generation reicher und voller werdende Existenz erlangen, indem sie ihre Fähigkeiten steigern und immer komplizierter sich gestaltende Wünsche befriedigen . . .«

so stimmen wir ihm bei und ehren seine trefflichen Absichten. Doch setzen wir hinzu: Nicht das ist es, was wir in diesem Augenblick zu wissen wünschen; wir beschränken uns darauf, Ihre Ansicht über einen wesentlichen Punkt zu erfahren. Was soll Ihrer Meinung nach in der sozialistischen Ordnung aus dem Eigentum werden? Glauben Sie, dass der Sozialismus darin besteht, das persönliche Eigentum abzuschaffen, wie seine Gegner behaupten und wie es zuweilen törichterweise gewisse summarische und in öffentlichen Versammlungen voreilig votierte Formeln wiederholen? Oder halten Sie es für notwendig, dass er eine der jetzt bestehenden entgegengesetzte Besitzverteilung anstrebe, indem er dem Individuum den kleineren Teil, den Besitz der Früchte seiner Arbeit, lässt und der Gesamtheit den grösseren Teil zuspricht, den Besitz alles dessen, was einem Menschen gestattet, einen anderen an seiner Stelle und zu seinem Nutzen arbeiten zu lassen. Mit anderen Worten, geben Sie zu, dass man sich Sozialist nennen darf, ohne das doppelte Prinzip anzuerkennen?:

Sozialisierung der Produktions- und Zirkulationsmittel; individueller Besitz der persönlichen Gebrauchsgegenstände?

Zwei Antworten auf diese Frage lauteten klar und oft lakonisch:

Debs (Denver, 5. Juni). Meine Antwort lautet bejahend.

*

Domela Nieuwenhuis (Hilversum, 21. Juli). Gewiss.

*

Andere sind motiviert und detailliert.

Vaillant (Paris, 18. April). Das ist der unleugbare Ausgang der sozialen Entwickelung, also das sichere Ziel des Sozialismus.

*

Briand (Paris, 21. Juni). Wie kann man zweifeln, dass das zu erstrebende Ziel die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kommunistische Gesellschaft sei, wenn man den höchst unbilligen und in die Augen springenden Widerspruch konstatiert: einerseits die kollektiv gewordene Produktion, andererseits das privat gebliebene Eigentum. Und ist nicht schon die — als Schutz gegen die anarchistische Konkurrenz dienende — Institution der Trusts, Kartelle und anderer industrieller Syndikate ein beträchtlicher Schritt zum Kollektivismus?

*

Vandervelde (Brüssel, 15. Juni). Die Antwort kann, unserer Ansicht nach, keinen Augenblick zweifelhaft sein.

Infolge einer aus einer Ideenverwirrung hervorgegangenen Verwirrung der Worte schmücken sich manche mit der sozialistischen Etiquette, während sie doch die Notwendigkeit einer Umwandlung der kapitalistischen

Gesellschaft in eine Gesellschaft verkennen, in der die hauptsächlichen Produktionsmittel kollektivistisches Eigentum sind.

Ueber diesen Punkt müssen alle überzeugten Sozialisten notwendigerweise einig sein und sind es tatsächlich auch; sowohl diejenigen, die das Erfurter Programm entwarfen, als jene, die das Programm der französischen Sozialistenpartei aufgestellt haben.

•

Sigg (Genf, 6. September). Ja, ich anerkenne als ökonomisches Ziel des Sozialismus die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine Gesellschaft, in der das zu Produktionszwecken kollektivistisch gewordene Eigentum nur noch für die dem persönlichen Gebrauch dienenden Gegenstände ein individuelles bleibt.

Das will heissen, dass das soziale und das individuelle Eigentum sich nach wechselnden Proportionen verbinden werden.

Der absolute Kommunismus ist ebenso undurchführbar, wie der absolute Individualismus.

Neben dem gemeinsamen Besitz der Produktions-, der Tausch-, der Konsummittel, des Bodens und des unter der Erde befindlichen Kapitals (Minen, Flüsse, Ströme etc.), gibt es, dies darf nicht vergessen werden, für sämtliche Gegenstände des persönlichen oder Familiengebrauches (Kleidungsstücke, Nahrungsmittel, persönlicher Luxus etc.) ein individuelles Eigentum.

Das ganze Problem beschränkt sich daher auf die Frage, nach welchen Proportionen diese beiden Eigentumsformen nebeneinander bestehen sollen. Ich glaube, das Mass ist leicht zu finden: dem Individuum (der Einheit) alles, was es sich durch seine persönliche (körperliche oder geistige) Arbeit verschaffen kann; der Mehrheit, der Gesellschaft, der ganze Besitz des Grund und Bodens und der Produktionsmittel.

Uebrigens führt die ganze volkswirtschaftliche Entwickelung uns dieser Sozialisierung entgegen. Die schweizer Radikalen, um nur diese anzuführen, haben die Eisenbahnen sozialisiert; sie haben das Gleiche auch bezüglich der Banken versucht, doch hat das Volk diesen Versuch abgelehnt. Endlich wird jetzt die Frage ventiliert, den Tabak, die hydraulischen Kräfte etc. zu sozialisieren. Ich verstehe hier unter »sozialisieren« dasselbe, was die Radikalen unter »verstaatlichen« verstehen. Eine grosse Anzahl wohlmeinender Geister in der Schweiz betrachten die Verstaatlichung als eine interimistische und notwendige Phase, als eine Etappe auf dem Wege zum Kommunismus. Doch diese Idee verliert in den sozialistischen Kreisen von Tag zu Tag mehr an Boden. Der kapitalistische »Staat« bedient sich der neuen Macht, die man ihm gewährt, um den Arbeiter umsomehr zu unterdrücken. Und leider gibt es eine grosse Anzahl von Angestellten, die, einmal »verstaatlicht«, nur allzusehr die Solidarität vergessen, die sie ihren Arbeitsgenossen schulden; Beweis dafür sind die Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten, sowie die verschiedenen Kategorien von Eisenbahnbeamten.

•

E. Ferri (Rom, 12. Mai). Von Sozialismus sprechen und nicht die Umwandlung des Privatbesitzes an Betriebsmitteln in Kollektivbesitz voraussetzen, wäre nichts weiter, als leeres Wortspiel.

Von dem umwälzenden Moment an, da die ursprüngliche Menschheit vom Nomadenleben (Jagd-, Fischerei- und Hirtenhandwerk) — welches jeden Bodenbesitz unmöglich machte und jeden Begriff von Heimat und Klassenteilung ausschloss — zum sesshaften Leben überging (Agrikultur), wurden die Betriebsmittel Eigentum erst des Gemeinwesens, dann der Familien und endlich einzelner Individuen.

Diese Uebergänge vom gänzlichen Fehlen des Eigentums an Betriebsmitteln zum kommunalen, familialen und individuellen Besitze an ihnen war das Ergebnis der natürlichen und sozialen ökonomischen Entwickelung und damit — infolge gegenseitiger Wirkungen und Rückwirkungen— der politischen, juridischen, moralischen und intellektuellen Entwickelung.

Das Privateigentum (immer abgesehen von den gewöhnlichen Gebrauchsgegenständen, denn dieselbe Speise und dasselbe Kleidungsstück

können nicht zwei Individuen gleichzeitig dienen) erreicht in der bürgerlichen Zivilisation seinen Höhepunkt und sein Uebermass durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

So ist es auch die natürliche Wirkung der mit der politischen, moralischen und juridischen untrennbar verflochtenen ökonomischen Entwickelung, dass das Eigentum sich vor unseren Augen immer mehr in vermittelnden Formen (öffentliche Domänen, öffentliche Aemter, Trusts, Genossenschaften) sozialisiert, die nichts anderes sind, als die Vorläufer und Verkündiger der Sozialisierung der Betriebsmittel, welche das Merkzeichen des sozialistischen Regimes ist.

*

Colajanni (Neapel, 2. Juli). Unzweifelhaft erscheint die Ersetzung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung durch eine solche, in der die Produktionsmittel Kollektiveigentum werden, wünschenswert. Sie würde dem Einzelnen genügende Freiheit gewähren, indem der Konsum ein individueller bliebe; sie wäre auf Gerechtigkeit gegründet; sie würde der grösstmöglichen Zahl von Menschen einen höheren Grad von Wohlleben sichern; sie würde jene wohltätige Konkurrenz ermöglichen, in der allen die Gleichheit des Ausgangspunktes und der Entwickelungsmittel gesichert wäre, und den gegenwärtig bestehenden Wettbewerb abschaffen, der die tatsächliche Ausbeutung der Mehrheit durch die Minderheit bedeutet, einer Minderheit, die nur äusserst selten die Vorteile, die sie im Daseinskampfe geniesst, sich verdient hat.

Gleichwohl tauchen unter den Sozialisten selbst immer zahlreicher und dringender werdende Zweifel über die Verwirklichung der Herrschaft des kollektiven Eigentums auf. Einerseits bildet die wachsende Vielgestaltigkeit des modernen sozialen Lebens, andererseits die Art und Weise, wie die Tatsachen täglich den Gang der Dinge, wie er durch den Marxismus vorgezeichnet wurde, Lügen strafen, die grundlegenden Ursachen dieser Zweifel. Daher auch die Meinungsverschiedenheiten, die auf allen Seiten im Schosse des Sozialismus keimen und sich in umgekehrtem Verhältnis zu dem Druck der öffentlichen Gewalt und in gradem Verhältnis zu der Ausbreitung der sozialistischen Ideen verschärfen. Dies berechtigt zu der Anschauung, dass die sozialistische Bewegung, wie alle grossen politischen, sozialen und religiösen Bewegungen, um so mehr an Tiefe einbüsst, als sie an Ausbreitung gewinnt.

*

Sidney Webb (London, 26. Juni). Nicht das Bild, das die anderen englischen Sozialisten und ich selbst uns von der Wandlung der sozialen Organisation entworfen, bildet, wie ich bereits erwähnt *), das Ziel unseres Strebens, sondern die Mittel, welche wir für geeignet halten, die fortgeschrittenen industriellen Gesellschaften diesem Ziele entgegenzuführen. Das Privateigentum an Grund und Boden und Produktionsmitteln scheint uns Uebelstände zu erzeugen, die nicht notwendig sind, und wir suchen daher die Meinungen, die Gebräuche und Gesetze, die diese individuelle Besitznahme gestatten, überall da zu ändern, wo nachgewiesen werden kann, dass Einrichtungen in entgegengesetzter Richtung möglich sind und die Wahrscheinlichkeit eines günstigen Erfolges bieten.

Deshalb arbeiten wir denn auch beständig daran, an diesem oder jenem Orte das Kollektiveigentum, die kollektive Organisation (Regulierung) und Administration an dieser oder jener Kapitalsart an die Stelle des gegenwärtigen Eigentums, der gegenwärtigen Organisation und Administration zu setzen.

Der zur Durchführung dieser Umwandlung zu durchlaufende Weg scheint uns ungeheuer und für den Augenblick ohne bestimmbare Grenzen. Doch ist wohl klar, dass für viele Dinge und Aemter eine individuelle Verwaltung sich besser eignet, als eine kollektive Verwaltung. So ist es denn unmöglich, sich eine Zeit vorzustellen, in der diese Umwandlung eine vollständige sein wird.

---

*) Siehe oben.

Ausserdem ist dies kein Universalmittel. Sie kann nicht alle Uebel heilen und ist nicht die einzige Arznei für manche dieser Uebel.

* * *

Aus allen diesen Antworten, deren Schlüsse trotz einiger leicht erkennbaren Verschiedenheiten des Tones nahezu identisch lauten, geht eine Bestätigung hervor, die als erwiesene Sache gelten kann. Dies ist die Erkenntnis, dass der Sozialismus die Umwandlung des individuellen Eigentums, zwar nicht in seiner Gänze, so doch zum grössten Teile (Grundbesitz, Produktions- und Verkehrsmittel), in soziales oder kollektives Eigentum zum Ziele hat. Die Anerkennung dieses wesentlichen Artikels ist gleichsam der Probierstein, an dem man den Sozialisten erkennt. Das genügt, um jenen Sozialismus der Salons oder der Wahlperioden, der eine der Mode entsprechende Etiquette aufpflanzen zu wollen sich herausnimmt, während er die Organisation des Eigentums als unantastbar erklärt, auf seinen wahren Wert zurückzuführen.

Die Uneinigkeit zwischen den einzelnen Gruppen bezieht sich also nicht auf das zu erreichende ökonomische Ziel, sondern auf die Mittel und Wege, die zu diesem Zwecke einzuschlagen sind. Wir wollen nun die Meinungen über diese theoretische Frage Revue passieren lassen.

Ein Notenwechsel aus dem Jahre 1872 zwischen der spanischen und der englischen Regierung über das Asylrecht von Mitgliedern der Internationale.

Vornotiz. Im Frühjahr 1872 versuchte die damalige spanische Regierung von den europäischen Regierungen Polizeimassregeln gegen sich im Ausland aufhaltende spanische Mitglieder der Internationale zu erwirken, ward aber von der englischen Regierung mit ihrem Gesuch schroff abgewiesen. Folgendes der Notenwechsel, der zu Vergleichen mit entsprechenden Vorgängen in der Gegenwart herausfordert. Die Antwort des Earl Granville, auswärtiger Minister im Kabinett Gladstone, auf die spanischen Zumutungen wird für die Sozialdemokratie, solange die Zeit ihrer Verfolgungen noch nicht zu Ende ist, stets von Interesse sein.

* * *

Die beiderseitigen Noten lauten:

I. Zirkular-Note der spanischen Regierung an ihre Botschafter bei den verschiedenen Regierungen.

Madrid, den 9. Februar 1872.

»Exzellenz. — Während der zweiten Session der letzten spanischen Cortes erhob sich im Kongress der Deputierten eine wichtige Debatte, die gewichtigste vielleicht, die je in einer legislativen Versammlung stattgefunden haben kann. Sie hatte den Zweck, vom politischen, d. h. vorzugsweise praktischen Standpunkte die wahre Natur der Internationalen Arbeiterverbindung zu definieren, deren mächtige und furchtbare Organisation und deren rasche Entwickelung innerhalb weniger Jahre die ernstliche Aufmerksamkeit aller, die bei Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung interessiert sind, auf sich ziehen muss.

Da diese in ihren tiefsten Grundlagen von der »Internationalen« bedroht wird, welche allen Ueberlieferungen der Menschheit ins Gesicht schlägt, welche Gott aus dem Geiste auslöscht (Corra á Dios del espiritu), Familie und Erbnachfolge aus dem Leben, Nationen aus der zivilisierten Welt streicht, und nur nach der Wohlfahrt der Arbeiter auf Grundlage einer allgemeinen Verbindung strebt — war es eine gebieterische Notwendigkeit, zu prüfen und zu entscheiden, wie weit, selbst unter den liberalsten politischen Institutionen, die Existenz einer Verbindung geduldet werden könne, welche anfängt, sich als Feindin jeder politischen Schule zu erklären, und mit allen bestehenden Regierungsformen gleich unverträglich ist . . . . Mit dem was vorhergegangen, bekannt, wird Se. Exzellenz über die Absichten nicht im Zweifel sein, welche die Regierung Sr. Majestät betreffs der »Internationalen« hegt, und aus dem Rundschreiben, welches mein Kollege von der inneren Verwaltung an die Provinzbehörden gerichtet hat, werden Sie ersehen haben, welcher Weg sofort und mit der grössten Entschiedenheit eingeschlagen werden soll, um diese Absichten durchzuführen. Unterstützt von den Erklärungen der Landesvertreter . . . . wird die Regierung alle Kundgebungen und anderen ostensiblen Handlungen der Verbindung, welche die öffentliche Ruhe stören könnten, unterdrücken; und wenn die Umstände es erfordern sollten, wird den Cortes ein Gesetzvorschlag unterbreitet werden behufs Auflösung der Verbindung im Einklange mit den Bestimmungen der Konstitution . . . . Aber die Regierung hat sich weiteres vorgesetzt. Gewiss, dass Ew. Exzellenz sich vollständig mit ihrer Ansicht identifiziert hat, erwartet die Regierung, dass Sie in Ausübung der hohen Funktionen, mit denen Sie betraut sind, bei der Regierung, bei welcher Sie akkreditiert sind, darauf hinwirken werden, dass durch gemeinschaftliches Uebereinkommen solche Massregeln ergriffen werden, wie sie zur Erreichung eines befriedigenden Resultates notwendig sind. Dies wird gerade durch die Natur der Verbindung erheischt, deren Charakter der Universalität es ist, was sie am gefährlichsten macht. Es reicht nicht hin, dass eine Regierung vereinzelt die strengsten Massregeln gegen dieselben ergreift; und ebenso wenig würde es hinreichen, dass die Sektionen der »Internationalen« im Bereiche einer einzelnen Nation unterdrückt würden, sei es nun mittelst der Gesetze, oder durch die Mitwirkung und besondere Initiative — wie sich deren Wichtigkeit nicht überschätzen lässt — aller bei Aufrechterhaltung der Gesellschaft interessierten Klassen. Es würden stets einige fanatische Anhänger übrig bleiben, welche bei der ersten günstigen Gelegenheit als Kern für eine schleunige Reorganisation dienen würden, wobei der Generalrat mächtige Bundesgenossen finden würde, in der ausserordentlichen Publizität, welche die periodische Presse erreicht hat, und in der Schnelligkeit der Verbindung, welche zwischen allen zivilisierten Ländern besteht. Ein sprechendes Beispiel hierfür bieten die Vorgänge in der Pariser Kommune. Ein grosser Teil, und vielleicht nicht der am wenigsten einflussreiche von denen, welche die Ereignisse leiteten, bestand aus Ausländern, die zur Zeit des Sturzes des Kaiserreiches nicht in Frankreich ansässig waren. Wenn es sich darum handelt, das Uebel zu beschwören, ist es geboten, dass alle Regierungen zu diesem Zwecke ihre Bemühungen vereinigten. Alle sind sie hierbei gleich interessiert, und vielleicht mehr noch als Spanien, wo die »Internationale« keine so tiefen Wurzeln geschlagen hat und nicht so viele Anhänger zählt wie in anderen Ländern beider Continente . . . . Die Nähe (imminencia) und die Grösse der Gefahr können nicht überschätzt werden . . . . Es steht daher zu hoffen, dass angesichts der Dringlichkeit der Umstände jeder Staat das Ersuchen um seine Mitwirkung in dem Werke der Verteidigung gegen die »Internationale« mit wohlwollendster Teilnahme aufnehme. Erleichtert würde die Angelegenheit sicherlich in grossem Masse, wenn eine der Grossmächte sie in die Hand nehmen wollte, um die Basis eines gemeinschaftlichen Einverständnisses und eines allgemeinen und gleichzeitigen Vorgehens zu bilden. Auch würde es sehr vorteilhaft sein, wenn die Nationen, welche keine Auslieferungsverträge mit Spanien haben, sich dazu verstehen wollten, eine Konvention oder einen Spezialkontrakt abzuschliessen mit Bezug auf alles, was sich auf den betreffenden Gegenstand bezieht. Ew. Excellenz wollen mir gefälligst Mit-

teilung machen über die Ansichten, welche Sie betreffs dieser Mitteilungen bei dem betreffenden Herrn Minister für ausserordentliche Angelegenheiten antreffen, welchem Sie von dieser Depesche Kenntnis geben und eine Copie hinterlassen wollen; und, bekannt mit dem Eifer Ew. Excellenz für das Wohl des Staatsdienstes, verlasse ich mich darauf, dass Sie sich der zwischen der betreffenden Regierung und der Regierung Sr. Majestät bestehenden guten Beziehungen bedienen werden, um so wirksam und so schnell wie möglich jene Unterstützung zu erlangen, deren die Regierung Sr. Majestät etwa von Seiten des Auslandes bedarf zur praktischen Durchführung der Massregeln, deren Annahme sie für geraten halten dürfte.«

Gott beschütze u. s. w. (gez.) Bonifacio de Blas.«

II. Die Antwort der englischen Regierung.

London, Auswärtiges Amt, 8. März 1872.

»Mein Herr! — Ich übermittle Ihnen hierbei die Copie einer vom 9. Februar datierten Zirkulardepesche, welche Sennor de Blas an die Vertreter Spaniens im Auslande gerichtet hat, und welche mir durch den spanischen Gesandten am hiesigen Hofe mitgeteilt worden ist. Die Depesche hat den Zweck, die Sympathie und Unterstützung auswärtiger Regierungen zu gewinnen betreffs einer gemeinschaftlichen Bemühung zur Unterdrückung der »Internationalen Gesellschaft«. Obwohl als ein Mittelpunkt für die Verbindung zwischen Arbeitern und Gewerkvereinen in verschiedenen Teilen der Welt ins Leben gerufen, beschränkt diese Gesellschaft doch hier zu Lande ihre Operationen hauptsächlich auf Ratschläge in Sachen von Arbeitseinstellungen und hat sie zu deren Unterstützung nur sehr wenig Geld zur Verfügung, während die revolutionären Pläne, welche einen Teil des Programms der Gesellschaft bilden, wie man glaubt, mehr die Ansicht der auswärtigen Mitglieder ausdrücken, als die der britischen Arbeiter, deren Aufmerksamkeit hauptsächlich auf Fragen bezüglich der Lohnsätze gerichtet ist. Kraft der bestehenden Gesetze Grossbritanniens haben alle Ausländer das unumschränkte Recht, dieses Land zu betreten und sich hier aufzuhalten; und während sie hier bleiben, stehen sie in gleichem Grade wie die britischen Untertanen, unter dem Schutze des Gesetzes; auch können sie nicht anders bestraft werden, als für einen Verstoss gegen das Gesetz und Kraft des Urteilsspruches der ordentlichen Gerichtstribunale nach einer öffentlichen Procedur, und nach einem Erkenntnis, welches sich auf die in offenem Gerichtshofe beigebrachten Beweise stützt. Keine Ausländer können als solche von der exekutiven Regierung des Landes verwiesen werden, mit Ausnahme von Personen, welche auf Verträge mit anderen Staaten hin behufs wechselseitiger Auslieferung von Kriminalverbrechern weggeschafft werden. Britische Untertanen jedoch, oder die Untertanen irgend eines anderen Staates, welche sich in diesem Lande aufhalten, daher seinen Gesetzen Gehorsam schulden, können durch Geldbusse und Gefängnishaft bestraft werden, wenn sie schuldig befunden werden, an Kriegsoperationen gegen irgend einen Staat, mit welchem Grossbritannien in Freundschaft lebt, teilgenommen zu haben. Wer sich in dieser Beziehung vergeht, gegen den können Individuen ebensowohl vorgehen, wie die Regierung.*) Ihrer Maj. Regierung hegt den ernstlichen Wunsch, so weit es in ihrer Macht steht, den Frieden, die Ordnung und die Wohlfahrt eines jeden Landes, mit welchem sie in freundschaftlichem Bunde steht, zu fördern. Die Regierung Ihrer Maj. würde irgend welche Versuche seitens ausländischer Flüchtlinge, in England zum Aufstand gegen die Regierungen ihrer betreffenden Länder aufzureizen,

*) Soll sagen, dass jedermann in der Lage sei, genau dasselbe zu tun, was die englische Regierung auch nur könne, nämlich eine Klage bei den zuständigen Gerichten erheben.

nicht allein bedauern, sondern höchlichst verdammen. Ein solches Verhalten würde von der Regierung Ihrer Maj. als eine schreiende Verletzung der Gastfreundschaft angesehen werden, deren jene Personen sich erfreuen; aber sie glaubt nicht, dass Grund vorhanden ist, welcher sie bei der jetzigen Gelegenheit rechtfertigen würde, irgend welche ausserordentliche oder weitere Vollmachten betreffs der in England sich aufhaltenden Ausländer nachzusuchen, und sie hat keinen Grund, zu zweifeln, dass diese Ansicht sowohl vom Parlamente, wie vom Publikum Englands geteilt wird. Ich bin u. s. w.

(gez.) Granville.«

III. Urkunden des Sozialismus.

Die Initiativanträge der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags

in der II. Legislatur-Periode.

a) Entwurf eines Gesetzes betr. die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen u. s. w., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Artikel I.

Reichsarbeitsamt.

§ 1.

Es wird ein Reichsarbeitsamt errichtet, dessen Organisation durch Gesetz bestimmt wird. Dasselbe hat seinen Sitz in Berlin. Leiter des Reichsarbeitsamts ist der Reichsarbeitsrat.

§ 2.

Zu den Aufgaben des Reichsarbeitsamts gehören:

Erlass von Vorschriften zum Schutze für Gesundheit und Leben der in gewerblichen Betrieben aller Art, einschliesslich der Heimarbeit, des Handels und Verkehrs, der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei und Schifferei, gegen Entgelt beschäftigten Personen.

Erlass von Vorschriften und Anweisungen über die dienstlichen Verrichtungen der Arbeitsämter (Art. II § 4), sowie die Kontrolle über die Tätigkeit derselben und die Endentscheidung über Beschwerden gegen Anordnungen und Beschlüsse der Arbeitsämter.

Anordnung und Oberleitung von Erhebungen über die Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der in Absatz 2 dieses Paragraphen beschäftigten Personen.

Herausgabe und Veröffentlichung von Berichten über die stattgehabten Erhebungen; Zusammenstellung der Jahresberichte der Arbeitsämter über ihre Tätigkeit, die dem Bundesrat und Reichstag vorzulegen sind. Herausgabe von Veröffentlichungen über die Bewegung des Arbeitsmarktes (Streiks und Arbeiteraussperrungen), der Arbeitslöhne, Arbeitsvermittelung und ähnlicher sozialer Einrichtungen und Erscheinungen, die für das Ressort des Reichsarbeitsamts von Wichtigkeit sind.

§ 3.

Alljährlich einmal beruft das Reichsarbeitsamt Vertreter der Arbeitsämter (Art. II § 4) und der Arbeitskammern (Art. III § 11) und zwar von letzteren mindestens je einen Vertreter der Betriebsleiter und der Hilfspersonen, die jede Klasse der Arbeitskammer aus ihrer Mitte wählt, zu einer Tagung, in der die zu lösenden Aufgaben beraten werden.

Artikel II.

Arbeitsämter.

§ 4.

Für jeden Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde eines Bundesstaats wird in der Regel ein Arbeitsamt errichtet.

Soll der Bezirk, für welchen das Arbeitsamt errichtet wird, über das Gebiet eines Bundesstaats hinaus erstreckt werden, so ist hierzu die Genehmigung der beteiligten Landes-Zentralbehörden erforderlich. Wird die Genehmigung erteilt, so sind die den Landes-Zentralbehörden zustehenden Befugnisse von den Zentralbehörden desjenigen Bundesstaats wahrzunehmen, in welchem das Arbeitsamt seinen Sitz hat.

Die Arbeitsämter unterstehen dem Reichsarbeitsamt.

§ 5.

Das Arbeitsamt wird gebildet aus einem Arbeitsrat, als Leiter des Amts, und mindestens drei Hilfsbeamten.

Den Arbeitsrat ernennt die Zentralbehörde desjenigen Bundesstaats, in dem das Arbeitsamt seinen Sitz hat. Die dem Arbeitsamt zur Seite stehenden Hilfsbeamten werden von der Arbeitskammer (Art. III § 11) gewählt. Unter diesen Hilfsbeamten muss mindestens ein weiblicher Hilfsbeamter sein.

Die Mitglieder des Arbeitsamts sind Reichsbeamte und unterstehen den für die Reichsbeamten gültigen gesetzlichen Bestimmungen.

§ 6.

Zu den Aufgaben des Arbeitsamts gehören:

Ausführung der Anordnungen und Anweisungen des Reicharbeitsamts.

Aufsicht über die diesem Gesetz unterstellten Betriebe nach den gesetzlichen Vorschriften und den Anordnungen des Reichsarbeitsamts und der Organe der Unfallversicherungsgenossenschaften. Jeder Betrieb muss jährlich mindestens einmal einer Revision unterzogen werden.

Einrichtung des Arbeitsnachweises in den Grenzen des Arbeitsamtsbezirks.

Einberufung der Sitzungen der Arbeitskammer und die Leitung derselben durch den Arbeitsrat beziehungsweise dessen Stellvertreter.

Errichtung eines Einigungsamts (Art. IV § 28).

Veröffentlichung eines Jahresberichts über seine amtliche Tätigkeit. Exemplare dieses Berichts sind dem Reichsarbeitsamt, der Landes-Zentralbehörde und den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften des Bundesstaats, in dem das Arbeitsamt seinen Sitz hat, und den Mitgliedern der Arbeitskammer zu übermitteln.

§ 7.

Soweit nach den §§ 105a bis 105i, 114a bis 119b, 120a bis 120e, 134 bis 139 m, 154 und 154a der Gewerbeordnung den höheren Verwaltungsbehörden Aufgaben zur Wahrnehmung zugewiesen sind, geht nach Errichtung der Arbeitsämter die Wahrnehmung dieser Aufgaben auf diese über. Soweit nach den Vorschriften der Gewerbeordnung die unteren Verwaltungsbehörden bestimmte Aufgaben zu erfüllen haben, treten diese Behörden in dasselbe Verhältnis zu dem Arbeitsamt ihres Bezirks, in dem sie vor Errichtung desselben zu der höheren Verwaltungsbehörde ihres Bezirks gestanden haben.

§ 8.

Die vom Arbeitsamt auszuführenden amtlichen Revisionen müssen die Betriebsleiter zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht und an Sonn- und Feiertagen gestatten.

Die Betriebsleiter sind verpflichtet, den Beamten und amtlich Beauftragten des Arbeitsamts oder der Polizeibehörde diejenigen statistischen Mitteilungen über die Verhältnisse der von ihnen beschäftigten Personen zu machen, welche vom Reichskanzler oder Bundesrat oder vom Reichsarbeitsamt oder von der Landes-Zentralbehörde unter Festsetzung der dabei zu beobachtenden Fristen und Formen vorgeschrieben werden.

§ 9.

Das Arbeitsamt hat das Recht, zum Schutz für Leben und Gesundheit der in den ihm unterstellten Betrieben seines Bezirks beschäftigten Personen allgemeine Anordnungen zu erlassen und die Nichtbefolgung derselben mit Geldstrafe bis zur Höhe von 300 Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen anzudrohen und festzusetzen.

Auch kann es zur Durchführung der von ihm erlassenen Vorschriften Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 300 Mark oder Haft bis zu sechs Wochen verhängen.

§ 10.

Gegen die Verfügungen eines Beamten oder amtlich Beauftragten des Arbeitsamts steht dem Betriebsleiter beziehungsweise dessen Stellvertreter binnen zwei Wochen der Beschwerdeweg an das Arbeitsamt offen. Gegen Verfügungen des Arbeitsamts steht binnen zwei Wochen der Beschwerdeweg an das Reichsarbeitsamt offen.

§ 11.

Die Organisation des Arbeitsnachweises durch das Arbeitsamt für den Umfang seines Bezirks hat nach den Beschlüssen der Arbeitskammer zu erfolgen.

Das Nähere über die Leitung und Verwaltung des Arbeitsnachweises und die Anstellung und Entlassung der beschäftigten Personen bestimmt eine von dem Arbeitsamt aufzustellende Geschäftsordnung, welche zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Arbeitskammer bedarf.

Die Gehälter und Löhne der im Arbeitsnachweis beschäftigten Personen setzt das Reichsarbeitsamt fest. Das letztere hat auch die Zentralisation der Arbeitsnachweise in die Wege zu leiten.

Der Arbeitsnachweis ist unentgeltlich.

Gemeinden, in denen eine Arbeitsnachweisstelle errichtet wird, sind verpflichtet, die dazu nötigen Räumlichkeiten ohne Entschädigung zur Verfügung zu stellen und die Heizung, Beleuchtung und Reinhaltung der Räumlichkeiten auf ihre Kosten zu übernehmen.

Artikel III.

Arbeitskammern.

§ 12.

Für die Wahrnehmung der Interessen der Betriebsleiter und der von ihnen gegen Entgelt beschäftigten Personen sowie zur Unterstützung der Aufgaben des Arbeitsamts wird für jeden Bezirk, in dem ein Arbeitsamt besteht, eine Arbeitskammer errichtet, deren Mitgliederzahl nach der Grösse des Bezirks und der Zahl der Betriebe festgestellt wird, jedoch nicht unter fünfzig Mitglieder zählen darf.

Die Mitgliederzahl für jede Arbeitskammer bestimmt das Reichsarbeitsamt.

§ 13.

Die Mitglieder der Arbeitskammer werden in getrennten Wahlhandlungen zur Hälfte durch die grossjährigen Betriebsleiter beziehungsweise deren Stellvertreter aus ihrer Mitte, zur anderen Hälfte durch die grossjährigen Hilfspersonen aus deren Mitte auf Grund des gleichen, unmittelbaren und geheimen Stimmrechts mit einfacher Majorität gewählt. Gleichzeitig sind in Höhe der Hälfte der Mitglieder jeder Klasse Stellvertreter zu wählen. Ist die Reihe der Stellvertreter erschöpft, so hat das Reichsarbeitsamt eine Ergänzungswahl anzuordnen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Beide Geschlechter sind gleichberechtigt.

§ 14.

Die Mandatsdauer der Mitglieder der Arbeitskammer beziehungsweise ihrer Stellvertreter währt zwei Jahre; sie beginnt mit dem Kalenderjahre.

§ 15.

Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Personen, die nicht grossjährig sind oder sich nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden oder durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

§ 16.

Die Wahl findet an einem Sonntag statt und zwar im Laufe des Monats Oktober desjenigen Jahres, in dem das Mandat der Mitglieder der Arbeitskammer zu Ende geht.

§ 17.

Den Wahltag bestimmt das Reichsarbeitsamt, ebenso die Art und Form der Legitimation für die Wähler und die Normen, unter welchen die Wahlhandlung stattzufinden hat.

Die Wahlzeit ist so festzusetzen, dass auch die am Wahltag beschäftigten Personen ohne Rücksicht auf Tag- oder Nachtschicht sich an der Wahl beteiligen können.

Die Betriebsleiter sind verpflichtet, den von ihnen beschäftigten wahlberechtigten Personen auskömmlich Zeit für die Ausübung des Wahlrechts zu gewähren. Die Verletzung dieser Pflicht ist mit Geldstrafe von 20 bis 100 Mark für jeden Wähler, der an der Ausübung seines Wahlrechts gehindert wird, zu ahnden. Die Strafe setzt das Arbeitsamt des Bezirks, für den gewählt wurde, fest. Das Arbeitsamt hat eine Abgrenzung im Wahlbezirke vorzunehmen, die allen Beteiligten die Ausübung des Wahlrechts leicht ermöglicht.

§ 18.

In den Wahlausschüssen müssen die Betriebsleiter und die von ihnen gegen Entgelt beschäftigten Personen gleich stark vertreten sein. Die Bildung der Wahlausschüsse erfolgt für jeden Wahlbezirk auf Anordnung des zuständigen Arbeitsamts.

§ 19.

Ein Einspruch der Wahlberechtigten gegen die Gültigkeit der Wahl ist nur binnen zwei Wochen nach der Wahl zulässig. Die Arbeitskammer prüft selbst den erhobenen Einspruch und hat im Falle der Ungültigkeitserklärung einer Wahl sofort denjenigen Stellvertreter einzuberufen, auf den die meisten Stimmen fielen. Handelt es sich um Einspruch gegen den ganzen Wahlakt, so hat das Reichsarbeitsamt den Einspruch zu prüfen und hat, wenn es den Wahlakt für ungültig erklärt, innerhalb zwei Wochen eine Neuwahl anzuordnen.

§ 20.

Die Mitgliedschaft zu derselben erlischt, sobald die betreffende Person dauernd den Bezirk der Arbeitskammer verlässt, für den sie gewählt war, oder wenn sie in eine andere Klasse eintritt als diejenge, für die sie gewählt wurde, oder wenn einer der Gründe vorliegt, die in § 15 dieses Gesetzes aufgeführt sind.

§ 21.

Die Arbeitskammer gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst; ihre Sitzungen sind öffentlich. Die Tagesordnung wird in der von der Arbeitskammer bestimmten Form veröffentlicht.

Die Geschäftsordnung für ihre Verhandlungen gibt sich die Arbeitskammer selbst.

§ 22.

Den Vorsitz in der Arbeitskammer führt der Arbeitsrat oder dessen Stellvertreter. Derselbe setzt die Sitzungen an und schliesst dieselben; er setzt die Tagesordnung für die Sitzungen fest, soweit nicht die Arbeitskammer darüber beschliesst.

§ 23.

Der Vorsitzende ist verpflichtet, die Arbeitskammer mindestens alle drei Monate einmal zu einer Sitzung zusammenzuberufen; er muss dieselbe zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen, sobald mindestens ein Drittel der Mitglieder der Arbeitskammer mit Angabe des Gegenstandes, über den verhandelt werden soll, darauf anträgt.

Dem Antrag ist innerhalb vierzehn Tagen, nachdem derselbe in die Hände des Vorsitzenden gelangte, stattzugeben.

§ 24.

Die Arbeitskammer fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung; sie ist beschlussfähig, sobald mindestens die Hälfte der Mitglieder jeder Klasse anwesend sind. Mitglieder, die ohne genügende Entschuldigung in der Sitzung fehlen, kann der Vorsitzende mit einer Geldstrafe von fünf bis zwanzig Mark belegen.

Der Vorsitzende und andere Mitglieder des Arbeitsamts, die den Sitzungen der Arbeitskammer beiwohnen, haben nur beratende Stimme.

§ 25.

Die Arbeitskammer unterstützt das Arbeitsamt in seiner amtlichen Tätigkeit, insbesondere bei seinen statistischen Erhebungen. Die Arbeitskammer kann Untersuchungen anstellen über die Gehälter, die Löhne, die Arbeitsart und Arbeitsdauer, die Lebensmittel- und Mietpreise, die Wirkung von Verordnungen und Gesetzen, insbesondere von Handelsverträgen, Zöllen, Steuern und Abgaben in ihrem Bezirk. Sie hat das Recht, Beschwerden und Missstände im gewerblichen Leben ihres Bezirks zur Kenntnis des Reichsarbeitsamts, der Landes-Zentralbehörden und der gesetzgebenden Körperschaften zu bringen und Anträge an dieselben zu stellen, sowie Gutachten über Massregeln und Gesetzentwürfe abzugeben, die das wirtschaftliche Leben ihres Bezirks berühren.

Auf Ersuchen des Reichskanzlers, des Bundesrats, des Reichsarbeitsamts, des Arbeitsamts oder der Landes-Zentralbehörde ihres Bezirks ist die Arbeitskammer verpflichtet, Gutachen über wirtschaftliche und soziale Fragen abzugeben. Sie kann aus ihrer Mitte Ausschüsse bilden, welche das ihrer Beratung unterbreitete Material vorberaten. Sobald es sich hierbei um Fragen handelt, welche die Interessen beider Teile berühren, müssen die Ausschüsse zu gleichen Teilen aus Vertretern der Betriebsleiter und der von ihnen gegen Entgelt beschäftigten Personen zusammengesetzt sein. Den Vorsitz in diesen Ausschüssen führt ein Mitglied des Arbeitsamts.

§ 26.

Die Arbeitskammer hat das Recht, innerhalb ihres amtlichen Wirkungskreises für ihre Erhebungen und Untersuchungen von den Betriebsleitern und den von ihnen beschäftigten Personen ihres Bezirks sachgemässe Beantwortung ihrer Fragen zu fordern; auf Weigerung derselben kann sie auf eine Ordnungsstrafe bis zu dreihundert Mark erkennen.

§ 27.

Die Mitglieder der Arbeitskammer erhalten für die Sitzungen, welchen sie beiwohnen, und für die Zeitversäumnis, welche die im Auftrag des Arbeitsamts oder der Arbeitskammer ausgeführten Beratungen und Arbeiten beanspruchen, eine Entschädigung und Ersatz der Reisekosten. Die gleiche Entschädigung erhalten die Teilnehmer an den Verhandlungen der vom Reichsarbeitsamt einberufenen Tagung (§ 3) und der Einigungsämter (Art. IV § 28). Die Höhe dieser Entschädigungen setzt das Reichsarbeitsamt fest. Ihre Höhe ist für alle Mitglieder der Arbeitskammern die gleiche.

Artikel IV.

Einigungsämter.

§ 28.

Im Falle von Streitigkeiten, welche zwischen Betriebsleitern oder ihren Stellvertretern und den von diesen beschäftigten Personen über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Beschäftigungsverhältnisses entstehen, hat das Arbeitsamt im Verein mit der Arbeitskammer auf Anrufung auch nur einer der streitenden Parteien als Einigungsamt zu wirken.

§ 29.

Die Arbeitskammer bestimmt im voraus, und zwar für jede Klasse in besonderer Wahl, eine Anzahl ihrer Mitglieder, aus denen im gegebenen Fall unter dem Vorsitz des Arbeitsrats oder seines Stellvertreters das Einigungsamt gebildet wird.

§ 30.

Der Vorsitzende beruft aus den von der Arbeitskammer bestimmten Mitgliedern je zwei Vertreter der Betriebsleiter und von ihnen gegen Entgelt beschäftigten Personen, von denen keine an dem Streitfall unmittelbar beteiligt sein darf.

§ 31.

Sobald der Arbeitsrat beziehungsweise sein Stellvertreter von einer der streitenden Parteien zur Bildung des Einigungsamts aufgefordert wird, hat er die andere Partei zur Teilnahme zu einer Verhandlung einzuladen.

Ist diese zur Verhandlung bereit, so fordert das Einigungsamt die streitenden Parteien auf, Vertreter zu bestellen, deren Zahl nicht weniger als zwei von jeder Partei betragen darf.

§ 32.

Weigert sich eine der streitenden Parteien, der Einladung des Einigungsamts zu einem Einigungsversuch Folge zu leisten, so hat das Einigungsamt sich gleichwohl über die Ursachen des Streits zu unterrichten. Es hat alsdann öffentlich ein Urteil über den Streitfall abzugeben, wobei es die Partei bezeichnet, die sich dem Einigungsversuch entzogen hat, und die ihm für diese Handlungsweise bekanntgewordenen Gründe angibt.

§ 33.

Als Vertreter der streitenden Parteien können nur Beteiligte bestellt werden, die grossjährig sind, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und nicht durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Ueber die Legitimation der Vertreter entscheidet das Einigungsamt nach freiem Ermessen.

§ 34.

Das Einigungsamt kann sich durch Zuziehung von Vertrauenspersonen der Betriebsleiter und der von ihnen gegen Entgelt beschäftigten Personen in gleicher Zahl, die keiner der streitenden Parteien angehören dürfen, ergänzen. Dieses muss geschehen, wenn es von den Vertretern der beiden streitenden Parteien unter Bezeichnung der zuzuziehenden, am Streit nicht beteiligten Vertrauenspersonen beantragt wird.

§ 35.

Das Einigungsamt hat durch Vernehmung der Vertreter beider Teile die Streitpunkte und die für die Beurteilung derselben in Betracht kommenden Verhältnisse festzustellen. Es ist befugt, zur Aufklärung der Verhältnisse Zeugen und Sachverständige vorzuladen und zu vernehmen. Auf das Recht der Zeugen und Sachverständigen zur Verweigerung ihrer Aussagen sind die Vorschriften der §§ 383 bis 386 der Zivilprozessordnung anzuwenden.

Der Vorsitzende ist befugt, gegen Zeugen und Sachverständige, welche gehöriger Ladung ungeachtet unentschuldigt ausbleiben oder ohne Grund ihre Aussage verweigern, Geldstrafe bis zu einhundert Mark zu verhängen. Gegen diese Geldstrafen findet binnen einer Woche Beschwerde an die Arbeitskammer statt. Deren Entscheidung ist endgiltig.

Jedem Beisitzer und Vertrauensmann steht das Recht zu, durch den Vorsitzenden Fragen an die Vertreter und Auskunftspersonen zu richten.

§ 36.

Nach erfolgter Klarstellung der Verhältnisse ist in gemeinsamer Verhandlung jedem Teil Gelegenheit zu geben, sich über die vorliegenden Aussagen der Auskunftspersonen zu äussern. Demnächst findet ein Einigungsversuch zwischen den streitenden Teilen statt.

§ 37.

Kommt eine Vereinbarung zustande, so ist der Inhalt derselben durch eine von sämtlichen Mitgliedern des Einigungsamts und von den Vertretern beider Teile zu unterzeichnende Bekanntmachung zu veröffentlichen.

§ 38.

Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so hat das Einigungsamt einen Schiedsspruch abzugeben, welcher sich auf alle zwischen den Parteien streitigen Fragen zu erstrecken hat.

Die Beschlussfassung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Stehen bei der Beschlussfassung über den Schiedsspruch die Stimmen sämtlicher für die Betriebsleiter zugezogenen Beisitzer und Vertrauensmänner denjenigen sämtlicher für die Gegenseite zugezogenen gegenüber, so ist festzustellen, dass ein Schiedsspruch nicht zustande gekommen ist.

§ 39.

Ist ein Schiedsspruch zustande gekommen, so ist derselbe den Vertretern beider Parteien mit der Aufforderung mitzuteilen, sich binnen einer zu bestimmenden Frist darüber zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen.

Nach Ablauf der Frist hat das Einigungsamt eine von sämtlichen Mitgliedern desselben unterzeichnete öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, welche den abgegebenen Schiedsspruch und die darauf abgegebenen Erklärungen der Parteien enthält.

§ 40.

Ist weder eine Vereinbarung (§ 37), noch ein Schiedsspruch zustande gekommen, so ist dies von dem Vorsitzenden des Einigungsamts öffentlich bekannt zu machen.

Artikel V.

Schlussbestimmungen.

§ 41.

Die Kosten, die aus der Durchführung dieses Gesetzes entstehen, trägt das Reich, und sind dieselben alljährlich in den Reichsetat einzustellen.

§ 42.

Der dritte Abschnitt des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1891 mit den §§ 61 bis 69 wird aufgehoben. Aufgehoben sind ferner der dritte, vierte und fünfte Absatz im § 139b und der dritte Absatz im § 155 der Gewerbeordnung.

§ 43.

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündigung in Kraft.
Urkundlich etc.
Gegeben etc.

Berlin, den 9. Dezember 1903.

(Folgen 80 Unterschriften.)

---

b) Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung der Verfassung des Deutschen Reichs.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

I.

In Artikel 17 werden die Worte:

welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt

gestrichen.

II.

Hinter Artikel 17 sind folgende Bestimmungen einzufügen:

Artikel 17a.

Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers.

Artikel 17b.

Wenn der Reichstag den Reichskanzler für schuldig hält, durch eine von ihm zu verantwortende Handlung oder Unterlassung vorsätzlich oder grob fahrlässig seine Amtspflichten verletzt, namentlich verfassungswidrig gehandelt oder sonst das Wohl des Reiches geschädigt zu haben, so kann der Reichstag gegen den Reichskanzler Anklage erheben.

Mit dieser Anklage kann der Reichstag die Anklage wegen solcher Handlungen des Reichskanzlers verbinden, welche unter das allgemeine Strafgesetz fallen, soweit sie mit den öffentlichen Obliegenheiten des Reichskanzlers zusammenhängen.

Artikel 17c.

Die Verhandlung und Entscheidung über die vom Reichstage gegen den Reichskanzler erhobene Anklage steht dem Staatsgerichtshofe für das Deutsche Reich zu.

Der Reichstag ernennt bei Beginn jeder Legislaturperiode die 24 Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Die Berufung in den Staatsgerichtshof darf nicht abgelehnt werden.

Von der Berufung sind ausgeschlossen:

1. die in §§ 32, 33, 34 Nr. 1 bis 6 und 9 des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Personen;

2. Mitglieder des Bundesrats und des Reichstags.

Artikel 17d.

Der angeklagte Reichskanzler hat das Recht, bis zu zwölf Mitglieder des Staatsgerichtshofes ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Macht er von diesem Rechte nicht im vollen Umfange Gebrauch, so ist durch Auslosung die Zahl der Mitglieder auf zwölf zu bringen. Diese bilden den Gerichtshof und wählen den Vorsitzenden aus ihrer Mitte.

Artikel 17e.

Auf das Verfahren vor dem Staatsgerichtshofe finden die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes mit Ausnahme von § 24 und der Strafprozessordnung sinngemässe Anwendung.

Der Reichstag kann vor Erhebung der Anklage eine Voruntersuchung anordnen und die Untersuchungsrichter ernennen.

Der Reichstag ernennt die Vertreter der Anklage vor dem Staatsgerichtshofe.

Der Beschluss des Reichstags, den Reichskanzler in Anklage zu versetzen, gilt als Beschluss über die Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 201 St.-Pr.-O.).

Artikel 17f.

Von der Beschlussfassung des Reichstags über die Erhebung der Anklage bis zur Beendigung des Verfahrens ist der angeklagte Reichskanzler vom Amte suspendiert.

Artikel 17g.

Im Falle der Verurteilung ist stets der Reichskanzler seines Amtes verlustig zu erklären. Ausserdem kann nach Beschaffenheit der Umstände auf zeitliche oder dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amts erkannt werden.

Fällt dem angeklagten Reichskanzler auch eine im allgemeinen Strafgesetze vorgesehene Handlung zur Last, so hat der Staatsgerichtshof ausserdem die Bestimmungen dieses Gesetzes gegen ihn anzuwenden.

Artikel 17h.

Das Recht der Begnadigung oder Strafmilderung zugunsten des Verurteilten darf nur auf Antrag des Reichstags ausgeübt werden.

Artikel 17i.

Der Reichskanzler kann vor den ordentlichen Gerichten auf Ersatz des Schadens belangt werden, den er

1. durch Anweisung einer vom Reichstage nicht genehmigten Ausgabe oder durch eine mit den Beschlüssen des Reichstags nicht übereinstimmende Verwendung einer genehmigten Ausgabe dem Reiche oder

2. durch eine vom Staatsgerichtshofe für strafbar erkannte Handlung dem Reiche oder Privaten zugefügt hat.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Pflichtwidrigkeit der Handlung ist für die ordentlichen Gerichte bindend.

---

c) Entwurf eines Gesetzes betr. Abänderung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

An Stelle der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung treten folgende Bestimmungen:

1. § 152 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung:

Personen, welche gegen Vergütung die Leistung von Diensten oder die Herstellung von Werken übernehmen, haben das Recht, Vereinigungen zu bilden oder Verabredungen zu treffen, die eine Einwirkung auf Arbeits-, Gehalts- oder Lohnverhältnisse, für die Teilnehmer oder für Dritte bezwecken.

Dies gilt insbesondere für Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs, Staats, der Gemeinden und öffentlich-rechtlicher Korporationen, sowie der für deren Rechnung geführten wirtschaftlichen Betriebe, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Tagelöhner, Heimarbeiter, Hausindustrielle, Gesinde, Hofgänger, Landarbeiter, Forstarbeiter, Instleute, Einlieger, Seeleute und von Vereinigungen und Verabredungen, welche die Wahrnehmung von Berufsinteressen, die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Einstellung der Arbeit oder durch Entlassung der Arbeiter, sowie die Unterstützung Arbeitsloser und Hilfsbedürftiger bezwecken.

Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

Alle entgegenstehenden Verbote und Strafbestimmungen sind aufgehoben.

2. § 152a.

Vereinigungen und Versammlungen der in § 152 genannten Art unterliegen nicht den Bestimmungen über das Versammlungs-, Vereins- und Versicherunswesen. Insbesondere dürfen solche Vereinigungen Versammlungen veranstalten und in denselben zur Förderung der im § 152 gedachten Zwecke politische Gegenstände erörtern und auf die Verwaltung und Gesetzgebung einzuwirken suchen.

3. § 152b.

Aufforderungen zur Förderung der in §§ 152 und 152a aufgeführten Zwecke oder Unternehmungen, Geldsammlungen, welche diesen Zwecken oder Unternehmungen dienen, Mitteilungen und Erkundigungen, welche dieselben betreffen, die Verbreitung oder Verteilung von Druckschriften, welche diesen Zwecken dienen, sind jedermann gegenüber zulässig und unterliegen keinen landesgesetzlichen Bestimmungen, dürfen auch nicht als grober Unfug oder als Verletzung der Bestimmungen über Sonntagsruhe erachtet werden.

Der Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen, Strassen und an anderen öffentlichen Orten zum Zwecke solcher Aufforderungen, Mitteilungen oder Erkundigungen darf nur untersagt werden, wenn durch den Aufenthalt der Tatbestand der in den §§ 115, 116, 123 bis 125, 127 des Strafgesetzbuchs gedachten Handlungen erfüllt wird.

4. § 152c.

Das Verlangen, einen Arbeitsvertrag zu schliessen, andere in Arbeit zu nehmen, andere Arbeitsbedingungen, insbesondere höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit zu gewähren, oder bestimmte Bedingungen als Voraussetzungen

für Fortsetzung oder Aufnahme der Arbeit zu erfüllen, sowie das Verlangen, einer Wohltätigkeitsanstalt, einer öffentlich-rechtlichen Korporation oder einer politischen, gewerblichen oder gemeinnützigen Vereinigung eine Zuwendung zu machen, ist nicht als rechtswidrig und der dadurch erstrebte Vermögensvorteil nicht als ein rechtswidriger im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuchs zu erachten.

5. Im § 154a der Gewerbeordnung wird statt der Worte »§§ 152 und 153« gesetzt: »§§ 152, 152a, 152b, 152c, 152d«.

Urkundlich u. s. w.

Gegeben u. s. w.

Ein Manifest des englischen Sozialdemokratischen Bundes über den Chamberlainschen Zollbundplan.

Die Chamberlainsche Agitation für Herstellung eines das britische Weltreich umschliessenden Zollbundes hat die verschiedenen Sektionen der englischen Arbeiterdemokratie genötigt, zu dieser Idee Stellung zu nehmen. Während wir die einschlägige Broschüren- etc. Literatur an anderer Stelle besprechen, werden wir die in Form von Manifesten veröffentlichten Aeusserungen hier zum Abdruck bringen. Wir beginnen mit einem Ende 1903 veröffentlichten Manifest des Sozialdemokratischen Bundes (Social-Democratic Federation), der ältesten, wenn auch nicht grössten der jetzt bestehenden sozialistischen Verbindungen Englands.

Redaktion der Dok. d. Soz.

* * *

Manifest über die fiskalpolitische Streitfrage.

An die Arbeiter des Vereinigten Königreichs.

Mitbürger. — Während der letzten Monate ist die Aufmerksamkeit des Volkes dieser Inseln hauptsächlich auf Fragen der Zoll- und Steuerpolitik gelenkt worden. Die fiskalpolitische Agitation, die letzten Mai mit den Reden des Herrn Chamberlain in Birmingham und des Herrn Balfour im Haus der Gemeinen einsetzte, hat stetig zugenommen, bis sie in der schutzzöllnerischen Propaganda, die der — von den Verantwortlichkeiten seines Amtes befreite — bisherige Kolonialsekretär so kräftig betreibt, ihren Höhepunkt erreicht hat.

Wir Sozialdemokraten haben an der fiskalpolitischen Polemik wenig teilgenommen, bis Herr Chamberlain seinen Vorschlägen eine einigermassen bestimmte Form gegeben hatte. Wir erkannten, dass die Liberalen und die Freihändler lediglich ihre Energie verschwendeten und ihre Schwäche zur Schau trugen, als sie Vorschläge brandmarkten, bevor sie noch gemacht waren. Aber jetzt hat Herr Chamberlain seine Ansichten euch genügend dargelegt, um sich eine Idee davon zu bilden, was er wirklich meint; und auf der anderen Seite haben seine Gegner genügend geredet, um euch zu beweisen, dass, was immer sie in Bezug auf Blosslegung der Hohlheit bloss schutzzöllnerischer Tarife als Mittel, euch materiell zu helfen, tun mögen, sie ihrerseits nichts vorzuschlagen haben, ausser dass

die Dinge so bleiben sollen, wie sie sind!

Die fiskalpolitische Polemik hat sich in ihrem gegenwärtigen Stadium zu einer heftigen Diskussion über die Vorzüge des Schutzzolls und Freihandels als Prinzipien der Fiskalpolitik entwickelt. Wir haben nicht die Absicht, in den Irrgarten und das Netzwerk der Einfuhren und Ausfuhren einzugehen. Sie verdunkeln nur die wahre Streitfrage, soweit sie euch als Produzenten des Reichtums angeht. Die Streitenden schleudern einander Millionen in Zahlen an den Kopf, die bestritten, auf's neue bekräftigt, ausgelegt werden, und sind glücklich, wenn jeder dem andern nachweisen kann, dass er sich

um ein oder zwei Millionen ins Unrecht gesetzt hat. Inzwischen wird die öffentliche Meinung, wie das nur natürlich, verwirrt, ermüdet und dazu gebracht, alle Hoffnung hinsichtlich der Sachverständigen fahren zu lassen.

Worauf laufen denn nun Herrn Chamberlains Vorschläge hinaus? — Nach seinen Reden zu urteilen, soll der erste Schritt, das britische »Reich« handelspolitisch zusammenzuschliessen, ein Zoll auf Nahrungsmittel sein. Es soll — zur Zeit! — nur ein kleiner Zoll sein. Der Exkolonialsekretär hat, wenigstens in seinen eigenen Augen, bewiesen, dass der auf die Bevorzugung der Kolonien abzielende Nahrungsmittelzoll in Verbindung mit einer Ermässigung der Abgaben auf jetzt besteuerte Konsumartikel den Industriearbeiter hinsichtlich der Kaufkraft seiner Löhne ungefähr genau so stellen wird, wie jetzt, und das Los des Landarbeiters verbessert werden wird, um den Klang von 1 sh 1 d im Jahr!

Welch unschätzbarer Gewinn!

Ferner sollt ihr Vergeltungsmassregeln gegen im Ausland fabrizierte Waren haben, und man erzählt euch, bis auf die Zahlen eurer ganzen Familie, wie viele von eurer Klasse dadurch Beschäftigung gewinnen werden — zu 30 Schilling die Woche.

Mitbürger, es ist durchaus keine Sicherheit gegeben, dass Herrn Chamberlains Zahlen sich als richtig erweisen werden. Es wird nichts über die Tatsache gesagt, dass Zölle zu gunsten bestimmter Industrien andere Industrien höchst nachteilig treffen können. Fabrikate der einen Industrie können das Rohmaterial einer anderen Industrie bilden. Und selbst, wenn wir annehmen, dass die von Herrn Chamberlain vorgezeichneten Zahlen sich sämtlich voll verwirklichen werden, wie winzig und nichtssagend sind die euch versprochenen Vorteile. Aber wir können nichts dergleichen annehmen; nicht einmal der Mann, der für den schändlichen südafrikanischen Krieg, dessen scheussliches Andenken er jetzt durch die fiskalpolitische Agitation zu verdecken sucht, verantwortlich ist, kann über menschliche Dinge so prophezeien, als ob er mit einer Aufgabe im Euclid zu tun hätte. Sein ganzes Tun und Lassen hinsichtlich jener neuerlichen schwarzen Seiten in unserer Geschichte führt uns dahin, ernsthafte Zweifel an der Genauigkeit seiner Prophezeiungen zu hegen, — selbst wenn diese sich bis auf das Versprechen des fürstlichen Zuwachses von

Einem Heller pro Woche

für Landarbeiter erstrecken!

Nicht nur das. Wenn es notwendig werden sollte, den vorgeschlagenen Zoll auf Nahrungsmittel zu erhöhen, so erinnert euch, dass wenn die Preise steigen, sie schneller steigen wie die Löhne, und dass ihr alle Organisationskraft, die ihr jetzt in euren Gewerkschaften habt, nötig haben werdet, um eure Löhne zu erhöhen, wenn die Kosten des Lebensunterhaltes steigen. Hinsichtlich dieses Punktes hat Herr Chamberlain euch einen rechtzeitigen Wink gegeben. Er sagt, dass wenn ihr seinen Vorschlägen in Bezug auf den Schutz gewisser kapitalistischer Interessen nicht zustimmt, ihr in Gefahr sein werdet, den geringen Schutz zu verlieren, den ihr jetzt unter den Fabrik- und Haftpflichtgesetzen geniesst. Es steckt darin eine verhüllte Drohung, die ihr gut tun werdet, wohl im Gedächtnis zu bewahren.

Aber Mitbürger, wenn wir euch auch ermahnen, euch nicht von schutzzöllnerischen Vorschlägen verleiten zu lassen, die nur das notwendige wirtschaftliche Gegenstück von politischem Jingoismus und Imperialismus sind, so dringen wir gleichfalls in euch, euch nicht von kapitalistischen Freihändlern beschmeicheln zu lassen. Sie sind, wie die Schutzzöllner, ein Flügel der Kapitalistenklasse und deshalb eure Feinde. Erinnert euch, dass es Sir Henry Campbell-Bannerman, Freihändler und Führer der liberalen Partei, ist, der erklärt hat, dass auf diesen Inseln zwölf Millionen Leute am

Rande des Verhungerns

stehen. Singt also Juchhe über den Segen des Freihandels! Erinnert euch auch, dass unsere »wunderbare Prosperität«, von der die Freihändler so gleissnerisch schwatzen, nur zu dem Zweck aufgetischt wird, ihren fiskalpolitischen Gegnern etwas entgegen zu halten. Bevor die Möglichkeit eines Wechsels vom Freihandel zum Schutzzoll zur Debatte gestellt wurde, sprachen die-

jenigen, die jetzt über unsere wundervollen Handelszahlen in Wonne schwimmen, davon, wie schlecht wir in Folge der Regierungspolitik überall daran sind. Die Berichte des Gewerbeamts über eure Lohnsätze und Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren zeigen, dass ihr wenigstens an dieser »wunderbaren Prosperität« keinen grossen Anteil gehabt habt. Erinnert euch ferner, dass die klassischen Freihändler zu euren schlimmsten Feinden zählten; das ist auch mit ihren heutigen Schülern der Fall. Jene waren logischerweise gegen jede, auf eure Interessen berechnete Gewerkschaftsbewegung oder Schutzgesetzgebung, weil sie jene individuelle Freiheit des Kontrakts beschränkte, die für sie die Möglichkeit bedeutete, eure Arbeitskraft wie jede andere Ware so billig wie nur möglich zu kaufen. Für jene Schule der politischen Oekonomie ist der Konsument alles,

der Produzent nichts.

Eine höchst angenehme und bequeme Theorie für die Reichen und Wohlhabenden, die nahezu alles konsumieren und nichts produzieren! Aber ihr, die ihr alles produziert und nur einen kleinen Teil des Reichtums konsumiert, den ihr produziert — passt es euch, nur als Konsumenten berücksichtigt zu werden?

Mitbürger, hütet euch vor beiden Formen des fiskalpolitischen Betrugs. Das Quacksalbermittel wird euch unvermeidlich in Bezug auf eure eigenen Klasseninteressen blind machen. Unterstützt weder den schutzzöllnerischen Fabrikanten, noch den freihändlerischen Kaufmann. Eure Klasse wird, gleichviel ob Schutzzoll oder Freihandel herrscht, von den Kapitalisten, den Finanzleuten, Geldverleihern und allen übrigen ausgebeutet, die da leben, ohne irgend welche nützliche Arbeit zu verrichten. Der gegenwärtige Streit dreht sich zum grossen Teil darum, welche Fiskalpolitik die Profite der Fabrikanten oder Händler steigern wird. Ein Freihandelsblatt hat sogar gesagt, dass nicht viel darauf ankommt, ob die Profite auf Grund von Industrien, vom Handel, von der Rhederei oder aus Bankgeschäften gemacht werden, so lange die Zahlen zeigen, dass unser »Geschäft« zunimmt! Mag die Industrie zu Grunde gehen, wenn nur der Handel mehr einbringt! Was erheischt wird, ist nicht das, was nützlich ist, sondern das, was Profit bringt! Was Wunder also, dass die

Unwissenheit und Unfähigkeit

unserer herrschenden Klassen zunimmt, und dass sie, sobald es ihnen beliebt, auf eure Schultern den Tadel abladen, wenn sie in ihren Kämpfen mit ökonomisch später entwickelten Nationen um die Weltmärkte zurückbleiben.

Wir erklären, dass im Sozialismus, und nur im Sozialismus, das Abhülfemittel für die ökonomischen Uebel gefunden werden kann, welche die zivilisierte Menschheit heute treffen. Solange das Privateigentum an den grossen Produktionsmitteln und Werkzeugen, der Grund und Boden eingeschlossen, besteht, solange die Aneignung der Erträge der Arbeit der werktätigen Klassen durch die Kapitalistenklasse andauert, solange werden die Arbeiter aller Länder die Lohnsklaven der Klassen bleiben, welche ihre Mittel zum Leben eignen und kontrollieren. Nur allein die vollständige und demokratische Kollektivübernahme und Kontrolle der grossen Produktionsmittel und Werkzeuge durch die organisierten Gemeinwesen und die Produktion von Reichtum für den Gebrauch des ganzen Volkes, statt für den Nutzen einer Klasse, kann die ökonomischen Schwierigkeiten lösen, die in allen zivilisierten Ländern obwalten. In den grossen sozialistischen Massenversammlungen, die in den grossen Industriezentren abgehalten worden sind und werden abgehalten werden, haben unsere Genossen die sozialistische Stellung klarer auseinandergesetzt, als wie dies in einer so kurzen Erklärung, wie die vorliegende, möglich ist, und werden sie das weiterhin tun.

Wir Sozialdemokraten sind notwendigerweise Freihändler im vollsten und besten Sinne des Wortes. Die internationale Sozialdemokratie wird keine Tarifmauern kennen und keine Zollauflagen brauchen.

Die organisierte Produktion für den Gebrauch

wird an die Stelle der konkurrenzmässigen Produktion für den Profit treten. Aber weil wir Freihändler im besten und vollsten Sinne des Wortes sind, bekämpfen wir die kapitalistischen Freihändler nicht minder, wie ihre schutz-

zöllnerischen Widersacher. Sie geben vor, euer Interesse dadurch wahrzunehmen, dass sie euch billige Nahrungsmittel sichern, während sie in Wirklichkeit nur um die Billigkeit der Zufuhr von Arbeit und allen anderen Waren und Rohmaterialien besorgt sind. Als Gegner dieses Gottes der Billigkeit mit seinen Verfälschungen, Schweisstreibereien und allen anderen »legitimen Formen der Konkurrenz«, wie gleichfalls im Gegensatz zu jenem räuberischen Imperialismus, dem Zollverein, Tarife und Schutzzoll als notwendige Teile zugehören, halten wir Sozialisten das höhere Ideal von Völkern aufrecht, die gleich frei von kapitalistischer Ausbeutung, wie von Rassenhass, für den Gebrauch und nicht für den Profit produzieren und mit einander in einem allumfassenden genossenschaftlichen Gemeinwesen Brüderschaft halten, in dem der kapitalistische Freihandel und der Schutzzoll gleicherweise unbekannt sein werden.

Der Vollziehungsrat des Sozialdemokratischen Bundes.

Die wichtigsten prinzipiellen Beschlüsse des Gesamtparteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Abgehalten zu Wien vom 9. bis 13. November 1903.)

1. Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage.

Der Parteitag erblickt im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen der Sozialdemokratie — die daraus erwachsenden Schäden zu beseitigen, darf kein Mittel unbenutzt bleiben.

Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die ökonomische Hebung des Proletariats sein; eine notwendige Ergänzung hierzu bildet aber die Aufklärung über die Alkoholwirkung und die Erschütterung der Trinkvorurteile.

Der Parteitag empfiehlt daher allen Parteiorganisationen und Parteigenossen die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften von Parteiorganisationen. Den für die Abstinenz gewonnenen Parteigenossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenschluss in Abstinenzvereinen zu empfehlen, die ihrerseits dafür zu sorgen haben, dass ihre Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen.

2. Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs erklärt:

Die staatsrechtliche Gemeinschaft mit Ungarn ist für Oesterreich unerträglich. Sie ist wertlos: weil die durch sie angeblich erzielte Grossmachtstellung der Monarchie ausschliesslich Ungarn zugute kommt, das die Vorteile einheimst, während Oesterreich die Lasten trägt. Sie ist unnütz: weil ihr ursprünglicher Sinn, die Verteidigung des europäischen Oesterreich gegen die Barbarenflut des Ostens, erschöpft ist und die künstlich aufrecht erhaltene Grossmacht nur allein dem Zweck dient, der regierenden Dynastie Ansehen und Glanz zu schaffen. Sie ist schädlich: denn unter den Ursachen der inneren Wirren Oesterreichs steht der Dualismus in erster Reihe. Indem er die Parteien für ein volksfremdes, nur dynastisches Interesse in Anspruch nimmt, ist er für Oesterreich ein Element der Zersetzung geworden — der Korruption und des Verfalles aller parlamentarischen Institutionen.

Die Sozialdemokratie Oesterreichs, als die Wortführerin aller werktätigen Klassen, lehnt diese staatsrechtliche Gemeinschaft ab: rundweg, vollständig und für immer. Der Dualismus ist die Form, in

der sich die dynastische Hausmachtspolitik in die Zeiten der Volkssouveränität hinübergerettet hat und durch die sie die Entwickelung aller in Oesterreich lebenden Völker bedrängt und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Entfaltung vergewaltigt. Die Sozialdemokratie, die Partei der Zukunft, fühlt sich aber frei von jenem verlogenen Patriotismus, der den Völkern nimmt, um der Hausmacht zu geben, ihr ist die Entwickelung der breiten Massen der Völker der gewichtigste Zweck der Staaten — dem sich jeder andere unterzuordnen hat, dem sich keiner hindernd entgegenstellen darf. Der Dualismus ist ein solches Hindernis — und deshalb verwerfen wir ihn. Ganz abgesehen von unserer prinzipiellen Ablehnung des Militarismus als Produkt und Werkzeug der kapitalistischen Ordnung, sind wir gegen die sogenannte gemeinsame Armee — aus der sich nun ein selbständiges ungarisches Heer bilden will, für dessen Aufzucht Oesterreich roboten soll. Wir verwerfen jede staatsrechtliche Gemeinschaft — ausnahmslos und vorbehaltlos. Die Sozialdemokratie will jedem dieser zusammengekoppelten Teile Freiheit und Selbständigkeit schaffen — damit sie sich, des harten Druckes und der beeinträchtigenden Fessel frei, nach Massgabe ihrer Kraft und Einsicht entwickeln können.

Anders ist die wirtschaftliche Gemeinschaft zu beurteilen, die keinen überlebten Grossmachtsvorstellungen entsprungen ist, sondern auch realen Bedürfnissen dient und sie auch weiterhin zu erfüllen geeignet ist. Die Sozialdemokratie Oesterreichs ist sich nicht im unklaren darüber, dass zwischen der wirtschaftlichen, auf der freien Entschliessung der beiden Staaten beruhenden Einheit und den als dauernd und unabänderlich proklamierten pragmatischen Angelegenheiten ein derartiger Zusammenhang besteht, dass die Beseitigung der staatsrechtlichen Gemeinschaft die wirtschaftliche Verbindung zu beeinträchtigen, ja aufzuheben vermag. Aber die Störungen des wirtschaftlichen Bandes, die in dem periodisch abzuschliessenden Ausgleich so empfindlich auftreten, ist eben die Folge der aufgezwungenen staatlichen Verbindung, in der Ungarn eine Minderung seiner staatlichen Souveränität empfindet und für welche es sich durch wirtschaftliche Konzessionen aus dem wirtschaftlichen Gut Oesterreichs bezahlt macht. Selbständig und unabhängig geworden, werden sich beide Staaten ungleich leichter verständigen und auseinandersetzen; von dem vergiftenden Einfluss der dualistischen Staatsform befreit, werden die Völker beider Staaten ihre Interessen frei und unverfälscht zu erkennen vermögen und sich zum wirtschaftlichen Bündnis zusammenfinden, in dem ihre Bedürfnisse gerecht und zweckmässig erfüllt sein werden, der Vorteil des einen nicht zum Nachteil des anderen ausschlagen wird. Auch dieses Bündnis muss die Freiheit jedes Teiles unversehrt lassen, jedem Teile die Möglichkeit geben, die seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwickelung entsprechenden Tatsachen zu schaffen; was es bezwecken und erhalten soll, ist nicht mehr als die Einheit des Zollgebietes — an der beide Staaten gleichmässig beteiligt sind und zu der sie sich im Stande der Selbständigkeit, in Erkenntnis der Interessen aller ihrer Völker frei zusammenfinden werden.

Der Parteitag erklärt also, nur in der vollen und freien Selbstbestimmung Oesterreichs den Weg zu sehen, auf welchem der Aufbau einer das autonome Recht aller seiner Nationen verbürgenden staatlichen Gemeinschaft möglich ist, erklärt die Beseitigung des Dualismus als die unerlässliche Voraussetzung zur Erkämpfung eines Oesterreich, in dem die Klasse der Arbeiter den ihr zukommenden, aber bisher schnöde vorenthaltenen Einfluss erlangt und die Bahn freimacht für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben.

Der Parteitag erklärt aber auch dasselbe bezüglich Ungarns und sieht nur in diesem Wege der Entwickelung die Möglichkeit zur Emanzipation der geknechteten, nichtmagyarischen Nationen sowie des Proletariats dieses Staates.

Aus diesem Grunde begrüsst er das ungarische Proletariat, welches mit seiner Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und der Gleichberechtigung aller in diesem Staate lebenden Völkerstämme den Grundstein zu einem modernen Staatsgebilde gelegt hat, auf das lebhafteste.

3. Die Konsumgenossenschaften.

Die Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des österreichischen Proletariats eröffnet die Möglichkeit, nunmehr auch die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen.

Die Form der genossenschaftlichen Organisation, die heute überall dort — aber auch nur dort — möglich ist, wo die Arbeiterschaft ihre politische und gewerkschaftliche Organisation zu einem erheblichen Masse von Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit ausgebildet hat, ist der Konsumverein.

Die Vorteile eines gut geleiteten Konsumvereins für die Privatwirtschaft seiner Mitglieder sind offenbar.

Die eigentliche Bedeutung der Konsumvereinsbewegung liegt jedoch in ihren Leistungen für die Arbeiterklasse (Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch Beseitigung des Zwischenhandels, Regulierung der lokalen, später der nationalen Preisbildung der Lebensmittel, Eigenproduktion, Bekämpfung der Kartelle und Trusts, materielle Unterstützung der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation, Sicherung der Existenz der Opfer des Klassenkampfes).

Wir warnen jedoch nochmals auf das eindringlichste vor leichtfertigen, nicht genügend vorbereiteten Gründungen.

Neugründungen dürfen nur mit Zustimmung der Bezirksorganisation und im Einvernehmen mit dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und nur auf Grund der beschränkten Haftung erfolgen. Wo die Führung von Konsumvereinen derzeit in den Händen indifferenter oder gegnerischer Elemente liegt, werden die organisierten Arbeiter suchen müssen, den ihnen gebührenden Einfluss zu erringen, bevor sie an die Gründung einer neuen Genossenschaft schreiten.

Der Parteitag erklärt es als die Pflicht aller von organisierten Arbeitern geleiteten Konsumvereine, dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beizutreten und dessen Bestrebungen zur Zentralisation (Verschmelzung der an einem Orte bestehenden Konsumvereine, Gründung von Einkaufsvereinigungen) zu unterstützen.

Der Parteitag erklärt es endlich als die Pflicht der Konsumvereine, bei Feststellung der Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten im Einvernehmen mit der Organisation derselben vorzugehen.

4. Sozialpolitik in Oesterreich.

Unter Festhaltung der im Programme der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs aufgenommenen Mindestforderungen an gesetzlichem Arbeiterschutz beschliesst der Parteitag:

Gegen die von der Regierung Koerber systematisch betriebene Verzettelung des Zustandekommens einer zeitgemässen Reform der Arbeiterversicherung, sowie deren Ergänzung durch Einführung einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersversicherung, einer Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter wird auf das entschiedenste protestiert und erklärt, dass Regierung und Parlament von der organisierten Arbeiterschaft für den Fortbestand des desolaten Zustandes der Arbeiterversicherung verantwortlich gemacht werden.

Die im sozialpolitischen Ausschusse des Abgeordnetenhauses in Verhandlung stehende Vorlage betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Privatbeamten ist mit Rücksicht auf das eingeschränkte Geltungsgebiet dieses Gesetzes, den Mangel eines staatlichen Zuschusses und die verfehlte Art der Organisation durchaus unzureichend und es kann dieselbe auch nicht als eine teilweise Befriedigung der gerechten Forderung der Arbeiterschaft nach einer gesetzlichen Vorsorge für den Fall der Invalidität und des Alters angesehen werden, weil die bedürftigsten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von dieser Versicherung ausgenommen sind.

Die Regierung wird daher dringendst aufgefordert, ihre Vorschläge rücksichtlich einer den wiederholt geäusserten Wünschen der organisierten Arbeiterschaft entsprechenden Reform der Arbeiterversicherung unverzüglich in den kompetenten Körperschaften zur Diskussion zu stellen

und nicht durch weitere vage Versprechungen die berechtigte Erbitterung unter der Arbeiterschaft noch mehr zu steigern.

Ebenso wird gegen die von der Regierung in Vorschlag gebrachte Reform der Gewerbeordnung entschiedenste Verwahrung eingelegt, weil die Perfektion derselben eine Knebelung der in den Gehilfenversammlungen organisierten Arbeiter bedeuten würde und zudem eine Stärkung der raktionären Tendenz unseres versimpelten Gewerbegesetzes zur Folge hätte. Bei diesem Flickwerk ärgster Sorte hat die Regierung von der Reform des VI. Hauptstückes der Gewerbeordnung vollständig Abstand genommen, obzwar gerade dieses Kapitel total veraltet ist. So haben die Bestimmungen desselben über die Maximalarbeitszeit in den wichtigsten Gewerbszweigen schon lange nicht mehr Geltung und lediglich die praktische Bedeutung, dass sie den rückständigsten Unternehmergruppen im Kampfe der Arbeiterschaft um Kürzung der Arbeitszeit Anlass zu nichtigen Ausreden geben. Eine Regierung, die sich ihrer primitivsten sozialpolitischen Pflichten nur halbwegs bewusst ist, hätte auch bei dieser Gelegenheit dem schreienden Lehrlingselende steuern und diese Prügelknaben unserer Wirtschaftsordnung gegen die unmenschliche Ausbeutung sicherstellen müssen.

Der Parteitag erklärt, dass eine durchgreifende, von modernen Gesichtspunkten ausgehende Reform der Gewerbeordnung ein unabweisbares Bedürfnis der Arbeiterschaft ist, wenn nicht der Klassenkampf eine weitere Verschärfung erfahren soll.

Die Angriffe der organisierten Ausbeuter gegen die ohnedies unzulängliche Gewerbeinspektion, gegen die bescheidene Tätigkeit des Arbeiterbeirates und der Gewerbegerichte werden vom Parteitag mit Entrüstung zurückgewiesen und etwaigen Versuchen der Regierung, den unverschämten Wünschen der Geldsackinteressenten irgendwie Rechnung zu tragen, der schärfte Widerstand in Aussicht gestellt.

Die Bestellung von Handels- und Lehrlingsinspektoren, beziehungsweise Ausgestaltung und Vermehrung der Gewerbeinspektorate ist längst spruchreif geworden, der Errichtung neuer Gewerbegerichte werden alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet und die Erstattung der hierzu erforderlichen Gutachten von den Landtagen jahrelang verschleppt. Der Mangel einer einheitlich organisierten Arbeitsvermittelung und einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, bei deren Verwaltung der Arbeiterschaft der gebührende Einfluss gesichert ist, macht sich in der von wirtschaftlichen Krisen bedrohten Zeit besonders fühlbar.

Der Parteitag protestiert auch auf das nachdrücklichste gegen den Gleichmut der Regierung, mit welchem sie arbeiterfeindliche Cliquen Brutalitäten und Gesetzesverletzungen gegen Arbeiterorganisationen und von Arbeitern geleitete Versicherungsinstitute verüben lässt und sich nur schwer entschliessen kann, dem gebeugten Rechte Achtung zu verschaffen.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses auf, den vorgeäusserten Wünschen und Beschwerden der Arbeiterschaft im Parlamente in nachdrücklicher Weise Ausdruck zu geben und die Erfüllung und Berücksichtigung derselben in zweckdienlicher Weise zu fördern.

Ein Aufruf des Internationalen Sozialistischen Bureau gegen das Lynchsystem.

An die Arbeiter aller Länder!

Von den sozialistischen Parteien Frankreichs, Argentiniens und der Vereinigten Staaten ist die Aufmerksamkeit des Internationalen Sozialistischen Bureaus auf die reissend schnelle Zunahme der Fälle von Lynchungen in Nordamerika gelenkt worden.

Im Jahre 1902 kamen in einem einzigen Staat 103 Lynchfälle vor; die von der Bundesregierung darüber angestellte Untersuchung hat in den Süd-

staaten einen Zustand der Dinge enthüllt, der an die Greuel der Sklaverei erinnert: Der Neger arbeitet unter der Herrschaft der Peitsche und des Knüppels; öfters erliegt er den erlittenen Schlägen. Um es zu verhindern, dass er sich durch die Flucht dieser tagtäglichen Marterung entzieht, zwingt man ihn, nackt zu arbeiten. Dank der Willfährigkeit der Behörden oder durch sie ermutigt, und auf Anstiften der Eigentümer, werden die Frauen, die Kinder und die Männer der schwarzen Rasse eingesteckt, füsiliert, niedergemetzelt; man brennt ihre Wohnungen nieder, man verbrennt sie selbst bei lebendigem Leibe.

In den Reihen der amerikanischen Sozialdemokratie sieht man der Zukunft nicht ohne Unruhe entgegen; jeden Tag drohen blutige Zusammenstösse, gewaltsame Repressalien sind zu befürchten. Neun Millionen Neger sind in ihrer Existenz bedroht. Einer ganzen menschlichen Rasse verweigert man das Recht auf das Leben.

Vor 40 Jahren proklamierte die Republik der Vereinigten Staaten die Befreiung der Sklaven, und die Sklaverei dauert fort.

Ehedem repräsentierte der den Menschendieben abgekaufte Neger ein Kapital; er wurde von den Eigentümern verteidigt, weil er ihr *Gut* war.

Heute repräsentiert er in ihren Augen nicht mehr denselben Wert; aber er ist in den Händen des Kapitalisten ein Element des Kampfes gegen den organisierten weissen Arbeiter.

Der Kapitalismus, der überall die Männerarbeit durch die Arbeit von Frauen und Kindern zu ersetzen sucht, hat in den Nordstaaten, in Newyork, in Brooklyn, in Akron, im Staat Ohio und anderwärts Rassengegensätze heraufbeschworen.

Einst konnte die Frage eine Rassenfrage sein. Seitdem die Südstaaten industrialisiert sind, gibt es zwischen dem Norden und dem Süden keinen Unterschied mehr. *Die Frage ist eine Arbeiterfrage geworden.*

Der Neger ist in den Händen des Kapitalismus ein Mittel, die gewerkschaftliche und sozialistische Organisation der Arbeiter der Nordstaaten zu sprengen. Streiks weisser Arbeiter sind infolge des Massenimports schwarzer *Scabs* verloren gegangen.

Andererseits steigt die Flut der Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten und bedroht die Plutokratie; seitdem sucht der Kapitalismus eine Ablenkung in einem Rassenkampf.

Das darf nicht sein!

Der Kapitalismus macht keinen Unterschied, wenn es sich darum handelt, von der Arbeit anderer zu leben; die Arbeiterklasse hat das Interesse, sich, welches auch die Unterschiede der Rasse und Religion sind, zu vereinigen, um ihre völlige Emanzipation zu erlangen.

Das Sklaventum ist weder weiss, noch gelb, noch schwarz, es ist proletarisch. Die Aufhebung gegen die kapitalistische Ausbeutung muss ein und dieselbe sein.

Das Interesse der Arbeiterklasse erfordert die Vereinigung aller Arbeiter ohne Unterschied der Rassen, es erheischt einen energischen Protest der Sozialdemokratie gegen die abscheulichen Handlungen, die tagtäglich in den Vereinigten Staaten begangen werden.

Das Internationale Sozialistische Bureau.

(Folgen Unterschriften.)

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

2. Januar 1904.

Der Streik in Crimmitschau. — W. H. Vliegen, Der Zusammenbruch des Niederländischen Kolonialsystems. — M. Beer, Der russisch-japanische Konflikt. — Franz Mehring, Albert Schäffle. — Julius Frässdorf, Aerzte und Krankenkassen. — U. Flüchtig, Zur Frage des Generalstreiks. — Literarische Rundschau.

9. Januar 1904.

Marx im Hühnerhof. — Gustav Stengele, Die Sozialdemokratie Hamburgs und die Bürgerschaftswahlen. — Johannes Timm, Aerzte und Krankenkassen. — E. Wurm, Die Gewerbeaufsicht im Deutschen Reiche 1902. — Janko Sakasoff, Die Spaltung in der bulgarischen Sozialdemokratie. — Literarische Rundschau. — Notizen.

16. Januar 1904.

Die russische Hegemonie. — Gustav Jaeckh, Ein sächsisches Juwel. — Akademikus, Statistische Nachklänge zu den Reichstagswahlen. — Gustav Eckstein, Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. — Dr. med. Georg Wagner, Der Kampf der Aerzte gegen die Krankenkassen. — Julius Frässdorf, Aerzte und Krankenkassen. — C. A. Lehmann, Die Forderung der freien Arztwahl. — Notizen. — Literarische Rundschau.

23. Januar 1904.

Triumphe sind wie Niederlagen. — M. Maurenbrecher, Sozialpolitische Zwischenstufen. — Gustav Eckstein, Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. — Adolf Braun, Literatur von und über Gewerkschaften. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Januar 1904.

Julius Bruhns, Ein ehrlicher Versuch. Einige Bemerkungen zu den preussischen Landtagswahlen. — Dr. Eduard David, Die Eroberung der politischen Macht. — Eduard Bernstein, Ein Vorwort zur Programmrevision. — Adolph von Elm, Die Revisionisten an der Arbeit. — Paul Kampffmeyer, Die Gewerkschaften und die Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung. — Richard Calwer, Der britische Reichszollverein. — Dr. Albert Südekum, Die Finanzreform des Freiherrn von Stengel. — Karl Fischer, Zwei Skizzen. — Eernst Groeg, Die Kunst Johannes Brahms. — Rundschau (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Geistige Bewegung, Frauenbewegung, Bücher).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Januar 1904.

Jean Jaurès, Action politique et Action syndicale. — Brieux, Maternité. — Augustin Chaboseau, La Commune à Florence en 1378. — Ossip Lourie, Dostoiewski. — Reybell, Le Socialisme et

la question d'Alace-Lorraine. — Le Bureau International Permanent de la Paix, Mémoire sur le différend russo-japonais à la Mandchouri et à la Corée. — Le Congrès socialiste antrichien.

L'Avenir Social, Brüssel.

Januar 1904.

M. Beer, Le conflict russo-jâponais. — Principes généraux de la socialdemocratie au congrès des socialistes autrichiens. — Les élections en Australie. — La presqu'ile balkanique en 1903. — Le deuxiène congrès du parti ouvrier socialdemocratie russe. — Le lynchage des nègres. — La question du suffrage des femmes et le congrès d'Amsterdam. — Correspondance Australie. — Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Coopératif.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Januar 1904.

Editorial Brevities. — H. Quelch, The Fallacy of Figures. — A. Watts, The Electoral Policy of the S. D. F. — The Socialist, Social Reform and Labour Movement in the English-Speaking World outside the United Kingdom. — C. Ferry, The Theory of Value. — What is Socialism? — The Reviews. — Interesting Extracts from various sources. — Feuilleton.

The International Socialist Review, Chicago.

1. Dezember 1904.

Ernst Untermann, Shall we revise our Program backward or forward. — Jakob Vidnes, Socialism and the Storthing Elections in Norway. — Centrist, The Inconsistency of Morris. — Andrew Anderson, Socialist and Labor News from Australia. — Edwin A. Brenholz. — The Socialist: the Ideal Peace and Arbitration Man. — A. M. Simons, Hilquit's History of American Socialism. — Peter E. Burrowes, The Religion of a Resistance. — A. F. Dugan, Socialism and Anarchist Communism. — Charles F. Purdy, Equal Distribution.

Wilshire's Magazine, Toronto und New York.

Dezember 1903.

White Collars and a yellow Press. — The Sippers of Carlsbad. — Roosevelts Defeat predicted. — The Dresden Congress. — Progress Abroad. — Progress in America. — Current Events. — A Job for Morgan. — The new Thought and Socialism. — The Heart of the Masses. — Wilshire's Barometer. — Fun and Philosophy.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. Januar 1904.

Dott Attilio Cabiati, Roma est locuta: Il Motuproprio di Pio X. — Dott Giulio Casalini, Crisi di impreparazione. — Ivanoe Bonomi, La fine di un periodo. — Prof. Felice Ceramicola, Evoluzione sociale e tendenze socialiste. — Annibale Vigna, Il diritto elettorale amministrativo e l'amnistia. — F. Turati, Per la sovranità elettorale: un disegno di legge di iniziativa parlamentare. — Aldo, Il programma di una democrazia di Governo: Una lievo lacuna nel l'articolo di Bonomi. Filosofia, letteratura e varietà.

16. Januar 1904.

Ivanoe Bonomi, La cacciata di Millerand. — Luigi Negro, I professori secondarii e il partito socialista. — Dott Angelo Crespi, Gli orizzoni giuridici del movimento socialista. — Alessandro Schiavi, Il movimento contadino in Francia. — Fausto Pagliari, I nuovi orizzonti dell' assistenza publica. — Filosofia, Letteratura e varietà.

Il Socialismo, Rom.

15. Januar 1904.

Ettore Ciccotti, Tra l'anno vecchio e il muovo. — Giovanni Monastra, Democrazia siciliana. — G. M. Serrati, Il congresso dell' American Federation of Labor. — Paolo Orano, H. Spencer e il Socialismo. — Liri ed opuscoli. — Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

Akademie, Prag.

Januar 1904.

Dr. Eduard David: Dobyti politické moci. — F. Austerlitz: Dualism a sociálni demokracie. — Fr. Modracek: K roztrzce ve strane radikálne pokrokové. — Verus: Jindy a nyni. — Dr. Lev Winter: Anketa o kartelich v Nevemecku. — Hlidka umelecká a literárni. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni.

Nasi Zapiski, Laibach.

Januar 1904.

(Slovenisch.) Potemkinsdörfer und slovenische Politik. — K. W.: Sociales Problem in »Magdalena« — Med E. S.: Psychophysiologische Grundlage des Vegetarianismus. — Rundschau: Sozialismus, Wirtschaft. — Mulan Orlor, Heilige Nacht. — Pavel Mihalek, Taugenichts. — Literatur.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Januar 1904.

H. Spiekman, Wat staat nu te doen? — V. D. Goes, Humbug en Reactie. — W. H. Vliegen, De Beroepstelling van 1899. — V. D. Veer, Gemeentepolitiek in Engeland. — Herm. Heijersmans jr., Diamantstad. — H. Gorter, Marx en het Determinisme. — H. Roland Holst en D. Goes, Politiek. — F. Spiekman, Bedrijfsvervormingen in de Groninger Veenkolonieen. — V. D. Goes, Varia.

Die Zukunft. (Jüdisch-Jargon.) New-York.

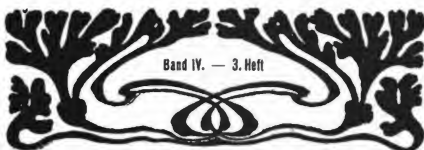
Januar 1904.

Dr. Ernst, Die neue Welt in der alten. — Harkawi, Chanuka (Historische Nachforschungen). — F. Kranz, Herbert Spencer. — I. A. Ben Arieh Hirsch, Arbeiterpolitik. — Jakob Gordin, Das Opfer. — B. Budinow, Werttheorien. — Politikus, Onkel Sams Indik. — Dr. Blumstein, Die Zukunft der Chemie. — Dr. Schitlowski, Es werden die Sünden aufhören . . . — F. Kranz, Die geistige Welt. — *** Neue Bücher (Rezensionen). — J. Lewit, Aus meinem Tagebuch.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

Die National Review, London, hat in ihrem Dezemberheft 1903 einen Artikel »The Social Democracy in Germany« aus der Feder Georg von Vollmars veröffentlicht, der in Anknüpfung an das Ergebnis der Reichstagswahl vom 16. Juni 1903 den Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland und die politische Situation schildert, wie sie durch den Ausfall der bezeichneten Wahl geschaffen worden ist.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Bildhauer. Protokoll der ausserordentlichen Generalversammlung des Zentralvereins der **Bildhauer** Deutschlands zu **Berlin** vom 20. bis 25. September 1903. Berlin S.W. 1903, Carl Rosen. 63 S. gr. 8°.

Rechenschaftsbericht des Vorstandes des Zentralvereins der **Bildhauer Deutschlands** zur ausserordentlichen Generalversammlung in Berlin vom 20. bis 24. September 1903. Berlin S.W. 1903, Carl Rosen. 32 S. gr. 8°.

Die Bildhauer-Organisationen des Auslandes. Bericht des Internationalen Agitationskomitees in Berlin. Berlin S.W. 1904, Carl Rosen. 19 S. gr. 8°.

Die ausserordentliche Generalversammlung, deren Protokoll hier vorliegt, war zu dem Zweck einberufen worden, die unter der Wirkung des grossen Geschäftsdrucks stark mitgenommenen Kassenverhältnisse des Vereins in guten Stand zu setzen. Wie stark der Geschäftsdruck gerade die Angehörigen des Bildhauerberufs getroffen, geht aus der auf S. 23/25 des Vorstandsberichts mitgeteilten Arbeitslosenstatistik hervor, der folgende Zahlen entnommen seien: es entfielen im ersten Halbjahr 1902 auf jedes Vereinsmitglied, das die Fragebogen beantwortete, im Durchschnitt bei den Holzbildhauern 36,9, bei den Steinbildhauern 45,8 und bei den Modellbildhauern 46,2 Tage Arbeitslosigkeit wegen Mangel an Arbeit. Etwas, aber nicht wesentlich niedriger sind die Zahlen für das zweite Halbjahr 1902, so dass im ganzen eine Arbeitslosigkeitsziffer von über 20 Prozent pro Mitglied herauskommt. Einen gleich hohen Verlust zeigt die auf S. 25 mitgeteilte Statistik des Verdienstrückganges. Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, dass der Verein in dem bezeichneten Jahr an Mitgliedern verlor und sein Kassenbestand von 12,43 auf 6,96 Mark pro Mitglied zurückging. Im Verhältnis zum Druck der Geschäftslage war der Mitgliederverlust übrigens nur mässig. Von 4282 im vierten Quartal 1901 sank die Mitgliederzahl auf 3797 im vierten Quartal 1902, was, da der Verein sich genötigt sah, seine finanziellen Ansprüche an die Mitglieder zu erhöhen, seine Leistungen aber herabzusetzen, als ein glänzendes Zeichen für die Stärke des Organisationsgeistes unter den deutschen Bildhauern bezeichnet werden muss. Auch hat sich der Mitgliederbestand seitdem wieder gehoben; er umfasste zur Zeit der Generalversammlung nahe an 60 Prozent der Berufsgenossen. Die Debatten und Beschlüsse der Generalversammlung beziehen sich auf die Höhe der Beiträge, der Unterstützungssätze, der Gehälter, und andere Verwaltungsfragen. Neben Angaben über die Arbeitslosigkeit im Gewerbe enthält der Vorstandsbericht auch sonst allerhand statistisches Material, und ein sehr lesenswertes Dokument ist der Bericht der Internationalen Agitationskommission über die Bildhauerorganisationen des Auslandes, der eine Fülle interessanter Mitteilungen aus den Hauptländern der Kulturwelt in geschickter Zusammenstellung und mit sachgemässem Kommentar vorführt.

Brentano, Prof. Dr. Lujo. **Wohnungs-Zustände und Wohnungs-Reform in München.** Ein Vortrag. München 1904, Ernst Reinhardt. 28 S. gr. 8°. Preis: 1 Mk.

Brentano kennzeichnet in dieser Schrift in kräftigen Strichen die in München herrschende Wohnungsteuerung, ihre Ursachen und ihre Wirkungen. Er zeigt u. a., wie sehr sie namentlich die arbeitenden Klassen trifft, entwickelt die bekannten Vorschläge der radikalen Bodenreformer zur Bekämpfung, bezw. Herabsetzung der städtischen Grundrenten und Verhinderung der Terrainspekulation, verlangt eine energische Wohnungsinspektion und befürwortet lebhaft den Bau von Ledigenheimen nach dem Muster der Londoner Rowtonhäuser. Da er bei den in der Münchener Gemeindevertretung herrschenden Vorurteilen nicht zu hoffen wagt, dass diese es in absehbarer Zeit den verschiedenen englischen und festländischen Städten nachmachen werde, die von Gemeindewegen Ledigenheime errichtet haben, so regt er die Gründung einer Aktiengesellschaft für den Bau und Betrieb eines solchen Heims an, und hat den Ertrag der Schrift diesem Zweck bestimmt. Acht Abbildungen am Schluss der Broschüre zeigen die Haupteinrichtungen und den Grundriss eines solchen Ledigenheims nach dem Rowtonschen System.

Buchdrucker. Verband der Deutschen Buchdrucker. Rechenschafts-Bericht für das Jahr 1902. Mit einem kurzen Rückblick auf die letzten die Organisation berührenden Ereignisse. Berlin S.O., Max Noster, 20 S. gr. 8°.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser. Jahres-Bericht für 1902. Mit einem Rückblick auf das verflossene Vereinsjahr. Berlin S.O. 1903, Georg Eichler. 19 S. gr. 8°.

Deutscher Buchdrucker-Tarif nebst Kommentar. Laut Beschlüssen des Tarif-Ausschusses. Herausgegeben vom Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker. Berlin S.W. 48, Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker. XVI und 175 S. kl. 8°.

Von diesen Publikationen ist die zuletzt aufgeführte bei weitem die interessanteste. Der deutsche Buchdrucker-Tarif mit seinem Kommentar ist das klassische Denkmal einer bedeutungsvollen Phase in der Verfassungsgeschichte der modernen Wirtschaft. In ihm verkörpert sich das langsam aber sicher an Boden gewinnende Prinzip des kollektiven Arbeitsvertrages, die Uebergangsform von der absolutistischen zur konstitutionellen Werkstatt. Mag der Tarif auch materiell für den deutschen Buchdruckergehilfen noch viel zu wünschen übrig lassen, so kann der Anhänger der Arbeitersache, der dies von den Beteiligten selbst geschaffene Gesetzbuch eines grossen Gewerbszweigs durchgelesen hat, es doch nicht ohne ein Gefühl der Genugtuung — wir möchten fast sagen, gehobener Bewegung — aus der Hand legen. In 56 Paragraphen, denen 261, meist sehr ausführlich kommentierende Noten beigegeben sind, sind, soweit der Tarifverband reicht, bis in die kleinsten Einzelheiten die Grundlagen der Arbeitsbedingungen für die Angehörigen des deutschen Buchdruckgewerbes festgelegt — ein geradezu statutarisches Arbeiterrecht, an dessen Ausbildung die Gehilfen, bezw. deren Vertreter gleichen Anteil genommen haben, wie die Unternehmerschaft, unter dem Motto: »Der Tarif ist der von Prinzipalen und Gehilfen anerkannte Ausdruck dafür, was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen im Deutschen Reich allgemein als gerecht und billig festzuhalten ist«. Mit 895 tariftreuen Firmen an 285 Orten trat er 1896 ins Leben und hat es 1902, nach sechs Jahren, zu 3464 tariftreuen Firmen an 1043 Orten gebracht, so dass die Tarifgemeinschaft, wie es in der Einleitung zu dem Tarif heisst, »Gemeingut des gesamten deutschen Buchdruckgewerbes« geworden ist. Sie umfasste im letztgenannten Jahre 36 527 Gehilfen.

Auf die Einzelheiten des Tarifes kann hier nicht eingegangen werden. Bemerkt sei nur, dass er u. a. die Lehrlingsfrage behandelt und als praktische Wirkung eine sehr bedeutende Einschränkung der Lehrlingszüchterei im Buchdruckergewerbe zur Folge gehabt hat. 1896 wurden bei 35 000 gezählten Gehilfen 18 000 Lehrlinge ermittelt, 1901 bei 38 682 Gehilfen nur 10 171 Lehrlinge. »Dieser Erfolg der Tarifgemeinschaft«, heisst es in der Einleitung, »ist allein ein ausreichender Lohn für fünfjährige mühevolle Arbeit«. (S. 19.)

Die Einleitung gibt einen inhaltsreichen Abriss der bis ins Jahr 1848 zurückreichenden Bestrebungen auf Herstellung von Tarifvereinbarungen im Buchdruckgewerbe und der Kämpfe, die erfordert waren, bis es im Jahre 1896 zur Schaffung des vorliegenden, im Jahre 1901 revidierten Tarifes kam.

Dass die Tarifvereinbarung hier schon zu einer Zeit angestrebt werden konnte, wo die übrige Arbeiterschaft noch Zunftgesellen oder sehr tiefstehende Fabrikarbeiter waren, die sich von dergleichen nicht träumen liessen, kennzeichnet die Eigenart, deren sich das Buchdruckergewerbe bis jetzt erfreut hat. In neuerer Zeit wird sie langsam, aber stetig fortschreitend durch die Setzmaschinen angegriffen. Dass diese den Handsatz völlig verdrängt, ist vorläufig ausgeschlossen, es ist sogar, wie sie heute beschaffen ist, unwahrscheinlich, dass sie es in naher Zeit dazu bringt, in der Buchdruckerei den Ton anzugeben. Indes sie dringt doch bedrohlich vor. Damit aber ist angezeigt, dass die Schriftsetzer keine Ursache haben, auf den Lorbeeren des erreichten Tarifvertrags auszuruhen.

Der Jahresbericht 1902 des Buchdruckerverbands liefert einen anschaulichen Beleg dafür. Der Bericht kann viel Erfreuliches mitteilen: Wachstum der Mitgliederzahl, Ausbleiben der sonst bei schlechtem Geschäftsgang unausbleiblichen Lohnreduktionen, Geringfügigkeit der Zahl und Bedeutung der Fälle, wo aus Anlass von Streitigkeiten zu Arbeitsniederlegung geschritten werden musste und ähnliches mehr. Aber er muss feststellen, dass Riesensummen für Unterstützungen zu verausgaben waren, voran für Arbeitslose. Am Wachstum der Zahl dieser trägt aber die Setzmaschine keinen geringen Anteil. »Waren nach einer im März 1901 vom Tarifamt aufgenommenen Statistik 389 Maschinen mit 525 Setzern zu verzeichnen«, schreibt der Bericht, »so erhöhte sich die Zahl im September desselben Jahres bereits auf 560 Maschinen mit 816 Setzern, wodurch leider 641 Kollegen ihre Kondition verloren. Nach neuerlichen privaten Ermittelungen hat die Zahl der Setzmaschinen das erste Tausend um ein geringes überschritten, wodurch die Zahl der zur Entlassung gelangten Kollegen eine wesentliche Steigerung erfahren haben dürfte, und zwar umsomehr, als fortgesetzt die Doppelschicht Platz greift. Somit ist zu konstatieren, dass die weitere technische Entwickelung unseres Gewerbes die Erwerbsverhältnisse erheblich beeinflusst« (S. 2). Man sieht, wie aufmerksam die Verbandsleitung diesen Punkt verfolgt. Im ganzen hat der Verband bei einer Einnahme aus Beiträgen von rund 1 683 000 Mark 591 000 Mark an Arbeitslosenunterstützung, 307 000 Mark an Reiseunterstützung und 538 000 Mark an Unterstützung für vorübergehend Arbeitsunfähige ausgezahlt.

Der Bericht enthält noch mancherlei von Interesse, das wir jedoch übergehen müssen. Der Bericht des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser trägt rein geschäftlichen Charakter; er verzeichnet ein Wachstum der Zahl der Mitglieder im Berichtsjahr von 6576 auf 6991, und eine Mehrung des Vermögensbestandes von rund 199 000 auf rund 248 000 Mark.

Calwer, Richard. **Das Wirtschaftsjahr 1902.** Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt für Volkswirte und Geschäftsmänner, Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen. Zweiter Teil: **Jahrbuch der Weltwirtschaft.** Jena 1903, Gustav Fischer. IX und 352 S. gr. 8°. Brosch. 8 Mk.

Dieser zweite Teil des Calwerschen Wirtschaftsjahrs 1902 bildet die eigentliche Fortsetzung der »Uebersichten der Weltwirtschaft«, wie Neumann-Spallart sie seinerzeit ins Leben gerufen und Juraschek sie fortgesetzt hatte. Im Gegensatz zu Neumann-Spallart, der die Weltwirtschaft als einen grossen Organismus auffasste, in den die nationalen Wirtschaften immer mehr aufgehen, sucht Calwer, indem er den Begriff Organismus strenger fasst, ihn zunächst auf gewisse grosse Wirtschaftsgebiete anzuwenden, die für die Weltwirtschaft heute hauptsächlich in Betracht kommen und durch geographische, politische etc. Umstände von einander unterschieden sind. Solcher grossen Wirtschaftsgebiete, die sich meist um einen als Krystallisationskern wirkenden nationalen Wirtschaftskörper gruppieren, gibt es nach ihm fünf, nämlich das ostasiatische, das China und Japan umfasst, das englische, das aus Grossbritannien mit seinen Kolonien besteht, das russische, das von Russland mit Sibirien, Mittelasien und Kaukasien gebildet

wird, das vorläufig nur aus den Vereinigten Staaten von Amerika bestehende nordamerikanische, und schliesslich das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet, dem ganz Europa mit Ausnahme von Russland und dessen europäischen Besitzungen zugerechnet werden. Es bleiben dann noch mittel- und südamerikanische Staaten, bezüglich deren Calwer es als möglich hinstellt, dass sie später einmal dem nordamerikanischen Wirtschaftsgebiet werden zuzurechnen sein, die türkischen Provinzen, Teile Afrikas und verschiedene Inseln übrig, die sich nicht einheitlich zusammenfassen lassen. Die aufgezählten fünf Wirtschaftsgebiete repräsentieren zusammen etwa drei Viertel der Bevölkerung der Erde.

Als einen der Hauptgründe für diese Gruppeneinteilung gibt Calwer an, dass für jede dieser Gruppen schon heute eine mehr oder minder einheitliche Berichterstattung bestehe, Ostasien allenfalls ausgenommen, für das aber Japan sich immer mehr und erfolgreicher bemühe, die Berichterstattung zu übernehmen. Nur auf Grund einer solchen Gruppierung scheint es einigermassen möglich, das reichhaltige Material zu gliedern und übersichtlich zu ordnen. Aber weder ist in den Uebersichten selbst das Prinzip festgehalten worden, noch glauben wir, dass, wenn Calwer bei ihm verblieben wäre, dies dem Buch zum Vorteil gereicht hätte. Die bezeichnete Gruppierung entspräche mehr gewissen handelspolitischen Gesichtspunkten, als dem Zweck einer möglichst allen Zwecken gerecht werdenden Orientierung in der Weltwirtschaft. Unseres Erachtens würden diese Uebersichten diesem grösseren Zweck Eintrag tun, wenn sie jene Gesichtspunkte vorwiegen liessen. Dies namentlich deshalb, weil es bei einer solchen Gruppierung ohne gewaltsames Auseinanderreissen zusammengehöriger Dinge gar nicht ginge. So hat Deutschland, das grösste Land des von Calwer als mitteleuropäisch bezeichneten Wirtschaftsgebiets, ebensoviel engere Wirtschaftsbeziehungen mit England, als mit einer ganzen Anzahl der Staaten, die dem ersteren Gebiet zugerechnet sind, Canada, das zu England gerechnet wird, einen stärkeren Wirtschaftsverkehr mit den Vereinigten Staaten, als mit dem Mutterlande, andere englische Besitzungen knüpfen immer stärkere Wirtschaftsbeziehungen mit Japan oder China an, bei bestimmten Erzeugnissen der Weltwirtschaft sind die Austauschbeziehungen zwischen den Ländern oder Ländergruppen ganz verschieden von denen, die für andere Erzeugnisse bestehen — kurz, es ist nicht recht ersichtlich, welchen Vorteil das prinzipielle Festhalten an dieser Gruppierung dem Werk bringen sollte. Dass da, wo eine einheitliche Berichterstattung vorliegt, an diese angeknüpft wird, ist ein unanfechtbarer Gedanke, aber das kann, wie das vorliegende Buch zeigt, auch ohne Unterordnung seiner allgemeinen Zwecke unter die besonderen Zwecke geschehen, für die die bezeichnete Gruppierung Bedeutung hat. Es soll, so fassen wir seine Aufgabe auf, in erster Linie das Material für eine ganze Reihe von Zwecken, die sich auf die Weltwirtschaft oder einzelne ihrer Zweige beziehen, übersichtlich und tendenzfrei darbieten. Was aber natürlich nicht ausschliesst, dass nicht auch in einzelnen Kapiteln Zusammenstellungen unter besonderen Gesichtspunkten Platz haben. Gegen ein Kapitel, das die Weltwirtschaft nach Wirtschaftsgebieten darstellt, wie Calwer sie hier abgrenzt, lässt sich prinzipiell nicht das Geringste einwenden. Läge ein solches vor, dann würde sich aufs deutlichste erweisen, wie sehr bedingt es nur als Bild der wirklichen Weltwirtschaft gelten kann, wie schief es die tatsächlichen Beziehungen vielfach wiedergäbe.

In der Wirklichkeit behandelt Calwer die Dinge viel sachlicher, als man nach der Einleitung schliessen sollte. Seine Uebersichten sind durchaus auf der Höhe der Vorgänger des Buches und weisen verschiedene anerkennenswerte Neuerungen auf. Dazu rechnen wir vor allen Dingen eine oft wesentlich zweckmässigere Einteilung. Das Buch ist erheblich übersichtlicher, als die alten »Uebersichten«. Zu diesem Vorzug kommt noch, dass es auch erheblich reicher an Material ist.

Harms, Dr. Bernhard. **Deutsche Arbeitskammern.** Untersuchungen zur Frage einer gemeinsamen gesetzlichen Interessenvertretung der Unternehmer und Arbeiter in Deutschland. Tübingen 1904. H. Laupp. XII und 96 S. 8°.

Eine mit viel Sachkunde verfasste Abhandlung zu Gunsten von paritätisch aus Vertretern der Arbeiter und solchen der Unternehmer zusammen-

gesetzten Arbeitskammern. Der Verfasser, der vor Jahresfrist eine Schrift über die holländischen Arbeitskammern veröffentlicht hat, beginnt mit einem Kapitel über die Begriffsbestimmung der Arbeiterkammern im Gegensatz zu ähnlich benannten Arbeitervertretungskörpern, wie Arbeiterkammern, Arbeitsräte, Arbeitersekretariate, Arbeiterausschüsse etc. Wie nötig eine solche Begriffsscheidung ist, geht daraus hervor, dass hinsichtlich dieser Institute in der Literatur wie in der Praxis heute noch häufig der gleiche Name für zwei wesentlich verschiedene Abarten gebraucht, oder ein und dieselbe Abart hier mit dem einen und dort mit einem andern Titel belegt wird. Ein zweiter Abschnitt, der die in den verschiedenen Ländern schon bestehenden einschlägigen Schöpfungen durchgeht, liefert dafür einige drastische Illustrationen, sein Hauptzweck aber ist, auf Grund der bezüglich ihrer vorliegenden Erfahrungen zu einer Wertung ihrer Möglichkeiten und zweckmässigsten Form zu kommen. Ein dritter Abschnitt geht die Geschichte und das Wesen der Vorschläge durch, die in Deutschland von den verschiedenen Parteien, Vereinen und Einzelpersonen in Bezug auf diesen Gegenstand gemacht worden sind, und in einem vierten Abschnitt entwickelt dann der Verfasser seine eigene Auffassung von der zweckmässigsten Form, Verfassung, Aufgaben- wie Vollmachten-Ausdehnung und Arbeitsweise solcher Körper. Wie schon eingangs angezeigt, spricht er sich entschieden für Unternehmer und Arbeiter umfassende Arbeitskammern im Unterschiede von lediglich aus Arbeitervertretern zusammengesetzten Arbeiterkammern aus. Die letzteren hätten, so weit es sich um mehr als die Leistungen von Gewerkschaftskommissionen und Arbeitersekretariaten handelt, überall die in sie gesetzten Erwartungen enttäuscht. Wo es sich um reine Arbeitergutachten handelt, könnten sie von den Arbeitermitgliedern der Arbeitskammer in gesonderter Beratung vereinbart und abgefasst werden. Eine ganze Reihe von Aufgaben, an denen Arbeiter wie Unternehmer gleichermassen interessiert wären, könnten dagegen nur in gemeinsamen Vertretungskörpern erspriesslich besorgt werden. Der Verfasser tritt für die Ausstattung der Arbeitskammern mit ziemlich weitgehenden gesetzlichen Vollmachten ein, darunter die Fähigkeit, bei Versuchen der Schlichtung von Interessenstreitigkeiten den streitenden Parteien Verhandelszwang aufzuerlegen. Dafür verspricht er sich von ihnen wirksame Förderung des sozialen Friedens, die man freilich nicht allzuschnell erwarten dürfe. Nach und nach aber werde das Zusammenarbeiten mit den Unternehmern die Arbeiter mit einem stärkeren Sinn für die Realitäten des Wirtschaftslebens erfüllen und vom Jagen nach politischen Phantomen abbringen. Möglicherweise würden aber auch die Unternehmer ihren Standpunkt verschiedentlich revidieren. Der Standpunkt des »Herr im Hause« auf der einen, und vom »Mehrwert erpressenden Unternehmer« müssten schwinden, wenn die gemeinsame Interessenvertretung mit Erfolg arbeiten soll. Für die Wahl der Arbeitervertretung sei das aktive Wahlrecht allen Arbeitern vom 21. Lebensjahre ab zu verleihen, für die Fähigkeit zum Arbeitervertreter empfehle sich das 25. Lebensjahr als Altersgrenze. Unterschiede im Geschlecht seien nicht zu machen; es liege nicht die mindeste Ursache vor, den Frauen das aktive oder passive Wahlrecht vorzuenthalten. Notwendig sei die Gewährung von Tagegeldern etc. Ungenügende Finanzierung habe in verschiedenen Ländern ungenügende Leistungen der Arbeitskammern zur Folge gehabt.

Weitere Einzelheiten übergehen wir. Die Schrift, deren Verfasser, wie wir sehen, auf dem Boden der bürgerlichen Sozialreform steht, kommt im Angesicht der Tatsache, dass die Reichsregierung soeben Vorlagen betreffs einer Interessenvertretung der Arbeiter in Aussicht gestellt hat, gerade zeitgemäss und hat unter verschiedenen Gesichtspunkten erheblichen Aufklärungswert.

Mehring, Franz. **Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.** Zweite, verbesserte Auflage. Vierter Band: Bis zum Erfurter Programm. Stuttgart, 1904. J. H. W. Dietz Nachf. VII und 379 S. 8°. Preis: 4 Mk.

Der vierte Band der im Januarheft dieser Zeitschrift (S. 8-10) besprochenen zweiten Auflage des Mehringschen Geschichtswerks. Im allgemeinen müssen

wir bezüglich seiner auf das verweisen, was wir dort nach Durchsicht der drei ersten Bände geschrieben. Im speziellen sei bemerkt, dass der Verfasser dieser Auflage ein neues elftes Kapitel eingefügt hat, das in folgende drei Paragraphen zerfällt: 1. Kapitalistische und sozialistische Weltpolitik; 2. Das Jahrzehnt der Gewerkschaften; 3. Der Revisionismus.

Im letztbezeichneten Kapitel streift der Verfasser das Gewand des Geschichtsschreibers ab, um an der revisionistischen Richtung innerhalb der heutigen Sozialdemokratie seinen Zorn auszulassen. Die Ansichten und Absichten der Vertreter dieser Richtung werden, soweit diesen nicht summarisch ein unfruchtbarer Skeptizismus und Eklektizismus nachgesagt wird, in grober Entstellung vorgeführt, die den Ununterrichteten den Glauben erwecken muss und offenbar auch soll, es handele sich da nicht um Leute, die meist in der Sozialdemokratie seit Jahren in den vorderen Reihen kämpfen, sondern um eine Handvoll unwissender und unfähiger Eindringlinge. Als einer der in dieser Weise Angegriffenen begnügt der Schreiber dieses sich, die Tatsache festzustellen. Mit einer Zurückweisung der Angriffe wollen wir die Leser dieser Zeitschrift nicht behelligen, zumal wir auch sonst keine Neigung verspüren, sachlich in dieser Frage mit dem Verfasser zu polemisieren. Wer die Dinge kennt, der weiss, dass es sich bei ihm in erster Linie darum handelt, sich für vermeintliche Kränkungen Genugtuung zu verschaffen; und wenn es ihm eine Genugtuung gewährt, eine Arbeit, die sachliche Geschichtsdarstellung sein soll, mit einem Pasquill zu krönen, dann mag sie ihm gegönnt sein. Die mit solchen Mitteln bekämpfte Richtung wird daran nicht zu Grunde gehen. Könnte sie durch dergleichen ernsthaft geschädigt werden, so wäre es um sie in der Tat nicht schade.

Metallarbeiter-Verband, Deutscher. Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin pro 1903. Berlin S.O., C. Janiszewski. 68 S. 8°.

Ergebnis der statistischen Erhebungen über Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Metallindustrie in Berlin. Aufgenommen im Herbst 1902 vom Deutschen Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). Berlin 1903, Vorwärts-Verlagsanstalt. 146 S. 8°. Preis: 2 Mk.

Der Jahresbericht für 1903 der Berliner Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes konstatiert eine Verbesserung der Geschäftslage und berichtet von einer ganzen Reihe von Lohnbewegungen im Berliner Metallgewerbe. Diese in ruhiger Sachlichkeit vorgetragenen Mitteilungen sind überaus interessant und für den Geist der Bewegung bz. die Stellung von Arbeitern und Unternehmern in den verschiedenen Zweigen des Metallarbeitergewerbes zu einander überaus interessant. Ein grösserer Teil der Lohnbewegungen waren erfolgreich, und einige davon führten zu bedeutsamen Tarifverträgen zwischen den Fabrikanten und der organisierten Arbeiterschaft. Andere verliefen resultatlos oder hatten nur bei einer Minderheit der beteiligten Unternehmer Erfolg. Das letztere war der Fall bei der grössten dieser Bewegungen, dem Kampf der Gürtler und Drücker für einen Tarifvertrag, der ihnen die neunstündige Arbeitszeit und einen Mindestlohn sichern sollte. Er spielte sich in der Zeit vom 12. September bis 11. November ab und brachte mehr als 6000 Arbeiter gegen 9 Wochen ausser Arbeit. — Die Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle hat sich im Berichtsjahr von 30 664 auf 35 741 gehoben.

Die statistischen Erhebungen aus dem Jahre 1902 wurden auf Grund von Fragebogen vorgenommen, von denen 1407 ausgefüllt eingingen. Sie beziehen sich auf 1042 Betriebe, in denen 33 479 Personen beschäftigt waren, etwa ein Drittel der in Berlin überhaupt beschäftigten Metallarbeiter. Die in Frage kommenden Betriebe sind von den Veranstaltern der Erhebung in Klein-, Mittel- und Grossbetriebe eingeteilt worden, und zwar wurden den ersteren die Betriebe mit 1—100, den zweiteren die Betriebe mit 101—500, und den dritten die mit über 500 Personen zugezählt. Eine Einteilung, die für den Geist des heutigen Arbeiters überaus bezeichnend ist, aber zu sehr irreführenden Ergebnissen führen musste. Dass dem modernen Arbeiter ein Betrieb mit gegen 100 Personen noch als Kleinbetrieb erscheint, spricht in mancher Hinsicht Bände, aber in seiner Struktur hat ein solcher Betrieb

und solche, die noch ein gut Teil unter ihm stehen, offenbar grössere Verwandtschaft mit einem Betrieb von 150 oder 200 Personen, als mit jenen Geschäften, welche die Statistik bisher als Kleinbetriebe zu bezeichnen pflegte, d. h. Betriebe mit bis zu 5 Arbeitern. Unter Kleinbetrieben versteht die Statistik Betriebe von Kleingewerbtreibenden, man kann aber einen Fabrikanten, der, sage 60 Arbeiter beschäftigte, also wöchentlich von 1200 bis 1800 Mark Lohn auszahlt, nicht mehr einen Kleingewerbtreibenden nennen, und durch die Hineinziehung von schon kapitalistisch betriebenen Unternehmungen in die Gruppe der Kleinbetriebe erhält deren Rubrik ein Gesicht, das über die Zustände (Lohnverhältnisse, Arbeitszeit, Lehrlingsproportion, Gesundheitsschutz etc.) im wirklichen Kleingewerbe recht Unzuverlässliches aussagt. Unseres Dafürhaltens erscheinen sie vielfach in zu günstigem Lichte. So ergibt der Vergleich der Wochenverdienste der gezählten Arbeiter, dass in den »Kleinbetrieben« die Lohnverhältnisse günstiger waren, als in den Geschäften, die unsere Erhebung als Mittelbetriebe bezeichnet. Dies namentlich, wenn man sich an die Tabelle hält, die unter den Arbeitern 14 Lohnklassen unterscheidet, und nicht an die in 3 Lohngruppen zusammengezogene Tabelle, deren Einteilung uns ebenfalls unzweckmässig erscheint. Diese und einige kleine Missgriffe verhindern indes nicht, dass die Erhebung als Ganzes sehr wohl das Studium lohnt. Sie gewährt viele lehrreiche Einblicke in die Verhältnisse des Berliner Metallgewerbes. Das eingesammelte Material ist von der kundigen Hand des bisherigen Reichstagsabgeordneten Gustav Hoch mit grossem Verständnis für die einschlägigen Fragen bearbeitet und sehr übersichtlich zusammengestellt. Es wird in 3 Teilen dargeboten, von denen der erste die Ergebnisse, wie sie sich auf sämtliche gezählten Arbeiter beziehen, unter den wichtigsten Gesichtspunkten vorführt — Arbeits- und Lohnverhältnisse, Schutz der Gesundheit, Bestimmungen des Arbeitsvertrags etc. —, der zweite die Verhältnisse in einzelnen Berufsgruppen und der dritte die in den drei grössten Berliner Elektrizitätswerken behandeln. Das Buch, das ein schönes Zeugnis für die Betätigung der Arbeiter an der Statistik ihrer Klasse darstellt, ist vorzüglich ausgestattet.

Plenge, Dr. Johann. **Das System der Verkehrswirtschaft.** Probevorlesung am 25. April 1903 zum Zweck der Habilitation an der Universität Leipzig. Tübingen 1903, H. Laupp. 36 S. gr. 8° Preis: 60 Pf.

Der Verfasser, der sich als einen Schüler Karl Büchers bezeichnet, entwickelt in diesem Vortrage das Programm zu einem grossen nationalökonomischen Werk, das er als s e i n System der Verkehrswirtschaft ankündigt. Die vorherige Veröffentlichung der Grundidee des Werks soll ihm sein wissenschaftliches Recht auf das Kind seines Geistes sichern, von dem er mit einer Hochachtung spricht, die ein recht bekanntes Goethesches Epigramm in die Erinnerung ruft. Hoffentlich fällt die Ausführung nicht so aus, dass sie zur Ausgrabung des Heineschen Spottverses wider Platen verleitet.

Des Verfassers System der Verkehrswirtschaft, das nach seiner Darlegung 1897/98 zunächst als Krisentheorie entstanden ist und 1900/1901 ins Reine gebracht wurde, also das grösste Stück der Horazischen neun Jahre hinter sich hat, geht, wie schon der Titel anzeigt, von der Bestimmung aus, die Bücher der modernen Wirtschaft gegeben hat, als er sie im Unterschiede zu den früheren, auf Begrenztheit der Wirtschaftskreise beruhenden Wirtschaftsformen Verkehrswirtschaft nannte. Ihm selbst ist Verkehrswirtschaft »die Stufe der veränderlichen Wirtschaftsformen«, und der Wirtschaftsprozess der Gegenwart ist »der Prozess eines krisenerschütterten Wirtschaftslebens« (S. 15). Die Signatur der modernen Wirtschaft wie des ganzen modernen Lebens ist die sich überall zeigende Unruhe, seine systematische Darstellung erfordert eine bedeutende Erweiterung des Grundrisses, auf den die schulmässige Nationalökonomie bisher dafür zurückging. So sei schon die bisher übliche viergliedrige Teilung des Wirtschaftsprozesses in Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion ungenügend. Vor das Kapitel von der Produktion gehöre das Kapitel von der B e d a r f s b e r e c h n u n g und ein Kapitel über die O r g a n i s a t i o n d e r V e r w e r t u n g s e l e m e n t e. Durch das erste »wird die törichte Vorstellung von der völligen Blindheit

unseren Produktion beseitigt, zu der die alte Theorie immer wieder verführt, wenn sie die Wirtschaft gleich mit der Produktion beginnen lässt« (S. 19), das zweite verhält sich zur Produktion wie die Bildung der Verteilungsanteile zur Konsumtion« (ebendaselbst). Auf diese Weise wird eine sechsteilige Gliederung erreicht, die in zwei gleichen Hälften einen aufsteigenden und einen absteigenden Ast zeigt, die mit einander korrespondieren, — da wir es mit einem Schüler Büchers zu tun haben, dürfen wir hinzufügen, einen rhytmischen Verlauf darstellen.

Wie der Verfasser dieses Grundschema weiter ausfüllt und entwickelt, müssen wir hier übergehen. Es illustriert an sich selbst das Neue seines Systems. Denn soweit dies aus dem im Vertrag entwickelten Programm beurteilt werden kann, beruht die Neuheit durchgängig in der Form der Darstellung, nicht im Wesen der Auffassung. Die beiden Kapitel, die der Verfasser dem Kapitel über die Produktion voranschicken will, behandeln Gegenstände, die auch die bisherige Volkswirtschaftslehre nicht übersehen hat, wenn sie sie auch an anderer Stelle unterbrachte. Welches in den letzten Jahrzehnten verfasste Lehr- oder Handbuch der Volkswirtschaft man auch vornehmen mag, so springt kaum eines so unvermittelt in die Produktion hinein, um die törichte Vorstellung zu erwecken, die der Verfasser ausrotten zu müssen glaubt. Nun sagen wir nicht, dass nicht die Darstellung der modernen Volkswirtschaft ein anderes Schema verträgt, oder zum Zweck besserer Veranschaulichung sogar erfordert. Aber in der bloss neuen Form, wie sie der Verfasser entwickelt, liegt noch keine so wesentlich neue Idee, dass wir von einem neuen System zu sprechen berechtigt wären. Wir müssen vielmehr abwarten, ob das neue Gehäuse wirklich neue Erkenntnis enthält. Der Verfasser, der sich auch auf die moderne Kunst als seine Lehrerin beruft, hat mit vielen jüngeren Schriftstellern die Neigung zum Auftragen gemein. Seine Sprache wird leicht pompös und opfert der lebhaften Anschaulichkeit die innere Solidität. So lesen wir auf S. 15, dass »die Wirtschaftsformen entstehen und vergehen in rasend schneller Veränderung«. Das klingt nicht übermässig verheissungsvoll. Welcher durchgebildete Oekonom möchte einen solchen Satz unterschreiben?

Přibram, Dr. Karl. **Der Lohnschutz des gewerblichen Arbeiters nach österreichischem Recht.** (Wiener Staatswissenschaftliche Studien, herausgegeben von Edmund Bernatzik und Eugen von Philippovich. 5. Band, 2. Heft.) Wien und Leipzig 1904. Franz Deuticke. VI und 152 S. 8°. Preis: 5 Mark.

Wie schon der Titel anzeigt, eine wesentlich auf Rechtsfragen gerichtete Untersuchung. Aber der Rechtsgegenstand, den sie betrifft, kann ohne genaue Kenntnis des Wirtschaftslebens in seinen Beziehungen zur Lohnfrage nicht erschöpfend behandelt werden. Und noch weniger können Vorschläge zur Weiterbildung des gegebenen Rechts ohne solche Kenntnis, ohne sachkundiges Urteil über die Umstände der Lohnbestimmung, die Lohnformen und ihre Weiterentwicklung mit Aussicht auf Erzielung des gewünschten Resultats gemacht werden. So ist die Untersuchung in nicht geringem Grade zugleich volkswirtschaftliche Abhandlung, und zwar jenem engeren Gebiet der Volkswirtschaft zugehörig, das speziell den Titel Sozialpolitik trägt.

In Bezug auf beide Seiten seiner Aufgabe, der formalrechtlichen wie der sozialpolitischen, zeigt sich der Verfasser recht belesen und legt eine nicht geringe Schärfe des kritischen Blicks an den Tag. Er steht auf einem vorgeschrittenen Reformstandpunkt und legt die Mängel des bestehenden österreichischen Rechts in Bezug auf die Sicherung des Lohns für den Arbeiter rückhaltlos bloss. Folgendes die Gesichtspunkte, unter denen er sein Thema behandelt: 1. Schutz des Arbeiters vor Uebervorteilung bei der Lohnzahlung — Truckschutz oder Lohnzahlungsschutz; 2. Schutz des Arbeiters vor Eingriffen in den Lohn — Schutz gegen Lohnminderung; 3. Schutz des Arbeiters vor Beeinflussung in der Verwendung seines Lohnes — Lohnverwendungsschutz; 4. Schutz des Arbeiters gegen Nichtzahlung des Lohns — Lohnsicherung; 5. Schutz des Arbeiters vor einer seinen Bedürfnissen nicht entsprechenden Verlegung der Zahlungszeit — Schutz des regelmässigen Lohnempfangs. Bei der Behandlung dieser Fragen beschränkt sich der Verfasser

nicht auf die Vorführung und Kritik des geltenden österreichischen Rechts, sondern greift oft auf die entsprechende ausländische Gesetzgebung, insbesondere das deutsche Recht über, so dass sein Buch sich auch dem deutschen Sozialpolitiker, insbesondere den mit der Vertretung des Arbeiterrechts vor Gerichten und in gesetzgebenden Körpern betrauten Personen empfiehlt. Seine Reformvorschläge wollen wir hier übergehen und entnehmen nur seiner Schlussbemerkung über die möglichen Leistungen einer Gesetzgebung über die Lohnzahlung folgende, seinen Standpunkt bezeichnende Stelle:

»Man kann es nicht verhehlen, dass diese ganze Gesetzgebung zum grössten Teile Stückwerk ist. Ihre Vorschriften sind Kinder der Not, sie soll bestehenden Missbräuchen abhelfen und trägt so den Charakter einer im wesentlichen negativen Sozialpolitik, wie dies auch in ihrer Eigenschaft, vorwiegend Strafgesetz zu sein, mitbegründet ist. An die eigentlich tiefsten Wurzeln der Missstände vermag die Lohnschutzgesetzgebung nicht zu rühren, an das in der ganzen Wirtschaftsorganisation begründete Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters vom Unternehmer« (S. 138).

Das Buch ist sehr reich an Literaturnachweisen und widmet einen längeren Anhang der Blossstellung der vielen und grossen Uebervorteilungen, die das Trucksystem in der Heimarbeit für die in dieser beschäftigten Arbeiter zur Folge hat.

Silberstein, Dr. R. **Das erste Lebensjahr.** Wie ernähren und pflegen wir den Säugling? (Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek.) Berlin 1904, Buchhandlung Vorwärts. 16 S. 8°. Preis: 20 Pf.

In sehr gemeinverständlicher Weise gibt der Verfasser sachverständige Antwort auf die im Titel gestellten Fragen.

Sozialdemokratie. Die württembergische Steuerreform und die Sozialdemokratie. Herausgegeben vom Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs. Stuttgart 1904, J. H. W. Dietz Nachf. 80 S. 8°. Preis: 50 Pf.

Eine Darlegung der Haltung der Vertreter der Sozialdemokratie in den Kämpfen, die sich im württembergischen Landtag seit dem Jahre 1895 in Bezug auf die Reform der Staats- und Gemeindesteuer-Gesetzgebung abgespielt und mit Annahme eines entsprechenden Gesetzes im Juli 1903 ihren zeitweiligen Abschluss gefunden haben. Die Denkschrift zeichnet sich bei aller Schärfe der Kritik des Verhaltens der bürgerlichen Parteien durch ihren ruhigen Ton aus. Sie zeigt, dass die sozialistischen Abgeordneten in der württembergischen Kammer keineswegs der ihnen vielfach nachgesagten Taktik des alles oder nichts gefolgt sind, sondern jeder nur einigermassen greifbaren Verbesserung zugestimmt und sich nach besten Kräften bemüht haben, reaktionäre Bestimmungen aus der Steuergesetzgebung hinaus- und einen wirklichen Reformgeist in sie hineinzubringen. Damit steht nicht in Widerspruch, dass sie — so lange es möglich war, durch festes Auftreten der gewählten Kammer den Widerstand der Regierung und der Ständekammer gegen die von der Mehrheit der ersteren programmatisch vertretenen Reformforderungen zu brechen — von dieser Mehrheit Ablehnung jeder Beeinträchtigung der als Mindestforderungen bezeichneten Vorschläge verlangten und ihrerseits entsprechend handelten.

Indem die Denkschrift die verschiedenen Steuerarten und die auf sie bezüglichen Anträge eingehend durchspricht, wird sie zu einem kleinen Abriss des Steuerwesens überhaupt und erhält so auch für Leser Wert, die den speziell württembergischen Angelegenheiten kein sonderliches Interesse entgegenbringen. Zudem sind die Kämpfe zwischen Regierung, erster und zweiter Kammer Württembergs in ihren Hauptzügen für alle Einzelstaaten Deutschlands massgebend, die ein leidlich entwickeltes Verfassungsleben haben. An einigen Stellen könnte die Erläuterung des fragl. Steuersystems grössere Deutlichkeit vertragen, im grossen und ganzen wird sie gerade durch Beleuchtung der bei ihnen in Betracht kommenden Interessenfragen und Hineinziehung der Parteidebatten besonders fasslich gestaltet.

Stein, Prof. Dr. Ludwig. **Die soziale Frage im Lichte der Philosophie.** Vorlesungen über Sozialphilosophie und ihre Geschichte. Zweite verbesserte Auflage. Stuttgart 1903, Ferdinand Enke. 598 S. 8°. Preis: geh. 13 Mk.

Die erste Auflage dieses umfangreichen Werkes erschien vor etwa sechs Jahren. Gegen sie ist diese zweite Auflage, wie der Verfasser im Vorwort bemerkt, nicht erweitert, sondern verkürzt. Aber die Verkürzung bezieht sich nur auf Formalien, in stofflicher Hinsicht sind selbst Erscheinungen, die während der Drucklegung des Werkes an die Oeffentlichkeit kamen, vom Verfasser berücksichtigt worden.

Titel täuschen. Auch die Aufschrift dieses Buches lässt anderes erwarten, als es darbietet. Statt einer mehr begrifflich-abstrakten Abhandlung erhalten wir lebhafte, überall dem konkreten zugewandte Vorträge, statt blosser Erörterungen über soziale Theorieen eine encyklopädische Sammlung von Abhandlungen über fast den ganzen Komplex von Fragen, die sich auf das soziale Leben der Gegenwart beziehen. In der Tat fehlt dem Buch wenig, um auf den Titel eines Grundrisses zu einer Encyklopädie der sozialen Frage Anspruch zu haben. Es ist in dieser Hinsicht das umfassendste Werk, das wir seit langem zu Gesicht bekommen.

Schliesslich besteht auch zwischen der Widmung des Werkes und seinem Inhalt ein eigentümliches Missverhältnis. Der Verfasser hat es Herbert Spencer gewidmet, und der mittlerweile verstorbene bedeutende englische Philosoph hat die Widmung auch angenommen. Aber gerade hinsichtlich der Kerngedanken des Themas weicht Stein — und er ist sich natürlich dessen bewusst, hebt es selbst hervor — geradezu meilenweit von Spencer ab. Spencer ist zwar nicht sozial, wohl aber ökonomisch und politisch entschiedener Individualist, Stein aber ist ebenso entschiedener Staats- und Rechtssozialist. Es ist also nur als eine Huldigung an einen vielseitigen grossen Forscher zu betrachten, wenn gerade der Name desjenigen Mannes auf dem Titelblatt des Steinschen Werkes steht, auf dessen letzten sozialpolitischen Schlachtruf: *the man versus the state* Stein in diesem Werk einmal mit dem Kampfruf antwortet: *the state versus the man!*

Dieser Kampfruf ist nicht im Sinne der historischen Rechtsschule oder irgend welcher sonstigen romantisch-reaktionären Staatsphilosophie aufzufassen. Stein ist Rechtssozialist in ähnlichem Sinne, wie man Ferdinand Lassalle einen Rechtssozialisten nennen könnte, mit dem Stein denn auch vieles gemein hat, so unter anderm die beiden Grundgedanken des Systems der erworbenen Rechte: die Weiterbildung des Enteignungsrechts und die Einengung des Erbrechts. Ganz im Geiste Lassalles erklärt er auf S. 451 den Rechtsgrundsatz, dass nur der Lebende Rechte habe, für einen der »bestfundierten«, der aber, negativ angesehen, so gut wie hinsichtlich der vergangenen, auch hinsichtlich der künftigen Generationen gelte. »Der Tote hat uns so wenig zu diktieren, wie wir unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung einzurichten haben, wie der Nochnichtgeborene«. Es empfehle sich daher, im Interesse »einer durchgreifenden, auf Jahrhunderte angelegten sozialen Reform« . . . »in die Gerechtsame noch nicht Geborener einzugreifen« und alle »zur Zeit noch unentdeckten unterirdischen Güterquellen«, alle »vorhandenen Wasserkräfte, die eine künftige Technik zu industriellen Zwecken auszubeuten haben wird«, staatlich zu beschlagnahmen, sowie auf Grund entsprechender Einrichtungen und Erweiterung des Patentamts zu einer Erfinderakademie »die wichtigsten künftigen Erfindungen« staatlich auszubeuten. An anderer Stelle erklärt er es für eine Frage »absehbar kurzer Zeit«, wenn das aufgeklärte und geschärfte soziale Bewusstsein eine Progressivsteuer von 80 bis 90 Prozent für Aszendenten vom vierten bis fünften Grad ab fordern werde. »Die moderne Familie«, schreibt er, »ist in vollständiger Umbildung und Zersetzung begriffen. Der Uebergang vom Kleinbetrieb zum Grossbetrieb, von der Handarbeit zur Maschinenarbeit, vom Nahverkehr zum Fernverkehr hat alle bisherigen Familienverhältnisse gelockert. Blutsverwandtschaften dritten oder gar vierten Grades sind heute schon nahezu bedeutungslos, sozial auseinandergesprengt und zu Schemen abgeblasst. Es gilt also, mit dem römisch-rechtlichen Begriff der weitausgesponnenen Blutsverwandtschaftsverhältnisse des sogenannten Parentel- oder Gradualsystems

ebenso zu brechen, wie mit dem altgermanischen Familiensystem . . . . Jede Kulturstufe von eigenem Wirtschaftstypus fordert ein diesem entsprechendes Erbrecht« (S. 487).

Dies ist durchaus im Sinne Lassalles gedacht. Kurz vorher hatte sich Stein für ein Existenzminimum im Sinne eines Kulturminimums ausgesprochen und als dessen Korrelat den Gedanken eines Existenzmaximums, d. h. einer höchsten Grenze für zulässige Einkommen bezeichnet, nachdem er bereits in einem früheren Kapitel geschrieben hatte: »Hat das Privateigentum in seiner Akkumulierung jenen Punkt überschritten, der seine wirtschaftliche und ethische Existenzberechtigung begründet, so hat die Gesellschaft gar kein Interesse daran, diese, das öffentliche Ethos empfindlich verletzende steeple chase des Kapitals länger zu dulden . . . . Wie die Gesellschaft das unzweifelhafte Recht hat, ein mit ansteckender Krankheit behaftetes Individuum zu isolieren, um die übrigen Glieder der Gesellschaft intakt zu halten, so hat sie förmlich die Pflicht, die chronische ansteckende Krankheit des Kapitalismus, die »auri sacra fames«, überall dort, wo sie den wirtschaftlichen Zirkulationsprozess hemmt oder gar gefährdet, einer Radikalkur zu unterziehen«. Der Milliardenreichtum der Rothschilds, Vanderbilts, Rockefeller, Carnegie, Morgan etc. trage »unverkennbare Spuren krankhafter Entartung und logischen Widersinns an sich«. (S. 438/439.)

Im Sinne dieser und ähnlicher Sätze ist das Programm wirtschaftlicher Reformen gehalten, die Stein als die praktische Anwendung seiner rechtssozialistischen Anschauungen auf das Wirtschaftsleben der Gegenwart entwickelt. Aber selbstverständlich beschränkt sich sein Programm nicht auf reine Wirtschaftsfragen. Wie es vielmehr schon im Begriff des Wortes Rechtssozialismus liegt, handelt es sich bei ihm um eine Sozialisierung des ganzen Rechts, das heisst, um eine Stärkung des Gesellschaftsrechts auf Kosten aller Sonderrechte. »Unter Sozialisierung des Rechtes«, so schreibt er, »verstehen wir den rechtlichen Schutz der wirtschaftlich Schwachen; die bewusste Unterordnung der Interessen der einzelnen unter die eines grösseren gemeinsamen Ganzen, des Volkes, der Nation, des Staates, letzten Endes aber des ganzen Menschengeschlechts . . . . Rechtssozialismus heisst demnach Zwangserziehung zum Altruismus vermittels eines sozialen Rechts. Dieses soziale Recht gewährleistet zwar ein Maximum möglicher Freiheit der Individualität, fordert aber von den Individuen als Gegenleistung ein Minimum von Ungleichheit« (S. 466).

Es wird also weder volle Gleichheit noch bedingungslose Freiheit erstrebt. Beide erklärt Stein für undenkbar und unwünschbar. »Relative Freiheit der Individualität bei möglichst grosser ökonomischer Gleichmässigkeit und rechtlicher Gleichheit«, ist die Formel des Steinschen Rechtssozialismus, und innerhalb dieses die Formel der Freiheit Relativität, die der Gleichheit Proportionalität« (S. 462/463).

Das sind nun alles Gedanken, die prinzipiell nicht neu sind, so wenig wie dies von der übergrossen Zahl der wirtschaftlichen, politischen, ethischen etc. Forderungen gesagt werden kann, die Stein entwickelt. Aber weit entfernt, darin einen Vorwurf zu erblicken, erklärt es Stein vielmehr für die Stärke des Rechtssozialismus, überall an das schon Vorhandene, schon Werdende und die Keime der Lebensfähigkeit Aufweisende anzuknüpfen — den Gedanken der Kontinuität in der Entwickelung bewusst und konsequent hochzuhalten; er will im strengen Sinne des Wortes evolutionistisch sein. Seine Eigenheit besteht nicht im Aufstellen prinzipiell neuer Lehrsätze, sondern in der Nachprüfung, Sichtung und Neuordnung der vorhandenen Erkenntnisse und Strebungen.

Das aber ist zugleich die Signatur des ganzen Buches. Will man sie als Eklektizismus bezeichnen, so wird sich formell nicht viel dagegen einwenden lassen. Nur darf dabei nicht an einen grundsatzlosen, unwissenschaftlichen, unmethodischen Eklektizismus gedacht werden, sondern an jenen, mit der höchsten Wissenschaftlichkeit zu vereinenden Eklektizismus, der notwendig wird, wenn die Geister anfangen, sich nicht mehr zu verstehen, der in durchgeführter Methodik und nach bestimmten Prinzipien das scheinbar Disparate auf seine verbindenden Elemente untersucht und je nach dem Befund in ein Gleichungsverhältnis setzt. Wer nur einigermassen die Geschichte der Theorien kennt, weiss, wie notwendig und fruchtbar solche Arbeit sein kann. Wie ja Neu-

Ordnung überhaupt, sofern sie nur mit gehöriger Systematik und bei gründlicher Beherrschung des Stoffes vorgenommen wird, in der Regel zu Neu-Schöpfung wird. Ist doch alle Produktion schliesslich nichts anderes, als Neu-Ordnung.

Das Steinsche Buch zeigt seinen Verfasser als einen selten belesenen Mann. Ein ungemein umfassendes Material ist in ihm verarbeitet. Es ist, wie oben bemerkt, eine Art Encyklopädie. Der Verfasser hat Interesse für alles und tritt an alle Probleme mit jener Vorurteilslosigkeit heran, für die der Engländer den Ausdruck *an open mind* hat. Dieser encyklopädische Sinn und das Bestreben, jedem Mitarbeiter auf dem Felde der Sozialphilosophie das Seine zu geben, drücken in gewissem Sinne die eigenen Gedanken des Verfassers in den Hintergrund. Er bietet so viel, dass die Einzelleistung oft in dem Ganzen untertaucht. Für die Sache selbst ist das freilich ein Vorzug.

Indes hat die Vielseitigkeit doch auch ihre Gefahren, und ganz ohne Tribut in dieser Hinsicht geht es auch bei Stein nicht ab. Es ist zwar anzuerkennen, dass er im allgemeinen mit grosser Sicherheit die bezeichnenden Momente der vorgeführten Systeme und Theorien hervorhebt, aber es fehlen doch auch nicht die Beispiele, wo Darstellung und Kritik entweder zu aphoristisch ausfallen oder sogar in wesentlichen Punkten fehlgreifen. Das letztere ist unter anderm bei Marx der Fall. In eine an feinen Bemerkungen reiche Kritik mischen sich Einwände, die den wirklichen Marx nicht treffen. Auf der andern Seite muss es Wunder nehmen, dass Stein gegenüber Lassalles Forderung der staatlichen Finanzierung von Produktiv-Assoziationen kein Wort der Kritik hat, sondern von einer »weisen Beschränkung auf das praktisch-durchführbare« spricht, die den »Meister des geschichtlichen Blickes« zeige (S. 317). Die Meisterschaft Lassalles könnte hier höchstens darin gefunden werden, dass er sich überhaupt beschränkte, aber nicht, wie er sich beschränkte. Uebrigens nimmt Stein in sein eigenes Programm die Lassallesche Forderung nicht auf.

Wir übergehen andere Punkte, um zum Schluss eine Skizze des Gedankenganges der 41 Vorlesungen zu geben, aus denen Steins Werk besteht.

Nach vier einleitenden Vorlesungen, welche die Fragestellung des Werkes und der zeitgenössischen Soziologie, Plan und Methode der Untersuchung und ihre sozialphilosophische Grundlegung auseinandersetzen, werden in einem acht Vorlesungen umfassenden Abschnitt die Urformen des Gemeinschafts- und Gesellschaftslebens behandelt. Ein zweiter, längerer Abschnitt gibt einen Umriss einer Geschichte der Sozialphilosophie; er setzt sich aus 21 Vorlesungen zusammen. In acht Vorlesungen entwickelt schliesslich ein dritter Abschnitt den synthetisch-positiven Teil des Werkes als Grundzüge eines Systems der Sozialphilosophie. Folgendes der Inhalt dieses wichtigsten Abschnitts: 1. Individuum — Gesellschaft — Staat; 2. Die Wandlungsformen des Eigentumsbegriffes; 3. Logische Widersprüche in unserem heutigen Eigentumsbegriff; 4. Zur Lösung der Eigentumsfrage; 5. Die Sozialisierung des Rechts; 6. Sozialisierung der Religion, sowie den übrigen höheren Formen menschlichen Zusammenwirkens; 7. Zum politischen und sozialen Frieden; 8. Der soziale Optimismus.

Dass der Verfasser sehr energischer Optimist ist, wurde bereits bei Besprechung seines »Sinn des Daseins« im Januarheft dieser Zeitschrift (S. 13 ff.) betont. Er erklärt den Pessimismus für ruchlos und die Illusionisten für »Wohltäter des Menschengeschlechts«. Dabei ist er selbst keineswegs etwa dem Traum von einem Glückseligkeitsparadies ergeben. Er ist nur ein energischer Befürworter des Fortschritts — mehr noch auf wirtschaftlich sozialem wie auf politischem Gebiet. Wenigstens würde er sich noch auf ziemlich lange mit der Monarchie abfinden. So erklärt er S. 493 die Frage, ob die Sozialisierung von oben herab als soziales Kaisertum oder von unten hinauf zu erfolgen habe, für »mehr eine Frage des Tempos, denn des Prinzips«. Das Kaisertum besitze heute noch »eine so zwingende suggestive Macht, dass diese, in soziale Wege geleitet, durch ein Machtwort die Sozialisierung der Gesellschaft schneller und unmittelbarer bewerkstelligen könnte, als die politischen und sozialen Kämpfe der Gegenwart eine solche voraussichtlich herbeiführen würden«. (Ebendaselbst.) Indes scheint ihm dieser Entwickelungsgang doch nicht allzu wahrscheinlich. »Bei der Sprunghaftigkeit,« heisst es bald

darauf, »welcher im Grunde j e d e s Individuum ausgesetzt ist, ist auf diesen Staatssozialismus kein Verlass«.

Wir können das so reichhaltige Werk nicht besser zusammenfassend kennzeichnen, als mit folgendem Stück aus dem Schlusswort des Verfassers:

»Der hier vertretene, auf vergleichend geschichtliche Nachweisungen sich stützende soziale Optimismus will der Menschheit nicht etwa neue Horizonte eröffnen und ungeahnte Wege zeigen, sondern nur den schon beschrittenen und in der nächsten Zukunft voraussichtlich weiter zu verfolgenden Weg etwas heller beleuchten. Eine ihrer Grenzen sich bewusst bleibende Philosophie darf überhaupt nicht mit dem Anspruch hervortreten, die Entwickelungsrichtung, die das Menschengeschlecht genommen, umbiegen zu wollen . . . Hat erst die Menschheit so viel sozial-philosophische Einsicht genommen, dass sie die Richtungslinie ihres Weges an der Form des sozialen Optimismus scharf und genau erkennt, dann wird sie manche Stauungen und Rückfälle, manche Zickzackwindungen und Sackgassen, in die sie sich aus Unkenntnis des Weges immer wieder verirrt, vermeiden können, um festen und sicheren Schrittes dem Endziel der Menschheitsbeglückung durch bewusste, planmässige Höherbildung des Typus Mensch entgegenzugehen.«

Vahlteich, Julius. Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. München, G. Birk u. Co. 86 S. 8°. Preis: 1 Mk.

Der Verfasser, der zu der Leipziger Deputation gehörte, welche Ferdinand Lassalle im Winter 1862/63 zu seinem bekannten offenen Antwortschreiben veranlasste und damit zur Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Anlass gab, schildert in dieser Schrift die Zustände in der deutschen Arbeiterschaft vor jener Gründung und das Wirken Lassalles als Arbeiterführer, sowie dessen Persönlichkeit, wie sie sich ihm, der eine Zeit lang als Lassalles Sekretär tätig war, offenbarte. In letzterer Hinsicht teilt er wenig mit, was nicht schon in der Hauptsache bekannt war, fügt aber doch dem Bilde Lassalles einige bemerkenswerte Striche zu, die zumeist als ungünstig bezeichnet werden müssen. Nicht immer wird man ihm zustimmen können. Wohl hat er vor den meisten, die über Lassalle geschrieben, den Umstand voraus, dass er Lassalle persönlich gekannt hat, und wir halten den von anderer Seite geäusserten Vorwurf, dass verletzte Eitelkeit ihn zur Veröffentlichung jener ungünstigen Urteile verleitet habe, für unberechtigt; die subjektive Wahrheit der Vahlteichschen Kritik steht für uns ausser Zweifel. Aber Vahlteich hat, gerade w e i l er Lassalle so nahe gestanden, ihn nicht aus der richtigen Perspektive beurteilt. Dadurch erscheinen in seinem Buche die Fehler Lassalles unverhältnismässig gross gegenüber seinen Vorzügen. Im täglichen Umgang zeigen sich eben nicht die grossen, sondern die kleinen Eigenschaften häufiger. Indes war es wohl auch nicht die Absicht Vahlteichs, ein Vollbild Lassalles zu geben. Was er bietet, sind Ergänzungen, die der Biograph ebensogut zu berücksichtigen hat, wie andere Mitteilungen von Zeitgenossen Lassalles, um dann aus dem ganzen überlieferten Material das Vollbild zu gewinnen. Wie seine Angaben über die Persönlichkeit Lassalles fordern auch Vahlteichs Urteile über dessen Politik hier und da zur Kritik heraus. Lassalles Bemühungen, durch alle Mittel der Agitation und der persönlichen Ueberredung die Machthaber in Preussen zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu bewegen, waren von der ehrlichen Ueberzeugung eingegeben, dadurch die Emanzipation der Arbeiterklasse um ein bedeutendes zu fördern. Die Mittel, deren er sich dabei bediente, fordern zur Kritik heraus, auf seinen politischen Charakter aber werfen sie keinen Makel.

Sehr interessant ist, was Vahlteich im ersten Kapitel über seine eigene Jugend als Proletarier erzählt. Es beleuchtet viele Seiten des damaligen Arbeiterlebens und man bedauert, dass der Verfasser diesem Thema keinen grösseren Platz eingeräumt hat.

2. In französischer Sprache.

Sorel, G. Introduction à l'économie moderne. (Bibliothèque d'Études socialistes XIII.) Paris 1903, G. Jaques. 385 S. 8°.

Der Verfasser erklärt in seinem Vorwort, nach einer lebhaften Polemik gegen Jean Jaurès, er wolle in dieser Schrift auf marxistischem Wege die derzeitigen Schwierigkeiten des französischen Sozialismus untersuchen, bezw. die Reformen feststellen, welche aus einer Arbeitsgemeinschaft der Volksparteien mit den Bourgeoisparteien resultieren können. »Es wird einer der hauptsächlichsten Ruhmestitel Proudhons sein,« schreibt er, »mit grösserer Genauigkeit, als wie es bis dahin versucht worden, das Gebiet des Eigentums und das der ökonomischen Umwelt bestimmt zu haben; ich glaube aber nicht, dass er die Frage erschöpft hat. Ich nehme sie wieder auf und zeige, wie die Sozialisierung des Milieu zu einer grossen Menge Reformen führen kann, die das Eigentum unangetastet lassen« (S. 11). Denn, hatte es vorher geheissen, »in der bürgerlichen Gesellschaft reformieren, heisst das Privateigentum bekräftigen« — ein Satz, mit dem die anerkannten Sachwalter der bürgerlichen Gesellschaft nicht gar sehr einverstanden sind.

Ein erster Abschnitt soll als Einleitung zu seinen Untersuchungen zeigen, dass, wer die sozialen Probleme der Gegenwart wohl verstehen will, sich dem Studium der ländlichen Wirtschaft zuwenden muss. Die weitere Aufgabe sei dann, in das Gebiet der Rechtsphilosophie einzutreten, und namentlich folgende Fragen zu erforschen:

1. Bestimmung des Wesens der Demokratie. Zeigen, wie sie sich zum Sozialismus gesellt hat, was sie mit ihm gemein hat, und wo sie ihm widerspricht. Begründung dieser Untersuchung auf rein materialistischen Grundlagen: auf die Bedingungen der Produktion des materiellen Lebens in den Städten (Demokratie) und in den reinen Arbeitergesellungen (Sozialismus). 2. Eine Theorie der Revolution entwerfen und besonders im Hinblick auf die derzeitige sozialistische Praxis die beiden vorerwähnten grossen Revolutionen erklären, die zur Einführung des römischen Rechts und zur napoleonischen Gesetzgebung führten. 3. Den moralischen, politischen und historischen Thesen der neuen Utopisten eine verständige Form geben und sie in Uebereinstimmung mit den Prinzipien erklären, die Marx behufs Erkenntnis der Ideologie anzuwenden geraten hat.« Die Behandlung dieser Fragen werde das beste Mittel sein, intelligenten, ihrer besten Ueberzeugung folgenden Leuten zu beweisen, dass der wohlverstandene und gemäss seiner inneren Prinzipien fortgebildete Marxismus ein ganz besonderes Licht auf die Rechtsphilosophie wirft« (S. 12/12).

Sorel hat, wie wir bei einer früheren Gelegenheit hervorgehoben, sich seinerzeit vom Marxisten zum Kritiker des Marxismus entwickelt, ist aber neuerdings unter dem Eindruck der jüngsten Vorgänge in der französischen Sozialdemokratie dem theoretischen Marxismus wieder näher getreten. Doch ist sein heutiger Marxismus ein solcher eigener Art. Zum Beispiel spricht er mit einer sehr souveränen Verachtung von den Politikern, ob sie nun Sozialisten sind oder nicht, und Jaurès kommt bei ihm in dieser Beziehung sogar noch besser weg, als der belgische Sozialist Vandervelde. »Man könnte der Meinung sein«, sagt er im Anschluss an eine Reihe von kritischen Bemerkungen über dessen Buch *L'exode rural et le retour aux champs*, »dass ich der Kritik des Buches eines Politikers übermässige Ausdehnung gegeben habe; aber Vandervelde hat es fertig gebracht, unsern Universitätsleuten den Glauben beizubringen, dass er das Haupt einer Schule sei. Es galt daher zu zeigen, dass er gar keine eigenen Ideen hat« (S. 48). Auf der andern Seite äussert er hinsichtlich der Agrarfrage Ansichten, die wenigstens bei den Marxisten strenger Observanz nicht gerade sehr viel Anklang finden werden. Kautskys Ansicht, dass nicht der Grundbesitzer, sondern der Hypothekenbesitzer der wahre Eigentümer sei, erklärt er für »eine etwas veraltete Art, die Dinge zu betrachten« (S. 288). An einen etwas überlebten Marxismus erinnert es, wenn er in einer Note auf Seite 66 bemerkt, dass »die Sitten der Bergbaudistrikte Deutschlands und insbesondere der Harz den Schlüssel zu den sozialen Theorien Fichtes liefern«.

Es ist geradezu unmöglich, den sachlichen Inhalt des Sorelschen Buches in wenigen Sätzen zusammenzufassen. Es entwickelt keine einheitliche Theorie, sondern führt Theorien vor und begleitet oder unterbricht sie mit kritischen Bemerkungen. Oft sind diese Bemerkungen etwas gallig, und zwar ganz besonders, wo es sich um einen bestimmten Flügel des französischen Sozialismus oder um die Konsumvereine handelt, gegen die — den Genter Voruit varan — Sorel ganz besonders voreingenommen zu sein scheint. So spricht er auf S. 161 einem Kritiker des Vooruit die offenbar tendenziös gehässige Unterstellung nach, man habe aus dem Vorstand dieses grossen Arbeiterkonsumvereins die Schankwirte deshalb fern gehalten, weil sie zu unabhängig vom Geschäftsführer sein würden. Die grossen Konsumvereine hätten »alle Laster der Demokratien«. Der grösste Teil des Buches aber besteht in sachlichen Untersuchungen, die bei der grossen Belesenheit und kritischen Schärfe Sorels reiche Ausbeute darbieten. Eingehend beschäftigt sich Sorel mit den Theorien Le Plays und Proudhons, welch' letzterer bei ihm in einem Lichte erscheint, das vielen neu sein wird. Sehr hübsch ist die Bemerkung, dass Proudhon eigentlich nie ein Städter, sondern in seinem Fühlen sein Leben lang eigentlich ein Bauer gewesen sei. Der zweite und dritte Teil des Buches ist fast ausschliesslich Proudhons Theorien über die Sozialisierung der Umwelt [der Produktion] und das Tauschsystem gewidmet, die Sorel im Lichte der modernen Erfahrungen kommentiert und an deren Kritik sich oft sehr lesenswerte Betrachtungen knüpfen.

Leroy, Maxime. **Le Code civil et le droit Nouveau.** (Bibliothèque socialiste No. 22). Paris 1904, Société nouvelle de librairie et d'Edition. 117 S. 8°. Preis: 50 cts.

Eine sozialistische Kritik des französischen bürgerlichen Gesetzbuches, die lebhaft an Mengers *Bürgerliches Recht und die besitzlosen Klassen* erinnert, das der Verfasser auch wiederholt zitiert. Das Buch ist aber keine blosse Nachahmung. Der Verfasser ist Jurist, ohne Mengers eigenartige Sozialtheorie zu teilen, und behandelt unter anderem die Vorgeschichte und Entstehungsgeschichte des Code civil in interessanter Weise.

Novicow, J. **Le Christianisme primitif et le Socialisme moderne.** (Extrait de *la Revue*.) Paris 1904, Bureaux de *la Revue*. 20 S. gr. 8°.

Die sozialistische Bewegung der Gegenwart ist schon oft mit dem Urchristentum verglichen worden. Wenn der Verfasser, ein namhafter Soziologe der liberalen Schule, hier den Vergleich wiederholt, so kann man ihm das Zeugnis ausstellen, dass er es wenigstens mit Geist und Orginalität tut. Er zieht die Parallele nicht, um den Sozialismus herabzuziehen, sondern führt vielmehr aus, dass die Eroberung der politischen Macht durch die Sozialdemokratie wahrscheinlich sei. Nur meint er, dass sie, wie der Sieg des Christentums, voraussichtlich auf Grund einer Transaktion mit dem Ueberlieferten erfolgen werde. Da er an eine Durchführbarkeit des Sozialismus als Wirtschaftssystem nicht glaubt, sucht er an der Hand des Gegenwarts-Programms der Sozialdemokratie, das seinen Beifall hat, analysisch zu ermitteln, was die Menschheit vom Siege der Sozialdemokratie gegebenenfalls erhoffen könne. Sein Ergebnis ist, dass, falls dieser Sieg nicht unter Umständen erfolge, die die Sozialdemokratie zu gewalttätigen, das Wirtschaftsleben zerrüttenden Massnahmen treiben und so eine starke Reaktion unausbleiblich machen würden, er durch Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker Beseitigung des Militarismus und der mit ihm verbundenen ungeheuren Schädigung der wirtschaftlichen und allgemeinen kulturellen Entwicklung zur Folge haben, der Menschheit also einen grossen Dienst leisten werde.

Dies die Quintessenz des sehr frisch und anregend geschriebenen Aufsatzes.

Tönnies, Ferdinand. **l'Évolution sociale en Allemagne.** (1890—1900.) Extrait de la Revue Internationale de Sociologie. Paris 1903, V. Giard & E. Brière. 43 S. gr. 8°.

Der bekannte Kieler Universitätslehrer gibt in diesem Aufsatz ein durchweg sachliches und umfassendes Bild der sozialen Entwickelung Deutschlands

im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Mit ganz besonderer Sachkunde und Vorführung der bezeichnenden Tatsachen wird die Wirtschaftsentwickelung und die Bewegung der Arbeiterklasse behandelt.

3. In englischer Sprache.

Fabianism and the Fiscal Question. An alternative Policy. Fabian Tract. 116. London 1904, The Fabian Society. 27 S. 8⁰. Preis: 1 Penny.

Dies Pamphlet des Fabianer-Vereins über die durch Mr. Chamberlain auf die Tagesordnung gesetzte Zollfrage ist im wesentlichen kritisch gehalten: der Freihandel wie der Schutzzoll werden kritisiert, aber nicht eigentlich bekämpft; es wird vielmehr u. a. sowohl gezeigt, was zu gunsten eines Zolltarifs, wie was zu gunsten des Festhaltens am Freihandel sprechen würde. Schliesslich werden, da die derzeitige Lage der englischen Volkswirtschaft unbedingt reformbedürftig sei, die Grundlinien einer Politik entwickelt, die einen andern Ausweg als den Chamberlainschen darlegen soll. Sie deckt sich in vielen Punkten mit den Vorschlägen in der Broschüre Mr. Snowdens von der Unabhängigen Arbeiterpartei, die wir in einer früheren Nummer besprochen haben (Oktober 1903), geht aber mehr auf verschiedene wirtschaftstechnische Momente ein, wie z. B. die Umwälzung des Konsularwesens, Nationalisierung der grossen Dampferlinien etc. Gegen diese positiven Vorschläge lässt sich prinzipiell nichts sagen, sie zeichnen sich im Gegenteil oft durch grosse Gesichtspunkte aus, aber hinter ihnen steckt eine weniger entschiedene Ablehnung der Chamberlainschen Vorschläge, als wie man sie bei Mr. Snowden findet.

Sonst ist die Broschüre ausserordentlich interessant und voller beissender Sarkasmen über das öffentliche Leben und die Parteiverhältnisse in England. Die landläufigen Schlagworte, mit denen die beiden grossen bürgerlichen Parteien einander bekämpfen, werden bitter verhöhnt. Zuweilen erhebt sich die Kritik, die alle vulgären Angriffe und Verdächtigungen verschmäht, um sachlich desto schärfer zu treffen, zu einer Höhe, die dem Pamphlet einen literarischen Wert als politische Satire verleiht.

4. In russischer Sprache.

Basilewski, B. Staatsverbrechen in Russland im 19. Jahrhundert. Band I. (1825—1876.) Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.), 1903. 627 S. 8⁰. Preis: 8 Mk.

Dieser stattliche Band in Petitdruck enthält eine Sammlung der in der Periode 1825—1876 erschienenen offiziellen Mitteilungen der russischen Regierung über die in jene Zeit fallenden Unruhen, Gährungen und sog. »Staatsverbrechen«. Es ist somit nicht etwa eine wahrheitsgetreue Schilderung der russischen revolutionären Bewegung im 19. Jahrhundert, die wir in ihm finden, sondern ein Gemisch von Tatsachen und offiziellen Uebermalungen. In dieser Hinsicht ist das Buch ein überaus wertvolles und interessantes historisches Dokument. Doppelt interessant wird es sein, wenn der 2. Band erschienen sein wird, die Regierungserklärungen der früheren Perioden mit denen der letzten Jahre zu vergleichen und dabei verfolgen zu können, wie sie immer verworrener, immer lückenhafter und dürftiger werden. In seinem Vorwort sagt der Redakteur des vorliegenden Buches, dass er ausschliesslich nur die von der Regierung veröffentlichten Erklärungen und Bekanntmachungen zum Abdruck gebracht habe, in der Hoffnung, dass eine solche Sammlung von der Zensurbehörde nicht beanstandet werden würde. Dieses »in der Hoffnung« ist sehr bezeichnend. Der Gedanke, die Regierung könnte es heute für nötig befinden, die gesammelten o f f i z i e l l e n Darstellungen der russischen freiheitlichen Bewegung zu unterdrücken, muss geradezu grotesk erscheinen. Man sollte es für unmöglich halten, dass die russische Regierung diese Sammlung anders als mit Freuden begrüssen könnte. Die Machthaber Russlands haben jedoch seit jeher neben so vielem Empörenden und Entsetzlichen so viel des Lächerlichen geleistet, dass sogar ein Verbot dieses Buches keineswegs für

ausgeschlossen gelten muss. Basilewski kündigt denn auch für den Fall eines Verbotes eine wesentliche Veränderung und Erweiterung des Programms der Sammlung an, wodurch deren Wert natürlich noch bedeutend erhöht werden würde. Der vor uns liegende Band behandelt u. a. die Militärrevolte unter Nikolaus I., den Polenaufstand, die Anschläge Karakosows und Beresowskys auf das Leben Alexander II., sowie die Verschwörung Netschajews. Selbstverständlich hat die Regierung stets nur Dinge veröffentlicht, die sie in ihrem Interesse ausschlachten zu können glaubte. Und während einzelne Nebensächlichkeiten äusserst ausführlich geschildert wurden, ist die Regierung stillschweigend über alles hinweggegangen, was ihr nicht in den Kram passte. So veröffentlichte sie z. B. in der an Verfolgungen durchaus nicht armen Periode 1868—70 überhaupt nichts! Vom »Verbrecher« N. Tschernyschewsky erfahren wir bloss, dass er »aufrührerische Aufrufe« veröffentlicht haben soll, wofür er denn auch mit siebenjähriger Zwangsarbeit und dem Verlust aller Rechte bedacht worden sei u. s. f. Es würde zu weit führen, wollten wir Schritt für Schritt alle in den Regierungserklärungen enthaltenen Verdrehungen und Unrichtigkeiten hier feststellen. Die unabhängige Geschichtsschreibung hat ja dafür gesorgt, die Tatsachen unverfälscht bekannt zu geben, und hat somit die »wahrheitsgetreuen« Schilderungen der Regierung auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Hier sei nur ganz allgemein auf das System hingewiesen, nach welchem seit jeher solche Regierungserklärungen abgefasst werden. Allüberall ist die Rede von der besonderen Güte und Gutherzigkeit der zeitweiligen Monarchen. Alle haben sie in Humanität gemacht. Und es handelt sich nicht bloss um Worte — nein, auch die Taten folgen! Opfer, die gevierteilt werden sollen, werden gehängt! Die zum Tode durch den Strang verurteilten werden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt! Die zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilten erhalten durch die unvergleichliche Güte des Zaren 20 Jahre etc. So sieht die Gnade der weissen Zaren aus.

Man darf dem Erscheinen des zweiten Bandes dieser Publikation mit Spannung entgegensehen. tr.

Trojky, N. **Der zweite Kongress der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.** Bericht der sibirischen Delegierten. Genf 1903. 36 S. 8°.

Zweiter Kongress der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Ausführlicher Text der Protokolle, herausgegeben vom Zentralkomitee. Genf, Coulouvrenière 27. 394 S. 8°. Preis: 5 Frs.

Dem Protokoll sind das Parteiprogramm, die Organisationsstatuten und die hauptsächlichsten Resolutionen vorausgeschickt.

Im ganzen fanden 37 Sitzungen statt, in denen das Programm festgesetzt und hauptsächlich über Fragen der Taktik und Organisation verhandelt wurde. Das wichtigste Ergebnis dieses Parteitages ist jedenfalls der Zusammenschluss der einzelnen Gruppen in der Partei zur einheitlichen Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Versuche, zu einer Einigung mit dem jüdischen Bunde zu gelangen, scheiterten an dessen föderativen Bestrebungen. tr.

5. In magyarischer Sprache.

1) **Csizmadia** Sándor: **Küzdelem.** ujabb versek. 1903. (160) 8°. 1 K.
2) **A magyarországi szociáldemokrata part** 10. pártgyűlésének jegyzőkönyve. 1903. (142) 8°. 40 h.
3) **Csizmadia** Sándor: **Mit akarunk?!** A magyarországi szociáldemokrata párt programmjának magyarázata. 1903. (78) 8°. 20 h.
4) **A Népszava Naptára** az 1904. évre. 1903. (118 + 30) 8°. 60 h.
5) **Kelecsényi** György: **Szórat a nőkhöz.** 2. kiadás. 1903. (32) 16°. 4 h.
6) **Kelecsényi** György: **Kik arattak a nyáron!!** 2. kiadás. 1903. (31) 16°. 4 h.
7) **Kelecsényi** György: **A kolduspénztár.** 1903. (31) 16°. 4 h.
8) **A csuhások.** 2. kiadás. 1903. (32) 16°. 4 h.
9) **Weltner és Bokanyi: A katonai javaslatok, az ellenzék, a klerikalizmus.** Két beszéd. 1903. (46) 16°. 4 h.

10) **A szociáldemokrácia evangéliuma** kérdésekben és feleletekben. 2. kiadás. 1903. (32) 16°. 4 h.
11) **Dalok és szavalatok.** 1903. (94) 8°. 30 h.
12) **Lafargue** Pál: **A gazdasági materializmus** Marx Károly tanai alapján. Forditotta Alpári Gyula. 1903. (71) 8°. 12 h.
13) **Kautsky** Károly: **Marx gazdasági tanai.** Forditotta Garami Ernö. 1903. (208) 8°. 2 K.
14) **Pey-Ordeix,** Segismundo: **A jezsuita** (Paternidad). 1903. (176) 8°. 20 h.

Während in den romanischen Ländern der Verlag und Vertrieb der sozialistischen Literatur zum grössten Teil der Privatunternehmung überlassen ist, hat sich die sozialistische Partei in Deutschland, Oesterreich und auch in Ungarn im Parteibuchhandel nicht nur eine gute Einnahmsquelle geschaffen, sondern ein förmliches geistiges Monopol auf dem Gebiete der literarischen Propaganda des Sozialismus. In den Verzeichnissen dieser Parteiverlagsbuchhandlungen spiegelt sich demnach sowohl der jeweilige Stand der Parteibewegung als auch die Richtung und die jeweiligen Hauptpunkte der Parteipropaganda wieder. Das obenstehende Verzeichnis bildet die Liste der Editionen der Buchhandlung der sozialdemokratischen Partei Ungarns aus dem Jahre 1903; eine kurze Analyse der einzelnen Schriften dürfte genügen, um zugleich ein Bild über die Tätigkeit dieser Partei im selben Jahre zu geben.

1. Die Sammlung Csizmadiascher Gedichte wurde im III. Band der *Documente* (S, 112) bereits besprochen.

2. Protokoll des 10. Parteitages der sozialdemokratischen Partei Ungarns, abgehalten zu Budapest, 1903. Nach dem Schema der deutschen Parteitagsprotokolle enthält dieses Protokoll das neue Programm und Organisationsstatut der Partei, den Bericht der Parteileitung über die Periode 15. März 1902 bis 1903, die eingereichten Anträge und Resolutionen, endlich die stenographische Aufzeichnung der Verhandlungen. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik Ungarns, 2. Das Parteiprogramm, 3. Das Partei-Organisationsstatut, 4. Der Klerikalismus und die Sozialdemokratie, 5. Die ungarische Sozialpolitik. Davon boten der 1., 2. und 3. Punkt Anlass zu eingehender Diskussion. Der 1. Punkt wurde zu gunsten der Zolltrennung von Oesterreich entschieden, welche Tendenz auch im neuen Parteiprogramm zum Ausdruck kam (s. Bd. III, S. 420 ff. der *Dokumente*). Das neue Organisationsstatut schaffte erst den an die verwaltungsrechtliche Einteilung Ungarns in Bezirke und Komitate sich anlehnenden Rahmen für die junge Bewegung; die Partei baut sich auf ein weitverzweigtes Netz von lokalen, Komitats- und Bezirks-Organisationen auf. (Dass sich die neue Organisation bewährt, davon zeugen die ersten Gaukonferenzen, die zur Zeit der Weihnachtsfeiertage in vielen Städten Ungarns abgehalten wurden.) Auch die Institution der obligatorischen Parteisteuer (monatlich 4 h.) wurde eingeführt. Schliesslich sei noch erwähnt, dass der Kassenbericht die Einnahmen in 65 803 K. ausweist, gegenüber 42 741 K. im vorigen Berichtsjahr 1901/02.

3. Was wollen wir?! Erläuterungen zum Programm der Soziald. Partei Ungarns, von Csizmadia. Gründlich, klar und leicht fasslich. Die gefällige Ausstattung des Bändchens darf nicht unerwähnt bleiben.

4. Kalender der Népszava für 1904. Enthält die Geschichte der in- und ausländischen Bewegung, Artikel über Zola, die österr. Sozialdemokratie, Fourier, über den Streik, das Eigentum, Alkoholismus, Rechte und Pflichten der Arbeiter (in katechetischer Form), über Alexandre Steinlen, über die Formen der Propaganda etc., Gedichte von Csizmadia, Moris Rosenfeld etc., Novellen, Reproduktionen mehrerer (7) Zeichnungen von Steinlen, Nagy etc. und neben Originalkopfleisten noch über 20 Illustrationen. Zeichnet sich ebenfalls durch eine sehr geschmackvolle Ausstattung aus.

5—10. Populäre Agitationsschriften zu 4 h. (3½ Pf.) 5. Aufruf an die Frauen, 2. Aufl.; 6. Wer hat die Fechsung eingeheimst? 2. Auflage (konfisziert gewesen); 7. Die Bettlerkasse (populärer Spottname der staatlichen Hilfskasse für landwirtschaftliche Arbeiter; konfisziert); 8. Die Schwarzen, 2. Aufl. (konfisziert); 9. Die Militär-

vorlagen, die Opposition, der Klerikalismus, zwei Versammlungsreden; 10. Das Evangelium der Sozialdemokratie in Fragen und Antworten, 2. Aufl.

11. Lieder und Deklamationen. Eine Sammlung sozialistischer Von nicht-ungarischen Arbeiterdichtern sind vertreten: Greulich, Most, Heine, Jakob, Schiller, Herwegh, Max Kegel, Svabopluk Czech, Ada Negri; von den ungarischen: Petöfi, Csizmadia, Abel, Kiss, Palagyi etc. Das Bändchen ist gefällig ausgestattet und durch zwei Titelzeichnungen Alexander Nagys geschmückt.

12. und 13. sind Uebersetzungen bekannter Schriften. 11. Der ökonomische Materialismus von Lafargue; 12. Marx' ökonomische Lehren von Kautsky. Auffallend ist der billige Preis von 2 Kronen (1 Mk. 70 Pf.); die deutsche Originalausgabe ist teurer.

14. Pey-Ordeix: Der Jesuit. Eine sehr wohlfeile Ausgabe des langweiligen, aber berühmten Anti-Jesuiten-Dramas des aus der Kutte gesprungenen spanischen Jesuiten. In Anbetracht der beginnenden klerikalen Hochflut in Ungarn war die Herausgabe wohl angebracht. Eine Massenauflage hat es ermöglicht, den Preis des 11 Druckbogen starken Bändchens mit bloss 20 h. (17 Pf.) anzusetzen.

e. sz.

Szocialista Diákok Könyvtára. 3: **Bevezető a társadalomtudomány tanulmányába.** Budapest 1903. (32) 16°. 12 h. (Sozialistische Studentenbibliothek, H. 3. Einleitung in das Studium der Sozialwissenschaft.)

Eine geschickte Umarbeitung der Broschüre des Wiener Sozialisten Fr. O. Hertz: Wie studiert man Sozialwissenschaft? Wo es anging, ist auf ungarische Verhältnisse Bezug genommen, die Beispiele aus dem sozialen und kulturellen Leben Ungarns und aus den Uebelständen der Budapester Universität genommen. Im Anhang: Kurze Bibliographie der wichtichsten Spezialfragen mit Angabe nach jedem Titel der öffentlichen Bibliothek, in der das empfohlene Buch vorhanden ist. Den Umschlag schmückt eine gute Zeichnung.

e. sz.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Vom Garantismus Fouriers.

Vorbemerkung. Der Sozialismus Fouriers ist in weiten Kreisen lediglich in Gestalt der vollendeten Utopie bekannt, die unter dem Namen Phalansterium seinerzeit ein Stichwort geworden war und eine spekulative Verwirklichung von Fouriers Grundidee darstellt, die gesellschaftliche Harmonie und den höchsten gesellschaftlichen materiellen Wohlstand vermittelst Einrichtungen zu erzielen, die allen Trieben und Neigungen der Menschen ein freies Ausspielen ermöglichen würden. Man kennt die wichtigsten Züge des Phalansteriums und man weiss, welche Rolle in ihm das Prinzip der »anziehenden Arbeit« und die Psychologie als System der Triebe spielen. Aber die bald wahrhaft genialen, bald toll bizarren Ideen, die in den Ausmalungen des Phalansteriums in dieser Hinsicht zu Tage treten, sind nicht das einzig Interessante an Fourier. Fourier hatte sich keinesfalls damit begnügt, der von ihm so scharf kritisierten gegebenen Gesellschaftsordnung das Musterbild einer vollkommenen, d. h. durchaus harmonischen Gesellschaft gegenüberzustellen. Er hatte vielmehr seinem System eine ganze soziale Entwickelungslehre zu Grunde gelegt, gemäss der die menschliche Gesellschaft, wie sie schon bisher eine Reihe von Entwickelungsstufen durchlaufen habe, so auch weiterhin in stufenweis sich vollziehender Entwickelung emporsteigen würde, bis sie jenen Zustand der Harmonie erreicht habe, dessen Andauer Fourier auf 70000 Jahre schätzt, und dem schliesslich bei ihm wieder eine stark rückläufige Entwickelung folgt, deren Abschluss das Ende der Erde bildet. Die kosmologischen, biologischen etc. Phantasien, in denen sich Fourier dabei ergeht, haben heute allen Reiz verloren. Das Bedeutungsvolle ist hier nur, dass Fourier sich überhaupt auf den Standpunkt der Entwickelungsidee stellt, und die Entwickelung sich gesetzmässig und in einer fortlaufenden Reihe vollziehen lässt, die keine Unterbrechung des Zusammenhanges kennt. Denn mit dieser Auffassung steht der Fourierismus auf der Grenze zwischen den rein ideologischen Utopien und den wissenschaftlich aufgebauten sozialistischen Theorien, und wenn wir ihn unter diesem Gesichtspunkt betrachten, so erhebt sich für uns als interessanteste aller hierher gehörigen Fragen die: wie stellt sich Fourier die Phase vor, der nach ihm doch die gegebene Gesellschaft zunächst folgen soll, und wie den Uebergang zu ihr? Hier konnte der dichterische phantastische Zug in Fourier verhältnismässig wenig Spielraum finden, und in der Tat zeigt eine Beschäftigung mit dieser Frage uns Fourier vornehmlich als Oekonom, als Kritiker und Reformer des Wirtschaftslebens.

Im Nachfolgenden bringen wir aus der jüngst in dieser Zeitschrift besprochenen Bourginschen Zusammenstellung des Fourierschen Systems aus des Letzteren eigenen Schriften (vgl. »Dokumente des Sozialismus«, Jahrgang III, Seite 496/97) zwei Kapitel, die sich auf die ökonomischen Einrichtungen der uns zunächst bevorstehenden Entwickelungsperiode beziehen. Es ist dies ein Gesellschaftszustand, den Fourier die Periode der Gewährschaften — »Garantismus« — nennt, während er den Gesellschaftszustand, den er vor sich sah, als den der Zivilisation bezeichnete. Offensichtlich schwebte ihm bei dieser Bezeichnung eine Auslegung des Wortes vor, die an den speziellen Begriff der Civilität im römischen Sinne anknüpft, und, zwar nicht völlig, aber doch wesentlich mit der Vorstellung zusammenfällt, die von späteren Sozialisten mit den Worten Bürger, Bür-

gertum oder bürgerlich verbunden wurde. Wir haben es daher meist, um beim Leser den Gedanken klarer zum Ausdruck zu bringen, mit »bürgerlicher Zivilisation« übersetzt.

Zum besseren Verständnis des Ganzen fügen wir hier die Titel der Geschichtsperioden bei, die nach Fourier den Aufstieg der Menschheit zur Harmonie darstellen: 1. Urzustand (»Edenismus«); 2. Wildheit; 3. Patriarchat; 4. Barbarei; 5. Zivilisation; 6. Garantismus; 7. Aufkommende Sekten (hier als harmonische Gemeinden verstanden, die eine Entfaltung der Leidenschaften erlauben); 8. Einfache kombinierte Sekten (Zustand der Harmonie, der, wie die vorhergegangene Periode, eine ganze Reihe von Abstufungen kennt).

Indem Fourier diese Perioden auf Grund bestimmter Merkmale unterscheidet, ist er sich dessen bewusst, dass in der Wirklichkeit die Dinge sich nicht streng nach Begriffen scheiden, so dass sich in jeder Geschichtsperiode Einrichtungen vorfinden, die in ihren wesentlichen Zügen anderen Perioden entsprechen, bezw. die diesen entsprechenden Merkmale aufweisen. Aber er ist doch noch weit genug von einer wissenschaftlichen kausalen Auffassung der geschichtlichen Entwickelungen entfernt, dass er Geschichtsepochen, in denen er Einrichtungen vorfindet, die nach seiner Einteilung späteren Epochen angehören, bei diesen »Anleihen« machen, die früheren den späteren Epochen Ideen »stehlen« lässt. Das ist bei ihm nicht nur rhetorische Form, nicht nur ein poetisches Bild, sondern es hängt innerlich mit seiner ganzen spekulativen Denkweise zusammen, die in vielen Zügen an seinen Zeitgenossen Hegel erinnert, mit dem Fourier denn auch schon wiederholt verglichen worden ist.

Wie Hegel, ist auch Fourier nicht leicht zu lesen. Er hat seine eigene Terminologie, die Worte werden bei ihm oft in ganz anderem als dem landläufigen Sinne gebraucht. Das stellt den Uebersetzer vor die Wahl, entweder solche Ausdrücke wörtlich zu übersetzen und, um Missverständnissen vorzubeugen, ihnen Noten beizugeben, die den Leser über deren wirklichen Sinn aufklären, oder aber gleich das diesen wiedergebende Wort zu wählen. Wir haben es so gehalten, dass wir solche Ausdrücke, die bei Fourier besondere Wichtigkeit haben, in wörtlicher Uebersetzung wiedergegeben, sonst aber die Sprache Fouriers in die heutige übersetzt haben, selbstverständlich mit strenger Beibehaltung des Sinnes.

Im übrigen brauchen wir kaum darauf hinzuweisen, wie sehr die Ausführungen Fouriers die kleinbürgerlichen Verhältnisse wiederspiegeln, die in seinen Tagen in Frankreich vorherrschten. Seine Ideale verraten einen Wirtschaftszustand, der heute in seinen Hauptzügen fast völlig überwunden ist. Und manche seiner Vorschläge, die für seine Zeit revolutionär waren, würden heute als reaktionär beurteilt werden müssen. Daneben aber haben wir wieder geniale Vorwegnahmen, die es als lohnend erscheinen lassen, auch heute noch den Oekonomen Fourier nachzulesen.

* * *

1. Der Garantismus.

A. Das kommunale Kontor.

Ein kommunales Kontor auf Aktien, ein Haus für den Handel und die Aufbewahrung von Landwirtschaftserzeugnissen, das als Niederlage (entrepot) dient und dem Einlieferer Vorschüsse leistet. Dies Kontor, das für Bezirke (subdivisions) von 1500 Einwohnern wenigstens bestimmt ist, würde mit Garten, Speicher, Kellerei, Küche und mindestens zwei kommunalen Fabriken versehen werden.

Ich will nur auf die hauptsächlichsten Vorteile des kommunalen Aktienkontors hinweisen, das unter anderen Eigenschaften die haben wird, folgendes zu bewirken:

»Herabsetzung der Kosten der ärmeren und selbst der mittleren Haushalte um die Hälfte;

Erlegung der Steuern der Gemeinde im voraus und ohne Unkosten an einem festgesetzten Tage;

Vorschüsse zum niedrigsten Satz an alle Landwirte, deren Güter Bürgschaften darbieten;

Versorgung jedermanns mit allen einheimischen oder ausländischen Waren zum möglichst niedrigem Preise durch Ermässigung desselben um den Vermittelungsprofit, den die Kaufleute und Wechsler machen;

Sicherheit für die ärmere Klasse, in jeder Jahreszeit auf dem Acker oder in der Werkstatt einträgliche Tätigkeit, abwechselnde Beschäftigungen zu finden, bei denen es weder Ueberarbeitung noch Unterjochung gibt.

Die Veranstaltung, um die es sich handelt, der kommunale Garantismus, ist ihrer allgemeinen Natur wie in Einzelheiten vorgeahnt worden.

Versuch im allgemeinen Sinn: Man fühlte die Verpflichtung, der mittellosen Landbevölkerung beizustehen, als man unter dem Namen *Gemeindegut* Gehölze und Weideland zurückbehielt, die den Armen wie den Reichen offen stehen. Es ist anerkannt, dass dies eine übel angebrachte Massnahme ist, dass der Arme das Gemeindegut verwüstet, und dass es aufs schlechteste verwaltet wird. Man hat also bei diesem Werk der Gemeinnützigkeit das Mittel, dem Armen zu helfen, verfehlt.

Man ist noch mehr bei den *Teil*versuchen, wie den Banken für Grund und Boden und anderen Gesellschaften, gescheitert, die, während sie vorgaben, der Landwirtschaft und dem kleinen Grundbesitzer zu helfen, überführt worden sind, verderblichen Wucher zu treiben und Geld zu 17 Prozent im Jahr auszuleihen. Der Geist unserer Zeit ist nur in Erfindungen dieser Art fruchtbar.

Diese verschiedenen und hundert andere Hilfsleistungen würden von dem kommunalen Aktienkontor reichlich geliefert werden. Setzen wir es als eingerichtet voraus, ohne uns bei den Einzelheiten der Organisation aufzuhalten. Es ist eine umfangreiche Wirtschaftsanstalt, die dem Armen all seine Kleinarbeit erspart. Dieser Arme besitzt ein kleines Feld und einen kleinen Weinberg, aber wie kann er einen guten Speicher, einen guten Keller, gute Fässer, ausreichende Geräte und Einrichtungen besitzen? Er findet all dieses im kommunalen Kontor; er kann dort gegen eine vereinbarte Vergütung sein Getreide und seinen Wein hinterlegen und einen Vorschuss von zwei Drittel des mutmasslichen Werts erhalten. Das ist alles, was der Bauer wünscht, der stets genötigt ist, im Augenblick der Ernte zu niedrigem Preise zu verkaufen. Er würde das Zinszahlen für einen Vorschuss nicht fürchten. Er zahlt den Wucherern regelmässig 12 Prozent; er wird das Kontor segnen, das ihm zu sechs Prozent im Jahr, dem Handelszins, Vorschüsse leisten wird und ihm die Aufbewahrungskosten erspart; denn der kleine Landwirt wird im Kontor dafür bezahlt werden, dass er ohne eigene Zutaten die Arbeit verrichtet, die er zu Hause umsonst machen und noch die Kosten der Zutaten tragen würde. In der Tat —

er hat im Kontor seine Ernte hinterlegt, zwanzig Wispel Getreide und zwei Stückfass Wein. Er braucht nicht die Säcke, die Fässer, die Wagen und Tiere zu liefern, die nötig sind, um die Dinge zu Markte zu

führen. Wenn seine Ernte getan und konsigniert ist, arbeitet er im Tagelohn im Kontor und wird bezahlt, während er sein Getreide und seinen Wein pflegt, die beide an Wert steigen, denn man tut sie zu einem Haufen Getreide, zu einem Oxhoft von gleicher Qualität. Man kann ihm selbst die Mühen der Küferei ersparen und seine Weinlese auf Grund der üblichen Schätzung übernehmen.

Die zur Sicherung des Getreides vor Ratten und Kornwürmern und zur Verwaltung von vier oder fünf Oxhoft notwendige Arbeit erhebt sich nicht über das Zehntel dessen, worauf sie sich zusammen in einer Menge kleiner Haushaltungen beliefe, deren ärmste Inhaber zeitweise vom Kontor in dessen Speichern, Kellern, Gärten und Werkstätten beschäftigt werden. Dort kann es ihnen zu keiner Zeit an Beschäftigung fehlen, und dies ist für sie eine um so merkbarere Wohltat, als sie damit, dass sie [ihre Erzeugnisse] beim Kontor konsignieren, durch die Ersparnis der Verwaltungskosten und selbst der Küchenführung viel freie Zeit gewinnen. Denn sie erhalten, sobald sie die Waren hinterlegt haben, irgend welchen Kredit auf die kommunale Küche und machen es, wie unsere kleinen Haushalte, die, um die Unkosten zu sparen, bei den Speisewirten einholen.

Das Kontor rüstet sich mit allen gewohnten Verbrauchsgegenständen aus: gewöhnliche Kleiderstoffe, die unentbehrlichen Lebensmittel und allgemein gebrauchten Apothekerwaren. Dadurch, dass es sie aus erster Quelle bezieht, kann es sie mit einem kleinen Nutzen den Konsignierern abgeben und ihnen die Einkaufs- und Kosten-Rechnungen kundgeben. Diese Vorteile sind entsprechende Lockmittel zum Konsignieren. Wenn das Kontor gut organisiert ist, so muss es in weniger als drei Jahren das ganze landwirtschaftliche System in halbe Genossenschaften umwandeln, denn es wird sowohl vom Reichen wie vom Armen aufgesucht werden. Jeder Reiche wird sich um den Vorteil bewerben, dort stimmberechtigter Aktionär zu sein. Der keine Aktien besitzende Einlieferer wird dort in der Börsensitzung beratende Stimme über die Verkaufsmöglichkeiten haben; der Aktionär wird über die Ein- und Verkäufe mit abstimmen.

Nichts macht dem Landbewohner und besonders dem Bauer mehr Vergnügen, als Zusammenkünfte, wo es sich um Geschäftskniffe handelt. Das ist ein Reiz, den er jede Woche im kommunalen Kontor, in der Börsensitzung geniessen würde, wo man die Nachrichten der Handels-Korrespondenz bekannt geben und über die Bedingungen des Ein- und Verkaufs debattieren würde. Obwohl der Bauer wenig zu Illusionen neigt, würde er gierig nach dem Glanz des Aktionärs, der über die Ein- und Verkäufe des kommunalen Kontors zu entscheiden hat, oder wenigstens nach dem Rang des Konsignierers mit beratender Stimme streben. Die Bauern halten an jedem Sonntag vor oder nach der grossen Messe am Eingang der Kirche *Börse* ab; sie halten sie auf den Marktplätzen und in den Wirtshäusern ab, wo sie sich über die Lage der Geschäfte, über das Steigen und Fallen der Lebensmittelpreise ausgiebig unterhalten und klatschen; sie würden im Kontor eine wirkliche Börse haben, und sie würden, um dort zu figurieren, beflissen sein, entweder Aktionär oder Konsignierer oder beides zu werden.

Die Initiative zu dieser Gründung würde gerade Sache der kleinen Marktflecken gewesen sein, die ein leerstehendes Kloster haben. Sie hätten dasselbe mit Leichtigkeit zum Gebrauch für das kommunale Kontor herrichten können; dies um so mehr, als die Mönche mit grosser Sorgfalt Speicher und Kellereien einzurichten pflegten, grosse Gärten, wie sie für die genannte Anstalt erfordert sind, und geräumige Säle hatten, die sehr für Versammlungen und für die Fabrikationsabteilungen passen, mit

denen das Kontor versehen sein muss, um im Winter wie im Sommer der Klasse der Armen abwechselnde Beschäftigungen darbieten zu können und ihnen nicht durch die Einförmigkeit, die in unseren öffentlichen oder privaten Werkstätten herrscht, — eine Eintönigkeit, die durchaus dem Wunsch der Natur widerspricht, welche in der Industrie wie in allen Dingen die Mannigfaltigkeit will — die Arbeit zum Ekel zu machen.

Das kommunale Kontor würde sich in seiner Organisation soviel wie möglich den Einrichtungen in der Harmonie annähern. Es könnte auf seine Rechnung je nach den Mitteln, über die es verfügt, Pflanzungen und Herden unterhalten, und es könnte selbst den Aermsten seiner Agenten stets ein gewisses Interesse an etlichen besonderen Produkten, wie Wolle, Früchte, Gemüse etc., verleihen, um in ihnen jenen Eifer, jene gewerbliche Sorgfalt zu erwecken, die aus der sozietären Teilhaberschaft erwächst, sie vor der Unachtsamkeit bewahren, welche die Lohnempfänger in der bürgerlichen Zivilisation kennzeichnet.

Dies das erste Unternehmen, das die Aufmerksamkeit der Gesellschaften zur Aufrechterhaltung des Landwirtschaftsgewerbes, wie dies in Frankreich die 400 Arrondissements-Akademien sind, hätte fesseln sollen. Sie haben einige seiner Einzelheiten in Betracht gezogen; so z. B. die Anlegung von Versuchsgütern, die, wie alle an Lohnempfänger übertragenen Geschäfte, fehlschlagen würden. Man muss den Kanton (Kreis) zu einem Schatten von Genossenschaftlichkeit in Bezug auf den Gesamtmechanismus bringen, in Bezug auf den Ackerbau, die Verarbeitung, den Handel und insbesondere die Küche und die Pflege der Kinder, diese für den Dorfbewohner äusserst kostspieligen Dinge, insofern sie die Frauen von der Arbeit abhalten, bei der sie am besten gebraucht werden könnten.

(*Théorie de l'unité universelle, t. 3 p. 281—285.*)

Man findet hier eine dreifache Uebereinstimmung mit der Regierung:

1. *Leichte Erhebung der Steuer.* Die Kontore zahlen sie ihr, sobald sie erst vollständig organisiert sind, an einem bestimmten Tage und in grossen Posten. Die Verwaltung erspart die Erhebungskosten, die sich in Frankreich für das flache Land auf hundert von hundertvierzig Millionen belaufen können. Die Kontore liefern den in Ruhestand versetzten Steuerbeamten Beschäftigung und erhöhen ihre Pension durch den Ertrag ihrer neuen Beschäftigung.

2. *Aufhören der Armut* und des Landstreichertums. Die Kontore haben die Mittel, das ganze Volk gewinnbringend und zusagend zu beschäftigen, ihm eine ruhige Existenz zu verschaffen und für die Bedürfnisse der Schwachen zu sorgen; es bleibt dann nur noch die Sorge für die Armen in den Städten übrig.

3. *Vermehrung der Produkte.* Es wird bewiesen werden, dass diese Organisation sie mindestens um die Hälfte steigern würde, und dass Frankreich durch Uebergang in den Garantismus statt vier und eine halbe Milliarde sieben produzieren würde. Das hiesse den Absichten aller Regierungen entsprechen.

(*Théorie de l'unité universelle, t. 3 p. 287.*)

B. Die konkurrierende Niederlage.

(L'entrepot concurrent.)

Wir haben seit langem das Geheimnis in der Hand, uns aller Kaufleute zu entledigen, und sie selbst sind es, die es uns lehren. Dies Geheimnis ist die Konsignation auf Vorschuss. Man hat sich niemals die Mühe gegeben, die Entwickelungen zu bestimmen, deren

dies Verfahren fähig ist; man hätte erkennen sollen, dass das Konsignierungswesen eine allgemeine und ununterbrochen vor sich gehende Einrichtung werden kann. Ich werde dies in der Abhandlung über die konkurrierende Niederlage nachweisen; ich werde dort den Plan einer gewerblichen Ordnung vorführen, in der jede Ware, und wäre es nur ein Paket Zündhölzer, von Niederlage zu Niederlage bis ans Ende der Welt wandern könnte, ohne jemals Zwischeneigentum zu werden oder einen willkürlichen Aufschlag zu erleiden. Ich werde beweisen, dass diese Niederlage dem Konsumenten einen so grossen Vorteil sichern wird, dass kein Konsument ohne das Mittelglied der Niederlage, die sehr wenig kostspielig sein wird, mit dem Produzenten wird verhandeln wollen. Die Beziehungen werden darum nicht weniger direkt sein, da die Niederlage weder Eigentümer noch willkürlich verfahrender Taxator sein, aber dem Konsumenten die geschäftlichen Fallstricke ersparen wird, in die man fällt, wenn man direkt mit dem Eigentümer verhandelt.

Das dritte Laster des Handelsmechanismus ist der straflose Betrug, dem jeder von uns infolge der den Kaufleuten gesicherten Freiheit unausgesetzt zum Opfer fällt. — Man hat niemals die erschreckenden Hemmungen und Schädigungen berechnet, die durch die Straflosigkeit des Betrugs erwachsen. Ich werde ein Bild davon in der Abhandlung über die Verbrechen des Handels geben. Die konkurrierende Niederlage wird volle Bürgschaft gegen diese Widrigkeiten darbieten. Jeder wird einem Kinde die wichtigsten Einkäufe anvertrauen können, ohne irgend welchen Betrug zu riskieren. Man wird im voraus durch Register über alle Eigenschaften, ob gut oder schlecht, eines zum Verkauf stehenden Gegenstandes unterrichtet sein.

Die konkurrierende Niederlage wird, um derart die Wahrheit feststellen zu können, über Mittel verfügen, die ich erst in der Abhandlung bekannt machen kann. Inzwischen begreift man, dass ihr ein jeder als Preis für diese Bürgschaften, und um der zahlreichen Vorteile teilhaftig zu werden, die mit ihrer Vermittelung verbunden sind, gern eine mässige Vergütung, wie etwa 1 Prozent, zahlen wird. Die sparsamste Dame wird sich nicht besinnen, Stoffe mit 101 Frank statt 100 Frank zu bezahlen, wenn die Niederlage ihr dafür bürgt, dass sie beim Fabrikanten keine unechten Farben, keine Fehler in der Wolle etc. haben wird.

Alles in allem wird ein der Wahrheit entsprechendes Handelssystem sich auf folgende drei Massnahmen gründen:

Unmittelbare Abschätzung.
Direktes Eigentum.
Verbürgte Richtigkeit,

die, wie man sieht, das gerade Gegenteil der bürgerlich zivilisierten Methode sind, welche unsere Oekonomen uns angepriesen haben, weil sie keine andere kennen.

(*Publication des manuscrits, t. 3 p. 200—202.*)

Die Neuerungen, die die konkurrierende Niederlage in den politischen Systemen bewirkt, werden es ermöglichen, die Landarmeen auf den dritten Teil ihrer jetzigen Höhe zu reduzieren. Das wird ebenfalls keine geringe Ersparnis sein.

Es sind noch weitere Vorteile hinzuzufügen.

1. Das ganze Heer der Zollbeamten, der Beamten für die indirekten Steuern und Akzisen wird der produktiven Arbeit in Ackerbau und Gewerbe zurückgegeben, und das Produkt dieser wieder zu nützlichen Angestellten gewordenen Agenten wird verwendbar;

2. zwei Drittel der gewöhnlich in den Armeen und der Kriegsflotte angestellten Jugend und ein grosser Teil der Angestellten der viele Fahrten

und Transporte ersparenden Handelsflotte wird der produktiven Arbeit zurückgegeben;

3. neun Zehntel der handeltreibenden Familien, überflüssig geworden, weil die konkurrierende Niederlage für ihre äusserst vereinfachte Geschäftsführung kaum den zehnten Teil der Ameisenhaufen brauchen wird, die der verlogene Handel beschäftigt, werden der produktiven Arbeit zurückgegeben;

4. ungeheure Kapitalien, die der Handel verwendet, werden der produktiven Arbeit zurückgegeben, weil die konkurrierende Niederlage, weit entfernt, Kapitalien zu brauchen, stets eine gewaltige Masse solcher der Landwirtschaft und den verbürgten Unternehmungen zum niedrigsten Preis wird anbieten können;

5. der Vorteil der Wahrheit in Handel und Wandel, die, wo sie besteht, oft die Kosten der verschiedenen, heute durch die Fälschung gehemmten Verrichtungen um neun Zehntel und $^{99}/_{100}$ verringern wird;

6. der Vorteil der Entwickelungen für die Industrie, die sich aus dem direkten Verkehr ergeben;

7. der Vorteil des freien Verkehrs in allen Meeren, der die Folge des Aufhörens aller Seeverkehrsmonopole sein wird.

Diesem Ausblick gegenüber höre ich den Leser ausrufen, dass dies wundervolle Träume sind, man aber den Beweis dafür haben muss. Ganz gewiss. Aber wir sind erst bei der Einleitung und den Anzeigen und nicht bei den Beweisen. Die Anzeigen können den Eindruck von Visionen machen, aber man wird bald sehen, dass das System der bürgerlichen Zivilisation, das die vier Elemente des Unglücks auf der Welt organisiert und sie durch alle von unseren sogenannten Gelehrten erfundene Systeme verewigt, die wirkliche Vision ist.

Vergegenwärtigen wir uns, dass die konkurrierende Niederlage, die so viele Vorteile verspricht, eine der 7. Periode entlehnte und daher von den Sitten der Zivilisation oder der 5. Periode bereits sehr entfernte Massnahme ist. Wenn die Solidaritätsbeziehungen und die vereinfachende Konkurrenz, die erst die Massnahmen der 6. Periode sind, bereits so weit sind, den Bankerott, den Wucher, die Börsenspekulation, den Schmuggel und eine Menge anderer Schändlichkeiten zu vermindern, gegen welche man unsere Koryphäen der Gesetzgebung vergebens ankämpfen sieht, so darf man im Verhältnis noch glänzendere Resultate von einem Handelssystem der 7. Periode erwarten, da diese Periode bereits aus der in verschiedene Richtungen zersplitterten Bewegung heraustritt, welche die fünf Gesellschaftszustände: Wildheit, Patriarchat, Barbarei, Zivilisation, Garantismus, umfasst und sich leicht an den Mechanismus der universellen Harmonie der 8. und 9. Periode anschliesst.

(*Publications des manuscrits, t. 3 p. 205—206.*)

C. Die Zufluchtsfarm (ferme d'asile).

Genötigt, die Einzelheiten zu übergehen, erlaube ich mir, den Leser in die Epoche zu versetzen, wo die *fiskalischen Landgüter*, die *Zufluchtsfarm*, feste Gestalt genommen und angefangen haben, unter der Leitung des Vermittelungsministers in grossem Massstabe zu wirken — in die Epoche, wo sie sich ihrem Ziel nähern, das darin besteht, das Volk glücklich zu machen, das stolz sein wird, zur Farm zugelassen zu sein, ebenso stolz über diesen neuen Zustand, wie es heute verwirrt ist im Angesicht seines philosophischen Schicksals, seiner Hütte ohne Brot, seiner Legionen von Kindern, denen es die Peitsche geben muss, wenn sie Brot verlangen.

Was würde es die Zufluchtsfarm kosten, diese Umwandlung zu bewirken? Fast nichts: einige leichte Verbesserungen, wie Säle für die

Erziehung der kleinen Kinder, Zelte oder transportable Zeltdächer, die den Gärtnergruppen geliefert werden, Vorschüsse auf das Produkt in wohlbezahlten Arbeitseinheiten. Diese Kleinigkeiten in Verbindung mit dem Vorteil der gesunden und reichhaltigen Nahrung und des sorglosen Lebens werden genügen, die ganze bedürftige Klasse dahin zu bringen, ihre kleinen moralischen Haushalte zu verabscheuen und die Zulassung zur Farm nachzusuchen, indem sie ihr ihre Fetzen Land verkaufen.

Von Anfang an würden diese Farmen die Not auf dem Lande ausrotten; kein Bettler würde Almosen erhalten. Jeder würde ihm antworten: »Geht zur Zufluchtsfarm, wo jeder Notleidende gute Nahrung und nach Wunsch abwechselnde Arbeit findet.» Was die Arbeitsunfähigen betrifft, so würde die Farm die Sorge für sie für einige zuschüssige Centimes übernehmen, die der Kanton von ungefähr 2—3000 Einwohnern lieferte.

Kein Notstandsrisiko würde es mehr geben. Die Farm hätte in Silos, in Speichern, Verproviantierungen; keine Regierung würde Hungersnöte befürchten; es wäre die Wiederherstellung der klimatischen Zustände und der Wälder dadurch gesichert, dass der Holzverbrauch und in gleichem Verhältnis der Holzdiebstahl sehr verringert würde. Einige Oefen ersetzten das Feuer von 50 und 100 armen Familien, die das Holz verschwenden, das sie in den Gemeindewaldungen stehlen, denn der Diebstahl ist die Beschäftigung der Kleinbauern, der der Moral so teuren kleinen Haushalte.

Man hätte durch die Zufluchtsfarm und ihren Garten in jedem Kanton einen grossen Reichtum an Geflügel und Zuchttieren, an guten Gemüsen und guten Früchten; für die Annehmlichkeit ihrer Arbeiter verlegte sich die Farm auf die Pflege von Gärten und Stallungen, sie bevorzugte die Arbeiten der Grosskultur. Endlich sähe man im kleinen die meisten der Vorteile sich einstellen, die ich im Abriss über die Assoziation beschrieben habe.

Der bemerkenswerteste Vorteil wäre der Sturz des Handels. Alle Zufluchtsfarmen würden sich durch die Vermittelung des Ministers und der Präfekten darüber verständigen, sich der Kaufleute zu entledigen und ihre Einkäufe und Verkäufe direkt bei einander zu machen; sie hätten einen Ueberfluss an Waren zu verkaufen, denn sie unterhielten Niederlagen für die kleinen Landwirte oder Eigentümer, die, da sie weder gute Speicher noch gute Keller noch zahlreiche Knechte haben, gern [ihre Produkte] gegen eine mässige Entschädigung für die Kosten des Unterhalts und des Verkaufs einlagern würden. Uebrigens erhielte der Eigentümer beim Abliefern in die Niederlage Vorschüsse zu billigem Satz und wäre dadurch der vorzeitigen Verkäufe enthoben, die die [Preise der] Waren herabdrücken.

Damit fänden sich alle Freunde des Handels, die Legionen von Kaufleuten, entblösst wie die Netze von Spinnen, die mangels Fliegen und Mücken in ihrem Gewebe umkommen, sobald ein gehöriger Verschluss diesen den Zugang abschneidet. Dieser Sturz der Kaufleute wäre die Wirkung der *freien Konkurrenz*, denn man würde sie nicht verhindern, zu schachern; aber niemand würde ihnen vertrauen, weil die Zufluchtsfarmen und ihre Provinzialagenturen genügende Bürgschaften der Wahrheit darböten. Den tugendhaften Freunden des Handels bliebe keine andere Zuflucht, als zum Rückgang zu blasen und zu jammern über das Dahinschwinden der *guten Zeit der Lüge*, der schönen Tage der philosophischen Anarchie oder Handelsfreiheit ohne Konkurrenz; denn beim zügellosen Handel gibt es keine Konkurrenz, sondern nur einen Wettkampf in der

Schurkerei: es sind stets die grössten Schurken, die den grössten Erfolg haben.

Der Abzug der Kaufleute würde zur Bildung der trinären Niederlage oder der unter Leitung des Ministers arbeitenden dreifachen Agentur führen. Die Konkurrenz ist bei drei Konkurrenten vollständig hergestellt: jede der drei Niederlagen hätte ihre Agenturen in den verschiedenen Städten und auf den grossen Märkten, von wo aus sie mit den fiskalischen Farmen korrespondieren würden, denen es frei stünde, nach ihrer Wahl, sei es bei irgend einer der drei Niederlagen, sei es bei allen dreien, einzulagern.

Die disponiblen Kapitalien befinden sich alle in den Händen der fiskalischen Farmen, denn es gäbe kein Anlegen bei den Aufkäufern, Bankiers oder Kaufleuten mehr, die nicht mehr existierten. Die Kapitalisten könnten sich nur noch auf den Betrieb von Ländereien, Fabriken, Sorgfalt erheischenden Unternehmungen verlegen. Die drei Niederlagen brauchten kein anderes Kapital, als die kleine Summe, die die Unterhaltskosten erheischen.

Alle oder wenigstens der weitaus grössere Teil der Fabriken würde die Städte verlassen, um sich unter die Fiskalfarmen zu verteilen, wo der Arbeiter, nun er seine Arbeit abwechseln, bald im Garten, bald im Stall, bald in der Fabrik etc. arbeiten kann, eine ebenso angenehme Existenz geniessbar würde, wie sie in den Dachräumen der Städte unangenehm ist, wo er während 365 Tagen vom Morgen bis zum Abend zum grossen Schaden seiner Gesundheit stets die gleiche Arbeit verrichtet.

Ich spreche nicht von der Ernährung und dem Wohlbefinden des Volks in den Zufluchtsfarmen; man hat im Laufe dieses Abrisses gesehen, wie günstig die grossen Unternehmungen der guten Lage des Volkes sind, wenn man sie nur nicht auf philosophische Art unter der Leitung von *angeblichen Verwaltungen* organisiert, deren Rechnungen und Stockschläge niemand kontrollieren kann. Die Buchhaltung der Fiskalfarmen würde jeder Inhaber einer gewissen Anzahl Aktien, jeder Vertreter von Inhabern einblicken können.

Wiederholen wir, dass die Klasse der Armen eilen würde, ihre Fetzen Land los zu werden, um Aktienanteile der Farm zu kaufen, sich bei ihr einschreiben zu lassen, auf ihr ein fröhliches Leben zu führen und den moralischen Haushalt ohne Brot preiszugeben. Von Einzelbetrieben blieben nur die der wohlhabenden Eigentümer oder Pächter übrig, die das Dienstpersonal teuer zu bezahlen hätten, das mehr zur Farm als zu ihnen neigt. Sie [die Farm] fügte jenen Bodenparzellen viele, von verschuldeten Darleihern erworbene Grundstücke an; sie besässe sehr bald den dritten Teil des Gebiets und der gewerblichen Unternehmungen, was, da deren Produkt in Frankreich auf sechs Milliarden geschätzt wird, eine Einnahme von zwei Milliarden ergäbe, die auf drei erhöht würde, wovon die eine dem Fiskus und zwei den Aktionären und arbeitenden Genossenschaften zufallen würden.

Bemerken wir, dass die Farm in dem Masse gewinnbringend sein würde, als sie den niederen Klassen Reiz darböte. Nach dem Vorbilde der Phalansterien der Harmonie gäbe man dem Volke an Feiertagen ein *wirkliches Fest,* reizvollere Mahlzeiten, Tänze, Spiele etc. an Stelle der Martern und Bussen, denen man es in unseren Armenhäusern unterwirft. Ein Armer kostet in diesen [siehe die genauen Rechnungen über das unter der Herrschaft Bonapartes eingerichtete Armenhaus von Clermont in der Auvergne] dem Staat 25 Sous per Tag; er würde in den Zufluchtsfarmen im Gegenteil 25 Sous einbringen: man würde ihn durch die Aussichten auf einen höheren Rang, durch den mit den Aktienanteilen verbundenen

Geist des Eigentums, mittelst der Befreiung von der Sorge der Erziehung, welche die Farm auf sich nimmt, anstacheln. Sie näherte sich der seriellen Ordnung und der gewerblichen Attraktion, sobald die Kinder zahlreich genug wären, Rotten und Chöre und zwar mindestens drei Chöre statt fünf zu bilden.

(*Le nouveau monde p.* 431—434.)

D. Die Landbank.

Die Gesamtheit der Banken, von denen jede einen kleinen Kanton von etwa 1200 Seiten bedienen würde, würde sich in Arrondissements abteilen, denen ihre Farm vom Fiskus zugebilligt würde. Die kleinen Wucherer auf dem Lande, die zu 12 und 24 Prozent verleihen, würden mit Schmerz sehen, wie die Bank zwei Drittel des Wertes des eingelagerten Gegenstandes gegen sechs Prozent darleiht, während das dritte Drittel beim Verkauf zahlbar ist, mit Abzug einer Gebühr für den Unterhalt, bei dem jeder arme Einlieferer als Lohnempfänger beschäftigt werden könnte.

Wenn diese Banken in ähnlicher Weise wie das Kontor organisiert wären, so würde man bei ihnen finden:

1. den Vorteil, überall auf dem Lande vermittelst eines Gartens und einer mit dem Gebäude verbundenen Fabrik, die den armen Angestellten angenehme und abwechselnde Beschäftigungen bieten, die Not auszurotten und zu verhindern;

2. die völlige Erwirkung eines bisher so vergeblich erträumten Gutes; die Wiederherstellung der Wälder, die Erhaltung der Abhänge und Quellen;

3. die Errichtung einer Sparkasse in jedem Kanton, wo man zu den üblichen Bedingungen die kleinen Summen der Armen annähme und ihnen im Innern des Gebäudes an den Tagen der Arbeitsruhe Erholungen und Mahlzeiten darböte, um sie von lasterhaften Gewohnheiten, Wirtshausbesuch etc. abzulenken;

4. durch Korrespondenz der Banken mit dem Ministerium Verschaffung eines Einflusses gegen die Aufkaufumtriebe, die Schwankungen der Warenpreise, die Erpressungen der Kaufleute;

5. Ersparnis der Einklagung der kleinen Steuerzahler, für die die Landbanken die Steuer vorschiessen würden, da sie in der Lage sind, sich durch deren Dienste als Arbeiter, durch ihre eingelieferten kleinen Ernteerträge und selbst durch die Verpachtung ihrer Grundstücke schadlos zu halten;

6. die vorteilhafte Unterbringung von dreimalhunderttausend Individuen, ungefähr 15 auf jede Aktien-Landbank;

7. die Einzahlung von 300 Millionen Franken in die Tilgungskasse; denn jede dieser 20 000Aktien-Landbanken würde mindestens 15 000 Frank in Kautionen liefern, was zusammen 300 Millionen ergibt, die Kautionen der oberen Verwaltung eingeschlossen.

So könnte eine in die Berechnung der sozialen Bewegung und ihrer zukünftigen Wirkungen eingeweihte Politik sich bei Zeiten der Keime des Uebels bemächtigen und sie in Wege zum Guten umwandeln, statt die Industrie der individuellen Habgier, die man Handelskonkurrenz nennt, zu überlassen.

(*Théorie de l'unité universelle t.* 1 *p.* 136—137.)

* * *

2. Die Uebergangsmassregeln.

Das Bedürfnis und der Instinkt zwingen jede Periode, bei ihren Nachbarperioden Anleihen zu machen: So ist das Geldsystem, das den Regeln der freien Konkurrenz völlig widerspricht, eine Anleihe bei der sechsten Periode, dem *Garantismus*, in der man die wahren sozialen Bürgschaften, von denen die Zivilisation bei ihrem Freiheitsgeschwätz keine Ahnung hat, wird organisieren können.

Selbst die Barbaren vollziehen dieses Uebergreifen der Merkmale und überspringen die Periode der Zivilisation, um von der sechsten Periode, dem Garantismus, das Merkmal zu entlehnen, das bei uns *Geldsystem* genannt wird und das nur ein Zweig der zur Wahrheit gemachten Konkurrenz oder *ins Gleichgewicht gesetzten ausschliesslichen Regie* ist. Die Zivilisation, die fünfte Periode, überspringt in gleicher Weise den Garantismus, die sechste Periode, um von der siebenten, dem *Soziantismus — einfache industrielle Serien* —, eine sehr geniale Sitte zu entlehnen, die der Relais-Post, die eine wahrhafte, einfache industrielle Serie ist, indem sie: 1. in kurzen Sitzungen, 2. in Teil-Leistungen und 3. als kompaktes Ganze ausgeführt wird. Dies die drei, für eine industrielle Serie erforderlichen Bedingungen.

Von einer Liste von ungefähr 50 Merkmalen harmonischer Rückwirkungen sind es nur sehr wenige, die nicht durch die Ueberraschung und die Verwirrung, die sie hervorrufen würden, von lebhaftem Interesse wären, indem sie beweisen, dass die Zivilisation nur das des Guten hat, was sie den höheren Perioden stiehlt, wie z. B. die folgenden Merkmale, die sämtlich Raubstücke oder, wenn man will, Anleihen des Räderwerks beim Mechanismus der Garantien, der sechsten Periode, sind:

1. Die Einheit der Wissenschaft oder die trotz der Kriege und nationalen Rivalitäten [zu findende] Uebereinstimmung der gelehrten Gesellschaften.

2. Der gemischte Krieg oder die freundschaftlichen Beziehungen ausserhalb des Kampfes zwischen kriegführenden Truppen.

3. Die Arbeiter als Künstler, die im Theater als Schauspieler und Choristen figurieren. [Sitte in Italien, in Toulouse.]

4. Die Sanitätsquarantäne.

5. Die Wechselbriefe mit der Solidarhaft der Indossierer.

6. Die individuellen und gegenseitigen Versicherungen.

7. Die Offizial-Verteidiger.

8. Die Sparkassen, die Teilgenossenschaftskassen.

9. Die Bezahlung von Pensionsquoten durch die Nachfolger der Pensionäre. [»Retenues de vétérance«.]

10. Die Tilgungskassen.

11. Die Gewerberichter und die Schiedsmänner.

12. Die Hinterlegungen behufs gewerblicher Sicherstellung.

14. Der Beginn des Systems der metrischen Einheit.

(*Le nouveau monde p.* 406—408.)

Aus einer Enquête über die politischen Differenzen des heutigen Sozialismus. (Fortsetzung.)

(Veranstaltet von der Zeitschrift La Revue und mit Kommentaren versehen von Professor Georges Renard.)

Autorisierte Uebersetzung von U. Fricke.

2. Frage.

Glauben Sie, dass das erstrebte Ziel nur durch eine gewaltsame Revolution erreicht werden kann? Oder glauben Sie, dass eine Revolution zwar durch Ausnahmsumstände aufgezwungen werden kann, man sich dem Ziel aber durch eine Reihe gesetzlicher und fortschrittlicher Reformen nähern könne und solle?

Diese Frage wurde in der Absicht gestellt, ein Missverständnis aufzuklären, das zu endlosen Diskussionen und Missverständnissen Anlass gibt. Das Wort Revolution wird von den Sozialisten in doppeltem Sinne gebraucht: bald bedeutet es die fundamentale Umwandlung der bestehenden Gesellschaft, und in diesem Sinne sind, wie wir gesehen haben, alle Sozialisten Revolutionäre; bald bedeutet es eine plötzliche und gewaltsame Umwälzung des bestehenden Standes der Dinge. Die einen glauben nun an die Notwendigkeit eines sozialen Umsturzes; andere lassen nur eine Reihe sich allmählich vollziehender Veränderungen — jene fortschrittliche Bewegung gelten, die man Evolution zu nennen pflegt; sie sind ausschliesslich Reformer.

Viele endlich glauben, ohne den Reformen feindlich gegenüberzustehen, dass in gewissen Fällen eine Entwickelungskrisis ausbrechen kann und muss; sie sind in normalen Zeiten Reformer, ohne darum darauf zu verzichten, Revolutionäre zu sein, wenn die Notwendigkeit es erfordert.

Wie sich erwarten liess, treten denn auch hier die Verschiedenheiten der Auffassung hell zu tage; jedoch immerhin in geringerem Masse, als man hätte glauben können. Um eine klare Uebersicht über die die Extreme scheidende Kluft darzubieten, lassen wir die empfangenen Antworten in einer wenn auch nicht strengen, so doch annähernden Abstufung folgen, und zwar derart, dass wir von den im »katastrophischen« Sinne des Wortes am revolutionärsten Gesinnten schrittweise zu den Gemässigten übergehen.

* * *

Domela Nieuwenhuis. — Das Ziel kann nicht durch eine einzige Revolution erreicht werden, so wünschenswert dies auch wäre; es ist dies nur durch eine ganze Reihe von Revolutionen, das heisst, durch eine permanente Revolution zu erreichen. Die revolutionäre Periode hat eigentlich bereits begonnen, wir leben mitten in der Revolution.

Jede gesetzliche Form ist geeignet, die kapitalistische Ordnung zu befestigen, und aus diesem Grunde halte ich es nicht für möglich, durch diese gesetzlichen Mittel dem Ziele näherzukommen. Denn die radikalste Reform, die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische Ordnung, wird von der kapitalistischen Klasse niemals zugelassen werden. Wenn jemand einen Platz für sich in Anspruch nimmt, der nicht ihm, sondern allen gehört, und die andern von diesem Platze, der ihnen von Rechts wegen zukömmt, wieder Besitz nehmen wollen, so gibt es kein anderes Mittel, als den Eindringling mit Gewalt zu entfernen.

*

Ed. Vaillant. Die Geschichte weist kein Beispiel auf, dass eine herrschende Klasse freiwillig ihren Vorrechten entsagt hätte. Die egoistische Intelligenz und der hartnäckige Widerstand der kapitalistischen Klasse lassen keine Hoffnung zu, dass sie ihrer ökonomischen und politischen Privilegien anders als durch einen gewaltsamen Aufstand der arbeitenden Klasse enthoben werden könne. Alles, was in diesem Kampfe, dessen Ausgang zweifel-

los ist, dazu dient, das Bürgertum zu entwaffnen und das Proletariat zu bewaffnen, ist Gegenstand der sozialistischen Aktion. Keine Reform, kein Fortschritt, so gering sie auch seien, die nicht, wenn sie dem Zwecke dienen, auch nur einen Fetzen von dem Rechte des Proletariats in das Gesetz und die Tatsachen einzuführen, uns erwünscht sein und von uns erstrebt werden muss. Doch ist für diese Resultate und für die befreiende und revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse nichts wichtiger und wertvoller, als das Wachsen ihrer ökonomischen und politischen Organisation und die Zunahme ihrer intellektuellen und streitbaren Kräfte.

*

Enrico Ferri. In der Geologie nahm man ehemals an, dass die Veränderungen der Erde nur durch Kataklysmen (vulkanische Eruptionen, Ueberschwemmungen etc.) entstanden seien. Die Forschungen auf dem Gebiet der allgemeinen Entwickelung haben dargetan, dass diese Veränderungen sich vor unseren Augen durch allmähliche Wandlungen unter dem andauernden Einflusse des Kraftstoffes und seiner täglichen Veränderungen vollzogen haben und noch vollziehen. Dies schliesst jedoch nicht aus, dass nicht von Zeit zu Zeit, an diesem oder jenem Punkt der Erde, vulkanische Ausbrüche, geologische Kataklysmen sich vollziehen.

Ebenso ist es — da die Entwickelungsgesetze allgemein giltig sind — mit den sozialen Umwälzungen.

Der normale Vorgang ist der abgestufter Veränderungen (Reformen), die in dem öffentlichen Bewusstsein unter dem Antrieb und Stachel der Daseinsbedingungen (nicht durch die Phantasie dieses oder jenes Führers oder Reformers) Boden fassen und aus dem öffentlichen Bewusstsein in die sociale Praxis oder in die geschriebene Gesetzgebung übergehen.

Dieser Vorgang schliesst nicht aus, dass nicht je nachdem partielle gewaltsame Umwälzungen im sozialen Leben vorkommen, besonders, wenn die politischen Vertreter der herrschenden Klasse sich in heftiger Weise den dringendsten und an die Wurzel gehenden Reformen widersetzen. Dann nimmt die Entwickelung die Form dessen an, was man — im empirischen Sinne des Wortes — Revolution nennt, das heisst, die Gewalt des Volkes kommt als Gegenreaktion gegen die Gewalt der Regierenden zum Ausbruch.

*

Jean Sigg. Ich halte eine gewaltsame Revolution für notwendig. Unser kleines Vaterland — das Land, in dem die direkte Gesetzgebung seit einem halben Jahrhundert bedeutende Fortschritte gemacht hat, da wir die Volksabstimmung und das Vorschlagsrecht in Bundesangelegenheiten, die gleichen Rechte in der kantonalen und zum teil auch in der kommunalen Verwaltung haben, und da in vielen Kantonen die politischen, Verwaltungs- und richterlichen Beamten direkt vom Volke ernannt werden — unser kleines Vaterland hat in den letzten Jahren besorgniserregende Symptome gezeigt.

Die verfassungsmässig verbürgte Versammlungsfreiheit, von der das Bürgertum auf unseren eidgenössischen Schützenfesten und bei unseren grossen Volksfesten den Mund so voll nimmt, wurde in Yverdon, in Utzryl, am Simplon gewaltsam verletzt; an letzterem Orte wurde ich selbst, als Schweizer Bürger, verhindert, zu Arbeitern zu sprechen.

Das verfassungsmässig gewährleistete Vereinsrecht ist in offenkundiger Weise sowohl durch Arbeitgeber verletzt worden, welche Arbeiter entliessen, weil sie sich gewerkschaftlich organisierten, als auch durch kantonale Regierungen (Genf, Zürich, Waad), die unerbittlich alle fremden Arbeiter, die es sich angelegen sein lassen, die Arbeiter ihres Landes gewerkschaftlich zu organisieren, aus ihrem Gebiet ausweisen.

Demnächst wird auch die Pressfreiheit geknebelt werden. Schon hat der Nationalrat einem Gesetz zugestimmt, das allen denen, die sich eine Kritik unserer militärischen Einrichtungen erlauben, den Mund verschliesst. Die Zustimmung des Ständerats soll genügen, dieses Gesetz in Kraft zu setzen — wenn nicht die in Folge des Kongresses von Winterthur bereits bechlossene Volkabstimmung diesem freiheitsmörderischen Gesetzeswerk den Garaus macht. [Ist mittlerweile geschehen. Das Gesetz ist in der Volksabstimmung mit grossem Mehr verworfen worden. Red. der Dok. d. S.]

Was die Milizarmee betrifft, so wird sie immer mehr zu einer Klassenarmee; immer tiefer wird die Kluft zwischen dem einfachen Soldaten aus dem Volke und dem Offizier. Ja, das um den Verstand gekommene Bürgertum geht so weit, es zu dulden, dass man in manchen Militärschulen den Soldat auf den etwaigen Kampf gegen Streikende einschult.

Von einer grossen Anzahl französischer Zeitungen zitierte Schweizer sozialistische Blätter haben diese Tatsache berichtet, ohne dass sie von irgend einer Seite dementiert worden wäre. Sie ist typisch.

Gewiss ist, dass wenn mit der Zunahme der Arbeiterkräfte sich die Arbeitermassen durch das einfache Spiel der Wahlzettel wichtige Positionen in der Regierung erobern würden, das Bürgertum vielleicht nicht davor zurückschrecken würde, sich an das allgemeine Wahlrecht heranzumachen. Und dieser Tag wäre der Beginn der Revolution, die als letztes Kampfmittel von der Arbeiterklasse dazu benutzt würde, alle politische Gewalt an sich zu reissen.

Dies hindert den Schweizer Arbeiter jedoch keineswegs, mit allen Kräften an der Verwirklichung gesetzmässiger und fortschrittlicher Reformen zu arbeiten.

Durch die blosse Tatsache, dass er eine hochentwickelte »politische Maschine« besitzt und sich ihrer Bedeutung für seine Interessen bewusst wird, begreift er, dass man eine »ökonomische« Revolution nicht mit einem »Lumpenproletariat« durchführen könne.

Das Los der Arbeiter verbessern und ihn unterrichten, heisst: ihn zu einem bewussten Werkzeug der socialen Umwandlung machen, die uns zum Kommunismus führen soll.

Gleich Willam Morris bin auch ich der Ueberzeugung, dass die gegenwärtige Aufgabe der Sozialisten sich in die drei Worte zusammenfassen lässt: agitieren, organisieren, erziehen, ohne jemals das Endziel aus dem Auge zu verlieren: Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft, Gründung einer kommunistischen Gesellschaft innerhalb der in Beantwortung der ersten Frage gezogenen Grenzen.

*

Emil Vandervelde. Die Antwort auf die Frage, ob das von dem Sozialismus verfolgte Ziel nur durch eine gewaltsame Revolution erreicht werden könne, hängt, mag sie nun bejahend oder verneinend lauten, weniger von den Sozialisten, als von den Gegnern ab.

Es lässt sich offenbar vorstellen und man muss es natürlich wünschen, dass die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Ordnung sich ohne Gewalt vollziehen mag.

Sieht man jedoch, mit welcher Verblendung die herrschenden Klassen aufständische Bewegungen provozieren und Blutvergiessen herbeiführen, um der Verteidigung weit weniger wichtiger Privilegien willen, als die Eigentumsrechte es sind — das Wahlrecht zum Beispiel —, dann wird es schwer, zu hoffen, dass in den meisten Ländern die sich vorbereitenden grossen Umwälzungen sich in friedlicherer Weise vollziehen werden, als die Befreiung der Sklaven in den Vereinigten Staaten oder die Abschaffung der Feudalherrschaft in Frankreich.

Hat übrigens die soziale Revolution nicht schon längst begonnen, und gehörten zu ihren Episoden nicht die Unterdrückung der Kommune oder die Junitage von 1848?

Wie dem auch sei, wir sind der Ansicht, dass das Interesse der sozialistischen Parteien ihnen gebietet, alle gesetzlich ihnen zustehenden Waffen zu benützen, um allmählich alle Teilstücke der Revolution zu verwirklichen, deren Summe die soziale Revolution bilden wird.

*

Aristide Briand. Ich glaube gleichzeitig an die Reform wie an die Revolution, an ein Ineinanderarbeiten beider. Manche Reform kann nicht ohne direkten Druck der Arbeiterklasse erlangt, und wenn sie erlangt ist, nicht ohne ihn ins Werk gesetzt werden. Nachdem jedoch das Reformwerk so weit wie möglich getrieben sein wird, wird, glaube ich, eine Massenaktion unerlässlich werden, um den letzten Widerstand der im Todeskampfe ringenden kapitalistischen Gesellschaft zu brechen.

*

Debs. Diese Frage muss, um zu einer klaren Antwort zu gelangen, geteilt werden; und indem ich diese Teilung vornehme, beantworte ich den ersten Teil verneinend, den zweiten bejahend.

Ich halte, gerade heraus gesagt, eine gewaltsame Revolution nicht für unvermeidlich. Ich weiss wohl, was die Geschichte uns in dieser Hinsicht lehrt und glaube nicht, dass die kapitalistische Klasse mehr als irgend eine der ihr vorangegangenen ausbeutenden Klassen geneigt ist, ihrer Herrschaft über die Dinge und Menschen zu entsagen; indessen sind die politischen Bedingungen der modernen Welt derartige, dass eine vollständige Umwälzung sich auch ohne Gewalttätigkeit und Blutvergiessen vollziehen könnte.

Was den zweiten Teil der Frage betrifft, so befürworte ich ein politisches Programm, das alle vernünftigen gesetzlichen Reformen umfasst, bin aber unerschütterlich gegen jede Verbindung mit irgend einer bürgerlichen Partei. Ich halte es für eine kluge Taktik, bei zähem und jeden Kompromiss verschmähendem Festhalten an der Idee der sozialen Revolution und der genossenschaftlichen Republik alle möglichen Konzessionen zu erlangen.

*

Colajanni. Die Umwandlung der individualistischen in die kollektivistische Gesellschaftsordnung mittelst einer gewaltsamen Revolution ist schwer denkbar.

Besässe der moderne Sozialismus den Plan einer sozialen Organisation, deren Funktionieren gesichert wäre, dann wäre die Annahme zulässig, dass dieser Plan vermittelst einer gewaltsamen Revolution ohne weiteres von heute auf morgen an Stelle der bestehenden sozialen Organisation gesetzt werden könnte. Doch selbst die überzeugtesten Kollektivisten wollen als Anhänger eines wissenschaftlichen Sozialismus und als von den früheren Sozialisten, deren utopistische Ideen sie bespötteln, verschieden betrachtet werden; sie lehnen es ab, im voraus die Einzelheiten oder auch nur die Hauptzüge der erstrebten socialen Organisation zu bestimmen. Sie verlassen sich auf die langsame Entwickelung, auf das beständige und unabwendbare Werden der Ideen und der Tatsachen.

Bisher hat der sozialé Experimentalismus dieses Misstrauen gegen die a priori gefassten Ideen gerechtfertigt. Soziale Voraussbestimmungen sind unmöglich, sie besitzen keinen wissenschaftlichen Charakter, ob sie auf kurze oder lange Fristen lauten; die Engelsschen Vorhersagungen, die als die bestbegründeten erschienen, sind elend gescheitert.

Wenn man noch nicht weiss, was morgen geschehen wird, wenn man das Modell der neuen Gesellschaft, die an die Stelle der alten treten soll, noch nicht bereit hält, dann wäre eine gewollte allgemeine und gewaltsame Revolution — das, was man den revolutionären Systematismus nennt, absolut unentschuldbar. Die rein politischen Revolutionen, die mit weit grösserer Leichtigkeit zur vollständigen Ablösung eines Regimes durch ein anderes hätten führen können, haben stets ihren Zweck verfehlt. Sie haben einige formelle, zweifellos nützliche Aenderungen herbeigeführt; aber der grösste Teil des alten Räderwerkes blieb intakt und funktionierte weiter. Bisher hat man sich, gerade wenn man alle Teile der politischen Maschine gleichzeitig ändern wollte, stets früher oder später beim alten Stand der Dinge wiedergefunden; der Revolution folgte die Reaktion. Dergestalt sind alle politischen Revolutionen gescheitert, in denen man versucht hat, einen idealen Verfassungsplan zu verwirklichen. Und nun stelle man sich vor, wie eine ökonomische und soziale Revolution sich gestalten würde!

Damit soll jedoch nicht gesagt sein, dass deshalb jede Revolution immer und nachsichtslos zu verurteilen sei. Die revolutionäre Methode nötigt sich dort auf, wo die Freiheit fehlt und Reformen unmöglich sind. So drängte sie sich vor fünfzig Jahren Joseph Mazzini auf, so wird sie gegenwärtig in Russland und in der Türkei zur Notwendigkeit. Es gibt Momente, wo nur die Revolution allein die Entwickelungsbedingungen zu schaffen vermag. Und immer und überall sind Revolutionen ausgebrochen und werden Revolutionen ausbrechen, wenn der Widerstand der Regierungen und der führenden Klassen ein eigensinniger und heftiger ist; sie dienen dazu, die Strasse von den Hindernissen reinzufegen, die sich dem langsamen und logischen Gang der Entwickelung entgegenstellen.

Daher ist es widerspruchsvoll und nachteilig, wenn ein gewisser Sozialismus sich revolutionär nennt. Es verleitet die unaufgeklärten Massen zu unüberlegten Schritten, die keine positiven Resultate ergeben; es erzeugt Hass and Misstrauen und verzögert damit die Entwickelung. Der Revolutionarismus derjenigen, die sich Engels' richtige Bemerkungen aneignen und die Revolution sozusagen im astronomischen Sinne des Wortes auffassen, ist nichts als entweder eine widerspruchsvolle geistige Verirrung oder verächtlicher Charlatanismus.

*

Sidney Webb. Es ist klar, dass die Umwandlung des individuellen Eigentums und der individuellen Verwaltung in das kollektive Eigentum und die kollektive Verwaltung sich nur Schritt für Schritt vollziehen kann. Jede plötzliche and vollständige Umwandlung eines komplizierten sozialen Organismus ist lediglich eine geistige Illusion. Was den Wechsel verhindert, ist der bei jedem Staatsbürger anzutreffende angeborene Widerwille gegen den Wechsel. Ehe es euch gelingen würde, durch die Kraft der Ueberredung zehn oder zwanzig Millionen Menschen den Wunsch einzuflössen, alle Einrichtungen ihres sozialen Lebens umzuwandeln, werdet ihr sie dazu bestimmen können, eine oder zwei dieser Einrichtungen umzuwandeln. Dann werden sie nicht erst darauf warten, bis man sie zur Umänderung aller anderen überrede; aus eigener Initiative werden sie daran gehen, die von ihnen herbeigewünschte Umwandlung ins Werk zu setzen.

So vollziehen sich sämtliche demokratische Reformen Schritt für Schritt, eine nach der anderen. Und nicht darum handelt es sich, zu wissen, ob dieser Gang der Ereignisse uns gefällt oder missfällt, sondern nur darum, ob dies die Wahrheit ist und wir von ihr ganz durchdrungen sind.

* * *

Im ganzen genommen ist das, was mir in den Antworten unserer Korrespondenten vorzuherrschen scheint — mit wenigen Ausnahmen auf der äussersten Linken oder der äussersten Rechten — folgendes: Ein Verlangen nach Teilreformen fortschrittlicher Natur, unbeschadet des Glaubens an die Möglichkeit oder sogar an die Notwendigkeit einer Revolution, welche die halb ausgeführte Entwickelung zum Kollektivismus vollenden wird — Reformpolitik in gewöhnlichen Zeitläuften, revolutionäre Politik, wenn's not tut. Die Einen neigen mehr der ersteren, die Anderen mehr der letzteren zu. In der Einheit der Farbe machen sich bestimmte Nuancen bemerkbar; sie repräsentieren die Bevorzugung von Methoden, je nachdem diese mit grösserer oder geringerer Schnelligkeit, mit grösserer oder geringerer Sicherheit die ersehnte Zukunft herbeizuführen verheissen.

III. Urkunden des Sozialismus.

Die Initiativanträge der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags

in der II. Legislatur-Periode.

(Fortsetzung.)

d) Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung des Artikels 31 des Gesetzes, betr. die Verfassung des Deutschen Reichs.

Wir Wilhelm etc.

Einziger Artikel.

Der Artikel 31 des Gesetzes, betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs, vom 16. April 1871 (Bundes-Gesetzblatt 1871 S. 63) wird wie folgt abgeändert:

Artikel 31.

Ohne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, ausser wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Auf Verlangen des Reichstags muss jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs-, Straf- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

Urkundlich etc.

Gegeben etc.

e) Entwurf eines Gesetzes betr. das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition.

Wir Wilhelm etc.

§ 1.

Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln.

Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlung bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Strassen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden von ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen.

§ 2.

Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

§ 3.

Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschliesslich derer, welche die Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4.

Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.

§ 5.

Die landesgesetzlichen Bestimmungen über das Versammlungs- und Vereinsrecht sind aufgehoben.

§ 6.

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündigung in Kraft.
Urkundlich etc.
Gegeben etc.

f) Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung des Reichsgesetzes über die Presse.

Wir Wilhelm etc.

Artikel 1.

Der Absatz 2 des § 20 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 erhält folgende Fassung:

Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der auf der Druckschrift angegebene verantwortliche Redakteur als Täter zu bestrafen, wenn er nicht den Nachweis führt, dass er nicht der Täter ist.

Artikel 2.

In das Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 ist folgender Paragraph einzufügen:

§ 21a.

Ist im Inlande durch rechtskräftiges Urteil festgestellt worden, dass der Inhalt einer Druckschrift nicht den Tatbestand einer strafbaren Handlung enthält, so kann auf denselben Inhalt eine Verurteilung wegen Herstellung oder Verbreitung einer Druckschrift auch nicht in anderen Fällen und nicht unter dem Gesichtspunkte anderer bestehender Strafgesetze begründet werden. Diese Wirkung haben auch Urteile, welche vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden sind.

Artikel 3.

Der § 22 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 erhält folgende Fassung:

Die Strafverfolgung derjenigen Verbrechen und Vergehen, welche durch die Verbreitung oder den Versuch der Verbreitung von Druckschriften strafbaren Inhalts begangen werden, sowie aller dem Zwecke der Verbreitung dienenden Vorbereitungshandlungen, welche auf Grund des Inhalts der Druckschrift den Tatbestand eines Verbrechens oder Vergehens erfüllen, und derjenigen sonstigen Vergehen, welche in diesem Gesetze mit Strafe bedroht sind, verjährt in sechs Monaten.

Die Verjährung beginnt:

1. bei den mit der Herstellung des Inhalts der Druckschrift beschäftigten Personen (z. B. Verfasser, Herausgeber, Redakteur) mit dem Zeitpunkte, in welchem mit ihrer Zustimmung die Druckschrift veröffentlicht wird, und wenn ihre Zustimmung zu dem Zeitpunkte der Veröffentlichung nicht festzustellen ist, mit dem Zeitpunkte, in welchem sie das Manuskript zum Zwecke der Veröffentlichung aus den Händen gegeben haben,
2. beim Drucker mit der Vollendung des Drucks,
3. beim Verleger und Verbreiter mit der ersten von ihnen vorgenommenen Verbreitungshandlung.

Artikel 4.

Der § 30 Absatz 2 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 wird aufgehoben.

Artikel 5.

Dies Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.
Urkundlich etc.
Gegeben etc.

g) Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung der §§ 152 u. 153 der Gewerbeordnung.

Wir Wilhelm etc.

An Stelle der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung treten folgende Bestimmungen:

1. § 152 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung:

Personen, welche gegen Vergütung die Leistung von Diensten oder die Herstellung von Werken übernehmen, haben das Recht, Vereinigungen zu bilden oder Verabredungen zu treffen, die eine Einwirkung auf Arbeits-, Gehalts- oder Lohnverhältnisse, für die Teilnehmer oder für Dritte bezwecken.

Dies gilt insbesondere für Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs, Staats, der Gemeinden und öffentlich-rechtlicher Korporationen sowie der für deren Rechnung geführten wirtschaftlichen Betriebe, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Tagelöhner, Heimarbeiter, Hausindustrielle, Gesinde, Hofgänger, Landarbeiter, Forstarbeiter, Instleute, Einlieger, Seeleute, und von Vereinigungen und Verabredungen, welche die Wahrnehmung von Berufsinteressen, die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Einstellung oder durch Entlassung der Arbeiter, sowie die Unterstützung Arbeitsloser und Hilfsbedürftiger bezwecken.

Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

Alle entgegenstehenden Verbote und Strafbestimmungen sind aufgehoben.

2. § 152a.

Vereinigungen und Versammlungen der in § 152 genannten Art unterliegen nicht den Bestimmungen über das Versammlungs-, Vereins- und Versicherungswesen. Insbesondere dürfen solche Vereinigungen Versammlungen veranstalten und in denselben zur Förderung der im § 152 gedachten Zwecke politische Gegenstände erörtern und auf die Verwaltung und Gesetzgebung einzuwirken suchen.

3. § 152b.

Aufforderungen zur Förderung der in §§ 152 und 152a aufgeführten Zwecke oder Unternehmungen, Geldsammlungen, welche diesen Zwecken oder Unternehmungen dienen, Mitteilungen und Erkundigungen, welche dieselben betreffen, die Verbreitung oder Verteilung von Druckschriften, welche diesen Zwecken dienen, sind jedermann gegenüber zulässig und unterliegen keinen landesgesetzlichen Bestimmungen, dürfen auch nicht als grober Unfug oder als Verletzung der Bestimmungen über Sonntagsruhe erachtet werden.

Der Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen, Strassen und an anderen öffentlichen Orten zum Zwecke solcher Aufforderungen, Mitteilungen oder Erkundigungen darf nur untersagt werden, wenn durch den Aufenthalt der Tatbestand der in den §§ 115, 116, 123 bis 125, 127 des Strafgesetzbuchs gedachten Handlungen erfüllt wird.

4. § 152c.

Das Verlangen, einen Arbeitsvertrag zu schliessen, andere in Arbeit zu nehmen, andere Arbeitsbedingungen, insbesondere höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit zu gewähren oder bestimmte Bedingungen als Voraussetzungen für Fortsetzung oder Aufnahme der Arbeit zu erfüllen, sowie das Verlangen, einer Wohltätigkeitsanstalt, einer öffentlich-rechtlichen Korporation oder einer politischen, gewerblichen oder gemeinnützigen Vereinigung eine Zuwendung zu machen, ist nicht als rechtswidrig und der dadurch erstrebte Vermögensvorteil nicht als ein rechtswidriger im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuchs zu erachten.

5. in § 154a der Gewerbeordnung wird statt der Worte »§§ 152 und 153« gesetzt: »§§ 152, 152a, 152b, 152c, 152d«.

Urkundlich etc.

Gegeben etc.

h) Entwurf eines Gesetzes betr. die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsass-Lothringen.

Wir Wilhelm etc.
verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages, was folgt:

Einziger Artikel.

Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches erhält folgenden Zusatz:

»In jedem Bundesstaat und in Elsass-Lothringen muss eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.«

Urkundlich etc.
Gegeben etc.

---

i) Entwurf eines Gesetzes betr. den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes.

Wir Wilhelm etc.
verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

I. Einrichtungen der Baubetriebe.

§ 1.

1. Die Bauunternehmer und Bauherren sind solidarisch verpflichtet, die Materialien, Gerüste, Schutzvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften in solcher Güte anzuliefern und so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, dass die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind.

2. Wenn im Winterhalbjahr im Innern der Bauten Arbeiter (Putzer, Stukkateure, Ofensetzer, Maler u. s. w.) beschäftigt werden, so sind die Tür- und Fensteröffnungen derjenigen Räume, in denen gearbeitet wird, wind- und wetterdicht zu verschliessen.

3. Die Anwendung des offenen Koksfeuers (Kokskörbe) zur Austrocknung und Erwärmung der Bauten oder einzelner Räume ist verboten, desgleichen die offene Holzkohlenfeuerung bei Arbeiten der Klempner und Mechaniker im Innern der Bauten.

4. Säuren, Laugen, gifthaltige Farben und explosionsfähige Stoffe sind in sicheren Gefässen und in gesonderten Räumen unter Verschluss zu halten, nur von den in Ziffer 5 genannten verantwortlichen Personen herauszugeben und zwar in Mengen, die sofort in Benutzung genommen werden sollen.

Die Verwendung von bleihaltigen Farben ist verboten.

5. Die Bauleitung hat Fürsorge zu treffen, dass täglich vor Beginn der Arbeit die Laufbrücken, Leitern und Leitergänge, Gerüste, Maschinen und sonstige Gerätschaften, sowie Schutzvorrichtungen aller Art auf ihre Standfestigkeit und Sicherheit geprüft werden und dass die Ingebrauchnahme schadhaft und mangelhaft befundener Gerüste, Geräte und sonstiger Betriebsmittel verhindert wird. Diese Fürsorge hat sich auch auf die Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten und sonstige dem sanitären Schutze der Arbeiter dienende Einrichtungen zu erstrecken. Insbesondere ist für genügendes, gesundes und frisches Trinkwasser Sorge zu tragen. Die Prüfung und Sicherung der Gerüste u. s. w. besorgt, sofern der Bauunternehmer oder Bauherr sie nicht selbst ausführen, der Polier, oder, falls ein solcher nicht vorhanden, die von der Bauleitung besonders beauftragte Person, die mit dem Gerüstbau und der Durchführung der Sicherheitsvorschriften völlig vertraut sein muss. Diese Personen sind den am Bau beschäftigten Arbeitern und der Baupolizei bekannt zu geben.

II. Unterkunftsräume.

§ 2.

1. In unmittelbarer Nähe aller Neubauten und grösserer Erweiterungs- und Umbauten sind für die am Bau beschäftigten Arbeiter Unterkunftsräume zu errichten.

2. Die Unterkunftsräume müssen im Mittel mindestens 2,50 m im Lichten hoch und so gross sein, dass auf jeden am Bau beschäftigten Arbeiter eine Bodenfläche von 1 qm entfällt. Sie müssen wind- und regensichere Wände und ein ebensolches Dach und einen aus gespundeten Brettern bestehenden Fussboden haben, mit einer verschliessbaren Tür, sowie mit zum Oeffnen eingerichteten Fenstern versehen sein. Der Fussboden muss mindestens 20 cm über der Terrainhöhe liegen.

3. Die Unterkunftsräume müssen im Innern enthalten:
- a) einen feuersicher aufgestellten Ofen, der so eingerichtet ist, dass die Arbeiter ihre Speisen auf demselben anwärmen können;
- b) Bänke und Tische in solchem Umfange, dass jeder am Bau beschäftigte Arbeiter am Tische Platz findet;
- c) in einem besonderen Abteil auf je 5 Arbeiter ein Waschgeschirr;
- d) Spucknäpfe in genügender Anzahl;
- e) zum Zweck der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen einen Verbandkasten mit dem erforderlichen Zubehör;
- f) Einrichtungen zum Unterbringen der Kleider, Speisen und des Geschirrs;
- g) Gefässe mit Trinkwasser und Trinkgeschirr in genügender Menge.

4. Soll der Unterkunftsraum in der Zeit vom 1. Oktober bis 15. April zum Aufenthalt von Arbeitern dienen, so hat die Umfassung aus doppelten Bretterwänden, deren Zwischenräume auszufüllen sind, oder aus Fachwänden mit Ziegelsteinausmauerung zu bestehen.

5. Sobald die Aussentemperatur in der Zeit vom 1. Oktober bis 15. April unter plus 12 Grad Celsius sinkt, ist der Unterkunftsraum genügend zu erwärmen.

6. In den Unterkunftsräumen dürfen keinerlei Baumaterialien aufbewahrt werden.

7. Die Unterkunftsräume müssen genügend erhellt sein und im Innern (Wände, Fussboden, Tische, Waschgeschirr, Spucknäpfe etc.) stets in reinlichem Zustand erhalten werden.

8. Mit dem Abbruch oder dem Fortschaffen des Unterkunftsraumes darf nicht vor der völligen Fertigstellung des Baues begonnen werden.

9. Bei Bauarbeiten der nicht in Ziffer 1 genannten Art können den Arbeitern Unterkunftsräume in fertigen Gebäuden, welche dem Aufenthalt von Menschen dienen, angewiesen werden. Auch diese Unterkunftsräume müssen den Bestimmungen in Ziffer 2 bis 7 entsprechen.

10. Für am Bau beschäftigte Frauen sind besondere Unterkunftsräume zu errichten, welche den Bestimmungen in Ziffer 2 bis 7 entsprechen müssen.

III. Bedürfnisanstalten.

§ 3.

1. Bei jedem Bau muss mindestens ein Abort für je 15 Arbeiter vorhanden sein.

Die Aborte müssen folgenden Anforderungen genügen:
- a) Die Aborte sind mindestens 10 m von den Unterkunftsräumen und möglichst weit abseits von öffentlichen Verkehrswegen anzulegen, mit Wänden dicht zu umschliessen und mit ausgeschnittenen Brettsitzen, einem Fussboden und wasserdichtem Dach zu versehen und so einzurichten, dass von aussen nicht hineingesehen werden kann. Die einzelnen Sitze müssen durch eine Wand voneinander getrennt werden.
- b) Für die Aborte dürfen keine durchlässigen Gruben angelegt werden. Sie sind entweder an eine öffentliche Entwässerungsanlage vorschriftsmässig anzuschliessen, oder es müssen wasserdichte Tonnen aufgestellt werden.
- c) Die Aborte sind regelmässig, und zwar in der wärmeren Jahreszeit täglich, zu desinfizieren und möglichst geruchlos zu halten. Die

Tonnen sind nach Bedarf, längstens aber wöchentlich, durch andere zu ersetzen.

2. Die Abortanlage muss mit einem Pissoir versehen sein, und in den Bauten sind in jedem Geschoss Urineimer aufzustellen. Die Urineimer und die Behälter für die Pissoirs sind nach Bedarf, mindestens täglich, zu entleeren.

3. Die Aborte müssen stets genügend erhellt und gelüftet sein, sowie in reinlichem Zustand erhalten werden.

4. Die Aborte müssen vorschriftsmässig fertiggestellt sein, bevor mit den Arbeiten begonnen wird, und sind auch während der ganzen Dauer des Baues in vorschriftsmässigem Zustande zu erhalten.

5. Für am Bau beschäftigte Frauen sind besondere Bedürfnisanstalten zu errichten, welche den Bestimmungen Ziffer 1 bis 4 entsprechen müssen.

§ 4.

1. Die Bestimmungen über Unterkunftsräume und Bedürfnisanstalten finden Anwendung auf Zimmerplätze und Bauhöfe, auf Tiefbauten (Strassenbau, Kanalisation) und auf die Werkplätze der Steinmetzen und Steinbildhauer.

2. Bei Tiefbauten dürfen die Unterkunftsräume und Aborte bis zu höchstens 500 m von der Arbeitsstelle entfernt liegen.

IV. Unfallverhütungsvorschriften.

§ 5.

Das Reichsversicherungsamt hat, entsprechend dem jeweiligen Stand der Bautechnik, Normalvorschriften zu erlassen für Sicherheitsvorrichtungen bei Abbruchsarbeiten, Ausschachtung der Baugruben, für Hoch- und Tiefbauten, Herstellung der Gerüste und Transportwege und für den Auf- und Ausbau jeglicher Bauten unter Berücksichtigung ihrer Eigenarten und des zu verwendenden Materials.

Zur Beratung und Beschlussfassung über diese, sowie zur Genehmigung der von den Kommissionen (§ 6) beschlossenen Vorschriften sind die zum Reichsversicherungsamt gewählten Vertreter der Unternehmer und Arbeiter des Baugewerbes zu gleichen Teilen hinzuzuziehen.

§ 6.

Für den Bezirk jeder höheren Verwaltungsbehörde ist eine Kommission zu wählen, die auf Grund der Normalvorschriften Unfallverhütungsvorschriften für den Bezirk zu erlassen und mindestens alljährlich einmal nachzuprüfen hat. Die von den Kommissionen erlassenen Unfallverhütungsvorschriften unterliegen der Genehmigung des Reichsversicherungsamts.

§ 7.

Die Kommissionen bestehen aus je fünf Vertretern der baugewerblichen Arbeiter und Unternehmer, unter Leitung eines vom Reichsversicherungsamt aus seiner Mitte zu ernennenden Vorsitzenden. Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit, bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag.

§ 8.

Die Kommissionsmitglieder werden in gleicher Höhe für Arbeitsversäumnis und Aufwendungen entschädigt. Die Höhe der Entschädigung setzt das Reichsversicherungsamt fest. Die Kosten trägt die für den Bezirk zuständige Baugewerks-Berufsgenossenschaft.

§ 9.

Die Wahl der Vertreter zu den Kommissionen erfolgt auf die Dauer von drei Jahren nach dem für die Gewerbegerichtswahlen vorgeschriebenen Verfahren, mit der Massgabe, dass alle im Bezirk der Kommission beschäftigten oder wohnhaften grossjährigen baugewerblichen Arbeiter und Unternehmer wahlberechtigt und auch wählbar sind.

Die Wahl ist gleichzeitig mit der der Baukontrolleure (§§ 13 und 15) zu vollziehen.

§ 10.

Erstmalig sind spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für jeden Bezirk je zehn Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer zu wählen, davon je fünf als Ersatzmänner. Alle drei Jahre sind Neuwahlen vorzunehmen.

§ 11.

Die Kommission muss erstmalig spätestens vier Wochen nach erfolgter Wahl zusammentreten. Die Einberufung der Kommission und die Bestimmung über Ort und Zeit der Sitzung geschieht durch den Vorsitzenden. Auf Antrag von fünf Mitgliedern muss der Vorsitzende die Kommission einberufen.

V. Baukontrolle.

§ 12.

Die Aufsicht über die Ausführung der Bauten und die Durchführung der Schutzvorschriften untersteht besonderen Baupolizeibehörden. Diese sind von den Landesregierungen in der Regel für jede Gemeinde mit mehr als 10000 Einwohnern (Baupolizeibezirk) einzurichten.

Kleinere Gemeinden können zu einem Baupolizeibezirk zusammengefasst werden.

§ 13.

Die Baupolizeibehörde ist für diesen Zweck zusammenzusetzen aus technischen Beamten und Baukontrolleuren.

§ 14.

Die Zahl der Baukontrolleure ist so zu bemessen, dass jeder Bau mindestens einmal wöchentlich kontrolliert werden kann. Für jeden Baukontrolleur ist ein Ersatzmann zu wählen.

§ 15.

Die Baukontrolleure und deren Ersatzmänner sind von den volljährigen baugewerblichen Arbeitern nach dem zum Gewerbegericht eingeführten Wahlverfahren auf drei Jahre zu wählen.

§ 16.

Die Tätigkeit der Baubeamten und Baukontrolleure wird durch Dienstinstruktionen geregelt, die vom Reichsversicherungsamt zu erlassen sind.

§ 17.

Die Geschäftsführung der Baupolizeibehörden unterliegt der Aufsicht des Reichs. Sie haben Jahresberichte über ihre amtliche Tätigkeit zu erstatten, die dem Bundesrate und Reichstage vorzulegen sind.

§ 18.

Die Kosten der Baupolizei tragen die Gemeinden. Werden mehrere Gemeinden zu einem Baupolizeibezirk zusammengefasst, so sind die Kosten der Bauaufsicht aus gemeinsamen Mitteln zu tragen.

Die Baukontrolleure sind vom Staate zu besolden.

§ 19.

Ein Abdruck dieses Gesetzes, sowie der Unfallversicherungsvorschriften ist an geeigneter, allen Arbeitern zugänglicher Stelle sowie in den Unterkunftsräumen auszuhängen. Der Aushang muss stets in lesbarem Zustande erhalten werden.

In denjenigen Bezirken, in denen fremdsprachige Arbeiter beschäftigt werden, ist er auch in deren Muttersprache auszuhängen.

Schlussbestimmungen.

§ 20.

Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz sowie gegen die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften werden, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine höhere Strafe eintritt, mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft. Auch kann die Baupolizeibehörde das Bauverbot verhängen.

§ 21.

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1905 in Kraft.

Urkundlich etc.

Gegeben etc.

Ein Manifest des Vorstandes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands über den holländischen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf.

An die Niederländischen Arbeiter.

Mitbürger!

Durch das Erscheinen des Gesetzentwurfs, der *Bestimmungen über den Schutz der Arbeit* enthält, wird die Regelung eurer gesellschaftlichen Lage von neuem auf die Tagesordnung gesetzt, und zwar in einem solchen Umfang, wie dies bisher noch nicht in unserem Lande der Fall war.

Die gegenwärtigen Gesetze über die Frauen- und Kinderarbeit, zum Schutze von Leben und Gesundheit des Arbeiters in Werkstätten und Fabriken, sowie die königlichen Verordnungen über die Ausführung dieser Gesetze werden durch diesen neuen Entwurf aufgehoben, und ersetzt durch Bestimmungen, die für aussergewöhnlich schädliche Betriebe auch die Arbeitsdauer von erwachsenen Männern regeln, neue Kategorien von Arbeitern dem Arbeiterschutz unterstellen und ein Lehrlingsreglement einführen.

Ist es schon an sich selbst notwendig, dass ihr euch durch das Mittel eurer Organisation soviel als möglich bezüglich dieses höchst wichtigen Entwurfs auf dem Laufenden erhaltet und eure eigenen Wünsche und Beschwerden hinsichtlich der darin enthaltenen Bestimmungen hören lässt — so erscheint dies um so mehr erfordert, wenn man beherzigt, wie sehr dieser Entwurf hinter euren rechtmässigen Erwartungen zurückbleibt; wie viel ihm noch fehlt; wieviel Mittel zur Umgehung er offen lässt, wieviel Kategorien von Arbeitern er noch ausschliesst, und wie sehr er zum Nachteil der Arbeiter ausgelegt worden ist, seitdem er als Vorentwurf zur Kenntnis des Publikums gebracht wurde.

Einige dem Entwurf entnommene Stellen werden dies näher zeigen.

Die Arbeiter im *Ackerbau*, in der Gärtnerei, im Forstwesen und der Viehzucht bleiben, wie bisher, ungeschützt — nicht nur die erwachsenen Männer, sondern auch die Frauen und *Kinder* können, wie bisher, für die *Feldarbeit* nach Willkür ausgebeutet werden.

Ebensowenig sind die *Fischer* und *Seeleute* in das Gesetz einbegriffen, so sehr gerade für die letzteren die Prüfung der Schiffe und der Nahrung, sowie Bestimmungen über das Logis an Bord mehr als nötig sind.

Auch das *Kontorpersonal* fällt ausserhalb des Gesetzes, während *Kutscher* und *Kellner* in den meisten Fällen gleichfalls unbeschützt bleiben.

Was die *Kinderarbeit* anbetrifft, so erinnern wir daran, dass die meisten Arbeiterorganisationen sie bis zum [erreichten] vierzehnten Jahr verbieten wollen, ebenso wie sie bis zu diesem Lebensjahr die Schulpflicht ausdehnen wollen. Während der Vorentwurf die Arbeit von Kindern *unter dreizehn Jahren* verbot, ist der Entwurf in Bezug auf diesen Punkt soweit verschlechtert worden, dass als Regel die Arbeit von Kindern über *zwölf* Jahren zugelassen wird.

Ebenso ungenügend ist die *Arbeit von jugendlichen Personen* geregelt. Erstens werden Jungen und Mädchen schon als Erwachsene behandelt, sobald sie älter als *siebenzehn Jahre* sind, statt dass man jugendlichen Arbeitern bis zu ihrem *achtzehnten Jahr* besonderen Schutz gewährte, wie dies unser Programm verlangt und wie es in verchiedenen Ländern schon eingeführt ist.

Aber ausserdem lässt der Schutz, den diese jugendlichen Personen geniessen, viel zu wünschen übrig. Während im Vorentwurf ihr Arbeitstag für alle geschützten Betriebe auf höchstens *zehn Stunden* festgesetzt wurde, ist die Regierung dem Ansturm der *Twentschen Textilfabrikanten* soweit erlegen, um ihn für ihren Betrieb auf *elf* Stunden festzusetzen. Der Artikel, der bestimmt, dass durch allgemeine Verordnung Fabriken und Arbeitsplätze bezeichnet werden können, wo mit Erlaubnis des Ministers Knaben, Mädchen und Frauen *höchstens elf Stunden* im Tag tätig sein dürfen, verdient dem Widerstand der Arbeiter, voran der *Textilarbeiter*, zu erliegen.

Die Nachtarbeit, für deren Abschaffung vor allem die *Bäckergesellen* so unermüdlich agitieren, wird in der Praxis nicht abgeschafft werden, wenn

der Artikel dieses Entwurfs erhalten bleibt, der dem Arbeitgeber und seinem Ehegenossen die Nachtarbeit erlaubt. In dieser Bestimmung steckt ausserdem ein künstlicher Schutz des Kleinbetriebs, in dem die ärgsten Missstände für Bäckergesellen vorkommen.

Dass der *achtstündige Arbeitstag*, auf den die organisierten Arbeiter hinarbeiten, nicht von der Regierung eingeführt wird, kann uns nicht Wunder nehmen. Aber dass auch jede Bestimmung fehlt, wodurch die oft so unmenschlich lange Arbeitszeit im *Hafenbetrieb* unmöglich gemacht wird, muss für die *Bootarbeiter* ein Anstoss sein, ihre Stimmen hierüber vernehmen zu lassen.

Die *Arbeitszeit der Männer* ist nur für diejenigen geregelt, die in Fabriken und Werkstätten tätig sind, in denen eine *aussergewöhnliche Gefahr* besteht; für sie wird als Regel der *elfstündige* Arbeitstag zugelassen. Da die Betriebe, für welche dieser »Schutz« gelten soll, nicht im Gesetz aufgeführt sind, sondern später durch königliche Verordnung bekannt gegeben werden sollen, kann man noch nicht sagen, welche Arbeiter unter sie fallen werden. Man darf erwarten, dass die *Typographen* und so viele andere Arbeiter, die seit Jahren einen *Zehnstundentag* fordern, sich mit so mageren Bissen nicht werden abspeisen lassen, und dass überall die Forderung des *zehnstündigen Arbeitstags*, als Etappe auf dem Wege nach dem Achtstundentag, geltend gemacht werden wird.

Besondere Enttäuschung muss der Entwurf den *Ladenangestellten* bereiten, die schon so lange eine gesetzlich geregelte Arbeitszeit erstreben und nun der Willkür der Gemeindevorstände überliefert werden.

Auch die *Sicherheitsmassregeln* für die Arbeiter werden in diesem Entwurf neugeregelt. Aber die *Bauarbeiter,* die seit Jahren auf Bestimmungen hinwirken, werden sich nicht bei dem Artikel beruhigen können, der nicht im Vorentwurf, aber wohl im endgiltigen Entwurf enthalten ist, und durch den die Bauarbeiter von den Sicherheitsmassregeln ausgeschlossen werden.

Arbeiter Niederlands!

Ihr, denen dieses Gesetz einen genügenden Schutz vorenthält — ihr, deren Interesse darin nicht oder nicht genügend beherzigt wird — ja, ihr alle, deren Gesundheit und Sicherheit, deren Arbeitszeit und Ruhezeit von dem Inhalt dieses Gesetzes abhängen werden — euch rufen wir auf das Ernsthafteste auf, an der öffentlichen Diskutierung dieses Entwurfs wirksam Anteil zu nehmen.

Es ist dies um so notwendiger, wo sowohl diese Regierung als wie die Kammer stark unter dem Einfluss der besitzenden Klassen stehen, die nur widerwillig und notgedrungen und mit äusserstem Knausern zur Beherzigung anderer Interessen schreiten.

Klein ist infolge des Mangels des *allgemeinen Stimmrechts* die Zahl der wirklichen Kämpfer für unsere Klasse in der Kammer; mögen ihre und unsere Gegner es wissen, dass sie bei ihren Versuchen, unsere Forderungen durchzuführen, die organisierten Arbeiter hinter sich haben, damit die Versuche soviel als möglich in unserem Sinne Erfolg haben.

Schon ist der ursprüngliche Regierungsentwurf in verschiedenen wichtigen Punkten verschlechtert. Sorgt dafür, dass er nicht noch weiter verkrüppelt und abgeschwächt wird. Wir leben in einer Zeit der Reaktion; lasst es nicht zu, dass diese auch bei der Behandlung dieses Entwurfs die Oberhand haben soll.

Auf die Bresche denn für eure Sache. In euren Fach- und politischen Organisationen werde dieser Entwurf durchgegangen und kritisiert, werden eure Wünsche und Beschwerden bekannt gemacht und werde so gesorgt, dass, wenn ein Gesetz zustande kommt, das hinter euren Wünschen zurückbleibt, dies nicht die Schuld der organisierten Arbeiter selbst, sondern derjenigen ist, welche die Regierung hauptsächlich als ein Mittel brauchen, die Arbeiter zum Nutzen der Kapitalisten zu knebeln und niederzuhalten, und die *nur soviel zum Nutzen der Arbeiter tun, als diese selbst durch eine kräftige Organisation und ein sachkundiges Auftreten sich zu erobern wissen.*

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

30. Januar 1904.

Immanuel Kant. — Michael Lusnia, Unbewaffnete Revolution. — F. Geyer, Der Kampf um den Zehnstundentag in Crimmitschau. — Gustav Eckstein, Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. — A. Baudert, Die Heimarbeit im Textilgewerbe.

6. Februar 1904.

Antonio Labriola. — Karl Kautsky, Allerhand Revolutionäres. — Gustav Eckstein, Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. — Dr. Fritz Winter, Die Einkommensverteilung in Oesterreich. — Dr. J. Hertz, Die Krankenversicherung in Basel-Stadt. — Literarische Rundschau.

13. Februar 1904.

Der russisch-japanische Krieg. — Karl Kautsky, Allerhand Revolutionäres. — Franz Mehring, Immanuel Kant. — Akademikus, Statistische Nachklänge zu den Reichstagswahlen. — F. Schnetter, Eine neue Erscheinung auf dem Gebiet der Tarifvereinbarungen. — Paul Reisshaus, Der Heimarbeiterkongress. — Dr. A. B., Sind Aerztestreiks möglich? — Literarische Rundschau.

20. Februar 1904.

Die gelbe Gefahr. — Karl Kautsky, Allerhand Revolutionäres. — Franz Mehring, Kant und Marx. — Gustav Eckstein, Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. — K. K., Der Streikbruch von Aerzten. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Februar 1904.

Max Schippel, Eine politische Musterbibliothek. — Prof. Dr. Franz Staudinger, Kant und der Sozialismus. — Dr. Eduard David, Die Eroberung der politischen Macht. — Dr. Conrad Schmidt, Zur Theorie der industriellen Reservearmee. — Eduard Bernstein, Kapitalmacht und Gewerkschaftsmacht. — Paul Umbreit, Crimmitschau und der gesetzliche Zehnstundentag. — Dr. Georg Zepler, Zur Arztfrage. — Rundschau (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Bildende Kunst, Bücher).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Februar 1904.

Gustave Rouanet, La Politique du Parti socialiste français. — Emile Vandervelde, L'Idéalisme marxiste. — Reybell, Le Socialisme et la question d'Alsace-Lorraine. — N. Colajanni, L'Impérialisme anglosaxon. — Adrien Veber, Mouvement social. — Paul Dramas, Jean Erieg, Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Januar 1904.

Edouard Berth, Politique et Socialisme. — Charles Bonnier, Spinoza et Marx. — Paul Lafargue, La Charité. — Fr. Engels, Socialisme et Juristes. — Les Faits Politiques. — Les Faits Socialistes. — Bibliographie.

15. Februar 1904.

Jules Destrée, La Loi belge sur les accidents de travail. — M. Beer, Le guerre russo-japonaise. — Edouard Berth, La crise de la Pensée catholique. — André Morizet, Le Mois parlementaire. — Louis Dubreuilh, Encore le cas Millerand. — Les Syndicats ouvriers. — Les Questions Agraires. — Paul Umbreit, La Grève de Crimmitschau. — Revue critique. — Notes Bibliographiques.

L'Avenir Social, Brüssel.

Februar 1904.

Emile Vandervelde, Comment je devins socialiste. — G. de Brouckère, Seize ans en Sibérie. — Un congrès municipal socialiste en France. — B. Haldern, Revue Economique de l'année 1903. — Bibliographie. — Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Coopératif.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Februar 1904.

Editorial Brevities. — Th. Rothstein, The Conflict in the Far East. — De Hoop-Scheffer, Our Comrades of 1820—40 to the Front. — Chas Eyre, The Federal Elections in Australia. — The Socialist, Social Reform and Labour Movement in the English-Speaking World outside the United Kingdom. — Paolo Orano, Patriarchs of Socialism. — What is Socialism? — C. Ferry, The Theory of Value. — The Reviews. — Feuilleton.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. Februar 1904.

Ivanoe Bonomi, Incubazione. — Garzia Cassola, Confessioni. — Sylva Viviani, Le spese militari sotto il Ministero Zanardelli-Giolitti. — Studi sociologici. — Filosofia, letteratura e varietà.

16. Februar 1904.

La Critica Sociale, La fine delle tendenze: il non expedit dei socialisti rivoluzionari e le organizzazioni economiche. — Gli ordini del giorno del Congresso di Brescia. — Studi sociologici. — Filosofia, letteratura e varietà.

Il Socialismo, Rom.

25. Januar 1904.

Enrico Ferri, Lavoriamo dunque! — Carlo Monticelli, La protezione del lavoro nazionale in Francia. — Augusto Dewinne, La questione delle Leghe di resistenza. — Paolo Orano, I patriarchi del socialismo: IX. Buonarotti. — G. Evans, Antonio Labriola. — Oda Lerda Olberg, Rivista delle riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale.

25. Februar 1904.

C. Monticelli, La guerra. — Sylva Viviani, Il costo dell' esercito. — Jean Longuet, La storia del Socialismo negli Stati Uniti di Morris Hilquilt. — Scienza et Arte. — Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

März 1904.

F. V. D. Goes, Ter Inleiding van de »Arbeidswet«. — Ant. Pannekoek, Prof. Treub over het historisch Materialisme. — H. Roland Holst, Kritiek of de Nieuwe Arbeidswet. — J. K. V. D. Veer, Gemeentepolitiek in Engeland. — S. De Miranda, De Toepassing der Wetten op Arbeids- en Rusttijden in Frankrijk. — J. Sacks, Een »Popschelk«. — J. Dietzgen, De Grenzen der Kennis.

Die Zukunft. (Jüdisch-Jargon.) New-York.

Februar 1904.

Kranz, Kischinew. — Axelrod, Tolstoi und seine Werke. — Harkari, Geschichte der Juden in Rom. — Dr. K. Farnberg, Nationale Frage. — Politikus, Im weiten Osten. — Dr. Ephros, Die Welt im Tropfen Wasser. — Arido, Gassenstaub. — Budianoff, Werttheorien. — Die geistige Welt. — Ernst, Die neue Welt in der alten. — Neue Bücher. — Frumin, National oder Nationalismus.

V. Anfragen und Nachweise.

a) Anfragen.

48. Ist es richtig, dass sich die Klassengegensätze in England neuerdings zuspitzen, oder ist die, lange Zeit von Brentano und seiner Schule prophezeite Ansicht noch zutreffend, dass sich die gelernten Arbeiter Englands mit der Bourgeoisie aussöhnen, indem sie mit ihr von Kompromiss zu Kompromiss unterhandeln? Ist, wenn das erstere der Fall ist, dies als eine Folge der Tatsache zu betrachten, dass England sein Industrie- und Handelsmonopol immer mehr verliert, und bestätigt sich damit die Vorhersage von Friedrich Engels im Vorwort zur Neu-Auflage der »Lage der arbeitenden Klassen«? Und gibt die von der »Times« veröffentlichte Schrift »Trade Unionism and British Industry. A Reprient of the Times Articles on the Crisis in British Industry« einen Schlüssel zu dieser Frage?

Zehlendorf bei Berlin, 25. Februar 1904. G. H.

49. a) Wo findet sich zuerst die Idee des Achtstundentages ausgesprochen?
b) Wann und wo wurde zuerst das Wort Genosse in unserem Sinne gebraucht?

Wien, Februar 1904. Ein Handwerker.

b) Nachweise.

Zu Anfrage 25.*) Von befreundeter Seite wird uns mitgeteilt, dass in der Biographie Hess', die Karl Hirsch im sozialistischen Kalender »Der arme Konrad« für 1877 veröffentlicht hat, auch auf die Schrift »Rom und Jerusalem« mit einigen kritischen Bemerkungen Bezug genommen wird.

Zu Anfrage 48. Eine Zuspitzung der Klassengegensätze ist in England insofern zu konstatieren, als sich die Arbeiterschaft zwar sehr allmählich, aber in steigendem Masse von der Vormundschaft der bürgerlich-liberalen Parteien emanzipiert und als selbständige Partei oder in Ansätzen zu einer solchen mit eigenen, sozialistischen Forderungen auftritt. Ob aber dies als eine direkte Folge der Veränderungen in der Position der englischen Industrie und des englischen Handels auf dem Weltmarkte zu betrachten ist, das scheint uns ziemlich zweifelhaft. Eine solche Folgewirkung hätte sich in der Weise vollziehen müssen, dass sich in den von der Weltkonkurrenz stärker bedrohten Industrien die Gegensätze zwischen Kapitalisten und Arbeitern immer mehr geschärft und dann fortwirkend sich in politische Gegensätze umgesetzt hätten. Das ist aber nicht zu beobachten. Tatsächlich sind gerade in Englands Weltindustrien heftige Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern verhältnismässig selten — fast überall bestehen da von beiden Teilen gemeinsam eingesetzte Instanzen für Lohn- etc. Konflikte, die zwar die Ausstände und Sperren noch nicht aus der Welt schaffen, aber doch wesentlich verringern. Die heftigsten Gewerkschaftskämpfe der letzten Jahre haben sich vielmehr in verhältnismässig abgelegenen Industrien abgespielt — man denke an den Kampf in den Steinbrüchen des Lord Penrhyn — oder betrafen, wie der Kampf der Angestellten der Taff-Thal-Bahn, Fragen, die mit der Weltkonkurrenz wenig zu tun haben. Dagegen hat die unermüdliche sozialistische Propaganda direkt auf die mit besserer Schulbildung ausgerüstete heranwachsende Arbeitergeneration immer stärkeren Eindruck gemacht, und der Eindruck ist in dem Masse gewachsen, als die sozialistische Arbeiterschaft

*) Vgl. Januarheft, S. 46.

in Gemeindevertretungen, Armenämter, Schulämter eigene Vertreter entsandte, die dort mit bürgerlichen Vertretern in Konflikt kamen. In den Kommunalverwaltungen, die vom Weltmarkt nicht viel verspüren, haben sich die Kräfte der neuen Arbeiterbewegung und der alten bürgerlichen Parteien bishen am öftesten gemessen, hier haben sich viele Kämpfer des englischen Sozialismus ihre ersten Sporen verdient. Zugleich hat aber auch — und insofern hat Fr. Engels richtig prophezeit — der wachsende Konkurrenzkampf des Auslands notgedrungen dazu geführt, dass die Arbeiter eher als früher geneigt wurden, sich um die Bewegungen im Auslande zu kümmern oder wenigstens sich von ihnen erzählen zu lassen, was, soweit das europäische Festland in Betracht kam, Berührung mit dem Sozialismus bedeutete. Die »Times«-Artikel wollen nachweisen, dass viele englische Gewerkschaften durch übertriebene und unsinnige Forderungen die Entwickelung ihrer Industrie aufgehalten, sie unfähig gemacht haben, auf dem Weltmarkt mit den vorgeschritteneren Ländern zu konkurrieren. Solche Vorwürfe sind aber zu allen Zeiten gegen die englischen Gewerkschaften erhoben worden — die »Times« sind nur einer alten Gewohnheit gefolgt, als sie die betreffenden Artikel veröffentlichten, die übrigens auch von Unternehmern als übertrieben bezeichnet worden sind. Nun sind wir freilich immer noch im Beginn der grossen Weltkonkurrenz der Hauptindustrieländer, und es ist nicht unmöglich, dass im weiteren Verlauf der geschärfte Kampf nach aussen sein Gegenstück in einer zunehmenden Schärfung der inneren Gegensätze findet. Die Notwendigkeit einer solchen Entwickelung ist aber auch nicht bewiesen. Sie würde voraussetzen, dass die grösste Konkurrenzfähigkeit stets bei den schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu finden ist, was jedoch in Wirklichkeit keineswegs zutrifft. Aber es braucht auch gar keine Verschlechterung der Lage der englischen Arbeiterklasse einzutreten, um ihr das Streben nach sozialistischen Einrichtungen nahe zu legen. Für die grosse Masse der englischen Arbeiter gab es auch zur Zeit, wo England noch das erste Industrieland der Welt war, so gut wie keine Kulturbedürfnisse. Je mehr der Sinn für diese erwächst und Nahrung erhält, um so empfänglicher wird der Boden für den Sozialismus.

Zu Anfrage 49. a) Die Idee des Achtstundenarbeitstages, der in der vorkapitalistischen Epoche vielerorts tatsächlich bestanden hat, ist in der neueren Zeit zuerst von der englischen »Gesellschaft für die nationale Wiedergeburt« (Society for National Regeneration) als Programmpunkt aufgestellt worden, die von Robert Owen, John Fielden und anderen im Dezember 1833 gegründet worden war. Fielden, der, wie andere Mitglieder der Gesellschaft, selbst Textil-Fabrikant war, bemühte sich sehr, die Arbeiter der Textilindustrie zum Kampf für diese Idee zu gewinnen, und fand einen eifrigen Helfer in dem sehr bedeutenden Arbeiteragitator John Doherty. Dies die früheste Agitation für den Achtstundentag, von der wir wissen.

b) Ist uns nicht bekannt, doch glauben wir dem Ausdruck schon in Berichten über Versammlungen aus der Zeit der Revolution von 1848 begegnet zu sein. Wahrscheinlich ist er zuerst in Verbindung mit einer Vorsilbe, wie Landes-, Volks- oder Partei-, gebraucht worden. Die Mitglieder der geheimen Kommunisten-Vereine vor 1848 nannten sich gewöhnlich Brüder.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.

An unsere Leser!

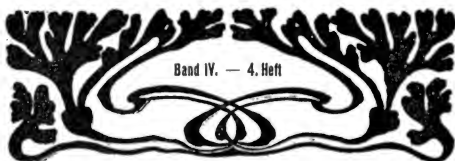
Die Mitteilung über den Stand der Finanzlage der Dokumente des Sozialismus, die wir der vorigen Nummer unserer Zeitschrift beigaben, hat die Wirkung gehabt, dass eine Anzahl Freunde teils einmalige Zuschüsse, teils auf einige Jahre sich erstreckende Jahres-Beiträge gezeichnet haben, die zusammen etwas über zwei Drittel des jetzigen Fehlbetrags auf drei Jahre hinaus decken. Indem wir dies bekannt geben, drücken wir den so überaus opferbereiten Zeichnern, sowie denjenigen Lesern, die uns durch andere Beweise ihres Interesses für unsere Zeitschrift erfreut und ermutigt haben, hiermit unsern aufrichtig empfundenen Dank aus.

Wir werden bemüht bleiben, diesem Interesse nach besten Kräften durch Steigerung unserer Leistungen gerecht zu werden.

Allerdings sind noch weitere Zeichnungen wünschenswert.

Berlin, den 12. April 1904.

Die Redaktion
der Dokumente des Sozialismus



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Berlepsch, Dr. Freiherr von: **Warum betreiben wir die soziale Reform?** Nebst einem Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft für soziale Reform im Jahre 1903. (Schriften der Gesellschaft sür soziale Reform. Heft 11.) Jena 1903, Gustav Fischer. 48 S. 8°. Pr.: 30 Pf.

Ein vom Verfasser am 18. September 1903 vor der Ortsgruppe Hamburg der Gesellschaft für soziale Reform gehaltener Vortrag. Der Verfasser bestimmt zunächst den Begriff »Soziale Reform« als: Hebung der materiellen und ideellen Lage der Lohnarbeiter. Bei ihnen, denen 12 Millionen Reichsangehörige mit ebensoviel Familienmitgliedern zugehören, müsse die Reform einsetzen, denn sie ständen auf der untersten Stufe der sozialen Leiter und folgten zu einem grossen Teil der Führung der Sozialdemokratie, die der bestehenden Staats-, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung den Krieg erkläre, Klassenabsonderung und Klassenkampf der Lohnarbeiter gegen alle anderen Bevölkerungsklassen zur Erreichung ihrer Ziele brauche und fördere. Die Lohnarbeiter hätten begründete Ursache zur Unzufriedenheit. Wohl habe sich ihre Lage im Laufe der letzten Jahrzehnte etwas verbessert, aber am Massstab der allgemeinen Kulturverhältnisse gemessen, sei sie doch unbefriedigend, was der Verfasser im einzelnen begründet. Gesetzgebung und Selbsthilfe der Arbeiter müssten auf den verschiedensten Gebieten eingreifen, Besserung zu schaffen, und die hier entgegenstehenden Vorurteile müssten daher eindringlich bekämpft werden. Redner führt dies namentlich hinsichtlich des Koalitionsrechts der Arbeiter näher aus. Nicht das sog. Endziel mache die Sozialdemokratie gefährlich, über ihre Ziele liesse sich in aller Ruhe mit ihr diskutieren, sie seien keineswegs unmoralisch und so gut der Erörterung fähig, wie sonst Verfassungs- und Verwaltungsgrundsätze. Aber die W e g e der Sozialdemokratie seien gefährliche, und die Arbeiterschaft von diesen Wegen abzubringen und die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine den Weg der Reform und Entwickelung gehende Arbeiterpartei zu bewirken, müsse das Ziel aller Einsichtigen sein. »Kein Mittel der Gewalt und des Zwanges gegenüber der Arbeiterbewegung«, »die soziale Reform ist unsere Waffe und unsere Hoffnung« — in diesen Sätzen prägt sich der Kerngedanke des Vortrags aus.

Der Gesellschaft für soziale Reform gehören nach dem Jahresbericht zur Zeit über 1300 Mitglieder an, darunter 128 Korporationen. Sie hat im Berichtjahr eine Anzahl Schriften sozialreformerischer Tendenz veröffentlicht und sich an verschiedenen Aktionen für die Betreibung von entsprechenden Gesetzen und Vorarbeiten zu solchen beteiligt.

Dulmchen, Theodor: **Die Trusts und die Zukunft der Kulturmenschheit.** (Kulturprobleme der Gegenwart, herausgegeben von Leo Berg, Bd. VI.) Berlin 1903, Johannes Räde. 234 S. 8°. Pr.: 2 Mk. 50 Pf.

Der Verfasser dieses Buches hat, wie auf dem Umschlag zu lesen, verschiedene Romane verfasst, und Romanhaftes, recht sehr Romanhaftes wuchert

auch in seiner Schrift über die Trusts. Ein Stück Verbrecherroman und ein Stück Gespenstererzählung reichen sich die Hand zu einem Gemälde, das an die antijesuitischen und antifreimaurerischen Tendenzschriften erinnert, die seinerzeit von leidenschaftlichen Parteigängern hüben und drüben ad usum der schwer aufzustachelnden Geister in die Welt gesetzt wurden und noch heute ihr Publikum finden. Wie jene Tendenzschriften oft mit gutem historischen Material durchsetzt waren, so fehlt es auch der Schrift unseres Verfassers nicht an solidem Stoff. Herr Duimchen ist viel in der Welt herum gewesen, er schreibt wie ein Mann, der viel gesehen und viel erfahren hat, und sein Stil zeigt auch einen auf verschiedenen Gebieten belesenen, geschichtlichen Wissens nicht ermangelnden Mann. Er hat das Wesen eines der bekanntesten Trusts, der Standard Oil Company des Mr. Rockefeller, als Kommissionär in dem Artikel dieses Trust in recht empfindlicher Empirie zuerst am eigenen Leibe kennen gelernt, d. h. er ist einer der durch die Manöver dieses monopolistischen Unternehmens zu Grunde gerichteten Kaufleute. Als solcher beschreibt er dessen Geschichte in geradezu dramatischer Weise. An Lebendigkeit und Anschaulichkeit kann seine Darstellung schwerlich übertroffen werden. Aber es ist ein Schauerdrama, das er vorführt, mit einem richtigen Theaterbösewicht im Mittelpunkt, und dieser Bösewicht heisst John Rockefeller. In ihm soll der Leser den Urtypus des Trustgründers, in seiner Schöpfung das Urbild der Trusts überhaupt erblicken, am Beispiel seiner mit skrupelloser Brutalität ausgeübten, ungeheuerlichen Machtfülle die Gefahren erkennen, die der Kulturmenschheit mit der Ausbildung und Ausbreitung der Trusts drohen: eine materielle und geistige Sklaverei, wie die Welt sie bisher noch nicht gekannt hat. Es wäre nun grobe Kurzsichtigkeit, zu verkennen, dass Gefahren, wie der Verfasser sie schildert, tatsächlich mit den Trusts verbunden sind; gewisse Tatsachen bezüglich der Rückwirkungen deutscher Kapitalmonopole warnen in dieser Hinsicht vor der optimistischen Anschauung, dass sich die Dinge schon von selbst wieder einrenken werden. Aber gerade weil wir mit dem Verfasser diesen Optimismus nicht teilen, können wir die grelle, ins Masslose übertreibende Art seiner Darstellung nicht gutheissen. So schauerlich, wie er dies hinstellt, wird sich die kommende Tyrannei der Trustherren nicht geltend machen, dazu ist das moderne Leben viel zu vielgestaltig, sind die Nationen zu volkreich und ist der Verkehr zu mächtig entwickelt. Aber es braucht auch gar nicht zu dem Alleräussersten zu kommen, das sich spekulativ aus der Vertrustung der grossen Wirtschaftzweige ableiten lässt; es genügt die F ä h i g k e i t der Trusts, im einzelnen bald hier und bald dort zu drücken und zu unterdrücken, um ihr Joch den Völkern immer unerträglicher werden zu lassen. So gross indes die Macht der modernen Monopole zum Schlimmen ist, so ist sie doch nicht überall in gleicher Grösse gegeben. Schon die Art, wie Mr. Rockefeller sein Monopol vermittelst schamloser Geheimverträge mit Eisenbahngesellschaften zustande brachte, wäre in Ländern mit einer anderen Gesetzgebung und Verwaltung, als wie die der Vereinigten Staaten bisher waren, geradezu unmöglich gewesen. Der Petroleumtrust ist keine typische, sondern eine ganz besondere Erscheinung der modernen Monopolentwickelung; es lässt sich aus seiner Entstehungsgeschichte so wenig eine allgemeine Regel ableiten, wie etwa der Aufbau der Hausmacht der Familie Bonaparte ein typisches Gebilde der politischen Geschichte der neueren Zeit genannt werden kann. Beiläufig fordert die Darstellung, die Duimchen von der Geschichte des Petroleumtrusts gibt, zu Vergleichen mit dem Buch des jüngst verstorbenen verdienten amerikanischen Reformers Henry Demarest Lloyd »W e a l t h a g a i n s t C o m m o n w e a l t h« heraus, das auf 500 Druckseiten alle Manöver dieses Trusts und der Gesellschaften, aus denen er hervorgegangen ist, blosslegt, ohne nur ein einziges Mal den Namen Rockefeller zu nennen.

Selbst als eine Monographie des Petroleumtrusts lässt es das Buch Duimchens in vieler Hinsicht an Wissenschaftlichkeit fehlen. Wir vernehmen das Plaidoyer eines Klageanwalts, aber nicht die Stimme eines Forschers. Davon aber ganz abgesehen, zeugt die Wahl gerade dieses Ausnahmetrusts für den Ausgangs- und Mittelpunkt eines Buches über d i e Trusts von nur geringem Sinn des Verfassers für Proportionalität und Systematik. Der gleiche Mangel kommt dann auch in den allgemeinen politischen und sozialpolitischen Betrachtungen des Verfassers zum Ausdruck. Bald überrascht er den Leser durch

scharfe Beobachtungen, treffende Vergleiche und gesunde Urteile, bald reizt er durch fast romantische zeitwidrige Schrullen. Diese ungeordnete Empirie lässt ihn Sätze, die, wie der, dass alle Menschen ausser den Kapitalisten Erhöhung der Preise aller Dinge wünschen müssen, nur eine sehr bedingte Wahrheit bergen, als Axiome aufstellen. Ohne jede eingehende Begründung, und daher auch bei ihm ohne wirkliche Ueberzeugungskraft bleibt schliesslich der Vorschlag, durch den der Verfasser das Trustproblem lösen will. Gesetzliche Regulierung und staatliche Ueberwachung erklärt er für unwirksam. Den Trusts, die um ihrer wirtschaftlichen Vorzüge erhalten bleiben sollen, sollen die jeder Beschränkung ihres Koalitionsrechts zu entledigenden Arbeiterverbindungen als gleichberechtigt zur Seite gesetzt werden, die dann nach Art der englischen Gewerbe-Alliancen und der vorgeschrittenen Tarifverbände und mit »Beteiligung am Kartellgewinn« enge Verträge mit den Trustleitungen eingehen, beide überwacht vom Staate, den der sehr monarchisch gesinnte Verfasser so stark wie möglich sehen möchte. Das werde wirtschaftliche Sicherheiten, Schutz gegen Machenschaften des Auslands u. s. w. schaffen — »alles wird wie in dem Getriebe jener Genfer Taschenuhren vor sich gehen, deren Werk nur von zwei Kristalldeckeln eingeschlossen ist«. (S. 223.)

Jeder verständige Sozialpolitiker ist heute davon überzeugt, dass den Kartellen und Trusts gegenüber das Koalitionsrecht der Arbeiter einer bedeutenden Stärkung bedarf. Aber jeder tiefer blickende Wirtschaftspolitiker sagt sich auch, dass im gar zu engen Bund zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband gewisse Gefahren für die Allgemeinheit liegen, die nicht ignoriert werden dürfen. Es wird daher keiner, der etwas davon versteht, diese Gefahren durch Beteiligung der Arbeiter am Kartellgewinn gerade zu Notwendigkeiten machen wollen. Dieser eine Gedanke genügt, das mit hellen Posaunentönen als d a s Buch der Trustfrage angekündigte Werk auf seinen wirklichen Wert zu reduzieren, als die Arbeit eines über die Grenzen seines Könnens völlig im Unklaren befindlichen federgewandten Dilettanten.

Greef, Guillaume de, Recteur de l'Université nouvelle de Bruxelles, anc. Président de l'Institut International de Sociologie. **Introduction à l'Étude de L'Economie Sociale.** (Extrait de la R e v u e I n t e r n a t i o n a l e d e S o c i o l o g i e.) Paris 1903, V. Giard & E. Brière. 39 S. 8°.

Der Verfasser dieser Einführung in das Studium der Sozialökonomie war seinerzeit Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation und steht unseres Wissens noch heute mit der sozialistischen Bewegung seines Landes — Belgien — auf freundschaftlichem Fuss. Seine vorliegende Arbeit, die übrigens zuerst in russischer Sprache erschienen ist, ist der Natur des Gegenstandes gemäss tendenzfrei. Sie zeichnet sich durch grosse Klarheit aus. Ein erstes Kapitel »D e f i n i t i o n e n« legt dar, wie die verschiedenen theoretisierenden Schriftsteller und später Schulen im Laufe der geschichtlichen Entwickelung die Nationalökonomie als Disziplin aufgefasst und ihre Elemente wissenschaftlich definiert haben. Dann behandelt ein zweites Kapitel den s o z i o l o g i s c h e n G e s i c h t s p u n k t, ein drittes die T e i l u n g d e r S o z i a l ö k o n o m i e, ein viertes die B e z i e h u n g e n d e r S o z i a l ö k o n o m i e z u d e n a n d e r n W i s s e n s c h a f t e n und ein fünftes und abschliessendes d i e M e t h o d e n i n d e r S o z i a l ö k o n o m i e. Gegen Ende dieses letzten Kapitels polemisiert der Verfasser gegen die u. a. von dem Positivisten Roberty vertretene Auffassung, dass die experimentelle Methode in den Sozialwissenschaften und insbesondere in der Sozialökonomie nicht anwendbar sei.

»Grade, weil die soziale Umwelt zusammengesetzter, plastischer, variabler ist,« schreibt er, »als wie die biologische und psychische und insbesondere die physikalische Umwelt, ist sie auch änderungsfähiger, umgestaltungsfähiger und dem Experiment zugängiger; wie wir dies eben in dem Masse beobachten, als wir uns von den einfachsten und allgemeinsten zu den zusammengesetztesten und speziellsten Wissenschaften erheben. Von der Physik und insbesondere der Chemie an werden die Wissenschaften immer mehr experimentell. Die Biologie und Psychologie sind es natürlich zuletzt geworden, die Soziologie ihrerseits wird es noch werden. Immerhin ist die Schwierigkeit hier grösser, was ihr Zurückbleiben in der Entwickelung der

experimentellen Methode erklärt« S. 33). Die Geschichte bietet eine ganze Reihe von Wiederholungen unter veränderten Umständen dar, soziale Umwelten, die genug Aehnlichkeiten aufweisen, um ein wahres Experiment darzustellen, aus ihnen liessen sich durch Ausmerzung der zufälligen Variationen und dann der zufälligen Umstände nach und nach die konstanten Gesetze ableiten, die dann »die soliden Grundlagen unserer sozialen Voraussicht werden«. Mit dem fast überall ins allgemeine Bewusstsein übergegangenen Ausdruck »Erfahrung der Geschichte« strafe der »praktische Instinkt aller Gesellschaften die Finessen der Metaphysik der Sozialökonomie formell Lügen«. Sitte und Gesetz seien die mindestens praktische und empirische Festlegung der Ueberlieferungen, d. h. aufgespeicherter Erfahrungen. Die Gesetzgebung bilde in sich selbst zuweilen eine Experimentalstudie, die sehr wissenschaftlich sein könne, sobald nur ihre Elemente wohl erforscht, klassifiziert, koordiniert und insbesondere methodisch und bis in ihre letzten Konsequenzen beobachtet seien. Unter diesen Umständen könnten selbst Individuen, namentlich aber Gruppen und der Staat soziale und speziell ökonomische Experimente machen. Und diese Bahn sei jetzt betreten. Teil- und Kollektivexperimente seien teils freiwillig, teils auf dem Wege der Gesetzgebung mit Bezug auf die Arbeitszeit, Mindestlohn, Produktionsformen etc. gemacht worden. Die in den vorgeschrittensten Ländern geschaffenen Arbeitsministerien mit ihren statistischen Aemtern etc. bildeten wahre Werkzeuge kollektiver Beobachtung und Experimentierung«. »Ein internationales Amt könnte seinerseits die Beobachtungen und Erfahrungen jeder besonderen Gesellschaft zusammenstellen und dazu gelangen, die Grundlinien einer internationalen Arbeitsgesetzgebung und in noch allgemeinerer Weise die Prinzipien des allen zivilisierten Völkern gemeinsamen neuen ökonomischen und des nicht minder notwendigen Rechts zu entwerfen, welches die Beziehungen dieser Völker mit den Völkern regelt, die auf niederer Stufe stehen, aber deren niedrigerer Entwickelungsstand unsere zügellose Ausbeutung weder entschuldigen noch als Recht begründen kann.« (S. 35.)

Diese Gedanken und Sätze werden den Geist des inhaltsvollen Schriftchens zur Genüge erkennen lassen.

Hahn, Julius, Amtsgerichtsrat: **Das Krankenversicherungsgesetz mit den Abänderungsgesetzen** und den die Krankenversicherung betreffenden Bestimmungen der übrigen Reichsversicherungsgesetze, sowie den wichtigeren Ausführungsbestimmungen. Mit Einleitung und Kommentar. Dritte, umgearbeitete und reich vermehrte Auflage. Berlin-Grunewald 1904, Verlag der Arbeiterversorgung, A. Troschel. V und 483 S. 8°. Pr.: 6 Mk.

Diese dritte Auflage der Hahnschen Bearbeitung des Krankenversicherungsgesetzes ist, wie das Vorwort ausführt, gegen die früheren Auflagen um die Abänderungsgesetze vom 30. Juni 1900 und 25. Mai 1903 vermehrt, auch sind die Ergebnisse der seit Erscheinen ihrer letzten Vorgängerin — 1892 — erfolgten Rechtsprechung in sie hineinverarbeitet, und ebenso sind bei der Umarbeitung diejenigen seitdem auf den Gebieten der Unfall- und Invalidenversicherung eingetretenen Rechtsänderungen berücksichtigt worden, die in die Krankenversicherung übergreifen bezw. sie beeinflussen.

Kropotkin, Peter: **Moderne Wissenschaft und Anarchismus.** Berlin W., Johannes Räde. 88 u. 11 S. 8°. Pr.: 1 Mk.

Ein Versuch, die Theorie des Anarchismus als im Einklang mit den Grundlehren der modernen Wissenschaft, insbesondere der exakten Naturwissenschaft nachzuweisen. Wie die Naturwissenschaft lediglich die induktiv-deduktive Forschungsmethode gelten lasse, führt der Verfasser aus, so erkenne der Anarchismus ebenfalls nur diese Methode in der Gesellschaftsforschung und Gesellschaftslehre an. Er verwirft jedwede Metaphysik und desgleichen auch die dialektische Methode. Auf Grund einer streng naturwissenschaftlichen Betrachtung der Gesellschaft kommt der Anarchist zu seinen Schlüssen über die Natur des Staates, der Gesetze, der Autorität u. s. w.

Sie führen ihn bezüglich des Staats dahin, in ihm eine »auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherungsgesellschaft zwischen dem Eigentümer des Grund und Bodens, dem Soldaten, dem Richter und dem Priester« zu erblicken, »die zu dem Zwecke geschlossen ist, einander die Herrschaft über das Volk und eine überlegene wirtschaftliche Position auf dessen Kosten zu sichern«. (S. 72.) Kurz vorher liest man: »Es genügt hier der Hinweis, dass für unsere Zivilisation (die Zivilisation der letzten 15 Jahrhunderte, der wir angehören) der Staat eine Form des gesellschaftlichen Lebens ist, welche sich erst im 16. Jahrhundert entwickelt hat . . . Vor dieser Epoche bestand (seit dem Sturz des römischen Kaisertums) der Staat nicht in seiner spezifisch römischen Form.« (Ebendaselbst.) Dieser Satz ist für die Folgerungsweise Kropotkins überaus bezeichnend. Erst, und auch sonst in der Schrift, wird schlechtweg vom Staat gesprochen, und dann schleicht sich, wo von der Entwickelung des Staates die Rede ist, plötzlich die einschränkende Bezeichnung ein: »[Der Staat] in seiner spezifisch römischen Form«. Aber handelt es sich bei der Gegnerschaft des Anarchismus wider den Staat bloss um eine spezifische Form des Staats oder nicht um den Staat überhaupt? Wenn das erstere, dann trennt in diesem Punkt der Anarchist sich prinzipiell weder vom Sozialdemokraten, noch vom Liberalen oder selbst dem Konservativen; denn für jeden von ihnen gibt es spezifische Formen des Staates, die er verwirft. Es sind denn auch, da der Staat, welche Form er auch habe, stets eine gewisse Ordnung vertritt, alle Parteien, die eine Aenderung der jeweiligen Staatsform erstrebten, von deren Anhängern als Partei der Unordnung, als anarchistisch im Sinne von ordnungsfeindlich hingestellt worden. In diesem negativen Sinn will aber weder Kropotkin noch sonst jemand aus den Reihen derer, die sich heute selbst Anarchisten nennen, den Anarchismus aufgefasst haben, er ist ihnen etwas Bestimmteres, Positiveres und steht — dies war wenigstens bisher der Fall — nicht bloss diesem oder jenem Staat, sondern jedem Staat grundsätzlich ablehnend gegenüber. Was soll also da der Zusatz »in seiner spezifisch römischen Form?« Erstens hat der Staat auch im alten Rom seine Wandlungen durchgemacht, und dann war der mittelalterliche Feudalstaat, war der vorkapitalistische Ständestaat kein Staat? Und hat im westlichen Europa der Staat zu existieren aufgehört, seitdem dort an die Stelle des absolutistischen der liberale Verfassungsstaat, in einigen Ländern die demokratische Republik getreten ist? Tatsächlich nicht und auch nicht in den Augen des Anarchismus, denn in allen diesen Gesellschaftsordnungen gibt es noch geschriebene, für alle verbindliche Gesetze, der Anarchismus jedoch leugnet nach Kropotkin »seit Godwin stets die Berechtigung aller geschriebenen Gesetze«. (S. 62.) Ohne geschriebene Gesetze ist nun aber kein Staat möglich, denn eines der unerlässlichsten Attribute des Staates ist, dass er gewisse Rechtsbeziehungen über den Tag hinaus, der sie ins Leben gerufen, sicherstellt, und dazu bedarf es der geschriebenen Gesetze. Es sind somit zwei ganz verschiedene Staaten, mit denen Kropotkin operiert. Beim Definieren ist es der bestimmte Staat einer ganz bestimmten Stufe der Gesellschaftsentwickelung, beim Perhorreszieren aber der Staat als Träger jeder gesetzlichen Ordnung des Gesellschaftslebens.

Solcher Wechsel im Gebrauch der Begriffe ist in keiner Wissenschaft erlaubt. Kropotkin der Naturforscher würde schönstens dagegen protestieren, wenn jemand etwa bei der Bestimmung des Begriffs Vogel alle die spezifischen Räuber-Eigenschaften des Lämmergeiers aufzählen, und dann jedes Tier, das zwei Krallen, zwei Flügel, einen Schnabel hat, als den Menschen gefährlichen Räuber für ausrottenswert erklären wollte. Wir haben nichts dagegen, dass man für die Gesellschaftswissenschaften genau so wie für andere Wissenschaften lediglich die induktiv-deduktive Methode gelten lässt. Aber die exakteste Forschungsmethode wird zu falschen Ergebnissen führen, wenn der Forscher im Laufe der Deduktion die Begriffe oder beim Experimentieren die Forschungselemente in der Weise vertauscht, wie es hier geschehen.

Dieses Spiel mit den Begriffen ist aber keine Ausnahme bei unserem Verfasser. Immer wieder stossen wir vielmehr bei ihm auf das gleiche Verfahren. Gilt es, die Verwerflichkeit oder Nutzlosigkeit irgend einer Kategorie oder Einrichtung nachzuweisen, so wählt er nicht das für die normale Erscheinung typische Beispiel, sondern irgend welche Abnormität, um auf Grund ihrer den Typus zu verwerfen. So beweist er den Unwert aller Gesetzgebung mit

dem Hinweis auf den Umstand, dass Gesetze einerseits nur die Gebräuche bestätigen und sie zum Erstarren bringen, andererseits aber gewöhnlich in versteckter Form noch eine neue Institution im Interesse der Minderheit der Regierenden und der Krieger einführen. Das erstere wäre, wenn richtig — was es aber nicht ist —, noch kein Beweis für die Ueberflüssigkeit der Gesetzgebung; das letztere wird durch die Behauptung zu erhärten gesucht, dass »man« selbst in der Arbeiterschutzgesetzgebung neben dem Arbeiterschutz, der das eigentliche Ziel dieser Gesetzgebung darstellt, in den Millerandschen Gesetzen »geräuschlos die Idee des obligatorischen Schiedsgerichts durch den Staat im Streitfall einführt«. »Obligatorisches Schiedsgericht — welcher Widersinn! welche contradictio in adjecto!« heisst es alsdann. Indes handelt es sich ja hier nicht, die mangelhafte Logik des Gesetzes, sondern die Einschmuggelung von Privilegien der Regierungen und der Krieger in das Gesetz nachzuweisen. Davon erfahren wir aber nichts. Im übrigen ist der Millerandsche Vorschlag der obligatorischen Schiedsgerichte weder geräuschlos eingebracht, noch überhaupt in das Gesetz eingeführt worden. Er wurde bekanntlich den Beteiligten — Arbeitern wie Unternehmern — zur Begutachtung unterbreitet, von ihnen recht geräuschvoll diskutiert und verworfen und verschwand dann — geräuschlos. »Oder«, geht es fort, »man eskomotiert unversehens einen obligatorischen Minimalarbeitstag von so und so viel Stunden in die Gesellschaftsordnung.« Was leider noch nirgends in der Welt geschehen, sondern vorläufig noch ein Schreckgespenst für diejenigen ist, deren Normalarbeitstag gleich Null lautet. Aber selbst wenn irgendwo ein solches Gesetz existierte, könnte ein solcher Fall, könnten Dutzende solcher Fälle den Unwert aller Gesetzgebung beweisen?

Tatsächlich ist die Zuflucht zu solchen Ungereimtheiten von seiten eines Mannes, der auf anderen Gebieten der Forschung in der Tat wissenschaftliches Denken bewiesen hat, ein sicheres Anzeichen, dass hier ein konstitutioneller Fehler in der Theorie vorliegt, dessen er sich ganz gut bewusst ist, den er aber nicht zugeben mag. »Getreu seiner Methode«, schreibt Kropotkin auf S. 31, »begibt sich der Anarchist an das Studium des Staates mit der gleichen Unvoreingenommenheit, wie wenn der Naturforscher die Gesellschaften der Ameisen und Bienen . . . studieren wollte.« Nie ist ein unwahreres Wort aus dem Munde Kropotkins gefallen, als dieses. Nein, von Unvoreingenommenheit des Anarchisten gegenüber dem Staat zu reden, ist die gröbste Täuschung oder Selbsttäuschung, die man nur erdenken kann. Hier ist wirklich der Ausdruck contradictio in adjecto am Platze. Der Anarchist kann dem Staat gegenüber so wenig unvoreingenommen sein, wie etwa der Naturforscher der Gesellschaft der Bienen gegenüber unvoreingenommen wäre, der sie in der festen Absicht studierte, aus ihr den Beweis für die Seelenwanderung zu entnehmen. Er wird, sofern er nur sonst ein tüchtiger Beobachter ist, vielleicht manche Eigenheiten der Bienengesellschaften ermitteln, die anderen Naturforschern entgangen sind, weil durch seine Voreingenommenheit sein Auge für bestimmte Seiten des Tierlebens geschärfter ist. Aber jedesmal, wo er die Untersuchung für die vorher schon gefasste Theorie wird verwerten wollen, wird er Schiefheiten und Albernheiten zu Tage fördern.

Genau so ist es bei Kropotkin. Seine alteingewurzelte Abneigung gegen Staat und Gesetz hat ihn die im Schoss der Gesellschaft frei wirkenden organisatorischen Kräfte vielfach schärfer erkennen und zutreffender werten lassen, als dies bei der Masse der zeitgenössischen Soziologen der Fall ist. Wir haben seine betreffenden zusammenfassenden Schriften nicht gelesen, aber was wir von hierhergehörigen Einzelaufsätzen von ihm kennen, lässt der Vermutung Raum geben, dass er in manchen Punkten hier vielleicht Anspruch auf den Titel eines Bahnbrechers hat. Aber alle Tüchtigkeit in dieser Hinsicht verhindert nicht, dass er hellen Unsinn zu Tage fördert, sobald es sich ernsthaft um die Wertung von Staat und Gesetzgebung handelt. Für den Psychologen des Theoretisierens zeigt sich dies schon daraus mit Sicherheit an, dass Kropotkin den Vertretern der Ansichten, die er in Bezug auf diese Materie zu widerlegen wünscht, die denkbar dümmsten, abgetakeltsten Argumente in den Mund legt. Das tut nur, wer selbst Dummes und Abgetakeltes zu verteidigen hat. Wo gibt es heute noch jemand, der den Staat als etwas Absolutes auffasste, der den transitorischen Charakter der Gesetzgebung verkennt, der für

»Rechtsprechung durch die Regierung« schwärmte? Sie sind so rar, wie es der Naturforscher Kropotkins ist, der beweisen kann, dass die Aeusserungen des Lebens, der Intelligenz, der Leidenschaften »sich alle auf chemische und physische Erscheinungen zurückführen lassen.« Wir sind nicht mehr so weit zurück, wie es in dem einen Falle, und noch nicht so weit, wie es in dem zweiten Falle unterstellt wird.

Fordert das Buch Kropotkins so fast auf jeder zweiten Seite zur Kritik heraus, so bleibt es darum doch keine unfruchtbare Lektüre. Es trägt den Stempel der Doppeleigenschaft seines Verfassers: des Kämpfers und des Gelehrten. Es ist in einer anmutenden Sprache geschrieben und bietet viele wissenswerte Einzelheiten dar. Dahin gehören u. a. verschiedene Partien seines Abrisses über den Verlauf der geistigen Bewegung im 18. und 19. Iahrhundert.

Illge, Richard: **Zur Wahlrechtsbewegung in Sachsen.** Ein Aufruf an das sächsische Volk zum Kampf um sein Recht — zur Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Leipzig 1903, Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. 48 S. 8°.

Ein sehr instruktiver Abriss der sächsischen Wahlrechtskämpfe und Wahlrechtswandlungen in Vergangenheit und Gegenwart. Der Verfasser, der eine kräftige Feder führt, ohne sich je in Geschmacklosigkeiten zu verlieren, verweilt insbesondere bei der Kennzeichnung des Wahlrechtsraubes von 1895/96 und der Kritik der Projekte, welche die verschiedenen Parteien unter dem Eindruck der Reichstagswahlen vom 16. Juni 1903 behufs Korrektur des 1896 geschaffenen und schon als unhaltbar erkannten Landtagswahlsystems zu Tage gefördert haben. Er stellt der Konfusion dieser Projekte als einzigen Kampfruf der Arbeiter die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts aller Erwachsenen ohne Unterschied des Geschlechts und mit Proportionalvertretung gegenüber. Es allein verbürge eine gerechte Vertretung der Volksmeinung und eine friedliche Entwickelung der Gesellschaft.

Leipart, Theodor: **Die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie.** Nach statistischen Erhebungen des deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1902 im Auftrage des Verbandsvorstandes bearbeitet und herausgegeben. Stuttgart 1904, J. H. W. Dietz Nachf. 96 S. 8°. Pr.: 1 Mk. 50 Pf.

Eine jener arbeitsstatistischen Veröffentlichungen auf Grund gewerkschaftlicher Erhebungen, wie wir deren schon verschiedene zu besprechen hatten und die einen Stolz der deutschen Gewerkschaftsbewegung bilden. Es gibt kaum eine in den Bereich der Arbeiterstatistik entfallende Frage, über die in der vorliegenden Abhandlung nicht mit Bezug auf die in Frage kommende Berufsgruppe Auskunft zu finden wäre. Und diese Auskunft erstreckt sich auf einen so grossen Prozentsatz der ihr angehörenden Arbeiter, zieht so viele Orte des deutschen Reiches heran, dass das aus ihr sich ergebende Gesamtbild sich nur wenig von dem Bilde unterscheiden dürfte, welches eine alle Betriebe und alle Arbeiter der deutschen Holzindustrie umfassende Statistik ergäbe. Sie bietet mit den bescheidenen Mitteln einer Arbeiterverbindung und auf Grund zumeist unentgeltlich verrichteter Arbeit Ersatz für das, was die Reichsstatistik leisten sollte und auch bieten könnte, wenn die Mittel des Reichs nicht für andere Zwecke aufgewendet würden.

Der Statistik liegen 649 eingelieferte Ortsfragebogen, 10 194 Werkstattfragebogen und 71 054 Personenfragebogen zu Grunde. Die entsprechenden Zahlen für die letzte der früheren Erhebungen des Holzarbeiterverbandes — 1897 — waren 370 Orte, 4205 Werkstätten und 38 563 Personen. In dem sich so herausstellenden Zuwachs kommt der im Laufe dieser fünf Jahre erfolgte Aufstieg der Gewerkschaft in Bezug auf Mitgliederzahl zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang sei gleich erwähnt, dass gegen das vorbezeichnete Jahr der letzten Erhebung die Arbeitszeit durchschnittlich von 59,3 auf 58,3 Stunden pro Woche gefallen, der Arbeitslohn der männlichen Arbeiter im Durchschnitt von 19,96 auf 21,79 Mark pro Woche gestiegen sind. Da das Jahr 1902 ein Jahr starken Geschäftsdrucks war, wäre dies Ergebnis als recht erfreulich zu bezeichnen. Indes kommt der hinkende Bote in Gestalt

einer Steigerung der Mietspreise der Wohnungen nach, die die Steigerung der Löhne im Verhältnis wesentlich überschreitet. Von 190 Mark jährlich stieg der Durchschnittssatz für Miete auf 211 Mark, d. h. um 11 Prozent, während die Steigerung der Wochenlöhne sich nur auf 9,2 Prozent berechnet. Ueber die Lebensmittelpreise gibt die Statistik keine Auskunft. Dass aber verschiedene Lebensmittel, insbesondere Fleisch, erheblich im Preise gestiegen waren, ist bekannt.

Zugenommen hatte der Prozentsatz der verheirateten Arbeiter. Er war gegen 1897 von 56,0 Prozent auf 62,8 Prozent der männlichen Arbeiter gestiegen. Sehr bemerkenswert ist die auf S. 61 mitgeteilte Statistik über die Fälle der Erwerbstätigkeit von Frau und Kindern in den verschiedenen Lohngruppen. Danach war der Prozentsatz der Fälle des Miterwerbs von Frau und Kindern für den Familienunterhalt:

in den Lohnklassen	Miterwerb der Ehefrau	Miterwerb von Kindern unter 14 Jahren
bis zu 15 Mark	38,9	22,0
von 16—20 „	33,0	36,7
„ 21—25 „	25,7	26,0
„ 26—30 „	21,14	12,2
über 30 „	16,6	1,7
ohne Lohnangabe	—	1,4

Deutlicher kann es kaum illustriert werden, ein wie bedeutender Faktor der Bekämpfung der Kinderarbeit die Erhöhung der Löhne der Familienväter ist.

Von grossem Interesse sind ferner die vergleichenden Zahlen über den Durchschnittsatz der beschäftigten Arbeiter pro Betrieb. Während im allgemeinen dieser Satz etwas gestiegen ist, ist er für die der Zahl nach sehr vermehrten Betriebe, die mit Kraftmaschinen arbeiten, etwas zurückgegangen. Letzteres wahrscheinlich nur eine Folge des Umstandes, dass immer kleinere Betriebe zur Verwendung von Kraftmaschinen übergehen. Eine grosse Zunahme weisen die Zahlen über Arbeitslosigkeit nach, 25,3 Prozent der gezählten Arbeiter waren im Zählungsjahr kürzere oder längere Zeit arbeitslos. Erwähnt sei ferner, dass die Löhnung nach Stück oder Akkord gegenüber der Zeitlöhnung etwas zurückgegangen ist. Die Zahl der Werkstätten, in denen nur im Akkord gearbeitet ward, beläuft sich auf 18,1 Prozent, die Zahl der Arbeiter, die lediglich im Akkord arbeiteten, auf 44,2 Prozent der Gezählten. Dies zeigt, dass es grössere Werkstätten sind, wo der Akkord- bezw. Stücklohn überwiegt. In 1829 Akkord-Werkstätten, die 41,5 Prozent der Werkstätten umfassen, in denen überhaupt auf Akkord gearbeitet wurde, bestand ein fester Akkordtarif, nur in 1010 Werkstätten bestand eine Art Lohngarantie. Dagegen herrschte in 597 Akkord-Werkstätten — meist stillschweigend — der Usus eines Maximallohns, d. h. es wurden, wenn die Akkordarbeiter über einen gewissen Lohn verdienten, die Akkordsätze heruntergesetzt.

Aus diesen wenigen Mitteilungen ersieht man, wie viel Ausbeute dem Sozialpolitiker diese Statistik darbietet. Sie ist mit emsigem Fleiss in einer Weise ausgearbeitet, die von grossem Verständnis für die verschiedenen Seiten der Arbeiterfrage zeugt. Natürlich befriedigt sie noch nicht alle Ansprüche, was niemand williger anerkennt, als ihr Verfasser. Aber sie bietet mehr als die Meisten in dem Buch mit dem anspruchslosen Titel vermuten werden.

Marx-Studien. Blätter für Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Max Adler und Dr. Rudolf Hilferding. Bd. I. Wien 1904, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand. X u. 433 S. 8°. Pr.: 7 Mk.

Die Herausgeber dieses Sammelwerks, dessen Titel an die bekannten Kant-Studien erinnert, erklären im Vorwort als ihren Zweck »die systematische Erfassung und Durcharbeitung der Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels, die Herausholung ihres vollen Inhalts in einer bewussten Nachschöpfung aus dem Zusammenhange des gesamten Denkens bei ihren Schöpfern, endlich ihre Weiterbildung durch eine unausgesetzte Verknüpfung und Ineinssetzung ihrer Ergebnisse mit aller übrigen philosophischen und wissenschaftlichen Arbeit

unserer Zeit. Sie erklären, den Marxismus im Sinne jener Interpreten von Marx und Engels zu vertreten, »die den Namen orthodoxe Marxisten bereitwillig aufnehmen als eine Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Konsequenz gegenüber einer billig prunkenden Freiheit des Geistes, die öfters doch nur ausflatternde Beweglichkeit eines wechselnden Interesses oder mit trügerischer Weite des Blickes sich selber täuschende Unzuverlässigkeit des erstmalig eingenommenen Standpunktes sein mochte.« Es soll das Streben unverkennbar sein, die grossen wissenschaftlichen Leistungen von Karl Marx »nicht untergehen zu lassen in wüstem Zweifelkram und vorschnellem Anschluss an ihnen noch unverbunden gegenüberstehende oder gar unvereinbar erscheinende Lehren anderer grosser Denker«. Sollten einzelne ihnen trotzdem eine Art Revisionismus vorwerfen, so halten sie dem entgegen, dass, »wenn wir uns auch den Marxismus durchaus nur als im Flusse seiner Gedanken befindlich vorzustellen vermögen, dies doch kein Fluss ist, der den Boden abträgt, auf dem wir stehen und von dem aus das Proletariat seinen geschichtlichen Kampf geistig zu beherrschen gelernt hat; sondern der, hinarbeitend in das weite Feld geistiger Wirksamkeiten, die ihm von allen Seiten zuströmen, in mächtigem Wachstum, je mehr er ihrer aufnimmt, auch immer mehr sein eigenes Land bereichert.« Der erste Erfolg, nach dem sie geizen, ist, »an die Stelle des Streites um die Worte der Lehre ihr lebendiges Weiterwirken zu setzen und damit an Stelle eines für den theoretischen Standpunkt bedeutungslos gewordenen Gegensatzes die Einheit mit den besten Traditionen ihrer uns voranschreitenden Interpreten hergestellt zu sehen.« In diesem Sinne hätten sie ihre dogmatische Fahne aufgepflanzt, nicht als ein Grenzzeichen geistiger Forschung, sondern als ein Signal, das »den Suchenden . . . anzeige, wo bereits festes Land gefunden ist«. Das Fertigwerden für alle Zeiten sei auch ihre Sache nicht. (Vorwort, S. V, VI, VII, VIII.)

Sapienti sat. Es wäre unwürdiges Versteckspiel, nicht offen auszusprechen, dass dies Programm als eine Kriegserklärung gegen den sozialistischen Revisionismus zu verstehen ist, den der Herausgeber dieser Zeitschrift und Schreiber dieser Zeilen vertritt. Sind die gegen ihn gerichteten Sätze ja doch nur Umschreibungen derselben Beschuldigungen, die von denjenigen erhoben worden sind, in deren Geist die Herausgeber die Bezeichnung »orthodoxe Marxisten« anzunehmen erklären, und beobachten die Herausgeber ja auch in Bezug auf ihn genau dieselbe Methode der Polemik, wie sie von jener Seite seit Jahren geübt wird und hinsichtlich deren wir uns hier auf die Bemerkung beschränken wollen, dass sie in klassischer Weise durch die Note auf S. 285 illustriert wird, wo es heisst, dass »die hier vertretene Anknüpfung an Kant ganz und gar nichts mit der . . . Zurückführung der politischen Forderungen des Sozialismus auf die Lehren der praktischen Philosophie Kants zu tun hat, in welchem Sinne ja auch Ed. Bernstein und andere dem Revisionismus nahestehende Sozialisten in die Parole »Zurück auf Kant!« eingestimmt haben.« Unter der Voraussetzung, dass der betreffende Mit-Herausgeber der »Marx-Studien« auch das gelesen hat, worüber er schreibt, haben wir diese Behauptung als eine grobe Unwahrheit zu bezeichnen.

Sapienti sat, wiederholen wir. Und nachdem wir so den programmatischen Absichten der Herausgeber gerecht geworden zu sein glauben, wenden wir uns dem Inhalt des vorliegenden Bandes zu.

Er besteht aus drei Abhandlungen: 1. »Böhm-Bawerks Marx-Kritik« von Dr. Rudolf Hilferding; 2. »Die soziale Funktion der Rechtsinstitute« von Dr. Josef Karner, und 3. »Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft« von Dr. Max Adler.

Die erste Arbeit ist streng orthodoxer Marxismus. Der Verfasser sucht die Hinfälligkeit der Kritik nachzuweisen, die Böhm-Bawerk an der Marxschen Theorie der kapitalistischen Wirtschaft geübt hat und die speziell die Marxsche Werttheorie, sowie die Art, wie Marx auf Grund dieser Wertlehre das Problem der Durchschnittsprofitrate löst, als verfehlt bezw. widerspruchsvoll hinstellt. Das Unternehmen selbst ist als verdienstvoll anzuerkennen, denn sich mit der, jedenfalls als scharfsinnig anzuerkennenden Böhm-Bawerkschen Marx-Kritik einmal ernsthaft auseinanderzusetzen, war sich die Marxsche Schule längst schuldig. Obwohl nun aber die Gegenkritik des Verfassers so marxistisch geschrieben ist, wie nur möglich, und — was kann man mehr verlangen? — schul-

gerecht mit der Proklamierung der »Selbstauflösung der Nationalökonomie« schliesst, müssen wir es als sehr zweifelhaft bezeichnen, ob Marx diese Verteidigung gelten lassen würde, bezw. sie würde gelten lassen können. Wir haben s. Zt. nachgewiesen und sind dafür von den Vorbildern des Verfassers gründlich verketzert worden, dass Marx bei der Analyse der Warenproduktion mit der Unterstellung, dass die einzelne Ware sich zu ihrem Wert veräussert, am konstruierten Einzelfall »den Vorgang veranschaulicht, wie ihn nach seiner Auffassung die Gesamtproduktion tatsächlich darstellt«. (Voraussetzungen des Sozialismus, S. 42.) War das ein Sakrileg, für das kein Epitheton scharf genug war, was soll man dann erst von der Prozedur des Verfassers sagen, den Marxschen Arbeitswert dadurch retten zu wollen, dass der Tausch überhaupt und grundsätzlich ignoriert wird? »Ausdruck von gesellschaftlichen Verhältnissen,« schreibt er auf S. 9, »kann aber die Ware nur sein, sofern sie selbst als Produkt der Gesellschaft betrachtet wird, als Ding, dem die Gesellschaft ihren Stempel aufgedrückt hat. Für die Gesellschaft, *die ja nichts eintauscht*, ist aber die Ware nichts als Arbeitsprodukt.« Wir wollen hier nicht uns der Buchstabenreiterei schuldig machen, wie sie die geehrten Vorbilder des Verfassers zu üben pflegen, die uns eine Vorlesung darüber nicht erspart hätten, dass, wo kein Tausch ist, auch keine Ware ist, sondern wollen den Satz in dem Sinne nehmen, wie ihn der Verfasser verstanden wissen will, als gedankliche Vereinheitlichung der heutigen Gesellschaft. Aber auch unter diesem Gesichtspunkt ist es falsch, zu sagen, dass die Ware für die Gesellschaft nichts ist als Arbeitsprodukt. Für die Gesellschaft ist die Ware so gut Gebrauchsgut, wie für den individuellen Konsumenten. Ja, gerade für die Gesellschaft ist der Gebrauchswert der wichtigste, der entscheidende Faktor. Das gibt selbst Marx zu — oder vielmehr das hebt Marx sehr energisch hervor. Nur wenn die Verteilung der gesellschaftlich gegebenen Arbeit in die verschiedenen Produktionssphären dem gesellschaftlichen Bedarf nach den verschiedenen Produkten proportionell ist, werden, führt er aus, die Produkte der verschiedenen Gruppen zu ihren Werten verkauft. Dies sei in der Tat das Gesetz des Werts, wie es sich geltend mache in Bezug auf die jedesmaligen Gesamtprodukte der besonderen, durch die Teilung der Arbeit verselbständigten gesellschaftlichen Produktionssphären; so dass »nicht nur auf jede einzelne Ware nur die notwendige Arbeitszeit verwandt ist, sondern dass von der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit nur das nötige proportionelle Quantum in den verschiedenen Gruppen verwandt ist. Denn Bedingung bleibt der Gebrauchswert.« (Kapital, Bd. III, 2. Teil, S. 175.) Wir empfehlen dem Verfasser dringend, die Stelle, wo dies steht, einmal nachzulesen und genau zu überdenken. Vielleicht wird ihm dann klar werden, wie sehr er mit seiner Abstrahierung vom Tausch nicht nur Marx nicht verteidigt, sondern ihm im Gegenteil noch ins Gesicht schlägt. Man sollte es für unmöglich halten, dass ein Sozialist es fertig bekommt, zu schreiben: »Der Gebrauchswert ist individuelles Verhältnis eines Dinges zu einem Menschen.« (S. 10.) Danach wäre ein Gebrauchswert als sozialer Faktor überhaupt nicht vorhanden. In der Tat hatte es auf Seite 9 von der Ware geheissen, dass »ihre natürliche Seite, der Gebrauchswert, jenseits des Betrachtungskreises der politischen Oekonomie liegt«. Der Verfasser beruft sich für diesen Satz auf eine Stelle aus Marx »Zur Kritik der politischen Oekonomie« und speit von der Höhe dieser herab mit Verachtung auf »die neuesten Grundlegungen unserer Oekonomieprofessoren«. Nur schade, dass er dabei die Einschränkung übersehen hat, die Marx an der betreffenden Stelle macht. Marx ist nicht so kühn, den Gebrauchswert mit Haut und Haaren aus der politischen Oekonomie hinauszuwerfen. Er sagt nur, dass der Gebrauchswert, soweit er gegen die ökonomische Form gleichgültig ist, jenseits des Gebietes der politischen Oekonomie liege, setzt jedoch hinzu, dass der Gebrauchswert in ihren Kreis falle, »wo er selbst Formbestimmung ist.« (A. a. O. S. 4.)

Wo aber ist der Gebrauchswert ökonomische Formbestimmung? Das ist nicht nur die erste beste Frage, sondern es ist eben die Frage, auf die es hier bei dem Streit zwischen Marx und Böhm-Bawerk ankommt. Indem unser Verfasser sie mit verachtender Miene beiseite schiebt, stolpert er von seiner hohen Position als Interpret von Marx in eine Tiefe herab, die erheblich unter der der von ihm so gering eingeschätzten Universitätsprofessoren liegt. Wer z. B.

— um einen österreichischen Professor zu nennen — die Kapitel über Wert und Preis im Grundriss der politischen Oekonomie von Philippowich nachliest, der wird soviel als unabweisbar erkennen, dass die Kategorien Gebrauchswert, Tauschwert, Wert, für die Wert-Analyse in keiner Weise ausreichen, dass in der Beschränkung auf sie die Quelle endloser Fehler und Missverständnisse liegt. Neun Zehntel aller modernen Oekonomen haben das anerkannt, darunter eine wachsende Schar von Sozialisten, von denen viele sonst stramme Marxisten sind. Nur der Schul-Marxist operiert noch in der alten Weise mit Wertbegriffen, von denen jeder die verschiedenartigsten Wertbezeichnungen umfasst und daher auch abwechselnd in der verschiedensten Deutung gebraucht oder aufgefasst wird. Kein Wunder, dass alle Polemik mit ihm zu einem unfruchtbaren Nebenherreden wird.

Indem der Verfasser den Begriff Gebrauchswert in der engen Bedeutung nimmt, dass er weiter nichts besagt, als die Fähigkeit eines Dinges, Gebrauchsgegenstand zu sein, und den Oekonomen der psychologischen Schule unterstellt, dass sie von diesem, auf ein »individuelles Verhältnis zwischen einem Ding und einem Menschen« reduzierten Gebrauchswert ausgehen, ist es ihm natürlich kinderleicht, sie aus der politischen Oekonomie herauszuwerfen. Will er aber ernst genommen werden, so wird er gut tun, erst einmal die allgemeine Kategorie Gebrauchswert aufzulösen, bevor er von »Selbstaufhebung der Nationalökonomie« zu sprechen unternimmt. Tatsächlich steckt hinter dieser verachteten Kategorie doch die ganze politische Oekonomie.

Denn »Bedingung bleibt der Gebrauchswert«, der keineswegs, wie der Verfasser glauben machen will, mit Notwendigkeit zu einer unhistorischen und unsozialen Werttheorie führt. Das tut er nur, wenn er unhistorisch und unsozial aufgefasst wird; wie man in den Wald hineinruft, so tönt es heraus. Tatsächlich ist der Gebrauchswert, mit dem die Oekonomie zu tun hat, eine durch und durch soziale Kategorie und als Faktor der Nachfrage historisch bedingt.

Im übrigen ist es ein Aberglaube, dass man die Kategorien der Arbeit, des Kapitals, des Mehrwerts, des Profits, der Rente etc. nur begreift, wenn man den Wert nicht lediglich von der Arbeit ableitet. Tatsächlich ist, und dafür liefert gerade Marx das klassische Beispiel, eine streng einheitliche Arbeitswerttheorie nicht imstande, die Antwort auf die Probleme der Oekonomie zu geben. Wird doch bei ihm der Arbeitswert bald — behufs Bildung des Begriffs der gesellschaftlich notwendigen Arbeit — durch den sozialen Gebrauchswert ergänzt, bald — bei Lösung des Problems der Durchschnittsprofitrate — in eine metaphysische Kategorie verwandelt. Böhm-Bawerk hat die Marxsche Lösung dieses Problems als Preisgabe der Werttheorie bezeichnet. Unser Verfasser widerlegt ihn, indem er ausführt, dass, »was im Austauschverhältnis der Waren, was nur ein sachlicher Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse der Personen ist, zur Verwirklichung gelangt, die Gleichheit der Produktionsagenten ist.« (S. 55.) In der einfachen Warenproduktion, wo die Produzenten im Besitz ihrer Produktionsmittel befindliche Arbeiter sind, erfolge der Tausch zu Preisen, die ihren Werten zu entsprechen tendieren. Im kapitalistischen Austauschprozess sind die Kapitalisten die Produktionsagenten, und ihre Gleichheit komme nur zum Ausdruck, wenn die Profite gleich sind. Da aber die Grundlagen beider Gesellschaften — Besitz- und Arbeitsteilung — die gleichen seien, sei das Wertgesetz in seiner Grundlage unverändert und habe nur bestimmte Modifikationen seiner Verwirklichung gefunden. Es verwirkliche sich in der Gestalt, dass es den Wert des Anteils am Gesamtprodukt bestimmt, der dem Kapital zufalle, »das notwendig war, die Arbeit in Bewegung zu setzen.« (S. 56.) Sehr sinnreich, aber leider keine Rehabilitierung des Arbeitswerts. Realer Faktor ist hier immer nur die aufgewendete Arbeit (bezw. Arbeitskraft) als Träger der Produktionskosten. Der Arbeitswert bleibt metaphysisch, was seine Taufe in »Wertgesetz« deutlich genug anzeigt. Indem wir dies betonen, wiederholen wir unsere früher schon geäusserte Meinung, dass der metaphysische Charakter des Arbeitswerts diesen nicht verhindert, ein ausgezeichnetes Veranschaulichungsmittel für die Darstellung der Bewegung des Mehrwerts etc. zu sein. Und wir erkennen gern an, dass der Verfasser, wenn er, wie wir gesehen haben, wiederholt auch seinen Marx übermarxt, er ihn im übrigen doch tüchtig durchgearbeitet hat und die Grundgedanken der Marxschen Theorie oft in sehr klarer, bisher nicht überbotener Weise entwickelt.

Aber um so peinlicher berührt gerade der Epigonenhochmut, der nicht einsehen will, dass es auch anderwärts zu lernen gibt und dass es an der Zeit ist, sich einmal ohne Voreingenommenheit die Frage vorzulegen, was eine Werttheorie für die Wirtschaftserkenntnis wirklich leisten kann.

Die Abhandlung des Dr. Karner über die soziale Funktion der Rechtsinstitute untersucht die Frage, ob und wie weit die Wirtschaft sich bei erstarrtem Recht umgestalten kann, ob und wie wirtschaftliche Entwickelung ohne gleichzeitige entsprechende Gesetzesänderung möglich ist. Anders ausgedrückt, das Problem des Verhältnisses des Ueberbaues zur ökonomischen Basis der Gesellschaft. Die Arbeit zerfällt in drei Kapitel: 1. der zwieschlächtige Charakter der Rechtsinstitute, 2. der Funktionswandel des Eigentums, 3. Analyse des Funktionswandels. Den weitaus grössten Raum nimmt das zweite Kapitel ein. Der Verfasser ist durchgängig bemüht, die zum Thema gehörigen Sätze aus Marx in die Entwickelung einzuflechten bezw. Marx so oft als möglich selbst sprechen zu lassen, so dass seine Arbeit auch heissen könnte: Marx als Rechtstheoretiker. Was Marx an verschiedenen Stellen seiner Schriften über die Rechtsentwickelung gesagt, davon findet sich hier ein grosser Teil in systematischer Einteilung verzeichnet und mit Verständnis paragraphiert. Stören tut auch hier die Tendenz, die berechtigte Würdigung der Leistungen von Marx auf dem Gebiet der Rechtskritik bis ins masslose Verhimmeln zu übertreiben. Was soll man z. B. von folgendem Satz sagen: »Es ist eines der Verdienste Marx' — auf dieses allein stände Unsterblichkeit! —, nachgewiesen zu haben, dass die Freiheit des Eigentums und des Arbeitsvertrages, die allgemeine Beiordnung der Individualwillen, faktisch zur Willensunterordnung und zum Arbeitszwang des Bagnos werden kann.« (S. 79.) Also selbst das hat erst Marx ausgefunden? Die ganze vormarxische Kritik der Kapitalherrschaft ist eine Mythe? Vielleicht erfahren wir eines Tages noch, dass Marx der Menschheit die Kenntnis der Schriftzeichen beigebracht hat. Kann man das Andenken eines grossen Denkers nicht besser ehren, als durch eine Mythenbildung, die in ihrer Geschmacklosigkeit an das berühmte Marmorameer erinnert?

Unabhängiger von Marx ist der Artikel Dr Max Adlers »Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft«. Es ist nicht möglich, den ganzen Inhalt dieser methodologisch-erkenntniskritischen Untersuchung in kurzer Darstellung zu rekapitulieren, ohne der Gefahr zu verfallen, irrige Eindrücke zu erwecken. Wollten wir es mit einem Schlagwort ausdrücken, so würden wir sagen, der Verfasser sucht ein Synthese von Kant und Marx herzustellen. In der Tat zeigt er sich sehr bemüht, den Nachweis zu liefern, dass Marx im tiefsten Grunde seines Denkens Erkenntniskritiker im Kantschen Sinne und Gegner des ontologischen Materialismus war, so dass, wenn er sich selbst als Materialist bezeichnete, dies nur negativ — als Gegensatz zur Metaphysik — gemeint war. Der Streit zwischen Kausalität und Teleologie um die Wissenschaft ist nach dem Verfasser dahin zu entscheiden, dass der Teleologie ein Anspruch auf einen Platz im Gebiet der Wissenschaft überhaupt abzusprechen, ihr dafür im Reiche des Wollens ein um so grösseres Machtgebiet einzuräumen sei. Diese Teilung der Gebiete, die auch von anderer Seite schon vorgenommen worden ist, bedeutet eine Abgrenzung des Begriffs der Wissenschaft, bei der nach dem Verfasser für diese nur diejenige Seite des Daseins überhaupt und somit auch des geistig-sozialen Lebens als erschliessbar reklamiert wird, die »in Objektform gefasst, in Allgemeinbegriffen abstrahiert und unter Gesetze gebracht werden kann«. Alle Wissenschaft sei somit »eine Abstraktion, in welcher wir niemals die ganze Realität der Welt zu erfassen vermögen; vielmehr wird derjenige Standpunkt, der nur die Wissenschaft kennt und nichts als diese will, eben weil er in ihr allezeit nur eine Seite der Welt vor sich hat, immer auch nur ein einseitiger bleiben, dies in der strengsten, gefährlichsten Bedeutung des Wortes.« (S. 431.)

Wie sich in diesem Endresultat der Untersuchung der Einfluss der erkenntniskritischen Arbeiten der neueren Philosophie ausprägt, so zeigt sich der Verfasser in der Untersuchung selbst als guten Kenner dieser Literatur. Wir bleiben deshalb auch bei ihm von dem dilettantenhaften Geschwätz über Impotenz etc. der neueren Philosophie verschont, der uns in der Epigonenliteratur des Marxismus oft so widerwärtig entgegentritt. Es weht ein selbständiger Geist in dieser Abhandlung, der erhoffen lässt, dass die »Marx-Studien« der Ge-

fahr entgehen, in ein Marx-Alexandrinertum zu verfallen. Eine Gefahr, die gerade deshalb um so grösser ist, weil das Erbe Marx' nicht, wie heute das Kants, ausserhalb der politischen Kämpfe steht, sondern Symbol politischer Streitfragen im Lager der Partei geworden ist, der Marx selbst angehörte.

Ed. B.

Ostwald, Hans: **Die Bekämpfung der Landstreicherei.** Darstellung und Kritik der Mittel und Wege, welche zur Beseitigung der Wanderbettelei führen. Stuttgart 1903, Robert Lutz. 275 S. 8°.

Der Verfasser behandelt das im Titel angezeigte Thema ebenso scharfsinnig wie erschöpfend und zeigt sich vor allem als sachkundiger Schilderer der einschlägigen Verhältnisse. Sein Buch gibt keine Schreibstubenhypothesen, nichts aus zweiter oder dritter Feder Uebernommenes. Es sind lebenswahre, selbstgeschaute Bilder, die Ostwald mit wenigen Strichen scharf und deutlich zeichnet. Die als Wanderarmenfürsorge sich darstellenden Vorschläge und Einrichtungen werden von ihm einer kritischen Beleuchtung unterzogen, die sein tiefes Verständnis für die Bedürfnisse der Wanderarmen so recht hervortreten lässt und ihn uns nicht als e i n e n , sondern als d e n Psychologen der Landstrasse schätzenswert macht.

Ohne den Leser zu langweilen oder zu ermüden, bringt das Buch nach einer mit derbem Humor gewürzten Schilderung des Wanderlebens eine entwickelungsgeschichtliche Darstellung und Wertung aller den Wanderarmen dienenden und die Landstreicherei bekämpfenden Einrichtungen, aller kirchlichen, kommunalen, staatlichen und privaten Verbände. Im Prinzip ablehnend gegen alles bisher auf diesen Gebieten Gebotene, fordert Ostwald für die physisch oder psychisch kranken Wanderarmen an Stelle von Herbergsvätern, Geistlichen, Asylinspektoren, Polizisten und Gefängniswärtern Aerzte, die als Sozialpathologen das richtige Verständnis für das Wanderelend haben. Für die körperlich und geistig gesunden Wanderer alias Arbeitslosen schlägt der Verfasser eine Reichs-Arbeitslosenversicherung vor, für welche jeder Zensit prozentualiter zu seiner Steuerquote beitragspflichtig sein soll. Hier hinkt die Beweisführung ein wenig; vielleicht trägt der dieser wichtigen und nur schwer kurz zu behandelnden Materie eingeräumte knappe Raum am Ende des so unendlich viel Stoff bergenden Buches Schuld daran. Dies und einige andere hier und da zu konstatierende Mängel vermögen indes den hohen Wert dieses populärwissenschaftlichen Werkes nicht herabzudrücken. *Dr. Ludwig Cohn.*

Sommerlad, Theo, Privatdozent an der Universität Halle-Wittenberg. **Das Wirtschaftsprogramm der Kirche des Mittelalters.** Ein Beitrag zur Geschichte der Nationalökonomie und zur Wirtschaftsgeschichte des ausgehenden Altertums. Leipzig 1903. Verlagsbuchhandlung von J. J. Weber. 223 S. Preis 6 Mk.

Der Verfasser der hier in Betracht kommenden gründlichen, auf Quellenarbeit sich stützenden Untersuchung, zog schon vor zwei Jahren durch sein Buch: »Die wirtschaftliche Tätigkeit der Kirche in Deutschland« die Aufmerksamkeit der Fachgenossen auf sich. In seiner neuesten Publikation beabsichtigt er zu zeigen, wie »aus den Wirtschaftslehren« des Urchristentums allmählich ein Wirtschaftsprogramm geworden ist, das die Kirche des Mittelalters übernommen und ihrer wirtschaftlichen Wirksamkeit zugrunde gelegt hatte. Die Natur der Sache brachte es mit sich, dass die wertvolle Arbeit Sommerlads sich zugleich als Beitrag zur Geschichte der kommunistischen Ideologie der ersten vier Jahrhunderte unserer Zeitrechnung gestaltete, wodurch unser Interesse an der Schrift nur erhöht wird. Gerade die Betonung des Verhältnisses der Kirchenlehrer zum Kommunismus und das Bestreben des Verfassers überall, wo es angebracht war, eine Parallele zwischen der christlichen und sozialistischen Kulturlehre zu ziehen, verleiht dem Buche einen zeitgemässen Charakter.

Der sachliche Inhalt des Sommerladschen Buches lässt sich kaum wiedergeben. Der Grundgedanke hingegen, auf den die Untersuchung hinausläuft, kann in der Frage seine Formulierung finden, wie weit das Christentum sich mit der Entwickelung des Wirtschaftslebens vereinigen lässt und tatsächlich sich auch vereinigt hat. Gemäss der Synthese, die zwischen den Wirtschaftsanschauungen des Evangeliums und den Forderungen des jeweiligen sozial-

ökonomischen Zustandes im untergehenden römischen Weltreich unter besonderer Einwirkung semitischer und griechischer Reminiszenzen hergestellt wurde, bildete sich auch diese oder jene Beurteilung des Wirtschaftslebens aus. Es handelt sich hier also um eine soziologisch beleuchtete Dogmengeschichte der wirtschaftlichen Anschauungen des ausgehenden Altertums.

Das Wirtschaftsprogramm des Evangeliums bezeichnet der Verfasser als ein teleologisches in einem speziellen Sinne. Keine Einrichtung des wirtschaftlichen Lebens hat Selbstzweck, jede Wirtschaftsinstitution soll für den Christen nur ein Mittel sein, um das höchste religiöse Gut zu gewinnen. Ein Vergleich der Wirtschaftslehren des Evangeliums mit einer bestimmenden Tendenz des modernen Sozialismus soll diesen Gedanken erläutern. Im negativen Teile begegnen die kommunistische Doktrin und das Evangelium einander. Beiden ist »ein gewisser Gegensatz gegen eine gegenwärtig zu Recht bestehende Eigentumsordnung gemeinsam«. Indessen wird »dort eine hohe Einschränkung, hier eine Geringschätzung der zeitlichen Güter, dort ein Kampf zum Zwecke, zur Herrschaft über die Produktionsmittel zu gelangen, »hier der Rat für die Proletarier, arm zu bleiben, weil sie gerade dadurch Besitzer der die neue Epoche bewegenden Grundkräfte bleiben, gelehrt«. (S. 19.) Der Verfasser irrt aber, m. E., wenn er die Lebenslehre des Sozialismus im Gegensatz zum Evangelium dahin charakterisiert, dass sie die Gegenwart befehde, »um eine ihr ähnliche Zukunft herbeizuführen, in der nur die Machtfaktoren anders verteilt sind« und in der »die gegenwärtig ökonomisch Unterdrückten auf die Stufe der gegenwärtig ökonomisch Herrschenden emporsteigen«. Denn für den Sozialismus, der sich nicht vollkommen mit seiner Aktionspartei, und zwar mit der zeitgenössischen Sozialdemokratie deckt, handelt es sich um eine prinzipiell neue Kulturordnung, in der das soziale Leben in den Dienst der Zweckmässigkeitsidee gestellt werden sollte. Die soziologische Erkenntnis der Neuzeit von dem inneren Zusammenhang der sozialen Lebensäusserungen des Menschen lässt den Sozialismus schliessen, dass »die materiell Unterjochten der Gegenwart auch die ideologisch Unterjochten« seien, während nach der evangelischen Lehre, wie der Verfasser richtig hervorhebt, es den materiell Unterdrückten leichter fällt als den materiell Herrschenden »Besitz im Reich Gottes zu erwerben«. Und dies — fügen wir hinzu — darum so, weil das »Reich Gottes« des Sozialismus himmelweit vom »Reich Gottes« des Evangeliums entfernt ist. Hier das Streben nach der Entäusserung des »irdischen« Besitzes, dort nach Bereicherung desselben. Im Sozialismus der Glaube an die menschlich geregelte Kulturwelt, dort die Verzweiflung an ihr. Natürlich handelt es sich hier bloss um die allgemeine Tendenz beider Lehren, denn sonst lässt sich aus dem Evangelium, das der individuellen, launenhaften Auslegung freien Spielraum gewährt, alles beweisen. »Wirtschaftsleben ohne äussere weltliche Gestaltung ist nicht möglich, und — betont mit Recht der Verfasser — ein Wirtschaftsleben auf christlicher Grundlage nicht« (S. 30.) Mit der Ausbildung aber eines kirchlichen Instituts beginnt die allmähliche Ausschaltung des subjektiv-evangelischen Moments in der Werdung des Wirtschaftslebens. Das Evangelium beginnt »staats«-fähig zu werden, d. h. es wird einfach zurückgedrängt. Es stellt sich eine Unsicherheit in der Christenheit bezüglich der Wertschätzung der ökonomischen Güter ein. Es entsteht das oben angedeutete soziale Problem, dessen endgültige Lösung erst Augustinus zu Teil geworden ist.

Besonders im zweiten Kapitel, das die Ueberschrift führt: »Wirtschaftsleben in Afrika und Aegypten während des dritten Jahrhunderts« unternimmt es Sommerlad, zu zeigen, wie unter den hochentwickelten wirtschaftlichen Verhältnissen und Kämpfen im römischen Afrika mit historischer Notwendigkeit in der Wirtschaftspolitik des Christentums sich der Abfall von der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre des Evangeliums vollzieht, der bei Augustinus (354—430) den höchsten Grad erreicht. Interessant werden hier die Quellen, um mit Brentano zu reden, des antikapitalistischen Zuges der Kirchenlehrer, wie Tertullian, dessen Schüler Cyprian, Clemens von Alexandrien etc., aufgedeckt. (L. Brentanos Abhandlung, »Die wirtschaftlichen Lehren des christlichen Altertums», — scheint der Verfasser nicht zu kennen). Bezüglich der psychologischen Motive der zu Tage getretenen antikapitalistischen Kritik der Kirchenlehrer des dritten Jahrhunderts führt dann der Verfasser aus, dass »selbst wenn gelegentlich mit starkem Nachdruck das Verlangen völliger Entäusserung des Privateigentums

auftaucht, so entspringt es durchaus dem Hang zur Askese und Weltverneinung, nicht aber der Sehnsucht nach Verwirklichung eines Kommunismus des Besitzes oder des Verbrauches«. (S. 98.)

Im Geleitwort zu seiner Untersuchung gibt der Verfasser der Hoffnung Ausdruck, dass seine Ausführungen wenigstens dazu beitragen helfen, »dass endlich einmal mit der alten Mär, als ob die Lehrer der Kirche von wirtschaftlichen Dingen überhaupt nichts verstanden hätten, aufgeräumt werde«. Man muss zugestehen, dass in einem, wenn auch sehr bestimmten relativistischen Sinne es Sommerlad gelungen ist, uns von seiner Meinung zu überzeugen. Der Verfasser bricht ganz mit der Sitte, die die Kirchenväter als blosse kommunistische Deklamatoren vorzuführen pflegte. In dieser Hinsicht ist hier nicht ohne Interesse hervorzuheben, was Sommerlad in seinem vorletzten dritten Kapitel (»Die theoretische Reaktion gegen das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben des vierten Jahrhunderts«) über die nationalökonomischen Ansichten des Presbyters in Antiochia und Bischofs von Konstantinopel Johannes Chrisostomos vorbringt. So leuchtet beim letzteren der Gedanke vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch, während die übrigen Kirchenväter wohl im Anschluss an das Evangelium ausschliesslich vom Gegensatz zwischen Armut und Reichtum sprechen. Chrisostomos sucht seinen Gedanken »durch Isolierung wirtschaftlicher Faktoren klarzulegen« und gelangt zum Ergebnis, dass in rein ökonomischer Beziehung nicht allein die Armen der Reichen, sondern auch die Reichen der Armen bedürfen, ja die Reichen der Armen noch mehr als die Armen der Reichen. Welche unverkennbare Aehnlichkeit mit jenem Spruch des kommunistischen Manifests: »Die in der bürgerlichen Gesellschaft arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht«, ruft bei dieser Gelegenheit der Verfasser aus. Nun sucht aber Chrisostomos den Widerstreit zwischen Kapital und Arbeit dahin zu schlichten, dass er eine Versöhnung zwischen beiden auf Grundlage eines Kommunismus des Konsums, bezw. des Genusses anstrebt. Jedenfalls ist hier eine interessante Biegung des in der Kirche üblichen Armenpflegewesens nicht zu verkennen. Das Ideal des Kommunismus — resigniert doch am Ende Chrisostomos — sei nur für die Vollkommenen, die minder Vollkommenen sollten sich auf Almosen beschränken. (S. 154.) In demselben Zusammenhange verweist der Verfasser auf Chrisostomos' Lehre vor der Hierarchie der wirtschaftlichen Tätigkeiten, die stark an den Ideenkreis Platos erinnert. — Stark nationalökonomisch denkt auch der Bischof Theodoret, der nach den Voraussetzungen einer Wirtschaftsordnung fragt, die sozial-ökonomische Arbeitsteilung preist, die Reichen als Absatzmarkt für die Erzeugnisse der Arbeiterklasse betrachtet und ferner den Reichen das Geständnis macht, dass auch sie produktiv seien, und der endlich in der Verschiedenheit des Besitzes den Grund einer trefflichen Welt- und Wirtschaftsordnung steht. Es nimmt uns Wunder, dass Sommerlad bei seiner allzu überflüssigen Vorliebe für Parallelen Theodoret nicht als ersten entschiedenen Manchestermann anspricht. Gerade aber in derartigen Parallelanstellungen vergreift sich des öfteren der sonst scharfsinnige Verfasser. So auch in den von ihm gezogenen Vergleichen zwischen der Erbschaftsauffassung Lassalles und Cyprians (S. 63), ferner zwischen dem Augustinismus und Marxismus. (Siehe z. B. S. 212 über den Staat und S. 215 über die angebliche Teleologie bei Marx). Im übrigen aber halte ich es für einen durchaus glücklichen Versuch, den Urheber des Staats- und Wirtschaftsprogramms der katholischen Kirche des Mittelalters Karl Marx gegenüberzustellen, den — man missverstehe mich nicht! — grössten »Katholiken« des protestantischen Zeitalters. Beide waren auch lachende Erben. Wie der Augustinismus als schärfster Gegensatz zum innerlich entbundenen römischen Weltreich und als letzte Konsequenz des Verweltlichungsprozesses der Kirche erscheint, so der Marxismus als letzte Konsequenz und zugleich Gegensatz des protestantisch-liberalen Zeitalters. Alle Kampf- und Lebensmittel beider sind den ihnen vorangegangenen Zeitaltern entnommen. Beide regieren und anerkennen ihre Zeit, die sie beide weiter bilden. Ihre Ueberwindungsart weist manche Aehnlichkeiten auf.

Noch eins sei hier zur Charakteristik der Sommerladschen Schrift bemerkt. Im Buche werden gelegentlich geschichtlich-soziologische Probleme gestreift. Der Verfasser scheint sich aber noch nicht zu einer einheitlichen soziologischen Auffassung durchgerungen zu haben. — Sommerlad hat sein Buch reichlich mit

Zitaten aus den Schriften der Kirchenlehrer ausgestattet, die dahin zu charakterisieren wären, dass sie als vortrefflicher Agitationsstoff dort ihre Verwendung finden könnten, wo die sog. ursprüngliche Accumulation des Kapitals noch im Werden begriffen ist. Schade, dass der Verfasser es hier unterlassen hat, seine Lieblingsparallele aufzustellen. *Brand.*

Thompson, William: Untersuchung über die Grundsätze der für das menschliche Glück dienlichsten **Verteilung des Reichtums.** Nach der englischen Originalausgabe von 1824 übersetzt. Bd. II. Berlin 1904, R. L. Prager. 555 S. 8°. Pr.: 7 Mk. 50 Pf.

Der zweite Band des für die Geschichte des Sozialismus so bedeutsamen Thompsonschen Werkes ist namentlich wegen des fünf Abschnitte mit 29 Paragraphen umfassenden sechsten Kapitels bemerkenswert, in welchem der begabte Verfasser die Genossenschaftspläne Robert Owens mit einer Systematik entwickelt, die man bei Owen meist vergebens sucht. Ein so scharfsinniger Denker Owen in vielen Punkten war, so ungeordnet ist in der Regel der Gedankengang in seinen Schriften. Eine gedrängte Darstellung des Owenschen Systems entwickelt Thompson auf S. 183 ff. des vorliegenden Bandes. Auf S. 524 ff. findet der Leser die von Karl Marx im Bd. II Kapital von Marx ausführlich zitierte wichtige Darlegung Thompsons über die geringe Bedeutung des jeweils angehäuften Reichtums gegenüber den Produktivkräften der Gesellschaft. Der Band enthält ein ausführliches Sachregister, das hier um so wichtiger ist, als die Kapitelüberschriften des Buches die ökonomischen Probleme, die der Verfasser behandelt, nicht scharf genug hervorheben.

2. In französischer Sprache.

Brunnemann, Dr. Karl: **Maximilien Robespierre.** Traduction et Notes de L. Levi. Tome premier. Paris 1904, Schleicher frères & Co. 370 S. 8°.

Die Uebersetzung eines Werkes über Robespierre, dessen seit Jahren verstorbener Verfasser seinerzeit der deutschen Sozialdemokratie angehörte. (Seine Studien zur französischen Revolutionsgeschichte erschienen im Verlage von Wilhelm Bracke.) Der vorliegende erste Band geht bis zum Frühjahr 1793 und ist vom Uebersetzer überaus reich mit erläuternden und hier und da auch berichtigenden, sehr interessanten Noten ausgestattet, die den Wert des Buches erheblich steigern.

Challaye, Félicien, Agrégé de Philosophie: **L'Arbitrage obligatoire en Nouvelle-Zelande.** Extrait de la Revue Politique et Parlementaire (Septembre 1903). Paris, Bureaux de la Revue Politique et Parlementaire. 32 S. gr. 8°.

Eine lichtvolle Abhandlung über das Gesetz von Neu-Seeland über obligatorische Schiedsgerichte und seine Bewährung. »Der Umstand, dass es die Lage der Arbeiterklasse verbessert, indem es zugleich die Entwickelung des Reichtums des Landes fördert oder wenigstens nicht stört«, schreibt der Verfasser, der die Dinge selbst in Neu-Seeland studiert hat, »lässt das Gesetz über Zwangs-Schiedswesen als ein gleichzeitig sehr praktisches und sehr humanes Gesetz, als ein Muster sozialer Gesetzgebung erscheinen.« (S. 21.) Aber er glaubt nicht, dass es ohne erhebliche Abänderungen nach Europa mit seinen ganz anderen Wirtschaftsverhältnissen übertragen werden kann, und legt die Gründe dafür, sowie die Grundzüge der etwa erforderten Abänderungen näher dar, wobei er unter anderm auch den Gesetzentwurf Millerands über gewerbliche Schiedsgerichte kritisiert. Aus dem Artikel spricht viel Urteil.

Pareto, Vilfredo: **Les Systèmes Socialistes.** Cours professé à l'Université de Lausanne. (Bibliothèque Internationale d'Economie Politique publiée sous la direction de Alfred Bonnet. Paris 1902, V. Giard et E. Brière. 2 Bde. 406 u. 492 S. 8°. Pr.: 14 Francs.

Eine nicht uninteressante, aber mit vielen Mängeln behaftete Darstellung und Kritik der sozialistischen Theorien. Der Verfasser erklärt den Beinamen

sozialistisch auf alle Gesellschaftssysteme anzuwenden, die dem Privateigentum nur einen geringen Spielraum lassen. Eine Definition, die mehr die Wirkung als die Grundlage im Auge hat, aber insofern nicht angefochten werden kann, als in der Tat der Sozialismus stets mit starken Einschränkungen der Eigentumsrechte verbunden ist. Im übrigen teilt Pareto die sozialistischen Systeme nach ihrem ideologischen Charakter ein, und unterscheidet demgemäss, nach Vorführung der Versuche, den Sozialismus als Gesellschaftssystem praktisch zu verwirklichen, zwischen religiösem, metaphysischem und wissenschaftlichem Sozialismus, wobei er dann wieder die danach gebildeten Hauptgruppen in Untergruppen abteilt, z. B. zwischen metaphysisch-ethischen und metaphysisch-kommunistischen Systemen des Sozialismus unterscheidet, je nachdem ihnen ein metaphysisch konstruierter Kommunismus oder ein metaphysisch-ethischer Begriff als Ausgangspunkt zu Grunde liegt. Beim wissenschaftlichen Sozialismus widmet er der marxistischen Oekonomie und der Theorie des Klassenkampfes je ein besonderes Kapitel.

Der Darstellung liegen nirgends eigene Quellenstudien des Verfassers zu Grunde, vielfach schöpft er sogar aus zweiter, wenn nicht dritter Hand. Es sind keine genauen Beschreibungen der Systeme oder Theorien, die er liefert, sondern kritische Betrachtungen, die an bestimmte charakteristische Seiten dieser Systeme anknüpfen. Obwohl er bei diesen Betrachtungen streng wissenschaftlich objektiv bleiben will, bricht doch bei jeder Gelegenheit sein eigener Standpunkt durch. Es ist der eines Liberalen im weiteren Sinne. Pareto ist wesentlich naturphilosophisch gerichtet, er fasst die Gesellschaft mehr biologisch als socialpolitisch auf und legt den grössten Wert auf das Selektionsprinzip. In Uebereinstimmung damit steht es, dass er die Theorie vom Klassenkampf sehr sympathisch beurteilt. Aber er sublimiert den Klassenkampf als die grobe Erscheinungsform eines Kampfes, der faktisch nur ein Kampf der Eliten sei. Diesen Gedanken sucht er an der Hand der Geschichte zu erhärten, wo es ja auch an Beispielen dafür nicht fehlt. Aber damit, dass er sich auf diese Lieblingsidee verbeisst bezw. die Kämpfe nur unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, verfällt er in den von ihm selbst immer wieder gerügten Fehler der Metaphysiker der Geschichtstheorie und verschliesst sich dem Einblick in die tiefer liegenden Momente dieser Kämpfe. Aehnlich steht es mit seiner Beurteilung der ökonomischen Probleme des Sozialismus. Aber wenn seine Kritik mangelhaft ist, so fehlt es ihr doch nicht an Geist. Sie verrät viel geschichtliche und soziologische Belesenheit, scharfes mathematisches Denken und bietet daher sehr viel Anregung.

3. In englischer Sprache.

Ensor, R. C. K.: **Modern Socialism** as set forth by Socialists in their speeches, writings and programmes. With an introduction. London and New York 1904, Harper & Brothers. XXXVII u. 388 S. 8°. Pr.: 5 Shillings netto.

Eine Zusammenstellung von Auszügen aus Reden und Schriften von bekannten Sozialisten verschiedener Länder, sowie von Programmen und Manifesten der sozialistischen Parteien verschiedener Länder. Der Herausgeber schickt ihnen eine 29 Seiten umfassende Einleitung voraus, worin er die Entwickelung des modernen Sozialismus in ihren Hauptzügen zu kennzeichnen versucht und einige der Gründe darlegt, die ihn bei der Auswahl der von ihm gebotenen Stücke leiteten. Deutschland figuriert in dieser Auswahl in Stücken aus dem Kommunistischen Manifest, Lassalles Offenem Antwortschreiben, Engels' Antidühring, Liebknechts Programmrede auf dem Erfurter Parteitag, Bebels Fourier, Kautskys Die soziale Revolution, Vollmars Dresdener Rede von 1901 über Sozialreform in Frankreich und Deutschland, der Lübecker Debatte über die Verelendungstheorie, dem Agrarprogramm-Entwurfe von 1894 und 1895, dem Erfurter Programm und dem Wahlmanifest von 1903. England ist in Reden bezw. Aufsätzen von John Burns, Will. Crooks, J. Keir Hardie, William Morris und Sidney und Beatrice Webb vertreten. Für Frankreich werden Jaurès und Millerand, für Belgien Anseele und Vandervelde vorgeführt. Die Auswahl mag dem einen oder anderen nicht immer richtig erscheinen, doch geht

es bei solchen Zusammenstellungen nie ohne eine gewisse Subjektivität ab, bei der neben Voreingenommenheiten auch mangelnde Informationsmöglichkeiten des Sammlers keine geringe Rolle spielen. Im vorliegenden Falle dürften gewisse Lücken dem letzteren Umstande zuzuschreiben sein.

Labour Representation Commitee. Report of the Fourth Annual Conference, held in St. Georges Hall, B r a d f o r d on Thursday February 4 th 1904, and the two following days. London W. E. 1904. The Labour Representation Committee. 56 S. gr. 8°.

Der Kongress des Arbeitervertretungskomitees, über den dieses Protokoll berichtet, war von 355 Delegierten beschickt, 112 mehr als die Besucherzahl seines Vorgängers. Dem Komitee gehören laut seinem Vorstandsbericht 165 Gewerkschaften mit zusammen 956025 Mitgliedern und 2 politische (sozialistische) Verbände mit 13775 Mitgliedern an. Es kann für das Berichtsjahr zwei überraschende Wahlerfolge bei Nachwahlen zum Parlament und eine grössere Anzahl Wahlsiege bei Gemeinderats- etc. Wahlen feststellen. Es hat zur Zeit fünf Vertreter im Parlament und ausser ihnen für die kommende Wahl bis jetzt 38 Kandidaten im Feld, von denen 2 nur liberale und 17 nur konservativ-unionistische Gegenkandidaten haben. Die Beschlüsse der Konferenz beziehen sich meist auf den Ausbau der Organisation und Verwaltung, bezw. die Festigung des Geistes der zu vertretenden Politik. Eine Resolution gegen die Schutzzöllnerei ward mit Applaus einstimmig angenommen, nachdem ein Gegenamendement mit 965000 gegen 27000 Stimmen abgelehnt worden war (die Abstimmung erfolgt nach der Stärke der vertretenen Organisationen). Es ist bemerkenswert, dass dies Amendement für Vorzugszölle vom Vertreter eines Berufs eingebracht war — Buchdruckerei-Hilfsarbeiter —, der von der Auslandskonkurrenz wenig betroffen wird, während s ä m t l i c h e Vertreter von Berufen, die mit dem Ausland scharf zu konkurrieren haben, gegen die Schutzzöllnerei stimmten.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Ein Vorläufer des kommunistischen Manifestes!

Von Carl Thiel-Kassel.

Jemand, der meine Leidenschaft, in alten Schmökern herumzustöbern, kennt und ihr Stoff bieten wollte, übersandte mir vor längerer Zeit ein gedrucktes Andenken aus der schönen Zeit, als der deutsche Michel in den so und so viel deutschen Vaterländern ein wenig seine Zipfelmütze zu lüften begann. Es ist dies das im April 1847 in H. Müllers Buchhandlung in Ulm erschienene »Handbuch für Zeitungsleser«, herausgegeben von F. Fenner v. Fenneberg, unter Mitwirkung von Dr. F. Grieb, Dr. Hermann Rollett, Dr. J. G. Wirth und mehreren anderen.

Das Büchlein, ca. 500 Oktavseiten stark, ist in der Form der heutigen politischen ABC-Bücher gehalten und bietet dem Historiker mancherlei Interessantes. Das Interessanteste jedoch scheint mir, dass es gewissermassen einen Vorläufer des Kommunistischen Manifests enthält!

Schneider Weitling scheint diesem Gebilde nicht ganz fremd zu sein. Wenigstens finden sich zahlreiche Gedanken-Anklänge an das »Evangelium eines armen Sünders« darin vor. Da jedoch Schreiber dieses im Zweifel ist, ob an der Verfasserschaft des genannten, für die Sozialdemokratie geradezu historischen Dokuments nicht doch vielleicht noch andere Kräfte mitgewirkt haben, als der vorgenannte, und da er weiter annimmt, dass diese Zweifel am besten und einwandfreiesten von der Gemeinde der Leser dieser Zeitschrift gelöst werden können, unterbreitet er denselben das fragliche Dokument in derselben Fassung, wie es ihm vor Augen kam.

Auf Seite 105 ff. des zitierten Werkchens nun heisst es wörtlich:

„Communismus“,

Lehre von der Gütergemeinschaft, deren Anhänger mit dem Namen »Communisten« bezeichnet werden. — Der Communist ist das drohende Schreckgespenst unserer heutigen Politiker, das auf seine Anhänger alle jene Verfolgungen herabruft, die einst der Demagogie und den Demagogen (S. d. A.) galten. Der Communist ist kein Kind der neuen Zeit; er wurde an dem ersten Tage geboren, als in den ersten Armen und Hilflosen das Bewusstsein eines gemeinschaftlichen Rechtes auf die Güter dieser Erde erwachte, als sie zum erstenmal den Unterschied zwischen Arm und Reich erkennen lernten. Mit dem Tage, an welchem zuerst das Recht des Stärkern gegen den Schwächern, der Sieg der rohen Kraft sich geltend machte, mit dem Tag ist auch der Communismus erzeugt worden, der immer mächtiger und furchtbarer wurde, je schroffer der Reichtum auf der einen, die Armut auf der andern Seite hervortrat. Der Communismus ist, wie wir sagten, ein Sohn der rohen Gewalt, aber das Kind wird dereinst seinen Vater verschlingen. — Wir entnehmen einem communistischen Manifeste, das den Inbegriff der von den Communisten aufgestellten Lehren und Grundsätze, nach welchen sie die gesellschaftlichen Verhältnisse hergestellt wissen wollen, enthält, folgenden zur besseren Verständlichkeit in Fragen und Antworten eingeteilten Abriss der Lehre der Communisten.

Von der Arbeit und vom Genuss.

Was heisst arbeiten?

Ein jedes Umwandeln der Stoffe für das Leben der Menschheit heisst arbeiten oder wirken, schaffen, hervorbringen, erzeugen, produzieren, handeln, tätig sein, kurz: leben; denn in Wahrheit arbeitet Alles, was da lebt, wie denn auch in Betreff des menschlichen Lebens nicht nur Kopf und Hände, sondern auch alle anderen Glieder und Organe des menschlichen Körpers, die Stoffe, welche sie von aussen empfangen, für das Menschenleben umwandeln, z. B. der Mund, indem er den empfangenen Stoff für den Magen, dieser wiederum, indem er das Empfangene für das Blut verarbeitet u. s. w., d. h. jedes Organ des menschlichen Körpers, wie jedes Glied der menschlichen Gesellschaft, produziert für das Ganze oder arbeitet, schafft, indem es nur zu konsumieren, zu geniessen scheint, und geniesst wiederum sein eigenes Leben, indem es nur für das Ganze zu arbeiten oder zu produzieren scheint. Diese Harmonie von Arbeit und Genuss findet aber nur im organischen oder im organisierten Leben statt, nicht im unorganisierten, wie wir sogleich sehen werden.

Welche Arten von Arbeiten gibt es?

Organisierte und unorganisierte. Mit andern Worten:

Es gibt freie Tätigkeit und gezwungene Arbeit oder Zwangsarbeit.

Was ist freie Tätigkeit, und was ist gezwungene Arbeit?

Freie Tätigkeit ist alles, was aus innerem Antriebe, Zwangsarbeit dagegen alles, was aus äusserem Antriebe oder Not geschieht. Erfolgt die Arbeit aus innerem Antriebe, so ist sie eine Lust, die den Lebensgenuss fördert, eine Tugend, die ihren Lohn in sich selbst trägt. Erfolgt sie dagegen aus äusserem Antriebe, so ist sie eine Last, welche die Menschennatur erniedrigt und erdrückt, ein Laster, welches nur um schnöden Sündenlohn ausgeübt wird, so ist sie Lohn- und Sclavenarbeit. Der Mensch, welcher den Lohn für seine Arbeit ausserhalb seiner selbst sucht, ist ein Sclave, der für fremde Zwecke tätig ist, eine leblose Maschine, welche getrieben wird.

Welche von den beiden Arten versteht man heutzutage unter Arbeit?

Die gezwungene Arbeit.

Wie heisst gegenwärtig die freie Tätigkeit?

Sie heisst entweder Genuss oder Tugend.

Was versteht man heutzutage unter Genuss?

Das Leben nach gewissen sinnlichen Neigungen, ohne Rücksicht auf die ganze Menschennatur.

Können wir heutzutage unserer ganzen Menschennatur gemäss tätig sein oder unser menschliches Leben wahrhaft geniessen?

In keiner Weise. Fast jede Tätigkeit wird in unserer Gesellschaft nicht aus dem inneren Antriebe unserer Menschennatur, nicht aus Lust und Liebe zur Arbeit, sondern aus einem äusseren Antriebe, in der Regel aus Not oder des Geldes wegen verrichtet. — Andererseits sind jene Lebenstätigkeiten, welche wir aus innerem Antriebe verrichten, jene, die wir Genuss oder Tugend nennen, so beschaffen, dass sie dem wahren Lebensgenuss der Menschennatur fast noch mehr schaden, als dies durch die Zwangsarbeit geschieht. — Die Unmässigkeit in der Befriedigung gewisser sinnlicher und geistiger Lebenstätigkeiten, diese Unmässigkeit, welche nicht der Menschennatur entspricht und zu welcher der Mensch sich jetzt nur hingezogen fühlt, weil seine Natur nicht ganz entwickelt, sondern unterdrückt wird, sie verursacht, dass alle freie Lebenstätigkeit der jetzigen Menschen einen unmenschlichen oder tierischen Character

annimmt. So wird das Trinken zum Saufen, der Gattungsact oder die Geschlechtsliebe zur ausschweifenden Wollust, das Ausruhen von anstrengenden Arbeiten zur Trägheit, die Gelehrsamkeit zur Pedanterie, die Religion zur Frömmelei, die Tugend zur Selbstpeinigung etc.

Alle die sinnlichen sowohl, wie die geistigen Neigungen arten nur deshalb in Unmässigkeit aus und werden zur Sucht, weil nicht die ganze menschliche Natur entwickelt, vielmehr unterdrückt und ausgeartet ist. — Die Sucht aber macht sich auf Kosten aller anderen Neigungen der menschlichen Natur geltend und würdigt den Menschen zum Tier herab, das auch nur einseitige Triebe hat.

Ist es möglich, dass alle Menschen ihrer Natur gemäss leben und wirken?

Es ist nicht nur möglich, sondern das Gegenteil wäre unmöglich, wenn die menschliche Natur in allen Menschen entwickelt und nicht durch die gesellschaftlichen Verhältnisse gewaltsam unterdrückt würde.

Welche Arten von Arbeit sind in einer Gesellschaft möglich, wo die menschliche Natur in allen Menschen entwickelt wird, und wo jeder Mensch alle seine Fähigkeiten anwenden kann?

In einer solchen Gesellschaft ist keine andere, als die freie Tätigkeit möglich.

Welche Arten von Arbeit sind in einer Gesellschaft möglich, wo weder die Menschen vollständig entwickelt, noch auch die entwickelten menschlichen Kräfte angewendet werden können?

In einer solchen Gesellschaft ist nichts anderes, als Zwangsarbeit, Müssiggang, Genusssucht und falsche Tugend möglich.

Können in unserer heutigen Gesellschaft alle menschlichen Kräfte entwickelt und die entwickelten Kräfte angewendet werden?

In keiner Weise. Wir sind gehemmt, sowohl in unserer Entwickelung, wie in der Anwendung unserer Fähigkeiten und Kräfte. Eine allgemeine Erziehung und Bildung, sowie der Austausch und Gebrauch unserer Kräfte, ist in unserer Gesellschaft unmöglich. Die meisten Kräfte des Menschen bleiben unentwickelt und die entwickelten werden in der Regel unterdrückt. Das Leben der Menschen in der heutigen Gesellschaft ist daher meistens in gezwungener Arbeit, Entsagung und Genusssucht geteilt. Hier schwelgt man, dort darbt man; bald drückt der Mangel, bald der Ueberfluss den Menschen zum Tier herab.

Warum ist in der heutigen Gesellschaft die Entwickelung und die Anwendung unserer menschlichen Kräfte unmöglich?

Weil wir uns gegenseitig zu Sclaven machen, indem wir uns oder, was dasselbe ist, alle unsere menschlichen Kräfte kaufen und verkaufen.

Von dem Gelde und der Knechtschaft.

Was ist Geld?

Es ist der in Zahlen ausgedrückte Wert menschlicher Tätigkeit, der Kaufpreis oder Tauschwert unseres Lebens.

Kann die Tätigkeit der Menschen in Zahlen geschätzt werden?

Die menschliche Tätigkeit ist ebenso wenig, wie der Mensch selbst zu bezahlen; denn die menschliche Tätigkeit ist das menschliche Leben, dieses aber kann durch keine Summe Geld aufgewogen werden; es ist unschätzbar.

Was ist der, welcher für Geld verkauft werden kann oder sich selbst für Geld verkauft?

Wer verkauft werden kann, ist ein Sclave, und wer sich selbst verkauft, ist eine Sclavenseele.

Was müssen wir aus dem Dasein des Geldes schliessen?

Wir müssen das Dasein der menschlichen Sclaverei daraus schliessen, denn es ist selbst das Zeichen der menschlichen Sclaverei, weil es der in Zahlen ausgedrückte Wert ist.

Wie lange noch werden die Menschen Sclaven bleiben und sich mit allen ihren Fähigkeiten für Geld preisgeben?

Sie werden es so lange, bis jedem Menschen die Mittel, welcher er bedarf, um in menschlicher Weise leben und wirken zu können, von der Gesellschaft geboten und verbürgt werden, damit der einzelne nicht mehr nötig hat, sich alle diese Mittel auf eigene Faust zu verschaffen und zu diesem Zwecke seine Tätigkeit zu verkaufen. Dieser Menschenhandel, diese gegenseitige Ausbeutung, dieser sogenannte Privaterwerb kann durch kein Decret, er kann nur durch Bildung der communistischen Gesellschaft aufgehoben werden, in welcher jedem die Mittel geboten werden, seine menschlichen Fähigkeiten zu entwickeln und anzuwenden.

Ist in der communistischen Gesellschaft das Dasein des Geldes möglich oder denkbar?

Ebensowenig, wie das Dasein der menschlichen Sclaverei. Wenn die Menschen sich nicht mehr mit ihren Kräften und Fähigkeiten gegenseitig zu verschachern nötig haben, dann brauchen sie auch ihren Wert nicht mehr nach Zahlen zu schätzen, nicht mehr zu zählen und zu bezahlen. An die Stelle des in Zahlen geschätzten menschlichen Wertes tritt alsdann der wahre, unschätzbare menschliche Wert — an die Stelle des Zinsenwuchers das Wuchern der menschlichen Fähigkeiten und Lebensgenüsse — an die Stelle eines feindseligen Konkurrenzkampfes mit unehrlichen Waffen ein harmonisches Zusammenwirken und edler Wettkampf — an die Stelle des Ein-mal-Eins: Kopf und Herz und Hände freier, tätiger Menschen.

Vom Vermögen und von der Freiheit.

Was ist Vermögen?

Vermögen nennen wir die Früchte der Natur und Erzeugnisse der Arbeit, die als Mittel zum menschlichen Leben, zur menschlichen Tätigkeit dienen.

Kann der Einzelne ohne Mitwirkung seiner Nebenmenschen und der Naturkräfte Vermögen schaffen?

Nein; der einzelne Mensch mit allen seinen Kräften, Fähigkeiten und Mitteln ist selbst nur ein Erzeugniss der Natur und der menschlichen Gesellschaft; er vermag für sich allein, als Vereinzelter, nichts, kann daher noch viel weniger vereinzelt ein Vermögen hervorbringen. Der Mensch kann nur im Zusammenhange mit der Natur und der Menschheit leben und wirken.

Wer bringt also das Vermögen hervor?

Die Natur und die menschliche Gesellschaft.

Sind die Früchte der Natur Eigentum eines einzelnen Individuums?

Nein, sie sind Gemeingut der Gesamtheit.

Sind die Erzeugnisse der menschlichen Gesellschaft Eigentum eines Einzelnen?

Nein, sie sind Eigentum der Gesamtheit.

Was ist der, welcher die Erzeugnisse der Gesellschaft und die Früchte der Natur für sich allein sammelt und aufhäuft?

Er ist ein Räuber, er entzieht der Gesellschaft, was ihr gehört und worüber sie im Interesse aller schalten und walten muss. Er ist ein Mörder; denn indem er seinen Nebenmenschen die Mittel raubt, ohne welche sie nicht leben und wirken können, raubt er ihnen damit zugleich das Leben und die Freiheit.

Wie nennen wir und wofür halten wir heutzutage einen solchen Raubmörder, der seinen Nebenmenschen die Früchte der Arbeit entzieht?

Wir halten ihn für einen reichen Herrn, vermögenden Mann, Eigentümer oder Besitzer.

Was ist in der communistischen Gesellschaft Eigentum des Einzelnen?

Der verbürgte Besitz dessen, was er zu seinem Leben und Wirken bedarf.

Wird in unserer heutigen Gesellschaft den einzelnen Menschen dasjenige verbürgt, was sie zu ihrem Leben und Wirken bedürfen?

Es wird ihnen nur der Besitz dessen verbürgt, was sie sich unter gewissen gesetzlich bestimmten Formen äusserlich aneignen und gegenseitig entziehen, was sie nämlich durch Sclavendienst oder Lohnarbeit, durch Erbschaft, Zinsenwucher, Glücksspiel, Börsenspiel, Schacher und gesetzlichen Betrug zufällig erwerben.

Kommen die einzelnen Menschen durch diesen Erwerb zum Besitz dessen, was sie zu ihrem Leben und Wirken bedürfen?

Das Elend, die Unwissenheit und tierische Versunkenheit derer, die in Müssiggang schwelgen, und derer, die erwerben, betrügen und Sclavereiarbeit verrichten, geben hierauf die Antwort.

Wird demnach in unserer Gesellschaft jedem das Seinige verbürgt?

In keiner Weise.

Kann denn aber ohne verbürgtes Eigentum von bürgerlicher Freiheit die Rede sein?

Ohne verbürgtes Eigentum können nur Willkür und Despotismus herrschen.

Was ist Freiheit?

Frei ist dasjenige Wesen, welches seiner eigenen Natur keinen Zwang anzutun braucht, sondern seiner Natur gemäss leben und wirken, sein Wesen ungehemmt betätigen kann.

Kann der Mensch in unserer Gesellschaft seiner Natur gemäss leben und wirken?

Er muss seiner Natur stets Zwang antun. Bald kann er seinen Wissenstrieb, bald seinen Kunsttrieb, bald seinen Trieb zu mechanischer Arbeit, bald seinen Appetit, ja, seinen Hunger und Durst und seine ersten körperlichen Lebensbedürfnisse nicht befriedigen.

Wodurch wird den Menschen ihre Freiheit und ihr wahres Eigentum oder ihr Vermögen wirklich verbürgt?

Das geschieht zunächst durch die Erziehung.

Was ist unter Erziehung zu verstehen?

Erstens die körperliche Ausbildung, welche die Grundlage zu jeder weiteren Ausbildung ist. Sie fängt schon im Mutterleibe an. Zweitens die allgemein menschliche Bildung in öffentlichen Erziehungsanstalten, wo die Keime zu jeder menschlichen Tugend und Fähigkeit gepflanzt und gepflegt werden. Aus dieser Pflanzschule werden die Zöglinge in diejenigen Wirkungskreise eingeführt, zu welchen sie besondere Lust und vorherrschendes Talent zeigen. Hier wird die gesellschaftliche Erziehung des Menschen vollendet.

Was muss ferner geschehen, um allen Menschen ihr wahres Eigentum und ihre Freiheit zu verbürgen?

Das gesellschaftliche Vermögen darf nicht von einzelnen erworben und dem Zufalle überlassen, es muss verwaltet und jedem das Seinige zuerteilt werden.

Nach welchen Gesetzen muss das gesellschaftliche Vermögen verwaltet, der Productenaustausch geleitet werden?

Nach den Gesetzen der menschlichen Natur und ihrer Bedürfnisse.

Ist es der menschlichen Natur gemäss, dass ein Mensch wie der andere oder dass jeder stets in gleicher Weise tätig ist?

Es ist im Gegenteil der menschlichen Natur gemäss, dass die freie Tätigkeit oder der Lebensgenuss bei dem einen nicht wie bei dem andern, auch bei einer und derselben Person nicht stets gleich, sondern sehr verschieden ist.

Ist es der menschlichen Natur gemäss, dass alles Vermögen gleich verteilt werde, so dass Alle gleiche Mittel zu ihrer Tätigkeit, zu ihrem Leben erhalten?

Es ist im Gegenteil der menschlichen Natur gemäss, dass die Mittel zum Leben oder zur Tätigkeit verschieden verteilt werden, so dass jeder stets diejenigen Mittel erhält, deren er zu seiner jedesmaligen Lebenstätigkeit bedarf.

Werden keine Uebelstände daraus erfolgen, dass die Freiheit allein die Tätigkeit bestimmt?

Wenn alle Menschen menschlich erzogen, wenn ferner in jedem die besonderen Fähigkeiten ausgebildet sind, und wenn endlich auch jedem die Mittel geboten werden, um seine Fähigkeiten anzuwenden, dann hat sich die menschliche Gesellschaft nach den Gesetzen ihrer Natur organisiert, dann ist sie ein lebendiger Körper, in welchem jeder Teil allseitig ausgebildet und mit dem Ganzen organisch verwachsen ist, daher ohne Not und Zwang seine Functionen aus innerem Lebenstriebe verrichtet.

Von dem Uebergange zur communistischen Gesellschaft.

Können unsere heutigen Menschen sogleich eine communistische Gesellschaft einrichten?

Sie können nur die Vorarbeiten zur communistischen Gesellschaft machen.

Welche Vorarbeiten haben wir zu verrichten?

Wir haben vor allen Dingen der heutigen Gesellschaft ihr Elend und ihre Bestimmung zu einem besseren Dasein ins Bewusstsein zu rufen, damit der Wunsch nach menschlichen Zuständen, der Wunsch, aus dieser Sclaverei, in welcher wir uns befinden, herauszukommen, in der Mehrzahl der Menschen rege wird. Dann aber, wenn sich keine Macht mehr mit Erfolg den Verbesserungen widersetzen kann, müssen wir erstens die nutzlosen Staatseinrichtungen, welche die Kräfte der Menschen im Solde des Despotismus vergeuden, z. B. das stehende Heer, die ganze Hofwirtschaft mit allem, was dazu gehört, abschaffen; ferner die Steuern so verteilen, dass, je grösser das Geldvermögen, desto mehr Procente auch als Steuer entrichtet werden. — Einesteils durch die Ersparnisse in den bisherigen Ausgaben, anderenteils durch die vielfach vermehrten Einnahmen, welche sowohl mittels der Vermögenssteuer, wie mittels wesentlicher Veränderungen im Erbrecht erzielt werden, wird die Gesellschaft in Stand gesetzt, eine wahrhaft menschliche, gleiche, allgemeine und unentgeltliche Erziehung ins Leben zu rufen, den Boden nach und nach anzukaufen, grosse Werkstätten zu gründen und jedem, der Lust hat, Arbeit zu geben.

Ist es nötig, das jetzige Eigentum und Erbrecht oder das Geld durch ein Decret abzuschaffen?

Es ist nicht nötig und auch nicht möglich; die jetzigen Eigentumsverhältnisse werden sich allmälig zu communistischen umgestalten, wenn die soeben angedeuteten Massregeln ergriffen werden. Das Geld verliert in demselben Maasse seinen Wert, als die Menschen an Wert zunehmen. Der Wert der Menschen steigt notwendig bis zur Unbezahlbarkeit und der Unwert des Geldes sinkt notwendig zur gänzlichen Wertlosigkeit herab, in dem Maasse, als die Organisation der Gesellschaft, welche von der Verwaltung ins Werk gesetzt wird, um sich greift und die Lohnarbeit

verdrängt, in dem Maasse ferner, als die jüngere Generation, welche gesellschaftlich erzogen und ausgebildet wird, heranwächst und alle die gesellschaftichen Arbeiten verrichtet. — Nachdem die angegebenen Massregeln ergriffen worden sind, wäre längstens ein Menschenalter hinreichend, um auch die letzte Spur von den gegenwärtigen Eigentumsverhältnissen aus der Gesellschaft zu entfernen. — Dagegen müsste eine gewaltsame und plötzliche Aufhebung der jetzigen Eigentumsverhältnisse notwendig schlechte Früchte tragen. Ein vernünftiges Eigentum setzt eine vernünftige Gesellschaft, und diese setzt wiederum gesellschaftlich gebildete Menschen voraus, so dass an eine plötzliche Umgestaltung des unorganischen Eigentums in organisches nicht zu denken ist.

Welche Veränderungen muss das Erbrecht in der Uebergangszeit erleiden?

Die, welche gesellschaftlich gebildet werden, sowie die, welche in die neue gesellschaftliche Organisation treten, haben keine Erbschaft nötig, weshalb deren Erbschaft der Gesellschaft zufallen kann. Ausserdem ist eine allgemeine Erbschaftssteuer nach den oben angegebenen Grundzügen der Vermögenssteuer einzuführen.

Ist keine Auswanderung der Vermögenden zu befürchten, wenn die gesellschaftliche Reform ins Werk gesetzt wird?

Mit dieser Auswanderung hat es keine Not; denn erstens wird die gesellschaftliche Reform, von welchem Lande sie auch zunächst ausgehen mag, sich rasch über die ganze zivilisierte Welt verbreiten, so dass die Vermögenden nur zu unzivilisierten Völkerschaften auswandern könnten, wozu sie schwerlich Lust haben werden. Zweitens sind die Massregeln, welche unserer Ansicht nach ergriffen werden müssen, gar nicht dazu geeignet, die Vermögenden zur Auswanderung zu veranlassen, da eine noch so grosse Vermögenssteuer sie doch immer im Besitze des bei weitem grösseren Teiles ihres Vermögens belässt. Drittens könnten aber auch die Volksvertreter nötigenfalls geeignete Mittel ergreifen, um dergleichen Auswanderungen zu verhüten oder unschädlich zu machen. Uebrigens ist der Schaden, der durch die Auswanderung der Kapitalisten entstehen könnte, jedenfalls sehr unerheblich, denn was ihre Personen betrifft, so sind sie in der Regel Müssiggänger, abgesehen davon, dass die Gesellschaft jetzt ohnehin keinen Mangel, sondern Ueberfluss an Menschen hat; und was ihr Vermögen anbetrifft, so kann der Gesellschaft höchstens einiges Metallgeld entzogen werden, was kaum zu beachten ist, nachdem das wahre Vermögen das falsche zu ersetzen beginnt.

Von der Ehe.

Ist das gegenwärtige Geschlechtsverhältnis zwischen Mann und Weib der menschlichen Natur gemäss?

Es ist der menschlichen Natur gemäss, dass der Jüngling ein einziges Mädchen und das Mädchen einen einzigen Jüngling liebt, und dass sie sich in der Regel diese ausschliessliche Liebe bewahren.

Wodurch entstehen die unglücklichen Ehen und die Ausschweifungen in der Liebe?

Durch die gewaltsame Unterdrückung der Liebe, welches die beiden Geschlechter zu unmenschlichen, tierischen, ja zu unnatürlichen Ausschweifungen in der Liebe treibt. Durch die Eigentumsverhältnisse, welche das Weib ins tiefste Elend stürzen und es sogar zwingen, seinen Leib für Geld Preis zu geben.

Welches Band soll in der kommunistischen Gesellschaft Mann und Weib ehelich vereinigen?

Die gegenseitige Liebe.

Wodurch erfolgt die Auflösung der Ehe?

Sie erfolgt, wenn keine gegenseitige Liebe mehr vorhanden ist.

Werden keine Uebelstände im Umgange der beiden Geschlechter daraus entstehen, dass die Liebe allein das ewige Band knüpft?

Es werden keine Uebelstände daraus entstehen, denn die menschliche Natur sinkt nur dann zur tierischen herab, wenn sie gewaltsam unterdrückt wird. Sonst ist, wie gesagt, die Ehe der menschlichen Natur gemäss, weshalb die wahre Ehe erst im Zustande der Freiheit herrschen wird, während sie jetzt nur ein Deckmantel der Unzucht ist. Die Uebelstände aber, welche jetzt in Betreff der Eigentumsverhältnisse und der Kindererziehung sich erheben würden, wenn die Liebe allein das ewige Band knüpfte, können nicht in einer Gesellschaft entstehen, wo das Eigentum und die Erziehung der Jugend nicht mehr dem Zufall und der Willkür der Einzelnen überlassen werden.

Von der Religion.

Welche Religion sollen wir Alle bekennen?

Die Religion der Liebe und der Menschlichkeit.

Wo ist das Zeugnis dieser Religion?

In der Brust aller guten Menschen.

Ist diese allgemeine Menschenreligion eine unchristliche?

Nein, sie ist vielmehr die Erfüllung der christlichen Religion.

Was ist das Ziel des Christentums?

Die Glückseligkeit aller Menschen durch Liebe, Freiheit und Gerechtigkeit.

Warum hat das Christentum sein Ziel noch nicht erreicht?

Weil es bis jetzt sein Ziel noch nicht klar erkannte, sondern sich das, was es wünschte, glaubte und hoffte, bildlich vorstellte.

Was ist der Glaube des Christentums?

Der Glaube an das bittere Leiden der menschlichen Gattung.

Unter welchem Bilde stellen sich die Bekenner des Christentums die Menschengattung vor?

Unter dem Bilde des gekreuzigten Menschensohns.

Ist der Glaube der Christen Wahrheit?

Er ist Wahrheit, so lange die menschliche Gattung wirklich leidet und sofern man das Wesentliche der christlichen Vorstellung erfasst.

Darf der Christ hoffen, dass die Leiden der Menschheit einmal aufhören werden?

Ja, diese Hoffnung ist sogar ein Teil seiner Religion.

Unter welchem Bilde stellt er sich die bessere Zukunft der Menschengattung vor?

Unter dem Bilde der himmlischen Freuden in der Gottseligkeit. Wir werden aber diesen Himmel auf Erden haben, wenn wir nicht mehr in der Selbstsucht, im Hasse, sondern in der Liebe, in der einigen Menschengattung, in der kommunistischen Gesellschaft leben.

Sind wir böse von Geburt an?

Nein, wir werden böse durch die schlechte Gesellschaft, in welcher wir leben.

Ist die christliche Gesellschaft, die christliche Welt, eine schlechte?

Ja, diese Welt ist, wie das Christentum selbst verkündet, schlecht und verwerflich.

Wie heisst das schlechte Wesen der Welt, wogegen das Christentum stets eiferte?

Es heisst: Geld.

Ist der Fürst der Welt der Böse oder der Teufel, vor dessen Verführung das Christentum warnt, wesentlich etwas anderes, als dieser verfluchte Mammon, den wir unsern Schatz nennen?

Nein, nichts anderes. Aber die Christen, welche sich alles in Bildern vorstellten, hatten sich auch das verfluchte Geldwesen unter dem Bilde des Teufels vorgestellt.

Ist die Hölle etwas anderes, als die Erde unter der verfluchten Geldherrschaft?

Nein, sondern die Erde ist die wahre, wirkliche Hölle.

Unter welchem Bilde stellt sich das Christentum das wahre, wirkliche Leben vor?

Unter dem Bilde Gottes im Himmel.

Ist Gott im Himmel etwas anderes, als die Liebe?

Nein, nichts anderes.

Was geht aus der Liebe hervor?

Die ganze Schöpfung oder das Weltall, welches ewig und unendlich, unermesslich, wie die Liebe ist.

Ist die Schöpfung etwas Unveränderliches, etwas sich stets Gleichbleibendes?

Nein, die Liebe schafft vielmehr fortwährend, und wo sie nicht wirksam, da ist alles in der Auflösung begriffen.

Was ist Leben?

Die Liebe selbst, welches alles gattet und zeugungsfähig macht.

Ist unser Gott, in welchem wir leben und weben und sein möchten, etwas anderes, als die menschliche Gattung oder die in Liebe vereinigte Menschheit?

Nein, nichts anderes.

Warum glaubten wir bis heran, dass der Teufel in uns, in der Welt und dass unser Gott nicht in uns, nicht in der Welt, sondern im Himmel sei?

Weil wir selbst bis heran nicht in unserem Gotte, nicht in unserer Gattung, nicht in der Liebe lebten, sondern in der Trennung und Feindschaft. Die Liebe hatte uns verlassen und wir waren in der Auflösung begriffen, darum glaubten wir, unser Gott sei ausser uns und jenseits dieser schlechten Welt, das Weltwesen selbst. Unser Glaube war, wie gesagt, kein Irrtum; es war im wesentlichen Wahrheit. — So wie wir uns aber vereinigen und im Kommunismus leben werden, ist die Hölle nicht mehr auf der Erde und der Himmel nicht mehr jenseits der Erde, und alles, was uns im Christentum prophetisch und phantastisch in Aussicht gestellt worden, geht in der wahrhaft menschlichen Gesellschaft nach den ewigen Gesetzen der Liebe und Vernunft vollständig in Erfüllung. —

Es kann (so heisst es nunmehr in dem politischen Handbuche weiter), nicht in unsrer Absicht liegen, eine Beurteilung dieser Lehren zu geben, indem der Zweck dieses Werkes wohl eine Erklärung politischer oder sozialer Begriffe, nicht aber eine Kritik derselben beabsichtigt. — Zudem wird jeder, der aufmerksam diese Darlegung der kommunistischen Ansichten und Lehren durchlesen, leicht zu der Ueberzeugung kommen, dass wir durch Ausführung dieser Lehren unsere persönliche Freiheit zum Opfer brächten und einen Kampf gegen die Gesittung der Neuzeit begönnen. Die kommunistischen Grundsätze, nach denen einst Sparta regiert wurde, liessen diesen Staat in einem rohen und verwilderten Zustande, während alle Nachbarstaaten sich durch Kunst und Wissenschaft auszeichneten. — Die Auflösung der von Christus und nach seinem Beispiele von den Aposteln gegründeten kommunistischen Gemeinschaften, welche ihrem Wesen nach der wichtigsten Errungenschaft des Christentums — der Freiheit des Einzelnen — geradezu entgegenstrebten und dieselbe unter sich vernichteten, der Zerfall Spartas, sowie der schnelle Sturz aller in der Neuzeit nach rein kommunistischen

Grundsätzen in Amerika gegründeten Kolonien beweisen hinlänglich die Unmöglichkeit des Bestehens einer auf kommunistische Grundsätze begründeten Gesellschaft. — Man hat übrigens mit Unrecht den Kommunismus als die Quelle der Auflösung aller Rechtsbegriffe zu verdächtigen gesucht. Der Kommunismus löst weder den Rechtsstaat (s. d.), noch die Rechtsbegriffe oder den Begriff des Eigentums auf, er macht den Begriff nur allgemeiner, indem er statt des Einzelnen und des Privateigentums die Gesellschaft und ein Gesamt- oder Gemeineigentum setzt. Aber dagegen zerstört er, wie bereits gesagt, die Freiheit des Individuums und die freie sittliche Tätigkeit, indem er den Einzelnen zum Sklaven der Gesellschaft herabwürdigt — eine Sklaverei, die zwar einfacher als die gegenwärtige, aber deshalb nicht minder drückend und entwürdigend ist.«

* * *

Da in der vorstehenden Abhandlung noch auf zwei weitere Artikel des Handbuches ausdrücklich Bezug genommen wurde, stehen wir nicht an, dieselben der Vollständigkeit wegen gleichfalls unseren Lesern vollinhaltlich zu unterbreiten, einmal, weil dieselben verhältnismässig nur kurz sind, zum andern aber, weil sie zur Charakteristik ihrer Zeitauffassung erheblich beitragen:

»*Demagog*, Volkslenker, Volksführer (von gr. demos = Volk. D. Verf.), von untertänigen Seelen auch Volksaufwiegler genannt, hiessen in den demokratischen Staaten alle jene, welche die Gunst des Volks und Einfluss genug auf selbes besassen, um es bei Beschlüssen oder Unternehmungen zu leiten. In neueren Zeiten nannte man alle jene Demagogen, welche, wenn sie mitunter auch keinen Einfluss auf dasselbe besassen, selben doch zu erringen strebten, indem sie sich der Rechte des Volkes gegenüber der bestehenden Herrschergewalt annahmen. Das Wort Demagog war, wie jetzt der Kommunismus, lange Zeit das Schreckgespenst der Regierungen, welche in den dreissiger Jahren mit Deutschlands edelsten Söhnen die Kerker füllten, um den Demagogismus in seiner Wurzel zu vernichten. An die Stelle dieses Schreckbildes ist jetzt ein neues, der Kommunismus, getreten, in seinen Folgen allerdings furchtbarer und gewaltiger, weil die Ursachen desselben nicht von dem Rechtsgefühle, dem Willen oder Ehrgeiz Einzelner, sondern von dem Elende vieler Millionen ausgehen. —

Rechtsstaat heisst der nach den Gesetzen des Rechts und der Vernunft organisierte Staat, dessen Endzweck die Verwirklichung der menschlichen Bestimmung innerhalb des Rechtsgesetzes und durch sie der Glückseligkeit aller ist. Das Rechtsgesetz aber anerkennt und verbürgt den Bürgern volle, umfassende bürgerliche wie politische Freiheit, nur keine menschliche. Die wahre Lebenskraft des Rechtsstaats besteht in der Rechtsachtung, d. h. in dem Uebergewicht des Gewissens oder der prüfenden sittlichen Vernunft und der sittlichen Achtung der eigenen und fremden Persönlichkeit; im Gegensatze gegen die auf Furcht beruhende Despotie und die auf blindem Glauben beruhende Theokratie. Der Rechtsstaat ist auf reine Freiheit gebaut, und die Regierung hat sie zu fördern und alle der Freiheit entgegenstehenden Prinzipien zu bekämpfen. Verbrechen werden im Rechtsstaate gestraft nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Besserung (im Gegensatze von denen der Abschreckung und Vorbeugung); der Lohn der Verdienste ist die öffentliche Anerkennung und Ehre. Im Rechtsstaate herrscht eine streng sittliche, aber freie Ehe und Familienverhältnisse, wahre Religion und Moral; Kirche und Staat bestehen frei nebeneinander, unterstützen und helfen sich gegenseitig; Wissenschaft und Künste werden durch Gestaltung der ausgedehntesten Lehrfreiheit, durch Freigebung der Presse etc., gefördert, während umgekehrt die Despotie im Zensurzwang und Unterdrückung der Lehrfreiheit ein höchst wirksames Mittel zur Bevormundung des Volkes findet. Die Verwaltung ist im Rechtsstaate repräsentativen, kollegialischen, von den einzelnen Vorstehern geleiteten, aber durch Mitwirkung der Bürger beschränkten Verwaltungseinrichtungen anheimgegeben. Diese sind nötig, um eine völlig parteilose Beratung und Entscheidung der objektiven Rechte und Grundsätze des Ganzen möglich zu machen. Dies Wenige genüge, um dem Leser ein Bild von dem

Rechtsstaate zu geben, wie er in Deutschland in einigen Jahrhunderten vielleicht zu erwarten steht, vorausgesetzt, dass es niemandem einfällt, uns die Erfüllung desselben zu versprechen.«

* * *

Das ist es gewesen, was wir den Lesern zu unterbreiten hatten. Mit Arbeiten auf anderen Gebieten beschäftigt, wagt Einsender nicht zu entscheiden, welchen Einfluss das damals bereits erschienene Weitlingsche »Evangelium eines armen Sünders« auf das vorliegende Urbild des kommunistischen Manifests genommen hat. Ein Vergleich dieses mit dem kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels, welches Ende 1847 verfasst und im nächsten Jahre verbreitet wurde, lehrt uns erkennen, welch ungeheurer Fortschritt in der Anschauungs- und Ausdrucksweise dieses letzteren gegenüber dem ersteren liegt. Was in den vorliegenden Blättern noch unklar und verschwommen, das ist in der gleichen Arbeit von Marx und Engels mit zielklarer Deutlichkeit herausgeschält, und gegen den elegischen Schluss des vorliegenden wirken die bekannten Schlussworte »unseres« Manifests wie ein aufeuernder Trompetenstoss: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«

Aus einer Enquête über die politischen Differenzen des heutigen Sozialismus. (Schluss.)

(Veranstaltet von der Zeitschrift **La Revue** und mit Kommentaren versehen von Professor Georges Renard.)
Autorisierte Uebersetzung von U. Fricke.

III. Frage.

Welches soll demgemäss Ihrer Meinung nach die Haltung der sozialistischen Partei sein, sowohl in den Wahlkämpfen gegenüber den bürgerlichen Parteien, als auch im Parlament gegenüber einem demokratische Reformen in Vorschlag bringenden Ministerium?

Antworten.

Domela Nieuwenhuis. — Die Stellung der Sozialisten, sowohl in Bezug auf die bürgerlichen Parteien in den Wahlkämpfen, als auch gegenüber einem demokratische Reformen zur Vorlage bringenden Ministerium im Parlament muss Isolierung heissen. Denn man paktiert nicht mit seinen Feinden und kann mit den Bourgeois, wenn man sie als Feinde der Arbeiter betrachtet, keine Kompromisse schliessen.

Es war einmal ein Sozialist, der folgendes schrieb: »Welchen »praktischen Zweck« hat also das Reden im Reichstag?« Keinen. Und zwecklos reden ist Toren Vergnügen.

»Nicht ein Vorteil! Und nun auf der anderen Seite die Nachteile: Das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der Bismarcksche »Reichstag« sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. — Und wir sollen aus »praktischen Gründen« parlamenteln? Nur der Verrat oder die Kurzsichtigkeit kann es uns zumuten. . . . Aber angenommen — es gelinge, eine sozialdemokratische Majorität in den Reichstag zu wählen —, was sollte die Majorität tun? Hic Rhodus, hic salta. Jetzt ist der Moment, die Gesellschaft umzugestalten, und den Staat . . . ach nein, eine Kompagnie Soldaten jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus, und lassen die Herren sich das nicht ruhig gefallen, so werden sie von ein paar Schutzleuten in die Stadtvogtei abgeführt und haben dort Zeit, über ihr donquixotisches Treiben nachzudenken.«

Und wer ist der Sozialist, der das schrieb? Wilhelm Liebknecht; allerdings der Liebknecht von vor dreissig Jahren.

Indessen sind diese Gedanken immer noch richtig. Wenn man den Parlamentarismus akzeptiert, muss man konsequent sein. Warum Parlamentsmitglied und nicht Minister? Warum Mitglied des Gemeinderates und nicht Bürgermeister? Ich bin überzeugt, dass, wenn Jules Guesde an Millerands Stelle gestanden hätte, er so ziemlich dieselben Fehler begangen hätte; denn es liegt hier keine Personenfrage, sondern eine Prinzipienfrage vor. Der Konsequenteste, der Logischste wird stets den Sieg davontragen, und darum ist die Fraktion Jaurès-Millerand Sieger geblieben!

Reicht man den bürgerlichen Parteien den kleinen Finger, so nehmen sie gleich die Hand, den Arm, den ganzen Menschen. Es geht hiermit so wie in allen Dingen: nur der Anfang kostet Ueberwindung. Wer sich in eine verpestete Atmosphäre begibt, muss sie einatmen, er mag wollen oder nicht. Nun denn, die parlamentarische Atmosphäre ist durch und durch verpestet. Kann man den Parlamentarismus treffender kennzeichnen, als wenn man sagt: »Das Wort Parlamentarismus ist aus den zwei Worten: parler (sprechen) und mentir (lügen) zusammengesetzt; das heisst also, es wird in den Parlamenten gesprochen und gelogen.«

Man muss Vollblutanarchist sein oder aber Parlamentarier, wie Millerand, und dann aufhören, Sozialist zu sein; was zwischen diesen beiden Extremen liegt, ist zum Verschwinden verurteilt.

Der Sozialist muss sich zu hoch achten, um sich auf ein Feilschen mit den anderen Parteien einzulassen, die, sobald die Gefahr für sie ernsthaft wird, eine kompakte reaktionäre Masse bilden und keinen Anstand nehmen, die blutigen Tragödien der besiegten Kommune zu wiederholen. Keine Kompromisse! Keine Abmachungen! Denn sie sind der Beginn des Sturzes des Sozialismus. Wenn der Sozialismus in Gefahr ist, so ist dies die Schuld jener, die ihn zum Entgleisen gebracht haben, und wenn man den Parlamentarismus gesäet hat, erntet man einen Millerand oder einen anderen seines Schlages.

•

Ed. Vaillant. — Da die sozialistische Partei die Partei der Opposition gegen die Regierungen bleibt, weil sie die Partei der sozialen Revolution ist, kann sie an der Zentralgewalt des Bürgertums nicht teilnehmen, kann sie in einem Ministerium keinen sogenannten Delegierten oder Vertreter haben, der sie durch Delegation mit der Regierung der kapitalistischen Ordnung verbindet. Sie ist weder ministeriell noch anti-ministeriell in dem engen Sinne dieser Bezeichnungen, die nur den Regierungen bildenden Parteien entsprechen, die mit einem Minister gehen oder auch nicht gehen, je nachdem er ihre Geschäfte besorgt oder nicht besorgt. Sie ist regierungsfeindlich und steht jeder Regierung um so schroffer gegenüber, je reaktionärer sich diese Regierung geberdet. Ihre Abgeordneten im Parlament urteilen über die Handlungen dieser Regierungen und ihrer Parteien und machen ihre Abstimmung über sie nicht von irgend einem ministeriellen Interesse abhängig, sondern einzig vom Interesse der proletarischen und sozialistischen Sache.

Dies der Grund, weshalb die Sozialisten den Fortschritt der Demokratie dadurch beschleunigen wollen, dass sie alle veralteten militärischen, cäsarististischen, klerikalen Institutionen verschwinden machen und allen das Licht einer enzyklopädischen Bildung zuführen, und darum sind sie allein die wirklichen Republikaner; denn sie erstreben die schrankenlose Entwickelung der Republik, die unantastbar wäre, sobald sie zu ihrer Verteidigung die ganze Arbeiterklasse, deren Forderungen sie erfüllte, auf ihrer Seite haben würde. Jeder Fortschritt der Demokratie und der Republik schafft, ohne den Konflikt zwischen den kapitalistischen Klassen und der Arbeiterklasse verschwinden zu machen oder auch oft nur zu mildern, immer mehr die dessen Lösung fördernden Bedingungen und versieht das Proletariat und die sozialistische Partei mit neuen Waffen der Organisation, der Emanzipation und des Kampfes. Von diesem Standpunkte aus würdigt der Sozialismus den Sinn und den Wert jedes Fortschritts und der ihn bestimmenden Reformen. Auf diesen Standpunkt stellen sich die Sozialisten im Parlament, wenn sie eine Tagesordnung oder ein Gesetz vorschlagen oder für sie stimmen.

•

Enrico Ferri. — Man darf nicht vergessen, dass die Herrschenden immer nur nachgeben — selbst wenn sie sich den Anschein geben, zu schenken.

Die sozialen Reformen sind niemals von der herrschenden Klasse und den sie repräsentierenden Regierungen aus freiem Willen gewährt worden. Sie werden stets durch das Bewusstsein und zuweilen durch die Tatkraft der beherrschten und ausgebeuteten Klasse aufgedrungen.

Wenn dies die Dynamik der sozialen Strömungen ist, so gibt es nur eine Methode für die sozialistische Partei, die damit, dass sie die Einsetzung des kollektiven Eigentums an Stelle des Privateigentums erstrebt (das einzige radikale Mittel, die Quelle des Elends zu verstopfen), auf eine fundamentale Umwälzung (Revolution) der Gesellschaft hinstrebt. Die sozialistische Partei ist in der Tat eine revolutionäre Partei und dadurch wesentlich von allen Reformparteien verschieden, die, sobald nur das persönliche Eigentum als Grundlage der sozialen Ordnung beibehalten wird, zu dessen Reformierung, Abschwächung und Verbesserung die Hand bieten.

Das Geheimnis der gewaltigen Fortschritte der sozialistischen Partei in allen Ländern kapitalistischer Zivilisation besteht lediglich in der klaren und offen bekannten Erkenntnis ihres revolutionären Wesens. Und nur die Furcht vor diesem revolutionären Geiste, der im sozialistischen Proletariat Gestalt und Organisation anzunehmen begonnen hat, hat die herrschende Klasse aller Länder veranlasst, Reformen in ihrer Gesetzgebung oder in der Praxis des ökonomischen Lebens zu bewilligen.

Sollen die Sozialisten sich diesen schrittweise einsetzenden Reformen widersetzen, die ein Stück Verbesserung der Existenzbedingungen für die Arbeiter bedeuten? Sicherlich nicht, und selbst wenn sie sich ihnen widersetzten, würde die herrschende Klasse (die sie nicht aus Menschenliebe, sondern im eigenen Interesse bewilligt) sie gegen ihren Willen geben, um die Spannung im revolutionären Denken des Proletariats zu mildern.

Und somit ist es klar, dass die sozialistische Partei — will sie nicht mit den mehr oder minder reformerisch gesinnten individualistischen Parteien verwechselt werden und in ihnen aufgehen — nur eine Methode zu befolgen hat: an der wirtschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiter als Klassenpartei im Gegensatz zu allen anderen Klassen, welche die Grundlage des Privateigentums beibehalten wollen, fortarbeiten, das ist das einzige Mittel, alle Proletarier aller Länder in Reihe und Glied zu bringen, zu solidarisieren und zu disziplinieren.

Ein Jahr der Propaganda und der Organisation im Schosse des Proletariats fördert mehr praktische Resultate, denn sie schafft mehr revolutionäre Kraft, als wie zwei oder drei Jahre parlamentarischer oder gemeinderätlicher Tätigkeit im Dienste der Realisierung einiger Reformen, die aus dem konservativen Sieb des parlamentarischen und büreaukratischen Triebwerks — das Erbe vergangener Jahrhunderte, durch das die Toten die Lebenden beherrschen — stets schwindsüchtig oder verstümmelt hervorgehen.

Und während die Bildung des sozialistischen Bewusstseins (Kollektivbesitz und Klassenkampf) bei den Arbeitern eine unwiderrufliche, unverlierbare Energieäusserung bedeutet, ist die Reformarbeit für die Sozialisten zum grössten Teil verlorene Mühe. Vor allem, weil die im Laufe der Jahrhunderte kristallisierten Interessen und Gewohnheiten, die Richtung der sozialen und büreaukratischen Maschine, in der praktischen Anwendung stets dahin gelangen, einen grossen Teil der vorherberechneten und erhofften Wirkungen jeder Reform lahmzulegen. Die aus der sozialen Gesetzgebung aller Industriestaaten gezogene Erfahrung lehrt uns, dass das Elend und die Ausbeutung der Arbeiter trotz eines halben Jahrhunderts »sozialer Gesetze« sich nicht vermindert haben. Zweitens aber geht man, um tatsächlich Reformen zu erlangen, schneller und kräftiger zu Werke, wenn man sie den reformerischen bürgerlichen Parteien durch den Gegendruck des im Proletariat organisierten revolutionären Geistes aufdrängt.

Daher kann ich auch die so oft wiederholte Alternative nicht anerkennen: entweder man gibt die Katastrophentheorie zu, wonach man in einem Tage von der bürgerlichen in die sozialistische Ordnung gelangt — oder man muss

an den schrittweise zu verwirklichenden Reformen arbeiten, um eine Hebung der materiellen und moralischen Existenzbedingungen der Arbeiter zu erzielen.

Ich erkenne die Katastrophentheorie in der einfältigen Formel des sozialen Wunders nicht an, denn ich kenne nur das allgemeine Gesetz der Entwickelung — mit ihren katastrophischen Zwischenfällen —, sowohl in der kosmischen wie auch in der biologischen und sozialen Ordnung. Ich denke jedoch, dass die soziale Entwickelung, indem sie durch die Reformen — und ich möchte sagen, trotz der Reformen — tagtäglich vorwärts schreitet, nur durch den Druck des revolutionären Geistes sich vollzieht. Der revolutionäre Geist des dritten Standes — wie er durch die Daseinsbedingungen der Gesellschaft am Schlusse des Mittelalters geschmiedet worden — hat die Entwickelung des Bürgertums an Stelle der Feudalherrschaft bestimmt; der revolutionäre Geist des Proletariats — wie er durch die Existenzbedingungen der gegenwärtigen Gesellschaft geschmiedet wird — bestimmt die sozialistische Entwickelung als Ablösung der kapitalistischen Herrschaft.

Jeder Partei ihre besondere Aufgabe: der radikalen (individualistischen) Partei das Werk der praktischen Reformen, der sozialistischen Partei die Arbeit der Propaganda und der systematischen Arbeiterorganisation, ohne welche keine Reform »bewilligt« wird, durch welche hingegen jede Reform durchführbar wird.

Abgesehen davon ist alles nur politische und soziale Illusion, ein Herumtreten auf einer Stelle, wo man der Eroberung der Zukunft entgegenmarschieren will.

In der Tat geben sich die Reformsozialisten der gleichen soziologischen Illusion hin, wie die Anarchisten. Diese wie jene glauben, dass man die Ersetzung der Einrichtung des Privateigentums durch das Kollektiveigentum auf dem Wege von Handstreichen — durch Dynamit oder durch gesetzliche Reformen herbeiführen könne. Der Unterschied zwischen beiden, gross wie er ist, bezieht sich nur auf die Mittel, die entweder durch Gewalttätigkeit antisozial oder mit dem parlamentarischen und administrativen Räderwerk gesetzlich sind.

Beide Methoden jedoch verkennen die Wahrheit jener Methode, die Marx in die sozialistische Partei gebracht hat, in Uebereinstimmung mit den Sätzen und den grundlegenden Folgerungen der zeitgenössischen Wissenschaft (des geologischen, biologischen und sozialen Transformismus).

Und worin anders besteht die wunderbare Macht von Marx' Idee, als in der klaren und energischen Erkenntnis der Notwendigkeit, an Stelle der symptomatischen Methode die genetische Methode zu setzen? — — — — — — — — —

Gewiss ist es ein wenig langweilig, Jahr um Jahr die eintönige Arbeit der Propaganda fortzusetzen, immer und immer wieder für die Ideen des Kollektiveigentums und des Klassenkampfs Propaganda machen zu sollen. Um diese Aufgabe zu vollführen, muss man mit beständiger und unerschütterlicher Willenskraft dem Verlangen entsagen, sich mit dieser oder jener legislativen Reform zu beschäftigen, weil das Kaleidoskop der »sozialen Reform« uns eine reiche, mehr oder weniger anziehende Auswahl von Diskussionen, Vorschlägen, Verbesserungsanträgen etc. darbietet.

Zugegeben jedoch, dass die sozialistische Partei sich als einem Teil ihrer Tätigkeit auch mit diesen speziellen Reformen beschäftige, so kann sie doch — meiner Ansicht nach — nur dann tiefgehende Umwandlungen erreichen, wenn sie mit gleichmässiger und hartnäckiger Energie ihr Werk der Propaganda und damit auch der (politischen und wirtschaftlichen) Organisation des Proletariats der Werkstätten fortsetzt.

Es genügt, sich zu vergegenwärtigen, dass die herrschende Klasse aller Länder nur den Reform-Sozialisten Sympathie, Lob und Ermutigung zollt, um einzusehen, dass die anderen, die im Marxschen Sinne des Wortes revolutionären Sozialisten (die die Revolution als Zweck wohl von der Revolte, als einen der Mittel zum Zweck, unterscheiden) die Sympathien der Regierungen und der Kapitalisten nicht besitzen, eben weil ihre Methode und ihre Arbeit den wirklichen Interessen des Proletariats nützlicher sind.

Dies hindert jedoch nicht, dass die Sozialisten in den Wahlkämpfen, nachdem sie im ersten Wahlgang die Klasse bekräftigt haben, in der engeren Wahl

einen ehrlich reformerisch gesinnten Radikalen einem Reaktionären vorziehen sollen, so wie sie auch im Parlament — in einigen ganz besonderen Fällen — für ein liberales Ministerium stimmen können, wenn dessen Sturz eine ernstliche und unausweichliche Gefahr für die elementaren Bedingungen der zeitgenössischen Zivilisation bedeuten würde.

Von diesen ausserordentlich seltenen Fällen abgesehen, heisst jedoch für individualistische Kandidaten, welcher politischen Nuance immer, stimmen oder aus chronischer Furcht vor einer Rückkehr der Reaktion oder unter der Illusion wunderbarer Reformen für ein Ministerium stimmen, die sozialistische Seele in der sozialistischen Partei töten; heisst es die grössten Errungenschaften der Zukunft für das Linsengericht irgend eines momentanen Vorteils opfern und verdunkeln; heisst es bei den Arbeitern die kurzsichtige und egoistische Sorge für persönliche und augenblickliche Nützlichkeiten (welche die Seele des Zunftsystems ist) erwecken, indem man jede Idee und jede Sorge um die Zukunft und die schliessliche Befreiung (welche die Seele des Sozialismus ist) in ihnen erstickt. Es heisst somit, sich die Zukunft verderben, um sich ein armseliges Dasein in der Gegenwart zu sichern (wie es dem Trade-Unionismus der englischen Arbeiter geschehen ist). Es heisst Selbstmord aus Furcht vor dem Sterben begehen . . ., wie es bei manchen Geisteskranken vorkommt.

Und doch existieren die Reform-Sozialisten . . . und befinden sich wohl dabei, wenigstens für den Augenblick.

Gewiss, es fällt mir nicht ein, sie unterdrücken, sie geisseln zu wollen, oder sie zu hassen. Ein jeder folgt seinem mehr oder weniger streitbaren, mehr oder weniger methodischen Temperament. Und die Tätigkeit der Reformer ist nicht lediglich gefährlich oder nutzlos; es ist unvermeidlich, dass in jeder Partei sich eine äusserste Linke und eine äusserste Rechte bildet, genau wie in der gesamten Gesellschaft, denn in jedem Kristallsplitter wiederholen sich die Eigenschaften des ganzen Kristalls.

Nur bin ich der Meinung, dass — bei brüderlich gemeinsamer Arbeit mit allen Sozialisten jeder Nuance und jeden Temperaments — unsere Methode, die den Reformen nur wenig Zeit widmet, um unsere ganze Energie (unter Benutzung des Parlaments besonders zu diesem Zwecke) der Propaganda und der Organisation zuzuwenden, die anscheinend langwierigste und wenigst praktischste, in Wirklichkeit jedoch die schnellste und für die Erfüllung des sozialistischen Ideals wirksamste ist. Sie ist aber auch die einzige Methode, die im Einklang mit den Grundgedanken, den Folgerungen und den sichersten Erfahrungen aller zeitgenössischen Wissenschaften steht.

*

Jean Sigg. — Da ich den Grundsatz der Reformen zugebe, ist es selbstverständlich, dass deren Verwirklichung oft von Bündnissen mit den bürgerlichen Parteien abhängt.

Damit ist schon gesagt, dass ich auf Seiten der Bündnisse stehe. Ebenso selbstverständlich ist es jedoch, dass sie die Prinzipien nicht verletzen dürfen, welche die Grundlage der sozialistischen Ideen bilden, und dass wohl hier und da ein vorübergehendes Kompromiss geschlossen werden, nie und unter keiner Bedingung aber eine Preisgabe stattfinden darf.

Uebrigens ist dies in der Schweiz, wo die Sozialisten sich vor allem nach dem Vorgehen ihrer Kameraden in Deutschland richten, ein allgemeiner Grundsatz.

Zwischen zwei Uebeln, den Radikalen und den Konservativen, gilt es, das geringere zu wählen. . . .

Die ministerielle Frage existiert bei uns nicht. Unsere Verfassung ist eine derartige, dass unsere Bundesväter vom Volk die denkbar schönsten Ohrfeigen erhalten können (Beispiel: das Volksvotum über die Krankheits- und Unfallversicherungen), ohne darum auch nur im geringsten in ihrer Stellung erschüttert zu werden.

Diese selbe Organisation erlaubt den Sozialisten, die dem Parlament angehören (es sind ihrer vier!), absolut unabhängig vom Bundesrat zu bleiben und mit ihm oder gegen ihn zu stimmen in voller Erkenntnis der Sache und ohne das rein objektive Gebiet der Prüfung des Wertes der vorgeschlagenen Reformen zu verlassen.

Absicht und Ziel der Sozialisten ist die direkte Ernennung des Bundesrats durch das Volk. Sie haben dieses Recht auf dem Wege der Initiative verlangt. Mit einer ungeheuren Majorität hat das Volk mit Nein! geantwortet.

An dem Tage, wo diese Forderung verwirklicht sein wird, wird sich auch die Frage des »sozialistischen Ministerialismus« erheben. Doch wird sie hier eine ganz andere Form annehmen, als wie in Frankreich; denn der sozialistische Erwählte, wenn es je einen solchen geben wird, hinge in keiner Weise von der Laune eines »Ministermachers« ab; er wäre vielmehr der lebendige und tatkräftige Ausdruck des Volkes, das ihn selbst gewählt hätte. Das Problem wäre nicht mehr dasselbe, und jetzt schon seine Meinung darüber abgeben, scheint mir unbedingt verfrüht.

In einigen Kantonen haben wir Minister im Kleinen (Staatsräte bezw. Regierungsräte), die Sozialisten sind. So in Zürich, Sankt-Gallen, Basel, Genf, Bisher waren die mit ihnen gemachten Erfahrungen nicht gerade ungünstig. Allerdings ist ihr Tätigkeitsgebiet ein sehr beschränktes, da eine grosse Anzahl von Kompetenzen seit 1874 vom Kanton auf den Bund übergegangen sind und ihre Zahl fast mit jedem Jahre wächst.

Im Kanton Genf hat der Eintritt eines Sozialisten in die Regierung sehr heftige Polemiken gezeitigt, besonders nach dem grossen Streik von 1898, wo die Regierung Militär einberief und der Staatsrat italienische Sozialisten, die nach den Mailänder Ereignissen bei uns Zuflucht gesucht, des Landes verwies (Ciccotti, heute Abgeordneter, Arturo Labriola etc.).

Ich für meine Person glaube, dass der in Genf gemachte Versuch nicht gelungen ist und keinen Nachfolger haben wird.

•

Emil Vandervelde. — Damit unsere in den Mitteln gesetzliche, in ihrem Ziel revolutionäre Aktion ihr Maximum an nützlicher Wirkung erziele, müssen unserer immer mehr sich festigenden Ueberzeugung nach die sozialistischen Parteien sich deutlich und entschlossen — nicht nur in Worten, sondern auch in Taten — auf den Boden des Klassenkampfes stellen.

Wir sind sicherlich nicht der Meinung, dass alle bürgerlichen Parteien »eine einzige reaktionäre Masse bilden«.

Wir halten es durchaus für erlaubt, dass auf dem parlamentarischen und — dies freilich so wenig wie möglich — auch auf dem Wahlgebiet die Sozialisten sich ausnahmsweise, zeitweilig und zu einem klar bestimmten Zwecke mit anderen Parteien verbünden.

Wenn die Teilnahme eines Sozialisten an der Regierung des Bürgertums uns als ein gefährliches Aushilfsmittel, um nicht zu sagen: ein verderblicher Versuch erscheint, so geben wir doch auch zu, dass der sozialistische Teil eines Parlaments eine demokratische Regierung stützen darf, allerdings unter Wahrung seiner vollen Aktionsfreiheit und im Austausch gegen ernsthafte Zugeständnisse.

So wichtig aber auch diese Konzessionen, so tiefgreifend auch die von der bürgerlichen Demokratie eingeführten Reformen sein mögen — und wer würde wagen, tiefgreifende Reformen von ihr zu erhoffen? —, die sozialistischen Mandatare dürfen nicht einen Augenblick den wesentlichen Unterschied vergessen, der zwischen ihnen und den Vertretern der anderen Parteien besteht.

Die bürgerlichen Reformer führen Reformen ein in der trügerischen Hoffnung, die kapitalistische Ordnung zu befestigen, indem sie sie verbessern.

Die Sozialisten hingegen verfolgen die gleichen Reformen in der gerechtfertigten Hoffnung, die Arbeiter stärker und in dem Kampfe für ihre volle Befreiung energischer zu machen.

Und diese Befreiung — als Resultat ihrer wirtschaftlichen Organisation und ihrer politischen Aktion — wird erst durch die Einführung der kollektivistischen Ordnung vollständig werden.

•

Aristide Briand. — Meiner Meinung nach soll die sozialistische Partei im Parlament sich an allen, von den republikanischen Parteien zur Besserung des Loses der Arbeiter gemachten ehrlichen Bestrebungen beteiligen; draussen im Lande darf sie auf keine Aktionsform verzichten. Man darf

nicht vergessen, dass es in der Krisis der letzten Jahre mehr noch die materielle als die moralische Kraft des sozialistischen Proletariats war, welche der Republik ermöglichte, den Ansturm ihrer verbündeten Feinde abzuschlagen.

*

Debs. — Die Antwort auf diese Frage ist in meiner auf die zweite Frage erteilten Antwort enthalten. Ich möchte mit keiner Partei der Mittelklasse etwas zu tun haben; ich möchte unter allen Umständen die politische Reinheit der sozialistischen Partei gewahrt wissen und durch Beispiel und Tat diese Partei zu der einzigen Partei der arbeitenden Klassen, zu der zur Vollendung ihrer Befreiung bestimmten Partei machen.

*

Colajanni. — Meine Antwort auf die zweite Frage enthebt mich der Notwendigkeit, mich eingehender über die dritte auszusprechen. Ich bin der Ansicht, dass die sozialistische Partei sich in den Wahlkämpfen und im Parlament mit denjenigen bürgerlichen Parteien verbünden soll, die aus moralischen Gründen oder aus Berechnung sich zu Konzessionen auf dem politischen und dem wirtschaftlichen Gebiet bereit zeigen.

Zum Schlusse möchte ich noch bemerken, dass die von mir in dieser Enquete geäusserten Ideen nicht der Ausdruck von Tageszufällen sind; ich habe sie vor vierundzwanzig Jahren, als ich der sozialistischen Lehre näher zu treten begann, ehrlich und aus tiefster Ueberzeugung ausgesprochen.

*

Sidney Webb. — Ich halte es für das Richtige, mit Personen jeder Ueberzeugung für den Verfolg von Reformen zusammenzuarbeiten, über die wir einer Meinung sind. In England vereinigen sich Personen der verschiedenartigsten Ansichten über religiöse, politische oder wirtschaftliche Fragen zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles, das sie aus verschiedenen Gründen für gut erkennen; was sie nicht hindert, zur Erreichung irgend eines anderen Zweckes ganz andere Kombinationen einzugehen. So kommt es, dass wir alle gleichzeitig Mitarbeiter auf dem einen Aktionsgebiet und Gegner auf anderen Gebieten sind.

* * *

Der Leser hat nunmehr die ganze Skala der sozialistischen Meinungen über die in dieser Enquete berührten Fragen. Wir halten es für überflüssig, sie zu kommentieren und darauf aufmerksam zu machen, wie sich darin die Verschiedenheit der individuellen Temperamente und der nationalen Gepflogenheiten widerspiegelt. Wir beschränken uns auf eine kurze Zusammenfassung der erzielten Resultate:

Uebereinstimmung bezüglich des erstrebten wirtschaftlichen Zieles;

Meinungsverschiedenheit über die beim Wirken für dieses Ziel zu beobachtende allgemeine Methode;

Lebhafte Meinungsverschiedenheit über die Aktionsmittel und über die Aufgabe der, die eine oder die andere Methode vorziehenden Gruppen oder Politiker.

Sollen wir zu entscheiden versuchen, wer Recht und wer Unrecht hat? Das ist nicht unsere Sache. Wir wollten nichts anderes, als ein wenig Klarheit in die Verwirrung eines Streits bringen, in dem der Konflikt der Personen die Gegnerschaft der Ideen verschärft und trübt. Wir haben einige authentische Dokumente über ein interessantes Moment des internationalen Sozialismus gesammelt. Vielleicht, dass jene, die dessen Entwickelung von aussen verfolgen, und selbst jene, die sich unter seine Flagge scharen, einigen Nutzen aus dieser Enquete ziehen.

Georges Renard.

III. Urkunden des Sozialismus.

Sozialistische Manifeste zum Russisch-Japanischen Krieg.

1. Die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

I.

Wem muss man helfen?

Eine blutige Tragödie spielt sich im fernen Osten ab. Demgegenüber darf man nicht teilnahmslos bleiben, man muss handeln — das ist einem jeden denkenden Bürger unseres Vaterlandes klar. Ist jedoch die Frage über den Charakter unseres Handelns so leicht gelöst, wie es jene tun, die, der Stimme des Mitleids folgend, das eine für jeden Zweifel erhaben halten: wo Menschen ihr Blut vergiessen, hungern, wo Krankheit herrscht, wo es Ertrinkende und einen qualvollen Tod, Sterbende gibt, da ist die Hand eines Arztes, einer Schwester von nöten? Allerdings ist das über jeden Zweifel erhaben; doch nicht dieses allein. Können wir dem Volke helfen, ohne dabei der Fortsetzung dieser Opferung von Menschen auf dem Altar des blutdürstigen Zarismus Vorschub zu leisten? Uebernehmen wir da nicht die Danaidenarbeit der Mythe von dem Fass ohne Boden? Und so sagen wir denn auf die Gefahr hin, eine schmerzliche Enttäuschung hervorzurufen, zu den jungen Enthusiasten: Haltet an! Bevor ihr euch in den Dienst des kaiserlichen Roten Kreuzes stellt, bevor ihr euch den freiwilligen Organisationen anschliesst, wie z. B. der fliegenden Kolonne von Aschkinasi — nehmt euch die Mühe, die historische Bedeutung der letzten Ereignisse richtig zu erfassen, stellt euren Ausbruch von Altruismus unter die Kontrolle eurer Logik!

Unsere Regierung hat das Volk zur blutigen Abschlachtung in den japanischen Krieg getrieben. Nicht genug, dass sie durch ihre abenteuerliche Raubpolitik, durch Verletzung ihrer eigenen Deklarationen über die territoriale Unantastbarkeit Chinas und Koreas Japan zum Kriege provoziert hat, hat sie nicht einmal das Unvermeidliche von furchtbaren Verlusten an Menschen vorausgesehen, und so wird denn der Kriegsschauplatz, der vom Meere durch die japanische Flotte abgeschnitten, mit dem europäischen Russland durch die unzuverlässige, nicht beendigte sibirische Bahn verbunden ist, sich in einen entsetzlichen Kirchhof für viele tausende von Russen verwandeln. Nicht umsonst hat der Kommandeur von Port Arthur, General Stössel, in seinem Aufruf sofort damit begonnen, von der Notwendigkeit zu reden, in dieser Falle, die von drei Seiten von Wasser, von der vierten vom Feinde umgeben ist, zu sterben. Zweifellos werden Totengräber dort noch mehr zu tun haben, als die barmherzigen Brüder und Schwestern.

Und nun, wo ihr von Angesicht zu Angesicht dieser fürchterlichen Macht, dem Selbstherrschertum gegenübersteht, das auch jetzt sich so leichtsinnig über euch lustig macht und mit dem Schicksal von Millionen spielt, das auch nach all den gegen es geführten Kämpfen immer noch so stark zu sein scheint — ihr gebt für einen Augenblick den Kampf gegen es auf im Interesse des Volkswillens, des Volksglücks. Ihr seid bereit, kummervoll zu antworten: wir können nicht! und ihr eilt zu den Opfern mit den Palliativmitteln brüderlicher Hilfe. Wenn ihr die Seiten der letzten blutigen Kapitel der Geschichte Russlands durchblättert, stösst ihr auf eine Reihe schrecklicher Bilder. Anfangs die schonungslose Abrechnung mit den Kämpfern des ›Volkswillens‹, dann die Massenerschiessungen von Arbeitern bloss friedlicher Manifestationen wegen . . . die mittelalterlichen Bestialitäten der niedergeworfenen Bevölkerung Andischans gegenüber. . . Das Bartholomäische Blutbad von Kischeneff. — Prügelstrafe für unzufriedene Bauern. . . .

»Wir können nicht«, wiederholt ihr. »Sie durften nicht«, wird die Geschichte berichtigend bemerken.

Sie durften nicht, weil der Absolutismus in der freiwilligen Mitarbeiterschaft der Intelligenz eine Stütze fand, die vereinsamt unter der ungeweckten Volksmasse dastand und daher keine anderen Wege für ihr progressives Streben sah.

Und tatsächlich, die russische Intelligenz konnte nicht als Siegerin aus dem Kampfe für die Freiheit des Volkes hervorgehen, nachdem sie in den 60er Jahren sich dazu hergegeben hatte, in den Reihen der Regierenden an dem Zustandekommen von Reichsreformen mitzuarbeiten. Sie konnte nicht siegen, weil sie in den Händen des Absolutismus dem letzteren nur das notwendige Aussehen einer lebensfähigen Institution gab. Ihre Kraft, radikale Reformen durchzuführen, war gelähmt. So spielte denn die Intelligenz die Rolle des zarischen Handlangers bei der Liquidierung der bereits im Absterben begriffenen Leibeigenschaft, beim Zurückweichen vor der durch den Fortschritt schon eroberten Position. Sie konnte an der Unwissenheit des Volkes nichts ändern durch Arbeit in gesetzlichen Anstalten, da die vom wachenden Auge des Zarismus ausgeübte Kontrolle ihre Kulturarbeit zu verhindern wusste.

Schliesslich war die Intelligenz auch ausser Stande, die Leiden des Volkes in den schrecklichen Tagen der Cholera- und Typhusepidemien und der Hungersnot in den 90er Jahren zu lindern, weil die Regierung sich abermals anmasste, den Vormund bei der Tätigkeit der Intelligenz zu spielen, wodurch ihr Wesen und ihre Bedeutung entstellt wurden. Doch hat die Intelligenz (die Masse der Studierten etc.) in diesen Jahren den ersten Schritt auf dem Wege zur Volksbefreiung getan, indem sie die tatsächliche Unfruchtbarkeit des Arbeitens beim »Weissen Kreuz« unter dem Oberbefehl zarischer Adjutantur einsah — die Unfruchtbarkeit einer Arbeit, die zu einer gemeinen Posse entwürdigt wurde — und indem sie ferner den Schaden einer solchen Mitarbeiterschaft mit den Henkern des Volkes, die alles Elend desselben verschulden, erkannte und obgleich sie keinen anderen Weg zur Verwirklichung ihrer Fortschrittsbestrebungen sah und sich zur Untätigkeit verdonnert glaubte — wandte sie sich voller Ekel ab von den Massnahmen der Regierung in den »von Missernte betroffenen« Gegenden. Der demokratischen Intelligenz blieb nichts weiter übrig, als einen zweiten entschiedenen Schritt in dieser Richtung zu unternehmen, d. h. nicht nur sich von der Beteiligung an den Räubereien der Regierung loszusagen, sondern auch angesichts des kulturwidrigen und reaktionären Zarismus jene gesellschaftlichen Funktionen, die mit den Gesetzen des heutigen Zarentums unvereinbar sind, auf ungesetzliche Art auszuführen. Die dazu nötigen objektiven Bedingungen kamen auf. In Russland gährte der Prozess einer inneren wirtschaftlichen Revolution, eine Proletarisierung des Bauernstandes fand statt, das Klassenbewusstsein der Arbeiter war geweckt worden. Dieser Prozess nahm seinen Anfang, entwickelte sich mit unglaublicher Geschwindigkeit und brachte uns in solche historische Verhältnisse, unter denen die Frage: mit oder gegen den Absolutismus? leicht und kategorisch beantwortet werden konnte. Palliativmittel, die einem von der Liebe zum Volke diktiert werden, oder die Anspannung aller Kräfte, um die geschichtlich gereifte Umwälzung zu bewerkstelligen?

Die Idee der Solidarität verband bereits die klassenbewusste Arbeiterschaft mit den führenden Revolutionären in den sozialdemokratischen Organisationen; indem sie überall das Klassenbewusstsein weckte und die wenigen Anhänger des absterbenden absolutistischen Regiments von dessen zahlreichen Feinden isolierte, rief sie diese Feinde zum realen politischen Kampfe auf. Zwei feindliche Lager stehen sich bereits gegenüber mit einer unversöhnlichen Psychologie, mit einer polemisierenden Presse, mit Gewehren endlich, Steinen und Stangen, mit Fahnen, die nicht nebeneinander bestehen können. Ein fürchterlicher, blutiger Kampf findet statt, und es fallen zahlreiche Opfer im sozialrevolutionären Lager nicht nur durch Kugeln, Bajonette, Misshandlungen, Hunger und Gefängnis; die Verschickten, die Emigranten gehen zu Grunde, weil von seiten der mit ihnen platonisch sympathisierenden Mitbürger ihnen keine Hilfe kommt. Angesichts einer solchen geschichtlichen Gestaltung kann es nicht zwei Antworten auf die die demokratische Intelligenz quälenden Fragen geben. Das offizielle Leben stirbt ab, und das Leben einer neuen demokra-

tischen Gesellschaft beruft alle Kräfte, hat Arbeit für eine jede Individualität, und statt der griesgrämigen Alternative zu Anfang der 90er Jahre: »Arbeite mit der Regierung oder arbeite überhaupt nicht« giebt es einen breiten Spielraum auch für die neue demokratische Gesellschaft zu gemeinschaftlicher Arbeit. Ein jeder, der's kann, trete ein in die Reihen der aktiven Kämpfer der Revolution zur Agitation und Propaganda zum bewaffneten Widerstand gegenüber den Machthabern! Es arbeite zum Wohle der Menschheit in den Reihen der revolutionären Armee jeder, der darin seinen Lebenszweck sieht! Dem »Roten Kreuz« des Zarentums fliessen reichlich Hunderttausende von Rubeln von der Bourgeoisie zu, während das »Rote Kreuz« der russischen Revolution nur durch die äusserste Kraftanstrengung und durch Beiträge von seiten der armen russischen studierenden Jugend am Leben erhalten wird. Diesem muss man ununterbrochen seine Zeit, seine Kräfte, seine Mittel opfern. Der Kampf beginnt ja erst sich zu entfachen, und viele Leichen werden unsere Reihen aufzuweisen haben.

Und plötzlich ist in diesem Moment des Kampfes, gleichzeitig mit dem Beginn des japanischen Krieges, der Schatten einer neuen Reaktion aufgetaucht. Hypnotisiert durch die Artikel der liebedienerischen Presse war hier und da die Menge sich nicht im Klaren über ihr Verhalten dem Chauvinismus gegenüber und folgte den »demonstrierenden Patrioten«. Für einen Moment seelische Qualen, und dann wieder der einige Ruf: »Nieder mit dem Absolutismus!« Nur für einen Teil der jugendlichen Intelligenz ist dieses Moment noch nicht vorübergegangen. Sich unmittelbar von Gefühlen leiten lassend, will sie wieder für die Henker des Volkes arbeiten, im Glauben, dem Volkswohl damit zu dienen. Eine traurige Illusion: Die zarische Regierung wird in ihren politischen Spekulationen unter allen Umständen dafür Sorge tragen, dass das Konto »Ausgaben für sanitäre und medizinische Zwecke« ausgefüllt wird. Und voller Schadenfreude wird die Regierung unter diesem Posten Kandidaten aus den besten Kräften der Jugend registrieren, ohne ihnen zu gestatten, mehr Philantropie auszuüben, als sie, die Regierung, für nötig hält. Nachdem sie aber diesen »Posten« ausgestaltet haben wird, wird sie auch weiterhin sich mit der Zuführung von Patienten befassen, und zwar mit noch grösserem Eifer als vorher. Man bedenke! Ein doppelter Gewinn: Die militärische Wirtschaft wird sich gebessert, die Reihen der Feinde sich in gleichem Masse gelichtet haben. Unmöglich sollen wir zu gleicher Zeit mit den historischen traurigen und abstossenden Figuren: des Arztes als Zeuge von Folterungen durch die Rute und des Popen, der den Hinrichtungen beiwohnt, im Dienste der Regierung noch eine Figur erblicken — die des russischen, zur Intelligenz gehörigen Idealisten in der Eigenschaft als Samariter an dem speziell zarischen, für das russische Volk bestimmten Schlachthof!

Wird es wirklich dazu kommen, Ihr Herrschaften?

Die Redaktion der »Iskra«.

Genossen! vervielfältigt und verbreitet in Massen dieses Flugblatt!

II.

Der internationale Gendarm.

Wer wird siegen: Japan oder Russland? Die ganze Welt stellt diese Frage, die ganze Welt ist erregt, jeder, der lesen kann, stürzt sich hastig auf die erscheinenden Zeitungen, in ihnen Nachrichten von neuen Schlachten suchend. Wer wird siegen: Japan oder Russland?

Der Ausgang des Krieges interessiert den ausländischen Kaufmann — und das ist begreiflich! er hat Geschäfte mit Russland. Noch mehr interessieren sich für den Krieg die Bankiers — in der Kasse des Zaren liegt viel Geld, das gegen hohe Prozente, die vom russischen Volk bezahlt werden, bei ausländischen Bankiers entliehen worden ist. . .

Interessiert am Ausgang des Krieges sind auch die Regierungen der übrigen Mächte — wie sollten sie auch nicht? Siegt der Russe, so muss man sich vor Russland in Acht nehmen, da es zu stark und gefährlich wird; siegt Japan, so wird man wahrscheinlich mit den Japanern abrechnen müssen.

Doch nicht allein die ausländischen Kaufleute, Bankiers und Regierungen verfolgen mit Unruhe den Verlauf des Krieges — nein, auch die klassenbewusste Arbeiterschaft aller Länder lauscht nicht minder gespannt auf die Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Arbeiterzeitungen, die in anderen Ländern frei erscheinen dürfen, bringen ihren Lesern ausführliche Berichte über die Kriegslage, über die Kriegsstärke der beiden feindlichen Länder, Ausblicke auf die Zukunft. In zahlreichen öffentlichen Arbeiterversammlungen werden Vorträge über den Krieg gehalten — und die Arbeiter folgen aufmerksam den Ausführungen ihrer Redner.

Nicht aus müssiger Neugierde, nicht zum Zeitvertreib widmen die französischen, deutschen, englischen, amerikanischen Arbeiter ihre Zeit und ihre Aufmerksamkeit dem russisch-japanischen Kriege. Nein! Sie betrachten diesen Krieg wie eine sie persönlich betreffende Angelegenheit, sie erwarten mit grösserer Spannung den Ausgang des Krieges, als wie Streikende den Ausgang eines Streikes.

Ebenso aufmerksam verhalten sich die ausländischen Arbeiter allem gegenüber, was jetzt im Inneren Russlands vor sich geht; sie verfolgen jeden Streik, jede Demonstration, alles, was die gesetzliche und die ungesetzlich erscheinende Presse bringt.

Was wollen diese Arbeiter? Was erwarten sie? Was kann ihnen der Krieg geben oder nehmen?

Die klassenbewusste Arbeiterschaft aller Länder hat mit den aufgeklärten russischen Arbeitern den einen glühenden Wunsch: den Sturz des russischen Absolutismus. Der russische Despot hat energische Feinde nicht nur innerhalb, sondern auch ausserhalb der Grenzen des Landes, denn das russische Selbstherrschertum hat nicht es nur verstanden, den Weg der geschichtlichen Entwickelung des russischen Volkes mit Verbrechen zu übersäen, sondern hat auch seine Barbarenhand in der Geschichte anderer Völker im Spiele gehabt. Wollte man alle Ereignisse in Europa, in denen Russland die Rolle des Gendarmen oder Henkers gespielt hat, aufzählen, so würde man ein Verzeichnis erhalten, das bedeutend länger ist, als der Titel des russischen Selbstherrschers. Wo ganze Völker für ihre nationalen Rechte kämpften, wo einzelne Klassen für Freiheit und Gleichheit fochten — stand ihnen das russische Selbstherrschertum immer in Waffen gegenüber. Wo Regierungen über ihre Untertanen ein grausam Gericht walten liessen und an ihnen blutige Bestrafungen vornahmen, fanden sie im russischen Absolutismus stets eine kräftige Stütze. Er war immer auf Seiten der Unterdrücker — gegen die Unterdrückten, auf Seiten der Henker — gegen die Opfer.

Man braucht nur einen Rückblick auf die Geschichte zu werfen.

Italien z. B. befand sich eine lange Zeit über in völliger Knechtschaft unter Oesterreich, wie zur Zeit Polen sich in der Knechtschaft unter Russland befindet — stets hat der Absolutismus die österreichische Regierung gegen das italienische Volk unterstützt. Schon im Jahre 1821, als die Italiener sich zum erstenmal zum Kampf erhoben, sagte Alexander I., den Pfaffen und Beamte »der Gesegnete« nennen, zum Kaiser von Oesterreich: »Mein Heer steht Ew. Majestät zur Verfügung« — und 100000 russischer Soldaten erhielten den Befehl zum Schutze der österreichischen Knute auszurücken.

Dasselbe wiederholte sich unter Nikolaus I. Im Jahre 1847 überliess er der österreichischen Regierung sechs Millionen Rubel aus der Staatskasse, d. h. von dem Gelde des Volkes, zur Deckung der Unkosten bei der Niederwerfung Italiens, das sich von neuem zur Verteidigung seiner Rechte erhoben hatte. Bald darauf entbrannte ein Aufruhr in Ungarn, das von derselben österreichischen Regierung geknechtet wurde. Und was geschah? Nikolaus I. sandte sofort russische Soldaten, d. h. russische Leibeigene in Uniform, zur Unterdrückung des Aufstandes. Nicolaus I. verlangte nicht einmal von der österreichischen Regierung, dass sie den Unterhalt der ihr zu Hilfe entsandten russischen Armee von ihrem Gelde bezahle, — nein, er hielt es für seine Ehrenpflicht, aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln die Aufständischen zu zermalmen. Und die Ungarn wurden niedergemetzelt, und auf welche fürchterliche, blutige, verbrecherische Art und Weise! Noch bis auf den heutigen Tag lebt diese niedrige Abschlachtung, die von russischen Kosaken verübt ward, in der Erinnerung der Ungarn fort. So knechtete der russische Despot

mit Hilfe des geknechteten russischen Volkes das Ungarvolk dem österreichischen Despoten zuliebe!

Der Absolutismus konnte nirgends den Sieg der Freiheit dulden, weil politische Freiheit mit absolutistischer Kasernierung unvereinbar ist. Der Zarismus konnte nicht den Sieg der Gleichheit dulden, weil das Selbstherrschertum stets auf der Sklaverei der Untertanen begründet war. Das ist der Grund, weshalb es sich stets, soweit die Kräfte ausreichten, in die inneren Angelegenheiten anderer Länder mischte und in ihnen Finsternis, Sklaverei und Despotismus unterstützte. Besonders hat das deutsche Volk in seinem Kampfe für die politische Freiheit unter der Frechheit des russischen Zarismus zu leiden gehabt. Im Laufe ganzer Jahrzehnte steckte die russische Regierung ihre Hand in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, mit Krieg drohend, bestand sie auf die Einführung einer strengeren Zensur, verhinderte sie allerhand Zugeständnisse der Volksfreiheit und setzte die Hinrichtung aller Kämpfer für Volkswohl durch. Alles das der Monarchie, dem Absolutismus zu Ehren!

Wenn der russische Absolutismus in die Lage kam, Volksaufstände zu unterdrücken, so machte er keinen Unterschied weder in der Religion noch in der Nationalität. Er war bereit, dem türkischen Sultan zu helfen — und hat es öfters getan — gegen die »rechtgläubigen« Griechen und die auf dem Balkan lebenden slavischen Völker. Die Fahne, die Monarchie darf nicht berührt werden, und wenn die ungehorsamen Slaven des Balkans den Versuch machen, ihren Rücken von dem türkischen Yatagan zu befreien — so sind sie in den Augen der Petersburger Türken untaugliche Rebellen!

Das Selbstherrschertum hat mehr denn einmal darauf hingewiesen, dass es unter Alexander II. die Bulgaren vom türkischen Joche befreit hat. Doch warum? Nur um den türkischen Yatagan durch die russische Knute zu ersetzen. Russische Generäle wurden zu bulgarischen Ministern ernannt und — sie missbrauchten ihre Gewalt, raubten die Bevölkerung aus und suchten Bulgarien in ein gewöhnliches russisches Gouvernement zu verwandeln, bis schliesslich das bulgarische Volk die russischen Beschützer verjagte. Bis auf den heutigen Tag wiederholen die durch den Absolutismus »befreiten« Bulgaren bitter: »Wir brauchen weder russischen Met, noch den russischen Stachel«.

Wie verfuhr der Zarismus mit dem slavischen Polen? Im Bunde mit Deutschland, dem deutschen Oesterreich teilte er Polen in drei Teile auf und setzte den von Russland annektierten Teil einem bestialischen Polizeidruck aus. Alles das der Monarchie, dem Absolutismus zu Ehren!

Wo Selbstherrschaft — da ist Tod, Blut, Armut und Sklaverei! Wo Selbstherrschaft — da ist Fluch und Schrei des Entsetzens! Diese Politik von Eisen und Blut, von Vergewaltigung und Verrat, blieb unverändert seit der Stunde, wo der Absolutismus festen Fuss fasste, und wird unverändert bleiben, bis zu der Stunde, wo die Volksrevolution den Absolutismus zu Boden werfen wird. So wie eine auf der schiefen Ebene hinabrollende Kugel weder stehen bleiben, noch ihren Weg verändern kann, so kann auch der auf Vergewaltigung aufgewachsene, genährte und Tag für Tag auf diesem Boden lebende Absolutismus sich nicht seiner Natur entäussern. Ein Zar betrat nach dem anderen den Thron — es gab »Gesegnete« und »Befreier« und »Friedenszaren« — der Absolutismus drückte mit gleicher Kraft alles nieder, was den Kopf erhob — sowohl in Russland, als auch weit ausserhalb der russischen Grenze.

Und der jetzige Selbstherrscher Nikolaus II., von dem man getrost sagen kann: Nikolaus der Letzte, wandelt in seiner äusseren wie in seiner inneren Politik genau den Weg seines Vaters, Grossvaters und Urgrossvaters. Gewalttat und Verräterei, Verräterei und Gewalttat sind ihre geheiligsten Vermächtnisse.

Als im Jahre 1896 sich die Griechen zur Verteidigung ihrer von der Türkei bedrückten Brüder auf der Insel Kreta erhoben, unterstützte die Regierung Nikolaus II. die Macht des türkischen Sultans als die des »gesetzlichen« Gebieters. Und auch dieses Mal, wie bereits in früheren Jahren, waren die ewigen Lobeshymnen der Lakaien auf den Zaren, den Beschützer der bedrückten Christenheit, verschwunden. Auch dann, als die unerträglichen Grausamkeiten türkischer Baschibusuken die Armenier zum heldenmütigen Aufstand zwangen, dachte die Regierung des Zaren nicht an jene Lobeshymnen. Die Armenier hofften auf die Hilfe des Zaren, die seine Agenten ihnen zugesagt hatten; sie

erwarteten, dass »der grosse rechtgläubige Staat« sie aus türkischer Knechtschaft befreien werde. Die Regierung des Zaren verübte jedoch an ihnen den schmählichsten Verrat, indem sie verkündigte, die Rechte des türkischen Sultans müssten unangetastet bleiben. Sehr natürlich! Beraubt und vergewaltigt doch der türkische Sultan seine »Untertanen« mit demselben Recht, mit dem wir durch den Petersburger Sultan beraubt und vergewaltigt werden. Eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus! . . .

Bald darauf verriet das Zarentum auf dieselbe schimpfliche Weise die Bulgaren in Makedonien, die auf die Unterstützung des stamm- und glaubensverwandten Russlands gerechnet hatten. Der heldenmütige Freiheitskampf, den die Makedonier führen, kann nicht zur Befreiung dieses Volkes aus der türkischen Gewalt führen, weil Russland den Zerfall der Türkei nicht zulassen will, bevor es selbst nicht über die nötige Macht verfügt, um die durch den Sultan zerfleischten christlichen Völker sich zu unterjochen. Und tausende und abertausende armenischer und bulgarischer Familien werden unausgesetzt von türkischen Horden niedergemetzelt und vergewaltigt — weil das dem rechtgläubigen Zaren zum Vorteil gereicht. Das russische Zarentum hindert sogar die Regierungen Frankreichs und Englands daran, in der absolutistischen Türkei wesentliche Verbesserungen in der Lage der Makedonier durchzusetzen. Die russische Regierung fürchtet, dass Makedonien unter den Einfluss von Frankreich oder England gelangen könnte. Der Zar will aber alle slavischen Völker des Balkans unterjochen, so wie er die Mandschurei, Korea, ganz Asien, die ganze Welt zu unterjochen bestrebt ist...

Um seine teuflische Herrschsucht befriedigen zu können, steht dem russischen Zaren die grösste Armee der Welt zur Verfügung. Diese Armee rekrutiert sich aus dem Volke — ohne die Zustimmung des letzteren. Sie wird mit dem Gelde des Volkes bezahlt — ohne die Einwilligung desselben. Und dieses russische Millionenheer ist ein blutiges Gespenst, das die ganze Welt bedroht. Die übrigen Länder müssen, um sich vor Russland schützen zu können, bis ins Unermessliche ihr Heer und ihre Flotte vergrössern. Und diese fürchterliche Bürde des Militarismus bedrückt mit seiner ganzen Schwere die Arbeiterklasse. Ist es daher nicht begreiflich, dass das europäische Proletariat in dem russischen Absolutismus einen der Hauptschuldigen an dem wüsten Wachstum des internationalen Militarismus hasst, der Volksarmut und Volksverrohung zur Folge hat?

Doch das ist lange nicht alles. Das internationale Proletariat hat noch einen tieferen Grund ungeduldig auf jenen Freudentag zu warten, an dem der Zarismus zu Füssen des befreiten russischen Volkes verenden wird. Der Zarismus ist abstossend nicht nur durch seine früheren Sünden. Nein, solange der Zarismus lebt, bildet er eine drohende Gefahr für jenes grosse Ziel, das die klassenbewussten Arbeiter aller Länder vereinigt.

Welches ist das Ziel und inwiefern ist es durch den Zarismus bedroht? In allen Kulturländern, die schon die politische Freiheit erlangt haben, gehört zur Zeit die entscheidende Stimme in der Staatsverwaltung nicht der Arbeiterklasse, sondern der Bourgeoisie (Kapitalisten, Fabrikanten, Professoren . .) Weshalb? Weil die Bourgeoisie die Macht besitzt: Reichtum und Bildung. Selbstverständlich gebraucht die Bourgeoisie die Staatsgewalt ausschliesslich im eigenen Interesse. Welche Mittel ergreift nun das Proletariat, um der Herrschaft der Bourgeoisie ein Ende zu machen? Die politische Freiheit geniessend, die das Proletariat ebenso braucht wie Luft und Sonnenlicht, organisiert und schliesst es sich zu einer grossen politischen Macht zusammen, die schliesslich die ganze Staatgewalt, alle öffentlichen Angelegenheiten in Händen haben wird. Das Proletariat wird Arbeit zu allgemeiner Pflicht, die Früchte der Arbeit allen zugänglich machen. Es wird die Armut, die Prostitution und die Gefängnisse vernichten und alle Eiterwunden der heutigen Gesellschaft heilen. Also, die Uebernahme der politischen Macht in die eigenen zuverlässigen Hände — das ist das grosse Ziel, das sich das klassenbewusste Proletariat aller Länder gesetzt hat.

Mit einem durchdringenden Blick seinen gesellschaftlichen Gegner, die Bourgeoisie, messend, blickt das Proletariat eines jeden Landes sich um, ob

nicht ausserhalb der Grenzen desselben die Bourgeoisie äussere Verbündete, Freunde in benachbarten Ländern besitzt, die im entscheidenden Augenblick der Bourgeoisie zu Hilfe eilen werden im Kampfe gegen die Arbeiterklasse? Und da bleibt der Blick des revolutionären Proletariats sofort auf dem kolossalen zweiköpfigen Raubvogel des russischen Zarismus haften. Da ist der treue Freund der internationalen Ausbeutung, die zuverlässige Stütze der Kapitalisten, Pfaffen, Gutsbesitzer und anderer Ausbeuter aller Länder! In der Tat!

Kann denn das Zarentum ruhig mit ansehen, wie in allen Nachbarländern kühne Hände die Ketten ökonomischer Sklaverei sprengen, wie in Deutschland, Frankreich, Belgien, England, allüberall, eine wirtschaftliche Ausgleichung sich zu vollziehen beginnt, wie die grosse Arbeiterrevolution mit einem feurigen Ringe die russischen Grenzen umfasst und — ehe man es sich versieht — in das Gebiet des russischen Despotismus eindringen kann.

Nein! Der Zarismus kann in einem solchen Augenblick nicht ruhig bleiben — die europäische Bourgeoisie setzt all' ihre Hoffnung auf ihn. Der Zar hat Millionen von Soldaten, jeder Soldat hat ein Bajonett auf der Schulter und 10 Patronen in der Tasche — das reicht also aus gegen die Schädel und die Brüste des europäischen Proletariats! Die Unterdrücker aller Länder wissen bei Tag und bei Nacht, dass sie einen treuen Wächter besitzen — den internationalen Gendarm, der jederzeit bereit ist, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hinter sieben Schlössern zu verschliessen!

Und da in der ganzen Welt jetzt das Proletariat allein für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kämpft, so ist der Zarismus der Klassenfeind des internationalen Proletariats geworden. Die russische Arbeiterschaft muss daher begreifen, dass der Sturz des russischen Despotismus das Ende der internationalen Bourgeoisie beschleunigen und uns der glücklichen Zeit näher bringen wird, wo allgemeine Arbeit und allgemeiner Friede herrschen werden.

Arbeiter und Genossen! Ihr habt euch das Ziel gesteckt, das Selbstherrschertum aus dem Wege zu räumen. Ihr habt beschlossen, diesen Raubvogel zu erwürgen — vergesst nicht, dass dieser Vogel zwei Köpfe auf dem Halse sitzen hat. Der eine wendet seinen eigenen Schnabel gegen euch, der andere — gegen euere ausländischen Brüder! Befreit ihr euch, so befreit ihr auch sie! Durch Vernichtung des Zarismus werdet ihr dem Proletariat aller Länder die Hände lösen, ihr werdet ihm die Tore in das Reich des Sozialismus öffnen.

Möge das Bewustsein dieser Interessengemeinschaft der Arbeiterklasse aller Länder euch keinen Augenblick im schweren Kampfe mit dem Absolutismus fehlen! Möge das Bewusstsein der grossen, welthistorischen Aufgabe, die euch zugefallen ist, eure Herzen mit berechtigtem Stolze und revolutionärem Enthusiasmus anfüllen.

Vorwärts, Genossen! Jetzt ist jede Minute teuer! Der Absolutismus spannt alle seine Kräfte an in dem durch seine Schuld hervorgerufenen Kriege mit Japan. Wir müssen seine schwierige Lage ausnutzen. Wir müssen ihn zwischen zwei Feuer bringen: auf der einen Seite Japan, auf der anderen — die russische Revolution. Die Stunde der grossen Abrechnung mit dem Jahrhunderte alten Unterjocher des arbeitenden Volkes ist da. Mögen unsere Hiebe dichter, kühner und energischer auf unseren Feind herniedersausen, und wenn wir merken, dass er ins Wanken kommt — dann packen wir ihn am Halse und setzen ihm das Knie auf die Brust.

Februar 1904. Die Redaktion der »Iskra«.

Genossen! vervielfältigt und verbreitet in Massen dieses Flugblatt.

Das Manifest der englischen Gewerkschaften gegen den zollpolitischen Imperialismus.

An die Gewerkschaftler von Grossbritannien und Irland.

Nach sechzig Jahren Freihandelspolitik wird das Land aufgefordert, zum Schutzzoll zurückzukehren, und einer der Hauptgründe, der zugunsten des Wechsels angeführt wird, ist, dass die Arbeitsgelegenheit durch ihn vermehrt und die Löhne durch ihn werden erhöht werden. Wenn diese Ergebnisse die Folgen wären, müsste jeder Trade Unionist für den Schutzzoll stimmen.

Ist der Schutzzoll ein Heilmittel?

Wir haben jedoch die Erfahrung der ganzen gewerblichen Welt zum Führer. Der gegenwärtige Stand der Geschäfte bei uns ist schlecht — das Geschäft ist nach einem Kriege immer schlecht — und der Ausblick recht trübe. Aber im zollgeschützten Deutschland sind die Nachfragen der Arbeitslosen ebenso drückend wie hier, und im zollgeschützten Amerika ist die Zahl der geschäftlichen Zusammenbrüche im Verhältnis grösser als im freihändlerischen England. Wir ersehen daraus, dass unter dem Schutzzoll Arbeitslosigkeit und schlechtes Geschäft mindestens ebenso schwer drücken, als wie unter dem Freihandel.

Verarmt uns die Einfuhr?

Auf den ersten Blick scheint es, als ob die Menge von Gütern, die wir vom Ausland kaufen, eine Ursache der heimischen Beschäftigungslosigkeit sei. Ohne Zweifel leiden einige Gewerbe unter der freien Zufuhr. Aber diese Frage darf nicht vom Gesichtspunkt enger Lokal- oder Berufsinteressen betrachtet werden. Die Gewerbe, die von der freien Zufuhr gelitten haben, sind solche, die unter den britischen Bedingungen nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Sie können nur dadurch gedeihen, dass sie die Lohnarbeiter in anderen Gewerben ärmer machen. Stellt man den ganzen Betrag unserer Nationalwirtschaft in Rechnung, so kann nicht gesagt werden, dass dieser Betrag durch den Zollschutz erhöht werden würde, denn wir zahlen für unsere Einfuhr mit den Diensten, die wir dem Ausland leisten. Hörten wir auf zu kaufen, so würden wir aufhören zu verkaufen. Infolgedessen würden die kleinen örtlichen Vorteile, die der Zollschutz etwa herbeiführte, durch den Schaden, den er der Nationalwirtschaft als Ganzem zufügte, mehr als aufgewogen werden.

Wir müssen unseren Gewerbfleiss mit anderen teilen.

Es ist richtig, dass Deutschland, Amerika und die anderen Industrieländer mehr fabrizieren als ehedem. Wir haben einen grossen Vorsprung vor ihnen gehabt, aber keine Politik, die von uns ausgeht, kann Deutschland verhindern, seine Kohlen- und Erzlager zu verarbeiten, oder Amerika daran hindern, die Baumwollerzeugnisse seiner Südstaaten in Fabrikate zu verwandeln. Grossbritannien muss sich darin finden, den Welthandel mit seinen Konkurrenten zu teilen, denn es kann ihn nicht länger monopolisieren.

Es muss daher unsere Politik sein, mit unserem Reichtum hauszuhalten, und es muss alles beseitigt werden, was die Lasten unserer gewerblichen und arbeitstätigen Klassen erhöht.

Was der Zollschutz tun wird.

Wenn nationale Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit unsere beste Politik ist, so ist der Zollschutz doppelt zu verurteilen, denn seine unmittelbarsten und sichersten Wirkungen werden dahin gehen:

1. Die Bodeneigentümer in den Stand zu setzen, ihre Renten zu steigern.
2. Die Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen zu fördern, so dass Trusts die Preise und Arbeitsbedingungen diktieren werden, und damit
3. die Fähigkeit der Gewerkschaften, die Verhältnisse der Lohnarbeiter zu verbessern, einzuschränken.

Wir sind mehr wie bloss Freihändler.

Wir betrachten jedoch den Freihandel in keiner Weise als eine Lösung des Problems der Armut. Er ist ein gesundes Wirtschaftsprinzip, und darum treten wir in der gegenwärtigen Krisis für ihn ein. Er ist, so weit er geht, richtig.

Der Freihandel hat uns in den Stand gesetzt, Nationalreichtum anzuhäufen. Eine Politik der Arbeit muss nunmehr den Freihandel ergänzen, um uns in den Stand zu setzen, diesen Reichtum in gerechter Weise zu verteilen.

Wir müssen unsere Belastungen abwerfen.

Die Last des Grundherrentums, das niederdrückende Gewicht von Grubenrenten und Bergregalen, die unbilligen Differenzierungen und Erpressungen in den Tarifen unserer Eisenbahnen machen es nicht nur der britischen Industrie schwerer, der fremden Konkurrenz zu begegnen, sondern mehren auch die Schwierigkeiten der Lohnarbeiter, sich einen ordentlichen Lebensunterhalt zu erkämpfen.

Insofern daher die gegenwärtige Schutzzollagitation die Aufmerksamkeit auf die Lasten lenkt, die die britische Industrie zu tragen hat, sind wir Mr. Chamberlain dankbar. Der Feldzug der Schutzzöllner sollte der Anlass werden zum Triumph eines Programms der Sache der Arbeit.

Wir verteidigen nicht nur, wir greifen an.

Die Arbeiterpartei verlangt ein besseres Unterrichtswesen, eine wirksamere Anwendung der Wissenschaft im Gewerbe, besser ausgerüstete Staatsämter für Arbeiter- und Gewerbeangelegenheiten und, vor allem, progressive Besteuerung der Renten wie der nicht erarbeiteten und übermässigen Einkommen, so dass die Gesamtheit den Reichtum, den sie geschaffen, geniessen und diesen Reichtum zur Verringerung der Last von Steuern und Abgaben benutzen kann, die heute das berechtigte Gewerbe bedrücken. Wir sind ferner der Ansicht, dass angesichts der hohen Eisenbahnfrachten, die den britischen Produzenten abverlangt werden, die Frage der Nationalisierung der Eisenbahnen unverzüglich in Angriff genommen werden sollte.

Diese positiven Vorschläge bieten wir als Antwort dar auf Mr. Chamberlains Mahnrufe, dass wir unsere Schritte zurücklenken und den Beistand einer Steuerpolitik suchen möchten, die wir bereits versucht haben und die weder unser Gewerbsleben vor Verlusten schützte, noch unser Volk vor dem Verhungern bewahrte. Wir richten an die Arbeiter des Landes den dringenden Mahnruf, uns in einem Feldzug zu unterstützen, der den gewerbstätigen Klassen durch Steigerung der nationalen Leistungskraft heben und ihnen durch wesentliche Herabsetzung der Produktionskosten Vorteil bringen wird. Grossbritannien steht nicht vor seinem Ende; es beugt sich unter zu schweren Lasten. Der britische Arbeiter brauchte nie Hunger zu leiden, wenn seine Arbeit nicht dazu aufgewendet würde, müssige Klassen in Luxus zu erhalten. Lasset unseren Ruf sein:

Vermehrt die Arbeitervertretung im Parlament und weigert euch, nutzlose Lasten zu tragen.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

27. Februar 1904.

Etwas über Terrorismus. — Karl Kautsky, Allerhand Revolutionäres. — M. Lidin, Die Lage der russischen Arbeiter. — D. J. Bach, Arbeiterdichter; Luise Zietz, Das Kinderschutzgesetz und dessen Handhabung. — Literarische Rundschau. — Notizen.

5. März 1904.

Eine verhüllte Fremdherrschaft. — F. A. Sorge, Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten. — Otto Hué, Die preussische Regierung am Scheidewege. — Karl Kautsky, Allerhand Revolutionäres. — Literarische Rundschau. — Notizen.

12. März 1904.

Schlimmer als Jena. — Elna Madie, Die Arbeiterbewegung in Finnland und die russische Regierung. — F. A. Sorge, Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten. — Li, Der Klassenkampf in Georgien. — A. Winter, Die letzte Reichstagswahl in Oberschlesien. — Ernst Kreowski, Johannes Wedde als Dichter. — Literarische Rundschau.

19. März 1904.

Ausserhalb der Kultur. — Paul Lafargue, Marx historischer Materialismus. — Adolf Braun, Der Heimarbeiterschutzkongress. — J. German, Die Bedeutung der Dampfturbine. — H. Ströbel, Neue Lyrik. — Literarische Rundschau. — Notizen.

26. März 1904.

Von starken Männern. — Oda Olberg, Von Imola bis Bologna. — Gustav Jaekh, Der Aerztekonflikt in Leipzig. — Paul Lafargue, Marx historischer Materialismus; A. Hehr, Zur Frage der Tarifgemeinschaft. — Julian Borchardt, Die Arbeitergesetzgebung in den Vereinigten Staaten. — Notizen.

2. April 1904.

Preussische Hegemonie, russische Satrapie. — Carey und Bastiat, Ein Fragment aus dem Nachlass von Karl Marx. — Emile Vandervelde, Die klerikale Schutzpolitik in Belgien. — F. P., Die Arbeiter in der bildenden Kunst. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

März 1904.

Johannes Timm, Zum allgemeinen Heimarbeiterschutzkongress. — Eduard Bernstein, Das Konsumenteninteresse und der Heimarbeiterschutz. — Emma Ihrer, Die Aufgabe der Frau im Kampf gegen die Heimarbeit. — Dr. Eduard David, Die Eroberung der politischen Macht. — Wilhelm Kolb, Zur Frage des Generalstreiks. — Oda Olberg, Politische Anthropologie. — Kritische Bemerkungen. — Karl Eugen Schmidt, Steinlen. — Therese Schlesinger-Eckstein, Das Frauenwahlrecht auf sozialdemokratischen Kongressen. — Rundschau (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Geistige Bewegung, Bildende Kunst, Bücher, Notizen).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

März 1904.

Eugène Fournière, Les caractères scientifiques de l'économie sociale. — Adrien Veber, La Reforme générale de l'Impot. — Jean Jaurès, La Guerre russo-japonaise et l'Alliance franco-russe. — Le Congrès de Saint-Etienne. — Adrian Veber, Mouvement social.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. März 1904.

Ernest Lafont, Les résultats du Congrès de Saint-Etienne. — Edouard Berth, Le Retour à Kant. — La Guerre Russo-Japonaise et le Socialisme international. — Les Faits politiques. — Les partis socialistes. — Les Syndicats ouvriers. — Les Questions agraires. — Notes Bibliographiques.

L'Avenir Social, Brüssel.

März 1904.

Louis Bertrand, Comment je devins socialiste. — H. Greulich, La grève général. — La guerre en Extrême-Orient et le proletariat. — Le parti socialiste portugais. — Georges Herwegh, La Marseillaise des travailleurs. — La réunion du bureau socialiste international. — Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Coopératif.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. März 1904.

Editorial Brevities. — H. Quelch, The yellow Danger. — F. C. Watts, Socialism and Temperance. — F. Askew, Some Observations on Mr. Shaws Superman. — Paolo Orano, Patriarchs of Socialism. — C. Terry, The Theory of Value. — The Reviews. — Interesting Extracts from Various Sources. — Types of the Underman, Feuilleton.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. März 1904.

Leonida Bissolati, Socialismo e Governi; Relazione per il Congresso nazionale di Bologna. — Domenico Guerrini, Sussiste la decadenza fisica dei chiamati alla leva militare? — Filippo Turati, I Tribunali del lavoro e l'unificazione delle leggi che li concernono. — Giulio Casalini, Leggi sociali in gestazione: La legge sul lavoro risicolo.

16. März 1904.

Ivanoe Bonomi, La politica di emigrazione; colonizzazione interna e colonizzazione estera. — Luigi Negro, Azione socialista o anarchica? — Sylva Viviani, Le spese militari sotto il Ministero Zanardelli Giolitti. — Quirino Nofri, Un progetto di amministrazione autonoma delle Strade ferrate nazionalizzate. — Gaetano Salvemini, La legge sulle Scuole elementari.

1. April 1904.

In vista del Congresso. — Claudio Treves, Se il Congresso avrà il buon senso. — Ivanoe Bonomi, Riformismo socialista e riformismo rivoluzionario. — Guido Ceccaroni e Filippo Turati, Collaborazione di classi. — Giovanni Merloni, Il coraggio della logica: alla vigilia del Congresso di Bologna. — Garzia Cassola, Per la sincerità. — Leonida Bissolati, Il partito del Centro. — Filippo Turati, La legislazione sociale, ai proletari organizzati del mio paese. — Tito Barboni, L'opinioe di un indeciso. — Recenti pubblicazioni della Critica Sociale.

The International Socialist Review, Chicago.

1. März 1904.

Sen Katayama, Japanese Socialists and the War. — Marcus Hitch, Present State of Corporation Law. — E. H. Thomas, The Milwaukee Election. — Isaac Peterson, Labor on the Isthmus of Tehuantepec. — Andrew M. Anderson, The Elections in Australia. — Albert Thomas, German Trade Unions. — Ernest Untermann, Labriola on the Marxian Conception of History. — Charles H. Kerr, Comment by the Translator of Labriola. — W. Johnson, How to get the Co-operative Commonwealth.

Il Socialismo, Rom.

25. März 1904.

Enrico Ferri, Incubo. — Luigi de Vincolis, La riforma della senola e il militarismo economico. — Francesco Arcà, Teoria delle forze sociali. — Dalla Germania. — Dal l'Inghilterra. — Rivista delle Reviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — Disegni e caricature.

April 1904.

Enrico Ferri, Il compito pratico del Congresso di Bologna. — Rinaldo Rigola, Le associazioni di mestiere e il partito socialista. — Carbonay, Il problema ferroviario. — Adrel, Nella Francia. — Paolo Orano, I patriarchi del socialismo — Owen. — Arturo Salucci, Fisiologia della rivoluzione, di Arturo Labriola. — Rivista delle Riviste Socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della, cronaca internazionale.

Wilshire's Magazine, Toronto und New York.

März 1904.

Editorial Review. — Socialism inevitable: What Marx meant. — Ida Crouch Hazlett, Meaning of the Colorado Strike. — Jack London, The Tramp. — A. M. Simons, Machinery on the Farm. — Book Reviews.

V. In anderen Sprachen.

Nasi Zapiski, Laibach.

März 1904.

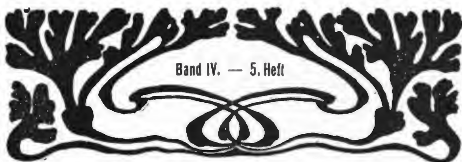
Verus, Studentensozialismus. — Etbin Kristan, Der Sozialismus und das geistige Leben. — Dr. L., Wie entstand die Arbeiterfrage? — Karl Linhart, Sozialistische Polemik. — Rundschau: Politik, Sozialismus, Soziale Politik, Gemeinde und Sozialismus. — J. S. Machar, Kroutil.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

April 1904.

Herm. Heijermans jr., Henri Hartog. — F. V. D. Goes, Het Partijcongres. — H. van Kol, In krimping onzer Kolonien. — J. D. Krijgsman, Ruilverkaveling. — H. Roland Holst, Kritiek og de nieuwe Arbeidswet. — J. G. Keefing, Organisatie der Nederlandsche Cooperaties. — L. H., De Strijd tusschen artsen en Ziekenfondsen in Duitschland. — Ant. Pannekoek, Treub over het Historisch Materialisme.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Agahd, K. **Kinderarbeit und Kinderschutz.** (Mit Text des Kinderschutzgesetzes.) Sozialer Fortschritt. Hefte und Flugschriften für Volkswirtschaft und Sozialpolitik. No. 4. Leipzig 1904, Felix Dietrich. 15 S. 8°. Preis: 15 Pfg.

Ein kurzer Abriss der Geschichte und Grundsätze des modernen Kinderschutzes. Die Kompetenz des Verfassers in dieser Materie ist allgemein bekannt.

Bernstein, Ed. **Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens.** Ein Vortrag, gehalten vor Berliner Arbeitern. Berlin 1904. Buchhandlung Vorwärts. 32 S. 8°. Preis: 20 Pf.

Ein Vortrag, der in gemeinverständlicher Form ein zusammenfassendes Bild der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit in ihren Hauptphasen zu geben sucht. Er ist in zehn kurze Abschnitte eingeteilt, von denen der letzte, »Die Keime der sozialistischen Wirtschaft«, eine Skizze der zum Sozialismus treibenden Kräfte und der ihn vorbereitenden ökonomischen Einrichtungen gibt.

Eyck, Dr. Erich: **Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine** 1863—1868. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1904, Georg Reimer. 102 S. 8°. Pr.: 1 Mk. 50 Pf.

Diese Schrift füllt eine Lücke in der Geschichtschreibung der deutschen Arbeiterbewegung aus. Sie schildert die Geschichte des Verbandes derjenigen wesentlich demokratischen deutschen Arbeitervereine, die im Jahre 1863 dem Ruf Lassalles zur Bildung eines im Sinne seines Programms wirkenden allgemeinen deutschen Arbeitervereins keine Folge gaben, sondern fortfuhren, mit den bürgerlich-liberalen und bürgerlich-demokratischen Parteien engere Fühlung zu halten. Im Gegensatz zur Lassalleschen Schöpfung gaben sich diese Vereine eine sehr lose Gesamtorganisation, worunter ihre Leistungsfähigkeit in Bezug auf Propaganda durch Vorträge, Broschüren und Zeitungen nicht wenig litt. Dazu fehlte ihnen im allgemeinen der einheitliche Zug und das innere Feuer, das der Lassalleschen Bewegung die Kraft gab, trotz aller sie ursprünglich heimsuchenden Zwistigkeiten immer wieder eine eindrucksvolle Propaganda auszuüben. Die Zentralinstanz, die sie sich auf ihrem ersten, nur wenige Monate nach Gründung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Frankfurt am Main zusammengetretenen Vereinstag gaben, der ständige Ausschuss des deutschen Arbeitertags, hatte nur geringe Vollmachten und Mittel und war obendrein eine recht schwerfällige, unverhältnismässig viel Schreibereien etc. in Anspruch nehmende Maschine, so dass es immer nur das besondere Verdienst einzelner Mitglieder dieses Ausschusses war, wenn Nennenswertes von ihm für die Vereinsbewegung geschah. So kam es, dass diese, die ursprünglich und noch etliche Jahre später mehr Mitglieder gezählt hatte, als der

Lassallesche Verein, verhältnismässig schnell gegenüber diesem ins Hintertreffen geriet. Später trieben die Ereignisse von 1866 einen Keil in die Bewegung, der radikalere Flügel entwickelte sich immer weiter in der Richtung zur Sozialdemokratie und schwenkte schliesslich — 1868 in Nürnberg — mit der Annahme des Programms der Internationale zu dieser ab, während der rechte, gemässigte Flügel vollständig zerbröckelte und nur noch in einzelnen gänzlich versprengten Resten fortvegetiert.

Der Verfasser schildert diese Bewegung, in der wir Namen wie August Bebel, Hermann Greulich, Karl Hirsch, Friedr. A. Lange, Wilh. Liebknecht, Jul. Motteller, Robert Schweichel einerseits und Ludwig Büchner, L. Eckardt, Max Hirsch, Eugen Richter, Herm. Schulze-Delitzsch, Leop. Sonnemann, L. Uhlich, Max Wirth etc. andererseits begegnen, vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt aus, aber ohne besondere Gehässigkeit gegenüber der Sozialdemokratie. An einigen Stellen polemisiert er gegen Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bezw. stellt darin enthaltene Angaben richtig. Mit grosser Lebhaftigkeit verteidigt er die bekannteren bürgerlichen Förderer der Arbeitervereine gegen den Vorwurf des Manchestertums. Er geht vielfach genauer und mit Verständnis auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten der verschiedenen Vereinstage ein und liefert so einen interessanten Beitrag zur Geschichte der Ideenentwickelung in der deutschen Arbeiterbewegung. Wer sich für diese interessiert, wird, welchen Standpunkt er auch einnimmt, die flüssig abgefasste Schrift willkommen heissen.

Ferguson, Adam. **Abhandlung über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft.** Aus dem englischen Original, und zwar der Ausgabe letzter Hand (7. Aufl. 1814) ins Deutsche übertragen von Valentin Dorn und eingeleitet von Prof. Dr. Heinrich Waentig. Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister in selbständigen Bänden herausgegeben von Prof. Dr. Heinrich Waentig. Jena 1904. Verlag von Gustav Fischer. 394 S. Taschenformat. Preis: 4 Mk.

Es war ein durchaus glücklicher Gedanke von Prof. Waentig in Münster, Adam Fergusons merkwürdiges soziologisches Werk, dessen erste Auflage im Jahre 1767 erschien, in seine den breiteren Kreisen der Gebildeten zugängliche »Sammlung« aufzunehmen. Denn nicht nur vom rein historischen Standpunkte, sondern auch sachlich bietet das Buch Wertvolles. Fergusons Platz in der Geschichte der Sozialwissenschaft befindet sich zwischen den drei grossen Franzosen Montesquieu, Turgot und Voltaire einerseits und seinem grossen Schüler Adam Smith andererseits, dessen epochemachendes Werk er gelegentlich, wie folgt, verkündete: »Das Publikum wird bald mit einer nationalökonomischen Theorie versehen sein, die dem Besten ebenbürtig sein wird, was jemals über irgend eine wissenschaftliche Frage veröffentlicht wurde« (S. 202—3). Der Ausgangspunkt Fergusons ähnelt sehr dem der vier genannten Geister. In den »menschlichen Angelegenheiten« erblickt er ein Objekt wissenschaftlich-empirischer Forschung. Die menschlichen Fähigkeiten, die sozial-psychischen Potenzen der menschlichen Natur, die er, im Interesse der Kulturkunde, von »allen anderen Teilen der beseelten Schöpfung« (S. 14) unterschieden wissen will, sind ihm die Grundlage aller sozialen Bildung, aller Kultur. Die menschliche Natur selbst aber ist »unter verschiedenen Himmelsstrichen und in verschiedenen Zeitaltern ausserordentlich abgestuft«. Seiner Methode nach bereitet Ferguson die soziologische Betrachtungsweise vor, wie sie in der nachfolgenden klassischen Nationalökonomie zu Tage getreten ist, und dies trotz des historisch klingenden Titels seines Buches. Das Ganze ist von einem starken antimaterialistischen und antirationalistischen Zuge getragen. Ferguson sucht mittelst einer sozialnaturalistischen Behandlung der psychischen Eigenschaften des Menschen Einsicht in das Wesen der »bürgerlichen Gesellschaft«, resp. der »gesitteten Handelsvölker« zu gewinnen, und auf solche Weise gestaltet sich seine Abhandlung zu einer soziologisch-wissenschaftlichen Begründung des Liberalismus. — Nicht alle theoretischen Fragen, die im vorliegenden Buche aufgeworfen werden, hat die heutige Soziologie gelöst. Es werden bei Ferguson

sozialphysiologische Probleme gestreift, die leider auch heutzutage noch sehr stiefmütterlich behandelt werden. Der Tendenz der modernen Soziologie, alle Lebensäusserungen des Zusammenlebens in einem einheitlichen Zusammenhange zu begreifen, geht F. mit vollem Bewusstsein nach.

Demgemäss wird es hier angebracht sein, einiges aus dem Inhalte des Buches hervorzuheben. An einer Stelle, wo Ferguson die Eigenschaften und Triebkräfte, die im Leben der Menschen zur Aeusserung gelangen, aufzählt, bemerkt er: »So lange die Anlagen, die zur Erhaltung des Individuums dienen, in der Art instinktiver Wünsche wirken, sind sie beim Menschen fast dieselben wie bei den anderen Tieren. Aber bei ihnen werden sie früher oder später mit Ueberlegung und Voraussicht verbunden; sie erwecken sein Verständnis für den Begriff des Eigentums und machen ihn bekannt mit jenem Gegenstand der Sorge, den er sein Interesse nennt« (S. 15). Die Erhaltungstriebe und die Interessen umfassen aber nicht alle Beweggründe der menschlichen Tätigkeit (S. 20 f.). Nicht jede heftige Erregung der Menschen ist dem blossen Eindruck von Gewinn oder Verlust zuzuschreiben, es sind noch sittliche Gefühle tätig. »In der Gemeinschaft fängt unser Herz Feuer, während der blosse Interessengesichtspunkt nichts Zündendes hat« (S. 44). Bei den verschiedenen Zusammenstössen der Menschen »wird eine Flamme entzündet, die Rücksichten auf Eigentum oder Sicherheit nicht einschränken können« (S. 45). Auf solche Weise bildet sich »im Verein mit der Kraft der Ueberlegung und der Vernunft die Basis einer sittlichen Natur« (ibid.).

All die Eigenschaften des sozialen Menschen (und Ferguson hat immer nur mit dem Menschen als Glied der Gesellschaft zu tun) können je nach den Umständen zu diametral entgegengesetzten Zwecken dienen. »Es gibt eine Ausdehnung der Fähigkeit und eine Empfindsamkeit des Geistes, die sowohl den Wilden wie den Bürger charakterisieren können, den Sklaven sowohl wie den Herrn; und die gleichen Geisteskräfte können sich verschiedenartigen Zwecken zuwenden« (S. 152f., 156). Die geographische Lage, das Klima, die herrschende Eigentumsform, die Regierungsweise u. s. w. bestimmen die Richtung der Betätigung. — F. teilt die gesamte menschliche Geschichte in drei Perioden ein: in die der Wildheit, der Barbarei und Zivilisation, und jede derselben wird durch eine bestimmte soziale Aeusserungsform der gegebenen Eigenschaften charakterisiert. Die Art der Lebenserhaltung bringt nach F. die Verschiedenheit der drei Zeitalter hervor. Die Wilden kennen noch kein Eigentum, die Barbaren neigen instinktivmässig zum Eigentum, in der Zivilisation bestimmt das Gesetz die Vermögensverhältnisse. Ueberhaupt entstehen die sozialen Gebilde auf Grund sozusagen innerer Notwendigkeit.

Ein stark antiteleologischer Zug zeigt sich auch bei Behandlung der politischen Lebensformen. Ferguson bekämpft aufs entschiedenste die sog. Vertragstheorie, indem er auch die politischen Einrichtungen als Ergebnis menschlichen Handelns auffasst, das sich aber seinerseits als Folge der Betätigung der Anlagen herausstellt (vergl. S. 171—2). Die grössten Umwälzungen erleiden die Gesellschaften zu einer Zeit, da an keine Veränderung gedacht wird (ibid.). »Keine Verfassung wird auf Verabredung gebildet, keine Regierung nach einem Plane eingerichtet. Die Bürger eines kleinen Staates kämpfen für die Gleichheit, diejenigen eines grösseren sehen sich auf eine bestimmte Art in Klassen eingeteilt, die den Grund zur Monarchie legt. Sie schreiten auf kaum fühlbare Weise von einer Regierungsform zur anderen und adoptieren häufig unter alten Namen eine neue Verfassung«.

Die naturalistische Betrachtungsweise, die Ferguson in der Behandlung sozial-ökonomischer und sozialpolitischer Fragen beobachtet, führt ihn zu Sätzen, wie den, dass der Staat, wenn er die Gesellschaft erhält und nicht zerstört, dann alles getan hat, dessen er überhaupt fähig ist. F. sucht die Grenzen der Wirksamkeit des Staates festzustellen, wobei er in ähnlicher Weise argumentiert, wie später W. von Humboldt in seinem bekannten Versuch. »Der Zweck der Gewerbstätigkeit ist, den Einzelnen zu bereichern; je mehr er für sich selbst gewinnt, um so mehr vermehrt er den Reichtum seines Landes. Wenn dabei ein Schutz erforderlich ist, muss er ihm gewährt, wenn Verbrechen und Betrügereien begangen werden, müssen sie verhindert werden. Mehr aber darf die Regierung sich nicht herausnehmen« (S. 201). Ferguson

gerät in Wut, wo die Rede von sozialer Fürsorge, von Sorglosigkeit und dergl. ist. Er fürchtet, die menschlichen schöpferischen Anlagen würden erschlaffen. Der psychologische Hintergrund seiner Gegnerschaft ist in der Feindschaft des alten Liberalismus wider den väterlichen Despotismus zu suchen. — In ähnlicher Weise behandelt F. die Politik der Regierung bezüglich des Bevölkerungsproblems. Dabei macht er die Entdeckung, dass das Wachstum des Reichtums die Vermehrung der Bevölkerung bedinge (siehe S. 195 und 192ff.). Man suche nur den Gewerbefleiss zu fördern, die Sicherheit der Person und des Eigentums zu schützen, und die Bevölkerung werde stetig wachsen.

Die »wirtschaftliche Kultur« könne aber keine Fortschritte machen, »bis die verschiedenen Aufgaben, die eine besondere Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit erfordern, voneinander getrennt und verschiedenen Personen anvertraut sind (S. 253). »Die Teilung der Künste und der Berufe«, deren Zusammenhang F. sehr gut kennt, sind die eigentliche Quelle des Reichtums. F. sind auch die sozialpsychischen Beziehungen nicht entgangen, die als Folge der Arbeits- und Berufsteilung sich ergeben. Die letztere führt zu Unterordnungen verschiedener Art. Die Beschäftigungen flössen auch verschiedenartige Gefühle ein (S. 258—9). Auch die Sitten unterliegen dem Einfluss der Berufe. »Jeder Beruf hat seinen Ehrbegriff und seine Sitten« (S. 266). Ueberhaupt geht der Verfasser den mannigfachen Einflüssen nach, die die sozialen Gebilde auf die Lebensführung, auf das Aussehen des Bürgers u. s. w. ausüben (s. S. 267, 283 u. a. a. O.), wobei sehr wertvolle Beiträge zur Sozialpsychologie zusammengebracht werden. Auch die Schäden, die die Berufsteilung mit sich bringt, werden gelegentlich registriert. Ohne sich dessen ganz bewusst zu sein, übt hier der Apologet der »bürgerlichen Gesellschaft« sehr scharfe Kritik an dem Leben der »gesitteten Handelsvölker«. — Und was für Kritik! »Handel und Gewerbe — schreibt F. — mögen fortfahren, zu gedeihen, aber sie gewinnen einen Vorrang nur auf Kosten anderer Bestrebungen. Das Verlangen nach Gewinn erstickt die Liebe zur Vollkommenheit. Der Eigennutz ernüchtert die Einbildungskraft und verhärtet das Gemüt nur .... treibt das Talent und selbst den Ehrgeiz hinter das Rechenpult und in die Werkstatt«. Während die Berufsteilung eine »Vervollkommenheit der Geschicklichkeit« zur Folge hat, führt sie »doch am Ende und in ihren äussersten Folgen gewissermassen dazu, die Bande der Gesellschaft zu zerreissen, leere Formen und Regeln der Kunstfertigkeit an Stelle der Genialität zu setzen« (S. 306 f.). Ferguson fühlt, dass ein sozialisierendes Bewusstsein hier helfen könnte, und als Liberaler wendet er sich der »nationalen Kraft« zu. Auch die vom Zeitgeist in Aussicht gestellte Demokratie scheint ihn nicht zu befriedigen. »Die Demokratie wird nur schwer erhalten bei der herrschenden Ungleichheit der Lebenslage und der ungleichen Ausbildung des Geistes, welche die verschiedenen Bestrebungen und Tätigkeiten begleiten, die die Menschen im vorgeschrittenen Zustande wirtschaftlicher Kultur scheiden« (S. 263).

Der Vollständigkeit halber sei hier noch die Ansicht Fergusons von den Existenzbedingungen der Wissenschaft und Künste gestreift. Alle wissenschaftlichen Ansichten und überhaupt jede Literatur betrachtet Ferguson als Potenzen der menschlichen Natur, die aber erst des »geschäftigen Lebens«, der Gesellschaft, bedürfen, um entwickelt zu werden. Er geht hier sogar so weit, den Einfluss der sozialen Klassengestaltung auf den Wortschatz der Poesie nachzuweisen (siehe S. 243—5) und zu zeigen, wie die »Gesellschaft als Schule der Wissenschaft« (S. 248) aufgefasst werden kann. —

Um unseren Bericht zu schliessen, wir haben hier mit einem merkwürdigen Dokument des XVIII. Jahrhunderts zu tun, das sehr viele Forscher angeregt zu haben scheint und noch heute anzuregen vermag. Es ist ein Buch, das in einer geistig aufgeregten Zeit entstanden ist und das von einem, der dem Leben nahe stand, verfasst wurde. Denn »selbst die Wissenschaft, die angebliche Tochter der Muse — schrieb derselbe Verfasser — verschmachtete im Schatten mönchischer Zurückgezogenheit. Menschen, die fern von den Objekten nützlicher Erkenntnis leben und von den Beweggründen, die einen tätigen und starken Geist beseelen, unberührt bleiben, können nur das Kauderwelsch technischer Ausdrücke hervorbringen und die Narretei akademischen Formelkrams aufhäufen«. — *Braud.*

Ferguson, Charles. **Lebensbejahung** Eine Darstellung des Ursprunges und der Mission des amerikanischen Geistes. Uebersetzt von Cecilie Mettenius. Leipzig 1903. Eugen Diederichs. 140 S. 8°. Preis: br. 2,50 Mk.; geb. 3,50 Mk.

Der Amerikaner Ferguson, der freundlichst in den Prophetenkreis des Diederichsschen Verlags aufgenommen zu sein scheint, beginnt seine Bekenntnisse, wie folgt: »Das Getöse der Schlachten verstummt. Wir sind des Heroismus der Massen müde. Eine Masse ist nicht besser als eine andere und war es nie. Die einzigen wertvollen Siege sind die, welche ein Mensch gegen den Pöbel gewinnt. . . . Jedes schöne freie Leben ist eine Herausforderung an die ganze Welt». . .

Bekanntlich bieten solche Reden heutzutage nichts neues. Nicht selten bekommen wir sie von den »viel zu vielen« Nachplappern Stirners und Nietzsches zu hören und wir könnten ruhigen Gewissens auf dem Kontinent die überseeische Publikation mit Stillschweigen übergehen, enthielte sie nicht einen wenn auch uralten Gedanken, dessentwillen sie von den Lesern der »Documente des Socialismus« beachtet zu werden verdient.

Mr. Ferguson ist mit der flachen Auffassung der Demokratie unzufrieden. Er will sie »vertiefen« und demgemäss geberdet er sich als der einzig wahre Vertreter des demokratischen Prinzips, das er etwas eigenartig zu verstehen vorgibt. Der kurze Sinn seiner langen, leidenschaftslosen, in trockene Sprüche gekleideten Rede ist folgender. In der menschlichen Gesellschaft aller Zeiten vollzieht sich ein Uebergang von der Herrschaft der natürlichen Kräfte über den Menschen bis zur Herrschaft des menschlichen Ideals, d. h. der menschlichen Wünsche und Lebensäusserungen über die autoritativen Ordnungen im Denken und Leben. Diesen zwei entgegengesetzten Lebenstendenzen korrespondiert in der Geschichte ein aristokratisches und demokratisches Regime. Die Aristokratie beruht auf der Unterordnung des Menschen unter ein äusseres Gesetz, unter »die Natur der Dinge«, die Demokratie stützt sich auf die Unterordnung der sozial-geistigen Mächte unter den Willen des Einzelnen. Dort der Wunsch, eine Lebensordnung zu schaffen, die auf die Uebereinstimmung der Menschen über das, was sein muss hinausläuft, hier dagegen sucht man die sozialen Einrichtungen auf dem Wünschenswerten, bezw. auf der »Freiheit« zu gründen. In der Aristokratie wird der einzelne nach den ihm vom »Gesetz«, von der Autorität zugeschriebenen Leistungen belohnt und bestraft, in der Demokratie dagegen wird jedem nach seinen Bedürfnissen und Wünschen die Befriedigung zu teil. Dieser Gegensatz zwischen »Aristokratie« und »Demokratie« spiegelt sich in allen Aktionen der Geschichte wieder. Das Christentum, z. B., ist der vornehmste Ausdruck des demokratischen Weltgedankens, nun wurde es aber auf manche Irrwege gebracht. Denn die Religion als solche musste auch die Wirkung des weltlichen Gegensatzes auf sich erfahren. Der theokratische Gedanke in der Religion , der in der Behauptung der Freiheit Gottes zum Ausdruck kam, räumt Platz der demokratischen Auffassung, die die Freiheit überhaupt verkündet. Und die Religion aller Zeiten strebte nach Ferguson darnach, dem Menschen Freiheit, die ja sein Wesen ausmacht, zu gewähren. Denn Freiheit enthält den Glauben, das Gefühl des Unendlichen und Geheimnisvollen, des Unergründeten, — alles Züge der »Religiosität«.

Bis hierher, wie man sieht, Gedanken, die den anarchistischen Doktrinen nahe stehen. Das Originelle, das wir dem Verfasser ganz und gar gönnen, kommt erst dort zur Sprache, wo es gilt, für die »religiöse« Grundnatur des Menschen, resp. für das Freiheitsprinzip eine entsprechende soziale Form zu finden. Eine demokratische katholische Kirche — ist die Meinung Fergusons — wäre imstande, das Ideal des Menschen im Gegensatz zum »willkürlichen Gesetz« zu verwirklichen. Und Amerika — dieses traditionsloseste Land der Welt, kann nun an das Aufrichten kosmopolitischer, in Freiheit organisierter Kirchen herantreten. Die Herrschaft der universellen, die geistige Minderheit umfassenden katholischen Kirche über das Staatsleben würde soviel, wie die Herrschaft der menschlichen Ideale, bezw. des »demokratischen« Prinzips über die autoritative Ordnung bedeuten. — Eine geistliche Oligarchie macht daher das Wesen der wahren Demokratie aus. Der Verfasser fühlt offenbar, dass seiner auf subjektivistischen Wünschen basierenden »demokratischen« Individualität

ein antikultureller, weil der sozialen Bewertung entbehrender Zug innewohnt, und sucht sein Heil in einer geistigen Gemeinschaft, resp. Kirche, die dem Leben eine gewisse Feierlichkeit und Sicherheit verleiht. Im Institut der Kirche kommt die »Lebensbejahung« des »demokratischen« Zeitalters zum Ausdruck.

Wenn wir die in Betracht kommende Schrift als eine Art Carlylismus auf moderner neu-katholischer Grundlage bezeichnen würden, so wäre damit beinahe alles gesagt, was hier gesagt werden sollte. *Brand.*

Glaser, Friedrich, Dr. der Staatswirtschaft. **Die Franziskanische Bewegung.** Ein Beitrag zur Geschichte sozialer Reformideen im Mittelalter. Münchener volkswirtschaftliche Studien. Herausgegeben von Lujo Brentano und Walther Lotz. 59stes Stück. Stuttgart und Berlin 1903. J. G. Cottasche Buchhandlung. 166 S. Preis: 4 Mk.

Ein besonderes Gefühl bemächtigte sich meiner während der Lektüre der durchaus ehrlichen und fleissigen Arbeit Glasers. Das ewige Drama vom Lebenswandel menschlicher Ideale und Werte schwebte vor meinen Augen. Eine seltsame Geschichte des menschlichen Lebensopportunismus ist ans Tageslicht getreten. Im Buche Glasers wird namentlich ein Stück Geschichte eines nicht minder seltsamen sozial-kulturellen Ideals erzählt: das »arme Leben« als Ideal, der freiwillige Bettler als hoher Menschentypus und würdiger Träger desselben.

Es gab im Mittelalter eine Zeit, wo man dem mit der Entwickelung der Geldwirtschaft und des Staatslebens verschärften sozialen Problem dadurch beizukommmen glaubte, dass man ihm einfach den Rücken kehrte. Dies war um so leichter, als die evangelische Ueberlieferung das drückende Problem der Zeit in derselben Richtung gelöst zu haben schien. Nur eine Alternative kannten die aufrichtigen sozialen Geister des Mittelalters: entweder vollkommene Lossagung vom Ideal des Evangeliums, was den Verzicht auf das »vollkommene« und namentlich konfliktslose und anspruchslose Leben bedeutete, oder Loslösung vom wirtschaftlich-sozialen mit Erwerb, Kampf, Hab-, Begier- und Ruhmsucht verbundenen Dasein. Die Kirche, aus deren Reihen einst die Predigt des radikalen Kommunismus des Konsums zu vernehmen war, ging notgedrungen den ersten Weg, die Idealisten des Mittelalters wählten den zweiten und gerieten so in heftige Opposition mit dem herrschenden sozialen Institut, mit der Kirche, die ihnen nicht selten nur den Scheiterhaufen bieten konnte.

Inmitten der nach Verwirklichung des Ideals des armen Lebens strebenden Geister erhob sich Franciscus von Assisi; er drückte der ganzen Bewegung den Stempel seiner schlicht-grossen und zarten Persönlichkeit auf und veranlasste die planmässige Gründung mehrerer Orden und Genossenschaften von freiwilligen Bettlern. Wenn der Verfasser die im höchsten Grade interessante kulturpsychologische Seite des »armen Lebens« als sozialen Ideals und Daseinssinns ganz ausser acht lässt, wodurch ihm die tiefere Einsicht in das Wesen dieser merkwürdigen weltgeschichtlichen Erscheinung entging, so hat er doch sein Bestes getan, um uns die äusseren Wandlungsformen der in Betracht kommenden sozialen Reformidee bei den Vorläufern des Franziskaners und besonders bei seinen Nachfolgern und Zeitgenossen (z. B. bei den franziskanischen Gelehrten und Predigern, in den Sekten der sog. Apostelbrüder, der Spiritualen, Fraticellen und Beghinen) vorzuführen und sie in einen Zusammenhang, wenn nicht mit dem gesamten mittelalterlichen Zeitgeist, so doch wenigstens mit der kirchlich-wirtschaftlichen Seite desselben zu bringen. Damit hat er mehr als eine pragmatische Dogmengeschichte des »armen Lebens« geliefert, damit hat er auch soziologische Ansätze zum Verständnis des in Frage stehenden sozialkulturelllen Opportunismus gegeben, die dem soziologischen Forscher des kommunistisch-proletarischen Bewusstseins des Mittelalters zu gute kommen werden. Nur irrt der Verfasser, wenn er nach landläufiger Sitte die kommunistischen Bestrebungen des Mittelalters im Gegensatz zu den neuzeitlichen als Verzweiflungsideale hinstellt. Das in seinem Buche zusammengetragene Material hätte ihn anders belehren sollen. Gerade im Bewusstsein der Träger des Ideals des »armen Lebens« leuchtet ein trotziger, revolutionärer Geist hervor, dessen Hauch in dem modernen, prinzipiell neuen proletarischen Bewusstsein noch nicht ganz verblasst zu sein

scheint. Verachtung in jeder Hinsicht spricht der »zielbewusste« »Arme« des Mittelalters aus. »Iacopone da Todi, einst ein gefeierter Rechtsgelehrter, dann Minorit, ein Mann, der von der Welt ins Kloster, vom Kloster in den Kerker und vom Kerker auf den Altar gelangte«, sang ein stolzes Lied der »Armut«:

»Armut geht auf sichern Wegen« etc. Dann
»Armut ruhig bis zu Ende,
Sorget nicht um Testamente,
lässt die Welt, wie sich wende,
tut nicht einem was zu leid.«
»Braucht nicht Richter noch Notare« etc. Dann:
»Armut, Herrin voll Erbarmen,
Retterin du im Verarmen,
Tugend ruht in deinen Armen,
Wohnet da in Sicherheit.«
»Edle Armut, hehres Wissen,
Keinem Dinge dienen müssen,
Mit Verachtung alles missen,
Was geschaffen in der Zeit.«

Die Besitzlosigkeit als psychologischer Hebel einer idealistischen und namentlich revolutionären Gesinnung wird bekanntlich von manchem noch heute gepriesen. — Immerhin verkenne man keineswegs den greifbaren Unterschied des mittelalterlichen Kommunismus von den derzeitigen sozialistisch-kommunistischen Bestrebungen: das Mittelalter bezeichnete seine »Kommunisten«, seine »Armen« als Heilige, unserer Zeit kommen diese mittelalterlichen Idealisten als Reaktionäre vor. *Brand.*

Heimarbeit, die, in der **Tabakindustrie** in Hamburg, Altona-Ottensen und Wandsbeck. Ein Beitrag zur Erkenntnis der sozialen Lage der Tabakarbeiter. Altona, März 1904. Verlag der Vorortskommission Altona des deutschen Tabakarbeiterverbandes. 30 S. 8°.

Eine höchst instruktive Zusammenstellung der Ergebnisse einer sich auf 122 Heimarbeitsbetriebe erstreckenden Erhebung über die Lage der Heimarbeiter in der Tabakindustrie der im Titel genannten Orte. Die Herausgeber der Schrift treten unter Berufung auf die vorgeführten Tatsachen — jämmerliche Bezahlung der Heimarbeiter und jammervolle, aller Hygiene spottende Beschaffenheit ihrer Wohn- und Arbeitsräume — und den Umstand, dass alle sonst vorgeschlagenen Mittel sich als unwirksam erwiesen haben, sehr energisch für ein gänzliches Verbot der Hausindustrie des Tabakgewerbes ein.

Hirsch, Dr. Karl, Gerichtsassessor. **Zur Kartellfrage.** Jena 1904. Gustav Fischer. 32 S. gr. 8°. Preis: 80 Pf.

Die vorliegende Arbeit ist eine Art Ergänzung der Abhandlung des Verfassers über die rechtliche Behandlung der Kartelle und weist dieselben Vorzüge auf, wie diese: knappe, klare Darstellung, scharfe juristische und ökonomische Begriffsbestimmung, einem freien, wissenschaftlich-kritischen Standpunkt. Der Verfasser verlangt für die Arbeiter den Kartellen gegenüber als Gebot der Gerechtigkeit volle Koalitionsfreiheit. »Abgesehen von den Tatsachen,« schreibt er, »rechtfertigt die aus dem Kartellzweck sich ergebende Möglichkeit missbräuchlicher Eingriffe des Kartells in die Arbeiterverhältnisse das Verlangen nach staatlicher Anerkennung gleichberechtigter Arbeiterorganisationen, nach Gewährung voller Koalitionsfreiheit« (16). Den Konsumenten gegenüber soll den monopolisierten Kartellen der Kontrahierungszwang auferlegt werden, wie er für Post, Eisenbahn etc. schon heute besteht. Der Verfasser begründet dies unter Bezugnahme auf Bestimmungen des positiven Rechts und theoretische Rechtsgrundsätze. Selbst wenn aber ein Kontrahierungszwang infolge von bloss faktischen Monopolen nicht bestehen sollte, so würde, führt er aus, gemäss einer Entscheidung des Reichsgerichts Bd. XLVIII, p. 127 »in dem Nichtkontrahieren ein Verstoss gegen die guten Sitten liegen, wenn der Ausschluss zum Zwecke des unlauteren

Wettbewerbs geschieht« (S. 22). Die Pflicht zum Vertragsschluss müsse, da sie in Theorie und Praxis noch nicht anerkannt sei, als Abhilfmittel gesetzlich vorgeschrieben und durch Preiskommissionen und ein richterliches Abänderungsrecht für Lieferungsbedingungen (gegenüber langfristigen Verträgen) ergänzt werden. Ueber solche Bestimmungen könnten sich die Kartelle nicht beklagen, denn — »wer den bösen Tropfen geniesst, geniesst auch den guten« (S. 26).

In engem Rahmen bietet die Schrift ausserordentlich viel. Die eingestreuten Literaturnachweise, wie die beigegebene Bibliographie lassen eine gründliche Belesenheit erkennen.

Kropotkin, Peter. **Gegenseitige Hilfe in der Entwickelung.** Autorisierte deutsche Ausgabe, besorgt von Gustav Landauer. Leipzig 1904. Verlag von Theod. Thomas. 338 S. Preis: 8 Mk.

Der anarchistische Gedanke ist den Aufklärungsperioden der Menschheit entsprungen. Dieser Umstand mag zum Teil die Feindseligkeit der anarchistischen Theorien der historischen Denkweise gegenüber erklären. Das Verhältnis des Anarchismus zu den drei ihn am nächsten berührenden sozialen Gebilden, wie Staat, Recht und Eigentum war immer ein rein kritisches. Peter Kropotkin scheint mit dieser Tradition des Anarchismus gebrochen zu haben. Sein Bestreben geht vielmehr darauf hinaus, zu zeigen, wie sozusagen der natürliche Gang der Dinge soziale Solidaritätsformen hervorbringt und fördert, so dass das anarchistische Gesellschaftsideal als blosse Folge der Entwickelung in Natur und Geschichte sich ergibt.

Gegenseitige Hilfe der lebenden Wesen wird als unmittelbar wahrgenommenes Naturgesetz und als hauptsächlicher Faktor im Kampfe ums Dasein anerkannt. Auf Grund eines reichlich aufgespeicherten Materials, das sich vornehmlich auf das Leben der Tierwelt bezieht, auf Grund eigener Beobachtungen und der Kenntnis der sog. Darwinistischen Soziologie sucht der Verfasser der Kampf-ums-Dasein Formel eine feinere, mehr soziologische Biegung zu geben. Gerade für die Fortentwickelung der Art zeige sich die gegenseitige Hilfe und systematische Unterstützung als notwendige Voraussetzung, als die conditio sine qua non des erfolgreichen Kampfes mit den natürlichen Umständen. Indem der Verfasser der »gegenseitigen Hilfe« im Tierreich und auf verschiedenen Stufen der geschichtlichen Entwickelung, hier mehr in grossen Zügen, nachgeht, gelangt er zu dem Schluss, dass »die Tierarten, in denen der Kampf zwischen Individuen auf sein engstes Gebiet beschränkt ist, und wo die Bestätigung gegenseitiger Hilfe den grössten Umfang angenommen hat, unweigerlich die zahlreichsten, die bestgestellten, und zum Fortschritt geeignetsten sind. Der gegenseitige Schutz, der in diesem Fall erreicht wird, die Möglichkeit, ein hohes Alter zu erreichen und Erfahrung zu sammeln, die höhere Entwickelung des Intellekts und das Weiterwachsen der geselligen Sitten sichern die Erhaltung der Art, ihre Ausdehnung und ihre weitere fortschreitende Entwickelung. Die ungeselligen Arten dagegen sind zum Untergang verurteilt.« (S. 300.) Noch stärker soll das Prinzip der gegenseitigen Hilfe sich im Leben der Menschheit bewährt haben. Dem heutzutage in der Geschichtsentwickelung in den Vordergrund gerückten Moment von der Selbstbehauptung des Individuums und der Gruppen komme nach Kropotkin bei weitem nicht dieselbe Rolle in der Entwickelung zu wie dem Solidaritätsprinzip. »Wenn wir darauf achten — schreibt er — dass beim Menschen sogar der Erfolg in Kampf und Krieg sich nach dem Entwickelungsgrad der gegenseitigen Hilfe bei jedem der beiden streitenden Völker, Städte, Parteien oder Stämme richtet, und dass im Lauf der Entwickelung der Krieg selbst (soweit ihm das möglich ist) den Zwecken des Fortschritts in gegenseitiger Hilfe innerhalb der Nation, der Stadt oder dem Clan dienstbar gemacht worden ist — dann erlangen wir bereits einen Begriff von dem überwiegenden Einfluss des Faktors gegenseitige Hilfe als Element des Fortschritts.« (S. 303.) Ohne die Betätigung dieses Prinzips wäre kein Gesellschaftsleben zustande gekommen, worin der Mensch im stande wäre, seine Künste, sein Wissen und seinen Geist auszubilden. Selbst die christlich-sozialen Moralvorstellungen und die neuen Religionen, die von Zeit zu Zeit entstanden, »haben dieses Prin-

zip nur neu befestigt. Sie fanden ihre ersten Anhänger unter den Armen und Niedrigen, . . . wo die gegenseitige Hilfe die notwendige Grundlage des Alltagslebens ist.« (S. 306.) Ja, die ersten budhistischen und christlichen Gemeinschaften, die mährischen Bundesstaaten u. dergl. tragen, nach Kropotkin, den Charakter »einer Rückkehr zu den besten Erscheinungsformen der gegenseitigen Hilfe im primitiven Stammesleben«.

Der hier, wie es scheint, zur Genüge hervorgehobene Standpunkt verleitet den Verfasser zu einer übertriebenen Idealisierung der mittelalterlichen Markgenossenschaft und insbesondere Stadtorganisation, die er als eigentliche Geburtsstätte des industriellen und wissenschaftlich-technischen Aufschwunges im 19. Jahrhundert betrachtet. Wenn aber — führt er dort an — die mittelalterlichen Städte so lange gelebt hätten, bis ihre Endeckungen (namentlich in der Physik) praktische Verwendung gefunden hätten, so »wären die ethischen Folgen der vom Dampf bewirkten Umwälzung wohl andere gewesen; aber die Umwälzung selbst, in den Wissenschaften und der Technik, wäre unweigerlich eingetreten. Es bleibt in der Tat eine offene Frage, ob nicht der allgemeine Niedergang der Industrien, der dem Untergang der freien Städte folgte, und der vor allem in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bemerkbar war, das Auftreten der Dampfmaschine und die folgende Umwälzung der Industrien beträchtlich verzögert hat«.

Mit der Idealisierung der Stadtorganisation geht bei Kropotkin Hand in Hand die Feindseligkeit dem Staate gegenüber. In den Staaten möchte der Verfasser — was von vornherein zu erwarten war — einen Hemmungsfaktor für die Entwickelung entdecken. Die Staatsperioden, die die griechischen und mittelalterlichen Stadtorganisationen abgelöst haben, vernichteten namentlich alle Einrichtungen gegenseitiger Hilfe und rotteten jede Geselligkeit aus. Die Blütezeit der »Kultur« fällt immer in die Stadtperioden der Geschichte.

Hier scheint sich des sonst wissenschaftlich denkenden Verfassers eine Art Erkenntnisblindheit bemächtigt zu haben. Der Herausgeber dieser Zeitschrift hat hinsichtlich einer anderen Publikation Kropotkins desen Staatsphilosophie einer verhältnismässig entsprechenden Kritik unterworfen (siehe „Dokumente", Bd. IV, S. 150 ff.), so dass ich mich hier jedes weiteren kritischen Eingehens zu enthalten gedenke. Uebrigens geht Kropotkin über die Geschichte des Staats und der Verstaatlichung mit Schweigen hinweg, und ebenso fehlt ihm ein fester, bündiger Begriff des Staates. Sein Stadtkultus aber kann nur als ein Zugeständnis des Anarchismus an den Sozialismus aufgefasst werden. — Bezüglich des Staatsproblems bleibt der Verfasser seiner geschichtlichen Methode nicht mehr treu, sondern fällt er in die Denkweise des alten aufklärerischen Anarchismus zurück. Und dies ist schade, denn sonst hätten wir einen vollständigen Abriss über die gegenseitige Hilfe im Leben der Kulturmenschheit erhalten. Der wissenschaftliche Hintergrund der Kropotkinschen Gegnerschaft gegen die grossen sozialen Gebilde wie Staat, geschriebenes Recht u. s. w. mag in seiner naturalistischen Denkweise liegen. Diese aber verleitet ihre Adepten stets, das spezifische Wesen des Kulturganzen zu verkennen. Derselbe Grund scheint nicht wenig den gewissermassen beschränkten Charakter der hier vorliegenden Geschichtsphilosophie bestimmt (die innere, psychologische Seite des Zusammenlebens wird sehr zurückgedrängt, und nicht minder seine Kulturphilosophie (das Ideal des kulturellen Lebens) in bedauerlicher Weise beeinflusst zu haben. — An der Hand der Kropotkinschen kulturphilosophischen Ansätze kann man auch zur Genüge den prinzipiellen Gegensatz des Sozialismus und Anarchismus erkennen. Das sozial-anarchistische Ideal ist der psychologische Ausdruck der angeblich unmittelbar gegebenen primitiven Stammessolidarität; dies Ideal ist christlicher Natur; glücklich sein heisst hier friedsam, — wenn man will, der »natürlichen« Mittelmässigkeit gemäss leben. Dem p o s i t i v e n Gehalte nach ist der Anarchismus die »Ideologie« der Kulturmüden. Der Sozialismus hingegen ist der höchste Ausdruck der Kultur, der menschlichen Schöpfung, der menschlichen Satzungen und Werte. Er trachtet gerade danach, die gepriesene »Stammmessolidarität« durch eine umfassendere, den Beziehungen nach reichere und daher wertvollere Welt-, Staats- und Stadt-Solidarität zu ersetzen. Nicht beschränken, sondern vervielfältigen möchte er die Beziehungen und Ansprüche der Menschen. Jener ist im Grunde, kulturell gesehen, anspruchs-

los, dieser, wie gesagt, anspruchsvoll. — Als ich Kropotkins Buch las, sah ich beinahe im Geiste Kühe grasen, hörte ich Schafe blöken und wie Gesellen einander Märchen erzählen von grossen »Staaten«. Und es verlangte mich weit, weit weg von dannen, nach dem grossen Staat. —

Trotzdem verdient die Kropotkinsche Schrift gelesen zu werden, verdient ihr Thema mehr Beachtung als es bisher sich in der Soziologie und in dem Sozialismus erfreut hat. Ausserdem bietet das Buch auch etwas für uns Speziell-Wichtiges. Eine Geschichte sozialistischer Theorien und Kämpfe ist im Werden begriffen, an sie hat sich eine Geschichte sozialistischen Lebens, sozialistischer Experimente zu gesellen. Ansätze dazu, wenn auch schwache, lassen sich aus der Kropotkinschen Schrift herausfinden. *Brand.*

Leixner, Otto von. **Zum Kampfe gegen den Schmutz in Wort und Bild.** Ein Mahnwort und ein Aufruf. Sozialer Fortschritt, No. 10. Leipzig, Felix Dietrich. 20 S. 8°. Preis: 15 Pf.

Der als Literaturhistoriker bekannte Verfasser plädiert in dieser Schrift für Bekämpfung des in der Literatur und bildlichen Darstellung immer stärker sich breit machenden Kultus des Schlüpfrigen. Die Reinhaltung vom erotischen Schmutz ist ihm eine Pflicht der Selbsterhaltung des Volkes.

Natorp, Paul. **Socialpädagogik.** Theorie der Willenserziehung auf der Grundlage der Gemeinschaft. Zweite vermehrte Auflage. Stuttgart 1904, Fr. Frommanns Verlag (E. Hauff). XXIII u. 400 S.

Wer die erste Auflage des vorliegenden Werkes kennt, braucht kaum die hier in Betracht kommende Ausgabe zu studieren. Dies soll aber zugunsten der Natorpschen »Sozialpädagogik« sprechen. Denn, wie der Verfasser im Vorwort zur zweiten etwa um 50 Seiten vermehrten Auflage selber bemerkt, ist es »der deduktive Aufbau, der dem Buche seinen Charakter aufprägt. An ihm konnte nichts geändert werden«. Die Deduktion, um die es sich hier handelt, ist aber so scharf und klar herausgearbeitet, dass kaum etwas von Belang hinzugefügt werden konnte.

Natorps Ziel ist es, das Wesen der Willenserziehung auf Grundlage der Gemeinschaft und deren Entwickelungsrichtung festzuhalten, d. h. die Grundlinien der sozial-pädagogischen Tätigkeit anzugeben. Seine Aufgabe führte ihn zur Erkenntnis der sozialen Welt als solcher, zu einer Sozialphilosophie, die bei ihm aufs innigste verknüpft ist mit dem Problem aller Philosophie, dem der Wahrheit. Der spezielle Zweck des Werkes hat sich allmählich dem allgemeineren philosophischen Interesse untergeordnet. Uns können jedoch hier vornehmlich die sozial-philosophischen Voraussetzungen der Sozialpädagogik in Anspruch nehmen.

Das Bewusstsein, beziehungsweise die Aktivität ist es, die letzten Endes das Wesen der sozialen Welt ausmacht. Alle Eigenschaften, die dem Bewusstsein überhaupt innewohnen, die Gesetze seines Lebens, die Richtung seiner Entwickelung und dergl. kommen nach Notorp notwendigerweise auch den konkreten sozialen Aktivitätsäusserungen zugute. Mit andern Worten, zur Erkenntnis des sozialen Bewusstseins, resp. der sozialen Gebilde ist es notwendig, die Gesetze des rein-logischen, allgemeinen Bewusstseins aufzudecken; denn die erstere erscheint ihm als blosse Anwendung der letzteren. Darin nun äussert sich die eiserne Deduktion der Natorpschen Sozialphilosophie, darin tritt aber zugleich, wenn ich mich so ausdrücken darf, eine gewisse soziale Erkenntnisblindheit ans Tageslicht. Indem Natorp die innere Struktur des rein logischen Bewusstseins aufdeckt, d. h. das Gebiet der Erfahrung, resp. das des kausalen Seins und dasjenige des Seinsollens oder das der Idee, ihr Verhältnis zu einander und den Objektivierungs, d. h. Idealisierungsprozess aller Erfahrung schildert, sucht er analog damit das Leben der individualmenschlichen und dann sozial-menschlichen Aktivität zu enthüllen. Die Gesetze der Existenz und Entwickelung der Gesellschaft sind den Gesetzen der Individual-Existenz und Entwickelung identisch, wie diese ihrerseits denen des allgemeinen rein-logischen Bewusstseins gleich sind. Die Entwickelungsformel des wissenschaftlichen Bewusstseins soll auch die Fortschrittsrichtung des

sozialen Bewusstseins darstellen. Und wer die kennt, ist auch im stande, die Grundlinien eines positiv-sozialen Programms der Menschheit aufzuzeigen. Auf dieses kommt es hier nun hauptsächlich an.

Die Statik des sozialen Seins gewinnt der Verfasser dadurch, dass er in Anlehnung an Plato die Grundformen der individuellen Tätigkeit, resp. »Tugenden« aus den drei Grundelementen des Aktivitätsbewusstseins oder des Willens ableitet. Den drei Lebensäusserungen der Aktivität, wie Triebe oder die erste niedere Stufe des Willens, der eigentliche, zwecksetzende Wille und der vernünftige oder aufklärerische Wille, entsprechen drei Grundtätigkeiten der Individualität. Der Trieb als solcher führt schon über das, was als »Natur« ist, in das Reich des Sein-Sollenden hinüber. Denn dem Triebe ist »Tendenz« eigen. Mittelst desselben wird unser Streben auf eine bestimmte Lebenserscheinung gerichtet und konzentriert. Der Trieb, der uns in die naheste Verbindung mit dem Sein, mit der »Natur« bringt, ist die eigentliche Quelle aller Arbeit, aller Tätigkeit. Es taucht aber gleich die Frage auf, wie man mit den Trieben umzugehen hat. Dem entspringt die Grundtugend des Maasses und der Reinheit. Der Trieb will seiner Bestimmung nach, das will sagen, im Einklang mit der allgemeinen Idee aller Aktivität, gehandhabt werden. Die Grundtendenz des Triebes ist die eigene Selbstbetätigung, die Selbstreproduktion. Erst auf der zweiten Stufe der Aktivität kommt der Trieb, sozusagen, zum Selbstbewusstsein. Der Wille im engeren Sinne hebt sich deutlich vom blossen Trieb dadurch ab, »dass wir nicht mehr unter dem unentrinnbaren Zwange einer einzigen Tendenz stehen oder zu stehen vermeinen, sondern uns vergleichen, abwägend darüber stellen, mit Freiheit entscheiden, annehmen und verwerfen, mithin urteilen.« (S. 67.) Dazu gehört aber Tatkraft oder die antike Tugend der Tapferkeit, die zuletzt auf die Regelung der Triebe hinausläuft; sie sucht die Triebe nicht zu bändigen, sondern sie in die allgemeine Entwickelungslinie der Aktivität hineinzubringen. Soll ich wählen und regulieren, »so fragt es sich nach der Norm, wonach ich mich richte, nach der „Maxime" meines praktischen Urteils, nach Wahrheit und Falschheit«. (S. 68.) Das Streben nach Wahrheit basiert auf der letzten Stufe der Aktivität, auf dem vernünftigen Willen. Ist der Trieb die Voraussetzung des Willens im engeren Sinne, so schliesst auch der Vernunftwille den „engeren" Willen in sich. Hier urteilt man nach theoretischen Grundsätzen, die ihrerseits auf empirisches Wollen angewandt werden. Bei der Wahrheit als dritter Tugend, resp. Tätigkeit kann man jedoch nicht stehen bleiben. Es muss noch eine vierte, nämlich die Gerechtigkeit, hinzukommen, die zwar kein eigenes Objekt aufweist, die aber alle drei Grundtugenden in eine harmonische Ordnung bringt; ihr liegt es auch ob, die »Tugenden« der Individualität mit denen der Gesellschaft in Verbindung und Uebereinstimmung zu bringen. Es entsteht so eine »sittliche Weltordnung«, die die Menschen- resp. Willensbildung zum oberen Zweck hat. Alle menschliche Tätigkeit im Einklang mit der Idee gebracht, wird tugendhaft. Die menschliche Geschichte verwandelt sich in einen riesigen Erziehungsprozess.

Den Funktionen des individuellen Lebens korrespondieren die sozialen Tätigkeitsformen. Es gibt demnach ein gesellschaftliches Triebleben, einen gesellschaftlichen Willen und eine gesellschaftliche Vernunft, wenn auch keine Gesellschaft als ein besonderes Wesen im Gegensatz zum Leben der Individualität existiert, und wenn die Activitätsformen der Individualität dem Einfluss des sozialen Zusammenlebens unterliegen. Das soziale Leben mit allen seinen Funktionen, Organisationen und Verhältnissen baut sich so auf der Fähigkeit der Menschen zur Aktivität, auf Grundäusserungen der letzteren und deren notwendigen Zusammenhängen auf.

Die »reine Materie« des sozialen Lebens, deren Feststellung mehr durch Abstraktion möglich ist, ist, nach einer Analogie der ersten Stufe der Aktivität, die Fähigkeit der Menschen zum Zusammenschaffen, aber nicht dieses Schaffen selbst, wie Natorps Mitforscher, Rudolf Stammler, lehrt. Das Zusammenwirken enthält in sich schon ein Moment der Regelung, die zur »Form« des »sozialen Körpers« gehört. Aber neben der eben erwähnten materialen Vorbedingung der sozialen Tätigkeit muss es noch eine formale geben. »Materiale Bedingung sozialer Tätigkeit überhaupt ist: die Möglich-

keit, das Tun von Menschen, als bestimmbaren, obgleich willensfähigen Wesen, auf Grund kausaler Erkenntnis zu beherrschen, und so, als Mittel zu voraus feststehendem und zwar gemeinschaftlichem Zweck, mit technischem Vorteil zu vereinen.« (S. 155.) — Die soziale Tätigkeit muss reguliert werden (zweite Stufe der Aktivität): es entsteht die soziale Gesetzgebung. Die soziale Regelung ist vom momentanen Zweck des einzelnen unabhängig, sie ist für den einzelnen daher etwas Aeusserliches. Die Gesetzgebung des Willens braucht aber noch ein Kriterium, nach dem sie geschaffen werden könnte. Diese Funktion wird von der sozialen Vernunft erfüllt, die jedesmal nach dem Sein-Sollenden, nach der Wahrheit fragt. — Es sind also alle drei Formen der Aktivität notwendig, um den Begriff des sozialen Lebens zu gewinnen. Ihr innerer, teleologischer Zusammenhang macht den Monismus des sozialen Seins aus. Alle drei Faktoren des sozialen Lebens, Arbeit, regulierende und aufklärerische Tätigkeit sind bloss Momente eins und desselben Prozesses, der auf die »Bildung« des Menschen gerichtet ist.

Wie daraus zu ersehen ist, hat die Marxistische Sozialphilosophie einen grossen Einfluss auch auf Natorp ausgeübt. Die Lehre vom Monismus des sozialen Lebens hat auch er beibehalten, nur die Bedeutung und das Verhältnis der sozialen Faktoren zu einander sind neu. Was der orthodoxe Marxismus als blosse »Ideologie«, meistenteils im Napoleonischen Wortgebrauche hinzustellen sucht, ist hier zur Realität erhoben. Die Ideologie, bezw. die regulierende und aufklärerische Tätigkeit, wie Gesetzgebung, Politik, philosophische Reflexion und dergl. erscheinen nun als notwendiger realer Faktor jeder Gesellschaft. Die sog. Ideologie verhält sich zur angeblichen »Basis«, zur Wirtschaftsbetätigung, nicht mehr wie ein Erzeugnis zum Erzeuger, sondern erscheint als Mittel zum Zweck, der seinerseits als Mittel zu einem andern Zweck wird, bis hinauf zum unabsehbaren letzten Zweck, der Selbstzweck ist. Es ist ein sozial-teleologischer Monismus, der hier in Szene gesetzt wird. Die soziale Weltordnung als solche ist sittlicher Natur. Die Weltgeschichte ist eine auf das höchste Gut, auf Wahrheit hinzielende Weltpädagogik.

Bei der Fixierung der oben angedeuteten allgemeinen Züge bleibt der Verfasser nicht stehen. Er versucht noch zu zeigen, wie die Grundtätigkeiten des sozialen Lebens zur sozialen Klassenbildung veranlassen, führt aber im Gegensatz zu Plato den Nachweis, dass die Fähigkeit des Menschen zu allen drei Tätigkeiten keineswegs auf die Notwendigkeit der Klassenordnung zu schliessen berechtigt. Im Gegenteil, dem Monismus der Lebensaktivität Folge leistend, muss jeder Mensch zugleich Arbeiter, Gesetzgeber und Aufklärer werden, und der Staat muss ihm dazu helfen. Hier äussert sich nun die höchste Spitze des Natorpschen rationalistischen Sozialismus.

Indem der Verfasser die Statik des sozialen Seins festgestellt zu haben meint, wendet er sich der Dynamik des sozial-geschichtlichen Lebens zu. In konkreto fliessen natürlich bei Natorp, wie bei jedem andern rein teleologischen System, »Statik« und »Dynamik« in eins zusammen. Das Grundgesetz der sozialen Entwickelung, mit andern Worten, die Bildungsrichtung der sozialen Geschichte, kann jetzt als notwendige Schlussfolgerung aus der Analyse der Eigenschaften des sozialen Zusammenwirkens gezogen werden. Hat man aber das betreffende Entwickelungs-, resp. Bildungsgesetz gefunden, so weiss man auch Bescheid über das Wesen des Fortschritts und folglich über das soziale Gute. — Wie ist nun das soziale Gesetz zu gewinnen, und welcher wissenschaftliche Wert ist ihm beizumessen? Auf dem Gebiete des organischen Lebens werden Gesetze auf empirische Weise festgestellt. Dies — meint N. — ist nur deshalb möglich, weil die Objekte der organischen Welt durch die Bedingungen ihrer Art in ihrem Wachstum beschränkt sind. Es ist schon dafür gesorgt, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Das soziale Leben hingegen, das sich mit Bewusstsein deckt, ist in seiner Entwickelung unendlich. Es bleibt daher nur übrig, die allgemeine Entwickelungsrichtung des rein-logischen grundlegenden Bewusstseins kennen zu lernen und dann das Resultat auf das soziale Bewusstsein anzuwenden. Das so rein deduktiv gewonnene regulative Gesetz wird dann zeigen, welchen Weg man zu gehen hat, wenn man »bilden«, d. h. den Fortschritt verwirklichen will. Natorp scheint den Wert seines grossenteils Kant entnommenen Gesetzes zu kennen. Nach diesem Gesetze sind wir nicht im stande, uns davon zu über-

zeugen, dass die Entwickelung **unbedingt** einen bestimmten Weg einschlagen wird. Zur wissenschaftlichen Voraussicht bietet das teleologische Gesetz keine Möglichkeit. Es soll vielmehr zeigen, welche Richtung die soziale Geschichte nimmt, wenn sie im Fortschritt begriffen ist. Daraus könnte man aber andererseits den Schluss ziehen, dass, wo die Entwickelung platz greift, dort auch **eo ipso** der Fortschritt im Gange sein muss. Denn um vorwärts zu gehen, gibt es, nach N., nur einen einzigen Weg, den auch das wissenschaftliche Bewusstsein wandelt, im Falle es Fortschritte macht. Das betreffende Gesetz fasst der Verfasser in Anlehnung an Kant, wenn auch in anderen Ausdrücken, als eine Dreieinheit der regulativen Prinzipien der Generalisation, Individualisation und des stetigen Ueberganges auf. Jedes soziale Gebilde, jede wissenschaftliche Institution, technische Organisation und ähnliches haben sich nach diesem Gesetze gebildet, resp. entwickelt. Und das darf uns nicht Wunder nehmen, denn alle soziale Organisation ist eigentlich nach Natorp »nur der kurz zusammenfassende Ausdruck jener Dreieinheit der Grundgesetze der Entwickelung in sozial-technischer Hinsicht: fortschreitende Vereinheitlichung, doch ohne Unterdrückung, vielmehr erst zur vollen Befreiung der Individualitäten, durch Herstellung eines möglichst stetigen Uebergangs von Glied zu Glied« (S. 197). Hätten aber die Menschen auf die Dauer dem Entwickelungsgesetze zum Trotz gehandelt, so müssten sie und ihre Geschichte dafür gebüsst haben. Sie wären einfach untergegangen.

Meine Absicht, den Leser in das Werk Natorps hineinzuführen, glaube ich hiermit erfüllt zu haben. Es wäre angebracht, manche Grundprinzipien der hier von Natorp verfochtenen Sozialphilosophie auf platonisch-kantischer Grundlage einer eingehenden Kritik zu unterziehen. Der hier zur Verfügung gestellte Raum reicht aber leider dafür nicht aus.*)

Eines sei aber hier doch gesagt, was vielleicht zur allgemeinen Charakteristik des Natorpschen Buches beitragen könnte. Der Verfasser hat mit dem Kriticismus Kants begonnen, ist dem Dogmatismus Platos nahe getreten und hat sich dann dem sozialkulturellen Optimismus von Leibniz und Hegel genähert. Bezüglich einer positiven Sozialwissenschaft ist er Skeptiker, dafür hat er eine Fortschrittstheorie errungen, die in Hegels Satz von der Vernünftigkeit aller Existenz und von der Existenz alles Vernünftigen einmündet. Einerseits muss Natorp gestehen, dass alles Seiende das Sein-Sollende, die Idee zur Voraussetzung hat, andererseits sieht er sich aber genötigt, auf die bereits stattgefundene Verwirklichung der Idee, der absolut vernünftigen Prinzipien zu schliessen. Wie denkt der Verfasser die idealistische Sozialphilosophie aus dieser Antinomie zu retten? *Brand.*

Neufeld, Conrad. **Staatsangelegenheit oder Privatsache?** Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage. Berlin 1904, Verlag von Wilhelm Buchholz, Kommandantenstr. 42. 16 S. 8°.

Vom Standpunkt einer Auffassung der Religion aus, die an das Urchristentum anknüpft, tritt der Verfasser für die Aufhebung jedes Restes von Staatschristentum ein, d. h. für die »Erklärung der Religion zur Privatsache«, die das sozialdemokratische Programm fordert. »Darum: Treues Festhalten an der Religion! Aber: Entfernung von den Irrtümern des Staatschristentums!«, so schliesst die Broschüre.

Politikus, Bismarck oder Lassalle? Görlitz 1904, Rudolf Dülfer. 59 S. 8°. Preis: 80 Pf.

Der Verfasser, der auf dem Boden der sogenannten Nationalsozialen steht, sucht nachzuweisen, wie widersinnig der Ruf der heutigen Ordnungsparteien nach einem Bismarck als Schutzherrn gegen die Sozialdemokratie sei. Bismarcks Politik der Arbeiterbewegung gegenüber sei im Gegenteil »die düstere Kehrseite« von dessen »grosszügiger und genialer auswärtigen Politik gewesen, und Pflicht aller, die sich in dieser Frage bewusst von Bismarck

*) Der Schreiber dieser Zeilen hat anderswo die Sozialphilosophie Natorps einer Kritik unterzogen.

scheiden, sei es, rückhaltlos auszusprechen, dass dessen Politik auf diesem Gebiete »als eine der verhängnisvollsten bezeichnet werden muss, die Deutschland seit langer Zeit über sich hat ergehen lassen müssen« (Vorwort.) Der aufstrebenden Arbeiterklasse gegenüber sei eine Politik im Sinne Lassalles am Platze. Werde sie befolgt, dann werde es auch möglich sein, die Arbeiterbewegung wieder zur Auffassung Lassalles zurückzuerziehen, die ihr jetzt verloren sei.

Die Art, wie der Verfasser dies nachzuweisen sucht, lässt erkennen, dass ihm im Geist ein von vielen Vorurteilen über die Arbeiterbewegung behaftetes bürgerlich-gebildetes Publikum vorschwebt, dessen Vorurteile er zu zerstören sucht. Von seinem Standpunkt aus wird er dieser Aufgabe mit Geschick gerecht.

Rühle, Otto. **Die Volksschule, wie sie sein soll.** Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 46 S. 8°. Preis: 30 ff.

Nachdem der Verfasser in einer früheren Broschüre die Volksschule »wie sie ist« geschildert hat (vergl. »Dok. des Soz.«, Jahrg. 1903, S, 200), entwirft er in dieser Schrift die Grundzüge der Volksschule, wie sie sein soll. Er beginnt mit einer Betrachtung über das Recht auf Bildung, das sich schwer, und das Interesse des Staats an der Bildung seiner Bürger, das sich sehr viel leichter begründen lässt. Dann behandelt er die Volksschule unter drei Gesichtspunkten: als Staatsschule, als [Glied der] Einheitsschule und als Erziehungsschule. Der erstere Begriff deckt die ökonomische Seite der Volksschule, ihre Kosten und sozialpolitischen Leistungen, der letztere bezieht sich auf die eigentlichen Erziehungsaufgaben der Schule, die der Verfasser in acht Paragraphen behandelt: 1. Die Arbeit als Grundlage der Erziehung; 2. die Natur als Erzieherin; 3. der Moralunterricht; 4. die Erziehung zur Kunst; 5. gemeinsame Erziehung der Geschlechter; 6. die Erziehung zur Wehrhaftigkeit; 7. fort mit der Prügelstrafe; 8. Hausaufgaben. Der Verfasser schreibt vom sozialistischen Standpunkt aus, hält aber seine Vorschläge meist streng im Rahmen des Gegebenen.

Schulz, M. von, Vorsitzender des Berliner Gewerbegerichts. **Koalitionsrecht!** Sozialer Fortschritt, Heft 2. Leipzig 1904, Felix Dietrich. 15 S. 8°. Preis: 15 Pf.

Der Verfasser tritt sehr entschieden für Beseitigung des § 153 der Reichsgewerbeordnung als eines die Arbeiter als Ausnahmebestimmung treffenden Paragraphen und für Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine der Arbeiter ein. Auch spricht er sich zu gunsten des Koalitionszwanges aus. Dabei schliesst er sich der Anregung des katholischen Sozialpolitikers Hitze an, der mit der Erteilung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine auch die Auferlegung von gewissen Verantwortungen vorschlägt, wie z. B. die Pflicht, vor Verfügung des Ausstands alle Mittel schiedsrichterlichen Ausgleichs zu erschöpfen. In ähnlicher Weise soll das Problem des Koalitionsrechts der Arbeiter in öffentlichen Verkehrsanstalten gelöst werden.

Sombart, Professor Werner. **Warum interessiert sich heute jedermann für Fragen der Volkswirtschaft und Sozialpolitik?** Sozialer Fortschritt. Heft 1. Leipzig 1904, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis: 15 Pfg.

Die erste einer Reihe von Flugschriften, die unter dem Sammeltitel »Sozialer Fortschritt, Hefte und Flugschriften für Volkswirtschaft und Sozialpolitik« von dem angegebenen Verlage herausgegeben werden. Als Einleitungsschrift legt sie das Interesse der verschiedenen Schichten der Bevölkerung an den Fragen der Sozialpolitik in allgemeinen Umrissen dar.

Zadek, Dr. J. **Der Achtstundentag**, eine gesundheitliche Forderung. »Vorwärts«-Verlag. Berlin 1904. Preis: 20 Pfg. 23 S.

In der kleinen, recht flott geschriebenen Broschüre gibt der Verfasser einen Ueberblick über die schädlichen Wirkungen einer zu langen Arbeitszeit und die Besserungen, die durch eine Herabsetzung der Arbeitsdauer erzielt würden.

In leicht verständlicher, anregender Weise wird der Leser — wenn wir so sagen dürfen — in die Physiologie und Pathologie der Arbeit eingeführt. Die kleine Schrift ist wohl geeignet, ein wertvolles Werkzeug in der Agitation für den Achtstundentag zu bilden. *Ch. B.*

2. In französischer Sprache.

Novicow, J. **L'Affranchissement de la Femme.** Paris 1903. Felix Alcan. 267 S. 8°. Preis: 3 Fr.

Ein warmes Plaidoyer zu gunsten der Frauenrechte vom Standpunkt eines weitherzigen naturalistisch aufgefassten Liberalismus. »Die Zeit ist endlich gekommen,« schreibt der Verfasser, »wo wir unsere Einrichtungen auf die vertieften Untersuchungen der Physiologie, der Psychologie und Sozialwissenschaft und nicht auf die groben und kindischen Auffassungen unserer Vorfahren gründen müssen. Die Wissenschaft wird die ewige Befreierin des Menschengeschlechts sein, weil die Wissenschaft die umfassendste Wahrheit ist, die zu kennen uns gegeben ist« (S. 265/266). Das Buch zerfällt in vier Abteilungen, von denen die erste Irrtum bedeutet Schmerzen überschrieben ist. Sie besteht aus drei Kapiteln: 1. Die subjektiven Ideen und die soziale Ordnung; 2. Das Märtyrertum der Frau; und 3. Die angebliche Inferiorität der Frau. Die anderen Abteilungen lauten: Die in Uebereinstimmung mit der Natur der Dinge gesetzte soziale Ordnung (vier Kapitel), Die Einwände (fünf Kapitel), Die Morgendämmerung der Befreiung (vier Kapitel). Die Beweisführung des Verfassers ist oft zu abstrakt, um völlig zu überzeugen, seine Psychologie vernachlässigt das Soziale zugunsten des, wir möchten sagen Menchanisch-animalischen. Sonst aber lässt das Buch erkennen, dass der Verfasser auf dem Gebiet der Soziologie zu Hause ist, und äusserst wohltuend berührt der furchtlose Radikalismus, mit dem er die Folgerungen aus seinen Untersuchungen verficht.

3. In italienischer Sprache.

Turati, Filippo. 1. **I Tribunali del Lavoro.** Relazione al Consiglio superiore del lavoro per la riforma delle legge sui Probirisi Industriali con Appandici. Lira 1. Roma 1904. G. Bertero & C. 95 S. 8°. Preis: 1 Lira.

2. **I Cimiteri dei vivi** (Per la Riforma Carceraria). Discorso sul Bilancio degli Interni pronunziato alla camera dei Deputati il 18 marzo 1904. Roma 1904, Tipografia della Camera dei Deputati. 28 S. 8°. Preis: 20 cts.

Die erste dieser zwei Schriften des Führers des reformistischen Flügels der italienischen Sozialdemokratie besteht in der Hauptsache aus einem sehr übersichtlich gehaltenen, eingehenden kritischen Bericht an den höheren Arbeitsrat über die von dem Abgeordneten Cabrini vorgeschlagene Reform des Gesetzes über die gewerblichen Schiedsrichter. In einem, »an die organisierten Proletarier meines Heimatlandes« adressierten Vorwort erörtert Turati die Frage des Zusammenarbeitens der Klassen. Nicht ob die Klassen miteinander arbeiten sollen, sondern wie sie miteinander arbeiten sollen, sei das Problem. »Viel müssiges Gerede — schreibt er — wird auch heute über das sogenannte Zusammenarbeiten der Klassen zum besten gegeben, ohne welches doch die Sozialgesetzgebung — da sie heute nicht als das ausschliessliche Werk der Arbeiterklasse gedacht werden kann — zu jenem Nichts oder jenem Betrug werden muss, die einige euch verkünden: Alles kommt darauf an, zu untersuchen, welche Mitarbeit und in welcher Art sie sich darbietet; ob es die Mitarbeit der Schwächlinge und Gefoppten oder die der Kräftigen und Umsichtigen sein wird« (S. 4). Der Weg der Erlangung von Reformen sei gut; er sei sogar der einzig gute, aber unter der einen Bedingung, dass man den Willen und die Fähigkeit habe, ihn zurückzulegen.

Der Bericht selbst, auf dessen Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann, zeigt, dass, wo es sich um konkrete Fragen der Gesetzgebung und Ver-

waltung handelt, der Verfasser sicherlich nicht zu den Schwächlingen und Gefoppten gehört. Die Kritik des Gesetzentwurfs lässt überall den geschulten, scharfsinnigen Sachwalter der Arbeiterklasse herauserkennen.

Die zweite Schrift besteht in einer Kammerrede zu gunsten der allerorts so notwendigen Gefängnisreform. Der Titel »Die Kirchhöfe der Lebenden« kennzeichnet den Geist der Ausführungen des Verfassers.

4. In czechischer Sprache.

Modrácek, Frant. a **Soukup,** Dr. Frant: **Válka rusko-japonská.** (Der russisch-japanische Krieg.) Prag 1904. Verlag der »Zář«. 88 Seiten.

Durch den russisch-japanischen Krieg wurde von den sozialistischen Parteien neben denen der kriegführenden Staaten wohl die tschechoslavische am meisten berührt. Die Politik der führenden tschechischen Partei der Jungtschechen, geriet in eine Sackgasse, und die tchechische Bourgeoisie ist feige genug, um die Verantwortlichkeit hierfür abzulehnen und den Hass des Volkes abseitig richten zu wollen. Bei allen solchen Gelegenheiten bildet die Sozialdemokratie den Sündenbock. Da diese Partei an den czarophilen Manifestationen nicht teilnahm, sondern die wahre Struktur des Czarismus in all ihrer Nacktheit an den Pranger stellte, warf sich die ganze offizielle Welt in Böhmen auf sie, in der Hoffnung, der Partei einen solchen Hieb zu versetzen, an dem sie noch lange zu laborieren habe. Die tschechoslavische Sozialdemokratie hielt jedoch auch diesen Hieb aus, und trachtete insbesondere durch die Presse das Volk aufzuklären. Einen Teil dieser Aufklärungsarbeit bildet die oben genannte Broschüre. Sie erklärt die Interessen der europäischen Grossmächte in Asien, speziell diejenige Russlands und Englands, um klarzulegen, dass die Tschechen kein Interesse an einem eventuellen Siege Russlands hätten. *W.*

Soukup, Dr. Frant. **Proč bijeme se za všeobecné, rovné, přímé a tajné právo hlasovací.** (Warum kämpfen wir für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht?) Prag 1904, Verlag der »Zář«. 76 Seiten.

Die Krisis, in welcher die österreichisch-ungarische Monarchie seit einigen Jahren schwebt, hat endlich die allgemeine Aufmerksamkeit auf das Grundübel der österreichischen Verfassung, auf deren Wahlrecht, gelenkt. Es ist selbstverständlich, dass die Sozialdemokratie aufrichtig bestrebt ist, diese Aufmerksamkeit wach zu erhalten und die weitesten Kreise in dieser Beziehung aufzuklären. Die Zahlen, welche in der von der tschechoslavischen Sozialdemokratie herausgegebenen Broschüre enthalten sind, müssen geradezu von revolutionärer Wirkung sein. Die österreichische Delegation, welche zusammen mit der ungarischen Delegation die der Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten hat, zählt 60 Mitglieder, von denen 20 dem vom Kaiser ernannten Herrenhause, 40 dem auf Grund eines Kurienwahlrechtes gewählten Abgeordnetenhause angehören. Diese 40 gewählten Mitglieder waren im Jahre 1902 so verteilt, dass auf

5431	Wähler in der Kurie der	Grossgrundbesitzer	15	Delegierte,
556	- - - - -	Handelskammern	1	-
493 804	- - - - -	Städte	11	-
1 490 659	- - - - -	Landgemeinden	8	-
5 004 222	- - -	allgemeinen Kurie	5	-

entfielen, so dass ein Delegierter 400 Wähler in der Grossgrundbesitzerkurie und eine Million Wähler in der allgemeinen Kurie repräsentierte.

Bei den Wahlen ins Abgeordnetenhaus kam ein Abgeordneter in der

1.	Kurie auf	64	Wähler,
2.	- -	26	-
3.	- -	4 193	-
4.	- -	12 290	-
5.	- -	69 503	-

so dass ein Grossgrundbesitzer soviel Wahlrecht ausübt als 1085 Wähler der allgemeinen Kurie.

Bei den Wahlen in den böhmischen Landtag kommt ein Abgeordneter in der

1. Kurie auf	6	Wähler,
2. - -	12	-
3. - -	2000	-
4. - -	4981	-

eine allgemeine Kurie gibt es hier überhaupt nicht.

Die Broschüre zeigt weiter, wie die Lasten in Oesterreich verteilt sind. Auf 293 Millionen Kronen direkter Steuern entfallen im Jahre 1904 1444 Millionen Kronen indirekter Steuern.

Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts würde daher die schreiendste Ungerechtigkeit beseitigen. Sie berechtigt jedoch auch zur Hoffnung, dass es möglich sein wird, Oesterreich aus dessen chronischer Krisis wenn auch mit Anspornung aller Kräfte herauszubringen, da es den aus den breitesten Schichten des Volkes erwählten Abgeordneten leichter sein dürfte, eine nationale Versöhnung herbeizuführen, als den an den nationalen Kämpfen lebhaft interessierten Vertretern der Bourgeoisie und der Aristokratie.

Der Verfasser verlangt endlich — da auf eine normale Entwickelung der Dinge nicht zu rechnen ist — vom Kaiser ein Eingreifen, einen »Staatsstreich, welcher schon längst von der absoluten Majorität der Nationen in Oesterreich, von Millionen von Herzen unseres Volkes beschlossen worden und welchem die Krone ihre konstitutionelle Sanktion geben muss.« *W.*

Winter, Dr. Leo. **Rakouská politika celní.** (Die österreichische Zollpolitik.) Prag 1903. Verlag der »Zář«. 55 Seiten.

Wie bekannt, legte auch die österreichische Regierung zu Beginn des vorigen Jahres dem Abgeordnetenhause den Entwurf eines autonomen Zolltarifes vor, den zu bekämpfen die Sozialdemokratie alle Ursache hatte. Diesem Zwecke dient die angeführte Broschüre, welche, nachdem sie in knappen Worten die Grundzüge der Zollpolitik charakterisiert hat, sich gegen die Forderungen der Agrarier wendet, und auf Grund eines umfassenden statistischen Materials darlegt, dass der Zolltarif vor allem der ungarischen Reichshälfte auf Kosten Cisleithaniens grosse Vorteile bringe, und in beiden Reichshälften vornehmlich dem Grossgrundbesitz zu statten komme. *W.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Sankt Max.

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner.

Neue Folge.

Vornotiz. Wir nehmen hiermit die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Marx-Engel-Hess'schen Manuskript »Der heilige Max« wieder auf, nachdem wir in Heft 7 und 8 (Juli und August) 1903 mit dem Kapitel »Der Kommunismus« das letzte derjenigen Stücke aus dem ersten Teile des Werkes zum Abdruck gebracht hatten, die im Manuskript vollständig erhalten sind. Von dem ihm folgenden Kapitel »Der humane Liberalismus« liegt nur der Anfang vor, der drei Folioseiten Manuskript umfasst. Mit Bogen 40 endet das erhaltene Manuskript des ersten Teils. Da der zweite Teil mit Bogen 43 beginnt, fehlen somit zwei Bogen oder acht Seiten des in Folio geschriebenen Manuskriptes. Indem wir dies feststellen, bemerken wir noch, dass uns die drei Anfangsseiten des Kapitels nicht so wesentlich erscheinen, als dass sie hier noch veröffentlicht zu werden brauchten. Es wird da nur in der Weise der früheren Kapitel Stirners Methode der Ableitung aus Begriffen und Abstraktionen kritisiert, bezw. verhöhnt.

Der zweite Teil des Manuskripts trägt die Ueberschrift: »Neues Testament: »Ich«.« Sein erstes Kapitel »Oekonomie des alten Bundes« ist auf den ersten drei Bogen, bezw. den ersten zwölf Folioseiten von Hess' Hand geschrieben. Die folgenden Bogen sind dann wieder von Engels' Hand, mit nun stärker auftretenden Einschaltungen von Marx. Leider beginnt jetzt aber auch die »nagende Kritik der Mäuse« in bedeutend stärkerer Weise als bisher sich geltend zu machen. Die Seiten sind vielfach tief eingefressen, in einzelnen Fällen sogar in zwei verstümmelte Stücke zerfressen, so dass es nicht immer leicht ist, das Zusammengehörige zusammenzubringen. Ausserdem sind auch viel mehr Stellen durchstrichen, als im Manuskript des ersten Teils.

Red. der Dok. des Sozialismus.

* * *

Neues Testament: „Ich."

1. Oekonomie des Neuen Bundes.

Wenn wir im Alten Bunde die »einzige« Logik innerhalb der Vergangenheit zum Gegenstande unserer Erbauung hatten, so haben wir nun die Gegenwart innerhalb der »einzigen« Logik vor uns. Wir haben den »Einzigen« in seinen mannigfaltigen, antidiluvianischen »Brechungen«, als Mann, kaukasischen Kaukasier, vollendeten Christen, Wahrheit des humanen Liberalismus, negative Einheit von Realismus und Idealismus pp. bereits hinlänglich beleuchtet. Mit der historischen Konstruktion des »Ich« fällt das »Ich« selber. Dies »Ich«, das Ende einer geschichtlichen Konstruktion, ist kein »leibhaftiges«, fleischlich von Mann und Weib erzeugtes Ich, das keiner Konstruktionen bedarf, um zu existieren; es ist ein geistlich von zwei Kategorien: »Idealismus« und »Realismus« erzeugtes »Ich«, eine blosse Gedankenexistenz.

Der Neue Bund, der schon mit dem Alten Bunde, seiner Voraussetzung, aufgelöst ist, hat einen buchstäblich ebenso weisen Haushalt, wie der alte, nämlich »unter mancherlei Wandlungen« denselben, wie dies aus der folgenden Tabelle hervorgeht.

I. Die Eigenheit = die Alten, Kind, Neger pp. in ihrer Wahrheit, nämlich die Herausarbeitung aus der »Welt der Dinge« zur »eigenen« Anschauung und Besitzergreifung dieser Welt. Es ergab sich bei den Alten Lossein von der Welt, bei den Neuen Lossein vom Geist, bei den Liberalen Lossein von der Person, bei den Kommunisten Lossein vom Eigentum, bei den Humanen Lossein von Gott, also überhaupt die Kategorie des Losseins (Freiheit) als Ziel. Die negierte Kategorie des Losseins ist die Eigenheit, die natürlich keinen anderen Inhalt als dies Lossein hat. Die Eigenheit ist die philosophisch konstruierte Eigenschaft aller Eigenschaften des Stirnerschen Individui.

II. Der Eigner — als solcher ist Stirner hinter die Unwahrheit der Welt der Dinge und der Welt des Geistes gekommen, also die Neuen, Phase des Christentums innerhalb der logischen Entwickelung — Jüngling, Mongole. — Wie die Neuen in die dreifach bestimmten Freien, so schlägt der Eigner in die drei ferneren Bestimmungen auseinander:

1. Meine Macht, dem politischen Liberalismus entsprechend, wo die Wahrheit des Rechts an den Tag kömmt, das Recht als die Macht »des Menschen« in die Macht als das Recht des »Ich«, aufgelöst wird. Kampf gegen den Staat als solchen.

2. Mein Verkehr, dem Kommunismus entsprechend, wobei die Wahrheit der Gesellschaft an den Tag kommt und die Gesellschaft als der durch »den Menschen« vermittelte Verkehr (in ihren Formen als Gefängnisgesellschaft, Familie, Staat, bürgerliche Gesellschaft pp.) in den Verkehr des »Ich« aufgelöst wird.

3. Mein Selbstgenuss, dem kritischen humanen Liberalismus entsprechend, worin die Wahrheit der Kritik, das Vergehen, Auflösen und die Wahrheit des absoluten Selbstbewusstseins als Selbstverzehren an den Tag kommt, und die Kritik als das Auflösen im Interesse des Menschen in das Auflösen im Interesse des »Ich« sich verwandelt.

Die Eigentümlichkeit der Individuen löste sich, wie wir sahen, in die allgemeine Kategorie der Eigenheit auf, welche die Negation des Losseins, der Freiheit im allgemeinen war. Die Beschreibung der besonderen Eigenschaften des Individuums kann also wieder nur in der Negation dieser »Freiheit« in ihren drei »Brechungen« bestehen; jede dieser negativen Freiheiten wird jetzt durch ihre Negation in eine positive Eigenschaft verwandelt. Es versteht sich, dass wie im Alten Testament das Lossein der Welt der Dinge und der Welt der Gedanken schon als Aneignung dieser beiden Welten gefasst wurde, so auch hier diese Eigenheit oder Aneignung der Dinge und Gedanken wieder als vollendetes Lossein dargestellt wird.

Das »Ich« mit seinem Eigentum, seiner Welt, die in den eben »signalisierten« Eigenschaften besteht, ist Eigner. Als sich selbst geniessend und sich selbst verzehrend, ist es das »Ich« in der zweiten Potenz, der Eigner des Eigners, den es ebensowohl los ist, als er ihm gehört, also die »absolute Negativität« in ihrer doppelten Bestimmung als Indifferenz, Gleichgültigkeit und negative Beziehung auf sich, den Eigner. Sein Eigentum an der Welt und sein Lossein von der Welt hat sich nun verwandelt in diese negative Beziehung auf sich, in dieses Selbstauflösen und Sichselbstgehören des Eigner. Das Ich so bestimmt ist

III. Der Einzige, der also wieder keinen anderen Inhalt hat, als den Eigner plus die philosophische Bestimmung der »negativen Beziehung auf sich«. Der tiefsinnige Jaques gibt sich den Schein, als sei von diesem Einzigen nichts auszusagen, weil er ein leibhaftiges, nicht

konstruierbares Individuum ist. Es verhält sich aber vielmehr damit, wie mit der Hegelschen absoluten Idee am Ende der Logik und der absoluten Persönlichkeit am Ende der Encyklopädie, von der ebenfalls nichts auszusagen ist, weil nämlich die Konstruktion alles enthält, was von solchen konstruierten Persönlichkeiten ausgesagt werden kann. Hegel weiss dies und geniert sich nicht, dies zu gestehen, während Stirner die Heuchelei begeht, zu behaupten, sein »Einziger« sei noch etwas anderes als der konstruierte Einzige, aber etwas, das sich nicht sagen lasse — nämlich ein leibhaftiges Individuum. Dieser heuchlerische Schein verschwindet, wenn man die Sache umkehrt, den Einzigen als Eigner bestimmt und vom Eigner aussagt, dass er die allgemeine Kategorie der Eigenheit zu seiner allgemeinen Bestimmung hat; womit nicht allein alles gesagt ist, was über den Einzigen »s a g b a r« ist, sondern auch was er überhaupt i s t — minus Jaques le bonhommes Einbildung von ihm.

»O welch eine Tiefe des Reichtums, beides der Weisheit und Erkenntnis des Einzigen! Wie gar unergründlich sind seine Gedanken und unerforschlich seine Wege!«

»Siehe, also gehet sein Tun; aber davon haben wir ein geringes Wörtlein vernommen.« (Hiob 26,14.)

2. Phänomenologie des mit sich einigen Egoisten oder die Lehre von der Rechtfertigung.

Wie wir bereits in der Oekonomie des Alten Bundes und später sahen, ist Sankt Sanchos wahrer, mit sich einiger Egoist keineswegs mit dem trivialen Alltagsegoisten, dem »E g o i s t e n i m g e w ö h n l i c h e n V e r s t a n d e«, zu verwechseln. Er hat vielmehr sowohl diesen (den in der Welt der Dinge Befangenen, Kind, Neger, Alten p. p.), wie den aufopfernden Egoisten (den in der Welt der Gedanken Befangenen, Jüngling, Mongole, Neuen p. p.) zu seiner Voraussetzung. Es liegt indes in der Natur der Geheimnisse des Einzigen, dass dieser Gegensatz und die aus ihm hervorgehende negative Einheit — der »m i t s i c h e i n i g e E g o i s t« — erst hier, im Neuen Bunde, betrachtet werden kann.

Da Sankt Max den »wahren Egoisten« als etwas ganz Neues, als das Ziel der bisherigen Geschichte darstellen will, so hat er einerseits den Aufopfernden, den Predigern des dévouement, nachzuweisen, dass sie wider Willen Egoisten, und den Egoisten im gewöhnlichen Verstande, dass sie Aufopfernde, dass sie keine wahren, keine heiligen Egoisten sind. — Beginnen wir mit den ersteren, den Aufopfernden.

Zu unzähligen Malen sahen wir, dass in der Welt Jaques le bonhommes alle vom Heiligen besessen sind. »Indessen macht es doch einen Unterschied«, ob »man gebildet oder ungebildet ist«. Die Gebildeten, die sich mit dem reinen Gedanken beschäftigen, treten uns hier als die vom Heiligen »Besessenen« par excellence entgegen. Sie sind in ihrer praktischen Gestalt die »Aufopfernden«.

»Wer ist denn aufopfernd? Vollständig (!) doch (!!) wohl (!!!) derjenige, der an e i n s, einen Zweck, einen Willen, eine Leidenschaft alles andere setzt. — — Ihn beherrscht eine Leidenschaft, der er die übrigen zum Opfer bringt. Und sind diese Aufopfernden etwa nicht eigennützig? Da sie nur eine herrschende Leidenschaft h a b e n, sorgen sie auch nur für eine Befriedigung, aber für diese desto eifriger. Egoistisch ist ihr ganzes Tun und Treiben, aber es ist e i n e i n s e i t i g e r, u n a u f g e s c h l o s s e n e r, b o r n i e r t e r E g o i s m u s; es ist Besessenheit.« p. 99. Sie h a b e n also nach Sankt Sancho nur e i n e herrschende Leidenschaft; sollen sie auch für die Leidenschaften sorgen, die nicht s i e, sondern a n d e r e h a b e n, um sich zum allseitigen, auf-

geschlossenen, unbeschränkten Egoismus zu erheben, um diesem fremden Massstab des »heiligen« Egoismus zu entsprechen?

Beiläufig wird in dieser Stelle auch der »Geizige« und der »Vergnügungssüchtige« (wahrscheinlich, weil Stirner glaubt, er suche »das Vergnügen« als solches, das heilige Vergnügen, nicht die wirklichen Vergnügungen aller Art) ebenso wie »Robespierre z. B., Saint Just u. s. w.« (p. 100) als Exempel des »aufopfernden, besessenen Egoisten« angeführt. »Von einem gewissen Standpunkt der Sittlichkeit aus räsonniert man« (d. h. unser Heiliger, »mit sich einiger Egoist«, von seinem eigenen, mit sich höchst uneinigen Standpunkte aus) »etwa so«: »Opfere ich aber einer Leidenschaft andere, so opfere ich darum dieser Leidenschaft noch nicht mich, und opfere nichts von dem, wodurch ich wahrhaft ich selber bin.« (pag. 386.) Sankt Max ist durch diese beiden »mit sich uneinigen« Sätze dazu gezwungen, die »lumpige« Distinktion zu machen, dass man wohl sechs, »z. B.«, sieben »u. s. w.« Leidenschaften einer einzigen anderen opfern dürfe, ohne aufzuhören, »wahrhaft ich selber« zu sein, aber bei Leibe nicht zehn oder gar noch mehr Leidenschaften. Robespierre und Saint Just waren allerdings nicht »wahrhaft Ich selber«, ebensowenig wie sie wahrhaft »der Mensch« waren, aber sie waren wahrhaft Robespierre und Saint Just, diese einzigen, unvergleichlichen Individuen.

Das Kunststück, den »Aufopfernden« nachzuweisen, dass sie Egoisten seien, ist ein alter Kniff, bereits bei Helvetius und Bentham hinlänglich exploitiert. Sankt Sanchos »eigenes« Kunststück ist die Verwandlung der »Egoisten im gewöhnlichen Verstande«, der Bourgeois, in Nichtegoisten. Helvetius und Bentham weisen allerdings den Bourgeois nach, dass sie durch ihre Borniertheit sich praktisch schaden, aber Sankt Maxens »eigenes« Kunststück besteht darin, ihnen nachzuweisen, dass sie dem »Ideal«, dem »Begriff«, »Wesen«, »Beruf« p. p. des Egoisten nicht entsprechen und sich nicht als absolute Negation zu sich selbst verhalten. Ihm schwebt wieder nur sein deutscher Kleinbürger vor. Nebenbei bemerkt rechnet unser Heiliger, während der »Geizige« p. 99 als »aufopfernder Egoist« figuriert, den »Habgierigen« p. 78 dagegen zu den »Egoisten im gewöhnlichen Verstande«, zu den »Unreinen, Unheiligen«.

Diese zweite Klasse der bisherigen Egoisten wird p. 99 so definiert: »Diese Leute (die Bourgeois) sind also nicht aufopfernd, nicht begeistert, nicht ideal, nicht konsequent, keine Enthusiasten; sie sind im gewöhnlichen Verstande Egoisten, Eigennützige, auf ihren Vorteil bedacht, nüchtern, berechnend u. s. w.«

Da »das Buch« nicht am Schnürchen geht, so hatten wir bereits beim »Sparren« und beim »politischen Liberalismus« Gelegenheit, zu sehen, wie Stirner das Kunststück, die Bourgeois in Nichtegoisten zu verwandeln, hauptsächlich durch seine grosse Unkenntnis der wirklichen Menschen und Verhältnisse zustande bringt. Hier dient ihm dieselbe Unkenntnis zum Hebel.

»Dem« (d. h. der Stirnerschen Einbildung der Uneigennützigkeit) »widersetzt sich der starre Kopf des weltlichen Menschen, ist aber Jahrtausende lang wenigstens so weit erlegen, dass er den widerspenstigen Nacken beugen und höhere Mächte verehren musste.« (p. 104.) Die Egoisten im gewöhnlichen Verstand »betragen sich halb pfäffisch und halb weltlich, dienen Gott und dem Mammon«. (p. 105.) P. 78 erfahren wir, »der Mammon des Himmels und der Gott der Erde fordern beide genau denselben Grad der Selbstverleugnung« — wonach nicht abzusehen ist, wie die Selbstverleugnung für den Mammon und die für Gott als »weltlich« und »pfäffisch« entgegengesetzt werden können.

P. 106 fragt sich Jaques le bonhomme: »Wie kommt es indessen, dass der Egoismus derer, welche das persönliche Interesse behaupten, dennoch immer wieder einem pfäffischen oder schulmeisterlichen, d. h. einem idealen Interesse unterliegt?« (Es ist hier beiläufig zu »signalisieren«, dass an dieser Stelle die Bourgeois als die Vertreter der persönlichen Interessen dargestellt werden.) Dies kommt daher: »Ihre Person kommt ihnen selbst zu klein, zu unbedeutend vor, und ist es in der Tat auch, um alles in Anspruch zu nehmen und sich vollständig durchsetzen zu können. Ein sicheres Zeichen dafür liegt darin, dass sie sich selbst in zwei Personen, eine ewige und eine zeitliche zerteilen, am Sonntage für die ewige, am Werkeltage für die zeitliche sorgen. Sie haben den Pfaffen in sich, darum werden sie ihn nicht los.« — Sancho fühlt hier Skrupel, er fragt besorgt, ob es der Eigenheit, dem Egoismus im aussergewöhnlichen Verstand »ebenso gehen werde«? — Wir werden sehen, dass diese ängstliche Frage nicht ohne Grund getan wird. Ehe der Hahn zweimal gekräht, wird der heilige Jakobus (Jaques le bonhomme) dreimal sich selbst »verleugnet« haben.

Er entdeckt zu seinem grossen Missvergnügen in der Geschichte, dass von den beiden in ihr hervortretenden Seiten, dem Privatinteresse der einzelnen und dem sogenannten allgemeinen Interesse, das eine stets das andere begleitet. Und er entdeckt es wie gewöhnlich in einer falschen Form, in seiner heiligen Form, nach der Seite der idealen Interessen, des Heiligen, der Illusion hin. Er fragt: Wie kommt es, dass die gewöhnlichen Egoisten, die Vertreter der persönlichen Interessen, zugleich unter der Herrschaft allgemeiner Interessen, der Schulmeister, dass sie unter der Hierarchie stehen? Er beantwortet seine Frage dahin, dass die Bürger etc. »sich zu klein vorkommen«, wovon er das »sichere Zeichen« darin findet, dass sie sich religiös verhalten, nämlich sich in eine zeitliche und ewige Person teilen, d. h. er erklärt ihr religiöses Verhalten aus ihrem religiösen Verhalten, nachdem er vorher den Kampf der allgemeinen und persönlichen Interessen in das Spiegelbild des Kampfes verwandelte, simpler Reflex innerhalb der religiösen Phantasie. — Was die Herrschaft des Ideals auf sich hat, siehe oben die Hierarchie.

Uebersetzt man Sanchos Frage aus ihrer überschwenglichen Form in die profane Sprache, so »heisst es nun«:

Wie kommt es, dass die persönlichen Interessen sich den Personen zum Trotz immer zu Klasseninteressen fortentwickeln, zu gemeinschaftlichen Interessen, welche sich den einzelnen Personen gegenüber verselbständigen, in die Verselbständigung die Gestalt allgemeiner Interessen annehmen, als solche mit den wirklichen Individuen in Gegensatz treten, und in diesem Gegensatz, wonach sie als allgemeine Interessen bestimmt sind, von dem Bewusstsein als ideale, selbst religiöse, heilige Interessen vorgestellt werden können? Wie kommt es, dass innerhalb dieser Verselbständigung der persönlichen Interessen zu Klasseninteressen das persönliche Verhalten des Individuums sich versachlichen, entfremden muss und zugleich als von ihm unabhängige, durch den Verkehr hervorgebrachte Macht ohne ihn besteht, sich in gesellschaftliche Verhältnisse verwandelt, in eine Reihe von Mächten, welche ihn bestimmen, subordinieren und daher in der Vorstellung als »heilige« Mächte erscheinen? Hatte Sancho einmal das Faktum begriffen, dass innerhalb gewisser, natürlich nicht vom Wollen abhängiger, Produktionsweisen stets fremde, nicht nur vom vereinzelten Einzelnen, sondern sogar von ihrer Gesamtheit unabhängige praktische Mächte sich über die Menschen setzen, so konnte es ihm ziemlich gleichgültig sein, ob dies Faktum religiös vorgestellt oder in der Einbildung des Egoisten, über den

alles in der Vorstellung sich setzt, dahin verdreht wird, dass er Nichts über sich setzt. Sancho war dann überhaupt aus dem Reich der Spekulation in das der Wirklichkeit herabgestiegen, aus dem was die Menschen sich einbilden, zu dem, was sie sind, aus dem, was sie sich vorstellen, zu dem, wie sie sich betätigen und unter bestimmten Umständen betätigen müssen. Was ihm als Produkt des Denkens erscheint, würde er als Produkt des Lebens begriffen haben. Er wäre nicht zu der seiner würdigen Abgeschmacktheit fortgegangen, den Zwiespalt zwischen persönlichen und allgemeinen Interessen daraus zu erklären, dass die Menschen sich diesen Zwiespalt auch religiös vorstellen und sich so oder so vorkommen, was aber nur ein anderes Wort für das »Vorstellen« ist.

Selbst in der abgeschmackten kleinbürgerlich deutschen Form, worin Sancho den Widerspruch der persönlichen und allgemeinen Interessen erfasst, musste er übrigens einsehen, dass die Individuen, wie sie nicht anders konnten, immer von sich ausgegangen sind und daher beide von ihm notierte Seiten Seiten der persönlichen Entwickelung der Individuen sind, beide durch gleich empirische Lebensbedingungen der Individuen erzeugt, beide nur Ausdrücke derselben persönlichen Entwickelung der Menschen, beide daher nur in scheinbarem Gegensatz. Was die durch besondere Entwickelungsumstände und durch die Teilung der Arbeit dem Individuum zugefallene Stelle betrifft, ob es mehr die eine oder andere Seite des Gegensatzes repräsentiert, mehr als Egoist oder mehr als Devouierter erscheint, war eine durchaus untergeordnete Frage, die sogar nur dann irgend ein Interesse erhielt, wenn sie innerhalb bestimmter Geschichtsepochen an bestimmten Individuen aufgeworfen würde. Sie konnte sonst nur zu moralisch quacksalbernden Redensarten führen. Aber Sancho lässt sich als Dogmatiker hier täuschen und weiss sich nicht anders zu helfen, als indem er Sancho Pansas und Don Quixoten geboren werden und dann den Sanchos dummes Zeug von den Don Quixoten in den Kopf setzen lässt — als Dogmatiker nimmt er sich die eine Seite, schulmeisterlich aufgefasst, heraus, erklärt sie den Individuen als solchen gehörig und spricht seinen Widerwillen gegen die andern aus. Als einem Dogmatiker erscheint ihm daher auch die andere Seite teils als blosse Gemütsaffektion, Dévouement, teils als ein blosses »Prinzip«, nicht als ein aus der bisherigen natürlichen Daseinsweise der Individuen notwendig hervorgehendes Verhältnis. Das »Prinzip« hat man sich konsequent auch nur »aus dem Kopfe zu schlagen«, obgleich es der Sanchoschen Ideologie gemäss allerlei empirische Dinge schafft. So hat z. B. p. 180 das »Lebens- oder Sozietätsprinzip« »das gesellschaftliche Leben, alle Umgänglichkeit, alle Verbrüderung und alles das« »geschaffen«. Umgekehrt besser: Das Leben hat das Prinzip geschaffen.

Der Kommunismus ist deswegen unserem Heiligen rein unbegreiflich, weil die Kommunisten weder den Egoismus gegen die Aufopferung, noch die Aufopferung gegen den Egoismus geltend machen, und theoretisch diesen Gegensatz weder in jener gemütlichen, noch in jener überschwenglichen, ideologischen Form fassen, vielmehr seine materielle Geburtsstätte nachweisen, mit welcher er von selbst verschwindet. Die Kommunisten predigen überhaupt keine Moral, was Stirner im ausgedehntesten Masse tut. Sie stellen nicht die moralische Forderung an die Menschen: Liebet euch unter einander, seid keine Egoisten p. p.; sie wissen im Gegenteil sehr gut, dass der Egoismus ebenso wie die Aufopferung eine unter bestimmten Verhältnissen notwendige Form der Durchsetzung der Individuen ist. Die Kommunisten wollen also keineswegs, wie Sankt Max glaubt, und wie ihm sein getreuer Dottore Graziano

(Arnold Ruge) nachbetet (wofür ihn Sankt Max, Wigand p. 192, einen »ungemein pfiffigen und politischen Kopf« nennt) — den »Privatmenschen« dem »allgemeinen«, dem aufopfernden Menschen zu Liebe aufheben — eine Einbildung, worüber sie sich beide bereits in den Deutsch-französischen Jahrbüchern die nötige Aufklärung hätten holen können. Die theoretischen Kommunisten, die einzigen, welche Zeit haben, sich mit der Geschichte zu beschäftigen, unterscheiden sich gerade dadurch, dass sie allein die Schöpfung des »allgemeinen Interesses« durch die als »Privatmenschen« bestimmten Individuen in der ganzen Geschichte entdeckt haben. Sie wissen, dass dieser Gegensatz nur scheinbar ist, weil die eine Seite, das sog. »Allgemeine«, von der andern, dem Privatinteresse, fortwährend erzeugt wird, und keineswegs ihm gegenüber eine selbständige Macht mit einer selbständigen Geschichte ist, dass also dieser Gegensatz fortwährend praktisch vernichtet und erzeugt wird. Es handelt sich also nicht um eine Hegelsche »negative Einheit« von zwei Seiten eines Gegensatzes, sondern um die materiell bedingte Vernichtung einer bisherigen materiell bedingten Daseinsweise der Individuen, mit welcher zugleich jener Gegensatz samt seiner Einheit verschwindet. —

Wir sehen also, wie der »mit sich einige Egoist« im Gegensatz zu dem »Egoisten im gewöhnlichen Verstande« und dem »aufopfernden Egoisten« von vornherein in einer Illusion über beide und die wirklichen Verhältnisse der wirklichen Menschen beruht. Der Vertreter der persönlichen Interessen ist bloss »Egoist im gewöhnlichen Verstande« wegen seines notwendigen Gegensatzes gegen die gemeinschaftlichen Interessen, innerhalb der bisherigen Produktions- und Verkehrsweise zu allgemeinen Interessen verselbständigt und in der Form idealer Interessen vorgestellt und geltend gemacht. Der Vertreter der gemeinschaftlichen Interessen ist bloss »Aufopfernder« wegen seines Gegensatzes gegen die als Privatinteressen fixierten persönlichen Interessen, wegen der Bestimmung der gemeinschaftlichen Interessen als allgemeiner und idealer.

Beide, der »aufopfernde Egoist« wie der »Egoist im gewöhnlichen Verstande« treffen in letzter Instanz zusammen in der Selbstverleugnung p. 78: »So ist die Selbstverleugnung den Heiligen gemein mit den Unheiligen, den Reinen mit den Unreinen: Der Unreine verleugnet alle besseren Gefühle, alle Scham, ja die natürliche Furchtsamkeit und folgt nur der ihn beherrschenden Begierde. Der Reine verleugnet seine natürliche Beziehung zur Welt. — — Von Gelddurst getrieben, verleugnet der Habgierige alle Mahnungen des Gewissens, alles Ehrgefühl und alle Milde und alles Mitleid; er setzt alle Rücksichten aus den Augen: ihn reisst die Begierde fort. Gleiches begeht der Heilige: er macht sich zum Spotte der Welt, ist »hartherzig« und »streng gerecht«; denn ihn reisst das Verlangen fort.« —

Der »Habgierige«, der hier als unreiner, unheiliger Egoist, also als Egoist im gewöhnlichen Verstande auftritt, ist nichts als eine in moralischen Kinderfreunden und Romanen breitgetretene, in der Wirklichkeit aber nur als Abnormität vorkommende Figur, keineswegs der Repräsentant der habgierigen Bourgeois, die im Gegenteil weder »Mahnungen des Gewissens«, »Ehrgefühl« u. s. w. zu verleugnen brauchen, noch sich auf die eine Leidenschaft der Habgier beschränken. Ihre Habgier hat vielmehr eine ganze Reihe anderer, politischer und sonstiger Leidenschaften im Gefolge, deren Befriedigung die Bourgeois keineswegs aufopfern. Ohne hierauf weiter einzugehen, halten wir uns gleich an die Stirnersche »Selbstverleugnung«.

Sankt Max schiebt hier dem Selbst, das sich verleugnet, ein andres, nur in Sankt Maxens Vorstellung existierendes Selbst unter. Er lässt

»den Unreinen« allgemeine Eigenschaften, wie »bessere Gefühle«, »Scham«, »Furchtsamkeit«, »Ehrgefühl« pp. aufopfern und fragt gar nicht darnach, ob der Unreine diese Eigenschaften auch besitzt. Als ob »der Unreine« notwendig alle diese Qualitäten besitzen müsse! Aber selbst dann, wenn »der Unreine« sie alle besässe, würde die Aufopferung dieser Eigenschaften noch keine Selbstverleugnung, sondern nur das selbst in der »mit sich einigen« Moral zu rechtfertigende Faktum konstatieren, dass Einer Leidenschaft mehrere andere geopfert werden. Und endlich ist nach dieser Theorie alles »Selbstverleugnung«, was Sancho tut und nicht tut.

(Fortsetzung folgt.)

Bericht der Kommission zur Abänderung des Agrarprogramms der Arbeiterpartei in Holland.

Ein Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Agrartheorien.

Im Jahre 1901 beauftragte der Parteivorstand der S. D. A. P. (Sozialdemokratische Arbeiter-Partei) in Holland eine Kommission mit der Untersuchung, ob die Programme der S. D. A. P., soweit die agrarischen Paragraphen in Betracht kommen, einer Verbesserung bedürfen. Die Kommission trat am 7. Dezember 1901 zu ihrer ersten Sitzung zusammen und bestand zuerst aus 5 Personen: H. Gorter, G. W. Melchers, P. L. Tak, P. J. Troelsta und W. H. Vliegen, denen auf Wunsch der Kommission noch M. Kalsbeek beigegeben wurde.

Bei der Festsetzung des Arbeitsprogramms wurde auf Vorschlag Troelstras beschlossen, die Frage in ihrem ganzen Umfange zu behandeln. Ein jedes Mitglied erhielt sodann die Aufgabe zuerteilt, einen Bericht über die Frage anzufertigen, ob das einleitende Programm der S. D. A. P. in Bezug auf die Agrarfrage geändert werden müsse, und wenn ja, was alsdann an ihm zu ändern sei.

Erst nach zwei Jahren, am 10. Oktober 1903, hielt die Kommission wieder eine Sitzung ab, in der die eingeforderten Berichte erstattet wurden. Hierbei zeigte sich eine so gut wie absolute Uebereinstimmung in der Auffassung über die Entwickelungstendenzen in der Landwirtschaft. Alle gaben zu, dass das Einleitungsprogramm der S. D. A. P., welches über alle Arbeitszweige ein gleiches Urteil fällt, in dieser Beziehung nicht richtig sei. In einer späteren Sitzung, am 20. Januar 1904, wurde sodann beschlossen, das Programm zu ändern. Eine vorläufige Besprechung über die eventuellen Beschlüsse fand auf der Grundlage zweier Berichte statt, die von Gorter und Troelstra der Kommission unterbreitet worden waren. Die Beschlüsse wurden nun festgestellt und Vliegen beauftragt, einen Bericht an den Kongress zu entwerfen. In einer Sitzung am 19. Februar 1904 wurde dieser Bericht nach einiger Aenderung als Kommissionsbericht festgestellt, der dem Parteikongress zu unterbreiten sei. Die sämtlichen Beschlüsse wurden von der Kommission einstimmig gefasst.

E. F.

* * *

Bericht.

Das Einleitungsprogramm der S. D. A. P. leitet die Entwickelung der heutigen Gesellschaft zu einer sozialistischen von einer Anzahl Tatsachen ab, die in der heutigen Gesellschaft ins Auge fallen und wissenschaftlich feststehen.

Die vornehmsten dieser Tatsachen sind: a) Das Entstehen und stete Anwachsen einer Klasse von Proletariern, ganz abhängig von einer gleichzeitig erstandenen Klasse von Besitzenden; b) eine fortwährende Konzentration von Besitz und Gewerbe, woran der Mittelstand als unabhängige Klasse zu Grunde geht und die Herrschaft über die Produktionsmittel in die Hände einer immer kleiner werdenden Klasse von Menschen kommt; c) rasche Zunahme des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, das in der kapitalistischen Gesellschaft, wo die Produktion an keine Regeln gebunden ist, aufeinanderfolgende Krisen zur Folge hat, welche die unter a und b bezeichneten Tatsachen noch verstärken.

Die Kampf- oder Wahlprogramme der S. D. A. P. umfassen Massregeln, die zum Ziele haben, auf die eine oder andere Art dem Proletariat zu helfen in seiner Aufgabe, die in dem Prinzipienprogramm enthalten ist. Namentlich das Werden einer sozialistischen Produktionsweise zu fördern.

Die Kommission, durch Unterzeichnete gebildet, die wir der Kürze halber die Agrarkommission nennen wollen, und die zur Aufgabe hat, zu untersuchen, welcher Reformierung gewisse Paragraphen des Programms bedürfen, hat sich deshalb zuerst gefragt, ob die tatsächliche Entwickelung sich in der Landwirtschaft, um die es sich hier allein handelt, ebenfalls mit der Schilderung der gesellschaftlichen Entwickelung übereinstimmt, wie sie in unserem Einleitungsprogramm gegeben wird.

Aus der blossen Tatsache, dass schon in früheren Jahren sich das Bedürfnis nach besonderen Programmparagraphen für die Landwirtschaft geltend machte, geht schon hervor, dass sich dieser Arbeitszweig nicht in demselben Geleise bewegt, wie die anderen Arbeitszweige. Und es ist für niemand, der die Diskussionen in den letzten Jahren im In- und Auslande über diese Sache verfolgt hat, ein Geheimnis, dass die Entwickelungstendenzen in den landwirtschaftlichen Betrieben abzuweichen scheinen von denen, die im allgemeinen in Handel und Industrie zu konstatieren sind.

Für Industrie und Handel steht die Richtigkeit des von uns in unserem Anfangsprogramm Festgestellten ausser allem Zweifel. Die Konzentrierung der Betriebe lässt sich hauptsächlich beweisen durch zwei Dinge. Erstens durch eine Zählung der selbständigen Betriebe in Verbindung mit der Anzahl Arbeiter oder der erzielten Produktion. Zweitens durch Zählung der Anzahl der Unternehmer und der Angestellten.

Keine einzige statistische Untersuchung der jüngsten Zeit hat auch nur die geringste Tatsache an das Licht gebracht, die den in unserem Programm festgestellten Entwickelungstendenzen widerspricht. Dagegen tut aber jede neue Untersuchung ihre Richtigkeit überzeugend dar.

Um eins zu nennen, so ergab in unserem eigenen Lande die Berufszählung vom 31. Dezember 1899 als Resultat der Zählung in Handel und Gewerbe, dass die Anzahl der Selbständigen in der Industrie von 1889—1899 um 10 Prozent zugenommen hat, die Anzahl der Unselbständigen jedoch um 27½ Prozent. Im Handel nahm die Zahl der Selbständigen um 6 Prozent zu, die der Unselbständigen um 35 Prozent.

In zwei der drei grossen Gruppen des Betriebslebens steht also auch in unserem Lande die Konzentrationsbewegung fest, die in unserem Programm konstatiert wird.

Jedoch das Programm unterstellt diese Bewegung für alle Betriebe und spricht vom Sichkonzentrieren aller Arbeitsmittel in einigen Händen.

Die Agrarkommission ist einstimmig zu der Ansicht gekommen, dass dies nicht als richtig angesehen werden darf. Die wahrnehmbaren Tatsachen der Entwickelung stützen diese Auffassung nicht, dass auch in der Landwirtschaft der Grossbetrieb den Kleinbetrieb und der Grosskapitalist den kleinen Unternehmer verdrängt.

Weder in Holland noch im Auslande ist dies der Fall. Wir haben hier mit anderen Erscheinungen zu tun, als mit denen, die in der Industrie obwalten, und die Zeit, für die Entwickelungstendenzen der Landwirtschaft feste Regeln aufzustellen, scheint noch nicht gekommen.

In England war die Entwickelung von 1885 bis 1895 folgende:

Grösse der Betriebe in acres*)	Anzahl d. Betriebe 1885	Anzahl d. Betriebe 1895	Zu- oder Abnahme	Zu- od. Abnahme der angebauten Flächen in acres
1— 5 (0,40— 2 H.A.)	135 736	117 968	weniger 17 968	weniger 22 885
5— 20 „ 2— 8 „	148 806	149 818	mehr 1 012	mehr 10 880
20— 50 8— 20 „	84 149	85 663	„ 1 514	„ 40 449
50—100 20— 40 „	64 715	66 625	„ 1 910	„ 138 683
100—300 40—120 „	79 573	81 245	„ 1 672	„ 217 429
300—500 120—200 „	13 875	13 568	weniger 307	neu 127 223
über 500 über 200 „	5 489	5 219	„ 270	„ 226 807

In Deutschland von 1882 bis 1895:

Grösse der Betriebe	Anzahl d. Betriebe 1882	Anzahl d. Betriebe 1895	Zu- oder Abnahme	Zu- od. Abnahme der angebauten Flächen in H.A.
0— 2 H.A.	3 061 831	3 236 367	mehr 174 546	weniger 17 494
2— 5 „	981 407	1 016 318	„ 34 911	„ 95 781
5— 20 „	926 605	998 804	„ 72 199	mehr 563 477
20—100 „	281 510	281 767	„ 257	weniger 38 333
über 100 „	24 991	25 061	„ 70	„ 45 538

In Frankreich von 1882 bis 1892:

Grösse der Betriebe	Anzahl d. Betriebe 1882	Anzahl d. Betriebe 1892	Zu- oder Abnahme	Zu- od. Abnahme der angebauten Flächen in H.A.
0— 1 H.A.	2 167 667	2 235 405	mehr 67 738	mehr 243 420
1— 5 „	1 865 878	1 829 259	weniger 36 619	weniger 108 434
5—10 „	769 152	788 299	mehr 19 147	„ 13 140
10—40 „	727 222	711 118	weniger 16 104	„ 532 243
über 40 „	142 088	138 671	„ 3 417	mehr 197 288

In Belgien nahmen von 1880—1895 die mittleren Betriebe zu von 38 199 auf 41 102, die Anzahl der sehr kleinen Betriebe verminderte sich von 158 261 auf 150 586, aber auch die Anzahl der Grossbetriebe ging zurück, und die Zahl der Arbeiter verminderte sich in den 15 Jahren von 217 195 auf 187 106.

In den Niederlanden betrug die Anzahl der Landwirte:

	Im Jahre 1892		Im Jahre 1901	
	Besitzer	Pächter	Besitzer	Pächter
Von 1— 5 H.A.	44 847	32 806	46 350	35 686
„ 5— 10 „	21 015	13 177	20 818	13 953
„ 10— 20 „	17 805	12 111	17 280	12 656
„ 20— 50 „	11 155	10 700	10 756	11 379
„ 50—100 „	1 457	1 867	1 399	1 933
über 100 „	130	81	101	90

*) 1 acre = 0,40 H.A.

Ausser in England, wo die kleinsten Betriebe geradeso wie die grössten ab- und die mittleren zugenommen haben, sehen wir in allen den hier genannten Ländern, auch in unserem, eine Zunahme der kleinen Betriebe. Ueberall eine Zunahme der Gesamtzahl der Betriebe, so dass auf jeden Fall von einer unablässigen Konzentration der Betriebe nicht gesprochen werden kann. Auch zeigen die Ziffern keine Zerstückelung an, eher kann man von einem Stillstand reden.

Was wir für die Anzahl der Betriebe konstatieren, wird noch bestätigt, wenn wir uns die Resultate der Berufszählungen ansehen.

In Deutschland erhöhte sich von 1882 bis 1895 die Anzahl der Unternehmer in den landwirtschaftlichen Betrieben von 2 228 033 auf 2 568 725, die Anzahl der Arbeiter verringerte sich von 5 881 319 auf 5 627 794.

In den Niederlanden erhöhte sich die Anzahl der Selbständigen in der Landwirtschaft zwischen 1889 und 1895 von 161 399 auf 182 127, das ist um 12,8 Prozent, während die Anzahl der Unselbständigen sich von 363 225 auf 388 151 erhöhte, das ist um 7 Prozent.

Es ist also zweifellos, dass der im Einleitungsprogramm der S. D. A. P. angegebene Entwickelungsgang, der auf alle Betriebe Anwendung finden soll, sich bei der Landwirtschaft nicht bestätigt, dass von einer Konzentration dieser Betriebe keine Rede sein kann, dass im Gegenteil, ausser in England, eine immer grösser werdende Anzahl von Personen als Unternehmer in diesem Gewerbszweige auftreten und also die Arbeitsmittel in immer mehr anstatt in immer weniger Händen kommen.

Wir wollen aber gleichzeitig hinzufügen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe, wenn auch in kleinerem Massstabe wie die meisten Industriebetriebe, ebenfalls unter der kapitalistischen Aneignung leiden; es geht nur auf anderen Wegen und vielleicht nicht so schnell.

Am meisten wird dies bewiesen durch die rasche Zunahme des Pachtsystems.

Das hauptsächlichste Arbeitsmittel des Landwirts ist doch der Boden, und dass die Zahl der Pächter stärker zunimmt, als die Zahl der Besitzer, zeigt, dass gegenwärtig ein immer grösser werdender Teil der Landwirte ohne den Besitz dieses Arbeitsmittels auskommen muss.*)

Von 1892—1901 erhöhte sich hier zulande die Zahl der Besitzer von 96 409 auf 96 704, d. i. um 0,30 Proz. Die Zahl der Pächter von 70 832 auf 75 697, d. i. um 7 Proz. Die Zahl der vom Kapital abhängigen Menschen nimmt daher prozentual auch in der Landwirtschaft zu.

Noch wichtiger erscheint der Kommission jedoch folgendes:

Die landwirtschaftlichen Betriebe werden, was einige Zweige betrifft, immer fabrikmässiger. Die ganze Herstellung von Butter und Käse wird immer mehr Fabrikbetrieb.

---

*) Angebaute Bodenfläche (in Prozenten) in den Niederlanden.

	Im Jahre 1891		Im Jahre 1900	
	Besitzer	Pächter	Besitzer	Pächter
1— 5 H.A.	57.9	42,1	56,6	43,4
5— 10 „	61,5	38,5	59,9	40,1
10— 20 „	59,6	40,4	57,9	42,1
20— 50 „	51,5	48,5	48,3	51,7
50—100 „	44,6	55,4	42,0	58,0
über 100 „	61,2	38,8	53,0	47,0
total	57,9	42,1	56,2	43,8

Bei der jüngsten Berufszählung der fabrikmässigen Molkereien in den Niederlanden zählten wir:

	Im Jahre 1898	1899
Unternehmer auf eigene Rechnung	211	539
Unternehmer auf Rechnung anderer . . .	70	306
Zwischenpersonen, Comptoirpersonal u. s. w.	65	745
Arbeiter	941	3797

Mit dem kolossal raschen Aufschwung, den dieser Beruf genommen hat, fand zu gleicher Zeit eine starke industrielle Konzentration statt. Erhöhte sich doch die Zahl der Unternehmer um 150, die Anzahl der Arbeiter um 300 Prozent. Sobald sich nun diese Betriebe gebildet haben, werden sie zu den industriellen Betrieben gerechnet, und durch die Ablösung dieser Betriebszweige, die eine grosse Entwickelung durchmachen, bleiben die mehr oder weniger Stillstehenden allein übrig.

Die Industrie der Konserven, Fruchtsäfte usw. zählte:

	Im Jahre 1889	1899
Unternehmer auf eigene Rechnung	202	240
Unternehmer auf Rechnung anderer . . .	6	26
Zwischenpersonen	27	133
Arbeiter	276	916

Derartige Gruppen, die, sobald sie einen selbständigen Betrieb bilden, nicht mehr zu der Landwirtschaft, sondern zu den Nahrungsmittelbetrieben gerechnet werden, haben natürlich einen grossen Einfluss auf die Totalziffern der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Zuckerindustrie, die Kartoffelmehlindustrie und viele andere Industrien hängen wohl nicht mit dem landwirtschaftlichen Betrieb zusammen, haben jedoch einen starken Einfluss auf den Bauer und bewirken, dass, obwohl dieser als Unternehmer seine Arbeit selbst regelt, das Grosskapital einen unmittelbaren, überwiegenden Einfluss auf seine Existenz hat.

Dies ist auch in starkem Maasse bei einigen Zweigen der landwirtschaftlichen Unternehmung der Fall, wo das Handelskapital sich der Produkte bemächtigt und sie im grossen auf den Weltmarkt bringt, was der einzelne Bauer nicht vermag. Diesem Aufkauf kann er sich meistens nicht entziehen, weil ihm selbst die Gelegenheit oder Arbeitskraft fehlt, um seine Produkte auf den besten Markt zu bringen. So sind z. B. die Obstbesitzer in hohem Masse dem kapitalistischen Grosshandel unterworfen, weil sie selbst meistens keine Arbeitskräfte haben, um das Obst zu pflücken und zu behandeln. So geht es auch mit einer Anzahl anderer Produkte.

Auf diese Weise fühlt der Bauer gerade so gut wie der Mittelstand den überwiegenden Einfluss des Kapitals und wird er auf diese Weise immer mehr abhängig vom Kapital.

Ausserdem wird der Einfluss, der zur Abweichung von dem in unserem Programm angegebenen Entwickelungsgang führte, sehr beschränkt durch eine Tatsache, die im allgemeinen und auch bei der Landwirtschaft vorkommt: nämlich, dass Betriebe, die scheinbar nicht unter dem Einfluss der modernen Entwickelung stehen, an gesellschaftlichem Werte verlieren. Das sieht man auch bei der Landwirtschaft.

Die untergeordneten Teile des Landwirtschaftsbetrieb, die sich stark entwickelt haben, werden von der kapitalistischen Konzentration stark mitgenommen, wenn auch nicht direkt, z. B. beim Zuckerrübenbau, der Pflanzung von Kartoffeln für die Kartoffelmehlfabrikation, ferner Obst- und Gemüse für den kapitalistischen Grosshandel.

Aber die eigentliche Landwirtschaft, das Bearbeiten des Grund und Bodens selbst, das Pflügen, Säen, Mähen usw. geschieht, wenn auch nicht in steigendem Masse, so doch auch nicht in abnehmendem Masse, im Kleinbetrieb.

Die Ursachen hierfür scheinen der Kommission auf der Hand zu liegen. Es ist die Tatsache, dass die Produktivität des Betriebes, die Intensivität, mit der der Boden bearbeitet wird, wenn nicht besser, so doch gerade so gut im Kleinbetrieb erhöht werden können wie im Grossbetriebe, und dass die verbesserten Arbeitsmethoden auch im Kleinbetriebe Anwendung finden können, auch durch das Mittel der Genossenschaft. Denn man kann absolut nicht beweisen, dass es einen Stillstand gibt in den Arbeitsmethoden. Im Gegenteil, die neuen Erfindungen werden stark in Anspruch genommen, und allein die Anzahl der Dampfpferdekräfte und die Anzahl der Werkzeuge, die im Gebrauch sind, geben ein Beispiel von den zunehmenden technischen Verbesserungen im Betriebe selbst oder den nächstliegenden Betrieben.*)

Die Produktion stieg pro Hektar:

	durchschnittlich 1886—1890	1901
Weizen	24,4 hl	27,4 hl
Roggen	19,7 „	23,2 „
Wintergerste	40,5 „	39,5 „
Sommergerste	30,3 „	34,2 „
Hafer	39,7 „	48,1 „
Kartoffeln	147,0 „	215,0 „
Zuckerrüben	24 098 Kilo	36 965 Kilo
Flachs	489 „	644 „

---

*) Dampfbetriebe in den Niederlanden:

	Pferdekräfte am 1. Januar				
	1896	1898	1899	1900	1901
Molkereibetriebe	1982	2633	2935	6657	7322
Zuckerrübenfabriken	2348	3310	2572	26422	28500
Dampf-Dreschmaschinen	1441	1292	1434	2453	2683
Maschinen zum Mahlen von Viehfutter	87	361	508	396	400
Stroh- und Heupressmaschinen	2	29	34	43	43
Maschinen zum Reinigen von Getreide	—	176	188	239	239
Buttermaschinen	—	24	24	71	99
Kartoffelmehl- und Syrupmaschinen	1464	1494	1392	4248	4489
Strohkartonmaschinen	1305	1676	1700	5728	6410
Flachs- und Hanfmaschinen	431	582	400	1294	1296
Schäl- und Rauhmühlen	—	458	496	765	803
Stehende Feldmaschinen	—	90	79	121	129
Dampfpflüge	—	24	24	36	36

Werkzeuge im Gebrauch:

	durchschnittlich 1891—1900	1900
Säewerkzeuge	3495	4235
Säereiher	158	230
Säebreitwerfer	111	214
Säekunstdünger	—	—
Getreidemähmaschinen	243	318
Grasmähmaschinen	106	1036
Dreschwerkzeuge durch Pferde getrieben	7357	9710
Milchcentrifugen Handbetrieb	787	2092
Tierische Kraft	21	37
Dampfkraft	362	680
Getrieben durch Gas, Electricität und Petroleum	7	18

Der Gebrauch von Maschinerie nimmt stark zu in unserm Land. Es waren im Gebrauch:

	durchschnittlich 1891—1900	1900
Säewerkzeuge	3495	4235
Kornmähmaschinen	243	318
Grasmähmaschinen	806	1036
Dreschmaschinen durch Pferde getrieben	7357	9710
Milchcentrifugen Handbetrieb	787	2092
Tierbetrieb	21	37
Dampfbetrieb	363	680
Gas, Electricität	7	18

Es hat also in grossen Massen Einfuhr von Maschinen stattgefunden. Eine Anzahl anderer Tatsachen zeigen die erhöhte Produktion der Landwirtschaft.

Während die landwirtschaftliche Bevölkerung um 8½ Prozent zunahm, stieg die Produktion in 10 Jahren von:

		durchschnittlich 1881—1890		1891—1900	
Roggen	von	3 837 000	auf	4 369 000	hl
Hafer	„	4 466 000	„	5 566 000	„
Zuckerrüben	„	506 387 000	„	1095 993 000	Kilo
Bohnen	„	803 000	„	821 000	hl
Erbsen	„	405 000	„	599 000	„

Von den folgenden Artikeln, die direkt oder indirekt aus dem einen oder anderen Zweig der Landwirtschaft kommen, betrug das Saldo der Ausfuhr:

	1893		1902	
Kartoffelmehl	32 090 000	Kilo	41 840 000	Kilo
Bäume, Sträucher, Blumenzwiebeln u. s. w.	4 754 000	Guld.	8 541 000	Guld.
Butter	11 086 000	Kilo	22 181 000	Kilo
Grünwaren	7 400 000	Kilo	132 000 000	Kilo
Unbearbeiteter Flachs	12 877 000	Kilo	30 928 000	Kilo
Bearbeiteter Flachs	8 684 000	Kilo	5 355 000	Kilo
Hammel- und Schweinefleisch	15 303 000	Kilo	49 455 000	Kilo
Käse	10 451 000	Guld.	16 549 000	Guld.
Fleisch *)	12 432 000	Kilo	45 092 000	Kilo

Die Viehzucht stieg folgendermassen:

	1892	1901
Pferde	270 000	301 600
Rinder	1528 500	1649 500
Schafe	752 000	751 900
Schweine	990 900	1381 200

Das vorhandene Federvieh betrug:

	1866—70	1900
Hühner	1814 400	4343 145
Truthühner	14 222	12 820
Enten	324 632	451 993
Gänse	29 639	39 233
Schwäne	4 122	3 512

*) Diese Zahlen sind aus den Jahren 1892 und 1901.

Käseproduktion in Fabriken:
Anzahl der Fabriken: 1897: 65 1900: 75
Verarbeitete Vollmilch zu Käse pr. 1000 Liter:
1897: 34 004 1900: 43 461
Das Quantum gemachter fetter Käse:
1897: 2907 687 1900: 3758 888

Butterfabriken:
Verarbeitete Vollmilch zu Butter pro 1000 Liter:

1897	589 630
1900	839 498

Gemachte Süssrahmbutter in Kilo:

1897	17 668 804
1900	25 913 047

Käse in Butterfabriken fabriziert:

	Fettkäse	Magerkäse
1897	44 285	14 373 547
1900	131 316	19 917 741

Anzahl der Butterfabriken:
1897: 692 1900: 876

Das Genossenschaftswesen, von dem vielleicht viele einen Stoss in der Richtung der Konzentration erwartet haben, scheint im Gegenteil gerade ein Mittel zu sein, den kleinen selbständigen Bauern zu erhalten.

Man sehe sich nur einmal die Wirkung besonders bei den gangbarsten Sorten an. Der Bauer, der seine Milch selbst verarbeiten will, Butter, Käse usw. selbst machen will, kann nur bei ganz grossem Betriebe, also beim Grosskapital, von der modernen Arbeitsmethode Gebrauch machen. Die Genossenschaftsfabrik ermöglicht es, dass selbst der Besitzer einer einzigen Kuh von diesen Mitteln Gebrauch machen kann.

Ist früher der Bauer, wenn er von Schicksalsschlägen heimgesucht wurde, beim Sterben eines Stückes Vieh, einer verlorenen Ernte und dergleichen in die Hände von Wucherern gefallen und kostete ihm das öfters seinen Betrieb, so befreien ihn jetzt davon die genossenschaftlichen Kreditvereine und das System der Gegenseitigkeitsversicherung.

Ist der einzelne nicht im stande, sich mit künstlichem Dünger zu versehen oder mit bestem Säkorn, mit Zuchtvieh usw., so bietet der genossenschaftliche Einkaufsverein auch dem kleinsten Bauer die Möglichkeit, in dieser Beziehung seinen Betrieb mit den besten Hilfsmitteln zu versehen.

Und wo der Gebrauch von Maschinen für den kleinen selbständigen Bauern ganz ausgeschlossen sein würde, falls er sie selbst kaufen muss, da ist es auch wieder die genossenschaftliche Anschaffung und Ausbreitung von Maschinen, die für ihn diese Hilfsmittel erreichbar machen.

Die Zukunft wird lehren, ob und wie das Grosskapital die Genossenschaften der Kleinen beherrschen wird. Wir besprechen hier nur die Entwickelungstendenzen, so wie sie sich gegenwärtig überblicken lassen.

Und ganz gewiss wird der genossenschaftliche Verkaufsverein das Seinige dazu tun, wenn auch diese Vereine erst noch in kleiner Anzahl gegründet sind und sie noch viele praktische Schwierigkeiten auf ihrem Wege finden.

Wir sehen also, dass das Genossenschaftswesen in den landwirtschaftlichen Betrieben die Konzentration des Betriebes nicht zur Notwendigkeit macht.

Hier ist es angebracht, kurz einiges über eine Art von Genossenschaften zu sagen, die sich auch, und ganz speziell auf landwirtschaftlichem Gebiete bewegt, nämlich die ins Leben gerufenen Vereine gemeinschaftlichen Grundbesitzes.

Aus allem, was wir bisher sagten, folgt, dass, weil der landwirtschaftliche Grossbetrieb der westeuropäischen Länder bis jetzt technisch keine

besseren Resultate aufzuweisen hat, wie der Kleinbetrieb, Produktivgenossenschaften keine grossen Vorteile bringen können.

Jedoch denkt keiner von uns daran, die Landwirtschaftsgenossenschaften zu verwerfen, auch nicht das genossenschaftliche Bearbeiten des Grund und Bodens. Allein wir bezweifeln, dass sie unter den gegenwärtigen Umständen von grossem Nutzen sind.

Aber der Verein für gemeinschaftlichen Grundbesitz hat in unserem Lande einen Feldzug ins Werk gesetzt, wobei die Quacksalberei getrieben wird, gegen alle Leiden die produktiven und speziell die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu empfehlen, als ein Mittel, das alle andere, besonders aber die politische Aktion des Proletariats ersetzen könne.

Obwohl der Unsinn jedem in die Augen sticht, fallen in unserem Lande doch wieder Hunderte darauf hinein. Menschen, die gegen das einzig Fruchtbare, die sozialdemokratische Aktion des Proletariats, so mit Vorurteilen vollgestopft sind, dass sie diese auf jeden Fall umgehen wollen und auch das Blödsinnigste ergreifen, wenn es nichts mit der Sozialdemokratie zu tun hat.

Der vollständige Schiffbruch all jener »Kolonieen«, die abseits von der Gesellschaft, sozusagen ausserhalb der Gesellschaft ihr Arbeitsfeld suchen, wird natürlich auch für diejenigen ein guter Lehrmeister sein, die darauf hineingefallen sind, aber wir glauben, hier zeigen zu müssen, dass die Entwickelung des landwirtschaftlichen Betriebes keinerlei Beweise bringt, die eine Grundlage für die Behauptung abgeben könnten, dass durch das Mittel der Genossenschaften für die Bearbeitung des Grund und Bodens grosse Vorteile für die Teilnehmer, geschweige für das Proletariat zu erlangen seien.

Solche Genossenschaften, die aus den Bedürfnissen erwachsen, welche zum Betriebe notwendig sind, betreffen an und für sich nicht das Ausüben des Betriebes selbst. Man vereinigt sich nur zu Genossenschaften für die Anschaffung der Hilfsmittel des Betriebes.

Auf dem Gebiete der Bodenbearbeitung an und für sich sehen wir bis jetzt noch kein genossenschaftliches Wirken. Die Möglichkeit des einzelnen, auf genossenschaftlichem Wege die technischen Hilfsmittel zu erlangen, machen die Vorteile sehr problematisch.

Was wir hier behaupten, ist wieder Zahlen zu beweisen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat in den Niederlanden einen grossen Aufschwung genommen und doch sehen wir, dass die Betriebskonzentration noch nicht begonnen hat.*) (Note s. S. 226.)

Ein Faktor, der ganz sicher auch den Fortbestand des Kleinbetriebes fördert und der eigentlich erst in den letzten Jahren auftrat, ist der Mangel an Arbeitskräften.

Die Entwickelung von Industrie, Handel und Verkehr und der dadurch verursachte Zug vom Lande nach der Stadt bewirkt, dass die Landwirtschaft nicht so leicht wie vorher die nötigen Hände bekommt, die sie notwendig braucht.

Um Missverständnissen vorzubeugen, betonen wir, dass wir damit nicht etwa sagen wollen, die Frage der Arbeitslosigkeit sei für das platte Land gelöst. Wir wollen nur sagen: wenn der Bauer viele Arbeitskräfte gebraucht, z. B. in der Heu- und Erntezeit, kann er öfters keine bekommen. Mancher Fabrikant in den industriellen Betrieben hat sehr bescheiden angefangen und nach und nach immer mehr Arbeiter, einen nach dem andern eingestellt. In der Landwirtschaft ist das viel schwieriger, weil es ihr unmöglich ist, die Löhne zu zahlen, die die Industrie bezahlt, und die Arbeiter deshalb die industrielle Arbeit vorziehen, die doch meistens auch keine Saisonarbeit ist.

Alle diese Tatsachen beweisen, dass das Fortbestehen und die Ausbreitung des Kleinbetriebes im Hauptbetriebe der Landwirtschaft, das Bearbeiten des Bodens, nicht vorübergehender Art ist, sondern dass viele vor-

handene Wahrzeichen darauf hinweisen, dass der landwirtschaftliche Betrieb nicht die Tendenzen aufweist, die in der Industrie vorhanden sind. Ob das so bleiben wird, oder ob neue Faktoren andere Tendenzen bringen können und werden, ist eine Frage, in die wir uns nicht vertiefen wollen.

Alle diese Erwägungen lassen die Frage noch offen, ob unabhängig vom Betrieb doch nicht das Land oder der Grundbesitz in immer weniger Hände kommt. Wir haben jedoch darüber nichts gebracht und können daher eine solche Behauptung weder aufstellen noch widerlegen. Auf eine Tatsache wollen wir aber noch hinweisen, nämlich auf die Hypotheken.

In einem Zeitraum von 10 Jahren, 1892 bis 1902, erhöhte sich der Gesamtbetrag der landwirtschaftlichen Hypotheken von 38 917 000 Gulden auf 41 617 604 Gulden, was zwar eine Erhöhung, jedoch eine so geringe ist, dass von einer Enteignung durch das Grosskapital auf diesem Wege nicht gesprochen werden kann.

Endlich ist es wohl noch der Mühe wert, zu bemerken, dass eine der häufigst vorkommenden Formen, in denen sich die Betriebskonzentration in Handel und Industrie offenbart, die Aktiengesellschaft, in der Landwirtschaft in den Niederlanden nicht vorkommt. Fortsetzung folgt.

*) zu S. 225. [Hier folgen im holländischen Text sehr detaillierte Zahlen, die wir in summarischer Zusammenfassung wiedergeben. Red. der Dokumente des Soz.]

Genossenschaftliche Vereine in Holland im Jahre 1900.

	Vereine	Angelegte Beträge in holl. Gulden
1. Für den Ankauf von Dünger	411	3 007 989
2. „ „ „ „ Sämereien	179	135 964
3. „ „ „ „ Futtermitteln	366	2 920 842
4. Für verschiedene Zwecke	55	148 902
5. Für Ankauf von Zuchtvieh	214	

Genossenschaftliche Molkereien:

Rahmbutterfabriken	587
Zahl der Mitglieder	33 714
Verarbeitet in 1000 Litern	502 502
Zubereitete Rahmbutter in Kilo	16 237 715
Zubereitete Käse in Kilo (Fette)	90 450
Halbfette oder magere Käse	10 520 587
Dampfcentrifugen	346
Handcentrifugen	537
Käsefabriken	51

Andere Fabriken:

Kartoffelmehl, Düngerofen, Strohkarton, Cichorien, Zuckerrüben 18

Verkaufsvereine	40
Vorschussvereine	84

III. Urkunden des Sozialismus.

Wahlflugblätter vom Reichstagswahlkampf 1903.

Zentrumspartei und Sozialdemokratie.

1. Ein Zentrumsflugblatt gegen die Sozialdemokratie.

Herausgegeben von der Zentralstelle für das katholische Deutschland in M.-Gladbach 1903.

Die sozialdemokratischen ‚Arbeiterfreunde' in ihrer wahren Gestalt.

(Sozial-politisches Flugblatt No. 10.)

Christliche Arbeiter! Wie oft drängen sich sozialdemokratische Hetzer an euch heran, um euch für die sogenannte »Arbeiterpartei«, die Sozialdemokratie, zu ködern und euch vorzureden: *»Die Sozialdemokraten seien die einzigen wahren Arbeiterfreunde.«*

Das ist eine Lüge! Das wisst ihr recht gut, und darum seid ihr klug genug, nicht darauf hereinzufallen. Aber es fehlt euch gewöhnlich an den nötigen Beweisen, um solchen sog. »Freunden« auch einmal ordentlich heimzuleuchten. Darum will euch unser Volksverein für das katholische Deutschland in diesem Flugblatt solche Beweise liefern.

Die Sozialdemokraten sind eure Feinde, weil sie Religionsfeinde sind!

Das suchen sie zwar ordentlichen Christen gegenüber unter dem Mäntelchen *»Religion ist Privatsache«* zu verbergen. Aber dieses Mäntelchen ist längst zu knapp geworden, um ihre wahre Natur zu verhüllen. Die von fanatischem Religionshass eingegebenen Aussprüche ihrer Führer, wie Bebels Worte: *»Wir erstreben auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus«* — d. h. die vollendete Gottlosigkeit (Bebel am 31. März 1881 im Reichstage), oder: *»Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser«* (Bebel, Christentum und Sozialismus, S. 16), solche Aussprüche können sie nicht ableugnen. Ihre Zeitungen und Flugblätter wimmeln von offenen und versteckten Verleumdungen und Schmähungen unserer Kirche und Priester. Ueberdies verstossen die hauptsächlichsten Lehren der Sozialdemokraten über Staat und Kirche, Privateigentum, Ehe, Schule — direkt gegen die kath. Glaubens- und Sittenlehre, und Papst Leo XIII. hat daher schon in seinem apostolischen Rundschreiben vom 28. Dezember 1878 den religionsfeindlichen Sozialismus verurteilt als eine »totbringende Seuche, welche die innersten Glieder der menschlichen Gesellschaft durchdringt und ihr die äusserste Gefahr bereitet.« *Wer in solcher Weise die Religion bekämpft wie die Sozialdemokraten, untergräbt damit,* wie jeder christliche, jeder kath. Mann recht wohl weiss, *auch die Grundlage jeder irdischen Wohlfahrt.* Und das wollen »Arbeiterfreunde« sein! ?

Die Sozialdemokraten betrügen euch mit ihrem „Zukunftsstaat"!

Das ist ja das *»Endziel«*, welches sie in bengalischer Beleuchtung erstrahlen lassen, wenn sie jemanden recht fest ködern wollen: Eine zukünftige Gesellschaftsordnung, in welcher es keine Standes- und Vermögensunterschiede mehr gebe, wo alles eitel Glück und Zufriedenheit sei und die Arbeit »aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde« (Erfurter Programm), kurz, wo man den »Himmel auf Erden« habe. Na, dann müssten auch die Menschen gleich zu Engeln werden und die Genossen und Genossinnen zum Beispiel dürften sich nicht mehr in so missgünstiger und gehässiger Weise krakehlen wie jetzt auf den — sozialdemokratischen Parteitagen. Sonst dürfte das Vergnügen der »allseitigen harmonischen Vervollkommnung« nicht allzulange dauern, und man wäre wieder in heller Revolution.

Die »Genossen« wissen aber auch nicht einmal ordentlich Bescheid, wie es in ihrer »zukünftigen Gesellschaftsordnung« eingerichtet sein soll, und wie sie zu ihrem »Endziel« hingelangen sollen. Ihr Führer *Bebel hat sich mit seiner Prophezeiung vom grossen »Kladderadatsch« so oft »geirrt«, dass es davon ganz still geworden ist.* In neuerer Zeit sprechen sie daher nicht gern mehr von Revolution und Kladderadatsch, sondern sie vertrösten auf die »Entwickelung«, aus welcher der »Zukunftstaat« schliesslich einmal herauskommen würde, wie der Schmetterling aus der Raupe. Aber auch über die Art dieser »Entwickelung« liegen sich ihre Führer fortwährend in den Haaren. Viele von diesen (u. a. Bernstein, David, Kampffmeyer) haben selbst zugegeben, dass sich eine ganze Reihe von sozialistischen Behauptungen, worauf sich ihre wirtschaftlichen Lehren stützen, als falsch erwiesen haben. Aber *die Arbeiter erhält man in ihrem guten Glauben an die falschen Lehren, um sie vor wie nach durch die Hoffnung auf ein nebelhaftes »Endziel« an die sozialdemokratische Partei zu fesseln.*

*

Gewiss, *besser* muss noch vieles werden, aber nicht erst in einer zukünftigen Gesellschaftsordnung, sondern in unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Daran hätten die Sozialdemokraten in der Gesetzgebung mitarbeiten sollen, wenn sie sich als wahre Arbeiterfreunde beweisen wollten. Haben sie das getan? — Oh, sie haben stets die längsten Reden gehalten und die grössten Forderungen gestellt, sie nehmen den Mund recht voll, um unsere Gesetzgebung, oder die rechtmässige Obrigkeit, oder Geistliche und Arbeitgeber unterschiedslos schlecht zu machen und herunterzureissen . . . Aber wir fragen nochmals: *Haben die Sozialdemokraten etwas geleistet durch praktische Mitarbeit an der sozialen Gesetzgebung?* — Nein, Arbeiter!

Die Sozialdemokraten haben gegen fast alle Gesetze gestimmt, welche eure Lage verbessern!

Die Sozialdemokraten haben (bis 1899) *gegen die gesamte Arbeiterversicherung* gestimmt, obwohl dieselbe sogar nach dem Urteil eines sozialdemokratischen Schriftstellers (P. Kampffmeyer, Soz. Monatshefte, Sept 1902) »eine tatsächliche ökonomische Besserstellung der Arbeiterschaft um 1½ Milliarden Mark« bedeutet.

Ja, sagen sie, hat denn nicht auch das Zentrum gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung (»Klebegesetz«) von 1889 gestimmt? Freilich, das hat die Mehrheit des Zentrums bei diesem einen Gesetz getan, und zwar aus schweren und berechtigten Bedenken gegen die von der Regierung gewollte Einrichtung dieser Versicherung und ihre Ausdehnung auf Handwerk und Landwirtschaft. Die Sozialdemokraten können sich deswegen aber doch gar nicht auf das Zentrum berufen, denn sie haben aus ganz anderen Gründen, nämlich nach ihrem famosen Rezept »Alles oder Nichts« gegen dieses Gesetz gestimmt, und sie würden das auch dann getan haben, wenn die Invalidenversicherung in einer Form zustande gekommen wäre, wie sie das Zentrum damals erstrebte. Uebrigens haben die Sozialdemokraten nicht nur gegen dieses eine, sondern auch gegen die beiden ersten und wichtigsten Versicherungsgesetze: 1884 gegen das Krankenkassengesetz und 1886 gegen die Unfallversicherung gestimmt.

1533 *Millionen Mark* haben die *Krankenkassen* von 1884—1900 *an Arbeiter ausbezahlt* und davon haben die Arbeitgeber allein ½ Milliarde Mark aufgebracht, — *die Sozialdemokraten aber stimmten dagegen.*

700 *Millionen Mark* mussten allein die Unternehmer durch die *Unfallversicherung* bisher dem Arbeiterstande zuwenden, — *die Sozialdemokraten aber stimmten dagegen.*

Jeder Arbeiter weiss den grossen *Vorteil des Gewerbegerichts* zu würdigen, welches für eine schnelle und billige Rechtsprechung in Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten sorgt. Als aber 1890 die Gewerbegerichte gesetzlich eingeführt wurden, da *stimmten wiederum die Sozialdemokraten dagegen.*

Ja, die Sozialdemokraten haben sogar *gegen das grosse Arbeiterschutzgesetz vom Jahre* 1891 *gestimmt.* Nach langjährigen Bemühungen, vor allem des Zentrums, war es endlich gelungen, ein solches Gesetz zu schaffen, welches u. a. dem Arbeiterstande die Sonntagsruhe, den jugendlichen Fabrikarbeitern (u. 16 J.) einen 10stündigen, den Arbeiterinnen (üb. 16 J.) einen 11stündigen

Maximalarbeitstag und das Verbot der Nachtarbeit brachte, welches die Fabrikarbeit für schulpflichtige Kinder untersagte, für die Fabrikbetriebe viele Vorschriften traf, um die Gefährdung von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit möglichst zu vermindern. Dieses Gesetz erfüllte zwar noch nicht alle berechtigten Forderungen, machte aber doch mit dem Arbeiterschutz einmal einen gründlichen Anfang und verbesserte die Lage des Arbeiterstandes ganz erheblich. *Die sogenannte »Arbeiterpartei« aber stimmte dagegen.*

Arbeiter! Hätte die Sozialdemokratie damals den Ausschlag gegeben, dann könntet ihr heute noch auf die Gesetze warten. Durfte so eine Arbeiterpartei handeln? Wenn das arbeiterfreundlich war, warum haben denn die Sozialdemokraten zu den neuesten Reformen der Invaliden- und Unfallversicherung, der Gewerbeordnung und Gewerbegerichte (1899—1901) nicht ebenfalls »Nein« gesagt? Wenn sie das nicht taten, weil es — wie sie zugeben — Verbesserungen waren, so wird sie jeder vernünftige Mensch fragen: *War denn z. B. das erste Arbeiterschutzgesetz von* 1891 *trotz aller Mängel und Lücken keine Verbesserung?* Das Fundament eines Hauses ist doch wohl wichtiger als sein späterer Ausbau. Und so war auch das *Fundament unseres Arbeiterschutzes, das Gesetz von* 1891, unendlich viel wichtiger und eine *viel bedeutsamere Verbesserung für die Arbeiter wie die späteren Ergänzungen.*

Aber die Sozialdemokraten haben damals dagegen gestimmt, weil es ihnen um eine baldige Verbesserung gar nicht zu tun war, um desto besser hetzen und den Klassenhass schüren zu können. Hat doch bekanntlich Bebel auf dem Erfurter Parteitag 1891 erklärt: »*Es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir dies oder jenes erreichen; für uns (die Sozialdemokaten) ist die Hauptsache, dass wir gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.*« (Prot. S. 174.) Für die verständigen Arbeiter ist aber letzteres durchaus nicht die Hauptsache, für sie handelt es sich zunächst sehr wohl darum, ob sie bald etwas zur Verbesserung ihrer Lage erreichen. Und da auch die verständigeren Genossen dies allmählich einsehen lernten, so konnten die Genossen im Reichstag in neuester Zeit nicht mehr riskieren, zu allen sozialen Reformen einfach »Nein« zu sagen. Das ist aber auch das Einzige, worin sie sich gegen früher geändert haben. Und das ist kein besonderes Verdienst.

*

Neue Verbesserungen zu schaffen, d. h. nicht bloss zu fordern, sondern die entgegenstehenden Schwierigkeiten allmählich zu überwinden durch Unterhandlung mit der Regierung und nötigenfalls vorläufige Beschränkung auf eine Abschlagszahlung, mit so etwas geben sich die Herren Genossen nicht ab, das überlassen sie nach wie vor anderen Leuten, vor allem dem Zentrum. Und nicht nur das:

Die Sozialdemokraten sind sogar mit schuld daran, wenn es mit der sozialen Gesetzgebung nur langsam vorangeht!

Unablässig sind die sozialdemokratische Parteileitung und ihre Agitatoren bemüht, die Regierungen und alles, was nicht zur roten Fahne schwört, als »Feinde der Arbeiter« zu denunzieren und alle Massnahmen der Sozialreform als Bagatellen, »Wassersuppen« oder »Bettelpfennige«, zu verschreien und zu verhöhnen. Dadurch machen sie sich aber *zu Bundesgenossen der Scharfmacher,* welche die Fortführung der Sozialreform zu hintertreiben suchen, indem sie der Regierung sagen: Seht, die Arbeiter (nämlich die sozialdemokatischen) haben ja doch nur Hohn und Spott dafür! *Gerade diese verhetzende Agitation der Sozialdemokraten ist z. B. hauptsächlich schuld daran, dass die Gewerkvereine der Arbeiter noch immer unter so vielen gesetzlichen Beschränkungen und polizeilichen Drangsalierungen zu leiden haben.* ..

Da kommen nun diese Genossen mit geradezu komischer Dreistigkeit und behaupten auch noch: *Ohne Sozialdemokratie gäbe es überhaupt keine Sozialreform!* Und sie berufen sich dabei sogar auf Aeusserungen ihrer Gegner (z. B. Bismarcks), welche einen Einfluss der Sozialdemokratie auf die Inangriffnahme der sozialen Gesetzgebung zugestanden haben. Warum auch nicht? Die Sozialdemokraten haben immer kritisiert und haben dadurch auch vielen Hartgesottenen, die von einer Arbeiterfrage nichts wissen wollten, die Augen geöffnet über die sozialen Misstände und die Notwendigkeit von Reformen.

Aber andere (man denke an Bischof Ketteler seit 1848, die kath. Generalversammlungen, später das Zentrum) hatten noch früher oder mindestens gerade so frühzeitig ihre Stimme erhoben. Und diese anderen haben nicht nur kritisiert, sondern auch zu bessern gesucht. *Mit Kritisieren und grossen Reden allein macht man nämlich keine Gesetze,* und mit einer Politik, die sich nicht auf Unterhandlung und Abschlagszahlungen einlassen will, die immer nur sagt: Alles oder nichts! — erreicht man nichts. Darum hat sogar der Sozialdemokrat v. Vollmar seinen Genossen einmal mit treffendem Spott zugerufen: *Eine Politik, die sagt, wenn ich nicht meinen ganzen Willen erreiche, spiele ich überhaupt nicht mehr mit, — ein solches Vorgehen ist nicht die Politik von ernsten Männern sondern von Kindern.«* (»Ueber die nächsten Aufgaben d. d. Sozialdemokratie«; 1891; S. 17).

Hätte das Zentrum eine solche »kindische« Politik treiben wollen wie die Sozialdemokratie, dann wäre bisher kaum ein einziges soziales Gesetz zustande gekommen. Denn den sog. »Arbeitervertretern« handelte es sich ja (nach Bebel) zunächst gar nicht darum, »dies oder jenes zu erreichen!«

*

Wie diese »Arbeitervertreter« in der Gesetzgebung die Interessen der Arbeiter »vertreten«, besser gesagt, mit Füssen treten, das haben sie ja neuerdings am allerdeutlichsten in der Zollfrage bewiesen.

Da kam es den Sozialdemokraten nicht darauf an, unsere Landwirtschaft schutzlos weiterem Rückgang preiszugeben. Wäre ihnen das gelungen, dann hätten schon davon auch Industrie und Gewerbe, welche doch auch auf unsere ländlichen Käufer ganz erheblich angewiesen sind, den grössten Schaden gehabt und zunehmende — *Arbeitslosigkeit* wäre die natürliche Folge gewesen.

Der neue Zolltarif geht Industrie und Gewerbe aber auch direkt sehr nahe an, denn er betrifft sogar zu vier Fünfteln Industrieerzeugnisse. *Unsere Industrie würde ohne Schutzzölle zu Grunde gehen,* nachdem andere Staaten, insbesondere Amerika, sich immer mehr mit hohen Schutzzoll-Mauern umgeben haben. *Das hinderte aber die »Arbeitervertreter« nicht, unentwegt »Zollfreiheit« zu beantragen.*

Es kümmerte die Sozialdemokraten auch nicht — denn die wissen's natürlich immer besser, wie die Regierung und andere Parteien — es kümmerte sie nicht, dass der neue Zolltarif unbedingt nötig ist, um mit den ausländischen Staaten günstige Handelsverträge abzuschliessen, damit unsere deutsche Industrie gut bestehen kann und *reichliche Arbeitsgelegenheit* bietet. Das ist für den *Arbeiterstand das Allerwichtigste,* nicht, ob das Brot ein paar Pfennige teurer oder billiger ist, was gar nicht vom Zoll allein abhängt. Dieses *Hauptinteresse der Arbeiter haben die Sozialdemokraten als Gegner des neuen Zolltarifs in der leichtsinnigsten Weise aufs Spiel gesetzt* und sich dabei — wie man in dem Volksvereinsflugblatt No. 24 ausführlicher nachlesen kann — ganz jämmerlich blamiert.

Mögen sie sich noch so sehr herauszureden suchen, es gibt noch deutsche Arbeiter genug, welche diesen sog. »Arbeitervertretern«, die zu unseren wichtigsten sozialen Gesetzen »Nein« sagten, und durch ihr unbegründetes Brotwuchergeschrei nur »Aufhetzung in die Massen tragen« wollen (Bebel, Lübecker Parteitag, Protok. S. 291), *fürwahr, es gibt noch Arbeiter genug, welche diesen Hetzern keinen Glauben und kein Vertrauen schenken.*

*

Wie die Sozialdemokratie die wahren Interessen der Arbeiter in der Gesetzgebung schädigt so ist diese Partei auch mit einer gedeihlichen und erfolgreichen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung unvereinbar:

Die sozialdemokratische Partei hängt wie ein Bleigewicht an der Arbeiterbewegung.

In der Tat, die berechtigte Arbeiterbewegung, d. h. die praktische Gewerkschaftsarbeit, um zu möglichst guten Arbeits- und Lohnverhältnissen im Gegenwartsstaate zu gelangen, passt schlecht zu dem Glauben an ein »ehernes Lohngesetz« und an fortschreitende »Verelendung der Massen«. Daher konnten sich auch die sozialdemokratischen Parteiväter anfänglich mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit durchaus nicht befreunden, weil sie darin eine Schä-

digung der »Parteisache« erblickten. Erst nach und nach haben sie sich mit sauersüsser Miene »bekehrt«, als sie einsehen mussten, dass es sogar unter den Genossen nicht wenige und gerade die tüchtigsten sind, denen ein gewerkschaftlicher Gegenwartserfolg lieber ist als ein Ministersessel im »Zukunftsstaat«. Bei diesem Zugeständnis sorgte man dann aber doch andererseits dafür, dass die »Partei« nicht zu kurz kam; denn der Abg. Singer konnte auf dem Parteitag 1896 (Prot. S. 181) feststellen: »Die (freien) Gewerkschaften liefern die Rekruten für die politische (sozialdemokr.) Partei.« Und *so lange die Sozialdemokratie ihre Parteipolitik in die sog. freien Gewerkschaften hineinträgt, so lange wird sie das Bleigewicht für die Arbeiterbewegung sein.* Denn sie verhindert dadurch nicht nur eine einheitliche Arbeiterbewegung, sie erfüllt auch die Regierungen und einen grossen Teil der Arbeitgeber leider mit Misstrauen gegen die gewerkschaftliche Organisation überhaupt, auch gegen die nicht auf dem falschen Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkvereine christlicher Arbeiter. —

*

So, Arbeiter, schädigt die Soizaldemokratie in jeder Hinsicht eure wahren Interessen! — Braucht man zum Schluss noch daran zu erinnern, wie sich die Genossen zu unseren *vaterländischen Interessen* stellen?! Man braucht kein Hurrapatriot und Flottenenthusiast zu sein, aber dass bei den stets zunehmenden Rüstungen fremder Staaten Deutschland nicht zurückbleiben kann, wenn es stark genug sein soll, sich den *Frieden zu erhalten*, das liegt doch auf der Hand. Wer hätte denn den meisten Schaden, wenn die Kriegsfurie einmal losbrechen sollte? Die Arbeiter! »Wenn wir (im Kriegsfalle) eine Niederlage erleiden, und wenn dann das Blut unserer deutschen Arbeiterklasse doppelt geflossen ist, ich glaube, wir alle würden der Regierung den Vorwurf machen, dass sie nicht zur rechten Zeit (durch bessere Rüstungen) eingegriffen hat.« So hat sogar ein Sozialdemokrat (Schippel, Parteitag 1897, Protokoll S. 137) gesagt. *Die Sozialdemokratie aber stimmte stets — ohne jede weitere Prüfung — grundsätzlich gegen jede Heeres- oder Flottenverstärkung!* War das »arbeiterfreundlich«? Und endlich ihr fanatischer Kampf gegen Monarchie und Kaisertum, ihr unausgesetzter Hohn und Spott über alles, was uns als Deutschen an nationalen Erinnerungen und Errungenschaften ehrwürdig und heilig ist, — die *treulose Gesinnung, die sich darin offenbart, zeigt ebenfalls, in welchen Händen sich die Sache der Arbeiter bei der sozialdemokratischen Partei befände.*

Ein Arbeiter, der Religion und Vaterlandsliebe besitzt:
Ein Arbeiter, dem es um wirkliche Besserung seiner Lage zu tun ist:
Kann nie und nimmer Sozialdemokrat sein!
Kann nie und nimmer einen Sozialdemokraten wählen!

---

2. Ein sozialdemokratisches Flugblatt gegen die Zentrumspartei.

Herausgegeben von der »Vorwärts«-Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin.

Arbeiter! Kleinbauern! Kleinbürger!

Unter all' den Parteien der Volksfeinde und Volksausbeuter hat keine ein so schändliches und verräterisches Spiel mit dem Volke getrieben als das *Zentrum*. Gewählt von der Masse proletarisierter Industrie-Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger, haben die *Zentrums-Abgeordneten* des Reichstages dennoch während der ganzen fünfjährigen Legislaturperiode *nur die volksausbeuterische Politik der Grosskapitalisten und Grossjunker unterstützt.* Die auf den Schultern des armen Volkes ruhenden *Militär- und Marinelasten* haben sie ins Ungemessene vermehrt, die reaktionäre Reichsregierung bei ihrer tollen *Eroberungs-, Weltmachts- und Gewaltpolitik gestützt und geschützt*, die *soziale Gesetzgebung beschnitten und gehemmt*, dagegen aber zugleich dem armen Volke durch die *Hinauftreibung der Zölle* den letzten Bissen Brot vor dem Munde verteuert. Und diese Zentrumspartei tritt jetzt, indem sie ihre Erbärmlichkeit, Volksfeindlichkeit und Verlogenheit unter einer Flut von Beschimpfungen und Verleumdungen der einzigen wahren Volkspartei: der

Sozialdemokratie, zu verbergen trachtet, erneut vor Euch hin und buhlt um Eure Stimmen.

Gebt Ihr sie dem Zentrum — es wird Euch zum Dank dafür erneut verraten an Militarismus, Kapitalismus, Junkertum und Regierungsreaktion!

Wähler! Wollt Ihr wirklich wieder so beschränkt sein, wie Euch die Demagogen des Zentrums haben wollen? Wollt Ihr ihnen wieder auf fünf lange Jahre die ausschlaggebende Stellung im Reichstage verschaffen, welche sie benutzt haben, und weiter benutzen werden, *die Armen noch ärmer, die Reichen noch reicher zu machen?*

Oder wollt Ihr Euch nicht vielmehr endlich einmal aufraffen, um dem Zentrum die verdiente Quittung für alle seine politischen Schändlichkeiten der letzten Jahre zu geben, indem Ihr den Zentrums-Stimmzettel zerreisst und statt seiner *den sozialdemokratischen Stimmzettel* in die Urne legt?

Auf, Ihr Wähler, ermannt Euch! Lasst Euch nicht wieder Eure Stimmen abbetteln, abschmeicheln, abpressen, abdrohen für den Zentrums-Kandidaten. Stimmt für die Partei, die allein Eure Interessen vertritt, für die *Sozialdemokratie!*

Wie hat früher das Zentrum, mit vollem Recht, gehöhnt über die Nationalliberalen als die »Fraktion Drehscheibe«, als die allezeit bewilligungsfrohe Hurramajorität der Regierung; wie hat es sie, mit vollem Recht, bezeichnet als die stets zum Umfall bereiten Feinde des Volkes, auf die kein Verlass sei.

Heute aber spielt im Reichstage das Zentrum die Rolle der Nationalliberalen!

Dieselbe *verächtliche Schaukelpolitik*, die sich heute einen oppositionellen Anstrich gibt, um morgen alles zu bewilligen. Dasselbe *verlogene Doppelspiel*, äusserlich sich volksfreundlich zu stellen und innerlich desto volksfeindlicher sein. Dasselbe *Bauchrutschen vor der reaktionären Regierung*, dasselbe Verraten der Interessen des armen Volkes für ein paar freundliche Worte der Regierung, für den gnädigen Händedruck eines Ministes.

Laut rühmen sich die Zentrumsdemagogen ihrer dominierenden Machtstellung im Reichstage, ihres Einflusses bei Regierung und Ministern, ihrer Rolle als »Zünglein der Wage«.

Arbeiter! Bürger! Kleinbauern! Habt Ihr etwas davon? Habt Ihr auch nur eines Pfennigs Vorteil gehabt aus der Zentrumsleisetreterei?

Was nützt es Euch, wenn diese Zentrumsdiplomaten zum Lohn für ihre Volksverräterei hohe und gutbezahlte Justizposten bekommen, wenn ihre Söhne in Professuren und Sinekuren aller Art untergebracht werden, wenn die pfiffigen Advokaten Justizräte werden, wenn die katholischen Grossgrundbesitzer erbliche Sitze im preussischen Herrenhause erhalten, wenn die Fabrikbesitzer zu Reserveoffizieren ernannt werden, wenn man die als Abgeordnete gefügigen Beamten befördert — kurz, wenn Orden und Ehren, Aemter und Gold, alles das, womit die reaktionäre Regierung ihre Kreaturen von jeher belohnt, sich auf die Häupter der Zentrumsführer senkt?

Ihr müsst darum um so mehr hungern, um so mehr indirekte Steuern und Zölle zahlen, Euch um so mehr schuhriegeln und drücken lassen!

Und deshalb macht einmal reinen Tisch. Besinnt Euch auf Euer Klasseninteresse. Wählt so, wie es Euch Eure soziale Lage gebietet und die Eurer Kinder und Eurer Familien!

Wählt den Kandidaten der *Sozialdemokratie!*

Das Zentrum ist keine Klassenvertretung für den armen Mann. Seine Reichstagsfraktion setzt sich zusammen aus den reaktionären Elementen aller Schattierungen. Aber *die besitzende Klasse* hat die Führung, und während im Lande die Redner und die Presse des Zentrums sich stellen, als verfechte ihre Partei die Interessen der Arbeiter, der Bauern, der kleinen Leute, hat das Zentrum in Wahrheit nur ein Ziel: *Interessenpolitik für die herrschende und besitzende Klasse*, deren Existenz begründet ist auf der schamlosen Aussaugung und Unterdrückung der breiten Volksmasse!

Für die unerträgliche, aller Religions- und Kirchenlehre hohnsprechende *Belastung der armen Leute trägt das Zentrum die Schuld.* Es hat sie geschaffen, es hat geholfen, sie zu vermehren und wird sie in der Zukunft weiter vermehren.

Als 1878 der grimme Feind der Armen und Anwalt der Ausbeuter, Fürst Bismarck, die indirekten Steuern und Zölle teils neu schuf, teils vermehrte, hat das Zentrum ihm wacker Hilfe geleistet. So sehr es sonst Bismarck bekämpfte und von diesem bekämpft wurde — sobald es sich darum handelte, die Armen zu gunsten des Geldsäckels der Reichen auszubeuten, da war es mit Bismarck einig. Es half weiter, den millionenreichen *Schnapsjunkern und Zuckerbaronen neue Profite in die Taschen sacken*, indem es die Branntwein- und Zuckerprämien mit schuf und erhielt. Es ist damit einverstanden gewesen, dass die deutschen Grenzen im Interesse der *grossen agrarischen Viehzüchter* gesperrt werden gegen die ausländische Fleisch- und Viehzufuhr. Künstlich wurde auf solche Weise der deutsche Markt von Schlachtvieh und Fleisch entblösst, *Fleischmangel* erzeugt, und wurden die Fleischpreise zu einer für die Familie des armen Mannes unerschwinglichen Höhe hinaufgetrieben. Jahrelang betrieben *die Zentrumsagrarier*, die Besitzer der grossen Güter, in ihrem eignen Geldbeutelinteresse die *Agitation für die neuerliche Erhöhung der Zölle*, insbesondere der Agrarzölle. In einer Zeit der schrecklichsten wirtschaftlichen Not des Volkes, der Arbeitslosigkeit und des Hungers brachte die Regierung den neuen, in seinen wesentlichsten Teilen enorm erhöhten *Zolltarif* ein. Ein Beispiel von des Volkes Not, welches wahrheitsgemäss in allen Zeitungen gestanden hat, und von dem Führer der Sozialdemokratie, Bebel, im Reichstage den Zentrumsabgeordneten vorgehalten wurde: In einer katholischen Schule zu Köln a. Rh. erzählte der Lehrer den Kindern beim Todesfall eines Schülers, dieses Kind sei in den Himmel gekommen und frug: »Ist noch jemand unter Euch, der gern in den Himmel möchte?« Da hob ein blasser Proletarierjunge den Finger und antwortete auf des Lehrers Frage: »*Dann brauchte ich wenigstens nicht mehr zu hungern!*« Aber trotzdem des Volkes Not so gross war, dass Kinder sich den Tod wünschten, um nicht mehr hungern zu brauchen, *konnte das Zentrum kein Erbarmen mit den Volksmassen.* In der *Zolltarifkommission* waren die *Zentrumsleute die Treiber*, welche, Arm in Arm mit den konservativen Korn- und Viehjunkern, mit den nationalliberalen Schlotbaronen, die Zölle höher hinaufsetzten als selbst die Regierung wollte. Und als aus der Kommission der Zolltarif wieder an den Reichstag zurückkam, da waren es die *Zentrumsführer*, welche zu den Ministern liefen und nicht ruhten und rasteten, bis für das ausgebeutete Volk der hanfene Strick des Zollkompromisses gedreht war, die Regierung gnädig die Erlaubnis gab, ihn dem Volke um den Hals zu legen. Auf Grund dieses von den Zentrumsführern Spahn, Gröber und Genossen, im Verein mit dem konservativen Gründer v. Kardorff zu Wege gebrachten Kompromisses wurde der Zolltarif angenommen.

Das Zentrum trägt die Schuld, wenn in Zukunft der arme Mann in Deutschland das teuerste Brot und das teuerste Fleisch isst, wenn in Zukunft eine Milliarde Mark mehr pro Jahr aus den Konsumententaschen in die Geldschränke der volksausbeuterischen Grossgrundbesitzer fliesst. *Dem Zentrum habt Ihr's zu danken, wenn in Zukunft die Arbeiterfamilie buchstäblich am Hungertuche nagen muss.*

Um für seinen, jedes fühlende Herz empörenden Volksbetrug einen hüllenden Fetzen zu haben, schützte das Zentrum vor, im Interesse der Kleinbauern also gehandelt zu haben.

Aber auch Ihr Kleinbauern seid beim Zolltarif vom Zentrum betrogen worden!

Habt Ihr Kleinbauern, die Ihr auf Eurer kümmerlichen Scholle kaum so viel Getreide baut, als Ihr für die eigene Wirtschaft gebraucht, und die Ihr Getreide nur in kleinen Mengen verkauft, Nutzen vom *Getreidezoll?* Nicht eines Pfennigs Vorteil habt Ihr davon; wohl aber müsst Ihr *das verteuerte Brot mitbezahlen*, sobald Ihr einmal Brot zukauft.

Habt Ihr Vorteil von den *Fleisch- und Viehzöllen?* Diese Zölle bewirken zunächst eine *Preissteigerung des Jungviehes*, welches Ihr einkauft und was Ihr ja beim Verkauf des Mastviehes mehr erzielt als gegenwärtig, beim Einkauf des Jungviehes habt Ihr dem Züchter und Händler bereits diesen Mehrprofit im voraus abgeben müssen.

Schwer geschädigt hat Euch das Zentrum, indem es die *Zölle auf die*

Futtermittel erhöhte. Es hat Euch dadurch *die Viehhaltung ganz beträchtlich erschwert*, Euch Euren geringen Erwerb verkümmert.

Der kleine Bauer muss bluten, damit die grossen Herren gute Tage haben. Das ist die vielgerühmte christliche Bauernpolitik des Zentrums!

Der Arbeiter, der das teure Brot und Fleisch kaufen muss, wird das Brot trocken essen und auf die Butter verzichten müssen. Den Konsum von Gemüse, Milch, Eiern wird er einschränken müssen, weil ihm seine sonstige Lebenshaltung verteuert würde.

Das aber sind gerade die Handelsartikel des Kleinbauern. *Was der Junker mehr verdient, muss der Bauer einbüssen; so hilft das Zentrum den Kleinbauern!*

Der *Handwerker* ist durch die Zollpolitik des Zentrums gleichfalls in der schwersten Weise in seiner Existenz geschädigt. Während das Zentrum dem Handwerker vorlügt, es könne durch Zwangsinnung und Befähigungsnachweis der Todfeind des Kleinhandwerkers, die grosskapitalistische Produktionsweise in ihrer zerstörenden Wirkung aufgehalten werden, hat es *still und hinterlistig durch seine Zollpolitik dem Handwerker den Kampf um die Existenz erschwert.* Auch der Handwerker muss die erhöhten Lebensmittelzölle bei seinem Konsum mitbezahlen. Aber das Zentrum hat ihm durch Zollerhöhungen auch die *Preise seines Handwerkszeuges, sowie seine Roh- und Halbfabrikate verteuert.* Der Wucherpolitik der Syndikate und Kartelle, die dem kleinen Manne die Existenz erschweren, ist Tür und Tor geöffnet.

Der vielberufene Zentrumsantrag auf Einführung einer *Witwen- und Waisenversicherung* ist nur *das alte, schnöde Doppelspiel,* womit das Zentrum die geprellten Arbeiter über *seinen unerhörten Betrug hinwegtäuschen* will. Die fünfzig Millionen Mark, die das Zentrum pro Jahr aus den erhöhten Zolleinnahmen verlangt, sind ein elender Bettelpfennig gegenüber der Riesenlast, welche die Proletarierklasse zukünftig zu tragen hat. *Und auch dieser Bettelpfennig steht bloss auf dem Papier!*

Um diesen schier unerträglichen Aderlass am Volke vornehmen zu können, *ist das Zentrum vor keinem Rechtsbruch, keiner Gewalttat, keiner Nichtswürdigkeit zurückgeschreckt.*

Als die sozialdemokratischen Volksvertreter im Reichstage sich erhoben und mit bewunderungswürdigem Mut, zäher Ausdauer und überlegener Geschicklichkeit gegen die unerhörte Volksbelastung kämpften, den Beutezug der übermächtigen Wuchermehrheit hindern wollten, da zertrümmerte *das Zentrum* — an der Spitze der Ausbeutermehrheit — die Geschäftsordnung des Reichstages und errichtete die Gewaltherrschaft der Präsidenten, die zum Schaden des Volkes ausgeübt wurde.

Dem Zentrum gelten die Volksrechte nur so lange, wie sie der herrschenden und besitzenden Klasse nützen. Sobald sie sich einmal gegen diese wenden, *werden sie dem Volke durch das Zentrum geraubt!*

Wähler! Eine solche *volksfeindliche Partei* solltet Ihr unterstützen? Nimmermehr! *Wählt den sozialdemokratischen Kandidaten!*

Während das Zentrum wacker mitgeholfen hat, die Arbeiterklasse mit unerträglichen Lasten zu belegen, hat es auf dem *Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes fast gar nichts getan.* Wohl brüsten sich in ihren Versammlungen und ihrer Presse die Zentrumsleute mit der Sozialpolitik des Zentrums. *Im Reichstage aber ist die Zentrumspartei jedem energischen sozialpolitischen Schritte zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ein Hindernis.* Den durchgreifenden Forderungen der Sozialdemokratie setzt sie *Scheinreformen* entgegen, statt wirklicher gesetzlicher Hilfe bietet sie den ausgebeuteten Massen *Bettelpfennige.* In letzter Stunde brachte das Zentrum — ein jämmerliches Wahlmanöver! — im Reichstage den Antrag auf Einführung des *gesetzlichen Zehnstundentages* ein. *Mit einem Stück Papier will es bei den Arbeitern seine jahrelange reaktionäre, dem Unternehmertum liebedienerische Haltung vergessen machen.*

Jetzt, in den Wahlen, findet mit einem Male das Zentrum auch kräftige Worte gegen die Militär- und Marinepolitik. Im Reichstag aber hat es, mit grösserer Knechtseligkeit wie selbst die ehemalige nationalliberale Jasage-Majorität, *der Regierung jede Militär- und Marinevorlage apportiert.* Ein paar Schein-Abstriche mussten dazu dienen, den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Der *chinesische Rache- und Beutezug der gepanzerten Faust,* mit seinen Millionenkosten, wurde vom Zentrum *gutgeheissen.* Die *Beiseite-*

schiebung des Reichstages gelegentlich des Ausbruchs der chinesischen Wirren und des Walderseerummels wurde nachträglich vom Zentrum *gebilligt.* Die *marinistische Weltmachts- und Abenteuerpolitik,* die *kostspielige Kolonialgründerei und -Ausbeuterei* ist nur möglich durch die *Zustimmung* des Zentrums.

Eine neue, grosse *Militärvorlage,* eine *Marinevorlage* zur Erweiterung der Auslandsflotte, eine kostspielige *Kolonial-Bahnbauvorlage, neue indirekte Steuern* (Bier und Tabak) sind für den kommenden Reichstag bereits angekündigt.

Wer den Zentrumskandidaten wählt, der gibt damit im voraus seine Zustimmung zu all' diesen drohenden Belastungen des Volkes. Denn das Zentrum wird bewilligen, so lange sich noch ein Steuergroschen aus dem arbeitenden Volke herauspressen lässt.

Wer den Zentrumsabgeordneten wählt, gefährdet auch selbst sein erstes und grösstes Recht: das Reichtagswahlrecht. Denn die Partei, die bei der Durchpeitschung des Zolltarifs vor keinem Rechtsbruch, und war er auch noch so schamlos, zurückgeschreckt ist, wird auch *schliesslich das allgemeine Wahlrecht* rauben, um dem Volke das letzte Mittel, sich gegen die Ausplünderung zugunsten der besitzenden Klasse zu wehren, aus den Händen zu winden.

Deshalb, Ihr Reichtagswähler des Wahlkreises

Schart Euch zusammen unter dem gemeinsamen Kampfruf: *Nieder mit der Partei des Wortbruchs, der Lüge, des Volksverrats! Nieder mit dem Zentrum!*

Glaubt nicht der Flut von Verleumdungen und Beschimpfungen, welche die Presse des Zentrums täglich über die Sozialdemokratie ergiesst.

Die Sozialdemokratie ist die einzige, wahre Freundin des Volkes, die Vorkämpferin für die politische und soziale Befreiung der arbeitenden Klasse, das starke Bollwerk gegen die politische Reaktion, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, Knechtschaft und Not!

Vereinigt Mann für Mann am 16. Juni Eure Stimmen auf den

Kandidaten der Sozialdemokratie

Hoch die Sozialdemokratie!

Sozialistische Manifeste zum Russisch-Japanischen Krieg.

2. Ein Manifest der Polnischen Sozialistischen Partei.

Das nachstehende, in einer Geheimdruckerei hergestellte Manifest der Polnischen Sozialistischen Partei ist in Russisch-Polen und Litauen zur Verteilung gelangt.

* * *

Krieg! Die treulose Banditenpolitik des zarischen Russlands hat wieder einmal giftige, fluchbeladene Früchte gereift! Im fernen Osten fliesst Blut; Mord, Brand und alle Greuel des Krieges häufen sich dort.

Ein Wolf im Schafpelze, hat die russische Regierung Friedensliebe geheuchelt, andere Staaten zur Verringerung ihrer Heere zu bereden gesucht. Selbst aber hat sie im Stillen immer stärker gerüstet, immer mehr Steuergroschen auf Heer und Marine verwendet. Mit verschmitztem Lächeln von ihren friedlichen Absichten erzählend, legte sie zur selben Zeit ihre Raubtiertatze auf ganz Ostasien. Sie stahl den Chinesen Port Arthur, sie stahl die Mandschurei. Wohl versprach sie feierlich, sie werde die Mandschurei binnen kurzem räumen und den Chinesen zurückgeben. Aber das war Sand in die Augen, ein ganz gewöhnlicher zarischer Betrug! Der Despot hielt die geraubte Provinz fest, überschwemmte sie mit Militär, wirtschaftete dort immer frecher.

Nicht genug! Die Mandschurei genügte ihm nicht, er begann nach Korea zu schielen und dort gegen Japan zu intriguiren, das den Ueberschuss seiner Bevölkerung und viele seiner Waren nach diesem Lande zu senden pflegte. Das Zarentum wollte den ganzen fernen Osten mit einem eisernen Ring umschliessen, um ihn für seine Zwecke auszubeuten, um dort einen neuen Futterplatz zu gewinnen, ein neues Gebiet für sein Knutenregiment. Aber Japan vertrat ihm den Weg. Japan fühlte, dass auch hier sein Schicksal sich entscheidet, dass das beständige Anwachsen der russischen Macht es niederdrückt und erstickt, dass ihm der wirtschaftliche Ruin, ja vielleicht auch der politische Fall droht. Japan musste sich wehren, musste in die Schranken treten gegen den russischen Raubzug nach dem fernen Osten!

Das ist das Ergebnis der Raubtierpolitik des Zarentums! Die furchtbaren Folgen seines Vorgehens aber fallen auf uns! Das arbeitende Volk will keinen Krieg, das arbeitende Volk verlangt Freiheit und Gerechtigkeit — und da reisst man aus seiner Mitte Hunderttausende von Menschen, um sie tausend Meilen weit zu schicken und sie zu zwingen, Beute für den Zaren zu erkämpfen! Der Zar will Macht, will Herrschaft, will reichen Raub — für uns aber bedeutet das: Tod oder Verkrüppelung für Tausende unserer Brüder und Söhne, vermehrter Steuerdruck, wachsendes Elend infolge der Stockung in der Industrie! Wir Polen hassen das Zarentum besonders wegen dieser Politik des Länderraubs, die uns der Freiheit unseres Vaterlandes beraubt und uns soviel Unheil zugefügt hat. Und doch müssen wir für diese Politik des Länderraubs zahlen und unser Blut für sie fern im Osten vergiessen. . . . .

Für all das, Fluch dem Zarentum! Das vergossene Blut, der Ruin, das Elend und die Verzweiflung so vieler Familien falle auf das schwarze Gewissen des Zarentums, das schon mit so vielen Verbrechen beladen ist! Für diese Verbrechen werden wir einst mit dem Zarentum abrechnen!

Der Krieg beschleunigt diese Abrechnung. Das zarische Russland wird all seine Kräfte anspannen müssen, Russland wird in jedem Fall riesige Verluste erleiden. Der Krieg wird das Zarentum schwächen. Und wie erst, wenn Japan siegt! Wir wünschen ihm dies von ganzem Herzen. Denn Japan ist der Feind unseres Feindes, denn die Niederlage des Zarentums — das ist für uns ein Sieg; denn einmal geschlagen, wird das Zarentum seine dreiste Zuversicht verlieren, der Zauber seiner Macht wird zerstieben. Mit dem geschwächten, geschlagenen Feind werden wir einen leichteren Kampf haben.

Darum ist es kein Wunder, dass auf die Nachricht von den ersten Siegen der Japaner jubelnde Freude uns erfüllt hat. Ueberall, wo die zarische Tyrannei die Menschen bedrückt, überall, wo man die Knute hasst, wo das arbeitende Volk nach Befreiung strebt — überall dort entringt sich auf die Nachricht von der Niederlage der zarischen Truppen ein erleichtertes Aufatmen der Brust.

Inzwischen, Genossen und Genossinnen — wie immer der weitere Verlauf des Krieges sich gestalten mag — lasst uns unsere grosse Arbeit weiterführen, einander aufklären, uns organisieren, unsere Reihen enger zusammenschliessen, die Regierung untergraben durch ausdauernde Agitationsarbeit und mutige Verteidigung unserer Rechte — dem Volke zum Nutzen, dem Zarentum zum Schaden!

Fort mit dem Zarentum!
Es lebe die Freiheit aller vom Zarentum unterdrückter Nationen!
Es lebe das unabhängige sozialistische Polen!

Warschau, im Februar 1904.

Das Zentral-Arbeiterkomitee der Polnischen Sozialistischen Partei.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

9. April 1904.

Die Lage Deutschlands. — Karl Kautsky: Wahlkreis und Partei. — Dr. G. Zepler, Kassenarztfrage und Reichsstatistik. — Julius Bruhns, Zum Kardinal Kopp-Prozess. — Alexander Gottlieb, Eine Hochverräterin. — Literarische Rundschau.

16. April 1904.

Auswärtige Politik und Reichstag. — Gustav Jaekh, Historische Rückblicke zur Frage der Reichsfinanzreform. — Emile Vandervelde, Die klerikale Schulpolitik in Belgien. — Dr. G. Zepler, Kassenarztfrage und Reichsstatistik. — Otto Rühle, Ein neuer Weg zur Volksbildung.

23. April 1904.

Maifest und Militarismus. — Karl Legien, Die Ursachen der letzten Streiks und Aussperrungen. — Emil Houstaux, Der neunzehnte Kongress der belgischen Arbeiterpartei. — W. H. Vliegen, Der zehnte Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie. — Oda Olberg, Der Parteitag von Bologna. — Gerhard Hildebrand, Das Kartell der Buchhändler. — Literarische Rundschau.

30. April 1904.

Kohlenwucher. — Anton Pannekoek, Historischer Materialismus und Religion. — Henriette Roland-Holst, Der politische Streik auf dem zehnten Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie. — E. Fischer, Die neueste Phase in der Entwickelung der Arbeitgeberorganisation. — Milorad Popowitch, Die Sozialdemokratie in den Balkanstaaten und die Türkei. — Literarische Rundschau.

7. Mai 1904.

Kritische Bedenken. — Von einem Ungarn, Der Massenstreik der Eisenbahner in Ungarn. — Heinrich Cunow, Die Kartelle in Theorie und Praxis. — Anton Pannekoek, Historischer Materialismus und Religion. — Oswald Schumann, Der erste deutsche Transportarbeiterkongress.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

April 1904.

Adolf von Elm, Ein Merkstein in der Geschichte der deutschen Genossenschaftsbewegung. — Max Schippel, Die englischen Arbeiter und die Chamberlainsche Schutzzollagitation. — Eduard Bernstein, Die Bedeutung der Lohnformen. — Wolfgang Heine, Demokratische Randbemerkungen zum Fall Göhre. — Edmund Fischer, die neueste Revision unserer Theorie und Taktik. — Felicien Challaye, Die gegenwärtige Lage des französischen Sozialismus. — Dr. Friedrich Hertz, Die Rassentheorie des H. St. Chamberlain. — Rundschau. (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Frauenbewegung, Bildende Kunst, Bücher.)

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

April 1904.

Jean Jaurès, Le programme socialiste, les Organisations ouvrières et l'Action internationale. — Dr. G. Fauquet, Maladies professionelles et

Assurances ouvrières. — Adrien Veber, La Reforme générale de l'Import. — E. Reybell, Le Socialisme et la question d'Alsace — Lorraine. — Adrien Veber, Mouvement social.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. April 1904.

Edouard Berth, M. Brunetière et le Socialisme reformiste. — Sen Katayama, Les Socialistes japonais et la guerre. — Henri Quelch, Le Peril Jaune. — André Morizet, Le Mois parlementaire. — R. Brandt, Le Problème du chomage au Parlement. — Les Partis socialistes. — Les Syndicats ouvriers. — Le Congrès d'Amsterdam. — Revue critique. — Notes bibliographigues. — Variétés.

L'Avenir Social, Brüssel.

April 1904.

P. van Langendonk, Une page d'histoire socialiste à Louvain. — K. Tar, Le mouvement du travail en Russie. — Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Coopératif.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. April 1904.

Editorial Brevities. — H. Quelch, Socialism and Foreign Politics. — B. Askew, Socialism in Italy. Socialism and Temperance. — Ernest Untermann, Shall we revise our programme backward or forward? — The Reviews. — Interesting Extracts from varions Sources. — To the shadows of the Dead.

IV. In italienischer Sprache.

Il Socialismo, Rom.

25. März 1904.

Enrico Ferri, La marcia del Congressi. — Vita proletaria internazionale. — Le elezioni generali in Australia. — La disoccupazione nel Basso Emiliano. — L'industria tessile giapponesi e la guerra. — Movimento e legislazione sociale. — Varieta della cronaca internationale.

V. In anderen Sprachen.

Nasi Zapiski, Laibach.

April 1904.

Gregorcic, Wir sind hier die Herren und Gott und unsere Zaren. — Dr. L., Erschlage nicht. — Prof. Dr. Urtina, Volkstümliche Universitätsvorlesungen. — Rundschau: Sozialismus; Sozialismus und Gemeinde. — Pavel Mihalek, Das Gewissen. — Aufruf.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Mai 1904.

K. Ter Laan, De Rechtsspleging bij de Land en zeemacht. — Roland Holst, Kritiek op de nieuwe Arbeidswet. — J. K. v. d. Veer, Gemeentepolitik in Engeland. — Varia. Sozialistische Tendenz.

Przedswit, Krakau.

März 1904.

Woyna. — Etyka a socyalizm. — Przyk. Polityka celna Chamberlaina. — Opozycya rosyjska wobec wojny. — Socyalisci galicyjscy wobec wojny. — Przeglad krajowy. — Konferencya mlodziezy uniwersyteckiej, nalezacej do P. P. S. — Nasze odezwy. — Wydawnictwa P. P. S. — Luzne notatki. — Sprawozdanie Czerwonego Krzyza.

Akademie, Prag.

Mai 1904.

Verus, Antonin Pravoslav Vesely. — Petr Strnad, Nase obecne skoly. — Ch. Seignobos, Politicky vyvoj Evropy. — F. Modrácek, Zájem a povinnost koruny v — rakouské revoluci. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

Die »*Saturday Review*«, London, bringt in ihrer Nummer vom 19. März einen Artikel »The German socialism and Governmqnt«, worin die Haltung der deutschen Regierung gegenüber der Sozialdemokratie seit Bismarck als schwankend und widerspruchsvoll bezeichnet wird. Einmal führe die deutsche Regierung sozialistische Massregeln durch und dann versuche sie wieder die sozialdemokratische Partei zu unterdrücken, deren Führer sie schmähe und beleidige. Der Antagonismus zwischen Regierung und Sozialdemokratie liegt nach Ansicht der englischen Zeitschrift nicht auf ökonomischem, sondern auf politischem Gebiete: Deutschland ist — abgesehen von Russland und die Türkei — der autokratischste und aristokratischste aller europäischen Staaten, während es andererseits mehr als irgend ein anderes Land zur Ausführung sozialistischer Ideen getan hat. Diese Tatsache beweise auch die Unbegründetheit der Annahme, die zur »ursprünglichen Buchtheorie des Sozialismus« gehört, dass die Sozialisierung der Gesellschaft mit ihrer Demokratisierung gleichen Schritt halte. In Deutschland habe die Sozialdemokratie auch das Erbteil des Liberalismus übernommen, dem von Bismarck früher dieselben unberechtigten Vorwürfe des Mangels an Patriotismus u. s. w. gemacht wurden, mit denen heute Bülow die Sozialdemokratie zu diskreditieren suche. *t.*

* * *

Im Aprilheft der »*Süddeutschen Monatshefte*« bespricht Friedrich Naumann die letzten Reichstagswahlen im Hinblick auf das starke Wachstum der Sozialdemokratie in Süddeutschland. Angesichts der Wahlziffern, die beweisen, dass auch in Süddeutschland das Volk in fast stürmischer Weise sein Vertrauen der Sozialdemokratie zuwende, sei die Zeit, wo man die Sozialdemokratie als eine wesentlich norddeutsche Erscheinung auffasste, endgültig vorüber. Die einzige Möglichkeit für den Liberalismus, sich in Süddeutschland gegenüber der Sozialdemokratie und dem Zentrum zu behaupten, besteht nach Naumann darin, dass er sozialer werde und »mit eigener Wärme« Sozialpolitik treibe. *t.*

* * *

In der »*Zeitschrift für Sozialwissenschaft*« sucht Dr. Franz Oppenheimer gegenüber den sozialistischen Theorien in Anton Mengers »Neuer Staatslehre« seinen bekannten Standpunkt zu behaupten, dass die heutige Wirtschaftsordnung nur die Beseitigung ihrer künstlichen Schranken, d. h. der noch fortbestehenden feudalen Machtposition bedürfe, um eine gewaltige Steigerung der Produktivität und des Glücks der Gesamtheit zu ermöglichen. *t.*

* * *

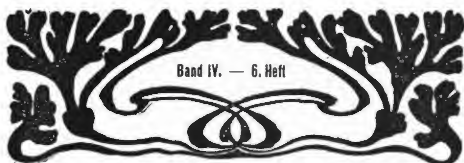
Die Aprilnummer der »*Neuen deutschen Rundschau*« enthält aus der Feder Ed. Bernsteins des Buches des Lausanner Professors Vilfrido Pareto: Les systèmes socialistes. Bernstein ist der Ansicht, dass Pareto kaum neue Gedanken ausspreche, dass er aber alte Gedanken mit einer gewissen Konsequenz entwickele und kritisch anwende. Die Kritik, die Pareto an verschiedenen sozialistischen Theoretikern, so namentlich an Auguste Comte übe, sei vielfach berechtigt; doch verfiele auch Pareto nur zu häufig in die

Fehler der von ihm so arg getadelten Theoretiker, so sehr er auch vorgäbe, sich auf die reine Empirie zu stützen. Besonders hat Bernstein Einwendungen gegen die von Pareto entwickelte These von der »Zirkulation der Eliten« zu machen, die auf der schon von Ammon, Häckel u. a. angewandten, einseitigen und falschen Methode der einfachen Uebertragung der naturwissenschaftlichen Gesetze auf die Soziologie beruhe; dass eine Art »Zirkulation der Eliten« historisch stattfinde, sei zweifellos, aber die Aufgabe des Soziologen sei es, zu zeigen, warum zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Elite durch eine andere abgelöst werde, und unter welchen Bedingungen sich die Eliten zu einheitlich fühlenden und handelnden Klassen verdichten. *t.*

* * *

Eine Abhandlung desselben Verfassers im »*Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*«, das seit April dieses Jahres als Fortsetzung des früheren Braunschen Archivs erscheint, hat die Stellungnahme der britischen Arbeiter zum zollpolitischen Imperialismus zum Gegenstand. An der Hand zahlreicher Flugschriften und Aufsätze der letzten Zeit konstatiert Bernstein, dass die Arbeiterliteratur mit ganz wenigen Ausnahmen den Plänen auf Herstellung eines britischen Reichszollverbandes feindlich gegenübersteht. Eigentümlich ist es, dass gerade die auf marxistischem Boden stehenden englischen Sozialisten, die in der Social-Democratic Federation vereinigt sind, und deren Führer Hyndman ist, eher dem Schutzzoll als dem Freihandel zuneigen, wenn sie auch die Arbeiter auffordern, weder für den einen noch für den andern Partei zu ergreifen. Einer unverhohlenen Parteinahme für den Schutzzoll begegnet man im vielverbreiteten socialistischen Wochenblatt »Clarion«. Die Frage, wie es kommt, dass die weit überwiegende Mehrzahl der englischen Arbeiter schroffe Gegner der Chamberlainschen Pläne sind, obwohl sie ihnen in so bestechender Gestalt vorgelegt werden, beantwortet Bernstein dahin, dass die Arbeiter die sehr richtige Erkenntnis besässen, dass »die Schutzzöllnerei mit Kleinem anfängt und mit Grossem aufhört«. *t.*

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Alsberg, Dr. Moritz: **Erbliche Entartung bedingt durch soziale Einflüsse.** Unter Zugrundelegung seines in der 75. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte zu Kassel gehaltenen Vortrages dargestellt. Kassel u. Leipzig 1903, Th. G. Fischer & Co. 31 S. gr. 8°.

Der Verfasser, ein namhafter Anthropologe, erörtert in dieser Schrift das Entartungsproblem der Kulturmenschheit. Er stellt, nachdem er den Begriff der Entartung bestimmt hat, als »jene Abweichungen von der Norm, die besonders geeignet sind, die der Fortpflanzung dienenden Keime zu schädigen und dadurch eine von Generation zu Generation sich vererbende Herabsetzung der Lebensfähigkeit hervorzurufen, für Krankheit, Verkümmerung und Missbildung die Grundlage abzugeben«, eine Reihe von Einflüssen des gesellschaftlichen Lebens und gesellschaftlicher Einrichtungen der modernen Kulturnationen fest, die in diesem Sinne auf Entartung hinwirken. Vollständig fehlt dabei der wichtige Faktor der Arbeitsverhältnisse (Arbeitszeit, Technik, Arbeitsmaterial etc.) auf die körperliche Entwickelung und die Keime zukünftigen Lebens, wie denn überhaupt die im eigentlichen Sinne sozialpolitische Seite der Frage vollständig übergangen wird. Was den Verfasser beschäftigt, sind die ausserhalb der Fabrik etc. wirkenden sozialen Faktoren, wie die generellen Seiten des städtischen Lebens, die bis zur völligen Aufhebung und Verkehrung des Ausleseprinzips gehenden heutigen Veränderungen der Auslese, die Rückwirkungen von Alkoholgenuss, Geschlechtskrankheiten, Hinausschiebung der Eheschliessung, der Einfluss der künstlichen Erhaltung schwächlicher Kinder etc. auf die Entwickelung der Art. Hier ist er in Kritik und Vorschlägen in seiner Weise oft radikal, wobei jedoch auch nicht einmal andeutend einer Aenderung der Gesellschaftsverfassung und damit verbundener Aenderung der Lebensverhältnisse und ethischen Beziehungen eingegangen wird. Statt sich den Faktoren zuzuwenden, die in dieser Richtung wirken, und zu prüfen, inwieweit von ihnen Abhilfe zu erwarten ist, beschränkt sich der Verfasser auf moralische oder gesundheitspolizeiliche Empfehlungen, wie Abstinenz in Bezug auf den Alkohol, Nichtzulassung von tuberkulösen und ähnlichen, Entartungskeime übertragenden Leuten zur Eheschliessung etc., die teils schwer allgemein durchführbar sind, teils unter heutigen Verhältnissen eine Verkümmerung des Lebensgenusses bedeuten, für welche die Gesellschaft, wie sie heute konstruiert ist, den Betroffenen keinen Ersatz darbietet. Diese Beschränkungen, denen, wie einige Ausführungen auf S. 17/18 vermuten lassen, auch sozialpolitische Beschränktheiten zur Seite stehen, beeinträchtigen den Wert des Vortrages, der in biologisch-anthropologischer Hinsicht viele treffliche Darlegungen enthält.

Arbeiter-Sekretariate.

Arbeiter-Sekretariat **Bremen** 1903. Vierter Jahresbericht. Nebst Berichten über Stand, Leistungen und wirtschaftliche Kämpfe der Gewerkschaften, des Gewerkschaftskartells und des Gewerbegerichts. Selbstverlag: Arbeiter-Sekretariat Bremen. 127 S. 8°.

15. Jahresbericht 1903 des Arbeiter-Sekretariats **Berlin** (Berliner Gewerkschaftskommission) und Kassenbericht der Berliner Gewerkschaftskommission pro 1903. Berlin 1904, Verlag: Berliner Gewerkschaftskommission. 127 S. 8°.

Arbeiter-Sekretariat **Frankfurt am Main.** 5. Jahresbericht für 1903 nebst dem Bericht des Gewerkschaftssekretärs und einer Abhandlung: Die Bewährung des paritätischen Arbeits-Nachweises. Frankfurt am Main 1904, Druck der Union-Druckerei, G. m. b. H. 159 S. 8°.

Erster Bericht des Arbeiter-Sekretariats und Gewerkschaftskartells **Harburg (Elbe).** Unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Entwickelung seit 1890 erstattet für das Jahr 1903. Harburg 1904. Verlag des Arbeiter-Sekretariats. 64 S. 8°.

Dritter Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats in **Lübeck** nebst Jahresberichten der Aufsichtskommission und des Gewerkschaftskartells. Lübeck 1904, Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats. 92 S. 8°.

Neunter Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats **Nürnberg.** Geschäftsjahr 1903. Nürnberg 1904, Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats Nürnberg. 79 S. 8°.

In verschiedenem Umfange, je nach Grösse des Orts, seiner Gewerkschaftsbewegung und den Mitteln des betreffenden Sekretariats, geben diese Berichte Auskunft über den Fortschritt und die Leistungen der Gewerkschaftsbewegung der betreffenden Orte, die Betätigung der Sekretariate als Auskunftsstellen in Bezug auf Fragen des Arbeiterrechts und der Arbeiterversicherung, sowie über besonders charakteristische Fälle und Erkenntnisse auf diesen Gebieten und sonstige, das Arbeiterleben betreffende Angelegenheiten — von Lohnfragen und dergleichen angefangen bis zu Fragen des Kunstgenusses der Arbeiter und Berichten über Veranstaltungen in dieser Hinsicht. Man findet in ihnen ferner eine grosse Fülle statistischen Materials, tabellarische Uebersichten und Erörterungen sozialpolitischer Probleme, wobei, wie z. B. hinsichtlich der Frage der paritätischen Arbeitsnachweise, hier und da differierende Ansichten zu Tage treten. Den Wert dieser Berichte für den Sozialpolitiker und insbesondere die Studierenden der Sozialpolitik haben wir schon früher hervorgehoben und können das in dieser Hinsicht Gesagte nur noch verstärkend wiederholen.

Berlepsch, Staatsminister Dr. Freiherr von: **Das Koalitionsrecht der Arbeiter.** Vortrag, gehalten in der Ortfigruppe Breslau der »Gesellschaft für soziale Reform« am 22. März 1904. Berlin, Julius Sittenfeld. 31 S. 8°.

»Nicht gehindert, nein gefördert muss die berufliche Vereinigung der Lohnarbeiter werden, soll die grosse politische Aufgabe der Zeit, den Stand der Lohnarbeiter einzugliedern in den Organismus des Staates und der Gesellschaft, gelingen. In der Vereinigung erst findet der Arbeiter die Möglichkeit, sich in dem wirtschaftlichen und sozialen Leben zu betätigen; so lange ihm hier Schranken gesetzt und auferlegt werden, insbesondere solche, die seiner Klasse allein, nicht anderen gelten, so lange kann er nicht die Ueberzeugung gewinnen, dass er ein gleichberechtigter Stand ist, und so lange er diese Ueberzeugung nicht hat, arbeitet man umsonst daran, die starke Kraft, die in dem Arbeiterstande liegt, für das gemeine Wohl, für das Vaterland nutzbar zu machen.« (S. 31.)

In diesem Satz kommen Tendenz und Ton des formgewandten Vortrags wohl am besten zum Ausdruck. Der Verfasser nimmt im Verlaufe seiner Ausführungen u. a. auf den grossen Crimmitschauer Textilarbeiterausstand Bezug, der zur Zeit des Vortrags die Gemüter bewegte, und bekämpft in sehr ent-

schiedener Sprache den Herrenstandpunkt, den die koalierten Unternehmer da einnahmen. Seine Ausführungen sind sehr geeignet, Vorurteile über das Koalitionsrecht der Arbeiter zu zerstören, und wenn Vorurteile beseitigen auch noch nicht Interessenwiderstände aus dem Wege räumen heisst, so bildet das Vorurteil doch einen so bedeutenden Faktor in den sozialen Kämpfen, dass man mit ihm je nachdem eine wirtschaftliche Potenz aufhebt, durch deren Wegfall das Schwergewicht der Wage entscheidend verschoben wird.

Bücher, Prof. Dr. Karl: **Die Entstehung der Volkswirtschaft.** Vorträge und Versuche. Vierte Auflage. Tübingen 1904, H. Lauppsche Buchhandlung. 456 S. 8°. Preis: 6 Mark.

Bücher hat diese vierte Auflage seiner »Entstehung der Volkswirtschaft« dem Andenken des jüngst verstorbenen Oekonomen A. E. Schäffle gewidmet. Sie ist gegenüber der dritten Auflage wenig verändert, während mit dieser und der zweiten Auflage das Buch eine so wesentliche Erweiterung erfahren hatte, dass es gegenüber der ersten Auflage fast ein anderes Buch geworden ist.

Allerdings die Grundgedanken und das Grundschema des Werkes sind noch immer dieselben geblieben. Als seinen Grundgedanken haben wir den Satz im dritten der zehn Vorträge zu betrachten, aus denen sich das Buch jetzt zusammensetzt, dass die Volkswirtschaft »das Produkt einer Jahrtausende langen historischen Entwickelung ist, das nicht älter ist, als der moderne Staat, dass vor ihrer Entstehung die Menschheit grosse Zeiträume hindurch ohne Tauschverkehr oder unter Formen des Austausches von Produkten und Leistungen gewirtschaftet hat, die als volkswirtschaftliche nicht bezeichnet werden können«. (4. Aufl. S. 107.) Hier ist eine Bestimmung des Begriffs Volkswirtschaft zum Ausdruck gebracht, wie sie vordem nicht gegeben war, wenngleich selbstverständlich die Tatsache bekannt war, dass die Wirtschaft der Menschen im Laufe der Zeiten in verschiedenen Formen und auf verschiedenem Umfange vor sich ging. Aber man unterschied schlechtweg Stufen der Volkswirtschaft, ohne sich genauer zu fragen, ob überhaupt ein Volk da war, das in irgend einer Hinsicht einen zusammenhängenden Wirtschaftskörper bildete. Es ist Büchers Verdienst, hierin schärfer unterschieden zu haben. Er teilt die Wirtschaftszustände der zentral- und westeuropäischen Völker unter dem Gesichtspunkt der organisatorischen Beziehung der Produktion zur Konsumtion der Güter, bezw. der Länge des Weges, welche die Güter vom Produzenten bis zum Konsumenten zurücklegen, in die Stufe der geschlossenen Hauswirtschaft, die der Stadtwirtschaft (Kundenproduktion) und die der Volkswirtschaft ein, unter welch letzterer ein Wirtschaftszustand verstanden ist, wo die Güter als »Waren« hergestellt werden, die in der Regel eine Reihe von Wirtschaften passieren müssen, ehe sie zum Verbrauch gelangen. Die Beschreibung der Wirtschaft auf diesen drei Stufen und des Entwickelungsganges zur letzten Stufe bildet nebst Vorführung und Beleuchtung von besonders charakteristischen Erscheinungen und Kräften des Wirtschaftslebens den Inhalt des vorliegenden Buches, das Zeugnis von der grossen Belesenheit des Verfassers, seiner scharfen Beobachtungsgabe und der Fähigkeit ablegten, die Dinge unter Gesichtspunkten zu betrachten, die den meisten vollständig entgehen und die doch der Berücksichtigung wert sind. Es gehört zu jenen Werken, von denen man sagen kann, dass sie das volkswirtschaftliche Erkennen sehr wesentlich gefördert haben.

Former. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former und Giesserei-Hilfsarbeiter Deutschlands. Bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbandes nach den statistischen Erhebungen im Oktober und November 1903. Stuttgart 1904, Alex. Schlicke & Cie. 112 S. 8°.

Die Erhebung, welche dieser Schrift über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former etc. Deutschlands zu Grunde liegt, war die dritte ihrer Art und erstreckte sich auf 1708 Giessereien mit zusammen 75097 Arbeitern. Dies sind rund 79 Prozent der Gesamtzahl der Giesserei-Arbeiter — ein Prozentsatz, wie

ihn die früheren Erhebungen auch entfernt nicht erreichten. Von den gezählten Betrieben waren 43,6 Prozent reine Giessereibetriebe, 56,4 Prozent zugleich Maschinen- und Metallwarenfabriken. Nach Grösse und Zahl der beschäftigten Arbeiter verteilen sich die Betriebe in

	Zahl	%	Gesamtarbeiterschaft dieser Betriebe	%
Betriebe von bis zu 25 Arbeitern	942	55,2	10 969	14,6
„ „ 26—100 „	580	34	29 169	38,8
„ „ über 100 „	186	10,8	34 958	46,6

Von den Arbeitern waren 37 428 Former, 31 840 Hilfsarbeiter, 5829 Lehrlinge. Von den Formern gehörten 4675 zur Kategorie der Maschinenformer, die sich, wie der Bericht feststellt, zum allergrössten Teil aus den ungelernten Arbeitern rekrutieren, das Verhältnis dieser zu den gelernten Arbeitern zu Ungunsten letzterer verschieben. Die tägliche Arbeitzzeit war für die Masse der gezählten Arbeiter, nämlich 53 44 Arbeiter, 10 Stunden — nur 3079 Arbeiter hatten einen Arbeitstag von 9 Stunden und darunter — dagegen für 9971 Arbeiter 11 Stunden und für 995 Arbeiter mehr als 11 Stunden. In Bezug auf die Lohnform ergab sich folgendes Bild. Es arbeiteten:

	In Zeitlohn absolute Zahl	%	In Akkordlohn absolute Zahl	%
Former	6 533	17,5	30 895	82,5
Hilfsarbeiter . . .	24 664	77,4	7 176	22,6

Von den gelernten Arbeitern arbeitet die übergrosse Masse (fast fünf Sechstel) in Akkordlohn, von den ungelernten Arbeitern die grosse Masse (über drei Viertel) in Zeitlohn — eine Tatsache, die für die Frage der Lohnformen von grösster Bedeutung ist. Der Bericht gibt darüber sehr interessante Einzelheiten. Er hebt hervor, dass »die Akkordarbeit in starker Zunahme begriffen« ist (S. 18), und hält es bei diesem Stande der Dinge für »ausgeschlossen, dass die Beseitigung oder auch nur eine Einschränkung der Akkordarbeit möglich ist.« (S. 89.) Mehr als je sei aber eine Regelung der Akkordarbeit nötig geworden. Vor allem müsse »der Akkordberechnung ein bestimmter, korporativ vereinbarter Mindestlohn zu Grunde gelegt werden, der eine anständige Lebenshaltung ermöglicht.« In Bezug auf die Lohnhöhe bestätigt die Erhebung die alte Erfahrung, dass Lohn und tägliche Arbeitszeit im umgekehrten Verhältnis zu einander stehen. Von den nur 9 Stunden arbeitenden Formern hatten 64,5 Prozent einen Stundenlohn von über 40 Pfennig, von den 11 Stunden arbeitenden Formern arbeiteten 80,7 Prozent zu einem Stundenlohn von noch nicht 40 Pfennig. Noch schärfer zeigte sich dieselbe Erscheinung bei den Hilfsarbeitern. Da bleiben von den 11 Stunden arbeitenden Arbeitern 97,34 unter dem Satz von 35 Pfennig pro Stunde zurück.

Wir begnügen uns mit diesen wenigen Auszügen aus dem Bericht, der mit seinen vielen, in genaue Einzelheiten eingehenden Tabellen und den interessanten, sachkundigen Kommentaren ein sehr lehrreiches Studium für jeden Sozialpolitiker darbietet.

Goldfriedrich, Dr. J.: Die historische Ideenlehre in Deutschland. Ein Beitrag zur Geschichte der Geisteswissenschaften, vornehmlich der Geschichtswissenschaft und ihrer Methoden im 18. und 19. Jahrhundert. Berlin 1902, Gaertners Verlagsbuchhandlung. 544 S.

Die Rolle und Bedeutung der Ideen im Bildungsprozesse des menschlichen Wissens und der Wissenschaft verfolgen, heisst der Wissenschaftsgeschichte auf den Grund gehen. Denn erst die »Ideen« machen die Aufstellung von Coexistenz, Succession und Kontinuitätsreihen, kurzum, die Wissenschaft als solche möglich. Nun hat aber die Idee, d. h. das Bildungsprinzip des Wissenschaftlichen, im Laufe der Zeiten ihr Antlitz ständig geändert. Die Geschichte der Rolle und Bedeutung der Ideen auf einem bestimmten Wissensgebiete vermag daher am besten die Phasen zu enthüllen, die der betreffende Wissen-

schaftszweig zurückgelegt hat. Infolgedessen ist es von ausserordentlichem Werte, wenn der gelehrte Verfasser es unternommen hat, den Werdegang des geschichtswissenschaftlichen und neuerdings soziologischen Denkens an der Hand der Umwandlungsformen, die die Idee im wissenschaftlichen Bewusstsein erfahren hat, zu messen und zu beurteilen.

Der Inhalt des durchaus zeitgemässen und verdienstvollen Werkes lässt sich, wie der aller ins Detail gehenden Untersuchungen, kaum in kurzem wiedergeben. Es soll daher hier nur angedeutet werden, was derjenige, der sich für kulturwissenschaftliches Denken interessiert, in dem Buche finden könnte. — Nachdem der Verfasser in groben Zügen die Rolle der Idee bei Plato gestreift hat, sucht er zu zeigen, wie die Idee im Christentum, bei Leibniz und besonders bei Vico zum Zwecke der Geschichtserkenntnis angewandt wurde. Die metaphysische, methodologische und teleologische Bedeutung der Platonischen Ideen erhält bei Vico und in der französisch-englischen Geschichtsschreibung des 18. Jahrhunderts (besonders bei Wegelin, bezw. Weguelin) einen rein psychologischen Charakter. Wie die Philosophen wieder das grosse Wort zu führen begannen, machte sich die alte platonische Bedeutung der Ideenlehre von neuem geltend. Dies war im deutschen klassischen Idealismus der Fall, der die historische Ideenlehre, mit anderen Worten die Methodologie der Kulturwissenschaften zu begründen suchte. Der Verfasser verfolgt alsdann sehr eingehend, wie der psychologische Charakter der Idee wieder aufkommt, und wie der psychologische Sinn, der ihr vindiziert wurde, auch eine Entwickelung durchmacht. Man erinnere sich da nur an die Auffassung der Ideen als »Vorstellungen welche die Menschen mit Gewalt beherrschen und die im Unterschied zum Egoismus ausgezeichnet sind durch die Eigenschaften der Allgemeingültigkeit und der Interesselosigkeit, welche letztere den Gegensatz zur materiellen Sphäre ausdrückt« (S. 211), und an die Herabsetzung der Idee im älteren Marxismus zu einer »Ideologie«, die keine Bildungskraft besitzt, die vielmehr nur die Gebilde widerspiegelt, »zum Bewusstsein bringt«. Der Verfasser führt dann das sozialwissenschaftliche Denken W. v. Humbolds vor unser Auge, das der »geschichtsmetaphysischen Epigonen«, Lotzes, der Völkerpsychologen (Lazarus und Steinthal), der darwinistischen Soziologen (Lilienfeld und Schäffle), der jüngeren soziologischen Generation Deutschlands (Gumplowicz, Tönnies, Simmel, Ratzenhofer, Barth), der Kulturhistoriker (Flügel, Breysig, Lindner, Lamprecht) und des Marxismus. Auf diese Weise wird der Begriff der Idee von allen möglichen Seiten (psychologisch, psychophysisch, logisch, methodologisch, metaphysisch, erkenntnistheoretisch) behandelt, auch kommt er in allen seinen Bedeutungen zur Entfaltung: als transzendent und immanent organisierende Kraft, als regulierendes Ideal, als interesselose Bestrebung, als Gedanke, Illusion, einfach als psychisches Datum und als methodologisches Vehikel. Nur vermissen wir eine genauere Geschichte der Idee in der marxistischen Schule, und die der neukantischen Sozialphilosophie, die sich anschickt, dem Marxismus eine teleologische Wendung zu verleihen. Wäre er dem noch nachgegangen, so würde die vom Verfasser mit Recht verfochtene Meinung, dass »der Widerspruch zwischen Materialismus und Idealismus sich innerhalb der marxistischen Schule selbst aufgehoben hat« (S. 458), an Klarheit gewinnen. Auch fehlt ganz und gar der Hinweis auf die deutsche Evangelien- und allgemeine Religionsforschung, die nicht ohne Bedeutung für die »historische Ideenlehre« gewesen ist. Aber seien wir dem Verfasser für das dankbar, was er geleistet hat. Seine Geschichte des geisteswissenschaftlichen Denkens kann auf alle Fälle der Kulturwissenschaft Nutzen bringen.

Brand.

Grotenfelt, Dr. Arvid, Dozent an der Universität Helsingfors: **Die Wertschätzung in der Geschichte.** Eine kritische Untersuchung. Leipzig 1903, Verlag von Veit und Comp. 227 S. Preis: 6 Mark.

Die Kulturwissenschaften scheinen jetzt eine ähnliche Phase durchzumachen, wie etwa die Naturwissenschaften zur Zeit der griechischen Sophistik und am Ausgange des Mittelalters. Kritik und Skepsis wechseln je nachdem miteinander ab oder bedingen einander. Im allgemeinen darf das kritische Verhältnis innerhalb der sozialkulturellen Wissenschaften unter zwei Kategorien gebracht werden. Einige Forscher gelangen zu ihrem Kritizismus und

späteren Skeptizismus auf Grund der ihnen eigenen Auffassung des zu erkennenden Objekts, die anderen sehen gerade in der notgedrungenen Rolle des erkennenden Subjekts die Schwierigkeiten für die sozialwissenschaftliche Arbeit und namentlich auch für die Geschichtsschreibung.

Das oben verzeichnete Buch steht mehr unter dem Zeichen der zweiten Gruppe. Im Mittelpunkte der mit Fragen der geschichtswissenschaftlichen Methodologie sich intensiv beschäftigenden Arbeit wird das Problem hervorgehoben, »inwieweit durch die Auswahl der wichtigen Tatsachen, die der Historiker ausüben muss, eine gewisse Subjektivität in die Geschichtswissenschaft Eintritt gewinnt«, inwieweit ferner das unentbehrliche »menschliche« bezw. ethische, politische und dergl. Verhältnis des Geschichtsschreibers zu den Geschehnissen, seine Ideale und Weltanschauung überhaupt, endlich die stärkere und schwächere Betonung einzelner Züge des historischen Bildes die wissenschaftlichen Resultate der Forschung beeinflussen, d. h. bestimmen resp. beschränken. Der Verfasser, der hier keineswegs sich auf jungfräulichem Boden befindet (er kennt u. a. auch die Ansichten Michajlowskis, des Begründers der sog. russischen subjektiven Schule in der Soziologie), gelangt zum Schluss, dass subjektive Momente und Wertungen vorhanden seien, die mit dem Wesen der geschichtlichen Forschung und Darstellung aufs innigste verflochten und verwachsen sind. Diese Wertungsmomente aus dem Gesichtskreise des Forschers ausmerzen zu wollen, ist unmöglich. Das quantitative Prinzip, dem zufolge »das Hauptsächliche, Wichtige durch eine rein quantitative Erwägung aus dem Nebensächlichen herausgehoben werden kann« (S. 156), reicht nicht aus. Handle es sich doch nicht nur um die extensive, sondern auch um die intensive Wirkungskraft der historischen Geschehnisse. Es handle sich nicht nur darum, was aufgezeichnet und was nicht aufgezeichnet zu werden braucht, »sondern der Darsteller der Geschichte muss, sofern er eine Gesamtauffassung von dem Leben der Vergangenheit mitteilen will, die Tatsachen nach ihrer grösseren oder geringeren Bedeutung gruppieren und jeder Erscheinung ihren mehr oder weniger hervortretenden Platz in dem Gesamtbilde zuteilen«. (S. 158 f.) Die Intensität der Wirkungen sozial-historischer Geschehnisse lasse sich nicht mit der Elle abmessen (siehe S. 160 f.). Die Betrachtung der Erscheinungen unter dem Gesichtspunkte gewisser Zweckideen, gewisser Wertbegriffe und Wertgefühle, »worin allerdings zugleich eine starke Gefahr für die Wissenschaftlichkeit liegt«, sei unvermeidlich. Die Wertungsmomente dürfen also vom Historiker, und damit glaube ich den Grundgedanken Grotenfelts in aller Klarheit wiederzugeben, als Apriori gehandhabt werden. Mit der Gleichsetzung der Wertschätzung mit geschichtswissenschaftlichem Apriori bleibt »die Geschichte eine Wissenschaft, trotz der Wertgesichtspunkte«. Im übrigen wird der Verfasser bei der Erörterung dieser Hauptfrage seines Unternehmens recht unklar. Einerseits bleibt die Geschichte Wissenschaft, sofern der Einfluss der Wertung nur die Auswahl des Stoffes bedingt (S. 203), andererseits aber führt die Auswahl der wissenswürdigen Tatsachen und ihre Anordnung in Bezug auf ihre Wichtigkeit zu einem einseitigen, schiefen historischen Gesamtbilde (S. 205).

Die Unbestimmtheit in diesem Punkte rührt aber, meiner Ansicht nach, daher, dass der Verfasser nicht entschieden genug die methodologische Abgrenzung zwischen dem blossen Aufnehmen von sozialgeschichtlichem Material und der wissenschaftlichen Bearbeitung desselben durchzuführen weiss. Im ersten Teile der geschichtlichen Arbeit, das will sagen in der vorgeschichtlichen Tätigkeit des Forschers, ist die Wertschätzung ein wohl gewünschter Hilfsfaktor, im zweiten aber, namentlich im rein wissenschaftlich sein wollenden, darf die Wertschätzung erst dann Platz greifen, wenn die Frage der geschichtlichen Gesetzmässigkeit bereits erledigt ist und die Frage nach dem Gesamtwert des betreffenden historischen Abschnitts hinsichtlich eines bestimmten kulturellen Zweckes oder gar der summarischen Weltanschauung aufgeworfen wird.

Zur Charakteristik des Grotenfeltschen Buches sei noch bemerkt, dass es fast in seinem halben Teil den jetzt allgemein üblichen erkenntnistheoretischen und methodologischen Problemen in der Sozialphilosophie nachgeht, wobei nicht nur die Philosophen und Soziologen, sondern in hohem Masse die Histo-

riker selbst zum Wort kommen. Aber es fehlt dem Buche im grossen und ganzen an der notwendigen Kunst des Pointierens, an der Bestimmtheit der Sätze und auch an dem, was man literarisches Genie nennen könnte. Infolgedessen geht dem Leser sehr viel verloren; man weiss oft nicht recht, worauf der Verfasser hinaus will. Ein warnendes Beispiel, wie ein wissenschaftlicher Schriftsteller von seiner eigenen Emsigkeit überbürdet werden kann. Man möchte dem Verfasser beinahe wünschen, dass er etwas von seinen Buchkenntnissen abschütteln könne. Im übrigen kann das Buch manchem, dem die Streitfragen der sozialwissenschaftlichen Methodologie und Erkenntnistheorie noch eine terra incognita sind, sachliche Kenntnisse und Anregungen bieten.

Brand.

Katscher, Leopold: **Japanische Wirtschafts- und Sozialpolitik.** (Sozialer Fortschritt Heft 8.) Leipzig 1904, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis: 15 Pf.

Ein kurzer Abriss über Japans wirtschaftliche Entwickelung und japanische Handelsverhältnisse. Von Sozialpolitik ist in Japan, wie der Verfasser ausführt, noch so gut wie nichts vorhanden.

Koepper, Gustav, Sekretär der Handwerkskammer zu Koblenz. **Handwerks Art, Handwerks Recht.** Gotha 1904, Friedrich Emil Perthes. 156 S.

Vom Standpunkte des sich breit machenden wirtschaftspolitischen Partikularismus unternimmt es der Verfasser, die Rechte des »Handwerkerstandes« vor dem Forum der Gesetzgebung zu entwickeln. Wenn man es auch in den Handwerkerkreisen aufgegeben habe, »durch gesetzliche Massregeln die Tore der Fabriken zu schliessen und die Betätigung des Grosskapitals auf produktivem Gebiete schlankweg zu untersagen«, so werde doch dadurch noch keineswegs die Existenz des eigenartigen Handwerkerstandes in Frage gestellt. Der besondere Stand verlange seine besondere Gesetzgebung, und dies gelte in hohem Masse vom angeblichen Handwerkerstande, in dem der Verfasser nach herkömmlicher Sitte den Lehrling, den Gesellen und Meister unterscheidet. Die preussische Gesetzgebung habe die Rechte und Pflichten, die der Verfasser genau aufzählt, der Natur jeder der drei Gruppen des »Handwerkerstandes« gemäss, zu bestimmen. — Koepper möchte nicht als »Reaktionär«, als »Zünftler« betrachtet werden, aber was er vorbringt, ist nur dazu geeignet, eine chinesische Mauer zwischen dem Handwerker und dem Fabrikarbeiter aufzurichten, die Gewerbefreiheit zu beschränken und, wie er sich selber ausdrückt, die »obligatorische Innung« festzusetzen. Auch besondere Ehrenrechte verlangt der Verfasser im Namen der »Eigenart des Handwerkerstandes«, so z. B. die Einführung der einjährigen Militärdienstzeit für den geprüften Gesellen. — Wer sich für die Utopien des zeitgenössischen »Handwerkerstandes« interessiert, der lese die vorliegende Schrift des Handwerkerkammer-Sekretärs zu Koblenz.

Brand.

Kutter, Hermann, Pfarrer am Neumünster in Zürich: **Sie müssen.** Ein offenes Wort an die christliche Gesellschaft. Berlin 1904, Hermann Walther. 196 S. 8°. Preis: 2 Mark.

Dieses schon in vielen Tausend Exemplaren verbreitete Buch ist eine mit grosser darstellerischer und argumentativer Kraft verfasste Beweisführung, dass die Sozialdemokratie heute so sein müsse, wie sie ist, atheistisch, materialistisch, revolutionär, antipatriotisch usw., und dass sie gerade dadurch sich als die Kraft bewähre, welche die Sache Gottes gegen den Mammon mit grösserer Wirksamkeit führe, als irgend eine andere Partei oder Institution, als insbesondere das offizielle Christentum, gegen das der Verfasser die schärfsten Anklagen erhebt. Selbst ein gläubiger Christ, betrachtet er die Sozialdemokratie sozusagen als eine Zuchtrute Gottes, als die Kraft, deren sich Gott bedient, um die Menschheit vom Mammonsdienst zu befreien. Er selbst ist kein Sozialdemokrat, wenigstens ist sein Standpunkt zum Ziel, wie die Sozialdemokratie es sich gesetzt hat, aus seiner Schrift nicht mit Sicherheit zu ersehen. Sie ist bestimmter in dem, was sie nicht will, als in dem, was sie will — mehr ethisch als sozialpolitisch. Wir glauben dies hervorheben zu müssen, weil die begeisterte Aufnahme, welche die Schrift in der sozialdemo-

kratischen Presse gefunden hat, leicht diese verleiten könnte, dem Buch eine Deutung zu geben, die unseres Erachtens weder ihr zukommt, noch auch im Willen ihres Verfassers lag. Auf uns macht der Verfasser den Eindruck eines Mystikers — wenigstens geht als Unterströmung ein mystischer Zug durch sein Buch, wobei wohl nicht erst gesagt zu werden braucht, dass Mystizismus hier nicht mit faseliger Träumerei zu verwechseln ist. An Mystik erinnert auch die wuchtige, sich bis zur Leidenschaftlichkeit steigernde Sprache des Buches. Sonst zeigt sich der Verfasser als ein Mann von allgemeiner Bildung, der über die Sozialdemokratie und ihre Literatur wohl orientiert ist, und dessen Buch sowohl als bemerkenswerte Zeiterscheinung wie wegen vieler innerer Schönheiten gelesen zu werden verdient. Oft erheben sich seine Sätze zu Epigrammen biblischen Charakters, so dass man das Buch auch mit mehr Recht als eine Bergpredigt bezeichnen könnte, wie manche Schriften, die sich diesen Titel selbst beilegten.

Lindemann, Dr. H.: **Arbeiterpolitik in der deutschen Städteverwaltung.** Stuttgart 1904, J. H. W. Dietz Nachf.

Die sozialdemokratischen Parteien aller Länder sind in den letzten Jahren an die Lösung der Aufgabe gegangen, Kommunalprogramme aufzustellen. Auch die sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sich bisher mit von Gemeindevertretern der einzelnen Provinzen aufgestellten Entwürfen behilft, wird dies auf einem ihrer nächsten Parteitage tun. Eine notwendige Vorbedingung für eine erfolgreiche Arbeit an der Ausarbeitung dieses Programms hat Dr. Hugo Lindemann (C. Hugo) erfüllt, indem er das ganze weite Gebiet der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Kommune wissenschaftlich durchgearbeitet und dargestellt hat. Nachdem er das Resultat der Vorstudien, die er in England, der Heimat des Munizipalsozialismus, gemacht, in seinem Werk über »Städteverwaltung und Munizipalsozialismus in England« niedergelegt hatte, machte er sich an die Arbeit, ein weit ausführlicheres Werk über das ganze kommunale Verwaltungswesen für Deutschland zu schreiben. 1901 erschien der erste Band, der Volkshygiene, Städtebau und Wohnungswesen behandelt, in diesem Jahr der zweite und dritte, Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege enthaltend, so dass nur noch die Darstellung des auf dem Gebiet der Volksbildung und der Armenpflege bisher Geleisteten und von der Sozialdemokratie Geforderten aussteht.

Der uns jetzt vorliegende zweite Band zeigt bei der Behandlung der Arbeiterpolitik die beiden Vorzüge, die ein derartiges Werk haben kann, in vollem Masse vereinigt: Die Fülle des Materials und das scharfe theoretische Durchdenken der auftauchenden Probleme und Streitfragen. Der Verfasser hat nicht nur die Mitteilungen, Nachrichten und Schriften verarbeitet, die bisher schon der Allgemeinheit zugänglich waren und ihr von den Versuchen und Widerständen zu einer wirklich sozialen Arbeiterpolitik Kunde gaben. Er hat durch die Vermittelung der Stadtverwaltungen und der städtischen statistischen Aemter wie durch die der sozialistischen Gemeindevertreter reichliches neues Material erhalten, dessen Bekanntmachung das Werk umsomehr zu einer überaus wertvollen Quellenschrift gestalten, als nahezu Vollständigkeit erreicht sein dürfte. Auf zweierlei Weise können die Gemeinden die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse beeinflussen: direkt durch die Behandlung ihrer eigenen Arbeiter, die freilich in gewissem Grade auch der Stellung aller übrigen Arbeiter in der betreffenden Stadt als Vorbild dient, und indirekt dadurch, dass sie im Rahmen der ihr zustehenden gesetzlichen und wirtschaftlichen Macht die Privatunternehmer in der Stellung zu den von ihnen angestellten Arbeitern beeinflussen. In diesem ersten Teil der allgemeinen Arbeiterpolitik sind zunächst die Organe nach Zusammensetzung und Wirksamkeit dargestellt, durch welche die Gemeinde sich über ihre soziale Tätigkeit klar wird (»soziale Kommissionen«) und durch die sie die Arbeiter über ihre Rechte und Pflichten aufklärt. Diesen »städtischen Auskunftsstellen« wird dann im Verhältnis zu den von der organisierten Arbeiterschaft selbst — teilweise mit städtischer Unterstützung — geschaffenen Arbeitersekretariaten die gebührende Stellung gemäss zweckmässiger Arbeitsteilung angewiesen. Den Hauptteil bildet die Darstellung der drei Wege, auf denen die Gemeinde die Arbeiter-

interessen fördern kann: Zunächt im Submissionswesen. Im kritischen Teil seiner Darstellung wird mit guten Gründen das zuweilen selbst von sozialdemokratischer Seite, u. a. von Grillenberger, empfohlene Mittelpreisverfahren verworfen, da es nur die Unternehmer auf Kosten der Allgemeinheit bereichere, und die hohe Bedeutung der leider in Deutschland von allen Ländern am wenigsten häufig adoptierten Klausel der gebührenden Löhne hervorgehoben. Das zweite Mittel, durch das die Stadtverwaltung soziale Arbeit leisten kann, ist der Ausbau der sozialen Gesetzgebung, der Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung, der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, der Gewerbegerichte und des Bauarbeiterschutzes durch ortsstatuarische Regelung. Hier sind die Forderungen der sozialdemokratischen Partei im allgemeinen einheitlich, so dass der Verfasser hier mehr die Aufgabe hat, auf übersehene Möglichkeiten, z. B. die der Herabsetzung der Gebühren bei den Gewerbegerichten, hinzuweisen. Grosse Meinungsverschiedenheiten dürften hingegen auf dem dritten der hierher gehörigen Gebiete, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestehen. Der Verfasser wendet sich mit der allergrössten Schärfe gegen die paritätischen Arbeitsnachweise, die nach seiner Ansicht, da die gleich zahlreichen Arbeitnehmer und -geber-Beisitzer sich gegenseitig aufheben, alle Entscheidungen in die Hände des unparteiischen — meist arbeiterfeindlichen — Vorsitzenden legen und zur Allmacht der Bürokratie führen. Auch von einer Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde, deren Voraussetzung übrigens der paritätische Nachweis wäre, kann Lindemann sich nichts versprechen. Er glaubt, dass sie besonders bei Streiks und Aussperrungen, bei der Forderung der Annahme jeder gebotenen Arbeit mit den Tendenzen der Gewerkschaftsbewegung in Widerspruch kommen müsse, und wirksamer durch Zuschüsse der Gemeinden an die Arbeitslosenversicherungskassen der Arbeiterorganisationen ersetzt werden könne. Diese Kassen müssten dann gesondert von den übrigen Mitteln der Gewerkschaften verwaltet werden. (System Dijon). Aber der ganzen Idee der Arbeitslosenversicherung steht der Autor recht skeptisch gegenüber; er zieht ihr Notstandarbeiten und besonders die durch die Gewerkschaften erzwungene Arbeitsverkürzung weit vor. Trotzdem er sich aber bei der Ablehnung des städtischen Wirksamkeit auf diesem Gebiet von der Rücksicht auf die Gewerkschaften leiten lässt, dürfte vielleicht gerade aus diesen Kreisen seiner Auffassung widersprochen werden.

Um so freudigere allgemeine Zustimmung dürfte des Verfassers warmes Eintreten für das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter und die Arbeiterausschüsse bei der Arbeiterschaft finden. Nur mit Hilfe dieser Organe können die Gemeindearbeiter ihre in der »Speziellen Arbeiterpolitik« begründeten und dargelegten Forderungen auf Regelung des Lohns und der Arbeitszeit, sowie auf Ständigkeit der Beschäftigung und genügende Versicherung vertreten.

Ueberblickt man aber, wie wenig die Städte hier selbst den bescheidensten Ansprüchen genügt haben, wie auch in der allgemeinen Arbeiterpolitik stets die Rücksicht auf den Unternehmer überwog, so wird man dem Verfasser zustimmen müssen, wenn er sagt, dass er nur »von Ansätzen und Versuchen, von Keimen und jungen Trieben, die sorgfältigster Hütung bedürften«, zu berichten habe, dass ihm selten Fertiges, Vollendetes begegnet sei. Erst wenn die zum Bewusstsein ihrer Klasse erwachte Arbeiterschaft an Kraft und Einfluss genügend erstarkt sein werde, könne aus dem Kampf sich die zukünftige Ordnung entringen.

E. H.

Ostwald, Hans: **Unsere armen Wandernden — und wie sie unterstützt werden.** (Sozialer Fortschritt Heft 5.) Leipzig 1904, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis: 15 Pf.

Eine knapp gefasste Uebersicht der Entwickelung des Unterstützungswesens hinsichtlich der auf Wanderschaft begriffenen oder ihr verfallenen ärmeren Bevölkerung. Der Verfasser, der auf diesem Gebiet eine nennenswerte Sachkenntnis erworben hat, plädiert am Schluss für eine Zusammenfassung der besseren staatlichen beziehungsweise kommunalen und provinzialen Veranstaltungen auf diesem Gebiete mit den selbsthilflerischen Einrichtungen der organisierten Arbeiter, und für Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Pflegestationen und Arbeitskolonien.

Otto, Berthold: **Lehrgang der Zukunftsschule** nach psychologischen Experimenten für Eltern, Erzieher und Lehrer dargestellt. Leipzig 1904, K. G. Th. Scheffer. 219 S. Preis: 4 Mark.

Das Schulwesen überhaupt und besonders die Zukunftsschule ist für den Sozialismus von ebenso grosser Bedeutung, wie etwa das Recht der Zukunft, ja die Erwerbsweise der Zukunft selbst. Der sog. utopistische Sozialismus, der von einem starken schöpferisch gestaltenden Trieb getragen war, wendete dem Unterricht und speziell dem Recht auf Bildung dieselbe Aufmerksamkeit zu, wie dem Recht auf Arbeit. Auch die positiv-idealistische Strömung im Sozialismus, die organisch aus dem Boden des kritischen Revisionismus herauswächst, hat die Pflicht und Schuldigkeit, ihr Interesse dem Erziehungsproblem zuzuwenden. Demgemäss ist es sehr angebracht, die neuzeitlichen pädagogischen Publikationen, die auf allgemeine Beachtung Anspruch erheben, den Lesern der »Dokumente« näher zu bringen.

Diesmal zeige ich eine Schrift an, deren Ziel es ist, das Wesen des sog. natürlichen Unterrichts klarzulegen. Der Verfasser bezeichnet sich selbst in der Psychologie als Schüler des Sprachphilosophen und Völkerpsychologen Steinthal und in der Pädagogik als Jünger Paulsens. Was er aber in seiner gemeinverständlichen, im besten Sinne populären Arbeit geleistet, geht weit über die Absichten der genannten Theoretiker hinaus. Den zwei Abschnitten, die über den Anschauungs-, Sprach- und Sprechunterricht handeln, gesellt sich noch ein Kapitel zu über die »Weltauffassung des Lehrganges« bezw. über die das Weltbild konstituierenden Begriffe, die den Lehrgang sozusagen zu krönen haben. Der Verfasser verspricht noch einen zweiten Teil, wo u. a. unternommen werden soll, »die Einrichtungen anzudeuten, innerhalb deren der Lehrgang auch an öffentlichen Schulen brauchbar sein würden; es wird ferner — sagt der Verfasser —»unternommen werden, der von uns erstrebten Schule ihren Platz in der Volkswirtschaft sowohl wie in dem geistigen Gesamtleben des Volkes zu sichern«. (S. 217.)

Der ganze vorliegende Versuch ist vom Gedanken getragen, den Unterricht vom zeitgenössischen utilitaristisch-tendenziösen Geiste und so das Kind überhaupt von jeder Gewaltherrschaft zu befreien. *Brand.*

Rüdiger-Miltenberg, A.: **Der gerechte Lohn.** Ein neuer Versuch und Vorschlag zur Lösung der sozialen Frage. Berlin 1904, Bibliographisches Institut für Versicherungswissenschaft. 120 S. 8°.

Der Verfasser will das Problem des gerechten Lohns durch das Mittel einer Einrichtung lösen, die er »Arbeitsgemeinschaft« nennt und die eine Art Vorbild in der Arbeiter-Teilhaberschaft — Labour Copartnership — hat, wie sie bei einer Anzahl englischer Wirtschafts-Genossenschaften ausgebildet ist. Die Arbeiter der einzelnen Betriebe sollen korporative Einheiten bilden mit Ausschüssen als Vertretern und sollen nach einem bestimmten Prinzip am Gewinn des Unternehmens beteiligt werden. Weiter sollen die Arbeiterschaften der verschiedenen Produktionszweige sich zu Arbeiter-Gewerkverbänden verbinden, deren Mittelpunkt und Spitze ein Zentralverband bildet, und die eine wesentlich andere und höhere Bedeutung erhalten, das heisst weitergehende Aufgaben erfüllen sollen, als die heutigen Gewerkschaften. Je nachdem würden dann die Arbeitergemeinschaften sich zu Arbeiter-Produktivgenossenschaften fortbilden. Auf diese Weise soll der Zwist aus der Beziehung von Kapital und Arbeit verbannt, sollen Streiks — »die niemals den Arbeitern dauernden Vorteil gebracht haben« — und Aussperrungen unmöglich gemacht und eine Interessengemeinschaft hergestellt werden, vermöge deren erst eine ganze Reihe von Kulturaufgaben befriedigend ausgeführt und die Arbeiter in die Lage eines Mittelstandes gebracht werden können. Dies der Kern der Lösungsvorschläge des Verfassers.

Die Arbeiter-Teilhaberschaften in England sind fast durchweg ein Gewächs auf dem Stamm der Genossenschaftsbewegung, und zwar lehnen sie sich entweder direkt oder mittelbar an die Arbeiterkonsumvereinsbewegung an, haben sie diese zur wirtschaftlichen Voraussetzung. Als zweite Voraussetzung haben sie die Gewerkschaftsbewegung, ohne deren Normal (»Standard«-) Lohntarife

die Gewinnbeteiligung in der Luft schweben, bald eine grobe Täuschung, bald Gegenstand unablässigen Haders und Misstrauens sein würde. Ihre Ausbreitung geht trotz der sehr eifrigen Propaganda, die seit langen Jahren für sie entfaltet wird, ungemein langsam vor sich; es sind nur eine ganz beschränkte Anzahl Geschäfte, von denen man sagen kann, dass sie sich in ihnen wirklich bewährt habe. Nur ein einziges grosskapitalistisches Unternehmen, die Süd-Londoner Gasgesellschaft, hat bisher etwas dem Vorschlag des Verfassers Aehnliches durchgeführt, und dies, wie offen zugegeben wird, im Kampf gegen die Gewerkschaft der in Frage kommenden Arbeiter. Ausserdem ist diese Gesellschaft kein Geschäft, das konkurrierend für den offenen Markt arbeitet, sondern eine Anstalt, die auf Grund eines Konzessionsvertrages über eine ihr zugewiesene feste Kundschaft verfügt, die ihr Gas, sofern sie solches überhaupt zu kaufen wünscht, von ihr beziehen muss, ob sie will oder nicht. Soweit also das System sich bei diesem Unternehmen bewährt hat, kann daraus noch kein Schluss für diejenigen Geschäfte gezogen werden, die auf dem grossen Markt konkurrierend auftreten. Nicht der Markt, sondern ein eigenartiger Vertrag mit der Verwaltung Londons reguliert bei ihr den Preis des Gases, und so sind auch für die Lohnregulierung Voraussetzungen gegeben, die für andere Geschäfte nicht bestehen. Auch wirkt die Union der Gasarbeiter schon durch ihre blosse Existenz auf den Lohnsatz der Arbeiter des Unternehmens mitbestimmend ein.

All das hat der Verfasser des vorliegenden Buches nicht genügend überdacht oder berücksichtigt. Man wird ihm ohne weiteres darin beistimmen müssen, dass die heutige Stellung des Arbeiters im Unternehmen nicht das letzte Wort der Entwickelung, dass die Lohnform einer höheren Ausbildung fähig ist. Aber es heisst das Wesen der heutigen Produktion und die Probleme des Arbeitslohns arg verkennen, wenn er glaubt, durch eine ausgesonnene Rechtsform diese Weiterbildung in der Weise bewirken zu können, dass das neue Institut kurzerhand die heute wirkenden, aus den Kämpfen und Bedürfnissen der Beteiligten herausgewachsenen Organisationen beiseite schieben, über sie hinweg an ihre Stelle treten und nun mit einem Mal neue Prinzipien verwirklichen werde. Indem er die wirklich vorhandenen und wirkenden Organisationen ignoriert, stempelt er seinen Vorschlag zur Utopie. Wer weiterbilden will, muss die gegebenen Kräfte genau werten, und wie weit der Verfasser davon noch entfernt ist, zeigt seine Bemerkung, dass Streiks den Arbeitern »noch nie dauernden Vorteil gebracht haben«. Tatsächlich haben Streiks und die ihnen verwandten Gewerkschaftsaktionen der Arbeiterschaft mindestens das Hundertfache an Arbeitszeitverkürzungen und Lohnverbesserungen eingetragen, als alle Gewinnbeteiligungen und Teilhaberschaften zusammengenommen. Wir geben dies dem Verfasser zu bedenken, dessen Schrift in anderer Hinsicht, und namentlich, was die Kritik des heutigen Lohnverhältnisses betrifft, alle Anerkennung verdient und im Ton sehr sympathisch berührt.

Schmitt, Dr. Eugen Heinrich: **Der Idealstaat.** Kulturprobleme der Gegenwart. Herausgegeben von Leo Berg. Bd. VIII. Berlin 1904, Verlag von Johannes Räde. 227 S. Preis: br. 2,50 Mark, geb. 3 Mark.

Der Verfasser, der auf dem Boden der sog. gnostischen Weltanschauung (d. h. einer Art intellektuellen Schauens) steht, gibt hier in populärer Form eine knappe geschichtlich-kritische Darstellung von Systemen verschiedener Kulturgestalter kommunistischer, frei- und staatssozialistischer, humanistisch-liberaler, anarchistischer und bodenreformatorischer Observanz. Die soziale Frage ist in seinen Augen in ihren letzten Grundlagen eine Frage der Weltanschauung. »Die Bedeutung dieses Satzes« — schreibt Schmitt — »haben alle diejenigen erfasst, die in irgend einer Form ein drittes Reich, eine dritte Kulturepoche der Menschheit prophezeien, von Joachim de Floris an bis in unsere Tage«. (S. 225.) Denn nur mit der Umwälzung der allgemeinen Weltanschauung, d. h. hier der Erkenntnisweisen und -Methoden geht auch Hand in Hand die Kulturgestaltung vor sich — argumentiert der Verfasser, wie man sieht, ganz im Geiste des soziologischen Intellektualismus eines Buckle oder Comte. Dies sei der Fall, »weil die Theorie, die Erkenntnis den Menschen zum

Menschen macht und ihre fortschreitenden Phasen erst menschliche Produktion und menschliche Gesellschaft überhaupt ermöglichen« (S. 13), wenn auch andererseits der Rückwirkung praktischer Lebensverhältnisse auf die innere Ausgestaltung der Weltanschauung Rechnung getragen werden muss. Der Verfasser rühmt sich sogar, diese Wirkung in seinem grösseren Werke »Die Gnosis« ausführlicher untersucht zu haben »als irgend ein Marxist«. (Der Schreiber dieser Zeilen gehört wohl zu den wenigen, die das erwähnte, mit kaltem Enthusiasmus geschriebene Buch kennt, und trotzdem vermag er nicht, der gepriesenen Leistung des Verfassers Anerkennung zu zollen. Die soziologische und speziell sozial-psychologische Bearbeitung der Weltanschauungen wartet noch immer auf ihren Kopernikus.)

Vom Standpunkte des soziologischen Intellektualismus unterzieht Schmitt den Marxismus einer Kritik. Was er hier ausführt, ist schon vielfach und auch schärfer gesagt worden. Wie Dühring, A. Menger, L. Stein, Stammler, Fr. Oppenheimer sieht auch Schmitt den Werdegang der sozialwirtschaftlichen Kultur durch die Brille des rechtlichen Problems. Nur gehört er zu der Gruppe, die mehr mechanisch das Wachstum des Rechtsbewusstseins sich vorstellt und es pessimistisch beurteilt. Die Auffassung der feudalen und bürgerlichen Rechte als Vergewaltigungsmittel stimmt den Verfasser auch pessimistisch bezüglich der Rechtsperspektiven unserer Zeit. Sollte die Kultur in den alten Entwickelungsgeleisen fortfahren, so würden »die grossen Geldoligarchen, wie dies schon das Beispiel des heutigen Nordamerika zeigt, nicht vereinzelt und isoliert bleiben, sondern mit einem mächtigen Gefolge auftreten, um sich die Klasse zu schaffen, die ihrem Interesse dienstbar ist, wie dies Könige und Päpste getan haben. Sie würden das um so leichter tun, weil die modernen Verkehrsmittel, ebenso wie die Massenorganisationen und Kasernierung der Arbeiter ihnen die unmittelbarste Kontrolle über jede Regung selbst an den entferntesten Punkten erlauben und die alte Verschwörungstaktik unmöglich machen, während die moderne Waffentechnik nicht bloss die Bändigung von riesigen Massen durch eine verhältnismässig geringe Zahl von Bewaffneten ermöglicht, sondern die alte Barrikadentaktik überhaupt technisch unmöglich gemacht hat«. (S. 191.) —

Nur acht Seiten, die die Ueberschrift tragen »Die Kulturunfähigkeit des Materialismus«, haben vollständig meine Zustimmung gefunden; allerdings nicht der Neuheit der darin enthaltenen Gedanken wegen, sondern ihrer Richtigkeit halber verdienen sie alle Beachtung. Der Verfasser versucht hier den kulturellen Wert und Unwert des Materialismus wie folgt zu erfassen: »Die materialistische Periode war in der Geschichte immer eine Periode des Verfalles irgend einer herrschenden Form der Kultur. Dem Materialismus, der mit der Auflösung der Bilderhülle der jeweiligen Universalanschauungen, der Religion, den Menschen formell auf nackte sinnliche Wirklichkeit zurückführt, das heisst prinzipiell auf das Niveau der Tierheit, fehlt damit jede Fähigkeit, in positiver Weise kulturgestaltend zu wirken. Er vollbringt eine wertvolle kulturelle Arbeit, indem er den Schutt der Vergangenheit wegräumt. . . Aber er hat nur diese negative Bedeutung, und es ist, wie wir aus allen Experimenten mit Gesellschaften, die auf rein wirtschaftlicher Grundlage stehen, sehen können, ganz unmöglich, auf solcher Grundlage dauernde soziale Gestaltungen zu schaffen.« (S. 192 f.) —

Es sei noch auf eine Kleinigkeit hingewiesen. Der Verfasser bezeichnet fälschlicherweise Bakunin als Fürsten. Aehnliche Fehler kommen bei westeuropäischen Schriftstellern sehr häufig vor. Im Grunde aber scheint in keinem Lande der Welt die Literatur so sehr von der deklassierten Intelligenz beherrscht zu sein, wie dies gerade in Russland der Fall ist. *Brand.*

Schüssler, Hugo: **Die praktische Lösung der sozialen Frage.** Frankfurt a. M. 1903, Verlag von Ph. W. Düssel. Preis: 1 Mark.

Der Verfasser, der seit langen Jahren im städtischen Kommunaldienste steht und zwar als Stadtrat in Köpenick bei Berlin, zeigt sich in seiner Broschüre als bürgerlicher Sozialist. Er sieht die Unmöglichkeit der heutigen Wirtschaftsordnung und empfindet als die Haupturheber unserer sozialen Not: Arbeitslosigkeit, bedingt durch die Fortschritte der Technik; Grosskapitalismus

und Zinsfuss; übermässig gesteigerter Aussenhandel; endlich die Goldwährung bezw. die Metallwährung überhaupt. Diese Momente im einzelnen zu erörtern, würde zu weit führen. Es interessiert uns vielmehr hier die Lösung, die Schüssler den Problemen gibt.

Schüssler sucht den Privatgrosskapitalismus dadurch zu vernichten, dass er den nationalen Staat zum einzigen Kapitalisten, Monopolisten und Unternehmer macht. Doch soll nicht der Staat als solcher alles Kapital in der Hand haben; es wirtschaften ausser ihm als grosse Wirtschafts- und Produktionsgenossenschaften die politischen Gemeinschaften: Provinzen, Kreise, Kommunen. In ihrem Dienste müssen sich der vorhandene Boden, das Kapital und die geleistete Arbeit befinden. Um den Boden mit allen seinen Produktionsmitteln in die Hand zu bekommen, müssen die neuen Wirtschaftsvereinigungen nicht nur Grund und Boden selbst in grösstem Umfange monopolisieren, sondern sie müssen auch Fabriken, Bergwerke, Wohnhäuser, Sparkassen etc. vergesellschaften. Ist dies geschehen, so steht die geleistete Arbeit ohnehin organisch in ihrem Dienste. Zu solcher allgemeinen Monopolisierung, zu dieser Ueberführung des bisherigen Privatbesitze in die Hände der Oeffentlichkeit, bedarf es selbstverständlich ungeheurer Kapitalien.

Es wäre nun ein zweckwidriges Beginnen, wollten sich die Wirtschaftsgemeinden oder der Staat durch internationale Anleihen in den Besitz der nötigen Gelder setzen. Durch die dauernde Zinszahlung würde eine billigere Produktion weit hinausgeschoben werden, ja es würde im Fall eines Misslingens der Bankerott vieler dieser Produktionsgenossenschaften in Aussicht stehen. Das Ankaufskapital muss daher auf anderem Wege beschafft werden. Schüssler schlägt deshalb vor, die Papierwährung einzuführen und zwar Papiergeld auszugeben in Höhe des Wertes der vorhandenen oder zu monopolisierenden staatlichen (bezw. provinziellen, kommunalen) Güter. Die deutsche Reichsbank wird zu dem Behufe verstaatlicht; sie enthält das alleinige Recht der Banknotenausgabe und zugleich das Recht, an alle Gemeinden, Kreise und Provinzen zum Zwecke der Monopolisierung zinsfreies Kapital zu verleihen, das ihr in gewisser Zeit zurückgezahlt werden muss. So könnten die Wirtschaftsvereinigungen, durch keinerlei Zinsleistungen beschwert, nach begonnener Monopolisierung sofort mit der billigeren Produktion beginnen und damit den Anfang zu einer allgemeinen Wohlfahrtssteigerung machen. Hiermit würden selbstverständlich allgemeine soziale Verbesserungen, z. B. in den Löhnen der Arbeiter und Beamten, sowie ein Vermögensausgleich überhaupt Hand in Hand gehen. Doch bleiben von diesen Veränderungen die übrigen Verhältnisse des Staates, z. B. Monarchie und Militarismus, sowie das Verhältnis der Staaten untereinander unberührt.

Ich unterlasse eine Kritik der Einzelheiten der in manchen Punkten beherzigenswerten Schrift. Sie sucht mit dem Sozialismus auch einen gewissen Individualismus zu verbinden und ihm seine Existenz zu sichern.

Aehnliche Gedankengänge, wie der hier vorgetragene, finden — das sei zum Schluss noch bemerkt — in parteilosen bürgerlichen Blättern mehr und mehr Anklang. Man steht hier dem Sozialismus — wohlbemerkt: dem bürgerlichen — nicht mehr so fremd gegenüber, wie früher. Im Fahrwasser ähnlicher Anschauungen bewegt sich jetzt auch der alte Bodenreformer Michael Flürscheim. Um den Schüsslerschen Forderungen aber auch noch weiterhin Gehör zu verschaffen, hat sich eine »Soziale Vereinigung« gebildet Zentrale: Frankfurt a. M., Bülowstr. 6), die demnächst mit einer eigenen Zeitschrift vor der Oeffentlichkeit treten will. f—l.

Sozialdemokratische Agitationsbibliothek. Zeitbilder aus dem Klassenstaat: I. **Prinz Arenberg und die Arenberge.** Berlin 1904, Buchhandlung Vorwärts. 47 S. 8°. Preis: 20 Pf. — II. **Der Zukunftsstaat der Junker.** Manteuffeleien gegen die Sozialdemokratie im preussischen Herrenhaus am 11. und 13. Mai 1904. Mit Einleitung und Anmerkungen von Kurt Eisner. Berlin 1904, Buchhandlung Vorwärts. 48 S. 8°. Preis: 20 Pf.

Von diesen Broschüren behandelt die erste den Fall des Prinzen Prosper Arenberg, der wegen bestialischen Mordes, begangen in Südwestafrika an

einem schwarzen Polizisten, erst zum Tode verurteilt worden war, dann zu 15jähriger Zuchthausstrafe begnadigt und schliesslich im Wiederaufnahmeverfahren für geisteskrank erklärt und in eine Heilanstalt überführt wurde. Der Verfasser beleuchtet scharf und doch wieder mit objektiver Sachlichkeit die skandalösen Einzelheiten dieses Falles, deren schlimmste die ist, dass der von Jugend auf verbrecherisch veranlagte Prinz es überhaupt zu einer verantwortlichen Stellung in der Armee bringen konnte, und zeigt, dass es sich da nicht um ein vereinzelt dastehendes Vorkommnis, sondern um einen in seinen Hauptzügen typischen, aus einem System erwachsenen Vorfall handelt, um eine Frucht der Sonderstellung des Adels in Preussen und insbesondere des Junkerprivilegs in der preussischen Armee. Dieses System und die mit ihm verbundenen Rechtsungleichheiten werden in der Schrift bitter gegeisselt, unter Vorführung vieler Tatsachen, die zusammengestellt zu haben ein besonderes Verdienst des wirksam geschriebenen Pamphlets ist.

Der Inhalt der zweiten Schrift ist im Titel deutlich angezeigt. Es handelt sich um Reden gegen die Sozialdemokratie, welche im preussischen Herrenhaus am 11. und 13. Mai 1904 vom Freiherrn von Manteuffel und anderen Mitgliedern des preussischen Junkertums gehalten wurden und sämtlich in dem dringenden Ruf nach Beseitigung des Reichstagswahlrechts gipfelten. Der Verfasser bringt die markanten Stellen all dieser Reden, sowie auch der Reden der Regierungsvertreter und einiger Gegner der Junkerpolitik und kommentiert die reaktionären Ausbrüche der einen und die Schwäche der Abwehr der anderen mit ätzendem Sarkasmus.

Zimmer, Oskar: **Der Sozialist von Nazareth.** Eine Lebensgeschichte Jesu nach neuester Forschung, verbunden mit einer Kritik des Straussschen Standpunktes und der diesbezüglichen sozialistischen Parteischriften. Zweite Auflage. Berlin 1903, Verlag von Oskar Zimmer. 48 S. Preis: 75 Pf.

Von den Tugenden, die die alten Griechen predigten, ist es die des Maasses, die manchem Schriftsteller von heute not tut. Auch der Verfasser der vorliegenden Broschüre hat sich gegen diese Tugend versündigt. Schon im Vorwort stossen wir auf Sätze, hinsichtlich deren dies zutrifft, und besonders die Ueberschrift des 1. Teils (»Von Strauss bis Losinsky«!!) verrät den Mangel des Verfassers in Bezug auf literarisch-künstlerischen Takt. Sonst ist das Buch eine geschickte Kompilation, in der der Beweis geführt wird: 1. dass Christus eine historische Person ist, 2. dass seine Wunder poetische Bilder sind, 3. dass er sozialistische Tendenzen predigte, 4. dass sein Gottesglaube Pantheismus war. Dabei ergeht sich der Verfasser in Prophezeiungen, wie die: Lebte Jesus unter uns, so würde er nicht vom »Wert der Menschenseele«, sondern vielleicht von der »Unvergänglichkeit der Materie« und vom »Menschenrecht« reden. Dann hätten wir aber, Herr Zimmer, keinen historischen Jesus mehr vor uns, sondern eine wohlbekannte Figur aus dem 18. Jahrhundert.

Brand.

2. In französischer Sprache.

Bertrand, Louis: **Les Elections du 29. Mai.** Envisagées au point de vue socialiste. Bruxelles, Juni 1904, Librairie Dechenne & Cie. 16 S. 8°.

Der Verfasser, der wohl von den führenden Mitgliedern der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei am längsten in der Arbeiterbewegung steht und selbst aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist, erörtert in dieser Abhandlung, die zuerst im sozialistischen »Avenir social« erschienen ist, die Tragweite und Ursachen des Misserfolges der belgischen Sozialisten bei den am 29. Mai 1904 stattgehabten Kammerwahlen. Dieser Misserfolg, der sich ziffernmässig darin ausdrückt, dass die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen von 303 633 auf 297 499 zurückging und die sozialistische Partei in der Kammer

um 6 Mandate geschwächt wurde, ist nach dem Verfasser auf eine ganze Reihe zusammenwirkender Ursachen zurückzuführen. Als solche führt er auf:

1. In verschiedenen Wahlkreisen sei bei der Aufstellung der sozialistischen Kandidaten nicht streng nach demokratischen Grundsätzen innerhalb der Organisationen abgestimmt worden, was viel Missstimmung hervorgerufen und Sonderkandidaturen gefördert habe, die der Partei Stimmen entzogen. In derselben Richtung hätten unsinnige gegenseitige Anschwärzungen innerhalb der Partei gewirkt;

2. die sozialistische Lokalpresse sei vielfach noch sehr mangelhaft, und dies gerade auch unter dem sozialistischen Gesichtspunkt;

3. die sozialistische Partei habe damit einen Fehler gemacht, dass sie verschiedene, von der Regierung eingeführte sozialpolitische Gesetze als »Fassaden-Gesetze« behandelt habe. Dies gelte namentlich von den Gesetzen über die Invalidenkassen. Während die Sozialisten über die Winzigkeit der Staatszuschüsse spotteten, hätten die Klerikalen Kassen über Kassen gegründet und so Tausende von Arbeitern für sich einorganisiert. Auch Liberale hätten die Pensionsfrage geschickter ausgenutzt, wie die Sozialisten;

4. während die liberale Partei sich organisierte und demokratisierte, hätten die Sozialisten dadurch ihr noch bei den Wählern genutzt, dass sie der Meinung Vorschub leisteten, die Liberalen seien die einzige Partei, die in absehbarer Zeit das klerikale Ministerium beiseite schieben könnten.

Mit grosser Entschiedenheit bekämpft Bertrand die Anschauung als falsch und schädlich, dass die Sozialisten unter keinen Umständen an einem nicht ausschliesslich sozialistischen Ministerium teilzunehmen hätten. Das Festhalten an diesem intransigenten Standpunkt werde nur den Gegnern des Sozialismus zu gute kommen und viele von den Sozialisten erstrebte Gesetzesänderungen aufschieben. Es sei ein Vorurteil, dass man nicht in der Monarchie an der Regierung teilnehmen dürfe. Nicht die Sozialisten, der König würde in Verlegenheit kommen, wenn eines Tages ein radikalliberal-sozialistisches Koalitionsministerium Wahrheit würde.

Mit einem Appell, die berührten Fehler abzustellen und die Taktik der Partei in Widererwägung zu ziehen, schliesst die Broschüre, die einer Auffassung Ausdruck gibt, welche noch mehrere Führer der belgischen Sozialdemokratie teilen, die aber auch in anderen Führern, wie z. B. Vandervelde, sehr entschiedene Gegner findet.

Dresch, J., Docteur es-lettres: **Gutzkow et la Jeune Allemagne.** Paris 1904, Société Nouvelle de Librairie et d'Edition. VIII u. 483 S. 8°. Preis: 3 Fr. 50 Cts.

Eine fleissige Monographie, die mit vielem Verständnis in Verbindung mit der Biographie Gutzkows die Entwickelungsgeschichte und das Wesen der Bewegung behandelt, die man als das junge Deutschland kennt. Der Verfasser zeigt sich sehr belesen und referiert mit grosser Unparteilichkeit, so dass sein Buch sogar den Charakter der Farblosigkeit erhält; es hascht nirgends nach Originalität, hält sich frei von Geistreichelei, ist aber nicht von dem Vorwurf der Trockenheit freizusprechen. Es ist mehr die Arbeit eines Philologen, als die eines Literarhistorikers. Leute, die nach der Schablone gehen, würden sagen, mehr die Arbeit eines Deutschen als die eines Franzosen. Aber die Zeiten sind vorbei, wo der deutsche Literat den schillernden Glanz verschmähte; heute haben wir nur zu viel des Pompösen in Deutschland. Da lässt man sich lieber ein bisschen Trockenheit gefallen, wenn sie mit einer so ehrlichen Berichterstattung verbunden ist, wie in der vorliegenden Arbeit.

Renard, Georges: **Paroles d'Avenir.** Bibliothèque Socialiste No. 25. Paris 1904, Société Nouvelle de Librairie et d'Edition. 101 S. Preis: 50 Cts.

In Form von Briefen sucht der bekannte Verfasser den jungen Mann, der noch an der Eingangspforte des Lebens steht, in die negativen und positiven

Tendenzen der sozialistischen Lehre hineinzuführen. Die Aufgabe des Sozialismus sieht Renard in einer durchgreifenden Reform der Sitten, Gesetzgebung, der Moral, der Institutionen, der Künste und der allgemeinen Geistesrichtung überhaupt. Das Ganze ist — erfreulicherweise möchte ich sagen — vom sozialen Pantheismus durchdrungen, der in den bekannten Satz eingekleidet ist: »Les aut res, c'est nous«. — Die Broschüre besteht aus einem kleinen Vorwort, das seinerzeit in der »Revue du Peuple«, und einer Reihe von Briefen, die in den »Annales de la jeunesse laïque« zum Abdruck gelangten. Dieser Umstand erklärt auch den volkstümlich feinen Ton der Episteln. *Brand.*

3. In englischer Sprache.

Ensor, R. C. K.: **Modern Socialism.** As set forth by Socialists in their speeches, writings and programmes. With an introduction. London and New York 1904, Harper & Brothers. 388 S. 8°.

Wie der Titel anzeigt, eine Kompilation von Reden und Aufsätzen bekannter Sozialisten, von Stücken aus solchen Arbeiten und von sozialistischen Programmen. Es sind sehr interessante und charakteristische Arbeiten darunter, aber im ganzen lässt die Auswahl es an Systematik fehlen. Dies gilt namentlich in Bezug auf die nicht-englische Welt, hinsichtlich deren der Verfasser sich offenbar mehr von der Gunst des Zufalls hat leiten lassen, als von irgend welcher prüfenden Wahl. Das gilt nicht nur hinsichtlich der Personen, sondern mehr noch hinsichtlich der von ihnen gebrachten Stücke. Was weiss z. B. der ausländische Leser von den speziellen Anschauungen G. von Vollmars, wenn er weiter nichts von ihm zu lesen bekommt, als einen Vortrag, der die Sozialreform in Frankreich und Deutschland vergleicht? Eine solche Zusammenstellung sollte von dem Gedanken geleitet sein, stets das am meisten Typische und Charakteristische jedes Landes, jeder Strömung und jeder der gewählten Persönlichkeiten zu bringen.

Der Verfasser schickt seiner Sammlung eine längere Vorrede voraus, in der er die sozialistische Bewegung in den verschiedenen Ländern durchgeht. Hier zeigt er sich im ganzen ziemlich gut orientiert. Sehr pessimistisch äussert er sich über die Aussichten der sozialistischen Bewegung Englands. »Millionen von Wählern in den grösseren britischen Städten haben einen Grad persönlicher Entartung in physischer, geistiger und moralischer Hinsicht erreicht, für die kein Land des Festlandes eine auch nur annähernd zu vergleichende Parallele liefert. Die Zeit vermehrt diese Millionen stetig, und für den englischen Sozialismus ist dies daher ein Wettrennen gegen die Zeit, bei dem er wenig Wahrscheinlichkeit hat, zu gewinnen.« (S. XXXVII.) Darin liegt sehr viel Uebertreibung, es sind sehr komplexe Ursachen, die den langsamen Gang der sozialistischen Bewegung in England zur Folge haben.

Report of Proceedings of the 23rd Annual Convention of the American **Federation of Labor,** held at Boston, Massachusetts, November 9th to 23rd, 1903. Washington, Selbstverlag der A. F. of L.

Die Verhandlungen dieses Kongresses sind insbesondere deshalb von Interesse, weil auf ihm die ablehnende Stellung der führenden Gewerkschafter der Vereinigten Staaten gegenüber dem Sozialismus zum Ausdruck kam. Es waren von verschiedenen Delegierten zehn Resolutionen eingebracht worden, welche sich für die Notwendigkeit einheitlicher politischer Aktion der amerikanischen Arbeiterklasse aussprachen; sie stimmten in ihren Grundsätzen mit der folgenden, vom Delegierten Kreft aus Philadelphia vorgelegten Resolution überein; diese lautet:

»In der Erwägung, dass die Tendenz zur Benutzung der politischen Macht des Staates und der Nation, welche in der Verwaltung und Rechtspflege verkörpert ist, zum Zweck der Unterdrückung der Arbeiter im Kampf um ihre legitimen Ansprüche wächst,

in der weiteren Erwägung, dass die jüngsten Gerichtsentscheidungen, durch welche individuelle Mitglieder nicht inkorporierter Arbeitervereine ersatzpflichtig erklärt werden für Schäden, die infolge von Streiks und Boykotts entstanden, die Tendenz haben, die Waffen des ökonomischen Kampfes unwirksam zu machen, und

in der endlichen Erwägung, dass die jüngsten Uebergriffe der militärischen Behörden gegen streikende Arbeiter in Colorado — die vom Governor dieses Staates gefördert wurden — beweisen, dass selbst die Staatsgrundgesetze das Eintreten der Exekutivgewalt im Interesse des Kapitals und gegen die Arbeiter nicht verhindern, wird

beschlossen, dass wir den Mitgliedern der American Federation of Labor empfehlen, bei den Wahlen nur solche Kandidaten für öffentliche Aemter zu unterstützen, welche wirklich und wahrhaftig die Interessen der Lohnarbeiter vertreten und die in ihrem Programm für den Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit beanspruchen.«

Das Komitee zur Beratung der Resolutionen beantragte in der Nachmittagssitzung des achten Verhandlungstages, die genannten, auf die politische Betätigung Bezug habenden Anträge abzulehnen; dieses Vorgehen gab zu heftigen Protestkundgebungen der sozialistisch gesinnten Delegierten und namentlich auch der Konventionsgäste, die sich auf den Galerien des Verhandlungssaales befanden, Anlass; die letzteren wurden auf Anordnung des Vorsitzenden zeitweise aus dem Saale entfernt.

In dieser und den zwei folgenden Sitzungen wurde die Diskussion über den Sozialismus auf beiden Seiten mit grosser Heftigkeit geführt. Der bedeutendste Redner unter den sozialistischen Delegierten war der Schriftsetzer Max S. Hayes, der es vortrefflich verstand, die Konvention auf die Gegensätze zwischen den Bestrebungen der ausschliesslich von bürgerlichen Abgeordneten beherrschten gesetzgebenden Körperschaften der Vereinigten Staaten und den Interessen der Arbeiterklasse hinzuweisen und die Notwendigkeit unabhängigen politischen Handelns der letzteren zu betonen.

Im Lauf der Verhandlungen fehlte es nicht an persönlichen Anfeindungen. Es muss hervorgehoben werden, dass die konservative Mehrheit der Konventionsdelegierten formell weniger gegen den Sozialismus als solchen, sondern gegen die Verwickelung der Trade Unions in politische Angelegenheiten überhaupt, Stellung nahm. Allerdings kam besonders in der Schlussrede des Verbandsführers Sam. Gompers dessen Abneigung gegen die Sozialisten und die sozialistische Lehre deutlich genug zum Ausdruck. Schliesslich wurden die auf die politische Tätigkeit Bezug habenden Anträge mit 11 282 gegen 2 147 Stimmen abgelehnt.

Persönliche Feindschaften zwischen einem grossen Teil der Gewerkschafter und den leitenden Personen des amerikanischen Sozialismus sind bisher die Hauptursache gewesen, weshalb es zu keiner Verständigung kam. Aber bereits die Verhandlungen der Bostoner Konvention haben gezeigt, dass die Zahl jener Leute auf beiden Seiten sich mehrt, welche diese Frage sachlich behandelt wissen wollen. *Fehlinger.*

4. In russischer Sprache.

Lenin, N.: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritt rückwärts (Ueber die Krise in unserer Partei). Genf 1904. 172 S. 8°. Preis: 2 Mark.

Martow, L.: Der Kampf gegen den „Belagerungszustand“ in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Genf 1904. 96 S. 8°. Preis: 1 Mk.

Die russische Sozialdemokratie erlebt wieder einmal eine ernste Krise. Vor etwa einem halben Jahre konnte man in sozialistischen Kreisen noch meinen, das die tiefen Wunden, welche Parteiführer vor etwa fünf Jahren der Parteiorganisation zugefügt hatten, geheilt wären und dass der Partei nunmehr eine Periode freudiger positiver Arbeit bevorstehe. Diese Hoffnung hat sich aber nicht erfüllt. Der mit grossem Bemühen zusammengerufene zweite

Parteitag hat, statt den Parteizwistigkeiten ein Ende zu bereiten, neue und noch grausamer als die früheren wirkende Differenzen hervorgerufen. Zwei organisatorische Tendenzen sind aufeinandergeplatzt, die eine mehr, die andere weniger zentralistisch. Nach den verschiedenenen Kundgebungen zu urteilen, ist die Mehrheit der Partei der ersteren Richtung zugeneigt. Ihr Führer ist N. Lenin, der Verfasser der ersten der oben genannten Schriften. Er beleuchtet in geradezu leidenschaftlicher Weise die Verhandlungen auf dem Parteitage und die Kämpfe nach demselben und kommt dabei zu dem Schluss, dass die letzteren ein Verzweiflungskampf der »opportunistischen« Minderheit gegen die »echt revolutionäre« Mehrheit darstellen. Inwiefern das zutrifft, mag die Tatsache erkennen lassen, dass die Führer der anderen Richtung G. Plechanow, P. Axelrod und Wera Sassulitsch sind, die bis jetzt die schärfsten Gegner des sogenannten »Revisionismus« waren.

Die hervorragendste Rolle auf der Seite der Antizentralisten spielt der den deutschen Lesern noch unbekannte L. Martow; er ist der Verfasser der zweiten Schrift, die eine Antwort auf Angriffe ist, welche Lenin in einer anderen Schrift erhoben hatte. *Roman —ow.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Sankt Max.

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner.

Neues Testament: „Ich."

1. Oekonomie des alten Bundes. (Fortsetzung.)

Vornotiz. Die ersten Blätter des nun folgenden Stückes tragen ganz oben von Marx' Hand die Auszeichnung »Bewusstsein«. Es ist anzunehmen, dass dies für eine spätere Einteilung des recht langen Abschnittes gemeint war, und jedenfalls rechtfertigt der Inhalt diesen Titel. Mit den durch Einfressen etc. herbeigeführten Lücken des Manuskriptes haben wir es wie folgt gehalten. Wo es ausser jedem Zweifel steht, welche Worte weggerissen oder weggefressen sind, d. h. wo gar kein anderes Wort hatte dastehen können, haben wir das Fehlende kurzerhand wieder in den Text eingefügt. Wo sich das Fehlende mit einiger Sicherheit erschliessen liess, haben wir es in eckigen Klammern beigesetzt. Wo aber die Zerstörungen so gross waren, dass solche Sicherheit nicht gegeben war, wo also entweder Zweifel darüber möglich waren, welches Wort fehlte, oder wo gleich halbe oder dreiviertel Zeilen hintereinander fehlten, da haben wir jeden Versuch einer Ergänzung unterlassen und die Lücken je nachdem durch eine grössere Anzahl Punkte markiert.

Im übrigen machen wir besonders auf den Schluss dieses Stücks aufmerksam. *Red. der Dok. des Soz.*

* * *

Bewusstsein.

Obgleich nun Sankt Max p. 420 sagt: »Ueber der Pforte unserer Zeit steht nicht....: Erkenne Dich selbst, sondern ein: Verwerte Dich (wo der Schulmeister wieder die wirkliche, von ihm vorgefundene Verwertung in das Moralgebot der Verwertung verwandelt) .... »Aber weil Egoismus, den Ihr Euch nicht gestehen wollt, unbewusster Egoismus, darum ist er nicht Egoismus, sondern Knechtschaft, Dienst, Selbstverleugnung. Ihr seid Egoisten und Ihr seid es nicht, indem Ihr den Egoismus verleugnet (p. 217).

»Kein Schaf, kein Hund bemüht sich, ein rechter Egoist zu werden«, (p. 443). »Kein Tier« ruft dem andern zu: erkennet Euch nur wieder, erkennt nur, was Ihr wirklich seid — »Eure Natur ist nun einmal eine« egoistische. »Ihr seid« egoistische Naturen, d. h. Egoisten. »Aber eben weil Ihr das bereits seid, braucht Ihr's nicht erst zu werden« (ibid.). Zu dem, was Ihr seid, gehört auch Euer Bewusstsein, und da Ihr Egoisten seid, so habt Ihr auch das Eurem Egoismus entsprechende Bewusstsein, also ist gar kein Grund vorhanden, der Stirnerschen Moralpredigt, in Euch zu gehen und Busse zu tun, die geringste Folge zu leisten.

Stirner exploitiert hier wieder .... alten philosophischen Witz, auf den wir später zurückkommen werden. Der Philosoph sagt nicht (?) direkt: Ihr seid keine Menschen. Ihr wart immer Menschen, aber Euch

fehlte das Bewusstsein von dem, was Ihr wart und eben darum seid Ihr auch in der Wirklichkeit keine wahren Menschen gewesen. Darum entsprach Eure Erscheinung Eurem Wesen nicht. Ihr wart Menschen und Ihr wart es nicht. Der Philosoph gesteht hier auf einem Umwege, dass einem bestimmten Bewusstsein auch bestimmte Menschen und bestimmte Umstände entsprechen. Aber er bildet sich zu gleicher Zeit ein, dass seine moralische Forderung an die Menschen, ihr Bewusstsein zu verändern, dies veränderte Bewusstsein zu Stande bringen werde, und er sieht in den, durch veränderte empirische Verhältnisse veränderten Menschen, die nun auch natürlich ein anderes Bewusstsein haben, nichts Anderes, als ein verändertes [Bewusstsein]. . . . d. h. Ihr seid wirklich Egoisten, soweit Ihr unbewusst seid, aber Ihr seid nicht Egoisten, soweit Ihr bewusst seid. Oder . . . . Euer Bewusstsein ist das Bewusstsein des Egoisten, wie er nicht sein soll, und zeigt daher, dass Ihr selbst Egoisten seid, wie sie nicht sein sollen — oder dass Ihr Andre sein sollt, als Ihr wirklich seid. Diese ganze Trennung des Bewusstseins von den ihm zu Grunde liegenden Individuen und ihren wirklichen Verhältnissen, diese Einbildung, der Egoist der heutigen Bourgeoisgesellschaft habe nicht das seinem Egoismus entsprechende Bewusstsein, ist nur eine alte Philosophenmarotte, die Jacques le bonhomme hier gläubig acceptiert und nachmacht. Bleiben wir bei Stirners »rührendem Beispiel« vom Habgierigen. Diesem Habgierigen, der nicht der Habgierige überhaupt, sondern der Habgierige »Hans oder Kunz«, ein ganz individuell bestimmter »einziger« Habgieriger, und dessen Habgier nicht die Kategorie »der Habgier« ist, (Sankt Maxens Abstraktion von seiner umfassenden, komplizierten, »einzigen« Lebensäusserung) und »nicht davon abhängt, wie Andre (z. B. Sankt Max) sie rubrizieren« — diesem Habgierigen will er vormoralisieren, dass er nicht sich befriedige, sondern eine seiner Begierden . . . . Er ist es, der aus den vielen Momenten, in denen ich immer der Augenblickliche bin, immer Ich selber, immer wirklich »Tag und Nacht« macht, wie nur Er die verschiedenen Momente meiner Lebensäusserung zu einem moralischen Urteil zusammenfasst und sagt, dass sie die Befriedigung der Habgier seien. Wenn Sankt Max das Urteil fällt, dass Ich nur Eine meiner Begierden befriedige, nicht Mich, so stellt er Mich als volles ganzes Wesen Mir gegenüber. Und worin besteht dies volle ganze Wesen? Eben nicht in Deinem augenblicklichen Wesen, nicht in dem, was Du augenblicklich bist« — also nach Sankt Max selbst in dem — heiligen Wesen (Wigand p. 171). Wenn »Stirner« sagt, dass Ich Mein Bewusstsein verändern müsse, so weiss ich meinerseits, dass Mein augenblickliches Bewusstsein auch zu Meinem augenblicklichen Sein gehört und Sankt Max, indem er mir dies Bewusstsein streitig macht, als versteckter Moralist meinen ganzen Lebenswandel angreift. Und dann »bist Du nur, wenn Du an Dich denkst, bist Du nur durch das Selbstbewusstsein?« (Wig. p. 157, 158). Wie kann ich etwas anderes als Egoist sein? Z. B. wie kann Stirner etwas anderes als Egoist sein, er mag den Egoismus verleugnen oder nicht? »Ihr seid Egoisten und Ihr seid es nicht, indem Ihr den Egoismus verleugnet,« predigst Du. — Unschuldiger, »betrogner«, »uneingestandener« Schulmeister! Die Sache verhält sich gerade umgekehrt. Wir Egoisten im gewöhnlichen Verstande, wir Bourgeois wissen das wohl: charité bien ordonnée commence par soi-même, und wir haben längst das Sprüchlein: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, dahin interpretiert, dass jeder sich selbst der Nächste ist. Aber wir leugnen, dass wir engherzige Egoisten seien, Exploiteurs, gewöhnliche Egoisten, deren Herzen sich nicht zu dem Hochgefühl erheben können, die Interessen ihrer Mit-

menschen zu den Ihrigen zu machen — was unter uns gesagt, soviel heisst, dass wir unsere In[teressen] als die unserer Mitmenschen [ausgeben]. . . . Du verstehst daher nicht, warum wir den praktischen Egoismus eben darin vollenden, dass wir die Redensart des Egoismus verleugnen — wir, denen es um die Durchsetzung wirklicher egoistischer Interessen, nicht um das heilige Interesse des Egoismus zu tun ist. Uebrigens war es vorauszusehen — und damit dreht der Bourgeois kaltblütig Sankt Maxen den Rücken — dass Ihr deutschen Schulmeister, wenn Ihr Euch einmal an die Verteidigung des Egoismus geben würdet, nicht den wirklichen, »profanen, auf platter Hand liegenden« (»Das Buch« p. 455) Egoismus also »nicht mehr das, was man« Egoismus »nennt«, sondern den Egoismus im aussergewöhnlichen, im Schulmeisterverstande, den philosophischen oder Lumpenegoismus, proklamieren würdet.

Der Egoist im aussergewöhnlichen Verstande ist also »nun erst gefunden«. »Sehen wir uns diesen neuen Fund einmal genauer an« (p. 13).

Aus dem soeben Gesagten hat sich bereits ergeben, dass die bisherigen Egoisten nur ihr Bewusstsein zu verändern haben, um Egoisten im aussergewöhnlichen Verstande zu werden; dass also der mit sich einige Egoist sich von den früheren nur durch das Bewusstsein, d. h. als Wissender, als Philosoph unterscheidet. Aus der ganzen Sankt Maxischen Geschichtsanschauung folgt ferner, dass, weil die bisherigen Egoisten nur vom »Heiligen« beherrscht waren, der wahre Egoist nur gegen »das Heilige« zu kämpfen hat. Die »einzige« Geschichte zeigte, wie Sankt Max die historischen Verhältnisse in Ideen, und dann den Egoisten in einen Sünder gegen diese Ideen verwandelte, wie jede egoistische Geltendmachung in eine Sünde [gegen] . . . . verwandelt wurde . . . . nur dadurch zu bekämpfen, dass er sie in heilige verwandelt und nun die Heiligkeit an ihnen, d. h. seine heilige Vorstellung von ihnen, sie . . . . nur, insoweit sie in ihm, als e i n e n H e i l i g e n existieren, aufzulösen beteuert.

II. Schöpfer und Geschöpf*).

. . . . p. 50: »Wie Du in j e d e m A u g e n b l i c k e bist, so bist Du Dein Geschöpf, und eben an dieses G e s c h ö p f magst Du Dich, den S c h ö p f e r , nicht verlieren. Du bist selbst ein höheres Wesen als Du, d. h. dass Du nicht bloss Geschöpf, sondern gleicherweise Schöpfer bist, das eben verkennst Du als unfreiwilliger Egoist, und darum ist das höhere Wesen Dir ein fremdes.« — Mit einer etwas anderen Wendung heisst dieselbe Weisheit p. 239 »des Buchs«: »Die Gattung ist N i c h t s« (später wird sie allerlei, siehe Selbstgenuss), »und wenn der Einzelne sich über die Schranken seiner Individualität erhebt, so ist das vielmehr gerade Er selbst als Einzelner, er ist nur, indem er sich erhebt, er ist nur, indem er nicht bleibt, was er ist, sonst wäre er fertig, tot.« Zu diesen Sätzen, seinem »Geschöpf«, verhält sich Stirner sofort als »Schöpfer«, indem er »sich nicht an sie verliert«: »Nur im A u g e n b l i c k e bist Du wirklich . . . Ich bin in jedem Momente ganz was Ich bin . . . ein von Dir, dem Augenblicklichen, Getrenntes« ist »ein absolut Höheres« . . . (Wigand p. 170) und p. 171 ibid. wird »Dein Wesen« als »Dein augenblickliches Wesen« bestimmt. Während Sankt Max im »Buche« sagt, er habe noch ein anderes, höheres Wesen als sein augenblickliches Wesen, wird im apologetischen Kommentar das »augenblickliche Wesen« [seines] Individuums mit seinem »vollen [andern] Wesen« identifiziert und jedes . . . . als das »augenblickliche Wesen« in ein »absolut höheres Wesen« verwandelt. Er

*) Von Marx' Hand geschrieben.

ist also »im Buche« in jedem Augenblick ein höheres Wesen, als das, was er in diesem Augenblick ist, während im Kommentar Alles, was er nicht in diesem Augenblick unmittelbar ist, ein »absolut höheres Wesen«, ein heiliges Wesen ist. — Und dieser ganzen Spaltung gegenüber p. 200 »des Buchs«: »Ich weiss Nichts von der Spaltung eines »unvollkommnen« und »vollkommnen« Ichs«.

Der »mit sich einige Egoist« braucht sich keinem Höheren mehr zu opfern, da er sich selbst der Höhere ist, und diesen Zwiespalt zwischen einem »Höheren« und einem «Niederen« in sich selbst verlegt. So ist in der Tat (Sankt Sancho contra Feuerbach, »Das Buch« p. 243) »am höchsten Wesen Nichts als eine Metamorphose vorgegangen«. Sankt Maxens wahrer Egoismus besteht in dem egoistischen Verhalten gegen den wirklichen Egoismus, gegen sich selbst, wie er »in jedem Augenblicke« ist. Dies egoistische Verhalten gegen den Egoismus ist die Aufopferung. Sankt Max als Geschöpf ist nach dieser Seite hin der Egoist im gewöhnlichen Verstande, als Schöpfer ist er der aufopfernde Egoist. Wir werden auch die entgegengesetzte Seite kennen lernen, denn beide Seiten legitimieren sich als echte Reflexionsbestimmungen, indem sie die absolute Dialektik durchmachen, in der jede von ihnen an sich selbst ihr Gegenteil ist.

Ehe wir auf dies Mysterium in seiner esoterischen Gestalt näher eingehen, [wollen wir] .... nun in einzelnen .... Lebenskampfe zu beobachten .... Was nun das Christentum gegen die Begierden machinierte, könnten wir das nicht auf seine eigene Vorschrift, dass uns der Geist bestimmen solle, anwenden ...? Dann ginge es auf die Auflösung des Geistes, Auflösung aller Gedanken aus. Wie es dort heissen musste, — — — so hiesse es nun: Wir sollen zwar Geist haben, aber der Geist soll uns nicht haben.«

»Die aber Christo angehören, die kreuzigen ihr Fleisch samt den Lüsten und Begierden« (Galater 5, 24) — womit sie nach Stirner als wahre Eigentümer mit den gekreuzigten Lüsten und Begierden verfahren. Er übernimmt das Christentum auf Lieferung, will es aber nicht bei dem gekreuzigten Fleisch bewenden lassen, sondern auch seinen Geist kreuzigen, also den »ganzen Kerl«.

Das Christentum wollte uns nur darum von der Herrschaft des Fleisches und den »Begierden als antreibenden« befreien, weil es unser Fleisch, unsere Begierden für etwas uns Fremdes ansah; es wollte uns nur darum von der Naturbestimmung erlösen, weil es unsre eigne Natur für uns nicht zugehörig hielt. Bin ich nämlich nicht selbst Natur, gehören meine natürlichen Begierden, meine ganze Natürlichkeit — und dies ist die Lehre des Christentums — nicht zu mir selbst, so erscheint mir jede Bestimmung durch die Natur, sowohl durch meine eigne Natürlichkeit, wie durch die s. g. äussere Natur, als Fessel, als Zwang, der mir angetan wird, als Heteronomie im Gegensatz zur Autonomie des Geistes. [Das gesperrte Stück von Marx zugesetzt.] Diese christliche Dialektik acceptiert er unbesehen und wendet sie nun auch auf unsern Geist an. Uebrigens hat das Christentum es ja nie dahin gebracht, uns auch nur in dem von Sankt Max ihm untergeschobenen Juste-Milieu-Sinne von der Herrschaft der Begierden zu befreien; es bleibt bei dem blossen, in der Praxis resultatlosen Moralgebot stehen. Stirner nimmt das moralische Gebot für die wirkliche Tat, und ergänzt es durch den weiteren kategorischen Imperativ: «Wir sollen zwar Geist haben, aber der Geist soll Uns nicht haben« — und deshalb verläuft sich sein ganzer mit sich einiger Egoismus »näher«, wie Hegel sagen würde, in eine nicht minder ergötzliche als erbauliche und beschauliche Moralphilosophie.

Ob eine Begierde fix wird, d. h. ob sie zur ausschliesslichen . . . . wodurch indes ein . . . . . geschlossen ist, das hängt davon ab, ob die materiellen Umstände, die »schlechten« weltlichen Verhältnisse erlauben, diese Begierde normal zu befriedigen und andererseits eine Gesamtheit von Begierden zu entwickeln. Dies letztere wieder hängt davon ab, ob wir in Umständen leben, die uns eine allseitige Tätigkeit und damit eine Ausbildung aller unserer Anlagen gestatten. Ebenso hängt es von der Gestaltung der wirklichen Verhältnisse und der in ihnen gegebenen Möglichkeit der Entwickelung für jedes Individuum ab, ob die Gedanken fix worden oder nicht — wie z. B. die fixen Ideen der deutschen Philosophen, dieser »Opfer der Gesellschaft«, qui nous font pitié, von den deutschen Verhältnissen unzertrennlich sind. Bei Stirner ist übrigens die Herrschaft der Begierde eine reine Phrase, die ihn zum absoluten Heiligen stempelt. So, um bei dem »rührenden Beispiel« vom Habgierigen zu bleiben: »Ein Habgieriger ist kein Eigner, sondern ein Knecht, und er kann nichts um Seinetwillen tun, ohne es zugleich um seines Herrn willen zu tun,« p. 400. Niemand kann etwas tun, ohne es zugleich einem seiner Bedürfnisse und dem Organe dieses Bedürfnisses zu Liebe zu tun — wodurch für Stirner dies Bedürfnis und sein Organ zum Herrn über ihn gemacht wird, gerade wie er früher schon das Mittel zur Befriedigung eines Bedürfnisses (vgl. polit. Liberal. u. Komm.) zum Herrn über sich machte. Stirner kann nicht essen, ohne zugleich um seines Magens willen zu essen. Hindern ihn die weltlichen Verhältnisse daran, seinen Magen zu befriedigen, so wird dieser sein Magen zum Herrn über ihn, die Begierde des Essens zur fixen Begierde und der Gedanke ans Essen zur fixen Idee — womit er zugleich ein Beispiel für den Einfluss der weltlichen Umstände auf die Fixierung seiner Begierden und Ideen hat. Sanchos »Empörung« gegen die Fixierung der Begierden und Gedanken läuft hier noch auf das ohnmächtige Moralgebot der Selbstbeherrschung hinaus, und liefert einen neuen Beleg dafür, wie er nur den trivialsten Gesinnungen der Kleinbürger einen ideologisch hochtrabenden Ausdruck verleiht.

In diesem ersten Exempel bekämpft er also einerseits seine fleischlichen Begierden, andererseits seine geistigen Gedanken, einerseits sein Fleisch, andererseits seinen Geist, wenn sie, seine Geschöpfe, sich gegen ihn, den Schöpfer, verselbständigen wollen. Wie unser Heiliger diesen Kampf führt, wie er sich als Schöpfer zu seinem [Geschöpf verhält], werden wir jetzt sehen.

Bei dem Christen, »im gewöhnlichen Verstande«, dem chrétien, »simple«, um mit Fourier zu reden, »hat der Geist die alleinige Gewalt und keine Einrede des »Fleisches« wird ferner gehört. Gleichwohl aber kann Ich nur durch das »Fleisch« die Tyrannei des Geistes brechen; denn nur, wenn ein Mensch auch sein Fleisch vernimmt, vernimmt er sich ganz, und nur, wenn er sich ganz vernimmt, ist er vernehmend oder vernünftig. — — — Führt aber einmal das Fleisch das Wort, und ist der Ton desselben, wie es nicht anders sein kann, leidenschaftlich — — — so glaubt er (der chrétien simple) Teufelsstimmen zu vernehmen, Stimmen gegen den Geist — — — und eifert mit Recht dagegen. Er müsste nicht Christ sein, wenn er sie dulden wollte.« p. 83. —

Also wenn sein Geist sich gegen ihn verselbständigen will, so ruft Sankt Max sein Fleisch zu Hilfe und wenn sein Fleisch rebellisch wird, erinnert er sich, dass er auch Geist ist. Was der Christ nach einer Seite hin tut, das tut Sankt Max nach beiden Seiten hin. Er ist der chrétien »composé«, er beweist sich abermals als vollendeter Christ.

Hier in diesem Exempel tritt Sankt Max, der Geist, nicht als Schöpfer seines Fleisches, und umgekehrt auf; er findet sein Fleisch und seinen Geist vor, und erinnert sich nur, wenn eine Seite rebellisch wird, dass er auch noch die andere an sich hat, und machte nun diese andere Seite als sein wahres Ich dagegen geltend. Sankt Max ist also hier nur Schöpfer, insofern er »auch-anders-Bestimmter« ist, insofern er noch eine andere Qualität besitzt, als die, welche es ihm gerade beliebt, unter die Kategorie: Geschöpf zu subsumieren. Seine ganze schöpferische Tätigkeit besteht hier in dem guten Vorsatz, sich zu vernehmen, und zwar sich ganz zu vernehmen oder vernünftig zu sein*), sich »als volles, ganzes Wesen«, als von »seinem augenblicklichen Wesen« unterschiedenes Wesen, ja im geraden Gegensatz zu dem, was er »augenblicklich« für ein Wesen ist, zu vernehmen.

. . . . . so beschränkt sich seine schöpferische Tätigkeit hier darauf, dass er in seinem Eifer über seinen Eifer ein Bewusstsein behält, dass er sich als reflektierendes Ich zu sich als wirklichem Ich verhält. Es ist das Bewusstsein, dem er willkürlich den Namen »Schöpfer« beilegt. Er ist nur »Schöpfer«, soweit er bewusst ist.

»Hierüber vergissest Du Dich selbst in süsser Selbstvergessenheit — — — Bist Du aber nur, wenn Du an Dich denkst, und verkommst Du, wenn Du Dich vergissest? Wer vergässe sich nicht alle Augenblicke, wer verlöre sich nicht in Einer Stunde tausendmal aus den Augen?« (Wigand, p. 157, 158). — Dies kann Sancho seinem »Selbstvergessen« natürlich nicht vergessen, und »bleibt« daher »zu gleicher Zeit sein unversöhnlicher Feind«.

Sankt Max, das Geschöpf, hat in demselben Moment einen enormen Eifer, wo Sankt Max, der Schöpfer, vermöge seiner Reflexion zugleich über diesen seinen Eifer hinaus ist; oder der wirkliche Sankt Max eifert, und der reflektierende Sankt Max bildet sich ein, über diesen Eifer hinaus zu sein. Dieses Hinaussein in der Reflexion über das, was er wirklich ist, wird nun in Romanphrasen ergötzlich und abenteuerlich dahin beschrieben, dass er seinen Eifer fortbestehen lässt, d. h. mit seiner Feindschaft gegen ihn nicht wirklich Ernst macht, aber sich »frostig kalt«, »ungläubig«, als »unversöhnlichster Feind« gegen ihn verhält. — Insofern Sankt Max eifert, d. h. sofern der Eifer seine wirkliche Eigenschaft ist, verhält er sich nicht als Schöpfer zu ihm, und insofern er sich als Schöpfer verhält, eifert er nicht wirklich, ist ihm der Eifer fremd, seine Nicht-Eigenschaft. So lange er eifert, ist er nicht der Eigner des Eifers, und sobald er sein Eigner wird, hört er auf zu eifern. Er, der Gesamtkomplex, ist in jedem Augenblick als Schöpfer und Eigentümer der Inbegriff aller seiner Eigenschaften, minus die Eine, die er zu sich, dem Inbegriff andern, als Geschöpf und Eigentum in Gegensatz bringt, so dass ihm immer gerade die Eigenschaft fremd ist, auf die als die Seinige er den Accent legt.

So überschwänglich nun Sankt Maxens wahre Geschichte von seinen Heldentaten in sich selbst in seinem Bewusstsein klingt, so ist es dennoch ein notorisches Faktum, dass es reflektierende Individuen gibt, die in und durch ihre Reflerion über alles hinauszusein glauben, weil sie in der Wirklichkeit nie aus der Reflexion herauskommen.

---

*) (Anmerkung.) Hier rechtfertigt also Sankt Max vollständig Feuerbachs »rührendes Exempel« von der Hetäre und Geliebten. In der ersteren »vernimmt« ein Mensch nur sein Fleisch, oder nur ihr Fleisch, in der zweiten sich ganz oder sie ganz. Siehe Wigand p. 170, 171,

Dieser Kunstgriff, sich gegen eine bestimmte Eigenschaft als Auch-Anders-Bestimmter, nämlich im vorliegenden Beispiel als Inhaber der Reflexion auf das Entgegengesetzte, geltend zu machen, kann bei jeder beliebigen Eigenschaft mit den nötigen Variationen wieder angewendet werden. Z. B. Meine Gleichgültigkeit braucht nicht geringer zu sein, als die des Allerblasiertesten; aber ich bleibe zu gleicher Zeit gegen sie schwitzend heiss, ungläubig und ihr unversöhnlichster Feind etc.

. . . . . Dies feindselige Verhalten gegen sich selbst, diese feierliche Parodie der Benthamschen Buchführung über seine eigenen Interessen und Eigenschaften, wird jetzt von ihm selbst ausgesprochen:

p. 188: »Ein Interesse, es sei, wofür es wolle, hat an Mir, wenn ich nicht davon los kommen kann, einen Sklaven erbeutet, und ist nicht mehr Mein Eigentum, Ich bin das Seine. Nehmen wir daher die Weisung der Kritik an, Uns nur wohl zu fühlen im Auflösen.« »Wir!« — Wer sind »Wir«? Es fällt »Uns« gar nicht ein, die »Weisung der Kritik« »anzunehmen«. — Also fordert hier Sankt Max, der augenblicklich unter der Polizeiaufsicht »der Kritik« steht, — »Ein und dasselbe Wohlsein Aller,« »das Gleichwohlsein Aller bei Einem und demselben,« »die direkte Gewaltherrschaft der Religion«. — Seine Interessiertheit im aussergewöhnlichen Verstande zeigt sich hier als eine himmlische Interesselosigkeit. — Wir brauchen übrigens hier gar nicht mehr darauf einzugehen, dass es in der bestehenden Gesellschaft keineswegs von Sankt Sancho abhängt, ob »ein Interesse« »an ihm einen Sklaven erbeutet« und »er nicht mehr davon loskommen kann«. Die Fixierung der Interessen durch die Teilung der Arbeit und die Klassenverhältnisse liegt noch viel mehr auf der Hand, als die der »Begierden« und »Gedanken«.

Um die kritische Kritik zu überbieten, hätte unser Heiliger wenigstens bis zum Auflösen des Auflösens fortgehen müssen, denn sonst ist das Auflösen ein Interesse, von dem er nicht loskommen kann, das an ihm einen Sklaven erbeutet hat. Das Auflösen ist nicht mehr sein Eigentum, sondern er ist das Eigentum des Auflösens. Wollte er etwa in dem so eben gegebenen Beispiel konsequent sein . . . . Dagegen fährt er getrost fort (ibid.): »Ich will nur Sorge tragen, dass Ich Mein Eigentum Mir sichere« (d. h. dass ich Mich vor Meinem Eigentum sichere) »und um es zu sichern, nehme Ich es jederzeit in Mich zurück, vernichte in ihm jede Regung nach Selbständigkeit, und verschlinge es, eh' sich's fixiere und zu einer fixen Idee oder Sucht werden kann.« — Wie Stirner wohl die Personen »verschlingt«, die sein Eigentum sind! —

Stirner hat sich soeben von »der Kritik« einen »Beruf« geben lassen. Er behauptet, diesen »Beruf« sogleich wieder zu verschlingen, indem er sagt p. 189: »Das tue ich aber nicht um meines menschlichen Berufs willen, sondern weil Ich Mich dazu berufe.« — Wenn ich mich nicht dazu berufe, bin ich, wie wir vorhin hörten, Sklave, nicht Eigentümer, nicht wahrer Egoist, verhalte mich nicht als Schöpfer zu mir, was ich als wahrer Egoist tun muss; soweit Einer also wahrer Egoist sein will, hat er sich zu diesem ihm von »der Kritik« angewiesenen Beruf zu berufen. Es ist also ein allgemeiner Beruf, ein Beruf für Alle, nicht nur Sein Beruf, sondern auch sein Beruf. — Andererseits tritt hier der wahre Egoist als ein von der Mehrzahl der Individuen unerreichbares Ideal auf, denn (p. 434) »die geborenen beschränkten Köpfe bilden unstreitig die zahlreichste Menschenklasse« — und wie sollten diese »beschränkten Köpfe« das Mysterium des unbeschränkten Selbst- und Welt-Verschlingens durchdringen können. — Uebrigens sind diese fürchterlichen Ausdrücke:

vernichten, verschlingen u. s. w. nur eine neue Wendung für den obigen »frostigkalten unversöhnlichsten Feind«.

Jetzt endlich werden wir in den Stand gesetzt, eine Einsicht in die Stirnerschen Einwürfe gegen den Kommunismus zu bekommen. Sie waren nichts als eine vorläufige, versteckte Legitimation seines mit sich einigen Egoismus, in welchem sie leibhaftig wieder auferstehen. Das »G l e i c h w o h l s e i n A l l e r i n E i n e m u n d D e m s e l b e n« ersteht [wieder auf] in der Forderung, dass »W i r« [und Alle uns] wohl fühlen sollen im . . . . . Es muss also p. 117 »des Buches« folgendermaassen heissen: »Der mit sich einige Egoismus will jeden Menschen recht eigentlich in einen »Geheimen Polizeistaat« verwandeln. Der Spion und Laurer »Reflexion« überwacht jede Regung des Geistes und Körpers, und alles Tun und Denken, jede Lebensäusserung ist ihm eine Reflexionssache, d. h. Polizeisache. In dieser Zerrissenheit des Menschen in »Naturtrieb und Reflexion« (innerer Pöbel, Geschöpf, und innere Polizei, Schöpfer) besteht der mit sich einige Egoist.

Hess hatte (»Die letzten Philosophen, p. 26) unserem Heiligen vorgeworfen: »Er steht fortwährend unter der geheimen Polizei seines kritischen Gewissens. — — — Er hat »die Weisung der Kritik — — — uns nur wohl zu fühlen im Auflösen« nicht vergessen — — Der Egoist, ruft ihm fortwährend sein kritisches Gewissen ins Gedächtnis zurück, darf sich für Nichts so sehr interessieren, dass er sich seinem Gegenstand ganz hingibt« u. s. w. —

Sankt Max »ermächtigt sich«, hierauf Folgendes zu antworten: Wenn »Hess von Stirner sagt: er stehe fortwährend u. s. w. — was ist damit weiter gesagt, als dass er, wenn er kritisiert, nicht ins Gelag hinein« (d. h. beiläufig: einzig) »Kritisieren, nicht faseln, sondern eben wirklich« (d. h. menschlich) »kritisieren will?« —

»Was damit weiter gesagt« war, dass Hess von der geheimen Polizei u. s. w. sprach, ist aus der obigen Stelle von Hess so klar, dass selbst Sankt Maxens »einziges« Verständnis derselben nur für ein absichtliches Missverständnis erklärt werden kann. Seine »Virtuosität im Denken« verwandelt sich hier in eine Virtuosität im Lügen, die wir ihm um so weniger verdenken, als sie hier sein einziger Nothbehelf war — die aber sehr schlecht zu den subtilen Distinktiönlein über das Recht zu lügen passt, welche er anderwärts »im Buche« aufstellt. Dass übrigens Sancho »wenn er kritisiert«, keineswegs »wirklich kritisiert«, sondern »ins Gelag hinein kritisiert« und »faselt«, haben wir ihm, mehr als er verdient, nachgewiesen.

Zunächst wurde also das Verhalten des wahren Egoisten als Schöpfer zu sich als Geschöpf dahin bestimmt, dass er gegen eine Bestimmung, worin er sich als Geschöpf fixierte, z. B. gegen sich als Denkenden, als Geist, sich als »Auch-anders-Bestimmter«, als Fleisch geltend machte. Später machte er sich nicht mehr geltend, als w i r k l i c h Auch-anders-Bestimmter, sondern als die b l o s s e V o r s t e l l u n g d e s A u c h - A n d e r s - B e s t i m m t s e i n s überhaupt, also im obigen Beispiel als Auch-Nichtdenkenden, Gedankenlosen, oder als Gleichgültigen gegen das Denken, eine Vorstellung, die er wieder fahren lässt, sobald der Unsinn sich herausstellt. Siehe oben die Kreiselbewegung auf dem spekulativen Absatz. Also die schöpferische Tätigkeit bestand hier in der Reflexion, dass ihm diese eine Bestimmtheit, hier das Denken, auch gleichgültig sein könne — im Reflektieren überhaupt; wodurch er natürlich auch nur Reflexionsbestimmungen schafft, wenn er irgend etwas schafft (z. B. die Vorstellung des Gegensatzes, deren schlichtes Wesen unter allerlei feuer-

speienden Arabesken verdeckt wird). — Was nun den I n h a l t seiner als Geschöpfes anbetrifft, so sehen wir, dass er nirgends diesen Inhalt, diese bestimmten Eigenschaften, z. B. sein Denken, seinen Eifer etc. schafft, sondern nur die Reflexionsbestimmung dieses Inhaltes als Geschöpf, die Vorstellung, dass diese bestimmten Eigenschaften seine Geschöpfe seien. Bei ihm finden sich alle seine Eigenschaften vor, und woher sie ihm kommen, ist ihm gleichgültig. Er braucht sie also weder auszubilden, also z. B. tanzen zu lernen, um über seine Beine Herr zu werden, oder sein Denken an Material, das nicht jedem gegeben wird, und nicht jeder sich anschaffen kann, zu üben, um Eigentümer seines Denkens zu werden — noch braucht er sich um die Weltverhältnisse zu kümmern, von denen es in der Wirklichkeit abhängt, wie weit ein Individuum sich entwickeln kann. — Stirner ist wirklich nur durch Eine Eigenschaft die andere (d. h. die Unterdrückung seiner übrigen Eigenschaften durch diese »andere«) los. In der Wirklichkeit ist er dies aber nur, insofern diese Eigenschaft nicht nur zur freien Entwickelung gekommen, nicht bloss Anlage geblieben ist, sondern auch insofern die Weltverhältnisse ihm erlaubten, eine T o t a l i t ä t von Eigenschaften gleichmässig zu entwickeln. . . . . [Ueberhaupt] ist es eine . . . . [wenn] man wie Sankt [Max sich . . .] vorstellt, man könne Eine . . . von allen andern getrennt befriedigen, man könne sie befriedigen, ohne s i c h , das ganze lebendige Individuum zu befriedigen. Wenn diese Leidenschaft einen abstrakten, abgesonderten Charakter annimmt, wenn sie mir als eine fremde Macht gegenübertritt, wenn also die Befriedigung des Individuums als die einseitige Befriedigung einer einzigen Leidenschaft erscheint — so liegt das keineswegs am Bewusstsein oder am »guten Willen«, am allerwenigsten an dem Mangel an Reflexion über den Begriff der Eigenschaft, wie Sankt Max sich vorstellt. Es liegt nicht am B e w u s s t s e i n , sondern am — Sein; nicht am Denken, sondern am Leben; es liegt an der empirischen Entwickelung und Lebensäusserung des Individuums, die wiederum von den Weltverhältnissen abhängt. Wenn die Umstände, unter denen dies Individuum lebt, ihm nur die einseitige Entwickelung einer Eigenschaft auf Kosten aller andern erlauben, wenn sie ihm Material und Zeit zur Entwickelung nur dieser Einen Eigenschaft geben, so bringt dies Individuum es nur zu einer einseitigen, verkrüppelten Entwickelung. Und die Art, in der sich diese Eine, vorzugsweise begünstigte Eigenschaft entwickelt, hängt wieder einerseits von dem ihr gebotenen Bildungsmaterial, andererseits von dem Grade und der Art ab, in denen die übrigen Eigenschaften unterdrückt bleiben. Ebendadurch, dass z. B. das Denken Denken dieses bestimmten Individuums ist, bleibt es s e i n , durch seine Individualität und die Verhältnisse, in denen es lebt, bestimmtes Denken; das denkende Individuum hat also nicht erst nötig, vermittels einer langwierigen Reflexion über das Denken als solches sein Denken für sein eignes Denken, sein Eigentum zu erklären, es ist von vorn herein sein eigenes, eigentümlich bestimmtes Denken. Bei einem Individuum z. B., dessen Leben einen grossen Umkreis mannigfaltiger Tätigkeiten und praktischer Beziehungen zur Welt umfasst, das also ein vielseitiges Leben führt, hat das Denken denselben Charakter der Universalität, wie jede andere Lebensäusserung dieses Individuums. Es fixiert sich daher weder als abstraktes Denken, noch bedarf es weitläufiger Reflexionskunststücke, wenn das Individuum vom Denken zu einer andern Lebensäusserung übergeht. Es ist immer von vornherein ein nach B e d ü r f n i s verschwindendes und sich reproduzierendes Moment im Gesamtleben des Individuums. Bei einem lokalisierten Berliner Schulmeister oder Schriftsteller dagegen, dessen Tätigkeit sich auf saure Arbeit einerseits beschränkt, dessen Welt von Moabit bis

Köpenick geht und hinter dem Hamburger Tor mit Brettern zugenagelt ist, dessen Beziehungen zu dieser Welt durch eine miserable Lebensstellung auf ein Minimum reduziert werden, bei einem solchen Individuum ist es allerdings nicht zu vermeiden, wenn es Denkbedürfnis besitzt, dass das Denken ebenso abstrakt wird, wie dies Individuum und sein Leben selbst, dass es ihm, dem ganz Widerstandslosen gegenüber, eine fixe Macht wird, eine Macht, deren Betätigung dem Individuum die Möglichkeit einer momentanen Rettung aus seiner »schlechten Welt«, eines momentanen Genusses bietet. Bei einem solchen Individuum äussern sich die wenigen übrigen, nicht so sehr aus dem Weltverkehr als aus der menschlichen Leibeskonstitution hervorgehenden Begierden nur durch Reperkussion; d. h. sie nehmen innerhalb ihrer bornierten Entwickelung denselben einseitigen und brutalen Charakter an wie das Denken, kommen nur in langen Zwischenräumen und stimuliert durch das Wuchern der vorherrschenden Begierde (unterstützt durch unmittelbar physische Ursachen, z. B. Kompression des Unterleibs) zum Vorschein und äussern sich heftig, gewaltsam, mit Verdrängung der gewöhnlichen Begierde. . . . . . Inwiefern diese Eigenschaften universell oder lokal entwickelt werden, inwiefern sie lokale Borniertheiten überschreiten oder in ihnen befangen bleiben, hängt nicht von ihm, sondern vom Weltverkehr und von dem Anteil ab, den er und die Lokalität, in der er lebt, an ihm nehmen kann. Keineswegs, dass die Individuen in ihrer Reflexion sich einbilden oder vornehmen, ihre lokale Borniertheit aufzulösen, sondern dass sie in ihrer empirischen Wirklichkeit und durch empirische Bedürfnisse bestimmt, es dahin gebracht haben, einen Weltverkehr zu produzieren — nur dies Faktum macht es den Einzelnen möglich, unter günstigen Verhältnissen ihre lokale Borniertheit los zu werden.

Das Einzige, wozu es unser Heiliger mit seiner sauren Reflexion über seine Eigenschaften und Leidenschaften bringt, ist, dass er sich durch seine fortwährende Häkelei und Katzbalgerei mit ihnen ihren Genuss und ihre Befriedigung versäuert.

Sankt Max schafft, wie schon vorhin gesagt, bloss sich als Geschöpf, d. h. beschränkt sich darauf, sich unter diese Kategorie des Geschöpfs zu subsumieren. Seine Tätigkeit als Schöpfer besteht darin, sich als Geschöpf zu betrachten, wobei er nicht einmal . . . . »[da] aber dieser Feind (nämlich der wahre Egoist als Geschöpf) in seiner Niederlage sich erzeugt, indem das Bewusstsein, da es sich ihn fixiert, vielmehr statt frei davon zu werden, immer dabei verweilt, und sich immer verunreinigt erblickt, und indem zugleich dieser Inhalt seines Bestrebens das Niedrigste ist, so sehen wir nur eine auf sich und ihr kleines Tun (Tatlosigkeit) beschränkte und sich bebrütende, ebenso unglückliche, als ärmliche Persönlichkeit.« (Hegel.)

Was wir bisher über Sanchos Haltung in Schöpfer und Geschöpf sagten, drückt er selbst nun schliesslich in logischer Form aus: Schöpfer und Geschöpf verwandeln sich in voraussetzendes und vorausgesetztes resp. (insofern seine Voraussetzung Setzung ist) setzendes und gesetztes Ich:

»Ich Meinesteils gehe von einer Voraussetzung aus, indem Ich Mich voraussetze; aber meine Voraussetzung ringt nicht nach ihrer Vollendung« (vielmehr ringt Sankt Max nach ihrer Erniedrigung), »sondern dient Mir nur dazu, sie zu geniessen und zu verzehren» (ein beneidenswerter Genuss!). »Ich zehre gerade an Meiner Voraussetzung allein, und bin nur, indem Ich sie verzehre. Darum« (grosses »Darum!«) »aber ist jene Voraussetzung gar keine; denn da« (grosses »denn da«!)

»Ich der Einzige bin« (soll heissen der wahre, der mit sich einige Egoist), »so weiss Ich nichts von der Freiheit eines voraussetzenden und vorausgesetzten Ichs« (eines »unvollkommenen« und »vollkommenen« Ichs oder Menschen) — soll heissen, besteht die Vollkommenheit meines Ichs nur darin, mich jeden Augenblick als unvollkommenes Ich, als Geschöpf, zu wissen — »s o n d e r n« (allergrösstes »Sondern«!), »dass Ich Mich verzehre, heisst nur, dass Ich bin.« (Soll heissen: Dass Ich bin, heisst hier nur, dass Ich an mir die Kategorie des Vorausgesetzten in der Einbildung verzehre.) »Ich setze Mich nicht voraus, weil Ich Mich jeden Augenblick überhaupt erst setze oder schaffe« (nämlich als Vorausgesetzten, Gesetzten oder Geschaffenen setze und schaffe), »und nur dadurch Ich bin, dass Ich nicht vorausgesetzt, sondern gesetzt bin« (soll heissen: und nur dadurch bin, dass Ich Meinem Setzen vorausgesetzt bin), »und wiederum nur in dem Moment gesetzt, wo Ich Mich setze, d. h. Ich bin Schöpfer und Geschöpf in Einem.«

Stirner ist ein »gesetzter Mann«, da er stets ein gesetztes Ich und sein Ich »a u c h Mann« (Wig. p. 133) ist. »D a r u m« ist er ein gesetzter Mann; »d e n n d a« er nie von Leidenschaften zu Exzessen hingerissen wird, »s o« ist er das, was die Bürger einen gesetzten Mann nennen, »s o n d e r n« dass er ein gesetzter Mann ist, »das heisst nur«, dass er stets Buch über seine eigenen Wandlungen und Brechungen führt.

Was bisher, um nach Stirner auch einmal mit Hegel zu sprechen, nur »für uns« war, nämlich dass seine ganze schöpferische Tätigkeit keinen andern Inhalt als allgemeine Reflexionsbestimmungen hatte, das ist jetzt von Stirner selbst »gesetzt«. Sankt Maxens Kampf gegen »d a s W e s e n« erreicht nämlich hier darin sein »letztes Absehen«, dass er sich selbst mit dem Wesen, und zwar dem reinen, spekulativen Wesen identifiziert. Das Verhältnis von Schöpfer und Geschöpf verwandelt sich in eine Explikation des Sich »selbst« Voraussetzens . . . . in den mystischen Gegensatz von Schöpfer und Geschöpf verwandelt. Nebenbei ist zu bemerken, dass Hegel in diesem Abschnitt der Logik die »Machinationen« des »schöpferischen Nichts« auseinandersetzt, woraus sich auch erklärt, weshalb sich Sankt Max schon p. 8 als dies »schöpferische Nichts« »setzen« musste.

Wir wollen jetzt einige Sätze aus der Hegelschen Explikation des Sich-selbst-Voraussetzens zur Vergleichung mit Sankt Maxens Explikation »episodisch einlegen«. Da Hegel indes nicht so zusammenhangslos und »ins Gelag hinein« schreibt, wie unser Jacques le bonhomme, sind wir genötigt, uns diese Sätze von verschiedenen Seiten der »Logik« zusammenzuholen, um sie dem grossen Satze Sanchos entsprechend zu machen.

»Das Wesen setzt sich selbst voraus, und das Aufheben dieser Voraussetzung ist es selbst. Weil es Abstossen seiner von sich selbst oder Gleichgültigkeit gegen sich, negative Beziehung auf sich ist, setzt es sich somit sich selbst gegenüber . . . das Setzen hat keine Voraussetzung . . . das Andere ist nur durch das Wesen selbst gesetzt . . . Die Reflexion ist also nur als das Negative ihrer selbst. Als Voraussetzende ist sie schlechthin setzende Reflexion. Sie besteht also darin, sie selbst und nicht sie selbst in einer Einheit« (»Schöpfer und Geschöpf in Einem«) »zu sein.« Hegels Logik, II, p. 5, 16, 17, 18, 22.

Man hätte nun von Stirners »Virtuosität im Denken« erwarten sollen, dass er zu weiteren Forschungen in der Hegelschen Logik fortgeschritten wäre. Dies unterliess er indes weislich. Er würde dann natürlich gefunden haben, dass er als bloss »gesetztes« Ich, als Geschöpf, d. h.

soweit er Dasein hat, ein blosses Schein-Ich, und nur »Wesen«, Schöpfer ist, soweit er nicht da ist, sich bloss vorstellt. Wir haben bereits gesehen, und werden noch weiter sehen, dass seine ganzen Eigenschaften, seine ganze Tätigkeit und sein ganzes Verhalten zur Welt ein blosser Schein ist, den er sich vormacht, nichts als »Jongleurkünste auf dem Seile des Objektiven.« Sein Ich ist stets ein stummes, verborgenes »Ich«, verborgen in seinem als Wesen vorgestellten Ich. (Der letzte Satz ist von Marx an Stelle eines von ihm gestrichenen Satzes hinzugeschrieben. Die Red.)

Da der wahre Egoist in seiner schöpferischen Tätigkeit also nur eine Paraphrase der spekulativen Reflexion oder des reinen Wesens ist, so ergibt sich »nach der Mythe« »durch natürliche Fortpflanzung«, das schon bei der Betrachtung der »sauren Lebenskämpfe« des wahren Egoisten hervortrat, dass seine »Geschöpfe« sich auf die einfachsten Reflexionsbestimmungen, die Identität, Unterschied, Gleichheit, Ungleichheit, Gegensatz etc. beschränken . . . .

Wie in Sanchos Geschichtskonstruktion nach Hegelscher Methode die spätere historische Erscheinung zur Ursache, zum Schöpfer der früheren gemacht wird, so beim mit sich einigen Egoisten der Stirner von heute zum Schöpfer des Stirner von gestern, obgleich, um in seiner Sprache zu sprechen, der Stirner von heute das Geschöpf des Stirner von gestern ist. Die Reflexion dreht [das] allerdings um, [wie] in der Reflexion [das] Reflexionsprodukt. Als Vorstellung ist der Stirner von gestern das Geschöpf des Stirner von heute, ganz wie Weltverhältnisse innerhalb der Reflexion die Geschöpfe seiner Reflexion sind. (Dies ganze Satzstück ist von Marx' Hand an den Rand geschrieben. Da die Schrift sehr unleserlich ist, sind wir bei einigen Worten nicht sicher, ob wir sie richtig entziffert haben, und haben sie deshalb in eckige Klammern gesetzt. Red.)

p. 216. Suchet nicht die Freiheit, die Euch gerade um Euch selbst bringt, in der »Selbstverleugnung«, sondern suchet Euch selbst (d. h. suchet Euch selbst in der Selbstverleugnung), werdet Egoisten; werde Jeder von Euch ein allmächtiges Ich!«

Wir dürfen uns nach dem Vorhergehenden nicht wundern, wenn Sankt Max sich später zu diesem Satze wieder als Schöpfer und unversöhnlichster Feind verhält, und sein erhabenes Moralpostulat: »Werde ein allmächtiges Ich«, dahin »auflöst«, dass ohnehin Jeder tut, was er kann und kann, was er tut, wodurch er natürlich für Sankt Max »allmächtig« ist. — Uebrigens ist in dem obigen Satze der Unsinn des mit sich einigen Egoisten zusammengefasst. Zuerst das Moralgebot des Suchens und zwar des Sich-selbst-Suchens. Dies wird dahin bestimmt, dass man etwas werden soll, was man noch nicht ist, nämlich Egoist, und dieser Egoist wird dahin bestimmt, dass er »ein allmächtiges Ich« ist. Sich selbst suchen heisst also etwas Anderes werden, als man ist, und zwar allmächtig werden, d. h. Nichts, ein Unding, eine Phantasmagorie [Marx] werden.

(Fortsetzung folgt.)

Bericht der Kommission zur Abänderung des Agrarprogramms der Arbeiterpartei in Holland.

Ein Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Agrartheorien.

(Fortsetzung und Schluss.)

Beschlüsse.

Um zu einem Beschlusse zu kommen, müssen wir uns erst unsere Aufgabe ins Gedächtnis rufen.

Wir haben zu untersuchen, ob, und wenn ja, welche Veränderungen im Programm der S. D. A. P. vorgenommen werden müssen, oder besser in den Programmen, denn wir haben deren drei, die in Betracht kommen. Zunächst das Prinzipienprogramm.

Die Kommission hätte gern das Prinzipienprogramm so gelassen, wie es war, und zwar deshalb, weil, wenn man einmal Veränderungen vornimmt, man dann sieht, dass vielleicht noch manches anders formuliert werden muss. Wir haben gesehen, dass selbst in sozialdemokratischen Kreisen einige feststehende Grundsätze scharf angegriffen wurden. Noch ist aber die Zeit nicht gekommen, um von dem darüber geführten Streit die Früchte zu sammeln für eine allgemeine Reform des Programms; es ist dazu jetzt noch zu früh.

Ein Punkt steht jedoch in unserem Programm, dessen Unrichtigkeit durch das hier Vorgebrachte überzeugend bewiesen wird.

Der vierte Absatz unseres Anfangsprogramms lautet:

»Diese Zeichen des Unterganges der bestehenden Produktionsweise führen die Notwendigkeit mit sich, die Maschine in grosen Massen in Anwendung zu bringen, die rasche Zusammenziehung aller Arbeitsmittel in die Hände einer immer kleiner werdenden Anzahl Personen und die Vereinigung von diesen zu einer Gesellschaft, die alle Konkurrenz tötet (Trust usw.), und das führt notwendig zur gesellschaftlichen Organisation der Produktionsweise (der sozialistischen Gesellschaft).«

Der gesperrte Satz muss als unrichtig erkannt werden und darf deshalb nicht mehr in unserem Programm stehen. Wir beantragen, dafür folgendes zu setzen:

»... die rasche Zusammenziehung der industriellen Arbeitsmittel in die Hände einer relativ immer kleiner werdenden Anzahl Personen ...«

Wir glauben, dass wir uns mit der Entfernung dieser tatsächlichen Unrichtigkeit aus unserem Programm begnügen können. Unser Programm zeigt nur die Faktoren an, die in sozialistischer Richtung auf die Gesellschaft Einfluss haben.

Es gibt nun aber keine Aufzählung der Faktoren, die an diesem Einfluss nicht teilnehmen oder von solchen, von denen die Teilnahme nicht wissenschaftlich festzustellen ist. Daher glauben wir, dass es nicht notwendig ist, einen besonderen Paragraphen einzufügen, der die Entwickelungstendenzen der landwirtschaftlichen Betriebe betrifft.

An zweiter und dritter Stelle kommt das Kampf- und Wahlprogramm.

Die Kommission hat einen Beschluss gefasst, dass unsere Partei eines besonderen Wahlprogramms nicht bedarf, dass in das Kampfprogramm auch alle Reformmassregeln, die wir erstreben, hineinkommen müssen. Die Wahlen werden stets beherrscht von einer oder einigen Fragen unmittelbarer Natur, worüber die Partei sich auf andere Weise als durch Aufstellung eines Wahlprogramms äussern kann.

Wir beantragen daher, die Agrarparagraphen unserer zwei Programme zu einem Paragraphen zu verschmelzen, den wir als § IX in das Kampfprogramm aufgenommen zu sehen wünschen.

Wir beantragen, dass dieser Paragraph folgendermassen lautet:

»Bildung von Pachtkommissionen, gewählt von und bestehend aus Vertretern von Grundbesitzern, Pächtern und Arbeitern, mit der Bestimmung, dass kein Pachtkontrakt gültig ist, der nicht von der gemeinschaftlichen Pachtkommission gebilligt wurde.

Erweiterung der Artikel 1628 und 1629 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Interesse des Pächters, mit dem Verbot, diesen Artikel ausser Wirksamkeit zu setzen.

Das Recht des fortziehenden Pächters auf Vergütung der von ihm an dem Mietsobjekt angebrachten Verbesserungen.

Erweiterung des Enteignungsrechts, um den Grund und Boden in die Hände des Staats oder der Gemeinde zu bringen.

Das Verbot der Veräusserung von Land durch öffentliche Körperschaften an Privatpersonen.

Anerkennung des Jagdrechts an den Bebauer des Bodens. Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichts.«

Wir beantragen also vor allen Dingen, dass die Forderung der »Landnationalisation« aus unserem Programm gestrichen wird. In der gesellschaftlichen Entwickelung ist nichts vorhanden, das beweist, dass der Grund und Boden eher in gesellschaftlichen Besitz kommen muss, als andere Arbeitsmittel. Wir streben danach, die Arbeitsmittel in die Hände der Gesellschaft zu bringen und deshalb ist es nicht notwendig, den Boden noch einmal nebenbei zu nennen, um so weniger, als es auf der Hand liegt, dass die in wenigen Händen zusammengezogenen industriellen Arbeitsmittel, die Verkehrsmittel u. s. w., eher in Betracht kommen werden, als der Boden.

Der vollständige Untergang der Bewegung für die Nationalisation des Bodens beweist, dass diese Forderung keine Lebenskraft besitzt.

An zweiter Stelle verlangen wir, dass folgende Forderung aus dem Programm gestrichen wird: dass nur Pachtgeld bezahlt werden darf vom Netto-Ertrag des Betriebs. Ein solches Verlangen kann man zwar stellen, aber nicht ausführen, da es den Pächter von jedem Risiko entbinden und letzteres jemand aufladen würde, der sich um den Betrieb gar nicht kümmert und auch nicht kümmern will. Das Betriebsrisiko ist nun etwas, das, so lange die privaten Betriebe bestehen, auf dem Unternehmer ruhen wird. Ein Teil des Risikos muss allerdings dem Grundbesitzer aufgeladen werden; dies ist jedoch ein Seitenzweig der Pachtkontraktregelung und der Erweiterung der Artikel 1628 und 1629 des Bürgerl. Gesetzbuches.

An dritter Stelle verlangen wir, dass folgende Forderung aus dem Pro-

gramm wegfalle: die Abgabe von so viel Grund und Boden an Landarbeitern, dass der Ertrag von diesem Grund und Boden diesen eine selbständige und sichere Existenz bietet.

Diese Forderung ist im Jahre 1897 entstanden aus Zuständen, die sich seitdem sehr geändert haben. In erster Linie aus der grossen Arbeitslosigkeit, die seitdem, wenn auch an Arbeitskräften kein Mangel ist, doch einen anderen Charakter angenommen hat.

Diese Forderung wurde von Seiten der Landarbeiter auch deshalb gestellt, weil die Neigung vorhanden war, Grund und Boden an Landarbeiter zu geben, jedoch nur so viel, dass der Ertrag davon eine Ergänzung des Lohnes darstellen solle, wodurch aber der Arbeitstag eines solchen Landarbeiters unsäglich lang wurde. Wir meinen nun, dass in folgendem das Hilfsmittel zu suchen ist: erstens in der Fachorganisation, die für kurze Arbeitszeit kämpft; zweitens in der Arbeitergesetzgebung, die wir für alle Arbeiter im Programm stehen haben. Ferner haben sich auch in dieser Hinsicht die Verhältnisse gebessert, so dass die Schwierigkeiten, Grund und Boden zu bekommen, nicht mehr so allgemein sind, wie früher, während die Frage der Pachtgelder von so lokaler und privater Art ist, dass sie unmöglich für das ganze Land in ein Programm gebracht werden kann. Diese Fragen müssen durch das Gesetz geregelt und ihre Besonderheiten auf ein einheitliches Gebiet gestellt und ausgefochten werden.

Wir halten an der Forderung fest, dass der Grund und Boden so viel und sobald wie möglich aus den Händen der Grundbesitzer in die Hände des Staats oder der Gemeinde gebracht werden muss, und diese Körperschaften müssen natürlich den Boden produktiv machen. Das System, dem wir den Vorzug geben, ist natürlich die direkte einheitliche Bewirtung. Wo man jedoch hierfür die Zeit als noch nicht gekommen ansieht, muss der Boden verpachtet werden. Es ist jedoch nicht angebracht, jetzt schon die Bedingungen dieser Verpachtungen und die Art des Verpachtens festzustellen. Auf jeden Fall muss verhindert werden, dass die Gemeinde die Ausbeuterrolle übernimmt, die jetzt der Grundbesitzer hat. In den Pachtkontrakten muss das jedenfalls verhindert werden.

Weiter meinten wir, nicht verkennen zu dürfen, dass beim Fallenlassen dieses Paragraphen die Erwägung von Einfluss gewesen ist, dass in dem Hervorrufen einer neuen Klasse selbständiger kleiner Bauern eine Gefahr liegt für die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie strebt nach Befreiung der Arbeiterklasse, aber nicht dadurch, dass man den Einzelnen kleine Brocken gibt, um ihnen zu kleinbürgerlichen Existenzen zu verhelfen, sondern durch die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft. Dazu ist die Organisation und die Aktion der ganzen Arbeiterklasse in *einer* Richtung notwendig, und das ist nur möglich, wenn die Einheitlichkeit der Interessen gewahrt bleibt.

Selbständige kleine Bauern haben gewiss in mancher Hinsicht dieselben Interessen, wie die Arbeiter, aber in mancher Hinsicht sind ihre Interessen doch andere. Man beachte blos die künstlichen Preiserhöhungen durch Schutzzölle und andere Mittel, die den Arbeitern auf jeden Fall Schaden, den kleinen Bauern jedoch öfters Nutzen bringen werden.

Das individuelle Ziel des Landarbeiters kann sein, selbständiger kleiner Bauer zu werden, die Arbeiterklasse an sich kommt damit keinen Schritt weiter, sie hat im Gegenteil ein Interesse daran, dass die Einheitlichkeit der Interessen aller Proletarier so wenig wie möglich zersplittert wird, und das würde hier doch in mancher Hinsicht der Fall sein. In Zeiten der Krisis, in grosser Not, deren Ursache die Arbeitslosigkeit ist, würde als zeitliche Massregel das Vorstrecken des Bodens zugunsten der Arbeitslosen von der Gemeinde aus geschehen können.

Anhang.

Zum Schluss eine wichtige Bemerkung. Oft wird das platte Land und der landwirtschaftliche Betrieb als ein und dasselbe angesehen. Nach dem, was wir hier ausgeführt und bewiesen haben, dass der landwirtschaftliche Betrieb nicht die Betriebskonzentration zeigt, die in den Entwickelungstendenzen zum Sozialismus einen integrierenden Teil ausmacht, könnte man annehmen, dass die Sozialdemokratie nur in den Städten Fuss fasst, auf dem platten Land aber kein Boden für sie ist.

Dem müssen wir hier gleich widersprechen. Der landwirtschaftliche Betrieb weist die Eigenschaft aller derjenigen Betriebe auf, die sich nicht stark kapitalistisch entwickeln, nämlich, dass er an allgemeinem, gesellschaftlichen Werte verliert.

In fast allen Ländern nimmt die Zahl der Arbeiter in Industrie und Handel viel schneller zu, als in der Landwirtschaft, und in unserem Lande zeigte sich nach der Berufszählung von 1899 dieselbe Erscheinung.

Von 1889—1899 wuchs die Bevölkerung in den Niederlanden um 14 Prozent. Die Zahl der in irgend welchem Betriebe oder Berufe tätigen Personen erhöhte sich um 20 Prozent.

Diese Erhöhung war in den verschiedenen Berufsgruppen sehr verschieden. Sie betrug:

In der Jagd und Fischerei	36 Prozent
In den Handelsbetrieben	32 „
In den gewerblichen Betrieben	24 „
In den freien Berufen	10 „
In den landwirtschaftlichen Betrieben	8½ „

Die Zunahme der Zahl der in der Landwirtschaft Arbeitenden war also viel geringer als die Zunahme der Bevölkerung. Während im Jahre 1889 von 100 Berufstätigen 35 in der Landwirtschaft tätig waren, sank diese Zahl im Jahre 1899 auf 30.

Das ist eine sehr starke Verminderung der allgemeinen, gesellschaftlichen Bedeutung.

Die Hauptsache aber ist, dass die unwiderleglich festgestellte Konzentration in Industrie und Handel sich nicht nur in den Städten zeigt, sondern dass auch auf dem platten Lande dieselben Entwickelungstendenzen sich zeigen.

In den Gemeinden, die unter 5000 Einwohner aufweisen, war in den industriellen Betrieben eine absolute Verminderung der Selbständigen um 1 Prozent zu konstatieren, während die Anzahl der Unselbständigen sich um 12 Prozent erhöhte. Die Konzentrationsbewegung in den industriellen Betrieben und auch im Warenhandel ist auf dem platten Lande fast gerade so gross, wie in den Städten. Man kann also nicht davon reden, dass das platte Land wegen des Fehlens der Betriebskonzentration der Sozialdemokratie entgehe. In den Gemeinden unter 5000 Einwohnern erhöhte sich die Anzahl der Unselbständigen in Handel und Industrie allein von 129 679 auf 144 647, also um 12 Prozent, während die Bevölkerung dieser Gemeinden sich nur um 3 Prozent erhöhte. Die Zahl der Arbeiter in den industriellen und Handelsbetrieben erhöht sich also auch auf dem platten Lande. Fortwährend zahlreicher wird, trotz des oben gezeigten Zustandes in der Landwirtschaft, die Zahl der Proletarier auf dem platten Lande. Und wo das Proletariat vorhanden ist, da hat auch die Sozialdemokratie ein Ziel und eine Zukunft.

Noch eine Bemerkung: In unserem Lande wird auch den Landarbeitern die Fachorganisation gepredigt, als das einzige Mittel, das Proletariat zu befreien. Wir empfehlen den Landarbeitern die Fachorganisation sehr an. Es

ist Pflicht der Mitglieder der S. D. A. P., die Landarbeiter sind, in dieser Beziehung vorzugehen, und Pflicht der anderen Mitglieder ist es, ihnen dabei mit aller Kraft zu helfen. Doch ist hierbei ein ernsterer Vorbehalt zu machen. Die Fachorganisation findet überall grosse Hindernisse, und die Fachbewegung sieht immer mehr ein, dass die Arbeitergesetzgebung unentbehrlich ist, selbst zur Erlangung der allerkleinsten Verbesserung in der heutigen Gesellschaft. Die Tragweite der Fachorganisation der landwirtschaftlichen Arbeiter ist jedoch noch beschränkter, als die der industriellen Arbeiter. Das verstreute Wohnen auf den Dörfern, die finanzielle Schwäche des Betriebes, die grössere persönliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber, die Unmöglichkeit, von den niederen Löhnen bedeutende Beiträge zu zahlen, das alles sind Hindernisse für Fachorganisationen, die sie nicht unmöglich machen, aber die sie erschweren und das Dasein der Arbeitergesetzgebung für diese Kategorie von Arbeitern noch notwendiger machen, als für die industriellen Arbeiter.

Unser Programm enthielt von allem Anfang an die Forderung der Arbeiterversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung für alle Arbeiter, auch für die der Landwirtschaft. Die Vernachlässigungen der landwirtschaftlichen Arbeiter durch die Regierenden sind noch schlimmer, als die hinsichtlich der anderen Arbeiter im allgemeinen. Das bischen Arbeitergesetzgebung, das wir haben, ist auf die Landwirtschaft nicht anzuwenden, das eine Versicherungsgesetz, das Unfallgesetz, gerade so wenig.

Staatliche Altersversorgung, Unfallversicherung, Fachunterricht, kostenloser Schulunterricht, Abschaffung der Verbrauchssteuern, Normal-Arbeitstag, Wohnungs-Fürsorge, Abschaffung des Militarismus, das sind alles Punkte in unserem Programm, die die Landarbeiter in gerade so grossem Masse angehen, wie die übrigen Arbeiter.

Und inbezug auf diese Punkte besteht absolut keine starke Hoffnung, dass die Landarbeiter etwas wertvolles durch die Fachorganisation erlangen werden. Diese wird schon stets ihr Bestes tun müssen, wenn sie in Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas erkämpfen will.

Darum ist der Platz der Landarbeiter auch unter dem Gesichtspunkt der Erlangung direkter Verbesserungen der Platz der landwirtschaftlichen Arbeiter in den Reihen der politischen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, darum müssen sie vor allen Dingen, noch mehr als die anderen Arbeiter, mitkämpfen für das allgemeine Wahlrecht.

Wir sind nun mit unserem Bericht zu Ende und beantragen, dass der Kongress folgendes beschliesst:

a) Absatz 5 des Grundsatz-Programms lauten zu lassen:

»Diese Zeichen des Untergangs der bestehenden Produktionsweise, die Notwendigkeit, die Maschinen in grossem Maasse in Anwendung zu bringen, die rasche Zusammenziehung hauptsächlich der industriellen Arbeitsmittel in die Hände einer immer kleiner werdenden Anzahl Personen und die Vereinigung von diesen zu jede Konkurrenz tötenden Gesellschaften (Trusts usw.), führen notwendig zu einer gesellschaftlichen Organisation der Produktionsweise (Sozialistische Gesellschaft).

b) Paragraph IX des Kampfprogramms lauten zu lassen:

»Bildung von Pachtkommissionen, gewählt durch und bestehend aus Delegierten von Grundbesitzern, Pächtern und Arbeitern, mit der Bestimmung, dass kein Pachtkontrakt giltig ist, wenn er nicht durch die gemeinschaftliche Pachtkommission gutgeheissen wurde.«

»Erweiterung der Artikel 1628 und 1629 des Bürgerlichen Gesetzbuches im Interese der Mieter (Pächter) mit dem Verbote, diese Artikel ausser Kraft zu setzen.«

»Anspruch des fortziehenden Pächters auf Vergütung der Verbesserungen, die er im Pachtobjekt angebracht hat.«

»Erweiterungen des Enteignungsrechtes, um den Boden in die Hände des Staats oder der Gemeinde zu bringen.«

»Verbot des Verkaufs von Grund und Boden von seiten öffentlicher Körperschaften an Private.«

»Anerkennung des Jagdrechtes derjenigen, die den Grund und Boden bewirten.«

»Ausbreitung des landwirtschaftlichen Fachunterichts.«

c) Die landwirtschaftlichen Paragraphen im Wahlprogramm zu streichen.

Amsterdam, 19. Februar 1904.

H. Gorter, G. W. Melchers, P. L. Tak, Vorsitzender,
P. J. Troelstra, W. H. Vliegen, Sekretär und Berichterstatter.*)

---

*) Anmerkung des Uebersetzers: Das sechste Mitglied der Kommission, Kalsbeck, konnte an keiner Sitzung teilnehmen, da er krank war.

III. Urkunden des Sozialismus.

Das Manifest und Programm des Nordrussischen Arbeiterbundes von 1879.

Der »Nordrussische Arbeiterbund« wurde Ende 1878 gegründet; er zählte einige hundert Mitglieder. Er richtete eine geheime Druckerei ein, welche jedoch während des Satzes der ersten Nummer der Zeitung »Sarja Rabotschawo« — Die Fahne der Arbeit — aufgehoben wurde. Zu seinen hervorragendsten Mitgliedern gehörten Stephan Chalturin und Victor Obnorsky. Leider befanden sich unter seinen Mitgliedern zwei Polizeiagenten, welche alle Mitglieder der Polizei verrieten. Victor Obnorsky, P. Peterson und A. Smirnow wurden zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Als Chalturin alle seine Pläne durch die Polizei zerstört sah, fasste er die Idee des Kaisermordes und bot im Herbst 1879 dem »Exekutivkomitee« des »Volkswillens« seine Dienste an. Es wurde verabredet, dass Cholturin den Kaiser im Winterpalais in die Luft sprengen sollte. Am 5. Februar 1880 erfolgte die beispiellose Explosion im Winterpalast, und Chalturin reiste nach dem Süden Russlands ab. Am 18. März 1882 wurde von ihm und einem andern Arbeiter, namens Schelwakow, der Staatsprokurator Strelnikow getötet, und am 22. cr. wurden die beiden von der Regierung gehängt.

Das Programm des Bundes ist deshalb wichtig, weil es einen scharf ausgesprochenen politischen Charakter hat, während die damalige revolutionäre Organisation der »Intelligenz«, die »Semlja und Wolja«, die Politik verwarf. Der Bund war die erste Partei in Russland, welche sich als sozialdemokratisch erklärte.

Der Uebersetzer.

* * *

An die russischen Arbeiter!

In Erwägung all des Schadens des auf uns mit der vollen Kraft seiner blinden Laune lastenden politischen und ökonomischen Druckes, in Erwägung der Unerträglichkeit unserer sozialen Lage, die uns des Glaubens an die Möglichkeit einer einigermassen erträglichen Existenz beraubt, in Erwägung endlich der Unleidlichkeit der bestehenden Verhältnisse, welche uns mit vollster materieller Entbehrung und geistiger Verkümmerung bedroht, haben wir, Petersburger Arbeiter, auf der Generalversammlung vom 23. bis 30. Dezember 1872 den Entschluss gefasst, einen allgemeinen russischen Arbeiterbund zu gründen, welcher die zerstreuten Kräfte der städtischen und ländlichen Arbeiterbevölkerung zusammenschliessen, sie über ihre Interessen, Ziele und Bestrebungen aufklären soll und ihr dadurch einen genügenden Schutz im Kampfe gegen ihre soziale Rechtlosigkeit, und die innere, organische, für einen erfolgreichen Kampf nötige Einheit gewähren wird . . .*)

»Der Nordrussische Arbeiterbund« schliesst sich in seinen Zielen an die sozialdemokratische Partei des Westens eng an und stellt als sein Programm folgendes auf:

Er erstrebt:

1. Beseitigung der jetzigen politischen und ökonomischen Staatsordnung als äusserst ungerecht.

2. Freie volkstümliche Föderation der Gemeinden, welche politisch völlig gleichberechtigt sind und eine auf dem russischen Gewohnheitsrecht begründete unbeschränkte innere Selbstverwaltung geniessen.

---

*) Hier folgt ein Organisationsstatut, welches wir nicht wiedergeben, weil es kein besonders historisches Interesse hat. *D. U.*

3. Abschaffung des Grundeigentumrechts und dessen Umwandlung in gemeinschaftlichen Grundbesitz.

4. Organisation der Arbeit in Genossenschaften (Associationen), in welchen Erzeugnisse und Produktionsmittel den erzeugenden Arbeitern gehören.

Da die politische Freiheit jedem einzelnen die Selbständigkeit der Ueberzeugung und des Handels gewährt, und da sie vor allem die Lösung der sozialen Frage ermöglicht, so stellt der Bund im Anschluss an seine obigen Forderungen folgendes auf:

1. Rede- und Pressfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht.

2. Abschaffung der geheimen Polizei und die Einstellung des Verfahrens gegen politische Verbrecher.

3. Abschaffung der Standesrechte und Vorrechte.

4. Obligatorischer und unentgeltlicher Unterricht in allen Schulen und Lehranstalten.

5. Herabsetzung der Zahl des stehenden Heeres oder seine Ersetzung durch Volkswehr.

6. Recht der Landgemeinden, die sie angehenden Fragen, wie z. B. die Höhe der Steuern, die Ausscheidung der Landparzellen an die Bauern und die innere Selbstverwaltung selbständig zu lösen.

7. Abschaffung des Passzwanges und Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit.

8. Ersetzung aller indirekten Steuern durch eine direkte proportionale Einkommen- und Erbschaftssteuer.

9. Gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages und Verbot der Kinderarbeit.

10. Einführung von Produktionsgenossenschaften, Kreditkassen und unentgeltlicher Kredit für Produktivgenossenschaften und ländliche Gemeinden.

Das ist im grossen und ganzen das Programm, wonach zu handeln die Generalversammlung der Petersburger Arbeiter vom 23. und 30. Dezember sich zur Aufgabe gestellt hat.

Der »Nordrussische Arbeiterbund« hofft, durch unermüdliche und tätige Propaganda unter seinen Brüdern das zu erreichen, dass er auch bei uns den Arbeiterstand hervortreten lässt und dazu zwingt, von ihm und seinen Rechten reden zu machen. Deshalb hat jedes Mitglied dieses Bundes die heilige Pflicht, unter der unterdrückten und gerechten Forderungen entgegenkommenden Arbeitermasse nach Kräften zu agitieren. Die Nachwelt wird seiner Verdienste nicht vergessen, und sein Name wird als der eines Apostels der evangelischen Wahrheit in den Annalen der Geschichte eingeschrieben werden.

Arbeiter! an euch, an euer Gewissen und Bewusstsein wenden wir uns.

Der grosse sociale Kampf hat schon begonnen, und wir haben keine Zeit zu verlieren; unsere Brüder des Westens haben schon die Fahne der Befreiung der Massen erhoben, uns bleibt nur übrig, uns ihnen anzuschliessen. Hand in Hand mit ihnen werden wir vorwärts schreiten und in brüderlicher Eintracht uns zu einer Kampfesmacht zusammenschliessen . . .

Wir Arbeiter haben eine grosse Aufgabe zu erfüllen, uns und unsere Brüder zu befreien, auf uns liegt die Pflicht, die in Ueppigkeit schwelgende Welt geistig wiederzubeleben, und wir müssen es vollbringen.

Erinnert euch, wer diejenigen waren, bei denen die grossen Worte Christi zuerst einen Widerhall gefunden haben, wer die ersten Träger seiner weltumwälzenden Lehre von Liebe und Brüderlichkeit waren, — einfache Landleute . . . Auch wir müssen Apostel sein, auch wir haben eine neue, aber in der Wirklichkeit nicht verstandene und vergessene Lehre Christi zu verkünden. Man wird uns verfolgen, wie man die ersten Christen verfolgt hat, man wird uns quälen, mit uns Spott treiben, aber bleiben wir unerschrocken, bleiben wir unberührt von dem Spotte jener, da ihre Erbitterung uns schon ihre Ohnmacht im Kampfe mit diesen grossen sittlichen Ideen, im Kampfe mit der Kraft, welche sie darstellen, zeigt.

»Ihr verderbt die Welt«, wird man uns sagen, »ihr zerstört die Familie, ihr beschimpft das Eigentum, entweiht die Religion.« Nein, werden wir darauf antworten, nicht wir verderben die Welt, sondern ihr; wir haben keine Schuld an all dem Bösen. Im Gegenteil, wir wollen die Welt erneuern, die

Familie wiederherstellen, das Eigentum in gehörigem Zustande wiedereinsetzen, die grosse Lehre Christi von Freiheit und Gleichheit mit neuem Leben erfüllen.

Arbeiter! tretet mutig unter unsere Fahne der sozialen Revolution, schliesst die brüderliche Familie und, mit dem geistigen Schwert der Wahrheit gerüstet, geht hinaus in Stadt und Land für unsere Lehre zu werben! Darin liegt euere Zukunft, und euer Erfolg in euerer sittlichen Kraft, — sie macht euch stark, mit ihr erobert die Welt.

Wisset, dass ihr die ganze Kraft und Würde des Landes ausmachet, ihr seid das Mark und Bein des Staates. Ohne euch könnten auch die anderen, euer Blut aufsaugenden Klassen nicht bestehen. Ihr seid euch dessen unklar bewusst, aber ihr habt keine Organisation, keine leitende Idee; seid endlich ohne die so zur Abwehr des Feindes unentbehrliche moralische Stütze. Aber wir, der Arbeiterklasse angehörenden Gründer des »Nordrussischen Arbeiterbundes« geben euch den Ariadnefaden, zeigen euch, dass die moralische Stütze in dem Zusammenschluss euerer Interessen liegt, und, endlich, geben euch auch diejenige Organisation, die euch not tut.

Und nun, Arbeiter, ihr habt das letze Wort zu sagen, von euch hängt das Schicksal des grossen Bundes und der Erfolg der sozialen Revolution in Russland ab!

Gedruckt nach Wunsch der Arbeiter.

»Petersburger Freie Typographie« 12. Jan. 1879.

Manifest der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1898).

Vor 50 Jahren durchbrauste Europa der belebende Sturm der Revolution von 1848.

Damals trat zum ersten Mal die moderne Arbeiterklasse als eine geschichtliche Kraft auf. Mit ihrer Hilfe gelang es der Bourgeoisie, mit vielen veralteten feudal-monarchistischen Einrichtungen aufzuräumen. Aber die Bourgeoisie erkannte bald in ihrem neuen Bundesgenossen ihren ärgsten Feind und lieferte sich selbst, die Arbeiter und die Freiheit in die Hände der Reaktion. Es war indes schon zu spät: die Arbeiterklasse, für eine Zeitlang gebändigt, betrat 10—15 Jahre darauf wieder die historische Bühne — mit verdoppelter Kraft, mit entwickeltem Selbstbewusstsein, als reifer Kämpfer für ihre endliche Befreiuung.

Russland blieb während dieser Zeit scheinbar abseits der Heerstrasse der historischen Bewegung. Der Klassenkampf kam nicht zur Erscheinung, aber er existierte doch, und — was die Hauptsache ist — wuchs und reifte immer mehr. Die russische Regierung säete selbst mit löblichem Eifer die Samen des Klassenkampfes, indem sie die Bauern ins Elend stürzte, die Gutsbesitzer in Obhut nahm und die Kapitalisten auf Kosten des arbeitenden Volkes bereicherte. Aber die bürgerliche kapitalistische Ordnung ist ohne das Proletariat undenkbar. Die Arbeiterklasse entsteht mit dem Kapitalismus, wächst mit ihm, nimmt an Kraft zu, und wird um so rascher in den Kampf mit der Bourgeoisie getrieben, je mehr sie heranwächst.

Der russische Fabrikarbeiter, sowohl der freie Arbeiter der Gegenwart, als auch der frühere Leibeigene, hat immer einen bald versteckten, bald offenen Kampf gegen seine Ausbeuter geführt. Mit der Entwickelung des Kapitalismus nahm auch dieser Kampf zu, an welchem immer weitere Schichten der Arbeiterbevölkerung Anteil nahmen. Das Erwachen des Klassenbewusstseins des russischen Proletariats und die Entwickelung der elementaren Arbeiterbewegung fielen zusammen mit der vollsten Entwickelung der internationalen Sozialdemokratie, als der Trägerin des Klassenkampfes und der Klassenidee der zielbewussten Arbeiter der ganzen Welt. Alle neueren russischen Organisationen waren bewusst oder unbewusst im Sinne der sozialdemokratischen Idee tätig.

Eine ganze Reihe in letzter Zeit in Russland und Polen erfolgter Streiks, besonders die berühmten Petersburger Streiks der Weber und Spinner in den

Jahren 1896 und 97 zeigen am besten die Macht und Bedeutung der Arbeiterbewegung und der sich auf sie stützenden Sozialdemokratie. Diese Streiks haben die Regierung gezwungen, das Gesetz vom 2. Juni 1897 über die Dauer des Arbeitstages zu erlassen. Wie mangelhaft das Gesetz an sich auch ist, so bleibt es doch für immer ein denkwürdiger Beweis der mächtigen Wirkung, welche die Kraft der vereinigten Arbeiter auf die gesetzgeberische und auch jede andere Tätigkeit der Regierung ausübt. Umsonst aber glaubt die Regierung, durch solche Konzessionen die Arbeiter zum Schweigen bringen zu können. Ueberall erhebt die Arbeiterklasse um so grössere Ansprüche, je mehr sie Rechte bekommt. So wird es auch mit dem russischen Proletariat gehen. Bis jetzt hat man ihm nur das gegeben, was es gefordert hat, in der Zukunft wird es auch nur das bekommen, was es fordern wird.

Und was tut nicht der russischen Arbeiterklasse Not? Sie entbehrt sogar dessen, was ihre westeuropäischen Genossen frei und ruhig geniessen: Anteil an der Regierung des Reiches, Rede- und Pressfreiheit, Koalitions- und Versammlungsrecht — kurz all der Mittel, mit denen die westeuropäischen und amerikanischen Arbeiter ihre Lage verbessern und für ihre endliche Befreiung kämpfen — gegen das Privateigentum für den Sozialismus. Das russische Proletariat hat die politische Freiheit so nötig, wie frische Luft zum gesunden Atmen nötig ist. Sie ist die erste Bedingung seiner freien Entwickelung und seines erfolgreichen Kampfes für teilweise Verbesserung seiner Lage und für seine endliche Befreiung.

Aber die politische Freiheit, deren das russische Proletariat so bedarf, kann es sich nur selbst erobern.

Je näher dem Osten Europas, um so schwächer, feiger und niederträchtiger wird in politischer Hinsicht überall die Bourgeoisie; um so grössere kulturelle und politische Aufgaben fallen dem Proletariat zu. Mit seinen starken Armen muss und wird das russische Proletariat die politische Freiheit erobern. Das ist der notwendige, aber auch nur der erste Schritt zur Verwirklichung der grossen historischen Mission des Proletariats, eine solche gesellschaftliche Odnung zu schaffen, wo der Mensch den Menschen nicht wird ausbeuten können.

Das russische Proletariat wird das Joch der Selbstherrschaft abschütteln, um mit desto grösserer Energie den Kampf mit dem Kapitalismus und der Bourgeoisie fortzuführen — bis zum endgültigen Siege des Sozialismus. — Die ersten Schritte der russischen Arbeiterbewegung und der russischen Sozialdemokratie mussten notwendig zerstreut, in gewissem Sinne zufällig, planlos sein und entbehrten der Einheit. Jetzt ist die Zeit gekommen, die lokalen Arbeiterkräfte, Vereine und Organisationen der russischen Sozialdemokratie in eine gesamte »Russische sozialdemokratische Arbeiterpartei« zu vereinigen. In Erwägung dessen haben die Delegierten des »Bundes für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse«, des »Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Russland und Polen« und der Gruppe, die die »Die Arbeiterzeitung« herausgibt, — einen Parteitag veranstaltet, dessen Beschlüsse weiter angeführt werden.*)

Die Ortsverbände sind, indem sie sich zu einer Partei zusammenschliessen, der Bedeutung dieses Schrittes und der daraus entspringenden Verantwortlichkeit wohl bewusst. Mit diesem Schritte haben sie den Uebergang der russischen revolutionären Bewegung zur neuen Periode des bewussten Klassenkampfes endgültig vollzogen. Als eine in ihren Zielen sozialistische Bewegung, setzt die russische sozialdemokratische Partei die Sache und die Ueberlieferung der ganzen ihr vorhergegangenen revolutionären Bewegung in Russland fort; indem die Partei als Ganzes als ihre nächste, wichtigste Aufgabe die Erringung der politischen Freiheit anerkennt, verfolgt die Sozialdemokratie das bereits von den berühmten Führern der alten »Narodnaja Wolja« (»Volkswille«) erstrebte Ziel. Aber der Weg und die Mittel, welche die Sozialdemokratie zur Erreichung dieses Zieles wählt, sind andere. Diese Wahl wird dadurch be-

*) Wir bringen diese Beschlüsse nicht, weil sie sich nur auf die Organisation der Partei beziehen; wir erwähnen nur, dass der »Jüdische Arbeiterbund« als autonomer Teil in die Gesamtpartei eingetreten ist, selbständig in allen das jüdische Proletariat betreffenden Fragen.

stimmt, dass sie bewusst strebt, eine Klassenbewegung der organisierten Arbeitermassen zu sein und zu bleiben. Sie ist fest überzeugt, dass »die Befreiung der Arbeiterklasse nur die Sache der Arbeiter selbst sein kann« und wird immer suchen, alle ihre Handlungen mit diesem Grundprinzip der internationalen Sozialdemokratie in Uebereinstimmung zu bringen.

Es lebe die russische, es lebe die internationale Sozialdemokratie!

(Aus dem Russischen übersetzt von N. N.)

Kommunalprogramm und Manifest der Norwegischen Sozialdemokratie.

(Beschlossen auf dem vom 23. bis 26. Mai zu Drammen 1904 abgehaltenen Parteitag.)

1. Kommunalprogramm.

»Unter Hinweis auf unser prinzipielles Programm werden als Minimalprogramm für die Kommunalwahlen 1904 folgende Forderungen aufgestellt:

1. Fortdauernde Entwickelung der Volksschule zur Erreichung des Zieles einer gemeinsamen Schule für alle Kinder. (Die Kosten für alle Unterrichtsmaterialien sind durch Steuermittel zu bestreiten.)
2. Uebernahme der Krankenpflege durch die Kommune. (Anstellung von Aerzten und Hebammen mit festen Gehältern; kommunale Krankenhäuser.)
3. Kommunale Kinderheime ohne Vermittelung der Armenpflege.
4. Humane Fürsorge für bedürftige Alte und Arbeitsunfähige durch Errichtung kommunaler Pflegeheime.
5. Kommunale Bibliotheken und Badeansalten.
6. Die ordentlichen Budgets der Gemeinde sind den Verhältnissen entsprechend durch eine Summe zu erhöhen, die zu einem Fonds verwendet wird zur Vorbeugung von Arbeitslosigkeit und zu eventueller augenblicklicher Hilfe dagegen, sowie zu Zuschüssen für die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften.
7. Abschaffung des Kontraktunternehmerwesens.
8. Keine neuen Verkaufsstätten für berauschende Getränke, möglichst grosse Einschränkung und Besteuerung der bestehenden Verkaufsstätten.«

2. Manifest.

Das ökonomische Leben in unserem Lande befindet sich zurzeit in einer Niedergangsperiode, die einer Zeit der Ueberspekulation und Ueberproduktion folgte. Diese ökonomische Revolution, die selbst eine Folge des kapitalistischen Systems ist, bewirkt, dass in diesen Niedergangszeiten die ersparten Gelder und Werte der Kleinbürger in die Hände der Grossbürgerschaft und des internationalen Kapitalismus übergehen, während diese Kleinbürger die Reihen des eigentumslosen Proletariats vermehren.

Schon jetzt hat der internationale Kapitalismus die ökonomische Herrschaft in unserem Lande erobert, indem er Beschlag gelegt hat auf unsere reichen Erzfelder und Bergwerke, Wasserfälle, Wälder und grossen Landflächen, und ist damit zum eigentlichen Herrn unseres Landes geworden. Durch Hypothekarprioritäten, durch Aktiengesellschaften, Banken und mancherlei andere Organe und Ausbeutungsformen hat er den ererbten Eigentumsbegriff untergraben. Die Folgen dieser Niedergangsperiode abzuwehren, hat die herrschende Grossbürgerklasse weder die Fähigkeit noch den Willen, und sie zeigt damit ihre Untauglichkeit als herrschende Klasse: die Arbeitslosigkeit ist gewachsen; die Steuern sind gestiegen und die öffentlichen Staats- und Kommunalschulden vermehrt, während ein beständiger Strom von Auswanderern unser Land seiner kräftigen und arbeitswilligen Jugend beraubt, unerachtet der grossen Nationalwerte, die unerschlossen daliegen. Wie in allen anderen Ländern hat der

Kapitalismus sich auch bei uns in einer beständigen Vermehrung der kolossalen und unerträglichen Militärlasten gezeigt.

Die Folge dieser unerträglichen Zustände bei Eroberung unseres Landes durch den Kapitalismus ist ein beständig grösserer und stärkerer Zuwachs zur sozialdemokratischen Partei Norwegens, die sich auf das genaueste der internationalen Sozialdemokratie anschliesst, welche die Leitung des organisierten Klassenkampfes des Proletariats über die ganze Welt in der Hand hat. Dies bringt uns zur Erkentnis und zum Verständnis der Tatsache, dass der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft nicht fern ist.

Die Landesversammlung der Arbeiter, Norwegens Volksthing, richtet deshalb die dringende Aufforderung an die norwegische Arbeiterklasse, ihre gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Organisation zu vervollkommnen und dadurch sich zum letzen entscheidenden Kampf für die Einführung der sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten.«

Das Programm der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten.

Beschlossen am 5. Mai 1904 auf dem Nationalen Kongress der Partei, abgehalten in Chicago.

I.

Wir, die Sozialistische Partei, in Konvention versammelt, appellieren an das amerikanische Volk als die Verteidiger und Erhalter der Idee der Freiheit und Selbstregierung, in welcher die Nation geboren wurde; als die einzige politische Bewegung, die für das Programm und die Prinzipien, durch welche die Freiheit des Individuums eine Tatsache werden könnte, eintritt; als die einzige politische Organisation, die demokratisch ist und die den Zweck der Demokratisierung der ganzen Gesellschaft verfolgt.

Dieser Freiheitsidee sind die republikanische und die demokratische Partei gleich untreu gestimmt. Sie kämpfen beide um die Macht, das bestehende industrielle System zu erhalten und davon zu profitieren. Das kann aber nur erhalten bleiben, wenn man die Freiheiten, welche wir bereits haben, vollständig vernichtet und weitere Versklavung und Bedrückung der Arbeit durchsetzt.

Unsere amerikanischen Einrichtungen wurden im Namen der Freiheit geschaffen. Sie werden aber von der kapitalistischen Klasse dazu benutzt, die Idee der Freiheit im Volke auszumerzen. Unsere Staats- und Nationalgesetzgebungen sind einfache Agenturen der grossen Eigentums-Interessen geworden. Diese Interessen bestimmen die Ernennungen und Entscheidungen der Richter in unseren Gerichtshöfen. Die ganze Regierungsgewalt ist nahezu Privatbesitz geworden. Und man gebraucht sie, um fremde und schwächere Völker zu betrügen und zu besiegen, um neue Märkte zu etablieren, um den Warenüberschuss, den das Volk erzeugt, aber, weil zu arm, nicht kaufen kann, dort abzusetzen. Schrittweise wird das Wahlrecht bedrängt und eingeschränkt, um dadurch das Recht der Arbeiter, in öffentlichen Angelegenheiten mit zu entscheiden, zu verringern. Indem man neue Gesetze erlässt oder alte Gesetze falsch auslegt, bereitet man einen Angriff auf die Freiheit des einzelnen vor, für sich oder das allgemeine Wohl zu sprechen oder zu denken.

Durch die Kontrolle aller Quellen gesellschaftlicher Einkünfte ist die besitzende Klasse befähigt, etwaige Proteststimmen gegen das Verschwinden der Freiheit und das Nahen der Tyrannei stumm zu machen. Sie kontrolliert vollständig die Universität und die Volksschule, die Kanzel und die Presse, die Kunst und die Literatur. Indem sie dieselben wirtschaftlich von sich abhängig macht, hat sie alle Formen des öffentlichen Unterrichts in sklavische Abhängigkeit von ihren eigenen Interessen gebracht.

Unsere politischen Einrichtungen werden auch gebraucht als Zerstörer jenes persönlichen Eigentums, auf welchem jede Freiheit und Unabhängigkeit beruht. Das Versprechen wirtschaftlicher Unabhängigkeit für jedermann war einer der Grundsätze, unter denen unsere Einrichtungen gegründet wurden. Aber unter dem Deckmantel, das Privateigentum zu schützen, werden unsere politischen Einrichtungen vom Kapitalismus benutzt, es für die grosse Masse menschlicher Wesen unmöglich zu machen, jemals die zum Leben notwendigen Mittel als Privateigentum zu besitzen.

Der Kapitalismus ist der Feind und Zerstörer des eigentlichen Privateigentums. Er entwickelt sich durch die zum gesetzlichen Zustand gewordene Aneignung alles dessen, was die Arbeit der werktätigen Klasse erzeugt, soweit es das zum Leben Unentbehrliche übersteigt. Der Privatbesitz der Arbeitsmittel drängt die Gesellschaft in eine wirtschaftliche Sklaverei, welche die geistige und politische Tyrannei unvermeidlich macht.

Der Sozialismus kommt deshalb, um Industrie und Gesellschaft so zu organisieren, dass jeder einzelne sicher ist, den Privatbesitz seines Lebensunterhalts, auf dem die Freiheit seines Daseins, seiner Denk- und Handlungsweise beruht, zu haben. Er kommt, um das Volk von den immer heftiger und erfolgreicher werdenden Angriffen des Kapitalismus auf die Freiheit des einzelnen zu retten.

II.

Als eine amerikanische sozialistische Partei beteuern wir unser Festhalten an den Prinzipien des internationalen Sozialismus, wie sie verkörpert werden in dem einigen Denken und Handeln der Sozialisten aller Nationen. In der bereits erreichten industriellen Entwickelung trennen keine nationalen Grenzen mehr die Interessen der Arbeiter der Welt. Die Lage der ausgebeutetsten und unterdrücktesten Arbeiter im entferntesten Winkel der Welt führt unvermeidlich dahin, alle Arbeiter der Welt auf denselben Punkt herabzudrücken. Die Tendenz des Konkurrenz-Lohnsystems macht die niedrigste Lage der Arbeiterschaft zum Massstab oder zur Regel der allgemeinen Lage. Industrie und Handel sind nicht mehr national, sondern international, sowohl in Organisation wie in Resultaten. Das Hauptmerkmal der nationalen Grenzen und des sogenanten Patriotismus, welchen die herrschende Klasse aller Nationen wieder zu beleben sucht, ist die Möglichkeit, welche sie dem Kapitalismus geben, die Arbeiter der Welt an der Vereinigung zu hindern, sie gegeneinander auszuspielen in den Kämpfen der streitenden kapitalistischen Interessen um die noch unausgebeuteten Märkte der Welt oder die verbleibenden Quellen des Profits.

Die sozialistische Bewegung ist deshalb eine Weltbewegung. Sie kennt keinen Konflikt zwischen den Arbeitern der einen Nation und den Arbeitern einer anderen Nation. Sie tritt für die Freiheit der Arbeiter aller Nationen ein und erstrebt somit die Freiheit der ganzen Menschheit.

III.

Die sozialistische Bewegung dankt ihre Geburt und Entwickelung jener wirtschaftlichen Entwickelung oder dem Weltprozess, der immer mehr eine arbeitende oder produzierende Klasse von einer besitzenden oder kapitalistischen Klasse trennt. Die Klasse, welche nichts produziert, besitzt die Früchte der Arbeit und die Gelegenheiten und Freuden, welche diese Früchte gewähren, während die Klasse, welche die wirliche Arbeit der Welt tut, wirtschaftliche Unsicherheit, stetig sich mehrendes körperliches und geistiges Elend als Anteil erhält.

Die Tatsache, dass diese beiden Klassen sich dieser Unterscheidung noch nicht vollkommen bewusst geworden sind, und die Tatsache, dass die Trennungslinien und Interessen noch nicht ganz klar sind, ändert an der Tatsache des Klassenkampfes nichts.

Dieser Klassenkampf entsteht durch den Privatbesitz der Arbeitsmittel oder der Produktionsmittel. Wo immer und wann immer der Mensch sein eigenes Land und die Geräte besass und durch sie nur die Dinge erzeugte, welche er selbst verbrauchte, war ökonomische Unabhängigkeit möglich.

Aber die Produktion, oder die Warenerzeugung, hat lange aufgehört, die Arbeit der einzelnen zu sein. Gruppenarbeit, die Arbeit von Tausenden zuweilen, ist heute fast in jedem Produkt enthalten. Die Produktion ist heute gesellschaftlich oder gemeinsam. Tatsächlich geschieht alles durch viele Personen, die zuweilen durch Meere oder Erdteile getrennt sind, aber zu demselben Zweck zusammenarbeiten. Aber dies Zusammenarbeiten in der Produktion geschieht nicht, um die Dinge herzustellen, welche die Arbeiter, die sie machen, selbst verbrauchen wollen, sondern für den Profit der Besitzer der Produktionsmittel. Und dies erzeugt die Trennung der menschlichen Gesellschaft in zwei unterschiedliche Klassen; und dadurch entsteht all das Elend, der Missklang und die Widersprüche unserer Zivilisation.

Zwischen diesen beiden Klassen ist ein Ausgleich oder eine Vereinigung der Interessen nicht möglich, ebenso wenig wie es mitten im Kriege Frieden geben kann, oder Licht inmitten von Dunkelheit. Eine Gesellschaft, die auf dem Klassengegensatz beruht, trägt in sich selbst den Samen ihrer eigenen Zerstörung.

Eine solche Gesellschaft ist gegründet auf grundsätzliches Unrecht. Da ist keine Grundlage möglich für gesellschaftlichen Frieden, für die Freiheit des einzelnen, für geistige und moralische Harmonie, ausgenommen in dem bewussten und vollständigen Triumph der Arbeiterklasse, als der einzigen Klasse, welche ein Recht oder die Fähigkeit zu bestehen hat.

IV.

Das sozialistische Programm ist keine Theorie, die man der Gesellschaft zur Annahme oder Ablehnung anbieten kann. Es ist nur die Erklärung dessen, was früher oder später unvermeidbar ist. Der Kapitalismus arbeitet bereits an seiner Selbstzerstörung. Er ist nicht länger befähigt, die Arbeit der Welt zu organisieren oder zu leiten; oder sich selbst zu bewahren. Die »Kapitäne der Industrie« sind verblüfft über ihre eigene Unfähigkeit, die sich schnell vergesellschaftenden Industriekräfte zu kontrollieren oder zu leiten.

Der sogenannte »Trust« ist nur ein Zeichen und eine Form der sich entwickelnden Vergesellschaftung der Weltarbeit.

Das Anwachsen der allgemeinen Unsicherheit der Beschäftigung, das allgemeine kapitalistische Bestreben, die Einigkeit der Arbeiter in den Gewerkschaften zu vernichten, die weitverbreitete Besorgnis vor einer bevorstehenden Veränderung, enthüllen, dass die Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft der Macht der ihnen innewohnenden Kräfte bald erliegen werden.

Inmitten dieser Spannung und Krisis der Zivilisation erscheint die sozialistische Bewegung als die einzige rettende oder erhaltende Macht. Wenn die Welt gerettet werden kann vom Chaos, von allgemeiner Unordnung oder Elend, so muss es durch die Vereinigung der Arbeiter aller Nationen zur sozialistischen Bewegung geschehen. Die »Sozialistische Partei« kommt mit dem einzigen Vorschlag oder Programm, die Nation zum allgemeinen Besten aller Bürger intelligent und bedachtsam zu organisieren. Es ist das erste Mal, dass der Menschengeist auf die bewusste Organisierung der Gesellschaft hingewiesen worden ist.

Sozialismus bedeutet, dass alle jene Dinge, welche das Volk als Ganzes braucht, auch von der Allgemeinheit besessen und verwaltet werden sollen.

Er bedeutet, dass die Arbeitsmittel ihren Erzeugern und Benützern gehören müssen, dass alle Produktion zum direkten Verbrauch durch die Produzenten geschehen soll, dass die Warenproduktion für den Profit aufzuhören hat, wie dass wir alle gemeinschaftlich zu arbeiten haben, und dass alle Möglichkeiten des Daseins allen gleichmässig offen stehen sollen.

V.

Damit die Arbeiter jeden möglichen Vorteil, der sie in der Erlangung der vollständigen Kontrolle der Regierungsgewalt stärken kann, ergreifen können, und um so eher das genossenschaftliche Gemeinwesen etablieren können, verpflichtet sich die Sozialistische Partei, sowohl im wirtschaftlichen wie im politischen Kampf zu wachen und zu arbeiten, um die nachstehend genannten Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse zu wahren.

Sie erklärt sich

für Verringerung der täglichen Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne;

für die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle, Krankheit und Arbeitslosigkeit;

für öffentlichen Besitz der Verkehrs-, Beförderungs- und Tauscheinrichtungen;

für stufenweis steigende Besteuerung der Einkommen, Erbschaften, Gerechtsame und Grundeigentumswerte, die Erträge davon sollen angewendet werden, um öffentliche Beschäftigung zu beschaffen und die Lage der Arbeiterkinder zu verbessern;

für das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen;

für die Behinderung des Gebrauchs des Militärs gegen die Arbeiter zur Beilegung von Streiks;

für freie Rechtspflege;

für volkstümliche Regierung, einschliesslich Initiative, Referendum, proportionale Vertretung, und die Abberufung von Beamten durch ihre Wähler; sowie für jeden Vorteil, der dem kapitalistischen System entrungen werden kann, um die Leiden der Arbeiterklasse zu verringern und ihre Macht zu stärken.

Wir legen jedem, der zu einem verwaltenden oder gesetzgebenden Amte gewählt wird, als erste Pflicht auf, das zu erstreben, was das augenblickliche Interesse der Arbeiter zuerst erheischt, und was immer die wirtschaftliche und politische Macht der Kapitalisten vermindert und die gleiche Macht der Arbeiter stärkt.

Indem wir das tun, brauchen wir aber diese Hilfsmittel nur zu dem einen grossen Endzweck: das genossenschaftliche Gemeinwesen zu erstreben. Solche Hilfsmassnahmen, die wir dem Kapitalismus abringen können, sind nur eine Vorbereitung für die Arbeiter, die ganze Regierungsgewalt zu ergreifen, damit sie dann das ganze Industriesystem in die Hände bekommen und ihr rechtmässiges Erbteil erlangen.

Wir verpflichten uns deshalb als eine Partei der Arbeiterklasse, die ganze politische Gewalt, so bald sie uns von unseren Arbeitsgenossen anvertraut wird, für ihre nächstliegenden Interessen und die schliessliche und vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse zu gebrauchen.

Wir appellieren deshalb an alle Arbeiter Amerikas und an alle diejenigen, welche edel und selbstlos Leben, Zeit und Energie diesem Kampfe der Arbeiter widmen wollen, mit der Sozialistischen Partei Schulter an Schulter zu kämpfen.

Indem wir um das Vertrauen und die Wahlstimmen unserer Arbeitsgenossen ersuchen, appellieren wir zugleich an sie für ihre eigene Wohlfahrt und Freiheit sowie für die Freiheit und das Wohlergehen aller Mitmenschen. Wir verpflichten uns selbst und diejenigen, welche wir vertreten, dem Appell, den wir erheben, treu zu bleiben, und glauben damit den Boden der wirtschaftlichen Freiheit vorzubereiten, auf dem die Freiheit der ganzen Menschheit erwachsen soll.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

14. Mai 1904.

Die Geschichte einer Zeitung. — Jean Longuet, Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. — Gustav Jaekh, Die Verstaatlichung der Leipziger Ortskrankenkasse. — Heinrich Cunow, Die Kartelle in Theorie und Praxis. — Paul Barthel, Der Chemigraphentarif. — Karl Kautsky, Das Wachstum der sozialistischen Tagespresse. — Literarische Rundschau. — Notizen.

21. Mai 1904.

Bülow in Nöten. — K. Kautsky, Schmoller über den Fortschritt der Arbeiterklasse. — Rudolf Krafft, Etwas von der Kriegskunst. — H. Vogel, Der notwendige Ausbau der Tuberkulosebekämpfung. — Hugo Hillig, Heimatschutz. — Milerad Popowitsch, Die beiden Arbeiterkongresse in Belgrad. — Literarische Rundschau.

28. Mai 1904.

Eine Bergpredigt. — Karl Kautsky, Der heilige Franz von Assisi. — Heinrich Cunow, Die Kartelle in Theorie und Praxis. — Ernst Untermann, Der Parteitag der amerikanischen Sozialdemokratie. — Literarische Rundschau. — Notizen.

4. Juni 1904.

Sozialdemokratische Wandlungen. — Heinrich Cunow, Die Kartelle in Theorie und Praxis. — G. Heinke, Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft und der Arbeiterschutz. — Erik Brunte, Der Arbeitsvertrag auf korporativer Grundlage in Dänemark. — Der neue Weg zur Volksbildung. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Mai 1904.

Max Schippel, Ein fabischer Spottvogel über die Zollfrage in England. — Karl Legien, Die gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine. — Emil Vandervelde, Zur politischen Lage in Belgien. — Dr. Claudio Treves, Der Parteitag in Bologna. — George Sorel, Die Ethik des Sozialismus. — Dr. Otto Popitz, Entwickelungsperspektiven des Aerztestandes. — Dr. James Broh, Parteidisziplin und Wissenschaft. — Dr. Rudolf Lautenbach, Zwangserziehung. — Rundschau: Wirtschaft, Politik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Frauenbewegung, Bildende Kunst, Bücher, Notizen.

Juni 1904.

Eduard Bernstein, Vom Wert des Parlamentarismus. — Adolph von Elm, Unternehmerterrorismus und Abwehrtaktik der Arbeiter. — Georg Schmidt, Die Maifeier. Ein Wort zum internationalen Kongress. — Wilhelm Kolb, Ueber Verkehrspolitik. — Dr. Arthur Schulz, Agnes Miegel. — Wally Zepler, Probleme des Frauenlebens. — Edmund Fischer, Freiheit, Demokratie, Disziplin. — Wilhelm Düwell, Ueber die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. — Rundschau: Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Geistige Bewegung, Frauenbewegung, Geschichtswissenschaften, Bildende Kunst, Bücher.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Mai 1904.

Albert Thomas, Une Commune de Banlieue. — Gabrielle Ellen Prevot, Les récents mouvements agraires dans le Midi de la France. — Maurice Hauriou, Le Régime d' Etat. — Eugène Fournière, L'Interventionnisme de l' ancien Régime et du Régime moderne. — Gustave Rouanet, Les héros d'Homère. — F. Borde, Correspondance. — Adrien Veber, Mouvement social. — Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Mai 1904.

Arturo Labriola, Le Socialisme en Italie. — Charles Bonnier, Union révolutionnaire et division reformiste. — Edouard Berth, L'utopie du professeur Menger. — G. Plekhanoff, Les Socialistes russes et la guerre. — Louis Dubreuilh, Les elections municipales. — Les Partis socialistes. — Les Coopératives. — Revue critique. — Notes Bibliographiques.

L'Avenir Social, Brüssel.

Mai 1904.

Gustave Defnet. — Emil Vandervelde, La politique scolaire des clericaux en Belgique. — La lutte contre la grève. — Mouvement ouvrier et socialiste internationale. — Bulletin coopératif.

III. In englischer Sprache.

The International Socialist Review, Chicago.

Mai 1904.

Report of National Secretary. — National Platform. — National Constitution. — State and Municipal Program. — List of Delegates. — Resolutions. — Speech of Acceptance. — Speech of Acceptance. — Proceedings of the Convention.

The Comrade, New York.

Mai 1904.

William Edlin, Socialist Journalists of the Ghetto. — Peter E. Burrowes, Woman and her Masters. — Ernest Crosby, Wrongs and Remedies. — M. E. Oswald, An Incident.

IV. In italienischer Sprache.

Il Socialismo, Rom.

25. Mai 1904.

Arturo Labriola, I travestimenti filosofici del riformismo. — Vita proletaria internazionale. — Science ed Arte. — Rodolfo Savelli, L'économia sociale. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale.

Critica Sociale, Mailand.

16. Mai 1904.

Ivanoe Bonomi, Il socialismo proletario e i suoi metodi. — Filippo Turati, Per la Cassa operaia di maternità. — Prof. Antonio Graciadei, Pretezione al Corso di economia politica nella Universita di Cagliari. — Filosofia, letteratura e varieta.

V. In anderen Sprachen.

Nasi Zapiski, Laibach.

Mai 1904.

Abditus, Kampf gegen die Maschinen. — Karl Linhart, Socialistische Polemik. — Prof. Dr. Drtina, Volkstümliche Universitätskurse.

— Rundschau: Sozialismus, Gewerkschaftliche Bewegung. — Pavel Mihalek, Das Gewissen. — Literatur. — Aufruf.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

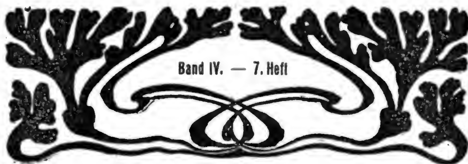
Juni 1904.

R. Mauve, Verkwanselde Kolonien. — F. van der Goes, Klerikale Schotschriften II. — Ant. Pannekoek, Eenige Opmerkingen bij de Voorstellen der Argrarische Komissie. — H. Gorter, Antwoord. — H. Roland Holst, Kritiek op de nieuwe Arbeidswet, IV. — G. Keesing, Arbeiders cooperatie en Verzekeringsfondsen. — Jos. Loopuit, De Protectie Kwestie en de Engelsche Arbeiders.

Przedswit, Krakau.

Nasza taktyka. — Zagadnienia rewolucyi. — Niebezpieczenstwo pruskie. — Po procesie bytomskim. — Polityka caratu wobec ruchu robotniczego w Finlandyi. — Dwie ksiazki o Japonii. — Przeglad polityczny. — Socyalisci polscy w Ameryce wobec wojny. — Swieto majowe w zaborze rosyjskim. — Wydawnictwa P. P. S. — J. Fraenkel. — Luzne notatki. — Odezwa Biura Miedzynarodowego.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Jahres-Bericht über die Tätigkeit vom 1. April 1903 bis 31. März 1904. Berlin 1904, Druck von C. Janiszewski.

Der Bericht bedauert, dass die am Schluss des vorjährigen Berichts ausgesprochenen Hoffnungen hinsichtlich regerer Beteiligung der Arbeiterschaft nicht in dem Masse in Erfüllung gegangen seien, wie erwartet wurde. Indes konstatiert er doch eine Anzahl Fortschritte. Während im 2. Quartal 1903 die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder 388 war, war sie im 1. Quartal 1904 auf 516 gestiegen; auch die Zahl der ausgegebenen Hörer-Karten weist eine Steigerung auf (von 220 auch 489). Die Beteiligung an den Vorlesungen über Nationalökonomie und Gesetzeskunde war erheblich geringer, als die an den Vorlesungen über Geschichte und den Redeübungskursen. Bei weitem die stärkste Zahl von Teilnehmern stellte der Beruf der Tischler, nämlich 87. Ihm folgen die Berufe der Buchdrucker mit 45 und der Schlosser mit 44 Mitgliedern.

Arbeiter-Sekretariate.

Arbeiter-Sekretariat **Breslau.** Jahres-Bericht 4. Geschäftsjahr 1903. Nebst Bericht der Aufsichtskommission und Stand der Breslauer Gewerkschaften 1903. Breslau 1904, Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats. 55 S. 8° nebst Tabelle.

Arbeiter-Sekretariat **Halle a. S.** 4. Geschäfts-Bericht für das Jahr 1903. Bericht über das Gewerkschaftskartell, den Stand der Organisationen, sowie eine Abhandlung über das Vereins- und Versammlungsrecht. Halle a. S., Selbstverlag des Arbeitersekretariats. 64 S. 8°.

Beide Berichte konstatieren eine namhafte Zunahme der Mitgliederzahl der meisten Gewerkschaften im Berichtsjahr. Der Gesamtzuwachs war in Breslau 2371 (von 9948 auf 12 319), in Halle 1023 (von 4728 auf 5770). Das Breslauer Sekretariat musste wegen zu starker Inanspruchnahme die Auskunftserteilung auf solche Personen beschränken, die ihren Gewerkschaften, sofern solche bestehen, angehören; in Halle war diese Beschränkung schon früher eingeführt. Im Halleschen Bericht ist das gewerkschaftliche, im Breslauer das gewerbe- etc. gerichtliche Gebiet stärker berücksichtigt.

Arbeitsamt. Bulletin des internationalen Arbeitsamts.

Bd. II. No. 10, 1903. Inhalt: Arbeiterschutz, Arbeitsverwaltung, Enquêten. XII u. 104 S. 8°.

Bd. II. No. 11 und 12, 1903. Inhalt: Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeitsverwaltung, Schiedsgerichte. XXX u. 196 S. 8°.

Bd. III. No. 1, 2, 3, 1904. Inhalt: Arbeiterschutz, Arbeitsverwaltung, Enquêten und Kommissionen. VIII u. 148 S. 8°.
Jena 1903/1904, Verlag von Gustav Fischer.

Wir verzeichnen den Eingang dieser Hefte des ausgezeichneten Archivs für die gewerbepolitischen Verzweigungen der Arbeiterfrage.

Bergarbeiter. Zechenlegen im Ruhrbergbau und Bericht über die Bergarbeiterkonferenz im Ruhrgebiet, abgehalten in Essen am 12. Mai 1904. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter (Bochum). 24 S. 8°.

Die Konferenz, über deren Verhandlungen hier berichtet wird und die von 231 Delegierten besucht war, welche über 50000 organisierte Bergarbeiter vertraten, beschäftigte sich mit der Stilllegung von Kohlenzechen im Ruhrgebiet von seiten gewisser, im Kohlensyndikat vertretener Grubengewerkschaften. Sie nahm einstimmig eine Resolution gegen dieses Stilllegen an, das durchgängig nicht in der mangelnden Ergiebigkeit der betreffenden Gruben seinen Grund hat, sondern bloss spekulativen Zwecken dient. Grossfirmen kaufen die weniger rentablen Gruben an, um sich vom Syndikat das Recht auf eine möglichst hohe Förderungsquote zu sichern, ziehen aber dann die ganze Quote aus den rentabelsten Gruben und legen die weniger rentablen still. Gegen dieses Manöver verlangt die Resolution u. a. die Anwendung des § 65 des preussischen Berggesetzes, das die Einziehung willkürlich stillgesetzter Gruben vorsieht. Auch verlangt sie vom Staat schleunige Beschlagnahme der freiliegenden, noch unverritzten Kohlenfelder behufs Ausbeutung durch den Staat im Allgemeininteresse und unverzügliche Inangriffnahme von Vorbereitungen für die Verstaatlichung des ganzen Bergbaus.

Brubpacher, Fritz, Arzt in Zürich: **Kindersegen — und kein Ende!** Ein Wort an denkende Arbeiter. München, G. Birk & Co. 35 S. 8°. Preis: 30 Pf.

Der Verfasser plädiert und gibt Rezepte für Verhinderung zu starken Kindersegens. Dies nicht aus malthusianischen Gründen, die er vielmehr verwirft, sondern im Interesse des Wohlstandes der Arbeiterfamilien, der Schonung der Arbeiterfrauen und der Verhinderung der Erzeugung von Kindern durch schlecht ernährte und schon abgerackerte Mütter. Er nimmt eine Reihe von Fragen, die dabei in Betracht kommen, wie namentlich die Frage der Rückwirkung eines etwaigen Bevölkerungsstillstandes auf die Wirtschaftsentwickelung und die Charakterbildung, unseres Erachtens zu sehr auf die leichte Achsel, hat aber sicher darin recht, dass in der Kinderzeugung das *laissez faire* keine grössere Berechtigung hat, als auf vielen anderen Gebieten des sozialen und Wirtschaftslebens, wo man längst mit ihm gebrochen hat, und dass die aus kirchlichen Ueberlieferungen und der Berufung auf das »Natürliche« hergeholten Argumente in dieser Frage einfach zu verwerfen sind. Die Natur hat allerdings bei der Sache mitzureden, aber nicht die mystische Göttin Natur, die in ihrer Allweisheit alles und jedes aufs beste selbsttätig ordnet, sondern die Natur, soweit sie erkannte Gesetzmässigkeit der Zusammenhänge, der Funktionen und Wirkungen ist. Die Menschheit, die sich die physikalischen Naturkräfte in hohem Grade unterworfen hat, die als Pflanzen- und Tierzüchterin die physiologisch-biologischen Gesetze ihren Zwecken dienstbar macht, ihre Ernährung etc. nach ihnen zu regeln strebt, würde widersinnig handeln, wenn sie bei der Zeugung bezw. beim Geschlechtsakt sich völlig dem blinden Walten dieser Kräfte überliesse. Sie tut es auch tatsächlich in vieler Hinsicht nicht mehr; und wie wir schon bei den sogenannten Naturvölkern der Tendenz begegnen, die Geburten durch operative Eingriffe, Genuss gewisser Pflanzen etc. zu beschränken, so ist sie auch heute in allen Klassen der Bevölkerung zu beobachten. Ihr gegenüber die Augen zu verschliessen und die Dinge gehen zu lassen, »wie's Gott gefällt«, ziemt niemand weniger als Sozialisten. Eine von wissenschaftlichem Geist geleitete, auf Berücksichtigung aller in Betracht kommenden sozialen, psychologischen

und physiologischen Momente fussende Untersuchung und Erörterung ist am Platze, und dazu angeregt zu haben, ist ein Verdienst, das wir der vorliegenden Schrift gern zuerkennen.

Buchdrucker. Verband der deutschen Buchdrucker. Rechenschafts-Berichte für das Jahr 1903. Mit einem Rückblick auf die letzten Ereignisse innerhalb der Organisation. Berlin 1904, Druck von Maurer & Dimmick. 20 S. 8°.

Der Bericht konstatiert eine kleine Besserung im Wirtschaftsleben, fügt aber hinzu, dass die technische Entwickelung des Gewerbes einen dauernden und wesentlichen Aufschwung in der Beschäftigung kaum erwarten lasse. Auf dem Tarifgebiet wurden weitere Fortschritte gemacht, wofür dem Tarifamt ein wesentliches Verdienst zugesprochen werden müsse. Der Tarif wurde am 1. April 1903 in 1315 Städten von 4251 Firmen anerkannt, die gegen 40 000 Gehilfen beschäftigen; eine Vermehrung gegen das Vorjahr um 307 Orte mit 977 Firmen und 3864 Gehilfen. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 34 598 auf 37 341. Das Tempo des Ueberganges vom Handsatz zum Maschinensatz hat gegen das Vorjahr nachgelassen. Ermittelt wurde, dass in 261 Orten bei zusammen 513 Firmen 1026 Setzmaschinen im Gebrauch sind, an denen 1410 Setzer arbeiten, davon 1055 Verbandsmitglieder. Durchschnittlich fehlte für 2456 Mitglieder des Verbands oder 6,75 Prozent seiner sämtlichen Mitglieder Arbeitsgelegenheit, was pro Mitglied 25 Tage Arbeitslosigkeit im Jahre ausmacht.

— Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser. Jahresbericht für 1903. Mit einem Rückblick auf das verflossene Vereinsjahr. Berlin 1904. 19 S. 8°.

Wertvolle Mitteilungen über die Tätigkeit der Organisation in Bezug auf Besserung des Lehrlingswesens, Bekämpfung der Ueberstundenarbeit, Ausbreitung des Tarifgebiets, sowie über die technischen Veränderungen im Buchdruckgewerbe sind es vornehmlich, die die Aufmerksamkeit des Lesers dieses Berichts in Anspruch nehmen. Der Verein zählte am Schluss des Berichtsjahres 7401 Mitglieder, eine Vermehrung gegen das Vorjahr um 410 Mitglieder. Höher als im Gesamtverband war in Berlin der Arbeitslosenstand — er bewegte sich in den verschiedenen Monaten zwischen 6,4 und 11,6 Prozent.

Das Maurergewerbe in der Statistik. Nach den statistischen Erhebungen des Maurerverbandes, den Berufs- und Gewerbezählungen des Deutschen Reiches und den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes, bearbeitet von Fritz Paeplow und Th. Bömelburg. Hamburg 1902. Verlag von Th. Bömelburg. VIII u. 224 S. 8°. Preis: 50 Pf.

Obgleich diese Arbeit schon vor zwei Jahren veröffentlicht wurde, erscheint es uns doch nicht zu spät, ihrer noch hier zu erwähnen, als eines beachtenswerten Stücks der von den organisierten Arbeitern Deutschlands veranstalteten und durchgeführten Erhebungen über ihre gewerblichen Verhältnisse. Die Schrift führt ein ausserordentlich reiches Tabellen- etc. Material aus allen möglichen Gebieten der Gewerbestatistik vor, soweit diese das Maurergewerbe betrifft, nur lässt sie es leider in manchen Punkten an zusammenfassenden Notizen fehlen.

Fleissner, Hermann: **Die Umsatzsteuer im Dresdener Stadtparlament.** Stenographischer Bericht über die Verhandlungen am 19. Mai 1904 über den Entwurf zu einer städtischen Umsatzsteuer. Nebst einer Einleitung: Zur Kritik der Umsatzsteuer. Dresden 1904, Kaden & Comp. 84 S. 8°. Preis: 30 Pf.

Am 19. Mai 1904 beschloss das Dresdener Stadtverordnetenkollegium mit 58 gegen 10 Stimmen die Einführung einer stufenweis steigenden Umsatzsteuer auf den Gross- und Zweiggeschäftsbetrieb im Kleinhandel. Mit dieser

Steuer sollen nach dem Willen der Versammlung die Warenhäuser und Arbeiterkonsumvereine getroffen werden — im Interesse der Rettung des sogenannten selbständigen gewerblichen Mittelstandes als einer »staatserhaltenden«, Thron und Altar stützenden Kraft, während in den Konsumvereinen die umstürzlerische Sozialdemokratie ihr Wesen treibe. (Referat des Hauptberichterstatters Rechtsanwalt Dr. Häckel.) Bekämpft wurde die Steuer in der Versammlung vom Molkereidirektor Butze und dem bürgerlichen Redakteur Dr. Scheven. Die Sozialdemokratie, die gemäss den Ergebnissen der Dresdener Reichstagswahl die Mehrheit der Bevölkerung Dresdens repräsentiert, hat nicht einen Vertreter in der Dresdener Stadtverordnetenversammlung. So kritisiert denn der Herausgeber dieser Broschüre in der Einleitung die Umsatzsteuer vom sozialdemokratischen Standpunkt aus. Um die derzeitige, vom kleinbürgerlich-reaktionären Geist beherrschte Stadtverordnetenmehrheit zu stürzen, plädiert er für ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Opposition unter Führung der Sozialdemokratie bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen. Im Stadtparlament werde »keine »Zukunftsstaats«-Politik gemacht«, könne keine gemacht werden. »Deshalb fort mit der unsinnigen Angst vor der Sozialdemokratie!«

Der Bericht ist mit seinen ausführlichen Referaten ein interessantes Dokument der sozialpolitischen Strömungen unserer Zeit. Die Kritik hätten wir eingehender gewünscht.

Gesell, Silvio: **Die Geld- und Bodenreform.** 2. Jahrgang, Nr. 3—6. Zinsfreie Darlehen (Unentgeltlichkeit des Kredits) vom Standpunkt des Real- und Geldkapitals aus untersucht. Bern 1904, K. J. Wyss. 61 S. (37 bis 97) 8°.

»Der Zins ist selbstverständlich, weil das Geld keinem natürlichen Angebotszwang unterworfen ist (im Gegensatz zum Realkapital, das bedingungslos angeboten werden muss), was dem Geldkapitalisten gestattet, dem Verkehr das Geld nach Belieben zu übergeben oder zu entziehen, während andererseits eine Konkurrenz unter den Geldkapitalisten sachlich nicht möglich ist und der Warenaustausch die Vermittelung des Geldes nicht ohne Nachteil entbehren kann.

»Das Realkapital wirft heute den gleichen Zins wie das Bargeld ab, weil seine Erzeugung vom Geldkapital abhängig ist, von ihm begrenzt und beherrscht wird. Es wird keine Fabrik gegründet, von der man nicht erwartet, dass sie mindestens den gleichen Zins abwirft, den das Geld vom Warenaustausch zu jeder Zeit erpressen kann.

»Eine Konkurrenz besteht unter den Geldkapitalisten niemals und unter keinen Umständen. Sie ist materiell unmöglich. Infolge dieses eigentümlichen Umstandes muss der Zins regelmässig an den Grenznutzen heranreichen, der aus der Verwendung des Geldes gegenüber den anderen Hilfsmitteln des Tausches erwächst. Der Zins misst den Qualitätsunterschied, der zwischen dem Bargeld und den übrigen Tauschmitteln besteht. Wenn der Verkehr mit Wechseln auskommen könnte, würde niemand einen Wechsel gegen Bargeld diskontieren, denn in diesem Falle wären Wechsel und Bargeld als Tauschmittel ebenbürtige Grössen.«

»Die überraschende Beharrlichkeit in der Zinshöhe findet ihre natürliche Erklärung in der gleichgrossen Beharrlichkeit des Qualitätsunterschieds zwischen Bargeld und den übrigen Hilfsmitteln des Warenaustausches.« (S. 82/83.)

In diesen Sätzen ist der Kern der Zinstheorie des Verfassers niedergelegt. Er nimmt, als durch die Geschichte des Zinsfusses, aus der er einige Daten anführt, bewiesen an, dass, Perioden einer Preisrevolution ausgenommen, der reine Kapitalzins sich seit 2000 Jahren beharrlich zwischen 3 und 4 Prozent hält. Aufgabe einer erschöpfenden Zinstheorie sei es daher, für diese Beharrlichkeit eine stichhaltige Erklärung zu liefern, und diese wird nach ihm durch die in den obigen Sätzen erwähnte Freiheit des Geldes vom Angebotszwang geboten. Geld (Metallgeld) ist nicht, wie das Real- oder Waren-

kapital, dem Angebotszwang unterworfen, d. h. es ist nicht, wie dieses, durch Aufbewahren relativ schnellem Wertverlust oder gänzlichem Verderben ausgesetzt. Dadurch hat es vor ihm einen grossen Vorzug als Tauschmittel voraus, der aber begrenzt ist, denn zur Not können auch Waren als Tauschmittel fungieren. »Der Grenznutzen, der aus der Benutzung des Geldes als Tauschmittel gezogen werden kann, liefert die Maximalgrenze des nackten Zinses«, wie es an anderer Stelle (S. 77) heisst. Das weitere sagt der vierte der obigen Sätze. Und aus ihm wieder ergibt sich die Möglichkeit, den Zins los zu werden.

»Wir brauchen zur Lösung des sozialen Zinsproblems, zur Beseitigung des Zinses als chronische, wirtschaftliche Erscheinung an Stelle des herkömmlichen Geldes nur ein Tauschmittel einzuführen, das dem gleichen Angebotszwang unterworfen ist, wie das Realkapital, so dass der Zins bei Darlehen nicht mehr eine selbstverständliche Voraussetzung ist. Das erreichen wir mit der Geldreform.« (S. 87.)

Wie diese Geldreform aussieht, erfahren wir im vorliegenden Heft nicht. Da wir aber wissen, dass die Menschen das Metall gerade wegen der Beharrlichkeit seiner Qualität zur allgemeinen Tauschware, zum Geld gemacht haben, haben wir vorläufig unsere grossen Zweifel daran, dass dem Verfasser die Ermittelung einer Geldreform gelingen wird, welche den Ansprüchen der heutigen Wirtschaftsordnung Genüge leisten und zugleich sein Postulat erfüllen würde. Hier liegt ein Knoten, an dessen Verzwicktheit seine ganze Lösung in die Brüche gehen dürfte.

Aber wir gestehen, dass wir seine Untersuchung mit Vergnügen gelesen haben. Sie verrät viel Scharfsinn, viel analytische Kraft und ist, trotzdem sie schliesslich in eine falsche Richtung geht, keineswegs ohne Verdienst. Der Verfasser ist offenbar Autodidakt. Er hat eine eigene Nomenklatur bezw. gebraucht viele ökonomische Begriffe in anderem als dem üblichen Sinne, was seine Ausführungen zuerst sehr schwer verständlich macht. Hat man sich aber in seine Sprache hineingearbeitet, so wird man durch allerhand originelle Entwickelungen für die genommene Mühe belohnt. Der Verfasser wandelt, wie er selbst betont, auf Bahnen, die Proudhon angelegt, aber ist kein blinder Nachbeter, sondern ein selbständig arbeitender Weiterdenker.

Heymann, Hans Gideon: **Die gemischten Werke im deutschen Grosseisengewerbe.** Ein Beitrag zur Frage der Konzentration der Industrie. Münchener volkswirtschaftliche Studien, 65stes Stück. Stuttgart und Berlin 1904, J. G. Cotta. IX u. 342 S. 8°. Preis: 7 Mk.

Von den vielen interessanten Untersuchungen auf dem Gebiete der Wirtschaftsentwickelung, welche die Brentano-Lotzsche Schule im Laufe der Jahre hervorgebracht hat, ist die vorliegende unbedingt eine der interessantesten. Sie schildert die Entwickelung der Dinge auf einem der Fundamentalgebiete des ganzen Wirtschaftslebens. Denn welche Bedeutung das Grosseisengewerbe für das moderne Wirtschaftsleben erlangt hat, braucht keinem einigermassen mit ihm Vertrauten erst gesagt zu werden. Ein Anzeichen dafür kann schon darin gefunden werden, dass in den Industriestaaten die Eisenindustrie es heute ist, welche in den Fragen der Handelspolitik die führende Rolle spielt. Nicht in Sachsen mit seiner entwickelten Textilindustrie, sondern im rheinisch-westfälischen Eisenrevier wird, soweit die Industrie in Frage kommt, das gewichtigste Wort für die deutsche Zollpolitik gesprochen, nicht in Massachusetts, sondern in Pennsylvanien das entscheidende Wort für die amerikanische Zollpolitik. Und merklich verschiebt sich in England der Schwerpunkt des handelspolitischen Lebens von Lancashire in die Zentren der Eisenindustrie. Fielen nicht für Cleveland und Durham, wie für Glasgow andere Rücksichten ins Gewicht, so würde Manchester wahrscheinlich vor Birmingham die Segel streichen müssen. Wer heute den höchsten Typus kapitalistischer Industrie darstellen will, wird sich nicht, wie in der Mitte der sechsziger Jahre Marx es noch tat, an die Textilindustrie halten dürfen, sondern muss ihn in der Eisen- bezw. der Montan-Industrie suchen. Das veranschaulicht in eindrucksvollster Weise die vorliegende Monographie.

Aber die Darstellung der Entwickelung der Eisenindustrie ist mit viel mehr Schwierigkeiten verbunden, wie die der Textilindustrie. Die Art der Gewinnung und Verhüttung des Eisens ist meist durch örtliche Besonderheiten beeinflusst, von Eigentümlichkeiten des gegebenen Rohstoffs und des wichtigsten Hilfsstoffs abhängig. Das hat in den verschiedenen Distrikten eine sehr verschiedenartige Entwickelung zur Folge, die Eisenindustrie ist lange und in einer grossen Zahl von Fällen auch heute noch in viel höherem Masse bodenständig als die Textilindustrie. Es lässt sich da nicht kurzweg ein Typus herausgreifen und für das Modell der Entwickelung erklären, sondern es muss die Darstellung viel tiefer in die Besonderheiten der verschiedenen Typen eindringen, um durch Synthese ein wirklich zutreffendes Vollbild zu gewinnen.

Der Verfasser wird dieser Seite seiner Aufgabe in hohem Masse gerecht. Er führt uns die Eisenreviere Deutschlands eines nach dem anderen vor und zeigt uns, wie sich dort unter den örtlichen Eigentümlichkeiten natürlichen und rechtlichen Charakters die Eisenindustrie ausgestaltet hat. Das Bild, das er gibt, wird auf diese Weise ein ungemein mannigfaltiges, allerdings auch nicht leicht zu erfassendes; seine Studie will studiert sein. Es liegt ihr ein kolossales Material zu Grunde, das der Verfasser mit grossem Fleiss und ersichtlicher Sachkunde durchgearbeitet hat — das aber zu spröder Natur ist, um ad usum delphini summarisch in ein paar Sätzen zusammengefasst werden zu können.

Das soll nicht sagen, dass sich nicht in der Entwickelung und Ausgestaltung des Grosseisengewerbes der verschiedenen Montanbezirke Deutschlands gewisse allgemeine Wirtschaftsgesetze geltend gemacht haben bezw. dort nachweisen lassen. Ganz im Gegenteil. Wenn eines z. B. aus dem Buch des Verfassers überzeugend hervorgeht, so ist es die Tatsache, dass sich überall für die Eisenproduktion auf vorgeschrittener Stufe technisch und wirtschaftlich die Kombination mit den nächsten Stufen der Produktion als vorteilhaft, ja notwendig herausstellt, ein Integrierungsprozess, um es in der Sprache Spencers auszudrücken, als dessen Produkt wir die gemischten Werke zu betrachten haben — Werke, die auf der einen Seite Hochofenbetrieb mit Stahlwerk, Walzwerk und womöglich auch Giesserei etc. verbinden, und auf der anderen sich Kohlengruben, Erzgruben, Koksöfen angliedern und sich verschiedentlich zu jenen Riesenkränzen — »concern« ist auch bei uns der Kunstausdruck dafür geworden — von Betrieben ausgewachsen haben, deren Kapitalwert an Umfang in keiner anderen Industrie seinesgleichen findet und die in sich selbst ganze Trusts darstellen.

Zum Teil sind es rein wirtschafts- und betriebstechnische Momente (Arbeits- und Materialersparnis), die zu dieser Zusammenfassung drängen, so in neuerer Zeit die ständig vervollkommneten Methoden der Verwendung von Gasen der Hochöfen zu weiteren Heizzwecken. Aber auch ausserhalb der Technik liegende Faktoren fördern diese Gebilde. Der Verfasser führt z. B. viele Beispiele vor, wo die Politik bestimmter Syndikate der Montangewerbe die einzelnen Werke dazu genötigt hat, ihre Betriebe zu vermehren. Es ergeben sich da die verschiedenartigsten Konstellationen, wo Wirkung und Ursache die Rollen wechseln, Syndikat und gemischtes Werk sich bald feindselig und bald als Verbündete zueinander stellen.

Auf die Einzelheiten dieser Kämpfe und Entwickelungen kann hier selbstverständlich nicht eingegangen werden. Das Endresultat ist ein allgemeines Vorherrschen der gemischten vor den »reinen«, auf eine bestimmte Produktionsart beschränkten Werken in der Grosseisenindustrie. Der Verfasser fasst den Entwickelungsgang auf S. 273 ff. so prägnant wie möglich zusammen. Hier die Schlussstelle dieses Kapitels:

»Hatte auch die langandauernde, kaum unterbrochene Depression von 1873—87 gezeigt, dass die enge Verbindung mit der Rohstoffindustrie nicht ungefährlich war, so gelang es seit jener Zeit den Kartellen unter dem Schutze der Zölle, der Frachttarife und der Berggesetze die unteren Stufen des Produktionsprozesses wieder sehr rentabel zu machen. Die gemischten Werke erstarkten immer mehr, die reinen Werke in der Verarbeitung wurden bei hohen

Rohmaterialpreisen durch niedrige Stellung der Fabrikatspreise erdrückt oder mussten selbst kombinieren. Mit ihnen verschwinden ihre einstigen Lieferanten, die reinen Hochöfen, durch Kombination oder Angliederung an die grossen Werke. Dieses Niederkämpfen der kleinen Werke führte zu lebhaften Reibungen in den Kartellen, die den Produktionsprozess horizontal organisierten und auf die Bedürfnisse der reinen Werke zugeschnitten waren. Mit der Unzahl kleiner Kartelle, ihren einander widersprechenden Bestimmungen, ihren Betriebseinschränkungen, welche die anderen Stufen des Produktionsprozesses an voller Entfaltung hinderten, konnten die grossen Kombinationswerke, in welchen der gesamte Produktionsprozess vertikal zusammengefasst war, nicht arbeiten. Sie waren ihnen gut genug, die reinen Werke abzutöten. Mit ihnen verschwinden auch die Einzelkartelle. Uebrig geblieben sind auf der einen Seite die grossen Kohlengesellschaften mit einer Förderung, die in die Millionen Tonnen Kohle geht, fest organisiert in ihrem Kohlensyndikat, und eng verbunden mit ihnen die grossen Stahlwerke und ihr Stahlsyndikat. Diese Riesenunternehmungen mit 400 000 Tonnen Stahlproduktion im Jahr, entsprechender Ausdehnung der Kohlen-, Erz- und Hochofenbetriebe wie der Fertigfabrikation, mit 10 000 Arbeitern, die in Werkskolonien kaserniert sind, ja zum Teil mit eigenen Bahnen und Häfen, diese Riesenunternehmungen sind heute der rechte Typus des deutschen Eisenwerks. Und immer weiter schreitet die Konzentration vorwärts. Der einzelne Betrieb wird stetig grösser; immer mehr Betriebe der gleichen oder verschiedener Art ballen sich zu Riesenunternehmungen zusammen, die in einem halben Dutzend Berliner Grossbanken ihre Stützen und ihre Leiter finden. Für die Montanindustrie ist die Richtigkeit der Konzentrationslehre von Karl Marx exakt nachgewiesen, jedenfalls in einem Land, in dem sie, wie bei uns, durch Zölle und Frachttarife geschützt sind. Die Montanindustrie Deutschlands ist reif zur Expropriation.«

Hier hebt sich die Darstellung, die sonst hier und da unter der erdrückenden Fülle des behandelten Stoffs leidet, zu schönster Durchsichtigkeit. Die Arbeit ist in sachlicher Hinsicht als eine ganz bedeutende Leistung zu bezeichnen, der ein ausserordentlich hoher Aufklärungswert innewohnt.

Imhof, Amtsrichter, Dr. **Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Kaufmannsgerichte.** Vortrag gehalten am 30. Januar 1904 in der Ortsgruppe Köln, der Gesellschaft für soziale Reform. Köln 1904, Druck von L. Wendland. 16 S. gr. 8°.

Der Vortrag und eine von der Versammlung angenommene Resolution wollten »im Interesse der Einheit der Rechtsprechung und der baldigen Reform des ganzen Amtsgerichtsverfahrens« Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte, beschränkte Zulassung der Rechtsanwälte, Ausdehnung der Zuständigkeit auf alle Angestellten ohne Unterschied der Gehälter und auch auf Streitigkeiten aus der Konkurrenzklausel, sowie vorläufige Vollstreckbarkeit der, Streitgegenstände von mehr wie 300 Mark im Wert betreffenden Urteile bis zur Höhe dieses Betrages.

Karmeluk, J.: **Die proletarische Bergpredigt.** Ein Intermezzo aus der Umwertung aller Werte. Zürich 1904, Kom.-Verlag der Grütli-Buchhandlung. 14 S. Preis: 20 Pf.

Das Rezensentenamt verlangt es, dass wir auch die vorliegende, schier wollte ich sagen künstlerisch geschmacklose, Broschüre anzeigen. Was hier als »proletarische Bergpredigt« im Gegensatz zur bekannten christlichen Bergpredigt ausgegeben wird, sind dem Arsenal des Revolutionsmenschen und des Nietzeschen Prometheustums entnommene Sätze, die in einem feierlichen Ton vorgetragen werden. Eine Bergpredigt und besonders die sozialistische Bergpredigt muss aber, Herr Kameluk, von einem positiven Geist erfüllt sein, muss die Regeln und Grundsätze des sozialistischen Lebens enthalten, muss tief menschlich, muss schöpferisch wirken, muss, mit einem Worte, in uns die Sehnsucht aufkommen lassen, die die bekannte Symphonie in uns hervorruft, die durch Schillers göttliche Worte (»Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuss

der ganzen Welt . . .«) inspiriert war und von der Bakunin meinte, nach ihr wäre man imstande, das Beste und Tiefste unserer geistigen Kultur aufs neue zu reproduzieren. Und doch sprechen wir die wahrhaft revolutionären Gefühle heilig,

»Und doch, und doch! Gott weiss, wie eins ich bin
Mit jenen Heilanden der Barrikaden.«

Brand.

Krause, Karl Christian Friedrich. **Lebenslehre oder Philosophie der Geschichte** zur Begründung der Lebenskunstwissenschaft. Vorlesungen an der Universität Göttingen gehalten. Aufs neue herausgegeben von Dr. Paul Hohlfeld und Dr. August Wünsche. Zweite Auflage. Mit zwei erläuternden Steindrucktafeln. Leipzig 1904. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung. 474 S. Preis: 8 Mark.

Der Philosoph, dessen in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gehaltene Vorlesungen uns hier in neuer Ausgabe vorgelegt werden, das Leben dieses Philosophen und sein oben bezeichnetes Werk zeugen von einer Originalität und sind von einem Ernst durchdrungen, die tiefere Beachtung verdienen. Unsere zeitgenössischen Historiker der Philosophie bemühen sich gewöhnlich, den Misserfolg der Krauseschen Philosophie aus seiner Eigenart herzuleiten, und zwar aus dem unpraktischen Idealismus seiner schwärmerischen Persönlichkeit, aus seinem Streben, die universelle philosophische Terminologie durch eine urdeutsche zu ersetzen. In sehr geringem Masse findet man bei ihnen den Unterschied des Krauseschen Systems von dem übrigen klassischen deutschen Idealismus festgestellt. Tatsächlich aber scheiterte das Leben des urdeutschen Philosophen an dessen nicht deutscher Tendenz, daran, dass Krause fast der einzige unter den grossen deutschen Philosophen war, dem Philosophie ohne Leben ein Unding zu sein schien, der sein ganzes Streben daran setzte, der Philosophie Leib und Seele zu verschaffen, sie in tätiges Leben umzusetzen. Das encyclopädische Ideal, das sich als Konsequenz aus seinem System ergibt, der sog. »Menschheitbund«, der ein neues Zeitalter in der Geschichte des allgemeinen Weltlebens bedeuten, das Urbild eines höheren, die Welt umschlingenden neuen Universalorganismus versinnbildlichen sollte, steht ebenfalls im Widerspruch zu seiner national-beschränkten deutschen Art. Dabei denke man an das, was Krause sein wollte. Seine genialen Zeitgenossen, Schelling und Hegel, philosophierten trotz des universalistischen Zuges ihrer Philosophie doch aus ihrer Epoche heraus zu gunsten derselben. Krause hingegen wollte auch in der Praxis überepochal sein; nicht das immanente Ideal der menschlichen Geschichte, sondern das des kosmischen Lebens wollte er im Leben des Einzelnen verwirklicht wissen.

Als Voraussetzung seines universalistischen Programms hatte eine universalistische Wissenschaft zu dienen. Die »Lebenkunstwissenschaft«, — wie er die Philosophie nannte, bedarf der allgemeinen »Lebenlehre«, einer kosmischen »Biologie«. Das Leben des unbedingten und unendlichen Wesens an sich, d. i. der Gottheit, das Leben Gottes als Urwesen der Welt, das Leben der Natur und des Geistes und beider in der Gestalt des Menschen, das »Vereinleben« des »Wesens« mit dem Leben der Welt im Menschen, all diese Lebensgestaltungen sucht seine »Biologie« in der Form eines »Totalproductes« zu umfassen, indem sie ihre Prinzipien, resp. ihre Ideen zu enthüllen vorgibt. Die so gedachte »Lebenlehre« ist ihm nun die eigentliche Philosophie der Geschichte, die in einen theoretischen und einen angewandten Teil zerfällt.

Die theoretische Geschichtsphilosophie hat den »Gliedbau der Ideen und Ideale«, d. h. die Gesetze und die Normen der gesamten Mannigfaltigkeit des Seins festzustellen. Und alle vorerwähnten Lebensgestaltungen entfalten sich nach einem und demselben Rythmus, der der Fichte-Hegelschen Dialektik ähnelt. Jedes Volk, jede Korporation, jeder Stamm wie jedes beliebige Ding durchläuft in seinem »Leben« drei Stadien (Kindheit, Jugend, Reife) von unten nach oben und dann drei Stadien in der Richtung zum Tode. Im Gegensatz zum »logischen Idealismus« Hegels ist der Idealismus Krauses, meiner Ansicht

nach, als ein immanent-biologischer zu bezeichnen. Jede beliebige Erscheinung ist ein organisches Glied des gesamten Weltorganismus, des »Totalproduktes«, und doch weist es eine eigene Idee, d. h. ein Gesetz auf. Daraus ergeben sich aber sehr wichtige Konsequenzen für die Auffassung auch des Menschenlebens. Trotz der strengen Kontinuität des Weltlebens wird der Einzelerscheinung die Individualität nicht abgesprochen. »Der Mensch überhaupt ist Gottes Mitarbeiter an dem ewigen heiligen Werke des Lebens«. (S. 16). Bei Hegel dagegen ist er es nur im Bewusstsein, ist er »Zuschauer«. — Hier stehen zwei Grundansichten des deutschen Idealismus gegenüber, die im Marxismus wie überhaupt im philosophischen Sozialismus mit einander zu kämpfen scheinen. Die »organische« Auffassung des sozial-geschichtlichen Lebens lässt beispielsweise der sog. »Ideologie« keinen Raum. Alle Erscheinungen des sozialgeschichtlichen Lebens, jede soziale Gruppe, Wirtschaftsform etc. untersteht für Krause trotz der allgemeinen Kontinuität, noch eigenen, spezifisch-immanenten Lebensgesetzen. Von diesem Standpunkte lässt sich auch die »Freiheit« und »Notwendigkeit« im Leben der historischen Persönlichkeit bestimmen. Die logisch-mechanistische Auffassung des Hegelianismus (und namentlich auch einer Strömung im Marxismus) degradiert jedoch die individuell-freiheitlichen Bestrebungen des Individuums oder gar Klasse zu einer »Ideologie«, resp. Illusion herab. — Aber nicht nur dieses Grundgedanken wegen verdient Krause hervorgehoben zu werden. In seinem Buche waltet ein im breitesten Sinne des Wortes sozialer Geist. Und was noch wichtiger ist: es wird der ernste Versuch unternommen — ob mit Glück oder verfehlt, bleibt eine Sache für sich, — dem sozialen Streben der Menschen eine real-metaphysische Basis zu verschaffen. Denn es ist eine der wesentlichen Fragen der sozialistischen Kulturanschauung, ob die Verwirklichung des sozialistischen Völkerlebens nicht zugleich die Realisierung des allgemeinen Weltlebens sei und ob daher der Sozialismus als Kultursinn nicht zugleich ein Stück Weltsinn bedeute.

Im vorliegenden Buche finden sich übrigens auch Stellen, die direkt auf die sozialistische Gesinnung des tiefsinnigen Schriftstellers zu schliessen veranlassen. So gibt er unter den Gründen, »auf welchen die Hoffnung der Vollendung des Lebens unserer Menschheit« beruht (nach Krause ist die Menschheit unseres Planets nur ein Teil der Menschheit des Sonnensystems), die Verkehrsmittel aller Art an, die mächtig dahin wirken, »dass alle Völker immer mehr und immer schneller wie ein Volk werden«. »Ein anderes, mehr innerliches Anzeichen der annahenden reiferen Zeit sind die hilfstätigen Gesellschaften, zumeist solche, wo sich die Menschen für ihr ganzes Leben in aller Hinsicht, auch werktätig, planmässig vereinen, Gesellschaften, die von mehreren Menschenfreunden unternommen sind, vorzüglich aber von dem Schottländer Robert Owen« . . . (S. 424). — Zur Würdigung der historischen Bedeutung des Krauseschen Gedankenganges sei fernerhin noch der nahen Verwandtschaft des hier in Betracht kommenden organisch-kosmischen Idealismus mit der Antropogeographie eines Ratzel (der bekanntlich die Erde und alles, was auf ihr vorkommt, als einen einheitlichen Organismus betrachtet) gedacht. — Wer um eine Geschichtsphilosophie und namentlich Metaphysik ringt, dem kann noch heute das Werk Krauses grosse Dienste leisten. *Brand.*

Metallarbeiter. Verband der Metallarbeiter Oesterreichs. Tätigkeitsbericht für die Verwaltungsjahre 1902 und 1903. Wien 1904. Verlag des Verbands. 168 S. 8°.

In musterhafter Ausstattung und Bearbeitung gibt dieser Bericht über die äussere und innere Entwickelung der behandelten Organisation, ihre Kämpfe, die Verhältnisse der Industrie etc. Auskunft. Er kann feststellen, dass der Verband der Metallarbeiter Oesterreichs trotz der grossen Schwierigkeiten, welche ihm der nur langsam weichende Geschäftsdruck und die eigenartigen politischen Verhältnisse Oesterreichs entgegenstellen, seine Mitgliederzahl von 13 977 zu Anfang 1902 — nachdem sie bis Ende 1902 auf 13 083 gefallen war — auf 15 097 erhöht hat. Desgleichen hat der Ausbau der Zentralisation erfreuliche Fortschritte gemacht.

Meyer, Prof. Dr. Hans: **Das deutsche Volkstum.** Zweite neubearbeitete und vermehrte Auflage. Leipzig und Wien 1903, Bibliographisches Institut. Zwei Bände. V u. 402 bezw. 438 S. gr. 8°. Preis: pro Band 9 Mk. 50 Pf., in einem Band 18 Mk.

»Recht deutsch!« nennt sich das umfangreiche, reich ausgestattete Sammelwerk, dem man nachsagen muss, dass es in einzelnen Teilen einen äusserst lehrreichen und gut orientierenden Ueberblick über das deutsche Volkstum der — Vergangenheit bringt. Einwandfrei freilich auch hier nicht. Man merkt überall, dass St. Chauvin der Gott ist, zu dem hier gebetet wird. Houston Stewart Chamberlain und Paul de Lagarde, der so gut »teutsch« fühlte, dass er seinen gut deutschen Namen Böttcher mit dem französisierenden vertauschte, sind seine Propheten.

Es ist nur selbstverständlich, dass unter solcher Führung ein Dichter wie Heine abgelehnt wird, oder dass (Bd. II. S. 39) dem Christentum die Läuterung des sittlichen Gefühls bei den Germanen zugeschrieben wird, dieweil das gleichzeitig auftretende Talions- (Vergeltungs-) Prinzip, »das ursprünglich dem deutschen Strafrecht fremd und durch die Kirche eingeführt worden sei, als jüdischen Ursprungs« denunziert und auf das: Auge um Auge, Zahn um Zahn! zurückgeführt wird!

Ebenso anmasslich sind die plumpen Unterstellungen und Angriffe, die zur grösseren Ehre des Deutschtums gegen fremdes Volkstum gerichtet werden. Als bevorzugtes Vergleichsobjekt der deutschen Chauvinisten mussten da von jeher die Franzosen herhalten. So heisst es z. B. Bd. I. S. 23 in Bezug auf die Ehe bei beiden Völkern: »Die deutsche Ehe ist auf die Neigung und das Vertrauen gegründet, das zwei freie Individuen einander entgegenbringen, und auf das Gelöbnis der Treue, das sie einander geben. Sie ist eine sittliche Einrichtung, die durch sich selbst unantastbar ist und durch die innerlich erfasste Treue, durch das ethische Pflichtgefühl ihre festesten inneren wie äusseren Stützen erhält. Die französische Ehe hat natürlich auch meist Neigung zur Voraussetzung, aber ausschlaggebend zu ihrem Vollzug sind mehr als bei uns Ueberlegungen der Klugheit und Nützlichkeit; sie ist eine vorwiegend gesellschaftliche Einrichtung, deren Erhaltung von der Gesellschaft erzwungen wird.« In welchem Wolkenkuckucksheim lebt der Mann, der das geschrieben hat? Kennt er die Tausende arischer Mädchen nicht, die sitzen bleiben, nicht weil es an Neigung, sondern nur weil es an Mitgift gebricht, und hat er noch nie den Annoncenteil einer Zeitung durchflogen, in dem es von Heiratsannoncen, auch von solchen arischer Personen, wimmelte? Rechten wir nicht mit ihm! Nennt er doch auch im gleichen Zusammenhang die Stellung und Wertschätzung der heutigen deutschen Hausfrau eine bevorzugte.

An anderer Stelle lässt ein anderer Berichterstatter nicht einmal den Engländer Shakespeare neben den Deutschen Schiller und Goethe gelten, von den minderen Geistern eines Corneille, Racine und Molière gar nicht zu reden. Vielleicht hätte man sogar Calderon und Dante nennen können. Es ist eigentümlich und bedauerlich, dass alle diese Leute gar nicht merken, wie sie dem Deutschtum zu nahe treten, wenn sie alles, was nicht deutsch ist, nicht als gleichwertig gelten lassen wollen. Der chauvinistische Nationalismus, der hier so üppig ins Kraut schiesst, läuft dem an anderer Stelle befürworteten Gedanken eines Zusammenschlusses der Menscheit (Bd. II. S. 358) zur Erreichung wichtigster Ziele auf dem Gebiete der Allgemeinbildung und Humanität direkt zuwider, aber die Autoren dieses Werkes rechnen offenbar nur auf Gläubige, nicht auf Selbstdenker.

Dagegen oder trotzdem sei noch mit einem Wort die Frage erörtert: Wie stellt sich denn dieses Buch, das vorgibt, das deutsche Volkstum in allen seinen Teilen erkannt, begriffen und gewürdigt zu haben, zu dem pulsierenden Leben des Heute, zu dem Ausdruck, den dies deutsche Volkstum im lebendigen Leben des deutschen Volkes findet? Die Antwort ist ein blankes Nichts — sie ist weniger als ein Nichts — ein Minus. Einige Phrasen zur Verherrlichung des deutschen Familiensinnes und Lebens, der tiefen Religiosität, die angeblich noch überall vorhanden ist, ein Eingehen auch auf einige bewegende Fragen und Anschauungen der sogenannten Gebildeten. Auch hier aber nichts,

was aus der Tiefe geschöpft wäre, nichts, was auf eine selbständige Durchdringung und Verarbeitung der behandelten Probleme schliessen liesse. Als Beispiel sei angeführt, dass als der einzige Vertreter der neuesten Literatur Gerhart Hauptmann, der »grösste Dramatiker der Gegenwart«, genannt und von ihm gesagt wird: »Welch ein Abstand zwischen seinem Anfang und dem, was er jetzt ist, welche Entwickelung von dem freilich meisterhaft entworfenen, aber äusserlich (!) aufgefassten Bilde der Wirklichkeit in den »Webern« bis zur »Versunkenen Glocke«, dem grossartigen Gemälde einer faustisch veranlagten, in die grundlos tiefe Mystik germanischen Wesens schweifenden Natur.« (Bd. II. S. 277.) Man muss Literaturprofessor sein, um da mitkommen zu können.

Und gänzlich versagt die Schrift dem Volk gegenüber. Von dem, was da in der Tiefe brodelt und braust, von dem harten Lebenskampf so vieler Millionen Deutscher, von den Runen, die Not und Sorge, Ungerechtigkeit und Kampf da eingegraben haben, weiss sie nichts zu sagen, nichts davon, wie deutsches Volkstum sich hier nicht im Spiegel phantastischer Uebertreibung, sondern im harten Lichte der Wirklichkeit bewährt. Und es wäre davon zu erzählen. Von dem Bildungshunger, der todmüde Arbeiter am späten Abend in die Volksvorlesungen treibt, von dem sittlichen Ernst und der Tiefe des Mitempfindens, die im solidarischen Verhalten zu einem überzeugenden Ausdruck gelangen, von der Charaktergrösse, die sich in der eisernen Disziplin bekundet, mit der z. B. im Kampfe von Crimmitschau wie in tausend ähnlichen Fällen sich die Arbeiterbataillone, alle persönlichen, alle Sonderwünsche und Interessen unterdrückend, den Beschlüssen unterordneten.

Statt dessen wird davon geredet, dass die natürliche Vertreterin der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, auf dem Gebiete der Pädagogik zum Beispiel, sich von taktischen statt von nationalen Gründen leiten lasse. »Um (Bd. II. S. 357) den Zuzug zum »roten Heere« möglichst zu sichern, soll sich, wie die Parteileitung wünscht, die Führerschaft der einzelnen Ortsgruppen bemühen, die aus der Schule entlassene gewerbliche Jugend dem kleinen Gewerbebetrieb und dem Handwerk fernzuhalten und sie sofort in die grossen Betriebswerkstätten zu drängen, damit ihr der Stempel des Klassenhasses und Klassengeistes alsbald aufgeprägt werden könne.« Das ist, gelinde gesagt, eine bedauernswert kurzsichtige und verständnislose Aufstellung, die nicht erst noch einer Widerlegung bedarf.

Und, was das Schönste ist, diese Weisheit wird bei Gelegenheit einer Auseinandersetzung über den Zug zur Genossenschaftlichkeit bei den Deutschen zum besten gegeben und beleuchtet so ungezwungen das Niveau dieser wie ähnlicher Darlegungen des Buches. Wir haben es schon oben gesagt: dem Eindringen in die treibenden Kräfte und Probleme der Gegenwart geht man sorgfältig aus dem Wege, das gilt für die Bildungs- wie für die Frauenfrage, wie für das Weben des Volksgeistes in der Politik, in der Gewerkschaft, den Genossenschaften und ähnlichen Zweigen des öffentlichen Lebens. Als uns an diesem Ort besonders naheliegend sei das am letzten Punkt erwiesen. Von der Sippe und Stammesgenossenschaft sowie der Kultgenossenschaft bis zu den Rechtsgenossenschaften, den Femrichtern etc. wird alles unter den Begriff der Genossenschaft subsumiert. Von der Schulgenossenschaft wird in geschmackvoller Weise mit den Worten Riehls gesagt: »Die Kinder der höheren Kreise werden hier zwar von den Kindern gemeiner Leute manche Roheit lernen, aber etc. . . .« Der Bearbeiter dieses Teils stemmt sich zwar nicht gegen die Sache selbst, sondern weist umgekehrt auf den ausgleichenden und mildernden Einfluss gemeinsamen Schullebens hin, kann sich's aber zum Schluss nicht versagen, auch hier den Franzosen eins abzugeben, indem er der auf genossenschaftlichen Gesichtspunkten begründeten deutschen Sozialpädagogik (!) das »schematisierende und nivellierende Frankreich« gegenüberstellt. — Wer denkt hier nicht an die Geschichte vom Splitter und Balken?

Alles mögliche ist den Herausgebern Genossenschaft. Von dem aber, was man heute so recht eigentlich unter dem Begriff der Genossenschaft versteht, ist nicht die Rede, und doch hätte die Eigenart und Ausgestaltung, die der wirtschaftliche Genossenschaftsgedanke in Deutschland erfahren hat, als integrierender Bestandteil deutschen Volkstums in diesem Zusammenhang behandelt

werden müssen. Freilich: ultra posse nemo obligatur! Aber dann sollte man auch in seinem Auftreten etwas bescheidener und anspruchsloser sein. Das, so meinen wir, würde deutscher Art eher zur Auszeichnung gereichen.

Henriette Fürth.

Müller, August. **Arbeitersekretariate und Arbeiterversicherung in Deutschland.** München 1904, G. Birk & Co. 184 S. g. 8°. Preis: 3 Mark.

Dies Buch zerfällt in zwei Teile. Der erste gibt ein Bild von der Entstehung, dem Ausbau, der Arbeitsweise, Leistungen und der weiteren sozialpolitischen Bedeutung der Arbeitersekretariate, der zweite führt das in den Berichten der Arbeitersekretariate gesammelte Material zur Beurteilung der Arbeiterversicherungsgesetze in systematischer Verarbeitung vor. Obwohl der erste Teil sich verschiedentlich von dem erst vor Jahresfrist erschienenen und auch von uns besprochenen Buch Soudeks über die Arbeitersekretariate unterscheidet — vor allem haben wir es hier mit einem Werke zu tun, dessen Verfasser auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht — und deshalb auch nach ihm sehr wohl als Ausfüllung einer Lücke in der sozialpolitischen Literatur zu begrüssen ist, halten wir doch den zweiten Teil für den wertvolleren des Buches. Hier ist das reiche Material, das im Laufe der Jahre in den verschiedenen Berichten der 28 Sekretariate sich angesammelt hat, durch zweckgemässe Zusammenstellung der praktischen Verwertung zugeführt. Wer die Berichte selbst gelesen, wird oft von Bedauern darüber erfüllt worden sein, dass diese ausserordentlich wichtigen Dokumente infolge der getrennten Veröffentlichung der Gefahr ausgesetzt blieben, bald nach Erscheinen in Vergessenheit zu geraten, und mit ihnen die Auskunft, die aus ihnen über die Praxis der Arbeiterversicherung zu holen war. Indem der Verfasser diesem Uebelstand abgeholfen, die Auskünfte etc. sorgfältig und mit Verständnis excerpiert und geordnet vorgeführt hat, hat er sich ein Verdienst erworben, das sehr hoch anzuschlagen ist. Sein Buch wird vielen, die sich mit diesem wichtigen Zweig der Arbeitsgesetzgebung zu beschäftigen haben, sehr willkommen sein.

Pobedonoszew, K. P.: **Sammlung moskowitischer Studien** über das politische und geistige Leben der Gegenwart, mit Bezug auf Russland. Deutsch nach der vierten Auflage herausgegeben von C. E. Wohlbrück. Dresden 1904, E. Piersons Verlag. 372 S.

Die 20 Essays Pobedonoszews haben dadurch Anspruch auf ein allgemeineres Interesse, dass in ihnen eine konsequente Darstellung des Konservativismus zum Ausdruck kommt. Der Umstand, dass sie von dem, möchte man sagen, grössten Reactionär des heutigen Europas verfasst sind, erhöht nur in unseren Augen ihr Interesse. Es scheint, dass der Autor seinem sozialpolitischen Konservativismus einen philosophischen Anstrich zu geben versucht, aber hier, wie im Hauptteile seines Buches, in dem der Demokratismus einer prinzipiellen Kritik unterworfen wird, bleibt er auf der Oberfläche haften. Die Gerechtigkeit gebietet uns, zu bemerken, dass wir es hier mit einem nicht im selben Masse glänzenden wie geschickten Schriftsteller zu tun haben; manche Seiten der Sammlung erinnern dem Tone nach an Marc Aurels »Selbstbetrachtungen«. Aber dem Ganzen mangelt es an Originalität. Der Verfasser ist von einer einzigen kleinen Idee eingenommen, und diese verleitet ihn zu unzähligen Wiederholungen. Dem Kenner der sogenannten slavophilen Richtung in der russischen Literatur und der politischen Ausführungen Dostojewskis vermögen die Tiraden Pobedonoszews nichts Neues und etwas von Belang zu bieten. Proben seines Grundgedankens mögen selbst davon überzeugen.

»Die Welt bleibt sich immer gleich, und jeder Mensch fühlt in der Stunde der tiefen Selbstbetrachtung, dass er dieselbe Lebenserfahrung durchmacht, die vor ihm die Menschen im alten Theben oder im alten Byzanz durchgemacht haben. Das unaufhörliche Heute herrscht in der Natur. . . .« (S. 333.) Die Erfindungen und Entdeckungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik haben uns nicht glücklicher und freier gemacht. Im Gegenteil. Die Abhängigkeitsgefühle, wie Habsucht, Ruhmsucht etc., nehmen zu.

Die moderne demokratische oder demokratisch sein wollende Ordnung Westeuropas, die auch an die Pforte Russlands klopft, gewährt nach der Meinung unseres Konservativen keine Freiheit. Die demokratische »Freiheit« macht vielmehr das Volk unglücklich. (S. 29.) »Die Freiheit im Sinne der Demokratie ist das Recht der politischen Gewalt, ... das Recht, an der Staatsregierung teilzunehmen.« Das nächste Ziel der neuen Demokratie und zwar das allgemeine Stimmrecht ist in den Augen P.s »ein verhängnisvoller Irrtum, einer der allermerkwürdigsten in der Geschichte der Menschheit. Die politische Gewalt ... wird in dieser Form in eine Menge Einheiten geteilt, und der Gewinn am Recht des einzelnen Bürgers ist ein unendlich kleiner Teil des Rechtes.« (!! ebendas.) »Es folgt daraus, dass mit dieser scheinbar das Gleichgewicht herstellenden Verteilung der Freiheit unter alle und jeden eine vollkommene Verletzung der Gleichheit oder die reinste Ungleichheit verbunden ist.« »Die Einheiten an und für sich sind ohnmächtig; wer es aber versteht, die grösste Anzahl dieser Kraftfragmente für sich zu sammeln, wird Herr der Kraft, mithin der Verwaltung und Bestimmung des Willens.« Bei der Wahl selbst werden notwendigerweise Bestechungen, Zwang und Drohungen angewandt.« (S. 32. — Von wem?) »Die stürmischen Auftritte von Wählerversammlungen, in denen Waffen gebraucht werden und wo auf dem Schlachtfelde Tote und Verwundete bleiben, sind bekannt« (ibid. — Wem sind diese Tatsachen bekannt?). — »Die grosse Lüge unserer Zeit« ist die Idee von der Herrschaft des Volkes und die hieraus entspringende Theorie des Parlamentarismus. Man höre und staune, wie ein »gelehrter Jurist« und »Volkspsychologe« das Wesen des Parlaments definiert: »Das Parlament ist eine Einrichtung zur Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes, der Eitelkeit und der persönlichen Interessen der Abgeordneten. Diese Einrichtung ist ein überzeugender Beweis von der Selbsttäuschung des menschlichen Geistes.« (S. 37.) Aber die »Vorsehung« hat die Heimat des Verfassers »bei der grossen Stammesverschiedenheit ihrer Bevölkerung vor ähnlichem Elend, d. h. vor dem Repräsentativsystem, bewahrt«. »Grauenhaft ist es, auch nur zu denken, was bei uns entstehen würde, wenn uns das Schicksal das verhängnisvolle Geschenk eines allrussischen Parlaments gemacht hätte! Nie möge das geschehen.« (S. 51. — Der Leser denke daran, dass dies die Worte eines Mannes sind, der »von drei Kaisern des gewaltigen Reiches mit dem höchsten Vertrauen beehrt wurde«.) Auch die übrigen Erzeugnisse des demokratischen Geistes, wie das Schwurgericht, Presse u. s. w., taugen nicht. »Die Presse ist eine der allertrügerischsten Einrichtungen unserer Zeit.« (S. 65.) Manches, was der Verfasser an der modernen Bildung und Aufklärung verwirft, wurde längst von anderer Seite und besser gesagt. Was aber dem Vorwärtsblickenden ziemt, das schmückt nicht den Konservativen. — Der reactionäre Staatsmann hat wohl hier sein »bestes« Ich enthüllt. Denkt man aber noch an die Tätigkeit, an das »Leben« des Verfassers, so wird man an dessen eigenes Wort erinnert: »Ein jeder hat mehr von dem Stoffe, der verheimlicht werden muss, als von dem, der gezeigt werden kann.« Und wahrlich, die Adelsmaske, die der Verfasser an hat, will nicht recht gut zur ausgesprochenen Menschenfeindlichkeit der von ihm inspirierten Politik passen. *Brand.*

Schlünkes, Ferdinand: **Die Nächstenliebe als Staatsreligion.** Berlin, Verlagsbuchhandlung Alfred Schall. 48 S.

Im Vorwort zu seiner Broschüre erzählt der Verfasser, dass er sich lange nicht entschliessen konnte, die von ihm »aufgestellten neuen Ideen« der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Die Aufmunterungsworte Prof. v. Liszts, mit dem er in manchen Fragen der Strafrechtspflege übereinstimmt, haben ihn aber bewogen, die Schrift herauszugeben, um »Liebe und Frieden in der Welt verbreiten zu helfen«. Die Broschüre verfolgt also einen bestimmten Zweck. Vom Gedanken der Nächstenliebe ausgehend, soll unser gesamtes Sozial- und Staatsleben reformiert werden. Es soll ein »gelinder Staatssozialismus sich ergeben.« Wie dies zu geschehen hat, ist einfacher, als man es sich denken könnte. — Die Nächstenliebe, als unmittelbare Tatsache, muss zum Religionsprinzip erhoben werden. Denn »die Uebung der Nächstenliebe ist die einzige

Quelle wahrer Befriedigung.« »Die Religion der Liebe hat keinen anderen Zweck, wie der Staat selbst, nämlich die Menschen zu guten Bürgern und dadurch glücklich zu machen, ihr irdisches Glück zu begründen durch Vervollkommnung ihrer selbst und gegenseitige Liebe.« (S. 26.) Die Versammlungen und gemeinsamen Feste der »Liebenden« sollen unter anderem »die Stände aneinander näher bringen« (S. 27) und so Frieden verbreiten. Das Eigentums- und Kontraktsrecht soll der von der Nächstenliebe erfüllte Staat beschränken in dem Sinne, dass die Arbeiter in den Rang der Beamten erhoben werden. Die Industrie selbst muss . . . die nötige Arbeiterschaft auf Lebenszeit anstellen und bezahlen, wie dies der Staat mit seinen Beamten tut, sie darf die Arbeiter auch nur nach den bei Beamten geltenden Grundsätzen entlassen; die Betriebe dürfen nicht nach Willkür der Eigentümer eingestellt, sie müssen nötigenfalls staatlicherseits weitergeführt werden, wie bei Konkursen. Die Betriebe müssen aus ihren Gewinnen und aus Beiträgen der Arbeiter Wohlfahrtseinrichtungen schaffen, wie sie jetzt schon ohne gesetzlichen Zwang von verständigen . . . Arbeitgebern errichtet sind, z. B. Kasinos, gemeinschaftliche Küchen, Bibliotheken, Badeanstalten, Wohnungen, Pensionskassen, welche in das Eigentum der Arbeiterschaft übergehen und deren Verwaltung unterstehen« (S. 43.) »Den Streiks wäre schon durch die Beamtenstellung der Arbeiter und die (vom Verfasser) vorgeschlagenen Eigentumsüberweisungen der Wohlfahrtsanstalten an die Arbeiterschaft mehr oder weniger vorgebeugt.« (S. 44.) Auch das Strafrecht, die Steuerfragen und dergl. sollen ebenfalls einer gründlichen Reform im Sinne der Religion der Nächstenliebe unterliegen.

Dass die Broschüre wegen der ehrlichen Gesinnung des Autors Beachtung verdient, darf uns nicht zur Verschweigung des Umstandes veranlassen, dass er nicht gerade tief in das Wesen der Machtverhältnisse und Geistestendenzen der Zeit eingedrungen zu sein scheint. Dies geht schon daraus hervor, wie er sich die Organisation seiner Religionsgemeinschaft vorstellt. So zählt er zu den Berufenen den Freimaurerorden, die Heilsarmee, den liberalen Protestantismus oder — die Sozialdemokratie! (S. 29.) Die Anhänger der neuen sozialen Religion haben sich nach ihm als »Jesuisten« zu bezeichnen. — Als leises Symptom des Dranges der Zeit, einmal Ernst mit dem sozialen Geist zu machen, ist die vorliegende Broschüre nicht ohne Interesse. — Aber — um eines Wortes Homers zu gedenken — es »schweben der Vögel genug in den Strahlen der Sonne, aber nicht alle verkünden ein Schicksal!« *Brand.*

Wilde, Oscar: **Der Sozialismus und die Seele des Menschen.** Uebersetzt von Hedwig Lachmann und Gustav Landauer. (Verschollene Meister der Literatur, II. Band). Berlin 1904. Karl Schnabel (Axel Junkers Buchhandlung). 149 S. 8⁰. Preis: br. 2,50 Mark, geb. 4 Mark.

Das Buch enthält noch zwei andere Essays: »Aus dem Zuchthaus zu Reading« und »Aesthetisches Manifest«, ferner ein »Sonett an die Freiheit«; wir müssen sie hier ausser Betracht lassen — nur der erste Essay »Der Sozialismus und die Seele des Menschen« gehört in die Bibliographie des Sozialismus.

Den Schriftsteller Wilde hat man in Deutschland erst in allerjüngster Zeit kennen gelernt (vom Menschen Wilde hat man in sexuell interessierten Kreisen von seiner Verurteilung her immerhin manches gewusst oder zu wissen geglaubt); sein Theaterstück »Solome« fand ein grösseres Publikum, und sein »Bildnis des Dorian Gray« eine Anzahl Leser. Bei näherer Bekanntschaft konnte nicht verborgen bleiben, dass der Schriftsteller Wilde wohl mehr ein Raffinierter, als ein Künstler ist, dass er im letzten Grunde nicht von innen heraus gestaltet, sondern mit dem klugen Wissen und der Geschmackskultur des Europäers in feiner Weise kompiliert, so dass er Wirkungen hervorruft, die oft die Nerven, manchmal die Sinne, selten die Seele angreifen. Ueberall aber eine differenzierte, etwas müde Intelligenz. Diese Intelligenz ist es, die auch der vorliegende Essay in ihrer Eigentümlichkeit erkennen lässt: der Essay ist interessanter durch den, der ihn geschrieben, als durch das, was er enthält.

Denn der Inhalt des Essays bietet dem festländischen Sozialisten nicht sehr viel Neues, versetzt ihn vielmehr in eine Zeit zurück, wo die literarischen Vertreter des Sozialismus sich vorwiegend für das System der Zukunft, für die wirtschaftlichen und ethischen Formen der vollendeten sozialistischen Gemeinschaft interessierten, die eigentlichen sozialen, politischen und administrativen (vielleicht auch psychologischen) Probleme aber ausser acht, zum Teil auch als nebensächlich bei seite liessen. Während indes in Deutschland die zunehmende Vereinheitlichung von Sozialismus und Arbeiterbewegung dergleichen im luftleeren Raum schwebende Spekulationen mehr und mehr erschwerten, war in England, wo der Sozialismus es noch nicht zu einer aktuell-politischen Bedeutung gebracht hat und mit der Arbeiterbewegung noch nicht im mindesten identifiziert wird, für freie Geister, wie Wilde, die Möglichkeit gegeben, sich zu einer sozialistischen Lebensauffassung zu bekennen, ohne damit überhaupt einen politischen Gegenwartssinn zu verhinden. Für Wilde »ist der Sozialismus lediglich darum von Wert, weil er zum Individualismus führt«. Durch diese Erkenntnis erhebt sich Wilde hoch über jenen Haufen der Aestheten, deren Sensibilität vor dem Sozialismus als öder Gleichheitsmacherei und Vernichtung der Einzelpersönlichkeit zurückbebt. Freilich kennt er noch einen »autoritären Sozialismus«, dem er jene wenig lobenswerten Eigenschaften zuschreibt und den er aus diesem Grunde verwirft. Bekanntlich hat dieser »autoritäre Sozialismus« auch bei den deutschen »Unabhängigen Sozialisten« und »Anarchisten« eine grosse Rolle gespielt: er wurde mitsamt dem »Staatsknechtstum« der Marxisten des öfteren von ihnen vernichtet, bis das arme Gespenst in den Köpfen derer, die ihn erzeugt, auch wieder sanft entschlief: heute beschäftigen die deutschen Sozialisten andere Sorgen, als die um die »autoritäre« oder »freiheitliche« Zukunft. Und der sozialdemokratische Zuchthaus- und Kasernenstaat lebt nur noch zuweilen in irgend einem Kreisblättchen für einige Tage wieder auf.

Interessant ist der Gedankengang, durch den Wilde auf den Sozialismus gebracht wird. Er erinnert ein wenig an Bernard Shaws köstliche Flugschrift »Socialism for Millionaires« (vergl. »Dokumente des Sozialismus«, I. Bd., pag. 11), ohne freilich an Geist und Reiz sich völlig damit messen zu können. Auch Wilde geht davon aus, dass der Sozialismus nicht sowohl für den Armen, als für den Reichen eine Notwendigkeit sei, da er diesen von den altruistischen Tugenden befreie, durch die er sein Leben verderbe und seiner Persönlichkeit Zwang antue. »Der grösste Nutzen, den die Einführung des Sozialismus brachte, liegt ohne Zweifel darin, dass der Sozialismus uns von der schmutzigen Notwendigkeit, für andere zu leben, befreite. . . .« Und daher muss das eigentliche Ziel sein »der Versuch und Aufbau der Gesellschaft auf einer Grundlage, die die Armut unmöglich macht«. Dass auch in dieser, manchem wohl paradox erscheinenden, Auffassung etwas Wahres liegt, soll nicht geleugnet werden. Bezeichnend für den Aestheten ist es nur, sie zu dem alleinigen oder Hauptgrund für den Sozialismus zu machen. An einer späteren Stelle seines Essays versucht Wilde eine Umdeutung, die den Gedankengang erheblich richtiger und proportionierter, aber auch etwas reizloser macht: er bezieht die Begriffe »Arm« und »Reich« auf die Individualität. »Wenn Jesus von den Armen spricht, meint er einfach Persönlichkeiten, gerade wie er, wenn er von den Reichen spricht, einfach Leute meint, die ihre Persönlichkeit nicht ausgebildet haben.« Und diese armen Reichen werden also in der sozialistischen Gesellschaft von ihrer Qual befreit werden. Die freundlichere Gestaltung der äusseren Verhältnisse wird das Beste ihres Selbst zur Entfaltung kommen lassen. Denn: »Die meisten Persönlichkeiten waren genötigt, Empörer zu sein. Ihre halbe Kraft hat die Reibung mit der Aussenwelt verbraucht.« Diese Reibung wird in Zukunft fortfallen. Ob freilich nicht auch sie zur Bildung der Persönlichkeit beigetragen, von der gerade das »Empörertum« eine charakteristische und, ästhetisch betrachtet, besonders reizvolle Form darstellt — bleibt bei Wilde unerörtert.

Einen sehr glücklichen Ausdruck hat Wilde für das Verhältnis von Gesamtheit und Einzelpersönlichkeit in der sozialistischen Zukunftsgesellschaft gefunden: »Der Staat hat das Nützliche zu tun. Das Indi-

viduum hat das Schöne zu tun.« Diese Formel bleibt unvollkommen, wie jede, die sich auf nicht genügend definierte Begriffe stützt. Aber sie drückt recht eigentlich das Streben und Sehnen aller derjenigen aus, die im Sozialismus den Zustand der Vollendung erblicken, soweit äussere menschliche Beziehungen in Frage kommen, und die weitere Entwickelung sich nur noch auf rein geistigem Gebiete fortsetzen sehen. Dass die sozialistische Gesellschaft auch aller äusseren Zwangsmittel und damit implicite der gesamten Justiz entraten kann, ist eine Auffassung, die Wilde mit den meisten Sozialisten gemein hat, die ein Bild der ferneren Zukunft entrollt haben. Und wenn Wilde meint: ». . eine Gemeinschaft wird unendlich mehr durch das gewohnheitsmässige Verhängen von Strafen verroht, als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen« — so berührt er sich hier nicht nur mit der sozialistischen, sondern bereits mit der modernen kriminalistischen Betrachtungsweise.

Vom Individualismus im allgemeinen kommt Wilde auf die Kunst, die ihm eine Art Unterabteilung des selben ist (»die intensivste Art Individualismus, die die Welt kennt«). Auf die künstlerischen Anschauungen Wildes soll hier nicht eingegangen werden. Wilde verlässt da ein wenig den Boden des deduktiven Denkens, weil er sich hier mehr den betrübenden Einzelerscheinungen der Gegenwart zuwendet, die ihn begreiflicherweise mit Bitterkeit erfüllen. Er macht eine Reihe von zwar systemlosen, aber treffenden und geistvollen Bemerkungen, namentlich auch über Kunst und Publikum in England, jenem Lande, das die ihm entsprossenen Dichter hassen und höhnen. (»In England sind die Künste am besten daran, an denen das Publikum kein Interesse hat.«) Jedenfalls sieht Wilde gerade auch die Sache der Kunst in der sozialistischen Gesellschaft am besten geborgen, wie überhaupt die Sache alles Schönen: »Der neue Individualismus, in dessen Diensten der Sozialismus, ob er es will oder nicht, am Werke ist, wird vollendete Harmonie sein. Er wird sein, wonach die Griechen suchten, was sie aber, ausser im Geiste, nicht vollständig verwirklichen konnten, weil sie Sklaven hatten und sie ernährten; er wird sein, wonach die Renaissance suchte, was sie aber, ausser in der Kunst, nicht vollständig verwirklichen konnte, weil sie Sklaven hatte und sie hungern liess. Er wird vollständig sein, und durch ihn wird jeder Mensch zu seiner Vollendung kommen. Der neue Individualismus ist der neue Hellenismus.« . . . .

Man kann Hedwig Lachmann und Gustav Landauer nur dankbar dafür sein, dass sie dem deutschen Publikum diesen interessanten und in der Form ungemein anziehenden Essay vermittelt haben. Man kann von einem Artisten, wie Wilde, keine wissenschaftlichen Untersuchungen erwarten. Da nur der vollendete Zustand des Sozialismus von ihm betrachtet wird, der Weg und die Mittel ihn nicht kümmern, so fällt damit der ganze Komplex der modernen sozialistischen Probleme, fallen die schwierigen, detaillierten Vorstellungen und Hemmungsvorstellungen für ihn fort. Aber auch diese Betrachtungsweise hat ihren Wert und ihren Reiz selbst für den Sozialisten unserer Tage nicht verloren. Und die Schrift ist keineswegs nur eine literarische Kuriosität. Sie ist — was man von einem Aestheten am wenigsten erwarten durfte — auch eine Propagandaschrift für den Sozialismus. Freilich nicht für den Arbeiter, der durch andere Faktoren in die Reihen der Sozialisten getrieben wird. Wohl aber für manche Kreise der sogenannten Intelligenz, namentlich der begeisterungsfähigen akademischen Jugend, der Künstler und Kunstjünger. Und sollte man nicht auch diese zu Sozialisten machen wollen?

Josef Bloch.

Ziegler, Leopold: **Das Wesen der Kultur.** Leipzig 1903, Eugen Diederichs Verlag. 191 S.

Was man früher gemeinhin unter Geschichtsphilosophie verstand, wird jetzt von zwei besonderen Disziplinen gepflegt. Die Soziologie (und auch die wissenschaftliche Geschichtsschreibung) sucht die üblichen wissenschaftlichen Aufgaben der alten Philosophie der Geschichte zu lösen, die Fragen nach dem Wesen, Wert und Sinn der Kultur, also der überempirische Teil der Geschichtsphilosophie, bilden hingegen eine besondere Disziplin für sich, und zwar die

Kulturphilosophie. Die kleine, klar gehaltene und auch durchdachte Schrift Zieglers vermehrt die noch spärliche kulturphilosophische Literatur und verdient trotz der Bedenken, die gegen sie sich erheben lassen, eine wohlwollende Beachtung. —

Vor allem gilt es für den Verfasser, einen einzig gültigen Kulturbegriff aufzufinden (S. 7). Um aber zu wissen, was Kultur sei, »müssen wir die Kultur in ihren herrlichsten und gelungensten Sichtbarwerdungen und Kundgebungen anschauen und ergründen, unter den Rassen und Völkern die Genies suchend, wie die Philosophie der Kunst unter den Künstlern. Die Vertiefung in den Anblick der genialen Völker, die Erkenntnis der wesentlichen, bei der Gestaltung ihrer Kulturen gemeinsamen Grundtätigkeiten und Triebfedern: das allein konnte uns befähigen, an unsere Aufgabe heranzutreten.« (Vorwort.) Es soll der tiefere Grund des Kulturlebens aufgesucht werden, der gewöhnlich nicht mehr zu den erfahrbaren Tatsachen, sondern zu den metaphysischen Wahrscheinlichkeiten zählt. (S. 10.) Den Kulturtrieb, losgelöst von aller Historie, von allen zeitlich-historischen Bedingungen, habe man aufzusuchen und die innere Dialektik seines isolierten Werdens, sagen wir, seiner Spontaneität abzulauschen. »Es gilt, die innere Genesis zu verfolgen, die bei jeder Kulturbildung wesentlich die gleiche sein muss« (ebendas.). Anstatt nun jetzt durch die Vertiefung in das Leben der Kulturgebilde den gesuchten »Kulturtrieb« ausfindig zu machen, geht der Verfasser seinem Problem mehr »hegelianisch« nach.

Drei Stadien sind es, die das Leben der Menschen und Völker durchläuft: durch den sogenannten Naturzustand, durch die Zivilisation und durch die Kultur. Im Naturzustand leitet die »Natur« den Menschen in seinem Wollen und Können. »Das Leben des Vormenschen war ein solches im Instinkt« (S. 17). Die vom Menschen verfolgten Ziele werden hier von der natürlichen Teleologie aufgenötigt, und die Verantwortung resp. »Rechtfertigung« des Daseins wird auch von ihr besorgt, oder, bemerken wir, die letztere besteht noch gar nicht. Nun kommt eine Zeit, wo der Bruch des Menschen mit der Natur unmeidlich wird. Der Mensch übernimmt selbst die Leitung, er tritt aus seiner bewusstlosen Natürlichkeit in das Reich der »notwendigen Erkenntnis der Zwecke«, in den Zustand der »Anarchie« (S. 12). Er wird sich selbst überlassen. Wie das »Verlassen der Natürlichkeit«, der Uebergang vom Instinkt zum bewussten Zweck, vor sich geht, vermag man nicht zu erklären. (S. 17.) Vielmehr erscheint die Periode des bewussten Zweckes als Gegensatz der »Natürlichkeit«. Im »Naturzustande« ist es der Gattungsinstinkt, der das Leben bildet und leitet, in der Negationsperiode der Natürlichkeit ist es der Wille, der sich als »Individualinstinkt« erweist. Hier weigert sich das Individuum, dem Zwecke der Gattung zu dienen, und setzt sich selbst als Zweck des Daseins. (S. 20 f.) Infolge des Bruches mit der »Natur« tritt der Mensch in ein neues Verhältnis zur Welt, ja, das Wesen des Menschen verändert sich dadurch. Die Natur wird zum Mittel degradiert, die Eudämonie des eigenen Ich zum Zentralzweck des Daseins erhoben. Der Mensch versucht hier sein Glück im Selbstgeniessen. (S. 27.) Bei solchem Zustande befinden wir uns mitten in der Zivilisation. Die zivilisatorische Idee ist daher nichts, als die »schrankenlose Verherrlichung des zum Prinzip erhobenen Egoismus« (S. 34). »Jetzt ist es nicht mehr das blinde, unbewusste Fatum der Naturgesetzlichkeit, sondern der willkürliche menschliche Zweck, welcher den Menschen quält« (S. 37). — Die Zivilisation birgt aber in sich Widersprüche, die ihre Existenz ernstlich in Frage stellen. Einerseits bedeutet sie eine Befreiung von der Natur, andererseits aber erreicht der Mensch diese Befreiung, indem er seine Arbeit zur »mechanischen« herabsetzt und so seine Tätigkeit in Einklang mit der starren Gesetzmässigkeit der Natur bringt. (S. 31.) Einerseits wird die individuelle Glückseligkeit als letzter Zweck angestrebt, andererseits aber wird das Ich allmählig von den Mitteln der Weltbeherrschung in Zwang gehalten. »Das bewusste Motiv, auf welchem letzten Endes alle zivilisatorische Arbeit beruht und welches die dem Menschen allein gegenwärtige Triebfeder darstellt, ist die Illusion, sofern es einen ganz entgegengesetzten Zustand erzeugt, als es versprochen hat« (S. 37). Das Streben nach Glückseligkeit führt zur Ueberwindung des durch die Zivilisation geschaffenen Illusionismus, ja,

der »Zivilisation« selbst. Es soll jetzt eine Synthesis herausgearbeitet werden, die zugleich die Natürlichkeit und die Zivilisation regiert, andererseits in höherer Form verarbeitet. Wenn ein anderer als auf die Ichheit bezogener Zweck entdeckt wird, so wird eo ipso der Bruch mit der »Zivilisation« vollzogen, und die eigentliche Kultur kündet sich an. (S. 40f.)

»Nicht die Zivilisation als solche war ein Irrtum, sondern der Glaube des Menschen, hierin seinen Zweck zu erfüllen.« (S. 41). Der Zweck soll von nun ab in einer »übermenschlichen Ordnung« gesucht werden, die im Einzelnen zum Ausdruck kommt, d. h. in einer Art Gerechtigkeit, in der Ueberzeugung von der wohlbekannten sittlichen Weltordnung. Der Bruch mit der »Zivilisation« bedeutet daher soviel wie an Stelle des »zivilisatorischen«, rein praktisch-technischen Verhaltens ein uneigennütziges, sittliches zu setzen. (S. 60). Dadurch wird wieder der Natur ihr Recht widerfahren. Die Dinge erhalten einen Selbstzweck und der Einzelne wird auch aus dem Netz der »zivilisatorischen« Mittel befreit. Der ästhetische Schein (S. 67), das theoretische Verhalten (S. 74) und das religiöse Verhältnis sind nun die Organe, deren sich die »übermenschliche«, oder richtiger transsubjektive und als solche »sittliche« Ordnung bedient, um eine neue Welt, eine Kultur zu schaffen. Eine Kultur erreichen wir im Gegensatz zur Zivilisation erst dann, wenn uneigennützige Mächte, wie »reiner«, ästhetischer Schein, mathematisches und logisches Denken und religiöses Verhalten, was nun den »objektiven Geist« ausmacht, »zu Motiven für den Willen werden, wenn sie im Menschen den Willen auslösen.« (S. 726). »Danach kann keine Kultur zur Tat werden, die sich nicht auf den sittlichen Willen des Menschen als den letzten Grund ihres Daseins berufen könnte« (ebendas.). Kultur ist somit ein Verhängnis »zum objektiv unbewussten Weltgeist« (S. 121) — womit der Autor seine Pflicht und Schuldigkeit gegen seine beiden Meister, und zwar gegen Hegel und Ed. v. Hartmann erfüllt zu haben scheint. Die Realitäten der Zivilisation an und für sich verlieren jeden Wert, die Loslösung von ihnen, ihre Ueberwindung würde das »Glück«, resp. eine Art Leidlosigkeit verschaffen.

Zum Träger dieser Art »Kultur« wird — und dies, wie es scheint mit der Genehmigung des gesamten Diedrichschen Prophetenkränzli — der christianisierte »Gottmensch« auserkoren. Der »Gottmensch«, der »die Flucht des Menschen vor der Willkür seines Ich in die Wirklichkeit des unbewussten Geistes, der im Menschen und in der Natur nur einer ist« ergreift, ist ein ständiger Ueberwinder. Denn »die Kultur duldet keinen Weltfeiertag.« Die einzige, lobenswerte Tätigkeit des Kulturmenschen ist die ständige »Ueberwindung« der äusseren und inneren Natur, »um dem Willen der Natur selbst zu genügen.« (160f.) Der Gottmensch, nach einem Leben voll Ueberwindung, Entbehrungen kommt in das ersehnte Reich, gerät in den Nebel des »unbewussten Geistes«, und nähert sich so dem heiligen Schatten des Buddhismus. Die »Gottmenschlichkeit« ist aber nicht jedermanns Sache. »Das zivilisatorische Minimum der Allgemeinheit aufzubürden, hat keinen Sinn, wie es wohl unser Sozialismus möchte. Jede Kultur bedarf vollständig freier Stände. Das zivilisatorische Minimum muss beschränkt werden auf gewisse Stände und ihnen aufgebürdet werden, und die Arbeitslast der sie vertretenden Menschen immer mehr zu vermindern und zu erleichtern — erzählt uns der jugendliche Verfasser — ist die wahre Aufgabe des Sozialismus.« (S. 179). —

Die falsche Auffassung des Verfassers vom Sozialismus und das angebliche Verhältnis zum »objektiv Unbewussten« als höchstes immanentes Ziel der Kulturdialektik beruht auf einem Missverständnis, das die vorliegende Schrift durchdringt. Um dies nur kurz anzudeuten: die Einteilung der gesamten menschlichen mittelbar entstandenen Wirklichkeit in »Zivilisation« und »Kultur« ist philosophisch fruchtlos. Denn nicht nur historisch, sondern vielmehr ontologisch kommt »Kultur« ohne »Zivilisation« und »Zivilisation« ohne »Kultur« nicht vor. Was der Verfasser irrtümlicherweise Kultur nennt (nämlich die bewusste Bewertung und Beurteilung der vom Menschengeschlecht hervorgebrachten Wirklichkeit) macht blos die Philosophie der sich notwendig vollziehenden Kulturbildung aus und ist somit ein integrierender, »realer« Bestandteil der Kultur selbst. Andererseits setzt die »zivilisatorische Idee« eine bestimmte Kulturphilosophie voraus, ja sie ist zugleich eine solche. Durch die

unerlaubte Zersetzung der Kultureinheit aber in ein praktisches (zivilisatorisches) und allgemein — philosophisches (kulturelles) Verhalten fällt man nur wieder dem alten Dualismus von »Theorie« und »Praxis«, von »Menschlich« und Uebermenschlich«, von »Gott« und »Welt«, von »Realität« und »Illusion«, von »Einzigen« und »Masse« anheim. Würde aber der Verfasser die grosse Tragweite der Lehre von der soziologischen und namentlich ontologischen Einheit der metaphysischen, realen, ideellen und idealen, der ideologischen und hypothetischen und andere Sphären des sozial-kulturellen Lebens erfasst haben, so würde er auch kaum den Sozialismus auf die rein »zivilisatorische« Seite beschränkt wissen wollen und würde vielleicht auch die »kulturelle« Seite dieser weltgeschichtlichen Bewegung zu würdigen verstehen. Und noch eine Frage: Wird der zivilisatorische Illusionismus durch das »kulturelle« Verhältnis zum »objektiv unbewussten Geist« — (und wie kann dem »Unbewussten« das Prädikat »objektiv« beigelegt werden?) — denn wirklich überwunden? Die höchste Frucht des Weltlebens kann nie der Gegensatz vom Leben, das »Leben« im Nebel des Unbewussten, sein. *Brand.*

2. In französischer Sprache.

Louis, Paul: **L'Ouvrier devant l'État.** Histoire comparé des lois du travail dans les deux mondes. (Bibliothèque d'Histoire contemporaire). Paris, Félix Alcan, éditeur, 75 S. 8°. Preis: 2 Frcs.

»Der Arbeiter im Angesicht der Staatsgewalt» — dieses Thema will der Autor hier nicht in dem Sinne behandeln, dass er sich mit der Frage befasst, inwiefern die im kapitalistischen Staatswesen für die Allgemeinheit geschaffenen Gesetze und Einrichtungen naturgemäss dem Proletariat gegenüber eine modifizierte, härtere Wirkung annehmen, sondern er stellt einzig diejenigen Gesetze und Vorschriften zum Vergleiche zusammen, welche den Arbeiter als solchen im Auge haben. Den Spuren der modernen, hauptsächlich seit 1870 entstandenen Arbeitergesetzgebung nachgebend, hat Louis sein historisch-deskriptives Werk in breitester und übersichtlichster Anordnung aufgebaut aus den in allen Kulturländern angestellten Lösungsversuchen der grossen Probleme der Arbeiterversicherung, des Nachweises, der Inspektion, der Statistik, der Hygiene, der Lohngarantie, der Heimarbeit, der Gewerkschaften u. s. f. — Louis sieht in der Reglementierung der Arbeit durch den Staat die ernsteste Forderung der sozialen Ideen, und verlangt den legalen Schutz für den Mann ebenso wie für Frau und Kind unter der treffenden Begründung, dass »alle drei minderjährig sind vor der Grossindustrie und dem Gross-Unternehmertum.«

Als Resultat der Vergleichung seines Materials erscheint dem Autor ein der Arbeitergesetzgebung aller Länder gemeinsamer Zug, wiewohl er die Individualität der Nationen sehr gut in den betreffenden Lücken der sozialen Gesetzgebung zu erkennen weiss. Der gemeinsame Zug ist der Triumph der Staatsgewalt über das Individuum. So wurde die Gewalt des Staates, welcher den Sozialismus bekämpft, durch die proletarische Bewegung gestärkt! Die herrschende Klasse würde noch heute in der Stärkung der Staatsgewalt gewiss eine zu vermeidende Gefahr erblicken, wenn sie nicht gegen ihren Willen zu ihr hätte fliehen müssen vor der Organisation der Massen. Der Aufschwung des staatlichen Prinzips bedeute also die letzte Waffe der Bourgeoisie und zugleich das Eindringen des Sozialismus in das Gesetz. Der Vorläufer des Sozialismus sei der Etatismus. —

Natürlich nimmt in vorliegendem Werke die deutsche Versicherungsgesetzgebung einen dem Umfange nach hervorragenden Platz ein. Der Autor, der, obwohl er mit Kritik immer zurückhält, doch Urteilskraft durchblicken lässt, wo es ihm darauf ankommt, weiss bei den verschiedenen Zweigen der deutschen Arbeiterversicherung von den charakteristischen langen Debatten und komplizierten Gesetzestexten zu berichten, während er das Ergebnis des »gigantischen Gebäudes« nur als Spottgelder (annuités dérisoires) bezeichnen kann. Es drängt sich ihm die Gegenüberstellung dieses »kuriosesten Beginnens einer herrschenden Klasse« mit der so einfachen und ganz überraschend volkstümlichen Altersversicherung Neuseelands auf. *F. L.*

Pour l'Arménie et la Macédoine. Manifestations Franco-Anglo-Italiennes. Préface de Victor Bérard, introduction de Pierre Quillard, rapport de Francis de Pressensé. Paris 1904, Société nouvelle de librairie et d'édition, 17, rue Cujas, XXXII & 320 p. 16°. Preis: 2 Frcs.

Ein Handbuch der armenischen Frage. Die Einleitung gibt deren Geschichte im Laufe der letzten zehn Jahre mit ihren Greueln und Leiden, und der Bericht von F. de Pressensé ist in der Hauptsache eine Zusammenstellung der Reden, die in der französischen Kammer und auf den grosen Protestversammlungen in Paris, London, Mailand, Rom etc. gehalten wurden. Hervorzuheben ist aber die glänzende Einigkeit aller Parteien in dem politisch so zersplitterten Frankreich, sobald es sich um eine Frage reiner Menschlichkeit handelt. Wer wollte nicht dem Ausspruche des Genossen Jean Jaurès zustimmen, dass Armenien und Mazedonien für England, Frankreich und Italien keine Vorwände sind, hinter welchen sich irgend welche Ambitionen verbergen, und dass die Autorität der russischen Intervention schon allein durch Russland eigene Kischineff-Politik bedeutend herabgemindert ist. — Von dem offiziellen Deutschland kann natürlich in diesem Buche leidenschaftlicher Humanität kaum die Rede sein. Dennoch hat es eine unabweisbare, wenn auch ungewollte Bedeutung für Deutschland, die einem bei der Lektüre nicht aus dem Sinn kommt. Man begreift wieder einmal etwas von der uns im Gemüte der freien Völker widerfahrenden Zurücksetzung und sieht einen Zipfel des Geheimnisses gelüftet, warum sie sich unter einander in so herzlicher Weise zu »Extratouren« zusammenfinden. *F. L.*

Thomas, P.-Félix, Docteur ès lettres, Professeur agrégé de Philosophie au lycée de Versailles: **Pierre Leroux.** Sa vie, son oeuvre, sa doctrine. Contribution à l'histoire des idées au XIXe siècle. Paris 1904, Felix Alcan. 340 S. Preis: 5 fr.

Pierre Leroux zählt zu den unzeitgemässen Geistern des vorigen Jahrhunderts. Gerade der auf das Leben des ganzen Menschen gerichtete Geist, für den er eintrat, ist vom 19. Jahrhundert am stärksten verschmäht worden. Besonders in Frankreich feierte um die Mitte des Jahrhunderts der kleinbürgerliche, separatistische Geist der napoleonischen Aera seine Triumphe. Die zwei Grundäusserungen des menschlichen Geistes, die dem Leben quand même einen Abschluss und Sicherheit verleihen und dem Denken ein allumfassendes Weltbild verschaffen, die Religion und Philosophie, wurden als veraltete, des »neuen«, allwissenden »positivistischen« Menschen unwürdige Künste erklärt. Eklektizismus (Cousin und seine Schule) oder theoretische Rechtfertigung der Prinzipienlosigkeit im Denken und Handeln (»Positivismus«) beherrschten den Zeitgeist. Eine einheitliche ganze Welt vermochten nur die, allerdings hervorragenden Romantiker der Zeit zu bieten, — aber was sollte der neue Mensch, der in den Sinn des Wirklichen, Realen einzudringen schien, mit den Luftwelten, die mit feudalistisch-christianisiertem Geist benebelt waren, anfangen? Pierre Leroux, ein Kind des neuzeitlichen Proletariats, lehnte sich energisch gegen diese, seine Zeit auf. Der Kampf gegen den theoretischen und praktisch-sozialen Kleinmut und für die Idee des sozialen Universalismus, für die »Humanität« füllte das Leben Leroux' aus. Gerade die verschmähten zwei Bewusstseinssphären, die Philosophie und die Religion, erhob er, an der Spitze einer sozialistischen Gruppe stehend, aufs Schild.

Es wäre eine eines Historikers der Ideen im XIX. Jahrhundert würdige und wertvolle Aufgabe, diese Erscheinung einer näheren Analysis zu unterziehen. Ist es doch durchaus nicht zufällig, wenn gerade Vertreter des Sozialismus in einer Zeit der allgemeinen sozialen und geistigen Zerrüttung es verstanden, die grosse Tragweite der Synthesis von Leben und Denken zu würdigen und zu fördern. Leider hat der Verfasser der vorliegenden Studie, in der Leroux seinen Biographen gefunden zu haben scheint, dieses und ähnliche Momente ausser acht gelassen. Er hat seine Aufgabe vielmehr historisch-chronologisch zu lösen versucht. Allerdings sehr eingehend und mit grosser Vorliebe für den »Typographen« und sein Lebenswerk, aber die intimere

Seite der hervorragenden Persönlichkeit ist dabei zurückgedrängt worden. Dafür hat er uns die äusseren Begebenheiten des Lebens Leroux' von der Kindheit bis zu seinen letzten Jahren nach der Verbannung mit Sachkenntnis geschildert. Wir sehen hier, wie der liberal gesinnte Jüngling allmählich zum Philosophen und Fahnenträger des Sozialismus heranreift. Der Leroux des »Globe« (1824—1832), den noch Goethe nach eigenem Geständnis mit grosser Freude verfolgte, der Leroux der »Revue encyclopédique« und der »Revue indépendance« (1836—1844), Leroux, der Abgeordnete von 1848 usw. treten klar vor uns.

Im zweiten Abschnitt des Buches versucht es Prof. Thomas, in systematischer Weise Leroux' Religions- und Sozial-Philosophie überhaupt zu schildern. Ueberall zeigt Leroux sich als Denker, dem es viel um die sozialpsychologische Seite des Lebens zu tun war. So leitete er bekanntlich die sozialen Gebilde, wie Eigentum, Familie und Nationalität, fernerhin die industrielle, künstlerische und wissenschaftliche Tätigkeit des Menschen aus dessen psychischen Anlagen, aus Empfindung, Gefühl und Erkenntnis ab. Ein tieferer Blick in das psychische Leben des einzelnen hat auch Leroux zu seiner sozialistischen Weltanschauung geführt, ja er hat ihm zu seiner eigenartigen Idee von der inneren Solidarität der Menschen, vom Leben der lebensfähigen Toten in uns, wie ich es nennen möchte, vom Zusammentreffen der Vergangenheit und Zukunft im Einzelnen verholfen. Sogar mit den Gegenständen der umgebenden Welt suchte Leroux den Menschen zu befreunden, damit er seiner sozialen Natur genüge, damit er nicht allein, isoliert und namentlich »sterblich« dastehe. Man darf wohl sagen, dass der Sozialismus für Leroux eine anthropologisch-psychologische Notwendigkeit war. Er will z. B. gar nicht das Eigentum, das im Zentrum der öffentlichen Diskussion stand, abgeschafft wissen, und dies aus sozial-psychologischen Gründen, aus Gründen des Sozialismus: der Mensch sollte auch in der Welt der Dinge nicht isoliert, nicht »fragmentarisch« leben. Nur sollte das Eigentum aufs gründlichste reorganisiert werden. »La propriété est mal organisée, puisqu'elle est féodale dans son principe et dans ses effets.« (Bei Thomas, S. 272.) In Hinblick auf den sich heute breitmachenden sog. Liberalsozialismus oder Sozialliberalismus sei auch mit diesem Zitat historische Gerechtigkeit geübt. — Der Verfasser hat sein Buch reichlich mit Zitaten aus den Schriften Leroux' versehen, wodurch der Geist des Sozialisten Leroux uns vertrauter wird. Es sind ferner als Anhang einzelne Briefe von und an Leroux (wie an oder von G. Soudré, P. Geoffroy Saint-Hilaire, Béranger, Herzen, Mazzini, Louis Blanc, E. Ollivier) abgedruckt, die dazu beitragen, uns erkennen zu lassen, was Pierre Leroux seiner Zeit war. *Brand.*

3. In englischer Sprache.

Comparative **Summary and Index of Legislation** [of the United States]. Edited by Rob. H. Whitten. 503 S. Albany, 1904.

Das vorliegende Buch gibt einen Ueberblick über die Gesetzgebung der amerikanischen Einzelstaaten vom Oktober 1902 bis Oktober 1903. Welch ungeheuere Masse gesetzgeberischer Arbeit die Parlamente der Unionstaaten leisten, geht daraus hervor, dass die Zahl der im Lauf des einen Jahres beschlossenen Gesetze und Beschlüsse 14 394 beträgt; auf den Staat Nord-Karolina, welcher die höchste Zahl erreichte, entfallen hiervon 1263.*)

Von Interesse ist, dass in weiteren zwei Staaten, nämlich Missouri und Nevada, Massregeln ergriffen wurden, um die direkte Gesetzgebung durch das Volk (Initiative und Referendum) einzuführen; die betreffenden Gesetze müssen allerdings erst den Wählern zur Urabstimmung unterbreitet werden. In Oregon und Süd-Dakota bestehen Initiative und Referendum schon seit einigen Jahren in Kraft, doch ist bisher kein Gebrauch davon gemacht worden. Gesetze gegen »Trusts« (industrial combinations and monopolies) sind in drei Staaten: New Hampshire, Tennessee und Texas, ge-

*) Viele dieser Gesetze sind aber rein administrativer Natur, d. h. Beschlüsse, die in anderen Ländern als Verordnungen von Verwaltungsbehörden verfügt werden. Die Red.

schaffen worden; wie diese in der Praxis gehandhabt werden, erhellt daraus, dass im letzgenannten Staat das »Anti-Trust-Gesetz« gegen — Arbeiterorganisationen angewendet wurde.

Der Arbeiterschutz wurde in mancher Beziehung ausgestaltet; auf die Fabrikinspektion bezügliche Gesetze kamen in elf Staaten zustande; neu geschaffen wurde eine solche in Oregon. Besonders reichhaltig ist die Liste jener Gesetze, welche auf die Arbeit in Bergwerken Bezug haben; doch bringt keines davon eine weitgehende Neueerung. Die Beschäftigung von Kindern betreffenden Gesetze kamen im Jahre 1903 in 15 Staaten zustande. Die Kinderarbeit wurde zum erstenmal eingeschränkt in Arkansas, Nord- und Süd-Karolina, Texas und Virginien. Gesetze, die sich auf Streiks und Boykotts beziehen, sind in neun Staaten zur Annahme gelangt. Einige davon suchen das Prinzip der schiedsgerichtlichen Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten zu fördern; in Minnesota und Nevada wurde bestimmt, dass es als ein strafbares Vergehen zu betrachten sei, wenn einem Arbeiter die Erlangung von Arbeitsgelegenheit aus dem Grunde seiner Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft unmöglich gemacht wird.

Gesetze gegen den »Anarchismus« wurden in vier Staaten geschaffen; das von Kalifornien setzt eine mindestens zehnjährige Kerkerstrafe für Personen fest, die Angriffe gegen den Präsidenten unternehmen oder zu unternehmen versuchen. In Connecticut wurde die Todesstrafe für solche ausgesprochen, welche den Präsidenten oder einen auswärtigen Gesandten töten oder zu töten versuchen. In Washington und Wisconsin wird die Förderung der Anarchie als Verbrechen erklärt.

Es ist sehr zu bedauern, dass die Masse der Arbeiter in den Vereinigten Staaten bisher nicht eingesehen haben, wie sehr sie die Gesetzgebung der Republik durch selbständige politische Aktion zu ihren Gunsten gestalten könnten. *Fehlinger.*

Report on Employees and Wages. Washington 1903. Census Office. XVI und 1228 S.

Aus diesem amtlichen Dokument geht nur allzu deutlich hervor, wie wenig es der Arbeiterschaft unter dem Regime des Kapitalismus möglich ist, ihre wirtschaftliche Lage zu bessern. Die vom Census-Amt der Vereinigten Staaten durchgeführte Erhebung, deren Ergebnis die vorliegende Publikation ist, hatte vornehmlich den Zweck, das Resultat der Lohnschwankungen in der Zeit von 1890 bis 1900 festzustellen. Es wurden daher — nach den Lohnlisten der Unternehmer — für das Jahr 1900 die Löhne von 160 692 männlichen erwachsenen Arbeitern und von 17 151 erwachsenen Arbeiterinnen, für das Jahr 1890 die Löhne von 105 453 männlichen und 13 327 weiblichen Lohnarbeitern ermittelt; ausserdem erstreckte sich die Lohnstatistik noch auf einige tausend jugendliche Personen unter 16 Jahren. Das Resultat der Untersuchung ist, dass von einer allgemeinen Erhöhung der Löhne gar keine Rede sein kann. Lohnerhöhungen sind allerdings vielfach vorgekommen; dafür hat aber die Verwendung billiger ungelernter Arbeitskräfte in dem Jahrzehnt bedeutende Fortschritte gemacht, so dass die mittlere Lohnhöhe bei der grössten Proportion der in die Erhebung einbezogenen Industrien unverändert erscheint. Relativ nicht bedeutenden Steigerungen in einer Anzahl von Gewerben entspricht eine rückgängige Tendenz der Bewegung der Löhne in manchen anderen. Auf das reichliche Material selbst kann hier nicht eingegangen werden. — Als die Industrie der Vereinigten Staaten vor zwei Jahren den Kulminationspunkt ihrer Prosperität erreichte, da hatte der Kapitalismus den Lohnarbeitern noch keinen Anteil an dem grossen Reichtum gegönnt, den sie geschaffen. *Fehlinger.*

4. In russischer Sprache.

Tscherkesoff, W.: **Die marxistischen Doktrinen.** Erster Teil: Ist es eine Wissenschaft? Genf 1904. 86 S. Preis: 1,25 fr.

Der Verfasser der obengenannten Schrift ist ein alter russischer Emigrant, welcher in den siebziger Jahren ins Ausland geflüchtet und dort zu

einem getreuen Anhänger der anarchistischen Lehren von Bakunin und Kropotkin geworden ist. Wie alle russischen Anarchisten ist er von tiefem Hass gegen die in Russland weit verbreiteten Lehren von Marx und Engels erfüllt und hat für die Gründer dieser Lehren und ihre Jünger nur noch Hohn und Geringschätzung übrig. Den »kleinen Engels« beschuldigt er des Plagiats an Morgan und Buret, dem Verfasser der 1840 erschienen grossen Werke: De la misère des classes laborieuses en Angleterre et en France, und Marx beschuldigt er, Ricardo und Thompson bestohlen zu haben. Das kommunistische Manifest ist nach seiner Meinung nur eine schlechte Kompilation der »Principes du Socialisme« von Considérant u. s. w. u. s. w. Die ganze Schrift legt von einer gewissen historisch-politischen Naivetät Zeugnis ab und hat einen ziemlich geringen wissenschaftlichen Wert. Sie ist aber von Bedeutung als Symptom einer gewissen Belebung der anarchistischen Lehren in Russland. Die Anarchisten regen sich in der letzten Zeit etwas lebendiger als früher und lassen sich etwas öfter hören. In den letzten zwei Jahren haben sie eine Organisation im Auslande gebildet und etwa ein Dutzend Schriften von Kropotkin und anderen Anarchisten verlegt. Auch eine kleine Zeitschrift — »Brot und Freiheit« — haben sie gegründet, die aber nur eine geringe Verbreitung hat, und auch dies nicht in Russland, sondern im Auslande unter den russischen Emigranten, und keinen Einfluss auf die russischen Revolutionäre ausübt. Auch die Schrift Tscherkesofs wird voraussichtlich keinen Einfluss ausüben, ihr Erscheinen ist vielmehr, wie gesagt, nur als ein Symptom zu betrachten.

Roman —ow.

5. In tschechischer Sprache.

Modrácek, Frant: **Rozvrat rakousko-uherské monarchie.** (Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie.) Prag 1904, Verlag der Zár. 80 S. 8°.

Die innerpolitische Krisis, in welcher der habsburgische Doppelstaat seit einer Reihe von Jahren sich krümmt und windet, hat nicht nur in Oesterreich, sondern auch sehr oft im Auslande die Frage hervorgerufen: Welches sind die Ursachen dieses Zustandes, und welche sind seine wahrscheinlichen Folgen? Der Beantwortung dieser Fragen dient auch die vorliegende Broschüre. Die Krisis ist dadurch entstanden, dass der der Dynastie dienende Zentralismus resp. Dualismus und die Hegemonie der Deutschen diesseits, der Magyaren jenseits der Leitha nunmehr mit der emporstrebenden kulturellen und wirtschaftlichen Macht der nichtdeutschen resp. nichtmagyarischen Völker in Konflikt geraten ist. »Der Fortschritt der österreichischen Völker ist die grösste und schwerste Krankheit des österreichischen Staates.« Diejenigen Stätten, welche zur Hebung des Fortschrittes in erster Reihe berufen waren, der Reichsrat und die Landtage, sind eben deswegen, weil hier Vertreter verschiedener nationaler Gruppen gemeinsam arbeiten sollen, in ihrer Tätigkeit lahmgelegt, und der Absolutismus, der nicht mehr seine Blössen verhüllen kann, schwingt seine schwarzen Fittige über Oesterreichs Gefilde.

Die fortschrittlichen Parteien aller Völker hoffen ein Wiederaufleben des Parlamentarismus durch Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, indem sie sich der Hoffnung hingeben, dass hierbei mehr sozial angehauchte Elemente in die Parlamente eindringen würden. Der Verfasser teilt jedoch diese Hoffnung nur in geringem Masse. Vielmehr legt er ein grösseres Gewicht auf die nationale Autonomie, damit das Zentralparlament wenigstens die strittigsten Gegenstände loswerde. Er glaubt jedoch nicht, dass dies unter normalen Verhältnissen werde verwirklicht werden können. »Die Gegenwart mahnt uns Sozialdemokraten, vorbereitet und wach zu sein. Wir nähern uns grossen Stürmen und Kämpfen, in welche die Sozialdemokratie mit aller ihrer Macht und mit allen Mitteln eingreifen muss.« *W.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Sankt Max.

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner.

2. Schöpfer und Geschöpf. (Schluss.)

Wir sind hier soweit vorgedrungen, dass eines der tiefsten Mysterien des Einzigen und zugleich ein Problem, das die zivilisierte Welt seit längerer Zeit in ängstlicher Spannung hielt, enthüllt und gelöst werden kann.

Wer ist Szeliga? So fragt sich seit der kritischen Literaturzeitung*) jeder, der die Entwickelung der deutschen Philosophie verfolgt hat. Wer ist Szeliga? Alle fragen, alle horchen auf bei dem barbarischen Klange dieses Namens — keiner antwortet.

Wer ist Szeliga? Sankt Max gibt uns den Schlüssel dieses »Geheimnisses aller Geheimnisse«.

Szeliga ist Stirner als Geschöpf, Stirner ist Szeliga als Schöpfer. Stirner ist das »Ich«, Szeliga das »Du« des »Buchs«. Stirner, der Schöpfer, verhält sich daher zu Szeliga, dem Geschöpf, als zu seinem »unversöhnlichstem Feinde«. Sobald sich Szeliga gegen Stirner verselbständigen will — wozu er einen unglückseligen Versuch in den »Norddeutschen Blättern« machte, »nimmt ihn Sankt Max wieder in sich zurück«, ein Experiment, was gegen diesen Szeligaschen Versuch auf p. 176—179 des apologetischen Kommentars bei Wigand vollzogen wird. Stirners [Kampf] gegen Szeliga ist indes nur scheinbar.**) Szeliga führt gegen seinen Schöpfer [Stirner] die Phrasen dieses [Schöpfers] ins Feld . . . . Ja, an einer späteren Stelle spricht er***) es geradezu aus, dass nur die Gedankenlosigkeit (wie vorher nur das Fleisch, die also identifiziert werden) ihn vor den Gedanken rette (p. 196). — Einen noch viel schlagenderen Beweis dieses geheimnisvollen Zusammenhangs erhalten wir bei Wigand. Wir sahen bereits p. 7 »des Buches«, dass »Ich«, d. h. Stirner, der »Einzige« ist. Auf p. 153 des Kommentars redet er nun seinen »Du« an: »Du« — — »bist der Phraseninhalt«, nämlich der Inhalt des »Einzigen«, und auf der-

---

*) Hierzu stehen am Rand in der Handschrift von Marx in Klammern die Worte: »Siehe die Heilige Familie«.

In der »Heiligen Familie« findet man verschiedene, »Szeliga« unterzeichnete Artikel der von Bruno Bauer 1843/44 herausgegebenen Allgemeinen Literatur-Zeitung scharf kritisiert. »Szeliga« war ein Pseudonym, hinter dem nach Mackay ein preussischer Offizier steckte, der ein Schüler Bruno Bauers war. Dieser »Szeliga« hatte, als Stirners Buch erschien, gegen es polemisiert, worauf ihm Stirner in Wigands Vierteljahrsschrift erwidert hatte.

Hiernach wird man die Pointe der obigen Darstellung des Verhältnisses von Stirner zu »Szeliga« verstehen. Stirner wie Szeliga verhielten sich literarisch zu den politischen Kämpfen der Zeit ziemlich gleichmässig überkritisch. Ihre Differenzen waren daher für die Kämpfer gleichgültig. *Red. d. Dok.*

**) Die gesperrt gesetzten Worte von Marx' Hand.

***) Hier ist von Stirner die Rede. Red.

selben Seite heisst es: »dass er selber, Szeliga, der Phraseninhalt sei, lässt er ausser Acht«. »Der Einzige« ist die Phrase, wie Sankt Max wörtlich sagt. Als »Ich«, d. h. als Schöpfer gefasst, ist er Phraseneigner — dies ist Sankt Max. Als »Du«, d. h. als Geschöpf gefasst, ist er Phraseninhalt — dies ist Szeliga, wie uns soeben verraten wurde. Szeliga, das Geschöpf, tritt als aufopfernder Egoist, als verkommener Don Quijote auf; Stirner der Schöpfer als Egoist im gewöhnlichen Verstande, als heiliger Sancho Pansa.

Hier tritt also die andere Seite des Gegensatzes von Schöpfer und Geschöpf auf, wo jede der beiden Seiten ihr Gegenteil an sich selbst hat. Sancho Pansa Stirner, der Egoist im gewöhnlichen Verstande, überwindet hier den Don Quijote Szeliga, den aufopfernden und illusorischen Egoisten, eben als Don Quijote, durch seinen Glauben an die Weltherrschaft des Heiligen . . . . . . ». . . gegen die . . . . seines ehemaligen Herren (auf die er mit dem festesten Bedientenglauben schwört) unternimmt und dabei seine schon bei Cervantes entwickelte Pfiffigkeit geltend macht. Dem wirklichen Gehalt nach ist er daher der Verteidiger des praktischen Kleinbürgers, aber bekämpft das dem praktischen Kleinbürger entsprechende Bewusstsein, das sich in letzter Instanz auf die idealisierenden Vorstellungen des Kleinbürgers von der ihm unerreichbaren Bourgeoisie reduziert. — Don Quijote Szeliga verrichtet also*) jetzt bei seinem ehemaligen Schildknappen Knechtsdienste.

Wie sehr Sancho Panso in seiner neuen »Wandlung« noch die alten Gewohnheiten behalten hat, zeigt er auf jeder Seite. Noch immer bildet das »Verschlingen« und »Verzehren« eine seiner Hauptqualitäten, noch immer hat seine »natürliche Furchtsamkeit« solche Herrschaft über ihn, dass sich der König von Preussen und der Fürst Heinrich LXXII ihm in den »Kaiser von China« oder den »Sultan« verwandeln, und er nur von den »D. . . . . Kammern« zu sprechen wagt; noch immer streut er Sprichwörter und Sittensprüchlein aus seinem Schnappsack um sich, noch immer fürchtet er sich vor »Gespenstern«, ja erklärt sie für das allein Furchtbare; der einzige Unterschied ist, dass während Sancho in seiner Unheiligkeit von den Bauern in der Schenke geprellt wurde, er im Stande der Heiligkeit fortwährend sich selbst prellt.

Kommen wir indess auf Szeliga zurück. Wer hat nicht längst in allen »Phrasen«, die Sankt Sancho seinem »Du« in den Mund legte, Szeligas Finger entdeckt? Und nicht allein in den Phrasen des »Du«, sondern auch in den Phrasen, wo Szeliga als Schöpfer, also als Stirner auftritt, ist Szeligas Spur fortwährend zu verfolgen. Darum aber, weil Szeliga Geschöpf ist, konnte in der »heiligen Familie« Szeliga nur als »Geheimnis« auftreten. Die Enthüllung des Geheimnisses kam Stirner dem Schöpfer zu. Wir ahnten freilich, dass hier ein grosses, heiliges Abenteuer zu Grunde liege. Wir sind nicht getäuscht worden. Das einzige Abenteuer ist wirklich nie gesehen und nie erhört, und übertrifft das von den Klappermühlen Cervantes am Zwanzigsten.

3. Offenbarung Johannis des Theologen, oder »die Logik der neuen Weisheit«.

Im Anfang war das Wort, der Logos. In ihm war das Leben und das Leben war das Licht der Menschen. Und das Licht scheinet in die Finsternis und die Finsternis haben es nicht begriffen. Das war das wahrhaftige Licht, es war in der Welt und die Welt kannte es nicht.

---

*) Hierbei steht von Marx' Hand eingefügt »als der« und ein unleserliches Wort.

Er kam in *sein Eigentum* und die Seinen nahmen ihn nicht auf. Wie viele ihn aber aufnahmen, denen gab er Macht, Eigentümer zu werden, die an . . . . Namen des Einzigen glauben . . . . .

. . . . . Da alle diese Vorzüge bereits im Vorhergehenden weitläufig nachgewiesen sind, so genügt hier eine kurze Zusammenstellung der hauptsächlichsten unter ihnen: Liederlichkeit im Denken — Konfusion — Zusammenhangslosigkeit — eingestandene Unbeholfenheit — unendliche Wiederholungen — beständiger Widerspruch mit sich selbst — Gleichnisse ohne Gleichen — Einschüchterungsversuche gegen den Leser — systematische Gedanken-Erbschleicherei vermittelst der Hebel »Du«, »Es«, »Man« u. s. w. und groben Missbrauchs der Konjunktionen Denn, Deshalb, Darum, Weil, Demnach, Sondern etc., — Unwissenheit — schwerfällige Beteuerung — feierlicher Leichtsinn — revolutionäre Redensarten und friedliche Gedanken — Sprachpolterei — aufgedunsene Gemeinheit und Kokettieren mit wohlfeiler Unanständigkeit — Erhebung des Eckenstehers Nante in den absoluten Begriff, — Abhängigkeit von Hegelschen Traditionen und Berliner Tagesphrasen — kurz vollendete Fabrikation einer breiten Bettelsuppe (491 Seiten) nach Rumfordscher Manier.

In dieser Bettelsuppe schwimmen dann eine ganze Reihe von *Uebergängen* als Knochen herum, von denen wir jetzt einige Specimina zur öffentlichen Ergötzung des ohnehin so gedrückten deutschen Publikums mitteilen wollen: »Könnten wir nicht — nun ist aber — man teilt mitunter — Man kann nun — Zur Wirksamkeit von . . . gehört besonders das, was man häufig . . . nennen hört — und dies heisst — Es kann nun, um hiermit zu schliessen, einleuchten — mittlerweile — so kann hier beiläufig gedacht werden — sollte nicht — oder wäre nicht etwa — der Fortgang von . . . dahin, dass . . . ist nicht schwer — Von einem gewissen Standpunkt aus raisonniert man etwa so — z. B. u. s. w.« etc. und »ist an dem« in allen möglichen »Wandlungen«. . . . .

Unter den Kategorien, welche weniger der Persönlichkeit Sanchos, als der allgemeinen Bedrängnis, in welcher sich die deutschen Theoretiker dermalen befinden, ihren Ursprung verdanken, steht obenan die *lumpige Distinktion*, die Vollendung der Lumperei. Da unser Heiliger sich in den »seelenmarterndsten« Gegensätzen herumtreibt wie Einzelnes und Allgemeines, Privatinteresse und allgemeines Interesse, gewöhnlicher Egoismus und Aufopferung etc., so kommt er schliesslich auf die lumpigsten Konzessionen und Transaktionen der beiden Seiten untereinander, die wiederum auf den subtilsten Distinktionen beruhen — Distinktionen, deren Nebeneinander-Bestehen durch »*auch*« ausgedrückt und deren Trennung von einander dann wieder durch ein dürftiges »insofern« aufrecht erhalten wird. Solche lumpige Distinktionen sind z. B.: Wie die Menschen sich gegenseitig *exploitieren*, aber doch Keiner dies *auf Kosten des Andern* tut; inwiefern Etwas mir *eigen* oder *eingegeben* ist, die Konstruktion einer *menschlichen* und einer *einzigen* Arbeit, die neben einander existieren; das für das *menschliche* Leben Unentbehrliche und das dem *einzigen* Leben Unentbehrliche; was der reinen Persönlichkeit angehört und was sachlich zufällig ist, wo Sankt Max, von seinem Standpunkte aus, gar kein Kriterium hat; was zu den *Lumpen* und was zur *Haut* des Individuums gehört; was er durch die Verneinung total *los wird* oder sich *aneignet*; inwiefern er bloss seine Freiheit oder bloss seine Eigenheit aufopfert, wo er auch opfert, aber nur *insofern* er eigentlich nicht opfert, was mich als Band und was mich als persönliche Beziehung zu den Andern in Verhältnis bringt. Ein Teil dieser Distinktionen ist ab-

solut lumpig, ein anderer verliert wenigstens bei Sancho allen Sinn und Halt. Als Vollendung dieser lumpigen Distinktion kann betrachtet werden die zwischen der Weltschöpfung durch das Individuum und dem Anstoss, den es von der Welt erhält. Ginge er hier z. B. auf den Anstoss näher ein, in der ganzen Ausbreitung und Mannigfaltigkeit, in der dieser auf ihn wirkt, so würde ihm schliesslich der Widerspruch auffallen, dass er ebenso blind .... dass dieser nicht erst vorgestellt zu werden braucht, sondern schon von vornherein der Ausgangspunkt war. Diese Lumperei der Distinktion geht durch das ganze »Buch«, ist ein Haupthebel auch der übrigen logischen Kniffe, und äussert sich namentlich in einer ebenso selbstgefälligen wie spottwohlfeilen moralischen Kasuistik. So wird uns an Exempeln klar gemacht, in wie weit der wahre Egoist lügen darf und nicht lügen darf, inwiefern es »verächtlich« und nicht verächtlich ist, ein Vertrauen zu täuschen, in wiefern Kaiser Siegismund und Franz I. von Frankreich Eide brechen durften und inwiefern sie sich dabei »lumpig« benahmen, und andere dergleichen feine historische Illustrationen. Gegenüber diesen mühsamen Distinktionen und Quästiunculis nimmt sich dann wieder sehr gut aus die Gleichgültigkeit unseres Sancho, der alles einerlei ist und die alle wirklichen, praktischen Gedankenunterschiede beiseite wirft. Im allgemeinen können wir schon jetzt sagen, dass seine Kunst, zu unterscheiden, noch lange nicht reicht an seine Kunst, nicht zu unterscheiden, alle Kühe in der Nacht des Heiligen grau werden zu lassen, und alles auf alles zu reduzieren — eine Kunst, die in der Apposition ihren adäquaten Ausdruck erreicht.

Umarme deinen »Grauen«, Sancho, du hast ihn hier wiedergefunden! Lustig springt er dir entgegen, nicht achtend der Fusstritte, die ihm geworden sind, und begrüsst dich mit heller Stimme. Kniee nieder vor ihm, umschlinge seinen Hals, und erfülle deinen Beruf, zu dem dich Cervantes am Dreissigsten berufen hat.

Die Apposition ist der Graue Sankt Sanchos, seine logische und historische Lokomotive, die auf ihren kürzesten und einfachsten Ausdruck reduzierte treibende Kraft »des Buchs«. Um eine Vorstellung in eine andere zu verwandeln, oder die Identität zweier ganz disparaten Dinge nachzuweisen, werden einige Mittelglieder gesucht, die teils dem Sinn, teils der Etymologie, teils dem blossen Klange nach zur Herstellung eines scheinbaren Zusammenhanges zwischen den beiden Grundvorstellungen brauchbar sind. Diese werden dann in der Form der Apposition der ersten Vorstellung angehängt, und zwar so, dass man immer weiter von dem abkommt, wovon man ausging und immer näher zu dem kommt, wohin man will. Ist die Appositionskette soweit präpariert, dass man ohne Gefahr schliessen kann, so wird vermittelst eines Gedankenstriches die Schlussvorstellung ebenfalls als Apposition angehangen und das Kunststück ist fertig. Dies ist eine höchst empfehlenswerte Manier des Gedankenschmuggels, die um so wirksamer ist, je mehr sie zum Hebel der Hauptentwickelungen gemacht wird. Wenn man dies Kunststück bereits mehrere Male mit Erfolg vollzogen hat, so kann man, nach Sankt Sanchos Vorgang, allmählich einige Mittelglieder auslassen und endlich die Appositionsreihe auf die allernotdürftigsten Haken reduzieren. — Die Apposition kann nun auch, wie wir schon oben sahen, umgedreht werden und dadurch zu neuen, komplizierten Kunststücken und erstaunlicheren Resultaten führen. Wir sahen ebendaselbst, dass die Apposition die logische Form der unendlichen Reihe aus der Mathematik ist. — Sankt Sancho wendet die Apposition doppelt an, einerseits rein logisch, bei der Kanonisation der Welt, wo sie ihm dazu dient, jedes beliebige weltliche Ding in »das Heilige« zu verwandeln, andererseits

historisch, bei Entwickelungen des Zusammenhangs und bei Zusammenfassung verschiedener Epochen, wo jede geschichtliche Stufe auf ein einziges Wort reduziert wird und am Ende das Resultat herauskommt, dass das letzte Glied in der historischen Reihe um kein Haarbreit weiter ist als das erste, und sämtliche Epochen der Reihe schliesslich in einer einzigen abstrakten Kategorie, wie etwa Idealismus, Abhängigkeit von Gedanken etc. zusammengefasst werden. Wenn in die historische Appositionsreihe der Schein eines Fortschritts gebracht werden soll, so geschieht dies dadurch, dass die Schlussphrase als die Vollendung der ersten Epoche der Reihe, und die Zwischenglieder als Entwickelungsstufen in aufsteigender Ordnung zur letzten, vollendeten Phrase hin gefasst werden.

Der Appostion zur Seite geht die Synonymik, die von Sankt Sancho nach allen Seiten hin exploitiert wird. Wenn zwei Worte etymologisch zusammenhängen oder nur ähnlichen Klang haben, so werden sie solidarisch für einander verantwortlich gemacht, oder wenn ein Wort verschiedene Bedeutungen hat, so wird dies Wort nach Bedürfnis bald in der einen, bald in der anderen Bedeutung und zwar mit dem Scheine gebraucht, als spreche Sankt Sancho von einer und derselben Sache in verschiedenen »Brechungen«. Eine eigene Sektion der Synonymik bildet noch die Uebersetzung, wo ein französischer oder lateinischer Ausdruck durch einen deutschen ergänzt wird, der jenen ersten halb und sonst noch ganz andere Dinge ausdrückt, z. B. wenn, wie wir oben sahen, »respektieren« durch »Ehrfurcht und Furcht empfinden« etc. übersetzt wird. Man erinnere sich an Staat, status, Stand, Notstand etc. Wir haben beim Kommunismus schon Gelegenheit gehabt, reichhaltige Exempel dieses Gebrauchs von doppelsinnigen Ausdrücken zu sehen. Wir wollen jetzt noch kurz ein Beispiel der etymologischen Synonymik vornehmen.

»Das Wort »Gesellschaft« hat seinen Ursprung in dem Worte »Sal«. Schliesst ein Saal viele Menschen ein, so macht's der Saal, dass sie in Gesellschaft sind. Sie sind in Gesellschaft und machen höchstens eine Salon-Gesellschaft aus, indem sie in den herkömmlichen Salon-Redensarten sprechen. Wenn es zum wirklichen Verkehr kommt, so ist dieser als von der Gesellschaft unabhängig zu betrachten.« (Pag. 286.)

Weil »das Wort ‚Gesellschaft' in ‚Sal' seinen Ursprung hat« (was, beiläufig gesagt, nicht wahr ist, da die ursprünglichen Wurzeln aller Wörter Zeitwörter sind), so muss »Sal« = »Saal« sein. Sal heisst aber im Alt-Hochdeutschen ein Gebäude, Kisello, Geselle, wovon Gesellschaft herkommt, ein Hausgenosse, und daher kommt der »Saal« ganz willkürlich herein. Aber das tut nichts; der »Saal« wird sogleich in einen »Salon« verwandelt, als ob zwischen dem althochdeutschen »Sal« und dem neufranzösischen »Salon« nicht eine Zwischenstufe von zirka tausend Jahren und so und so viel Meilen läge. So ist die Gesellschaft in eine Salongesellschaft verwandelt, in der nach deutsch-spiessbürgerlicher Vorstellung nur ein Phrasenverkehr stattfindet und von der aller wirkliche Verkehr ausgeschlossen ist. — Uebrigens hätte Sankt Max, da er doch nur darauf ausgeht, die Gesellschaft in »das Heilige« zu verwandeln, die Sache viel kürzer haben können, wenn er die Etymologie etwas genauer betrieben und sich ein beliebiges Wurzellexikon angesehen hätte. Welch ein Fund wäre es für ihn gewesen, wenn er dort den etymologischen Zusammenhang zwischen »Gesellschaft« und »selig« entdeckt hätte — Gesellschaft — selig — heilig — das Heilige — was kann einfacher aussehen?

Wenn »Stirners« etymologische Synonymik richtig ist, so suchen die Kommunisten die wahre Grafschaft, die Grafschaft als das Heilige Wie Gesellschaft von Sal, Gebäude, so kommt Graf (goth. garâvjo) vom gothischen râvo, Haus. Sal, Gebäude = Râvo, Haus, also Gesellschaft gleich Grafschaft. Vor- und Endsilben sind in beiden Worten gleich. die Stammsylben haben gleiche Bedeutung — also ist die heilige Gesellschaft der Kommunisten die heilige Grafschaft, die Grafschaft als das Heilige — was kann einfacher aussehen? Sankt Sancho ahnte dies, als er im Kommunismus die Vollendung des Lehnswesen, d. h. Grafschaftenwesens sah.

Die Synonymik dient unserem Heiligen einerseits dazu, empirische Verhältnisse in spekulative zu verwandeln, indem er ein Wort, das in der Praxis sowohl wie in der Spekulation vorkommt, in seiner spekulativen Bedeutung anwendet, über diese spekulative Bedeutung einige Phrasen macht, und dann sich stellt, als ob er damit auch die wirklichen Verhältnisse kritisiert habe, zu deren Bezeichnung dasselbe Wort auch gebraucht wird. So mit der Spekulation. Pag. 406 »erscheint« »die Spekulation« nach zwei Seiten hin, als Ein Wesen, das sich eine »doppelte Erscheinung« gibt — o Szeliga! Er poltert gegen die philosophische Spekulation und glaubt, damit auch die kommerzielle Spekulation, von der er nichts weiss, abgetan zu haben. — Andererseits dient ihm, dem verborgenen Kleinbürger, die Synonymik dazu, Bourgeoisverhältnisse (siehe was oben beim »Kommunismus« über den Zusammenhang der Sprache mit den Bourgeoisverhältnissen gesagt wird) in persönliche, individuelle zu verwandeln, die man nicht antasten kann, ohne das Individuum in seiner Individualität, »Eigenheit« und »Einzigkeit« anzutasten. So exploitiert Sancho z. B. den etymologischen Zusammenhang zwischen Geld und Geltung, Vermögen und vermögen etc.

Die Synonymik, vereinigt mit der Apposition, bildet den Haupthebel seiner Eskamotage, die wir bereits zu unzähligen Malen enthüllten. Um ein Exempel davon zu geben, wie leicht diese Kunst ist, wollen wir auch einmal à la Sancho eskamotieren.

Der Wechsel als Wechsel ist das Gesetz der Erscheinung, sagt Hegel. Darum, könnte »Stirner« fortfahren, die Erscheinung von der Strenge des Gesetzes gegen falsche Wechsel; denn es ist hier das über der Erscheinung erhabene Gesetz, das Gesetz als solches, das heilige Gesetz, das Gesetz als das Heilige, — das Heilige, wogegen gesündigt und das in der Strafe gerächt wird. Oder aber: Der Wechsel »in seiner doppelten Erscheinung« als Wechsel (lettre de change) und Wechsel (changement) führt zum Verfall (échéance und décadence). Der Verfall als Konsequenz des Wechsels zeigt sich in der Geschichte unter anderem beim Untergang des römischen Reichs, der Feudalität, des deutschen Kaiserreichs und der Herrschaft Napoléons. »Der Fortgang von« diesen grossen geschichtlichen Krisen »zu« den Handelskrisen unserer Tage »ist nicht schwer« und hieraus erklärt sich denn auch, warum diese Handelskrisen stets durch den Verfall von Wechseln bedingt sind.

Oder er konnte auch, wie Vermögen und Geld, den Wechsel etymologisch rechtfertigen, und »von einem gewissen Standpunkt aus etwa so raisonnieren«: Die Kommunisten wollen unter anderem den Wechsel (lettre de change) beseitigen. Besteht aber nicht gerade im Wechsel (changement) der Hauptweltgenuss? Sie wollen also das Tote, Unbewegte, China — d. h. der vollendete Chinese ist Kommunist. »Daher« die Deklamationen der Kommunisten gegen die Wechsel-

briefe und die Wechsler. Als ob nicht jeder Brief ein Wechselbrief, ein einen Wechsel konstatierender Brief, und jeder Mensch ein Wechselnder, ein Wechsler wäre!

Um der Einfachheit seiner Konstruktion und seiner logischen Kunststücke einen recht mannigfaltigen Schein zu geben, hat Sankt Sancho die Episode nötig. Von Zeit zu Zeit legt er eine Stelle »episodisch« ein, die an einen anderen Teil des Buches gehörte oder ganz gut wegbleiben könnte, und unterbricht so den ohnehin vielfach zerrissenen Faden seiner sogenannten Entwickelung noch mehr. Dies geschieht dann mit der naiven Erklärung, dass »wir« »nicht am Schnürchen gehen«, und bewirkt nach mehrmaliger Wiederholung in dem Leser eine gewisse Stumpfheit gegen alle, auch die grösseste Zusammenhanglosigkeit. Wenn man »das Buch« liest, gewöhnt man sich an alles, und lässt zuletzt gern das Schlimmste über sich ergehen. Uebrigens sind diese Episoden, wie sich von Sankt Sancho nicht anders erwarten lässt, selbst nur scheinbare, und nur Wiederholungen der hundertmal [schon dage]wesenen Phrasen unter [veränderten Namen] . . . .

. . . . . . Schon oben ist ent[hüllt], wie Sancho in dieser Formel sich nun die verschiedenen reinen Reflexionsbestimmungen, wie Identität, Gegensatz etc. an allen möglichen Dingen klar zu machen erfolglos trachtet. (Die gesperrten Worte sind von Marx's Hand hineinkorrigiert. Ursprünglich stand da »klar macht«. Red.)

Fangen wir gleich an irgend einem bestimmten Exempel an, z. B. dem Verhältnis von »Ich« und Volk.

Ich bin nicht das Volk.
Das Volk = Nicht-Ich.
Ich = das Nicht-Volk.

Ich bin also die Negation des Volks, das Volk ist in mir aufgelöst.

Die zweite Gleichung kann auch in der Nebengleichung gefasst werden:

Das Volks-Ich ist nicht,
oder: Das Ich des Volkes ist das Nicht Meines Ich.

Die ganze Kunst besteht also 1. darin, dass die Negation, die im Anfang zur Kopula gehörte, erst zum Subjekt und dann zum Prädikat geschlagen wird; 2. dass die Negation, das »Nicht«, je nachdem es konveniert, als Ausdruck von Verschiedenheit, Unterschied, Gegensatz und direkte Auflösung gefasst wird. Im vorliegenden Beispiel wird es als absolute Auflösung, als vollständige Negation gefasst; wir werden finden, dass es je nach Sankt Maxens Konvenienz auch in den anderen Bedeutungen gebraucht wird. So verwandelt sich denn der tautologische Satz, dass Ich nicht das Volk bin, in die gewaltige neue Entdeckung, dass Ich die Auflösung des Volkes bin.

Zu den bisherigen Gleichungen war es nicht einmal nötig, dass Sankt Sancho auch nur irgend eine Vorstellung vom Volk hatte; es genügte zu wissen, dass Ich und Volk völlig verschiedene Namen für völlig Verschiedenes sind; es reichte hin, dass beide Worte nicht einen einzigen Buchstaben gemeinsam haben. Soll nun vom Standpunkt der egoistischen Logik weiter über das Volk spekuliert werden, so genügt es, an das Volk und an »Ich« von aussen her, aus der alltäglichen Erfahrung irgend eine beliebige triviale Bestimmung anzureihen, was zu neuen Gleichungen Anlass gibt. Es wird zugleich der Schein hervorgebracht, als würden verschiedene Bestimmungen verschiedenartig kritisiert. In dieser Weise soll nun jetzt über Freiheit, Glück und Reichtum spekuliert werden.

Grundgleichung: Volk = Nicht-Ich.

Gleichung No. I:

Volks-Freiheit = Nicht Meine Freiheit.
Volks-Freiheit = Meine Nicht-Freiheit.
Volks-Freiheit = Meine Unfreiheit.

(Dies kann nun auch umgedreht werden, wo dann der grosse Satz herauskommt: Meine Unfreiheit = Knechtschaft ist die Freiheit des Volkes.)

Gleichung No. II:

Volks-Glück = Nicht Mein Glück.
Volks-Glück = Mein Nichtglück.
Volks-Glück = Mein Unglück.

(Umkehrung: Mein Unglück, Meine Misère ist das Glück des Volkes.)

Gleichung No. III:

Volksreichtum = Nicht Mein Reichtum.
Volksreichtum = Mein Nichtreichtum.
Volksreichtum = Meine Armut.

(Umkehrung: Meine Armut ist der Reichtum des Volkes.) Dies ist nun ad libitum weiter zu führen und auf andere Bestimmungen auszudehnen.

Zur Bildung dieser Gleichungen gehört ausser einer höchst allgemeinen Kenntnis derjenigen Vorstellungen, die er mit »Volk« in ein Wort zusammensetzen darf, weiter nichts als die Kenntnis des positiven Ausdrucks für das in negativer Form gewonnene Resultat, also z. B. Armut für Nicht-Reichtum etc.; also gerade so viel Kenntnis der Sprache, wie man im täglichen Umgang sich erwirbt, reicht vollständig hin, um auf diese Weise zu den überraschendsten Entdeckungen zu kommen.

Die ganze Kunst bestand also hier darin, dass Nicht Mein Reichtum, nicht Mein Glück, Nicht Meine Freiheit verwandelt wird in Mein Nichtreichtum, Mein Nichtglück, Meine Nichtfreiheit. Das Nicht, das in der ersten Gleichung die allgemeine Negation . . . . alle möglichen Formen der Verschiedenheit ausdrücken, z. B. bloss enthalten kann, dass es Unser gemeinsamer, nicht Mein ausschliesslicher Reichtum ist, wird in der . . . . Gleichung zur . . . .

Wir gingen eben aus von der zweiten Gleichung: Das Volk = Nicht-Ich. Wir hätten auch ausgehen können von der dritten Gleichung: Ich = das Nicht-Volk, wo sich dann z. B. beim Reichtum nach obiger Manier schliesslich herausgestellt haben würde: »Mein Reichtum ist die Armut des Volkes«. Hier würde aber Sankt Sancho nicht so verfahren, sondern die Vermögensverhältnisse des Volks überhaupt und das Volk selbst auflösen und dann zu dem Resultate kommen: Mein Reichtum ist die Vernichtung nicht nur des Volksreichtums, sondern des Volkes selbst. Hier zeigt sich denn, wie willkürlich Sankt Sancho verfuhr, wenn er eben den Nicht-Reichtum in die Armut verwandelte. Unser Heiliger wendet diese verschiedenen Methoden durch einander an, und exploitiert die Negation bald in der einen, bald in der anderen Bedeutung. Welch eine Konfusion daraus entsteht, »sieht augenblicklich« auch »Jeder ein, der Stirners Buch nicht gelesen hat« (Wigand p. 191).

Ebenso »machiniert« das »Ich« gegen den Staat.

Ich bin nicht der Staat.
Staat = Nicht-Ich.
Ich = Nicht des Staates.
Nichts des Staates = Ich.

Oder in anderen Worten: Ich bin das »schöpferische Nichts«, worin der Staat untergegangen ist.

Diese einfache Melodie kann nun auf jedes beliebige Thema abgesungen werden.

Der grosse Satz, der allen diesen Gleichungen zu Grunde liegt, ist: Ich bin nicht Nicht-Ich. Diesem Nicht-Ich werden verschiedene Namen gegeben, die einerseits rein logisch sein können, wie z. B. Ansichsein, Anderssein, andererseits die Namen konkreter Vorstellungen, Volk Staat u. s. w. Hierdurch kann dann der Schein einer Entwickelung hereingebracht werden, indem man von diesen Namen ausgeht und sie vermittelst der Gleichung oder der Appositionsreihe allmählich wieder auf das ihnen von Anfang an zu Grunde gelegte Nicht-Ich reduziert. Da die auf solche Weise hereingebrachten realen Verhältnisse nur als verschiedene, und zwar nur dem Namen nach verschiedene Modifikationen des Nicht-Ich auftreten, so braucht über diese realen Verhältnisse selbst gar nichts gesagt zu werden.*) Dies vereinfacht die Sache so sehr, dass selbst die aus »geborenen beschränkten Köpfen bestehende grosse Mehrzahl« diesen Kunstgriff in höchstens zehn Minuten erlernen kann. Dies gibt zugleich ein Kriterium für die »Einzigkeit« Sankt Sanchos.

Das dem Ich gegenüberstehende Nicht-Ich wird nun von Sankt Sancho dahin bestimmt, dass es das dem Ich F r e m d e, d a s Fremde ist. Das Verhältnis des Nicht-Ich zum Ich ist »daher« das der Entfremdung. Wir haben soeben die logische Formel dafür gegeben, wie Sankt Sancho irgend ein beliebiges Objekt oder Verhältnis als das dem Ich Fremde, die Entfremdung des Ichs darstellt. Auf der anderen Seite kann Sankt Sancho nun wieder irgend ein Objekt oder Verhältnis, wie wir sehen werden, als ein vom Ich geschaffenes u n d i h m a n g e h ö r i g e s darstellen. Abgesehen zunächst von der Willkür, mit der er jedes beliebige Verhältnis als ein Verhältnis der Entfremdung darstellt oder nicht darstellt (da alles in die obigen Gleichungen passt), sehen wir schon hier, dass es sich bei ihm um weiter nichts handelt, als darum, alle wirklichen Verhältnisse . . . .
. . . . die Unterschiebung der K a t e g o r i e der Entfremdung (wieder einer Reflexionsbestimmung, die als Gegensatz, Unterschied, Nichtidentität etc. etc. gefasst werden kann) erhält darin ihren letzten und höchsten Ausdruck, dass »das Fremde« wieder in »d a s H e i l i g e«, die Entfremdung in das Verhältnis vom Ich zu irgend einer beliebigen Sache als dem Heiligen verwandelt wird. Wir ziehen vor, den logischen Prozess an Sankt Sanchos Verhältnis zum Heiligen zu verdeutlichen, da dies die vorherrschende Formel ist, und bemerken nebenbei, dass »das Fremde« auch als »das B e s t e h e n d e« (per appos.), das, was ohne Mich besteht, das unabhängig von Mir Bestehende, per appos. das durch Meine Unselbständigkeit Selbständige gefasst wird, so dass Sankt Sancho also alles, was unabhängig von ihm besteht, z. B. den Blocksberg, als das Heilige schildern kann.

Weil das Heilige etwas Fremdes ist, wird jedes Fremde in das Heilige, weil jedes Heilige ein Band, eine Fessel ist, wird jedes Band, jede Fessel in das Heilige verwandelt. Hiermit hat Sankt Sancho schon das gewonnen, dass ihm alles Fremde zu einem blossen S c h e i n e, einer

*) Hierzu folgende Randnote: Dies ist um so komischer, als . . . Verhältnisse die Verhältnisse . . . Individuen selbst sind, und man eben . . . . . dass man sie für Verhältnisse des Nicht-Ichs erklärt, beweist, dass man nichts von ihnen weiss.

blossen Vorstellung wird, von der er sich einfach dadurch befreit, dass er gegen sie protestiert und erklärt, dass er diese Vorstellung nicht habe. Gerade wie wir beim mit sich uneinigen Egoisten sahen, dass die Menschen bloss ihr Bewusstsein zu ändern haben, um Alles in der Welt all right zu machen. (Fortsetzung folgt.)

Zu den Kommissionsberichten über das Agrarprogramm der holländischen Sozialdemokratie.

Der von uns in Heft 5 und 6 zum Abdruck gebrachte Bericht der Agrarkommission der holländischen Sozialdemokratie war, wie wir in der Vorbemerkung mitteilten, von dem Kommissionsmitglied W. H. Vliegen nach den Beschlüssen und den Beratungen verfasst worden, denen zwei von H. Gorter und P. I. Troelstra der Kommission unterbreitete Berichte zu grunde lagen. Diese Berichte sind interessant genug, um hier auch selbst noch mitgeteilt zu werden.

* * *

1. Bericht von H. Gorter.

Die Entwickelung der Landwirtschaftsbetriebe hat bis jetzt einen anderen Verlauf genommen, als die der Industrie. Die Deutlichkeit, womit hier die Grossindustrie den Kleinbetrieb aufsaugt, fehlt auf dem Lande.

Man sieht in einigen Ländern eine Zunahme des Gross-*), in anderen des Mittel- und wieder in anderen des Kleinbetriebes. Eine feste, überall gültige Richtung liegt nicht vor. Was ist die Ursache dieses Zustandes, der von dem der Industrie so sehr abweicht?

I.

Die Grossindustrie.

So wie der Handel, ist auch die Landwirtschaft von ihr abhängig geworden. Sie hat durch die Schaffung ihrer Riesentransportmittel Länder geöffnet und landwirtschaftliche Produkte von dort kommen lassen, welche den Landbau in Westeuropa unrentabel gemacht haben. Sie hat die Wanderung der Landbevölkerung in die Städte bewirkt, durch niedere Preise und Entziehung von Arbeitskräften die Grundrente und Bodenpreise heruntergedrückt. Die Eisenbahnen und Dampfschiffe führen aus den Ländern, wo landwirtschaftlicher Boden im Ueberfluss und billig oder reich und keines Düngers bedürftig ist oder von im Ueberfluss vorhandenen und billigen Arbeitskräften bearbeitet wird (diese Umstände können zusammentreffen), das Getreide so billig nach Europa, dass die Konkurrenz auf die bisherige Art und Weise nicht zu führen war und ist.

Das hat in verschiedenen Ländern verschiedene Folgen gehabt, je nach dem Stand ihrer industriellen Entwickelung.

In England, wo die Industrie sich am stärksten entfaltet hat, der Zug vom Lande nach der Stadt also den grössten Umfang annahm, nahm die Bedeutung der Landwirtschaft für die Gesellschaft schnell ab.**)

---

*) Siehe die Zahlen im allgemeinen Bericht.

**) In der Landwirtschaft in England arbeiteten:

Im Jahre 1861	1 163 227	Lohnarbeiter
„ 1871	996 642	„
„ 1881	870 174	„
„ 1891	798 912	„

Eine Verminderung in 30 Jahren um 364 315, d. h. nahezu ein Drittel.

In Deutschland, wo durch das Emporblühen der Industrie die Landbevölkerung gegenüber der Bevölkerung der Stadt gerade wie in England sehr schnell abnimmt*), versuchen die Grundbesitzer, durch Erheben von Einfuhrzöllen auf Getreide und Vieh die Preise hochzuhalten und die Konkurrenz zu mildern.

Im allgemeinen muss dies die Tendenz von Ländern sein, die sich industriell stark entwickeln; entweder müssen sie die Landwirtschaft sich selbst überlassen oder auf Kosten der Arbeiter Getreide und Vieh besteuern.

In einigen Ländern hat die industrielle Entwickelung zur Vermehrung der sehr kleinen (landwirtschaftlichen) Betriebe geführt. Die schlechten Löhne mussten durch die Pacht von kleinen Stücken Bodens ergänzt werden. Das gleiche findet man auch in unserem Lande, wenn auch in geringerem Masse. Ueberall, wo die Industrie sich ausbreitet: in Brabant und Twente, längs der holländischen Ysel, dem Lek und anderen Strömen, muss der Arbeiter vielfach ein Stück Land mieten, um in den günstigen Jahreszeiten durch frühe und späte Landarbeit, manchmal Nachtarbeit, für seinen in der Fabrik abgearbeiteten Körper genügend Nahrung zu bekommen. In manchen Ländern ist dies die Hauptursache, dass der Kleinbetrieb zugenommen hat.

In Holland besteht dafür auch noch ein anderer Grund. Wo die Bevölkerung noch nicht in so starkem Masse wie in England und Deutschland in die Städte gezogen wird, oder durch Auswanderung abnimmt, entsteht eine gewisse Ueberbevölkerung auf dem Lande und dadurch Mangel an Boden. Dadurch entsteht eine Konkurrenz um Pachten, was dem Besitzer die Möglichkeit verschafft, des Vorteils wegen das Land in ganz kleinen Stücken zu verpachten, natürlich gegen sehr hohe Pachtpreise. Man sieht, dass die andauernde und noch weiterer Entwickelung fähige überseeische Konkurrenz an verschiedenen Stellen, je nach den historischen oder ökonomischen Zuständen, andere Folgen gehabt hat.

Hier war der Grossbetrieb mit Maschinen, oft gestützt durch Zölle, am vorteilhaftesten. Dort wieder der mittlere Betrieb. Wo anders wieder der kleine, ja ganz kleine Betrieb. Hier kam man vom Getreidebau auf die Weide zurück, dort ging man zum Gartenbau über. Das Genossenschaftswesen, zu dem man, um die Produktionskosten zu verringern, seine Zuflucht nehmen musste, wenn man nicht zu grunde gehen wollte, ist an vielen Orten dem Kleinbetrieb zu gute gekommen.

Schliesslich, und das muss nachdrücklich betont werden, war die Verbindung von Industrie mit der Landwirtschaft ein vornehmliches Mittel, um sich zu halten und wieder zu einigem Wohlstand zu kommen.

Aber durch die genannte Ursache wurde nicht die gleichmässige Entwickelung herbeigeführt, wie in der Industrie, die Konzentration des Betriebes in wenige Hände. Die Maschinen, die elektrischen und die Dampfmaschinen, sie sind wohl dagewesen und noch da, aber sie werden nicht oder nur teilweise in Gebrauch genommen; der Preis ist zu hoch, der Profit zu gering und das Risiko zu gross. Das Grosskapital hat keine grossen Vorteile in der Landwirtschaft Westeuropas erzielt, so lange der Amerikaner oder der Russe mit viel billigeren und zahlreicheren Arbeitskräften oder auch billigerem und besserem Boden produzierte. Selbst Zölle haben ihm nicht genügend geboten. Es stürzte sich lieber auf die Industrie, wo riesenhafter Profit winkte und eine unabsehbare Entwicke-

*) In Deutschland gab es im Jahre 1882 in der Landwirtschaft 5 881 819 Lohnarbeiter, 1895 aber nur noch 5 619 794, d. h. 262 025 weniger. In derselben Zeit betrug die Zunahme der Lohnarbeiter in der Industrie 1 859 570.

lung der Technik immer neue Profite versprach. So kam oder blieb die Bahn frei für die mittleren Betriebe und selbst die Kleinbetriebe, die mit ihrer grossen Intensivität der Kultur und ihren Genossenschaften gegen den Grossbetrieb konkurrieren konnten. Namentlich auch deshalb, weil der Staat gezwungen werden konnte, eine Begünstigungsmauer um die Grenzen zu ziehen.

Die westeuropäischen Länder zeigen ein sehr abwechselungsvolles Bild. Der Klein-, Gross- und mittlere Betrieb bestehen neben einander, hier nimmt der eine zu, dort der andere ab. Von einer festen, auch für die Zukunft sicher giltigen Richtung kann man wenigstens im Augenblick nicht sprechen. Geht man vom Verhältnis des Flächeninhalts aus, so ist wenig Veränderung zu sehen. Ein Stillstand also, ein scheinbarer Stillstand auf jeden Fall, das ist das Bild, das uns die Landwirtschaft, die Entwickelung des Betriebes nach seiner Einteilung in Gross-, Mittel- und Kleinbetrieb, zeigt.

Könnte man in das Einleitungsprogramm*) der S. D. A. P. einen Paragraphen einfügen über die Entwickelung der Landwirtschaft, der sich nicht auf lokale oder zu kleine Einzelheiten einliesse, dann müsste von diesem Stillstand der Betriebsgrösse, soweit sie die Grösse der Bodenfläche betrifft, an erster Stelle gesprochen werden.

II.

Es sind jedoch einige Stützpunkte da, welche bei näherem Zusehen den scheinbaren Stillstand für unser Auge in eine Entwickelung verändern.

In erster Linie nimmt der Grossgrundbesitz überall stark zu. Die Pächter nehmen zu, die Eigentümer ab.**) Auch Hypothekenbanken, also hauptsächlich die grossen Kapitalisten, werden Besitzer eines grossen Teils des Bodens. Dieses bewirkt nun wohl noch keine Veränderung des Betriebes, worauf es für die Sozialdemokratie natürlich hauptsächlich ankommt; aber es schafft doch eine neue Grundlage, auf der eine neue Entwickelung viel leichter aufgebaut werden könnte, ganz gleich, ob die neue Entwickelung nun eine grosskapitalistische oder eine sozialistische sein würde. Es ist doch selbstverständlich, dass es für eine grosskapitalistische Vereinigung, wie eine Bank, viel leichter ist, aus ihrem Eigentum einen Grossbetrieb zu machen, oder für einen sozialistischen Staat oder Gemeinde, eine grosse Bank zu enteignen, als wie aus Hunderten von Eigentümern einen neuen Betrieb herzustellen.

Was den Besitz betrifft, so geht die Entwickelung der Landwirtschaft gewiss in grosskapitalistischer Richtung, die Anzahl der Pächter, die Bodenfläche ihrer Betriebe beweisen das auch für unser Land. Da ist kein Stillstand, aber ganz gewiss eine sehr rasche Entwickelung.

Und zum zweiten; wir haben es oben schon kurz berührt: die Landwirtschaft verbindet sich immer mehr mit der Industrie. Die Landwirtschaft nimmt an Bedeutung ab in dem grossen gesellschaftlichen Produktionsprozess. Nicht allein nimmt in den Kulturländern die Anzahl der in ihr beschäftigten Menschen stark ab, die Wissenschaft und die Industrie gewinnen auch in der eigentlichen Landwirtschaft immer mehr an Terrain. Man lernt die Landwirtschaft nicht mehr bloss auf dem Lande im Betriebe, sondern in Fachschulen und Hochschulen. Man erwirbt die Erzeugnisse nicht nur mit Viehdünger, sondern auch mit Fabrikprodukten,

*) Holländisch: beginselprogramm, wörtlich Anfangs- oder Grundsatzprogramm. D. Uebersetzer.

**) Siehe die Zahlen im allgemeinen Bericht.

sowie man auch die Produkte der Landwirtschaft mehr und mehr in der Fabrik verarbeitet. Die eigentliche Landwirtschaft wird ein immer kleinerer Teil des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. Das macht, wie man nicht näher zu begründen braucht, das Durchdringen mit sozialistischen Gedanken leichter.

Zum Schluss muss hier auch die Genossenschaftlerei erwähnt werden, die sich in verschiedener Gestalt, für Produktion, Gebrauch von Werkzeugen und Ankauf von verschiedenen Stoffen, gewaltig ausbreitet.*) Sie ist einesteils eine Stütze und Förderung des Kleinbetriebes, anderenteils bewirkt sie im Kleinbetriebe einige Eigenschaften des Grossbetriebes.

In der Landwirtschaft sind also nicht solche grosse, ins Auge fallende Veränderungen zu sehen, wie in der Industrie, aber im Innern finden auch dort grosse Veränderungen statt.

Auch von diesen drei Punkten müsste ohne Zweifel im Einleitungsprogramm der S. D. A. P. Kenntnis genommen werden, wenn die landwirtschaftliche Entwickelung darin aufgenommen werden sollte.

III.

Gross- und Kleinbetrieb.

Da der Streit unter den Sozialdemokraten hauptsächlich den Kleinbetrieb, oder besser gesagt, den Kleinbauern betrifft, so muss hier auch davon gesprochen werden, wenn dies auch mehr das Kampf- als das Einleitungsprogramm angeht.

In der letzten Zeit ist hauptsächlich durch das Buch von David der Kleinbetrieb in den Himmel gehoben worden. Er soll so viele Vorteile bringen, dass man fast glauben könnte, er werde das Hauptmuster für die Landwirtschaft im sozialistischen Gesellschaftsleben werden und man sich nur wundern muss, dass er nicht viel schneller zunimmt.

Zum ersten, was die Zunahme des Kleinbetriebes betrifft. Wir zeigten schon, dass die Zunahme in einigen Ländern in einigen Landstrichen besteht, in anderen wieder nicht.

In Deutschland nimmt er zu, aber der mittlere Betrieb wächst viel mehr (an Bodenfläche nahm der Kleinbetrieb sogar ab), in Frankreich nimmt er zu, in England ab. In den neuen Weltteilen nimmt der echte Kleinbetrieb in einigen Gegenden zu, in den meisten nicht. Es steht also absolut nicht fest, dass die Entwickelung nach dem Kleinbetrieb hin die massgebende sein wird.

Wir wiesen schon auf den Landbau des Fabrikarbeiters hin. Wir müssen noch auf den Zug der Arbeiter vom Lande nach der Stadt verweisen, auf die historisch gegebene Zerstückelung des Landes, welche den Landbau in sehr vielen Gebieten aufhält, wodurch er gegen die überseeischen Länder zurückbleibt, auf den Nebenverdienst und die Ueberarbeit des kleinen Bauern, auf die Genossenschaftlerei, welche ihnen hilft, auf die chronische Agrarkrisis, welche die Landwirtschaft zu keinem verlockenden Jagdfeld gemacht hat, noch macht, während der kleine Bauer, der einmal auf dem Lande sitzt, sich mit allen Mitteln halten will. Das sind alles Umstände, welche den Kleinbetrieb am Leben erhalten, aber die deshalb doch nicht über den Mittel- und Grossbetrieb den Sieg davontragen werden. Im Gegenteil, wenn man die Ursachen gesondert betrachtet, zeigt es sich, dass keine von bleibender, durchgreifender Art ist.

Die Einführung der besten und neuesten Maschinen wird gewiss für den Kleinbetrieb nicht leichter sein, als für den Grossbetrieb.

*) Siehe die Zahlen im allgemeinen Bericht.

Die Genossenschaften der Bauern werden sie ja einführen können, aber gewiss nicht schneller, als die grossen Grundbesitzer.

So lange die überseeische Landwirtschaft Ueberfluss an neuem und vielleicht sehr fruchtbarem Boden hat, wird der Kleinbetrieb durch die Genossenschaftlerei und Verbindung mit der Industrie, Selbstarbeit des Bauern, und hauptsächlich der Pächter, von morgens früh bis abends spät, mit Hilfe namentlich der Zölle auf Lebensmittel sich halten können, ja selbst vorwärts kommen. Aber von einer Verdrängung des Gross- und Mittelbetriebes durch den Kleinbetrieb kann keine Rede sein. Denn dieselben Ursachen, worunter vor allen Dingen die überseeische Konkurrenz, halten auch den Kleinbetrieb zurück.

Die Transportmittel in Amerika und über das Meer werden immer billiger, die Ein- und Auslademittel in den Städten, auf dem Lande, in den Häfen werden immer grösser und arbeiten immer schneller, die Preise des Getreides werden dadurch auf die Dauer immer niedriger. Das gilt auch von Australien, Afrika, Sibirien. Der Kleinbetrieb hat gegen das ebenso zu kämpfen wie der Grossbetrieb. Der Mangel an Landarbeitern wird als eine Ursache der grösseren Blüte des Kleinbetriebes bezeichnet, und gewiss wird die Entwickelung des Grossbetriebes dadurch aufgehalten. Aber der Zug nach der Stadt zieht auch die Kinder des kleinen Bauern mit. Die Stadt bietet zu viel Anreiz; das Land dem Sohn des Kleinbauern zu viel ermüdende Arbeit.

Die Verbindung mit der Industrie, sei es in der Weise, dass der kleine Pächter auch in der Fabrik arbeitet, sei es dadurch, dass er seine Ware einer Fabrik liefert, oder dass er mit anderen zusammen eine genossenschaftliche Fabrik gründet, — der Export von Fleisch und Gemüsen, der intensive Bau von Gemüsen und Früchten hauptsächlich in der Nähe von Städten — das alles födert wohl den Kleinbetrieb, aber diesen Mitteln werden von der internationalen Konkurrenz solche Grenzen gezogen, dass von einem Sieg des Klein- über den Grossbetrieb keine Rede ist.

Wie die Anwendung der besten Maschinen, ist die Anwendung der besten Wissenschaft (betreffs Urbarmachung des Landes, Düngung, Viehzucht), dem kleinen Bauern wohl zugängig, wenn er genossenschaftlich organisiert ist, aber für das Grosskapital ist sie allezeit noch zugängiger.

Das Uebersehen des Marktes, die scharfe Konkurrenz, die beste Ausnützung der Gelegenheit ebenfalls.

Dass der kleine Bauer, welcher ohne Arbeiter schafft, sich sehr oft abarbeiten muss, dass er nur seine Lebensbedürfnisse erwerben kann durch Ueberarbeit und Unterernährung, das braucht für die Niederlande fast nicht erst gesagt zu werden.

Das überall zunehmende Pachtsystem, das ausserdem in einem wenig industriellen Lande, wie das unsrige, durch eine grosse Zahl von Konkurrenten die Pachtsummen erschreckend in die Höhe treibt, beraubt den kleinen Bauer um den grössten Teil der Vorteile, die er durch Genossenschaft, Export, Grünwarenzucht etc. erzielen kann, muss ihn mit gewisser Sicherheit zur Ueberarbeit und Unterernährung verdammen und macht ihn allein dadurch schon unfähig, auf die Dauer mit dem Grossgrundbesitz zu konkurrieren.

Wenn man also von einer solchen Konzentration des landwirtschaftlichen Betriebes, wie in der Industrie, nicht reden kann, so sind die Aussichten, dass der Klein- über den Gross- oder Mittelbetrieb den Sieg davontragen werde, gleich null.

Der Kapitalismus zwingt in der jetzigen Entwickelungsperiode selbst den Grundherrn zum Stillstand, was die Konzentration betrifft. Das ist die einfache Wahrheit, die durch die Statistiken bestätigt wird.*)

Wirft man dagegen einen Blick in die Zukunft, rechnet man mit der Möglichkeit, der Notwendigkeit, dass die jetzt noch vorherrschend landwirtschaftlichen Länder denselben Prozess werden durchmachen müssen wie Westeuropa, nämlich, dass sie mehr und mehr industriell werden, was z. B. in den Vereinigten Staaten von Amerika schon stark zutrifft, sieht man ein, dass auch dort dieselben Verhältnisse zwischen Industrie und Ackerbau eintreten werden wie hier; bedenkt man, dass die Produktionsbedingungen werden gleichmässiger werden, dann ist die Frage angebracht: wer wird dann siegen, das Grosskapital oder das Kleinkapital?

Und dann, wenn keine besonderen Umstände für den Bestand oder die Förderung des Kleinbetriebes mehr bestehen werden, dann ist auch kein Grund mehr vorhanden, warum in der übergrossen Mehrheit der Bodenstrecken das Grosskapital und der Grossbetrieb oder Mittelbetrieb nicht stärker sein sollen als der kleine Betrieb.

Wie wir oben schon sagten: die Hypothekenbanken, das Pachtsystem arbeiten daran, hierfür den Grundstock zu legen. Ob es soweit kommen wird, dass die Industrie sich einmal ganz auslebt, ob die Agrarkrisis, soweit die Konkurrenz die Ursache ist, unter dem Kapitalismus ein Ende nimmt, ob die Arbeiterklasse vor dieser Zeit mit dem kapitalistischen System aufgeräumt haben wird, das ist natürlich eine Frage, mit der wir uns hier nicht zu beschäftigen brauchen.

Aber es ist doch gerade der Kapitalismus (z. B. das Pachtsystem), das den ganzen Landbau zurückhält! David zählt dagegen wohl die Nachteile des Grossbetriebes auf, die zum grossen Teil nicht aus dem Grossbetrieb, sondern aus dem kapitalistischen Grossbetrieb stammen.

Und nachdem er alle Vorteile des Kleinbetriebes, wie wenn der Kapitalismus nicht vorhanden wäre, und alle Nachteile des Grossbetriebes, wo der Kapitalismus wohl vorhanden ist, aufgezählt hat, fällt es ihm natürlich nicht schwer, daraus die Folgerung zu ziehen, der Kleinbetrieb sei erstaunlich stark. Wir dürfen uns hierdurch jedoch nicht fangen lassen und müssen die Aussichten beider unter dem sich entwickelnden Kapitalismus abmessen.

In jedem Fall ist unser Schlussergebnis das folgende: Eine entscheidende Entwickelung zugunsten des Kleinbetriebes besteht jetzt nicht. Sie ist auch unter dem Kapitalimus nicht zu erwarten.

Darauf muss somit an der dritten Stelle bei der Aufstellung eines Grundsatzprogramms der Sozialdemokratie achtgegeben werden.

(Schluss folgt.)

*) David sagt: Was könnte man aus dem Kleinbetrieb machen, wenn der Kleinbetrieb sich frei entwickeln könnte. Und dann zählt er auf, was der Kleinbetrieb nötig hätte: Wissenschaft, Intensivität u. s. w. u. s. w. Aber dasselbe kann doch von allen drei Formen gesagt werden. Wenn der Grossbetrieb, wenn der Mittelbetrieb einmal alle die Vorteile des kapitalistischen Systems benützen könnte, ohne durch den Kapitalismus ins Gedränge zu kommen, wie würden sie sich entwickeln können!

III. Urkunden des Sozialismus.

Programmentwurf der russischen Partei der Sozialrevolutionäre.

Ausgearbeitet von der Redaktion des Zentralorgans „Revolutionnaja Rossia".

Das moderne Russland tritt in kultureller und sozialer Beziehung immer mehr und mehr in eine enge Verbindung mit den fortschrittlichen Ländern der zivilisierten Welt, was es jedoch nicht hindert, eine Reihe seiner, durch seine geschichtliche Vergangenheit, lokalen Verhältnisse und internationale Lage bedingten Eigentümlichkeiten zu bewahren.

In allen fortschrittlichen Ländern der zivilisierten Welt wächst mit der Zunahme der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisse die Macht des Menschen über die Natur, die Vervollkommnung der Mittel zur Beherrschung ihrer elementaren Kräfte und die schöpferische Kraft der menschlichen Arbeit auf allen Gebieten ihrer Anwendung. Darin liegt die notwendige Bedingung des sozialen Fortschritts und des Kampfes für die allseitige und harmonische Entwickelung der menschlichen Persönlichkeit.

Dieses Wachstum der menschlichen Macht über die Natur geht jedoch in der modernen kapitalistischen Gesellschaft vor sich, d. h. inmitten von untereinander konkurrierenden vereinzelten wirtschaftlichen Kräften auf dem Boden des Privateigentums an Productionsmitteln, deren Verwandlung in Kapital, der vollständigen Expropriation der unmittelbaren Produzenten oder der mittelbaren Unterjochung derselben durch das Kapital. In dem Maasse, wie sich diese Grundlagen der modernen Gesellschaft entwickeln, zerfällt diese immer tiefer einerseits in die Klasse der ausgebeuteten arbeitenden Massen, welche nur einen immer kleiner werdenden Teil von den von ihnen geschaffenen Reichtümern für sich erhalten, und andrerseits in die Klassen der Ausbeutenden, welche den Besitz von elementaren Kräften der Natur und gesellschaftlichen Produktionsmitteln monopolisieren.

In dem Maasse, wie sich in dem engen Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse, obzwar einseitig und unvollkommen, die etwaigen Formen der kollektiven Arbeit und die Produktion in grossem, gesellschaftlichem Umfange zu entwickeln pflegen, zeitigt die moderne wirtschaftliche Entwickelung ihre positiven, schöpferischen Seiten, indem sie einige materielle Elemente für die höhere, socialistische Lebensordnung vorbereitet und die industrielle Armee der Lohnarbeiter in eine kompakte soziale Macht vereinigt.

In dem Maasse aber wie die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse die Entwickelung von kollektiven Formen der Arbeit und gesellschaftlich-produktiven Kräften verengern, beschränken und verstümmeln, bringt die moderne wirtschaftliche Entwickelung ihre negativen, zerstörenden Seiten zutage, nämlich: Anarchie der Warenproduktion und der Konkurrenz und infolge dessen fruchtlose Verschwendung der wirtschaftlichen Kräfte; die Grundlagen der Volkswirtschaft unterwühlende Krisen; Wachstum der Ausbeutung, der Abhängigkeit und der Existenz-Unsicherheit der arbeitenden Massen; die alle sittlichen Grundlagen zersetzende Macht des Geldes; den eigensüchtigen Kampf aller gegen alle um die Existenz und die privilegierte Lage.

Das gegenseitige Verhältnis dieser positiven und negativen Seiten der modernen wirtschaftlichen Entwickelung ist, wie inbezug auf die verschiedenartigen Produktionszweige, so auch inbezug auf die verschiedenen Länder ein ungleichmässiges. Relativ-günstig in den höheren Zweigen der Industrie und in den Ländern des klassischen Kapitalismus, wird es immer weniger günstig in den anderen Gebieten des Erwerbslebens, insbesondere aber in der Land-

wirtschaft wie auch in all den Ländern, die inbezug auf die internationale wirtschaftliche Konkurrenz weniger glücklich gestellt sind.

Unabhängig aber von diesen Unterschieden ist das ungleiche Wirken und der Widerspruch zwischen den positiven und den negativen Seiten der heutigen wirtschaftlichen Entwickelung eine allgemeine und immer schärfer hervortretende Tatsache, welche grosse geschichtliche Folgen nach sich ziehen muss.

Mit der Erweiterung des sozialen Abstandes zwischen den Ausbeutenden und den Ausgebeuteten, mit der Verschärfung des Gegensatzes zwischen der Produktivität der Arbeit und dem nichtigen Anteil der arbeitenden Klassen an ihrem Produkt, mit der Erhöhung des Grades ihrer Ausbeutung wächst auch die Unzufriedenheit dieser Klassen mit ihrer Lage in der modernen Gesellschaft.

Auf diesem Boden des spontan vor sich gehenden Prozesses der Verschärfung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialen Klassen entwickelt sich immer mehr das bewusste und planmässige Eingreifen in den Gang der Dinge seitens der organisierten kollektiven Kräfte im Namen dieses oder jenes gesellschaftlichen Ideals oder Endziels mittelst einer systematisch ausgearbeiteten Taktik. Ihr zweckmässig darauf gerichteter Kampf umfasst gleichzeitig alle Seiten des sozialen Lebens — die ökonomischen und politischen, wie die spezifisch-geistigen.

Die Klasse der Ausbeutenden ist bestrebt, die Grundlagen ihrer privilegierten Existenz, d. h. die Ausbeutung vermittelst der Rente, des Mehrwerts in all seinen Formen und der Steuerbelastung der arbeitenden Massen, zu verewigen. Vermittelst der Syndikate, Kartelle und Trusts sucht sie sich der Grundbedingungen der Produktion und des Absatzes zu ihren egoistischen Zwecken zu bemächtigen. Alle Einrichtungen des modernen Staates sucht sie ihren Klasseninteressen anzupassen und ihn selbst gänzlich in ein Werkzeug ihrer Herrschaft und zur Unterjochung der Ausgebeuteten zu verwandeln. Endlich strebt sie danach, sich Literatur, Kunst, Wissenschaft, Rednertribünen materiell und geistig unterzuordnen, um die arbeitenden Massen um so sicherer nicht nur in ökonomischer, sondern auch in geistiger Sklaverei halten zu können.

Mangels anderer Hilfsquellen oder infolge der Erschöpfung derselben im Laufe des Kampfes, knüpft sie Bündnisse mit den reaktionären Kräften der absterbenden Vergangenheit, indem sie den Rassen- und religiösen Hass wiedererweckt, durch den Chauvinismus und Nationalismus das Volksbewusstsein vergiftet und mit den Resten der monarchischen, altadeligen und kirchlich-klerikalen Einrichtungen Kompromisse schliesst.

Die bürgerliche Gesellschaftsordnung führt, indem sie ihres ganzen ehemaligen fortschrittlichen Inhalts allmälig entleert wird, die intellektuelle Entartung der herrschenden Klassen herbei, während sie zugleich die intellektuelle und moralische Blüte der Nation immer mehr von sich zurückstösst und sie gegen das der Bourgeoisie feindliche Lager der Unterdrückten und Ausgebeuteten hin zu gravitieren zwingt.

Natürlicherweise suchen die Klassen der Ausgebeuteten ihrerseits, sich gegen den auf ihnen lastenden Druck zu verteidigen, und je bewusster sie werden, desto mehr konzentrieren sie diesen Kampf und richten ihn gegen die Grundlagen der kapitalistischen Ausbeutung selbst. Ihrem Wesen nach international, wird diese Bewegung immer mehr und mehr zu einer Bewegung der grossen Mehrheit im Interesse der grossen Mehrheit, und darin gerade liegt die Bürgschaft ihres Sieges.

Als bewusster Ausdruck, als wissenschaftliche Beleuchtung und Zusammenfassung dieser Bewegung stellt sich der internationale revolutionäre Sozialismus dar. Indem er die intellektuelle, politische und ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse für seine Aufgabe erklärt, tritt er vor allem als die die revolutionäre Initiative ergreifende Minderheit, als die Kampfesvorhut der arbeitenden Massen auf, zugleich aber beständig von dem Streben erfüllt, diese letzteren in seine Reihen hineinzuziehen und sich mit ihnen gänzlich zu verschmelzen. Seine erste praktische Aufgabe ist es, dahin zu wirken, dass alle Schichten der arbeitenden und ausgebeuteten Bevölkerung sich als eine einzige Arbeiterklasse erkennen, in ihrer Klasseneinheit die Bürgerschaft ihrer

Befreiung ersehen und mittelst eines planmässigen, organisierten Kampfes die sozialrevolutionäre Umwälzung vollziehen, deren Programm lautet: Befreiung aller gesellschaftlichen Einrichtungen von der Macht der ausbeutenden Klassen; Abschaffung des Privateigentums an den elementaren Kräften der Natur und den gesellschaftlichen Arbeitsmitteln, sowie der Teilung der Gesellschaft selbst in Klassen; Abschaffung des heutigen unterdrückerischen und zwangsmässigen Charakters der gesellschaftlichen Einrichtungen, mit Beibehaltung und Ausbreitung ihrer normalen kulturellen Funktionen, d. h. der planmässigen Organisation der kollektiven Arbeit zu kollektivem Nutzen.

Nur die Verwirklichung dieses Programms wird eine ununterbrochene, freie und störungslose Entwickelung aller geistigen und materiellen Kräfte der Menschheit möglich machen; nur sie allein wird das Anwachsen des sozialen Reichtums aus einer Quelle der Abhängigkeit und Unterdrückung der arbeitenden Klasse in die Quelle ihres Wohlstands und der allseitigen harmonischen Entwickelung der menschlichen Individualität verwandeln; nur sie allein wird ein Ende machen mit der Entartung der Menschheit als Folge einerseits von Schlemmerei und Uebersättigung und andererseits von übermässiger Arbeit und Unterernährung und anderer Not. Nur mit der Verwirklichung des freien sozialistischen Gemeinwesens wird sich die Menschheit in physischer, intellektueller und sittlicher Beziehung ohne Hindernisse entwickeln, indem sie die Wahrheit, Gerechtigkeit und Solidarität immer vollkommener in den Formen ihres sozialen Lebens verkörpern wird. Und in diesem Sinne ist die Sache des revolutionären Sozialismus eine Sache der Befreiung der ganzen Menschheit; sie führt zur Abschaffung aller Formen des Bruderkrieges unter den Menschen, aller Art Verwaltigung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, zur Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der Religion und Nationalität.

Die Partei der Sozialrevolutionäre betrachtet ihre Aufgabe als einen organischen Bestandteil des internationalen Kampfes der Arbeit gegen die Ausbeutung, der menschlichen Persönlichkeit gegen die ihre Entwickelung hemmenden gesellschaftlichen Lebensformen, und sie führt ihre Sache im Geiste der allgemeinen Interessen dieses Kampfes, zugleich aber in den Formen, welche den konkreten Bedingungen der russischen Wirklichkeit entsprechen.

Die gegenseitige Anpassung der patriarchalisch-feudal-büreaukratischen Monarchie und der modernsten bürgerlich-kapitalistischen Ausbeutung verleiht der sozialen Frage in Russland einen aussergewöhnlich scharfen und dringenden Charakter. Die Entwickelung des Kapitalismus zeitigt hier mehr als irgend wo anders ihre dunklen Seiten, indem sie hier weniger, als irgendwo sonst durch einen schöpferischen, organisierenden Einfluss des Anwachsens der gesellschaftlich-produktiven Kräfte ausgeglichen wird. Der kolossal-entwickelte Mechanismus des büreaukratischen Staats, samt den ungünstigen Bedingungen der Bauernbefreiung und dem Fortschreiten des Dorfwuchers in all seinen Formen, legen die produktiven Kräfte des flachen Landes immer mehr lahm. Das von der Arbeit eigener Hände lebende Bauerntum wird in immer grösserem Maasse genötigt, zu Nebenerwerb und Lohnarbeit zu greifen, und doch gewinnt es aus all den Arten seines Verdienstes ein Einkommen, das kaum dem Bettlerlohn eines tiefstehenden Proletariers entspricht. Dadurch wird auch der innere Markt für die schon aus Mangel an äusseren Absatzgebieten leidende Industrie vermindert und unterwühlt. Die in steigendem Maasse anwachsende Ueberschussbevölkerung und vom Kapital unbenutzte Arbeiterreservearmee drückt mit ihrer Konkurrenz das Lebensniveau des städtischen Proletariats herab. Die Arbeiterbewegung ist gezwungen, sich in dem Rahmen des monarchischen Regiments zu entwickeln, welches auf einer alles umfassenden Reglementierung und Unterdrückung der individuellen und gesellschaftlichen Initiative begründet ist. Die stärker als irgendwo anders reaktionäre Klasse der Grossindustriellen- und Grosskaufleute bedarf immer mehr des Schutzes der Regierung gegen das Proletariat. Der landbesitzende Adel und die Dorfwucherer bedürfen ihrerseits immer stärkerer Unterstützung gegen die arbeitenden Massen des Dorflandes. Im Interesse der Selbstverteidigung greift das Selbstherrschertum zu noch stärkerer Unterjochung

der von dem kaiserlichen Russland eroberten Nationalitäten, indem es deren geistige Regeneration und gesellschaftliche Fortentwickelung lähmt, den nationalen, religiösen und Rassen-Antagonismus nährt und dadurch das Wachsen des Bewusstseins der eigenen sozialpolitischen Interessen unter den arbeitenden Massen hindert. Das Bestehen des Selbstherrschertums gerät in einen unversöhnlichen, immer schärfer werdenden Widerspruch mit aller wirtschaftlichen, gesellschaftlich-politischen Fortentwickelung des Landes. Treuer Bundesgenosse und Stütze der ausbeutenden und parasitischen Klassen im Inneren Russlands, wird der russische Zarismus auch ausserhalb von dessen Grenzen zu einem der wichtigsten Stützpunkte der Reaktion und zur stärksten Bedrohung für die Sache des Befreiungskampfes der Arbeiterparteien andrer Länder. Sein Sturz erscheint nicht nur als die nächste und dringendste Aufgabe der sozial-revolutionären Partei, als die erste notwendige Bedingung zur Lösung der sozialen Frage in Russland, sondern auch als ein äusserst wichtiger Faktor des internationalen Fortschritts.

Die ganze Last des Kampfes mit dem Zarismus fällt, trotz des Bestehens einer liberal-demokratischen Opposition, die sich vornehmlich aus den eine Zwischenschicht bildenden, ausserhalb bestimmter Klassen stehenden Elementen der sogenannten »gebildeten Gesellschaft« rekrutiert, — auf das Proletariat, auf das von der Arbeit eigener Hände lebende Bauerntum und auf den revolutionär-sozialistischen Teil der gebildeten Intelligenz. Als unumgängliche Aufgabe der sozialistischen Partei, auf welche die führende Rolle in diesem Kampfe übergeht, erscheint darum während der Revolution die Ausbreitung und Vertiefung, jener sozialen, rechtlich-ökonomischen Veränderungen, mit welchen der Sturz des Selbstherrschertums verbunden werden soll.

Die völlige Verwirklichung ihres Programms, d. h. die Expropriation des kapitalistischen Eigentums und die Reorganisation der Produktion und der ganzen gesellschaftlichen Ordnung auf sozialistischen Grundlagen, setzt einen gänzlichen Sieg der in eine sozialrevolutionäre Partei organisierten Arbeiterklasse voraus und im Notfalle die Aufstellung ihrer provisorischen revolutionären Diktatur.

Bis dahin aber, d. h. so lange die organisierte Arbeiterklasse als revolutionäre Minderheit nur einen partiellen Einfluss auf die Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung und den Gang der Gesetzgebung zu üben vermögen wird, wird die Partei der Sozialrevolutionäre danach trachten, dass die Politik der partiellen Eroberungen der Arbeiterklasse das eigentliche Endziel derselben nicht verdunkelt; dass kraft ihres revolutionären Kampfes sie auch in dieser Uebergangsperiode nur solche Aenderungen erkämpft, welche ihre Einigkeit und Kampfesfähigkeit nur zu fördern und zu stärken geeignet sind, dadurch, dass sie ihr intellektuelles Niveau und ihre kulturellen Bedürfnisse erhöhen, ihre Kampfposten befestigen und mit den mannigfachen Hindernissen aufräumen, die ihrer Organisation im Wege stehen.

Insofern also der Prozess der Umgestaltung Russlands unter der Führung von nichtsozialistischen Elementen vor sich gehen wird, wird die Partei der Sozialrevolutionäre, sich auf die vorhergehenden Erwägungen stützend, in ihrem revolutionären Kampfe die folgenden Reformen zu verteidigen, zu unterstützen oder zu erzwingen suchen:

A. Auf politischem und rechtlichem Gebiete:

Einführung der demokratischen Republik mit einer breiten Autonomie der einzelnen Provinzen, der Stadt- und Dorf-Gemeinden; die möglichst breite Anwendung des föderativen Prinzips auf die Beziehungen zwischen den einzelnen Nationalitäten; Anerkennung des vollen Rechts für diese auf Selbstbestimmung; direktes, geheimes, gleiches, allgemeines Stimmrecht für jeden Bürger vom zurückgelegten zwanzigsten Jahre an ohne Unterschied des Geschlechts, der Religion und Nationalität; proportionale Vertretung; direkte Volksgesetzgebung (Referendum und Initiative); Wählbarkeit aller Beamten und das Recht, diese zu jeder Zeit abzusetzen und vor Gericht zu stellen; volle Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Arbeiterstreiks und -Organisationen; volle und allgemeine bürgerliche Gleich-

berechtigung; Unantastbarkeit der Persönlichkeit und des Hauses; vollständige Trennung der Kirche vom Staat und Erklärung der Religion zur Privatsache; Einführung des obligatorischen, für alle gleichen, allgemeinen weltlichen Unterrichts auf Staatskosten; Gleichberechtigung der Sprachen; kostenfreie Gerichtsbarkeit; Abschaffung des stehenden Heeres und Ersatz desselben durch die Volksmiliz.

B. Auf volkswirtschaftlichem Gebiete:

1. Bezüglich der Arbeitergesetzgebung stellt sich die Partei der Sozialrevolutionäre zur Aufgabe den Schutz der geistigen und physischen Kräfte der Arbeiterklasse und die Erhöhung der Fähigkeit derselben für den weiteren Befreiungskampf, dessen allgemeinen Zwecken alle engpraktischen, unmittelbaren, lokalen und beruflichen Interessen einzelner Arbeiterschichten unterzuordnen sind. In diesem Sinne wird die Partei erstreben: die möglichst grösste Verkürzung der Arbeitszeit in den Grenzen der Mehrarbeit; Einführung einer vom Gesetze festzusetzenden Maximalarbeitszeit gemäss den Anweisungen der wissenschaftlichen Hygiene (zunächst die Norm von acht Stunden für die Mehrheit der Produktionszweige und eine entsprechend niedrigere Norm in den gefährlicheren und gesundheitsschädlichen Betrieben; Festsetzung von Minimalarbeitslöhnen auf dem Wege von Vereinbarungen zwischen den Selbstverwaltungsorganen und den beruflichen Arbeiterverbindungen; Staatsversicherung in allen ihren Formen (gegen Unglücksfälle, Arbeitslosigkeit, Krankheitsfälle, Alters- und Invaliditätsversicherung etc.) auf Kosten des Staats und der Unternehmer und auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten; gesetzlichen Arbeiterschutz in allen Zweigen der Produktion und des Handels gemäss den Forderungen der Hygiene unter der Kontrolle der von den Arbeitern selbst zu wählenden Inspektion (die normale Beschaffenheit der Arbeitsstätten, ihre Anpassung an die Forderungen der Hygiene, Verbot der Arbeit von Minderjährigen bis zum 16. Lebensjahre, Beschränkung der Arbeit von Unmündigen, Verbot der Frauenarbeit in gewissen Produktionszweigen und zu bestimmten Perioden, genügende ununterbrochene allwöchentliche Ruhepause u. s. f.); gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und wachsende Beteiligung derselben an der Festsetzung der inneren Ordnung in den gewerblichen Anstalten.

2. In den Fragen der Agrarpolitik und des Agrarwesens stellt sich die Partei der Sozialrevolutionäre die Aufgabe, die urwüchsig agrarkommunistischen, wie auch überhaupt die auf dem Prinzip der Arbeit sich aufbauenden Anschauungen, Ueberlieferungen und Lebensformen des russischen Bauerntums, insbesondere seine Ansichten bezüglich der Erde als eines Gemeinguts aller von Arbeit Lebenden, im Interesse des Sozialismus und des Kampfes gegen die bourgeoisindividualistischen Grundsätze auszunutzen. In dieser Absicht wird die Partei die Sozialisation aller sich im Privatbesitz befindlichen Landgüter anstreben, d. h. ihre Entziehung aus dem Privateigentum einzelner und Ueberführung in den Gemeinbesitz und zur Verfügung der demokratisch-organisierten Gemeinden und von deren Territorialverbänden auf Grundlage der gleichmässigen Nutzniessung. Im Falle, dass diese erste und wichtigste Forderung des Mindest-Agrarprogramms nicht mit einem Male als revolutionäre Massnahme verwirklicht werden würde, wird sich die Partei der Sozialrevolutionäre in ihrer weiteren Agrarpolitik die möglichst grösste Annäherung an die Verwirklichung jener Forderung zur Richtschnur nehmen, indem sie für etwaige Uebergangsmassnahmen eintreten wird, wie z. B. die folgenden: Erweiterung der Rechte der Gemeinden und ihrer territorialen Verbände in Bezug auf die Expropriation der Privatgüter; Konfiskation der den Klöstern, den Mitgliedern der kaiserlichen Familie gehörenden und ähnlichen Güter und Verwendung von diesen, wie auch der Staatsgüter zum Zwecke der Sicherstellung der Gemeinden vermittelst einer genügenden Menge Bodens, sowie zum Zwecke der Kolonisation und Ansiedelung; Beschränkung der Pachten für die Nutzniessung des Bodens auf die Höhe des Reingewinns (Bruttogewinn minus Produktionskosten mit normaler Bewertung der Arbeit); Entschädigung für die vollzogenen Meliorationen beim Uebergang des Benutzungsrechts von einem [Pächter] auf einen anderen; die Verwendung der

Rente, vermittelst einer speziellen Steuer, zum Vorteil der Gemeinden und der Selbstverwaltungsorgane.

3. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik wird die Partei für die Einführung der progressiven Steuer auf die Einkommen und Erbschaften agitieren, bei völliger Befreiung der kleinen unter einem gewissen Satz bleibenden Einkommen von dieser Steuer, sowie auch für die Abschaffung der indirekten Steuern (die Gegenstände des Luxus ausgenommen), der Schutzzölle, sowie aller die Arbeit belastenden Steuern überhaupt.

4. In Bezug auf die städtische und ländliche Gemeindewirtschaft wird die Partei für die gesellschaftliche Organisation aller Art gemeinnützlicher Dienstleistungen bestrebt sein (kostenfreie ärztliche Hilfe, landschaftlich-agronomische Organisation, Kommunalisierung der Wasserwerke, des Beleuchtungswesens, der Verkehrsmittel und -Wege etc.); ebenso wird sie ihre Stimme erheben für die Verleihung der breitesten Rechte an die städtischen und dörflichen Gemeinden in Bezug auf die Besteuerung der unbeweglichen Güter und für die Zwangsveräusserung von solchen, insbesondere im Interesse der Beseitigung der Wohnungsnot der arbeitenden Bevölkerung; endlich für diejenige kommunale, landschaftliche und staatliche Politik, welche der Entwickelung von Kooperativgenossenschaften auf rein demokratischer Grundlage förderlich sein wird.

5. Was jedoch die verschiedenartigen Massnahmen anbelangt, welche die Nationalisation dieser oder jener Zweige der Volkswirtschaft noch in den Grenzen des bürgerlich-kapitalistischen Staats zu ihrem Zwecke haben, so wird die Partei der Sozialrevolutionäre ihnen nur dann und nur insofern entgegenkommen können, insoweit die Demokratisierung der politischen Ordnung und das gegenwärtige Verhältnis von gesellschaftlichen Kräften ebenso wie der Charakter der entsprechenden Massregel selbst eine genügende Garantie gegen die Steigerung der Abhängigkeit der arbeitenden Klasse von der regierenden Bureaukratie darbieten werden. Im allgemeinen warnt die Partei der Sozialrevolutionäre die arbeitende Klasse vor demjenigen »Staatssozialismus«, welcher einesteils als System von Halbmassnahmen für die Erschlaffung der arbeitenden Klasse, andernteils als eigenartiger Staatskapitalismus erscheint, indem er die verschiedenen Zweige der Produktion und des Handels in den Händen der regierenden Bureaukratie, in deren fiskalischem und politischem Interesse zu konzentrieren sucht.

Die Partei der Sozialrevolutionäre agitiert, indem sie den unmittelbaren revolutionären Kampf mit dem Zarismus beginnt, für die Berufung des »Semsky Sobor« (der konstitutionierenden Versammlung), welcher vom ganzen Volke ohne Unterschied des Geschlechts, des Standes, der Nationalität und Religion zum Zwecke der endgültigen Liquidierung des autokratischen Regiments und der Umgestaltung aller heutigen Einrichtungen frei gewählt werden soll. Ihr Programm einer solchen Umgestaltung wird sie nicht nur in der konstituierenden Versammlung zu erkämpfen, sondern auch in der revolutionären Periode unmittelbar durchzuführen bestrebt sein.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

11. Juni 1904.

Ein schwarzer Tag. — Hubert Lagardelle, Das Erwachen des ländlichen Proletariats in Frankreich. — Andrew M. Anderson, Die Arbeiterklasse Australiens. — Der politische Streik. — Eduard Gräf, Von unseren Invalidenversicherungsanstalten. — Literarische Rundschau.

18. Juni 1904.

Das Zeitalter der Reizsamkeit. — Hubert Lagardelle, Das Erwachen des ländlichen Proletariats in Frankreich. — Heinrich Schulz, Die Volksschule und ihre Lehrer. — Emil Housiaux, Die Wahlen in Belgien. — German Avé-Lallement, Der erste sozialistische Abgeordnete im argentinischen Kongress. — Dr. G. Wagner, Zur Abwehr. — Literarische Rundschau.

25. Juni 1904.

Ein Nachruf zur Reichstagssession. — Die neueste Geschichte des amerikanischen Sozialismus. — Fritz Paeplow, Lohn und Arbeitsverhältnisse im Maurergewerbe. — Karl Kautsky, Oberhessische Landwirtschaft. — Siegfried Rosenfeld, Die Todesursachen in den Städten Deutschlands. — Erwin Szabo, Psychologisches zur Frage der Freiheit in der sozialistischen Gesellschaft.

2. Juli 1904.

Ein vormärzlicher Literat. — Franz Diederich, George Sand. — P. J. Proudhon, George Sand. — Hermann Schlüter, Die Vorgänge in Colorado. — Gustav Jaeckh, Der Sturm auf das schwäbische Herrenhaus. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Juli 1904.

Edouard Anseele, Die belgischen Wahlen. — Otto Hué, Saarabien. — Paul Kampffmeyer, Karl Lamprecht und Karl Marx. — Max Schippel, Ueber den Brüsseler Freihandelskongress von 1847 und die Marxsche Rede. — Eduard Bernstein, Was treibt England zum Reichszollverein? — Friedrich Kleeis, Der Ausbau der Invalidenversicherung zu einer allgemeinen Volksversicherung. — Ernst Roth, Koalitionsrecht und Erpressung. — Rundschau (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Geistige Bewegung, Sozialwissenschaften, Bildende Kunst, Bücher).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Juni 1904.

Eugène Fournière, Association et Initiative privée. — Jean Longuet, Le Socialism américain. — Jean Jaurès, L'Action socialiste. — F. de Pressensé, Le Guerre russo-japonaise. — Messimy, Reorganisation necessaire de l'armée au lendemain du vote de la loi de deux ans. —

Alcanter de Brahm, Une page d'histoire. — Raoul Briquet, La Grève et le Contrat de travail. — Adrien Veber, Mouvement social.

L'Avenir Social, Brüssel.

Juni 1904.

Louis Bertrand, Les élections du 29 mai envisagées au point de vue socialiste. — Emil Vandervelde, La politique scolaire des cléricaux en Belgique. — H. Roland Holst, La grève politique au dixième congrès de la socialdemocratie hollandaise. — Bibliographie. — Bulletin Coopératif.

III. In englischer Sprache.

The International Socialist Review, Chicago.

1. Juni 1904.

A. M. Simons, Socialism and the Socialist Movement. — J. Ladoff, The Japano-Russian War. — Geo Herron, Report International Delegate. — May Wood and A. Simons, Concentration of Wealth in U. St. — Trade Union Debate. — Plans for Socialist Study Class.

The Comrade, New York.

Juni 1904.

Eugene Debs, Stray Leaves from the Note Book of a Labor Agitator. — A Socialist Veteran. — H. Quelch, Socialism and Foreign Politics.

Wilshire's Magazine, Toronto und New York.

Juni 1904.

The Socialist Convention. — Revolutionary Roosevelt. — Editorial Review: The Standard Oil Dividend. — The Depression in Iron. — Death in Dust.

IV. In italienischer Sprache.

Il Socialismo, Rom.

10. Juni 1904.

Enrico Ferri, Vaticano e borghesia. — Edmondo Puecher Passavalli, Forme e systemi di lavoro. — Avv. G. B. Penne, Evo- e l'avvenire del socialismo belga. — Paolo Orano, I patriarchi del Socialismo. — Libri ed Opuscoli. — Rivista delle riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Variéta della cronaca internazionale.

25. Juni 1904.

Enrico Ferri, L'unita del Partito. — Edmondo Puecher Passavalli, Forme e systemi di lavoro. — Avv. G. B. Penne, Evolutione economico-sociale nella Colonia Eritrea. — R. Avramoff, La situazione socialista in Bulgaria. — Libri ed Opuscoli. — Rivista delle riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Variéta della Cronaca internazionale.

Critica Sociale, Mailand.

1. Juni 1904.

Ivanoe Bonomi, Il Congresso radicale. — Mario Tedeschi, La fine d'un alleanza. — Politica interna o politica estera. — Prof. Antonia Graziadei, Il movimento operaio. — Allessandro Schiavi, Disoccupazione. — Filosofia, letteratura e varieta.

16. Juni 1904.

Ivanoe Bonomi, Il problema militare. — Prof. Francesco Coletti, La base economico-sociale del partito radicale. — Prof. Antonio Graziadei, Il movimento operaio. — Dottor Giulio Casalini, Le Casse di maternita. — Alessandro Schiavi, Disoccupazione. — Filisofia, letteratura e varieta.

V. In anderen Sprachen.

Akademie, Prag.

Juni 1904.

Dr. L. Winter: Urazové pojisteni delnictva ve Francii. — Fr. Mehring: Immanuel Kant a novokantovsky smer. — Fr. Krejci: Uceni mystiká (okultism, spiritism atd.) — Fr. Modrácek: Stát budoucnosti. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literáni.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

In Band XIX Heft 2 des in die Redaktion von Werner Sombart, Max Weber und Edgar Jaffé übergegangenen »*Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*« schreibt *M. Tugan-Baronowski* über den »Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im Lichte der nationalökonomischen Theorie«. Ausgehend von der Theorie des mangelnden Absatzes für die kapitalistische Produktion, sucht er den Nachweis zu suchen, dass sogar bei einem bedeutenden Rückgang der gesellschaftlichen Konsumtion die kapitalistische Wirtschaft durchaus nicht zusammenzubrechen brauche. Auch die zweite Variante der Zusammenbruchstheorie, das von Marx aufgestellte Gesetz des tendenziellen Fallens der Profitrate, lässt der Verfasser nicht gelten. Wie schon früher in seinen »Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England« will er dieses Gesetz unter Berufung dadurch auch als Tendenz nicht existierendes endgültig nachweisen, dass seine Unvereihbarkeit mit der Arbeitstheorie festgestellt wird. Diese Beweisführung hatte er bereits in seinem Krisenbuch sehr schwer verständlich auf mathematischem Wege versucht — hier gibt er ihr eine neue Form, um gleichzeitig das nach ihm richtige Gesetz der Entwickelung der Profitrate aufzudecken. Das gerade Gegenteil sei wahr: Die fortschreitende Entwickelung der gesellschaftlichen Produktionskraft der Arbeit erzeuge eine Tendenz nicht zum Fallen, sondern zum Steigen der Profitrate. Allerdings gibt er zu, dass die Wirkung dieser Tendenz durch Gegentendenzen verschiedener Art durchkreuzt und teilweise ganz aufgehoben werde. — Mit der Verwerfung dieser beiden Zusammenbruchstheorien will er jedoch nicht die Ewigkeitsdauer des Kapitalismus behaupten. Aber nicht die ökonomische Zwangslage werde den Kapitalismus sprengen, sondern die wachsende Erkenntnis von seiner ethischen Unhaltbarkeit. Der Widerspruch gegen das Kantische Sittengesetz sei offenbar: Der Kapitalismus macht aus dem arbeitenden Menschen, welcher ein Selbstzweck ist, ein blosses wirtschaftliches Ziel. »Die Gesellschaft wird aber den Sozialismus nicht als ein Geschenk blinder, elementarer, ökonomischer Kräfte erhalten, sondern muss die neue Gesellschaftsordnung zielbewusst erarbeiten und erkämpfen.« *Er. B.*

* * *

Band XIX, Heft 1 des Archiv, hatte einen Aufsatz von *Ed. Bernstein*, »Die britischen Arbeiter und der zollpolitische Imperialismus«, der die Stellung der verschiedenen Abteilungen der britischen Arbeiterschaft zur zollpolitischen Frage behandelt.

* * *

In den beiden Juniheften der französischen Zeitschrift »*La Revue*« schildert *Jean Longuet* die Entwickelung des Sozialismus in Japan. (»Le socialisme au Japon«). Japan übernahm mit fortschreitender Kultur die politischen Institutionen des Abendlandes; seine halbkonstitutionelle Verfassung ähnle am meisten derjenigen Deutschlands, nur sei sie ihr in ge-

wissen Hinsichten überlegen. (Gegenüberstellung des Mikado und Wilhelms II.) Trotz den vielen, im Volkscharakter liegenden hemmenden Eigenschaften (Servilität, Chauvinismus, Fatalismus etc.) hat auch in Japan der Sozialismus ungeheure Verbreitung gefunden, denn die modernen Formen der Produktion haben ein zahlreiches Proletariat geschaffen, dessen Elend und Ausbeutung mit Notwendigkeit zu einer sozialistischen Arbeiterbewegung führen mussten. Der Artikel, der sich stellenweise stark an die Ausführungen Dr. Ecksteins im letzten Jahrgang der »Neuen Zeit« anlehnt, enthält viel wertvolles statistisches Material. Ein ziemlich ungünstiges Licht fällt dabei auf die Sozialpolitik Japans, die teilweise noch ganz in den Kinderschuhen steckt. Zum Schluss kennzeichnet der Verfasser die Haltung der japanischen Sozialdemokratie zum russisch-japanischen Kriege und gibt einen Ausblick auf die wachsende Japanisierung Chinas, die auch dort eine baldige Durchdringung mit sozialistischem Geiste als sicher voraussehen lasse. — *Er. B.*

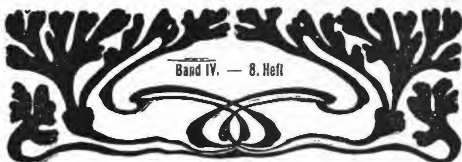
* * *

In der von Engelbert Pernerstorfer herausgegebenen österreichischen Monatsschrift »Deutsche Worte« befindet sich im Juniheft ein von dem bekannten Neukantianer Dr. Karl Vorländer gehaltener längerer Vortrag »Marx und Kant« abgedruckt. Die Annäherung des Sozialismus an die Ethik, die Verbindung von Marx und Kant, habe in den letzten 7—8 Jahren bedeutsame Fortschritte gemacht. Die materialistische Geschichtsauffassung sei trotz ihres Namens an sich mit dem kritischen Idealismus (der Neukantianer) durchaus vereinbar. Marx bedeute die historisch-ökonomische, Kant die ethische Begründung des Sozialismus. »Nicht: Zurück von Marx zu Kant! solle deshalb unsere Losung lauten, sondern: Vorwärts mit Marx und Kant!«

* * *

In der liberalen Frankfurter Halbmonatsschrift »*Das Freie Wort*« bespricht *Hermann Kötzschke* (Hefte vom 1. und 20. Juni) die Aufsehen erregenden Urteile des letzten Jahres gegen Sozialdemokraten in politischen und gewerblichen Prozessen. Eine mannigfaltige Gegenüberstellung der Urteile zeigt mit erschreckender Deutlichkeit den Charakter der heutigen Klassenjustiz. Eine Aenderung sei nur zu erwarten durch einen völligen Umschwung in der sozialen Gesinnung der oberen Schichten. Von äusseren Reformen schlägt er vor: Die Wahl von Schöffen aus Arbeiterkreisen, Zugänglichmachung des akademischen Studiums für Unbemittelte, Kenntnis der sozialen Bewegung bei den Staatsjuristen; im ganzen breitere Volksgerichtsbarkeit. — *Er. B.*

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Achelis, Prof. Dr. Th.: **Rechtsentstehung und Rechtsgeschichte.** Sozialer Fortschritt, Heft 17. Leipzig 1904, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis 15 Pf.

Der Verfasser entwickelt den geschäftlichen Werdegang der Rechtseinrichtungen, wobei aber die wirtschaftlichen Grundlagen des Rechts und die Eigentumsgestaltungen ungebührlich vernachlässigt werden, das Hauptgewicht vielmehr auf den Zusammenhang von Sitte und Recht gelegt wird. Allerdings stossen wir auch auf Sätze, wie »Fassen wir das Recht auf als einen unmittelbaren Niederschlag der jeweiligen sozialen Beziehungen« (S. 3), aber in dieser Allgemeinheit ist der Satz entweder falsch oder, da das Recht selbst ein soziales Verhältnis ist, eine Tautologie. Es überwiegt in der Abhandlung ein ethnologisch historisierender Standpunkt, dessen konservative Tendenz am Schluss in den polemischen Bemerkungen des Verfassers gegen »Radikalismus und Anarchismus« zu Tage tritt. Er spricht von einem »auffallenden Mangel an geschichtlichem Blick und Verständnis«, der »stets den revolutionären Radikalismus ausgezeichnet« habe, und meint dann: »Diese Schwäche tritt schon bei Rousseau im 18. Jahrhundert hervor, wie viel ärger noch bei den Wortführern des gegenwärtigen extremen Sozialismus«. (S. 16.) Nun ist ja richtig, dass radikale Parteien keine übermässige Ehrfurcht vor dem historisch Ueberkommenen zu haben pflegen — täten sie es, so wären sie eben nicht radikal. Aber sowohl bei Rousseau wie beim modernen Sozialismus findet man doch eine starke Tendenz, dem Historischen wenigstens in der Theorie gerecht zu werden, und sie ist sogar beim modernen Sozialismus noch in viel höherem Maasse vorhanden, als wie bei Rousseau. Dem Verfasser scheint diese theoretische Literatur unbekannt oder der Berücksichtigung nicht wert zu sein. Dass er von ihr keine Kenntnis genommen, ist seiner Abhandlung verschiedentlich von Nachteil gewesen.

Adler, Dr. Georg, Professor an der Universität Kiel: **Die Bedeutung der Illusionen für Politik und soziales Leben.** Jena 1904, Gustav Fischer. 55 S. Preis 1 Mark.

Nicht das Negieren des Sozialismus soll in dieser Schrift die Hauptsache sein, nicht die Behauptung, dass das kommunistische Ideal »eine Illusion, die mit der Wirklichkeit herzlich wenig gemein hat«, und »eine totale Verkennung der Natur des einzelnen Menschen sei«; sondern hier kommt es im Gegenteil infolge der besonderen Fragestellung allen Ernstes darauf an, die positive Bedeutung der »Illusion« Sozialismus darzutun.

Denn: »Wahrheit und Illusion — das sind die grossen Prinzipien, die die Erhaltung und das Wachstum des Lebens ermöglichen und begünstigen«, und »es ist, als wenn in jeder Epoche das wahre Ziel der Weltgeschichte durch ein Wahnbild versteckt sei: nach diesem streckt die Menschheit die Hand aus, um das, was ihr wirkliches Ziel ist, zu erreichen«. Ist nun

auch gegen die erste These an sich nichts einzuwenden, so ist doch die zweite eine recht kasuistische. Das Hinnehmen des Möglichen mag immer der politischen Klugheit anempfohlen werden, aber man sollte es doch nicht unter die vornehme Etikette eines wirklichen, wahren Zieles des metaphysischen Willens der Menschheit bringen! Das bedeutet ja ungefähr so viel wie den Satz, man müsse lieben, was man haben kann, wenn man nicht haben kann, was man liebt, zu einer ernsten moralphilosophischen Maxime zu erheben. — Und nun werden diese Theorien auf den Sozialismus angewendet unter der ausdrücklichen Richtschnur, dass »bei der Beurteilung von Ideen und Systemen weniger ihre objektive Richtigkeit als ihr positives Entwickelungsresultat massgebend ist«. Hierin liegt etwas köstlich Pressantes und Komisches. Im März 1904 ward das positive »Entwickelungsresultat« des Sozialismus festgelegt! — Wenn das nur nicht ein Utopismus ist! Man möchte es den Utopismus des Stillstands nennen. Der Autor tut, als ob er gerade von einem Ausflug in das 27. Jahrhundert nach Hause käme.

Und nun höre man, wie es um den Sozialismus im März 1904 stand! Der Aermste, er war überhaupt nicht mehr da, und es heisst deshalb von ihm: »Der Sozialismus ist also, um seine welthistorische Rolle in einer knappen Formel auszudrücken, das Mittel (!) gewesen (!), um die Organisierung der arbeitenden Klassen ins Werk zu setzen und sie für Zwecke der Verbesserung ihrer Lage dauernd mobil zu machen«. — Die »Illusion« hat demnach ihre Schuldigkeit getan, sie geht, und es bleiben die Konsumvereine und die Gewerkschaften, welche mittels der »Illusion« erstarkten. Nichtsdestoweniger muss der Verfasser einige Seiten später berichten, dass selbst auf grossen englischen Gewerkschaftskongressen Anträge auf Verstaatlichung der Produktionsmittel Mehrheiten finden. Auf S. 26 ist von der Rolle die Rede, welche die sozialpolitischen »Illusionen« in Deutschland »gespielt haben«, aber auf S. 30 dürfen wir doch wieder aufatmen. Da lesen wir nämlich, »dass die Arbeiterbewegung sich immer noch von kommunistischen Idealen beherrschen lässt«.

Charakteristisch für diese Betrachtungen am Grabe des Sozialismus ist in hohem Grade, wenn es auf S. 30 anklagend heisst, »der Gedanke eines utopistischen Idealzustandes, der allen Leiden mit einem Schlage abhilft, wird mit der wilden Begehrlichkeit der Massen in Verbindung gebracht«, und dann verlockend auf S. 31, ebenfalls wörtlich: »Was alles hätten nicht die Massen bei einer von ihnen betriebenen realistischen Politik dem Staate an arbeiterfreundlichen Gesetzen und was alles nicht der Bourgeoisie an Konzessionen auf Kosten des Profits abringen können?« Nun wahrlich, hier wird unbewusst die Seelenanalyse der bürgerlichen Sozialreform gegeben: Dem Proletariat seinen hohen, sittlichen, zum Siege drängenden Weltgedanken ausreden und ihm allein das Streben nach Besserung seiner Lage belassen, welches dann — aber auch nur dann! — ohne das Festhalten am kommunistischen Gedanken allerdings nichts wäre als Begehrlichkeit, nackte, bürgerliche Begehrlichkeit; mit einem Worte, das Proletariat moralpolitisch hinunter erziehen zum Ebenbilde des Bürgertums, dieses ist der instinktive, ihnen selbst wohl unbekannte Naturtrieb bürgerlicher Arbeiterfreunde. — Der kommunistische Gedanke aber und die gewerkschaftliche Organisation, auch wenn die Herren es nicht wahr haben wollen, bedingen, ergänzen und stützen einander gegenseitig. Nicht auf dem Grabe des Sozialismus verbessert das Proletariat seine Lage, sondern durch ihn, mit ihm und wieder für ihn. Wenn die Rose selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten. Den Gewerkschaften und Genossenschaften nur Wachsen und Gedeihen! Aber dieser Wunsch versteht sich in einem ganz anderen Sinne als bei dem Verfasser dieser Schrift. Sie hat wieder einmal gezeigt, dass es aus dem kapitalistischen Gedanken- und Gefühlskreis heraus ebensowenig eine mehr als subjektive Arbeiterfreundschaft gibt, wie die Möglichkeit, dem politisch-sozialen Kulturfortschritt zu dienen. Der Glaube, von dem Bleigewicht des Ueberlieferten geistig frei zu sein, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft richten und die Ideale des Volkes auf Illusions- und Realitätswert prüfen zu können, dieses ist die Illusion aller Illusionen des bürgerlichen Geistes. Und ihr ist der Philosoph der Illusion selber zum Opfer geworden, als er das politische Gebiet betrat. *F. L.*

Bajkic, Welimir, J. Dr.: **Die französische Handelspolitik 1892—1902.** Münchener volkswirtschaftliche Studien, herausg. von Lujo Brentano und Walther Lotz. 63. Stück. Stuttgart und Berlin 1904, J. G. Cotta-sche Buchhandlung Nachfolger. 498 S. Preis 10 Mark.

Eine Untersuchung, deren Wert für den Politiker wie auch für den Theoretiker besonders heute, wo der schutzzöllnerische Gedanke sich immer stärker breit macht, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Das Buch gibt mehr, als es dem Titel nach verspricht. Nicht nur die Handelspolitik im engeren Sinne, sondern die gesamte zeitgenössische Wirtschaftspolitik der dritten Republik, ihre Ziele, Bestrebungen und Motive werden hier eingehend und scharf erörtert. Der spezielle Zweck des Buches ist aber, »den Ursprung und die Ziele der französischen Schutzzollpolitik von 1892 zu schildern und festzustellen, ob sie zu Frankreichs Heil gewirkt hat«. Die Natur der Sache brachte es mit sich, dass die Untersuchung der französischen Handelspolitik zu einer Kritik der Schutzzölle und weiterhin der Agrarpolitik Frankreichs wurde. Der Umstand, dass die Arbeit unter der Leitung eines so hervorragenden Spezialisten auf dem Gebiete der Handelspolitik, wie Prof. Lotz es ist, unternommen wurde, bürgt schon an sich für eine sachgemässe Ausführung. Aber der Verfasser verrät auch selbständiges Denken und eine sehr intime Kenntnis der parteipolitischen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse der dritten Republik. Er hat es verstanden, die Ergebnisse seiner Untersuchungen zu systematisieren und auf Grund des reichhaltigen, ins Detail gehenden Materials allgemeine Sätze aufzustellen, wodurch die Wiedergabe seiner Resultate (und nur auf diese kommt es hier an) in hohem Masse erleichtert wird.

Den serbischen Verfasser haben seine Untersuchungen zu der Ueberzeugung gebracht, dass der Protektionismus — und dies ist doch das charakteristische Wort für die bisherige Handelspolitik der dritten Republik — »weder die Güterproduktion, noch die Güterzirkulation, sondern den Unternehmer selbst zum Gegenstand der Sorge hat« (S. 446). Speziell die französische Handelspolitik hat dieses Ziel durch eine Art Preispolitik zu erreichen gesucht. — Diese Preispolitik, d. h. hier die zielbewusste Tätigkeit des Staates behufs Ausübung eines bestimmten Einflusses auf die Erhöhung und Aufrechterhaltung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte, wurde durch verschiedene Mittel zu verwirklichen gesucht. Vor allem schien dazu die Schutzzollpolitik berufen, die, trotz der häufigen Wandlungen in der politischen Leitung der Republik, keine Schwankungen aufzuweisen hat. Zur Charakteristik der schutzzöllnerischen Stimmung der französischen Kammer (in der doch in weit höherem Masse als wie in Deutschland die Politik des Staates zum Ausdruck kommt) sei folgende Tatsache wiedergegeben. Als der Professor der Nationalökonomie Beauregard den Anforderungen des Schutzzöllnertums widersprach und sich zur Bemerkung hinreissen liess, der Schutzzoll führe zur Routine, verlangte man vom Kammerpräsidenten, ihn zur Ordnung zu rufen. Da die Zölle aber als Mittel zur Hochhaltung der Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte, wie im Buche dokumentarisch nachgewiesen wird, vollständig versagten, so mussten sie immer wieder aufs neue in die Höhe geschraubt werden. »Die Haupteigenschaft der Agrarzölle ist, dass sie immer wieder ungenügend werden und infolgedessen von Zeit zu Zeit immer wieder erhöht werden müssen.« »Ein mässiger Getreidezoll ist stets die Einleitung zu einer verhängnisvollen Getreidezollpolitik, wie uns die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands und Frankreichs im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zeigt.« »Wenn man einmal seine Stimme für den Schutzzoll überhaupt gegeben hat, so ist es sehr schwer, bei der nächsten, mässigen Zollerhöhung dagegen abzustimmen.« »In der ökonomischen Politik« — schliesst der Verfasser — »ist der Opportunismus unmöglich.«

Ein zweites und noch kräftigeres, dem Protektionismus erwachsenes Mittel zur Erhöhung der Preise ist die Prämienwirtschaft. Statt das angebliche Ziel des Protektionismus, die Deckung des Inlandsbedarfs durch die inländische Produktion zu sichern, dient auch die Staatssubvention einer günstigen Beeinflussung der Preise. Die Prämienpolitik hat aber ihre eigene verhängnisvolle Logik. »Wenn ein jahrelang geschützter Produktions-

zweig einen Produktionsüberschuss erzielt, so ist ihm dieser Zustand unerträglicher als jener, welcher durch die ausländische Konkurrenz geschaffen wird. Wird ihm durch die Ausfuhrprämien nicht geholfen, so wird er genötigt sein, ins Lager der Antischutzzöllner überzugehen. Das aber wird für diejenigen, welche am Schutzzoll noch immer interessiert sind, sehr gefährlich, und unter dem Druck dieser Gefahr entschliesst man sich, die ersteren für das weitere Festhalten am Protektionismus durch die Prämien zu entschädigen« (S. 442 ff.). Zeigt sich auch die Prämienpolitik (die in Frankreich sehr entwickelt ist) als sicherer Weg zur Erlangung der schutzzollpolitischen Ziele, so kann sie jedoch aus taktisch-politischen Gründen nicht immer verfolgt werden. Tritt doch »die Besteuerung zu gunsten einzelner Gesellschaftsklassen bei den Prämien bedeutend deutlicher hervor« (S. 443). Die Schutzzollpolitik hat in Frankreich noch weitere Folgen nach sich gezogen. Sie hat notwendigerweise zwischen beliebten und hassenswerten Produktionszweigen unterschieden und so die Interessengegensätze zwischen den einzelnen Produktionszweigen verschärft. Allgemeiner Zug der französischen Schutzzöllner mit Méline an der Spitze ist ihre Feindschaft der »Wirtschaftichkeit«, dem Handel gegenüber. Sie stellen die Einschränkung des Handels als Hauptziel der Gesetzgebung hin. Andere Mittel, die zum Schutz der »notleidenden Landwirtschaft« empfohlen werden, wie z. B. Organisationen des Kredits, Versicherungen aller Art etc., kommen in Frankreich nicht zur Blüte, weil »die Mehrheit eine unüberwindliche Abneigung gegen die langsam durchführbaren Mittel hat, deren günstige Wirkung nicht so leicht in Geld zu veranschlagen ist«.

Der Verfasser wirft die Fragen auf, wer solche Politik macht, wie solche Politik begründet wird und wozu solche Politik führt? Die Beantwortung dieser wichtigen Fragen erklärt zum Teil, warum auch der französische Sozialismus in gewissen nationalökonomischen Fragen keine festen Prinzipien vertritt. »Die grossen politischen Parteien Frankreichs sind keineswegs in wirtschaftlichen Fragen streng von einander geschieden. Im Gegenteil, jede Partei stellt ein Parlament im kleinen dar, jede hat sozusagen ihr Zentrum, ihre Rechte und ihre Linke. Die Linke einer Partei berührt sich in der Regel in sehr vielen Punkten mit der nächsten rechtsstehenden Partei« (S. 447). »Die Parteien vermeiden oft absichtlich, in vielen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. So hat beispielsweise die sozialistische Gruppe den zollpolitischen Fragen gegenüber im Jahre 1891 gar keine Stellung genommen.« Geht man dem Grund der Teilung der Abgeordneten in zwei grosse Gruppen bezüglich der handelspolitischen Fragen nach, so muss man gestehen, dass er nicht in der Zugehörigkeit zu den einzelnen politischen Parteien liegt. »Das Moment, das für die Stellungnahme eines Abgeordneten in zollpolitischen Fragen massgebend ist, ist das Interesse seines Wahlkreises oder gar sein eigenes. Es gab nämlich Abgeordnete, welche nur für einen Teil oder gar nur für einen einzigen Artikel schutzzöllnerisch abstimmten.« Bereits im Jahre 1896 sprach Guyot in der »Société d'Economie politique« über die merkwürdige Tatsache, »dass bei den französischen Kammerwahlen auch die Baumwoll-, Rüben-, Wein- und Sardinen- etc. Kandidaten vorkommen und dass es im französischen Parlament Gruppen gibt, welche die Namen »Zucker«, »Wein« etc. tragen«. »Der Egoismus einzelner ist das leitende Motiv der ökonomischen Politik Frankreichs.« Besonders liefert der noch immer herrschende kleinbürgerliche Geist der französischen Demokratie eine Erklärung für die schutzzöllnerische Haltung der Kammermajorität. Auch noch jetzt, bemerkt treffend der Verfasser, sind »weder der Arbeiter, noch der Grosskapitalist die echten Franzosen« (S. 461). Die ganze französische Gesetzgebung trägt das Gepräge des pathologischen Festhaltens am allein selig machenden Kleinbetrieb. Dieser Geist ist nicht ohne Einfluss auf den französischen Sozialismus geblieben.

Am Schlusse sei noch die Frage erwähnt, wem die ökonomische Handelspolitik der dritten Republik, die sich doch von den zwei vorhergegangenen schutzzöllnerischen Perioden Frankreichs (der unter Colbert und derjenigen in der Monarchie Napoleons III.) stark abhebt, zu gute kommt. In rein nationalökonomischer Hinsicht hat diese Politik es zu einer grossen Produktionszunahme der wichtigsten Landwirtschaftszweige gebracht. Aber dabei sind die Ziele der »Preispolitik«, dieses Nervs der ganzen Bewegung, fehl ge-

schlagen. Der Produktionsüberschuss hat eine Krisis und ein Sinken der Preise nach sich gezogen. In rein sozialpolitischer Beziehung führte diese Politik zu vollständiger Ignorierung des »vierten Standes«, der noch dazu die Kosten dieser Kastenpolitik zu tragen hatte. Der Verfasser, der kein Sozialist ist, sieht sich angesichts dieser Lage der Dinge genötigt, in Gemeinschaft mit manchem radikalen Sozialpolitiker Deutschlands zu schliessen, »dass eine auf Garantie der Rente gerichtete Politik die gesetzliche Sicherung des Minimallohns und die gesetzliche Erzwingung des Achtstundentags schliesslich auch rechtfertigen würde«. Wozu uns also die tiefere Einsicht in die wirtschaftlich-politische Ordnung und die grossen Interessen der Kultur leitet, dazu scheint die sogenannten Sozialpolitiker die Not zu treiben. *Brand.*

Borgius, Dr. W.: **Die Ideenwelt des Anarchismus.** Leipzig, Felix Dietrich. 68 S. 8°. Preis 1 Mark.

Die kleine Schrift gibt eine objektive, überaus klare Darstellung der anarchistischen Gesellschaftsauffassung. Freilich nur der Grundgedanken, die allen anarchistischen Systemen gemein sind, ohne eine Differenzierung der einzelnen Systeme oder eine Wertung der verschiedenen Theoretiker des Anarchismus. In der Einleitung stellt der Verfasser den Anarchismus der Sozialdemokratie gegenüber; er bestimmt des weitern das Wesen des Anarchismus dahin, dass dieser »die gesamte gesellschaftliche Organisation . . . ausschliesslich auf dem freien Vereinswesen unter gänzlicher Aufhebung der Staatsgewalt« aufbauen will (pag. 10). In drei weiteren Abschnitten behandelt er sodann »Staat und Individuum«, den »Anarchismus und die Kulturaufgaben« und den »Staat als historisches Phänomen«. In einem Schlusswort wird der Anarchismus als soziale Bewegung gewürdigt und der Abwehrmassregeln der Regierungsgewalt gedacht, die »ganz offensichtlich die Begriffe Anarchismus und Terrorismus miteinander verwechselt« (pag. 62). Borgius wendet sich scharf gegen das von Russland ausgeheckte Projekt einer »internationalen Konvention zur Bekämpfung des Anarchismus«, die auch vom Regierungsstandpunkt aus vollkommen unsinnig sei. Im Gegenteil: »Je liberaler in einem Staate die Vereins-, Versammlungs- und Pressfreiheit gehandhabt wird, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass in ihm eine terroristische Strömung aufkommt; es gibt aber umgekehrt kein sichereres Mittel, sie zu züchten, als wenn man die Koalitions- und Meinungsfreiheit beschränkt und einzelne Gruppen der Bevölkerung ausserhalb des Gesetzes stellt. . . Ein Staat, wie das Deutsche Reich, ... in dem der Anarchismus als geistige Bewegung mit der Lupe gesucht werden muss, in dem es noch nie bis zu dem kleinsten Versuch einer »Propaganda der Tat« gekommen ist, täte nach meiner Ueberzeugung einen recht bedenklichen Schritt, wenn es anderen Staaten zuliebe die Hand böte zu einer Taktik der Gewalt von oben, die allen bisherigen Erfahrungen nach nur den einen praktischen Erfolg zeitigen dürfte, für eine Taktik der Gewalt auch von unten Stimmung zu machen« (pag. 64). Endlich gibt der Verfasser in einem Anhang kurze biographische Notizen über die wichtigsten anarchistischen Theoretiker und eine — allerdings sehr kurzgefasste und naturgemäss ganz unvollständige — Bibliographie des Anarchismus.

Da Borgius sich von vornherein darauf beschränkt, nur die Basis der anarchistischen Lehren darzustellen, ohne auf die weitere Entwickelung derselben einzugehen, so bleibt es im wesentlichen bei der Herausarbeitung der »individualistischen« Grundtendenz und der Negierung jeder Staatsform, ohne dass die Rückkehr zum Staat oder zur festen Organisation überhaupt — die im weiteren Verfolg der Deduction sich mit Unvermeidlichkeit einstellt, wenn sie auch den anarchistischen Theoretikern höchst unerwünscht kommt — irgendwie in die Erscheinung tritt. Der Anarchismus beruht, wie Borgius ausführt, darauf, dass der einzelne sich freiwillig einer Gemeinschaft anschliesst, dann aber auch nach den von ihr aufgestellten Regeln verfährt. »Entscheidungen durch Abstimmung finden natürlich auch in den vom Anarchismus gebildeten freien Organisationen statt, haben dort aber insofern einen anderen Charakter, als das überstimmte Mitglied seine Mitgliedschaft aufkündigen kann, wenn es durch einen Majoritätsbeschluss seine Interessen

dermassen verletzt fühlt, dass dies die Vorteile der Mitgliedschaft überwiegt...« (pag. 15). Ja, wenn! Aber dieses Wenn bedeutet hier einen irrealen Fall. Die »Vorteile der Mitgliedschaft« können gar nicht »überwogen« werden, denn sie bedeuten die gesamte Existenz des Mitgliedes. Auch für den Anarchisten muss es bei dem leidigen »primum vivere, deinde philosophari« bleiben. Und daher muss jener »andere Charakter« im tatsächlichen Verlauf der Dinge sich wieder zum gewöhnlichen Charakter rückverwandeln: der »Zwang«, der in den anarchistischen Verbänden juristisch völlig herauseskamotiert ist, tritt auf ökonomischem Wege wieder in das Leben des einzelnen ein. Das geht aus den Borgiusschen Darlegungen klar hervor. Borgius gibt den anarchistischen Gedankengang wieder, der zum Beweise dafür, dass es eines staatlichen Zwanges nicht bedürfe, darauf exemplifiziert, dass ja auch in der Gegenwart eine Reihe von Korporationen existieren, bei denen die blosse Zugehörigkeit schon das Verhältnis der Mitglieder im Sinne der Korporation beeinflusst. Aber auch diese Korporationen haben ein Strafmittel: nämlich den Ausschluss. Wenn ein Offizier sich weigert, Satisfaktion zu geben, muss er um seinen Abschied einkommen; genau dasselbe würde bei den freien anarchistischen Gruppen der Fall sein, nur mit dem Unterschiede, dass der verabschiedete Offizier immerhin noch die Möglichkeit hat, auf manche andere Weise, z. B. als Versicherungsagent, seine Existenz fortzuführen, während dem aus der anarchistischen Gemeinschaft ausgeschlossenen Freien auch diese Möglichkeit genommen ist, er sich daher stets löblich unterwerfen muss. Die Negierung jeglichen Zwanges durch den Anarchisten dauert im Grunde stets nur so lange, als dieser Zwang ohnehin überflüssig ist. Sowie er notwendig wird, begibt sich auch der Herrschaftslose unter seine Herrschaft, freilich nur faktisch, nicht im Prinzip. »Der Anarchist verwirft jeden Schulzwang«. Aber »selbstverständlich soll die Jugend lernen, was sie für die Praxis des Lebens gebraucht. Aber das wird sie auch ohne Schulzwang...« (pag. 39). Wird sie es wirklich, wie es jetzt angeblich in Japan keine Kinder gibt, »die nicht wissbegierig und lerneifrig wären«, so kann ja auch der Schulzwang — der allerdings mit »bureaukratisch reglementiertem Unterricht« nicht identifiziert werden darf — keinerlei unheilvolle Wirkung ausüben. Weshalb also gegen ihn eifern? Wenn aber die anarchistischen Kinder vom Lernen nichts halten, wird dann der anarchistische Vater sie wirklich in Freiheit und Unwissenheit aufwachsen lassen?

Entsprechend dem Plane der Schrift, beschäftigt sich der Verfasser vorwiegend mit dem anarchistischen Gesellschaftsideal selber; die Frage, wie dieses Ideal zu erreichen sei, spielt keine besondere Rolle. Und dieses Grössenverhältnis zwischen Ziel und Mitteln ist auch das der Wirklichkeit entsprechende. Vom Anarchismus kann man nämlich sagen: das Endziel ist ihm alles, die Bewegung nichts. In der Tat hat der Anarchismus »vorläufig eine äusserst geringe, zumal in Deutschland so gut wie gar keine« praktische Bedeutung. Er tröstet sich mit philosophischer Gelassenheit über diesen seinen Mangel an politischer Realität: er will gar keine »Klassenbewegung«, keine »Partei« sein. »Uns Anarchisten eint nicht eine Parteiorganisation; uns bindet keine Disziplin, kein Wille der Gesamtheit oder vielmehr der Mehrheit, kein Parteitag und kein Fetzen Papier mit festgesetztem Programm. Wir verschmähen jede Fessel; und doch wissen wir, es gibt ein Band, das uns besser zusammenhält, als irgend ein Zwang. Was eint uns? .... Uns eint dieselbe Erkenntnis, derselbe Wille, der gemeinsame Kampf, die gleichen Feinde und die gleiche Verfolgung« (zitiert nach Borgius, pag. 56). Während der Sozialismus die Machtmittel des heutigen Staates nur dadurch zu überwinden glaubt, dass er andere Machtmittel organisiert, d. h. durch die Bewegung der Arbeiterklasse, ist das Wesen der anarchistischen Betätigung »nicht Organisation der Massen, sondern Aufklärung der Individuen, Erziehung der Einzelmenschen zur Freiheitssehnsucht, zur Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit einer auf Unfreiheit gegründeten Gesellschaftsordnung und zur psychologischen Fähigkeit und Kraft eigenen persönlichen Widerstandes gegen jede Form von Unterdrückung...« (pag. 57). Der Anarchismus geht also von der Annahme aus, dass der Individualismus, der das letzte Ziel darstellt, gleichzeitig auch das Mittel abgeben muss. Dies ist freilich eine Annahme, die

der Sozialismus als Bewegung grundsätzlich verwirft. Seine Parole lautet: Organisation! Da sich auch manche Anarchisten nicht der Ansicht verschliessen können, dass der Weg der Erziehung der Einzelmenschen zur Freiheitssehnsucht ein wenig langwierig sein dürfte, so haben sie noch einige andere Mittel in Bereitschaft, z. B. die Steuerverweigerung und die Nichtstellung zum Militärdienst (pag. 55). Ob das gute, alte liberale Rezept der Steuerverweigerung in anarchistischer Neuauflage mehr Aussichten bietet, ist leider unbekannt; eine Probe kann ja nicht angestellt werden, da auch diese Steuerverweigerung eine Massenagitation und Massenorganisation voraussetzt und diese verworfen wird. Das Mittel, das bei wenig Unterrichteten als das anarchistische Mittel κατ᾽ ἐξοχὴν angesehen wird, die sogenannte »Propaganda der Tat«, soll hier nicht erörtert werden, da es einmal nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen überhaupt angewandt werden kann, andererseits nichts spezifisch Anarchistisches darstellt, wie Borgius richtig ausführt, sondern nur ein allgemeines Mittel gegen Gewaltherrschaft, bei der jedes andere ausgeschlossen ist.

Eine Stellungnahme zu den Doctrinen und Argumentationen, die er vorträgt, hat Borgius im allgemeinen durchaus vermieden: diese Selbstbeschränkung erklärt sich wohl aus dem kargen Raum, der ihm zur Verfügung stand. Nur beim Beweis der »begrifflichen Unmöglichkeit einer Volksherrschaft« (pag. 11) fügt er ausdrücklich sein Einverständnis hinzu. Ob dieses Einverständnis sich auch noch auf die darauf folgende Erörterung der Wirksamkeit einer Volksvertretung bezieht, ist nicht direkt ersichtlich. Es ist dies aber wenig wahrscheinlich, da sonst dem Verfasser der Widerspruch nicht entgangen wäre, der darin liegt, dass einmal imperative Mandate mit dem Wesen des Parlamentarismus für unvereinbar erklärt werden, weil dann ja auch die ganze Beratung sich erübrigen würde (pag. 12), zwei Seiten später aber ausgeführt wird, dass ernste Beratungen gar nicht mehr stattfinden können, weil die Abstimmung der einzelnen Abgeordneten ja doch schon festgelegt sei (pag. 14). In der Tat wird kein Sozialist leugnen, dass es sich mit dem Parlamentarismus verhält, wie mit allen menschlichen Einrichtungen, nämlich, dass er seinen Zweck nur höchst unvollkommen erfüllt, dass das Parlament eine Vertretung des Volkes im absoluten Sinne nicht darstellen kann. Wenn man nun aber nach anarchistischer Auffassung daraus gleich schliesst, dass der Wille des Volkes im Parlament überhaupt nicht zum Ausdruck gelangt, weil die einzelnen Wähler ja ihre Abgeordneten gar nicht kennen und ihnen auch nicht ihren Willen darzustellen vermögen, so ist das weit über das Ziel hinausgeschossen. Wohl kennt der einzelne Wähler nicht gerade den einzelnen Abgeordneten, aber sein ganzer Ideenkreis ist der der Partei, deren Kandidaten er die Stimme gibt, und diese Partei wiederum kontrolliert die Haltung des einzelnen Abgeordneten, so dass insgesamt eine gewisse Resultante des Willens der Wähler zum Ausdruck kommt. Freilich auch bei einem idealen Wahlsystem, ja selbst bei der direkten Gesetzgebung durch das Volk würde nicht immer der »Gemeinwille«, sondern der Wille der Majorität entscheidend sein. Das aber ist ein Uebelstand, der logisch unausrottbar ist, solange die Meinung des einzelnen von der der überwiegenden Mehrheit abweicht. Das anarchistische Rezept dagegen, dass der einzelne aus der Gemeinschaft »freiwillig« austreten kann, ist auch nur ein Scheinmittel und ändert nichts an der Tatsache, dass er seinen Willen dann auch nicht durchsetzen kann. — Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, dass die Bemerkung Borgius' über das Proportionalwahlsystem: dass es »die absolute Parteiherrschaft bis zur äussersten Grenze« treibe (pag. 15-16), nur für gewisse Arten dieses Verfahrens Geltung hat. An sich ist der Proporz nicht nur mit einer unabhängigen Kandidatennominierung durchaus vereinbar, sondern er bietet auch gerade die Möglichkeit, Strömungen und Nuancen innerhalb einer grossen Partei, die darum doch straff organisiert und aktionsfähig bleibt, zum Ausdruck kommen zu lassen.

Die Borgiussche Schrift ist jedem, der sich über den Ideengehalt des Anarchismus kurz informieren und von landläufigen Vorurteilen und falschen Vorstellungen von dem Wesen desselben befreien will, sehr zu empfehlen.

Josef Bloch.

Cuyrim, Dr. med. Vict.: **Ethische Forderungen im Geschlechtsleben.** Der männlichen Jugend gewidmet. Frankfurt a. M. 1903, Johannes Alt. 71 S. 8°.

Ein Plaidoyer gegen den ausserehelichen Geschlechtsverkehr, wie überhaupt für starke Bändigung des Geschlechtstriebs. Der Verfasser erklärt auf Seite 65 den Umstand, dass der Mensch meistens »den Geschlechtsgenuss als solchen sucht, losgelöst von der Absicht, ein neues Wesen zu erzeugen,« für »eine Art Verirrung gegenüber den Zielen der Natur«. Ob ausser dem Menschen überhaupt irgend ein Wesen auf der Erde den Geschlechtsgenuss in der Absicht der Erzeugung eines neuen Wesens sucht, wird man als recht zweifelhaft bezeichnen dürfen, während »Ziele der Natur« eine hypostatische Fiktion sind, die ein naturwissenschaftlich gebildeter Mann, wie der Verfasser, aus einer ernsthaften Betrachtung verbannen sollte. Für die Ethik des Geschlechtsverkehrs bestimmend ist die Rücksicht auf körperliche und moralische Hygiene, d. h. auf Gesundheit des Körpers und Willens, wobei unter einem gesunden Willen ein solcher Wille verstanden ist, der stark genug ist, das Wohl der Gesamtheit, die Rücksicht auf das Recht des Nebenmenschen etc. über seine physischen Impulse zu stellen. Ob nun geschlechtliche Enthaltung dem Körper zuträglich ist, ist, wie der Verfasser schliesslich zugibt, immer noch eine ungelöste Frage, die individuelle Anlage spielt da jedenfalls eine grosse Rolle. Andererseits wird man zwar als Regel annehmen dürfen, dass schrankenlose Hingabe an den Geschlechtstrieb die Bildung und Erhaltung eines gesunden Willens schädigt, sofern sie nicht schon Folge des Mangels eines solchen ist; aber es ist doch auch Tatsache, dass Leute, die einem sehr starken Geschlechtsgenuss fröhnten, nicht nur ihre körperliche Kraft bis zu einem vorgeschrittenen Alter in hohem Grade bewahrt, sondern auch auf wissenschaftlichem, künstlerischem etc. Gebiete Grosses geleistet und hohen Gemeinsinn und humanes Empfinden an den Tag gelegt haben. Es ist daher fraglich, ob die Gesellschaft irgend ein Interesse daran hat, dass die einzelnen sich den Geschlechtsgenuss versagen, wenn er nicht mit Erzeugung kranker Kinder, Verbreitung von Geschlechtskrankheiten, Missbrauch der Jugend, Vergewaltigung der Person verbunden ist. Ist das nicht der Fall, so ist die Regelung des Geschlechtslebens mehr eine ästhetische als eine ethische Angelegenheit, und vielfach leuchtet auch durch die Schrift des Verfassers hindurch, dass es vorwiegend ästhetische Empfindungen sind, die ihn einem sexuellen Rigorismus das Wort reden lassen, den er als Physiologe nur schwach verteidigen kann. Diese ungenügende Unterscheidung der Gesichtspunkte ist der Grundfehler des mit fast rührender Wärme geschriebenen und in Einzelheiten viel Treffendes darbietenden Buches.

Demokratie, moderne. Acht Vorträge, gehalten in der demokratischen Vereinigung der Stadt Zürich in den Wintern 1902/3 und 1903/4. Zürich 1904, Verlag der »Züricher Post«. 200 S. 8°.

Die Verfasser dieser Vorträge sind meist Männer in angesehener, Kompetenz verbürgender Stellung: Universitätslehrer, höhere Verwaltungsbeamte, Richter. Da der Kanton Zürich Regierung und Richter durch Volkswahl ernennt, so haben gerade seine höheren Beamten zugleich direkte Fühlung mit dem Volk bezw. dessen politischen Vertrauensmännern. Es ist daher doppelt interessant, sie demokratische Probleme erörtern zu hören.

Die Vorträge umfassen folgende Themata: Die Demokratie in der Rechtspflege (Professor N. E. Zürcher); Die sozialen Aufgaben in der Demokratie (Prof. Dr. H. Herkner); Die Demokratie in der Verwaltung (Schulsekretär Hans Nägeli); Die Demokratie in den britischen Kolonien Australasiens (Prof. Dr. Max Huber); Die Demokratie im Erziehungswesen (Stadtrat F. Fritschi); Die Demokratie im Armenwesen (Regierungsrat J. Lutz); Die Entwickelung der Demokratie im Kanton Zürich (Oberrichter Dr. Hans Sträuli); Grundgedanken, Stellung und Richtlinien

der demokratischen Partei (Dr. O. Wettstein). Ohne in den Hauptgedanken wesentlich Neues zu bieten, — denn welches Fundamentalprinzip der Demokratie hätte nicht schon längst seine Befürwortung und Formulierung gefunden? — enthalten sie doch viel gedankliches Material für die Vertiefung der angewandten Demokratie, wenn dieses Wort erlaubt ist. Noch immer ist die Schweiz in hohem Grade die politische Retorte Europas, wie der sozialistische Demokrat Karl Bürkli sich ausdrückte, und in dieser Retorte steht der Kanton Zürich als vorgeschrittenster der grösseren Kantone obenan. Hier sind Erfahrungen in Bezug auf das Walten rein demokratischer Grundsätze im öffentlichen Leben gemacht worden, wie sie umfassender aus keinem anderen Teile der alten Welt vorliegen.

Sie sind nicht durchgängig günstig. »Wie die Erfahrung lehrt,« schreibt Professor Herkner, »ist es nicht allzu schwer, in den Räten auch die Mitglieder von Parteien, welche nicht ausschliesslich Arbeiterinteressen vertreten wollen, für gesetzgeberische Eingriffe zu gunsten der Arbeiterklasse zu bestimmen. Dagegen ist es ausserordentlich schwierig, solche Gesetze durch das Volk zur Annahme zu bringen . . . So beträchtlich der Fortschritt war, welchen die Eidgenossenschaft mit dem jetzt noch geltenden Gesetz von 1877 erzielt hatte, jetzt, nach 25 Jahren, ist er von der Gesetzgebung der meisten Industriestaaten erreicht, ja von einzelnen bereits überholt worden.« Und bezüglich der Arbeiterversicherung: »Hier wird die Schweiz sogar von einer ganzen Reihe von Staaten, so von allen ihren Nachbarstaaten, zum Teil erheblich übertroffen, — und dabei besteht leider noch gar keine Aussicht, dass diesem für eine demokratische Republik etwas peinlichen Zustand in absehbarer Zeit abgeholfen werden könnte« (S. 27, 28, 29). Die Ursache dieses Zurückbleibens in der sozialpolitischen Gesetzgebung ist in der sozialen Zusammensetzung des Volkes zu suchen, in der Tatsache, dass die Lohnarbeiterschaft die Minderheit der Bevölkerung bildet und obendrein in unverhältnismässigem, d. h. in keinem Lande Europas gleicherweise vorzufindenden Prozentsatz aus nichtstimmberechtigten Ausländern besteht.

Aber auch wo das ökonomische Interesse, d. h. die Sorge um die Steuersätze etc. — nicht in Frage steht, hat die direkte Volksabstimmung die Verfechter des gesellschaftlichen Fortschritts oft enttäuscht. Dadurch dürfe sich aber, führt im letzten, zusammenfassenderen und an bemerkenswerten Ausführungen sehr reichen Vortrag Dr. Otto Wettstein aus, ein Demokrat, dem das Wesen der Demokratie klar geworden, nie zu der Folgerung verleiten lassen, die Institution selbst sei unvernünftig. »Er muss sich des Grundgedankens der Demokratie bewusst bleiben, dass in letzter Linie alle Tätigkeit des Staates auf den Anschauungen und Empfindungen seiner Bürger beruht und dass sich jede gewaltsame Unterdrückung oder Ignorierung dieser Anschauungen, mögen sie momentan gut oder schlecht scheinen, rächt«. (S. 182.) Pflicht der leitenden Staatsorgane sei es, »den Ursachen von Entscheiden, die sie für bedauerlich halten, nachzugehen, Referendumspsychologie zu treiben« (ebendaselbst).

Im Wettsteinschen Vortrag wird auch (S. 190 ff.) eine Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie versucht, »die ursprünglich Fleisch von unserem Fleische, Blut von unserem Blute war«. Wettstein findet das trennende Moment nicht sowohl im Endziel der Sozialdemokratie, als in der Klassenkampftaktik. Der Klassenkampf sei eine Tatsache, ja, und eine notwendige Tatsache. »Seine Befreiung aus der Lohnsklaverei wird der Proletarier nie erreichen, wenn er den Kampf einzeln führt, sondern nur, wenn er ihn gemeinsam mit seiner ganzen Klasse aufnimmt«. (S. 193.) Falsch aber sei es, in der Demokratie diesen Klassenkampf zum politischen Alpha und Omega zu machen, eine einzelne Klasse allen anderen entgegenzustellen, sie politisch von den anderen zu isolieren, sie aus dem Zusammenhang mit dem Volksganzen loszulösen, ihr ausschliesslich ökonomische Ziele zu setzen, die keinen Zusammenhang mit der Geschichte und der nationalen Eigenart eines Volkes kennen . . . Die Klassengegensätze werden nicht überwunden, wenn man sie auf das politische Gebiet hinüberzieht, in alle politischen Debatten einen künstlichen Klassengegensatz trägt, das Gemeinschaftsbewusstsein des Volkes zu unterdrücken sucht«. (S. 193.) Eine Auffassung, die selbst auf

einer Verkennung der Natur des Klassenkampfes der Arbeiterklasse beruht und überall da mit Notwendigkeit zur Zersetzung der Partei der reinen Demokratie führt, wo die moderne Klassenbildung einen gewissen Höhepunkt erreicht hat. Gewiss kann die Klassenkampfpolitik übertrieben werden, aber ihr Grundgedanke, die Beurteilung aller politischen, wirtschaftlichen etc. Geschehnisse unter dem Gesichtspunkt einer Klasse, wird gerade dann eine Lebensbedingung des sozialen Fortschritts, wenn diese Klasse selbst ihrer ganzen geschichtlichen Stellung nach Trägerin dieses Fortschrittes ist.

Als Ganzes betrachtet, ist das Buch, wenn es auch nichts Erschöpfendes gibt, noch zu geben beansprucht, für jeden lesenswert, der sich über die Leistungsfähigkeit und die Grenzen der reinen oder staatsbürgerlichen Demokratie zu unterrichten wünscht.

Ferdy, Hans: **'Sittliche Selbstbeschränkung.** Behagliche Zeitbetrachtungen eines Malthusianers über die begriffliche Wandlung des »moral restraint« in dem Jahrhundert 1803-1903 und die Ausbreitung des Neomalthusianismus. Hildesheim, Kommissionsverlag Julius Gude, 1904. 204 S. gr. 8°.

Eine neomalthusianistische Streitschrift, interessant in den Einzelheiten, herzhaft in der Tonart, beachtenswert auch für den, der ökonomisch auf völlig anderem Standpunkt steht. Die Grundtendenz des Buches ist Verachtung und Verhöhnung allen Muckertums, gleichviel ob kirchlicher oder moralischer Färbung. Es ist die richtige Weise eines unerschrockenen Freidenkertums, die heute nur selten mehr vernommen wird, da alles, was mit bloss verstandesmässiger Aufklärung zusammenhängt, zu leicht als »Aufkläricht« dem Ruf der Seichtheit verfällt und man weit mehr in den Bahnen der Mystiker, als in denen der Encyklopädisten wandelt. Der Verfasser, offenbar ein wohlunterrichteter und anregender Mann, fügt der allgemeinen Spezies noch eine starke persönliche Note hinzu: es ist bei aller Reflexion im Grunde nur das Gefühl, das seine Deduktionen dirigiert. Und nichts liegt ihm ferner, als auf die Worte des Meisters zu schwören. Malthus selbst geniesst in seinen Augen keineswegs irgend besondere Hochachtung: er wird als »the Reverend T. R. Malthus« in launiger und doch ätzender Art verspottet; seine ganze Persönlichkeit wird nicht ernst genommen, er wird vielmehr der Kategorie der »would-be-Malthusianer« zugerechnet (pag. 88). Seinen eigenen theoretischen Standpunkt definiert der Verfasser folgendermassen: »Der Neomalthusianismus macht sich anheischig, die Qualität der Menschen zu verbessern, als Entgelt dafür, dass man ihm gestatte, die Geschwindigkeit des Zuwachses zu reduzieren, er will, kurz ausgedrückt, der Quantität die Qualität substituieren. Daraus leitet er seine Existenzberechtigung her.« (pag. 172-173.) Zum Beweise dieser Existenzberechtigung führt der Verfasser ein nicht besonders grosses, aber gut ausgewähltes Zahlen- und Tatsachenmaterial an. Es ist hier nicht der Ort, dieses Material selbst und die Argumentation kritisch zu beleuchten. Erwähnt sei nur, dass der Verfasser eine Reihe sozialer, vor allem aber psychologischer und ästhetischer Faktoren nicht in den Kreis seiner Betrachtungen einbezogen hat. Man mag als Sozialist den Neomalthusianismus kurzerhand verwerfen oder das ihm zu Grunde liegende Problem als nicht genügend geklärt ansehen, in einem wird man dem Verfasser recht geben müssen: dass es sich hier um Fragen handelt, die nicht durch moralisierenden Eifer gelöst werden, sondern durch hygienische, ökonomische (und, fügen wir hinzu: ästhetische) Momente bedingt sind und von diesen Gesichtspunkten aus erwogen werden sollten. Jedenfalls wird man im Prinzip dem Gedanken zustimmen müssen, dass der Mensch als vernunftbegabtes Wesen auch über das Mass seiner Fortpflanzung sich nicht der vernünftigen Vorausbestimmung begeben sollte, dass vielmehr eine Abschätzung des Wertes individueller Vervollkommnung und sozialer Erfordernisse unerlässlich ist. Auf jeden Fall sollte man sich, wie der Verfasser mit Recht ausführt, von Vorurteilen frei machen, die nicht sowohl im Gefühlsleben des einzelnen begründet, als vielmehr einer vagen, zum Teil ein wenig korrupten Rücksichtnahme auf herrschende Anstandsbegriffe geschuldet sind. Und wenn der

Verfasser u. a. auch bemängelt, dass die deutschen sozialdemokratischen Tageszeitungen in diesen Dingen bei weitem noch nicht so vorurteilsfrei sind, wie z. B. die holländischen Sozialisten, so wird man ihm wohl darin beistimmen müssen. *Josef Bloch.*

Fried, Alfred H.: **Deutschland und Frankreich.** Ein Wort über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung. Berlin 1904, Verlag Continent. 79 S. Preis 1 Mark.

Der bekannte Mitkämpfer in den Reihen der internationalen Friedensbewegung, welche, von der Sozialdemokratie unabhängig, nach Ueberwindung der Kriegeslasten und Kriegesgreuel strebt, behandelt die für die ganze Bestrebung so wichtige Spezialfrage des Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland. Er erblickt in der Unterschätzung der westeuropäischen Schiedsgerichtsaktion von seiten Deutschlands eine für das letztere unausbleibliche moralische Einbusse, welche an dem Tage eine Gefahr darstellt, »wo eine sittliche Politik die Realpolitik der Zeit sein wird«. Dieses Tages Morgenrot sind dem Autor allerdings Haager Kongress und Schiedsgerichtsaktion. — Das Haupthindernis der Versöhnung ist bekanntlich die Annexion vom Jahre 1871. Die Geschichtsperiode, deren Gebrauch sie entsprach, die der Eroberungen innerhalb Europas, sei zu Ende, wie der Soziologe Novicow ausgeführt hat. Es war die letzte Annexion vor Anbruch der neuen Epoche, derjenigen der gebundenen Kräfte. Die Unversöhnlichkeit Frankreichs sei Beweis für diesen Wendepunkt in der Geschichte Europas. In Deutschland aber hiesse es, Wasser auf die Mühlen der Reaktion leiten, wolle man eine Revision des Frankfurter Vertrages ins Auge fassen, und derartiges bedeute ausserdem nicht nur eine Erschütterung des Deutschen Reiches, sondern fast aller europäischen Staaten. Ein dahinzielender höchst unbedachter Vorschlag von Dr. Molenaar (München) erfährt deshalb schärfste Abweisung. — Die Lösung hingegen liege »einzig und allein in einem systematischen Zusammengehen der fortgeschrittenen Volksteile Frankreichs und Deutschlands«. Diese haben den Grundsatz aufzustellen, »dass nichts geschehen darf, was zu einer Stärkung der nationalen Gegenparteien Veranlassung geben könne. Dieser einfache Grundsatz, wenn er zur gemeinsamen Kampfparole erhoben wird, birgt des Dilemmas Lösung«. Um die Gegenparteien nicht zu stärken, »muss die Frage um Elsass-Lothringen aus dem Problem der formalen Aussöhnung ausgeschaltet werden. Damit bleibt die Frage offen zur Lösung für eine spätere Zeit.«

Dieser Standpunkt auf Seiten derjenigen, die so ernstlich den Ausgleich suchen, entbehrt nicht der Tragik, und leise klingt durch diese Sätze etwas von der notwendigen grossen Erlösung, die in sich die Lösung so manchen Dilemmas trägt. *F. L.*

Gaulke, Johannes: **Kapital und Kapitalismus.** Sozialer Fortschritt, Heft 18. Leipzig 1904, Felix Dietrich. 24 S. 8°. Preis 15 Pf.

Marx ins Sombartische umgesetzt oder Marx hoch Sombart — so könnte man in der Hauptsache den Inhalt dieser Schrift charakterisieren. Der Verfasser geht von der Marxschen Definition des Kapitals und Kennzeichnung des Kapitalismus aus, um mit etlichen leisen Vorbehalten bei den Sombartschen Erweiterungen der Genealogie und Physiologie und ebendesselben Kolorierungen der Physiognomie des Kapitalismus zu landen.

Was die Kapitalsdefinition anbetrifft, so illustrieren die betreffenden Ausführungen des Verfassers sehr anschaulich, wie gegenstandslos im Grunde die von Marx und Lassalle verfochtene Hineinpressung der Wesenserscheinungen des modernen Industriekapitals in den allgemeinen Kapitalbegriff war und ist. Erstens ist sie gar nicht konsequent durchzuführen, da Leih- und Handelskapital, die vor dem modernen Industriekapital auftraten, doch auch Kapital sind, trotzdem sie ohne die zur Wesensbedingung des letzteren gehörende Existenz des freien Arbeiters vorkommen, so dass, wenn man nicht sagen will, dass Handels- und Leihkapital überhaupt nicht Kapital sind — was Marx und Lassalle sich aber schön hüteten, zu behaupten — man zu der lächerlichen Folgerung genötigt wird, die Existenz von Kapital vor der Existenz

der Voraussetzungen des Kapitals zuzugeben. Was Marx und Lassalle mit jenem Hineinpressen wirklich wollten, lässt sich ohne jede Verletzung der Anforderung an die Unzweideutigkeit der Begriffe dadurch erreichen, dass man den einfachen Begriff Kapital nur für die rein ökonomische Kategorie anwendet, dagegen dort, wo zugleich das soziale und historische Moment der modernen kapitalistischen Wirtschaft berücksichtigt, das Kapital als ihr Einheitstypus gekennzeichnet werden soll, eine entsprechend zusammengesetzte Bezeichnung wählt, wie etwa: modernes Industriekapital, oder, da dieses heute die vorherrschende Kapitalsform ist, einfach modernes Kapitalverhältnis sagt. Der kasuistische Streit um den Kapitalsbegriff, auf den in der ersten Zeit der sozialistischen Bewegung der Neuzeit so grosser Wert gelegt wurde, ist heute ganz und gar überlebt. Unser Verfasser hält übrigens die Marx-Lassallesche Begriffsbestimmung so wenig fest, dass, wo er das Wesen des Kapitals klar zu machen sucht, er als sein notwendiges Erfordernis hinstellt, dass dem Besitzer »menschliche Arbeitskraft in irgend einer Form, sei es als Sklaven- oder Lohnarbeit, zu jeder Zeit und in jeder Höhe zur Verfügung steht, (S. 3.) »Sei es als Sklaven- o d e r Lohnarbeit!« — Das dreht Marx und Lassalle den Hals um. Bald darauf bezeichnet der Verfasser allerdings das persönliche Besitztum des Grundherrn an der zur Verwertung des Bodens benötigten menschlichen Arbeitskraft als ein Merkmal des »p r i m i t i v e n« im Gegensatz zum modernen Kapital. Aber damit bekräftigt er nur das oben von uns Dargelegte, die Unzweckmässigkeit, das Grundwort, das doch sonst stets die a l l g e m e i n e Funktion ausdrückt, in diesem Fall nur für einen spezifischen Modus der Funktion gelten zu lassen.

Hat der Verfasser in diesem Punkt es an eigener Durcharbeitung seines Gegenstandes fehlen lassen, so zeigt er sich auch sonst von den Antoren, die er resumiert, mehr abhängig, wie für die Einheit des kleinen Schriftchens gut ist. Im ersten Kapitel, wo er Marx vor sich hat, erklärt er, dass in früheren Zeiten wohl ausserwirtschaftliche Faktoren — Imponderabilien — in der Menschheitsentwickelung eine Rolle gespielt haben mögen, heute aber »leitet das vorherrschende wirtschaftliche Prinzip das Leben der einzelnen wie der Völker«. (S. 8.) Im dritten Abschnitt aber, »Zur Psychologie des Kapitalismus«, wo Sombart Führer ist, polemisiert er gegen die »Materialisten« und hebt hervor, »gerade bei der Entwickelung eines Wirtschaftssystems wirken unendlich viele Faktoren zusammen, die wir schlechthin nur unter dem Begriff »Imponderabilien« subsumieren können. Wie vorher gezeigt, ist die Entstehung des Kapitals lediglich auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen; wir würden aber einen verhängnisvollen Irrtum begehen, wollten wir die Entstehung des kapitalistischen Geistes auf dieselben Grundursachen zurückführen.« (S. 17.) Hierher gehört auch folgende Bemerkung. Es ist ja zu verstehen, dass sich jemand durch die glänzende Dialektik Sombarts gefangen nehmen lässt; aber nur in dieser Voraussetzung wird es begreiflich, in einer sonst sachgemässen Auseinandersetzung auf Grundiloquenzen zu stossen, wie: »Wir können uns heute kaum vorstellen, welches ungeheure Raffinement dazu gehörte, den Gedanken zu erfassen: durch Wirtschaften sei Geld zu verdienen.« (S. 20.) Wir können uns mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass diese Entdeckung das Ergebnis einer sehr schrittweise sich vollziehenden Entwickelung war.

Von Fehlern dieser Art abgesehen, hat der Verfasser den ungeheuren Stoff, den er zu bewältigen hatte, mit Geschick vorgeführt.

Katz, Eugen, Dr. der Staatswissenschaften: **Landarbeiter und Landwirtschaft in Oberhessen.** Münchener volkswirtschaftliche Studien, 64. Stück. Stuttgart und Berlin 1904, J. G. Cotta Nachfl. 144 S. 8°. Preis 4 Mark.

Dieser sehr interessanten Studie liegen neben amtlichen Urkunden und früheren staatlichen Erhebungen die Ergebnisse von zwei, ausseramtlich unternommenen Erhebungen, die sich auf die Lage der Landarbeiter beziehen, zu Grunde: Die Oberhessen betreffenden Ermittelungen der 1893 vom evangelisch-sozialen Kongress veranstalteten Enquête über die Lage der Landarbeiter und

die Ergebnisse einer 1901/1902 vom Verfasser selbst durch Fragebogen betriebenen und durch mehrmonatlichen Aufenthalt in den fraglichen Distrikten kontrollierten Untersuchung. Das so erhaltene Material ist vom Verfasser sorgfältig gesichtet und in zwei grösseren Kapiteln bearbeitet worden: »1. Die Geschichte der Arbeitsverfassung im 19. Jahrhundert bis zum Beginn der siebziger Jahre« (3 Paragraphen) und »2. Die modernen Arbeitsverhältnisse in Oberhessen« (5 Paragraphen). Dieses zweite Kapitel bildet den Hauptinhalt der an Material reichen Monographie. Die es zusammensetzenden fünf Paragraphen behandeln: 1. die heutigen Betriebsverhältnisse in der oberhessischen Landwirtschaft; 2. die Arten der Arbeitskräfte; 3. Arbeitsgelegenheit und Arbeitszeit; 4. Wohnungsverhältnisse; 5. Lohnverhältnisse. Ein Paragraph »Schlussbetrachtungen« und sieben, Urkunden und Tabellen enthaltende Anhänge geben dem Buch seinen Abschluss.

Wie schon aus der Inhaltsangabe ersichtlich und wie auch durch die Natur der Sache vorgeschrieben, behandelt der Verfasser die Gestaltung der Lage der Landarbeiter in enger Verbindung mit der Entwickelung der Betriebsverhältnisse der oberhessischen Landwirtschaft und der allgemeinen Wirtschaftsentwickelung (Differenzierung von Landwirtschaft und Industrie, Zunahme der letzteren). Was die Betriebsverhältnisse betrifft, so konstatiert der Verfasser, dass bis gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts die Zahl der kleinen Landwirtschaftsbetriebe sich beträchtlich hob. Von da bis gegen Ende der siebziger Jahre findet im Zusammenhang mit der grossen Steigerung der Bodenpreise ein Steigen der grösseren Betriebe und eine relativ starke Abnahme der kleinen Betriebe statt, um, mit Beginn der achtziger Jahre, wieder einer umgekehrten Entwickelung Platz zu machen: Zunahme der kleinen und relative Abnahme der grossen Betriebe, trotz starker Gebundenheit des Bodeneigentums, das in unverhältnismässig grossem Umfange fideikommissarisch festgelegter Gossgrundbesitz ist. Diese Gebundenheit im Verein mit dem im Vogelsberg-Distrikt herrschenden System des geschlossenen Erbgangs hat eine künstliche Hochhaltung der Bodenpreise zur Folge, ohne welche die Zunahme der kleineren Betriebe unzweifelhaft eine noch grössere sein würde; sie ist der Fortentwickelung der landwirtschaftlichen Ertragssteigerung meist direkt ungünstig. So herrscht auf einem grossen Gut im Kreise Lauterbach »ein Wirtschaftssystem, wie es etwa Tacitus im alten Germanien vorgefunden haben mag. Man baut vier Jahre hintereinander auf demselben Grundstück Halmfrucht, lässt es dann drei bis vier Jahre brach liegen und von Schafen beweiden. Die Düngung ist minimal; der Acker wird zur Heide.« Dicht daneben aber ist auf bäuerlichen Betrieben »dieselbe Bodenart vorzüglich melioriert; es wird eine intensive Viehzucht mit Körnermast betrieben, die nach den Aussagen der Landwirte vorzügliche Resultate ergibt. Auf gepachtetes Land würde begreiflicherweise der Bauer nie so viel Kapital und Arbeit verwenden.« (S. 66.) Der betreffende Grossgrundbesitzer hingegen schreitet »fortgesetzt zu neuen Aufforstungen; die Baumwurzeln deteriorieren das anliegende Bauernland, und der Wildschaden wird auf diesem erheblich vergrössert.« (Ebendaselbst.) Mangel an so billigen Arbeitskräften, wie der Grossgrundbesitz sie früher gewohnt war, ist eine der weiteren Hauptursachen dieser die Gesamtwirtschaft schädigenden Betriebsweise.

Der Verfasser konstatiert, dass die Landarbeiterlöhne seit Beginn der siebziger Jahre sehr bedeutend gestiegen sind; während 30 Jahren fand, bei gleichzeitig fallenden Getreidepreisen, ein dauerndes Steigen der Arbeitslöhne statt. (S. 125.) Das gilt insbesondere für die Wetterau. Natürlich ist bei alledem die Lage der Landarbeiter vielfach noch weit davon entfernt, befriedigend zu sein. Insbesondere lassen die Wohn- oder Logisverhältnisse sehr zu wünschen übrig. Ausserdem können sich auch viele Gutsbesitzer nicht an das steigende Gefühl der Arbeiter für ihre menschliche Würde gewöhnen. Unter diesen Umständen findet da, wo der Landarbeiter nicht die Möglichkeit vor sich hat, sich Land zu einigermassen erträglichem Preis zu kaufen oder zu pachten, starke Abwanderung statt. »Wenn wir in Deutschland nicht durch eine ganze Anzahl wirtschaftspolitischer Massnahmen die landwirtschaftliche Konjunktur korrigierten und den Grossgrundbesitz künstlich stützten, wenn

nicht Einrichtungen, wie die Fideikommisse, den Bodenverkehr künstlich einschränkten,« schreibt der Verfasser, »so würde die Zunahme der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe auf Kosten der Grossbetriebe noch viel stärker hervortreten, als die Entwickelung der letzten 20 Jahre zeigt.« S. 141.) »Gute Konjunktur für den Kleinbetrieb« heisse aber »Abnahme der ländlichen Existenzen, die als kleine Grundbesitzer noch auf Lohnverdienst angewiesen sind,« heisse »wachsende Möglichkeit für den Landarbeiter, kleiner Betriebsinhaber zu werden«. Unter den intelligenten, für eine Organisation geeigneten Arbeitern strömt »der grösste Teil nach der Industrie ab, der kleinere Teil sucht sich zum Kleinbauern heraufzuarbeiten«. (Ebendas.)

So viel der Zitate. Reich dokumentiert, mit Sorgfalt darauf gerichtet, überall den Besonderheiten Rechnung zu tragen, ohne darum aber der notwendigen Bezugnahme auf die Gesamtzusammenhänge zu entbehren, und ersichtlich von dem Bestreben diktiert, nirgends die Tatsachen einer vorgefassten Theorie zuliebe aufzubauschen oder zu bemänteln, ist die vorliegende Monographie als ein sehr wertvoller Beitrag zur Erkenntnis der Agrarfrage zu begrüssen.

Kellen, Tony (Essen): **Arbeiterbildungsvereine.** Sozialer Fortschritt, Heft 20. Leipzig, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis 15 Pf.

Eine unparteiische, sehr viel Material darbietende Schilderung des Wesens und der Ausbreitung der verschiedenen Veranstaltungen für die Verbreitung von Bildung unter den Arbeitern in den verschiedenen Ländern.

Mereschkowsky, C. von: **Das irdische Paradies,** ein Märchen aus dem 27. Jahrhundert. Eine Utopie. Aus dem Russischen übersetzt von H. Mordaunt. Berlin 1903, Verlag von Friedr. Gottheiner. 486 S.

Im 27. Jahrhundert ist nicht nur der Sozialismus, sondern überhaupt jedes Streben der Menschen nach Fortschritt längst verschwunden. Nach Jahrhunderten des Kampfes und des Krieges gelangte die Herrschaft der Welt in die Hand zielbewusster Menschenfreunde, und diese und ihre Nachfolger haben durch künstliche Sterilisation der Unpassenden die Menschheit auf eine so geringe Zahl vermindert, dass sie gänzlich in den paradiesischen Himmelsstrichen der Tropen Platz findet. Hier leben die Menschen unter Aufsicht der väterlich herrschenden Menschenfreunde in zwei zu gegenseitiger Ergänzung speziell gezüchteten Arten; als Sklaven, welche die geringfügige ökonomische Arbeit verrichten und in Familienverbänden ein zufriedenes Haustierdasein führen, und als kindlich unbefangene Lustgeschöpfe, liebenswürdige Wilde, deren höchste Güter schöne Körperformen, klassische Bewegungen, lebenslängliche Jugend und naive Liebe und Freundschaft sind. Auf diese Weise hat das ewig gesuchte, nie gefundene Glück seine Heimstätte auf Erden aufgeschlagen. Einen anderen Weg gab es nicht zu solcher Möglichkeit.

Der dichterische Märchentraum von dem schönen, intellektlosen Glück der fernen Zukunft verdient zwar an sich zunächst nur eine ästhetische Wertschätzung wegen mancher anziehenden und reizvollen Einzelheit. Zugleich aber ist er doch ein soziales Zeichen unserer Zeit mit ihren niedergehenden, müde gewordenen Bestandteilen. Von dem Grundzuge aller Utopie, moralische und ökonomische Notwendigkeiten und Ansprüche als verwirklicht auszumalen, von diesem charakteristischen Zuge der Einsicht, der Hoffnung und des Glaubens ist hier nichts zu finden, sondern die Schrift ist ein Werk schmerzlichsten, sozialen Verzichtes. Gerade das aber macht sie beachtenswert als ein Dokument verzweifelnder Humanität. Der humane Geist sieht, dass der Fortschritt von jeher das Martyrium der Menschen war und es noch ist. Und sofern es ihm nicht bekannt ist, dass gesunder Drang naturgemäss als Schmerz empfunden wird, so lange der Körper krankt, dass gerade er aber zur Heilung führen kann (wie ja der Drang des Fortschritts im Gesellschaftskörper es jetzt schon tut), meint er pessimistisch, der Fortschritt selbst, da er Schmerzen bereitete, sei verabscheuenswürdig, sinnlos und müsse ertötet

werden. Aus der Verzweiflung solcher Meinung heraus träumt er dann die Utopie des sozialen und intellektuellen Verzichtes.

Der dichterischen Utopie ist ein starker »Anhang« beigegeben, der die pessimistischen Gefühle als berechtigt erweisen soll. Diese Ausführungen aber schwächen nur den ästhetischen Eindruck des Vorhergegangenen ab und haben an sich auch keinen anderen, als einen Gefühlswert. *F. L.*

Michaelis, Curt: **Prinzipien der natürlichen und sozialen Entwickelungsgeschichte des Menschen.** Anthropologisch-ethnologische Studien. Fünfter Teil einer Sammlung von Preisschriften »Natur und Staat«, Beiträge zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre, herausgegeben von Prof. Dr. H. E. Ziegler in Verbindung mit Prof. Dr. Conrad und Prof. Dr. Haeckel. Jena 1904, Verlag von Gustav Fischer. 211 S. Preis 3 Mark 50 Pf.

Es sind im allgemeinen zwei Typen, in die die naturwissenschaftlich sein wollende Gesellschaftskunde zerfällt. Der eine repräsentiert die sog. biologische Soziologie, die bekanntlich die menschliche Gesellschaft als sozialen Organismus auffasst und nach Analogie mit den animalischen und pflanzlichen Organismen die Formen und Gesetze des sozialen Lebens zu entdecken bestrebt ist. Diese Richtung wird vielfach von einer anderen, älteren Betrachtungsweise abgelöst, die zur Zeit ihre zweite Jugend zu begehen scheint. Ich meine nämlich die anthropologische Soziologie, die mittelst der Bildungsfaktoren der organischen Welt den Lebensprozess der Zivilisation zu erklären strebt. Inwieweit diese Bildungsprinzipien ausreichen, reicht auch die Einsicht ihrer Adepten in das gesellschaftliche Leben aus. Je nach den Faktoren der Naturbildung aber, die von den betreffenden Forschern in den Vordergrund gerückt werden, entsteht eine besondere Spezies der anthropologischen Soziologie, wie z. B. die Anthropogeographie, die in den geographischen Momenten (Bodenbeschaffenheit und Klima), also in der Lehre von der Anpassung (als Teil der Abstammungstheorie) den Grundhebel des sozialen Geschehens sucht, ferner die Ethnographie, die aus den physischen und geistigen Eigenschaften der primitiven Naturvölker das Wesen und Werden aller Art menschlichen Zusammenlebens abzuleiten bemüht ist, usw. In formell-theoretischer Beziehung ist der Unterschied zwischen den beiden angedeuteten Typen der naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre ein sehr geringer, wenn auch bei den sozialen Biologen resp. Organicisten im Gegensatz zur streng evolutionistischen Richtung der sozialen Anthropologen eine gewisse Neigung zu ontologischer Betrachtungsweise nicht zu verkennen ist. Jene sind mehr die Realisten im mittelalterlich-scholastischen Wortgebrauche, diese hingegen Nominalisten. Beide Richtungen kennen keine Schranke zwischen Tierheit und Menschheit, beide lehren sie eine Art prästabilierte Harmonie, wonach die Geschichte des Menschen und seiner Rassen durch seine Prähistorie, d. h. durch ein bestimmtes Lebensquantum von vornherein bedingt und begrenzt wird. Der Kulturprozess vermag dem Menschen nichts Neues hinzuzufügen, sondern vielmehr nur die Eigenschaften zu erschöpfen, die dem weit zurückliegenden, nach den Prinzipien der Auslese gestalteten Naturprozess entspringen. Der Kulturprozess ist danach bereits im Naturprozess potentiell enthalten.

Streng gesprochen, gibt es von diesem Standpunkte aus keine eigentliche Kulturgeschichte. In der sozial-menschlichen Geschichte werden höchstens die von der natürlichen Auslese überlieferten Kräfte gemustert und im besten Falle etwas gesteigert. Die Soziologie ist mehr ein Abschnitt der Zoologie. Der konkrete, schöpferische Fortschritt ist der Zivilisation fremd, ja, er ist ein pures Unding. Die hier in Rede stehende Ansicht erinnert lebhaft an Schopenhauers Geschichtsauffassung, derzufolge die menschliche Geschichte überall eine und dieselbe ist, deren Inhalt dem Wesen nach unverändert bleibt, in der Geschichte nur die Namen wechseln. Während aber die naturwissenschaftlichen Soziologen einerseits keinen fundamentalen Unterschied zwischen dem Menschen und dem Säugetier (in der psychischen Beschaffenheit wie in der physischen Konstruktion) zulassen, bemühen sie sich andererseits, — und dies nicht ganz in Uebereinstimmung mit der eigenen Deduktion —, eine fast unüberbrückbare Kluft zwischen den verschiedenen Menschenrassen und den

Ständen innerhalb der von der Rasse getragenen Kultur aufzurichten. Einem Nietzsche, der zu den allerdings inkonsequenten Wortführern dieser Art Soziologie zählt, gab sogar aus dem gekennzeichneten Grunde die Frage, »ob eine fremde Kultur sich überhaupt übertragen lasse«, viel zu denken. Sie kennen ferner auserwählte und unbegabte Rassen. Bestimmt nun die physiologische Ausrüstung das Geschick der von der Rasse getragenen Kultur, so hat man danach zu streben, die begabte Rasse vor jeder »Konversation« zu behüten, hat man der Forderung der sich so ergebenden »Rassenhygiene« Rechenschaft zu tragen und einen Menschenseparatismus, eine Völker- und Klassen-Distanz zu verkünden und zu lehren. Es darf daher nicht überraschen, wenn gerade die weitsichtigen Theoretiker der in eine Rassen-Soziologie auslaufenden naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre zum Konservatismus, sozialen Antagonismus, Antisemitismus (inwiefern die europäischen Semiten im Dienste der Weltkultur stehen) und dergl. neigen. Sie kennen auch in der Regel keinen sozial-sittlichen Fortschritt. Das höchste Gebot des Lebens bestehe vielmehr darin, die geheime Triebkraft der Menschengeschichte, und zwar die Rassenanlage, zu entfalten, ihre Extensität zu erhöhen. Der »gesunde« Mensch, dessen natürliche »brutalen« Triebe durch Liebe und Hass, durch die notgedrungenen Beziehungen zur Gesellschaft korrigiert werden, ist der höchste Typus, dem die »Wissenschaft« ihren Segen verleiht. Sein Recht liegt in der Macht seiner Natur verborgen. Es stellt sich deshalb auch als eine Art Naturrecht heraus. Während aber das alte Naturrecht des 18. Jahrhunderts auf der Vernunft und aus Vernunftgründen aufgebaut wurde, basiert das jetzt aufgefrischte Naturrecht auf den »natürlichen« Trieben.

Die vorliegende Schrift ist im grossen und ganzen von dem hier gekennzeichneten Geist getragen. Drei Viertel von ihr sind der biologischen Propädeutik gewidmet, und auf 50 Seiten wird der Nachweis geführt, wie die Vererbungslehre, Anpassung, der Kampf ums Dasein, mit einem Worte, wie die Darwinistische Idee der Auslese in der Gesellschaftsbildung zum Durchbruch gelangt. Dabei wiederholt sich hier dasselbe Spiel, das mit wenigen Ausnahmen in der gesamten »ethnographischen Soziologie« zum Vorschein kommt. Den Gegenstand der Forschung liefert hauptsächlich das Leben der primitiven Völker, die Resultate aber, die da gewonnen werden, haben für das Leben der Vollkultur zu gelten. — Die Familie — setzt der Verfasser auseinander — beruht auf dem Prinzip der Vererbung, die Gesellschaft resultiert aus der Anpassung (der Menschen aneinander, an die geographische Provinz und, bis zu einem geringen Grade, der letzteren an den Menschen). Sie ist die Schöpfung des Geselligkeitstriebes resp. des Zusammengehörigkeitsgefühls, das bei der Bildung der Rassen erworben wird, d. h. auf Grund vererbter Rassenmerkmale als Gewohnheit (S. 182) entstanden ist. »Der persönliche Kontakt führt psychologisch eine Assimilation herbei, wie die Anpassung an die geographischen Momente eine solche im physiologischen Sinne. Die Gesellschaft wird damit zur Rasse (Horde, Stamm etc.).« (S. 185.) »Die Bildung der Gesellschaft erfolgt zum Zwecke der Ernährung.« (S. 186.) »In logischer Konsequenz folgt daraus die rechtliche Solidarität der Gesamtheit der Gesellschaft gegenüber anderen Gesellschaften. Daraus ergibt sich die gemeinsame Verteidigung und überhaupt die staatliche Gemeinschaft« (a. a. O.). Die Kasten und Stände sind ein Produkt der Arbeitsteilung, die ihrerseits den angeborenen und erworbenen natürlichen Fähigkeiten entsprungen ist. »Bei der Differenz der Individuen und der daraus folgenden Differenz ihrer Arbeitsleistungen kann die Regelung (der Lohnverhältnisse) nicht auf dem Grundsatz: Allen das Gleiche! beruhen, wie die Sozialdemokratie unbilligerweise will.« (S. 194.) Woher der Verfasser diese sozialdemokratische Ansicht geschöpft hat, fragen wir vergeblich. Im Programm, das auf dem Konzilium in Erfurt ausgearbeitet wurde, findet man es jedenfalls nicht. — Der Rechtsgrundsatz ist die starre Formel: Aug' um Auge, Zahn um Zahn. (S. 198.) »Das jus talionis steckt auch noch heute uns allen im Blute.« »Mit Recht! Die Todesstrafe ist nicht abzuschaffen. Sie ist Sühne und Prophylaxe zugleich.« (S. 200.) — Im Staatsleben kommt es gar nicht auf die bestimmte Verfassungsform an, sondern auf die Dauer einer Verfassung überhaupt. (S. 203.) — Diese Proben mögen hier genügen, um den sozialen Gesichtspunkt des Verfassers zu

charakterisieren. Es sei hier aber in mehr praktischer Hinsicht noch der Bemerkung Erwähnung getan, dass die praktisch-politischen Konsequenzen der Nationalökonomie, die an die Namen A. Smith, Malthus und Ricardo geknüpft ist, von der darwinistisch angehauchten Soziologie nicht überholt werden können. Stellt doch bekanntermassen der Darwinismus die Uebertragung der sozialwirtschaftlichen Haushaltslehre auf das Leben der organischen Natur dar. Und die darwinistischen Soziologen bemühen sich jetzt als konsequente Teleologen innerhalb der sozialen Welt, den, wie ich es ausdrücken möchte, zoo-zentrischen Standpunkt an die Stelle des alten anthropozentrischen aufzupflanzen. Diese Erwähnung dürfte dem Sozialwissenschaftler die Orientierung in der »Politik« der naturwissenschaftlichen Soziologie möglicherweise erleichtern. *Brand.*

Saarabien vor Gericht. Bericht über den Prozess Hilger gegen Krämer unter Benutzung stenographischer Aufzeichnungen. Berlin 1904, Buchhandlung Vorwärts. 131 S. gr. 8°. Preis 50 Pf.

Dieser Prozessbericht ist in doppelter Hinsicht ein lehrreiches Dokument zur Zeitgeschichte. Die vom Geheimen Bergrat Hilger, dem Vorsitzenden der Verwaltung der fiskalischen Gruben im Saarrevier, gegen den Bergmann Krämer anhängig gemachte Beleidigungsklage hatte zur Grundlage zwei vom letzteren verfasste Flugblätter, welche die wirtschaftlich schlechte Lage und die politische Bedrückung der Arbeiter in den staatlichen Gruben, das gegen die Arbeiter in Uebung befindliche Niederhaltungssystem schilderten. Die Verhandlung führte durch Zeugenaussagen, Produktion von Schriftstücken etc. zu einer viel schärferen Beleuchtung dieses Systems, als wie sie in den Flugblättern geliefert war. So ist der Bericht sozialpolitisch von grossem Interesse. Er ist es aber auch unter einem anderen Gesichtspunkt. Aufnahme und Behandlung der Klage, sowie das Urteil beleuchten in scharfer Weise die allgemeinen Rechtszustände in Preussen, die Vertretung des Rechtes von seiten der Staatsanwaltschaft und die Ausübung und Auslegung des Rechts von seiten der Richter. Ein Vergleich des Erkenntnisses mit der ausgezeichneten Rede des Verteidigers, Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine, lässt dies aufs Hellste hervortreten.

*** **Staatsstreich oder Reformen.** Politisches Reformbuch für alle Deutschen, verfasst von einem Ausland-Deutschen. Erster Teil: Verfassungs-Reform, Wahl-Reform, Reform der Interessen-Vertretung, Verwaltungs-Reform. 317 S. Zürich 1904, Druck und Verlag von Zürcher & Furrer.

Wahrscheinlich sitzt der Verfasser dieses sonderbaren Buches wirklich im Auslande. Dafür spricht die so entsetzlich breit entfaltete selbstgefällige Art seiner Aufforderungen zur Aktion, in welche diejenigen, die fern vom Schusse weilen, gerne verfallen. Der Verfasser will kein Reaktionär sein, und er zitiert neben Herrn von Jagemann auch die liberalen Professoren des Rechtes und der Volkswirtschaft. Dennoch haben ihn offenbar die Lorbeern Jagemanns zu seinen komischen Einfällen und Konstruktionen erweckt, und wenn er auch nicht ein Reaktionär aus dem Busch ist, so ist er dafür um so mehr einer von hinten herum. Er weiss für die deutschen Fürsten ein Recht auf alles mögliche, insbesondere auf Aufhebung der Verfassung, zu konstruieren, wünscht aber, es möge zum Staatsstreich nicht kommen. Offenbar entspringt dieser Wunsch nur der Einsicht, dass er sonst seine Ermahnungen an Reichstag, Presse und Volk, dem Staatsstreich vorzubeugen, logischerweise für sich behalten müsste. Faktisch laufen ja diese Ermahnungen und Ratschläge auf dasselbe hinaus, und der Verfasser gibt zu, dass man zu seinen »Reformen« auch nicht so ganz ohne Oktroierung gelangt. Da er bei der »Verfassungsreform« nichts als die äussere Sicherheit und den Bestand des Reichs im Auge haben will, die er von einer internationalen Verschwörung unter Führung Delcassés bedroht sieht, so heisst sein oberster Grundsatz:

Bewilligen für Armee, Flotte und Kolonien. Deshalb lässt er sich's angelegen sein, unfehlbare Paragraphen zu empfehlen, durch die das »Versagen der Reichsmaschine ein für allemal unmöglich gemacht« wird. Es muss ein Ende damit nehmen, dass »die meiste Kraft all unserer Staatsmänner und unserer tatkräftigen Kaiser von dem nie rastenden inneren Gezänke um die beiden Fundamente absorbiert würde, auf welche das Deutsche Reich als Bundesstaat gestellt ist: das militärische und das finanzielle«. Er kann sich überhaupt nicht genug tun, von der politischen Spaltung der Deutschen zu reden und sie zu beklagen. Mit den Sozialdemokraten ist »derzeit« schon gar nichts zu machen in solch nationaler »Reformpolitik«, und so sei denn heute die letzte Hoffnung der Krone das Zentrum. »Versagt aber das Zentrum nur in einer dieser wesentlichen Reformfragen, dann ist der Moment gekommen, wo Kaiser Wilhelm II. alles kurz und klein schlägt.«

Ausser der »Reform« zum Zwecke unbedingter und permanenter Bewilligung, gibt es u. a. noch eine »Reform« gegen die Immunität der Abgeordneten und — um noch ein besonders kurioses Kuriosum zu nennen — eine Reform, resp. »Auslese und Erziehung der deutschen Fürsten« in Verbindung mit der Kreirung eines Staatsrates, in welchem neben den Spitzen der Behörden auch sämtliche volljährige, preussischen Prinzen sitzen sollen, um sich für ihre »künftige staatsmännische Betätigung« vorzubereiten.

Die »Wahlreform« ist vielleicht weniger burlesk. Allerdings ist sie ohne jeden Wert für das politische Leben und seine Vertiefung, aber sie ist doch recht und schlecht ein Hirngespinst mit latentem reaktionären Zwecke und wenigstens als solches zusammenhängend und verständlich: Es soll nach Berufsklassen gewählt werden, wobei die Minoritäten proportionell ihrer nationalen Bedeutung in Betracht kommen. Jede ökonomische Klasse hat eine feststehende Anzahl Abgeordneter in den Reichstag zu schicken, z. B. die Arbeiter von Stadt und Land 80, Grossgrundbesitz 60, Bauern 50, Kleinbauern 30. Diese Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher und direkter, event. sogar geheimer Wahl mittels Listen gewählt. Der Verfasser empfiehlt seine »Reform« als »offene, unverschleierte Vertretung der Berufsinteressen«, aber doch nur eine solche Vertretung soll es sein, wobei nicht die »eine oder die andere Berufsklasse im Vertrauen auf ihre Zahl und die dadurch bedingte Mehrheit in die Versuchung komme, nach Klassenherrschaft zu streben«. Man sieht, wo diese Beibehaltung des allgemeinen Wahlrechts hinauswill. Das geheime Wahlrecht wird übrigens doch an anderer Stelle in der gedankenlosesten und rohesten Weise verhöhnt. Ueberall sitzt die biedere Maske sehr lose in diesem gesprächigen Buche, das nicht reaktionär sein will. *F. L.*

Ward, L. F.: **Soziologie von heute.** Uebersetzung aus dem Englischen. Innsbruck 1904. Verlag der Wagnerschen Universitäts-Buchhandlung. 84 S. Preis 2,20 Mark.

Alle gegenwärtig vertretenen Auffassungen in der Soziologie — meint der Verfasser, ein bekannter Ausläufer der Spencerschen Schule — sind von wissenschaftlichem Werte. Denn sie alle erleichtern von irgend welcher Seite den Zugang zum gesellschaftlichen Lebensprozess. Keine einzige von den in der vorliegenden Broschüre vorgeführten Auffassungen (wie z. B. die Soziologie als Anthropologie oder als Biologie oder als politische Oekonomie oder als Geschichtsphilosophie oder als Nachahmung [s. Tarde] oder als unbewusster sozialer Zwang etc.) sei daher vollständig zurückzuweisen. Die Soziologie ist ihm eine konstruktive Wissenschaft, und ihre Methode ist daher synthetisch. Die kritisch-referierend gehaltene und populäre Schrift ist nicht ohne Interesse für den, der sich einigermassen im Wirrwarr der modernen Soziologie zu orientieren sucht. Wem es aber um die Ansichten Wards selbst zu tun ist, den wird die Broschüre kaum ansprechen. Es macht sich hier nämlich eine starke Hinneigung zur »Soziologie als Rassenkampf« geltend, die nicht recht mit dem Modus operandi des sozialen Prozesses übereinstimmen will, wie er im Grundwerk des Verfassers über die »Dynamische Soziologie« zum Ausdruck kam. *Brand.*

(Zimmer, Oscar. **Der Jesus von Nazareth.)** Der Verfasser dieses im Juniheft dieser Zeitschrift besprochenen Buches ersucht uns um Aufnahme folgender Antwort:

In der Besprechung, welche meine Broschüre »Der Sozialist von Nazareth« kürzlich in den »Dokumenten des Sozialismus« (Band IV, 6. Heft) fand, werden gegen mich Vorwürfe erhoben, die zwar nur kurz angedeutet, aber dennoch Vorwürfe sind, gegen die ich mich verteidigen möchte.

Schon gleich anfangs spricht die Rezension von »Mangel an literarisch-küstlerischem Takt«, der schon in meinem Vorwort angetroffen werde und wohl darin erblickt wird, dass ich in der Broschüre die Behauptung ausspreche: dass sie eine von der Kritik bisher nicht zu widerlegen gewesene neue Darstellung des Lebens Jesu enthalte.

Nun ist aber die Broschüre nicht etwa, wie Rezensent sich ausdrückt, nur »eine geschickte Kompilation«, sondern tatsächlich eine, zwar in einigen Punkten an bisherige Forschungen anknüpfende, aber in der Hauptsache vollständig neue Darstellung. Tatsache ist ferner, dass sogar jetzt nach Erscheinen der 2. Auflage die Broschüre bisher nicht widerlegt werden konnte. Sachlich war ich mit obiger Behauptung mithin im Recht. Und könnte also höchstens noch die theoretische Frage entscheidend sein, ob es selbst dann, wenn die Broschüre originell und unwiderlegt sei, dennoch meine Pflicht sei, die Betonung der Tatsache anderen zu überlassen. Aber bei einer Broschüre, deren Verfaser zugleich ihr Verleger ist und folglich für seine Arbeit auch die Reklame selbst machen muss, ist die Sache in der Praxis anders als in der Theorie. Also in keiner Hinsicht kann ich jenen ersten Vorwurf als begründet anerkennen.

Ferner sagt der Rezensent, dass in meiner Broschüre der Beweis geführt wird, dass Christus nur im bildlichen Sinne Wunder getan hat, dass er sozialistische Tendenzen predigte, dass sein Gottesglaube Pantheismus war . . . und dass er, wenn er heute lebte, vielleicht von Unvergänglichkeit der Materie und Menschenrecht reden würde, und urteilt dann: dass ein solcher Jesus »nicht mehr der historische Jesus, sondern eine Figur etwa aus dem 18. Jahrhundert« wäre.

Wenn somit aber der Rezensent alle Beweise der Broschüre sowohl für die wunderfreie als auch sozialistische und pantheistische Tendenz der Evangelien durch den Hinweis auf den »historischen« Jesus als hinfällig zu erklären sucht, so hätte er doch auch erklären sollen, wie er den bisherigen »historischen« Jesus nun meiner neuen Darstellung gegenüber noch als wirklich historisch aufrecht erhalten will. Denn der blosse Tatbestand, dass andere Schriften ein ganz anderes Bild vorgeführt haben, ist doch noch lange kein Beweis dafür gegen eine Broschüre, die alle jene anderen Schriften widerlegt und ebenfalls aus den Evangelien einen »historischen« Jesus rekonstruiert.

So kurz also jene Besprechung nur war, enthält sie doch schon mehrere Punkte, die ich nicht als begründet ansehen kann. *Oskar Zimmer.*

2. In französischer Sprache.

De Vorges, Domet, le comte. Membre étranger de l'Académie Romaine de Saint-Thomas. Président honoraire de la Société de Saint-Thomas d'Aquin de Paris etc.: **Saint Anselme** (Les grands philosophes). Paris 1901, Félix Alcan, éditeur. 334 S.

Angesichts der sich zur Zeit vollziehenden Neubelebung der scholastischen Philosophie und der mittelalterlichen Literatur überhaupt, ist diese gründliche Untersuchung des bekannten katholischen Gelehrten von grossem Interesse. Dem Thema aber nach kann hier auf das auch an sich wertvolle Buch des weiteren nicht eingegangen werden. *Brand.*

Giroud, Gabriel: **Population et Subsistances.** Essai d'arithmétique économique. Paris 1904, Schleicher Frères & Co. 57 S. 8°. Preis 1 Fr.

Eine Broschüre, die das Herz jeden Malthusianers von Freude hoch hüpfen machen wird. Der Verfasser stellt sich die Frage: »Welches sind die

Mengen der wichtigsten pflanzlichen und tierischen Nahrungsmittel, welche die Landwirtschaft der Welt und die Natur in einem gegebenen Jahr liefern? Und ein wie grosser Anteil von Nahrungsmitteln würde bei durchschnittlich gleicher Verteilung auf jedes menschliche Wesen kommen.« Behufs ihrer Beantwortung rechnet er mit möglichster Genauigkeit die Nahrungsmengen nach, die im Jahre 1887 — das letzte Jahr, worüber aus allen Hauptländern die hier benötigten statistischen Angaben erschöpfend vorlagen — in den Hauptländern produziert wurden und für Nahrungszwecke (d. h. abzüglich Saatgut, Gebrauch für Industriezwecke etc.) verfügbar waren, und verallgemeinert dies alsdann proportionell für die ganze Erde. Sodann berechnet er, ebenfalls möglichst genau, d. h. unter Benutzung der besten Statistiken und Reduzierung der Altersungleichheiten, den Nahrungsbedarf der Gesamtheit der Menschen in jenem Jahr und kommt da am Ende zu dem Resultat, man könne »ohne zu grosse Kühnheit sagen, dass an der Ration, die bei der Teilung der Produkte der Erde auf jeden Menschen entfällt, ungefähr ein Drittel der nötigen Eiweissstoffe fehlt«. Die Erde könne um nur zwei Drittel ihrer Bewohner ernähren, die Menschen nur über zwei Drittel [des Nötigen] verfügen.

Mit anderen Worten, die Erde ist übervölkert, ein grosser Teil der Menschheit ist mit Notwendigkeit unterernährt. Und dagegen gibt es nur ein Mittel: »es ist von Oekonomen, von Philosophen, von Gelehrten angezeigt worden, nämlich die Verminderung der Geburten!«

Dem Verfasser »ist nicht unbekannt, dass kluge Verbesserungen die Produkte vermehren könnten«. Aber »dann wächst auch die Bevölkerung und übersteigt bald die jeweilige Zunahme der Nahrungsmittel«. So haben »die Einführung der chemischen Dungstoffe, der landwirtschaftlichen Maschinerie, die Urbarmachung neuer Ländereien wohl eine Vermehrung der Produkte herbeigeführt. Aber die Wohltaten dieser Zunahme haben sich kaum fühlbar gemacht, weil sie sofort durch eine Vermehrung der Bevölkerung zunichte gemacht wurden.« (S. 53.) »In einer idealen, vollkommen organisierten Gesellschaft, wo es keine Verschleuderung, noch ein Verderbenlassen irgend welcher Art gäbe, wo eine gleiche Verteilung jedem Wesen einen seinem Alter und seiner Kraft entsprechenden Anteil von Nahrungsmitteln zuwendete, würde der Fehlbetrag von Nahrungsmitteln klar zu Tage treten. Man kann sich denken, um wieviel die Ueberlassung der Verteilung an den Zufälligkeiten des Kampfes ums Dasein diese Not vergrössert. Der Zustand ist um so schlimmer, als er, wenn ich es so ausdrücken darf, latent ist und gerade deswegen bestritten wird . . .« »Nicht nur muss man mit Mr. Levasseur, dem Mitglied des Instituts, schüchtern hoffen, dass die Demographen bald, statt in törichter Weise zur Uebervölkerung anzureizen, einmütig die Verlangsamung der Geburten als einen Fortschritt menschlicher Voraussicht loben werden«, sondern man »muss eine beträchtliche Verminderung der Geburtsrate als notwendig wünschen«.

Das nennen wir uns noch einen frisch-fröhlichen Malthusianer! Indes, so sehr uns sein Bekennen anmutet, so wenig überzeugen uns seine Statistiken. Dass die Menschheit zu einem grossen Teil unterernährt ist, ist ohne weiteres zuzugeben. Aber der Beweis, dass diese Unterernährung zunimmt oder auch nur stabil ist, ist vom Verfasser weder erbracht, noch auch nur versucht worden. Tatsächlich sind im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in verschiedenen Ländern Europas die Verbrauchsziffern in Bezug auf Nahrungsmittel pro Kopf der Bevölkerung weder gefallen, noch stehen geblieben, sondern gestiegen. Auch irrt die Berechnung des Verfassers dadurch, dass sie für die Menschen aller Klimate und Kulturzustände die gleiche Menge und Zusammensetzung der chemischen Nährstoffe als notwendig voraussetzt, was sicherlich nicht richtig ist. Wir gehören nicht zu denen, die a priori eine unbegrenzte Bevölkerungskapazität der Erde als bewiesen annehmen. Aber sicher ist die Zeit noch nicht gekommen, die Frage ernsthaft als eine der Gesamtmenschheit anzupacken, und für die Kulturländer ist die Frage der Uebervölkerung erst recht noch nicht brennend. Bei alledem gibt die Schrift mit ihren fleissigen Berechnungen nachzudenken.

Guillaume, James: **Le Collectivisme de l'Internationale.** Société d'Edition et de Propagande socialiste. Neuchatel 1904, H. Messeiller. Preis 10 cts.

Der Verfasser dieser Broschüre gehörte in der alten Internationale zu den Gegnern des Londoner Generalrats bezw. von Karl Marx, und zwar stand er mit Michael Bakunin im Kampf gegen Marx ziemlich an erster Stelle. Er gibt hier eine etwas skizzenhafte Darstellung jenes Gegensatzes, für den er hauptsächlich Marx und dessen Gefolge verantwortlich macht. Indes, trotzdem die Verbitterung, welche die damals geführten Kämpfe zur Folge hatten, in seiner Schrift hier und dort nachzittert und mancher Vorgang einseitig oder schief dargestellt wird, bemüht der Verfasser sich doch, ein sachliches Bild des Streites zu geben und zu zeigen, dass der Kampf im Grunde ein Bruderkampf war, der bei mehr gutem Willen hätte vermieden werden können. In Bezug auf den Sinn der Bezeichnung ›Kollektivismus‹ betont er — was Schreiber dieses wiederholt schon hervorgehoben hat —, dass das Wort von den Gegnern des Generalrats geprägt wurde, um für einen antiautoritären, vom Staatssozialismus unterschiedenen Sozialismus eine Bezeichnung zu haben. Anarchisten seien sie nur im Sinne Proudhons gewesen.

Milhaud, Edgar, Professeur d'Economie Politique à l'Université de Genève: **Le Rachat des Chemins de Fer.** Paris 1904, Edouard Cornély & Cie., Editeurs (Paris, 101 rue de Vaugirard). 330 S. 8°. Preis 3 Fr. 50 Cts.

Was der Verfasser hier darbietet, sind Studien und Beispiele, den Eisenbahnrückkauf durch den Staat betreffend, nicht so sehr unter einem allgemeinen und rein prinzipiellen Gesichtspunkte, als in Hinblick auf die in Frankreich stattgehabte und demnächst wieder aufzunehmende Diskussion der Frage. Dennoch fehlt es natürlich nicht an einem allgemein gültigen und prinzipiellen Grundgedanken in diesem Buche, welches auf Seiten der Verstaatlichungsidee kämpft. Funktion und Resultate der staatlichen und der privaten Betriebe in den verschiedenen Ländern werden verglichen und die Einwände, welche die Gegner des Staatsbetriebes gegen diesen vorbrachten, als Irrtümer oder Entstellungen gekennzeichnet. Recht interessant und lehrreich ist das Kapitel: ›Wie die grossen Kompagnien die öffentliche Meinung bearbeiten‹; es lässt die französische Presse, so weit sie dem Grosskapital zugänglich ist, in einem hübschen Lichte erscheinen. —

Der Standpunkt des Proletariats ist ja in Fragen der Verstaatlichung theoretisch gegeben. Bei der praktischen Betrachtung weist der Autor darauf hin, dass ›wenigstens dort, wo das Proletariat einen Teil des Einflusses auf die öffentlichen Gewalten erobert hat‹, die Staatsregie dem Arbeiterpersonal der Eisenbahnen zu statten käme. Hierzu muss bemerkt werden, dass jedenfalls der einschränkende Zwischensatz von grösster Wichtigkeit ist und entschieden der Verschärfung bedarf. — Herr Budde selber würde wohl zugeben, dass man das Argument trotz der Einschränkung noch sehr ›cum grano salis‹ zu nehmen habe. *F. L.*

3. In englischer Sprache.

Fabian Tracts. Facts for Socialists from the Political Economists and Statisticans. Fabian Tract No. 5. Ninth Edition (revised). Ninety-first Thousand. London 1904, The Fabian Society. 28 S. 8°. Preis 1 Penny.

Die neunte, revidierte Auflage einer geschickten, mit geographischen Darstellungen versehenen Zusammenstellung von Angaben der namhaftesten Statistiker Englands über das englische Nationaleinkommen und seine Verteilung. Die Herausgeber haben sie gemäss den neuesten Zahlen der Einkommensteuerstatistik und der Volkszählung berichtigt und ergänzt. Folgendes die Abschnitte: 1. Das Nationaleinkommen; 2. Wer es produziert; 3. Wer die Arbeiter sind; 4. Wie die müssigen Reichen leben; 5. Die Rente; 6. Der Kapitalzins; 7. Profite und Gehälter; 8. Die [bevorzugten] Klassen und die Massen; 9. Die zwei Nationen; 10. Der Konkurrenzkampf; 11. Etliche Opfer

des Kampfes; 12. Das Uebel und seine Heilung; 13. Einige schon in Angriff genommene Schritte zum Sozialismus.

In manchen Punkten ist die Flugschrift anfechtbar. So wird z. B. das Nationaleinkommen Englands nicht nur — wie es hier erscheint — von den englischen Arbeitern produziert. Aber als Ganzes muss sie als ausserordentlich gut gemacht bezeichnet werden. In Bezug auf propagandistische Wirksamkeit lässt sie nichts zu wünschen übrig.

4. In russischer Sprache.

Totomjanz, W.: Die Aufgaben der städtischen Selbstverwaltung. St. Petersburg 1904, Verlag der Zeitschrift »Obrasowanije«. 24 S. Preis 20 Kop.

In der populären, mit Sachkenntnis verfassten Broschüre werden die Aufgaben einer normalen westeuropäischen Munizipalität aufgezählt; dabei wird auf die Zurückgebliebenheit Russlands auch auf diesem Gebiete hingewiesen und zu verstehen gegeben, dass der Mangel einer russischen Städte-Verfassung die Ursache dieser Zurückgebliebenheit ist. *Bd.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Ludwig Feuerbach.

(Geb. am 28. Juli 1804 zu Landshut in Bayern.)

Ein Nachwort.

Homo homini Deus est.

Um Ludwig Feuerbachs Wiege kämpften keine einander widersprechenden, feindlichen Mächte. Denselben Geist, den ihm seine Ahnen mit auf den Weg gegeben, fand er im zeitgenössischen Leben, und derselbe Geist war es auch, den ihm der grosse G. W. F. Hegel, sein »zweiter Vater«, freundlichst vermachte. Der Wahn, der echt geniale Wahn, den man auch Missionsdrang nennen könnte, bemächtigte sich seiner. Man erinnere sich an die bewegte vormärzliche Epoche, man denke an Feuerbachs Vater, den Strafrechtslehrer und ersten Präsidenten des Appellationsgerichts in Ansbach, Anselm Feuerbach, der sich selbst den Spitznamen »Vesuvius« beilegte, und schliesslich an den kühnen Stifter der absoluten Philosophie, der die unvernünftige Epoche um jeden Preis vernünftig machen wollte, und man wird es wohl begreifen, wie es in Ludwig Feuerbachs Seele trieb und brauste. Natur und Geschichte haben ihn zum Fahnenträger auserkoren. Und die trotzigsten, unruhigsten der späteren »Achtundvierziger« beugten sich vor ihm und sahen in ihm ihren Geistesführer. »Wir waren momentan alle Feuerbachianer« — erzählt mit Stolz und in Ehrfurcht ein Mann der Tat aus jener Zeit, Friedrich Engels.

Alle feierten Feuerbach. Der eine sah in ihm den Zerstörer der Theologie, ein anderer den Ueberwinder der idealistischen Spekulation, ein dritter wiederum den Vermittler zwischen philosophischer Einsicht und sozialer Praxis. Manche sahen mit Feuerbach »eine neue Wendung in der deutschen Philosophie« kommen, andere erblickten in ihm den Schöpfer des deutschen Sozialismus und überhaupt einer neuen Kultur. Und Karl Marx' Anerkennung Feuerbachs stieg ursprünglich zu solcher Höhe der Begeisterung, dass sie ihn veranlasste, folgenden Passus niederzuschreiben: »Wer hat denn das Geheimnis des ‚Systems'*) aufgedeckt? Feuerbach. Wer hat die Dialektik der Begriffe, den Götterkrieg, den die Philosophen allein kannten, vernichtet? Feuerbach. Wer hat . . . den Menschen an die Stelle des alten Plauderers, auch des ‚unendlichen Bewusstseins'**) gesetzt? Feuerbach und nur Feuerbach.« »Sie ist gut, die philosophische Praxis« — ruft ein anderer Herold, Arnold Ruge, aus — »sie ist gut, weil sie mit sich eine Zeit erfüllt, wo ein solcher Mann, wie der ‚geniale Feuerbach' tätig ist.« Man behalte dabei im Auge, dass die vormärzliche Zeit durchaus nicht arm war an bedeutenden Menschen, die Schulter an Schulter mit Feuerbach kämpften.

Glänzend begann der wahrhaft grosse Ausläufer des echt ‚protestantischen' Geistes seine Laufbahn, — und wer hätte es ahnen können, dass er sein Leben in tiefer Einsamkeit, gänzlich den Zeitaufgaben entfremdet, völlig verkannt und dazu in sehr bedrängten Verhältnissen beschliessen

---

*) Es ist hier das zu jener Zeit herrschende Hegelsche System gemeint.

**) Geht vermutlich auf den Stifter der »absoluten Kritik«, Bruno Bauer.

würde? Wer hätte es prophezeien mögen, dass der geniale Sprössling der genialen Familie*) gerade zur Zeit der Verwirklichung der deutschen Pläne als gebrochener Mann die Welt verlassen werde? — Was hatte in Wirklichkeit die Zeitgenossen Feuerbachs begeistert, warum wandten sie sich nachher von ihm ab? Wer hat wen überlebt: Feuerbach die Achtundvierziger, oder jene Feuerbach? Mit einem Worte, was fand man einst in Feuerbach, was konnte er den Zeitgenossen nicht länger mehr sein, und ist nicht etwas von dem, was ihn von jenen entfernte, geeignet, ihn uns jetzt näherzubringen? Ich will versuchen, mindestens andeutungsweise diese sich heute aufdrängenden Fragen zu beantworten.

Feuerbach widmete sein Leben dem Kampfe mit den Götzen aller Art; in Gemeinschaft mit seiner Zeit, aber ganz eigenartig, sucht er »die Dinge im Original«. In der Sprache der Schulphilosophie ausgedrückt, kämpfte er für den philosophischen und — was damit verknüpft war — sozialen Positivismus. Es suchte eifrig den Zugang zur Welt, wie sie als unausgesetzt lebende und allumfassende Welt in Wirklichkeit ist. Die Tat der »Philosophie«, ihr unermüdliches Streben, die wahre, echte Welt in unpersönlichen, farblosen Quantitäten und logischen Formeln vorzustellen, habe dem Menschen die Unmittelbarkeit geraubt und ihn zur Selbstverläugnung geführt. Die Philosophie der Tat, d. h. des wirklichen, greifbaren Lebens solle alles wieder gutmachen. Sie soll uns über die irdische Entstehungsart der Taten, die man Religion, Wissenschaft, Kunst, kurzum Kultus nennt, belehren, und auf solche Weise die grosse Schöpfungskraft des Menschen kundtun. Dies in aller Kürze die psychologischen Motive des Feuerbachschen Philosophierens, die zur Genüge Licht auf seine reformatorische Persönlichkeit werfen. Seine Philosophie wollte Menschheits-Philosophie, oder, mit ihm zu reden, Anthropologie sein.

Feuerbach hat aber damit nicht, wie seine ursprünglichen Verehrer irrtümlich meinten, die Philosophie hingerichtet. Er hat im Gegenteil die eminent praktische Bedeutung ihrer Probleme festgestellt. Ueberhaupt wird man bei ihm keine Spur intellektuellen Epikuräertums finden. — Die Substanz der Welt, der objektive Geist oder die Begriffswelt, das »Jenseits«, entzweit sich mit sich selbst und es tritt das bunte »Diesseits« zu Tage — lehrte der Meister Hegel. Das »Diesseits«, der »sinnliche« Mensch, entzweit sich mit sich selbst und es entstehen das »Jenseits« und überhaupt alle allgemeinen Vorstellungen und Ideen — setzt Feuerbach dem entgegen. Der gegebene, unvollkommene Mensch pflegt in ein Verhältnis zu sich als Gattungswesen, als ‚Begriff' zu treten und dieser Vorstellung alle vollkommenen Eigenschaften, die er entbehrt, zuzuschreiben und Gott zu nennen. Das eigene Wesen wird so in ein fremdes, aber göttliches verwandelt. Gott, die höchste ‚Ideologie', ist somit eine Schöpfung des Menschen. »Der geschichtliche Fortgang in den Religionen besteht darin, dass das, was früheren Religionen für etwas Objektives galt, als etwas Subjektives, d. h. das, was als Gott angeschaut und angebetet wurde, jetzt als etwas Menschliches erkannt wird. Die frühere Religion ist der spätere Götzendienst. Der Mensch hat sich verobjektiviert, aber den Gegenstand nicht als sein Wesen erkannt: die spätere Religion tut diesen Schritt. Jeder Fortschritt in der Religion ist daher eine tiefere Selbsterkenntnis.«

Der Mensch sucht sein Glück und demgemäss schafft er sich einen

*) Sein älterer Bruder war der Verfasser der bekannten Abhandlung über den Apollo von Belvedere und Vater von Anselm Feuerbach, der ein namhafter Maler war.

Gott, d. h. einen Inbegriff der von der menschlichen Gattung hervorgebrachten Realitäten, einen kompendiarisch zusammengefassten Begriff. Im so gedachten religiösen Verhältnis sind alle anderen möglichen Verhältnisse und Beziehungen der Menschen im Keime enthalten. Nur dadurch, dass der Mensch ein »Ich und Du« zu gleicher Zeit ist, und dass er sich veranlasst sieht, in Verhältnisse zu den Mitmenschen zu treten, entsteht all das, was Leben ist. Der Mensch ist nolens-volens »Kommunist«. Man versteht es daher, wenn Feuerbach schreibt, dass »das Leben überhaupt in seinen wesentlichen, substanziellen Verhältnissen durchaus göttlicher Natur ist«. »Die moralischen Verhältnisse sind schon an sich wahrhaft religiöse Verhältnisse.« Man braucht keinen übernatürlichen Gott, keinen Uebermenschen, um das Leben heilig zu sprechen. »Ist aber das Wesen des Menschen das höchste Wesen des Menschen« (man denke an Feuerbachs Grundgedanken, dass das Leben seine Existenz nur der intimen Konversation des einzelnen mit dem ‚Gattungswesen' und dem Mitmenschen verdankt), »so muss auch praktisch das erste und höchste Gesetz die Liebe des Menschen zum Menschen sein . . . Der Mensch ist Gott für den Menschen.«

Auf solche Weise ist der Zwiespalt zwischen Diesseits und Jenseits aufgehoben, »damit die Menschheit mit ganzer Seele . . . sich auf sich selbst, auf ihre Welt, auf ihre Gegenwart konzentriere. Denn nur diese ungeteilte Konzentration auf die wirkliche Welt wird neues Leben, wird grosse Menschen, grosse Gesinnungen und Taten zeugen«. — Die Welt, die man erobert hat, bedeutet die Sinnlichkeit, resp. das System der Empfindungen, dem Vernunft und Denken anhaften. Das Mass und die Grenze alles Bestehenden und Erkennbaren ist die so gedachte Sinnlichkeit des individuell und sozial lebenden Menschen, der aber in der Gattung eine Schranke gesetzt wird, die gar keine Grenze ist. »Wahr ist . . . das Sonnenklare. Aber sonnenklar ist nur das Sinnliche; nur wo Sinnlichkeit anfängt, hört aller Zweifel und Streit auf.« Die Aufgabe der Philosophie ist demnach, von dem Unsichtbaren zum für das gemeine Auge Sichtbaren, also zum ‚Sinnlichen' zu kommen. Und das ist die Philosophie, »die man nicht aufgeben kann, ohne aufzuhören, Mensch zu sein«.

* * *

Während Feuerbach sich anschickte, in aller ländlichen Stille seiner Philosophie zu leben und noch manches Wort der Welt sagen zu dürfen glaubte, bemächtigten sich die Stürmer und Dränger der vierziger Jahre auf eigene Art seiner Lehre. Dass »Gott« in jedem Menschen weile und dass der Durchschnittsmensch daher den höchsten Lebenswert in sich berge, — kam ihnen sehr gelegen. Die Masse, die aus politisch-revolutionären und soziologischen Gründen aufs Schild erhoben wurde, erhielt dadurch an sich eine besondere Weihe. Sie sollte sich jetzt auch innerlich berufen fühlen, die Zeit aus der Krisis zu retten. Aber als der auserkorene ‚Durchschnittsmensch' den ersten Schritt tat, geriet er bereits in Opposition zur feierlich verkündeten Menschheitslehre. Der tief greifende Differenzierungsprozess des sozialen Lebens lenkte mit aller Kraft seine Aufmerksamkeit bloss auf eine einzige Richtung der Zeitgeschichte. Es galt den Freiheitskampf auszutragen. Feuerbachs allerhöchste Forderung: die Wirklichkeit in ihrer lebendigen Totalität zu erkennen und namentlich auch zu leben, wurde und wird sogar von den sozialistischen Stimmführern energisch zurückgedrängt. In der politischen Wirklichkeit, die das gesamte Leben zu absorbieren begann, ging auch der zweite Sehnsuchtsgedanke Feuerbachs: der Drang zur Unmittelbarkeit, verloren. Sind doch die reinen politischen Verhältnisse der

Menschen, wie die rechtlichen überhaupt, abstrakter und intellektueller Natur, d. h. sie beziehen sich nicht auf den konkreten, individuellen Menschen, die einzelnen stehen hier mittelbar und »verobjektiviert« gegeneinander, sie schauen sich als Gruppen- und Klassenmenschen an. Das war ein zweiter notgedrungener Verstoss gegen den Feuerbachianismus. Dabei blieb es jedoch nicht stehen. Was als Sanktion des eigenen Lebens ausgesprochen wurde, verlernte man rasch mitten in der sozialpolitischen Alltäglichkeit. Die wahrhaft religiös-moralische Natur der menschlichen Verkehrsverhältnisse hob sich selbst auf. Die reine Politik duldete keinen »wahren Menschen«, ja, auch nicht den individuellen Menschen mehr. Die vornehmlich auf den politischen Kampf sich konzentrierende soziale Tätigkeit lehrte unwiderruflich im Mitmenschen den »Lupus« (Wolf) anstatt des von Feuerbach inaugurierten Deus (Gott) sehen. Der Mensch wurde dann zu einem Stiftchen im grossen Rad der Epoche, zum blossen Mittel herabgesetzt. Man kehrte zu Hegel zurück, den man aber auf die Füsse zu stellen versuchte, indem man ihn mit Hilfe von Feuerbach materialisierte. Hatte Feuerbach den Nachweis geführt, wie der Mensch selbst seine Kultur erschafft, so fand man es jetzt bequemer, denselben Menschen, der sein Leben ins Spiel einsetzte, eine Zuschauerrolle im Hegelschen Sinne anzuweisen. Als Feuerbach die irdische Herkunft der menschlichen Schöpfungsgebilde feststellte, glaubte er, in keiner Weise dadurch die Existenz und Bedeutung dieser Schöpfung in Frage zu stellen. Die Zeit aber zog daraus den Schluss von der Hinfälligkeit und illusionären Gestalt der humanitären Erzeugnisse. Die Bildungskräfte des von Feuerbach abermals befreiten Menschen erschienen als Ideologien im Napoleonischen Wortgebrauche, als nichtige, begleitende Erscheinungen des notwendigen »natürlichen Ganges der Dinge«. Mit einem Worte, Feuerbach wurde lebendig hingerichtet, er und die Zeit waren einander entfremdet. — Nun, wer hat wen überragt? Die leichtsinnige, über manche grosse Fragen des Lebens hinweghüpfende Zeit, oder Feuerbach, dem diese selbstzufriedene Zeit den tragischen Dornenkranz aufgedrängt hat? Als man die politisch-nationale Wiedergeburt Deutschlands feierte, stand ihr tiefster philosophischer Wortführer allein, verlassen und im Elend. Er hielt es auf die Dauer nicht aus — und brach zusammen. (Feuerbach starb am 13. September 1872.) Er, der alle seine Schulden eingelösst hat, ihm war jeder etwas schuldig geblieben: die offizielle Wissenschaft, die neugeborene Demokratie und der neue Mensch. Und dies nicht die Deutschen allein, sondern alle freien Europäer. — Aber heute, 100 Jahre nach seiner Geburt, wo die Losung der Zeit: die Wiedergeburt des ganzen Menschen lautet, wo wir uns energischer als je anschicken, die Wirklichkeit in ihrer ganzen Totalität zu erfassen und ihr innerlich näher zu kommen, — heute soll Ludwig Feuerbach sein Recht widerfahren. Wir sind keine Epigonen. Und doch wird es uns heute nicht schwer fallen, die Lehre des Denkers und Reformators gebührend zu würdigen, die in dem wunderbaren Worte, das er selbst als »Wendepunkt der Weltgeschichte« bezeichnete, sich zu enthüllen scheint: Homo homini Deus est — Der Mensch ist der Gott des Menschen!

Brand.

Sankt Max.

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner.

Neues Testament: „Ich."

1. Oekonomie des alten Bundes.

3. Offenbarung Johannis des Theologen oder »die Logik der neuen Weisheit« (Fortsetzung).

Unsere ganze Darstellung hat gezeigt, wie Sankt Sancho alle wirklichen Verhältnisse dadurch kritisiert, dass er sie für »das Heilige« erklärt, und sie dadurch bekämpft, dass er seine heilige Vorstellung von ihnen bekämpft. Dies einfache Kunststück, alles in das Heilige zu verwandeln, kam, wie wir schon oben weitläuftig sahen, dadurch zu Stande, dass Jaques le bonhomme die Illusionen der Philosophie auf guten Glauben acceptierte, den ideologischen, spekulativen Ausdruck der Wirklichkeit, getrennt von seiner empirischen Basis, für die Wirklichkeit selber nahm, ebenso die Illusionen der Klein[bürger über] die Bourgeoisie für das [Wesen der] Bourgeosie versah, und daher sich einbilden konnte, es nur mit Gedanken und Vorstellungen zu tun zu haben. Nicht minder leicht verwandelten sich auch die Menschen in »Heilige«, indem sie, nachdem ihre Gedanken von ihnen und ihren empirischen Verhältnissen getrennt waren, nun als blosse Gefässe dieser Gedanken gefasst werden konnten, und so z. B. aus dem Bourgeois der heilige Liberale gemacht wurde. Die positive Beziehung zum Heiligen . . . . . Respekt genannt, figuriert auch in letzter Instanz [unter dem] Namen »Liebe«. »Liebe« [sei das] anerkennende Verhältnis zu »dem . . . Heiligen, Ideal, höheren Wesen, oder ein solches menschliches, heiliges, ideales, wesentliches Verhältnis. Was also sonst als Dasein des Heiligen ausgedrückt wird, z. B. Staat, Gefängnisse, Tortur, Polizei, Handel und Wandel etc. kann von Sancho auch als »ein anderes Beispiel« der »Liebe« gefasst werden. Diese neue Nomenklatur befähigt ihn, neue Kapitel über das zu machen, was er schon unter der Firma des Heiligen und des Respekts perhorresziert hat. Es ist die alte Geschichte von den Ziegen der Schäferin Torralva in ihrer heiligen Gestalt, womit er, wie damals seinen Herrn, jetzt sich und das Publikum das ganze Buch durch an der Nase herumführt, ohne sie indess so geistreich abzubrechen, wie vorzeiten, da er noch profaner Schildknapp war. Ueberhaupt hat Sancho seit seiner Kanonisation allen seinen ursprünglichen Mutterwitz verloren.

Die erste Schwierigkeit scheint dadurch hereinzukommen, dass dies Heilige in sich sehr verschieden ist, und so auch bei der Kritik eines bestimmten Heiligen die Heiligkeit ausser Augen gesetzt und der bestimmte Inhalt selbst kritisiert werden müsste. Sankt Sancho umgeht diese Klippe dadurch, dass er alles Bestimmte nur als Ein »Beispiel« des Heiligen anführt; gerade wie es in der Hegelschen Logik gleichgültig ist, ob zur Erläuterung des »Fürsichseins« das Atom oder die Person, als Beispiel der Attraktion das Sonnensystem, der Magnetismus oder die Geschlechtsliebe angeführt wird. Wenn das »Buch« von Beispielen wimmelt, so ist das also keineswegs zufällig, sondern im innersten Wesen der darin vor sich gehenden Entwickelungsmethode begründet. Es ist die einzige Möglichkeit für Sankt Sancho, einen Schein von Inhalt hereinzubringen,

wie dies schon bei Cervantes prototypisch sich findet, da Sancho ebenfalls stets in Beispielen redet. So kann Sancho denn sagen: »Ein anderes Beispiel ist der Staat, ein anderes Beispiel ist die Familie, ein anderes Beispiel die Grundrente, ein anderes Beispiel St. Jacobus (Saint-Jaques, le bonhomme), ein anderes Beispiel die heilige Ursula und ihre elftausend Jungfrauen. Alle diese Dinge haben nun zwar in seiner Vorstellung das gemein, das sie »das Heilige« sind. Aber sie sind zugleich total von einander verschiedene Dinge, und eben das macht ihre Bestimmtheit aus.

. . . .

. . . . D. h. Staat und Arbeit werden erst unter eine schon vorher in derselben Weise zurechtgemachte, besondere Art des Heiligen subsummiert, und dies besondere Heilige dann wieder in das allgemeine »Heilige« aufgelöst; was alles geschehen kann, ohne über die Arbeit und den Staat irgend etwas zu sagen. Derselbe ausgekaute Kohl kann nun bei jeder Gelegenheit wiedergekaut werden, indem alles, was scheinbar der Gegenstand der Kritik ist, unserem Sancho nur zum Vorwande dient, die abstrakten Ideen und in Subjekte verwandelten Prädikate (die nichts anderes sind als das assortierte Heilige und von denen stets ein hinreichendes Lager gehalten wird) für das zu erklären, wozu sie schon im Anfang gemacht waren, für das Heilige. Er hat in der Tat alles auf den erschöpfenden, klassischen Ausdruck reduziert, wenn er von ihm ausgesagt hat, dass es »ein anderes Beispiel des Heiligen« sei. Die Bestimmungen, die vom Hörensagen hereinkommen und sich auf den Inhalt beziehen sollen, sind ganz überflüssig, und bei ihrer näheren Betrachtung ergibt sich denn auch, dass sie weder eine Bestimmung, noch einen Inhalt hereinbringen, und sich auf unwissende Abgeschmacktheiten reduzieren. Diese wohlfeile »Virtuosität im Denken«, von der nicht zu sagen wäre, mit welchem Gegenstande sie nicht fertig ist, schon ehe sie ihn kennt, kann sich natürlich jeder, nicht wie vorher, in zehn, sondern in fünf Minuten aneignen. Sankt Sancho bedroht uns im Kommentar mit »Abhandlungen« über Feuerbach, den Sozialismus, die bürgerliche Gesellschaft und das Heilige weiss, worüber noch sonst alles. Diese Abhandlungen können schon vorläufig hier auf ihren einfachsten Ausdruck folgendermassen reduziert werden:

Erste Abhandlung: Ein anderes Beispiel des Heiligen ist Feuerbach.

Zweite Abhandlung: Ein anderes Beispiel des Heiligen ist der Sozialismus.

Dritte Abhandlung: Ein anderes Beispiel des Heiligen ist die bürgerliche Gesellschaft.

Vierte Abhandlung: Ein anderes Beispiel des Heiligen ist die verstirnerte »Abhandlung«. Etc. in infinitum.

Die zweite Klippe, woran Sankt Sancho bei einiger Ueberlegung notwendig scheitern musste, ist seine eigene Behauptung, dass jedes Individuum ein von allen anderen total verschiedenes, einziges ist. Da jedes Individuum ein durchaus anderes als das andere ist, so braucht das, was für das Eine Individuum ein Fremdes, Heiliges ist, es keineswegs für das andere Individuum zu sein, kann es sogar nicht sein. Und der gemeinsame Name, wie Staat, Religion, Sittlichkeit etc. darf uns nicht täuschen, da diese Namen nur Abstraktionen von dem wirklichen Verhalten der einzelnen Individuen sind, und diese Gegenstände durch das total verschiedene Verhalten der einzigen Individuen gegen sie, für jedes derselben einzige Gegenstände werden, also total verschiedene Gegen-

stände, die nur den Namen miteinander gemein haben. Sankt Sancho hätte also höchstens sagen dürfen: Der Staat, die Religion etc. sind Mir, Sankt Sancho, das Fremde, das Heilige. Statt dessen müssen sie bei ihm das absolut Heilige, das für alle Individuen Heilige sein — wie hätte er sonst auch sein konstruiertes Ich, seinen mit sich einigen Egoisten etc. fabrizieren, wie hätte er sonst überhaupt sein ganzes »Buch« schreiben können. Wie wenig ihm überhaupt einfällt, jeden »Einzigen« zum Massstab seiner eigenen »Einzigkeit« zu machen, wie sehr er seine »Einzigkeit« als Massstab, als moralische Norm an alle anderen Individuen legt und sie als echter Moralist in sein Prokrustesbett wirft, geht schon unter anderem aus seinem Urteil über den selig verschollenen Klopstock hervor. Diesem hält er die sittliche Maxime entgegen: er hätte sich »ganz eigen gegen die Religion verhalten« sollen, wo er dann nicht, wie der richtige Schluss wäre (ein Schluss, den »Stirner« unzählige Male, z. B. beim Geld, selbst macht), eine eigene Religion, sondern eine »Auflösung und Verzehrung der Religion« (pag. 85), ein allgemeines, statt eines eigenen, einzigen Resultats erhalten hätte. Und als ob Klopstock nicht auch eine »Auflösung und Verzehrung der Religion« erhalten hätte, und zwar eine ganz eigene, einzige Auflösung, wie sie nur dieser einzige Klopstock »prästieren« konnte, eine Auflösung, deren Einzigkeit »Stirner« schon aus den vielen misslungenen Nachahmungen ersehen konnte. Klopstocks Verhalten zur Religion soll kein »eigenes« gewesen sein, obgleich es ein ganz eigentümliches, und zwar ein den Klopstock zum Klopstock machendes Verhalten zur Religion war. »Eigen« würde er sich erst zu ihr verhalten haben, wenn er sich nicht als Klopstock, sondern als moderner deutscher Philosoph zu ihr verhalten hätte.

Der »Egoist im gewöhnlichen Verstande«, der nicht so folgsam ist wie Szeliga, und schon oben allerlei Einwendungen zu machen hatte, wirft unserem Heiligen hier folgendes ein: Ich gehe hier in der Wirklichkeit, und das weiss ich sehr wohl — rien pour la gloire — auf meinen Vorteil, auf weiter nichts aus. Ausserdem macht es mir Spass, mir auch noch einen Vorteil im Himmel, mich unsterblich zu denken. Soll ich diese egoistsiche Vorstellung aufopfern, dem blossen Bewusstsein des mit sich einigen Egoismus, das mir keinen Pfennig einbringt, zu Liebe? Die Philosophen sagen mir: Das sei unmenschlich. Was schert das mich? Bin ich nicht ein Mensch? Ist nicht alles menschlich, was ich tue und weil ich's tue, und kümmert's mich überhaupt, wie »andere« meine Handlungen »rubrizieren«? Du, Sancho, der du zwar auch ein Philosoph, aber ein bankrutter Philosoph bist und schon wegen deiner Philosophie keinen pekuniären und wegen deines Bankrutts keinen Gedankenkredit verdienst, sagst mir, ich verhalte mich nicht eigen zur Religion? Du sagst mir also dasselbe, was die anderen Philosophen sagen, nur dass es bei dir, wie gewöhnlich, allen Sinn verliert, indem du »eigen« nennst, was sie »menschlich« nennen. Könntest du sonst von einer anderen Eigenheit, als von deiner eigenen sprechen, und das eigene Verhalten wieder in ein allgemeines verwandeln? Ich verhalte mich, wenn du willst, auch in meiner Weise kritisch zur Religion. Einmal zaudere ich gar nicht, sie aufzuopfern, sobald sie in meinem Commerce störend eingreifen will, dann dient es mir in meinen Geschäften, wenn ich für religiös gelte (wie es meinem Proletarier dient, wenn er den Kuchen, den ich hier esse, wenigstens im Himmel isst), und endlich mache ich den Himmel zu meinem Eigentum. Er ist une propriété ajoutée à la propriété, obgleich schon Montesquieu, der doch ein ganz anderer Kerl war als du, mir weissmachen wollte, er seit une terreur ajoutée à la terreur. Wie ich mich zu ihm verhalte, so verhält sich kein anderer zu ihm, und

durch dies einzige Verhältnis, welches ich mit ihm kontrahiere, ist er ein einziger Gegenstand, ein einziger Himmel. Du kritisierst also höchstens deine Vorstellung von meinem Himmel, nicht meinen Himmel. Und nun gar die Unsterblichkeit! Da wirst du mir lächerlich. Ich verleugne meinen Egoismus, wie du den Philosophen zuliebe behauptest, weil ich ihn verewige und die Natur »und« Denkgesetze für null und nichtig erkläre, sobald sie meiner Existenz eine Bestimmung, die nicht von mir produziert, mir höchst unangenehm ist, nämlich den Tod, setzen wollen. Du nennst die Unsterblichkeit eine leidige Stabilität — als ob ich nicht fortwährend ein »bewegtes« Leben führen könnte, solange im Diesseits oder Jenseits der Handel gut geht und ich in anderen Dingen als deinem »Buch« machen kann. Und was kann »stabiler« sein als der Tod, der meiner Bewegung wider meinen Willen ein Ende macht und mich in das Allgemeine, die Natur, die Gattung, in das — Heilige versenkt? Und nun gar Staat, Gesetz, Polizei! Die mögen für manches »Ich« als fremde Mächte erscheinen; ich weiss, dass sie meine eigenen Mächte sind. Uebrigens — und hiermit kehrt der Bourgeois, diesmal mit gnädigem Kopfnicken, unserem Heiligen wieder den Rücken — poltere meinetwegen nur fort gegen Religion, Himmel, Gott etc. Ich weiss doch, dass du in allem, was in meinem Interesse liegt, Privateigentum, Wert, Preis, Geld, Kauf und Verkauf immer das »Eigene« siehst.

Wir haben eben gesehen, wie die Individuen unter sich verschieden sind. Jedes Individuum ist aber wieder in sich selbst verschieden. So kann Sankt Sancho, indem er sich in irgend einer dieser Eigenschaften reflektiert, d. h. sich als »Ich« in einer dieser Bestimmtheiten fasst, den Gegenstand der anderen Eigenschaften und diese Eigenschaften selbst, als das Fremde, das Heilige bestimmen, und so der Reihe nach mit allen seinen Eigenschaften. So z. B. was Gegenstand für sein Fleisch, ist das Heilige für seinen Geist, oder was Gegenstand für sein Bedürfnis des Ausruhens, ist das Heilige für sein Bedürfnis der Bewegung. Auf diesem Kunstgriff beruht seine obige Verwandlung alles Tuns und Nichttuns in Selbstverleugnung. Uebrigens ist sein Ich kein w i r k l i c h e s Ich, sondern nur das Ich der obigen Gleichungen, dasselbe Ich, das in der formellen Logik bei der Lehre von den Urteilen als C a j u s figuriert.

»Ein anderes Beispiel«, nämlich ein allgemeineres Beispiel von der Kanonisation der Welt ist die Verwandlung praktischer Kollisionen, d. h. Kollisionen der Individuen mit ihren praktischen Lebensbedingungen in ideelle Kollisionen, d. h. in Kollisionen dieser Individuen mit Vorstellungen, die sie sich machen oder sich in den Kopf setzen. Dies Kunststück ist wieder sehr einfach. Wie Sankt Sancho früher schon die Gedanken der Individuen verselbständigte, so trennt er hier das ideelle Spiegelbild der wirklichen Kollisionen von diesen Kollisionen und verselbständigt es. Die wirklichen Widersprüche, in denen sich das Individuum befindet, werden verwandelt in Widersprüche des Individuums mit seiner Vorstellung, oder, wie Sankt Sancho es auch einfacher ausdrückt, mit d e r Vorstellung, d e m Heiligen. Hierdurch bringt er es zu Stande, die wirkliche Kollision, das Urbild ihres ideellen Abbildes, in eine Konsequenz dieses ideologischen Scheins zu verwandeln. So kommt er zu dem Resultate, dass es sich nicht um praktische Aufhebung der praktischen Kollision, sondern bloss um das A u f g e b e n d e r V o r s t e l l u n g v o n d i e s e r K o l l i s i o n handelt, ein Aufgeben, wozu er die Menschen als guter Moralist dringend auffordert.

Nachdem Sankt Sancho so die sämtlichen Widersprüche und Kollisionen, in denen sich ein Individuum befindet, in blosse Widersprüche

und Kollisionen dieses Individuums mit einer seiner Vorstellungen verwandelt hat, die sich von ihm unabhängig gemacht und es sich unterworfen hat, daher sich »leicht« in die Vorstellung, die heilige Vorstellung, das Heilige verwandelt, bleibt also nur noch dem Individuum das Eine zu tun übrig, dass es die Sünde wider den heiligen Geist begehe, von dieser Vorstellung abstrahiert und das Heilige für ein Gespenst erklärt. Diese logische Prellerei, welche das Individuum mit sich selbst vornimmt, gilt unseren Heiligen für einen der höchsten Efforts des Egoisten. Andererseits wird aber jeder einsehen, wie leicht es ist, auf diese Weise alle vorkommenden geschichtlichen Konflikte und Bewegungen vom egoistischen Standpunkte aus für untergeordnet zu erklären, ohne etwas von ihnen zu wissen, indem man nämlich nur einige der dabei vorkommenden Redensarten herauszunehmen, auf die angegebene Weise in »das Heilige« zu verwandeln, die Individuen als unterjocht von diesem Heiligen darzustellen und sich dann als Verächter des Heiligen als solchen auch hiergegen geltend zu machen hat.

Eine weitere Verzweigung dieses logischen Kunststücks, und zwar das Lieblingsmanöver unseres Heiligen ist die Exploitation der Worte: Bestimmung, Beruf, Aufgabe etc., wodurch es ihm unendlich erleichtert wird, alles Beliebige in das Heilige zu verwandeln. Im Beruf, Bestimmung, Aufgabe etc. erscheint nämlich das Individuum in seiner eigenen Vorstellung als ein anderes, als was es wirklich ist, als das Fremde, also das Heilige, und macht seine Vorstellung von dem, was es sein soll, als das Berechtigte, das Ideale, das Heilige, seinem wirklichen Sein gegenüber geltend. So kann Sankt Sancho, wo es ihm darauf ankommt, durch folgende Appositionsreihe alles in das Heilige verwandeln: Sich bestimmen, d. h. sich eine Bestimmung (setze hier einen beliebigen Inhalt herein) setzen, sich die Bestimmung als solche setzen, sich die heilige Bestimmung setzen, sich die Bestimmung als das Heilige, d. h. das Heilige als die Bestimmung setzen. Oder: Bestimmt sein, d. h. eine Bestimmung haben, die Bestimmung haben, die heilige Bestimmung, die Bestimmung als das Heilige, das Heilige als die Bestimmung, das Heilige zur Bestimmung, die Bestimmung des Heiligen haben. — Jetzt braucht er natürlich nichts mehr zu tun, als die Menschen kräftiglich zu vermahnen, sich die Bestimmung der Bestimmungslosigkeit, den Beruf der Berufslosigkeit, die Aufgabe der Aufgabenlosigkeit zu setzen — obgleich er im ganzen »Buche« »bis hinab zum« Kommentar Nichts tut, als den Menschen lauter Bestimmungen zu setzen, Aufgaben zu stellen und sie als Prediger in der Wüste zum Evangelium des wahren Egoismus zu berufen, von dem es allerdings heisst: Alle sind berufen, aber nur Einer — O'Connell — ist auserwählt.

Wir sahen bereits oben, wie Sankt Sancho die Vorstellungen der Individuen von ihren Lebensverhältnissen, ihren praktischen Kollisionen und Widersprüchen trennt, um sie dann in das Heilige zu verwandeln. Hier nun erscheinen diese Vorstellungen in der Form der Bestimmung, des Berufs, der Aufgabe. Der Beruf hat bei Sankt Sancho eine doppelte Gestalt; zuerst als Beruf, den Mir Andere setzen, wovon wir schon oben bei den Zeitungen, die von Politik strotzen, und bei den Gefängnissen, die unser Heiliger für Sittenverbesserungshäuser versah, Exempel hatten. Sodann erscheint der Beruf noch als ein Beruf, an den das Individuum selber glaubt. Wenn das Ich aus allen seinen empirischen Lebensverhältnissen, aus seiner Tätigkeit, seinen Existenzbedingungen losgerissen, von der ihm zu Grunde liegenden Welt und von seinem eigenen Leib getrennt wird, so hat es freilich keinen anderen Beruf und keine andere Bestimmung, als den Cajus der logischen Urteile zu re-

präsentieren und Sankt Sancho zu den obigen Gleichungen zu verhelfen. In der Wirklichkeit dagegen, wo die Individuen Bedürfnisse haben, haben sie schon hierdurch einen Beruf und eine Aufgabe, wobei es zunächst noch gleichgültig ist, ob sie diesen auch in der Vorstellung zu ihrem Beruf machen. Es versteht sich indess, dass die Individuen, weil sie Bewusstsein haben, sich von diesem ihnen durch ihr empirisches Dasein gegebenen Beruf auch eine Vorstellung machen und dadurch Sankt Sancho Gelegenheit bieten, sich an das Wort »Beruf«, an den Vorstellungsausdruck ihrer wirklichen Lebensbedingungen festzuklammern und diese Lebensbedingungen selbst ausser Augen zu lassen. Der Proletarier z. B., der den Beruf hat, seine Bedürfnisse zu befriedigen, wie jeder andere Mensch, und der nicht einmal die ihm mit jedem andern Menschen gemeinsamen Bedürfnisse befriedigen kann, den die Notwendigkeit einer vierzehnstündigen Arbeit zu gleicher Stufe mit dem Lasttier, den die Konkurrenz zu einer Sache, einem Handelsartikel herabdrückt, der aus seiner Stellung als blosse Produktivkraft, der einzigen, die ihm übrig gelassen, durch andere gewaltigere Produktionskräfte verdrängt wird, dieser Proletarier hat schon hierdurch die wirkliche Aufgabe, seine Verhältnisse zu revolutionieren. Er kann sich dies allerdings als seinen »Beruf« vorstellen, er kann auch, wenn er Propaganda machen will, diesen seinen »Beruf« so ausdrücken, dass es der menschliche Beruf des Proletariers sei, dies und jenes zu tun, um so mehr, da seine Stellung ihm nicht einmal die Befriedigung der aus seiner unmittelbaren menschlichen Natur hervorgehenden Bedürfnisse gestattet. Sankt Sancho kümmert sich nicht um die dieser Vorstellung zu Grunde liegende Realität, nicht um den praktischen Zweck dieses Proletariers — er hält fest an dem Wort »Beruf«, und erklärt ihn für das Heilige, und den Proletarier für einen Knecht des Heiligen — die leichteste Manier, sich überlegen zu wissen und »weiter zu gehen«. — Namentlich unter den bisherigen Verhältnissen, wo immer eine Klasse herrschte, wo die Lebensbedingungen eines Individuums stets mit denen einer Klasse zusammenfielen, wo also die praktische Aufgabe jeder neu aufkommenden Klasse jedem Individuum derselben als eine allgemeine Aufgabe erscheinen musste, und wo wirklich jede Klasse nur dadurch ihre Vorgängerin stürzen konnte, dass sie die Individuen aller Klassen von einzelnen bisherigen Fesseln befreite — namentlich unter diesen Umständen war es notwendig, dass die Aufgabe der Individuen einer zur Herrschaft strebenden Klasse als die allgemein menschliche Aufgabe dargestellt wurde. — Wenn übrigens z. B. der Bourgeois dem Proletarier vorhält, Er, Proletarier, habe die menschliche Aufgabe, vierzehn Stunden täglich zu arbeiten, so hat der Proletarier ganz recht, in derselben Sprache zu antworten: seine Aufgabe sei vielmehr, das ganze Bourgeoisregime zu stürzen.

Wir haben schon zu wiederholten Malen gesehen, wie Sankt Sancho eine ganze Reihe von Aufgaben stellt, die sich alle in die schliessliche, für alle Menschen existierende Aufgabe des wahren Egoismus auflösen. Aber selbst da, wo er nicht reflektiert, sich nicht als Schöpfer und Geschöpf weiss, bringt er es vermöge der folgenden lumpigen Distinktion zu einer Aufgabe:

p. 466: »Ob Du Dich mit dem Denken des Weiteren befassen willst, das kommt auf Dich an. Wenn Du es im Denken zu etwas Erheblichem bringen willst, so« (fangen die Bedingungen und Bestimmungen für Dich an) »so — — — hat also, wer denken will, allerdings eine Aufgabe, die er sich mit jenem Willen bewusst oder unbewusst setzt; aber die Aufgabe zu denken hat Keiner.«

Zunächst abgesehen von dem sonstigen Inhalt dieses Satzes, ist er

schon insofern selbst von Sankt Sanchos Standpunkt aus unrichtig, als der mit sich einige Egoist allerdings, er mag wollen oder nicht, die »Aufgabe« hat, zu denken. Er muss denken, einerseits um das nur durch den Geist, das Denken, zu bändigende Fleisch im Zaum zu halten, und andererseits, um seine Reflexionsbestimmung als Schöpfer und Geschöpf erfüllen zu können. Er stellt daher auch die Aufgabe des Sichselbsterkennens an die ganze Welt von betrogenen Egoisten — eine »Aufgabe«, die ohne Denken wohl nicht auszuführen sein wird.

Um nun diesen Satz aus der Form der lumpigen Distinktion heraus in eine logische Form zu bringen, ist zuerst das »Erhebliche« wegzuschaffen. Für jeden Menschen ist das »Erhebliche«, wozu er es im Denken bringen will, ein verschiedenes, je nach seiner Bildungsstufe, seinen Lebensverhältnissen, und seinem augenblicklichen Zweck. Sankt Max gibt uns hier also gar kein festes Kriterium dafür, wann die Aufgabe, die man sich mit dem Denken stellt, anfängt, wie weit man denken kann, ohne sich eine Aufgabe zu stellen — er beschränkt sich auf den relativen Ausdruck »erheblich«. »Erheblich« ist mir aber alles, was mich zum Denken sollicitiert, »erheblich« Alles, worüber ich denke. Daher muss es statt: Wenn Du es im Denken zu etwas Erheblichem bringen willst, heissen: Wenn Du überhaupt denken willst. Dies hängt aber gar nicht von Deinem Wollen oder Nichtwollen ab, da Du Bewusstsein hast, und Deine Bedürfnisse nur durch eine Tätigkeit befriedigen kannst, bei der Du auch Dein Bewusstsein anwenden musst. Ferner muss die hypothetische Form weggeschafft werden. »Wenn Du denken willst« — so stellst Du Dir von vornherein die »Aufgabe«, zu denken; diesen tautologischen Satz brauchte Sankt Sancho nicht so pomphaft auszuposaunen. Der ganze Satz war überhaupt nur in diese Form der lumpigen Distinktion und pomphaften Tautologie gefüllt, um den Inhalt zu verdecken: Als Bestimmter, Wirklicher, hast Du eine Bestimmung, eine Aufgabe, Du magst ein Bewusstsein darüber haben oder nicht. Sie geht aus Deinem Bedürfnis und seinem Zusammenhang mit der vorhandenen Welt hervor. Die eigentliche Weisheit Sanchos besteht nun darin, dass es von Deinem Willen abhängt, ob Du denkst, lebst etc., überhaupt in irgend einer Bestimmtheit bist. Sonst, fürchtet er, würde die Bestimmung aufhören, Deine Selbstbestimmung zu sein. Wenn Du Dein Selbst mit Deiner Reflexion oder nach Bedürfnis mit Deinem Willen identifizierst, so versteht es sich von selbst, dass in dieser Abstraktion Alles nicht Selbstbestimmung ist, was nicht durch Deine Reflexion oder Deinen Willen gesetzt ist, also auch z. B. Dein Atmen, die Zirkulation Deines Blutes, Denken, Leben etc. Bei Sankt Sancho besteht aber die Selbstbestimmung nicht einmal im Willen, sondern, wie wir beim wahren Egoisten schon sahen, in der reservatio mentalis der Gleichgültigkeit gegen jede Bestimmtheit, eine Gleichgültigkeit, die hier als Bestimmungslosigkeit wiederkehrt. In seiner »eignen« Appositionsreihe würde sich das so ausnehmen: Jedem wirklichen Bestimmen gegenüber setzt er sich die Bestimmungslosigkeit als Bestimmung, unterscheidet von sich in jedem Momente den Bestimmungslosen, ist so in jedem Momente auch ein Anderer als er ist, eine dritte Person, und zwar der Andere schlechthin, der heilige Andere, der jeder Einzigkeit gegenüberstehende Andere, der Bestimmungslose, der Allgemeine, der Gemeine, der — Lump. — Rettet Sankt Sancho sich so vor der Bestimmung durch den Sprung in die Bestimmungslosigkeit (selbst eine Bestimmung, und zwar die allerschlechteste), so ist der praktische moralische Gehalt dieses ganzen Kunststücks, abgesehen von dem schon oben beim wahren Egoisten Entwickelten, nur die Apologie des in der bisherigen Welt jedem

Individuum aufgedrungenen Berufs. Machen z. B. die Arbeiter in ihrer kommunistischen Propaganda geltend, es sei Beruf, Bestimmung, Aufgabe jedes Menschen, sich vielseitig, alle seine Anlagen zu entwickeln, z. B. auch die Anlage des Denkens, so sieht Sankt Sancho hierin nur den Beruf zu einem Fremden, die Geltendmachung »des Heiligen«, wovon er dadurch zu befreien sucht, dass er das Individuum, wie es auf Kosten seiner selbst durch die Teilung der Arbeit zerstümmelt und unter einen einseitigen Beruf subsumiert worden ist, gegen sein eignes, ihm als Beruf von Andern ausgesprochenes Bedürfnis, anders zu werden, in Schutz nimmt. Was hier unter der Form eines Berufs, einer Bestimmung geltend gemacht wird, ist eben die Verneinung des durch die Teilung der Arbeit bisher praktisch erzeugten Berufs, des einzig wirklich existierenden Berufs, — also die Verneinung des Berufs überhaupt. Die allseitige Verwirklichung des Individuums wird erst dann aufhören, als Ideal, als Beruf etc. vorgestellt zu werden, wenn der Weltanstoss, der die Anlagen der Individuen zur wirklichen Entwickelung sollizitiert, unter die Kontrolle der Individuen genommen ist, wie dies die Kommunisten wollen.

Schliesslich hat das ganze Gekohl über den Beruf in der egoistischen Logik wieder den Beruf, die Hineinschauung des Heiligen in die Dinge möglich zu machen, und zu ihrer Vernichtung zu befähigen, ohne dass man sie zu berühren braucht. Also z. B. Arbeit, Geschäftsleben etc. gelten Diesem oder Jenem für seinen Beruf. Damit werden sie die heilige Arbeit, das heilige Geschäftsleben, das Heilige. Dem wahren Egoisten gelten sie nicht als Beruf; damit hat er die heilige Arbeit und das heilige Geschäftsleben aufgelöst. Damit bleiben sie, was sie sind, und er, was er war. Es fällt ihm nicht ein, zu untersuchen, ob Arbeit, Geschäftsleben etc. diese Daseinsweisen der Individuen, ihrem wirklichen Inhalt und Prozess nach nicht notwendig zu den ideologischen Vorstellungen führen, die er als selbständige Wesen bekämpft, d. h. bei ihm: kanonisiert.

Gerade wie Sankt Sancho den Kommunismus kanonisiert, um seine heilige Vorstellung von ihm nachher im Verein als »eigne« Erfindung desto besser an den Mann zu bringen, gerade so poltert er gegen »Beruf, Bestimmung, Aufgabe« nur, um sie als kategorischen Imperativ in seinem ganzen Buche zu reproduzieren. Überall wo Schwierigkeiten entstehen, durchhaut Sancho sie mit einem solchen kategorischen Imperativ: »Verwerte Dich«, »Erkennet Euch wieder«, »Werde Jeder ein allmächtiges Ich« u. s. w. Über den kategorischen Imperativ siehe den »Verein«, über »Beruf« u. s. w. siehe den »Selbstgenuss«.

Wir haben jetzt die hauptsächlichsten logischen Kunststücke aufgezeigt, vermittelst deren Sankt Sancho die bestehende Welt kanonisiert und damit kritisiert und verzehrt. Er verzehrt wirklich nur das Heilige an der Welt, ohne sie selbst nur anzurühren. Dass er sich daher praktisch ganz konservativ verhalten muss, versteht sich von selbst. Wollte er kritisieren, so finge die profane Kritik gerade da an, wo der etwaige Heiligenschein aufhört. Je mehr die normale Verkehrsform der Gesellschaft und damit die Bedingungen der herrschenden Klasse ihren Gegensatz gegen die fortgeschrittenen Produktionskräfte entwickeln, je grösser daher der Zwiespalt in der herrschenden Klasse selbst und mit der beherrschten Klasse wird, desto unwahrer wird natürlich das dieser Verkehrsform ursprünglich entsprechende Bewusstsein, d. h. es hört auf, das ihr entsprechende Bewusstsein zu sein, desto mehr sinken die früheren überlieferten Vorstellungen dieser Verkehrsverhältnisse, worin die wirklichen persönlichen Interessen etc. als allgemeine ausgesprochen werden,

zu blossen idealisierenden Phrasen, zur bewussten Illusion, zur absichtlichen Heuchelei herab. Je mehr sie aber durch das Leben Lügen gestraft werden und je weniger sie dem Bewusstsein selbst gelten, desto entschiedener werden sie geltend gemacht, desto heuchlerischer, moralischer und heiliger wird die Sprache dieser normalen Gesellschaft. Je heuchlerischer diese Gesellschaft wird, desto leichter ist es einem leichtgläubigen Mann wie Sancho, überall die Vorstellung des Heiligen, des Idealen zu entdecken. Aus der allgemeinen Heuchelei der Gesellschaft kann er, der Leichtgläubige, den allgemeinen Glauben an das Heilige, die Herrschaft des Heiligen, abstrahieren und dies Heilige sogar für ihr Piedestal versehen. Er ist der Düpe dieser Heuchelei, aus der er gerade das Umgekehrte hätte schliessen sollen.

Die Welt des Heiligen fasst sich in letzter Instanz zusammen in »dem Menschen«. Wie wir schon im ganzen Alten Testament sahen, legt er »den Menschen« der ganzen bisherigen Geschichte als tätiges Subjekt unter; im Neuen Testament dehnt er diese Herrschaft »des Menschen« auf die ganze vorhandene, gegenwärtige physische und geistige Welt, wie auf die Eigenschaften der jetzt existierenden Individuen aus. Alles ist »des Menschen«, und somit die Welt in »die Welt des Menschen« verwandelt. Das Heilige als Person ist »der Mensch«, der bei ihm nur ein anderer Name für den Begriff, die Idee ist. Die von den wirklichen Dingen getrennten Vorstellungen und Ideen der Menschen müssen natürlich auch nicht die wirklichen Individuen, sondern das Individuum der philosophischen Vorstellung, das von seiner Wirklichkeit getrennte, bloss gedachte Individuum, »den Menschen als solchen, den Begriff des Menschen« zu ihrer Grundlage haben. Darin vollendet sich sein Glaube an die Philosophie.

Jetzt, nachdem Alles in »das Heilige« oder in das was »des Menschen« ist, verwandelt ist, kann unser Heiliger dadurch zur Aneignung weiter gehen, dass er die Vorstellung vom »Heiligen« oder vom »Menschen« als einer über ihm stehenden Macht aufgibt. Dadurch, dass das Fremde in das Heilige, in eine blosse Vorstellung verwandelt worden ist, ist natürlich diese Vorstellung von dem Fremden, die er für das wirkliche Fremde versieht, sein Eigentum. Die Grundformeln zur Aneignung der Welt des Menschen (die Manier, wie das Ich nun Besitz von der Welt ergreift, nachdem es keinen Respekt mehr vor dem Heiligen hat), liegen schon in den obigen Gleichungen.

Herr über seine Eigenschaften ist Sankt Sancho, wie wir sahen, bereits als mit sich einiger Egoist. Um Herr über die Welt zu werden, hat er nichts zu tun, als sie zu seiner Eigenschaft zu machen. Die einfachste Weise, dies zu tun, ist, dass er die Eigenschaft »des Menschen« mit dem ganzen Unsinn, der darin liegt, direkt als seine Eigenschaft ausspricht. So vindiziert er sich z. B. als die Eigenschaft des Ich den Unsinn der allgemeinen Menschenliebe, indem er behauptet, »Jeden zu lieben (p. 387) und zwar mit dem Bewusstsein des Egoismus, weil »die Liebe ihn glücklich macht«. Wer ein so glückliches Naturell hat, der gehört freilich zu denen, von welchen es heisst: Wehe Euch, so Ihr Einen dieser Kleinen ärgert!

Die zweite Methode ist die, dass Sankt Sancho Etwas als seine Eigenschaft konservieren will, während er dasselbe, wenn es ihm ganz notwendig als Verhältnis erscheint, in ein Verhältnis, eine Daseinsweise »des Menschen«, ein heiliges Verhältnis verwandelt und damit zurückstösst. Dies tut Sankt Sancho selbst da, wo die Eigenschaft, getrennt von dem Verhältnis, durch welches sie realisiert wird, sich in reinen Unsinn auflöst. So will er z. B. p. 322 den Nationalstolz

beibehalten, indem er »die Nationalität für seine Eigenschaft, die Nation für seine Eignerin und Herrin erklärt.«. Er könnte fortfahren: Die Religiosität ist Meine Eigenschaft, sie aufzugeben als Meine Eigenschaft, das sei ferne von Mir — die Religion ist Meine Herrin, das Heilige. Die Familienliebe ist Meine Eigenschaft, die Familie Meine Herrin. Die Rechtlichkeit ist Meine Eigenschaft, das Recht Mein Herr, das Politisieren ist Meine Eigenschaft, der Staat Mein Herr.

Die dritte Weise der Aneignung wird dann angewandt, wenn er eine fremde Macht, deren Druck er praktisch empfindet, ganz und gar als heilig verwirft, ohne sie sich anzueignen. In diesem Falle sieht er in der fremden Macht seine eigene Ohnmacht, und erkennt diese als seine Eigenschaft, sein Geschöpf an, über das er in jedem Moment als Schöpfer hinaus ist. Dies ist der Fall z. B. mit dem Staat. Auch hier kommt er glücklich dahin, es mit keinem Fremden, sondern nur mit seiner eigenen Eigenschaft zu tun zu haben, gegen die er sich nur als Schöpfer zu setzen braucht, um sie zu überwinden. Der Mangel einer Eigenschaft gilt ihm also im Notfall auch für eine Eigenschaft. Wenn Sankt Sancho verhungert, so ist nicht der Mangel an Nahrungsmitteln die Ursache davon, sondern sein eigenes Hunger haben, seine eigene Eigenschaft des Hungerns. Wenn er aus seinem Fenster fällt und den Hals bricht, so geschieht dies nicht, weil die Macht der Schwere ihn herabstürzt, sondern weil der Mangel an Flügeln, die Ohnmacht zu fliegen, seine eigene Eigenschaft ist.

Die vierte Methode, die er mit dem brillantesten Erfolg anwendet, ist die, Alles, was Gegenstand Einer seiner Eigenschaften ist, als seinen Gegenstand, für sein Eigentum zu erklären, weil er sich vermöge einer seiner Eigenschaften darauf bezieht, gleichviel, wie diese Beziehung auch immer beschaffen sei. Also was man bisher Sehen, Hören, Fühlen etc. nannte, nennt dieser harmlose Akkapareur Sancho: Eigentum erwerben. Der Laden, den ich ansehe, ist als Erblickter der Gegenstand Meines Auges und sein Reflex auf meiner Retina ist das Eigentum meines Auges. Nun wird der Laden ausser der Beziehung zum Auge sein Eigentum und nicht nur das Eigentum seines Auges — sein Eigentum, das gerade so auf dem Kopfe steht, wie das Bild des Ladens auf seiner Retina. Lässt der Ladenhüter das Rouleau (oder nach Szeliga »Gardinen und Vorhänge«) herunter, so hört sein Eigentum auf, und er behält, wie der bankrotte Bourgeois, nur noch die schmerzliche Erinnerung vergangenen Glanzes. Geht »Stirner« an der Hofküche vorbei, so erwirbt er sich allerdings ein Eigentum an dem Geruch der Fasanen, die dort gebraten werden, aber die Fasanen selbst bekommt er nicht einmal zu sehen. Das einzige nachhaltige Eigentum, was ihm dabei zu Teil wird, ist ein mehr oder weniger lautes Knurren in seinem Magen. Uebrigens hängt es nicht nur von dem vorhandenen Weltzustand ab, den er keineswegs gemacht hat, was und wieviel er zu sehen bekommt, sondern auch von seinem Beutel und von seiner ihm durch die Teilung der Arbeit zugefallenen Lebensstellung, die ihm vielleicht sehr viel verschliesst, obgleich er sehr akkapierende Augen und Ohren haben mag. — Hätte Sankt Sancho schlecht und recht gesagt, dass Alles, was Gegenstand seiner Vorstellung ist, als von ihm vorgestellter Gegenstand, d. h. als seine Vorstellung von einem Gegenstande, seine Vorstellung, id est sein Eigentum ist (ebenso mit dem Anschauen etc.), so würde man nur die kindliche Naivetät des Mannes bewundert haben, der an einer solchen Trivialität einen Fund und ein Vermögen erbeutet zu haben glaubt. Dass er aber diesem spekulativen Eigentum das Eigentum schlechthin unterschiebt, musste natürlich eine grosse Magie auf die eigentumslosen deutschen Ideologen aus-

üben. — Sein Gegenstand ist auch jeder andere Mensch in seinem Bereich, »und als sein Gegenstand — sein Eigentum«, seine Kreatur. Jedes der Ichs sagt zu dem andern (siehe p. 184): »Mir bist Du nur Dasjenige, was Du für Mich bist« (z. B. mein Exploiteur), »nämlich Mein Gegenstand, und weil M e i n Gegenstand, mein Eigentum.« Daher auch meine Kreatur, die Ich jeden Augenblick als Schöpfer verschlingen und in Mich zurücknehmen kann. Jedes Ich nimmt das Andere also nicht als einen Eigentümer, sondern als sein Eigentum; nicht als »Ich . . . . sondern als Sein-Für-Ihn, als Objekt; nicht als sich angehörig, sondern als i h m, einem Anderen angehörig, als s i c h entfremdet. »Nehmen Wir denn Beide, wofür sie sich ausgeben« (p. 187), für Eigentümer, für Selbstangehörige, »und wofür sie einander nehmen«, für Eigentum, für dem Fremden Angehörige. Sie sind Eigentümer und sind es nicht (vergl. p. 187). Es ist aber für Sankt Sancho wichtig, in allen Verhältnissen mit Andern nicht das wirkliche Verhältnis zu nehmen, sondern das jeder sich e i n b i l d e n kann, in seiner Reflexion an sich ist.

(Schluss dieses Abschnitts in nächster Nummer.)

Zu den Kommissionsberichten über das Agrarprogramm der holländischen Sozialdemokratie.

2. Bericht von Troelstra. (Schluss.)

Das Programm der S. D. A. P. macht keinen Unterschied zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Bauer und Handwerksmeister, zwischen Boden und »anderen Arbeitsmitteln«.

Es lehrt, dass die kapitalistische Produktionsweise nicht nur die industriellen Werkzeuge und Grundstoffe, sondern auch den Grund und Boden in die Hände weniger Personen — Kapitalisten, Unternehmer — gebracht und demgegenüber die eigentlichen Produzenten enteignet und in eine Klasse Besitzloser verwandelt hat.

Es spricht von »dem untergehenden Mittelstand«, der »durch die Unmöglichkeit, gegen das Grosskapital zu konkurrieren«, seinen Kleinbesitz verliert und dem Proletariat anheimfällt, wobei es zu dem Mittelstand auch den grundbesitzenden Bauer rechnet.

Es weist auf den Fortschritt der Technik hin, auf »die Notwendigkeit, die Maschinen in grösserem Masse in Anwendung zu bringen«, auf »die schnelle Zusammenziehung aller Arbeitsmittel«, (also auch des Bodens) »in die Hände von einer immer kleiner werdenden Anzahl von Personen« und auf die Trusts als Endform des kapitalistischen Betriebes, um die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Produktion zu zeigen.

Und es konstatiert die Organisation des Proletariats als Folge dieser ökonomischen Ursachen, mit dem Ziel, das Zustandekommen der sozialistischen Produktionsweise zu fördern.

Obwohl unter den Sozialdemokraten der verschiedenen Richtungen nicht übereinstimmend über die Frage gedacht wird, wie r a s c h sich die Zusammenziehung der Betriebe in Industrie und Handel vollzieht und inwieweit die Aktiengesellschaft ein Mittel ist, um trotz der Konzentration auch kleine Kapitalisten am Leben zu erhalten, so wird doch nicht bestritten, dass der oben gezeichnete Prozess in grossen Zügen die Entwickelung auf diesem Gebiete zeigt. Eine andere Frage ist, ob dieselbe Entwickelung auch in der Landwirtschaft zu beobachten ist.

Bei Beantwortung dieser Frage muss in den Vordergrund gestellt werden, dass sich von dem eigentlichen landwirtschaftlichen Betrieb immer mehr die Verarbeitung der Produkte ablöst, um auf das Gebiet der Industrie überzugehen (Brennereien, Zuckerfabriken, Milch- und Käsebetriebe etc.).

Dieser Tatsache, zu der noch die andauernde absolute oder relative Verminderung der landbebauenden Bevölkerung*) hinzukommt, ist es zuzuschreiben, dass die Bedeutung der Landwirtschaft für die Entwickelung der Gesellschaft gerade so abnimmt, wie die der Industrie und des Handels zunimmt.

Die tatsächlich landwirtschaftlichen Betriebe werden mehr und mehr abhängig von der Industrie, und die Landbevölkerung wird mehr und mehr abhängig von den Städten, welche zunehmende Märkte bilden für die Waren des Bauern und die Arbeitskraft der Arbeiter, die sich der Landwirtschaft entziehen.

Hieraus folgt, dass die Landwirtschaft sich dem Einfluss des Entwickelungsprozesses der Industrie nicht entziehen kann, der zur gesellschaftlichen Productionsweise, zur Ueberführung der Arbeitsmittel in gesellschaftliches Eigentum führt.

Schon der Uebergang der bestehenden landwirtschaftlichen Industrien in gesellschaftliche Verwaltung bringt selbstverständlich die Abhängigkeit der Landwirtschaft von dem gesellschaftlichen Grossbetrieb mit sich. Damit werden zugleich die Vorbedingungen geschaffen, um die Hindernisse für die Entwickelung des landwirtschaftlichen Betriebs in derselben Richtung wie der Industrie, welche nicht aus der Natur des Betriebs, sondern aus dem kapitalistischen System — Privatbesitz, geschichtliche Grenzeinteilung, Lohndienst und Konkurrenz — fliessen, aus dem Wege zu räumen.

Eine nähere Untersuchung des Wesens der landwirtschaftlichen Produktion, der Wirkung der kapitalistischen Entwickelung auf den Betrieb und die Betriebs- und Eigentumsverhältnisse auf dem Gebiete der eigentlichen Landwirtschaft hat übrigens gezeigt, dass die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise, so wie sie im Programm der S. D. A. P. angegeben sind, nicht ohne weiteres für die Landwirtschaft angenommen werden können.

Die wichtigsten Punkte der Verschiedenheit zwischen Landwirtschaft und Industrie entstehen sowohl aus der eigenartigen Beschaffenheit des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses wie aus dem bestehenden System der Produktion.

Der Produktionsprozess in der Landwirtschaft ist organischer Art, gebunden an natürliche Bedingungen von Zeit und Ort und beschränkt durch die natürliche Güte der vornehmsten Arbeitsmittel: Boden und Vieh, und des vornehmsten Bodenstoffes: der Saat. Die menschliche Arbeit ist bei diesem organischen Prozess Hilfsarbeit und deshalb von weniger Wichtigkeit wie in der Industrie und weniger gut durch maschinelle Arbeit zu ersetzen. Die Ausdehnung und die örtlichen Beschwerlichkeiten des Gebiets stehen dem Gebrauche von Maschinen in grossem

---

*) Die Zahl der landbauenden Bevölkerung in Deutschland betrug im Jahre 1882: 19 225 455, im Jahre 1895: 18 501 307, sie verminderte sich in Frankreich von 18 968 605 auf 17 435 888; in Belgien betrug sie im Jahre 1846: 24,98 Prozent, 1880: 21,77 Prozent, 1890: 16,52 Prozent der Bevölkerung. In England verminderte sich die Anzahl der Landarbeiter von 1861 bis 1891 um 31,3 Prozent, in den Niederlanden betrug die Zahl der in landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Personen im Jahre 1889: 32,7 Prozent und im Jahre 1899: 29,5 Prozent aller in einem Berufe oder Betriebe Arbeitenden.

Massstabe ebenfalls im Wege; ihre Vorteile sind geringer als in der Industrie, da sie geringere und geringer bezahlte Arbeit ersetzen; bei intensiver Kultur mehr in den Hintergrund geraten; nur einen Teil des Jahres und für wenige Arbeiten gebraucht werden können und oft mehr menschliche Arbeitskraft erfordern als man zur Verfügung hat, während sie für den gemeinschaftlichen Gebrauch geeignet und dadurch auch, ebenso wie die besseren wissenschaftlichen Methoden, für den Kleinbetrieb zugänglich sind.

Der Betrieb eignet sich nicht zu einer willkürlichen Ausbreitung und der Boden gibt sich umsoweniger zu intensiver Kultur her, je weiter entfernt er vom Zentrum der Bewirtung gelegen ist. Jenseits einer gewissen Grenze der Intensivität nimmt die Produktivität verhältnismässig weniger zu, als die Arbeit ausmacht (Gesetz des abnehmenden Bodenertrages). Auch bietet der landwirtschaftliche Grossbetrieb weniger Gelegenheit zur Kontrolle der Arbeitskraft als wie dies in der industriellen Fabrik der Fall ist.

Ausser diesen natürlichen Schranken findet der landwirtschaftliche Grossbetrieb auch seine Begrenzung in dem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften, die auf dem Lande ausserdem meistenteils durch den Kleinbetrieb selbst geliefert werden müssen, so dass die Gross- und Kleinbetriebe, anstatt sich einander auszuschliessen, sich im Gegenteil einander brauchen. Die Bildung eines Grossbetriebes in der Landwirtschaft ist ausserdem schwerer als in der Industrie, da es hierzu nicht nur einer gewissen Summe Kapital (Konzentration), sondern auch der Zusammenziehung (Akkumulation) verschiedener Kleinbetriebe in einen grossen Betrieb bedarf, was nicht willkürlich stattfinden kann.

Demgegenüber steht fest, dass die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe intensiver betrieben werden können als die Grossbetriebe; sie haben weniger unter dem Mangel an Arbeitskräften zu leiden, da der Unternehmer und seine Familie mitarbeiten; sie finden durch das Wachstum der Städte einen grösseren Markt für ihre Produkte, sie können im grösseren Massstabe als das Handwerk von den wissenschaftlichen und technischen Vorteilen des Grossbetriebes Nutzen ziehen und sind vollkommen imstande, mit diesem zu konkurrieren, so dass von einer Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Grossbetrieb keine Rede sein kann.

Es geht also nicht an, den kleinen Bauer dem Handwerksmeister gleichzustellen; eine Enteignung der kleinen Grundbesitzer durch grosskapitalistische Grundbesitzer als Folge der Rückständigkeit ihres Betriebes kommt nicht als dauernde und unvermeidliche Erscheinung vor; von »einer schnellen Zusammenziehung« des Grund und Bodens in die Hände einer fortwährend kleiner werdenden Anzahl von Personen, als Folge der Notwendigkeit, die Maschinen im grösseren Massstabe in Anwendung zu bringen, kann man nicht reden — im Gegenteil sieht man die kleinen Betriebe zunehmen und mehr als einen neuerstehen aus der Aufteilung oder Zersplitterung grösserer Betriebe, da sie durch ihre grössere Intensivität höhere Preise für den Boden oder höhere Pacht bezahlen können, als die grösseren Unternehmer.

Die Industrialisierung der Bearbeitung der landwirtschaftlichen Produkte, welche die Aufgabe des eigentlichen Bauernbetriebes oft auf die Lieferung von Rohstoff an Fabriken beschränkt, hat den früher bestehenden Vorsprung der grösseren über kleinere Betriebe zum grössten Teil aufgehoben und daran mitgewirkt, den Kleinbetrieb Anteil nehmen zu lassen an allerlei Förderungen der Wissenschaft und Technik und an den

kommerziellen Vorteilen, die in der Industrie das Monopol der grossen Betriebe sind.

Das Genossenschaftswesen auf industriellem, kommerziellem und technischem Gebiete hat ausserdem die Aufgabe, den kleinen Bauern an allen Vorteilen des Grossbetriebes Anteil nehmen zu lassen.

Von einer Bewegung der eigentlichen Landwirtschaft nach der Trustbildung, als einer Durchgangsform vom privatkapitalistischen zum gesellschaftlichen Betriebe, ist keine Rede, im Gegenteil zeigt sie in ihren Betriebs- und Eigentumsverhältnissen keine Erscheinungen, aus denen man annehmen kann, dass sie sich nach einer anderen Produktionsweise hinbewegt.

Auch fehlt in der Landwirtschaft ein Proletariat, das, wie in der Industrie, durch das Kapital in Masse für die Mehrwert-Produktion organisiert, schon dadurch sich für seine eigene Hebung und Befreiung gegen den Kapitalisten organisiert. Da selbst grosse Betriebe ziemlich wenig feste Arbeitskräfte gebrauchen, welche dann noch ausserdem ihren kleinen Betrieb versorgen, oft auf dem Boden des Arbeitgebers, dessen Haus sie meistens mitbewohnen, werden auf dem flachen Lande die Klassengegensätze nicht so tief empfunden, wie in der Industrie. Dies gilt vor allem für Gebiete, wo der Betrieb zum grössten Teil in Händen von kleinen oder mittleren Pächtern ist, die den Löwenanteil der Verdienste an den Grundeigentümer abgeben müssen.

Obwohl die Not der Landarbeiter und der Kleinbauern viel schlimmer ist, als die der Industriearbeiter, und sie durch Arbeitgeber, Geldkapitalisten und Grundbesitzer so viel wie nur möglich ausgebeutet werden, fehlen ihnen also die sozialen Vorbedingungen, die das Industrieproletariat zu einer revolutionären Macht, zu einer Bewegungskraft nach einer neuen Produktionsweise hin gemacht haben. Daher auch die Stetigkeit der landwirtschaftlichen Verhältnisse und die Zunahme des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, der, obwohl in seinen Resultaten und Produktionsbedingungen vollkommen lebensfähig, doch grösstenteils nur fortkommt auf Grund von geistigen und leiblichen Entbehrungen des Produzenten, von übermässiger Frauen- und Kinderarbeit und oft doppelter Ausbeutung des Arbeiters.

Hat sich also die Industrie dergestalt aus sich selbst revolutioniert, dass sie die Bedingungen für die sozialistische Produktionsweise und die Herrschaft des Proletariats geschaffen hat, so ersteht der Landwirtschaft der Antrieb hierzu nicht aus der technischen Entwickelung. Von einer Revolutionierung des Produktionsprozesses, die dessen Uebernahme in gesellschaftliche Verwaltung erfordert, ist in der Landwirtschaft nichts zu sehen. Ihre Abhängigkeit von der Industrie und der Einfluss des Genossenschaftswesens verbinden sie sicherlich mit dem allgemeinen Entwickelungsprozess des Handels und der Industrie; aber ihr Uebergang in gesellschaftliche Verwaltung und die Herrschaft des Proletariats sind erfordert, um in der Landwirtschaft die Veränderungen zu bewirken, die sie in den Stand setzen werden, sich in der rationellsten Weise zu entwickeln, mit der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für diejenigen, die sie ausüben.

Die Schwierigkeiten des landwirtschaftlichen Grossbetriebes, die dem Lohn- und Konkurrenzsystem und anderen sozialen Ursachen entspringen, werden seinen Sieg aufhalten so lange das kapitalistische System besteht, und so lange wird auch der landwirtschaftilche Kleinbetrieb mit gerade so viel Daseinsrecht sich behaupten. Die Frage, auf welche Art in der sozialistischen Gesellschaft die Landwirtschaft ausgeübt werden soll, ist eine Frage der Zukunft; aber es ist kein Grund vorhanden, warum die

sozialen und juristischen Grundlagen des landwirtschaftlichen Betriebes in der Zukunft andere sein sollen, als die des Verkehrs und der Industrie. Da der Kleinbauernbetrieb, obwohl vollkommen lebensfähig, seine Daseinsbedingungen zum nicht geringsten Teil aus der Ueberarbeitung und den Entbehrungen der Bauernfamilie zieht, ist zu erwarten, dass die Befreiung und Hebung der Industriearbeiter, die mit der sozialistischen Regelung der Produktionsweise verbunden sind, unter den Landarbeitern und kleinen Bauern selbst den Trieb entstehen lässt, dass auch ihr Betrieb unter gesellschaftliche Verwaltung genommen und auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums der Produktionsmittel gefestigt wird.

Für die Praxis folgt aus diesen Betrachtungen, dass das Agrarprogramm der Soz.-Dem. nicht, wie ihr Industrieprogramm, von der Annahme ausgehen kann, dass der Klein- und Mittelbetrieb dem Untergang geweiht seien und jede Unterstützung oder Hebung derselben mit der gesellschaftlichen Entwickelung in Widerspruch stehe.

Folgt aus unserer allgemeinen sozialistischen Auffassung auch deutlich, dass wir uns nicht zum Ziel stecken können, den Privatbesitz an Grund und Boden zu befestigen, so verschafft die Tatsache, dass der Bauer ein notwendiges Element der Erzeugung in unserer jetzigen Gesellschaft ist, ihm allein schon das Anrecht auf unser Interesse. Die Sozialdemokratie hat, nach Kautsky, nicht nur zur Aufgabe, Parteigenossen anzuwerben, ihr Wirken hat alle gesellschaftlichen Fragen zu umfassen, sie hat zu allen gesellschaftlichen Klassen Stellung zu nehmen. Die agrarischen Fragen, sagt er, sind zu wichtig, als dass sie achtlos an ihnen vorübergehen dürfe, die Landwirtschaft bleibe trotz aller technischen Veränderungen die Grundlage unserer Existenz. Ausserdem hat die Sozialdemokratie trotz aller Gegensätze gegen den Bauernstand, die es unmöglich machen, diesen in ihren Parteiverband aufzunehmen, mit ihm auch viele Berührungspunkte und gemeinsame Interessen gegenüber anderen Klassen, die ihr zweitweises Zusammengehen nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert machen. (Siehe »Neue Zeit«, Jahrg. 20, II pag. 461.) Auf keinen Fall dürfen wir uns von einem Eintreten zugunsten der Bauern durch den Gedanken abhalten lassen, dass es nicht angehe, ihre Betriebsform indirekt zu stützen.

Dasselbe gilt auch für den kleinen oder proletarischen Bauer, dessen Zustand von Ueberarbeit und Unterkonsumtion für die Sozialdemokratie kein Grund sein darf, ihn seinem Los zu überlassen, vielmehr eher ein Ansporn mehr sein muss, ihn geistig und leiblich zu heben, nicht aus philantropischen Rücksichten, sondern um ihn als Produzent zu heben.

Verbreitung von Fachkenntnissen, Zuführung von wissenschaftlichen und technischen Hilfsmitteln für den Betrieb, Verbesserung der Wege und Kanäle, Urbarmachung von Land, Ankauf von Land durch die Gemeinde, ohne die Illusion zu pflegen, dass der Boden nur in der Form von Gemeinde- oder Grossbetrieb ausgebeutet werden darf, Förderung von landwirtschaftlichen Genossenschaften — das sind Punkte eines Agrarprogramms, das aus vorstehenden Betrachtungen sich ergibt. Auch der Pächter darf in diesem Zusammenhang durch uns gegenüber dem Grundbesitzer unterstützt werden.

Ausser durch die politische Aktion muss aber von uns auf ökonomischem Gebiete mehr Fühlung mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung gesucht werden. Die landwirtschaftlichen Industrien beschäftigen Lohnarbeiter, die angewiesen sind, unter den Landarbeitern die sozialdemokratischen und Fachorganisationen zu fördern. Die Konsumvereine der Arbeiter müssen in Verbindung treten mit den Genossenschaften auf dem Lande betreffs Lieferung ihrer Produkte.

Gewöhnliche landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften im Grossen scheinen wohl durch die eigenartigen Schwierigkeiten, mit denen der Grossbetrieb in der Landwirtschaft zu kämpfen hat, ausgeschlossen, man kann jedoch versuchen, kleine Bauern zu bewegen, sich miteinander zu verbinden, um für Arbeiter-Konsumgenossenschaften zu arbeiten.

Die sozialdemokratische Propaganda muss den kleinen Bauern und Landarbeitern immerfort zeigen, dass die Entbehrung und Zurücksetzung, denen sie unterworfen sind, eine notwendige Folge des kapitalistischen Systems sind; sie muss ihnen die Vorteile der genossenschaftlichen Arbeit klarmachen und auf die Folgen der Industrialisierung eines grossen Teiles ihres Betriebes hinweisen, die die allgemeinen Aussichten und Auffassungen der Sozialdemokratie auch für die Landwirtschaft zur Geltung bringen, und wir müssen zugleich durch unsere Taten zeigen, dass unsere Bewegung auch die kleinen Bauern als Proletarier betrachtet, deren direkte Klasseninteressen bei uns, als der Arbeiterpartei, vollkommen behütet sind. Und wir müssen die Landarbeiter zur Bildung von Fachorganisationen anspornen; aber ihnen zugleich zeigen, dass sie, mehr noch als andere Kategorien von Arbeitern, in unseren Reihen den politischen Kampf führen müssen, weil gerade für sie die Fachorganisation viel schwieriger ist als für die Fabrik- und städtischen Arbeiter. Für diesen Kampf müssen wir sie gewinnen durch den Hinweis auf die vielen Punkte in unserem Programm, die auch ihre Arbeiterinteressen betreffen. Aber die gewöhnliche Propaganda für unser Endziel wird das grosse Mittel sein müssen, um ihren Blick so zu erweitern und ihre Ansprüche an das Leben so zu erhöhen, dass auch sie ein revolutionäres Element in der Gesellschaft und dadurch die grosse Bewegungskraft zur sozialistischen Produktionsweise sein werden — auch für die Landwirtschaft.

III. Urkunden des Sozialismus.

Entwurf eines sozialistischen Kommunalprogramms.

Im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Vorlage für den Bremer Parteitag ausgearbeitet von Dr. Hugo Lindemann, M. d. R.

Die Gemeinde im heutigen Staate ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an eine begrenzte Lokalität gebundenen Bevölkerung dient; sie ist zugleich Hilfsorgan der staatlichen Verwaltung. In beiden Eigenschaften unterliegt sie den aus der Klassenorganisation unseres Gesellschafts- und Staatslebens mit Notwendigkeit entspringenden Bestrebungen, ihre Verwaltungstätigkeit im Interesse der herrschenden Klassen und für deren Herrschaftszwecke auszuüben. Nur durch Aufhebung der Klassenherrschaft kann daher die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit frei gemacht werden, welche die Wohlfahrt aller gleichermassen fördert.

Der Umfang der kommunalen Verwaltungstätigkeit wird einerseits durch die Bedürfnisse bestimmt, welche das soziale Zusammenleben der Gemeinde-Angehörigen innerhalb der Gemeinde und im Rahmen der grösseren Verwaltungskörper erzeugt, andererseits durch ihre lokale Gebundenheit beschränkt.

Im Gegensatz zu der heutigen im Dienste der herrschenden Klassen geschaffenen Verfassung und von ihren Interessen beherrschten Verwaltung der Gemeinde verlangt die Sozialdemokratie die Umgestaltung des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungswesens nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetz und den Gerichten unterworfen sein. Daraus folgt:

a) Bildung des Wahlkörpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien; Einkammersystem, gleiche, direkte und geheime Wahlen.

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Gesetzmässigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

2. Das Gemeindesteuerwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln.

Die Deckung des kommunalen Bedarfs soll erfolgen durch:

a) Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues.

b) Zuschläge zu den staatlichen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern auszubilden.

c) Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

3. Für die kommunale Verwaltung sind folgende Grundsätze massgebend:

a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben notwendigen Anstalten soll durch die Gemeinden selbst erfolgen. Das gilt besonders für die Betriebe, die die Benutzung kommunaler Verkehrsanstalten zur Voraussetzung haben und durch ihre Natur zu monopolistischer Ausbeutung neigen (Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, Strassenbahnen etc.), sowie für die Einrichtungen des Volksgesundheitswesens (Reinigungswesen, der Ernährung, Förderung der

Körperpflege, Bekämpfung der Krankheiten, Bestattungswesen), der Volksbildung (Bibliotheken, Lesehallen etc.), des Wohnungswesens.

b) Das Prinzip der Unentgeltlichkeit der Benutzung ist bei allen Instituten des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens durchzuführen. Im übrigen soll die Höhe der Gebühren der Leistungsfähigkeit der die kommunalen Einrichtungen benützenden Volksklassen angepasst sein.

Auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik sind folgende Forderungen an die Gemeinden zu richten:

a) Einrichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosen-Fürsorge, der Auskunfts-Erteilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Gebahrung der Gemeindeverwaltung; Einfügung der sogenannten Lohnklausel in die Arbeits- und Lieferungsverträge der Gemeinden, sowie der von ihnen konzessionierten Privatunternehmungen, und Ablehnung der Streikklausel; strenge Massregeln, um bei Vergebung und Abnahme von Gemeinde-Arbeiten und -Lieferungen allen Schädigungen vorzubeugen, die den Gemeinde-Interessen von den Bewerbern insbesondere durch die Ausnützung einer offiziellen Stellung in der Gemeindevertretung zugefügt werden könnte.

b) Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen unter Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Bildung von Lohnklassen und Lohnskalen nach Dienstzeitdauer; Achtstundentag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung auf alle Gemeindearbeiter.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Gemeindevertreter auf, ihre kommunale Tätigkeit im Rahmen dieser Grundsätze auszuüben.

Sofern die Durchführung der vorstehenden Forderungen durch die mangelnde Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden in Frage gestellt wird, empfiehlt sich die Schaffung von Gemeindeverbänden.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

9. Juli 1904.

Skandale und Skandalsucht. — Klara Zetkin, Die internationalen Frauentage zu Berlin. — Hermann Schlüter, Die Vorgänge in Colorado. — Fritz Paeplow, Lohn und Arbeitsverhältnisse im Maurergewerbe. — P. J. Proudhon, George Sand. — Literarische Rundschau.

16. Juli 1904.

Ein Telegramm des Kaisers. — Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. — Reinhold Rüegg, Zu einer Herwegh-Biographie. — Dr. Robert Michels, Zu einer internationalen Wahlstatistik der sozialistischen Parteien. — Hermann Schlüter, Die Vorgänge in Colorado. — Literarische Rundschau. — Notizen.

23. Juli 1904.

Ludwig Feuerbach. — Janko Sakasoff, Der ferne Krieg und der nahe Osten. — Heinrich Schulz, Volksbildung oder Arbeiterbildung? — Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. — Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund für Litauen, Polen und Russland. — Literarische Rundschau. — Notizen.

30. Juli 1904.

Der Königsberger Prozess. — Emil Eichhorn, Aus einem Kleinstaaten-Parlament. — August Bringmann, Das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung. — Albert Rudolph-Stuttgart, Zur Maifeier. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Juli 1904.

Eduard Bernstein, Der internationale Kongress in Amsterdam und die sozialistische Taktik. — Max Schippel, Auer. — Dr. Leonida Bissolati, Nach Bologna. — Henri van Kol, Ueber Kolonialpolitik. — Hjalmar Branting, Schweden vor einer neuen Stimmrechtskampagne. — Assen Zankow, Der Sozialismus in Bulgarien. — Dr. Jakob Hertz, Internationaler Arbeiterschutz. — Dr. Ivanoe Bonomi, Die ländliche Arbeiterbewegung in Italien. — Dr. Ladislaus Gumplowicz, Das russische Regime in Litauen und der internationale Kongress in Amsterdam. — Rundschau: Wirtschaft, Politik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Frauenbewegung, Sozialwissenschaften, Bildende Kunst, Bücher. — Porträt von Ignaz Auer.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Juni 1904.

André Mater, Le Socialisme juridique. — Marius-Ary-Leblond, Notes sur Georges Sand socialiste. — Maurice Kahn, Le premier congrès national des Universités populaires. — Gabriel Ellen Prevot, Le Socialisme aux champs. — Adrien Veber, Mouvement social.

L'Avenir Social, Brüssel.

15. Juni 1904.

Questions internationales de protection ouvrière. — La crise cotonnière. — A propos de l'article »Le mouvement du travail en Russie«. — La socialdemokratie en Angleterre. — Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Cooperatif.

III. In englischer Sprache.

Wilshire's Magazine, Toronto und New York.

Juli 1904.

Tom Mann, Socialism in Australia. — J. W. Kelly, The Mirage of Municipal Ownership. — Edwin Markham, »Sanctuary« Reviewed. — Editorial Review: Teslas Great promise. — Socialism and Intemperance.

IV. In italienischer Sprache.

Il Socialismo, Rom.

25. Juli 1904.

Alfredo Talamini, Il ministero Combes e la borghesia repubblicana. — Guglielmo Evans, La guerra moderna e futura. — Ernst Untermann, Il Congresso dei socialisti americani. — Paolo Orano, I patriarchi del socialismo. — Giovanni Lerda, »La filosofia nella letteratura moderna« di A. Agresti. — Rivista delle Riviste Socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varieta della cronaca internazionale.

Critica Sociale, Mailand.

1. August 1904.

Filippo Turati, La vittoria d'un metodo. — I professori secondarii e i partiti estremi. — Alessandro Schiavi, Per is otto ore in risaia. — Giulio Casalini, Le Casse di maternita. — Luigi Montemartini, Per l'impianto di una Cantina comunale a Canneto Pavese. — Tommaso Vagliasindi, Come si fu la rivoluzione. — Filosofia, letteratura e varieta.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Juli—August 1904.

H. Gorter, Verzen. — Roland Holst, Het Internationaal Congres. — David J. Wijnkoop, De Oostenrijksche of de Getemperde Utopie. — R. Kuyper, Prof. Treub over den Klassenstrijd. — Herm. Heyermans, Socialistische Helden. — H. Spiekman, Wat wij kunnen leeren mit de Verslagen der Arbeids-inspectie. — F. van der Goes, Klerikale Schotschriften. — J. Saks, Over Geschiedenis. — W. H. Vliegen, De Beroepstelling van 1899.

Nasi Zapiski, Laibach.

Juni 1904.

Ant Dermota, Autonomie und Autonomisten. — Dr. Z., Aufgaben und die Bedeutung des Sozialismus für die Entwickelung der Gesellschaft. — K. S., Bauernproletarisierung, Vorschusskassen, Hattinbergs-Programm. — Prof. Dr. Drtina, Volkstümliche Universitätsvorlesungen. — Med. E. S., Geschlechtsproblem. — Rundschau (Sozialismus, Frauenbewegung). — Literatur.

Juli 1904.

K. W., Ein Blick zurück. — Ant. Dermota, Volkstümliche Universitätsvorlesungen. — Med. E. S., Geschlechtsproblem. — Edward Bernstein, Leistungsfähigkeiten der Genossenschaften. — Rundschau (Politik, Sozialismus, Gemeindesozialismus, Kurze Chronik, Streiks).

Akademie, Prag.

Juli 1904.

Zachar, M. de Voltaire. — Fr. Modráček, Proudhonova hospodárská organisace. — Fr. Krejci, Uceni mystická (okultism, spiritsm atd.). — Verus, Sociálni demokracie rak, a hnuti konsumni. — Theorie národnostniho násili. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

In den von Professor Hans Delbrück herausgegebenen »*Preussischen Jahrbüchern*« schreibt im Juli-Heft *Dr. Albert Haas* (Harry A. Fiedler) über die Arbeiterfrage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Arbeiterfrage sei dort genau wie in einem Lande der alten Welt ein sehr ernstes Problem. Heisse und erbitterte Kämpfe ständen bevor. Nach einigen ziemlich plumpen Ausfällen gegen die deutsche Sozialdemokratie entwickelt der Verfasser, dass die amerikanischen Arbeiter ihre gute materielle Lage zum grossen Teil der Gewerkschaftsbewegung verdanken. Nur hätten sie die Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs im Uebermass ausgenützt. Er verbreitet sich dann sehr ausführlich über die Gewerkschaftsbewegung, Streiks, die Gegenmassregeln von seiten der Unternehmerverbände usw. Beachtenswert ist der Hinweis, dass über kurz oder lang in Amerika bezüglich der Schadenersatzpflicht der bekannte Taff-Vale-Entscheid die Bedeutung eines Präzedenzfalles erhalten werde. Die Anti-Boycott-Association und die Industrial Association gingen darin voran, die Macht der Gewerkschaften zu brechen. Ueberall würden jetzt die den Gewerkschaften während des wirtschaftlichen Aufschwunges gemachten Konzessionen wieder zurückgenommen. Dabei scheuten die Unternehmer, wie Beispiele beweisen, nicht einmal vor den bedenklichsten Mitteln zurück. Im Lande der Union könne man auf jede Ueberraschung gefasst sein.

Interessant sind auch die Ausführungen über die politische Arbeiterbewegung. Ihre Hauptstärke wurzele in der Socialist Party of Amerika, die gemässigte Anschauungen vertritt. Sie besteht namentlich aus früheren Mitgliedern der radikal-orthodoxen Socialist Labor Party, die wegen Mangels politischer Rechtgläubigkeit und Ueberzeugungstreue »rausgeflogen« sind. Ursprünglich danach eine Art revisionistischer Flügel, bildet heute die Socialist Party die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Sozialdemokratie. *Er. B.*

* *
*

Unter anderen Gesichtspunkten behandelt das vorentwickelte Thema in dem von Gustav Schmoller herausgegebenen »*Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft*« (28. Jahrgang 3. Heft Juli-Oktober) ein Aufsatz »Anerkennung der Unions in U. S. A.« von *Ernst Pistor*, der einen Ueberblick über die Gewerkschaftsbewegung gibt und insbesondere die »öffentliche Meinung« und ihre Stellungnahme in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit zur Grundlage hat. —

In demselben Vierteljahrsheft Schmollers befindet sich ein Beitrag zur Revision der Begriffe Strike, Lockout und Boycott von *August Kleeberg*...Der Verfasser versucht eine recht umständliche Grenzregulierung dieser Begriffe, die natürlich sehr viele Merkmale und Züge gemeinsam haben und bisweilen fast ineinander übergehen. Immerhin kann der Artikel einiges zur Klärung beitragen. Wenig stichhaltig sind dagegen die Gründe für das Beibehalten der englischen Ausdrücke. Arbeitseinstellung, Aussperrung und Verrufserklärung geben den Sinn vollständig wieder. Der Ausdruck Lockout ist bei uns schon ganz und gar nicht populär und wird vielfach überhaupt nicht verstanden. *Er. B.*

* *
*

In der *Nouvelle Revue* vom 15. Juli 1904 schildert *Paul Louis* die verschiedenen Strömungen des Sozialismus in den verschiedenen Ländern. (Le socialisme en 1904). Der Artikel ist gewissermassen als Einführung zum internationalen Kongress in Amsterdam gedacht. Die sozialistische Krisis bestände nicht nur in Frankreich; in allen europäischen Ländern sei sie bereits offenkundig oder latent. Allerorten gäbe es hitzige Polemiken, entweder zwischen den Personen oder zwischen einzelnen Fraktionen, mögen sich diese nun ministerialistisch, reformistisch oder revisionistisch nennen. Im Anschluss an den »Fall Millerand« wird Bernstein als der »Apostel des Revisionismus« geschildert. Auch die anderen Länder, insbesondere Italien mit seinen verwickelten Parteiverhältnissen werden in dem Artikel gestreift. Zum Schluss werden noch kurz die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Amsterdamer Kongresses erörtert, der in einem entscheidenden, beinahe feierlichen Augenblick der Geschichte eröffnet werde.

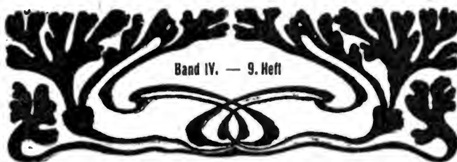
* * *

Das Juliheft der *Contemporary Review* enthält einen Artikel von *Eduard Bernstein* über »German Professors and Protectionism«, der sich hauptsächlich mit den zollpolitischen Anschauungen Friedrich Lists und des Berliner Universitätsprofessors Adolf Wagner befasst. Es mag besonders der resümierende Satz Bernsteins hervorgehoben werden, dass es unmöglich sei, den Schutzzoll heute mit wahrhaft ökonomischen Argumenten zu verteidigen. *Er. B.*

* * *

In der *Monatsschrift für Stadt und Land* unterzieht ein Pastor *Fischer* die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion einer Besprechung nach praktischen und theoretischen Gesichtspunkten. Mit allen seinen fleissig aus alten Zeitungen etc. zusammengesuchten Belegstellen kommt er jedoch über das allgemein bekannte Gerede von der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie nicht hinaus. Die Sozialdemokratie treibe mit der Religion ein unehrliches Doppelspiel. Der Satz »Religion ist Privatsache« sei eine blosse Redensart in ihrem Munde geworden. Von Rechtswegen müsse heute die Partei den Satz so umändern: »Religionsfeindschaft ist Parteisache«. Der Sozialismus sei atheistisch aus Gründen der Wissenschaftlichkeit, der Politik und der Weltanschauung. Dem fromen Verfasser aber, so scheint es, würde der Satz »Religion ist Staatssache« weit besser gefallen. Wie ja denn auch im »christlichen Staat« die Religion längst aufgehört hat, Herzens- und Gefühlssache zu sein. *Er. B.*

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Arminius. Der Missbrauch des Reichstagswahlrechts durch die Sozialdemokratie. Ein Mahnwort an das deutsche Volk. Berlin 1904, Otto Elsner. 16 S. 8°.

Ein für Massenverbreitung bestimmtes Pamphlet, das wider die Sozialdemokratie eifert, um für die Beseitigung des Reichstagswahlrechts Stimmung zu machen.

Berolzheimer, Fritz, Dr. jur.: **System der Rechts- und Wirtschaftsphilosophie.** Erster Band: Kritik des Erkenntnisinhaltes. München 1904, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung. X u. 327 S. Preis 8,50 Mk.

Fast alle modernen Rechts- und Wirtschaftstheoretiker haben sich die gute Gewohnheit zu eigen gemacht, ihre Bücher mit Untersuchungen fundamental-methodologischer Natur zu versehen. Unser Autor, ein Jurist von Hause, scheint seine Kollegen übertroffen zu haben. Er hat es nämlich für nötig erachtet, seinem auf mehrere Bände berechneten Werke einen starken philosophischen Einleitungsband vorauszuschicken. Dabei wurde er von dem Gedanken geleitet, dass der Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, als Disziplinen der praktischen Philosophie, »ihre Stelle innerhalb eines philosophischen Systems angewiesen werden muss. Allein wo findet man eine Philosophie, die heute noch restlos befriedigen könnte?« So ist ihm nichts übrig geblieben, als den philosophischen Unterbau selbst zu unternehmen. Mitunter leuchtete ihm vermutlich der Gedanke auf, er sei im Besitze eines eigenen »Systems«. Noch ein wichtiger Grund also für die Berechtigung der Schrift. Wer aber den Dichter kennen lernen will, muss bekanntlich in des Dichters Lande gehen. So hat auch der Autor getan. Mehr als ein Drittel (131 S.) seines Buches ist der Geschichte des Erkenntnisproblems gewidmet, was von denselben philosophischen Schriftstellern, die der Verfasser fortwährend zitiert, bereits mit Erfolg unternommen wurde. Uns darf daher mehr das »Neue« beschäftigen, das der Autor uns zu sagen hatte. —

Die Philosophie der letzten vier Jahrhunderte hat immer, versteckt oder offen, nach dem Wert und Wesen des Sensualismus und Rationalismus geforscht. In der jüngsten Zeit hat sich stärker als je das Bestreben geltend gemacht, eine Art Versöhnung zwischen beiden Richtungen herbeizuführen, wobei meistens die immanente Entwickelung der einzelnen Strömung selber auf dieses Ziel lossteuerte. In unseren Tagen vertritt der Kantische Kritizismus die Begriffsphilosophie und der »reine«, voraussetzungslose Empirismus den Sensualismus, die Versöhnung zwischen beiden sucht man aber mittelst des höchsten Dogmas der gegenwärtigen Wissenschaft, und zwar mit Hilfe der Evolutionstheorie zu erreichen. Auch Fritz Berolsheimers Abhandlung bewegt sich im allgemeinen in den gleichen Geleisen. Der Autor bekämpft aufs entschiedenste den Kantischen Apriorismus, aber die Frage nach dem Wesen der Erkenntnis

ist ihm das allerhöchste Theorem der Philosophie. »Man bemisst den Wert eines philosophischen Systems meist nach dem Werte der von der Philosophie gegebenen Erkenntnislehre« (S. 259). Er sucht den physiologisch-psychologischen Ursprung der fundamentalen Orientierungsvorstellungen (Kausalität, Zahl, Ort, Zeit) nachzuweisen und weiss doch von der Autonomie und Realität der Begriffe und Ideen zu erzählen. Sein Ausgangspunkt ist ein kritizistischer, und doch sollen die Resultate dogmatisch sein, sie haben uns dem Wesen der Weltrealität näher zu bringen — und vielleicht dann über die ideologische Realität der Rechts- und Wirtschaftssubjekte Auskunft zu erteilen. Wie es nun um die Ansicht des Verfassers steht, ob sie dualistischer oder synthetischer Natur ist, soll hier in aller Kürze erwogen werden.

Die Welt — behauptet Berolzheimer — ist an sich differenziert und besteht aus lauter ähnlichen Gegensätzen. Zahl, Ort, Zeit, Kausalität ermöglichen den Uebergang aus der chaotischen Betrachtungsart zur differenzierten Erkenntnis der Objekte und Geschehnisse, aber sie sind keine Voraussetzung der Differenzierung. Die primitive Fähigkeit, zu differenzieren, ist eine rein sinnliche, d. h. durch irgend einen Sinn vermittelte. Die Farbe als Differenzierungsmittel ist z. B. die empirische Voraussetzung für die örtliche Vorstellung (S. 137). Die Idee des Ortes ist durch Abstraktion gewonnen (S. 139). Die zeitlichen Vorstellungen müssen entwickelungsgeschichtlich den örtlichen Grundvorstellungen nachgefolgt sein (S. 138). »Die Zeitrelationen lassen sich stets auf örtliche zurückführen« (S. 139). Der empirische Charakter und Ursprung der Zahl geht daraus hervor, dass sie sich als Resultat der Wirkung eines Etwas auf uns ergibt. »Einheit ist, was als Einheit wirkt« (S. 141). Die Wirkung von einem Etwas, verbunden mit einer Gegenwirkung, macht die Zweiheitsvorstellung aus. (S. 142.) Den so entstandenen Vorstellungen korrespondieren Begriffe, die restlos in die konkreten Vorstellungen aufgelöst werden können. Neben den Begriffen kennt der Autor noch Ideen, die ihrem Wesen nach eine Sonderstellung einnehmen. (S. 187.) Diese können nicht, wie die Begriffe, durch Zergliederung in konkrete, sinnliche Elemente erschöpft werden. (S. 184.) »Die Idee ist vormenschlich, vorweltlich« (S. 185). Sie gibt den Ausdruck für die unmittelbare Beziehung des Objekts zur Unendlichkeit, für die Stellung des Dinges im All (a. a. O. S. 186 etc.). Hier hört, wie man sieht, der Sensualismus des Verfassers auf, hier wird die Welt in eine »empirische« und ideologische zerteilt. Beide aber sind real. Die Welt ist Idee und Vorstellung. (S. 189.) Indem die Ideen dem Menschen zum Bewusstsein kommen, wird er zum K u l t u r m e n s c h e n. Die Kulturmenschheit kennt also neben den materiellen Einheiten noch immaterielle, die ideologisch erschlossen werden. (S. 207.) Die Gottesidee krönt das ideologische Denken der Menschheit. »Gott ist der Organismus, dessen reales, für uns erkennbares Substrat die Welt als Realisierung des Unendlichen, als Realidee bildet« (S. 208). Der Verfasser besitzt auch ein Zauberwort für seine Theologie: theistischer Enpantithetismus. Und sein »System« ist daher ein »Monismus auf dualistischer Basis«. — Mein Verstand steht still. Wie kam der Verfasser zur Annahme von Ideen? Ja, richtig: Was wirkt, existiert, ist real — lautet das Axiom des Autors. Aber wie der Bund zwischen der profanen, empirischen Welt und der aprioristischen, ideologischen hergestellt wird, bleibt unklar und verschwommen. Indes der Vollständigkeit halber noch ein Wort über des Verfassers Ethik. »Wenn der Kulturmensch als Erkenntnissubjekt durch das ideologische Moment charakterisiert wird, muss er auch als Subjekt des Handelns in der ideologischen Weltauffassung Norm und Massstab des Wollens finden« (S. 260). Die Geschichte der Ethik ist die Geschichte der ethischen Ideale. Das höchste Gebot des ethischen Ideals wendet sich an den Menschen mit der Mahnung, sich als Kultursubjekt, d. h. als »ideologisches« Wesen zu fassen und zu erkennen. Auf keinem Gebiete, auch auf dem moralischen nicht, ist der Mensch imstande, Neues zu schaffen. »Aller Fortschritt ist nichts anderes, als eine Wiederholung früherer Zeiten in höherer Aufstieglinie« (S. 266). Der gesamte Fortschritt birgt in sich ein rückschrittliches Moment, so zwar, »dass Fähigkeiten, welche die Naturgeschöpfe besessen hatten, als n a t ü r l i c h e v e r l o r e n g e h e n oder eine wesentliche Abschwächung erfahren, jedoch zugleich in e r h ö h t e m M a s s e als artifizielle neugewonnen werden« (S. 226).

Darin soll nun das geschichtsphilosophische Grundgesetz zur Aeusserung gelangen. Durch dasselbe wird aber, wie jeder sieht, der Dualismus des Autors von der empirisch-materiellen und immateriellen, aprioristischen Welt in Frage gestellt und verliert das »System« an Konsequenz. Solche Unwahrscheinlichkeiten kommen im Buche Berolzheimers nicht selten vor. Einzelne Ausführungen entbehren nicht des Scharfsinns und Wissens, aber beim philosophischen Aufrichten und Durchdenken klafft es. Und doch sehen wir mit grossem Interesse der eigentlichen rechts- und wirtschaftsphilosophischen Studie des Verfassers entgegen. Denn, wie es scheint, war es keine abstrakte Deduktion, die zu dem hier angedeuteten fruchtlosen Dualismus verleitet hat, sondern die Vertiefung in das Wesen des Rechts- und Wirtschaftslebens.

Brand.

Dorner, D. Dr. A.: **Grundriss der Religionsphilosophie.** Leipzig 1903, Dürrsche Buchhandlung. 448 S. 8°. Preis 7 Mk.

Angesichts des Interesses für Religions- und Kirchenfragen, das in sozialistischen Kreisen zur Zeit rege geworden ist, halten wir es für geeignet, auf Prof. Dorners Werk, das wohl als das konsequente letzte Wort der kirchlich-protestantischen Religionsphilosophie zu gelten hat, mit Nachdruck hinzuweisen. —

Wir möchten von vornherein den Leser darauf aufmerksam machen, dass wir es hier mit einer philosophisch durchdachten Untersuchung über das Wesen der Religion, ihre geschichtlichen Aeusserungsformen und ihre Entwickelungstendenz zu tun haben. Der Verfasser bemerkt im Vorwort, dass die Zeiten vorbei seien, wo die Wissenschaft zur Magd der Kirche gemacht wurde. Nur der Wahrheit gilt sein Streben. Er hat auch in der Tat sein Bestes getan, um Wort zu halten. Das müssen wir anerkennen, wenn wir auch durchaus nicht geneigt sind, den Standpunkt des Verfassers, der ein »alter« Standpunkt ist, zu teilen, und wenn wir in seiner Wahrheit keineswegs die Wahrheit zu sehen vermögen.

Das Verhältnis zwischen Mensch und Gott macht nach Dorner das Wesen der Religion aus. Die Vereinigung des Menschen mit Gott zu einer Gottmenschheit ist ihr höchstes Ziel. Unter Gott ist die Realität der übersinnlichen, überempirischen Welt, d. h. das Objekt der Metaphysik, das »absolute Wesen« zu verstehen. Alles Ueberempirische fällt aber mit hinein in den Bereich des zwecksetzenden Geistes. Alles, was auf das noch nicht Seiende, auf das Sollen hindeutet, gehört in den Rahmen des Geistes, der Idee. Zur Idee, zu »Ueberempirie« gehören so Ethik, Politik, Religion und dergl. — Erst als geistige Persönlichkeit im eben erwähnten Sinne kann der Mensch in ein Verhältnis zum »absolut seienden Gott«, zu einem realen Gott treten. Religion ist daher nichts anderes, als ein gewisses geistiges Verhältnis. Die Entwickelung der Religion, die noch nicht in ihrer vollkommenen Abschlussform vorliegt, geht Hand in Hand mit der Entwickelung des allgemeinen, menschlichen Geistes, d. h. der übrigen Kulturpotenzen, vor sich. Will man daher die Stufen der religiösen Entwickelung verfolgen, so ist es nötig, die des Geistes überhaupt zu berücksichtigen.

Die Ueberzeugung von einer wirklich existierenden übersinnlichen Realität gibt sich bereits auf den primitiven Stufen des Völkerlebens kund. Die sog. Volksmetaphysik ist es, die davon Zeugnis ablegt. Die primitive Volksmetaphysik hat mit der wissenschaftlich ausgebildeten Metaphysik die Aufgabe gemein, die einheitliche Realität aufzusuchen, die der lückenvollen Erscheinungswelt zu Grunde liegen soll. In der ersten Phase der Kultur, die durch die Volksmetaphysik charakterisiert ist, kommt z. B. die religiöse Erscheinung dadurch zum Vorschein, dass neben der üblichen »profanen« Welt der Empfindungen eine übersinnliche Geistersphäre anerkannt wird, durch die eine Weltordnung zustande kommt. Die Transzendenz dieser Epoche ist noch eine durch und durch materialisierende. Die sinnliche, wie die übersinnliche resp. geistige Welt ist hier noch von ein und derselben Natur. Wir würden das so ausdrücken: beide Lebenssphären sind hier vom selben Wert, es herrscht noch keine Hierarchie der Werte, wenn auch die »Geister« es sind, die die Weltordnung herbeizaubern. Auch in den übrigen Entwickelungsstufen zur Religion

geht man darauf aus, die jeweilen höchste reale Einheit der zum Bewusstsein kommenden Gegensätze zu finden. Es ist daher begreiflich, dass die Vorstellungen von der realen Welteinheit resp. Gottheit immer durch das jeweilige Bewusstseinsstadium des menschlichen Geistes bestimmt werden. Aber worauf es hier hauptsächlich ankommt, ist der Umstand, dass »auf allen diesen Stufen die Religion als Beziehung zu einer überempirischen Wesenheit erscheint, welche den Erscheinungen zu Grunde liegt, mag es sich hier um Geister handeln oder um Naturgötter oder um das der Natur zu Grunde liegende All-Leben, das die Götter, die im Grunde alle dasselbe sind, repräsentieren, oder um die Naturordnung, die die Götter erhalten oder der oberste Gott garantiert, oder um die letzte Einheit, das Sein, das aller Vergänglichkeit entnommen, auch allem Konkreten entnommen ist, oder um einen vollkommenen Geist, der doch noch um seine Herrschaft kämpfen muss, oder um Gottheiten, welche das menschliche Ideal repräsentieren, und die schliesslich in der einen, der Welt zu Grunde liegenden Vernunft zusammengefasst werden, welche die Quelle der harmonischen Weltgestaltung ist, oder um einen überweltlichen Gott, der, erhaben über alles Endliche, seine Gebote seinem Volke gibt, oder endlich um den erhabenen Gott, der nicht nur das Ideal wahrer Menschheit im Gesetz verkündet, sondern dasselbe auch in den Menschen durch seinen Geist realisiert und die Naturordnung und sittliche Weltordnung harmonisch für einander geordnet hat, der in fortschreitendem Masse der Welt seine Vollkommenheiten mitteilt und der Menschheit über alle Hemmnisse hinweghilft, indem er sie durch seinen Geist überwinden hilft und so von Schuld, Sünde und Uebel erlöst, kurz, um einen Gott, der ebenso der Welt und den Menschen immanent, wie durch seine absolute Vollkommenheit über beide erhaben ist.«

Wie all die religiösen Standpunkte, welche in diesem Satzungetüm zum Ausdruck kommen, tatsächlich in der Weltgeschichte zur Aeusserung gelangt sind, und wie das philosophisch-metaphysische Erkennen gleichen Schritt mit der Entwickelung des religiösen Bewusstseins gehalten hat, sucht nun der Verfasser dokumentarisch und chronologisch nachzuweisen.

Die Religion zeigt sich, wie wir sahen, nach Dorner als ein beurteilendes Verhältnis des ganzen intelligenten Menschen zu einer transzendenten Realität. Dass diese Weltrealität mit einem Gott, d. h. mit einem auf sich selbst beruhenden, schöpferisch-realen Wesen zusammenfällt, hat die »Metaphysik der Religion« zu beweisen. »Wenn es richtig ist,« — schreibt Dorner —, »dass der gemeinsame Kern aller Religion darin besteht, dass man sich aus den Grundsätzen, in die das Ich empirisch verstrickt ist, dadurch rettet, dass man diese Gegensätze in eine Realität ausgeglichen weiss, die über dem Ich und der Aussenwelt, mit der das Ich zu tun hat, steht, wenn die Religion, wie sie sonst motiviert sei, immer auf eine solche Realität zurückgeht, so kommt alles darauf an, zu erkennen, dass diese Realität wirklich existiert.«

Mit der blossen Annahme einer transzendenten Realität kann jedoch der Verfasser in seiner »Metaphysik der Religion« nicht auskommen. Es muss noch die Realität des Ich vorausgesetzt werden. Denn »ohne relativ selbständige Ichpunkte, welche die Gottheit beseelen kann, kann von Religion keine Rede sein«. Mit diesem Gedanken steht unter anderem der Unsterblichkeitsgedanke im Zusammenhang. Unsterblich aber ist nach Dorner das Ich insofern, als es vom Körper unabhängig ist. Dazu gehört das Selbstbewusstsein, das Selbstfühlen und -denken, kurzum, die geistige Aktivität. »Die Existenz des Ich hängt nicht vom Ich ab, sondern die A r t seiner Betätigung. Dass das Selbstbewusstsein vollkommen durch körperliche Einflüsse gestört werden könne, wird man nicht beweisen können, wenn es auch vorübergehend gestört werden kann.« »Wenn aber das Selbstbewusstsein« — fährt der Verfasser fort — »nicht durch den Körper hervorgebracht, sondern die Tätigkeit des Ich nur durch den Körper in bestimmte Bahnen geleitet werden . . . kann, so ist gegen die Möglichkeit der Unsterblichkeit nichts einzuwenden.« »Nur kann man vielleicht sagen, dass der unsterbliche Teil des Ich in irgend welcher Weise sich einen neuen Organismus anbildet.« —

Nachdem wir die Grundansicht der Dornerschen Religionsphilosophie gewonnen haben, sei es angebracht, einige kritische Bemerkungen anzufügen. Es ist wahr, dass alle Religionen dem Wesen nach einander gleich sind und

dass sie alle darauf hinausgehen, das Ich über die Gegensätze zwischen dem inneren und äusseren Leben, zwischen den verschiedenen Stadien des eigenen Ich, kurzum, über die tragisch gefährlichen Lebenskonflikte und über die historisch geschaffene Unsicherheit im Leben als solchem — über die die Realität der Persönlichkeit zerrüttenden Lebensereignisse hinauszubringen. Zu diesem Zwecke aber kann und braucht die Individualität keineswegs in ein Verhältnis zu einer transzendenten Realität resp. zu einem über dem Ich und seiner Welt stehenden »Gott« zu treten. Der höchste Grad eines solchen Verhältnisses, d. h. die von Dorner angestrebte »Gottmenschlichkeit« würde die Auflösung des realen Ichpunktes selbst bedeuten, würde, mit anderen Worten, das religiöse Verhältnis selbst in Frage stellen. Ein Verhältnis des Ich zu einer »Realität«, zu einem »Gott«, das letzten Endes das betreffende Ich zum Opfer verurteilt, kann aber nicht als höchster Grund der Realität dieses Ichs angesehen werden. Damit ist also die contradictio in adjecto aufgedeckt, die in Dorners Grundgedanken steckt. Aus den eisernen Konsequenzen dieses inneren Widerspruches rettet man sich aber durch die vollkommene Absage an die Transzendenz-Annahme. Das religiöse Vermögen hat man dann in die Verhältnisse der sich als real wissenden Individualitäten zueinander zu verlegen. Je individueller und realer die Menschenwesen sich wissen, desto religiöser gestaltet sich ihr Verhältnis zueinander, desto mehr nimmt der wunderbare Spruch Feuerbachs: »Homo homini deus est« an Wahrheit zu. Das Sichrealwissen, auf das Dorner das Hauptgewicht legt, schaffen wir selbst, wir als Kulturwesen. Und der tiefere Sinn des Neuen Testaments besteht auch eben darin, dass wir, wenn wir uns unserer Bestimmung als Menschen (als Kulturwesen würden wir sagen) bewusst werden, wir auch infolgedessen das »göttliche Ewigkeitsleben« schaffen. Unser Gegensatz zu Dorner besteht hier darin, dass wir keine Transzendenz resp. Gott zu hypostasieren brauchen, dem die Erscheinungswelt angeblich ihre Realität entnimmt. In Wirklichkeit aber sind die Realitäten insofern da, inwiefern sie vom Bewusstsein inauguriert werden.

Für Dorner jedoch, der über den uralten Dualismus zwischen »Diesseits« und »Jenseits« nicht hinaus kann, für den ferner das religiöse Leben im Grunde im metaphysischen Erkennen aufgeht, genügt all das nicht. Für ihn, dessen »Gottmenschheit« stark an die katholische »Harmonie« zwischen Transzendenz und Immanenz erinnert, muss ein Gott als eins mit der sogenannten metaphysischen Realität anerkannt werden. Demgemäss widmet er den Beweisen für die Eistenz Gottes mehr als fünfzig Seiten. Schade um den Scharfsinn, der hier aufgewendet wurde. — Das Ziel Dorners ist unserer Ansicht nach auch ein verfehltes. Denn zwischen »Metaphysik« und Religionsphilosophie ist eine scharfe Grenze zu ziehen. Die Probleme, die Dorner als religionsphilosophische ausgibt, fallen zum grossen Teil in den Rahmen einer allgemeinen Metaphysik. Aber der Grund solcher Begriffsverwechselung ist kein zufälliger. Er hängt zusammen mit einer alten Richtung, mit dem Standpunkt der Mystiker und der Rationalisten, wonach Gotteserkenntnis den Inhalt des religiösen Lebens ausmache. Auch im folgenden Abschnitt des Werkes, der von der Psychologie des religiösen Subjekts, d. h. vom religiösen Glauben handelt, vermochten wir den greifbaren Unterschied zwischen religiösem Leben und metaphysischem Erkennen nicht zu finden.

Es ist sehr interessant, zu bemerken, wie das alte rationalistische Denken der auf das konkrete Leben gerichteten Tendenz nach in nahe Berührung mit der allerneuesten sog. reinempirischen Betrachtungsweise kommt. Die Philosophen, die den Geist im Dienste eines angeblich unmittelbar wahrgenommenen Seins wissen wollen (die »Empiristen«), und diejenigen, welche das Leben mit dem Denken identifizieren und so im Intellektualismus erwürgen, sind kulturphilosophisch gleich einzuschätzen. Beide Richtungen fallen vor Abstraktionen auf die Knie.

Es ist uns leider hier nicht möglich, den reichen Inhalt des Dornerschen Werkes zu erschöpfen. Fast die Hälfte des Buches handelt von den Aeusserungen des Glaubens, von Kultur, vom Verhältnis der Religion zur Kunst, Ethik u. dergl. Die Kunst kann nach Dorner den Kultus nicht ersetzen. In der Kunst — schreibt Dorner ganz unrichtig — »will man schönen Schein«, im

Kultus aber will man »mit der Gottheit selbst verkehren«, man will dort »gottmenschliches« Leben realisieren, kurz und gut, man will die Wahrheit. Aber der organisierte Kultus, wie z. B. die Kirche, ist nicht immer imstande, die »gottmenschliche Gesinnung« aufrecht zu erhalten. »Es besteht eben die grosse Gefahr — sagt der protestantische Theologe —, dass die für sich organisierten Kirchen direkt und indirekt einen Zwang auf die Gewissen ausüben, die Menschen in Unselbständigkeit und in engem Gesichtskreise erhalten und entweder darauf ausgehen, die anderen Gebiete zu beherrschen oder sie gleichgültig behandeln«. (S. 402 ff.) »Das Reich Gottes pflanzt sich durch die Personen fort, die die Reichgottesgesinnung haben und diese überall in ihrem Handeln betätigen . . .« Denn »das Reich Gottes umfasst alle sittlichen Güter unter religiösem Aspekte«. Aber solange die Konzentration der religiösen Gesinnung vielfach noch gar nicht vorhanden ist — fügt bald darauf Dorner hinzu — wird auch die Religion der Gottmenschheit »Notkirchen« zur Bildung der Gesinnung brauchen. Daraus folgt, dass man die Kirche in Zukunft wohl wird entbehren können, sie aber heutzutage noch erhalten werden müsse. Ein sehr interessantes Zugeständnis eines der bedeutendsten Philosophen des kirchlichen Protestantismus! Nicht umsonst posaunen jetzt die Theologen das Lied von der »Abtrünnigkeit« Dorners in alle Welt hinaus. In Wahrheit aber ist Dorner in seinen praktischen Bestrebungen der konsequenteste Ausläufer derjenigen grossen Bewegung, die mit der deutschen Reformation geboren wurde. In dieser Beziehung ist eine gründliche Auseinandersetzung des Protestantismus mit dem »Mittelalter« resp. mit dem Katholizismus nicht zu verkennen. Die Regalien der kirchlichen Gemeinde werden dem sozialen Menschen übergeben. Aber in seinem theoretischen Teile zahlt Dorner leider, wie wir sahen, Tribut an die dualistische Philosophie des Katholizismus. Und auch darin äussert sich eine gewisse Tendenz des Zeitalters. Auf solche Weise bleibt Dorner beim Widerspruch zwischen Theorie und Praxis bestehen, wie es auch sonst im protestantisch-liberalen Zeitalter üblich ist.

Wie der Leser aus unserem Bericht ersieht, findet er in Dorners Werk durchgearbeitetes religionsgeschichtliches und -philosophisches Material. Auch sonstige Anregungen bietet das Buch. Das Verzeichnis der hauptsächlichsten religionsphilosophischen und -geschichtlichen Literatur, das dem Werke vorausgeschickt wird, verdient besondere Beachtung. Wir dürfen wohl die Arbeit als Orientierungsquelle für Religionsprobleme auch weiteren Kreisen empfehlen. Denn die Zeit ist doch hoffentlich bald vorbei, wo man das Religionsproblem nur als interne Angelegenheit der theologischen Fakultäten und als Beschäftigung einiger Sonderlinge gelten liess. Was die einzelnen Denker nicht einzuprägen vermochten, das wird wohl die bevorstehende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem politischen Katholizismus ad oculos demonstrieren. *Brand.*

Handlungsgehilfen. Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen. Sitz Hamburg. Bericht über die 4. Geschäftsperiode 1902-1903 und Protokoll der 4. Generalversammlung, abgehalten am 22. und 23. Mai (Pfingsten) 1904 in Magdeburg. Hamburg 1904, Max Josephson. 72 S. 8°. Pries 30 Pf.

Gibt Auskunft über die Entwickelung der bezeichneten Organisation und enthält wertvolles Material über die Lage der Handlungsgehilfen und die Forderungen desjenigen Teils derselben, der mit dieser Organisation auf dem Boden der sozialistischen Arbeiterbewegung steht.

Jüdische Arbeiter. Die Tätigkeit des Allgem. jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Russland (»Bund«) nach seinem IV. Parteitag. Bericht für den Internationalen sozialistischen Kongress in Amsterdam. Genf, August 1904, Imprimerie Israélite. 32 S. 8°.

Der Allg. jüdische Arbeiterbund bildet einen nicht unbedeutenden Bruchteil der organisierten Arbeiter des Zarenreichs. Er hat sich ausserhalb der russischen sozialdemokratischen Partei gestellt, weil diese ihm nicht diejenige Selbständigkeit zugestand, welche er für die erspriessliche Organisationsarbeit in der so zahlreichen jüdischen Arbeiterschaft der westlichen Landesteile Russlands für erforderlich hält. Er verfolgt aber sozialdemokratische Ziele und

nimmt schroff gegen die nationaljüdischen Bewegungen (›Zionismus‹) Stellung. Darüber und über die Ausbreitung und Kämpfe des ›Bundes‹ gibt der vorliegende Bericht Auskunft.

Kolb, Alfred, Regierungsrat: **Als Arbeiter in Amerika.** Unter deutsch-amerikanischen Grossstadtproletariern. Berlin 1904. Verlag der Hofbuchhandlung Karl Siegismund. 142 Seiten Gross-Oktav. Preis: 3 Mk.

Dieses Buch hat gleich bei seinem Erscheinen Aufsehen erregt und ernsthafte Beachtung gefunden. Wohl mit Recht. Denn es ist in der Tat nichts Gewöhnliches, dass ein deutscher Regierungsrat auf einer Urlaubsreise sich unter hart arbeitende Proletarier begibt und freiwillig deren schweres Leben zu dem seinigen macht. Schon der Gedanke, auf diesem Wege, und nicht durch amtliche Enquêten, Berichte und Verordnungen, einzudringen in das Leben und die Gedankenwelt der von den offiziellen Kreisen so ganz und gar getrennten, mit der Hand arbeitenden Schichten der Gesellschaft — bei einem Seelenhirten, wie früher Göhre, vielleicht noch begreiflich — ist bei einem deutschen höheren Beamten sicherlich ein Zeichen origineller Denkart und ehrlicher Empfindung. Jedenfalls ist solch eine Tat wohl noch etwas höher zu bewerten, als wenn ein preussischer Eisenbahnminister incognito IV. Klasse fährt — was von regierungstreuen Blättern auch schon als sozialpolitischer Opfermut, von manchen gut konservativen sogar als bedenkliche revolutionäre Neigung angesehen wurde. Wenn hier und da in der sozialdemokratischen Presse dem Regierungsrat vorgehalten wurde, er hätte seine Studien wohl auch in dem nähergelegenen Deutschland, statt in dem fernen Amerika, anstellen können, so sind vielleicht seine Motive nicht ganz richtig eingeschätzt worden. Der Regierungsrat wollte wohl den Arbeiter ›an sich‹ kennen lernen, unberührt von theoretisch-politischer Einwirkung und Aufklärung, nur bewegt durch sein wirtschaftliches Interesse, nur geformt durch sein soziales Milieu. In Deutschland aber — das fühlte wohl der Regierungsrat, der auch hierin von der Denkweise seiner Kaste abwich — ist die Arbeiterschaft dermassen eng mit der Sozialdemokratie verknüpft und verwoben, dass ein Auseinanderhalten von Arbeiter- und politischem Denken unmöglich ist (auch bei den ›unpolitischen‹ katholischen etc. Arbeitern, die eben durch die Hetze gegen die Sozialdemokratie ihrer politischen Unbefangenheit beraubt werden). Dass in den Vereinigten Staaten die Verhältnisse vorläufig ganz anders liegen, war unserem Regierungsrat sicherlich bekannt. Und daher schien ihm wohl der dortige Boden das geeignetere Objekt für seine Studien.

Und gleichwohl kam es auch dort ganz anders, als der Regierungsrat anfänglich sich's gedacht hatte. Die amerikanische Arbeiterschaft, unbeeinflusst von sozialdemokratischer Agitation und Doktrin, sollte ihm deren Ueberflüssigkeit und Schädlichkeit beweisen helfen. Auch hier ist aus dem Saulus ein Paulus geworden. Freilich kein Sozialdemokrat. Eine derartige Wandlung erfordert wohl stärkeres Nachdenken, tiefere Beobachtung, grössere Kenntnisse, als der Regierungsrat in der kurzen Zeit bis zur Rückkehr zum grünen Tisch sammeln konnte. Aber der Horizont ist ein weiterer geworden, Vorurteile sind geschwunden, die Begrenztheit der vorgefassten Meinungen hat sich offenbart, das ganze Weltbild ist ein anderes geworden. Der Regierungsrat muss gestehen: ›Nicht unparteiisch, sondern mit vorgefasster An- und Absicht war ich dabei zu Werk gegangen. Fremd, ablehnend stand ich der modernen Arbeiterbewegung gegenüber. Gegen sie und gegen die, welche ihr Vorschub leisten, wollte ich Material gewinnen im Umgang mit dem ihr gleichfalls abholden, sozialpolitisch indifferenten Proletariat der Vereinigten Staaten. . . . . Mir ist geschehen, wie wohl jedem aus unseren Reihen, der ehrlich um diese Fragen sich müht: Ich fand Probleme, wo ich Axiome wähnte. Manche Wünsche unserer Arbeiterschaft, die ich vordem verständnislos überhörte, halte ich heute für ernstlich diskutabel.‹ Das ist ein offenes und mutiges und für Sozialdemokraten wertvolles Bekenntnis. Der Mann, der so weit kommen konnte, es abzulegen, verdient, in Ansehung aller Umstände, erhebliche Anerkennung, mag man im übrigen sich auch sehr kritisch zu dem Buch selbst verhalten.

Solcher Kritik bedarf es in der Tat. Es ist dem Autor nicht gelungen, sein gutes, ehrliches Wollen in eine entsprechende Leistung umzusetzen. Das Buch ist uneinheitlich in seinem Aufbau. Es ist interessant durch eine Menge Details, ermangelt indes des stärkeren Reizes in der Gesamtwirkung. Die Darstellung ist nicht zwingend; sie ist vor allem zu wenig plastisch. Wir müssen den Sinn der Worte erst mühsam rekonstruieren, und oft werden wir verwirrt durch die Widersprüche in den Einzelheiten. Zuweilen gerät es dem Autor nicht, in uns das Bild dessen hervorzurufen, was er gesehen und geben will. Schilderungen, die nach dem ganzen Zusammenhange uns etwas Schlimmes, Düsteres vermitteln sollen, erscheinen uns gar nicht aufregend; andere wiederum, die uns die vergleichsweise günstige Lage des amerikanischen Arbeiters klar machen sollen, erscheinen uns grau in grau, trostlos. Vielleicht ist dies auch der feinere Reiz des Tatsächlichen, das, statt durch das Medium des Beobachters hindurchzugehen, über das selbe hinweg direkt zu uns spricht und anders, als zu jenem Beobachter, dem die mangelnde Distanz die Perspektive raubt.

Gleichwohl fehlt es dem Verfasser nun nicht etwa gänzlich an der Schärfe des künstlerischen Sehens, wie des wissenschaftlichen Erkennens. Nur ist beides allzu sehr moderiert, zuweilen aber gerade darum dem Gegenstande angemessen: weniger grosse Kontraste, als Stumpfheit und Oede. Niemand wird das Buch ohne Nutzen lesen. Es ist lehrreich und anregend, und manche Einzelheit erhebt sich auf das Niveau von fest umrissenen Bildern, die in dem Leser haften bleiben. Wie unser Arbeiter-Regierungsrat und zwei andere abgerackerte Proletarier, die ehemals drüben in Europa ganz anderen Ständen angehört haben, in dem schmutzigen »Saloon« unter Trinkenden und Schreienden beisammen sitzen und über Hegel disputieren — das ist nun nicht etwa so in die Tiefe der Seele gehend, wie jene ergreifend-ewige Stelle aus dem Dostojewskij, wo der Mörder und die Dirne gebeugt sitzen über der heiligen Schrift, aber es ist doch ein leiser Anklang jener Stimmung zu spüren, freilich nüchterner, amerikanischer.

Und eine feine psychologische Bemerkung findet sich in dem Buch, die so recht eigentlich den Gesichtspunkt abgeben sollte, von dem aus wir das Ganze zu betrachten haben. Wie der Regierungsrat die Misère des Proletarierloses, die schwere, schwere Arbeit kennen lernt und fast erdrückt wird von ihr, da meint er: »Man halte mir nicht entgegen, dass mich, den Neuling, die ungewohnte Arbeit dreifach schwer drückte. Das weiss ich selber. Aber ebenso weiss ich: auch meine Kameraden litten darunter. Ja, in gewissem Sinne noch schwerer. Mir, der ich bloss ins Hotel zu fahren brauchte, um mit anderen Kleidern einen anderen Menschen anzuziehen, mir wahrte das Bewusstsein, die ganze Misère jeden Augenblick von mir werfen zu können, einen Rest von Spannkraft, der jenen armen Teufeln unter dem pressenden Druck der Verhältnisse längst erloschen war.« (pag. 64.) Ja, das ist es. Alle diese Experimente des Ins-Volk-Gehens können die Bessergestellten vieles lehren, können sie von manchen Vorurteilen befreien: die eigentlich psychische Grundstimmung, das Bewusstsein der Trostlosigkeit können sie doch nicht erzeugen. Ja, ins Hotel fahren und einen anderen Menschen anziehen, wer das könnte! Das können die Proletarier eben nicht. Und diese Grundstimmung ist das eigentliche Kennzeichen der grosskapitalistischen Aera, sie ist die Stimmung des Proletariats als Klasse. Nicht mehr ein Durchgangsstadium bildet unter grosskapitalischem Regime den Arbeitern ihr Dasein als Lohnarbeiter, nicht mehr ein Uebergang zur Selbständigmachung, zu einer anderen sozialen Funktion. Die Lohnarbeit ist vielmehr für sie äternisiert. Und wie diese Erkenntnis in einem niederen Stadium sie zur dumpfen, verzweifelnden Hoffnungslosigkeit führt, so in einem höheren zum Bewusstsein ihrer sozialen Aufgabe als Klasse, zur Höherentwickelung dieser Klasse selber im Kampf mit den anderen. Und so bringt unser Regierungsrat uns schliesslich doch als getreuer Führer in das Land der sozialistischen Gedanken, während er selbst wieder zu seinen Akten zurückkehrt und ihm schon die Erinnerung zu verblassen beginnt »an die Zeit, wo er Barrels rollte und Frontwheels fixte am schmutzigen Ufer des Michigan«. *Josef Bloch.*

Poersch, Bruno. **Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik.** Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten. Zweite Flugschrift. Berlin 1904. Selbstverlag des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten. 26 S. 8°.

Diese Schrift behandelt im wesentlichen den Grenzstreit des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit den gewerkschaftlichen Berufsorganisationen. Ein grosser Teil der von den Gemeinden und vom Staat beschäftigten Arbeiter gehören Berufen an, für welche gewerkschaftliche Berufsorganisationen bestehen. Sollen sie nun diesen Gewerkschaften beitreten oder dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband? Die Gewerkschaften verlangen unter Geltendmachung der Berufssolidarität das erstere, der in Frage kommende Verband aber reklamiert sie, unter Hinweis auf das eigenartige Arbeitsverhältnis der Arbeiter, die Angestellte des Gemeinwesens sind, für sich, da aus solchem Arbeitsverhältnis sich auch eine andere Taktik als die der übrigen Gewerkschaften ergebe. Für die Gemeinde- und Staatsarbeiter könne und dürfe die Arbeitseinstellung nur in äussersten Notfällen in Betracht kommen. Ihre Stellung als Angestellte der Oeffentlichkeit verweise sie vornehmlich auf den Weg des Verhandelns mit deren Vertretungsgruppen (Arbeitervertreter) und Behörden, auf Petitionen und dergleichen. Tatsächlich gehöre auch nur ein sehr geringer Prozentsatz dieser Arbeiter den gewerkschaftlichen Berufsverbänden an, was an sich schon die Notwendigkeit einer spezifischen Organisation für sie beweise. Demgemäss hält sich der Verband für berechtigt, unter allen Gemeinde- und Staatsarbeitern Mitglieder zu werben, von denen weniger als zehn Prozent berufsgenossenschaftlich organisiert sind — eine Auffassung, die ihn in Konflikt mit der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften gebracht hat.

Für den Aussenstehenden ist es nicht leicht, zu diesem Konflikt Stellung zu nehmen. Es liegt hier eine Art kantischer Antinonomie vor. Beide Teile können für ihre Auffassung triftige Gründe ins Feld führen. Im ganzen sprechen aber doch viele Gründe dagegen, dass man Arbeiter ein und derselben Berufsgruppe in zwei getrennte Lager teilt: Arbeiter in Privatbetrieben und Arbeiter in Gemeindebetrieben unterscheidet. Davon sollte man wenigstens bei solchen Arbeitern absehen, für die starke, leistungsfähige Berufsverbände bestehen. Der Buchbinder im Gemeinde- oder Staatsdienst hat mit dem Buchbinder im Privatunternehmen gewerkschaftlich mehr Interessen gemein, als etwa mit dem im Gemeinde- oder Staatsdienst beschäftigten Gartenarbeiter. Was ihn mit diesem verbindet, sind spezifische Fragen subsidiärer Natur, und vielleicht ist die Lösung des bezeichnenden Konflikts auch darin zu finden, dass man das Verhältnis des Verbandes der Gemeinde- etc. Arbeiter zu den reinen Gewerkschaften so betrachtet und regelt, wie das der Zuschussversicherungen zu den allgemeinen Versicherungskassen.

Reusner, M. von, ehemalig. Professor des Staatsrechts an der Universität Tomsk: **Gemeinwohl und Absolutismus.** Friedrich Gottheimers Verlag, Berlin-Charlottenburg. 137 S. 8°. Preis: 4 Mk.

Der Autor bekämpft in dieser staatsrechtlichen Abhandlung die Auffassung, dass Russland ausserhalb des Kreises europäischer Ideen und europäischer Geschichte stehe. Selbst die Gesetzgebung unterliege dem gleichen Laufe der Entwickelung, den der europäische Westen durchlief; die Grundlagen des politischen Lebens in Russland seien keineswegs auf byzantinische oder altrömische Zeiten oder gar auf das asiatische Chanat zurückzuführen. — Der europäische Absolutismus hatte bei seinem Auftreten gegen die ständigen, feudalen Privatinteressen das Gemeinwohl auf die Fahne geschrieben, seine grossen Theoretiker (Hobbes, Bossuet) argumentierten damit, und aufs ausdrücklichste bekannten sich Friedrich II. und Ludwig XIV. als Diener des Staates oder gar ihrer Untertanen. Dieselben Ideen finden sich in den Manifesten der russischen Selbstherrscher, von der grossen Katherina bis auf den kleinen Nicolaus, und in den Büchern russischer Autoritäten des Rechts. Aber mehr als »ein ideales Gerüst von hohem wissenschaftlichen Interesse«, wie Prof.

v. Reusner sie nennt, ist in den Grundsätzen des »neuen« (oder »aufgeklärten«) Absolutismus nicht zu erblicken. Der absolute Staat, der das Wohl aller Staatseinwohner sich als Zweck setzte, führte nach Reusner zur Vernichtung der individuellen Berechtigung. Erst dem modernen Rechtsstaat sei es vorbehalten, die Entwickelung des wertvollen Erbes zu fördern, nachdem infolge des Vordringens der Kultur des Individuums einerseits und des Anwachsens der Polizei- und Beamtenmacht andererseits »der Gegensatz zwischen den theoretischen Grundlagen der Selbstherrschaft und ihrer wirklichen Gestalt immer entschiedener wird«. — Stimmt nun die Parallele zwischen Westeuropa und Russland, auch im grossen und ganzen, so hätte es doch vor allem der Hinzufügung in Bezug auf die Praxis bedurft, dass ihr Gegensatz zur menschenfreundlichen Theorie nirgends sich zu solch einem weitumfassenden und tiefdringenden Missstand auswuchs, wie in Russland, und dass der Absolutismus sich nirgends zu solch einer byzantinisch treulosen und grausamen Bestie entwickelte, wie in der Praktik des Zarats.

Im theoretischen Interesse bedarf es noch eines Verweilens bei den wertvollen und schönen Ausführungen Reusners über das sogenannte Naturrecht. Der Historismus hat die auf Rousseaus Vertragstheorie zurückführende Lehre längst zu Grabe getragen, es fehlte und es fehlt noch heute nicht an billigem Spott darüber, dass etwa die Wilden eines Tages zu einem notariellen Vertrage zusammengekommen sein sollten. Reusner kritisiert und klärt dieses »gegenseitige Nichtverstehen« zweier Epochen. Er führt aus, dass unter dem »natürlichen Menschen« des Naturrechts sehr zu Unrecht ein Höhlenbewohner oder federngeschmückter Wilder zuweilen von den Vernichtern des Naturrechts erblickt wurde, sondern dass unter diesem »Naturmenschen« kein anderer zu verstehen ist, als der »Mensch überhaupt, ein abstrakter Mensch, in welchem vermöge eines gewissen psychologischen Weglassungsprozesses die Grundzüge des Menschen zusammengefasst sind«, ein Exemplar also, das »in unserer Gegenwart wirklich vorhanden ist und die notwendige Voraussetzung aller Regulative, namentlich aber jeder allgemeinen juridischen Vorschrift bildet«. *F. L—r.*

Ruedebusch, Emil F.: **Die Eigenen.** Tendenzroman für freie Geister. Berlin, Verlag von Johannes Räde.

Ein neuer Staatsroman, eine neue Utopie! Freilich: anders als sonst in Menschenköpfen malt sich in diesem Kopf die Welt! Nicht der Kampf ums Brot, sondern der Kampf um die Liebe, nicht soziale, sondern sexuelle Interessen geben hier der »Gesellschaft der Eigenen« Anlass zur Gründung eines neuen, genossenschaftlichen Staatswesens. Neben der Arbeit ist auch die Liebe zwischen Mann und Weib genossenschaftlich organisiert. Jedem Manne steht es frei, um jedes Weib jederzeit zu werben — und umgekehrt. Jeder kann sich versagen oder hingeben: ein wirkliches Privateigentum gibt es hier in der Liebe nicht. — Obwohl das Buch nicht ohne Ernst geschrieben ist, entbehrt es doch wahrhaft tiefer Gedanken und schiesst weit, weit ins gelobte Land Utopien hinein. Die wichtige Frage der Kindererziehung ist ganz verfehlt behandelt. Eine Lösung der sozialen Frage wird auf Grund freier und freiwilliger Organisation versucht; der Kapitalismus bleibt so bestehen; Verstaatlichung (Sozialismus) wird von der Hand gewiesen. Nur ganz in der Ferne winkt als Ideal der Kommunismus . . . Das sind die Gedanken, die hier in Romanform uns »offenbart« werden. Die Liebe und nicht der Hunger ist Schöpfer des neuen Staates. Neu ist auch dieses nicht. Nur dürfte auf so — idealer Grundlage schliesslich der Erfolg mangeln! *f—l.*

Sombart, Werner: **Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert.** (Band VII von »Das 19. Jahrhundert in Deutschlands Entwickelung«.) Berlin 1903, Georg Bondi. 647 S. gr. 8°.

In diesem Buch, als dem siebenten Bande der bekannten Sammlung »Das neunzehnte Jahrhundert in Deutschlands Entwickelung«, hatte der Autor sein Wissen in eine allgemeinverständliche Form zu bringen. Da muss es denn gesagt werden, dass für das gleiche Thema unter gleicher Bedingung ein passenderer Gelehrter als Sombart wohl kaum hätte gefunden werden können.

Mit jeder Seite festigt sich uns hier die Erkenntnis einer seltenen Einheit von sicherem Wissen und grosser literarischer Kunst und Fertigkeit. Mit prächtiger Laune stürzt sich der Autor geradezu in den freundlichen Ton des Plauderers, redet schon gleich im vorangeschickten Literaturnachweis zur »verehrten Freundin« und erlustigt sich und den Leser immer wieder durch reichliche Anwendung der ironischen »captatio benevolentiae«, in der Art, wie man sie etwa in humorvollen, romantischen Dichtungen gehandhabt sieht. So werden einem oft die trockensten Materien schmerzlos beigebracht.

Auf einer Reise per »Postschnecke« durch das Deutschland vor 100 Jahren lernen wir mit Beginn des Buches die gute alte Zeit kennen, und an diese Fahrt schliessen sich die Kapitel über die äussere Struktur und die innere Organisation des alten Wirtschaftslebens an. Im zweiten Buche folgt zunächst eine kurze Untersuchung der zur neuen Zeit treibenden Kräfte. Sie sind zu sehen in den kapitalistischen Interessen und in dem Sichgeltendmachen der Idee des »laissez faire«, der privaten Initiative an Stelle derjenigen der Bureaukratie. Die Elemente der neuen Wirtschaft erfahren alsdann eine ziemlich eingehende Charakteristik, wobei besonders die geistreichen vorurteilsfreien Ausführungen zum Volkscharakter und der Gedanke der inneren Einheit aller Erscheinungen auf technischem Gebiete, sowie die sich eröffnende Einsicht in die Wechselbeziehung zwischen Kapitalwirtschaft und moderner Technik fesseln. — Das dritte Buch zeigt ausführlich den Werdegang der einzelnen Zweige der modernen deutschen Volkswirtschaft und ihr Auftreten auf dem Weltmarkt. Das vierte und letzte beschäftigt sich mit den Grundzügen des nunmehr Gewordenen und geht ein auf die geistigen und sozialen Verhältnisse, wie sie durch die vollzogene, gründliche Veränderung des Wirtschaftslebens sich gestalteten.

Hier findet sich — da Sombart die Klassenscheidung in »Unterdrücker und Unterdrückte« für ungenügend hält und die Bourgeoisie durchaus von Kleinbourgeosie und »Gentilhommerie« unterschieden wissen will — eine glänzend formulierte, psychologisch sehr interessante und treffende Unterscheidung zwischen kapitalistischem und feudalem Wirtschaftsgeiste. Daneben hat auch eine recht persönliche Stellungnahme zum Sozialismus Platz gefunden, die man anstaunen muss wie einen seltenen Vogel. Als Gelehrter ist Sombart nicht imstande, der sozialistischen Idee zu zürnen, er ist ein durchaus freier Denker und spricht es aus, die moderne Arbeiterbewegung könne »in der Anschauungswelt des Proletariats nur ein Ziel haben: Die Befreiung vom Kapitalismus durch die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung, die technisch auf höchster Stufenleiter steht (um die Masse ernähren zu können), aber der kapitalistischen Spitze entbehrt, also eine Bedarfsdeckungswirtschaft mit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln.« — Aber Sombart hat noch eine zweite Seele, die ausschliesslich ästhetisch und offenbar aufs Dekorative gerichtet ist. Vom Sozialismus heisst es deshalb, dass »der Zauber des ersten leidenschaftlichen Auftretens« »dahin« sei, die Quantität habe die Qualität ersetzt, er sei »langweilig« geworden und ihm fehle jetzt das Revolutionäre.

Diese äusserliche Auffassung der Begriffe des Revolutionären und der leidenschaftlichen, begeisterten Tätigkeit kann indessen bei einem Denker von der Art Sombarts keinen Einfluss auf die wissenschaftlichen Resultate seiner Arbeit haben, und dieses Hervortönen einer Stimmung hat denn auch dem Werte des Buches keinen wesentlichen Schaden getan. Es ist und bleibt ein sehr zu empfehlendes wissenschaftliches Bildungs- und Belehrungsmittel. Die Stimmung, oder genauer ausgedrückt Verstimmung ist übrigens nur allzu verzeihlich zu einer Zeit, in der jede Schande sich verlockend und vornehm zu drapieren gelernt hat, während der einzige lichte und vernunftgemässe Gedanke, geknechtet und entrechtet, den mühevollsten Kampf zu kämpfen hat, der oft unscheinbare Formen annimmt. F. L—r.

Steindamm, Dr. Johannes: **Die Besteuerung der Warenhäuser.** (Heft 21 der »Rechts- und staatswissenschaftlichen Studien«.) Verlag von E. Ebering, Berlin.

Der Verfasser, der den ersten Teil dieser Arbeit auch als Berliner Dissertation hat erscheinen lassen, will in seinem Buche nur zur Steuerfrage, die ja nach wie vor aktuell ist, Stellung nehmen. Die volkswirtschaft-

lichen Vor- und Nachteile des Warenhausbetriebes übergeht er. Er legt die geschichtliche Entwickelung des Kampfes gegen die Warenhäuser dar. Frankreich, England, Amerika und dann vornehmlich Deutschland zieht er in den Kreis der Behandlung. In Frankreich hat man so gut wie nichts erreicht. In England ist der Kampf gegen das Warenhaus nie sehr stark gewesen. In den Vereinigten Staaten ist nur, soweit bekannt, in Illinois und Missouri eine Steuer eingeführt, die allerdings fast Erdrosselungscharakter trägt. Sonst spürt man wenig von einer erfolgreichen Bekämpfung der amerikanischen Riesenunternehmungen. Dann werden die verschiedenen Standpunkte der deutschen Regierungen charakterisiert. Steindamm kommt zu dem Ergebnis, dass rechtlich gegen eine Warenhaussteuer nichts einzuwenden sei, dass einer solchen aber zahllose technische Schwierigkeiten (welches Gesetz übrigens hätte die nicht?) im Wege ständen. Er resigniert schliesslich mit der Meinung, dass eine erfolgreiche und doch einwandsfreie Besteuerung der Grossmagazine nicht möglich sei: viel aufgewandte Kraft und kein Erfolg. *f—l.*

Ungarn. Aus der Geschichte der ungarländischen Arbeiterbewegung. Bericht zum Internationalen sozialistischen Arbeiterkongress in Amsterdam 1904. Erstattet vom Sekretariat der sozialdemokratischen Partei Ungarns. Budapest 1904. 60 S. 8°.

Ein Stück politischer und sozialer Geschichte des modernen Ungarn. Der Bericht ist voll interessanter Materialien und insbesondere reich an statistischen Daten. Er enthüllt u. a. eine Fülle von brutalen Vergewaltigungsakten, die in Ungarn unter dem Deckmantel liberaler Einrichtungen begangen werden. Der wesentlich agrarische Charakter Ungarns und die Rückständigkeit des grössten Teils des ungarischen Landvolkes bringen es mit sich, dass die politische Freiheit hier faktisch auf eine Art Feudalherrschaft der wohlhabenden Grundbesitzer hinausläuft, zumal das geltende Wahlsystem die Arbeiterklasse geradezu von den Wahlen ausschliesst. Ungarn zählt bei einer Bevölkerung von rund 20 Millionen nur 1 Million Wähler, nicht ein Vertreter der Arbeiter sitzt im ungarischen Parlament.

Wagner, E. O., **Die Entwickelung der französischen Volksschule im Kampfe gegen die Kongregationen.** Leipzig, Alfred Hahn. 75 S., Preis 1 Mark.

Diese Schrift eines deutschen Schulmannes ist das Resultat einer Studienreise nach dem westlichen Nachbarlande. Sie beleuchtet in knapper und klarer Weise eine charakteristische Seite des grossen kulturellen Aufschwunges in Frankreich und zeigt, wie unter den mehr oder weniger reaktionär-klerikalen Verfassungen der Lehrerstand in seiner geistigen und materiellen Entwickelung zurückgehalten war, und wie er jetzt als natürlicher Feind der Kongregationen, indem er erstarkt, berufen ist, die Position der Demokratie zu befestigen. Das interessante und manche belehrende Einzelheit enthaltende Werkchen ist zugleich ein schönes Zeugnis kultureller Solidarität und Friedensliebe. »Werden wir selbst nicht müde im Fortschreiten«, sagt der Verfasser, »dann können wir uns über die Fortschritte anderer nur freuen«; und er schliesst mit den Worten des Ministers Pelletan: »Das Werk der Menschheit ist ein Werk gemeinsamer Tätigkeit, jedes Volk arbeitet am gemeinsamen Bau, und jede Generation bringt das Werk dem Ideale langsam näher.« — Man sieht: der deutsche Lehrer, so hoch seine Ausbildung heute über dem französischen immer stehen mag, kehrt aus der Fremde nicht ohne geistige Anregung und Gewinn für den Fortschritt heim. Voraussetzung ist allerdings, dass die Empfänglichkeit, wenn auch nur schlumernd, vorhanden ist. Sie dürfte bei manch einem unserer Volksschullehrer wohl da sein. F. L—r.

West, Jul. H.: Offener Brief an Seine Majestät Zar Nikolaus von Russland. **Die neue Kultur und die Warenzölle.** Mit einem Geleitwort von Bertha von Suttner. Berlin, Verlag von Franz Siemenroth. Preis 40 Pfg.

Der Verfasser steht ganz auf manchesterlichem, freihändlerischem Boden. Er huldigt der naiven Anschauung, dass unter der Herrschaft des jetzigen

Kapitalismus die Kriege aufhören werden, sobald nur erst alle Zölle beseitigt sind. Die »liberalen« Gedankengänge, die der Autor geht, sind schon hundertmal vor ihm ausgesprochen worden. Originell ist höchstens die Einkleidung: ein Brief an den russischen Zaren! Ein paar Floskeln aus dem »offenen Brief«, den der Zar tatsächlich entgegengenommen hat, will ich dem Leser nicht vorenthalten. »Niemand auf dem ganzen Erdenrund hat es gegenwärtig in der Hand, die Entwickelung in dem Masse zu fördern, wie Eure Majestät.« — »Das Ziel zu fördern vermögen Eure Kaiserliche Majestät als unumschränkter Herrscher des grossen russischen Reiches in höherem Masse als irgend ein anderer zur Zeit Lebender. Die Entschliessung und der Befehl Eurer Majestät ist absolutes Gesetz in jenem mächtigen Reich etc.« — »Die anderen Völker werden leichter und schneller denselben Weg einschlagen, wenn ein so grosses, mächtiges Reich an der Spitze der Bewegung marschiert.« — »Majestät, geben Sie Ihrem Volk die Zollfreiheit!» — — — Läuft dieser neue Marquis Posa mit verbundenen Augen durch die Welt, oder ist er so naiv? Ist's Ernst, ist's Ironie? Ich weiss es nicht! *f—l.*

2. In französischer Sprache.

Draghicesco, D., docteur de la Faculté des Lettres de l'Université de Paris: **Du rôle de l'individu dans le déterminisme social.** Bibliothèque de Philosophie contemporaire. Paris, Félix Alcan, éditeur. 355 S. 8°. Preis: 7,50 Fr.

Diese weit ausholende, philosophische Studie stellt sich selbst als eine »Korrektur« der naturalistischen, positivistischen oder objektiven Soziologie und Moral vor, wie sie etwa durch Spencer auf liberaler, durch Marx auf sozialistischer Seite vertreten ist. Der Autor nennt sie eine »science rigoureuse«, »die nur vorhersieht, was man schon sieht und schon gesehen hat«. Er will die Soziologie »entnaturalisieren«, »den bewussten, individuellen Willen bis auf den Grund der mechanischen Notwendigkeit der sozialen Bedingungen vordringen lassen und das denkende Individuum in das Herz der sozialen Determination einsetzen, aus ihm die Stütze und den Agenten machen«. An anderer Stelle heisst es zwar: »den Beweger und Leiter«, aber trotz solcher Ungenauigkeiten darf man in dem Autor einen Individualisten sehen, der gewillt ist, seinen Individualismus gewissermassen auf die Kausalität zu pfropfen. Wenn er in seiner Theorie der Persönlichkeit eine grossartige Rolle zuweist, so doch nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, »dass die individuelle Entwickelung im Sinne eines durchdachten, vernünftigen Lebens« vor sich gehe. Dann müsse die Antinomie: Determinismus-Freiheit sich zugunsten eines reinen Individualismus lösen. — Als innerlicher, ernster Individualist erhofft er diesen Fortschritt des Individuums nicht vom praktizierten (liberalen) Individualismus. Den Kommunismus nennt er den jüngeren Bruder des Liberalismus, beide dem Schosse der individualistischen Rechtsdoktrin entsprossen. Beide wollen eigentlich das Glück des Individuums, der Individualismus aber »überlässt dem Individuum die Mühe, sein Glück allein zu bewerkstelligen, auch dann, wenn es dazu absolut unfähig ist; während der Sozialismus ihm helfen will durch Staatseinmischung, was im Grunde so viel heisst wie durch den Beistand anderer befähigterer Individuen«. »Der Unterschied der beiden Doktrinen reduziert sich in letzter Analyse dahin, dass die Individualisten daran vorbei gehen, das Ideal zu verwirklichen, welches sie mit den Sozialisten teilen, während diese auf praktische Anwendung bestehen, was schliesslich beweist, dass bei ihnen die grössere Ehrlichkeit ist.« Auch diese Antinomie: Individuum — Gesellschaft, löst sich also dem Autor zur Synthese, und durch seine Analyse wird ihm ihr Charakter ein »ephemerer». Das gleiche gilt von der dritten Antinomie der Individualitätsfrage, derjenigen: Genie — Masse: Verfasser weist darauf hin, dass notwendig ein Gemeinsames sein muss in Genie und Masse, eine »tiefe Identität«, ein Verschmelzen, da ja das Genie auf die Masse wirkt, und die Masse sich nur mittels des Genies umgestaltet. (Man wird an die wunderbaren Worte Lawrows von den unsicht-

baren Helden des Fortschritts und ihrem Verhältnis zu den Auserwählten erinnert. — Leider wird aber gerade Lawrow nicht herangezogen). Die Lösung dieser dritten Antinomie liegt in der Demokratisierung des Genies, in dem Aufsaugen der sozialen »Substanz der grossen Männer« durch die Massen.

Alle diese Synthesen haben ihren Grund in der Seele des Menschen, und der Hauptteil des Buches ist dem intimen Zusammenhange von Soziologie und Psychologie gewidmet. Einzuwenden ist nur, dass es sich hier, genau genommen, doch um die Seele der Idee des Menschen handelt, und dass die im Kern deduktive Individualitäts- und Freiheitslehre in der Soziologie erst dereinst, wenn diese Seele durch die determinierten Kräfte verwirklicht sein wird, als adequat wird gelten können. Dann aber wird die Lehre, obwohl so deduktiv, doch zugleich eminent positivistisch-empirisch sein! Auch dieser Gegensatz ist »ephemeren Charakters«, um in der Sprache des Autors zu reden. Gerade deshalb aber kann man nur staunen, dass der Autor so beharrlich darauf besteht, die positive Soziologie heftig zu verurteilen und zu bekämpfen. Wenn die Animosität damit erklärt werden soll, dass die positive Soziologie die Theorie einer Uebergangszeit sei, sich aber die Herrschaft über die Ewigkeit anmasse, so hält dieser Gedanke hier nicht Stich. Denn — und das hätte der spekulative Philosoph am allerwenigsten übersehen dürfen — mit dem ethischen Fortschritt und der Befreiung der Individuen wird das Milieu, werden die materiellen Zusammenhänge ebenfalls vergeistigt, und der an sie gebundene »rigorose« Determinismus und Materialismus in der Soziologie muss dann ganz von selbst einen feineren, edleren Inhalt annehmen, ohne dass es des Zerschlagens der Form bedarf. Dann ist eben die positive Methode die allerdeduktivste geworden! Diese Synthese der Methoden hätte der Autor seinen Synthesen der Begriffe zugesellen müssen. Es geht nicht an, der positiven Soziologie sozusagen ihre eigene, in ihr liegende, holdere Zukunft feindlich gegenüber zu stellen. — Zu dem inneren Widerspruch kommt ein äusserlicher, gröberer: Gelegentlich gibt es der Autor ausdrücklich zu, dass der Determinismus noch immer Raum hatte für ein gewisses Wirken der Persönlichkeiten, um an anderen Stellen wieder von fatalistischen Theorien zu sprechen, die die Persönlichkeit gleich Null setzen, und die schon dadurch entwertet seien, dass ihre eigenen Begründer und Bekenner als wollende, agitierende Menschen auftreten. Solche Argumentationen erhöhen natürlich ebensowenig wie die bezeichneten Widersprüche den im übrigen unverkennbaren Wert des Buches. Die so störend wirkende Bitterkeit gilt nicht etwa gerade dem Marxismus, sondern der ganzen modernen, exakten Forschung, inklusive der Psycho-Physiologie. Sie wird, sehr ähnlich wie bei einigen älteren, deutschen Philosophen, verächtlich und spöttisch betrachtet, und es will manchmal scheinen, als stecke der alte eifernde Geist der freien Willenstheorie dahinter, als habe religiöses Gefühl den Wirrwar angerichtet. Schade um diesen Bodensatz in dem Buche der schönen versöhnlichen Synthesen. F. L—r.

Paix, la, et L'Enseignement pacifiste. Leçons professées à l'école des hautes études sociales par *D'Estournelles de Constant*, député de la Sarthe; *Frédéric Passy*, de l'Institut; *H. La Fontaine*, sénateur du royaume de Belgique; *André Weiss*, professeur à la Faculté de droit de Paris; *Emile Bourgeois*, maitre de conferences à l'Ecole normale supérieure; *Georges Lyon*, recteur de l'Academie de Lille; *Charles Richet*, professeur à la Faculté de médecine de Paris. (Bibliothèque des sciences sociales). Paris 1904. Félix Alcan, éditeur. 277 S. Preis: 6 Frcs.

Die vorliegende Sammlung von Vorträgen macht einen guten Eindruck. Leute verschiedener Bildungsberufe bringen hier auf verschiedene Weise, aber überall nicht ohne Ernst, die Idee des Weltfriedens zur Sprache. Das Verhältnis des Friedensgedankens zur Politik, Oekonomie, zum Rechtsleben der Völker, zur Erziehung und Philosophie, wie seine Stellung in der Geschichte wird, wenn auch nicht sehr eingehend, erörtert. Alle Autoren sind begeisterte und überzeugte Fürsprecher einer auf dem Prinzip der Föderation basierenden Weltkultur, leider hat es aber nicht einer von ihnen unternommen, sich gründlich mit den Schwierigkeiten, die sich dem Weltfrieden im Wege stellen, aus-

einander zu setzen. Manche kennen wohl ein Hindernis, das D'Estournelles de Constant in den für Franzosen charakteristischen Satze kleidet: »La Féderation n'est possible qu' après la solution de la question d'Alsace-Lorraine« (pag. 8). Mir gefallen besonders die Abhandlung von Prof. Weiss über das Recht des Friedens und die von Passy: »die dem Frieden entsprechende Erziehung« (»L'éducaiton pacifique«). Das internationale Recht — führt Weiss aus — kann seinem Wesen nach nur ein Recht des Friedens sein. Rom und das Mittelalter kannten bloss das Recht des Krieges, weil die internationalen Beziehungen im eigentlichen Sinne ihnen durchaus fremd waren. Die Ausdehnung des Völkerverkehrs in der Neuzeit bringt uns unwiderruflich dem Rechte des Friedens nahe. Der Verfasser scheint nicht weit vom Gedanken entfernt zu sein, dass mit der allgemeinen Sozialisierung der Kultur auch die Friedensidee an Intensität und Realität zunehmen müsse. Der Pädagoge Passy will, dass die Erziehung in der Schule, besonders der Unterricht in Geschichte, ein fundamental neuer werden soll: die übliche histoire-bataille soll in eine wirkliche Kulturgeschichte, in eine »histoire du travail« umwandelt werden. — Ich kann den Vortrag nur Erfolg wünschen, wenn auch manche Ansicht mich zum Widerspruch herausfordert. Eine eingehende Diskussion des Friedensproblems könnte in unserer Zeit des Krieges sehr fruchtbringend werden. *Brand.*

La Chesnais, P.-G.: **La Représentation proportionelle und les Parties politiques.** Paris, Société nouvelle de librairie et d'édition. 312 S. 8°. 3 Frs. 50.

Eine historisch-kritische Abhandlung, deren strenge Sachlichkeit keinen theoretischen oder dogmatischen Beigeschmack hat, und die man — wahrscheinlich infolge der ausgezeichneten und seltenen Ruhe der Behandlung, die sich bis in den schönen Styl hinein bemerkbar macht — mit fast ästhetischem Genuss liest. Die Untersuchung betrifft die französischen Verhältnisse und ist hervorgegangen aus einem in Wahrheit uninteressierten Reformbedürfnis nach einem solchen Proportionalwahlrecht, welches das politische Leben moralischer gestaltet, ohne die modernen, konstitutionellen Prinzipien zu berühren und ohne die wahren Machtverhältnisse zu unterdrücken. Das Buch dient keiner Partei. Die politische Ueberzeugung des Autors tritt zurück, er kann aber bei aller Mässigung nicht umhin, aus rein sittlichen Gründen den Boulangisten und Nationalisten feindlich zu sein. F. L—r.

Verhaeren, Emile: **Les Forces tumultueuses.** Deuxième Edition. 184 p. — 3 Fr. 50. Paris 1902. Société du Mercure de France.

Dieses Buch des vlamländischen Dichters, der in Belgien und Frankreich berühmt und auch in Deutschland nicht mehr unbekannt ist, möchte man zusammenfassend als ein Weltlied (Kosmogonie) bezeichnen. Die Gedichte, die es enthält, sind im allgemeinen gewaltige, weihevoll rauschende und in meisterhaften Rythmen geformte Gesänge von den die Welt bewegenden und erfüllenden Kräften, Leidenschaften und Ideen, auch alle Gestalten und Charaktere sind als grosse und symbolische Typen erfasst. Die gedanklichen Zusammenhänge und Einblicke, die sich öffnen, sind durchaus tief und edel, die Ausdrucksmittel von einer prachtliebenden, imposanten Anschaulichkeit, aber nicht sehr abwechslungsreich und nicht ganz frei von Drapierung. Hie und da muss auch ein Begriff für ein Bild passieren. F. L—r.

3. In englischer Sprache.

Hillquit, Morris: **History of Socialism in the United States.** New York und London 1903, Funk & Wagnalls Company. 371 p. 8°.

Eine vom Standpunkte des modernen Sozialismus verfasste Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Sie besteht aus zwei Teilen, von denen der erste unter dem Titel »Early Socialism« die Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Kolonien, der zweite »The modern Movement« die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung bezw. das Werden

der Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse behandelt. Der erste Teil zerfällt in vier Unterabteilungen: 1. Sektiererische (religiöse) Gemeinschaften; 2. die Owenitische Periode; 3. die Fourieristische Periode; 4. die Ikarischen Gemeinschaften. Die Unterabteilungen des zweiten Teils — ebenfalls vier — lauten: 1. Die Periode vor dem [Unions-] Krieg; 2. die Periode der Organisation; 3. die Periode der *Socialist Labor Party*; 4. der Sozialismus in der Gegenwart. Beide Teile haben besondere Einleitungen. Eine allgemeine Einleitung zum ganzen Werk entwickelt die Auffassung des Verfassers bezüglich der Entwickelung der Grundlagen und Theorien des Sozialismus.

Im Anschlusse an Fr. Engels unterscheidet der Verfasser zwei Arten Sozialismus: den utopischen und den »hauptsächlich von Marx entwickelten« wissenschaftlichen Sozialismus, der zwischen ihnen liegenden Systeme und Theorien wird mit keiner Andeutung Erwähnung getan. Die Gegenüberstellung ist so schroff wie nur möglich. »Der heutige Sozialismus« — schreibt Hillquit — »unterscheidet sich von der früheren, utopischen Phase der Bewegung in allen wesentlichen Punkten. Er gründet seine Hoffnungen nicht auf den guten Willen oder die Einsicht der Menschen, sondern auf die heutige Tendenz zur Vergesellschaftung der Industrien. Er bietet keinen phantastischen Plan eines vollkommenen sozialen Gebäudes, sondern eine realistische Theorie schrittweise sich vollziehenden sozialen Fortschritts dar. Er appelliert nicht an die Menschheit im allgemeinen, sondern beschränkt sich hauptsächlich auf die Arbeiterklasse als die an der bevorstehenden sozialen Umwälzung in erster Reihe interessierte Klasse. Er experimentiert nicht mit sozialen Gemeinschaften im kleinen, sondern richtet seine Bemühungen auf die wirtschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse, um diese Klasse zu befähigen, die Bestimmung über die ökonomischen und politischen Angelegenheiten der Gesellschaft in die Hand zu nehmen, sobald die Zeit für die Umwandlung reif sein wird.« (S. 18.)

Unbeschadet der theoretischen Gegnerschaft gegen die utopistischen Systeme und Experimente schildert der Verfasser diese letzteren mit viel Sympathie und verfehlt nicht, ihre Vorzüge hervorzuheben. Er betont, dass auf den kommunistischen Kolonien Arbeitsscheu ebenso unbekannt war wie Arbeitshetze, dass ihre Mitglieder sich fast überall durch Reinlichkeit und Mässigkeit auszeichneten und wenig von Krankheiten heimgesucht wurden, dass das Leben keineswegs so eintönig gewesen sei, wie man gewöhnlich annehme, und dass das durchschnittliche Lebensalter ein bedeutend höheres war, wie anderwärts. »Im ganzen erwies sich die kommunistische Lebensweise«, schliesst der Abschnitt, »der physischen, moralischen und geistigen Entwickelung des Menschen günstiger als die individualistische Gesellschaftsordnung«. (S. 145.)

Während im ersten Teil oft auf die Arbeiten von Noyes und Nordhoff zurückgegriffen wird, hat der des Deutschen mächtige Verfasser im zweiten Teil neben den Werken des amerikanischen Professors Ely und des deutschen Professors Sartorius von Waltershausen über den Sozialismus und die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten auch die in der »Neuen Zeit« erschienen Veröffentlichungen F. A. Sorges viel benutzt. Die obenerwähnte Unterscheidung der vier Phasen wird von ihm wie folgt näher bestimmt:

1. Die Periode vor dem Krieg: »Vom Jahre 1848 bis zum Beginn des Bürgerkriegs. Die Bewegung war in dieser Zeit fast ausschliesslich auf deutsche Einwanderer, hauptsächlich aus der Arbeiterklasse, beschränkt. Sie war in Umfang und Tiefe durchaus unbedeutend und ist vom Bürgerkrieg fast vollständig weggefegt worden.«

2. Die Periode der Organisation: »Umfasst das Jahrzehnt zwischen 1867 und 1877 und wird durch eine Folge von sozialistischen Vereinen und Parteien erst auf lokaler und dann auf nationaler Stufe gekennzeichnet, die schliesslich in der Bildung der Sozialistischen Arbeiterpartei (Socialist Labor Party) gipfeln.«

3. Die Periode der Socialist Labor Party: »Erstreckt sich über zwanzig Jahre und wird durch eine Reihe innerer und äusserer Kämpfe über die Frage der Taktik und Politik der Bewegung gekennzeichnet.«

4. Der heutige Sozialismus: »Umfasst die Periode der letzten paar Jahre und wird durch die Akklimatisierung der Bewegung und das Aufkommen der Sozialistischen Partei (»Socialist Party«) gekennzeichnet.«

Die »Sozialistische Partei«, von der hier zuletzt die Rede ist, ist in Opposition gegen die Sozialistische Arbeiterpartei entstanden und hat sie numerisch überflügelt; sie vertritt die Idee einer stärkeren Anpassung an die Bedingungen des amerikanischen Lebens und sucht sich insbesondere mit den grossen Gewerkschaften besser zu stellen als jene. In der Phraseologie unterscheidet sie sich heute aber wenig von ihr.

Die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten ist lange Zeit fast nur eine Bewegung von Einwanderern — in erster Linie von Deutschen — gewesen. Sie spiegelt als solche oft die im Heimatlande sich abspielenden theoretischen und taktischen Kämpfe wieder, aber nicht ohne sie mit einem, dem neuen Boden entsprechenden Element zu versetzen. Dies und der Umstand, dass die Emigration stets einen grossen Prozentsatz geistig besonders reger Elemente umfasst, macht das Studium der Bewegung sehr interessant. Der Hintergrund des eigenartigen, sich immer grossartiger entfaltenden amerikanischen Lebens und eine Reihe bedeutender Charakterköpfe geben dem Bilde, das der Verfasser vorführt, einen überaus packenden Charakter. Der Verfasser ist seiner Aufgabe im ganzen durchaus gerecht geworden. Der Stoff ist sehr übersichtlich angeordnet, das Charakteristische mit sicherem Blick hervorgehoben, ermüdende Breiten sind geschickt vermieden. Obwohl der Verfasser als Mitkämpfer der Bewegung in ihren inneren Streitfragen Partei ist und auch seinen Parteistandpunkt zum Ausdruck bringt, behandelt er diese Fragen doch mit ruhiger Sachlichkeit. Ein umfangreiches Register erleichtert die Orientierung in dem sehr verdienstlichen Werk.

Snell, H.: The Foreigner in England. An Examination of alien Immigration. London E. C. 1904, The Independent Labour Party. 15 S. 8°. Preis 1 Penny.

Eine treffliche sozialistische Gegenschrift gegen die Bestrebungen, die Einwanderung in England lästigen Beschränkungen zu unterwerfen. Der Verfasser zeigt, wie widerspruchsvoll und hohl die Argumente der Agitatoren gegen die jetzige Einwanderungsfreiheit sind, und dass die von der königlichen Untersuchungskommission gemachten Vorschläge zur Regulierung der Einwanderung nur arme Zufluchtsuchende schädigen, aber keinen wirklichen Uebelstand aus der Welt schaffen würden. »Für die jetzt vorgeschlagene, kurzsichtige Gesetzgebung«, heisst es am Schluss, »liegt kein Bedürfnis vor, der Engländer kann gesund in seinem Bett schlafen, in voller Sicherheit, dass das Brot seiner Kinder nicht von einer Horde verbrecherischer Ausländer verschlungen wird. Es gibt in jedem Lande Ausländer, und England hat deren weit weniger, als ihm zukommen . . . Die vorgeschlagene Gesetzgebung ist nicht nur nutzlos, sondern auch ein grober Eingriff in die Freiheit des Individuums, eine Umkehr jener Politik, die Jahrhunderte hindurch nicht nur England Ehre und Wohlstand eingetragen, sondern auch dem gejagten Wild, das sein Obdach aufgesucht hat, Frieden und Sicherheit gegeben hat.

Nicht können Sklaven Englands Luft vertragen,
Denn in dem Augenblick, wo sie sie atmen,
Sind sie auch frei, und ledig ihrer Ketten —

schrieb Cowper in seinen Tagen, und obwohl seine Worte im tieferen ökonomischen Sinne weit von der Wahrheit entfernt sind, vertreten sie nichtsdestoweniger eine Ueberlieferung und ein tatsächliches Stück politischer Freiheit, die sich das Volk von England, hoffen wir, in seinem eigenen und der Menschheit Interesse niemals rauben lassen wird«.

Dem mutigen Pamphlet ist der beste Erfolg zu wünschen.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Das Protokoll des Wydener Kongresses der deutschen Sozialdemokratie.

Abgehalten am 20. bis 23. August 1880.

Vorbemerkung.

Einer mehrfach aus Leserkreisen an uns ergangenen Anregung folgend, bringen wir hiermit das im Buchhandel vergriffene Protokoll des an den oben bezeichneten Tagen des August 1880 auf Schloss Wyden bei Ossingen in der Schweiz abgehaltenen Kongresses der deutschen Sozialdemokratie zum Abdruck. Dieser Kongress — die erste grössere Zusammenkunft von Parteigenossen unter dem Sozialistengesetz — übte eine starke Wirkung auf die Partei im Reich aus, indem er den Beweis für den ungeschwächten Zusammenhalt der Genossen ablegte und der durch die Ränke und Hetzereien von Most und Hasselmann hier und da geschaffenen Verwirrung ein Ende machte.

Um die Organisation des Kongresses hatten sich vornehmlich Julius Motteler und Georg von Vollmar verdient gemacht. Den Vorsitz führten — dies darf heute gesagt werden — Bebel und Hasenclever. Ersterer erstattete den allgemeinen Bericht. Von anderen Teilnehmern des Kongresses seien W. Liebknecht, Ignaz Auer, F. W. Fritzsche, Karl Grillenberger, Karl Frohme, Gabriel Löwenstein, Leonhard Tauscher, Julius Vahlteich, H. Schlüter, Ed. Bernstein genannt. Warum das Protokoll die Namen der Teilnehmer — einige in der Schweiz ansässige Genossen ausgenommen — verschweigt, ergibt sich aus der Situation, wie sie durch das in jenen Tagen mit äusserster Härte und Willkür gehandhabte Ausnahmegesetz geschaffen war. Die ganze Liste zu veröffentlichen und bei den verschiedenen Reden und Anträgen stets die Namen der Redner und Antragsteller nachträglich einzufügen, sind wir leider nicht in der Lage; wir müssen es bei der obigen Aufzählung bewenden lassen.

Wir drucken aus dem veröffentlichten Protokoll die Einleitung wie den eigentlichen Bericht vollständig ab, lassen dagegen die Glückwunschadressen, die in die Protokollbroschüre aufgenommen wurden, an dieser Stelle fort.

Das Protokoll ward zuerst im Züricher »Sozialdemokrat« veröffentlicht und ward dann unverändert in Broschürenform herausgegeben. Dies zur Erklärung der gelegentlichen Bezugnahme auf frühere Nummern des »Sozialdemokrat«.

Red. der Dok. des Soz.

* * *

Einleitungsnotiz.

Wie unsern Lesern allen bekannt ist, hat der »Sozialdemokrat« im Einverständnis mit der deutschen Parteivertretung die Abhaltung eines Kongresses der deutschen Sozialdemokratie befürwortet, der auch wirklich in den Tagen vom 20.—23. August auf dem alten Schloss Wyden bei Ossingen, im Kanton Zürich in der Schweiz abgehalten wurde.

Dieser etwas abseits von der grossen Heerstrasse gelegene Ort wurde gewählt, um den preussisch-deutschen Reichsspitzeln das Schnüffeln und Spionieren möglichst zu erschweren, und ist diese Absicht auch

vollständig erreicht worden. Von Winterthur aus, das als Versammlungsort angegeben war, wurden die zahlreich herbeigeeilten Vertreter nach dem oben genannten, bisher unbewohnten Schloss dirigiert, das für die Zwecke des Kongresses eigens gemietet und mit einem eigens dafür eingesetzten Kastellan versehen war und während drei Tagen und vier Nächten die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie beherbergte. Die Nächte verbrachten die meisten Anwesenden auf Stroh lagernd in einem Seitengebäude des Schlosses, wo Massenquartiere eingerichtet waren; nur ein kleiner Teil begab sich während der Nacht in die Gasthäuser des nahegelegenen Dorfes. Eine kommunistisch eingerichtete ambulante Küche, von einem Schweizer Genossen und dessen Frau unter Verwaltung genommen, sorgte in zufriedenstellender Weise für die leiblichen Bedürfnisse aller Teilnehmer.

Im Verlaufe des Freitag und Samstag trafen nach und nach 56 Vertreter ein, deren überwiegende Zahl sich aus allen Hauptzentren der Bewegung in Deutschland rekrutierte; nur der Hauptplatz der Partei im fernen Osten war, aus rein lokalen Ursachen, durch keinen eigenen Abgesandten vertreten, sondern hatte den Vertreter eines andern deutschen Parteibezirks mit seiner Vertretung betraut. Nächst Deutschland waren besonders stark die deutschen Sozialdemokraten der Schweiz vertreten, die aus Winterthur, Zürich, Basel, Chauxdefonds und Zug mehrere Delegierte gesandt hatten. Ausserdem waren zwei Angehörige der Organisationen der Schweizer Arbeiter (Arbeiterbund) und zwei österreichische Genossen anwesend, welche sich mehrfach aktiv an den Verhandlungen beteiligten. Auch die deutschen Genossen in Paris und Brüssel hatten gemeinsam einen Vertreter gesandt. Seitens der Londoner Gesinnungsgenossen (Kommunistischer Arbeiterbildungsverein 3 Percy Street) war unter lebhaftem Bedauern in Rücksicht auf die grossen Kosten der Reise und die sehr bedeutenden Opfer, welche in den letzten Monaten für Lokalzwecke aufzubringen gewesen seien (Ermietung eines eigenen Klubhauses, Unterstützung zahlreicher Ausgewiesener und sonstiger unterstützungsbedürftigen Genossen), von einer eigenen Vertretung abgesehen worden und hatten dieselben in einer Denkschrift ihre Wünsche und Ansichten niedergelegt, die bereits in der vorigen Nummer des »Sozialdemokrat« zum Abdruck gekommen ist und als durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt wurde.

Da die Verhältnisse, unter denen der Kongress stattfinden musste, und die Zustände in Deutschland es geraten erscheinen lassen, von einer detaillierten Berichterstattung abzusehen und insbesondere jede Namensnennung zu vermeiden, so sei im voraus bemerkt, dass die Verhandlungen im ganzen mit grosser Gründlichkeit geführt wurden, und obgleich zeitweilig die Geister hart aufeinanderplatzten und die Debatten einen sehr erregten Ton annahmen, doch alle wichtigen Beschlüsse mit Einstimmigkeit oder einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität gefasst wurden. Wir bemerken das den bekannten Nörglern gegenüber ausdrücklich, die bereits ankündigten, der Kongress werde »aus einem Dutzend Demagogen und zwei Dutzend Bedienten bestehen«, also nur gutheissen, was die sog. »Führer« wünschten und wollten.

Vorversammlung. Freitag, 20. August, Abends 8 Uhr.

Nachdem seitens der Redaktion des »Sozialdemokrat« im Namen der Einberufer des Kongresses eine kurze Begrüssung der Parteivertreter stattgefunden, schritt man unverzüglich zur Wahl eines provisorischen Präsidiums für die Vorversammlung, und nachdem dieses erledigt war,

zur definitiven Wahl des gesamten Bureaus für die Verhandlungstage (zwei Präsidenten und vier Schriftführer).

Alsdann wurde beraten und beschlossen, welche Tagesordnung aufzustellen sei und in welcher Reihenfolge die einzelnen Traktanden zur Beratung gelangen sollten. Es wurden die einzelnen Punkte in folgender Ordnung festgestellt: 1. Kassenbericht; 2. Allgemeiner Bericht mit darauf folgender Generaldebatte; 3. Die Spaltungsversuche in der Partei (Angelegenheit Most und Hasselmann); 4. Politischer Bericht; 5. Organisation und Wahlen; 6. Presse; 7. Sonstvorliegende Anträge. Nachdem dieses festgestellt war, trat man in die Erörterung der Verhaltungsmassregeln für sämtliche Teilnehmer des Kongresses nach aussen ein und wurde nach Erledigung dieses Punktes die Vorversammlung Abends 11 Uhr geschlossen.

Erste Sitzung Sonnabend, den 21. August, Vormittags 8 Uhr.

Hiermit begannen die eigentlichen Verhandlungen. Dieselben wurden eingeleitet mit der Verlesung der weiter oben mitgeteilten Solidaritäts- und Sympathie-Adressen, die mit lebhaften Akklamationen begrüsst wurden. Hieran schloss sich die Verlesung einer über zehn Bogen starken Anklageschrift gegen eine Reihe bekannter Persönlichkeiten in der Partei, die unterzeichnet war »Die vereinigten Berliner Ausgewiesenen von Hamburg und Umgebung«, sonst weder den Namen des Verfassers, noch des Absenders enthielt, wie aber von Wissenden konstatiert wurde, durch die Herren Körner, Finn und Konsorten veranlasst und abgefasst war. Der Parteigenosse, welcher dieses Schriftstück übergab, erklärte ausdrücklich, dass er die Vertretung desselben ablehne und nur seine Uebergabe übernommen habe.

Der Kongress beschloss, auf dieses von Gemeinheit strotzende Aktenstück um so weniger einzugehen, da die Verfasser sich bereits von der Partei losgesagt und durch ihre parteifeindliche Haltung sich schon in solchem Masse des Wohlwollens des Berliner Polizeipräsidenten, Herrn v. Madai, erfreuten, dass derselbe den Hauptbeteiligten (Körner und Finn) bereits die provisorische Rückkehr nach Berlin gestattet habe. Auf das Aktenstück bezügliche Anträge sollten nach Erörterung der Angelegenheiten Most-Hasselmann erledigt werden. —

Es erfolgten die Kassenberichte, welche von drei Referenten erstattet wurden und dartun, dass trotz aller Massregelungen und Verfolgungen seitens der deutschen Polizeibehörden und Gerichte, die Parteigenossen ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, um auch durch finanzielle Opfer die Sache der Partei zu fördern.

Aus dem Bericht heben wir hervor, dass die Gesamtsumme der gesammelten Beiträge vom Beginn des Socialistengesetzes bis zum 1. August d. J. sich auf rund 37 310 Mark beläuft, wovon ca. 27 650 Mark für die verschiedensten Unterstützungszwecke ausgegeben wurden. Nicht einbegriffen sind die Unterstützungen, welche an vielen einzelnen Orten direkt gewährt wurden, ferner nicht die Opfer für Gemassregelte und im Gefängnis sitzende Genossen, endlich nicht ein grosser Teil der für Wahlen ausgegebenen Gelder. Alles dies zusammengerechnet, dürfte sich die Summe der gesammelten Gelder ohne Uebertreibung auf nahezu das Doppelte des oben angegebenen Betrags belaufen. Nach Anhörung der seitens der Versammlung mit allgemeiner Befriedigung aufgenommenen Berichte schritt man zur Wahl einer Prüfungskommission, bestehend aus drei Mitgliedern, welche im Laufe der Verhandlungen über die vorgenommene Prüfung Bericht erstatten sollen. —

Aus der kurzen Debatte über die Finanzberichte heben wir hervor, dass ein Redner sich glaubte darüber beschweren zu müssen, dass diejenigen Berliner Ausgewiesenen, die den Sachverhalt genauer kannten, sich nicht veranlasst sahen, öffentlich gegen Herrn Hasselmann aufzutreten, als dieser die erlogene Behauptung in die Welt geschickt, es seien an die Berliner Familien nicht mehr als 1300 Mark ausbezahlt worden. Durch dieses Schweigen habe die Hasselmannsche Verleumdung mehrfach den Schein der Wahrheit erweckt. Nachdem noch ein Redner auf die Opfer hinweist, die nicht in dem erstatteten Bericht enthalten seien, wird die Debatte geschlossen. —

Man geht hierauf zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung über, dem allgemeinen Bericht.

Es sei, sagt Referent, unter anderem dem früheren Parteivorstand und zum Teil auch den Abgeordneten ein grosser Vorwurf daraus gemacht worden, dass sie mit Eintritt des Gesetzes nicht mit einer Neuorganisation fertig waren. Dem gegenüber sei zu bemerken, dass doch vor allem die beabsichtigten Schläge abgewartet werden mussten. Diese kamen nun allerdings sehr rasch, und es kam dann zunächst darauf an, die vorhandenen Parteieinrichtungen so weit als möglich zu retten, und auch den Genossen, welchen durch ihre seitherige agitatorische Tätigkeit jegliche Rückkehr zu irgend einer anderen bürgerlichen Beschäftigung unmöglich gemacht ist, eine möglichst unabhängige Stellung zu wahren. Trauriger Weise wurde gerade letzterer Umstand von verschiedenen Seiten zu Angriffen gehässigster Art benutzt. — Von den Behörden wurden jedoch die Blätter, welche herausgegeben wurden, Schlag auf Schlag verboten, so dass beispielsweise in Leipzig es unmöglich war, in der dortigen Druckerei noch ein Blatt herzustellen. Daher tauchte um Weihnachten 1878 der Gedanke auf, mit einem anderem Verleger in Betreff eines Blattes in Verbindung zu treten.

Referent teilt die Schritte mit, die in Folge dessen geschehen und welche ausführlich dargelegt sind in der von Genossen Bebel gegen den Buchhändler Findel in Leipzig veröffentlichten Broschüre, der eine zweite in derselben Sache, von Genosse Hasenklever herausgegeben, folgte. Die offene Darlegung dieser Verhältnisse zeige zur Genüge, dass die Anklage, man habe die Partei an die Fortschrittspartei »verraten« wollen, eine Lächerlichkeit sei, die jene selbst nicht glaubten, welche sie fortgesetzt aussprengten und die ohne jene Darlegungen gar nicht im Stande wären, Genaueres von jenen Vorgängen zu wissen. Referent erläutert weiter die Taktik, welche man seitens der Parteivertretung gegenüber dem Sozialistengesetz einzuhalten für notwendig erachtet habe. Diese sei insbesondere von Most heftig und ungerechtfertigt angegriffen worden, während derselbe in den ersten Monaten des Erscheinens der »Freiheit« einen Standpunkt eingenommen habe, der genau dem der deutschen Parteivertretung entspreche, was Referent des weiteren nachweist.

So begeisterte er sich noch für die Kräckersche Wahl in Breslau, lobte den Ausfall der Döbelner Wahl, während er kurz darauf einen dem diametral entgegenstehenden Standpunkt einnahm. Aehnlich verhielt es sich mit seiner Haltung zu fast sämtlichen Parteifragen. Man merkte eben allmählich den Einfluss des Lebens im Ausland, wie sich dieser Einfluss von jeher im Flüchtlingsleben gezeigt hat. Was die sogenannte »friedliche Umgestaltung« und den »gesetzlichen Weg« betrifft, so seien diese Sätze von der Gesamtpartei niemals anders aufgefasst worden, als dass damit die Partei ihre Absicht ausspreche, auf friedlichen und gesetzlichen Wegen, so weit dies von ihrem Willen abhänge, zu ihrem Ziele zu gelangen, und dass, wenn dies nicht möglich sei, dies nicht die Schuld

der Partei, sondern ihrer Feinde sei, welche die reformatorische Entwickelung verhinderten. Dagegen sei die »Revolutionsmacherei« des Herrn Most ein Nonsens, nur geeignet, die Partei gegenüber den reaktionären Behörden zu kompromittieren. — Die Haltung der Parteivertreter gegenüber der Schutzzollpolitik sei stets so gewesen, dass dabei nur die Interessen der Arbeiter im Auge behalten wurden. Volle Einstimmigkeit war unter ihnen vorhanden, gegen alle Zölle auf Lebensmittel zu stimmen. Die in Gotha 1876 vom Kongress angenommenen Resolutionen, welche Referent verliest, und welche auch Most mit verfasst hat und öffentlich vorschlug, war eigentlich viel schutzzöllnerischer, als jemals den Abgeordneten unserer Richtung im Reichstage zu sein eingefallen ist. Uebrigens gestalten sich sehr viele Fragen in der Praxis oft ganz anders, als es vorher durch Resolutionen und Beschlüsse zu formulieren versucht wurde, ohne dass wir etwas dagegen tun könnten.

Bezüglich der Landtagswahlen, z. B. in Sachsen, hat die Partei genau ihren alten Standpunkt eingehalten. Die Beteiligung an den Wahlen ist bisher stets als eine Zweckmässigkeitsfrage angesehen worden. Man erwog einfach, ob der Erfolg ein genügender sein werde, um sich daran zu beteiligen, und es verstand sich alsdann von selbst, dass seitens der Gewählten der auswärts viel bemängelte Verfassungseid geleistet wurde. Schon längst ist auf Kongressen beschlossen worden, sich an Gemeinde- und Landtagswahlen zu beteiligen, und man hat dies, wo das Wahlgesetz es ermöglichte, auch vielfach getan und auch hier und da Erfolge erzielt. Daher beschloss auch die speziell zu diesem Zweck stattgehabte sächsische Landesversammlung einstimmig die Beteiligung, und es ist auch in der Tat nicht einzusehen, warum unter dem Ausnahmegesetz das nicht getan werden sollte, was zurzeit der offenen Agitation ruhig betrieben worden war. Dass wenn nun jemand in den Landtag gewählt wird, er auch den Verfassungseid leisten muss, wenn er nicht auf die Ausübung seines Mandats verzichten will, und damit die ganze Wählerei rein überflüssig wird, ist so selbstverständlich, wie die Ableistung des Fahnen- oder des Gemeindebürgereides. Vielleicht empfiehlt es sich, um unseren Standpunkt gegenüber der Eidfrage klarzulegen, gelegentlich im sächsischen Landtag den Antrag auf Abschaffung des Eides einzubringen, welcher natürlich abgelehnt werden wird, der aber unseren Vertretern Gelegenheit gibt, sich gründlich darüber auszusprechen. (Zustimmung.)

Was die sogenannten Lokalblätter der Partei und deren Haltung anlangt, so habe der Kongress, nach der Meinung des Referenten, eigentlich gar nichts dreinzureden. Es gibt keine Lokal-Parteiblätter mehr. Die Blätter, die existieren und etwa von Parteigenossen redigiert und herausgegeben werden, können nicht im Sinne der Partei schreiben, dieselben sind reine Privatunternehmungen und haben für sich selbst zu sorgen. — Den angeblichen Geschäftssozialismus, der mit farblosen Blättern getrieben werden soll, hat wohl niemand mehr kultiviert als Herr Hasselmann, und Herr Most war selbst bereit, wie aus vorhandenen Briefen von ihm nachgewiesen werden kann, sich an die Spitze eines solchen farblosen Blattes zu stellen. — Will man hier auf dem Kongress jedoch den Vorwurf des »Geschäftssozialismus« aufrecht erhalten, so trete man wenigstens mit Tatsachen auf. Referent weist nach, wie eine ganze Reihe in dieser Richtung erhobener Beschuldigungen auf Missverständnis oder unwahren Behauptungen beruhten.

Eine Reihe von weiteren Mitteilungen über das innere Parteileben in Deutschland, die der Referent machte, müssen aus naheliegenden Gründen öffentlich unerörtert bleiben. —

Der Präsident schlägt vor, in die nun folgende Diskussion einzuschliessen: Veränderungen des Programms, Zoll- und Monopolfrage, Resolutionen über die Taktik der Partei, Wahlen, Unterstützungswesen, Beschwerden über die Parteileitung etc. —

Der darauf folgende Redner glaubt, aussprechen zu müssen, dass die Partei inklusive der Abgeordneten zu Anfang des Ausnahmezustandes sich nicht ganz auf der Höhe der Situation hielten; die leitenden Personen hätten das Ruder Anfangs zu sehr aus der Hand gegeben und die Parteigenossen in der Provinz ohne Direktive gelassen, wodurch es hauptsächlich möglich wurde, dass Most den Einfluss erlangen konnte, den er da und dort hatte. — Redner kritisiert sodann in scharfer Weise das Vorgehen Mosts und dessen Inkonsequenzen, zu welchen noch Lumpereien, Fälschungen und Lügen der schlimmsten Sorte kämen. — Betreffs der Unterstützungsfrage hat Redner keinerlei Vorwürfe zu erheben, empfiehlt jedoch straffere Zentralisation; eine Programmänderung hält er nicht für wünschenswert.

Hierauf wird $^{3}/_{4}1$ Uhr die Sitzung auf ½3 Uhr vertagt.

Zweite Sitzung. Sonnabend, 22. August, nachmittags 2½ Uhr.

Es sind eine Reihe von Anträgen eingegangen und wird beschlossen, dieselben mit zur Diskussion zu stellen, nachdem vorher noch festgesetzt wird, dass eine Beschränkung der Redezeit für die Generaldiskussion nicht stattfinden soll. —

Der erste Redner konstatiert zunächst, dass, wenn man der Ueberzeugung sei, dass die Führer der Partei getan haben, was unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, damit ein Vertrauensvotum für dieselben ausgesprochen werde, dem er, Redner, sich vollständig anschliesse.

Tatsache sei, dass man durch die Handhabung des Gesetzes seitens der Behörden teilweise überrascht worden sei. Es sei unbestreitbar, dass die Behörden bei der Ausführung des Gesetzes weit über den Rahmen desselben hinausgegangen seien, und wenn deshalb nach Vorkommnissen, wie z. B. die Erklärung des Belagerungszustandes über Berlin, für einen Moment Verwirrung eintrat, so sei darüber den Führern kein Vorwurf zu machen. Keine der in Deutschland existierenden Parteien habe jemals einen solchen Schlag zu überwinden gehabt, und wenn die deutsche Sozialdemokratie trotz aller gegen sie ausgespielten Infamien heute sich noch als lebensfähig erweise, so bekunde dies eben, dass sie an Haupt und Gliedern gesund, und die von den Führern nach Erlass des Gesetzes eingeschlagene Taktik die richtige sei.

Ein Verbrechen an der Partei sei es daher, wenn von Most vom Auslande her Zwietracht in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie zu säen versucht wurde. Pflicht des Kongresses sei es, auszusprechen, dass er mit der bisherigen Haltung der Parteivertretung einverstanden sei, dagegen aber das Gebahren Mosts und seiner Freunde aufs entschiedenste verurteile. —

Der nun folgende Redner bringt die bekannte Eidleistungs-Angelegenheit im sächsischen Landtag zur Sprache und wünscht derselbe, dass der Kongres aussprechen möge, dass die Eidleistung kein Grund für unsere Genossen sei, sich nicht an den Wahlen zu den Landtagen etc. zu beteiligen und dass sie, wenn gewählt, in dieselben als Arbeitervertreter einzutreten haben.

Weiter wünscht der Redner, dass die auf dem Kongress in Gotha im Jahre 1876 gefasste Resolution, wonach die Schutzzoll- resp. Freihandels-

frage als eine offene zu behandeln sei, dahin abgeändert werden möge, dass diese Fragen als interne Angelegenheiten der Bourgeoisie zu betrachten seien, die den Arbeiter nichts angehen. —

Ein anderer Redner tritt für die Parteiführung ein, beschwert sich aber dann, dass die sozialdemokratischen Reichtagsabgeordneten im Reichstage bei wichtigen Fragen teilweise nicht geschlossen gestimmt haben. Redner meint, dass mit der Schutzzollpolitik in unseren Reihen teilweise Gefühlspolitik getrieben werde, und das dürfe nicht sein. In bezug auf die Presse glaubt Redner, dass das Augenmerk vor allem darauf zu richten sei, dass, wenn auch die Arbeiter Deutschlands mit sozialistischen Presserzeugnissen nicht im gewünschten Masse versehen werden können, doch dafür gesorgt werden müsse, das die im Dienste der Bourgeoisie stehende Presse möglichst von den Arbeitern fern gehalten werde. — An dem Programm will Redner nichts geändert wissen, doch hält er es für notwendig, dass der Kongress zu den Projekten des Tabakmonopols und der staatlichen Zwangsversicherungskassen Stellung nehme und zwar im ablehnenden Sinne. —

Der nun folgende Redner, Genosse Greulich aus Zürich, führt sich als Angehöriger der schweizerischen Sozialdemokratie ein. Er sei gekommen, um die deutschen Genossen auf Schweizerboden zu begrüssen und sie zugleich der Sympathieen der schweizerischen Sozialdemokratie zu versichern.

Angriffe, wie diejenigen, welche gegen die verdienstvollsten Vertreter der Partei geschleudert wurden, haben mich, so führt der Redner aus, tief ergriffen. Ich sehe aber auf dem heutigen Kongresse, dass die Kadres der deutschen Sozialdemokratie intakt geblieben sind, und so wird es auch künftig nicht gelingen, dieselben zu sprengen. Unbegreiflich ist, wie diejenigen, welche angeblich die Revolution wollen, ihr Bestreben nur darauf richten können, das Heer der Sozialisten durch Zwietracht zu schwächen. Zu einer Revolution würde doch vor allem einiges Zusammenhalten gehören. Leider sind die schlimmsten Folgen der durch Most-Hasselmann provozierten Feindseligkeiten in ihrer ganzen Schwere auch über die Schweiz hereingebrochen. Dies ist zu beklagen, Redner hofft aber, dass dieser Kongress eine einheitliche Zentralisation schaffen werde, an welche sich dann auch die Brüder im Auslande anlehnen und der Friedensstörer dadurch Meister werden können. An eine grosse Revolution ist jetzt nicht zu denken und die kleinen sind überflüssig. Wenn ein Krystallisationspunkt für die organische Entwickelung geschaffen ist, wird die Partei auch wieder grössere Sympathieen bei der Allgemeinheit finden. Die deutschen Sozialisten der Schweiz werden sich mit grösserem Eifer in die Bewegung werfen, wenn sie das gute Beispiel der Sozialisten Deutschlands augenfällig vor sich haben. Jetzt sind erstere noch teilweise von Most beeinflusst. Redner bittet schliesslich, es nicht für eine Abweichung vom internationalen Prinzip zu betrachten, wenn in der schweizerischen Bewegung die nationalen Eigentümlichkeiten in Zukunft etwas mehr berücksichtigt werden sollten. Die Verhältnisse erfordern dies. —

Ein Vertreter erklärt hierauf den hier und da laut gewordenen Klagen über zu eigenmächtiges Auftreten der Parteiführer gegenüber, dass man unter den Genossen seiner Heimat sogar nichts dagegen habe, wenn eine förmliche Diktatur in der Partei eingeführt werde. Aussergewöhnliche Umstände verlangen auch aussergewöhnliche Massnahmen. Weiter wünscht Redner, dass von jetzt ab die Polemik gegen Most-Hasselmann im »Sozialdemokrat« etwas mehr zurückgedrängt werde. —

Der nun folgende Redner konstatiert zunächst, dass es unbillig sei, von den Führern zu verlangen, dass sie bei Erlass des Sozialistengesetzes gewissermassen die Vorsehung spielen und alle Schläge parieren sollten. Man wusste bei Erlass des Gesetzes wohl, dass Schläge fallen werden, aber nicht, in welcher Weise sie geführt wurden. Man musste auf alles gefasst sein, aber erst die Tatsachen abwarten, bevor man handeln konnte. Ein anderes Verhalten wäre nur am Platze gewesen, wenn man entschlossen war, die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen; dies aber zu tun, wäre unter den obwaltenden Verhältnissen reiner Wahnsinn gewesen. Wenn hier und da nach Erklärung des Sozialistengesetzes Verwirrung eintrat, so war dies weniger bei den Führern als bei den Massen der Fall. Die Gründung der »Freiheit« durch Most und die Londoner Genossen war eine übereilte Handlung.

Ueber die Frage, ob es am Platze gewesen wäre, sofort nach Verbot des »Vorwärts« denselben im Ausland erscheinen zu lassen, kann man verschiedener Meinung sein; unter keinen Umständen kann es aber gebilligt werden, dass man in London die »Freiheit« herausgab, ohne auch nur mit einem Worte die in Deutschland gebliebenen Führer der Partei zu befragen. Dieses willkürliche Vorgehen Mosts war es auch, welches das Scheitern seines Unternehmens notwendig zur Folge haben musste. Die Partei konnte diese Auflehnung gegen die Parteidisziplin nicht dulden; Mosts Gebahren fand energischen Widerspruch, anstatt sich aber zu fügen,. began er zu hetzen und zu verdächtigen, was dann später den vollständigen Bruch zur Folge hatte. Der Einwurf, dass Most sofort Neues geschaffen habe, während die alte Parteileitung nichts von sich hören liess, kann nur für diejenigen einen Schein von Recht für sich haben, die den wahren Sachverhalt nicht kennen. Nach Erlass des Sozialistengesetzes galt es vor allem, wieder Ordnung unter den Trümmern der Partei zu schaffen. Hunderte von Genossen wurden mit einem Schlage existenzlos, Tausende von Parteigeldern gingen verloren und nach Dutzenden zählen die Genossen, die durch den Ruin unserer Unternehmungen an den Bettelstab gebracht waren. Dazu kam die Erklärung des Belagerungszustandes in Berlin und die Proklamierung der absoluten Rechtlosigkeit der Sozialdemokratie. In dieser Zeit nun, in welcher ausserdem noch eine grosse Anzahl von Genossen in den verschiedensten Gefängnissen sassen, für die oder deren Familien gesorgt werden musste, kam mit einem Male Johann Most von London aus, wohin er mit Hilfe des in Deutschland gesammelten Geldes geflohen war, und zieh die in Deutschland verbliebenen Führer der Feigheit und des Verrates. Als echter Feigling hatte Most nicht den Mut, in Deutschland zu bleiben und da den Kampf aufzunehmen, sondern er floh ins Ausland und fiel dann von dort seinen eigenen früheren Freunden in den Rücken.

Die Parteiführung hat aber trotzdem keinen Augenblick gewankt; die Liquidation der alten Parteiorganisation ist vor sich gegangen, die teilweise zerrissenen Fäden wurden wieder angeknüpft und nachdem die Folgen des ersten feindlichen Ansturms vorüber sind, steht die Partei wieder einig und geschlossen da, bereit, für unsere Prinzipien den Kampf weiter zu kämpfen. Der Vorwurf, dass nichts geschehen, sei hinfällig, angesichts der erfochtenen Wahlsiege, der nach Tausenden betragenden für Parteizwecke aufgebrachten Summen und vor allem angesichts des Kongresses, welcher ein sprechender Beweis dafür sei, dass die Partei lebt und zu kämpfen und zu siegen entschlossen sei. Die treu gebliebenen Führer der Partei können guten Muts vor den Kongress hintreten und Rechenschaft über ihre Handlungen ablegen; fortgeblieben sind nur deren Ankläger Most und Hasselmann. —

Der Pariser Delegierte erklärte hierauf: Die Mostsche »Freiheit« sei im Anfang von den Genossen im guten Glauben verbreitet worden, weil sie nicht wussten, welche Bewandtnis es damit hatte. Es war ein Fehler der deutschen Parteiführung, dass sie nicht sofort die ausländischen Genossen darüber aufklärte. Von der deutschen Partei war im Auslande fast ein Jahr lang nichts zu hören, dadurch gewann Most dort Terrain. Die Pariser und Brüsseler Genossen wünschen sehr, dass eine kräftige Organisation und eine Reinigung der Partei von faulen Elementen vorgenommen werde. —

Ein früherer Freund Mosts erinnert daran, was derselbe früher war: Ein Mann, der in der selbstlosesten Weise gekämpft und so viel im Gefängnis gelitten hat. Von dem, meint der Redner, kann man nicht so ohne weiteres Verrat voraussetzen. Man hatte dazu kein Recht, auch noch nicht, als er die Zeitung gründete, so wenig man ihn auch zum selbständigen Leiter der Partei für geeignet hielt. Man musste abwarten, was er tun würde. Man sagt, es sei keine Direktive gegeben worden. Hat denn nicht Bebel eine ganze Stunde lang im Reichstag haarklein erörtert, was die Partei tun würde, wenn das Gesetz vorhanden ist? Das sagte er nicht zum Reichstage, sondern er sprach zum Volke. Warum haben einzelne Genossen diese Direktive nicht befolgt? Was kann der Feldherr tun, wenn die Massen hinter ihm weichen? Ein grosser Teil der sozialistischen Wählerschaft stand nicht auf der Höhe der Situation, und wir müssen uns angesichts dieser Tatsache hüten, uns zu Unternehmungen hinreissen zu lassen, denen wir nicht gewachsen sind. Wenn wir nicht seit Jahrzehnten zu einer vernünftigen Taktik geraten hätten, wären mit dem Sozialistengesetz die Putsche gekommen, und wir wären niedergeworfen worden, wie unsere französischen Brüder mehrmals niedergeworfen worden sind. Unsere Taktik kann nur darauf hinzielen, den Kampf wie bisher fortzusetzen und die Phrase von der Gewalt zu beseitigen, denn durch sie gewinnen wir nur hohle Köpfe. Eine feste, dabei natürlich charaktervolle Sprache sei für unser Parteiorgan zu empfehlen. — In bezug auf die Geldsammlungen sei zu bemerken, dass grosse Distrikte, die als günstig für uns gelten, nichts aufgebracht haben. Das muss in Zukunft besser werden. —

Ein deutscher Genosse, der in der Schweiz lebt, präzisiert die Stellung der Parteigenossen im Auslande zur Partei. Der Schwerpunkt müsse selbstverständlich im Inlande liegen. Doch solle man das Wirken der im Auslande lebenden Genossen nicht unterschätzen. Sodann erklärt er für notwendig, die vorhandenen Beschwerden zu prüfen. Es sind mehrfach solche gegen die bisherige Führung gekommen. Ein grosser Fehler war, dass man das Parteiorgan überhaupt unterbrach und nicht sofort im Auslande weitererscheinen liess. Es kostet jetzt unendliche Mühe, es wieder allenthalben einzuführen. An den misslichen Verhältnissen war allerdings die Masse in erster Linie schuld; dieselbe dirigiert sich nicht selbst, sondern bedarf zurzeit noch energischer Leitung. Er könne und werde kein Tadelsvotum aussprechen, aber zu sagen, es hätte gar nicht besser gehandelt werden können, das empfehle er nicht. Er konstatiere nur, dass die Führer mit bestem Willen und mit allen Kräften gearbeitet haben, und dahingehend werde er auch für ein Vertrauensvotum stimmen. Unter einer strammeren Organisation werden dieselben Männer jedenfalls Besseres leisten. Er stimme aber der Taktik unserer Parteivertreter völlig zu, und wünsche nicht, dass dieselbe geändert werde. —

Die Parteiführer, so äussert sich der nun folgende Redner, wussten so wenig wie die Parteigenossen, dass Most und Hasselmann handeln

würden, wie es geschah. In einigen Orten haben zweifellos die Parteigenossen den Kopf verloren und sich zu sehr vor der Polizei gefürchtet. Die Wege waren den Genossen vorgezeichnet, einzelne Orte haben aber gar nichts getan, und manche lokale Führer rühren sich bis jetzt noch nicht. Im ganzen aber hat die Partei ihre Feuerprobe bestanden.

Dem antwortet ein anderer Vertreter: Es sei auch schon manche Schlacht verloren worden, weil die Führer nicht zur rechten Zeit handelten. Most habe erst die Wege gezeigt, die wir gehen mussten. Der »Sozialdemokrat« sei im Anfange zu matt gewesen. Das Volk sei revolutionär und es sei nötig, dass der »Sozialdemokrat« radikaler werde und in Zukunft keinen »Stänkereien« mehr Raum gebe. Redner empfiehlt als wirksamstes Mittel zur Propaganda die Flugschriftenverbreitung. —

Ein Mitglied des Kongresses überreicht hierauf ein Memorandum von Berliner Genossen, worin dieselben den Reichstagsabgeordneten sowie der Redaktion des »Sozialdemokrat« ihr Misstrauen aussprechen und die eventuelle Ausschliessung eines der Abgeordneten beantragen. Das Schriftstück wird verlesen und mit zur Diskussion gestellt. —

Gutsmann (Basel): Die Schweizerische Arbeiterpartei ist dadurch zum Teil mit Most in Berührung gekommen, dass das Zentral-Organ nicht sofort im Auslande erschien. Dies war ein Fehler, den man nicht zu leugnen braucht, wenn man auch sonst mit den geschehenen Handlungen im ganzen einverstanden ist. Ebenso verhalte es sich mit Aeusserungen von Abgeordneten im Reichstage, die zu Missverständnissen Anlass gaben. Die Partei müsse auf dem proletarisch-revolutionären Standpunkte beharren. Er wisse nicht, warum man bei Stichwahlen für Sonnemann etc. stimme. Dagegen müsse von den Parteigenossen verlangt werden, dass sie den Führern volles Vertrauen schenken. Sonst habe die Disziplin ein Loch. Hinsichtlich der Haltung des »Sozialdemokrat« sei zu beachten, dass wir uns nicht an den kalten Verstand wenden, sondern das Volk entflammen müssen. Dann werden die Massen die Führer vorwärts treiben. Die Schweizer Sozialisten wollen nicht national sein, sie wollen sich den deutschen, wenn diese revolutionär sind, völlig anschliessen. —

Ein süddeutscher Redner glaubt, dass man nicht ein volles Jahr zu warten brauchte, um den »Sozialdemokrat« zu gründen. Aus den Reichstagsverhandlungen über das »Sozialistengesetz« konnte man ungefähr ersehen, was kommen musste, wenn auch nicht in vollem Umfange. Es sei nicht ausschliesslich Verdienst der Führer, dass die Partei noch intakt sei. Die Parteigenossen haben selbst zur Gründung des Parteiorgans gedrängt. Mit dem Schund, welchen man von London schickte, war man bald fertig. Die alte Parteileitung hat ihre Auflösungserklärung zu ernst genommen. Man glaubte nirgends, dass sie wirklich niederlegen würde, aber sie hat die Verbindung mit den Genossen wirklich abgebrochen. Man blieb über die Vorgänge in der Partei im Unklaren. Gegen den Vorvorredner frägt Redner: »Wir sollen revolutionärer werden — was heisst das aber? Sollen wir losschlagen, oder sollen wir mehr Phrasen bringen? Darüber wünsche ich doch Aufklärung.« — Die Korrespondenzen im »Soz.« seien notwendig, da sie das Interesse in den einzelnen Orten wachhalten. Das Vertrauen zu den Führern sei vorhanden, dies bewiesen die Sammlungen. Gerade weil dieses allgemeine Vertrauen aber vorhanden ist, müsse man sich um so mehr gegen die Erbärmlichkeiten des verlesenen Berlin-Hamburger Pamphlets verwahren. In Süddeutschland sage man einfach: der Hasselmann ist ein Lump und der Most ein Narr — wir stehen zur alten Fahne und damit Punktum! —

Der nun folgende Redner bemerkt, dass man auch in seiner Heimat mancherlei Beschwerden höre, doch sei man sich dort klar, dass unter den heutigen Verhältnissen die hier und da auftauchenden Gerüchte mit besonderer Vorsicht zu prüfen seien. Redner erklärt, dass nach seiner und seiner Freunde Ansicht die soziale Gerechtigkeit nur in einem politisch freien Staate durchgeführt werden könne, und ist er Gegner jeder Diktatur, im Staat sowohl als auch in der Partei. —

Uhle (Zürich): Es sei ihm sehr klar, dass es so gekommen, wie es nach dem Sozialistengesetz kam. Die Partei wurde auf ein Terrain getrieben, welches ihr völlig neu war und sie musste sich erst einrichten. — Most's Angabe, er sei zu seiner Haltung gedrängt worden, widerlege sich u. a. auch durch die Angaben des Pariser Delegierten. Most hat jeden, der für die Partei arbeitete, beschimpft, teilweise einzelne sogar denunziert; es ist daher nicht möglich, dass sich unter den Anhängern der »Freiheit« noch gute Genossen befinden. — Die Polemik gegen die »Fr.« im »Sozialdemokrat« war notwendig und wurde von den Parteigenossen gefordert. Die Flugblätter müssen im grossen herausgegeben und verbreitet werden; sie müssen uns die unmöglich gemachten Volksversammlungen ersetzen. —

Der Pariser Delegierte warnt vor den Abgesandten Most's, welche sich in Paris gewöhnlich als Polizeispitzel entpuppten. —

Der nun folgende Redner erklärt, dass es ihm scheine, als ob man in Angriffen gegen die Parteiführung doch zu weit ginge. Man gesteht zu, dass die Lage eine höchst bedenkliche war, und dennoch häuft man Anklage auf Anklage. Bestand denn die Partei aus Kindern, die lediglich auf die Führer angewiesen waren? Viele der jetzigen Ankläger waren s. Z. sehr pessimistisch gestimmt. Er (Redner) könnte eine Reihe von Städten nennen, wo trotz aller Anregung nichts zu schaffen möglich war. Das sollten wir bei unserer Kritik nicht vergessen. Was sollte denn die Partei tun? Wir haben jetzt keine bezahlten Parteibeamten wie früher. Die frühere öffentliche Tätigkeit war durch das Gesetz unmöglich geworden. Aufforderungen zum Organisieren etc. werden dadurch gefährlich, dass die Parteigenossen zu wenig Vorsicht mit Schriftstücken beobachten. Es sind Geldersammlungen arrangiert und die Aufforderung an alle Adressen gesandt worden. Eine grosse Anzahl Orte haben aber nichts gesandt. Man verlangt Flugblätter, eine Zeitung etc.; aber wo sollen die Mittel dazu herkommen, wenn die Genossen nicht opferwilliger sind? Man hätte durch sofortige Gründung eines ausländischen Blattes gar nichts gewonnen. Die Verbreitungs-Vorbedingungen für ein solches waren gar nicht vorhanden. Die Gründung des »Sozialdemokrat« war nur nach Ueberwindung der grössten Schwierigkeiten möglich und dadurch verspätet. Bei Erlass des Sozialistengesetzes dachte übrigens niemand daran, ein Blatt im Ausland zu gründen. Most selbst schrieb einen Brief an einen Genossen, laut welchem er in Berlin bleiben und dort journalistisch tätig sein wollte. Er projektierte ein kleines Blatt, welches nicht sozialistisch sein, sondern nur Tatsachen bringen sollte und daher »unantastbar« sein würde. Redner verliest den betr. Brief, in dem Most noch die Hoffnung ausspricht, nicht nach Amerika auswandern zu müssen, sondern in Deutschland eine »Höhle« zu finden; weiter warnt er vor den »Ungeduldsgefahren«. (Redner verliest zur Bestärkung des Obigen noch zwei weitere Schriftstücke des Herrn Most.) Erst durch Most's Verhalten zur Reichstagstätigkeit unserer Abgeordneten ist die Feindseligkeit provoziert worden. — Im allgemeinen solle man nicht vergessen,

dass die Parteigenossen selbst vielfach Schuld daran tragen, dass nicht mehr geschehen konnte, als getan wurde.

Die Sitzung wird ½9 Uhr vertagt bis zum nächsten Sonntag, früh 8 Uhr.

Dritte Sitzung. Sonntag, 22. August, vormittags 8 Uhr.

Zuerst gelangt die Präsenzliste, welche die Anwesenheit von 55 Delegierten ergibt, zur Verlesung. Alsdann wird das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung verlesen und nach einigen Monierungen genehmigt. Es wird konstatiert, dass die verlesenen Briefe Most's erst dann zur Veröffentlichung gegeben worden seien, als Most darauf bezügliche hämische Bemerkungen in der »Freiheit« gemacht habe; somit sei jeder Verdacht eines ungerechtfertigten Gebrauchs dieser Briefe, bezw. eines Vertrauensmissbrauchs ausgeschlossen.

Nach Verlesung einer Zuschrift von Mailänder Parteigenossen wird beschlossen, für die nun folgende Spezialdiskussion jedem Antragsteller eine Redezeit von zehn Minuten, den übrigen Rednern eine solche von fünf Minuten zu gestatten. —

Zu Punkt I der Tagesordnung, betr. das Programm, sind folgende Anträge eingelaufen:

a) »Betreffs der Frage Schutzzoll oder Freihandel schliessen wir uns völlig der Resolution an, welche s. Z. vom Genter Weltkongress mit Einstimmigkeit angenommen wurde, dass nämlich diese Frage eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie sei.«

b) Von einem deutschen Genossen in der Schweiz:
»Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hält aller Verfolgungen und Anfeindungen ungeachtet fest an den Grundsätzen des auf dem Vereinigungskongress der deutschen Sozialdemokratie 1875 in Gotha vereinbarten Programms. Ohne dasselbe in seiner heutigen Fassung als unverbesserlich hinstellen zu wollen, erklärt sie eine Abänderung ihres Programms aus dem Grunde für unnötig, weil durch die veränderte Lage der Partei die Grundsätze derselben keinerlei Veränderung erfahren können, die Haltung oder Taktik aber, wie es in allen von der Partei veröffentlichten Broschüren betont worden ist, nicht von irgend einem Programm, sondern von der Haltung unserer Gegner bestimmt wird. Die Sozialdemokratie erklärt nach wie vor, dass sie den Weg organischer Reformen nicht grundsätzlich verschmäht, dass es somit den heutigen Machthabern selbst zuzuschreiben ist, wenn sie ihre auf das Wohl der Gesamtheit gerichteten Bestrebungen auf anderem Wege zu verwirklichen sucht.«

c) Von einem deutschen Vertreter:
»Im Absatz II des Gothaer Programms das Wort »gesetzlich« zu streichen.«

d) Von deutschen Genossen in Zürich:
»Obgleich wir das Gothaer Programm nicht für unfehlbar und verbesserungsunfähig halten, sind wir der Ueberzeugung, dass jetzt nicht die Zeit zu einer Programmänderung ist; wünschen aber, dass der Kongress eine Erklärung erlasse und zusammen mit dem Programm veröffentliche, welche den heutigen, durch die Ausnahmegesetzgebung und ihre Folgen herbeigeführten, veränderten Standpunkt der Partei erklärt und namentlich eine

unzweideutige Erklärung des sogen. »gesetzlichen Weges« mit Rücksicht auf die heutige ungesetzliche, revolutionäre Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie gibt.«

Der Referent für den Antrag d deponiert: Der von ihm eingebrachte Antrag gehe von den bewährtesten Genossen Zürichs aus. Er halte, entgegen dem Antrag c, das Streichen des Wortes »gesetzlich« für untunlich. Gegenüber den zahlreichen Unzufriedenen jedoch sei eine Erklärung in dem von ihm beantragten Sinne notwendig; es müsse konstatiert werden, dass die Sozialdemokratie Deutschlands die Worte »gesetzlicher Weg« stets so verstanden habe, dass sie sich die Kraft zutraue, ihre Sache auf geistigem Gebiete durchzuführen, dass sie indess, wenn man ihr diesen Weg verrammele, vor keinem Mittel zurückscheuen werde. —

Die Debatte, in welcher noch acht Redner das Wort ergriffen, wird trotz ihrer Kürze sehr animiert. Mit grosser Einmütigkeit plaidieren sämtliche Redner für den Antrag c, Streichung des Wortes »gesetzlich«. Es wird dabei namentlich hervorgehoben, dass, nachdem die deutsche Regierung durch Annahme des infamen »Gesetzes« vom 21. Oktober 1878 uns jede gesetzliche Agitation unmöglich gemacht, es ein Nonsens sei, das Wort »gesetzlich« in unserem Parteiprogramm stehen zu lassen. Jeder Versuch, irgendwie agitatorisch für unsere Bestrebungen einzutreten, sei ja nach diesem »Gesetz« ungesetzlich; lassen wir daher das Wort »gesetzlich« im Programm stehen, so verzichten wir damit darauf, ferner Sozialdemokraten zu sein oder für die Sozialdemokratie zu wirken und machen uns ausserdem einer groben politischen Heuchelei schuldig. Ein Redner hebt noch besonders hervor: Könne die Sozialdemokratie gesetzlich etwas erlangen, so werde sie dies selbstverständlich nicht von der Hand weisen; allein bei der geradezu niederträchtigen Art und Weise, mit der gegen sie vorgegangen werde, müsse sie erklären, dass ihr jedes Mittel recht sei, dieses Gesetz illusorisch zu machen und der Verwirklichung ihrer Ziele näher zu rücken. Dies müsse offen ausgesprochen werden und deshalb sei die Streichung des genannten Passus aus dem Programm notwendig. —

Der Begründer des Züricher Antrags erklärt hierauf: Nachdem er mit Genugtuung bemerkt, welche Stimmung bei den in Deutschland wohnenden Genossen über diese Frage herrsche, habe er keine Veranlassung, auf den Antrag d zu beharren, er ziehe deshalb denselben zu gunsten des Antrages c zurück und glaube damit im Sinne der Antragsteller zu handeln.

Hierauf wird der Antrag c mit allgemeiner Akklamation einstimmig angenommen. —

Es wird sodann der Antrag a, Schutzzoll und Freihandel betreffend, diskutiert.

Der Antragsteller führt aus, es sei nicht gleichgültig, wie die Partei sich zu dieser Frage stelle; dieselbe könne unsere Partei sehr leicht in zwei Lager spalten, wenn der eine Teil an diesem, der andere an jenem Punkte festhalte. Man müsse den Arbeitern begreiflich machen, dass es sich bei der Tätigkeit für ihr Wohl nicht um Schutzzoll oder Freihandel, sondern um Beseitigung der planlosen Produktionsweise handle. —

Der folgende Redner wendet sich gegen den Antrag a zunächst aus formellen Gründen, da er nicht kontrollieren könne, ob dieser Antrag wirklich der Resolution des Genter Kongresses entspreche. Sodann komme aber noch in Betracht, dass die Lage der Arbeiter allerdings

mit abhängig sei von den Zöllen, resp. von den durch dieselben geschaffenen Preisbedingungen. Uebrigens sei an eine Erhöhung der Zölle in Deutschland z. Z. nicht zu denken; es werde sich vielmehr lediglich um Verminderung derselben handeln. Die vom Vorredner angeregte Streitfrage bestehe also z. Z. gar nicht mehr und beantrage er deshalb über diesen Antrag zur Tageflordnung überzugehen. —

Weitere Redner schliessen diesem letzteren Antrag, Uebergang zur Tagesordnung, sich an; der Antrag a besage im Grunde genommen nichts anderes, als die von dem Kongress der deutschen Sozialdemokratie 1876 angenommenen Resolution betr. Schutzzoll und Freihandel. Jene Resolution sei ohne genügende Erörterung angenommen worden. —

Ein Genosse, der dem 1876er Kongress beigewohnt, wendet sich gegen letztere Ausführung, indem er versichert, es sei auf dem Kongress von 1876 eingehend die betr. Frage diskutiert worden. Konform den damals gefassten Beschlüssen sei auch das Verhalten der Abgeordneten unserer Partei im Reichstage gewesen. Die Notwendigkeit, für gewisse Schutzzölle einzutreten, um der deutschen Arbeiter willen, sei nicht abzuleugnen. Man müsse nun einmal, so lange die Sozialdemokratie nicht zum Siege gelangt sei, der Trennung der Nationen in wirtschaftlichen Fragen zu gunsten der Arbeiter Rechnung tragen. Die meisten der vom Reichstag angenommenen Zölle qualifizieren sich übrigens als Finanzzölle — und für diese seien die Abgeordneten unserer Partei nicht eingetreten. Most und Genossen seien nicht berechtigt, Kayser Vorwürfe über sein Verhalten bei der die Eisenzölle betreffenden Abstimmung zu machen. —

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen und damit der Antrag a ausgeschieden. —

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist: Parteileitung. Dazu liegen folgende Resolutionen vor, die einstimmig angenommen werden:

a) »Die gewählten Revisoren haben die Prüfung der vorgelegten Abrechnungen vollzogen und erklären, dass diese Abrechnungen völlig richtig sind. Es sind dadurch alle von Berliner Ausgewiesenen in Hamburg und anderen Seiten aufgestellten Behauptungen über angebliche Unregelmässigkeiten durchaus widerlegt.«

b) »Der Kongress erklärt, dass er die seit Erlass des Sozialistengesetzes von den Abgeordneten und der Partei überhaupt eingehaltene Taktik für prinzipiell richtig hält und spricht den in schwieriger Lage handelnden Vorkämpfern der Partei sein Vertrauen aus.« —

In betreff der Angelegenheit Auer-Rackow und mit Bezugnahme auf die hierzu vorliegenden Anträge wird beschlossen, ein Schiedsgericht zu ernennen, welches die Sache unter Beiziehung der nötigen Auskunftspersonen und genauer Prüfung der Belege zu untersuchen hat. Die heute schon gegebenen ausführlichen Darlegungen sollen möglichst wortgetreu den Parteigenossen zugänglich gemacht werden. Die Mitglieder dieses Schiedsgerichts werden mittelst Stimmzettel gewählt.

Schluss der Sitzung ½1 Uhr. (Schluss folgt.)

Sankt Max.

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner.

Neues Testament: „Ich."

1. Oekonomie des alten Bundes. (Schluss.)

Da Alles, was Gegenstand für Ich ist, vermittelst irgend einer seiner Eigenschaften auch sein Gegenstand ist, d. h. also sein Eigentum, z. B. die Prügel, die er erhält, als Gegenstand seiner Gliedmassen, seines Gefühls, seiner Vorstellung, sein Gegenstand, mithin sein Eigentum sind, so kann er sich als Eigentümer jedes für ihn vorhandenen Gegenstandes proklamieren, und damit die ihn umgebende Welt, möge sie ihn auch noch so sehr misshandeln und zu einem »Menschen von nur idealem Reichtum, einem Lump« herabdrücken, für sein Eigentum erklären und sich zu ihrem Eigentümer proklamieren. Andererseits, da jeder Gegenstand für »Ich« nicht nur Mein Gegenstand, sondern auch mein Gegenstand ist, so kann jeder Gegenstand mit derselben Gleichgültigkeit gegen den Inhalt für das Nicht-Eigne, Fremde, Heilige erklärt werden. Derselbe Gegenstand und dasselbe Verhältnis kann daher mit gleicher Geläufigkeit und gleichem Erfolg für das Heilige und für Mein Eigentum erklärt werden. Es kommt alles darauf an, ob der Accent auf das Mein oder auf den Gegenstand gelegt wird. Die Methoden der Aneignung und Kanonisation sind nur zwei verschiedene »Besprechung Einer Wendung«.

Alle diese Methoden sind bloss positive Ausdrücke für die Negation des in den obigen Gleichungen dem Ich fremd Gesetzten; nur dass die Negation wieder, wie oben, in verschiedenen Bestimmungen gefasst wird. Die Negation kann erstlich rein formell bestimmt werden, so dass sie den Inhalt gar nicht affiziert, wie oben bei der Menschenliebe und in allen Fällen, wo sich seine ganze Veränderung auf die Hinzufügung des Bewusstseins der Gleichgültigkeit beschränkt. Oder die ganze Sphäre des Objekts oder Prädikats, der ganze Inhalt kann negiert werden, wie bei Religion und Staat, oder drittens kann die Kopula, meine bisher fremde Beziehung zum Prädikat, allein negiert und auf das Mein der Accent gelegt werden, so dass Ich mich als Eigentümer zum Meinigen verhalte, z. B. beim Gelde, das zur Münze Meines eigenen Gepräges wird. In dem letzteren Fall kann sowohl die Eigenschaft des Menschen wie sein Verhältnis allen Sinn verlieren. Jede der Eigenschaften des Menschen wird dadurch, dass Ich sie in Mich zurücknehme, in meiner Ichheit ausgelöscht. Es ist nicht mehr von ihr zu sagen, was sie ist. Sie ist nur noch nominell was sie war. Sie hat als »Mein«, als in Mir aufgelöste Bestimmtheit, gar keine Bestimmtheit mehr gegen Andere, noch gegen Mich, sie ist bloss von Mir gesetzt, Schein-Eigenschaft. So z. B. Mein Denken. Eben wie mit Meinen Eigenschaften verhält es sich mit den Dingen, die mit Mir in einem Verhältnis stehen und, wie schon oben gesehen, im Grunde auch nur Meine Eigenschaften sind — z. B. mit einem angeschauten Laden. Insofern [also] in Mir das Denken von allen . . . Eigenschaften, z. B. der Goldschmiedsladen wieder von dem Wurstladen . . . total unterschieden ist, kommt der Unterschied wieder als Unterschied des Scheins herein, und macht sich auch nach Aussen, in Meiner Aeusserung für Andere, wieder geltend; hiermit ist diese aufgelöste Bestimmtheit glücklich wieder vorhanden, und muss, soweit

sie überhaupt sprachlich ausgedrückt werden kann, ebenfalls in den alten Ausdrücken wiedergegeben werden. (Von Sankt Sanchos nicht-etymologischen Illusionen über die Sprache werden wir übrigens auch noch ein geringes Wörtlein vernehmen.)

An die Stelle der obigen einfachen Gleichung tritt hier die Antithese. In ihrer simpelsten Form lautet sie z. B. so:

Denken des Menschen	Mein Denken, egoistisches Denken,

wo hier das Mein so viel heisst, dass er auch gedankenlos sein kann, also das Mein das Denken aufhebt. Verwickelter schon wird die Antithese im folgenden Beispiel:

Das Geld als Tauschmittel des Menschen	Das Geld meines eigenen Gepräges, als Tauschmittel des Egoisten —

wo der Unsinn entbunden wird. — Noch verwickelter wird die Antithese, wenn Sankt Max eine Bestimmung hereinbringt und sich den Schein einer weitläufigen Entwickelung geben will. Hier wird aus der einzelnen Antithese eine Antithesenreihe. Zuerst heisst es z. B.:

Das Recht überhaupt als Recht des Menschen	Recht ist, was Mir Recht ist.

Wo er ebensogut statt Recht jedes andere Wort setzen könnte, da es eingestandenermassen gar keinen Sinn mehr hat. Obgleich dieser Unsinn fortwährend noch mit unterläuft, so muss er doch, um von ihr weiter zu kommen, eine andere, notorische Bestimmung des Rechts hereinbringen, die sowohl im rein persönlichen als auch im ideologischen Sinn gebraucht werden kann — etwa die Macht als Basis des Rechts. Nur erst, wo das Recht in der ersten These noch eine andere Bestimmtheit hat, die in der Antithese festgehalten wird, kann die Antithese einen Inhalt erzeugen. Nun heisst es:

Recht — die Macht des Menschen.	Macht — das Recht Meiner.

Was dann wieder sich einfach dahin auflöst:

Macht als Macht Meiner = Meine Macht.

Diese Antithesen sind weiter nichts als die positiven Umdrehungen der obigen negativen Gleichungen, bei denen sich schon am Schluss fortwährend Antithesen herausstellten. Sie übertreffen die Gleichungen noch an einfacher Grösse und grosser Einfalt.

Wie Sankt Sancho früher alles für fremd, ohne ihn bestehend, heilig, ansehen konnte, so kann er nun ebensoleicht alles für sein Machwerk, für nur durch ihn bestehend, für sein Eigentum ansehen. Da er nämlich alles in seine Eigenschaften verwandelt, so braucht er sich nun dazu nur . . . . . . halten, wie er sich als mit sich einiger Egoist zu seinen ursprünglichen Eigenschaften verhielt, eine Prozedur, die wir hier nicht zu wiederholen brauchen. Hierdurch wird unser Berliner Schulmeister absoluter Herr der Welt — »freilich ist dies auch der Fall mit jeder Gans, jedem Hunde, jedem Pferde« (Wig. p. 187).

Das eigentliche logische Experiment, das allen diesen Formen der Aneignung zu Grunde liegt, ist eine blosse Form des Sprechens, nämlich die Paraphrase, die Umschreibung eines Verhältnisses als Ausdruck, als Existenzweise eines anderen. Wie wir eben sahen, dass jedes Verhältnis als Exempel des Verhältnisses des Eigentums dargestellt werden konnte, geradeso kann es als Verhältnis der Liebe, der

Macht, der Exploitation u. s. w. dargestellt werden. Sankt Sancho fand diese Manier der Paraphrase in der Spekulation fertig vor, wo sie eine Hauptrolle spielt. Siehe unter »Exploitationstheorie«.

Die verschiedenen Kategorien der Aneignung werden gemütliche Kategorien, sobald der Schein der Praxis hereingebracht und mit der Aneignung Ernst gemacht werden soll. Die gemütliche Form der Behauptung des Ich gegen das Fremde, Heilige, die Welt »des Menschen« ist die Renommage. Dem Heiligen wird der Respekt aufgekündigt (Respekt, Achtung etc., diese gemütlichen Kategorien gelten ihm für Beziehung auf das Heilige oder auf ein Drittes als Heiliges), und diese permanente Aufkündigung eine Tat tituliert, eine Tat, die umso burlesker erscheint, als er fortwährend nur gegen das Gespenst seiner heiligenden Vorstellung kämpft. Andererseits, da die Welt trotz seiner Respektskündigung gegen das Heilige heillos mit ihm umspringt, geniesst er dagegen die innere Befriedigung, ihr zu erklären, dass er nur nötig habe, zur Macht gegen sie zu kommen, um respektlos mit ihr umzuspringen. Diese Drohung mit ihrer weltvernichtenden reservatio mentalis vollendet die Komik. Zur ersten Form der Renommage gehört, wie Sankt Sancho p. 16 »nicht den Zorn des Poseidon, nicht die rächenden Eumeniden« »fürchtet«, p. 58 »den Fluch nicht fürchtet«, p. 242 »keine Vergebung will«, u. s. w., und zum Schluss behauptet, die »massloseste Entweihung« des Heiligen zu begehen; zur zweiten Form seine Drohungen gegen den Mond p. 218: »Könnte Ich Dich nur fassen, Ich fasste Dich wahrlich, und finde Ich nur ein Mittel, zu Dir hinaufzukommen, Du sollst Mich nicht schrecken — — Ich gebe Mich nicht auf gegen Dich, sondern warte nur Meine Zeit ab. Bescheide Ich Mich auch für jetzt, Dir etwas anhaben zu können, so gedenke Ich Dir's doch!« — eine Apostrophe, in der unser Heiliger unter das Niveau von Pfeffels Mops im Graben sinkt — ebenso p. 425, wo er »der Macht über Leben und Tod nicht entsagt« etc. — Schliesslich [kann] ... die renommistische Praxis wieder zu einer blossen . . . innerhalb der Theorie werden, . . . der Heilige mit den pomphaften Worten Dinge getan zu haben [erklärt], die er nie getan hat. . . . dazu gehört eigentlich das ganze Buch, speziell seine uns als eine Entwickelung aufgedrungene, aber nur schlecht abgeschriebene Geschichtskonstruktion, dann die Versicherung, dass »das Buch« »gegen den Menschen geschrieben zu sein scheint« (Wig. p. 168), und eine Unzahl einzelner Beteuerungen, wie: »Mit einem Hauche des lebendigen Ichs blase Ich Völker um« (p. 219 des »Buchs«), »Ich schlage frisch drauf los« (p. 254), p. 285 »Tot ist das Volk«, ferner die Beteuerung, »in den Eingeweiden des Rechts zu wühlen« p. 275, und der herausfordernde mit Zitaten und Sprüchlein verbrämte Ruf nach »einem leibhaftigen Gegner« p. 280.

Die Renommage ist schon an und für sich sentimental. Ausserdem kommt aber die Sentimentalität im Buche auch noch als ausdrückliche Kategorie vor, die namentlich bei der positiven Aneignung, welche nicht mehr blosse Behauptung gegen das Fremde ist, eine Rolle spielt. So einfach die bisherigen Methoden der Aneignung auch waren, so muss bei näherer Entwickelung doch der Schein hereingebracht werden, als ob das Ich sich dadurch auch Eigentum »im gewöhnlichen Verstande« erwerbe, und dies ist nur durch eine forcierte Aufspreizung dieses Ich zu erreichen, nur dadurch, dass er sich und Andere in einen sentimentalen Zauber hüllt. Die Sentimentalität ist überhaupt gar nicht zu vermeiden, sobald er sich die Prädikate »des Menschen« unbesehen als seine eigenen vindiziert, z. B. »Jeden« »aus Egoismus« »liebt« und so seinen Eigenschaften eine überschwengliche Aufgedunsenheit gibt.

So wird p. 351 »das Lächeln des Kindes« für »sein Eigentum« erklärt und ebendaselbst die Stufe der Zivilisation, auf der man die Greise nicht mehr totschlägt, als die Tat dieser Greise selbst mit den rührendsten Wendungen dargestellt etc. Zu dieser Sentimentalität gehört auch durchaus sein Verhältnis zur Maritornes.

Die Einheit von Sentimentalität und Rennomage ist die Empörung. In ihrer Richtung nach aussen, gegen Andere, ist sie Renommage; in ihrer Richtung nach innen, als Knurren-in-sich, ist sie Sentimentalität. Sie ist der spezifische Ausdruck des ohnmächtigen Widerwillens des Philisters. Er empört sich beim Gedanken des Atheismus, Terrorismus, Kommunismus, Königsmordes etc. Der Gegenstand, wogegen Sankt Sancho sich empört, ist das Heilige; darum ist die Empörung, die zwar auch als Verbrechen charakterisiert wird, in letzter Instanz Sünde. Die Empörung braucht also in keiner Weise als eine Tat aufzutreten, da sie nur »die Sünde« wider »das Heilige« ist. Sankt Sancho begnügt sich daher damit, sich die »Heiligkeit« oder den »Geist der Fremdheit« »aus dem Kopfe zu schlagen« und seine ideologische Aneigung zu vollziehen. Wie ihm aber überhaupt Gegenwart und Zukunft sehr im Kopfe durcheinander gehen, wie er bald behauptet, sich schon alles angeeignet zu haben, bald es erst erwerben zu müssen, so fällt ihm auch bei der Empörung zuweilen ganz zufällig ein, dass er das wirkliche Fremde sich auch dann noch gegenüber hat, wenn er mit dem Heiligenschein des Fremden fertig geworden ist. In diesem Falle oder vielmehr Einfalle wird dann die Empörung in eine eingebildete Tat und das Ich in ein »Wir« verwandelt. Hierüber werden wir später das Nähere sehen. (Siehe: »Empörung«.)

Der wahre Egoist, der sich nach der bisherigen Darstellung als der grösste Konservateur erwiesen hat, sammelt schliesslich die Brocken »der Welt des Menschen« zwölf Körbe voll; denn »es sei ferne, dass Etwas verloren gehe!« Da sich seine ganze Aktion darauf beschränkt, an der ihm von der philosophischen Tradition überlieferten Gedankenwelt einige abgegriffene, casuistische Kunststücke zu probieren, so versteht es sich von selbst, dass die wirkliche Welt für ihn gar nicht besteht und daher auch fortbestehen bleibt. Der Inhalt des Neuen Testaments wird uns dazu den Beweis im Einzelnen liefern.

So »erscheinen wir vor den Schranken der Mündigkeit und werden mündig gesprochen« (p. 86).

III. Urkunden des Sozialismus.

Ein Agrarflugblatt der französischen Arbeiterpartei*).

Arbeitendes Landvolk!

Weil die Sozialisten der Arbeiterpartei (Parti ouvrier) danach streben, dass die von müssiggängerischen Geldleuten wucherisch angeeigneten Bergwerke, Eisenbahnen, Fabriken der arbeitenden Nation zurückgegeben werden sollen, wirft man uns vor, wir wollten den kleinen Landwirten ihr Eigentum wegnehmen. Die Leute, welche diese Lügen verbreiten, sind dieselben, die, während sie euch gegen euere Brüder, die Arbeiter in den Städten, aufreizen, euch euere Ersparnisse durch ihre Panamagesellschaften wegstehlen.

Werfet einen Blick auf das Agrarprogramm, das auf unserem letzten Kongress in Marseille ausgearbeitet wurde. Denkt über die sozialen Reformen nach, deren sofortige Durchführung die Partei zugunsten der Tagelöhner, der kleinen Grundeigentümer, der Pächter und der Teilbaupächter (métayers) verlangt. Und wenn ihr euch die Frage vorgelegt habt, ob denn euere früheren und jetzigen Vertreter jemals etwas zur Verbesserung euerer Lage getan haben, so werdet ihr euch sagen müssen, dass die Sozialisten euere wahren Verteidiger, euere einzigen Freunde sind.

Weit entfernt davon, darauf zu sinnen, eure Güter »teilen« zu wollen, will die Arbeiterpartei, welche nur die Parasiten vom grossen Grundbesitz bekämpft, dass man die Steuern, die das kleine Grundeigentum bedrücken, ganz abschafft, jedenfalls aber unverzüglich ermässigt, dass man die Teilbaupächter und die Pächter gegen die sie ausbeutenden Eigentümer schütze und dass man denjenigen, die nichts haben als ihre Hände zum Arbeiten, einen guten Lohn zum Leben und eine Pension für ihr Alter sicherstellt.

Die Arbeiterpartei ist in ganz Frankreich organisiert. Sie hat Abgeordnete in der Kammer und Munizipalräte in Hunderten von Gemeinden. Herren der Gemeindevertretung von Roubaix, Marseille, Narbonne, Montluçon und anderen grossen Städten, beschäftigt sie sich vor allen Dingen mit der Wahrung der Interessen der Arbeiter. So werden in Roubaix bereits die Kinder von zwölf Kleinkinderschulen unentgeltlich beköstigt und bald wird das gleiche für alle Kommunalschulen durchgeführt sein. Dazu kommt noch, dass man im Winter auch Kleider unter sie verteilt.

Heute, wo die Arbeiterpartei in den Städten eine Macht geworden ist, mit der gerechnet werden muss, geht sie dazu über, diese Macht in den Dienst ihrer Brüder auf dem Lande zu stellen, um für sie Gerechtigkeit zu erlangen, sie zu organisieren und durch ihre Vereinigung mit den Arbeitern der Industrie ihre Freiheit und ihr Wohlsein sicher zu stellen.

Programm.

Artikel 1.

Festsetzung von Mindestlöhnen durch die Syndikate der Landarbeiter und die Gemeinderäte, sowohl für die Tagelöhner, wie für die auf das Jahr verdingten Arbeiter (Grossvieh-Hirten, Hofknechte, Mägde u. s. w.).

Der Feldarbeiter, der keinen Zoll breit Erde besitzt, weiss, wie hart und schwer das Leben ist, wie viel er arbeiten muss, um nur ein wenig zu ver-

*) Dieses Flugblatt datiert aus dem Jahre 1893. Ihm liegt das Agrarprogramm zu Grunde, wie es die Arbeiterpartei (»Guesdisten«) 1892 auf ihrem Kongress zu Marseille beschlossen hatte. *Red. der Dok. des Soz.*

dienen! Wenn er wenigstens alle Tage im Jahre Arbeit haben könnte, so wäre die Sache nur halb so schlimm; aber das ist nicht der Fall. Wochen und Monate hindurch ist es für ihn unmöglich, für Feldarbeiten Verwendung zu finden; er muss feiern, er muss, während er sich beim Bäcker in Schulden stürzt, im Nichtstun verharren oder er muss die Seinen verlassen und nach der fernen Stadt ziehen, Arbeit zu suchen, die auch da nicht alle Tage zu finden ist.

Der Arbeiter müsste jedoch während der guten Jahreszeit so viel verdienen, dass er und seine Familie davon während des ganzen Jahres zu leben hätten, das ist der Mindestlohn, den die Arbeiterpartei für ihn verlangt.

Der Mindestlohn wäre durch die Gemeinderäte und die Landarbeiter-Syndikate überall da festzusetzen, wo solche geschaffen werden können.

Das ist nicht mehr als gerecht. Wenn die grossen Besitzer finden, dass sie ihre Ländereien nicht zu guten Preisen verpachten können, dann lassen sie Schutzzölle auf den Wein, das Getreide, das Vieh legen; diese Zölle kommen nur ihnen zugute, nicht aber den Pächtern, den Teilpächtern, den Tagelöhnern und dem Gesinde. Der Tagelohn der Holzhauer und der des Ackermannes ist nicht gestiegen, obgleich die Eingangszölle die Verkaufspreise für Holz und Getreide erhöht haben.

Die Arbeiterpartei will, dass das, was für den Profit der grossen Besitzer geschieht, für die Löhne der 3½ Millionen Tagelöhner, Grossvieh-Hirten, Hofknechte, Hofmägde und andere Landproletarier geschehe.

Dazu ist es aber nötig, dass sich die Landleute mit den Arbeitern der Städte vereinigen, um ihre Leute in die Kammer zu schicken und die Republik der Arbeit zu gründen.

Artikel 2.

Errichtung landwirtschaftlicher Schiedsgerichte.

Ein gewerbliches Schiedsgericht ist ein Gerichtshof, das sich je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammensetzt. Die Arbeitgeber wählen die Arbeitgeber-Beisitzer und die Arbeiter die Arbeiter-Beisitzer.

Wenn zwischen einem Arbeiter und einem Arbeitgeber über eine Frage des Lohnes oder der Arbeit eine Differenz ausbricht, so kommen die zwei Parteien vor das Schiedsgericht, welches zwischen ihnen entscheidet. Jeder vertritt sein Recht. Der Arbeiter hat keine Furcht, zu sprechen, wenn er Kameraden aus der Werkstatt als Richter vor sich sieht, er ist sicher, dass er einen Verteidiger finden und Gerechtigkeit erlangen wird, wenn diese verletzt wurde. Der Arbeiter hat weder Rechtsanwalt noch Gerichtskosten zu zahlen.

Was für die Arbeiter der Städte gut ist, ist in gleicher Weise auch gut für die Landarbeiter. Deshalb verlangt die Arbeiterpartei, dass man in jeder Gemeinde ein Schiedsgericht errichte, gewählt durch die Besitzer, Pächter, Teilpächter auf der einen und die Landarbeiter auf der anderen Seite. Dieses Gericht soll alle Sonntage und, wenn es nötig ist, auch öfters Sitzung abhalten.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterbreiten ihm ihre Streitigkeiten. Und aus Leuten zusammengesetzt, die mit allen Verhältnissen der Landwirtschaft vertraut sind, wird das Schiedsgericht alle Schwierigkeiten lösen ohne Zeitverlust und ohne Kostenaufwand.

Artikel 3.

Verbot an die Gemeinden, ihr Gemeindeland zu veräussern. Abtretung durch den Staat von Domänenland, Küstenland und anderem zur Zeit noch unbebauten Boden an die Gemeinden... Verwendung der Ueberschüsse des Gemeindebudgets zur Vergrösserung des Gemeindebesitzes.

Die Gemeindegüter sind die Güter derjenigen, welche keinen Besitz haben. Da wo sie in grosser Zahl vorhanden sind, wie in den Pyrenäen, können sich alle Einwohner, wie arm sie auch sein mögen, wenn sie nur einen Stall haben, Schafe, Kühe, Schweine halten, welche auf den Gemeindewiesen weiden. In gewissen Gemeinden gibt es einen Gemeindehirten, d. h. einen von der Gemeinde bezahlten Hirten, der das Amt hat, das Vieh eines jeden und aller in

die Berge zur Weide zu führen. Andere Gemeinden besitzen Wälder, welche allen Einwohnern Brennholz und selbst Bauholz liefern.

Ehemals besassen alle Gemeinden umfangreichen Gemeindebesitz, der den armen Leuten das Leben erleichterte; die Kühe, die Schweine und die Schafe wurden auf dem Gemeindeland gefüttert und verschafften der Familie des Landmannes Wolle, die die Frauen spannen, Milch, Butter, Käse und Fleisch. Seit langer Zeit geht man überall darauf aus, die Gemeindegüter abzuschaffen; so besitzen viele Gemeinden kein Krümchen Land mehr.

Die Arbeiterpartei, welche von der Nützlichkeit des Gemeindelandes für das Wohlergehen der kleinen Landleute und der Armen überzeugt ist, will, dass der Staat sich überall da, wo es noch besteht, seiner Beseitigung widersetzt, und dass man dort welches schafft, wo keines mehr vorhanden ist. Zu diesem Zwecke verlangt sie, dass die Ueberschüsse der Gemeindebudgets zur Vergrösserung des Gemeindebesitzes verwendet werden.

Die Arbeiterpartei verlangt ferner, dass da, wo der Staat Domänengüter und unkultiviertes Land besitzt, wie an der Küste des Meeres, er dieses, anstatt es an Kapitalisten für Spottpreise zu verpachten, es den Gemeinden überlässt, damit diese Gemeindegut daraus bilden.

Artikel 4.

Die Gemeinden sollen das ihnen vom Staat überlassene, das schon ihnen zugehörige und das von ihnen angekaufte Land an die besitzlosen Familien abgeben, die es als blosse Nutzniesser genossenschaftlich benutzen sollen, mit dem Verbote, Lohnempfänger zu beschäftigen, und der Verpflichtung, einen Pachtzins zu zahlen, der für das Budget der kommunalen Unterstützungskasse verwendet werden soll.

Die Arbeiterpartei verlangt, dass die schon im Besitze der Gemeinden befindlichen und die ihnen vom Staate überlassenen Ländereien da, wo sie in Kultur gebracht werden können, unter der Kontrolle der Gemeinden von Genossenschaften von armen Familien bewirtet werden sollen, welche die Ernteerträge nach der von einem jeden geleisteten Menge Arbeit unter sich verteilen, jedoch einen bestimmten Teil zum Nutzen des Budgets der kommunalen Unterstützungskasse abgeben sollen.

Was die Arbeiterpartei hier verlangt, wird teilweise schon in Narbonne angebahnt, wo auf Vorschlag des Bürgermeisters Ferroul, der Deputierter und Mitglied des Nationalrates der Arbeiterpartei ist, der sozialistische Munizipalrat beschlossen hat, eine bestimmte Menge Gemeindeland nichtbesitzenden Familien zu überlassen, damit sie es zu Weingärten verwenden.

In anderen Gemeinden könnten die assoziierten Familien, die man auf den urbar gemachten Ländereien ansiedelt, dort Getreide, Gemüse und andere Produkte erzeugen, entsprechend dem Klima und der Natur des Bodens.

Ohne dass man ihnen mehr darüber sagt, werden die Landarbeiter verstehen, welche Bedeutung für ihr Wohlergehen die Gemeindegüter haben würden, wenn sie in so beträchtlicher Anzahl vorhanden wären und so verwertet würden, wie es die Arbeiterpartei vorschlägt.

Artikel 5.

Errichtung landwirtschaftlicher Invaliditäts- und Altersversicherungskassen, die durch eine besondere Steuer auf die Einkünfte des grossen Besitzes zu unterhalten sind.

Wenn die Ackersleute und die landwirtschaftlichen Arbeiter nach einem Leben mühsamer Arbeit und fortgesetzter Entbehrungen alt geworden sind, stehen sie ohne Hilfsmittel und von Rheumatismus gelähmt, da. Nachdem sie die anderen ernährt haben, sehen sie sich in das schrecklichste Elend gestürzt und gezwungen, ihr Brot zu erbetteln.

Sie sind in dieser Hinsicht noch schlimmer daran, als die Bergleute und die Angestellten des Staates und der Eisenbahnen, welche Pensionskassen haben, die ein vollständiges Hungersterben verhindern, wenn die Betreffenden zum Krüppel oder zu alt geworden sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Der Landarbeiter hat bisher noch nicht gesehen, dass sich jemand für seine traurige Lage interessiert und bestrebt hätte, ihn im Alter gegen Not

zu sichern. Die Arbeiterpartei, welche jederzeit für die Armen und Unterdrückten eintritt, verlangt, dass durch den Staat landwirtschaftliche Pensionskassen errichtet werden, welche den Invaliden und Greisen pro Tag mindestens 2 Franken gewähren.

Am Vorabend der Wahlen stehend, hat die Regierung wohl die Bildung einer Pensionskasse für alle Arbeiter vorgeschlagen, aber ihr Projekt ist nichts als ein Wahlmanöver, damit ihre offiziellen Kandidaten gewählt werden.

Sie will, dass die Arbeiter der Städte und des Landes einen grossen Teil der Kosten dieser Kasse aufbringen sollen. Wie aber sollen die Ackersleute und die Tagelöhner das nötige Geld aufbringen können, sie, die mit aller Not den Unterhalt für ihr nacktes Leben verdienen und denen niemals etwas übrig bleibt, um es auf die Seite zu legen? Und dann wird diese Kasse der Regierung erst für die Zukunft etwas sein; sie würde erst in 20 bis 30 Jahren anfangen können, Pensionen auszuzahlen: währenddessen werden die heute Notleidenden hundertmal Zeit haben, Hungers zu sterben.

So versteht die Arbeiterpartei die Pensionskasse nicht: anstatt von den Armen zu verlangen, dass sie sie mit ihren Sousstücken anfüllen, will sie, dass der Staat sie unverzüglich mit den Fünffranken-Stücken der Grossgrundbesitzer anfülle, denen man eine besondere Steuer auferlegen soll. Auf diese Art würde man sofort die Invaliden und Greise unterstützen können. Diese Steuer würde die gerechteste von allen sein: weil die Landarbeiter, so lange sie jung und kräftig sind, sich tot arbeiten, um dem Grund und Boden der grossen Besitzer Erträge abzugewinnen, ist es auch ganz in der Ordnung, dass, wenn sie alt und gebrechlich sind, sie von denen unterstützt werden, die sie bereichert haben.

Artikel 6.

Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen durch die Gemeinden und Vermietung derselben zum Kostenpreise an die Landbebauer...Errichtung von Landarbeitergenossenschaften zum Ankauf von Dünger, Abzugsröhren, Samen, Pflanzen u. s. w., und zum Verkaufe der Produkte.

Die kleinen Besitzer sind zu arm, um sich landwirtschaftliche Maschinen kaufen zu können und ihr Landbesitz ist nicht ausgedehnt genug, als dass sich der Ankauf von Maschinen rentierte, auch wenn sie die Mittel dazu hätten.*) Sie sind also genötigt, entweder die Maschinen jedesmal, wenn sie sie gebrauchen, sehr teuer zu leihen oder aber die Arbeit mit der Hand zu verrichten, die der grosse Besitzer viel billiger von der Maschine erhält.

Was der kleine Besitzer aus eigenen Kräften nicht fertig bringen kann, das könnte die Gemeinde tun: die Arbeiterpartei verlangt, dass jede Gemeinde entsprechend den Bedürfnissen ihrer Betriebe eine Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen kauft und an die kleinen Besitzer zu möglichst niederen Preisen vermietet, die gerade ausreichen, die Abnutzung und Instandhaltung zu bestreiten.

Die Landwirte werden stets von den Kaufleuten übervorteilt, welche ihnen Dünger, Samen, Pflanzen zur Erneuerung ihrer Weinstöcke, Röhren zum Entwässern ihrer Ländereien u. s. w. verkaufen. Die Arbeiterpartei verlangt, dass man sie ermutige, es den grossen Besitzern nachzumachen und sich in Syndikaten zusammenzuschliessen, welche durch Einkauf im grossen bessere Qualitäten und günstigere Preise erzielen.

Diese Syndikate der kleinen Landwirte würden sich auch gleichzeitig mit dem Verkauf ihrer Ernteerträge und ihres Viehes befassen können, die zu besseren Bedingungen wie jetzt verkauft werden könnten.

Und mittlerweile verlangt die Arbeiterpartei, dass der Staat und die Kommune besoldete Beamten anstellen zum Ueberwachen der Verkäufe, damit sie verhindern, dass die Landleute übervorteilt werden, wie es den Rübenbauern durch die Zuckerfabrikanten geschieht. Die ländlichen Gemeindeverwaltungen könnten ihrerseits vermittelnd eingreifen, sei es beim Ankauf von Samen,

*) Die kleinen Bodeneigentümer (von 1 bis 5 Hektaren), in einer Anzahl von sieben Millionen dreihunderttausend, besitzen nur rund 11 Millionen Hektar, während 29 000 Grossgrundbesitzer mehr als 12 Millionen Hektar besitzen.

Dünger usw., oder für den Verkauf der Produkte, indem sie im letzteren Falle direkt mit den städtischen Munizipalitäten verhandelten, so wie es der Abgeordnete der Arbeiterpartei, der Genosse Paul Lafargue, in seinem Gesetzentwurf über die Verproviantierungskassen verlangt, den er letzthin der Kammer unterbreitet hat.

Artikel 7.

Befreiung der kleinen Besitzungen unter 5000 Franken Wert von den Besitzwechsel-Abgaben.

Die kleinen Landwirte zahlen den grössten Teil der Steuern, ohne irgendwie Nutzen davon zu ziehen. Zum Beispiel zahlen sie zur Unterhaltung der Landstrassen mehr als die grossen Besitzer, da nicht sie es sind, welche die Landstrassen verderben, sondern die schweren Lastwagen der grossen Besitzer diese eindrücken.

Die Steuer ist unbarmherzig für die Kleinen; unter dem Vorwande der Gleichheit trifft sie sie um so mehr, je weniger Mittel sie haben. Ein Landwirt, welcher ein Besitztum im Werte von ein paar Hundert Franken kauft oder durch Erbschaft erhält, muss verhältnismässig ebensoviel Abgaben bezahlen wie ein Reicher, der als Käufer oder Erbe ein Besitztum im Werte von mehreren Hunderttausend Franken übernimmt. Denn die Besitzwechsel- und Erbschaftssteuern sind gleich hoch für den Reichen wie für den Armen.

Die Schriftstücke, die einen Besitzwechsel feststellen, sind einer Abgabe von 4 % plus 1½ % Uebertragungskosten unterworfen. Das macht 5 Franken 50 Cent. für je hundert Francs. Aber 5 Francs 50 Cent. pro Hundert bedeuten für denjenigen, der Hunderttausende von Franken besitzt, eine kleine Summe, während sie eine starke Belastung sind für denjenigen, der einige Tausend Franken hat und sehr oft auf Kredit kaufen muss. Den Armen so viel zahlen lassen wie den Reichen heisst die Gleichheit in ihr Gegenteil verkehren.

Die Arbeiterpartei, welche die wahre Gleichheit einführen will, verlangt, dass man die Lasten abschaffe, die den kleinen Landwirt bedrücken, angefangen mit den Abgaben für den Besitzwechsel unter Lebenden und auf Erbschaften, soweit es sich um Werte von unter 5000 Franken handelt.

In Deutschland zahlen die Erbschaften, die 187 Frcs. nicht übersteigen, keine Abgaben: in Frankreich muss man Abgaben an den Staat bezahlen, wenn man nur einen Schweinestall im Werte von fünfzig oder fünfundzwanzig Francs erbt.*)

---

*) Damit die kleinen Besitzer sehen, welche Vorteile die Durchführung dieser von der Arbeiterpartei befürworteten Reform für sie haben würde, lassen wir hier die Abgaben folgen, die bezahlt werden müssen für die Uebertragung von unbeweglichen Gütern nach dem Tode des Besitzers und zwischen Lebenden.

	pro Hundert	
Besitzwechselabgaben	4,—	Francs.
Uebertragungskosten	1,50	„
Total . . .	5,50	Francs.

Uebertragungskosten zwischen Lebenden bei unentgeltlicher Ueberlassung.

	pro Hundert	
1. In direkter Linie oder durch Ehevertrag	2,75	Francs.
Ausserhalb des Ehevertrags	4,—	„
2. Zwischen Gatten durch Ehevertrag	3,—	„
Ausserhalb des Ehevertrags	4,—	„
3. Zwischen Geschwistern, Oheimen, Tanten Neffen und Nichten: durch Ehevertrag	4,50	„
Ausserhalb des Ehevertrags	6,50	„

Uebertragungskosten bei Sterbefällen.

	pro Hundert	
In direkter, aufsteigender oder absteigender Linie . .	1,—	Francs.
Zwischen Ehegatten (Schenkung oder Testament) . . .	3,—	„
In Seitenlinien, Geschwister, Oheime, Tanten, Neffen und Nichten	6,50	„

Die Arbeiterpartei fordert das für die kleinen Besitzungen, was die Sozialisten bereits in vielen Städten für die kleinen Mieter durchgesetzt haben, die von der Mobiliar- und Personalsteuer befreit worden sind.

Artikel 8.

Herabsetzung der hohen Pacht- und Teilpachtsätze durch schiedsrichterliche Kommissionen, wie sie in Irland bestehen, und Entschädigung der Pächter und Teilpächter bei Lösung des Vertrages für die von ihnen dem Pachtgut zugefügten Wertsteigerungen.

In dem monarchischen England hat man vor einigen Jahren schiedsrichterliche Kommissionen einsetzen müssen, vor die die irländischen Pächter geladen wurden, ihre Beschwerden vorzubringen. Und wenn sie feststellen konnten, dass sie die Opfer fortgesetzter schlechter Ernten oder ihre Pachtsätze übertrieben hoch waren, wurden ihre Pachtsätze revidiert und in einigen Fällen um die Hälfte herabgesetzt.

Die Arbeiterpartei verlangt, dass die Republik in derselben Weise zu gunsten der französischen Pächter eingreift, um zu verhindern, dass diese sich beiBereicherung der Tagediebe des grossen Grundbesitzes zu Grunde richten. Sie schlägt zu diesem Zwecke vor, dass in allen Departements ähnliche Kommissionen eingesetzt werden, die aus Bauern und einem Friedensrichter bestehen sollen.

Ihre Einrichtung ist um so notwendiger, als die Pächter, um nicht unbeschäftigt zu bleiben, oder durch die wütende Konkurrenz, die sie sich gegenseitig machen, sehr oft dazu verführt werden, für die Güter, die sie in Betrieb nehmen, weit über deren Wert zu zahlen.

Andererseits sind die Teilpächter und Pächter genötigt, behufs Bearbeitung des Bodens, den sie in Pacht genommen haben, Ausgaben für Düngung, Entwässerungsarbeiten, Bauten, Anpflanzungen etc. zu machen. Wenn dann die Pacht abläuft, kommen alle diese mit Aufwendung von Geldkosten und Arbeit gemachten Verbesserungen dem Besitzer zu gute, der weder einen Sou ausgegeben, noch eine Schaufel Erde umgegraben hat, und setzen ihn in die Lage, die Pacht zu erhöhen.

Die Arbeiterpartei verlangt, dass in allen Departements Kommissionen eingesetzt werden mit dem Auftrage, den während der Dauer des Pachtvertrages erzielten Wertzuwachs abzuschätzen und die Besitzer anzuhalten, den ermittelten Betrag den Pächtern und Halbpächtern bei Auflösung des Vertrages in Anrechnung zu bringen.

Artikel 9.

Aufhebung des Artikels 2102 des Code civil, der den Grundbesitzern ein Pfandrecht auf die Ernten gibt, und Beseitigung der Brandonbeschlagnahme, das heisst der Beschlagnahme stehender Ernten; Festsetzung eines unantastbaren Reservats für den Landwirt, das bestehen soll aus den Ackergeräten, bestimmten Quantitäten der Ernten, der Sämereien, von Mist und Vieh, die er zur Ausübung seines Gewerbes unumgänglich nötig hat.

Der Artikel 2102 des Code civil, dessen Aufhebung die Arbeiterpartei verlangt, gibt den Besitzern das Recht eines Königs des ancien régime über alle Güter seines Pächters oder seines Mieters, über die Früchte der Jahresernte, über den Wert von allem, was das Wohnhaus oder das Pachtgut enthält, und von allem, was zum Betriebe des Pachtgutes gebraucht wird.

Niemand in der Gesellschaft verfügt über ein ähnliches absolutes Recht, wie die Grundbesitzer: ein gewöhnlicher Gläubiger kann die Güter seines Schuldners erst pfänden, wenn er ein gerichtliches Urteil gegen ihn erlangt hat.

Der Grundbesitzer kann ohne jedes Urteil alles bewegliche Gut pfänden, welches zur Ausstattung des Wohnhauses oder des Pachtgutes gehört; ja selbst wenn es bereits daraus entfernt ist, hat er noch für die Dauer von vierzig Tagen, sofern es sich um das Mobiliar des Pachtgutes, und für die Dauer von fünfzehn Tagen, sofern es sich um das bewegliche Gut des Wohnhauses handelt, solches Pfandrecht.

Sein Recht ist so absolut, dass er selbst Möbel und Geräte pfänden und verkaufen kann, die nicht dem Pächter gehören, ihm aber geliehen oder auf Kredit verkauft wurden.

So lange dieser Artikel nicht abgeschafft ist, wird der Pächter schwer Kredit finden, denn er kann den Verleihern keine Garantie bieten, weil der Eigentümer sich vor allen anderen bezahlt machen kann durch Verfügung über die Ernte, die Möbel und die zum Betrieb des Pachtgutes nötigen Geräte.

Die Brandonbeschlagnahme ist ein anderes Recht, dessen Beseitigung nicht weniger im Interesse der Landwirte gelegen ist: denn ein Gläubiger, der im Besitze eines vollstreckbaren Titels ist, kann in den sechs Wochen vor der Reife die Früchte, ob sie hängen oder Wurzeln sind, wie Getreide, Trauben, Heu, Gemüse, mit einem Worte die ganze Ernte seines Schuldners beschlagnahmen und ihm nichts zum Leben für sich und seine Familie lassen. Es bedeutet die vollständige Ausplünderung.

Um den kleinen Eigentümer vor einem solchen Ruin zu wahren und ihn gegen den Wucherer, sowie die Pächter und Teilpächter gegen die grossen Grundbesitzer zu schützen, verlangt die Arbeiterpartei in diesem Artikel ihres Agrarprogramms, dass man zu gunsten des Landbebauers unantastbare Reservate festsetze, welche die Arbeitsgeräte, die Maschinen, bestimmte Quantitäten Getreide, Samen, Mist und eine bestimmte Anzahl Vieh umfassen, die zur Existenz und zur Ausübung des Gewerbes notwendig sind.

Artikel 10.

Revision des staatlichen Katasters und bis zur Durchführung dieser allgemeinen Massregel Teilrevision durch die Gemeinden.

Seit Jahren verlangt man vergeblich die Revision des Katasters, welche doch nötig ist, um eine gerechte Einteilung der Grundsteuer zu erzielen.

Als man vor mehr als achtzig Jahren das Kataster aufnahm, waren viele Grundstücke beholzt, unkultiviert oder galten als zu jedem Anbau ungeeignet, die heute abgeholzt sind und durchweg gute Erträge liefern. Und gleichwohl zahlen sie keine Steuern oder nur solche, die der reinste Hohn sind.

Wir wissen sehr wohl, dass eine allgemeine Revision des Katasters Jahre beanspruchen und Millionen kosten wird; aber das ist kein Grund, sie nicht vorzunehmen. Unterdessen ist es erforderlich und muss verlangt werden, dass die Gemeinden, wozu das Gesetz sie autorisiert, eine partielle Revision der Ländereien ihrer Feldmark vornehmen, um die Steuerveranlagung zu berichtigen und die kleinen Landwirte zu entlasten, die so schwer und so ungerecht besteuert sind.

Artikel 11.

Unentgeltliche Lehrkurse über Landwirtschaftskunde und Einrichtung landwirtschaftlicher Versuchsfelder.

Der Landwirt muss heute ein unterrichteter Mensch sein, um die chemische Düngung und die Art ihrer Verwendung je nach der Qualität des Bodens und den Kulturen zu verstehen, um die besten Samensorten zu kennen, d. h. diejenigen, die den grössten Ertrag geben und sich für die Natur des Klimas und des Bodens am besten eignen, er muss stets auf dem Laufenden gehalten sein über die neuesten landwirtschaftlichen Maschinen und ihre Handhabung.

Die Arbeiterpartei verlangt, dass in jedem Departement mehrere Lehrer der Landwirtschaftskunde sich befinden, welche die Gemeinde nacheinander zu besuchen haben, um die Landwirte über die letzten Resultate der Ackerbau-Wissenschaften und der Vervollkommnungen der landwirtschaftlichen Maschinen zu belehren. Die Schullehrer und -lehrerinnen sind aufzufordern, diesen landwirtschaftlichen Vorträgen zu folgen, damit sie ihrerseits die Lehren der Professoren nach deren Abreise wiederholen können; für die ihnen dadurch erwachsende Mehrarbeit müssten die Kommunen und Departements sie durch Erhöhung ihrer bescheidenen Gehälter entschädigen.

Die Arbeiterpartei verlangt gleichzeitig, dass in jedem Departement ein oder mehrere Versuchsfelder für den praktischen Unterricht eingerichtet werden, wo man Kultursämereien und neue Pflanzenarten, desgleichen chemischen Dünger versucht; man würde dort ferner das Schneiden und Verpflanzen der Obstbäume und den Anbau von Küchengewächsen lehren.

Arbeitendes Landvolk!

Ihr wisst jetzt, wie die Arbeiterpartei, die man euch als ein Ungeheuer geschildert hat, eure Interessen und ihre Wahrnehmung versteht.

Ihr wisst, für welches Ziel sie sich an euch wendet und euch einladet, euch dem bereits organisierten Industrie-Proletariat anzuschliessen, um die falschen Republikaner, die euch schon zu lange ausbeuten, davonzujagen und die Partei der Arbeit und der Reformen an die Regierung zu bringen.

Ihr werdet euch der Arbeiterpartei anschliessen, welche zuerst eure Sache in die Hände genommen hat und die die einzige politische Partei ist, welche euch nicht anbietet, aus einer leeren Schüssel zu essen. Ueberall, wo sie ihre Kandidaten aufstellt, werdet ihr für sie stimmen, denn für sie stimmen heisst für das Programm stimmen, dessen Durchführung für das Land eine unmittelbare Besserung zur Folge haben wird.

Ihr werdet noch ein anderes tun: in den Wahlkreisen, wo die Partei keine Kandidaten haben sollte, werdet ihr eure Stimmen nur einem Kandidaten geben, der sich schriftlich verpflichtet, für die Verwirklichung der im Programm erwähnten Reformen einzutreten.

Ihr werdet diese bezeichnete Verpflichtung in öffentlicher Versammlung entgegennehmen und sie, damit der Nationalrat der Arbeiterpartei ihre Ausführung überwache, einem der beiden Sekretäre mitteilen:

Jules Guesde, 26 avenue d'Orleans, Paris;

Paul Lafargue, Député, Le Perreux (Seine).

Indem ihr dies tut, werdet ihr an das Werk eurer Emanzipation die erste Hand gelegt haben.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

6. August 1904.

K. Kautsky, Zum internationalen Kongress. — Henriette Roland-Holst, Zur Lage in Holland. — Gustav Hoch, Sozialpolitisches aus den Berichten der Arbeiter-Sekretariate für 1903. — August Bringmann, Das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung. — Literarische Rundschau.

13. August 1904.

M. Beer, Herbert Spencers Leben und Lehre. — M. Popowitsch, Die Nationalitätenkämpfe und die Reformen in der Türkei. — August Bringmann, Das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung. — Gustav Hoch, Sozialpolitisches aus den Berichten der Arbeiter-Sekretariate für 1903. — Literarische Rundschau. — Notizen.

20. August 1904.

M. Sursky, Die kriminal-soziologische Schule als Kämpferin für die Interessen der herrschenden Klassen. — Gustav Jaekh, Das Fazit im Leipziger Aerztekonflikt. — M. Beer, Herbert Spencers Leben und Lehre. — M. Popowitsch, Die Nationalitätenkämpfe und die Reformen in der Türkei. — Otto Rühle, Nochmals die Arbeiterschule. — Literarische Rundschau. — Notizen.

27. August 1904.

Karl Kautsky, Der Kongress zu Amsterdam. — M. Sursky, die kriminal-soziologische Schule als Kämpferin für die Interessen der herrschenden Klassen. — Dr. Otto Liebknecht, Trinkwasserreinigung durch Ozon. — Richard Wagner, Unmelodische Posthornklänge. — Leopold Loeske, Die Rolle des Wassers im Pflanzenleben. — Literarische Rundschau.

3. September 1904.

Karl Kautsky, Zur Naturgeschichte Isegrims. — H. Mattutat, Das Erlöschen der Rentenansprüche bei der Invaliden- und Unfallversicherung. — Corvus, Die deutschen Volksschullehrer. — Dr. Ludwig Frank, Sozialistische Jugendorganisationen. — Georg Davidsohn, Pro Rühle. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

September 1904.

Richard Calwer, Zum sozialdemokratischen Parteitag in Bremen. — Engelbert Pernerstorfer, Zur Frage der Taktik auf dem Kongress zu Amsterdam. — Eduard Bernstein, Die Programmrevision und der Bremer Parteitag. — Julius Bruhns, Die Organisation der Partei. — Max Schippel, Eine Parteidiskussion. Ein Nachwort zur Darlegung meines handelspolitischen Standpunktes. — Dr. Leo Arons, Materialien zur Beurteilung der preussischen Volksschule. — Paul Kampffmeyer, Lassalle — ein Zeitgenosse. Zum 40. Todestag des grossen Agitators. — Dr. Eduard David, Zur landwirtschaftlichen Betriebsentwickelung in England. — Dr. Albert Südekum, Preussische Wohnungsreform. — Dr. Hugo Lindemann, Strassenbahnen und ihre Tarife. — Emma Ihrer, Zur sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Bremen. — Rundschau: Wirtschaft, Politik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Frauenbewegung, Bildende Kunst, Bücher, Notizen.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

August 1904.

Eugène Fournière, Fourier et Proudhon. — P. J. Proudhon, Mémoires sur ma vie. — Christian Cornélissen, Des modes d'organisation technique de la production. — Marius Ary Leblond, Notes sur Georges Sand socialiste. — E. Tarbourieeh, La paix universelle. — Albert Thomas, La pensée socialiste de Babeuf avant la conspiration des Egauc. — Adrien Veber, Mouvement social.

L'Avenir Social, Brüssel.

15. August 1904.

Georges Renard, Etre socialiste. — L. de Lanessan, La criminalité et l'instruction. — Paul Louis, La réglementation du travail en Suisse. — J. Tehernoff, Louis Blanc; Emile Verhaeren, L'Action. — Louis Caramian, Les Carillons. — Bibliographie. Bulletin Coopératif.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

Juni und Juli.

La Grève Générale et le Socialisme. Enquête internationale. Opinions et Documents de Jean Jaurès, Edouard Vaillant, Henri van Kol, Enrico, Ferri, Karl Legien etc. etc.

III. In englischer Sprache.

The Comrade, New York.

August 1904.

Ferdinand Lassalle. — The Outloock for Socialism. — The Labor War in Colorado. — A Patriotic Socialist. — A Split in the Socialist Party of Italy. — The International Congress of Women. — Socialist Politics and Labor Politics. — A Danisch Socialist Manifesto.

The Social-Democrat, London.

15. August 1904.

Editorial Brevities. — Th. Rothstein, The Assassination of Plehve. — J. S. Toomet, Social-Democratic Party of Victoria, Australia. — Jacques Bonhomme, George Sand. — Paolo Orano, Patriarchs of Socialism. — Jean Allemane, Memoirs of a Communard. — The Reviews. — Interesting Items.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

15. August 1904.

Ad Amsterdam: La vittoria apparente dei conservatori. — La mozione di Dresda. — Jaurès, Guesde, Anseele, Discorsi al Congresso. — Filippo Turati, Democrazia ferroviaria. — Prof. Ugo Guido Mondolfo, La politica delle organizzazioni economiche e il prossimo Congresso degli insegnanti secondarii. — Studi sociologici. — Filosofia, letteratura e varieta.

Il Socialismo, Rom.

25. August 1904.

Giovanni Lerda, Malattie professionali e indennità ai colpiti. — G. M. Serrati, Lotta di classe negli Stati Uniti. — Alfredo Niceforo, Schiavi e selvaggi d'Europa. — Rivista delle Riviste Socialista. — Movimento e legislazione sociale. — Varieta della cronaca internazionale.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

September 1904.

A. van Collen, In den nieuwen Dag. — H. Gorter, Het Internationale Congress. — J. Saks, Utt Vroeger Dagen. — F. van der Goes, Jets over Prostitutie en Vroewenarbeid. — Herm. Heyermans jr, Hans. — C. J. Serrurier Damme, Een Geschiedenes van het socialisme in Amerika. — R. Kuyper, Het jongste Gericht. — Bruno Schoenlank, Het Karakter van het Kleinburgerdom.

Przedswit, Krakau.

Mai-Juni.

Opozycya rosyjska. — Zagadnienia rewolucyi. — Osobliwa »historya«. — Kwestya zydowska jako zagadnienie narodowe. — Z ruchu rewolucyjnego na »kresach« Rosyi. — Przeglad polityczny. — Przeglad krajowy. — Odezwy naszej partyi. — Z dziedziny szulerki politycznej. — Bibliografia. — Wydawnictwa P. P. S. — Luzne notatki.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

Conrads *»Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik«* (herausgegeben in Verbindung mit Prof. Edg. Loening und Prof. W. Lexis) enthalten in Heft 1 des 28. Bandes der dritten Folge eine eingehende dogmengeschichtliche und theoretische Arbeit von Dr. Béla Földes über »Individualprinzip, Sozialprinzip und sozialistisches Problem«. Der Verfasser, Universitätsprofessor in Budapest und Autor eines grösseren Werkes über Sozialökonomie (Társadalmi Gazdaságtan) gibt eine bis auf die neueste internationale Literatur sich erstreckende Darstellung der beiden ineinander übergreifenden Urprinzipien, Individual- und Sozialprinzip, und nähert sich mit der gleichmässigen Bewertung dieser beiden Triebe einer Auffassung, die man heute mit einem neugeprägten Schlagwort als Solidarismus bezeichnet. Nach einem Abschnitt, der einen guten Ueberblick über den gegenwärtigen Stand des sozialethischen Prinzips gewährt und die vom Standpunkt des Oekonomismus wie der Entwickelungstheorie gegen es gerichteten Angriffe zurückweist, schliesst er mit den Sätzen: »Wenn wir vor Augen halten, dass selbst die gemässigten Programme des Sozialismus der Wahrscheinlichkeit einer Realisation sehr ferne stehen, dass ferner dieselben nur im engen Rahmen und nur einen kleinen Teil der sogenannten sozialen Frage zu lösen versprechen, dass endlich eine Reihe dieser sozialistischen Vorschläge im Grunde — wie dies ja oft hervorgehoben wurde — individualistischer Natur sind, dann müssen wir zu der Ueberzeugung gelangen, dass der soziale Fortschritt nur dann erfolgen wird, wenn ein breiter Strom altruistischer Gefühle über die dürren Gefilde der egoistischen Gesellschaft geleitet wird. Dies setzt aber voraus, dass wir in die Prinzipien der Erziehung in weit höherem Masse, als dies bisher geschah, die Idee des Altruismus einführen. Die Menschen müssen zur intensiven Arbeit an den sozialen Interessen herangezogen werden. Auf diese Weise wird das sozialistische Problem verwirklicht werden. Die altruistische Erziehung ist der wahre ethische Sozialismus der Zukunft.«

Er. B.

* * *

Das *Septemberheft* 1904 der *»Süddeutschen Monatshefte«* (herausgegeben von Wilhelm Weigand) enthält einen Aufsatz Friedrich Neumanns über »Die Beamten der Arbeiterschaft«. Nach einer allgemeinen Schilderung des raschen Anwachsens des Beamtenheeres (der Beamte nimmt fast doppelt so rasch zu als das übrige Volk!), kommt er insbesondere auf den

abgedroschenen Vorwurf zu sprechen, dass die Arbeiterbeamten von den Groschen der armen Arbeiter ein Schmarotzerdasein führen. Er weist diese Behauptung mit dem Hinweis zurück, dass die Arbeiter im Gegenteil ihre Angestellten im eigenen Interesse besser bezahlen müssten als dies jetzt geschieht. Je mehr die Arbeiter sich als einheitlichen Körper empfinden, je mehr sie sich organisierten, desto mehr brauchten sie Organe. Auf die Dauer könne eben auch der beste Eifer nicht ohne die nötige materielle Grundlage existieren. Es sei durchaus kein Raub am Volke, wenn die Proletarierbeamten für ihre aufreibende Agitations- und Berufsarbeit (z. B. in den Konsumvereinen) entsprechende Gehälter bezögen, was heute, wo im Höchstfalle nicht mehr als 2000—2500 Mark gezahlt würden, durchaus nicht immer der Fall sei. *Er. B.*

* * *

Im 7. Heft (August) der katholischen »*Stimmen aus Maria Laach*« spricht H. Koch über die sozialistische Gesinnung, die namentlich in der Bevölkerung der modernen Grossstadt — zumal bei den Reichstagswahlen — immer deutlicher zum Ausdruck komme. Es sei bewiesen, dass die sozialistische Gesinnung lediglich von den Grossstädten aus über das ganze Land verbreitet werde. Die Neigung der Grossstädte zum Sozialismus sei jedoch nicht in allen Ländern in gleichem Masse vorhanden wie in Deutschland. Als Beweis dafür werden geltend gemacht Frankreich, Dänemark (?) Oesterreich (die Christlich-Sozialen in Wien, die Nationalisten in Prag und Triest), Belgien, Holland, Italien und besonders England (28 Grossstädte, London allen voran, wählen konservativ). Nach einem Versuch, für diese Verschiedenheit eine Erklärung zu finden, begnügt sich der Verfasser mit der Behauptung, dass »der Deutsche sich in weiten Kreisen noch nicht losgemacht hat von den Ideen, die sein politisches Leben bis 1866 beherrschten, dass Freiheitssinn ihm gleichbedeutend sei mit Kampf gegen die Regierung, und dass er seine Mannhaftigkeit am besten erweise durch Neinsagen.« Was er anfangs aber hinsichtlich der Sozialdemokratie anderer Länder zu widerlegen suchte, dass bekräftigt er nichtsdestoweniger am Schluss ganz allgemein durch Unterstreichung des Schmollerschen Satzes: Der Landmann ist politisch konservativ, der Städter ist liberal, fortschrittlich, sozialdemokratisch!« *Er. B.*

* * *

Im Doppelheft 8 und 9 der von Professor Dr. Julius Wolf herausgegebenen »*Zeitschrift für Sozialwissenschaft*« *polemisiert* Dr. Franz Oppenheimer gegen Heinrich Cunow, der Oppenheimers jüngst erschienenes Werk über »Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre« im »Vorwärts« einer abfälligen Kritik unterzogen hatte. Die in sehr bitterem Ton gehaltene Antikritik richtet sich allgemein gegen den Geist, der in der »Neuen Zeit« herrschte, zu deren Mitarbeiterstabe Cunow gehört. Cunow habe Oppenheimer ganz grundlos Verstösse inbezug auf die Vorführung der Marxschen Theorie vorgeworfen, und auf den Nachweis von der Grundlosigkeit des Vorhalts mit noch unbegründeterem Vorhalten geantwortet.

* * *

In dem Ende August herausgegebenen 35. Heft der süddeutschen Zeitschrift »*Freistatt*« behandelt Dr. Eisenach das Thema »Sozialismus und Agrarfrage« und nimmt insbesondere gegen Kautskys agrarpolitische Anschauungen Stellung. Wenn selbst alle Schwierigkeiten für den Fortschritt der Landagitation verschwänden, dann stünde noch immer zwischen Bauer und Arbeiter hindernd die Programmformel: Vergesellschaftung von Grund und Boden. Diese Forderung mache es dem Bauer unmöglich, Sozialdemokrat zu werden. Für die Werbekraft auf dem Lande sei in Zukunft ein neues Bauern-

programm notwendig; dann würde ein positives Aktionsprogramm herauskommen und »wenn der Chorus der siebenmal gesiebten Genossen, mit dem verstaubten Dogma in der Hand, sich noch ganz anders gebärden sollte«. Selbst die radikalsten unter den französischen Sozialisten wollten u. a. dem Bauern seinen Privatbesitz an Grund und Boden lassen. *Er. B.*

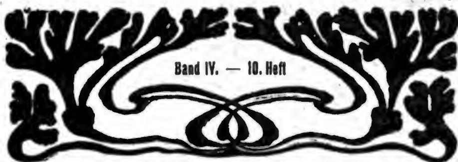
* *
*

In dem »*Journal des Economistes*«, August 1904, nennt der bekannte französische Oekonom Molinari in einem Artikel »Où est l'Utopie« den Sozialismus die unwahrscheinlichste aller Utopien, da er eine Wirtschaftsordnung mit Ausschaltung der treibenden Kraft der Konkurrenz konstruiere. Eine solche Organisation der Industrie stände in Widerspruch zu den Naturgesetzen. Im Gegensatz hierzu träumt er von einem vollkommenen Sieg des ökonomischen Liberalismus, wenn alle Schranken der Volkswirtschaft gegenüber der Weltwirtschaft gefallen sein werden. Die liberale Wirtschaftsordnung in ihrer reinsten und ausgeprägtesten Form sei zwar zunächst nur eine ideale Hypothese, aber gewiss nicht utopischer als die Ziele des herrschenden Protektionismus und Militarismus einerseits und der »Luftgebilde des sozialdemokratischen Zukunftsstaates« andererseits. Demgemäss bedauert der Verfasser im Interesse einer gesunden Mittelstandspolitik das Verschwinden der Mittelparteien, die sich in ihrem liberalen Teil den Konservativen, in ihrem radikalen Teil den Sozialisten anschliessen. *Er. B.*

* *
*

Das Augustheft 1904 des »*Mercure de France*« (Paris, Alfred Vallette) enthält eine Abhandlung »*Psychologie des Classes*« von Paul Louis. Während die geistige Verfassung der Bourgeoisie mehr historisch dargestellt wird, erfährt der Sozialismus eine mehr aktuelle Kritik. Der Verfasser wendet sich in scharfen Worten gegen die Schichten in der Sozialdemokratie, die man seit Dresden nur noch verächtlich als »Akademiker« zu bezeichnen pflegt. Der Klassencharakter müsse unter allen Umständen gewahrt bleiben. Man beschuldige das Proletariat unwissend, brutal, unversöhnlich, wankelmütig zu sein; es sei nur zu bescheiden, zu vertrauensselig, zu leicht zu überreden. Es würde schon längst die Herrschaft besitzen, wenn es nicht die Dummheit beginge, Führer anzunehmen, die nicht aus seinen eigenen Reihen stammen. Ueberläufer, die von der herrschenden Klasse herkommen, bleiben eben stets »Führer«, die am letzten Ende doch wieder Verräter am Proletariat werden würden. Das liege in der Natur der Sache. »Die aufrichtigen Ueberläufer sind nicht die, welche die Krone beanspruchen, sondern die, welche in Reih und Glied dienen. *Er. B.*

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Anton, Hans: **Über die Notlage vieler verheirateter Frauen der besseren Stände** und über den Zusammenhang mancher dieser Notlagefälle mit der Prostitution. Dresden. E. Piersons Verlag. 17 S. Preis: 50 Mk.

Eine etwas plumpe und naive, aber leidenschaftliche Anklage gegen jene Männer, die, anstatt ihre Familie zu »erhalten«, ihr Geld der Prostitution zutragen und ihre Frauen in Sorgen und Kummer verkommen lassen, und ein Aufruf an die unglücklichen Frauen zur Erkenntnis und Aufrüttelung. Das gut gemeinte Schriftchen dürfte wohl von einer Frau verfasst sein und wendet sich in erster Reihe, lt. Titel, an die »besseren Stände«, wo derartige Fälle infolge der der Frau auferlegten Heuchelei eher dem Tageslicht entzogen sind, dafür aber nicht weniger Unglück anrichten. *F. L.*

Arbeiter-Sekretariat Bremen. Vierter Jahresbericht. 1903. Nebst Berichten über Stand, Leistungen und wirtschaftliche Kämpfe der Gewerkschaften, das Gewerkschaftskartell und das Gewerbegericht. Bremen 1904. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats. 127 S. 8°.

Der Bericht verzeichnet eine nennenswerte Steigerung der Inanspruchnahme des Sekretariats gegen das Vorjahr, nämlich von 10815 auf 11796 Besucher, von denen 6454 organisiert waren. Eine höhere Zunahme wiesen die Gewerkschaften Bremens im Berichtsjahr auf, nämlich von 12422 auf 15492 Mitglieder. Hinsichtlich der Lohnbewegungen und Kämpfe um das Arbeiterrecht wird hervorgehoben, dass sie im Jahre 1903 eine Schärfe angenommen hätten, wie nie zuvor. Es gilt dies insbesondere von einem Kampf zwischen der Verwaltung und den Arbeitern des Norddeutschen Lloyd, der zu einer grossen Arbeitssperre führte und im Bericht ausführlich geschildert wird. Auch sonst ist der Bericht reich an Auskünften aller Art über Arbeiterrecht, Lohn- und Arbeitszeit-Entwickelung und schenkt auch der geistigen Bewegung der Arbeiter Beachtung.

Art'l, H. S: **Richard Roesicke.** Sein Leben und Wirken dem Volke dargestellt. Mit einem Bildniss. Berlin 1904, Verlag Georg Reimer, 70 S., 8°. Preis: 1,50 Mk.

Was gut und schön ist an dieser Schrift, das liegt entschieden am Inhalt, nicht an der Art und Form der Darbietung. Die oft sprunghafte Berichterstattung lässt einen chronologischen Ueberblick oder gar eine innere Entwickelung einem Ziele entgegen nur mit Mühe und selbst dann nur ahnungsweise erkennen. Man verzeiht indessen gerne jeden Kunstfehler. Handelte es sich doch für Art'l nicht darum, eine fachmännische, biographische Skizze zu schreiben, sondern, dem Drange herzlicher Zuneigung gehorchend, eine als solche immer

lobenswerte Freundestat zu vollbringen. Anders, strenger muss hingegen der Fehler der politischen Stimmung angesehen werden. Der Ton, den der Autor anschlägt, ist nicht der rechte, er steht in Widerspruch zu dem Thema. Dieser Nachruf für Roesicke ist nicht in dem Geiste des Dahingegangenen gehalten; denn inbezug auf die Sozialdemokratie entbehrt er nicht einer Feindseligkeit, die, auch nach Art'ls Zeugnis, Roesicke fremd, wohl aber des Verständnisses, das ihm gegeben war. Art'l hätte sich u. a. versagen dürfen, einen Artikel vom Mai 1894 auszugraben, den Roesicke anlässlich der Aussperrung und des Streiks bei Schultheiss für das »Anhaltische Tageblatt« geschrieben hatte. Diese Ereignisse traten damals ein, als der Generaldirektor Roesicke die Maifeier nicht gestattete, und Art'l spricht in diesem Zusammenhange vom Uebermut der Arbeiter, wirft ihnen den Maitag als Faulenzerei vor und sogar als willkürliche Beugung des Rechts, obwohl — wie zufällig im gleichen Artikel erwähnt wird — die Arbeiter zu keiner Kündigungsfrist verpflichtet waren. Derartige Schimpf- und Schlagworte richten sich selbst. Man hört sie auch zu oft, als dass wir aus anderem Grunde als ihrer Deplaziertheit am Grabe Roesickes wegen bei ihnen verweilt haben möchten.

Mehr als Art'l gehört eben Roesicke unser Interesse. Selbst in der hier dargebotenen Behandlung ist er eine überaus anziehende Erscheinung, ein in den ihm gesetzten Schranken bewundernswerter Mensch. Zudem stellt Roesicke einen Typus unserer Zeit vor, dessen Repräsentanten selten im öffentlichen Lichte stehen, und darum um so beachtenswerter sind. Es ist dies jener Typus sozialen Geistes, der symbolisch genannt werden kann zugleich für den Untergang des noch durch Gewalt und Trägkeit herrschenden Wirtschaftsgedankens und für den Aufstieg des noch verkannten und unterdrückten zur Herrschaft. Roesicke, den das Schicksal in die Reihen des Grossunternehmertums gestellt hatte, hat natürlich in seiner Verwaltungstätigkeit und selbst bei seiner weitgehenden Arbeiterfürsorge niemals die herrschende kapitalistische Form durchbrechen können. Aber was er hineingoss in diese ererbte Form, war schon von sozialistischem Empfinden durchleuchtet. Nicht als ob es von allem Anfang an so gewesen wäre, nicht als ob widerstrebendes Herrengefühl immer gefehlt hätte — das Maifeierverbot und die Aussperrung von 1894 erwiesen ein solches! Aber selbst aus der Schrift Art'ls dringt etwas von der Doppelnatur Roesickes zu uns, obwohl diese Schrift doch gewiss nichts weniger als den Zweck hat, gerade diesen Punkt hervorzuheben. Wenn Roesicke sich den von ihm beschäftigten Arbeitern verpflichtet fühlte, weil sie seine Wohlhabenheit mit schufen, und nur aus diesem Gefühle heraus und ohne Gegenforderungen für sie sorgte, so handelte er nicht als Kapitalist, nicht im Geiste des Unternehmertums. Dieser verfährt anders, er gibt nicht aus Pflicht, sondern aus habgieriger Schlauheit, um sich neue Vorteile, den Arbeitern neue Fesseln zu schaffen, und er gibt nicht unter Roesickes Parole: »Nichts für die Arbeiter ohne ihre Mithilfe und ihre Mitbestimmung!« Wie kurz aber ist der Gedanke Art'ls, gerade »die bis zum äussersten gehende Gerechtigkeit« Roesickes (und sie ging wohl bis an die ihr gesetzten Schranken) habe ihn zu einem gefährlicheren Gegner der Sozialdemokratie gemacht, als ein waschechter Bourgeois es sein könne. Ja, A. glaubt, die Sozialdemokraten selber hätten das erkannt. Welch ein Irrtum. Mögen doch alle Unternehmer in Roesickes Spuren treten! So lange die kapitalistische Form steht, verlangen wir nichts anderes, was doch übrigens längst laut und klar am Tage ist. Der brutale Geist Stumms peitscht in den Sozialismus, die Humanität Roesickes erzieht zu ihm, aber das Ende der Entwickelung ist das gleiche, alle Wege führen nach Rom. Man kann auch nicht im Zweifel darüber sein, welcher Weg der wünschenswertere ist. Die fatale Natur des Kapitalismus aber will es, dass ein Roesicke gar selten zur Geltung kommt und deshalb viel weniger ein Faktor der Entwickelung ist, als ein Stumm.

Ob Art'ls Schrift, dem Untertitel entsprechend, eine Volksschrift ist? Eine wichtige Bedingung, die der Billigkeit, ist nicht erfüllt. (Dem Preise entspricht aber die hübsche Ausstattung.) Im übrigen ist es klar, dass es keinem Manne im Volke etwas schaden kann, die Bekanntschaft Richard Roesickes zu machen. Selbst in der Vermittelung Art'ls dürfte jeder ihn lieb gewinnen.

F. L.

Bernstein, Eduard: **Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse.** Zu seinem vierzigsten Todestage. Berlin 1904, Buchhandlung Vorwärts. 95 S. 8°. Preis 50 Pf.

Diese Schrift soll, wie es im Vorwort heisst, »in knappen Umrissen das Wirken und Wollen Lassalles dem Leser vor Augen führen«. Sie besteht aus 16 meist kurzen Kapiteln, die in Verbindung mit einer Darstellung der politischen Tätigkeit Lassalles auch die Inhalte seiner Schriften behandeln. Das Urteil weicht verschiedentlich von der Kritik ab, welche in der vom gleichen Verfasser herrührenden Einleitung zur Gesamtausgabe der Lassalleschen Schriften niedergelegt ist, und zwar lautet es hier meist günstiger für Lassalle.

Bernstein, Eduard: **Zur Thorie und Geschichte des Sozialismus.** Gesammelte Abhandlungen. Vierte Auflage. Neue, umgearbeitete und ergänzte Ausgabe. I. Zur Theorie des Lohngesetzes und Verwandtes; II. Probleme des Sozialismus; III. Sozialistische Kontroversen. Berlin 1904, Ferd. Dümmlers Verlag. 139, 147 u. 160 S. 8°. Preis pro Band 2 Mark.

In dieser neuen Ausgabe des vor drei Jahren erschienenen Sammelwerkes hat die Abhandlung über das Lohngesetz einen Zusatzparagraphen »Die Lohnformen und ihre Fortentwickelung« erhalten und ist dem dritten Bande eine Abhandlung »Vom Wesen des Sozialismus« einverleibt worden. Ferner hat der Stoff eine etwas andere Einteilung erfahren. Sonst ist der Text nur unwesentlich und an der Tendenz und Grundauffassung nichts geändert worden.

Bibliothek. Bücherverzeichnis der öffentlichen Bibliothek und Lesehalle, Berlin, Alexandrinenstrasse 26. Berlin 1904, Verlag von Hugo Heimann. 769 S. 8°.

In zweiter Auflage liegt hier das umfangreiche Bücherverzeichnis der ersten nach modernen Prinzipien eingerichteten und geleiteten Volkslesehalle der Reichshauptstadt vor. Nicht nur weil der Stifter und bleibende Förderer des Instituts ein Sozialdemokrat ist, darf dies Bücherverzeichnis einen Platz in der Bibliographie des Sozialismus beanspruchen. Ohne sich irgendwie auf das parteipolitische Gebiet zu beschränken, bei im Gegenteil weitherziger, dem Geist der Wissenschaftlichkeit entsprechender Berücksichtigung der Literatur aller Wissensgebiete und aller Parteiströmungen weist das mehr als 15000 Nummern zählende Bücherverzeichnis doch einen Reichtum an älterer und neuerer sozialistischer Literatur auf, der das Institut allen wertvoll macht, die diese Literatur zu studieren wünschen. Das Verzeichnis selbst steht in Bezug auf Einteilung und Uebersichtlichkeit durchaus auf der Höhe der Zeit, ist in seiner Art mustergültig. Die beste Anerkennung kann wohl darin gefunden werden, dass seine erste Auflage innerhalb vier Monaten verkauft war. Gegen diese erste Auflage ist die zweite um ein 29 Seiten engen Drucks umfassendes Verfasser- bezw. Titelregister zur belehrenden Literatur bereichert worden. Es wird wohl noch geraume Zeit vergehen, bis die Reichshauptstadt ein von anderer Seite eingerichtetes ähnliches Institut aufweisen dürfte, das diesem hier den Rang streitig machen könnte.

Blaschko, Dr. A.: **Die gesundheitlichen Schäden der Prostitution und deren Bekämpfung.** Nach einem auf der Generalversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine gehaltenen Vortrage. Berlin 1904, W. & S. Löwenthal. 20 S. 8°. Preis 50 Pf.

In gedrängter, flüssiger Darstellung erörtert der Verfasser das im Titel angezeigte Thema, hinsichtlich dessen er wohl zu den hervorragendsten Sachkennern gehört. Er verwirft die Reglementierung der Prostitution, aber nicht, wie die »Abolitionisten«, weil sie eine Anerkennung der Prostitution bedeute, sondern weil sie mit mehr Uebeln verknüpft ist, als sie Nutzen stiftet. Eine wirksame Bekämpfung der gesundheitlichen Schäden der Prostitution erwartet er vielmehr von einer weiteren Ausdehnung und Ausbildung der

Krankenversicherung, welche die Prostituierten in deren Bereich hineinziehen würde, von wirtschaftlicher und sozialer Hebung der Frau und des allgemeinen geistigen und sittlichen Höhenstandes der Gesellschaft.

Bré, Ruth: **Staatskinder oder Mutterrecht?** Versuche zur Erlösung aus dem sexuellen und wirtschaftlichen Elend. Leipzig 1904, W. Malende. 183 S. 8°. Preis: 2 Mk.

Dieses Buch ist ein wütender Ansturm gegen die Menge des Uebels auf dem Gebiete der sexuellen Moral und der sexuellen Hygiene, es ist von flammender Entrüstung erfüllt über die heuchlerischen, Glück und Gesundheit mordenden Zustände. Leider geht aber die Verfasserin in ihrer Empörung über die Schranken schriftstellerischer Disziplin hinaus, und der Leser des Buches fühlt sich unter diesem Gedränge von Gedanken etwa wie mitten in einem Haufen lärmender Menschen. Der polemische Eifer mag das mit veranlasst haben. Die vielen Ausfälle gegen männliche und weibliche Feinde, die bitteren Scherze, welche nicht einmal immer den logischen Kontakt mit dem Objekte haben, schwächen die Wirkung manch glücklicher, sachlicher Pointe und manches kräftigen, die Wahrheit treffenden Wortes ab und verdunkeln die Aufwallungen der Sittlichkeit und Menschenliebe.

Sehr störend ist es, dass zwei Forderungen, die durchaus nicht identisch sind, hier sozusagen in einem Atem vorgebracht und miteinander verflochten werden: Das Verlangen, dass der Staat die Hand lasse von den unehelichen Kindern, und die grössere Forderung, die des »Mutterrechts« überhaupt, wie die primitiven Kulturen es kannten, also eine Umkehrung des ganzen Familienrechts und Familienlebens. Diese beiden Fragen sind an sich natürlich höchst beachtenswert. Zu der ersteren muss man allerdings beim heutigen Zustande der Gesellschaft den Standpunkt der Verfasserin abweisen. Wir bedürfen in diesem Punkte sehr entschieden des Staatseingreifens. Die kürzlich erschienene Arbeit von Dr. Spann hat über die Pflege der unehelichen Kinder seitens ihrer Mütter, dieser zur Lieblosigkeit verurteilten Opfer der Finsternis, erschreckenden Aufschluss gebracht. Allerdings stützt sich dieser Aufschluss auf Zahlen, nicht auf die Verallgemeinerung erhabener, aber leider recht seltener Gefühle.

Was die Frage des »Mutterrechts« als grundlegendes Prinzip der Gesellschaft betrifft, so begreift man wohl die Begeisterung der Verfasserin. Auf dieser Grundlage wäre die Mutter das rechtliche Haupt der Familie, und von ihr erbten die Kinder vor allem Namen und Zugehörigkeit. Man kann nicht bestreiten, dass diese Form des Familienrechts den Vorzug grosser Natürlichkeit und Sittlichkeit und in erster Linie denjenigen höchster Logik hat, indem sie die Frau und somit die Liebe vor schimpflicher Abhängigkeit bewahrt, und indem sie den Kindern ihren in allen Fällen richtigen Namen und Stamm gibt. Die Mutterschaft ist ein unzweifelhaftes Wissen, die Vaterschaft ein guter Glaube; dieses logische Argument gegen das Vaterrecht dürfte wohl nicht zu widerlegen sein. Das logische Verhältnis überstand indessen nie und nirgends den ersten Fortschritt der ökonomischen Entwickelung, und die Verfasserin tut dem Kapitalismus ein Unrecht, wenn sie gerade ihn als den Schöpfer des grausamen Vaterrechts hinstellt. Der Kapitalismus hat es wirklich aus viel früheren Zeiten übernommen. Aber auch unter den ökonomischen Bedingungen von heute ist ein Mutterrecht natürlich unmöglich. Wenn die Verfasserin jedoch meint, dasselbe könnte dazu beitragen, einen Zukunftsstaat herbeizuführen, bei dem es ohne »teilen« abgeht, so ist das immerhin eine Perspektive, die Beherzigung verdient. *F. L.*

Calwer, Richard: **Das Wirtschaftsjahr 1903.** Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt für Volkswirte und Geschäftsmänner, Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen. Erster Teil: Handel und Wandel in Deutschland. Jena 1904, Gustav Fischer. 302 S. gr. 8°. Preis 8 Mark.

Der Band 1903 von »Handel und Wandel« erscheint etwas später als die Bände für die Vorjahre. Der Verfasser erklärt dies aus dem Umstande, dass er im Interesse grösstmöglicher Vollständigkeit eine Reihe von statistischen

Veröffentlichungen abgewartet habe, die selbst wieder spät herauskamen, und will es nun vom Urteil der Kritik abhängig machen, ob er es auch für die Zukunft so halten oder auf frühzeitiges Erscheinen grösseren Wert legen solle. Wir sind der Ansicht, dass bei Werken dieser Art die Vollständigkeit wichtiger ist als die Raschheit des Erscheinens. Der Geschäftsmann kann in Bezug auf die Dinge, hinsichtlich deren er rasch informiert sein muss, ihr Erscheinen doch nicht abwarten, sondern wird in Spezialveröffentlichungen sich zu informieren suchen. Die Bedeutung von Werken, wie das hier gebotene, beruht eben darauf, dass sie in systematischer Zusammenfassung und Durcharbeitung darbieten, was Schnellpublikationen umzusammenhängend liefern.

In dieser Hinsicht nun kann der vorliegende Band den Vergleich mit seinen Vorgängern sehr wohl aufnehmen, weist er ihnen gegenüber allerhand Vervollkommnungen auf. Das Jahr 1903 war durch eine ersichtliche Aufbesserung des Geschäftsganges gegenüber dem Vorjahr ausgezeichnet. Es galt nun, den Ursachen dieser Besserung auf den Grund zu gehen, ihren Umfang möglichst genau festzustellen und ihre voraussichtliche Lebenskraft abzuschätzen. Der Verfasser tut das alles mit grosser Sorgfalt und Sachkenntnis. Als einen der Faktoren, die zur Hebung des Geschäfts beigetragen haben, bezeichnet er die guten Ernten der Jahre 1902 und 1903. Den Mehrerlös für die Ernte des Jahres 1903 gegenüber dem Durchschnitt der Ernten von 1899 bis 1902 gibt er auf 356 Millionen Mark an. Das Mehr der Einnahme von 1902 gegen 1901 sei noch erheblicher gewesen. Diese Mehreinnahmen der Landwirte hätten sicher Mehrverbrauch von gewerblichen Erzeugnissen zur Folge gehabt. Des weiteren führt Calwer die grosse Steigerung des Exports, die freilich überwiegend zu herabgesetzten Preisen erfolgte — also Schleuderexport war — und schliesslich auch den Bevölkerungszuwachs als Faktoren der Geschäftsbelebung an. Wie das letztere Moment den Geschäftsdruck schwächen konnte, will uns nicht recht einleuchten. Bevölkerungszuwachs hat es bei früheren Depressionen auch gegeben, ohne dass deren Ausdehnung auf ganze Reihen von Jahren Eintrag erlitt. Er kann wohl eine quantitative Hebung der Masse des Konsums, aber keine Hebung der Nachfrage nach Arbeitern gegenüber dem Angebot von Arbeitern erklären.

Zu Vorbehalten geben uns auch die gar sehr optimistischen Betrachtungen des Verfassers über das Syndikatswesen Anlass. Wir sind selbstverständlich keine Gegner der Konzentration der Betriebe und der administrativen Zusammenfassung der Unternehmungen und verkennen durchaus nicht den Wert der Arbeitsersparnis und der Verminderung von Geschäftsspesen, die sie zur Folge haben können und vielfach zur Folge gehabt haben. Aber das deutsche Syndikatswesen ist zu einem grossen Teil Treibhauspflanze mit recht bösen Nebenerscheinungen. Auch ist es noch nicht ausgemacht, ob es nicht auch für die Betriebskonzentration in sehr vielen Industrien eine Grenze nach oben gibt, jenseits deren der Mechanismus zu schwerfällig wird, um noch an Wirtschaftlichkeit zu gewinnen. Kurz, wir halten dem heutigen Syndikatswesen gegenüber grössere Skepsis am Platze, als sie bei Calwer zu finden ist, der übrigens dessen Tendenzen zu Uebergriffen durchaus nicht verschweigt.

Sehr anzuerkennen ist die Beachtung, die Calwer den technischen Verbesserungen und Umwälzungen schenkt. Seine Ausführungen hierüber tragen viel dazu bei, das vorgeführte statistische Material zu beleben. Aber auch sonst geht Calwer auf viele Probleme des sozialen Lebens ein, so dass sein Jahrbuch keineswegs nur Nachschlagewerk ist. Man findet viel Kritik und viel Anregung darin. Insbesondere ist die Berichterstattung über den Arbeitsmarkt und seine Bewegungen, sowie über die Arbeiterverhältnisse ausgezeichnet.

Damaschke, A.: Alkohol und Volksschule. Der Lehrer und die soziale Frage. Sozialer Fortschritt Nr. 24. Leipzig 1904, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis 15 Pf.

Zwei gut abgefasste, einem vorgeschrittenen Reformstandpunkt Ausdruck gebende Vorträge, die in Bezug auf die in den Titeln angegebenen Themen beachtenswerte Gesichtspunkte entwickeln.

Duhz, J.: Die Freimaurerei und ihre Wertlosigkeit. Berlin 1904. Federverlag, Dr. Max Hirschfeld. 46 S. Preis: 50 Pf.

In diesem kleinen Buche urteilt ein ehemaliger Freimaurer über die Freimaurerei. Sein Urteil wird man aus diesem Grunde nicht ganz ohne Bedenken entgegennehmen können. Aber es sei sofort gesagt, dass der Verfasser sich jeder Leidenschaft, jeder Masslosigkeit, ja jeden harten Urteils enthält. Und das kommt seiner Schrift zugute. Er deckt keine grossen Geheimnisse auf — im Gegenteil, wir erfahren hier nicht viel mehr, als uns sonst schon aus Büchern ähnlicher Art bekannt war. Aber seine klare und bündige Weise zwingt uns, den einfachen Gedankengängen zu folgen, ohne grossen Widerspruch erheben zu können. Mit seinem Urteil: »Die Freimaurerei ist wertlos« zieht er einfach einen logischen Schluss aus vorher angeführten Argumenten.

Was steht nun in dem Büchlein?

Der erste Abschnitt handelt über das Wesen der Freimaurerei. Die Freimaurerei will eine Lebenskunst sein, »die Kunst, durch Erkenntnis der Wahrheit und des Rechts und durch Uebung der Pflicht zur Glückseligkeit zu gelangen und so am Hilfsbau des grossen Weltbaumeisters mitzuarbeiten.« Die Freimaurer nennen ihr Tun »einen Tempelbau, an dem die einzelnen Menschen die Steine seien, die richtig behauen und fest eingefügt werden müssten.« Ein sehr schönes Ziel, gewiss! Nur fragt es sich, ob es in den Logen der Freimaurer auch erlangt werden kann. Als Mittel zum Zweck proklamieren die Freimaure eine unbegrenzte »Brüderlichkeit«, vornehmlich unter den Angehörigen ihres Bundes. Gegenseitige Unterstützung gehört dazu; auch allgemeine humane Einrichtungen sind von der Maurerei ausgegangen. Das alles erkennt der Verfasser wohl an. Aber er fragt, ob sich mit diesen Zielen der Formelkram, die Geheimnistuerei etc. vertrügen. Diese und weitere Fragen beantwortet er im zweiten Teile seiner Schrift, nachdem er im ersten Form, Lehre, Einrichtung, Ritus, Leben, Entstehung etc. des Freimaurerordens und verwandter Verbindungen dargestellt hat.

Im zweiten Abschnitt also handelt der Exfreimaurer von der Wertlosigkeit der Maurerei. Ihre alten Formeln, ihre Tracht, ihre Riten hielten die Freimaurer deshalb geheim, weil sie sich auf offener Strasse damit lächerlich machen würden. »Die Freimaurerei müsste, um jetzt noch existenzberechtigt zu sein, alles Veraltete von sich abstreifen«. Man suche in den Logen vergeblich nach dem »wahren Licht«. Der Verfasser hatte gehofft, Wahrheit und Licht bei den Freimaurern zu finden; er ward »Lehrling«, »Geselle«, »Meister«, er sah Lichter genug, aber nicht d a s Licht. Und gar bedenklich soll es mit der Brüderlichkeit stehen. An Beispielen zeigt unser Gewährsmann, dass die den Brüdern gewährte Hilfe oft nicht aus brüderlichen, sondern aus parteilichen, egoistischen Motiven entspringt. Die Gleichberechtigung der »Brüder« ist auch ein schöner Traum. Es gibt zahlreiche Abstufungen; dem »Meister vom Stuhl« muss Gehorsam geschworen werden; Rang, Geld, Vetternschaft geben Ansehen und Würde — Aeusserlichkeiten und nicht der innere Wert des Menschen! Die Logen selbst sind wieder gespalten, uneinig, gar feindlich gegen einander gesinnt. Wo ist wahre Brüderlichkeit? Selbstgefühl und Persönlichkeit würden unterdrückt; Heuchelei und Knechtssinn träten an ihre Stelle. Nach aussen hin zu schwach, im Innern selbst vermorscht — so »möge die Freimaurerei ruhig verschwinden und Besserem Platz machen!«

Das ist das Urteil des Verfassers. Ob es allgemein gültig genannt werden kann, lässt sich nicht sagen. Auch hätten die Beweise psychologisch vertieft werden können. Doch nehmen wir das Büchlein hin, wie es ist: es ist kein Pamphlet, sondern eine ernste Tendenzschrift, deren Resultat wohl richtig, die selbst nicht ohne Bedeutung ist. *f. lk.*

Freudenthal, J. Professor der Philosophie an der Universität Breslau. **Spinoza.** Sein Leben und seine Lehre. Erster Band. **Das Leben Spinozas.** Stuttgart 1904. Fr. Frommans Verlag (E. Hauff). S. XIII u. 349.

Spinoza zählt zu den ganz Grossen und Spröden. Dies gilt nicht minder von seiner Denkweise, Welt- und Lebensanschauung, wie namentlich von seiner Lebensführung. Infolge dessen kann es diametral verschiedene Auffassungen von der Persönlichkeit des Philosophen geben. Wer dem tiefer liegenden,

sozusagen ideellen Ich Spinozas näher zu treten gedenkt, der würde in dem vorliegenden Bande vergebens blättern. Wem es hingegen um das Historisch-Sterbliche an Spinoza, um das »Entlehnte« zu tun ist, wer sich ein eingehendes Bild von Spinozas Zeit, von den politischen, religiösen und philosophischen Bestrebungen der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts (besonders in den Niederlanden) verschaffen will, der kann das Werk Professor Freudenthals kaum umgehen.

Freudenthals Leben Spinozas birgt eine doppelte Tragödie in sich. Das elastische Wollen und das starre Können, das Wollen und Sollen sind aneinander geplatzt. Der Autor ist dem Helden seines Epos mit echter Vaterliebe zugetan, so dass er sich sogar bisweilen gestattet, diese oder jene Lebensäusserung Spinozas zu tadeln. Er hat ihm sein Lebenswerk gewidmet. Emsig und mühsam hat er jahrelang aus aller Welt die Steine zusammengetragen, um dem Liebling, in dem er den Meister seines Lebens verehrt, sein Monument aufzurichten. Gerade da versagte nun das begrenzte Können. Ja, die Grenzen seines Könnens mussten noch dazu bewusst eingeengt werden: dies verlangt jetzt das Sollen, das wissenschaftliche Sollen. Denn, wie alle unsere Zeitgenossen, verwechselte der Autor die Aufgabe des Biographen mit der des »wissenschaftlichen« Historikers. Für einen Historiker gibt es heutzutage bekanntermassen keine Meteore, — keine Persönlichkeiten. Gelingt es ihm, die Wünsche und inneren Regungen seines Helden in irgend welchen Zusammenhang mit der Vor- und Mitwelt zu bringen und so überall Brücken zu schlagen, dann ist er über alle Maassen froh. Während dieses mosaikartigen Schaffens geht in der Regel die Gesamtpersönlichkeit, der Gegenstand der Bearbeitung selbst verloren —, aber was schadet es?! Er handelt doch im Einklang mit der Norm. Er schaut den Menschen von hinten und von der Seite her, kein Unglück, wenn ihn die Energie und das Können verlassen, sobald es heisst, dem Herold gerade ins Gesicht zu blicken, wo die Rede vom Zusammenfassen der verschiedenen Seiten im Totalzentrum des Ichs zu beginnen hat. In dieser Beziehung sündigt der Historiker in Gemeinschaft mit den übrigen, vom spezialisierenden und differenzierenden Geist durchdrungenen Wissenschaftlern, die die blosse Abstraktion von der Totalität für die lebendige Totalität selber auszugeben geneigt sind. Der atomisierende Geist unserer Wissenschaftlichkeit trägt also die Schuld daran, dass wir den Sinn für die individuelle Biographie verloren haben. Dabei liegen aber dem Historiker noch spezifische Missgriffe nahe. So ist Prof. Freudenthal recht verschwenderisch, wo er die Umwelt Spinozas ins Auge fasst, übersieht aber, dass sich nicht immer von der Gleichzeitigkeit der Geschehnisse auf ihre Verwandtschaft schliessen lässt: heute hervorgegangen, fängt das Ereignis bisweilen erst übermorgen an seine Wirkung auszuüben, und trifft dazu nicht jeden, und diejenigen, welche es trifft, nicht mit gleicher Stärke.

Prof. Freudenthal beginnt seine Geschichte mit der Lage der Juden in Spanien und den Zuständen in den Niederlanden, — der zweiten Heimat der Eltern Spinozas. Es wird uns erzählt, wie zu jener Zeit in Spanien jüdische Dichter und Denker, Epigonen einer selbständigen jüdischen Generation, beim Aufrichten der spanischen Kultur tätig waren. Wie die Inquisition dieser Tätigkeit ein Ende machte, und wie aber durch Spinoza auf freiem niederländischen Boden die Mitarbeiterschaft der Juden an der europäischen Kultur wieder aufgenommen wurde. Bei diesem Werk geriet der junge Spinoza in Opposition zu den Traditionen und Ansichten seines engeren Stammes, und die Juden verfuhren mit ihrem Bahnbrecher weitaus nicht schlimmer, als gerade die reformierten Christen mit ihren freiheitlichen Ausläufern. Höchst interessant sind die eingehenden Schilderungen des Verfassers, die sich auf die Bestrebungen der christlich-reformierten Sekten beziehen. Der ausgestossene Spinoza tritt in ein reges Verhältnis zu den weitgehendsten unter den Sektierern, wie überhaupt zu den hervorragenden Wissenschaftlern und Politikern seiner Zeit. Und der Fremdling, dessen Muttersprache »das klangvolle Idiom Kastiliens« war, der sich nie vollständig der Sprache seiner Heimat bemächtigte, so dass seine Schüler und Freunde sich veranlasst sehen, die gelehrten Manuskripte des grossen Autodidakten zu korrigieren, wird dort zum Gegenstand der Verehrung und des Anbetens. Mit Freudenthals Buch scheint die

alte Mär vom vereinsamten Spinoza auf immer zu schwinden. Der Autor weiss fast von jeder Begebenheit im Leben Spinozas zu erzählen, er setzt uns in Kenntnis über den Aufenthalt Spinozas in verschiedenen Orten Hollands, er teilt uns die Lebensgeschichte fast jedes Bekannten des Philosophen mit, ja, wir erfahren sogar, wie Spinoza sich kleidet, wie er raucht und was er isst. Mancher Göthe-Forscher von heute würde gewiss um solcher Autorität willen den Spinoza-Forscher Freudenthal aufs höchste beneiden. Auch das Geschick jeder Abhandlung Spinozas kennen wir jetzt, wobei die ›Kämpfe um den theologisch-politischen Traktat‹ geradezu klassisch genannt zu werden verdienen. Als ein verhalltes Echo erscheint beispielsweise demgegenüber die feindliche Aufnahme des Leben Jesu von D. F. Strauss seitens der zeitgenössischen Theologen. ›Wer den Inhalt seines (Spinozas) Lebens aufmerksam betrachtet,‹ sagt Prof. Freudenthal gegen den Schluss, ›wird versucht sein, das Geheimnis seiner Persönlichkeit zu entschleiern, indem er sie als Wirkung von Kräften fasst, die in dem Stamme, dem er durch seine Geburt angehörte, in dem Lande, das seinen Vorfahren Jahrtausende lang eine gastliche Heimstätte gewährt hatte, und in dem Volke lagen, in dessen Mitte er erwachsen war.‹ (S. 314.) Mich dünkt aber (und die beste Illustration zu meinen Worten bietet die vorliegende Biographie selbst), dass diese Kräfte nur die Buchstaben darstellen, die erst in eine gewisse Ordnung gebracht werden wollen, — soll man wirklich in der Seele des Gewaltigen lesen, sollen nicht diese Kräfte ungerechterweise zur Verkleinerung und Zerstückelung Spinozas dienen. Prof. Freudenthal hatte natürlich den besten Willen und beabsichtigte allem Anscheine nach das Bild eines Genius, der zugleich ein ganzer Mensch war (was so selten vorkommt) zu entwerfen. Aber, wie gesagt, das Können und noch mehr das wissenschaftliche Sollen stellten sich dem ernstlich im Wege. Wir erhielten nur ein weitgehendes kulturhistorisches Bild, auf dem wir auch gelegentlich Spinoza finden. Der innere Nerv des Lebens und Schaffens des Philosophen, die von ihm geahnte Mission, sein Genie tauchten ganz im Meere der einander veranlassenden und bedingenden Teilerscheinungen unter. Spinoza, der *sub specie aeternitatis* zu denken und zu leben wusste, der die durch die Reformation und allgemeine Revolution entfesselten geistig-schöpferischen Kräfte in ihrer ganzen Fülle aufs neue zu organisieren verstand, dessen Sehnsucht vom siegesbewussten Streben einem absolut-vollkommenen Wissen und namentlich auch Leben durchdrungen war, den ich trotz allem Verkehr ganz verschanzt und alleinstehend (und dies nicht nur im Denken, sondern vornehmlich im Fühlen und Wollen) sehe, verschwand. Den Sinn der grossen reformatorischen Persönlichkeit Spinozas hat Freudenthals Spinoza nicht wachzurufen vermocht. Vielleicht ist der biographische Misserfolg des gründlichen und vornehmen Autors auch noch in dessen ›Spinozismus‹ zu suchen. *Brand.*

Fröhlich, Dr. med. Richard: **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Berlin 1904, Buchhandlung Vorwärts. 32 S. 8°. Preis 20 Pf.

Der Verfasser, der zu den eifrigsten Verfechtern der Abstinenz gehört, legt in dieser Schrift eindringlich die Gefahren nicht nur des Alkoholismus, sondern auch des mässigen Alkoholgenusses bloss. Der Alkoholismus könne nicht zum Verschwinden gebracht werden, so lange überhaupt Alkohol getrunken werde. Der Alkohol wird als Verderber der Arbeiterklasse gekennzeichnet, als Verkürzer des Lebens, Urheber von Verbrechen, Einschläferer der Geister, Betrüger der Körper bezw. Feind einer vernünftigen Oekonomisierung der Körperkräfte, als ein Feind der Arbeiter in ihrem Emanzipationskampf. Nicht um ihrer selbst willen, als ein ›Endziel‹, verficht der Verfasser hier die Abstinenz, sondern ›als ein wertvolles und wirksames Mittel des Klassenkampfes, als ein Mittel zur Aufrüttelung der Geister . . . Das Gehirn ist das Kampforgan des Einzelnen wie der Masse. Der Alkohol schädigt es, vermindert Schärfe und Genauigkeit seiner Leistung — also gehört er hinaus aus den Gehirnen vor allem derer, die an der Arbeit sind, derKultur der Zukunft ein Haus zu bauen.‹ (S. 30-32.)

Dies die Tendenz des gut geschriebenen Büchleins. Uns ist die Abstinenz auch sonst kein Endziel, aber gegenüber den Verwüstungen, die der Alkohol-

genuss heute noch weit und breit in Arbeiterkreisen ausübt, halten wir die Abstinenzbewegung für eine überaus nützliche Gegenkraft, und Schriften, wie die vorliegende, für sehr begrüssenswert. Sie sind geeignet, manches Arbeiterheim aus einer Stätte der Zerrüttung in eine solche innigen Beisammenseins zu verwandeln.

Geffken, Johannes, Professor in Hamburg: **Aus der Werdezeit des Christentums.** Studien und Charakteristiken. Leipzig, B. G. Teubner. 135 S. Preis: 1 Mark, geb. 1,25 Mark.

Einen Philologen über teologische Dinge zu hören, ist immer nützlich. Aber selten wird man die dunklen Seiten der entstehenden Kirche so geistvoll und einleuchtend behandelt finden als in diesen Vorträgen Geffckens.

In dem ersten Kapitel, »Eintritt des Christentums in die griechisch-römische Welt«, zerstört Geffcken die Anschauung, als habe das Christentum ein religös und kulturell abgewirtschaftetes Heidentum vorgefunden. Diesem Heidentum fehlte es nicht an »ernstem, oft heiligem Denken«, aber die Philosophen machten ruhig den überlebten alten Kult mit, »weil es einmal so Sitte sei«. »Hier schob sich das Christentum wie ein Keil ein. Leben und Lehre war ihm in seinen besten Vertretern eins«. Die äusseren Verfolgungen der Christen, welche, von der Legende aufgebauscht, in unserer Vorstellung leben, werden durch Geffcken kritisch auf ihren wahren, historischen Umfang zurückgeführt. Die literarischen Kämpfe der Apologeten mit der griechisch-römischen Gelehrsamkeit erfahren eine ziemlich eingehende Skizzierung. Sie erscheinen als eine Episode des ewig alten, ewig neuen Kampfes zwischen scharfem Wissen und blindem Glaubensfeuer. Diesen Kampf führten die heidnischen Weisen des zweiten und dritten Jahrhunderts oft mit den gleichen Argumenten, die wir in der modernen Bibelkritik finden. Kein Zweifel, sie bereiteten den Kirchenvätern intellektuelle Niederlagen. Dennoch hatte das nicht nur verfolgte, sondern auch widerlegte Christentum, als Konstantin den Thron bestieg, schon gesiegt, so dass dieser mit ihm zu paktieren für klug fand. — Prof. Geffcken kann die Gründe des Sieges auch nur »vermuten«. Es seien »unerklärliche Mächte, die hier ihr Wesen treiben, dem menschlichen Auge zumeist nur durch die Ergebnisse sich enthüllend«. Zuletzt nennt er den Sieg eines der »historischen Wunder«, deren Ursachen uns stets ein »Ignorabimus bleiben, ein Geheimnis, immer wieder lockend, immer wieder sich verhüllend, wie das Leben Jesu Christi selbst«.

So der bedeutende Gelehrte, dessen Kenntnisse offenbar die reichsten sind und dessen Denken als kritisch und ernst, höchstens von einer gereinigten, theistischen Gläubigkeit begrenzt, gelten muss. An zwei Stellen dieser Studien berührt nun aber Geffcken ganz absichtslos ein Element der neuen Lehre, welches sehr wohl geeignet ist, das Zuströmen der Mengen des Volkes begreiflich zu machen. Um so mehr, als die Zeiten schwer waren und die materielle Lage der Menge elend. Dieses Elementes hat sich die Kirche allerdings später entledigt, nachdem sie durch Gewinnung der Untertanen die römischen Kaiser in ihren Bannkreis gezogen hatte. Wir meinen das kommunistische Element. In dem höchst dankenswerten Kapitel über die dichterisch-religiösen Bücher der »Sibyllen«, welche dem Laien im allgemeinen wohl kaum dem Namen nach bekannt sind, führt G. eine Stelle der »christlichen Sybille« an, die er »merkwürdig« und deren Ausdruck »gegenüber dem Leben in der Welt der Besitzenden« er »fast sozialistisch« nennt. In der Tat ist hier eine Charakteristik des privatwirtschaftlichen Besitzes und seiner kulturwidrigen Begleiterscheinungen gegeben, wie sie eindrucksvoller, erschütternder schwerlich zu formulieren sein dürfte. Vom Golde heisst es: »O du Quelle der Gottlosigkeit und der Meisterlosigkeit Führerin du, Mittel der Kriege, des Friedens verhasste Plage, die du den Kindern verhasst machst die Eltern und die Kinder den Eltern. Und nicht, durchaus nicht, wird ohne Gold die Ehe im Werte stehen« u. s. f. Die Kirchenväter haben das kommunistische Leben gelehrt und gepriesen. Geffcken belegt es bei Gelegenheit der Charakteristik Tertullians und seiner Apologie: »Sie (die Heiden) morden sich. Wir nennen uns Brüder, haben alles gemeinsam ausser unseren Frauen«.

Von solchen Gedanken und Idealen, deren Gerechtigkeit und Nützlichkeit sich direkt auf das materielle Dasein richteten, mag allerdings eine mächtige Kraft der Propaganda ausgegangen sein. Die zertretenen Völker haben wohl diesen Materialismus wie himmlischen Balsam empfunden, und sein Kraftüberschuss mag ausgereicht haben, alle die astronomischen, geographischen, physiologischen etc. Unmöglichkeiten möglich zu machen, die mit besagtem Materialismus unter gemeinsamer Flagge einherfuhren und von den heidnischen Kritikern ebenso glänzend wie vergeblich gehöhnt wurden. Dieses Motiv wird kaum zu den Imponderabilien und »unerklärlichen Mächten« zu zählen sein. Man sollte im Gegenteil annehmen, ein Gelehrter von grossem Wissen, dem die neue philologische Forschung und ihre Funde erschlossen sind, sollte es interessant und verdienstlich finden, ihm gelegentlich nachzusinnen. *F. L.*

Jodl, Friedrich: **Ludwig Feuerbach.** Mit Bildnis. Frommans Klassiker der Philosophie. XVII. Stuttgart 1904, Fr. Frommans Verlag (E. Hauff). 135 S.

Friedrich Jodl ist meines Wissens der erste und auch einzige Katheder-philosoph deutscher Zunge, der Feuerbach in seiner ganzen philosophischen Grösse von Anfang an zu würdigen verstand. Ich bin daher mit grosser Zuversicht an die vorliegende Schrift herangetreten, wobei mir auch keine Täuschung zu teil geworden ist. Wir haben hier Feuerbachs Philosophie, wie sie geworden, vor uns, wenn auch der Mensch Feuerbach zurücktritt. Seinen Biographen hat Feuerbach in Professor Jodl nicht gefunden. Aber kann denn jeder Denker eine Biographie beanspruchen? wird man vielleicht einwenden wollen. Feuerbach gehört zu den typischen Geistern — wie kann das Typische bearbeitet werden? Die so urteilen, scheinen das Typische mit dem Stereotypischen zu verwechseln und übersehen, dass gerade die »Durchschnittsmeinungen« ursprünglich von eigenartigen und namentlich auch gewaltigen Persönlichkeiten verkündet zu werden pflegen. Und gerade Feuerbach hebt sich bedeutend von all seinen stereotypen materialistischen Zeitgenossen ab, mit denen er unglücklicherweise so oft von Freund und Feind in einen Topf zusammengeworfen wurde. Gerade die vorliegende Schrift ist am besten dazu angetan, die eigenartige Stellung des Philosophen innerhalb der materialistischen und rein-empiristischen Richtungen des XIX. Jahrhunderts zum Bewusstsein zu bringen. Ein paar charakteristische Stellen aus Feuerbachs Schriften und die entsprechenden Kommentare Jodls zu diesen mögen hier als vielsagendes Beispiel angeführt werden.

Wahrheit — sagt Feuerbach — »ist weder der Materialismus noch der Idealismus, weder die Physiologie noch die Psychologie. Wahrheit ist nur die Anthropologie; denn diese gibt Individualität und Totalität. Weder die Seele denkt und empfindet, . . . noch das Hirn empfindet und denkt: denn gerade so, wie die Seele eine psychologische Abstraktion, ist das Hirn eine physiologische, wenn man es aus der Totalität des Leibes herausnimmt . . . Inneres und Aeusseres sind nicht zu trennen . . . Wer über diesen Standpunkt der Totalität hinausgeht, der macht aus einem vollkommenen Wesen ein unvollkommenes, der verstümmelt und zerstückelt die Wirklichkeit. Aber die Elemente der Wirklichkeit . . . sind noch nicht das Wesen selbst.« — »Goldene Worte«, bemerkt dazu Prof. Jodl, »nicht als eine Abwehr gegen die unerlässlichen spezialisierenden Tendenzen der Wissenschaft gerichtet, . . . wohl aber gegen die auch in der Gegenwart wieder auftretende Täuschung, in . . . zum Zwecke des Experiments und der Analyse methodisch ausgebildeten Teilstücken, gleichviel, ob sie ihren Ursprung dem physiologischen oder psychologischen Laboratorium verdanken, das Ganze zu besitzen« (S. 57). Den sich hier kundgebenden Standpunkt bezeichnet der Verfasser als realistischen Monismus und bemüht sich dann, zu zeigen, wie er alle Teile der Feuerbachschen Philosophie (Feuerbachs Sensualismus, Anthropologismus, Naturalismus, Psychologie und Religionsphilosophie) durchdringt und wie mittelst desselben manche Fragen der Philosophie (wie z. B. das Problem der Existenz einer Aussenwelt usw.) eine neue Wendung erhalten. Feuerbach hält an den — wie ich es ausdrücken möchte — sozialisierten und unausgesetzt lebendigen

Erscheinungskreisen' fest. Er kennt keine isoliert stehenden Gegenstände, weder Atome, noch Monaden. »Ich empfinde nur als Subjekt-Objekt . . . in dem Sinne, in welchem der Mann für das Weib und umgekehrt das Weib für den Mann ein synthetischer Begriff ist«. »Empfindung und Gefühl liefern den wahren ontologischen Beweis vom Dasein eines Gegenstandes ausser unserem Kopf« usw. »In wenigen lapidaren Sätzen« — ruft Prof. Jodl aus — »eine Erkenntnis von fundamentaler Bedeutung — ein Bollwerk gegen jeden Phänomenalismus bis auf den heutigen Tag« (S. 36). Die Totalitätsphilosophie bezw. Ontologie gibt sich besonders im eigentlichen Lebenswerke Feuerbachs, in seiner Religionsphilosophie, kund. Nur in seiner Eigenschaft als Ich und Du, nur als ein in Verhältnis zum Gattungsbegriff tretender sozialisierter Mensch ist der einzelne imstande, eine summarische Vorstellung zustande zu bringen, die man gemeinhin Gott nennt. »Gott ist nicht, er wird; er wird durch die vereinigte Arbeit des Geschlechts« (S. 116).

Der Autor, der es unternommen zu haben scheint, Feuerbach um jeden Preis zu »modernisieren«, will in ihm den entschiedenen Nominalisten entdecken. Und dies ist vielleicht der einzige Punkt im ganzen anschaulich und mit Recht apologetisch geschriebenen Buche, worin man Prof. Jodl nicht zu folgen vermag. Gerade der oben angedeutete Totalitätsstandpunkt Feuerbachs lehrt das Gegenteil. Feuerbach ist meiner Ansicht nach eher Realist (im mittelalterlich-scholastischen und Hegelschen Sinne) denn Nominalist. Nur sehe ich in ihm den eigenartigen Vorläufer eines neuerdings sich entwickelnden soziologischen und psychologischen Realismus. Die »Urzelle« ist in Feuerbachs Augen immer eine komplete, sozialisierte Gegenständlichkeit. Er ist ebenso Realist, wie es ein anderer Ausläufer Hegels, Karl Marx, ist, für den ja die soziale Gruppe, Klasse als soziologische Urtatsache dasteht.*) Hatte der mittelalterliche Realismus aber den Satz aufgestellt: Universalia ante rem oder in re, so würde der Feuerbachs etwa auf den Ausdruck zu bringen sein: Universalia inter res und nicht »post rem«, wie der Nominalismus lehrte. Nur sind es freilich ganz andere Universalia, mit denen Feuerbach und überhaupt die Wissenschaft von heute zu tun hat. Der konsequente Nominalismus könnte nicht zur bio-ontologischen Totalitätsphilosophie Feuerbachs führen. — Nicht eindringlich genug ist ferner Feuerbachs Gegensatz zum religiösen Illusionismus und Immoralismus geschildert. Die hier hervorgehobenen Bedenken dürfen aber keineswegs zur Unterschätzung der Jodlschen Schrift verleiten. Es bleibt das Verdienst des Autors, Feuerbach mit der offiziellen Philosophie befreundet und in ein »System« gebracht zu haben. *Brand.*

Oncken, Hermann: **Lassalle.** (Politiker und Nationalökonomen II.) Stuttgart 1904, Fr. Fromann. 450 S. 8°.

Eine sorgfältig gearbeitete, ehrliche Biographie Lassalles aus der Feder eines Mannes, der politisch etwa auf dem rechten Flügel des Nationalliberalismus steht. Die Stärke des Buches ist seine historische Seite; nirgends zuvor ist Lassalle so anschaulich im Lichte seiner Epoche vorgeführt, sein Handeln so eindringend im Zusammenhang mit den Zeitereignissen, in seiner kausalen und retroaktiven Verbindung mit ihnen beleuchtet. Der Verfasser befleissigt sich da einer anerkennenswerten historischen Objektivität; ohne seinen eigenen Standpunkt zu unterdrücken, beurteilt er Lassalles Massnahmen aus dessen Anschauungen und Bestrebungen heraus. Mit besonderem Interesse und unter Heranziehung des neuesten hierüber bekannt gewordenen Materials werden die Beziehungen Lassalles zu Bismarck behandelt, die hier in viel bestimmterem Lichte erscheinen, als in den früheren Veröffentlichungen über diesen Punkt. Freilich fehlt Oncken das Zeug dazu, ein völlig abgerundetes Bild Lassalles zu geben. Nicht dass es an treffenden Bemerkungen über Lassalles Wesen und Entwickelung mangelte. Aber es fehlt der Darstellung an jenem grossen Zug, der den Leser unter den Bann der geschilderten Persönlichkeit hält. Der Verfasser vertieft sich zu viel in Kleinigkeiten und Spezialuntersuchungen, die

*) Nebenbei sei bemerkt, dass der gesamten soziologischen Wissenschaft die »realistische« Denkweise eigen ist. Das gibt sehr viel zu denken!

obendrein sich nicht immer auf der Höhe der gestellten Aufgabe halten. Dies gilt namentlich von der Behandlung Lassalles als Oekonom, die nirgends ein selbständig gewonnenes Urteil durchblicken lässt. Auch die Darstellung des Systems der erworbenen Rechte bleibt hinter den Erwartungen zurück, die man an ein Werk stellen kann, das mehr sein will — und alles in allem auch mehr ist — als eine Tagespublikation. Dieser Mängel ungeachtet ist das Onckensche Buch die zuverlässigste, inhaltsreichste, am besten orientierende aller Biographien, die wir bis jetzt von Lassalle haben, und verdient als solche den Dank aller Lassalle-Forscher.

Simmel, Georg: Einleitung in die Moralwissenschaft. Eine Kritik der ethischen Grundbegriffe. Anastatischer Neudruck der Ausgabe von 1892/93. Erster Band. VIII u. 467 S. Zweiter Band. VIII u. 426 S. Stuttgart und Berlin 1904, J. H. Cottasche Buchhandlung Nachfolger. Preis: 14 Mark.

Georg Simmel ist ein durchaus typischer Denker, wenn auch in einem ganz besonderen Sinne. Seiner allgemeinen wissenschaftlichen Auffassungsweise nach repräsentiert er die kritisch-empiristische Richtung des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts, die zu gleicher Zeit den absoluten Rationalismus, wie den reinen Sensualismus bekämpfte und einer Art kritischen bezw. methodologischen Empirismus zustrebte. Ein gewisser Ausgleich zwischen dem dominierenden philosophischen Geist der ersten und zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts begünstigte dieselbe und führte in gewisser Beziehung »zurück auf Kant«. Kant war hier die Folge und nicht die Ursache des Strebens. G. Simmel arbeitet fast ausschliesslich mit kompliziert gewobenem sozialpsychischem Material. Mit seinen Zeitgenossen kennt er keine starre und konstante Welt. Im Prozesse des In- und Auseinander-, und Aneinander-Wirkens von kleinsten Teilchen schafft erst die menschliche Vorstellung die Welt der Gesetze, Kräfte, Normen und Subjekte. Er ist ein entschiedener Nominalist. Und in dieser Hinsicht steht er im schroffen Gegensatz zu Hegel, mit dem er sonst verwandt zu sein scheint. Wie die Philosophie Hegels, so ist ihrem Wesen nach auch seine nichts als ein sich aus kleinsten Teilchen der eigenen Selbst- und Geschichtsbeobachtung zusammensetzender Induktionsmechanismus.

Während Hegel aber das Geheimnis der Entstehungsart seiner Gebilde vor der Welt zu verschleiern suchte und sich so als reinen Rationalisten gab, erblickt Simmel seinen Stolz gerade darin, die historisch-psychische Herkunft der konstant vorstellbaren Welt festzustellen. Die Welt *ist* nicht, die Weltbegriffe *werden*, und als solche zeigen sie in jedem beliebigen Momente einen Januskopf. Nach hinten gerichtet sind sie etwas anderes, als in ihrem Streben nach vorwärts. Nur das methodische Denken vermag — und dies bloss bis zu einem gewissen Grade — die Grenzen innerhalb des fliessenden Atomenstromes zu markieren. Auch in seinen höchsten Abstraktionen vermag Simmel sich daher nicht zur rein rationalistischen Betrachtungsweise zu erheben. Er wird vielmehr zum Dualismus verleitet, der als roter Faden sich durch seine ganzen Betrachtungen zieht. Jedes Gebilde wird »einerseits« und »andererseits« geschaut und beurteilt, und die so geartete Denkweise des Philosophen Simmel scheint sich an der Persönlichkeit Simmel zu rächen. Trotz des stark ausgeprägten Ichzentrums vermag es kein entschiedenes, volles Ja zu sagen. Nur wo es gilt, die Welt nach rückwärts zu rekonstruieren, d. h. wo es sich um Zerlegung der vorgefundenen Komplexerscheinungen handelt, arbeitet er mit einer Schärfe ohne gleichen. Aber immer noch wird das analysierte und zerstückelte Beobachtungsobjekt einer noch schärferen Analyse für fähig gehalten. Die »Atomenbewegung« und die Gesetze, welche diese regeln, scheinen irgendwo in infinitum zu liegen.

Schon daraus folgt, dass Simmel bewusst weder den Anfang noch das Ende eines beliebigen Objekts (oder einer Entwickelungsreihe) kennt. So sehen wir ihn veranlasst, noch eine »metaphysische« Welt anzunehmen. Dieser Umstand verleiht seinen Ausführungen eine besondere psychische Tiefe und lässt ihm Raum für das Unbekannte und Unwägbare im Leben, und zwar für ein geheimnisvolles Ich. In diesem Punkte begegnet er der »Moderne«.

In einem ähnlichen Verhältnis befindet er sich auch zu den sozialen Tendenzen der Zeit und zu der nüchternen Wissenschaftlichkeit. Sie sehen ihn immer verschanzt und zugleich mit dem Leben in Berührung. Er ist Aristokrat und Demokrat, »Protestant« und »Katholik« zu einer und derselben Zeit. Er ist fassbar und zugleich unerreichbar, weil die Welt immer wird, weil ständig sich ein »einerseits« und »andererseits« zur rechten Zeit einstellt. Die psychologische Fundierung seiner Betrachtungen bringt auch eine gewisse Dosis von Skepsis mit sich. Hat er doch das harte Wort geprägt, die Psychologie sei der Metaphysik ähnlich, wo »entgegengesetzte Sätze das gleiche Mass von Wahrscheinlichkeit und Beweisbarkeit aufzeigen«.

Um noch einmal auf seine Stellung in der Philosophie zurückzukommen: Es haben sich in ihm auf besondere Art Hume und Kant, Hegel und Lotze, Darwin und Nietzsche verwoben. Mit Hume ist er »Positivist« und Anhänger einer Art atomistischer Assoziationspsychologie, von Kant hat er gelernt, dem Denken eine rein-methodologische Bedeutung beizulegen, mit Hegels Widerspruchs- und Umschlagsdialektik scheint er von Hause aus ausgerüstet zu sein, sein Atomenmechanismus ist dem Mechanismus der geistigen Monaden Lotzes verwandt, und endlich wird der Fluss des vorstellbaren Weltlebens von gewissen Elementen der Deszendenzhypothese, der Nietzsche den Eingang in die Kulturwissenschaft verholfen hat, reguliert und motiviert. Doch ist es ein ausserordentlich eigenartiger Geist, der über diese reiche Erbschaft verfügt. Er ist von keiner »Wahnidee« durchdrungen. Weder zerstört er, noch richtet er auf. Simmel ist vielmehr ein beinahe gewaltiger Hellseher. Aber er ist kein Künstler. Der Künstler hat immer lebendige, personifizierte Totalitäten vor sich, Simmel hingegen kennt bloss die atomisierte Mannigfaltigkeit und die verborgenen Zwischenräume. Der Künstler pflegt in ein intimes Verhältnis zu seinen Helden zu treten und identifiziert sich beinahe mit ihm. Simmel hingegen blickt von einer gewissen Distanz auf seine vielkantigen, unpersönlichen Beobachtungsobjekte und dreht sie nach rechts, kehrt sie nach links um, hält sie vor den Augen, passt sie anderen Gegenständen an usw. — Sein eigenartiger Denk- und Schreibstil, der ihn in mancher Augen zum dunklen Philosophen macht, bereitet oft wahren Genuss. Wohl wirken das fortwährende Seitenblicken beinahe ermüdend, aber die überall entgegenleuchtenden Gedankenblitze ermuntern und frischen auf. Der noch ganz naive und der hochkulturelle Leser können diesen philosophischen Schriftsteller liebgewinnen. Den einen lehrt er kritisch denken, der andere erlabt sich an der Betrachtungsart als solcher. Dogmatische, positive Geister vermag er nicht auf die Dauer zu fesseln.

So sieht der Autor aus, dessen zwei wertvolle Bücher ich hier anzuzeigen gedenke.

Der Verfasser hat sich entschliessen müssen, »hier nur eine chemigraphische Reproduktion der ersten Auflage zu geben — nicht obgleich, sondern weil ein inzwischen vollzogener Wandel meiner prinzipiellen Ueberzeugungen eine völlige Umarbeitung des Werkes nötig gemacht hätte«. Jedoch würde »die Weiterbildung meiner Ansichten mehr eine Ergänzung als eine einfache Verneinung der früheren Darlegungen fordern«.

Sechs Grundbegriffe sind es, die in beiden Bänden einer weitgehenden Analyse unterworfen werden. Die Gesamtheit der Inhalte des Sollens und das Sollen selbst werden durchgemustert und auf ihre erdenklichen Ursachen und Motive zurückgeführt. Was ist und wie sich zusammensetzen das Sollen, der Egoismus und Altruismus, sittliches Verdienst und sittliche Schuld, die Glückseligkeit, die ethischen Imperative, die Freiheit und wie endlich es in der sittlichen Persönlichkeit aussieht, wie sich in ihr der Widerstreit zwischen den verschiedenen Zwecken abspielt, macht den reichen Inhalt des Werkes aus. Und überall tritt uns hier die Denk- und Auffassungsweise entgegen, von der oben die Rede war. Ich kann hier zwecks Einführung und Illustration nur sehr weniges herausgreifen. — Wie stellt sich Professor Simmel den Hauptbegriff der Ethik, das Sollen, vor? Im ewigen Spiel der fliessenden Vorstellungswelt bemüht sich der Autor, den Schnittpunkt ausfindig zu machen, der sich mit der Kategorie des Sollens deckt. Wie die übrigen Lebenserscheinungen (Realität, Wirklichkeit, Idee, Täuschung etc.), so ist auch das Sollen

»etwas, was zu den Vorstellungen psychologisch hinzukommt, aber nicht ursprünglich irgendwie an ihnen haftet«. Rein praktische Veranlassungen werden es gewesen sein, die innerhalb des Vorstellungsstromes zu scheiden lehrten. Die einzelnen Vorstellungen durchlaufen in ihrem Zusammensein verschiedene Stadien, von der vollkommenen Realität bis zur endgültigen Idealität. Bestimmte »Aggregatzustände« des Vorstellungsprozesses nennen wir Sein, andere Sollen. »Wie die gleiche Materie verschiedene Aggregatzustände annehmen kann, . . . so kann auch die gleiche Vorstellung ihren Inhalt in verschiedenen psychologischen Aggregatzuständen darstellen.« (S. 8-9.) Das Sein, das blosse Gedachtwerden einer Vorstellung, das Wollen, Hoffen, Können und Sollen sind Zustände der an sich gegebenen Vorstellung, sie alle sind gefühlsmässige Begleiterscheinungen der Vorstellungsinhalte. Sie können daher, je nachdem, auf verschiedene Vorstellungsdata angewandt werden. Speziell das Sollen nimmt einerseits seinen Platz zwischen dem Sein und Nichtsein, andererseits nimmt es »eine mittlere Stellung zwischen dem Müssen und dem Wollen ein«. (II, Bd. S. 387.) Aus dem Sollen als blossen Zustand der Vorstellung lässt sich begreiflicherweise keine Vorstellung resp. kein Inhalt deduzieren. Ist das Sollen für den Idealismus eine prinzipiell neue Betrachtungsweise, so ist es in den Augen von Prof. Simmel im besten Falle eine »Urtatsache, über die wir vielleicht psychologisch, aber nicht mehr logisch hinaus fragen können«. Während aber der Idealismus im Sollen eine Grundvoraussetzung der Möglichkeit eines Weltbildes sieht, so degradiert es Simmel zum gefühlsmässigen Zustand desselben. Das Sollen weist so ein Janusantlitz auf. Es ist einerseits der Wirklichkeit immanent, d. h. es lässt sich durch einen bestimmten psychologischen Charakter der Vorstellungsdata charakterisieren, andererseits aber nimmt es eine isolierte Stellung ein: es ist ein Denkmodus, eine Kategorie. Und die Oberfrage der Ethik kann nur lauten: »weshalb wir sittlich sind, keinesfalls aber, weshalb wir es sein sollen« (I, 16). Zum Zwecke der Ueberführung des Sollen-Zustandes in einen Sein-Zustand dienen die Imperative. Das Imperativ ist das vermittelnde Element im Bereiche des Ethischen.

Mit dieser formellen, dualistisch ausfallenden Analyse begnügt sich der Verfasser nicht. Er sucht dann anzuzeigen, wie das Sollen tatsächlich, d. h. geschichtlich mit Inhalt erfüllt wird. Dabei dringen wir tiefer in den Prozess hinein, wie das Müssen, das früher Erzwungene und Aufgedrängte in die psychologische Form des Sollens übergeht (S. 56 f. u. 58 f.). »Nicht nur der Zwang indes, der von anderen Menschen, sondern auch der von äusserlichen Verhältnissen ausgeht, verinnerlicht sich mit der Zeit derart, dass er als Pflicht, als Sollen erscheint« (S. 63, I). Wir können hier dem Autor nicht folgen, wie er weiterhin das Gemeinsame und Verschiedene zwischen dem Sollen und dessen Grenzsphären scheidet und unter die Lupe bringt. Er gelangt zum Schluss, dass das Sollen »ebenso an die Wirklichkeit geknüpft, wie es von ihr losgelöst ist« (S. 84). Die anthropologisch-psychologischen und sozialgeschichtlichen Bestandteile des Sittlichen werden sorgfältig bearbeitet, bis die Frage nach dem Zusammenhang innerhalb der sittlichen Erscheinungen und dann mit dem Unsittlichen auftaucht. Es stellt sich nun heraus, wie die »Akkumulierung der Laster« einen ganz anderen Weg geht als das Anhäufen von Sittlichkeiten. Die immanente oppositionelle Stellung der unsittlichen Tat zur sozialen Gesamtheit drängt ihr einen ganz anderen Charakter als den Tugenden auf, die sich immer in der Richtung der sozialen Tendenzen und Forderungen bewegen. »Der Unsittliche schwimmt gegen den Strom und braucht deshalb, ceteris paribus, mehr Kraft als der, der sich von der Richtung desselben tragen lässt, insbesondere mehr Intelligenz; . . . daher die Züchtung allgemeiner Intelligenz in Epochen, in denen der Widersinn ökonomisch sozialer Einrichtungen dem einzelnen eine an sich unsittliche Konkurrenz als Bedingung der Lebensfristung aufzwingt« (II, 325).

Aber noch hundert andere Konflikte werden durch die Tatsache der Sittlichkeiten und Unsittlichkeiten geschaffen. Die Persönlichkeit erscheint in einem gefahrvollen Labyrinth, wo innere und äussere Mächte fortwährend aufeinanderplatzen und so die Harmonie der Individualität zu durchbrechen drohen. Schon der Widerstreit der Pflichten geht in doppelter Form vor sich,

»als logischer und als materieller«. Unter jenem versteht der Autor den Fall, »dass eine Handlung ihrem Inhalte nach von einem sittlichen Interesse geboten, von einem anderen verboten wird« (II, 384). »Der materielle Konflikt entsteht dann, wenn zwei Pflichten sich zwar in ihrem Endzwecke . . . gar nicht widersprechen, jede aber zu ihrer Durchführung Zeit, Kräfte und Mittel des Subjekts beansprucht, die nur für eine hinreichend vorhanden sind« (II, 385). Der soziologische Umwandlungsprozess der Gruppen, die Nachwirkung unerfüllter Forderungen und dergl. vertiefen dazu die aus der Sittlichkeit resultierende Lebenstragik, und auf solche Weise stellen sich dem Erlösungsstreben der »sittlichen Weltordnung« tausend Hindernisse in den Weg. Der Verfasser scheint die unüberwindliche Macht derartiger Hemmnisse zu gut zu kennen, um an ein seligmachendes ethisches »System« zu glauben. Beim besten Willen könnte er sich nicht an das Aufrichten eines solchen heranwagen. Die »Ethik zu einer Wissenschaft, d. h. zu einer ohne jede praktische Rücksicht zu behandelnden Theorie zu machen« — war indes sein Streben. Mit der diesbezüglichen Theorie aber sich hier auseinanderzusetzen, ist eine Sache der Unmöglichkeit. *Brand.*

Unold, Dr. J.: **Wie das Wahlrecht war, wie es ist, und wie es, zumal in den deutschen Einzelstaaten, werden soll.** (Sozialer Fortschritt. Nr. 6/7.) Leipzig 1904, Felix Dietrich. 36 S. 8°. Preis 30 Pf.

Ein Plaidoyer für eine aus Berufsgruppen, unter Berücksichtigung der Berufsklassen gewählte Volksvertretung, im Gegensatz gegen die Klassenherrschaft, wie sie die heutigen Klassenwahlsysteme oder ein hoher Wahlzensus zur Folge haben, und die Massenherrschaft, mit welcher nach dem Verfasser das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht die mit ihm ausgestatteten Länder bedroht. Der Verfasser ist für ein Zweikammersystem, bei dem Grossgrundbesitz, Grossindustrie und Grosshandel ihre Vertretung in der ersten Kammer erhalten. Wie er sich die Bildung der zweiten Kammern denkt, wird am besten durch das Schema illustriert, welches er für die Volksvertretung der Einzelstaaten nach Verwirklichung seines Vorschlages entwirft. Wir greifen da Preussen heraus:

Preussen.

34 Millionen Einwohner, 340 Abgeordnete, einer auf 100 000. Davon entfallen:
- 56 (= ⅙) auf die Vertreter der Staats- und Kulturinteressen, gewählt von den Angehörigen der staatlichen und freien Berufe mit Seminar-, Gymnasial- und akademischer Bildung;
- 110 auf die Vertreter der Landwirtschaft, von welchen zu wählen wären:
  - 85 durch die selbständigen mittleren und kleinen Grundbesitzer,
  - 25 durch die in der Landwirtschaft Beschäftigten;
- 130 auf die Industrie, und zwar
  - 70 auf die Handwerker,
  - 60 auf die Lohnarbeiter;
- 44 auf Handel und Verkehr, und zwar
  - 24 auf Kaufleute und Krämer,
  - 20 auf die in Handel und Verkehr Beschäftigten.

Bei einem solchen Vertretungssystem würden die Wahlkämpfe an Heftigkeit verlieren, wäre die Gefahr einer sozialdemokratischen Massenherrschaft beseitigt und würden »die intelligenten und ruhigeren Vertreter der Industriearbeiter, von dem Grössenwahn der Eroberung der politischen Macht geheilt, sich zum Segen für das Ganze, wie für ihre Wähler, mit Vorschlägen und Reformen für Hebung und Verbesserung der Lage ihrer Berufsgruppe beschäftigen, statt mit Phantastereien über einen unmöglichen Zukunftsstaat«.

Der Versuch, im Reiche ein solches Wahlsystem einzuführen, würde natürlich dem heftigsten Widerstand begegnen, ohne einen Staatsstreich nicht möglich sein. Aber in Preussen und Sachsen, wo sie jetzt unvertreten sind, würden die Industriearbeiter, wenn sie hier 60—70 und dort 32—33 Vertreter erhielten, »wohl solch eine »Abschlagszahlung« annehmen, statt auf die in industriellen Ländern unmögliche Einführung des rein demokratischen Wahlverfahrens vergebens zu warten«.

Auf die weiteren Erwartungen, welche der Verfasser an die Wirkungen solchen Wahlsystems knüpft (Beseitigung der Mehrheitsherrschaft, Bildung der Mehrheiten von Fall zu Fall etc.) gehen wir hier nicht ein; sie sind übrigens nicht neu. Auch die technischen Unmöglichkeiten des Systems — z. B. bei allgemeiner und direkter Wahl im grossen Preussen die Landarbeiter 25 Vertreter wählen zu lassen — können unerörtert bleiben. Was wir aber betonen wollen, ist, dass dieser Vorschlag, dessen Verwirklichung in der Gegenwart nicht anders als reaktionär wirken könnte, offenbar optima fide in einer Sammlung von Schriften entwickelt werden kann, die den Obertitel »Sozialer Fortschritt« trägt und von einem Vertreter der Linken des deutschen Kathedersozialismus herausgegeben wird. Das ist für die politischen Strömungen im deutschen Bürgertum und seine geistige Elite ein sehr bedeutsames Zeichen der Zeit.

2. In französischer Sprache.

Massé, Daniel, ancien conseiller de préfecture: **Législation du travail et lois ouvrières.** Paris, Berger-Levrault & Cie., XII u. 974 S. 8°.

Eine mit löblichem Fleiss und Geduld, auch mit grossem Geschick ausgeführte Sammlung, Darlegung und Kommentierung der französischen Gesetze über Arbeit und Arbeiter. Der Autor hat sich Totalität zum Ziele gesetzt, was ihn nicht verhindert, bei dem vielartigen Détail immer mit einer gewissen Freundlichkeit und mit menschlichem Verständnis zu verweilen. Juristische Pedanterie und Sprechweise vermeidet er.

Das Werk zerfällt, nach einer kurzen und interessanten Einleitung, die den Abriss einer Kulturgeschichte der Arbeit von Homers Zeiten bis heute bietet, in drei grosse Teile. Der erste Teil behandelt die Gesetzgebung, die das Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter fixiert, den Arbeitskontrakt schlechthin, als individuelle, noch nicht soziale Erscheinung. Der zweite grosse Teil enthält die spezielle Gesetzgebung des Arbeiterschutzes, der dritte betrifft den Schutz der Arbeit, d. h. die Tätigkeit des Staates zu gunsten ihrer Förderung durch Errichtung von Instituten, Schulen, Museen, etc. etc. — Auch die Untereinteilung ist durchweg eine recht glückliche, und den meisten Kapiteln oder Abschnitten ist eine, natürlich sehr skizzenhafte Uebersicht der fremdländischen Legislatur angehängt.

Die Arbeitergesetzgebung ist offenbar nicht nur in der Anordnung des Buches, sondern auch in den Gedanken des Autors der Mittelpunkt des von ihm bearbeiteten Feldes. Und weil, wie er sagt, die Arbeitergesetzgebung keine andere Schlussbetrachtung als die der sozialen Frage zulässt, so widmet er dieser Betrachtung die letzten Seiten. Er sieht in dem Kampf der »Interventionisten« und »Liberalen« um die Gesetzgebung ein Obsiegen der ersteren und begrüsst dieses im Namen der Gerechtigkeit und Billigkeit. »Faute de mieux« ist auch er Interventionist. Und da der Staat nun »König und Gott« ist, sei auch das kollektivistische Régime möglich geworden, als letzte Konsequenz des eingeschlagenen Weges. Mit dem Zukunftsstaat kann er sich aber zuletzt, trotz aller seiner Schönheiten, nicht abfinden, er erklärt, die Erde werde dann einem grossen Kloster gleichen, wo nach »universeller Regel« jeder weiss, »was er zu jeder Tag- und Nachtstunde zu tun hat«. Und auf einmal entdeckt er dann doch noch sein Juristenherz und findet, die Intervention sei zwar nötig, aber eigentlich doch eine ungerechte Anmassung des Staates gewesen. Diese Widersprüche werden mit bewusster Komik, man möchte sagen, mit sanfter Selbstironisierung vorgetragen. Die ganze Unparteilichkeit und Menschlichkeit des Buches erhält dadurch einen Stich ins Drollige, so dass ein rechtes Zutrauen zu ihm schwer zu fassen ist. *F. L.*

Ministère du Commerce, Direction du Travail: **Statistique des Grèves** et des recours à la conciliation et à l'arbitrage, survenus pendant l'année 1903. Paris, imprimerie nationale, en vente chez Berger-Levrault & Cie., 8°. 575 S.

Der statistische Bericht der »Direction der Arbeit«, einer Unterabteilung des französischen Handelsministeriums, welcher 300 Seiten reiner Tabellen

enthält, informiert über die Streiks des Jahres 1903 und die Anwendung des Gesetzes vom 27. Dezember 1892 betreffend Vermittelung und Schiedsgerichtsbarkeit, bei den Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Tabellen berichten über Berufsklasse, Ort, Datum, Dauer, Ursache, Resultat jedes Einzelfalles und ordnen die Fälle zu Gruppen nach ihrer Bedeutung. Von der Anwendung des Gesetzes von 1902 wird ein historischer Ueberblick gegeben, der sich oft höchst interessant und fesselnd gestaltet. Dies gilt insbesondere von dem Bericht über den grossen Streik im Textilgewerbe zu Armentières und Houplines, zu dem der umfangreiche Briefwechsel zwischen beiden Parteien und dem Präfekten veröffentlicht wird.

Aus den Endergebnissen dieser Regierungsstatistik sei folgendes erwähnt: Von 567 Streiks (123 151 Streikende) waren 122 (12 526 Streikende) erfolgreich, 222 (89 736) endeten mit einem Vergleich, 223 (20 889) scheiterten. Die Anwendung des oben genannten Gesetzes wurde konstatiert in 152 Streitfällen, in 9 davon v o r Niederlegung der Arbeit. Die Anwendung betraf also 26,80%, gegen 20,89% im Jahre 1902 und gegen 23,76% in den 10 letzten Jahren. Die Initiative zur Vermittlung ging 89mal von den Arbeitern, 3mal von den Unternehmern, 2mal von beiden vereint, 58mal von der Behörde aus. Der Vermittelungsversuch wurde zurückgewiesen 46mal von den Unternehmern, 1mal von den Arbeitern, 8mal von beiden Parteien. *F. L.*

3. In englischer Sprache.

Askew, J. Bertram: **Pros and Cons.** A Newspaper Readers and Debaters Guide to the leading Controversies of the Day. Third edition. London 1903, Swan Sonnenschein & Co. 246 S. 8°.

Das Für und Wider von nahezu 280 Streitfragen des öffentlichen Lebens wird in diesem Buch, das einen bekannten englischen Sozialisten zum Verfasser hat, in knappen Sätzen vorgeführt. Eine grössere Anzahl dieser Fragen bezieht sich direkt oder mittelbar auf den Sozialismus. Was den Sozialismus selbst betrifft, so gibt der Verfasser nicht weniger als 16 Gründe für und 16 Gründe gegen ihn zum besten, die behandelten Fragen sind von sehr verschiedener Wichtigkeit und viele darunter spezifische Fragen des englischen Lebens. Auch sind vielfach die Antworten nicht erschöpfend. Aber eine ganze Reihe von Fragen allgemeiner Natur sind sehr gut in ihrem Für und Wider gekennzeichnet, so dass Diskussionsvereine in diesem oder einem ihm nachgebildeten Buch einen guten Leitfaden für erspriessliche Debatten finden.

Bowley, A. L.: **National Progress in Wealth and Trade since 1882.** A Plea for further Enquiry. London 1904, T. S. King & Son. 88 S. 8°. Preis 2 Sh. netto.

Auf Grund der Volkszählung von 1901 und der sonstigen statistischen Ermittelungen (Steuerstatistik, Handelsstatistik, Fabrikinspektionsberichte, Arbeiterstatistik etc.) sucht der Verfasser, einer der bekanntesten der jüngeren englischen Statistiker, ein Bild von der Entwickelung des gewerblichen Lebens und des Wohlstandes in England seit 1882 zu gewinnen. Er betont dabei die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen statistischen Erhebungen und entwickelt eine Art Mindestprogramm von Forderungen, die auf Vermehrung und bessere Ausgestaltung dieser Erhebungen abzielen.

Das Ergebnis, zu dem der Verfasser hinsichtlich des Hauptthemas gelangt, ist, dass weder die Gewerbetätigkeit Englands noch das Nationaleinkommen noch die Lage seiner Arbeiter in den beiden abgelaufenen Jahrzehnten eine Entwickelung genommen haben, die zu besonderer Beunruhigung Anlass gaben. Die gewerbtätige Bevölkerung hat im ganzen prozentual zur Gesamtbevölkerung eher zu- statt abgenommen, der Nationalreichtum ist erheblich gestiegen, die Löhne der Arbeiter desgleichen, während die Preise der wichtigsten Lebensmittel des Volkes eher gefallen sind und die Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften noch nicht wieder die Höhe erreicht haben, die sie zu Anfang der achtziger Jahre aufwiesen. Wenn einzelne Geschäftszweige verloren haben, so haben andere dafür gewonnen. Das Gesamtresultat straft diejenigen Lügen, die da erklärt haben, dass der Freihandel England dem Ruin zuführe.

Howard, G. H.: **A History of Matrimonial Institutions.** Chicago 1904. University Press. 3 Bde. 1500 S.

Das Buch Prof. Howards ist das umfangreichste von allen bisher erschienenen Werken über die Geschichte der Ehe. Die Hälfte des ersten Bandes nimmt ein ausgedehntes Literaturverzeichnis ein, das für diejenigen, die sich mit diesem Zweige der Forschung näher befassen wollen, von grossem Nutzen sein wird. Der Autor hat es verstanden, einen klaren Ueberblick über die Ergebnisse aller bisherigen Forschungen zu geben, welche sich auf die Entwickelung der Ehe beziehen. Er selbst versucht es nicht, das vorhandene anthropologische Material von neuen Gesichtspunkten aus zu betrachten oder irgend welche neuen Theorien aufzustellen. Einen besonders breiten Raum nimmt die Geschichte der Ehe in Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten ein. Es wird durch die ganze Darstellung klar veranschaulicht, welch eine grosse Bedeutung der Geschichtsforschung und der Erforschung der Verhältnisse primitiver Völker zukommt, um zu einem richtigen Verständnis unserer bestehenden sozialen Einrichtungen zu gelangen. Wie wenig tauglich aber hierzu die bisher in der Regel angewendeten Methoden sind, das muss auch Howard zugeben; allerdings versäumt er es noch, sich ganz und gar auf den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung zu stellen. Im dritten Bande wird die Gesetzgebung des letzten Jahrhunderts, soweit sie auf die Ehe und die damit im Zusammenhang befindlichen rechtlichen Einrichtungen Bezug hat, einer Analyse unterzogen, welche für die Erkenntnis des gesellschaftlichen Entwickelungsganges gleichfalls nicht ohne Interesse ist. Den Schluss des Werkes bildet eine Besprechung der aus den Eheverhältnissen erwachsenen Probleme, vor welchen die bürgerliche Gesellschaft in der Gegenwart steht, ohne dass sie dieselben zu lösen vermöchte. Howard macht eine Reihe von Reformvorschlägen, namentlich in der Richtung einer dem Stande der modernen wirtschaftlichen Entwickelung angepassten Ehegesetzgebung und einiger eingreifender Aenderungen im Erziehungs- und Unterrichtswesen. *Fehlinger.*

Moody, J.: **The Truth About the Trusts.** New York 1904. The Moody Publishing Company. 514 S.

Wir erfahren aus diesem Buche manches Wissenswerte über die Trusts oder privaten Monopole, welche in den Vereinigten Staaten bestehen. In der Hauptsache sind drei verschiedene Arten dieser Monopolinstitute zu unterscheiden, und zwar 1. Industrielle Korporationen, 2. Eisenbahn- und sonstige Transportgesellschaften, 3. Korporationen, welchen durch die Gesetzgebung die Besorgung öffentlicher Angelegenheiten übertragen wurde (›Franchise Trusts‹); sie gelangen in dieser Reihenfolge zur Besprechung, worauf statistische Daten, betreffend den Umfang der Trusts, und eine Diskussion der Charakteristik, der Entwickelung und des Einflusses derselben geboten werden. Auf industriellem Gebiet ist vornehmlich die Urproduktion und die Metallindustrie monopolisiert; doch haben sich die Trusts in den letzten Jahren auch in der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung und in manchen anderen Industrieen entwickelt. Andererseits ist das Verkehrswesen fast vollständig in ihren Händen. Wenn schon auf diesen Gebieten das assoziierte Kapital imstande ist, die Masse der Bevölkerung in hohem Masse zu schädigen, so gilt dies noch viel mehr hinsichtlich jener Korporationen, welchen die Ausübung solcher Tätigkeiten obliegt, die in den europäischen Ländern immer mehr in das Gebiet der öffentlichen Verwaltungstätigkeit gezogen werden, wie die Instandhaltung der Strassen, die Beleuchtung und die Wasserversorgung der Städte u. dergl. In leichtfertiger Weise wurden von den gesetzgebenden Körperschaften allenthalben in den Vereinigten Staaten weitgehende Rechte an kapitalistische Unternehmergruppen übertragen, wodurch die Entwickelung des Kommunalsozialismus noch auf lange Zeit hinaus gehemmt erscheint.

Was man aus dem Buch sogleich ersieht, ist, dass es vom Standpunkte des Kapitalisten geschrieben ist. Dabei drängt sich die Befürchtung auf, es werde nicht die ganze ›Wahrheit über die Trusts‹ gesagt, und diese Befürchtung ist gerechtfertigt. Ueber ein Kapitel in der Entwickelung der privaten Monopole in den Vereinigten Staaten schweigt es sich gründlich aus: das ist die Beeinflussung der Gesetzgebung und Verwaltung durch die Trusts. Gerade

diese ist es aber, welche ihnen eine so gewaltige Macht verschaffen konnte. Die Geldmittel der Kapitalisten, welche bei allen Wahlen reichlich fliessen, die von den Kapitalisten aufgebrachten »Campaign Funds«, haben es vermocht, dass zum grossen Teil Leute in die Parlamente kamen, welche weit davon entfernt sind, Massnahmen zu treffen, um die Macht der Trusts zu verringern. Ihr Geld beherrscht die despotischen Parteiorganisationen beider grossen Parteien, sowohl die der republikanischen, wie die der demokratischen Partei. Die Ausbreitung der privaten Monopole einerseits und der politische Indifferentismus der Arbeiterklasse andererseits tragen die Schuld daran, dass es heute um die demokratischen Institutionen in Amerika recht schlecht bestellt ist. Weiter vergisst unser Autor die Wirkung der Monopole auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, auf die Gestaltung der Lohnhöhe und der Arbeitszeit zu beleuchten. Offizielle Erhebungen haben ergeben, dass sich die ökonomische Lage gerade der amerikanischen Arbeiterklasse in den letzten Jahren nicht gehoben hat; dies mag wohl der Grund des Schweigens sein. Was sonst zumeist von kapitalistischen Autoren geleugnet wird — namentlich innerhalb der Vereinigten Staaten —, gibt Moody offen zu: das Bestreben der Trusts, die freie Konkurrenz einzudämmen oder ganz aufzuheben und die Preise der Bedarfsartikel im ganzen Lande zu bestimmen. Wie sehr dabei das Publikum benachteiligt wird, geht aus der Statistik des Washingtoner Arbeitsamtes hervor, wonach die durchschnittlichen Kosten des Haushalts einer Arbeiterfamilie seit 1896 um 14,8 Prozent gestiegen sind.

Moody erkennt die Bildung der Trusts als eine notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwickelung an, welche keine Gesetzgebung hindern könne; doch verschliesst er sich der Erkenntnis, dass eine Gesetzgebung, die von Korruption und kapitalistischen Klasseninteressen frei ist, vor allem manche Uebelstände zu beseitigen vermöchte, und dass es im Interesse des Volkes gelegen ist, schliesslich die Monopole in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen. Im ganzen kann man dem vorliegenden Buche einen Wert jedoch nicht absprechen; es zeigt, dass der Verfasser über den behandelten Gegenstand wohl unterrichtet ist und dass er über ein ausgebreitetes volkswirtschaftliches Wissen verfügt. *Fehlinger.*

Pedder, Lieut. Col. D. C. **The Secret of Rural Depopulation.** Fabian Tract Nr. 118. London 1904, The Fabian Society. 19 S. 8°. Preis: 1 d.

Das Geheimnis der Entvölkerung des flachen Landes in England ist eigentlich kaum noch ein Geheimnis, dennoch ist es gut, es hier von dem Verfasser, der selbst in einer landwirtschaftlichen Grafschaft Englands (Wiltshire) wohnt, auf Grund persönlicher Beobachtungen vorgeführt zu sehen. Es besteht in der jammervollen Abhängigkeit, schlechten Bezahlung und geistigen Verödung der Landarbeiter, wofür nach Ansicht des Verfassers vor allem das System der landwirtschaftlichen Grossbetriebe verantwortlich zu machen ist: »The great farmer stops the way«. Vom Lande selbst aus sei keine Besserung zu erwarten. Dort herrscht der Grundbesitz: »Die Lokalverwaltung ist die Beigabe von Grundeigentum«. Welcher Teil Englands aber, frägt der Verfasser, hat das grösste Interesse daran, dass der beste Gebrauch vom Grund und Boden Englands gemacht werde, das Land oder die Stadt? Die Stadtbevölkerung verhalte sich zur Landbevölkerung der Zahl nach wie vier zu eins, und von der Eins lebten auch noch viele Teile nur als Geduldete auf dem Lande. Die Städte müssten also das Recht beanspruchen, darüber zu bestimmen, wie das Land nutzbringend zu verwerten sei. Das Heilmittel des Verfassers ist Verwandlung der Landarbeiter in genossenschaftlich organisierte Kleinbauern. Insbesondere solle London daran denken, dass die Rückverwandlung des Landarbeiters in einen unabhängigen Landwirt für es die Eröffnung verschiedener hundert Erholungsplätze bedeute. »Aus London ist keine Gartenstadt zu machen. Aber das ganze Land in einem Umkreis von 70—80 (engl.) Meilen um London kann in einen Lustgarten für die Londoner verwandelt werden, ohne irgend jemand zu schädigen, zum unendlichen Gewinn für viele und zum Vorteil für ganz England. Nur — der Grossfarmer verbaut den Weg.« (S. 19).

5. In tschechischer Sprache.

Meissner, Dr. Alfred, und Dr. **Leo Winter: Nrazové pojistení dělnické dle práva rakonského** (Die Arbeiterunfallversicherung nach österreichischem Rechte). Prag 1904, Verlag der »Zár«. 445 S. 8°. Preis 4 K.

Die österreichische Arbeitergesetzgebung erfreut sich in juristischen Kreisen keiner besonderen Beachtung. Und wenn sie hie und da berührt wird, wird diese Ehre meistens der Gewerbeordnung zuteil, indem die Arbeitgeber auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden. Es ist daher selbstverständlich, dass die so entstandene Lücke von der Arbeiterschaft selbst resp. von den ihr nahestehenden Juristen ausgefüllt werden musste. Wie wir aus dem Vorworte zum oben genannten Werke erfahren, wollten die Verfasser die ganze österreichische Arbeiterversicherungsgesetzgebung zum Gegenstande ihrer Betrachtungen machen. Da sie jedoch ein vollständig unbearbeitetes Gebiet vorfanden — das Werk Menzels »Die Arbeiterversicherung nach österreichischem Rechte« reicht nicht einmal zum Ausdehnungsgesetze vom Jahre 1894 und liess die Praxis fast vollkommen ausser acht — wuchs das gesammelte Material so an, dass sie sich vorläufig auf die Unfallversicherung beschränken mussten, wollten sie dem Werke den Weg in die Arbeiterkreise nicht verwehren.

Das österreichische Unfallgesetz basiert bekanntlich auf den deutschen Gesetzen, und es ist daher sehr wohl zu verstehen, dass die Verfasser Schritt für Schritt nicht nur die deutsche Gesetzgebung, sondern auch die deutsche Praxis verfolgen. Sie kommen zu dem Schlusse, dass die deutsche Praxis, obwohl oft aus demselben Wortlaute des Gesetzes hervorgehend, fast nie so engherzig ist, fast nie dem Gesetze eine so enge Interpretation zukommen lässt, wie dies in Oesterreich geschieht. Eben auf Grund der deutschen Praxis fordern die Verfasser, dass hauptsächlich die Begriffe »Arbeiter, Betriebsbeamte, Unfall beim Betriebe« umfassender interpretiert werden. Sie gehen jedoch theoretisch noch weiter als die deutsche Praxis. Als »Unfall beim Betriebe« betrachten sie nämlich einen jeden Unfall, der entweder durch eine Handlung beim Betriebe oder durch eine vom Betriebe ausgehende Gefahr verursacht wurde. Dieser Anschauung nähert sich zwar die Praxis hie und da; da sie jedoch auf einer anderen theoretischen Grundlage basiert, so ist sie so schwankend, dass der Arbeiter sehr oft nicht weiss, ob ihm nach Anschauung der Praxis ein Anspruch auf die Unfallrente gebührt oder nicht.

Die Verfasser fordern auch für Oesterreich ein dem Reichsversicherungsamt ähnliches Institut, indem sie hervorheben, dass der Verwaltungsgerichtshof, das oberste administrative Tribunal in Oesterreich, mit anderen Arbeiten überhäuft ist und den Unfallangelegenheiten keine solche Aufmerksamkeit zu gewähren imstande ist, wie es erforderlich wäre.

Die Verfasser hoffen, dass die an der jetzigen Praxis geübte Kritik manche Aenderungen zur Folge haben werde. Die Vergleichung der österreichischen mit der deutschen, französischen und englischen Unfallgesetzgebung dürfte hierzu vielleicht etwas beitragen. *W.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Das Protokoll des Wydener Kongresses der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung.)

Vierte Sitzung, am 22. August, nachmittags 2¼ Uhr.

Nach Verlesung der Präsenzliste, welche nunmehr 56 Vertreter zählt, bringt der Vorsitzende zwei Anträge wegen Ausstossung Hasselmanns zur Verlesung. Es erhält sodann der Berichterstatter über den Fall *Hasselmann* das Wort. Derselbe führt aus, dass von Hasselmann fälschlich die Behauptung aufgestellt werde, er sei nach Berlin gegangen, um sich mit den dortigen Parteileitern zu verständigen; er habe dort nur intriguiert. Sein ganzes Bestreben sowohl im Privatkreise wie in den von ihm herausgegebenen Blättern sei gewesen, Unfrieden in der Partei zu stiften. Zum Beweis dessen werden zwei Stellen aus einer Erklärung Hasselmanns in der »Deutschen Zeitung« verlesen, aus denen hervorgeht, dass Hasselmann den alten Parteivorstand und die sonstigen leitenden Personen der Partei verdächtigte, die letztere ins fortschrittliche Lager zu spielen versucht zu haben. Es sei nun daraufhin, um eine Verständigung mit ihm herbeizuführen, eine Zusammenkunft anberaumt worden, in der Hasselmann auf seine Veranlassung zur Revision mit bestimmt worden sei. Er habe aber, trotz der ihm speziell gemachten Einladung, dieselbe vorzunehmen, keine Folge geleistet. Es sei ihm also nichts daran gelegen gewesen, sich über die inneren Parteiangelegenheiten zu orientieren. Er habe vielmehr bei den Parteigenossen fortwährend gehetzt und dabei den Schein zu erwecken gesucht, als werde er von den Parteiführern verfolgt und zur Auswanderung ins Ausland veranlasst. Aus allen diesen Gründen sei es notwendig, dass der Kongress, nachdem Hasselmann sich auch überdies von der Partei losgesagt und die Reichstagsabgeordneten seinen Ausschluss ausgesprochen, den letzteren bestätige. —

Der folgende Redner bedauert, dass man nicht schon früher gegen Hasselmann vorgegangen, da dieser doch schon seit Jahren in der Partei gehetzt und Unfrieden gestiftet. Er sei nicht würdig gewesen, die Partei im Reichstage zu vertreten und hätte nie den Wahlkreis Barmen-Elberfeld erhalten dürfen. Unverantwortlich auch sei es, dass Hasselmann nicht *schon lange* auf Grund des gegen ihn vorliegenden Beweismaterials aus der Partei ausgeschlossen worden sei.

Weiter wird angeführt, dass ein Teil der Hamburger Parteigenossen Hasselmann durch Abonnement auf sein Blatt unterstützt habe, um ihm seine Existenz zu erleichtern. Hasselmann habe aber dieses Vertrauen nicht verdient, denn er habe, um nur einen Fall zu nennen, auf schwindelhafte Weise Abonnenten zu fangen gesucht. Es sei nämlich von ihm den Parteigenossen vorgespiegelt worden, dass ein Teil des Reinertrages des Blattes zur Unterstützung der Hamburger Wahl verwendet werden würde, während Hasselmann *nie* etwas zu solchen Zwecken abgeliefert habe. Nun sei Hasselmann fort, und das sei für die Partei sehr er-

freulich. Was die Parteigenossen betreffe, die in Hamburg auf Hasselmanns Seite gestanden hätten, so seien diese nicht als Gegner der Partei anzusehen. —

Ein Parteigenosse wünscht, der Kongress möge entgegen dem Antrag, über die Angelegenheit Hasselmanns zur Tagesordnung überzugehen, die provisorische Ausschliessung Hasselmanns seitens der Reichstagsabgeordneten durch eine formelle Ausschliessung endgültig bestätigen, damit der Ausgeschlossene den Parteigenossen im Auslande nicht vorspiegeln könne, der Kongress habe seine Ausschliessung nicht genehmigt, und er somit auch ferner als angeblicher Parteigenosse die Partei schädigen könne. —

Entschieden für eine Erklärung, dass der Kongress den Ausschluss Hasselmanns billige, ist ein weiterer Redner. Eine solche Erklärung sei mit Rücksicht auf die weiteren Kreise der Parteigenossen des In- und Auslandes notwendig. Hasselmann wühle auch im Auslande, um sich als den Verfolgten in der Partei hinzustellen, der von den Vertretern der Partei zur Flucht ins Ausland gezwungen sei. Deshalb müsse volle Klarheit geschaffen werden, damit auch die auswärtigen Genossen wüssten, wie die Partei zu Hasselmann stände. Redner gibt Aufklärung über eine Zusammenkunft in Lichterfelde im vorigen Jahre, an der Hasselmann und die übrigen Abgeordneten nebst einer grösseren Anzahl Berliner Genossen sich beteiligt hätten. Da sich Hasselmann dem dort Vereinbarten nicht gefügt, so sei er auch nicht zur Unterschrift des Rechenschaftsberichtes der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zugelassen worden. Wenn Hasselmann in der Oeffentlichkeit erklärt habe, dass er mit den Schulden, die seine Blattunternehmungen hervorgerufen, nicht behaftet sei, und wenn er seine Flucht ins Ausland damit entschuldige, dass er wegen politischer Verfolgungen zu derselben veranlasst worden, so sei das nachgewiesenermassen *nicht wahr*. —

Ein in dieser Frage gut informierter Teilnehmer des Kongresses konstatiert, dass Hasselmann schon seit Jahren in der Partei gewühlt habe und deshalb des Vertrauens derselben nicht würdig gewesen sei. Wenn er jetzt seine Wirksamkeit ins Ausland verlegt habe, so müsse er dafür besondere Gründe haben. Es sei zu tadeln, dass Hasselmann nicht schon vor Jahren aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Er habe ebensowenig Vertrauen verdient, wie Schweitzer, und man brauchte sich jetzt nicht mit ihm zu beschäftigen, wenn er gleich, als er seine Intriguen angefangen, ausgestossen worden wäre. Statt dessen seien seinetwegen grosse Opfer von der Partei gebracht worden, und man habe ihm sogar ein Reichstagsmandat verschafft. Man hätte dies nicht tun sollen, da trotz der grossen Geldopfer man der Zeitung beispringen musste, die Hasselmann totgeschrieben hätte. Wenn man ihn trotz alles dessen als Redakteur belassen habe, verdiene das entschieden gerügt zu werden, und wenn sich ähnliche Fälle in Zukunft ergäben, so müsse dann mit aller Energie vorgegangen werden. Speziell müssten den Parteigenossen über alle die Partei schädigenden Handlungen einzelner Genossen, die zur Kenntnis der leitenden Persönlichkeiten kommen, Mitteilungen gemacht werden.

Der *Vorsitzende* verliest eine Reihe Anträge verschiedener Vertreter betreffs Ausschlusses Hasselmanns. Ein Antrag auf Schluss der Rednerliste wird angenommen.

Der Vorsitzende erklärt auch, wenn Hasselmann in der Debatte als Lump bezeichnet werde, so wolle er sich dagegen prinzipiell nicht

erklären, bitte jedoch im Interesse der Debatte, den Ausdruck ferner nicht mehr zu gebrauchen. —

Ein Redner aus dem Rheinland führte aus: Wenn den Reichstagsabgeordneten ein Vorwurf daraus gemacht sei, dass der Ausschluss Hasselmanns nicht früher geschehen, so müsse er diesem Vorwurfe entgegentreten. Wäre der Ausschluss früher schon geschehen, so würde dies in Barmen-Elberfeld zu einer Spaltung der Partei geführt haben. Die Parteigenossen seien dort über die Intriguen Hasselmanns vollständig unaufgeklärt geblieben. Weshalb hätten sie keine Aufklärung erhalten? Er sei gegen den Ausschluss Hasselmanns, da dieser überhaupt nicht mehr in Deutschland sei. Was die Verhandlungen in Lichterfelde betreffe, so wünsche er Aufklärung über die Vereinbarungen, die dort bezüglich Hasselmanns getroffen worden seien. Ausserdem sei es notwendig, klar zu stellen, wie das persönliche Verhalten der soz. Reichstagsabgeordneten gegen Hasselmann gewesen sei. (Dem Redner werden fünf weitere Minuten bewilligt.) Er geht darauf auf die Parteiverhältnisse in Barmen ein. Die dortigen Parteigenossen wären ohne Schuld daran, dass die Verhältnisse der Barmer Genossenschaftsdruckerei so zerfahren worden seien. Die Verwirrung unter den Barmen-Elberfelder Parteigenossen sei zum Teil durch die vom Vorstande nach Barmen geschickten Personen hervorgerufen worden. —

Ein folgender Redner sagt: Hasselmann sei zur rechten Zeit von den Reichtagsmitgliedern ausgeschlossen worden, und sei es deshalb nicht mehr notwendig, den Ausschluss jetzt auszusprechen. Dagegen empfehle er den Antrag, der die *nachträgliche Bestätigung* des durch die Abgeordneten bereits vollzogenen Ausschlusses bezwecke.

Wenn der Kongress sich dafür ausspreche, dass Hasselmann mit Recht von den Reichtagsabgeordneten ausgeschlossen sei, so sei das mit Rücksicht auf die Parteigenossen im Auslande, denen die deutschen Parteiverhältnisse nicht so bekannt seien, nur eine einfache *Notwendigkeit.* Diese Erklärung müsse in entschiedenster Form geschehen, da Hasselmann in jeder Beziehung das Vertrauen und die Achtung der Partei verscherzt habe. —

Ein Redner, der sich als ehemaliger entschiedener Anhänger Hasselmanns bekennt, führt aus: Hasselmanns Verhalten verdiene die schärfste Verurteilung. Er geht im weiteren auf die Vorkommnisse des Gothaer Kongresses im Jahre 1876 ein, um zu erklären, dass er daselbst von Hasselmann sich habe täuschen lassen. Er sei aber bald davon überzeugt worden, dass Hasselmann nur die Zersplitterung der Partei erstrebe, da Hasselmann ihm selbst *gleich nach dem Kongress* den Vorschlag gemacht habe, die Partei zu *sprengen,* um eine neue Partei auf Grund der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wiederherzustellen. Redner habe Hasselmann hierauf jedoch eine grobe abweisende Antwort gegeben, und letzterer habe sich denn auch nicht weiter mit ihm über diese Angelegenheit ausgesprochen. Ueberhaupt sei es unrichtig, zu glauben, dass er später noch mit Hasselmann Freundschaft gehalten habe. Dies sei nicht mehr der Fall gewesen, sobald er dessen verräterische Absichten kennen gelernt. —

Weiter äussert sich ein Redner: In der von Hasselmann zuletzt abgegebenen Erklärung wegen seiner Flucht sei nur das wahr, dass er nur 110 Mark zur beabsichtigten Herausgabe eines täglichen Blattes von den ihm befreundeten Parteigenossen aufgebracht habe. Hieraus habe er ersehen können, dass er bei den Arbeitern keinen Boden mehr habe. Dies sei auch der Hauptgrund seiner Flucht aus Deutschland; Polizeiverfolgungen habe Hasselmann weniger als jeder andere bekannte Parteigenosse

gehabt. Ein Prozess habe nicht gegen ihn in Aussicht gestanden, wie Hasselmann das erklärt habe. Wenn aber den sozialdemokratischen Abgeordneten ein Vorwurf daraus gemacht sei, dass sie den Ausschluss Hasselmanns ausgesprochen, so müsse er denselben zurückweisen, da die Abgeordneten nach der Erklärung Hasselmanns im Reichstage hierzu verpflichtet gewesen seien. Es werde niemand bestreiten können, dass nach Eintritt des Sozialistengesetzes und nachdem die alte Parteileitung freiwillig ihre Stellung niederlegte, die Reichtagsabgeordneten die einzig wirklich gewählte Vertretung der Partei gewesen und sie also ebenso gut wie der Parteivorstand berechtigt gewesen seien, Ausschliessungen aus ihrem Kreise vorzunehmen unter dem Vorbehalt, dass die Partei das später gut heisse. Was die Frage eines Redners aus dem Rheinland betreffe, so sei es war, dass die Abgeordneten sich gegen Hasselmann gestellt hätten, als dieser sich den Lichterfelder Vereinbarungen nicht fügen wollte. Er sei aus demselben Grunde nicht mehr zu den Fraktionssitzungen eingeladen worden. Es sei jedoch nicht wahr, was Hasselmann über die Lichterfelder Vereinbarungen vorgebracht habe. Redner setzt auseinander, worin dieselben bestanden, und wie Hasselmann es kurz abgelehnt habe, ihnen nachzukommen. —

Ein anderer Redner sagt, dass Hasselmann ihm stets eine unsympathische Persönlichkeit gewesen, aber deshalb habe er ihn doch bis zu seinem Ausschluss als Parteigenossen betrachtet. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hätten den letzteren aber nicht eher aussprechen können, und nicht eher ausgesprochen, bis Hasselmann genügend Grund dazu gegeben. Deshalb sei auch der Vorwurf, dass der Ausschluss so spät erfolgte, unberechtigt. Man dürfe nicht jede Opposition in der Partei unterdrücken. Als Hasselmann sich im Reichtage von der Partei losgesagt, da erst sei sein Ausschluss notwendig geworden. —

Von seiten eines folgenden Redners wird bestätigt, dass die Lichterfelder Vereinbarungen nicht in dem von Hasselmann dargestellten Sinne, sondern wie hier erzählt worden, gefasst seien. Im übrigen ist er im Einverständniss mit den Berliner Parteigenossen gegen die Ausstossung Hasselmanns, und zwar, weil Hasselmann durch seine Flucht bereits sich ausserhalb der Partei gestellt habe. —

Von anderer Seite wird gebilligt, dass der Ausschluss Hasselmanns nicht früher geschehen, als das tatsächlich der Fall. Im weiteren kommt Redner dann auf das Verhalten Hasselmanns in Angelegenheit der »Roten Fahne« zu sprechen. Hasselmann habe trotz seiner dem Vorstande gegebenen Zusicherung die gesamten Herstellungskosten der »Roten Fahne« dem Barmer Geschäfte aufgebürdet, während ihm vertragsmässig die Bezahlung des Papiers obgelegen hätte. Ausser für die Probenummer habe Hasselmann nie Zahlung geleistet. Was die Bemerkung betreffe, Heiland aus Berlin sei damals zur Beaufsichtigung Hasselmanns nach Barmen gesendet, so sei dies nicht richtig. Heiland sei nicht wegen Ueberwachung Hasselmanns, sondern wegen der Unterstützung desselben nach Barmen gegangen. Hasselmann habe in Barmen sich übrigens nur wenige Anhänger verschafft, im Gegenteil, viele seiner früheren Anhänger verloren. Hierzu habe seine Nachlässigkeit in Führung der Redaktionsgeschäfte wesentlich beigetragen. Wenn Redner, der die Revision des Barmer Geschäftes vorgenommen, trotzdem die äusserst nachlässige und liederliche Geschäftsführung nicht öffentlich getadelt habe, so sei dies deshalb unterblieben, weil durch die öffentliche Darlegung der Sachlage das Uebel nicht gebessert worden wäre und man die Nachsicht mit Hasselmann bis zum äussersten habe treiben wollen. Es hätte vor allem gegolten, für die Barmer Genossen zu retten, was zu retten möglich. Eine

öffentliche Darlegung der Hasselmannschen Misswirtschaft hätte unter den Barmer Genossen nur eine Panik hervorgerufen. —

Es wird Schluss der Debatte angenommen.

Ein Redner erklärt persönlich, dass er sich nur deshalb tadelnd gegen den Vorstand ausgesprochen, weil man Hasselmann, trotzdem man seine Intriguen gekannt, als Redakteur belassen und seine Kandidatur zugelassen habe. —

Der Referent antwortet auf die vorhergemachten Vorwürfe eines der Redner: Wenn der Ausschluss Hasselmanns früher, als geschehen, von den Reichtagsabgeordneten ausgesprochen wäre, so würde dies in Barmen-Elberfeld zur Zersplitterung der Partei geführt haben. Man sehe ja aus den Worten einiger früherer Redner, wie schwer es sei, diejenigen, deren Ausschluss durch ihre Lumpereien längst notwendig geworden, aus der Partei zu entfernen. Es scheine vielmehr, als wenn leichter gegen diejenigen, die das Vertrauen der Partei verdienten, durch Ausschliessungsmassregeln vorgegangen werden könne, als gegen Diejenigen, die das Vertrauen missbrauchen. Hasselmann wollten die Berliner Parteigenossen nicht ausgeschlossen wissen, während gegen denselben doch eine Masse des erdrückendsten Belastungsmaterials vorliege, dahingegen hätten sie den Ausschluss eines heute noch eifrig für die Partei wirkenden Genossen beantragt, obwohl diesem *nicht das Geringste* nachgewiesen werden könne, was den Ausschluss rechtfertige. Das kennzeichne die Stimmung in gewissen Kreisen der Partei, wo noch heute ein notorischer Lump sich grösserer Sympathien erfreue, als ein ehrlicher Mann. —

Es kommt hierauf, nachdem die auf Ausschluss Hasselmanns gestellten Anträge zu gunsten eines präziser formulierten Antrages zurückgezogen, zur Abstimmung über diesen. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

»Nachdem der Kongress über die Intriguen und das gewissenlose Gebahren Hasselmanns aufgeklärt ist, billigt er die von den Abgeordneten proklamierte Ausschliessung Hasselmanns voll und ganz und warnt alle auswärtigen Genossen, den Vorspiegelungen dieser als notorischer Verleumder entlarvten Persönlichkeit Glauben zu schenken.«

Die Abstimmung ergibt die Annahme dieser Resolution mit allen *gegen drei Stimmen.* Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt einer der gegen die Ausschliessung stimmenden Genossen, dass Hasselmann sich durch seine Taktik selbst ausserhalb der Partei gestellt habe, deshalb seine Ausstossung *nicht mehr nötig* sei, und habe er *dieserwegen* gegen den Antrag gestimmt. Der zweite schliesst sich dieser Erklärung an, während der dritte erklärt, dass seine Wähler ihm den Auftrag gegeben hätten, in Sachen Hasselmann und Most weder pro noch contra Partei zu ergreifen; deshalb habe er gegen den Antrag gestimmt.

Der Antrag, zur Aufklärung über die Hasselmannsche Angelegenheit eine Erklärung in Broschürenform herauszugeben, wird abgelehnt. —

Hiermit ist die Angelegenheit Hasselmanns erledigt und wird zur *Affäre Most* übergegangen.

Der Referent erhält das Wort, um auszuführen, dass erst nachdem Most sich in der »Freiheit« für Hödel und Nobiling erklärt habe, die Partei ihn nicht mehr als Genossen hätte betrachten können. Dabei müsse jedoch hervorgehoben werden, dass Most sich in der »Freiheit« zuerst gegen die Attentäterei ausgesprochen hätte. Trotzdem habe er später einen Brief Vaillants aufgenommen, worin dieser der deutschen Partei geradezu den Vorwurf mache, dass sie Hödel und Nobiling verleugne. Aller-

dings habe Most nicht gewagt, den Brief V.s in *deutscher* Sprache zu veröffentlichen. Das Verhalten Mosts sei überhaupt ein sehr schwankendes gewesen. Zuerst habe er der Beteiligung der deutschen Arbeiter an den Wahlen das Wort geredet. In No. 18 der »Freiheit« hingegen habe er sich über die Reichtagswahl in Hamburg in der spöttischsten Weise geäussert. In No. 6 der »Freiheit« kritisierte er die Taktik der Gegner, dass diese der Sozialdemokratie andichten, nur gewaltsame Umsturzmittel zur Durchführung ihrer Absichten im Sinne zu haben, während die Sozialdemokraten nicht mit physischer Gewalt, sondern nur mit geistigen Waffen kämpften, und zitiere für die Richtigkeit dieser Auffassung sogar den liberalen Geschichtschreiber Rottek. Dass Most später für Hasselmann Partei ergriffen, sei ja ganz selbstverständlich, wenngleich er nachher versucht habe, in dieser Beziehung eine etwas andere Haltung einzunehmen. In No. 32 d. J. nehme M. weiter entschieden Stellung gegen die sozialistische Arbeiterpartei, in No. 19 desgleichen. Es werde hier die Partei in gröblichster Weise verdächtigt. No. 32 behandele die Geschichte der Partei während der letzten zwei Jahre. In einem mit Carolus unterzeichneten Artikel an der Spitze dieser Nummer wird ausgeführt, dass die deutsche Sozialdemokratie bis zu dem Tage des Hödel-Attentats stark und mächtig und in Ehren dagestanden habe. Mit diesem Tage, welcher eine, wenn auch misslungene Tat, so doch »eine Tat« gesehen, sei die Sache der Revolution günstig gestanden; jetzt sei der Zeitpunkt gekommen gewesen, wo es für die Sozialdemokratie galt, Mut und Festigkeit zu zeigen und der Reaktion die Stirne zu bieten! Statt dessen hätten sich die Vertreter der Partei »bodenlos jämmerlich«, »masslos feige« benommen, hätten »gejammert und gewinselt«, sich als »Memmen und *Jammerknaben*« gezeigt und »durch ihre Schurkenstreiche auf immer den Fluch des Volkes auf sich geladen«. Ein schamloser Verrat sei dem andern gefolgt und durch solch' böse Beispiele auch viele andere wankend geworden. Zwischen diesen Leuten, welche die Gewalttat von sich weisen und »den Mord in jeder Form verabscheuen«, und den wahren Revolutionären müsse das Tafeltuch für immer zerschnitten sein und das Volk müsse sich von solchen Menschen (bezw. den sich mit ihnen solidarisch erklärenden deutschen Sozialisten) abwenden und selbständig vorgehen.

Redner führt hierbei aus, das Verhalten Mosts sei um so verächtlicher, als die preussische Regierung nach Einführung des Sozialistengesetzes die Partei habe nur zu Putschen veranlassen wollen. In Breslau habe ein höherer Militärbeamter ausdrücklich erklärt, dass jeden Tag ein Zusammenstoss zwischen Militär und der Bevölkerung zu erwarten sei. — Es entstehe somit die Frage, ob die Partei sich ein solches Auftreten M.s gefallen lassen wolle. Er habe mehr geschadet, als irgend einer der Gegner. Sein Ausschluss sei deshalb gerechtfertigt; aber es sei nicht zu rechtfertigen, wenn derselbe sich auch auf diejenigen ausdehnen solle, die zu M. gehalten, wie dies in einem der vorliegenden Anträge verlangt werde.

Der nächste Redner erklärt sich für den Antrag, dass der Kongress sich auch gegen die Anhänger Mosts aussprechen müsse. Was Most betreffe, so verdiene sein verlogenes, unehrliches Verhalten schärfsten Tadel. Wenn er z. B. Liebknecht wegen dessen Rede im Reichstage angreife, so wolle Redner nur konstatieren, dass Most diejenigen Stellen aus dem Zusammenhange reisse, die zur Verdrehung des Sachverhaltes geeignet seien. Most selbst sei charakterlos und schwankend, das rechtfertige ihn aber nicht. Er greife die sozialistische Arbeiterpartei an, nehme aber von Mitgliedern derselben keine Rechtfertigung auf, wie

dies bezüglich einer Denkschrift nachgewiesen werden könne, die zur Veröffentlichung an die »Freiheit« eingeschickt worden sei, aber ganz einfach zurückgewiesen wurde. —

Ein anderer Redner ist dafür, dass die Partei öffentlich erkläre, mit Most weiter nichts zu tun haben zu wollen. Wenn von Most der Vorwurf der Feigheit gegen die sozialdemokratischen Reichtagsabgeordneten, namentlich gegen Liebknecht erhoben werde, so müsse ein solches Verfahren entschieden verurteilt werden. Die Situation sei eine sehr schwierige und die Reichtagsabgeordneten hätten eine schwere Verantwortung. Wenn auch keiner sich gegen eine gewaltsame Umwälzung erklären würde, wenn sie wirklich eintrete, so könne sie doch nicht gemacht werden, und jedenfalls dürfe nicht dazu die Hand geboten werden das Volk zur Revolution aufzurufen, ehe die Verhältnisse dazu reif seien. —

Seubert (Winterthur) spricht über die Stimmung der Parteigenossen in der Schweiz nach dem Sozialistengesetz. Ein Teil derselben habe eine gewaltsame Erhebung der deutschen Arbeiter erwartet, ein anderer Teil habe sich dafür erklärt, dass die deutschen Sozialisten im geheimen ihre Tätigkeit fortsetzen. Im allgemeinen sei dann das erste Erscheinen der »Freiheit« mit Freuden begrüsst worden. Als in dem Blatte jedoch die allgemein nur als Ehrenmänner bekannten Parteiführer. beschimpft worden seien, habe man dies seitens der grossen Mehrzahl der schweizerischen Arbeiter entschieden gemissbilligt. Man sei zwar nach wie vor für eine radikale Haltung, verdamme jedoch die Schimpfereien Mosts aufs entschiedenste. —

Der folgende Redner rechtfertigt die Ausführungen Liebknechts im Reichstage bei Gelegenheit der Debatte über den Berliner Belagerungszustand. Es würde Wahnsinn gewesen sein, wenn die Reichstagsabgeordneten nach Erlass des Sozialistengesetzes die Parole zum Losschlagen gegeben hätten. Liebknecht habe nie die Partei für eine Reformpartei erklärt; denn dieselbe sei durchaus revolutionär, weil sie eine vollständige Umänderung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse erstrebe. Er habe einfach die organische Reformen anstrebende sozialdemokratische Arbeiterpartei dem umstürzlerischen Charakter der Bismarckschen Blut- und Eisenpolitik — auf staatlichem wie auf wirtschaftlichem Gebiet — gegenübergestellt. Auch habe er nie gesagt, dass man sich unter das Sozialistengesetz »ducken« müsse — das wäre gleichbedeutend mit dem Tod der Partei gewesen. Der Sinn der Rede sei einfach der gewesen, dass die Partei dem Ausnahmegesetz nicht die Gewalt entgegensetzen könne. — Most betreffend, erinnert Redner daran, dass eine als besonders »feig« den jetzigen sozialistischen Führern von Most vorgeworfene Aeusserung sich in der anlässlich des Hödel-Attentats von den damaligen sozialistischen Abgeordneten abgegebene Erklärung finde, welche *auch von Most unterzeichnet* sei. —

Der Pariser Vertreter gibt Aufklärung über das Verhalten Mosts in Paris und Brüsel. Most habe in Brüssel u. a. gesagt, dass deutsche Sozialisten, die er namhaft gemacht, sich mit der »Freiheit« einverstanden erklärt hätten. Most sei ausserdem, als er sich in einer Pariser Versammlung als Revolutionär aufgespielt hatte, in der Debatte wegen seiner Haltung in der »Freiheit« angegriffen und in die Enge getrieben worden. Er habe sich dann heimlich aus der Versammlung entfernt unter dem Vorwande, dass Polizeispitzel daselbst anwesend seien. Trotzdem sei er mit dem von den Pariser Genossen vorher entlarvten Polizeispion Zadeck noch des Nachts 1 Uhr zusammen gewesen. Mosts Auftreten habe die Pariser und Brüsseler Genossen zurückgestossen, und beantrage er in deren Namen, dass der Kongress die Ausschliessung Mosts vornehme. —

Weiter erklärt sich ein Redner entschieden dagegen, dass die Leser der »Freiheit« als Anhänger Mosts betrachtet werden. Wenn dieselben auch Leser der »Freiheit« seien, so seien sie damit doch noch nicht für dessen Handlungen verantwortlich zu machen, und sei es deshalb ungerechtfertigt, deren Ausschluss aus der Partei auszusprechen. —

Der folgende Redner macht darauf aufmerksam, dass in der »Freiheit« nur für den Pressfonds des Blattes, nicht aber für die Gemassregelten in Deutschland gesammelt werde. Im weiteren folgt die Ausführung über den Versuch, den Most gemacht, abzustreiten, dass er bei einem bekannten Genossen bei seiner Ausweisung aus Berlin eine Anleihe gemacht habe. Hierbei habe er auch noch andere ehrenwerte Personen verdächtigt. —

Der letzte Redner rechtfertigt den Bezirk, welcher Most das Geld zu der Reise nach dem angesetzten Kongress gegeben habe. Es sei dies nicht geschehen, weil man mit Most einverstanden, sondern weil man Most habe Gelegenheit geben wollen, sich zu rechtfertigen. —

Es wird Schluss der Debatte angenommen.

Der Correferent erklärt mit Rücksicht auf Mosts Ankündigung einer Broschüre gegen die sozialistische Arbeiterpartei, dass auch er, als er von dem Zerwürfniss zwischen Most und der Partei noch keine Kenntnis hatte und erst eine einzige Nummer der »Freiheit« zu Gesichte bekommen gehabt, sich *bedingungsweise* zustimmend an Most gewendet habe, was dieser voraussichtlich in perfider Weise gegen ihn ausnützen werde. Sodann verliest Redner ein hektographiertes Zirkular, in dem Most noch *vor* Erscheinen des »Sozialdemokrat« gegen denselben in der schmählichsten, verleumderischsten Weise intriguiert, obgleich er vorher selbst ein Zentralorgan gefordert und sich sogar zur Abgabe der Redaction der »Freiheit« an einen deutschen Genossen bereit erklärt hatte. Redner geht dann auf die Haltung des letzteren Blattes ein und weist darauf hin, dass Most sich noch später brieflich wiederholt im wesentlichen mit dem »Sozialdemokrat« als im Einverständnis befindlich ausgesprochen habe, und das zu einer Zeit, wo der »Sozialdemokrat« sogar vielen deutschen Genossen noch zu »zahm« gewesen sei. (Die Briefe sind vom 11. Oktober und 12. November 1879.)

Aus diesen Widersprüchen gehe unzweifelhaft die Charakterlosigkeit und Unzuverlässigkeit Mosts hervor. Redner schildert im weiteren das Verhalten des letzteren bei seiner Anwesenheit in der Schweiz und die überaus klägliche Rolle, die dieser namentlich in einer öffentlichen Versammlung in Zürich gespielt habe, wo er klein beigab, um sofort nach seiner Rückkehr nach London die alte Rolle des Krakehlers ärger als je zuvor wieder aufzunehmen. Er sei dabei ebenso leichtsinnig wie gewissenlos verfahren, indem er sich, trotz zahlreicher Warnungen, mit dem Polizeispion Zadeck eingelassen und verschiedene Parteigenossen mit demselben in Verbindung und somit zur Kenntnis der Polizei gebracht habe. Schliesslich führt Redner aus, dass Most gar nicht mehr als Sozialist betrachtet werden könne. Er sei höchstens Blanquist und zwar im schlimmsten Sinne des Wortes, der keinen anderen Zweck als zweck- und kopflose Revolutionsmacherei verfolge. Es sei deshalb notwendig, dass der Kongress sich entschieden gegen Most erkläre und ihn aus der Partei ausschliesse. —

Es tritt Schluss der Debatte ein und erfolgt die Verlesung des folgenden Antrages, welchen sechs Genossen unterschrieben haben:

»In Erwägung, dass Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst noch unter dem Sozialistengesetz ver-

tretenen Grundsätzen der Partei gesetzt hat und nur noch den Einflüssen seiner häufig wechselnden Laune folgt;

In fernerer Erwägung, dass Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie von welcher Seite sie wolle, gemacht hat und notorischen Polizeiagenten trotz erteilter Warnung Vorschub leistete, nur weil sie auf die sogenannten Parteiführer schimpften:

In schliesslicher Erwägung, dass Most Handlungen begangen hat, die allen Gesetzen der Ehrenhaftigkeit widersprechen,

Erklärt der Kongress, dass er jede Solidarität mit Johann Most zurückweist und ihn als aus der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschieden betrachtet.»

Es erfolgt die Abstimmung und wird der Antrag mit *allen* gegen *zwei* Stimmen angenommen. —

Hierauf erfolgte die Berichterstattung der Wahlprüfungskommission über die Wahl eines Ehrengerichts in Sachen Rackows und Auers.

Auf Vorschlag eines Vertreters bestimmt der Kongress sodann, dass wenn einer der Gewählten etwa verhindert sei, den Sitzungen der Kommission beizuwohnen, dann derjenige der Nichtgewählten, welcher die grösste Stimmenzahl erhalten, als Stellvertreter einberufen werden soll.

Hierauf wurden die Kongresssitzungen von 7 bis ½9 Uhr vertagt.

Fünfte Sitzung. Sonntag, 22. August, abends 8½ Uhr.

Zunächst kommt die Angelegenheit *Körner-Finn* zur Sprache. Der Antrag, über diese Affäre ohne weiteres zur Tagesordnung überzugehen, wird unter lebhaften Zustimmungsäusserungen ohne jede Debatte angenommen. —

Es folgt sodann eine längere Beratung über die Situation des Kongresses, nach deren Beendigung man zum Bericht über das *Verhalten* der Abgeordeneten im *Reichstag* übergeht.

Der Referent bezieht sich auf den vor einiger Zeit veröffentlichten Reichstagsbericht und fügt demselben Aufklärungen über Missverständnisse, welche in der Partei bemerkbar wurden, hinzu. Man habe das Wort »Revolution« missverstanden und den sozialistischen Abgeordneten zum Vorwurf gemacht, sie seien nicht revolutionär. Es sei jeder Sozialist ein Revolutionär, aber man dürfe unter Revolution nicht blos die Gewaltäusserung sehen. Die Partei hat unter dem Sozialistengesetz ihren Charakter und ihre Selbständigkeit gewahrt; es ist ihren Vertretern keine Prinzipienverletzung vorzuwerfen. Unter der Attentatsaufregung musste man aus taktischen Gründen vorsichtig vorgehen. Die Partei hatte gar nicht die Möglichkeit, der Regierung gewaltsam die Spitze zu bieten. Daran ändern die sogenannten Anarchisten und die Nihilisten nichts, welche darüber Vorwürfe erheben. Die Zustände in Russland seien in ganz anderen Verhältnissen begründet und die Taktik der Verzweiflung, wie sie die Nihilisten üben, tauge für Deutschland nicht. Als das Nobiling-Attentat geschehen, musste der Partei daran liegen, die Verleumdung, Nobiling gehöre zur Partei, zu widerlegen. Die seither beobachtete Taktik hat sich bewährt und Bismarck besorgt mit seinen Steuerprojekten und der ganzen Art seiner Politik unterdes die Agitationsarbeit der Sozialisten. Revolutionäre Beschlüsse fassen, ohne sie auszuführen, sei eine Kinderei. deren wir uns nicht schuldig machen durften. Dass wir das Militärgesetz, das Tabaksmonopol etc. Bismarck verweigern, und gegen alle neuen Steuern kämpfen, ist selbstverständlich. Wenn ein einzelner Zeitungsartikel im Parteiblatte sich für das Monopol erklärt, so sei

das die Anschauung eines einzelnen, und sei es unnütz, daraus Kapital zu schlagen. Die Abgeordneten haben das Mandat vielfach zu agitatorischen Zwecken benützt, was gerade jetzt, nachdem Versammlungen, Vereine und Parteipresse verboten sind, von um so höherem Werte ist. Nachdem das Attentatsfieber sich gelegt und die Stimmung umgeschlagen ist, ist die Zeit gekommen, wo die Partei wieder mehr positiv vorgehen kann und muss. Bisher galt es, zu retten und zu sammeln; jetzt wird man mehr agitatorisch auftreten. Der notwendige »Rückzug« beim Eintritt des Sozialistengesetzes war nicht ein »Rückzug« im Sinne der Preisgabe von Prinzipien, sondern der durch die Uebermacht der Feinde erzwungene Rückzug in eine gesicherte Position. Der momentane geordnete Rückzug war nötig, denn zum »Losschlagen« war keine Möglichkeit. Damit wolle er nicht den sogen. »gesetzlichen Weg« als unumstössliche Norm bezeichnen. Es ist eine Klugheit der Regierungen, ihn zu ermöglichen. Die deutschen Regierungen haben aber bisher diese Klugheit nicht gezeigt, und wenn es schliesslich einmal zum Aeussersten kommt, wird sich zeigen, wer mehr seine Schuldigkeit tut, die jetzt Angegriffenen, oder die, welche sie angreifen. (Bravo!) —

Es kommen Anträge von Berliner Genossen zur Debatte. Die Parteigenossen, welche dieselben übergeben, verzichten darauf, dieselben zu begründen. Der hierher gehörige Teil dieser Anträge lautet:

»Den sozialdemokratischen Abgeordneten ist über ihr Verhalten im deutschen Reichstag ein *Misstrauensvotum* zu erteilen.

Gründe:

a) *Kaysers* Eintreten für die Schutzzölle,

b) *Bebels* Appell an den »Patriotismus« der Genossen, sowie seine »Erwartung«, dass dieselben sicher auch die »Feinde« aus dem Lande schlagen würden,

c) *Hasenclevers* Protest gegen die Erklärungen Hasselmanns im Reichstage,

d) *Liebknechts* Erklärungen, welche den persönlichen Streit unter den Abgeordneten entfacht haben.« —

Der erste Redner hierzu führt aus: Die Abgeordneten haben nicht gegen das Prinzip gesündigt, aber sie haben zum Teil einen Ton angeschlagen, der zu missbilligen sei, weil er zu sehr von persönlicher Rücksicht für die Gegner zeuge. Redner zitiert eine Stelle aus einer Rede Fritzsches. —

Hiergegen wird von verschiedenen Seiten angeführt, Fritzsche habe in *jeder* Rede den prinzipiellen Standpunkt gewahrt. — Auch hat Kayser im Reichstag keinen Verstoss gegen das Prinzip begangen und verdiene kein Misstrauensvotum. — Ein anderer Redner führt aus: Hasselmann gelangte nur durch die Nachsicht der sozialistischen Fraktion dazu, seine letzte Brandrede zu halten. Er sprach darin direkt gegen die Partei-Interessen, seine anarchistischen Aeusserungen waren gegen die Partei gerichtet, und daher musste er desavouiert werden. Niemand werde sich durch ein Berliner Misstrauenvotum abhalten lassen, stets denselben Standpunkt gegenüber solchen Vorkommnissen einzunehmen. —

In Bezug auf die angegriffenen Aeusserungen mehrerer Abgeordneten bezüglich der russischen Nihilisten, führt ein anderer Redner aus: Es könne für keinen denkenden Sozialisten in Deutschland ein Zweifel sein, dass der russische Nihilismus von dem deutschen Sozialismus himmelweit verschieden sei. Die Aeusserung Bebels, dass die Nihilisten sich vorzugsweise aus den Gesellschaftskreisen des Herrn v. Kardorf rekrutierten, habe nach Angabe Züricher Genossen in Nihilistenkreisen

Missfallen erregt, darauf könne aber ein Abgeordneter der sozialistischen Partei in Ausübung seiner Vertreterpflicht nicht Rücksicht nehmen. Wenn einzelne Berliner Genossen kleinliche Anlässe zu Misstrauensvoten benutzen wollen, so beweisen sie nur damit, dass sie einer schon länger geübten Praxis gemäss bei jeder Gelegenheit in der gehässigsten Weise über gewisse Leipziger und Hamburger Parteigenossen herfallen, und sie stellen sich damit auf den Standpunkt Hasselmanns. Obgleich gerade von den Angegriffenen in der energischsten Weise für die Ausgewiesenen eingetreten wurde, hätten sich seit längerer Zeit die Feindseligkeiten eines Teils der Ausgewiesenen gemehrt. Es sei jedenfalls sonderbar, dass Berliner Parteigenossen so bereitwillig mit Misstrauensvoten gegen die Abgeordneten auftreten, sogar Ausschlussanträge stellten, ohne dass sie im Stande wären, die Beschuldigungen zu beweisen, aber für das parteimörderische Treiben der Herren Most und Hasselmann kein Wort des Tadels hätten. Dieses Vorgehen müsse gebrandmarkt und entschieden zurückgewiesen werden, damit man in den bezüglichen Kreisen erfahre, wie der Kongress über sie denke. —

Die Berliner Anträge werden *einstimmig abgelehnt.*

Abgelehnt wurde ferner der Antrag:

»Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag haben die Pflicht, jederzeit in energischer Weise prinzipiell aufzutreten und sich nicht an untergeordneten Fragen zu beteiligen. Die Abgeordneten sind gemäss dem Beschluss des Gothaer Kongresses 1877 verpflichtet, bei allen Abstimmungen einheitlich geschlossen zu stimmen.«

Die Ablehnung wird dadurch motiviert, dass das im Antrag Verlangte ja *selbstverständlich* sei.

Angenommen wird die Resolution:

»Wie die deutsche Sozialdemokratie *allen* Bewegungen, die auf Befreiung der Völker vom sozialen und politischen Druck ausgehen, ihre volle Sympathie entgegenträgt, so tut sie dies selbstverständlich auch den für die Befreiung des russischen Volkes wirkenden sogenannten Nihilisten gegenüber, obwohl sie deren durch die besonderen Verhältnisse Russlands bedingte Taktik für Deutschland nicht geeignet hält.«

Die Sitzung wird nachts 1 Uhr auf morgen früh 8 Uhr vertagt.

Sechste Sitzung. Montag, den 23. August, vormittags 8 Uhr.

Bei Verlesung der Präsenzliste ergibt sich, dass 10 Vertreter aus zwingenden Gründen abgereist sind, so dass noch 46 anwesend sind. Es erfolgt zunächst die Verlesung der gestrigen Protokolle. Diese Arbeit nimmt anderthalb Stunden in Anspruch. Nachdem verschiedene Korrekturen zu den Protokollen beantragt und daran vorgenommen wurden, werden die drei Protokolle genehmigt. —

Es stehen zur Debatte die *Organisations-* und *Partei-Steuerfrage.* Zu dieser liegen eine lange Reihe von Anträgen vor, die wir aus taktischen Gründen nur teilweise veröffentlichen können.

Unter anderen beantragen Zürcher Genossen:

»Zur Herstellung einer regelmässigen Verbindung der Sozalisten und Sozialistenvereine des Auslandes unter sich und mit der Partei in Deutschland, sowie zur Pflege des Verkehrs zwischen letzterer und den Bruderparteien des Auslandes, wird eine *Verkehrsstelle* ausserhalb

Deutschlands geschaffen, welche den Verkehr zwischen den einzelnen Vereinen zu vermitteln, alle Beschwerden, Anträge etc. entgegenzunehmen und in geeigneter Weise zu erledigen hat.«

Weiter wird beantragt:

»In der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre soll ein Parteikongress stattfinden. Die Form der Einberufung steht den autorisierten Personen zu.«

Diese, sowie noch eine Anzahl anderer Anträge in ähnlicher Richtung, rufen eine lange und sehr lebhafte Debatte hervor, an welcher sich eine grosse Zahl Redner beteiligt. Das Endresultat ist, dass eine Reihe von auf die Organisation der Partei bezüglichen Anträgen die fast einstimmige Zustimmung des Kongresses erhalten. Ferner wird angenommen der angeführte Antrag der Züricher Genossen, betreffend eine Verkehrsstelle für die auswärtigen Sozialisten. Annahme findet auch der Antrag in Bezug auf die Abhaltung von Kongressen.

Ferner wird *einstimmig* beschlossen, dass der in Zürich erscheinende *»Sozialdemokrat« das einzige offizielle Organ* der Partei sei.

Schluss der Sitzung $^3/_4$1 Uhr. Wiederaufnahme derselben um 2 Uhr.

Siebente (Schluss-) Sitzung. Montag, den 23. August, nachmittags 2 Uhr.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr und verliest die Präsenzliste, sowie eine Reihe eingegangener Anträge, die sich auf die Presse beziehen. —

Die Debatte über die *Presse* und die betreffenden Anträge wird eröffnet.

Ein Redner spricht sich gegen Gründung neuer Pressorgane aus. —

Der folgende Redner hält es nach den gefassten Beschlüssen für notwendig, der Affäre Most und Hasselmann im »Sozialdemokrat« so wenig wie möglich zu erwähnen. Ausserdem wünscht Redner, dass der »Sozialdemokrat« jetzt auch im vollsten Sinne des Wortes Parteiorgan werde und deshalb auch jedem Genossen zu prinzipiellen Erörterungen freigegeben werde.

Ein in der Schweiz lebender Genosse führt aus, dass der »Sozialdemokrat« populärer in der Schreibweise werden müsse, dann würden manche Klagen darüber, dass das Blatt nicht radikal genug sei, verstummen. Er befürworte deshalb, dass der Redakteur des »Sozialdemokrat« in diesem Sinne tätig sei. Die persönliche Polemik könne nicht ganz aus dem Blatte verbannt bleiben. Es handle sich dabei oft um wichtige Parteiangelegenheiten. Es sei freilich notwendig, die Polemik möglichst zu beschränken. —

Es erfolgt hierauf der Bericht über den *Stand des »Sozialdemokrat«*. Aus demselben geht hervor, dass die Zahl der Leser desselben, trotz der ganz aussergewöhnlichen Schwierigkeiten, welche sich der Verbreitung des Blattes entgegenstellen, stetig steige. Besonders im letzten Quartal ist ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen, was mit darauf zurückzuführen ist, dass die Genossen in dem Minenkrieg gegen die Polizei immer gewandter und erfahrener werden. Bei den ausserordentlich hohen Kosten, welche die sichere Spedierung des Blattes nach Deutschland verursacht, macht das Blatt heute noch ein Defizit, doch ist gegründete Hoffnung vorhanden, dass dasselbe bald verschwinden werde und werden die Genossen deshalb zur Erreichung dieses Zieles aufgefordert, in energischer Weise für die Verbreitung des Blattes einzutreten. —

Die nun folgenden Redner ergehen sich über die Haltung des Blattes, wobei man im grossen und ganzen seine Zustimmung ausspricht. Ein von Berliner Genossen eingesandter Protest gegen die Redaktion des »Sozialdemokrat« wird dadurch erledigt, dass die Redaktion nachweist, dass sie einer von Berlinern eingesandten Solidaritätserklärung mit Hasselmann nicht eigenmächtig, sondern erst nach Rücksprache mit einer Anzahl namhafter Genossen, die Aufnahme in das Blatt verweigert hat. Beschlossen wird, der Redaktion zu empfehlen, für die in dem Blatt zu führende persönliche Polemik eine eigene Rubrik auf der letzten Seite des Blattes einzurichten. —

Ein Redner spricht sich dagegen aus, dass bereits durch Flugblatt zur Kenntnis der Parteigenossen gekommene Artikel im »Sozialdemokrat« noch einmal zum Abdruck kommen. Mit Bezug auf den Ton des Blattes müsse doch bemerkt werden, dass der Ton, der bei Most gewöhnlich sei, dem »Sozialdemokrat« nicht zugestanden werden dürfe. —

Der Vorsitzende bringt einen Antrag wegen Gründung eines Parteiarchivs in der Schweiz zur Verlesung und wird derselbe vom Kongress im Prinzip angenommen. —

Hierauf kommen mehrere Anträge bezüglich der Herausgabe von *Flugblättern* zur Mitteilung, über die ohne Debatte zur Abstimmung geschritten wird. Dieselbe ergibt, dass sämtliche auf die Herstellung von Flugblättern etc. bezüglichen Wünsche und Anträge zur Berücksichtigung empfohlen werden.

Weiter gelangt folgender Antrag zur Annahme:

»Der Kongress erklärt, dass die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland durchaus nicht geeignet sind, neue Zeitungen für die sozialdemokratische Partei zu gründen und beaufragt die Parteivertretung, jedem derartigen Projekt entschieden entgegenzuarbeiten.«

Ausserdem wird noch ein Antrag angenommen, für den Wahlkreis Barmen-Elberfeld ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Angelegenheit Hasselmann klar gestellt wird. —

Hiermit sind die die Presse betreffenden Anträge erledigt und wird zur Verhandlung über die Reichstagswahlen übergegangen. —

Betreffs der Stellung, welche die Partei zu den *Wahlen* einzunehmen hat, wird folgender Antrag *einstimmig* angenommen:

»Die anwesenden Verteter der sozial-demokratischen Arbeiterpartei deutscher Zunge empfehlen ihren deutschen Parteigenossen, sich mit allen Kräften an den stattfindenden Wahlen für Reichstag, Landtag und Kommune zu beteiligen und zwar aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten.

Insbesondere empfehlen sie den Parteigenossen in Deutschland die allgemeinste und energischste Tätigkeit für die im Jahre 1881 stattfindenden allgemeinen Reichstagswahlen und zu diesem Zwecke die Vornahme folgender Schritte:

1. Aufnahme der Agitation in den einzelnen Wahlkreisen und feste Organisierung in jeder geeigneten Weise.

2. Vornahme regelmässiger Geldsammlungen.

3. In allen Wahlkreisen ohne Rücksicht auf die Zahl der Gesinnungsgenossen selbständig vorzugehen und eigene Kandidaten aufzustellen. Für den Fall von Stichwahlen empfehlen die Anwesenden den deutschen Parteigenossen im allgemeinen Wahlenthaltung.«

Ausser den von der Partei bereits eroberten Wahlkreisen werden 21 weitere Kreise als *offizielle* erklärt.

Angenommen wird ferner als selbstverständlich der Antrag, dass in Zukunft Wahlflugblätter und sonstige mündliche und schriftliche Veröffentlichungen der Kandidaten und der Wahlausschüsse unter keinen Umständen dem Programm widersprechen dürfen.

Weiter wird nachstehender Antrag *einstimmig* angenommen:

»Der Kongress deutscher Sozialisten, in Erwägung, dass die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der vereinigten Proletarier aller Länder sein muss und dass die deutsche Sozialdemokratie von jeher ihren internationalen Charakter betont hat, stimmt dem Vorschlag der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei auf Einberufung eines sozialistischen *Weltkongresses* mit voller Sympathie zu und beauftragt die Parteivertretung, den Kongress mit zwei Vertretern zu beschicken.«

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Genosse *Seubert* aus Winterthur spricht dem Kongress noch die Sympathien der deutschen Genossen in der Schweiz aus und stellt finanzielle Unterstützungen bei den Wahlen etc. in Aussicht. —

Nach einer die Bedeutung des Kongresses würdigenden und den Ernst des Augenblicks betonenden, zugleich aber zu erneuter, vermehrter Tätigkeit im Sinne der gefassten Beschlüsse aufmunternden Ansprache des Präsidenten wird der Kongress ½8 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie und dem Gesang der Marseillaise *geschlossen.* —

Erklärung.

In dem Bericht über den Wydener Kongress ist gelegentlich der Mitteilung des »Protestes der Berliner Ausgewiesenen von Hamburg und Umgegend« bemerkt, dass die Herren Körner und Finn diesen veranlasst hätten. Herr Emmerich, ehemals Redakteur der »Berliner Freien Presse« und Ausgewiesener, erklärt mir nun, dass die Herren Körner und Finn jenem Aktenstück fern ständen, dasselbe vielmehr von Herrn Wolff in Hamburg, jetzt in Ottensen — der den österreichischen Parteigenossen sehr wohl bekannt ist, wenn auch keineswegs in angenehmer Erinnerung bei ihnen steht — verfasst worden sei. Die Herren Emmerich, Szymath und Genossen haben dann dieses Aktenstück gelesen und ihre *Zustimmung* dazu gegeben.

Ich halte für notwendig, diese Tatsache zu konstatieren, selbst auf die Gefahr hin, dass man mir nachsagt, ich hätte die Herren Emmerich, Szymath und Genossen »denunzieren« wollen. Ich bin der Ansicht, dass die Herren mit dem Schriftstück, das Herr Wolff in die Hände der Polizei hat fallen lassen, letzterer einen grossen Dienst erwiesen haben und eine »Denunziation« ihrer Personen nur für sie von *Vorteil* sein kann. Zudem soll ja Herr Wolff, wie mir ebenfalls Herr Emmerich mitteilte, die Freundlichkeit haben, das von ihm verfasste Pamphlet im Druck erscheinen zu lassen, wenn dasselbe — wie mittlerweile geschehen — vom Kongress ohne Beachtung bliebe.

Ich habe darauf geantwortet, dass uns das nur angenehm sein könne und uns eine erwünschte Gelegenheit biete, mit dem sauberen Herrn Verfasser und seinen Hintermännern abzurechnen.

Dies zur Aufklärung.

Leipzig, den 4. September 1880.

A. Bebel.

Denkschrift
der sozialdemokratischen Fraktion in der zweiten niederländischen Kammer über das Wahlrecht, die Volksvertretung und das Referendum.

In der zweiten Kammer der niederländischen »Staaten-General« (wörtlich: Ständeversammlung) brachte unterm 4. August 1903 die sozialdemokratische Fraktion, Troelstra und Genossen, einen Gesetzentwurf ein, der darauf abzielte, durch eine grössere Anzahl von Abänderungsanträgen zu den einzelnen Artikeln der Verfassung das allgemeine Wahlrecht sowohl für die Staaten-General, als auch für die Provinzial-Staaten und die Gemeinderäte zur Einführung zu bringen und die Erste Kammer durch die direkte Volksabstimmung (Referendum) zu ersetzen.

Dem Gesetzentwurfe war die unten folgende Denkschrift beigegeben, in der die Antragsteller ihre Stellung zum allgemeinen Wahlrecht, zum Frauenstimmrecht, zur Ersten Kammer und zum Referendum eingehend darlegen.

Denkschrift.

§ 1. Umfang des Gesetzentwurfes.

Der Gesetzentwurf, der hiermit der Volksvertretung zur Beratung vorgelegt wird, umfasst die folgenden Aenderungen in der Verfassung:

I. Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Vertretungskörper im Reiche, Provinz und Gemeinden;

II. Beseitigung aller Hindernisse in der Verfassung, die der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts im Wege stehen;

III. die Freihaltung der Möglichkeit, das Proportionalwahlsystem einzuführen;

IV. Ersetzung der Ersten Kammer durch die Volksabstimmung (das Referendum).

Der § 2 der Denkschrift enthält eine kurze Darlegung der Gründe dafür, dass die Wahlrechtsfrage erneut auf die Tagesordhung gestellt werde, und eine Polemik gegen andere Parteien.

§ 3. Das allgemeine Wahlrecht für die Staaten-General.

Wenn schon Thorbecke*) das allgemeine Wahlrecht in seinen Grundsätzen gutgeheissen und seine zukünftige Einführung in unser Staatsrecht als möglich bezeichnet hat, so hat sich in unseren Tagen auch ausserhalb der Kreise der direkt Interessierten das Rechtsbewusstsein entwickelt, dass jeder mündige Bürger imstande sein muss, mittels des Wahlrechts an der Gesetzgebung Anteil zu nehmen, von der sowohl die allgemeinen Interessen des Volkes oder der Klasse, der er angehört, wie so viele persönliche Interessen der Bürger geregelt werden, und der er verpflichtet ist, sich zu unterwerfen.

Mit der metaphysischen Erklärung des Rechtsbewusstseins, wonach der Mensch schon bei der Geburt und durch die Geburt dieses und andere Rechte empfangen habe, können die Unterzeichneten sich nicht einverstanden erklären. Für sie ist das Recht kein übernatürlicher, ja selbst nicht einmal ein natürlicher, sondern ein gesellschaftlicher Begriff: es ist

*) Bedeutender liberaler niederländischer Staatsmann (1796—1872). Red.

ein Ausdruck des Verhältnisses der Bürger untereinander, und da das Verhältnis sich in den Zeitläuften fortwährend ändert, ist kein absoluter Rechtsbegriff denkbar, der für alle Zeiten und Völker gilt, und muss daher jede Rechtsinstitution ihre Erklärung finden in, und geprüft werden an den internationalen und nationalen Umständen der Zeit und des Volkes, bei dem oder für welches sie besteht oder verlangt wird. Hierbei gibt der Stand der Produktionsweise, die für ihre Entwickelung jedesmal neue Forderungen an die Regelung der Eigentumsverhältnisse und der Teilnahme an der Gesetzgebung stellt und für die Durchführung dieser Forderungen jedesmal neue Teile der Bevölkerung zur politischen Macht ruft, den Ausschlag, und die Aenderungen der Rechtsgrundsätze, sowie die Eroberung und Ausübung der politischen Macht durch verschiedene Klassen, wie sie geschichtlich wahrzunehmen sind, müssen hauptsächlich durch die Entwickelung der Produktionsweise erklärt werden.

Können Unterzeichnete schon aus diesem Grunde sich nicht einer Anschauung anschliessen, die unsere heutigen Auffassungen betreffs des Wahlrechts ausserhalb der Gesellschaft, in oder gar über die Natur stellt, so können sie auch aus anderen Gründen das Wahlrecht nicht als ein »Geburtsrecht« oder als ein für alle Zeiten und Völker gültiges »Naturrecht« der Bürger betrachten. Ihr Ausgangspunkt bei der Beurteilung des Rechts ist nicht das mit vorausgesetzten souveränen Rechten bewaffnete und deren Erfüllung fordernde Individuum, sondern die gesellschaftliche Klasse, von der das Individuum einen Teil ausmacht. Könnte man jetzt schon von einer wirklichen »Volksgemeinschaft« sprechen, von einem allumfassenden, allgemeinen oder Volksinteresse, so würden die Unterzeichneten das allgemeine Interesse massgebend sein lassen für das Wahlrecht der Individuen, wobei dann natürlich nicht vergessen werden würde, dass dem allgemeinen Interesse nie gedient werden kann mit einer Regelung, die bei einer grossen Anzahl Individuen in zunehmendem Maasse das Gefühl der Zurücksetzung und Verwahrlosung erwecken muss.

Aber die Einheit des Volkes tritt immer mehr in den Hintergrund im Angesicht des tiefgehenden Konflikts der Klassen und des sich beständig verschärfenden Klassenkampfes, die auch in Niederland wahrzunehmen sind. Hier kommen wir zu den internationalen und nationalen Verhältnissen, die mit der Entwickelung der Produktionsweise zusammenhängen und die nach der Meinung der Unterzeichneten auch für unser Volk behufs Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse und im Interesse seines organischen Wachstums in der Richtung der im Anzuge befindlichen neuen Gesellschaft die Einführung des allgemeinen Wahlrechts wünschenswert machen.

Das Aufkommen der Grossindustrie und ihre zunehmende Ausbreitung hat zu den Klassen des Grundadels, der Geldbesitzer und des erwerbstätigen Bürgerstandes, die schon im 18. Jahrhundert gegeneinander um die politische Macht stritten, eine neue Klasse hinzugefügt, die der Lohnarbeiter, welche sich in Fachvereinen gegen die Leiter der Industrie und in eine selbständige Arbeiterpartei gegen die Parteien der bürgerlichen Klassen, in deren Eigenschaft als Besitzer und Beherrscher der politischen Macht, organisiert haben. Das Streben dieser Klasse kann gekennzeichnet werden als: Für die Gegenwart: Eroberung und Gebrauchmachung von allen politischen Rechten zur Verbesserung ihrer ökonomischen Lage, zur Hebung ihres moralischen und geistigen Niveaus, zur Stärkung ihres Einflusses auf die Arbeitsregelung und die Staatsregierung, und für die Zukunft: Eroberung der politischen Macht, um alle Hindernisse zu beseitigen und alle notwendigen juristischen Vorbedingungen zu schaffen für die gesellschaftliche Produktionsweise, die industrielle Demokratie.

Während auf seiten der Befürworter der politischen Demokratie über das letztere (das Endziel der Arbeiterpartei) verschieden gedacht wird, wird die Notwendigkeit des ersteren (der direkten Forderungen) von allen Demokraten anerkannt und das allgemeine Wahlrecht als dazu nötig angesehen. Und das mit Recht. Die Erfahrung hat gelehrt, dass Gesetzgebung und Staatsverwaltung in Händen von bestimmten Klassen immer ein Mittel sind, um entweder ihr Klasseninteresse zu fördern oder den »allgemeinen Interessen« so zu dienen, wie es für die herrschende Klasse am zweckmässigsten ist. Hieran ist, so lange es nun einmal Klassen mit entgegengesetzten Interessen gibt, nichts zu ändern.

Einige Widersacher haben versucht, aus dieser Tatsache eine Waffe gegen das allgemeine Wahlrecht zu schmieden. Sie argumentieren also: Die Arbeiter bilden die zahlreichste Klasse; gibt man einem jeden von ihnen das Wahlrecht, dann werden sie die anderen Klassen überflügeln, und es tritt an die Stelle der ungerechten Bevorzugung des Besitzes die der Arbeit.

Diejenigen, welche so sprechen, stellen sich also, gerade wie die Unterzeichneten, auf den Standpunkt des Klassenkampfes, mit dem Unterschiede, dass sie ein eventuelles Unrecht gegen die besitzende Klasse in der Zukunft verhindern wollen, während die Unterzeichneten ein bestehendes Unrecht gegen die Arbeiter in der Gegenwart beseitigen wollen.

Wir sind damit in die Nähe der Auffassung in Sachen des Wahlrechts gekommen, die, um ein sicheres Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Ständen zustande zu bringen, nicht allen Individuen, sondern den verschiedenen Klassen das Wahlrecht gegeben wissen will. Dies würde ja die allgemeine praktische Ausführung des Gedankenganges sein müssen, dem die Behauptung zu Grunde liegt, dass die Arbeiterklasse zu mächtig würde, wenn sie das Wahlrecht auf derselben Grundlage wie die anderen Klassen bekäme.

In unserer Zeit jedoch, wo die »Stände« im Sinne gesellschaftlicher Gruppen, die durch das Gesetz mit verschiedenen Rechten und Aufgaben betraut sind, schon längst verschwunden sind und die Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetze als unerlässliche Vorbedingung einer jeden staatlichen Regelung betrachtet wird, muss diese Auffassung als veraltet und unausführbar betrachtet werden. Aber sie ist ausserdem auch verwerflich, da sie, die den Kampf der Klassen anerkennt, ihn in einem gegebenen Augenblick staatlicher Regelung in Fesseln legen, ihm ein »bis hierher und nicht weiter« zurufen und auch für die Zukunft ein Gleichgewicht dekretieren will zwischen gesellschaftlichen Kräften, die nicht vom Gesetz, sondern vom Leben selbst ihr Dasein, ihren Einfluss, ihre Interessen und ihre Zukunft empfangen.

Eins von beiden: Entweder werden die Arbeiter — wie die Gegner des allgemeinen Wahlrechts scheinbar annehmen — auf die Dauer allesamt die Wahlrechtswaffe gebrauchen zur Förderung des Interesses ihrer Klasse und gegen das der anderen Klassen, oder sie werden, wie das bisher in allen Ländern mit allgemeinem Wahlrecht der Fall war, sich zersplittern in verschiedene Parteien, einander neutralisieren und nur eine Minderheit ins Parlament senden, um dort ihre Klassenpolitik zu führen.

Im letzteren Falle ist es vom Standpunkt dieser Gegner überflüssig, die Arbeiterklasse bei der Zuerkennung des Wahlrechts mit einem anderen Massstabe zu messen, wie die übrigen Klassen; im ersteren Falle ist es eine nutzlose und gefährliche Massregel, da eine Arbeiterklasse, die ein solch starkes Klassenbewusstsein hat, wie hier angenommen wird, sich entweder ihre politischen Rechte nicht vorenthalten lassen

oder auf anderem Wege, z. B. durch den Gebrauch ihrer ökonomischen Waffe, den Streik, danach trachten wird, am politischen Kampfe teilzunehmen. Wie gefährlich das ist, sowohl für die Arbeiter, als auch für die Gesellschaft, wenn erstere durch das Fehlen politischer Rechte gezwungen werden, ihre ökonomische Waffe zu gebrauchen, hat die jüngste Aprilbewegung deutlich bewiesen. Jeder Versuch, die Arbeiter zu verhindern, sich in derselben Weise wie die Mitglieder der anderen Klassen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung zur Geltung zu bringen, wird auf die Dauer zurückprallen auf die politische Entwickelung des Volkes, die dergleichen Ausnahmemassregeln überflüssig macht, so lange die Arbeiterklasse noch keine politische Einheit ist, und ihr den regelmässigen Weg abschneidet, sobald sie sich als solche organisiert hat.

Ausserdem sind die Unterzeichneten der Meinung, dass diejenigen, welche die politische Uebermacht der Arbeiterklasse für die Zukunft fürchten, sich von der historischen Aufgabe und dem damit zusammenhängenden politischen Streben dieser Klasse eine falsche Vorstellung machen. Als seinerzeit der »dritte Stand« in Frankreich und anderwärts die politische Leitung der Angelegenheit von den damals herrschenden Klassen, dem Adel und der Geistlichkeit, übernahm, hat er allerlei Hindernisse für die freie Entwickelung auf gesellschaftlichem, industriellem, internationalem und intellektuellem Gebiete wegräumen müssen, weil sein Interesse das verlangte. Aber hierdurch veränderte er gleichzeitig den ganzen Charakter des Zusammenlebens, drückte er auf alle gesellschaftlichen, politischen und juristischen Verhältnisse den Stempel einer neuen, höheren Periode und war also die Kraft, welche die Menschheit auf eine höhere Stufe der Entwickelung führte.

Bis jetzt hat die Bürgerklasse, auch bei uns, die ihr eigentümlichen Klasseninteressen vollständig wahrnehmen können. Jeder empfindet aber, dass die Zeit vorüber ist, wo sie die Trägerin der Interessen und Ideen war, welche die Welt weiter bringen müssen; das Neue, was sie auf gesetzgebendem Gebiete zustande bringt, macht sie nicht aus eigenem Antrieb und Prinzip, sondern unter dem Einfluss der Arbeiterklasse, deren Forderungen sie nicht ganz ungehört lassen kann. Auf der anderen Seite sieht man sie mehr und mehr Zugeständnisse machen an die Forderungen der Klasse, die sie einstmals überwunden hatte, mit der sie sich jedoch teilweise wieder verschmolzen hat: dem grundbesitzenden Adel, neben dem sich, als noch mächtigere Gruppe, eine andere Monopolistenklasse gebildet hat: das industrielle Grosskapital. Daher der Rückgang der liberalen Partei, die einstmals der reinste politische Ausdruck des aufkommenden Bürgertums war, und das Pendeln aller Regierungen zwischen Protektionswirtschaft und Arbeitsgesetzgebung, zwischen Klerikalismus und Sozialismus.

Obwohl dieser Zwitterzustand geraume Zeit standhalten kann, weil Teile des Kleinbürgertums, der Bauern und Arbeiter sich zeitweise den herrschenden Parteien anschliessen, so kann er doch nicht von Dauer sein. Ueberall sehen wir die moderne Arbeiterbewegung, die auf politischem Gebiete als Sozialdemokratie auftritt, zunehmen an Einfluss und Grösse. Sie ist nicht allein die Schule der Arbeiterklasse, worin diese lernt, ihre Prinzipien und Ideale in die Wirklichkeit umzusetzen, sondern sie bildet auch die Organe, aus denen sie in der Zukunft weiter wachsen wird, die intellektuellen Kräfte, die sie für die Entwickelung ihres Programms nötig hat; sie macht die Arbeiterklasse reif für die Aufgabe, die ihrer wartet. Man hat es hier nicht nur mit dem Streben einer Klasse zu tun, sich materiell, geistig und gesellschaftlich zu heben oder zu emanzipieren, man hat hierin ein Stück Wachstum der Menschheit zu erblicken.

Und eines der unentbehrlichsten Hilfsmittel, um alle Arbeiter in den Prozess der politischen Entwickelung hineinzuziehen, der einen so belangreichen Teil dieses Stückes Wachstum ausmacht, ist das allgemeine Wahlrecht. Das allgemeine Wahlrecht ist die unentbehrliche Bedingung, um es zu erreichen, dass die Arbeiterklasse in dem Masse, in dem sie an Einfluss und Macht gewinnt, auch verstehen wird, sie mit Verstand und Urteil zu gebrauchen, mit einem weiten Blick für die Bedürfnisse der Gesellschaft, entsprechend den Notwendigkeiten, Forderungen und Möglichkeiten der ökonomischen Entwickelung einer Epoche, worin sie allein oder mit anderen Klassen zur Führung berufen wird. In diesem Sinne hatte Herr de Savornin-Lohmann vollkommen recht, als er bei der Debatte über die Antworts-Adresse auf die Thronrede in der Zweiten Kammer am 29. September 1885 den folgenden Vorwurf gegen die liberale Partei richtete: »Sie, die es selbst empfunden haben, dass das Volk, wo seine Interessen in Frage kommen, mitsprechen muss, haben nie das Einsehen besessen, dass eine Zeit kommen würde, wo dasselbe Recht von anderen Kreisen gefordert wird, als von denen, die jetzt zum Regieren berufen sind. Und wenn die Zeit da ist, müssen die Kreise gelernt haben, an der Regierung teilzunehmen. Der Fehler des vorigen Jahrhunderts, als der tiers état zur Regierung zugelassen wurde, liegt nicht an der Zulassung, sondern darin, dass man den tiers état nicht beizeiten gelehrt hatte, an der Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen.« (Verhandlungen 1885-1886, Seite 59.)

Wenn die Auffassung richtig ist, dass die ökonomische Entwickelung die Ablösung des kapitalistischen Systems nötig oder wenigstens möglich und erwünscht macht, so wird die für die Ablösung nötige Aenderung des Regierungssystems, des Eigentumsrechts, der Staatsaufgaben u. s. w., stattfinden müssen unter der Leitung der Arbeiterklasse, die durch die Aenderung des Systems Anteil an den in gesellschaftliche Verwaltung gebrachten Produktionsmitteln bekommen, damit aus dem Dienste einer Klasse, der Unternehmer, in den der Gesellschaft, und so in den eigenen Dienst übergehen soll. Das Ergebnis dieser Aenderung wird sein, dass der Klassenunterschied von heute, mit seiner notwendigen Folge, dem Klassenkampfe, wegfällt, wodurch der Grundstein gelegt wird für eine Zeitperiode höheren Wohlstandes, höherer Sittlichkeit und höheren Rechts, was der ganzen Menschheit zu gute kommt.

Von diesem Standpunkte aus ist die Einführung des allgemeinen Wahlrechts eine Forderung des gesellschaftlichen Interesses, da es die Arbeiter zu jenem öffentlichen Sinn und jener Verantwortlichkeit erzieht, die eine Klasse, welche so grosse Aufgaben zu erfüllen hat, im Interesse der Gemeinschaft nicht entbehren kann. Diejenigen, die diesen Ausblick auf ein neues gesellschaftliches System als eine Utopie betrachten und der Meinung sind, dass die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung sei, bestimmt, zu verschwinden, bevor ihre Ideale verwirklicht sind — diejenigen, welche glauben, dass die Mehrheit des Volkes vor den Konsequenzen der zunehmenden Organisation auf dem Gebiete der Produktion zurückschrecken werden — werden immerhin nicht bestreiten können, dass die »soziale Frage«, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, die Regelung der Arbeitsbedingungen, das Los der arbeitenden Klasse, die Politik immer mehr beherrscht und dass die Arbeiter alle Ursache haben, zu verlangen, dass sie bei der Regelung dieser Angelegenheit auch ihre Stimme in die Wagschale legen dürfen. Dieses Recht leiten sie nicht nur allein von der Tatsache ab, dass es in allererster Linie *ihre* Interessen sind, die das Gesetz regeln soll, sondern auch von der Entwickelung des Organisationswesens in ihren Reihen, durch welche

sie bewiesen haben, dass sie sehr wohl imstande sind, ihre Interessen zu beurteilen und zu fördern, getragen von dem Gedanken der Solidarität, die man in anderen Kreisen oftmals vergebens sucht, und in ihren eigenen Kreisen über genügende intellektuelle Kraft und politische Einsicht verfügen, um ebenso gut als mündige Bürger anerkannt zu werden, wie die anderen Gruppen des Volkes. Auch unter den christlichen Arbeitern ist seit einigen Jahren die Einsicht lebendig geworden, dass gegenüber der ökonomischen Pflicht des Arbeiters als Produzent doch mindestens die Anerkennung seines politischen Rechts als Bürger stehen müsse, aus welchen Gründen auf der Jahresversammlung des Patrimoniums im Jahre 1900 durch den Herrn Talma unter allgemeiner Zustimmung das »Arbeiterwahlrecht« verteidigt wurde. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als die soziale Gesetzgebung den Arbeitern nicht bloss neue Rechte oder Vorteile gibt, sondern ihnen auch neue Pflichten und Lasten auferlegt. Selbst Massregeln, die zum Ziele haben, ihre Klasse zu heben — wie z. B. die Verkürzung des Arbeitstages, die Beschränkung der Frauenarbeit in bestimmten Fällen, die Schulpflicht u. s. w. — sind für viele von ihnen mit schweren, zeitlichen oder dauernden Opfern verbunden. Erhält man hierdurch ein neues Argument gegen den Standpunkt jener, die zwar die Arbeiter als Klasse, nicht aber jeden Arbeiter als Bürger zur Teilnahme an der Gesetzgebung zulassen wollen, so beweist es aber auch, dass gerade jetzt, wo dergleichen Gesetze fortwährend auf der Tagesordnung stehen, die Frage des Wahlrechts für alle Arbeiter aktuell ist. Das wird um so augenfälliger, wenn man bedenkt, dass auch in unserem Lande der erste Schritt geschehen ist auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, der darin besteht, dass die Arbeiter gesetzlich verpflichtet werden, einen Teil ihres Einkommens zur Hilfe in Fällen von Krankheit, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit u. s. w. stehen zu lassen. Hier wird also durch das Gesetz über einen Teil des Einkommens des Arbeiters verfügt — ganz sicher in seinem eigenen Interesse; aber wenn eine solche Gesetzgebung nicht den Charakter einer unerträglichen staatlichen Bevormundung oder Staatskuratels tragen soll, darf man wohl mindestens die Forderung stellen, dass die Arbeiter selbst mittels des Wahlrechts auf das Zustandekommen solcher Gesetze ihren Einfluss sollen ausüben können.

Gegen das allgemeine Wahlrecht vom Gesichtspunkt des Staatsinteresses können nur diejenigen Bedenken haben, die in die Wahrheit und Kraft ihrer eigenen Grundsätze kein genügendes Vertrauen setzen, um den Kampf mit den Grundsätzen anderer Parteien auf dem Boden vollkommener Gleichheit führen zu können. Wer davon überzeugt ist, dass seine Auffassung über die Staatsverwaltung und die Gesetzgebung am besten übereinstimmt mit den Forderungen und Bedürfnissen der Gesellschaft, der fürchtet nicht den freien Wettbewerb mit anderen Anschauungen, kann den Kampf gegen sie mit den Waffen der Ueberzeugung und der Propaganda führen und weiss, dass der Sieg ihrer entgegengesetzten Ansichten nur vorübergehend sein kann, da er eine Erfahrung liefern muss, die das Volk auf den wahren Weg zurückführen wird.

Will man hiergegen anführen, dass auf diese Weise doch das Volk gefährlichen Experimenten preisgegeben würde (wobei man dann die sozialistischen Theorien im Auge hat), so verweisen die Unterzeichneten auf die Länder, wo das allgemeine Wahlrecht besteht und wo der Beweis geliefert ist, dass neue Richtungen erst einen langen Kampf durchzumachen haben gegen den angeborenen Konservatismus der Massen, bevor ihr Einfluss einige Bedeutung erlangt. So hat die sozialdemo-

kratische Partei in Deutschland unter der Kraft des allgemeinen Wahlrechts 32 Jahre Kampf nötig gehabt, um bei den jüngsten Wahlen etwas über 30 Prozent der abgegebenen Stimmen und etwas über 20 Prozent der Mandate für den Reichstag zu erobern. In unserem Lande, wo dieselbe Partei schon 25 Jahre besteht, hat sie bei den letzten Wahlen ungefähr 40000 Stimmen auf sich vereinigt, vielleicht ein Viertel der Stimmen, welche bei dieser Gelegenheit von allen Arbeitern aufgebracht werden konnten. Wo im Volke ein so zäher Widerstand überwunden werden zu müssen scheint, da braucht die Furcht vor unbesonnener Unterstützung gefährlicher neuer Versuche kein Grund zu sein, dem ganzen Volke das Mittel seiner politischen Emanzipation und Entwickelung vorzuenthalten.

Ausserdem ist es eine Illusion, zu vermeinen, dass die Niederlande durch irgend welches Mittel den Gefahren entgehen könnte, die man vom allgemeinen Wahlrecht erwartet, da sich die Befürchtungen in den uns umgebenden Ländern bewahrheiten müssen, wo das allgemeine Wahlrecht besteht. Dies ist bereits der Fall in Belgien, Frankreich, Deutschland und Dänemark, wo sich die Sozialdemokratie denn auch eines fortdauernden Wachstums erfreuen darf. Glaubt man, dass, wenn in diesen Ländern die Arbeiterpartei triumphierte, in Niederland das bestehende Regierungssystem sollte weiter gehandhabt werden können? Erkläre man lieber auch hier die Arbeiter mündig, damit, wenn die internationale Entwickelung der Arbeiterklasse sie auch hier ans Ruder bringt, unser Land nicht von Unmündigen regiert werde.

Die Unterzeichneten glauben hiermit genügend gezeigt zu haben, weshalb sie die Einführung des allgemeinen Wahlrechts aus Gründen des Staatsinteresses, der gesellschaftlichen Entwickelung und der Gerechtigkeit für notwendig halten. Dass diese Frage zugleich aktuell ist, wurde bereits gezeigt durch den Hinweis auf die Arbeitsgesetzgebung, die seit der Verfassungsänderung von 1887 auf allen Regierungsprogrammen steht, und die ohne die Mitwirkung der Arbeiter selbst des notwendigen Rechtsbodens, sowie der Gewährleistung entbehrt, dass sie den Anforderungen der Praxis genügend entsprechen wird.

Schluss des dritten Paragraphen. (Fortsetzung folgt.)

III. Urkunden des Sozialismus.

Ein Brief Ferdinand Lassalle's über den Geist der Statuten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.

Nachstehenden Brief Lassalles hat Dr. Max Quarck in der »Frankfurter Volksstimme« vom 30. August d. J. zum Abdruck gebracht. Er war an einen rheinischen Arbeiter gerichtet, der schon dem Bund der Kommunisten angehört hatte und offenbar an dem stark autokratischen Charakter der im Entwurf vorliegenden Statuten Anstoss nahm.

»Lieber Röser,

auf Ihre Zuschrift diene zur Antwort

1. dass die Statuten nicht von mir verfasst sind, sondern hier vom Oberbürgerm. Ziegler, ich sie vor dem Druck zwar genehmigt, hier und da abgeändert und vorläufig gebilligt habe, aber selbst am 23t. manche Aenderung noch beantragen werde;
2. dass der Punkt: Präsident und Vorstand müssen entscheiden können, wer Arbeiter ist im Sinne des Vereins, absolut notwendig ist. Sonst wird der Verein sofort von Bourgeois überflutet und es ist ein Bourgeois-Verein unter dem Namen eines Arbeitervereins. Dies muss durchaus vermieden werden, sonst unterbleibt der Verein besser ganz. Es gibt aber nicht leicht ein anderes Mittel, es zu vermeiden, denn objektiv festsetzen: wer Arbeiter ist und wer nicht, wäre sehr schwierig und könnte überdies wieder sehr [Anfang der 2. Briefseite] tüchtige Elemente ausschliessen. (Vielleicht kann man eine Klasse ausserordentl. Mitglieder, ohne Stimmrecht, anlegen. Aber in Bezug auf die ordentlichen muss es immer bei der Bestimmung bleiben.) Darüber bin ich sowohl wie Rodbertus ganz fest entschlossen. Sonst arbeiten wir nur den Gegnern in die Hände.
3. Die Dauer des Präsidiums betrachte ich als offene Frage, ebenso gut 5, wie 4 oder drei Jahre. Obschon ich nicht glaube, dass man zu 3 Jahren leicht einen sehr tüchtigen Mann finden wird. Denn es ist natürlich, dass der Erste die meiste Qual hat, um die ganze Sache einzurichten, und es denkt nicht jeder so, dass er sich abarbeitet, um alle Resultate davon seinen Nachfolgern zu überlassen.
4. Wer auch Präsident sei, die Präsidialgewalt muss so diktatorisch als möglich organisiert sein. Sonst ist nichts vorwärts [Anfang der 3. Briefseite] zu bringen. Die individuelle Vielschwätzerei wollen wir den Bourgeois überlassen. Wenn der Arbeiter, u. zwar sogar alte und gute Arbeiter wie Sie noch nicht so weit ist, dies einzusehen u. zu begreifen, dass seine Angelegenheiten nur durch energische Diktatur vorwärts gebracht werden können, dann ist's noch zu früh.
5. Sie würden sich erstaunlich irren, wenn Sie glaubten, dass ich mich danach sehnte, Präsident des Vereins zu werden. Wenn ich die Wahl annehme, so würde ich glauben, den Arbeitern das allergrösste Opfer zu bringen, ein noch grösseres sogar, als ich ihnen jetzt dadurch gebracht habe, dass ich das wütige Schreien u. Beschimpfen der ganzen deutschen Presse auf mich genommen habe.

   Ich bin vielmehr noch keineswegs entschlossen, wenn ich gewählt werde, anzunehmen, gedenke das vielmehr von der Zahl der Arbeiter abhängen zu lassen. Ist diese nicht beträchtlich, so kann ich der Sache der

Arbeiter viel besser [Anfang der 4. Briefseite] auf andere Weise nützen, als durch die Annahme des Präsidiums, durch welche meine ganze Zeit okkupiert und jeder wissenschaftl. Tätigkeit fast entzogen wird.

Wenn aber auch die Zahl beträchtlich genug ist, um mich zur Annahme zu bestimmen, so würde ich es doch nur dann tun, wenn die Entscheidung, ob einer Arbeiter ist oder nicht, wo dies streitig wird, in meiner Hand liegt, die Wahl auf mindestens 3 Jahre geschieht und die Befugnisse so diktatorial als möglich sind.

Wenn nicht, kann ich Euch weit mehr in anderer Weise nützen. Dies zur Antwort mit bestem Gruss, eiligst

Berlin 12/5 63. *F. Lassalle.«*

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

10. September 1904.

Eine Illusion. — A. Bebel, Der Bremer Parteitag. Karl Kautsky, Zur Naturgeschichte Isegrims. — Johannes Timm, München, Zum Bremer Parteitag. — E. Wurm, Ein sozialdemokratischer Lehrerverein. — Leo Arons, Die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule. — Paul Bröcker, Die Jugendschriftenfrage. — Literarische Rundschau. — Notizen.

17. September 1904.

Arbeiterschutz und Staatsgewalt. — Rudolf Krafft, Zum russisch-japanischen Krieg. — H. Simons, Die Unternehmerverbände in den Vereinigten Staaten. — August Winter, Trotz Krise ein glänzendes Lustrum. — Dr. G. Zepler, Kassenarztfrage und Reichsstatistik. Erwiderung. — Literarische Rundschau. — Notizen.

24. September 1904.

Zum Gedächtnis der Internationalen. — Oda Olberg, Das Recht auf die Mutterschaft. — M. Popowitsch, Bäuerliche Hausgenossenschaften in Serbien. — F. Schnetter, Zur Frage des Organisationszwanges. — Martin Lähner, Die sozialistischen Jugendgarden Belgiens. — Hugo Hillig, Der Bleiweissgesetzentwurf und die Maler- und Anstreicherpraxis. — W—n, Die Sterbefälle an akuten Infektionskrankheiten in den europäischen Staaten 1891—1900. Literarische Rundschau. — Notizen.

1. Oktober 1904.

Von Lassalle. — Karl Kautsky, Der Bremer Parteitag. — Ferdinand Lassalle, Die Hegelsche und die Rosenkranzische Logik und die Grundlage der Hegelschen Geschichtsphilosophie im Hegelschen System. — Oda Olberg, Der italienische Generalstreik. — Emanuel Wurm, Die gewerblichen Vergiftungen. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Oktober 1904.

Dr. Hugo Lindemann, Der Bremer Parteitag. — Dr. Leo Arons, Die preussische Volksschule, die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. — Franz Laufkötter, Das Verhältnis zwischen den einheimischen und den fremden Arbeitern. — Eduard Bernstein, Englands Wirtschaftsentwickelung im letzten Jahrzehnt. — Edmund Fischer, Der Widerstand des deutschen Volkes gegen Wahlentrechtungen. — Dr. August Winter, Oberschlesische Polizei, oberschlesische Gerichte, oberschlesische Arbeiterbewegung. — Jakob Stern, Substanz- und Kausalitätsidee. — Johannes Schlaf, Vom guten grauen Dichter. — Rundschau: Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Frauenbewegung, Bildende Kunst, Redende Kunst, Bücher.

Kommunale Praxis, Dresden.

15. September 1904.

P. Kampffmeyer, Zum preussischen Wohnungsgesetzentwurf. — Gustav Hoch, Ein Abänderungsvorschlag zu der Lindemannschen Resolution. — Lindemanns neues Werk. — Edmund Fischer, Der kom-

munale Arbeitsnachweis. — Kommunales Wahlrecht. — Kommunalwahlen. — Arbeiterverhältnisse. — Wohnungswesen. — Bildungswesen. — Gesundheitswesen und Arbeiterversicherungsinstitut.

1. Oktober 1904.

Die Beratung des Kommunalprogramms. — Fr. Kleeis, Die Wahlen der Vertreter für die unteren Verwaltungsbehörden auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes und die Gemeinden. — Kommunales Wahlrecht. — Arbeiterverhältnisse. — Wohnungswesen. — Kommunale Technik. — Bildungswesen. — Gesundheitswesen und Arbeiterversicherungsinstitute.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

September 1904.

Albert Thomas, Le Congrès d'Amsterdam. — Jean Jaurès, Discours de Jaurès à Amsterdam. — Gabriel Ellen-Prévot, Le Socialisme aux champs. — André Hesse, La revolution sociale et l'expropriation. — Ossip Lourié, Gorki et la Russe contemporaine. — Mouvement social.

L'Avenir Social, Brüssel.

15. September 1904.

K. Kautsky, Le Congrès d'Amsterdam. — Le congrès d'Amsterdam. Impressions d'un délegué. — Victor Serwy, La coopération en Belgique. — Les ligues de femmes en Angleterre. — Chronique Coopérative.

III. In englischer Sprache.

The Comrade, New York.

September 1904.

The Times and their Tendencies. — Can a man be a Catholic and a Socialist? — Jean Jaurès. — Hermann Greulich, a Pioneer of Socialism. — The Decline in the Birthrate. — Gompers Scheme does not work. — All for one, One for All.

The Social-Democrat, London.

15. September 1904.

Editorial Brevities. — J. B. Askew, The International Congress and Revisionism. — E. Belfort Bax, Female Suffrage and its Implications. — Paolo Orano, Patriarchs of Socialism. — Jean Allemane, Memoires of a Communard. — The Reviews. — The Enchanted Marsh.

IV. In italienischer Sprache.

Il Socialismo, Rom.

25. September.

Giovanni Lerda, Le sciopero politico del proletariato italiano. — Cesare Spellanzon, Cattolici e liberi pensatori. — Paul Lafargue, Inchiesta sullo sciopero generale. — Rivista delle riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varieta della cronaca internationale.

Critica Sociale, Mailand.

16. September 1904.

L'ora delle responsabilita: lo sciopero generale e la situazione politica. — Garzia Cassola, La loro vittoria. — Gino Murialdi, Le condizioni della marina mercantile e i doveri dello Stato. — Giacoma Aspreno, I sofismi economici dei militaristi. — Filosofia, letteratura e varietà.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Oktober 1904.

David Wijnkoop, De Internationale Vakvereenigingskongressen. — F. van der Goes, Jets over prostitutie en Vrouwenarbeid. — B. S. De Arbeidsinspectie en 't Ontwerp—Arbeidswet. — C. J. Serrurier Damme, Een Geschiedenis van het socialisme in America. — Rome's »Winste«. — David Wijnkoop, De Oostenrijksche of de Getemperde Utopie.

Akademie, Prag.

September 1904.

Fr. Modracek, Co je revisionism? — Fr. Krejci, Uceni mysticka (okultism, spiritism atd.) — Jean Jaurès, Vseobecná stávka a revoluce. — Fr. Modrácek, Proudhonova hosp. organisace. — Válka jindy a dnes. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka literáni a umelecká.

Nasi Zapiski, Laibach.

August 1904.

Prof. Masaryk, Von Religions- und Ueberzeugungsfreiheit. — Ant. D., Triest und neue Verkehrsverbindungen. — J. L., Bericht der österr. Gewerkschaftskommission. — Med. E. S., Geschlechtsproblem. — Rundschau: Wirtschaft, Socialismus, Gewerkschaften. — Pavel Mihalek, Himmlische Erzählung. — Literatur. — Diversa.

September 1904.

Abditus: Staat und Kirche. — Ant. D., Triest und neue Verkehrsverbindungen. — Mlinar, Krankenkassentag in Wien und noch was. — Rundschau: Sozialismus, Politik, Kleine Chronik, A. P. Cehov: Dunkelheit, Literatur, Diversa.

Przedswit, Krakau.

August 1904.

Uchwaly kongresu miedzynarodowego w Amsterdamie. — Zagadnienia rewolucyi. — Strejk robotnikow boryslawskich. — Proces krolewiecki. — Wybory w Bergii. — Z prasy. — Tajne dokumenty. — Jeczcze w sprawie sadu wojennego w Warszawie. — Nasze odezwy. — Bibliografia. — Wydawnictwa P. P. S. — Listy do Redakcyi. — Luzne notatki.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

Das August-September-Heft der österreichischen Monatsschrift »*Deutsche Worte*« veröffentlicht von dem als Dichter und Politiker gleich bekannten Bernard Shaw (London) einen Aufsatz »Die englischen Fabier und die deutsche Sozialdemokratie«, der bereits vor einem Jahr geschrieben wurde. Trotzdem ist er, wie Engelbert Pernerstorfer, der Herausgeber der Zeitschrift, bemerkt, so interessant, dass er wohl gedruckt zu werden verdient, wenn auch manches in ihm Widerspruch hervorzurufen geeignet ist. Shaw erregte schon einmal grossen Anstoss bei vielen Sozialisten, als er öffentlich erklärte, das Haupthindernis des Sozialismus in England seien die Sozialisten selbst. Auch heute noch sprechen die Fabier und mit ihnen Shaw von dem gewöhnlichen Sozialismus als einer Kinderkrankheit, die man durchzumachen habe, um ein Fabier, — d. h. nach ihrer Meinung ein vorgeschrittener Sozialist — zu werden. Daher geht es denn auch in dem Artikel nicht ohne Ausfälle gegen Marx ab, der die englische Bourgeoisie und die englische Arbeiterklasse in einer rein akademischen Weise aus den Blaubüchern des British Museum gekannt habe. Die Stellungnahme der Fabier zu der streng marxistischen Social Democratic Federation und in Sachen Marx—Hyndman—Aveling, sowie ihr Verhältnis zu der deutschen Sozialdemokratie insbesondere zu Wilhelm Liebknecht wird mehr persönlich als sachlich erörtert. Mit Genugtuung konstatiert der Verfasser, dass die Fabier, welche die englischen Possibilisten par excellence

seien, anscheinend die ganze europäische Bewegung allmählich fabianisierten unter dem unwiderstehlichen Druck der Berührung mit der praktischen Politik. So entstand in England eine neue possibilistische Gruppe, die unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party). Im allgemeinen habe, soweit der Possibilismus die politische Methode betrifft, die Sache der Fabier gesiegt, und ihr Verfahren, das sie seit 1885 offen einschlugen, werde endlich auch in Frankreich und Deutschland voll anerkannt. Mit Genugtuung wird auf Bernstein verwiesen, der in England die marxistischen Grundlagen unabhängig studiert hatte, ihre Gültigkeit angriff und die Unfehlbarkeit des Verfassers in Zweifel zog. Der darauf folgende Sturm habe an den Schrecken in England erinnert, als Bischof Colenso in Zweifel zog, dass der Pentateuch auf Offenbarung beruhe. Aber wenn der Sturm vorüber, werde man einsehen, dass Bernstein seiner Partei einen unschätzbaren Dienst geleistet habe; denn durch ihn sei dargetan, dass in Deutschland einer Sozialdemokrat sein kann, ohne marxistischer zu sein als Marx selbst. Ueber die Taktik der Fabier wird gesagt, dass sie eine »*Politik der Durchdringung*« sei, um derentwillen die Fabier als jesuitische Spione im Lager der Bourgeoisie sattsam verschrieen sind. Shaw macht aus seiner unversöhnlichen Feindschaft gegen die Impossibilisten oder Radikalen kein Hehl; und er verschärft den Gegensatz, wenn er am Schluss hinzufügt, dass die Gesellschaft der Fabier die einzige sozialistische Gesellschaft sei, welche darauf hingewiesen habe, dass unter der Herrschaft des Sozialismus reichlich Raum sein würde für private Unternehmungen. Dass in der Tat, sobald der Unterhalt des Volkes durch kollektivistische Organisation völlig gesichert sei, es um so besser sei, je mehr private Unternehmungen auf dieser sozialistischen Basis aufgebaut würden. Damit glaubt Shaw mehr als genug gesagt zu haben, um jeder Neugier zu genügen, die in Deutschland inbezug auf die Fabier etwa vorhanden sei. *Er. B.*

* * *

Mit der oben erwähnten »Neuen Arbeiterpartei in England« beschäftigt sich ein Artikel von Edward R. Pease (London) in dem von Werner Sombart, Max Weber und Edgar Jaffé herausgegebenen »*Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*« (XIX. Band, 3. Heft, Oktober-Dezember). Diese Arbeiterpartei, ein Resultat der Gewerkschaftsbewegung, habe seit den Hauptwahlen von 1900 eine gewaltig steigende Bedeutung gezeigt. Der Artikel orientiert in gedrängter Darstellung recht gut über die Geschichte der parlamentarischen Arbeitervertretung, die Wahlpolitik, Organisation, Finanzen und Mitgliedschaft der Partei. Noch ist diese nicht ausgesprochen sozialdemokratisch; aber wenn die sozialdemokratische Partei warten könne und nicht allzu schnell vorwärts dränge, so sei die Zukunft der Arbeiterpartei unzweifelhaft in ihren Händen. Die nächste Hauptwahl werde aller Voraussicht nach einen ungeheuren Machtzuwachs bringen. Nur leide die neue Partei daran, dass sie noch kein festes Programm und bisher auch keine hervorragenden Führer habe, um die Truppen zu siegreichem Kampf gegen die zahlreichen, wenn auch schlecht organisierten Mächte, die den Arbeitern entgegenstehen, zu führen. *Er. B.*

* * *

»*The Nineteenth Century and After*« hat im Septemberheft einen Beitrag von Carl Joubert »The Coming Revolution in Russia«, der wegen der darin enthaltenen Charakterstudie des Zaren nicht nur in der Presse weitgehende Beachtung gefunden. Der Herrscher aller Reussen wird in jeder Beziehung als schwächlich und bedauernswert geschildert. Die Kräfte der Revolution seien dagegen heute in Russland sämtlich organisiert und die Macht der Nihilisten, die dort in gewisser Hinsicht die der Sozialdemokratie ersetzen muss, sei ständig im Wachsen begriffen, wenn sich auch Gegensätze innerhalb der Partei geltend machen. Aber so lange der Zar und die bureaukratische Klasse am Ruder sei, würde der fortwährende Schrei nach einer Konstitution ungehört verhallen. Die revolutionäre Partei, die mit ihrem internationalen Charakter Männer von grösstem Namen, Heroen der Wissen-

schaft, ja selbst Ratgeber des Zaren zu den Ihren zählt, wird von einem Exekutivcomité regiert, in dessen Händen das Schicksal des Herrschers und seiner Minister liegt. Beweis dafür sei die Mordtat an Plehwe. Ein Zeichen vom Comité — und der Brand ist in ganz Russland entfacht. Der Verfasser sieht diese Zeit als nahe bevorstehend an. Nach der Revolution würde das Land konstitutionell, die Macht der Kirche und der Bureaukratie gebrochen, der Weg zur Volksbildung geebnet sein; die errungene Freiheit werde das Volk zu ungeahnter Höhe hinaufführen. Wie wir kurz und bündig sagen: In Russland ist die Revolution die Voraussetzung des Sozialismus. —

* * *

Das Oktoberheft derselben Zeitschrift enthält einen längeren Aufsatz von J. Keir Hardie über »The International Socialist Congress«, der sich hauptsächlich mit dem Problem der Taktik in Gegenwart und Zukunft befasst. *Er. B.*

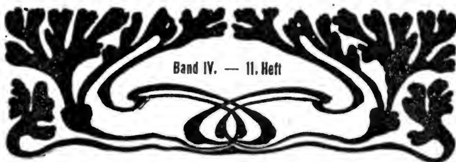
* * *

In der angesehenen »*Revue des Deux Mondes*« schreibt J. Bourdeau über den Amsterdamer Kongress. (Au congrès d'Amsterdam.) Einleitend konstatiert er, dass dieser internationale Sozialistenkongress von allen bisherigen in Frankreich die grösste Aufmerksamkeit und die meisten Polemiken hervorgerufen hat, während die englische Presse seiner kaum erwähnt habe. Nach eingehenden Erörterungen über die Verhandlungen selbst, die ein anschauliches Bild von den herrschenden Strömungen innerhalb des Sozialismus aller Länder geben, kommt der Verfasser zu einer interessanten Schlussbetrachtung. Die sozialistische Bewegung habe als ganzes eine schlagende Aehnlichkeit mit der Propaganda, welche der französischen Revolution vorausging. Die sozialistischen Theoretiker spielen heute die Rolle der Encyclopädisten. Der religiöse Zug der französischen Revolution sei noch hervorstechender im Sozialismus. Die menschenverbindende Kraft des Gefühls, der Bekehrungseifer, das schnelle Anwachsen der Sekten, das Hinneigen zum Dogma, zur Kasuistik und zum Kirchenbann, das Streben, über die Grenzen der Völker eine allgemeine Kirche zu gründen — alle diese Charaktereigenschaften teile der Sozialismus mit den grossen religiösen Bewegungen. Der Enthusiasmus und die Predigten von der Erneuerung der menschlichen Gesellschaft müssten den verlorenen Glauben ersetzen. Sodann wird der nicht neue Vergleich mit den ersten Christen auf die Zeit Konstantins ausgedehnt, wo das Christentum bereits die höheren Schichten der Gesellschaft gewonnen hatte und dem Kaiserreich einverleibt worden war. Es wurde von da an seinen Anhängern erlaubt, nach Zerstörung der alten Welt Präfekten und Minister zu werden, ohne dass irgend ein Bebel daran gedacht habe, sein Veto einzulegen. — *Er. B.*

* * *

Der bekannte Feldmarschalleutnant Gustav Ratzenhofer, der »österreichische Spencer« (!), veröffentlicht im Oktoberheft der »*Umschau*« (herausgegeben von Dr. J. H. Bechhold, VIII. Jahrgang Nr. 40) einen Aufsatz über »Die Probleme der Soziologie«. Es seien nur einige Bemerkungen daraus hier notiert. Die Weltwirtschaft befinde sich heute noch in der Kindheit gedankenlosester Raubwirtschaft, in deren Dienst auch ahnungslos die Nationalökonomie stehe. Die soziologische Wissenschaft erkenne ein Recht der Arbeit an, das Recht auf Arbeit verwerfe sie. Die Soziologie stelle übrigens für alle sozialen Angelegenheiten nur die Prinzipien auf. Die soziale oder Arbeiterfrage könne gar nicht im besonderen beantwortet werden, wie Sozialisten, Sozialdemokraten und Sozialpolitiker glauben. Ihre Beantwortung ist das Resultat der Lösung aller übrigen soziologischen Probleme. Massgebend müsse das Gemeinwohl sein; der einseitige Klassenkampf der Arbeiter stehe in offenbarstem Widerspruch mit der soziologischen Denkweise. *Er. B.*

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Adler, Dr. Franz: **Wohnungsverhältnisse und Wohnungspolitik der Stadt Frankfurt a. M.** zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1904, Ed. Schnapper. 123 S. gr. 8°.

Eine sorgfältige, in die verschiedensten Einzelheiten eingehende Darstellung der Wohnungsverhältnisse Frankfurt am Mains, wie sie sich im Laufe der letzten Jahrzehnte entwickelt haben, sowie der zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der mit ihr verbundenen Missstände getroffenen Maassnahmen öffentlichen und privaten Charakters. Der Verfasser, der auf bürgerlichem Boden steht — das Buch ist dem Oberbürgermeister Frankfurts, Dr. F. Adickes, verehrungsvoll gewidmet —, hält sich von jeder Schönfärberei der Zustände fern, legt aber den getroffenen Abhilfemassregeln eine übertriebene Bedeutung bei. Allerdings, im Lande der Blinden ist der Einäugige König, und was in Frankfurt auf diesem Gebiet geschehen ist, lässt andere deutsche Grossstädte meilenweit hinter sich. Aber es selbst ist doch noch recht lückenhaft und von einem systematischen Vorgehen gegen die das Wohnen verteuernde städtische Bodenrente sehr weit entfernt. Immerhin bewegt es sich wenigstens meist in der richtigen Linie: Sorge für reichliche Vermehrung der Wohngelegenheit durch Erschliessung von neuem Baugrund und Anlage von zweckmässigen Bebauungsplänen mit vorausberechneter Strassen- etc. Einteilung. Hier spielt das von Herrn Adickes erkämpfte, nach ihm benannte Gesetz eine Rolle, das die Stadtgemeinde Frankfurt ermächtigt, da, wo dies zur Anlegung von Bebauungsplänen geboten ist, die Besitzer von Bauland zu dessen Zusammenlegung zu zwingen, unter Anwendung eines zweckentsprechenden Enteignungsverfahrens. Die Schwierigkeiten, die es machte, ein solches Gesetz vom Landtage zu erlangen, und die Tatsache, dass dieser schliesslich auch nur dazu zu bewegen war, es quasi als Versuchsgesetz eben nur für Frankfurt am Main zu bewilligen, kennzeichnen den Geist des preussischen Klassenparlaments. Als ob die gleiche Maassregel nicht noch in einer ganzen Reihe von Städten notwendig wäre.

Frankfurt am Main mit mehr als 300000 Einwohnern ist eine der mittleren Grossstädte Deutschlands, deren Wachstum im letzten Jahrzehnt ein ausserordentlich rasches war. Dies Aufschnellen der Bevölkerung hat verschiedene der älteren Stadtteile mit ihren engen Strassen und auf ganz andere Verhältnisse berechneten Häusern in eine Art Höhlenquartiere verwandelt, die zuweilen an die berüchtigten Schlammquartiere Londons erinnern. Auf welche Weise es versucht wird, hier Abhilfe zu schaffen, und was weiter zu diesem Zweck zu geschehen hätte, wird vom Verfasser mit sachkundigem Eindringen auseinandergesetzt. Ueberhaupt ist es ein Vorzug seines Buches, die verschiedenartigen Probleme der städtischen Strassenanlage- und Strassenentwickelungs-Politik in lichtvoller Darstellung zur Anschauung zu bringen. Es wird jedem willkommen sein, der sich mit den Fragen der Wohnungspolitik moderner Grossstädte zu befassen hat.

Bab, Edwin: **Frauenbewegung und Freundesliebe.** Versuch einer Lösung des geschlechtlichen Problems. Charlottenburg 1904. Verlag »Der Eigene«. 24 S. 8°. Preis 50 Pf.

Ein Versuch, die gleichgeschlechtliche Liebe, und zwar vornehmlich die gleichgeschlechtliche Liebe zwischen Männern, und ihren Kultus in Beziehung mit der auf rechtliche etc. Gleichstellung von Männern und Frauen zielenden Frauenbewegung zu setzen. Der Verfasser sucht nachzuweisen, dass die Bewegung für das Recht der Freundesliebe und die Frauenbewegung, so grundverschieden sie zu sein scheinen, in Bezug auf die Ordnung des Geschlechtslebens faktisch dem gleichen Ziele zustreben: möglichste Ausmerzung der Prostitution, eine Synthese altjüdischer und altgriechischer Kulturideale, auf einer höheren, die Verachtung des Weibes abweisenden Grundlage.

Bonus, Arthur: **Vom Kulturwert der deutschen Schule.** Jena 1904, Eugen Diederichs. 71 S. Preis 1,50 Mark.

Ein ausgezeichnetes kleines Buch, welches redlicher Schmerz diktiert hat und kräftiger Abscheu oft sarkastisch niederschrieb. Das, was man in Deutschland offiziell Kultur nennt, erfährt hier eine tieftreffende Kennzeichnung, die wir bloss andeutungsweise nicht wiedergeben, die wir aber nur empfehlen können. Von unserer »Kultur« wünscht Bonus, dass sie nichts sein möge als Nachahmung. Dann haben wir doch noch Grund, zu hoffen! Sollte sie aber wirklich unsere eigene deutsche Kultur sein, dann hätten wir eben Kultur »in dem Sinne, in dem ein Buckliger Körpervollendung hat. Natürlich hat er sie. Einen besseren Körper wird er nicht bekommen. Das ist eben sein Unglück.« Wer wird sich dem Wunsche nicht anschliessen wollen!

Ob nun aber an all dem Jammer gerade die Schule schuld ist, das ist eine Frage, die wir so unbedingt, wie der Autor es tut, nicht bejahen können. Denn schliesslich ist doch die Schule mindestens so sehr Erzeugnis wie Erzeugerin der Gesamtkultur. Nach diesem nebensächlichen Einwande, der an die berühmte Doktorfrage erinnern mag, ob das Ei oder die Henne das Primäre ist, stimmen wir im Grunde allem zu, vas der Autor von dem »Zerkauen aller grossen und heiligen Dinge« und von dem missbräuchlichen, verkehrten Aneignen der Antike, der man den Wert einer Anregerin genommen hat, zu sagen weiss. Nur möchten wir beifügen, dass unter den »grossen, heiligen Dingen« manches mit unterläuft, was uns bei näherer Betrachtung unheilig sein dürfte. *F. L.*

Crohns, Dr. Hjalmar, Dozent in Helsingfors: **Die Summa theologica des Anton von Florenz und die Schätzung des Weibes im Hexenhammer.** Acta societatis scientiarum fennicae. Tom. XXXII. No. 4. Berlin 1903, Alexander Funcker. 23 S. Preis 7,50 Mk.

Zwei höchst wertvolle Dokumente über die Frauenverachtung am Ausgange des Mittelalters werden hier quellengemäss eingehend dargelegt und besprochen. Es handelt sich um das bekannte Frauen-Alphabet des Johannes Dominici und seines Schülers und Kommentators Antonin von Florenz, sowie um das unheilvolle, wahnwitzige Buch der zwei Dominikaner Justitoris und Sprenger »Der Hexenhammer«, eines der grausamsten der gegen das weibliche Geschlecht gerichteten Werke, das bis 1669 in Deutschland allein 16 Auflagen erlebt hat. Der Verfasser sucht diese antifeministischen Tendenzen in Zusammenhang mit der Entwickelung der wissenschaftlichen Askese zu bringen. *Bd.*

Damaschke, A.: **Geschichte der Nationalökonomie.** Eine erste Einführung. Jena 1905, Gustav Fischer. 231 S. 8°.

Der als einer der ersten Führer der deutschen Bodenreformbewegung bekannte Verfasser bewährt in dieser Arbeit seine Gabe volkstümlicher Darstellung. Die auf Grund von Vorträgen zusammengestellte Geschichte der Nationalökonomie liest sich ungemein leicht und gibt im ganzen dem Leser auch eine orientierende Vorstellung von der Geschichte der praktischen Maassnahmen und theoretischen Auffassungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete.

Insofern kommt das Buch der Aufgabe, eine »erste Einführung« zu bieten, in der Hauptsache nach. Dennoch können wir der Arbeit kein uneingeschränktes Lob zusprechen. Unbeschadet der Volkstümlichkeit hätte sie doch eine weniger veräusserlichte Behandlung vertragen, als ihr der Verfasser hat zu teil werden lassen. Der Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Theorien mit den jeweiligen Wirtschaftszuständen und Wirtschaftskämpfen wird meist kaum notdürftig angedeutet, und bei Vorführung der hervorragenden Vertreter der Nationalökonomie macht sich wiederholt der Mangel einer systematischen Zusammenfassung des Wesentlichen ihrer Lehre unangenehm geltend. Es überwuchert das Anekdotische, das an sich ja nicht verwerflich ist und bei angemessener Verteilung in einem einführenden Buch sogar am Platze ist. Gar zu leicht hat es sich der Verfasser mit der Behandlung des Sozialismus gemacht, über den er kaum mehr als ein paar Ausschnitte gibt. Dass er der Bodenreform grössere Sorgfalt zuwendet, ist begreiflich und soll ihm nicht weiter angerechnet werden. Wir wollen aber noch einmal betonen, dass den berührten Mängeln manche Vorzüge gegenüberstehen, so dass das Buch bei alledem Anfängern von Nutzen sein wird.

Förster, Dr. Fr. W.: **Lebenskunde.** Ein Buch für Knaben und Mädchen. Berlin 1904, Georg Reimer. Preis 3 Mark.

»Es war einmal ein kleines Mädchen, das machte gern Entdeckungsreisen im Hause, und da kam sie einst in Abwesenheit ihrer Eltern in das Dachzimmer der Dienstmädchen und erschrak über die dunkle, freudlose Kammer und sah, dass an den grauen Wänden kein einziges Bild hing. Da eilte sie schnell hinunter in ihr Zimmer und nahm zwei schöne kleine Bilder und hing sie oben in der Mägdekammer auf. Seht, diese Kleine war auch eine Pfadfinderin — denn sie hatte den Weg zu einer Freundlichkeit des Herzens gefunden, an die noch niemand bisher gedacht hatte, selbst ihre eigenen Eltern nicht.«

Dieses Stück aus dem ersten, »Pfadfinder« betitelten Paragraphen des vorliegenden Buches kann als typisches Beispiel für seinen ganzen Inhalt gelten. Wie hier an die Person des Pfadfinders aus Coopers »Lederstrumpf« anknüpfend, andere Arten von Pfadfinderschaft aufgezeigt werden, die auf das ethische Gebiet hinüberspielen, so werden durchgängig im Buch Episoden aus Erzählungen, Vorkommnisse des alltäglichen Lebens zu Ausgangspunkten für Betrachtungen, die auf die Ausbildung »der Kraft des Willens und der Liebe« (Vorwort) abzielen. Sie sind für Knaben und Mädchen im Alter von 11—15 Jahren berechnet.

Mit anderen Worten: eine Morallehre. Und zwar eine Morallehre im Sinne der ethischen Gesellschaften, in deren Kreisen der Verfasser einen guten Namen hat. Sie betont das s o z i a l e Moment stärker, als es die überlieferte Moral der Katechismen tut, und zieht auch die Bedingungen des modernen Lebens stärker in Betracht, ohne ihnen freilich ganz gerecht zu werden. Der Kampf, der durch die moderne Gesellschaft zieht, die sich aus ihm ergebenden Pflichten der Solidarität werden kaum indirekt andeutend gestreift, — es ist im wesentlichen Moral für das bürgerliche Haus, die der Verfasser lehrt, was sich wohl vorwiegend daraus erklärt, dass es vor Kindern aus den bürgerlichen Klassen gehaltene Vorträge sind, aus denen das Buch besteht. Unter diesen Umständen muss man es um so mehr anerkennen, wenn es z. B. in dem Kapitel »Der Kampf mit dem Magen« heisst: »Als Fabrikant drückt ein solcher Mensch [nämlich, der seinem Gaumen nichts versagen kann] dann den Arbeitern die Löhne herunter und spart an Sicherheits- und Gesundheitsvorrichtungen, weil er sonst im Frühjahre nicht nach Italien kann oder gar einen Dienstboten weniger halten muss.« (S. 91.)

Es sind im ganzen 19 in zusammen 120 Paragraphen eingeteilte Kapitel, aus denen das Buch besteht. Hier die Kapitelüberschriften: 1. Selbsttätigkeit; 2. Selbstbeherrschung; 3. Der Kampf mit dem Magen; 4. Gewohnheiten; 5. Selbsterkenntnisse; 6. Entdeckungen; 7. Die Macht des Kleinsten; 8. Die menschliche Gesellschaft; 9. Verantwortlichkeit; 10. Selbständigkeit; 11. Rettung; 12. Eltern und Kinder; 13. Was unser Tun aus uns macht; 14.

Unsere Arbeit; 15. Der Starke und der Schwache; 16. Menschenliebe; 17. Aus der Gesangstunde; 18. Der Kampf mit dem Unglück; 19. Demut.

An interessantem Unterhaltungsstoff fehlt es dem Buch somit durchaus nicht. Leider wird er nicht immer adäquat behandelt, und wiederholt überwuchert die moralisierende Betrachtung so stark, dass wohl wenig Kinder für sie Geduld haben oder sich tiefer durch sie beeinflussen lassen werden. Denn beim Kind ist es oft noch stärker, als bei Erwachenen: sobald es Absicht merkt, wird es verstimmt. Am meisten Eindruck macht und am nachhaltigsten wirkt immer, was so lebhaft veranschaulicht wird, dass es wie selbsterlebt erscheint. Dass der Verfasser die Gabe hat, auch mit dieser Lebendigkeit zu erzählen, dass er es versteht, an die alltäglichsten Vorgänge fesselnde, der Kindesseele angepasste Betrachtungen zu knüpfen, zeigen eine ganze Anzahl wahrhaft reizender Partien des Buches, das vielfach an die, in Bezug auf die Fähigkeit, Kinder zu fesseln und zu erwärmen, in ihrer Art musterhaften Kommentare der alten Campeschen Robinson-Ausgabe erinnert. Und gute Schriften für die Jugend werden stets auch von Erwachsenen gern gelesen werden.

Fried, Alfred H.: **Die moderne Schiedsgerichtsbewegung.** 48 S. 8°. Preis 60 Pf.

Fried, Alfred H.: **Das Abrüstungs-Problem**· Eine Untersuchung. 48 S. 8°. Preis 60 Pf. Beide Schriften: Berlin 1904, Verlag Continent.

Der Verfasser dieser beiden Schriften, als literarischer Verfechter der Friedensbewegung bekannt, erörtert in der ersten Broschüre mit vielem Geschick die Entwickelung und Fortschritte der Bewegung auf Herstellung internationaler Schiedsgerichte und Erweiterung ihres Wirkungskreises, in der zweiten die Fortschritte und Verwirklichungsbedingungen der Abrüstungsidee. In beiden Broschüren kommt ein ziemlich starker Optimismus zum Ausdruck. Er erscheint nicht ganz ungerechtfertigt, so weit die Frage der Schiedsgerichte und der mit ihnen immer häufiger verbundenen Schiedsverträge internationalen Charakters in Betracht kommen. Der Abschluss solcher Verträge hat in den letzten Jahren einen lebhaften Aufschwung genommen, quantitativ und qualitativ ist hier ein Fortschritt unverkennbar, und der Verfasser hat vielleicht nicht Unrecht, wenn er in der schrittweise vor sich gehenden Verwirklichung der Schiedsvertrags-Idee ein Zeichen für die Solidität und Stärke der Bewegung erblickt. Nicht als das Produkt einer zeitweiligen Aufwallung, nicht als widerwilliges, dem realen Bedürfnis widersprechendes und daher nur mit inneren Vorbehalten eingegangenes Zugeständnis an eine verführerische Idee stellt sich damit die Schiedsgerichtsbewegung dar, sondern als ein von der Erkenntnis seiner inneren Notwendigkeit getragener, von den Verhältnissen diktierter Ausweg aus Zwangslagen, die von den Beteiligten selbst als immer drückender und unhaltbarer empfunden wurden. Die Konsolidierung der internationalen Schiedsgerichte wird auf diese Weise eine Sache des unmittelbar realen Bedürfnisses der in die Bewegung eingetretenen Mächte, die selbst darauf hindrängen müssen, dass das, was sie einmal begonnen haben, nun auch gegen Zufälle, willkürliche Auslegungen etc. sichergestellt werde, und die durch die innere Logik der Dinge von einem Schritt zum andern getrieben werden. Insofern hat der Verfasser nicht Unrecht, wenn er sagt, dass die von den Gegnern der Schiedsgerichtsbewegung betonten Unvollkommenheiten des gegenwärtigen Systems Beweis von der Stärke der Bewegung ablegen, dass sie das »neue System« kennzeichnen als das Ergebnis »eines Kompromisses der grossen, von höheren natürlichen Kräften gezeitigten Institutionen, und der kleinen Menschen, die in diese grossen Institutionen erst hineinwachsen müssen«.

Führt nun die innere Logik der Dinge von der Verwirklichung der Schiedsgerichts- zu der der Abrüstungsidee? Man sollte es auf den ersten Blick meinen. Wer aber die zweite, diesem Gegenstand gewidmete Broschüre des Verfassers mit Kritik nachliest, wird dies als keineswegs verbürgt betrachten können. Es muss ihn schon bedenklich stimmen, dass der Verfasser im Verfolg seiner Darlegungen dahin kommt, von der Bewegung zur Ver-

stärkung der Flotten eine Abschwächung der allgemeinen Rüstungsbewegung zu erhoffen, weil das Interesse für die Flotten das für die Landheere naturgemäss in den Hintergrund drängen werde. Das erinnert ein wenig zu sehr an die Austreibung des Teufels durch Beelzebub, um zu nennenswerten Erwartungen anzuregen. Die Praxis zeigt auch vorläufig noch einen ununterbrochenen Fortgang der Stärkung der Landheere. England, die Hauptmacht der Rüstungen zur See, ist heute sehr darauf bedacht, seine Landarmee zu entwickeln. Bei der Frage der Landarmeen spielt die innere Politik der Staaten unter verschiedenen Gesichtspunkten eine sehr stark mitbestimmende Rolle, für die moderne spezifische Friedensbewegung ist jedoch die innere Politik verbotenes Land, sie meidet ängstlich jedes Eingehen auf Fragen, welche auf sie hinüberführen, und macht es sich selbst so unmöglich, zu einer auch nur annähernd zutreffenden Abschätzung der wirkenden Kräfte zu gelangen. Das macht sich auch beim Lesen der zweiten Broschüre ziemlich bemerkbar. Wohl finden wir einen Hinweis auf die zunehmende Industrialisierung der Länder und die damit verbundene Aenderung des Geistes der Mannschaften, aber selbst dieser Faktor wird sehr aphoristisch abgefertigt. Von der Tatsache, dass verschiedene Staaten im Innern eine Politik gewaltsamer Niederhaltung betreiben, mit der der Militarismus organisch verbunden ist, erfahren wir kein Wort. So sündigt der Verfasser selbst gegen die von ihm mit Recht hervorgehobene Forderung, die Abrüstungsfrage nicht äusserlich mechanisch zu behandeln. Ganz verfehlt ist es ferner, in den Kolonialunternehmungen ein Ventil von irgendwie nennenswerter Bedeutung gegen den Militarismus zu erblicken, auch zeigt die heute beliebte Uniformierung der Kolonialtruppen, dass man auch ohne die Zufluchtnahme zum bunten Tuch den Soldaten ein Kostüm anweisen kann, das auf die Phantasie wirkt. Kurz, von den Faktoren, die der Verfasser als auf die Abrüstung hinwirkend vorführt, erscheinen verschiedene ganz und gar nicht dazu geeignet, während verschiedene, der Abrüstung positiv entgegenwirkende Faktoren kurzerhand übergangen werden. Sonst enthält auch diese Broschüre manches lesenswerte Stück und zeichnet sich gleich der vorher besprochenen durch eine klare Fragestellung aus.

Ganz, Hugo: **Vor der Katastrophe.** Ein Blick ins Zarenreich. Skizzen und Interviews aus den russischen Hauptstädten. Frankfurt a. M., Rütten & Loening. 316 S. Preis: 3 Mark.

Der Verfasser hat in den kritischen Monaten Januar, Februar, März die russischen Hauptstädte bereist. Er war mit Empfehlungen und Einführungen gut ausgestattet, und seine Berichte geben sehr lebendig die damalige Stimmung und Meinung der Intelligenz des Landes wieder, soweit dieselbe den liberalen Kreisen angehört. Die sozialistischen Kreise waren ihm offenbar verschlossen, und er kann denn auch über den Stand der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung nichts Besonderes berichten. Seine Informationen sind aber gewiss nicht weniger wertvoll und nicht weniger ergreifend, weil sie zum Teil von Leuten in hoher gesellschaftlicher Stellung, von Dienern und Freunden des Zaren stammen, die, machtlos wie der Autokrat selbst, mit Bitterkeit auf ein Meer von Elend und Tyrannei blicken.

Es ist der Fluch der russischen Autokratie, dass sie in ihrer Verkommenheit die ehrlichen Kräfte, die ihr zur Verfügung stehen, nicht mehr ausnützen kann. Es ist ja nicht eine politische Idee, welche in Russland herrscht. Jede politische Ueberzeugung, sobald sie ehrlich ist — die konservative nicht ausgeschlossen — ist dort wertlos. Deshalb wird jungen Leuten «aus guter Familie» Liederlichkeit direkt empfohlen, weil sie vor politischer «Exaltation» schützt.

Das Schicksal Russlands wird vielleicht am besten gekennzeichnet durch das Wort eines alten Staatsbeamten, der jahrelang an leitender Stelle wirkte, um alsdann dem hoffnungslosesten Pessimismus zu verfallen: »Der Polizeimensch ist kein Russe. Er ist ganz frei von Nationalitätsgefühl, nur Unterdrücker.« Es ist eben einfach dahin gekommen, dass die Beamtenherrschaft, vor welcher die Zarenherrschaft kapituliert hat, den Russen gegenübersteht, »wie eine Okkupationsarmee« im eroberten Lande. Die innere Politik Russ-

lands ist die Politik der Volksisolierung, die ihre allmächtige Spitze naturgemäss im Polizeiminister hat. Komitees, die vom Finanzministerium zur Hebung der Volkswirtschaft ins Leben gerufen wurden, konnte ein Plehwe auflösen und die patriotischen Teilnehmer verhaften lassen. Die Bauern zu isolieren, war bis in die letzten Jahre vollständig gelungen. Seitdem macht sich die bekanntlich von der revolutionären Agitation in diese Massen getragene Aufklärung gärend bemerkbar. Eine Revolution der Bauern — die einzige, die man für möglich hält — wird indessen in der liberalen Gesellschaft für das Ende aller Kultur angesehen. Sie würde sich, sagt man, vernichtend gegen allen Besitz und alle Bildung richten. »Und dann,« sagte zu Ganz ein Fürst, Freund und einstiger Vertrauter des Zaren, »wäre hundert gegen eins zu wetten, dass die Polizei insgeheim nicht gegen diese Revolution wäre, sondern mit ihr, um sich rasch und sicher ihres eigentlichen Gegners, der gebildeten Klassen, zu entledigen.«

Nun wird man fragen, wie denn diese russische Intelligenz, die an der eigenen Kraft geradezu verzagt und sich nicht imstande sieht, die am Horizont leuchtende Revolution zu organisieren, überhaupt noch leben und hoffen kann. Diese Aermsten, die zwischen dem Terror von oben und dem Terror von unten vegetieren, haben in der Tat immer noch eine Hoffnung. Die Konservativen hoffen, so komisch das in diesem Augenblick ist, auf einen starken Zaren, obwohl es zu Tage liegt, dass weder ein starker Zar noch ein ehrlicher Minister die Hydra der Beamtenkamorra mehr bezwingen kann. Die Hoffnung der Liberalen und Radikalen aber ist sozusagen wissenschaftlich, wenn man will, mit einem Beigeschmack von historischem Materialismus: Von der Finanznot erhoffen sie das Zustandekommen einer Verfassung. Sie beten jetzt für den Sieg der Japaner und wünschen allesamt einen militärischen Zusammenbruch, damit er den finanziellen Krach beschleunige, der zu Reformen führen und so der Revolution zuvorkommen soll.

Das ist theoretisch richtig gedacht, aber auf den Kasus Russlands leider nicht anwendbar.

Die Spekulation der Liberalen, die das Heil aus dem Finanzministerium erwarten, findet übrigens vorerst eine lähmende Gegenwirkung in der deutschen »Realpolitik«, die eifrig mithilft, die russischen Finanzen »auf Glanz zu wichsen«. Wie offen sind doch diese russischen Finanzleute, die ja selbst schweres Geld bei der Plazierung russischer Anleihen in Deutschland verdienen, gegen Ganz gewesen! Ihr »Zynismus« hat in der Tat »die Würze streng reeller Auffassung«. »Schafe müssen geschoren werden,« sagte einer dieser Auguren von den deutschen Sparern. Sie verlassen sich einstweilen noch immer auf die unfehlbare Beeinflussung der deutschen Börse durch die russenfreundliche hohe Politik, auf die deutschen Zeitungen, die so »seriös« sind, dass sie ihrem »auswärtigen Amte nicht in die Suppe spucken«, und auf den Hang zum Antisemitismus braver, ländlicher Grössen, bei welchen es so leicht ist, jeden Zweifel an der Güte russischer Papiere mit dem Zauberwort zu heben, dass alle Kritik jüdische Mache ist »wegen Kischinew«.

Man sieht, dieses Buch wirft nicht nur ein grelles Licht auf Russland, sondern auch auf die Gewissenhaftigkeit kapitalistischer Staatskunst diesseits Königsberg.

Es wäre noch viel des Wissenswerten und Anregenden aus dem Ganzschen Buch hervorzuheben, neben dem Grauenvollen auch manches Versöhnliche. Die Menschen in diesem grossen Kerker »Russland« haben sich die Menschlichkeit bewahrt, um die sie zu beneiden sind und die z. B. den gesellschaftlichen Verkehr in Moskau hoch über den deutschen Drill stellt. Der Antisemitismus existiert weder im Volke, noch in der Gesellschaft, er steht nur im Programm des regierenden Beamtenmob, aus Gründen, die Ganz ausführlich darlegt, und wird von oben gehegt und zu Exzessen geschürt. Wir sehen die Knebelung und Selbstaufopferung der Advokatur, eines der gleichzeitig empörendsten und erhebendsten Kapitel des reichhaltigen Buches. Auch an künstlerischem Geiste fehlt es durchaus nicht. Wir hören von russischer Kunst jedenfalls mehr, als wir hierzulande ahnungsweise von ihr wissen, und wir staunen bei der prächtigen, packenden Wiedergabe russischer Gemälde, dass man bei uns so wenig von diesen Meisterwerken hört. Daneben Städtebilder, lebhaft und von grosser Anschaulichkeit; Moskau mit seiner freundlich-milden Pracht und Buntheit.

Petersburg mit seiner erzwungenen Eleganz, noch heute den Stempel einer gewaltsamen Schöpfung aufweisend. Kurz, dieses Buch eines Politikers ist zugleich das Buch eines ausgezeichneten Schriftstellers. Es darf den Anspruch erheben, ein abgerundetes Bild russischen Fühlens und Denkens zu Beginn des Krieges mit Japan geboten zu haben. *F. L.*

Keferstein, Dr. med. G.: **Die Alkoholfrage und ihre Lösung.** Berlin 1904, Verlag Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund. 15 S. kl.-8°. Preis 60 Pf.

Eine Flugschrift zu gunsten der völligen Enthaltung von allen alkoholhaltigen Getränken.

Krille, Otto: **Aus engen Gassen.** Gedichte. Berlin 1904, Johann Sassenbach. 54 S. 8°. Preis 60 Pf.

Ein grosser Teil der Gedichte dieser Sammlung sind sozialistischer Tendenz. Sie bekunden Beherrschung der Form und Kraft in Ausdruck und Bildern. Ein Vorwort von Klara Zetkin gibt u. a. über die Persönlichkeit des noch in ziemlich jugendlichem Alter stehenden Dichters Auskunft.

Konsumvereine. Jahrbuch des Zentralverbandes deutsche Konsumvereine Zweiter Jahrgang 1904. Herausgegeben von dem Sekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine **Heinrich Kaufmann,** Hamburg 1904, Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. 672 S. 8°. Preis 6 Mark.

In schönem Einband liegt uns hier das zweite Jahrbuch des 1902 gegründeten Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vor; es ist das erste, das über ein volles Jahr Arbeit des Verbandes berichtet. Ins Leben gerufen durch den gewalttätigen Ausschluss einer grösseren Anzahl Arbeiterkonsumvereine aus dem allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, hat der Zentralverband seine Existenzberechtigung durchaus erwiesen; vom März 1902 bis zum Januar 1903 hat sich die Zahl der ihm angeschlossenen Vereine von 585 auf 684, d. h. um 17 % erhöht, die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Vereine ist von 480 916 auf 575 449, das heisst um 20 %, das eigene Kapital dieser Vereine von 14 416 283 auf 17 766 091 Mark, d. h. um 23 % gestiegen. Der Zentralverband vertritt, was Mitgliederzahl und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Vereine betrifft, die grössere Hälfte der deutschen Konsumvereinsbewegung, die der Verbandssekretär auf insgesamt 1915 Vereine mit 1 023 644 Mitgliedern berechnet.

Der Jahresbericht des Verbandssekretärs ist ein ausserordentlich informationsreiches Stück Arbeit. Er gibt eine sehr sorgfältige, kritisch-analytische Darstellung der gesamten deutschen Genossenschaftsbewegung, die sich nach ihm alles in allem wie folgt stellte:

13 686	Kreditgenossenschaften	mit	1 818 624	Mitgliedern,
121	Unternehmer-Kreditgenossenschaften	„	8 771	„
53	gewerbliche Verwertungsgenossenschaften	„	1 880	„
3209	landwirtschaftliche Verwertungsgenossenschaften	„	233 435	„
527	gewerbliche Bezugsgenossenschaften	„	30 035	„
1925	landwirtschaftliche Bezugsgenossenschaften	„	134 632	„
40	Arbeitergenosenschaften	„	3 648	„
538	Wohnungsgenossenschaften	„	106 479	„
51	Vereinshäusergenossenschaften	„	5 173	„
18	Konsumenten-Produktivgenossenschaften	„	9 262	„
1741	Konsumvereine	„	818 915	„

Den grössten Rang nimmt demnach in der Genossenschaftsbewegung noch der, auf den kleinen und mittleren Selbstwirtschaftler berechnete Kreditverein ein, dessen Gefolge wiederum in der Mehrheit von der landwirtschaftlichen Bevölkerung gestellt wird. Ihm folgt der Konsumverein, dessen Entwickelung in Deutschland noch weit hinter der Englands zurück ist. Legt man Englands Verhältnis von Bevölkerungszahl zu Konsumvereinsbewegung zu Grunde, so müsste Deutschland heute gut drei Millionen Konsumvereinsmitglieder aufweisen, während es nur knapp eine Million zählt. Der Unterschied zwischen der betr. Zahl in der vorstehenden Tabelle und der weiter oben gegebenen Zahl rührt daher, dass in letztere auch eine Reihe kleiner Vereine einberechnet sind, die keiner Zentralverbindung angehören und sich auch nicht als Genossenschaften haben eintragen lassen. Einen noch grösseren Rückstand gegen England zeigt Deutschland, wenn man die Umsatzziffern der Konsumvereine vergleicht. Hier müsste die deutsche Ziffer 1700 Millionen Mark lauten, während sie faktisch sich erst auf 250 Millionen Mark beläuft. Man ersieht daraus, welcher Entwickelung die Konsumvereinsbewegung in Deutschland noch fähig ist, wobei obendrein zu berücksichtigen ist, dass die englischen Ziffern ja auch noch nicht endgültige sind, in England vielmehr noch immer stetiger Fortschritt zu verzeichnen ist. Was manche englische Konsumvereine leisten, davon gab der Vorsitzende der englischen Grosseinkaufsgenossenschaft, Mr. John Lord, ein interessantes Beispiel. Der Konsumverein der Weberstadt Accrington (Lancashire), dem Mr. Lord als Mitglied angehört, hat 1008 Mitglieder, deren Geschäftsanteil 2000 Mark und darüber beträgt, und 800 Mitglieder, die ihr Haus selbst eignen.

Neben oder mit dem Bericht des Verbandssekretärs nimmt das Protokoll des ersten ordentlichen Genossenschaftstages des Zentralverbandes das Hauptinteresse des Lesers in Anspruch, und zwar nicht nur wegen der sehr instruktiven Referate, die auf dieser Tagung erstattet wurden und zu denen der Bericht der Sache nach auch gehört, als auch wegen der an die Referate sich knüpfenden Debatten, sowie der im Anschluss an die Hauptverhandlung abgehaltenen Sonderverhandlungen der Konsumvereine, die bestimmte Kategorien von Arbeitern beschäftigen, hinsichtlich der Arbeitstarife etc. dieser Arbeiter. Sehr interessante Probleme der Genossenschaftsbewegung wurden auch auf den Verbandstagen der Distriktsvereinigungen (»Revisionsverbände«) verhandelt, in die sich die dem Zentralverband angehörenden Genossenschaften wieder föderiert haben und über deren Entwickelung und Verhandlungen das Jahrbuch ebenfalls ausführliche Auskunft gibt; desgleichen über Stand und Leistungen der Deutschen Grosseinkaufsgenossenschaft. So findet derjenige, der die Genossenschaftsbewegung studieren will, in diesem Jahrbuch sehr viel Material, und alles wohlgeordnet und wohldurcharbeitet. Aber nicht ad usum delphini verarbeitet. Nein, offen und ungescheut werden auch die Mängel ans Licht gezogen und besprochen, die der Konsumvereinsbewegung vielfach noch anhaften. Ihrem ganzen Wesen nach demokratisch, verträgt die Konsumvereinsbewegung nicht nur das volle Licht des Tages, sie braucht es sogar, wenn sie ihren Aufgaben allseitig gerecht werden, ihre Möglichkeiten in jeder Hinsicht entfalten soll. Manche wunde Stelle der Bewegung wird im Jahrbuch rückhaltlos offen gelegt — der Gesamteindruck wird dadurch aber seines erhebenden Charakters nicht beraubt. Denn der Leser sieht immer und immer wieder: hier ist Leben, hier ist kraftvolle Bewegung, hier ist gesunder Fortschritt.

Lahn, J. J. O.: **Depressionsperioden und ihre einheitliche Ursache** Brooklyn, N.-Y., Selbstverlag. 94 S. 8°.

Der Verfasser, dessen Abhandlung »Der Kreislauf des Geldes« in einem früheren Heft dieser Zeitschrift besprochen wurde, erblickt im Sparen die vornehmste Ursache der Perioden des Geschäftsdrucks. Allerdings ist nicht jede Spartätigkeit von der gleichen Wirkung. So lange die ersparten Kapitalien wieder zu produktiven Zwecken verwendet werden, hat das Sparen im Gegenteil Belebung des ganzen Geschäfts zur Folge. Aber über kurz oder lang trete im Wirtschaftsleben ein Moment ein, wo sich für produktive Verwendung von ersparten Kapitalien keine ausreichende Verwendung mehr dar-

bietet, und von da ab wirke das Sparen in steigendem Maasse lähmend und entwertend. ..Das Geschäft gerate infolge zunehmenden Rückganges der Nachfrage nach Gütern immer mehr ins Stocken und der Geschäftsdruck breite sich auf immer mehr Zweige der Wirtschaft aus, eine allgemeine Entwertung der Produkte, Anlagen etc. trete ein. Frage man, wo denn aber die ersparten Kapitalien blieben, warum sie sich nicht auf dem Markt stauten, so sei die Antwort, sie suchten und fänden Verwertung in den durch die Stockung entwerteten und vielfach zwangsweise zur Veräusserung gelangenden Gütern. Solche Unterbringung von Spargeldern bedeute dann keine Hebung der Wirtschaft, sondern lediglich Erzielung von Gewinn aus der Notlage — dem Aermerwerden eines grossen Teils der Bevölkerung. Je länger sich dieser Sparprozess hinzieht und je mehr er sich verallgemeinert, um so verheerender seine Rückwirkung auf den Volkswohlstand. Das Stagnieren der Wirtschaftsentwickelung und die ungeheure Armut gewisser orientalischer Kulturvölker sei nicht so sehr ihren noch vielfach wenig ausgebildeten Produktionswerkzeugen zuzuschreiben — bei noch unvollkommeneren Produktionsmethoden hätten andere Länder sich eines nicht geringen Volkswohlstandes erfreut —, als vielmehr dem dort herrschenden sinnlosen Sparen (Vergraben von Geld etc.).

Es kann wohl keinem Zweifel unterstehen, dass wir es hier in der Tat mit einem Faktor der Depressionssteigerung zu tun haben, der in seinen verschiedenen Aeusserungsformen bisher noch nicht genügend untersucht worden ist, und dass es daher als ein Verdienst des Verfassers bezeichnet werden muss, die Aufmerksamkeit von praktischen Volkswirten und Theoretikern auf ihn und eine Reihe von Phänomenen gelenkt zu haben, die mit ihm in reger Verbindung stehen. Leider ist jedoch seine Darstellungs- und Ausdrucksweise nur zu geeignet, vom Lesen seiner Schrift abzuschrecken. Es fehlt ihm jeder Sinn für klares und systematisches Entwickeln. Ebenso fehlt ihm das wissenschaftliche Proportionsgefühl. Als echter Autodidakt überschätzt er die erkenntnistheoretische Bedeutung seiner Entdeckung. Dem Theoretiker der Nationalökonomie sagt sie prinzipiell wenig Neues. Dass alles, was die Zirkulation verlangsamt — an welcher Stelle dies nun auch sei —, das Wirtschaftsleben schädigend beeinflusst, weiss die Theorie längst. Es sind Spezialfälle einer allgemeinen Regel, die der Verfasser ans Licht zieht. Aber Spezialfälle, die bisher nicht genügend gewürdigt wurden und die je nachdem von grosser Tragweite sein können. So darf die unbeholfene, ungewöhnliche Form seiner Darstellung nicht zum Grund werden, die Schrift unbesehen beiseite zu legen. Sie wird demjenigen, der sie durcharbeitet, die aufgewendete Mühe lohnen.

Leesen, Hermann von, Dr. phil.: **Frédéric Bastiat.** Sein Leben, seine freihändlerischen Bestrebungen und sozialökonomischen Anschauungen. München 1904, Ernst Reinhardt, Verlagsbuchhandlung. 170 S. Preis 3 Mk.

Wir besitzen leider noch keine Geschichte des Liberalismus. Um so mehr muss jeder ernste Beitrag zu einer solchen mit Dankbarkeit aufgenommen werden. In der gründlichen Schrift Dr. v. Leesens handelt es sich zudem um das reinste Produkt des wissenschaftlichen Liberalismus. Dem Verfasser ist es gelungen, den sympathischen Zügen der Persönlichkeit Bastiats gerecht zu werden, und er hat es zugleich verstanden, Bastiats naturalistische Denkweise, seine prästabilierte Sozial-Harmonie, seinen sozialen Optimismus, sowie die rein praktisch-politischen Bestrebungen des eigenartigen Mannes in ein geschlossenes System zu bringen und kritisch zu beleuchten. Die dabei in Fülle eingeführten, geschickt gewählten Citate aus den Schriften des Politikers und Oekonomen lassen deutlich die charakteristischen Seiten Bastiats erkennen. Sehr originell muten noch jetzt die Stellen an, wo der Theoretiker des Liberalismus sich polemisch gegen den Kommunismus wendet. Der Autor hat auch eine kurze Abhandlung Bastiats »Gesetz« betitelt, als Anhang ins Deutsche übertragen, wo besonders die ethisch gefärbte Argumentation Bastiats für die Grenzen der Staatswirksamkeit hervortritt. Kurzum, wir haben im vorliegenden Buche ein Bild des ganzen

Mannes und ein Stück sozial-geistiger Geschichte. Nur gegen die Kritik des Verfassers lassen sich Einwände erheben. Sie ist nämlich eine immanent-empiristische, während Bastiat überwinden vor allem die mechanistische Betrachtungsweise des sozialen Lebens und den verhängnisvollen Naturalismus überwinden heisst. Vollzieht man dies, so fallen alle Argumente Bastiats gegen den Sozialismus (wenn auch nicht gegen den Kommunismus) dahin. *Bd.*

Lipinski, R.: **Das Recht und der Rechtsweg der Handlungsgehilfen** (Kaufmannsgerichte). Leipzig 1904, Richard Lipinski. 192 S. 8°. Preis 70 Pf.

Ein ungemein reichhaltiges Handbuch für Handlungsgehilfen, die sich über ihre Rechte und Pflichten zu orientieren wünschen. Es zerfällt in folgende Hauptgruppen: Das Recht des Handlungsgehilfen (allgemein); Beginn des Dienstverhältnisses; Die Erfüllung des Dienstvertrags; Soziale Fürsorge; Arbeitszeit in offenen Verkaufsstellen; Die Sonntagsarbeit; Das Gehalt; Kündigungsfristen; Lösung des Dienstverhältnisses; Das Zeugnis; Die Konkurrenzklausel; Das Lehrlingsverhältnis; Der Rechtsweg der Handlungsgehilfen; Die Kaufmannsgerichte.

In seinem Vorwort bemerkt der Verfasser, dass an der Wende des Jahrhunderts durch das Bürgerliche Gesetzbuch und die Gewerbeordnung »das Recht der Handlungsgehilfen im Arbeits- und Dienstvertrage wesentlich verbessert worden« sei. Wenn auch nicht alle Forderungen und Wünsche der Handlungsgehilfen erfüllt worden seien, so sei doch »eine beachtenswerte Verbesserung der Verhältnisse der Handlungsgehilfen in rechtlicher und sozialer Beziehung herbeigeführt worden«. Eine ähnliche relative Anerkennung wird dem am 1. Januar 1905 in Kraft tretenden Gesetz über die Kaufmannsgerichte zuerkannt, das möglichst im Sinne der Handlungsgehilfen zu verbessern der Verfasser in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter bemüht gewesen ist.

Der Verfasser hat bei Fragen, wo auf seiten der Gerichte etc. Differenzen über die Auslegung des bestehenden Rechts obwalten, die betreffenden Streitpunkte hervorzuheben gesucht und Material zur Würdigung der Streitfrage beigefügt.

Auszeichnungen am Rande erhöhen die Uebersichtlichkeit des Buches, und ein ausführliches Schlagwortverzeichnis erleichtert das Nachschlagen. Durchgängig empfängt man den Eindruck, dass der Verfasser nicht zu viel sagt, wenn er am Schluss seines Vorworts erklärt: »Es ist der umfassende Versuch gemacht worden, ein gutes, brauchbares Werk zu schaffen.« Der auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung stehende Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands hat die Schrift in Verbreitung übernommen.

Lüdemann, Heinrich: **Gott ist tot; es lebe der neue Gott oder die Germanisch-katholische Kirche.** Eine reformatorische Tat. Selbstverlag des Urhebers. Jahr [?]. 102 S.

Lange zögerte ich, die vorliegende Broschüre anzuzeigen. Man vermag nämlich schwer mit sich ins reine zu kommen, ob man es hier mit einem Narren, einem Betrüger oder Pseudo-Propheten zu tun hat. Der Kuriosität wegen nur ein paar Stellen aus dem Schriftchen des »germanischen Papstes«.

»Am 30. Juni 1904, vormittags gegen 11 Uhr, — berichtet der »Urheber der Tat«, — erschien ich auf dem Rathause der Stadt Wilhelmshaven vor dem Bürgermeister . . . und überreichte demselben mit diesen Worten einen Brief: »Ich habe den Auftrag . . .« Die Adresse des Briefes lautete: »An den Magistrat der Stadt, in der ich als ein Kind Gottes g e b o r e n bin«. Der Brief selber lautete so:

Heinrich Lüdemann
Korrespondent für die Firma
»Gott und Söhne«

»In der Anlage überreiche ich drei Dokumente für die Taten Gottes am deutschen Volke behufs Einverleibung derselben in die Archive der Stadt Wilhelmshaven. Euer Heinr. Lüdemann, Kind Gottes, d. h. Weltbeherrscher,

d. h. Kind Gottes . . . — »Das erste Dokument. Was will der Lüdemann eigentlich?« »Das zweite Dokument. Nieder mit den Buchgelehrten!« »Das dritte Dokument. Deutschland, warum siegt Japan?« Der neue »Papst« entwickelt dann einen seichten Platonismus, der den Menschen zu beweisen habe, dass er in zwei Welten lebt. Und es gibt Stellen in der Broschüre, von denen der Autor sagt, sie seien ihm »aus der Geisteswelt nicht nur inspiriert, sondern Wort für Wort diktiert worden.« »Wer nach dieser meiner Erklärung an der Wahrhaftigkeit meiner Aussage einen lauten Zweifel äussert, gestattet mir damit, seinen Namen aus der Liste meiner Mitmenschen zu streichen« (S. 98). Genug! Haben wir einen Lalhard vor uns oder vielleicht eine Satyre auf den — »neuen Gott«! Bd.

Marianus: Die heiligen Knochen und der Staatsanwalt. (Volksschriften zur Umwälzung der Geister. Heft XV.) Bamberg, Verlag der Handels-Druckerei. 63 S. 16°. Preis 20 Pf.

Eine Volksschrift gegen den Reliquien-Aberglauben der katholischen Kirche und den Gotteslästerung, Religionsschmähung etc. bedrohenden § 166 des Reichsstrafgesetzbuches.

Menger, Dr. Anton: **Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung.** Dritte verbesserte Auflage. Stuttgart und Berlin 1904. J. G. Cotta Nachf. 181 S. 8°. Preis: 3 Mk.

Mengers in verschiedene Sprachen übersetzte Abhandlung über das Recht auf den vollen Arbeitsertrag liegt hier in dritter, mehrfach verbesserter Auflage vor. Leider scheint es nicht möglich gewesen zu sein, ihr die Vorrede einzuverleiben, die Prof. H. S. Foxwell für die englische Ausgabe dieses Buches geschrieben hat (sie ist bereits in deutscher Uebersetzung William Thompsons Untersuchung über die Verteilung des Reichtums, Berlin, R. L. Prager, vorgedruckt) und die unseres Erachtens nirgends so am Platze gewesen wäre, wie hier. Wie Foxwell in England, so darf Menger für die Länder deutscher Zunge den Anspruch darauf erheben, einer der besten — wenn nicht der beste Kenner der Literatur des älteren Sozialismus zu sein.

In der Fundierung auf diese grosse Literaturkenntnis liegt einer der Vorzüge der Mengerschen Arbeit. Als sie in erster Auflage herauskam (1886), spielte bei den Anhängern von Marx und Rodbertus noch der Prioritätsstreit hinsichtlich der Arbeitswert- und Mehrwerttheorie eine gewisse Rolle. Es ist mit das Verdienst von Menger, dass dieser Prioritätsstreit vollständig verstummt ist. Freilich, den vornehmsten Grund, warum dieser Prioritätsstreit gegenstandslos war, hat Menger nicht aufgedeckt; das hat vielmehr Marx' Mitarbeiter Friedrich Engels besorgt, indem er die Verschiedenheiten der Gestalt und Rolle der betreffenden Theorien bei Marx und Rodbertus blosslegte — leider nicht ohne dem Theoretiker Rodbertus verschiedentlich Unrecht zu tun. Und Engels konnte dabei darauf verweisen, dass Marx selbst wiederholt die Schriftsteller zitiert hatte, denen er seine Wert- und Mehrwerttheorie quasi heimlich entlehnt haben sollte. Aber bei dem Prioritätsstreit waren eben die Marxschen Hinweise auf die ältere sozialistische Literatur lange Zeit vollständig ignoriert worden — und zwar nicht nur von seiten der Schüler — und als dann schliesslich der älteren Sozialisten gedacht wurde, geschah es in durchaus unzureichender Weise. Mengers Buch gab den Anstoss zu einer schärferen Heraushebung der unterscheidenden Merkmale der in Frage kommenden Theorien und lieferte zugleich sehr wichtige Literaturnachweise für das Studium des älteren Sozialismus.

Nach einer anderen Seite hin ist es das Verdienst der Mengerschen Arbeit, aus der Literatur des älteren und zum teil auch des neueren Sozialismus die beiden Rechtsgedanken klar herausgelöst zu haben, die bald unvermittelt nebeneinander, bald aber in mehr oder minder schroffem Widerstand miteinander durch diese Literatur ziehen: die Forderung des Rechts auf Existenz und die Forderung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag — und ihr rechtstheoretisches Verhältnis zu einander lichtvoll und mit scharfer Begriffsbestimmung dargestellt zu haben. Wenn er dabei den Juristen stärker

in den Vordergrund treten lässt, so wird der aufmerksame Leser bald herausfinden, dass der Jurist den Volkswirtschaftler nicht völlig unterdrückte. Die tatsächliche Entwickelung hat denn auch seine Diagnose nicht Lügen gestraft: das Postulat des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag ist heute »so tot wie Julius Cäsar«; es hat in den sozialpolitischen und direkt wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter jede Realität, jede Zugkraft eingebüsst: im Zeitalter der Tarifverträge ist es gegenstandslos geworden. Dagegen erfüllt das Postulat des Rechts auf Existenz noch immer das Denken der Arbeiterklasse und kehrt in ihren gesetzgeberischen Vorschlägen bei jeder Gelegenheit in dem jeweiligen Gesetzesobjekt angepasster Form wieder.

Im Vorwort zur ersten Auflage der Mengerschen Schrift heisst es: »Die vorliegende Schrift . . . ist ein Fragment aus einem grösseren Werk, in welchem ich den Sozialismus als ein Rechtssystem darzustellen versuche.« Das so angezeigte Werk ist inzwischen erschienen. In seiner »Neuen Staatslehre« hat der berühmte Jurist das Versprechen eingelöst, die sozialistischen Ideen in Rechtsbegriffe zu verwandeln. Der Fehler und die Vorzüge des vorliegenden Buches kehren da in wesentlich gleicher Gestalt wieder — bei einem ausgereiften Denker keine unerwartete Erscheinung. Der Fehler besteht in der Neigung zur Entwickelung aus dem Begriff, die immer, ob es sich um philosophische oder juristische Begriffe handelt, auf einem gewissen Punkt mit der Wirklichkeit in Widerstreit tritt, weil die Welt sich nicht nach Begriffen entwickelt. Wenn Menger es in dieser Schrift fertig bekommt, die Besitzkonzentration im alten Rom mit der Konzentration der Produktionsmittel in der modernen Gesellschaft auf eine Stufe zu stellen (vergl. S. 113), so sind damit schon prinzipiell die Fehler seiner »Neuen Staatslehre« angezeigt. Zugleich künden sich aber auch die bedeutsamen Vorzüge dieses Werkes durch die dialektische Schärfe an, mit der in der vorliegenden, so stoffreichen Arbeit die Rechtsbegriffe herausgeschält sind, die den Vorschlägen der verschiedenen Sozialisten mit Bezug auf die Regelung der Eigentumsfrage in ihren verschiedenen Verknüpfungen — oft den Urhebern selbst unbewusst oder wenigstens nicht genügend von ihnen durchgearbeitet — zu Grunde liegen.

Peters, Dr. Carl: **England und die Engländer.** Berlin, C. A. Schwetschke & Sohn. VII und 278 S. 8°. Preis 5 Mark, geb. 6 Mark.

Selten kommt einem heute noch ein Buch historischen oder politischen Inhalts zu Gesicht, in welchem das soziale Gewissen so sanft und unbehelligt in den Armen des Traumgottes ruht, wie hier. Wenn von einem bürgerlichen Staate (und sei es auch England) behauptet wird, dass in ihm »die Förderung der Gesamtinteressen sich unmittelbar lohnt«, dass in ihm »Egoismus und Gemeinsinn zusammenfallen, weil ihre Interessen identisch sind«, so ist durch solche Ahnungslosigkeit, die zu gross ist, um eitel Heuchelei zu sein, wahrlich Altmeister Bülow übertrumpft. So absolut und restlos sind Entrechtung und Ausbeutung vielleicht noch von keinem der vielen dienstbaren Geister des Bestehenden eskamotiert worden. Wie bei solch unbefleckter Lebensanschauung Moral und Logik gleichen Schritt halten, das gelangt natürlich in diesem Buche des öfteren zur Erscheinung.

Tritt man nun aber an es mit einem einschränkenden Gesichtspunkte heran, der sich nach dem Gesagten wohl von selbst kennzeichnet, so stellt es sich immerhin als eine in ihrer Art nützliche Arbeit dar. Diese Aufsätze über Stadt und Land, Gesellschaft und Volk, Politik und Wirtschaft u. s. f. sind im ganzen flott geschrieben, enthalten auch einige geistreiche Stellen und haben den Wert einer Aufklärung für viele in Deutschland, wo ja die verkehrtesten und albernsten Ansichten über England und Engländer grassieren. — Nicht tiefe Menschenkenntnis spricht aus dem Buche, auch nicht ein besonderer politischer Sinn, seine Vorzüge sind ein lebhafter, doch nicht kritikloser Enthusiasmus und eine, wenn auch oberflächliche, so doch an der Oberfläche ziemlich gut orientierte Breite, der fortgesetzte eigene Erfahrung zu gute kommt. Das Buch ist, um es kurz zu sagen, die Arbeit eines deutschen Herrn von höherer gesellschaftlicher Position, der zehn Jahre in London gelebt und dort die Fähigkeit erworben hat, des Deutschen Reiches Herrlichkeit von

oben herunter zu betrachten und dieselbe an dem Maasse einer alten Kultur zu messen. Noch schwärmt er für Hohenzollern, aber nicht mehr für den Leutnant unserer Habykultur mit den Taschenbürstchen. Und bei allem Monarchismus weiss er, dass die Beugung eben dieses Prinzips unter das der Stände einer der wichtigen Faktoren der glücklichen englischen Entwickelung war. Er sieht zwar noch in der deutschen Armee ein hohes Vorbild, aber schon weiss er, dass in England die politische Freiheit des Individuums Menschen mit einem eingeborenen gesetzlichen und ritterlichen Charakterzug erzeugt hat, während in Deutschland nach allem Drill, allem Bevormunden und Anschnauzen selbst die oberen Klassen noch immer schlechte Manieren haben und in den Strassen nicht einmal die Kutscher an ein ordentliches Benehmen denken. Es fehlt in dem Buche also nicht an Widersprüchen, besonders auffallend zeigt sich das bei der Stellung zu Chamberlain, dem Peters huldigt. Gerade auf Grund des von Peters oft und gut hervorgehobenen Zuges der organischen Entwickelung auf allen Zweigen der nationalen Existenz Englands kann man sich dem Grössenwahn eines britischen Imperialismus nicht zuwenden. Zudem hat Peters doch auch erkannt, dass England heute Wichtigeres zu tun hat, dass es zu Hause die allgemeine Bildung fördern und die infolge der allgemein gehobenen Ansprüche erlahmende, durch die Spielwut schon stets gefährdete Arbeitslust im kleinen Wirkungskreis zu schützen hat. Die gehobene Lebenslage wird übrigens entschieden viel allgemeiner hingestellt, als sie ist. Sie kommt nicht in der Weise den Massen zu gute, und der englische Arbeiter ist nicht so gesegnet, wie es hier aussieht. Es gibt gerade jetzt Elend in Menge in England, wovon wir bei Peters aber nichts hören.

Ein hässlicher Mangel des Buches ist seine grosse Eilfertigkeit und Ungenauigkeit. Die statistischen Ziffern stimmen nicht einmal immer untereinander. Der Erfinder der Dampfmaschine, Watt, und der Maler Watts sind im Namenregister zusammengeworfen, das Klatschblatt »M. A. P.« (»Mainly about people«) wird uns als geistreiche, meisterhafte Wochenschrift aufgezählt, Bismarck soll sich auf den Bund der Landwirte gestützt haben etc. Auch kann man höchstens raten, was der Autor damit meint, wenn er wiederholt versichert, England stehe auf dem Uebergang vom Industrialismus zum Kapitalismus. Der Gebrauch dieses letzten Wortes etwa für Welthandel ohne Eigenproduktion wäre ein zu eigenmächtiger. — Erwähnen müssen wir noch die Angriffe gegen die deutsche Presse. Weil sie Artikel ohne Namensunterschriften gegen Dr. Peters brachte, wird sie in Grund und Boden verdammt, und die sozialistische, heisst es, sei der offiziösen ebenbürtig. Diese von persönlichem Groll diktierten komischen Uebertreibungen sollen uns nicht verhindern, von der Person absehend, dem Buche gerecht zu werden. *F. L.*

Reinhard, August von: **Die Pflege des reinen Menschentums.** Berlin 1904. Verlag von Alfred Ungar. Preis: 2 bezw. 3 Mark.

In der Oktober-Nummer dieser Zeitschrift haben wir ein Buch besprochen, das zu dem Schlusse kommt: die Freimaurerei sei im grossen und ganzen ein ziemlich überflüssiges Institut. Nun haben aber die Freimaurer bisher immer noch einen Haupttrumpf gegen ihre Gegner ausgespielt: den Humanitätsgedanken. Fragen wir also, ob die Freimaurer selber es verstehen, diesem — abgesehen von der Gründung einiger Wohltätigkeitsanstalten und gegenseitiger Unterstützung — den grossen Sinn einzuflössen, der in dem Worte liegt.

Das uns vorliegende Buch ist »dem Andenken Johann Gottfried von Herders gewidmet zur hundertsten Wiederkehr seines Todestages am 18. Dezember 1903«. Ein wenig spät ist das Buch somit freilich gekommen. Wer ist der Verfasser? Ein alter General und »Bruder Freimaurer« dazu. Er ist »kein Fachmann«, vielmehr »ein Ungelehrter, der sich selbst klarer werden will über den Inhalt dessen, was wir Humanität nennen«. Gewiss sehr löblich...

Der Verfasser ist in der Tat »ein Ungelehrter«, und darunter leidet seine Schrift. Wir erfahren in ihr nichts Neues, sie bringt uns keinen Schritt vorwärts. Was hundertmal schon gesagt wurde über Humanität und Menschentum, hier hören wir es wieder, weder besser noch tiefer. Dazu mangelt dem Autor ein scharfes und klares Denken, manche Anschauung ist gar zu laien-

haft. Dass wir auf Widersprüche stossen, mag noch hingehen. Aber wir können heute, ein Jahrhundert nach Herders Tode, doch verlangen, dass der Humanitätsgedanke Fühlung mit dem Geiste der neuen Zeit erhält, dass er nicht als ein abstrakter, blutloser Schemen herumspuke! Unsere wichtigste Lebensaufgabe sei es, so hören wir vom Anfang bis zum Ende, unser gottgewolltes Menschentum zu pflegen. »Vernünftig denken und handeln zu lernen, Wahrheit erkennen und ausführen zu lernen, das Gewissen für Recht und Unrecht zu schärfen und die Empfindung für alles Schöne und Edle zu wecken und zu heben, darin besteht, kurz gesagt, die Erziehungsaufgabe.« Sehr brav, sehr gut, wirklich — aber, leider! auf das »Wie« kommt es an. Wie ist all dies zu erreichen? Dass das Ziel schön ist, mein Gott, wer leugnet das? Aber der Weg zu dem Ziele muss aufgezeigt werden. Ins praktische Leben verpflanze man die Theorie! Man zeige, wie sich Humanität verträgt mit den heute ringenden Gegensätzen. Wir sollen »im Geiste der richtigen (?) Humanität leben, in dem Geiste, dem die Erde kein Jammertal ist, der ein Menschentum ohne den Götterfunken der Freude nicht kennt, dem das Leben weder eine Zwangsjacke ohne selbständige Ueberzeugung, noch ein Freiheitsschwindel ohne Ordnung und Gesetz ist usw.« — ja, was soll denn eigentlich diese, ich möchte fast sagen: philiströse Gemeinplätzlichkeit? Das ist ein allgemeines Gerede, das uns auf dem Wege der Humanität nicht einen Schritt vorwärts bringt.

Ich möchte dem Leser nicht noch mehr der Binsenwahrheiten vorführen, die sich massenhaft in dem Buche finden. Direkt falsch ist der Satz, dass »die Hauptsache in jeder Religion ihr sittlicher Inhalt« sei. Wäre dem so, dann haben wir eben nicht Religion, sondern Ethik!

Doch genug davon! Sehen wir das Buch ganz äusserlich an, so erscheint es als eine grosse Kompilation. Man erstickt fast in den seitenlangen Zitaten, die einen kaum erkennen lassen, wo der Verfasser einen Anlauf zu selbständigem Denken gemacht hat.

Kurz: ein ebenso gesinnungstüchtiges, wie — überflüssiges Buch, das weniger fördert als aufhält, und an dem nur unklare Köpfe, Humanitätsschwärmer, Freude haben werden. Man sollte in Widmungen an Geister wie Herder etwas vorsichtiger sein!!

Also, ziehen wir den Schluss: der Freimaurer selber (und der Verfasser ist ein in Freimaurerkreisen höchst angesehener Herr und hat selber in ihnen die höchsten Stellen bekleidet) vermag es nicht, dem Begriff »Humanität« die rechte Anschauung zu geben, und »Begriffe ohne Anschauungen sind leer«, sagt Kant. So ist das Buch des Freimaurers selbst ein Beweis für die geistige Unfruchtbarkeit der »edlen Maurerei«.' *f—l.*

Sozialdemokratie. Protokoll über die Verhandlungen des **Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Bremen** vom 18. bis 24. September 1904. Mit einem Anhang: Bericht über die **3. Frauenkonferenz** am 17. und 18. September 1904 zu **Bremen.** Berlin 1904, Buchhandlung Vorwärts. 384 S. 8°. Preis 70 Pf.

Neben den regelmässig wiederkehrenden Rechenschaftsberichten und Verwaltungsfragen beschäftigten den Bremer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die Fragen: Generalstreik; Fall Schippel; die Organisation der Partei; die Maifeier; die Kommunalpolitik; das Fremdenrecht. Auf der Frauenkonferenz wurden neben Agitations- etc. Fragen insbesondere die Schulfrage und der Kinderschutz behandelt. Das Protokoll gibt die Debatten in voller Ausführlichkeit wieder und erleichtert, wie seine Vorgänger, das Nachschlagen durch gute Sprech- und Sachregister.

Sozialisten-Kongress, Internationaler, zu Amsterdam 1904. Berlin 1904, Buchhandlung Vorwärts. 78 S. 8°. Preis 40 Pf.

Die Hauptfragen, die der Kongress verhandelte, betrafen: die internationalen Regeln der sozialistischen Politik; die Kolonialpolitik; die Auswanderung und Einwanderung; die Trusts. Hinsichtlich der ersten dieser Fragen gibt das Protokoll in einem Anhang

auch einen etwas abgekürzten Bericht über die Debatten in der Kommission, der sie der Kongress zur Vorberatung überwiesen hatte; bezüglich der anderen Fragen beschränkt es sich auf Wiedergabe der Plenarverhandlungen und Abdruck der Resolutionen, die leider, soweit sie aus anderen Sprachen ins Deutsche übertragen sind, oft fast unverständliche Sätze enthalten.

Sullivan, W. R., Washington: **Die Bibel in Fetzen.** Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Helene Riez. Wien, Leipzig, Budapest 1904, Moderner Verlag. 78 S.

Es ist nichts Neues, was in der vorliegenden Broschüre geboten wird, — besonders für Deutschland, dem Lande der D. F. Strauss, Bruno Bauer, Harnack und Delitzsch. Und doch sind es zu aufklärerischen Zwecken höchst wertvolle, gemeinverständliche und namentlich auch wissenschaftlich fundierte Beiträge über einzelne Partien der Bibel. Das Ziel des Verfassers ist, auf den irdischen und zwar historisch-menschlichen Ursprung der Legenden vom Antichrist, von Judas Ischariot, vom Turm zu Babel und auch der Legende von der angeblichen Päpstin Johanna hinzuweisen. »Legenden« — sagt der Autor — » . . . sind erdgeborene Fabeln, erzeugt aus der Verwunderung des Menschen über das, was er nicht verstehen kann« (S. 63). »Bibel in Fetzen« — bezeichneten nicht ohne Witz die Gegner der rationalistisch-historischen Bibelkritik die dabei gewonnenen Resultate. Aber Dr. Washington Sullivan, der Gründer der »Ethical Religion Society«, wehrt sich energisch gegen diesen Titel, da die Grösse des »Buches« keineswegs durch die Kritik herabgesetzt werde. Stellt doch, nach einem bekannten Worte, das Begreifen des Werdens noch nicht den Wert des Gewordenen in Frage, zieht doch die Niedrigkeit des Ausgangspunktes noch durchaus nicht die erreichte Höhe des Zieles herab. *Bd.*

Staudinger, Franz: **Sprüche der Freiheit.** Wider Nietzsches und anderer Herrenmoral. Darmstadt 1904, Ed. Roether. 186 S. 8°. Preis 2 Mk., geb. 3 Mk.

Professor Franz Staudinger gehört zu jenen Ethikern ,bei denen ethische Gesinnung sich alsbald in sozialpolitische Tat umsetzt. Auf den verschiedensten Gebieten der Sozialpolitik, in der Bodenreform, der Wohnungsreform und nicht zum mindesten dem Genossenschaftswesen ist er den am entschiedensten Vorwärtsstrebenden ein geschätzter Mitarbeiter. Kein Sozialdemokrat im Sinne der sozialdemokratischen Partei, ist er zugleich ein guter Demokrat und ein sozialistisch denkender Oekonom.

Von dieser Tendenz sind seine »Sprüche der Freiheit« diktiert. Sie atmen einen sehr realistischen, sehr dem Konkreten zugewandten Geist: statt mit den mehr generalisierenden Begriffen »Masse«, »Individuum«, »Herren«, »Knechte« zu operieren, geben sie mit Vorliebe all diesen und ähnlichen Abstraktionen sehr konkrete bestimmende Eigenschaften: Massen in bestimmter Lebenslage, Herren in bestimmter Herrschaftsstellung. Die getragene Sprache teilt je nachdem eine fast brutal prosaisch bestimmte Tatsache der Oekonomie, der Tagespolitik, des Gesellschaftslebens mit. Das gibt dann eine Art Dissonanz, an die man sich erst gewöhnen muss, um die innere Harmonie des ganzen Buches zu erfassen. In Einzelheiten ist es oft richtige Prosa, als Ganzes aber ist es, wie in vielen seiner Teile, echte Poesie. Ein philosophischer Geist durchdringt es. Professor Staudinger ist geschulter Philosoph, dessen Standpunkt wir am richtigsten zu treffen glauben, wenn wir ihn als Vertreter der äussersten Linken des Neukantianismus bezeichnen. Und von seinem philosophischen Denken zeugen einige der schönsten Stücke dieser »Sprüche der Freiheit«.

Stolze, Dr. F.: **Das entschleierte Bild zu Sais.** Sozialer Roman. Rostock, C. J. E. Volckmann. 358 S. 8°. Preis: 4 Mark.

Dieser literarisch recht fragwürdige Roman soll ein »Kampfmittel gegen die rote Gefahr« sein und gibt sich als eine Utopie, die sich direkt gegen diejenige Bellamys wendet. In dem amerikanischen »Zukunftsstaat« des Dr. Stolze ist die Produktion verstaatlicht, eine Idee, die allerdings dem Sozialismus entlehnt ist. Was aber sonst im Jahre 1924 dort vor sich geht, hat

keinen zwingenden Zusammenhang mit diesem Gedanken, noch überhaupt mit dem sozialdemokratischen Gedankenkreis. Das Ende einer Unzahl in der Luft schwebender, schon nicht mehr erheiternder Naivetäten ist die Erhebung der körperlich Arbeitenden, um die Geistesarbeiter auf halbe Ration zu setzen, denn es sei »immer ein sozialdemokratischer Satz gewesen, dass nur der eigentliche Arbeiter, der voll mit der Kraft seiner Glieder eintritt, wirklich arbeitet«.

Die technischen Einfälle bieten keine Entschädigung. Es mutet seltsam an, dass ein erwachsener Schriftsteller technische Kuriosa ausheckt, um sie selbst mit Kennermiene zu bemängeln. Wenn er so klug ist, warum schiebt er solche Dinge (Kinderwiegen à 50 Babies mit Infektion fördernden Kotabzugskanälen etc.) den Technikern der Zukunft in die Schuhe? Er hält sie wohl für perfekte Idioten? Hier zeigt sich so recht die ganze Geschmacklosigkeit der utopistischen Kritik am Fortschritt.

Wie steht's übrigens mit dem Wissen des Propheten um die Gegenwart? Uns darüber orientieren, heisst seiner Verantwortungsfähigkeit auf den Zahn fühlen: In der einleitenden Fabel (1905 in Berlin) hören wir von einem Privatdozenten, der »zur sozialdemokratischen Partei gehörte und ihre Theorien in seinen Vorlesungen offen vertrat«. Auch existiert nach Dr. Stolze im Gegenwartsstaate Deutschland »die treffliche geheime Organisation« der sozialdemokratischen Partei. Man muss sagen, er hat sich im Leben gut umgesehen. Und erst in der Wissenschaft! Da ist ein bekehrter Sozialist, der zeigt nun die Fehler des Zukunftsstaates auf. Zunächst zeigt er, »wie durch die gleichmässige Sorge des Staates für jeden einzelnen das Element des Kampfes ums Dasein und damit die nach der Tüchtigkeit sich richtende Auswahl und Begünstigung völlig beseitigt werde«. Dr. Stolze bezieht sich also auf Darwin. Er weiss aber nicht, dass Darwin selbst auf Seite 149 der »Abstammung« (5. Aufl.) darauf hinweist, dass die Auslese der Tüchtigsten gestört wird durch die Bevorzugung der Besitzenden von Geburt an. Er kann also natürlich auch nicht begreifen, dass gerade die »gleichmässige Sorge des Staates« für jeden einzelnen zu dem Ideal der Darwinschen Auslese hinführen würde.

Man könnte das Buch für gut gemeint und braver Gesinnung entsprossen, wenn auch konfus und unreif halten. Aber mitunter leuchtet ein kleiner Zug in den dunklen Wald seiner Gefühlswerte. Dass die Menschen und besonders die Frauen in Dr. Stolzes Staat keine sittlichen Gebote, sondern nur ein gewissenloses, wüstes Haschen nach Lust und Freuden kennen, das gehört zur moralischen Abschreckung. Dass aber die in die Handlung verflochtene typische Vertreterin dieser abschreckenden Weiber Nora heisst, dieses ist ine gehässige, pfäffische Schmähung — nicht der Sozialdemokratie, sondern des modernen Individualismus in seiner edelsten Blüte wahren Menschentums. Diesen Streich hätte Dr. Stolze um seiner selbst willen ungeführt lassen sollen, der Mut dazu dürfte innerhalb der europäischen Intelligenz heute nicht ein zweitesmal zu finden sein. *F. L.*

Tschirn, G.: **Die Kirche als Gegnerin der Wissenschaft.** Volksschriften zur Umwälzung der Geister, Heft XXXX. Bamberg, Verlag der Handelsdruckerei. 62 S. 16°. Preis 20 Pf.

Ein nicht fehlerfreies Register der Sünden der Kirche wider den Geist der Wissenschaft. Der Verfasser führt Aussprüche religiös gesinnter Volksmänner als gegen die Wissenschaft gerichtet an, die tatsächlich nur einem volksfeindlichen Schriftgelehrtentum galten, mit dessen Wissenschaft es oft gar nicht zum Besten stand.

2. In französischer Sprache.

Laur, Francis, Ancien Député: **De l'Accaparement. Tome Troisième: La Concentration Industrielle en France.** Essai documentaire. Paris, Société Anonyme des Publications Scientifiques et Industrielles. 500 S. 8°.

Die Trust- und Syndikatbildung in Frankreich ist offenbar über das Anfangsstadium weit hinaus. Sie hat ganz spezifische Formen angenommen,

die sich von dem gewissermassen absolutistischen, amerikanischen Urbild scharf abheben und die des Studiums wert scheinen. Solch ein Studium würde hier einiges Material finden. Dass dasselbe jedoch mit grosser Vorsicht aufzunehmen ist, dafür sprechen die so aufdringliche und heftige manchesterliche Tendenz des Buches, das theatralische Pathos und die Verherrlichung von Geschäftsmanipulationen von notorischer Scheusslichkeit, wie z. B. diejenige des gemeinsamen Pressedienstes der Bahnen unter Herrn Carlier, welchem hier eine »haute distinction« vindiciert wird. Diese Arbeit Laurs ist durchaus nicht nur ein historischer Ueberblick, obwohl sie sich manchmal allein als ein solcher vorstellen möchte. Sie ist eine begeisterte, stellenweise zu verzückten Tönen sich versteigende Hymne auf die Concentration der Betriebe, auf den Trust und — — die private Initiative, genannt »Liberté«. Im Falle der französischen Eisenbahngesellschaften, deren Interessengemeinschaft und partielle Vereinigung Laur einen »Trust modèle« zu nennen liebt, ist ihm die Verbindung geradezu der Schutz gegen die Nutzbarmachung der Betriebe für die Allgemeinheit, gegen die drohende Verstaatlichung. Die Begeisterung entspringt also auch nicht dem Gedanken, dass der Trust in gewisser Weise dem Fortschritte dient, sondern ihr Grundton scheint jenes religiöse Gefühl zu sein, welches angesichts gehäufter Kapitalmacht von der Seele eines alten Unternehmers Besitz nimmt. Auf der Basis gläubiger Bewunderung ist manche Verschrobenheit erklärlich, der man hier begegnet. Diese wahrscheinlich ehrliche Apologie sieht z. B. in dem metallurgischen Syndikat von Longwy in Lothringen, weil dort die Grenze nahe sei, »der Grossindustrie etwas Patriotismus beigemischt«, und findet, dass die Teilhaber dieses »Comptoir patriote« »sich als die Edelleute betragen, die sie sind, und der Bewachung und Beschränkung nicht bedürfen«. Auch der Kapitalismus hat lobsingende Anachoreten und heilige Zeloten. *F. L.*

Rignano, Eugenio, Associé de l'Institut International de Sociologie: **Un Socialisme en harmonie avec la doctrine économique libérale.** Paris, V. Giard & E. Brière. 387 S. 8°.

Rignanos Untersuchungen und Betrachtungen sind der Frage gewidmet, wie das Proletariat, wenn es zur Macht der Gesetzgebung gelangt, seine wesentlichen Interessen befriedigen könne »durch Einführung eines neuen Besitz-Rechts«. Unter den wesentlichen und berechtigten Interessen des Proletariats versteht auch er die Vergesellschaftung (Nationalisation) der Produktionsmittel, nur möchte er dieses Ziel nicht durch »gewaltsame Expropriation« erreicht sehen. Selbst eine friedlich Expropriation, an die der Autor aber nicht zu glauben scheint, habe ihre Schwierigkeiten, weil die Akkumulation doch immer diesseits der Grenze bleiben wird, die nötig wäre, damit der Kollektivismus als reife Frucht vom Baume der Entwickelung falle. Rignano hat deshalb einen Weg ausgedacht, auf welchem sich, wie er glaubt, ein gradueller Uebergang vom jetzigen zum neuen Régime »ohne Stoss und Erschütterung« bewerkstelligen lässt. Er fordert eine Umgestaltung des bestehenden Erbrechts. Letzteres ist ihm der eigentliche Sitz sozialer Ungerechtigkeit, und er deckt in knapper und treffender Zusammenstellung die Haltlosigkeit jener liberalen Soziologie auf, welche so laut den Schutz jeder Persönlichkeit zu predigen weiss und zugleich am unbeschränkten Erbrecht festhält.

Seine Reform denkt sich Rignano derart, dass der Staat und die Gemeinde nach einem progressiven Staffelsystem an allen Erbschaften profitieren. Ein Kind verliert von dem Erbe des Vaters 1/x (sei es ⅓, ¼ oder ⅕); wenn der Rest dann aber an den Enkel gelangt, so verliert der Enkel 2/x dieses Restes, der Urenkel wird 3/x des abermaligen Restes verlieren u. s. f. bis x/x. Zugleich wird natürlich von dem Neuerwerb des Sohnes bei Uebergang an den Enkel ebenfalls 1/x, beim Uebergang an den Urenkel 2/x abgezogen, sowie auch vom Neuerwerb des Enkels bei Vererbung an den Urenkel gleichfalls schon 1/x. — Mit den verstaatlichten Geldern und Besitztümern soll dann den »arm geborenen« Arbeitern »der freie und unentgeltliche Gebrauch einer immer wachsenden Menge von Produktionsmitteln« ermöglicht werden. Infolgedessen werden die Arbeitslöhne steigen und die Arbeitermassen werden — — »die Möglichkeit haben, zu sparen, Ersparnisse anzusammeln, die sie ihren Kindern hinterlassen«. Rignano geht also aus von der Verurteilung des

Erbrechts, als einer dem Gedanken der Gerechtigkeit entgegengesetzten Institution, und endet mit einer allerdings gemilderten und verallgemeinerten Eternisation des Erbrechts.

Um die Harmonie seines, von ihm »Sozialismus« getauften Systems mit der liberalen Doktrin zu erweisen, hebt Rignano hervor, dass das Recht, zu vererben, keineswegs mit dem Recht, zu besitzen, identisch sei, dass es vielmehr nach Wagner nur eine der Befugnisse des Besitzes ist, dass also eine Modifikation des Erbrechts keine Vernichtung, sondern nur eine Neuformulierung des Eigentums zu sein braucht. Solch ein theoretischer Nachweis erscheint unnötig, wenn man Rignano versichern hört, dass nur sein »Sozialismus« den Menschen den Anreiz zur Arbeit erhalte, weil er ihnen das Erbrecht erhält. In dieser so echt bürgerlichen Furcht, dass in einem kommunistischen Staate alles den lieben langen Tag auf der Bärenhaut liegen muss, erweist sich zur Genüge eine sehr lebendige und innerliche Harmonie zwischen Rignanos Gedankenwelt und dem liberalen Geiste. Rignanos System unterdrückt nicht die Lohnarbeit, und für den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Individuen, den das Proletariat aus ökonomischen und moralischen Gründen verworfen hat, bedeutet es etwa eine Dosis Morphium, die einschläfert, aber niemals tötet. Die Akkumulation bliebe bei einer Gesetzgebung im Sinne Rignanos erst recht »diesseits der Grenze«, und die Aussicht, auf diese Weise eines Tages die Produktion verstaatlicht zu sehen, gleicht aufs Haar der Aussicht der Danaiden, ein durchlöchertes Fass »graduell« zum Rande zu füllen.

Rignanos System ist nach dem Gesagten kein Sozialismus, sondern ein, seiner letzten Konsequenzen künstlich entkleideter Liberalismus. Dass solcher Liberalismus seine Verwirklichung vom Proletariat zu erhoffen und zu fordern hat, ist lediglich das Eingeständnis seiner inneren Unmöglichkeit. *F. L.*

3. In englischer Sprache.

Kinley, David, Ph. D.: **Money.** A Study of the Theory of the Medium of Exchange. New-York 1904, The Macmillan Comp. (London, Macmillan & Co.). 415 S. 8°. Preis 5 Shilling netto.

Auf kaum einem zweiten Spezialgebiet der politischen Oekonomie sind so viel Theorien aufgestellt worden, wie auf dem der Geld- und Währungsfrage, auf keinem sind daher auch so viel Theorien zusammengebrochen wie hier. Heute ist man demgemäss mit dem Aufstellen von Theorien vorsichtiger geworden: vor allem hütet man sich, umfassende Theorien apodiktischen Charakters aufzustellen. Was nicht erfahrungsgemäss so sicher steht, dass kein ernsthafter Forscher es mehr leugnen kann, wird vorsichtig in Form der Vermutung gekleidet. Nur Spezialfragen, bei denen die Interessen grosser Wirtschaftsgruppen gewichtig hineinspielen, wie z. B. die Frage der Doppelwährung, der Papierwährung etc., werden jeweilig mit dogmatischer, wo nicht axiomatischer Wucht verfochten. Aber in den letzten Jahren ist unter dem Einfluss der sehr gestiegenen Goldproduktion einerseits und der, den Gebrauch von Metallgeld reduzierenden Reformen im Zahlungswesen (Checkverkehr etc.) andererseits die bimetallistische Bewegung sehr abgeflaut und in den theoretischen Erörterungen über das Geldwesen ist die Tonart immer ruhiger geworden.

In diesem Geiste ruhiger, sich gern hypothetisch ausdrückender Objektivität ist das vorliegende Werk gehalten. Sein Verfasser ist Professor der Oekonomie und Dekan an der Universität von Illinois. Sein Buch legt von ziemlich ausgebreiteter Literaturkenntnis Zeugnis ab. Von Deutschen hat er namentlich Knies durchgearbeitet, doch sind ihm auch Bamberger, Schäffle, Wagner u. a. vertraut, während ihm Marx als Theoretiker des Geldproblems unbekannt geblieben ist. Er kennt von der Marxschen Geldtheorie nur so viel, als in J. A. Hobsons Buch von der Entwickelung des modernen Kapitalismus übergegangen ist; den Zusammenhang der Geldsysteme mit der allgemeinen Produktionsentwickelung, und zitiert das zustimmend. Allerdings ist der Zusammenhang der Geldsysteme mit der Verkehrsentwickelung nach Art und Umfang, und dieser letzteren mit dem Stande der Produktion so mit Händen zu greifen, dass kein Oekonom mit gesunden Sinnen ihn bezweifeln

wird. Die eigentlichen Probleme der Geldtheorie liegen heute viel tiefer und lassen sich daher viel schwerer in kurze, gemeinverständliche Sätze zusammenfassen. Wir müssen es daher bei der Signalisierung des Geistes der vorliegenden Arbeit bewenden lassen. Diesen können wir nicht anders, denn als den Geist professoraler Wissenschaftlichkeit bezeichnen. Es ist eine gut orientierende Arbeit, nicht sehr tief, aber gewissenhaft, und untersucht das Problem in Bezug auf alle nur einigermassen wichtigen Gesichtspunkte und Wirtschaftskonstellationen.

4. In russischer Sprache.

Akimoff: Zur Frage über die Leistungen des zweiten Parteitags der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Genf 1904. 77 S. (Russisch.)

Den Hauptinhalt der sehr lesenswerten Akimoffschen Broschüre bilden die Untersuchungen über die sogenannte Verelendungstheorie und das Problem der Diktatur des Proletariats. Akimoff verwirft die absolute Formel der Verelendungstheorie und steht auf dem Standpunkt, dass nur eine relative Verelendung des Proletariats vorhanden ist. Da das Programm der russischen Sozialdemokratie in diesem Punkt kein bestimmtes Urteil abgibt, so fordert Akimoff, dass der betreffende Programmpunkt im Sinne seiner Auffassung abgeändert werde. Auch in Bezug auf zwei andere Punkte will Akimoff entsprechende Aenderungen vorgenommen sehen. Ihm scheint, dass das jetzt geltende Programm sich über den revolutionären und zielbewussten Klassencharakter des proletarischen Kampfes sehr unbestimmt ausdrückt, was er mit der von einem Schöpfer des Programms vertretenen Theorie über die Beziehung zwischen Proletariat und Sozialdemokratie in Verbindung bringt. Die erwähnte Theorie sagt nämlich, dass das Proletariat oder vielmehr die proletarische Bewegung an sich keinen sozialistischen Charakter trägt. Das auf sich selbst angewiesene Proletariat kommt nur zum Tradeunionismus, zur Nurgewerkschaftlerei, und es bedürfe der ausser ihm stehenden sozialistischen Intelligenz, um in das sozialistische Fahrwasser zu gelangen. Die sozialistische Intelligenz spielt also nach dieser Theorie nicht nur oder vielmehr gar nicht die Rolle des Förderers der an sich selbst schon sozialistischen Bewegung des Proletariats, sondern die des Schöpfers, des Umgestalters der an sich bürgerlichen Arbeiterbewegung in eine sozialistische.

Mit guten Gründen wendet sich Akimoff gegen diese Auffassung und betont ausdrücklich den an sich sozialdemokratischen Charakter der proletarischen Bewegung. In Uebereinstimmung mit wohl der ganzen sozialistischen Literatur und Praxis betont er, dass die Sozialdemokratie nur der bewusste Ausdruck der unbewussten, aber in derselben Richtung sich bewegenden proletarischen Masse ist, dass sie nicht etwas Neues schafft, sondern nur das schon Vorhandene fördert und beschleunigt, dass sie mit einem Worte nicht die Mutter, sondern die Hebamme des Sozialismus ist.

Nicht minder scharf wendet sich Akimoff auch gegen denjenigen Passus des russischen sozialdemokratischen Programms, welcher als die Voraussetzung der sozialen Revolution die »Diktatur des Proletariats« betont. Er entwickelt die Notwendigkeit, in der sozialistischen Literatur mit derartigen Redensarten aufzuräumen, denen jeder Sinn abgehe. *Roman —ow.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Babeufs sozialistische Ideen vor der Verschwörung der Gleichen.

Von Albert Thomas.*)

Bis das Buch Advielles erschien**), war die Lebensgeschichte Babeufs vor 1795 fast unbekannt. In seinem, 1850 über oder vielmehr gegen Babeuf veröffentlichten Buch***) begnügte sich Eduard Fleury damit, von einer »unangenehmen Lücke« zu sprechen, »welche die Prozessverhandlungen nur schlecht ausfüllen«. Dank den Schriftstücken der Sammlung Pochet-Deroches hat Advielle diese Lücke ausgefüllt.

Er hat die Anfänge Babeufs ans Licht gezogen. Der grosse Kommunist war im Jahre 1785 im Alter von fünfundzwanzig Jahren Kommissar für die Zinsgefälle in Roye in der Picardie und wachte in dieser Eigenschaft über die Aufrechterhaltung der Rechte der Feudalherren der Gegend, als die königliche Akademie der schönen Literatur von Arras ein Preisausschreiben über folgende Frage erliess:

»Ist es vorteilhaft, die Zahl der Landwege im Landgebiet der Provinz Artois zu verringern, und denen, die beibehalten würden, eine genügende Breite zu geben, um sie zu bepflanzen? Im Fall der Bejahung sind die Mittel zur Durchführung dieser Verringerung anzugeben.«

Babeuf, den der Gegenstand anlockte, fasste eine Denkschrift ab, veröffentlicht hat.†)
die Advielle in den Skripturen der Akademie von Arras gefunden und

Es sind dies einige in periodenreichem, feierlichem und etwas linkischem Stil geschriebene Blätter — der Stil eines Anfängers, der für die Herren von Arras schreibt. Wie zu erwarten, enthält die Denkschrift nichts spezifisch sozialistisches. Sie ist das Werk eines Mannes, der die Gepflogenheiten der Landleute kennt, und mit den Gesetzen über das Strassenwesen und den allgemeinen Gewohnheitsrechten des Artois wohl vertraut ist. Kaum bemerken wir, dass seine Schlüsse den Ideen seiner Zeit entsprechen. »Wünschen, dass alles gut sei, heisst es, ist das Sehnen des Philosophen«. Und da er bemerkt hat, dass die Wege, wenn man sie ohne Ueberlegung vermehrt, viel ertragsfähigen Boden fortnehmen, fordert er die Einmischung des aufgeklärten Staates, will sagen der Zentralgewalt und der Schatzkammern Frankreichs. Dieser ausgesprochene Interventionismus und die Sorge für die Oekonomisierung der Produktivkräfte genügen nicht, den zukünftigen Sozialisten zu verkünden.

*) Wir entnehmen diesen interessanten Aufsatz mit der Genehmigung des Verfassers der »Revue Socialiste«. Red. der Dok. des Soz.

**) V. Advielle, Histoire de Gracchus Babeuf et du Babouvisme, d'après de nombreux documents inédits. Paris, 1884.

***) Fleury, Etudes revolutionnaires, Babeuf et le Socialisme en 1796. Paris, 1850.

†) Nach Espinas sei daran erinnert, dass diese von Mr. Charavay erworbenen Skripturen »in die Hände einer Person übergegangen sind, die Frankreich verlassen hat.« (Espinas, La Philosophie sociale du dixhuitième siècle et la Revolution française. Paris, 1898.)

Die Korrespondenz, die Dubois de Fosseux und Babeuf im Anschluss an diese Denkschrift begannen, ist informationsreicher. Die Eingabe Babeufs war zu kurz und von ihm unterzeichnet — zwei Gründe, die ihn von der Preisbewerbung ausschlossen. Aber das Mitglied der Akademie von Arras, ein guter Typus eines Provinz-Akademikers, machte sich über den unerfahrenen Preisbewerber her und — man verzeihe den Ausdruck — löcherte ihn zwei Jahre lang mit seinen Stilübungen. »Da es mir scheint,« schreibt er ihm am 1. Juni 1786, »dass Sie die Wissenschaften und die Literatur lieben, so wird es Ihnen ohne Zweifel nicht unangenehm sein, wenn ich Ihnen von einigen neuen Arbeiten der Mitglieder unserer Akademie erzähle!« Armer Babeuf! Zwei Jahre lang sehen wir ihn mit einer ganzen Literatur überschüttet, die an Flachheit der von Flaubert so prächtig verspotteten Flachheit der Bürger von Rouen nichts nachgibt . . . . Ganze Monate hindurch gab es eine Sintflut von Versen. Babeuf antwortet nach Möglichkeit mit Komplimenten und Schmeicheleien. Man merkt, dass er in der Abgeschlossenheit seiner kleinen Stadt seine Verbindungen mit den Herren von Artois aufrechtzuerhalten sucht. Aber immer wieder sucht er Dubois auf ernstere Fragen zu lenken; und wenn dieser zufällig darauf eingeht, lässt Babeuf ihn nicht locker.

Bei diesen Gelegenheiten geben uns seine Briefe Auskunft über seine Lektüre, seine Beschäftigung, seine Ideen.

Zunächst ist er Feuer und Flamme für die Philosophie: vermittelst ihrer kann man »die Rechte der Menschheit verteidigen«, vermittelst ihrer zum Glück Aller gelangen. Selbst bei Gelegenheit einer Sendung böser Verse schreibt er im Oktober 1786, dass er in ihnen die poetischen Schönheiten zugesellt sieht »den glücklichen Gedanken dieser modernen Philosophie, dieser den Rechten der Menschheit so angepassten Philosophie, dieser Philosophie, die ich liebe, dieser Philosophie endlich, welche die Ehre unseres Jahrhunderts ausmacht und *mit Notwendigkeit* das volle Glück der kommenden Jahrhunderte ausmachen wird«. (Advielle, S. 38 der Korrespondenz.) Am 27. November spricht er von neuem von »der gesunden Philosophie, die in allen Herzen keimt und dort nach Wunsch Früchte trägt. Man darf mit Recht erwarten, dass sie bald allgemein herrschen und für das Glück der Menschheit ein auf den Trümmern des Reiches der schädlichen Vorurteile, des grausamen Fanatismus und des gefährlichen Aberglaubens gegründetes glorreiches und ewiges Reich bilden wird« (S. 48).

Unter den Philosophen ist es namentlich Rousseau, der ihn geistig beschäftigt. Als guter Schüler des Meisters ist er empfindsam; er setzt volles Vertrauen in ihn und erzieht seine Kinder nach den Vorschriften des *Emile*. Dubois de Fosseux als weiser und sich im Gleichgewicht haltender Mann warnt ihn vor dieser Vorliebe: »Sie wissen,« schreibt er ihm, »dass Jean-Jacques die Manie hatte, über alles ganz anders zu denken, als andere.« Und Babeuf scheint den Rat zu schätzen. Aber es ist wirklich die Lektüre Rousseaus, die ihn gebildet hat, wie sie zur selben Zeit jenseits der Alpen den Mann bildete, der sein Mitarbeiter und Fortsetzer werden sollte: Buonarotti.

Aber wir haben mehr. Ein Brief offenbart uns, dass Babeuf von dieser Zeit ab auf den Kommunismus sinnt, er wird uns beweisen, dass schon 1787 sein ganzes Denken sich der Idee der Gemeinschaftlichkeit zuwendet.*)

*) Gabriel Deville spricht von »kommunistischen Tendenzen«. Ich glaube, dass es von da ab schon mehr als kommunistische Tendenzen sind; es ist bei Babeuf ein bestimmter Gedanke.

Am 26. Oktober 1786 schreibt Dubois an Babeuf, dass er »die aussergewöhnlichste und originellste Broschüre, die es gibt« bekommen hat, dass er sie aber nur für einige Tage besitzt und sie ihm nicht schicken kann. Sie ist betitelt:

»Der Vorläufer der Umwandlung der ganzen Welt durch den Wohlstand, die gute Erziehung und das allgemeine Wohlbefinden aller Menschen, oder Prospekt einer patriotischen Denkschrift über die Ursachen des grossen Elends, das überall herrscht, und die Mittel, es radikal auszurotten. Ein Band in Oktavo.«

Nach dieser Mitteilung bricht Dubois von dem Gegenstand ab. Aber Babeuf scheint wiederholt darauf zu dringen, mehr Einzelheiten über dieses interessante Buch zu erfahren. Und sein Korrespondent entscheidet sich nach einigen Monaten, ihm solche zu geben. Er zählt ihm (Brief vom 19. März 1787) die sechs Abteilungen auf, aus denen das Buch besteht, dann schildert er ihm (5. April) belustigt die Art und Weise, wie die Mitglieder der neuen Gesellschaft werden ernährt werden; er gibt ihm den einen Tag den Speisezettel des Frühstücks, den andern den des Mittagessens, dann die Kleider und endlich die Wohnungen und das Mobiliar an, die man den verheirateten Paaren zuerteilen wird. Auf alle diese schönen Beschreibungen antwortet Babeuf nicht. Dubois gerät darüber in Unruhe. »Ich fürchte,« schreibt er, »dass diese Träume Sie einschläfern.« Aber er geht doch weiter auf das Eigentum, den Unterricht, die Gerechtigkeit ein, er plaudert angenehm und leicht über alles, was er darüber berichtet. »Ich werde Ihnen,« schliesst sein Brief vom 21. Juni 1787, »nicht mehr über dies seltsame Werk sagen, aber was ich Ihnen versichern kann, ist, dass ich mit der grössten Aufmerksamkeit nach einem Wort gesucht habe, das mir hätte anzeigen können, dass der Verfasser sich lustig machen und seinen Spass treiben wollte, und es mir unmöglich gewesen ist, es zu finden.« (S. 187.)

Welches ist das seltsame Buch?

Es ist schwer zu sagen.*) Aber es scheint mir sehr gewagt, mit Mr. Espinas zu sagen, dass Dubois ebenso guter Sozialist wie Babeuf gewesen sei und aus Vorsicht gegen mögliche Indiskretionen der Polizei darauf gekommen sei, seine kommunistischen Ideen zu beschreiben. Dubois de Fosseux scheint nicht mit solcher Einbildungskraft begabt gewesen zu sein; er war, wie seine Bemerkungen über Rousseau zeigen, zu gemessen, zu weise, um nur einen Augenblick sich in kommunistischen Träumen ergehen zu können. Und dann scheint auch die Furcht vor der Polizei, die ihm Mr. Espinas leiht, recht zeitwidrig; ich wüsste nicht, welch wirkliche Gefahr darin lag, brieflich auszudrücken, was so viele Leute damals offen publizierten. Es passte nur in die These von Espinas, dass »ein tüchtiger Feuillant, wie Dubois, die kommunistischen und gleichheitlichen Ideen der Philosophen so günstig aufgenommen haben soll.«**)

Uns scheint es sehr viel wahrscheinlicher, dass Dubois einen jener detaillierten Prospekte von Werken in Händen gehabt hat, wie man sie damals veröffentlichte, bevor man das »grosse Werk« selbst schrieb.

Im ganzen kommt wenig darauf an. Was uns jedoch interessiert, ist, was Babeuf über all diese Träume denkt, und der Brief vom 8. Juli 1787 berichtet uns darüber.

In zwei vorhergehenden Briefen, am 25. und am 28. Juni, hatte Dubois de Fosseux ihm noch von dem Projekt gesprochen, das Gesetz-

*) Nachforschungen in der Bibliothèque Nationale haben kein Resultat ergeben.

**) Espinas, l. c. 206.

buch in Frankreich zu vereinheitlichen, vom Projekt, das Chaos abgeschmackter und sich widersprechender Gewohnheitsrechte zu beseitigen, die in der einen Provinz sanktionierten, was in der anderen verboten war, die hier das Recht der Erstgeborenen zuliessen und dort die Teilung vorschrieben. Und ein Freund Dubois' schlug im Namen der Moral und im Namen der Gerechtigkeit, die in allen Klimaten ein und dieselbe sein muss, ganz aufrichtig vor, in Frankreich das Friderizianische Gesetzbuch [Allg. Landrecht] einzuführen.

Wohlan, Babeuf — und dies ist ein erster charakteristischer Zug — bringt in seiner Antwort die beiden Reformprojekte, die Reform des Gesetzbuches und die allgemeine Reform der Gesellschaft, zusammen. Er macht zwischen den beiden keinen grundsätzlichen Unterschied, behandelt nicht das eine als reinen Traum, das andere als ein praktisches Projekt. Beide scheinen ihm im Grunde gleiche Aufmerksamkeit zu beanspruchen.

»Alle beide«, schreibt er, »scheinen auf das allgemeine Wohl loszusteuern. Aber Traum um Traum, Paradoxon um Paradoxon, ich weiss nicht, welchem der beiden Denker ich den Vorzug geben würde. Doch umfasst der Gegenstand des einen mehr Raum, als der des anderen. Der Apostel des Allgemeinen Gesetzbuches scheint zu wünschen, dass man den Menschen jeden Standes in allen Ländern die gleichen Rechte für die Erbfolge zuerkenne und *das wäre sehr gut*. Aber der Allgemeinreformer wünschte, dass man allen Personen unterschiedslos einen absolut gleichen Anteil an allen Gütern und Vorteilen verschaffte, die man in dieser irdischen Welt geniessen kann, und *das würde mir viel besser erscheinen.*«

Babeuf geht dann dem Ursprung des Gesetzbuchs, d. h. des bestehenden Rechts, nach: was man am Ursprung findet, ist die Tat eines glücklichen Banditen, ein Eroberungs- und Gewaltakt, die bestehenden Gesetzbücher sind von den Eroberern diktiert worden, um ihre Eroberung zu verewigen und die von ihr bewirkten Unterschiede zu verewigen. »Daher«, schreibt er, »das Zustandekommen jener wunderlichen Gesetzbücher, die den Usurpatoren als Bekräftigungstitel dienten, die ihren Raub sanktionierten und für die besiegten Familien unwiderrufliche Erkenntnisse betreffend die Konfiskation des ihnen Abgenommenen bedeuten.

»Man ging weiter, man richtete in ihnen die Dinge so ein, dass sie die letzteren verhinderten, jemals in die Lage zu kommen, sich aus dieser Art Erniedrigung zu erheben, sondern im Gegenteil stets von der siegreichen Klasse als nur eine sehr minderwertige Klasse der Menschenart betrachtet wurden.

. . . Diejenigen, welche in den zur Abfassung jener Gesetzbücher berufenen Versammlungen nach Maassgabe ihres Besitzers mehr Einfluss und Gewicht hatten, liessen Bestimmungen aushecken, wie sie sie wünschten. Daher die Unvereinbarkeit und Inkonsequenz dieser Produktionen, welche von den Leuten bisweilen als Werke der Umsicht und strengen Gerechtigkeit zitiert werden und im Grunde nur die unzweideutigsten Beweise für die Leidenschaften darbieten, welche sie stets geleitet haben.«

Wenn dies aber der Ursprung der Gesetzbücher, aller Gesetzbücher ist, was hat es dann für einen Wert, sie zu vereinheitlichen? Welches Interesse spricht dafür, eine Form der Ungerechtigkeit an die Stelle einer anderen zu setzen? Es würde die empörende Ungleichheit der Vermögen und aller aus ihr sich ergebenden Leiden nicht verhindern.

Und so gibt es nur eine Zuflucht, nur ein Mittel: den Vorschlag des Allgemeinreformers. Dubois de Fousseux hatte nur von äusserlichen Details gesprochen, Babeuf geht auf die Prinzipien zurück. Er hat un-

zweifelhaft lange an diese »grosse Revolution« gedacht, und mit einem Mal bricht sein heisses Verlangen nach Gleichheit hervor.

Die Natur, die unserem Geschlecht Spannkraft gegeben hat, kann nicht gewollt haben, dass es anderen Gesetzen unterliegt, als die anderen beseelten Wesen. Sie hat nicht gewollt, dass das eine Individuum weniger gut genährt sei, weniger gut wohne, als ein anderes. »Jean-Jacques hat Recht, wenn er sagt, dass der Urheber aller unserer Missstände der war, der zuerst sich ein Stück Eigentum aneignete.«

Das Heilmittel ist also, wie es gleichzeitig Rousseau und der Allgemeinreformer vorschlagen, »dass die Menschen nichts gesondert eignen, sondern alles gemeinsam geniessen«, dass »bei der Geburt jedes Individuum weder mehr noch weniger reich, weder mehr noch weniger angesehen sei, wie diejenigen, die es umgeben«. Das Heilmittel ist der Kommunismus.

Aber nicht der Urkommunismus, das wilde Leben im Naturzustande, zu dem uns Rousseau zurückführen zu wollen scheint. Nein, sondern das glückliche Leben, das der Allgemeinreformer vorschlägt, mit seinen vier guten Mahlzeiten den Tag, mit den reizenden Häusern à tausend Louis für alle Familienväter, mit »all jenen Annehmlichkeiten des sozialen Lebens«, die man »mit denen des Naturlebens und urwüchsigen Lebens zu versöhnen« wissen muss.

»Wohlan, ich rufe Vivat«, erklärt Babeuf am Schluss, »ich bin entschlossen, einer der ersten Emigranten zu sein, welche ausziehen werden, die neue Republik zu bevölkern.« Man wird da unzweifelhaft viele Regeln zu beobachten haben; man wird zu arbeiten, seinen Anteil an grossen, allen auferlegten gemeinsamen Arbeiten zu übernehmen haben. Macht nichts! Babeuf wird sich ohne Schwierigkeit mit alle dem abfinden, wenn er »nur glücklich, zufrieden, ohne Sorge über das Schicksal meiner Kinder noch über das meine werde leben können.«

Auf diesen Brief und auf einige hier und da in der Korrespondenz (vgl. S. 200—203) verstreute Bemerkungen beschränkt sich für uns der Ausdruck der kommunistischen Gedanken Babeufs in dieser Periode von 1785 bis 1787. Aber es genügt, den eigenartigen Ton zu fühlen, den dieser Brief inmitten der faden Korrespondenz anschlägt, zu der Babeuf sich verurteilt sieht; es genügt, festzustellen, mit welcher Freude, mit welcher Wärme er ihn schrieb, um daraus mit Sicherheit die [ihm] zu jener Zeit vertrauten Gedanken herauszuerkennen.

Ein anderer Umstand bezeugt dies. Als etliche Monate früher Dubois Babeuf aufgefordert hatte, ihm Gegenstände für das nächste Preisausschreiben der Akademie von Arras vorzuschlagen, überschickt ihm Babeuf (Brief vom 21. März 1787) drei Themata:

Erstens ein Thema über Koppelwirtschaft, das, wie seine erste Denkschrift, von beständigem Interesse für eine rationelle, methodische Verwertung der Hilfsquellen des Bodens zeugt.

Zweitens ein Thema über die Einrichtung eines — wie er sich später ausdrücken wird — ewigen Katasters.

Drittens folgendes Thema, das wir vollständig zitieren müssen:

»Welches wäre *im Angesicht der Summe der zur Zeit erworbenen Kenntnisse* die Lage eines Volkes, dessen gesellschaftliche Einrichtungen so beschaffen wären, dass indirekt unter allen seinen einzelnen Mitgliedern die vollständigste Gleichheit herrschte; dass der Boden, auf dem es wohnte, niemand zu eigen wäre, sondern allen gehörte; dass endlich alles bis zu den Erzeugnissen aller Industrien gemeinsam wäre. Ständen solche Einrichtungen im

Einklang mit dem Naturgesetz? Wäre es möglich, dass diese Gesellschaft Bestand hätte, und dass sogar die Mittel absolut gleicher Verteilung praktisch durchzuführen?«

So scheint es klar, dass schon gegen 1787 die Idee des Kommunismus das Denken Babeufs heimsucht.

Was ist das für ein Kommunismus? Welches sind seine charakteristischen Züge? Welches ist seine Marke?

Zunächst scheinen die Ideen Babeufs sich in nichts von den Ideen der Zeit zu unterscheiden. Ursprünglich gewaltsame Aneignung, das Privateigentum Ursache aller Uebel, der Kommunismus der Regenerator — das ist, scheint es, gerade jener rein utopische Sozialismus des achtzehnten Jahrhunderts, der in den meisten Fällen nichts von den ökonomischen Umständen versteht und für viele seiner Vertreter weiter nichts war, als ein schöner »moralischer Gemeinplatz«.

Betrachtet man aber die Texte näher, so sieht man bald, dass dem keineswegs so ist, und dass von jener Zeit an der Kommunismus für Babeuf nicht blos eine moralische Doktrin ohne Anwendung ist. »Es ist recht schade«, schreibt er, »dass der Allgemeinreformer seine Mittel unbeschrieben lässt.« Andererseits lässt ihn das, was bei Rousseau undurchführbar ist, finden, dass »der andere besser träumt«, und schliesslich diktiert ihm dieses Interesse für die Praxis das dritte der Themata für das Preisausschreiben. Ohne Zweifel ist er zu jener Zeit ausser stande, irgendwelche Aktion für die Herstellung des Kommunismus als praktisch anzuerkennen. Aber er ist, soviel ist gewiss, frei von jenem tiefwurzelnden *Pessimismus*, den Herr Lichtenberger bei Mably und vielen anderen »Sozialisten« des achtzehnten Jahrhunderts beobachtet hat. Er denkt entschlossen an die Zukunft: er fragt sich, ob *mit der zurzeit erworbenen Summe allgemeiner Kenntnisse* die Errichtung der gleichheitlichen Gesellschaft möglich wäre.

In zweiter Linie ist es keineswegs ein Moralbegriff, von dem der Kommunismus Babeufs ausgeht. Wie sein Vorläufer Meslier, wie d'Argenson, wie verschiedene andere hat er das Elend der Landbevölkerung gesehen. Kommissar für die Bodenzinsgefälle, angestellt, die Rchte wahrzunehmen, welche die Landleute bedrückten, kannte er deren schwere Lasten.*) Die Stelle ist berühmt, wo er sagt, dass er »im Staub der feudalherrschaftlichen Archive die scheusslichen Mysterien der Usurpationen der Adelskaste ausfand«.

Die ursprüngliche Usurpation ist für ihn nicht ein rein abstrakter Begriff, er kennt ihre Details.**)

Auf der anderen Seite interessiert er sich unter dem Einfluss der Physiokraten für die Betriebsarten, für die praktische Verwertung der natürlichen Hilfsquellen. Seine Denkschrift, sein Projekt über die Koppelwirtschaften und noch einige andere Stellen sind Belege dafür.

Endlich beziehen sich fast alle Pläne von Werken, die er in jenen Jahren entwirft, auf Arbeiten seines Berufs, auf die Verwaltung der

*) Deshalb wirft ihm Mr. Espinas vor, dass er »im Namen der Geschichte, aber einer Phantasie-Geschichte, den *Discours* sur les origines de l'Inégalité noch einmal macht«.

**) Zum Beispiel S. 221 in einem Brief, der durch eine Mitteilung an Dubeois über die Landwirtschaft der Römer veranlasst wurde. »Zudem,« schreibt Babeuf, »wäre es sicher zu wünschen, dass alle diejenigen, die bei uns mit den Konsuln Roms und all den Helden auf *us* verglichen werden können, von Zeit zu Zeit in die Lage kämen, ihre oft Vernichtung bringenden und fast immer unnützen Hände (und man würde sich für glücklich halten, wenn sie nur das letztere wären) auf den Pflug zu stützen; sie würden dann lernen, die Rechte des unglücklichen Ackerbauers besser zu achten.«

Lehensgüter, die Verwirrung in den Rechtstiteln etc. . . . und diese Arbeiten bringen ihn beständig auf die schwere Frage der Lage der Bauern. Man ersieht daraus, wie sehr diese ersten Ideen Babeufs von der Wirklichkeit durchdrungen sind; er hat direkten Einblick in die vom Privateigentum bewirkten Leiden; er hat auf der anderen Seite, wenn er von den Mitteln träumt, den Kommunismus vielleicht eines Tages zu verwirklichen, ökonomische oder juristische Kenntnisse, welche andere nicht haben.

Schliesslich und vor allem leidet er selbst, und zwar heftig. Er leidet an gekränkter Eigenliebe, an gekränktem Stolz. Ich weiss wohl, dass dieses Leid nicht vielen als eine sehr erhabene Eigenschaft erscheinen wird. Taine hat keine Worte, die hart genug, keine Wendungen, die heftig genug sind, über die Eitelkeit dieser Mittelmässigen, die nach ihm fast der tiefe Grund ihrer revolutionären Tätigkeit wäre.

Uns machen diese Urteile der Moralisten in Wahrheit wenig aus. Sicher ist, dass das Leid Babeufs ein wirkliches war, und dass es seinem Sehnen nach Reformen, nach einer Umwälzung eine gebieterische Heftigkeit verlieh. Der kleine Grundbuchkommissar leidet darunter, dass er von dem oft unwissenden, brutalen und habgierigen Adligen, mit dem ihn seine tägliche Arbeit in Verkehr bringt, von oben herab behandelt wird. Auf Grund seiner Studien, seiner geistigen Tätigkeit fühlt er seine Zukunft voraus; sein Beruf erinnert ihn täglich daran, dass er nur ein Subalternbeamter, fast ein Bedienter ist. In den Geschichten, die Advielle über diese Jahre erzählt, gibt es verschiedene Züge, die Babeufs Hass gegen die Adligen sehr verständlich machen. Dies Leiden nun setzte sich in ein leidenschaftliches Streben nach Gleichheit um, und dies Streben nach Gleichheit bewirkte es, dass sein Kommunismus kein blosser interesseloser Traum, keine Belustigung eines Literaturmenschen, sondern beinahe schon ein Projekt ist, — ein ohne Zweifel undurchführbares Projekt, in das sich jedoch sein Geist versenkt, weil er in ihm allein das Heilmittel für seine derzeitigen Leiden findet.

In seinem Hauptbrief vom 8. Juli 1787 kommt dieser Gleichheitsdrang zum Ausbruch: »Vielleicht«, schreibt er, »wäre es für alles das (das heisst für die Verwirklichung des Projekts des Allgemeinreformers) nötig, dass die Könige ihre Kronen, und alle betitelten und hochgestellten Personen ihre Würden, Aemter und Rang niederlegten. Aber dadurch kann man sich nicht abhalten lassen; soll eine grosse Revolution zustandekommen, so sind grosse Veränderungen vorzunehmen. Was wollen überdies alle diese übertriebenen Auszeichnungen sagen? Sind sie etwas anderes als leere und chimärische Ausdrücke, die der Hochmut erfunden und die Niedrigkeit durchgeführt hat? Braucht es der geringsten Auszeichnungen unter den Menschen? Warum dem, der einen Degen trägt, mehr Hochachtung zollen, als dem, der ihn zu schmieden gewusst hat?« . . . Und etwas weiterhin, wo Babeuf erklärt, dass er entschlossen ist, einer der ersten Bürger der zukünftigen Republik zu sein, kommt er auf diesen Gedanken der Gleichheit in der Achtung aller Berufe zurück. »Wenn ich hier (in dieser neuen Republik) meinen Beruf als Schreiber ausübe, werde ich entzückt sein, mich nicht mehr von denen geringschätzig angesehen zu finden, die sich auf Grund von Berufen, welche bei uns als vornehmer ausgegeben werden, dazu berechtigt glauben, mir nur Blicke zu schenken, welche Gönnertum anzukündigen scheinen, und mir meinerseits wird es keine Mühe kosten, den Handwerker, der mich frisiert oder den, der meine Schuhe anfertigt, als Gleichgestellten zu behandeln. So soll es in Wirklichkeit sein.« Und er entwickelt diese Betrachtungen des längeren: »In der neuen Republik werden alle nützlichen

Gewerbe gleich ehrenhaft sein, und diesmal wird der unglückliche Arbeiter, gegen den die Natur unfreundlich war, und der nur das einfachste Gewerbe erlernen konnte, keinen geringeren Vorteil geniessen, als wenn ihm das Schicksal erlaubt hätte, die ganze Republik zu regieren.« (Correspondence avec Dubois, p. 193.)

Dies die Züge, die Babeufs Kommunismus um das Jahr 1787 kennzeichnen. Er hat aus der moralischen Träumerei der philosophischen Kommunisten ein Zukunftsprojekt gemacht; er hat sich überlegt, dass nur die Herbeiführung des gleichheitlichen Kommunismus dem Elend, das er um sich herum sah, den Leiden, die er erfuhr, ein Ende machen würde. Und indem er ihn mit diesem Elend und mit diesem Leiden verknüpft, neigt er schon dahin, den utopischen Sozialismus seiner Vorgänger oder Zeitgenossen mit der Wirklichkeit zu verknüpfen. Es kommen jetzt die unerwarteten sozialen Umstürze und politischen Veränderungen, und Babeuf wird geneigt sein, zu finden, dass sein Traum realisierbar ist, sein Projekt durchführbar ist; er wird sich damit beschäftigen, auch ihn in die neue Bewegung hineinzubringen.*)

*) Wir haben in den anderen Werken Babeufs aus dieser Epoche, sowie in den von Advielle gegebenen Analysen nach allem gesucht, was sich dort an Anzeichen für die kommunistische Idee Babeufs finden könnte; wir haben nichts weiter gefunden. — Wir haben die Broschüre *De la Constitution militaire en France* gelesen, die Advielle Babeuf zuschreiben zu können glaubt. Wir neigen dieser Ansicht nicht zu: wir finden auf diesen Seiten nicht den schon so charakteristischen Stil Babeufs von 1787 wieder. Man fragt sich, woher er die so genauen militärischen Kenntnisse entnommen haben soll, die der Verfasser an den Tag legt, und wir wüssten nicht, dass er zu jener Zeit häufig die Invaliden hätte besuchen können, von denen darin die Rede ist. Wenn der Verfasser mit einiger Heftigkeit vom Adel spricht, so legt er andererseits gegenüber dem französischen Königtum eine Bewunderung an den Tag, die nichts in der Korrespondenz mit Dubois Babeuf zuzuschreiben erlaubt. Von kommunistischen Tendenzen ist darin keine Spur zu finden.

In den Analysen, die Advielle uns vom Prospekt des *Archiviste-Terriste*, vom *Mémoire pour les Propriétaires de terres et de seigneures*, oder endlich vom Manuskript des *Précis d'un cadastre perpétuel* gibt, haben wir ebenfalls nichts gefunden, was uns direkt interessierte.

Denkschrift

der sozialdemokratischen Fraktion in der zweiten niederländischen Kammer über das Wahlrecht, die Volksvertretung und das Referendum.

(Fortsetzung.)

Der nun folgende § 4 der Denkschrift enthält eine längere Kritik des bestehenden Wahlrechts in seinen Einzelheiten, die hier nicht weiter interessiert. Der § 5 enthält nur kurze Bemerkungen zur Aenderung des Artikels 80 der Verfassung, der im allgemeinen die Grundlage des Wahlrechts zu den Generalständen festgesetzt, und der § 6 der Denkschrift beschäftigt sich mit den einzelnen Artikeln in der Verfassung, die das Wahlrecht zu den Provinzialständen und den Gemeinderäten regeln.

§ 7. Das Frauenwahlrecht.

Unterzeichnete sind der Meinung, dass kein Grund vorhanden ist, die Frau von der Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung aus-

zuschliessen. Daher wollen sie versuchen, die zurzeit in der Verfassung enthaltenen Hindernisse gegen die Einführung des Frauenstimmrechts zu beseitigen und, sobald der Versuch geglückt ist, mithelfen, bei der Ausarbeitung eines neuen Wahlrechts die politische Gleichstellung von Mann und Frau auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts zustandezubringen.

Die Geschichte hat gelehrt ,dass Volksgruppen, die keinen Anspruch auf politische Vertretung erheben, diese nur dann erhalten, wenn dies dem jeweiligen Machthaber für ihre politischen Pläne zum Vorteil gereicht; aber dass sie, wenn sie ernstlich den Kampf zur Eroberung des Wahlrechts aufnehmen, es mit der Zeit bekommen müssen. Sie lehrt ferner auch, dass der Kampf der Rassen, Geschlechter und Klassen nicht von allen Individuen, aus denen diese bestehen, mit Bewusstsein geführt wird, sondern dass nur eine Vorhut, eine Elite in Aktion tritt, in der das Streben der ganzen Gruppe sich äussert; die es fertig bringt, jene im grösseren oder geringeren Masse in ihr Wollen hineinzuziehen und mit der Zeit den ihm entgegenstehenden Widerstand zu besiegen. Je grösser die ökonomische und politische Unfreiheit einer hierbei in Frage kommenden Gruppe ist, um so schwerer scheint es, sie im ganzen Umfange für ihr eigenes Interesse in Bewegung zu setzen.

Mit diesen Schwierigkeiten haben sowohl die Arbeiterbewegung, als auch die Frauenbewegung zu kämpfen. Aber die erstere hat dabei gegen die letztere voraus, dass die Arbeiter als solche durch den Grossbetrieb in grösserem oder geringerem Maasse zu einer Masse zusammengebracht und sich dadurch ihres gemeinschaftlichen Loses und Strebens, ihres Klasseninteresses, bewusst werden; dass sie den Gegensatz ihrer Lage und ihres Interesses gegenüber der Klasse, gegen welche der Kampf geführt wird, Tag für Tag in äusserlich wahrnehmbaren Tatsachen fühlen und dadurch von selbst zur Organisation und zum Kampfe veranlasst werden.

Anders bei der Frau, die als Ehegattin oder abhängige Blutsverwandte an den Mann gebunden ist und, dessen Los teilend, sich ihres dem seinen widerstreitenden Geschlechtsinteresses weniger deutlich, oft nur durch Hörensagen bewusst wird; die, wo sie ausserhalb der Familie in der Gesellschaft auftritt, dies nicht in Massen, sondern isoliert von ihren Geschlechtsgenossinnen, sowie meistens neben und inmitten der Männer tut, und die grossenteils unter dem Eindruck von Traditionen und einer Erziehung steht, die ihr predigen, dass die Frau nun ein einmal in gesellschaftlicher Beziehung gegen den Mann zurückstehe.

Um so mehr Bedeutung muss im Angesicht so grosser Schwierigkeiten der Frauenbewegung beigelegt werden, die unter der intellektuellen Bürgerklasse entstanden ist, und seit mehr denn einem Jahrhundert die Forderung der staatlichen und zivilrechtlichen Gleichstellung mit dem Manne aufgestellt hat, während sich gleichzeitig in der Arbeiterklasse eine Bewegung von Frauen entwickelte, die als Arbeiterinnen an den Fach- und politischen Organisationen ihrer Klasse teilnehmen und, um dies mit dem nötigen Nachdruck tun zu können, das Streben nach politischer Emanzipation der Frau teilen. Der Unterschied zwischen beiden Bewegungen ist der, dass die bürgerliche (feministische) Bewegung sich die Befreiung der Frau von der Alleinherrschaft des Mannes zum Ziel gesetzt hat, während dies für die Arbeiterinnenbewegung, die den Kampf des Arbeiters gegen die Oberherrschaft der kapitalistischen Klasse und gegen das kapitalistische System an und für sich obenan stellt, ein zwar notwendiges, jedoch in zweiter Linie stehendes Element dieses Kampfes ist.

Was durch die Frau in diesen Bewegungen geleistet worden ist, ist nach der Meinung der Unterzeichneten an sich schon hinreichend, um die Behauptung, die Frau eigne sich nicht für das öffentliche Leben, Lügen zu strafen. Die im Vergleich zur grossen Masse noch immer geringe Anzahl von Frauen, die in der Wissenschaft und Kunst, in der Politik und der Berufsbewegung, in der sozialen Arbeit, bei der Organisation von Unternehmen öffentlicher Art aufgetreten sind — man denke nur an die durch Frauen veranstalteten und geleiteten Kongresse und Ausstellungen, an Krankenhäuser und Stiftungen, in denen sie oft ein bewundernswürdiges Talent für Leitung und Administration entwickelt haben — haben für ihr ganzes Geschlecht gesprochen, da ihre Zahl genügt, sie nicht mehr als Ausnahmen oder Abnormitäten betrachtet werden zu lassen.

Die Frage darf denn auch nicht davon ausgehen: warum die Frau auch die politischen Rechte soll haben müssen, sondern davon, worauf sich die Ausschliessung der Frau von diesen Rechten redlicherweise soll stützen können. Hat die Frau kein Interesse an der Gesetzgebung; bewegt sich ihr Gesichtskreis nicht weiter als innerhalb der Grenzen der Familie; geht das politische und soziale Leben unbemerkt an ihrem Geiste vorbei; gibt es keine besonderen Fraueninteressen, die unter der ausschliesslichen politischen Herrschaft der Männer ersichtlich nicht genügend gewahrt werden; steht es fest, dass Mann und Frau, die einen Haushalt bilden, über alle möglichen Sachen stets gleich denken; ist die Frau tatsächlich nur ein Anhängsel des Mannes, so dass sie das auch politisch und juristisch sein muss?

Ein Blick auf die Berufsstatistik der verschiedenen Länder lehrt uns, dass die Frau sich mehr und mehr selbständig ökonomisch betätigt. Nach der Berufszählung waren bei uns in Betrieben und Berufen tätig:

	Männer	Frauen
Am 31. Dezember 1899	1 497 159	433 532
Am 31. Dezember 1889	1 305 041	353 093
Absolute Zunahme	192 118	80 439
Zunahme in Prozenten	14,72 Proz.	22,78 Proz.
Bevölkerungszunahme	13,1 „	13,17 „

Man ersieht hieraus, dass die Zahl der Frauen, die in Berufen und Betrieben tätig waren, sich anderthalbmal so stark vermehrt hat, wie die der Männer. Diese starke Zunahme der weiblichen Berufsarbeit ist auch in den Vereinigten Staaten, in England und Wales, in Deutschland und Oesterreich zu beobachten.

[Hier folgt eine dem Buche von Lilly Braun »Die Frauenfrage« entnommene Wiedergabe der Ergebnisse der Berufszählung der oben angeführten Länder, sodann eine detaillierte Statistik über die in den einzelnen Berufen in Holland tätigen Frauen, ferner ein Hinweis auf das Werk von Louis Frank »Essai sur la condition politique de la Femme (1892), worin u. a. die noch vorhandenen Spuren der früher in verschiedenen Teilen Frankreichs und anderwärts in Kraft gewesenen politischen Rechte der Frauen nachgewiesen werden, und schliesslich eine Aufzählung der Länder, in denen ein Wahlrecht der Frauen besteht, und eine Anzahl Urteile von amerikanischen, australischen u. s. w. Ministern, Gouverneuren u. s. w. über die günstigen Resultate des Frauenstimmrechtes. Dann fährt die Denkschrift fort]:

Dass hiermit für die Kammer schon genügend Beweismaterial für die sofortige Einführung des Frauenstimmrechts vom Gesichtspunkte

des allgemeinen Interesses vorgeführt sei, wollen Unterzeichnete nicht behaupten. Sie erkennen vollständig an, dass es für diesen Zweck erforderlich ist, über die Wirkung dieses Rechtsinstituts in der Praxis vollständigere und amtlich festgestellte Resultate zu erlangen. Aber für das Ziel, das Unterzeichnete sich stellen, scheint das Obenstehende schon zu genügen. Dies Ziel ist ja einfach: aus der Verfassung jedes der Einführung des Frauenwahlrechts entgegenstehende Hindernis wegzuräumen, während es dem späteren Gesetzgeber überlassen bleibt, inwieweit dieser glaubt, von seinem Rechte, die Frau vom Wahlrecht auszuschliessen, Gebrauch machen zu müssen. Um die Frage bei dieser Gelegenheit auf das zu beschränken, was in dieser Beziehung sicher das allernötigste ist: das Schaffen der Möglichkeit eines Frauenwahlrechts, die vor allem erstrebt wird, haben Unterzeichnete in den oben stehenden Zusatzartikeln das Frauenwahlrecht nicht aufgenommen. Die Frage der Einführung des Frauenwahlrechts wird dadurch bis zur Verhandlung über das Wahlrecht selbst hinausgeschoben, und die Ausarbeitung kann, wenn die Verfassungsrevision in dem beantragten Sinne zustande kommt, durch die Regierung vorbereitet werden, welche besser als die Mitglieder der Kammer imstande ist, das dafür nötige Material zu sammeln und der Ausführung der neuen Idee Form und Gestalt zu geben.

Haben Unterzeichnete sich für mitberufen erachtet, für das Frauenwahlrecht einzutreten, so haben sie zugleich geglaubt, die nötigen Maassregeln dafür ergreifen zu müssen, dass nicht durch eine spätere Regelung des Frauenwahlrechts das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts, in dem geltenden Sinne, durch eine neue Bevorrechtung der besser situierten Klasse der Sache nach durchbrochen werde. Diesem Zwecke dient der zweite Absatz des vorstehenden Artikels 80, der das Recht des Gesetzgebers, Mitbürger vom Wahlrecht auszuschliessen, an die Bedingung knüpft, dass dabei direkt oder indirekt vom gesellschaftlichen Wohlstande abgeleitete Gründe keinen Einfluss haben dürfen. Unterzeichnete weisen zur näheren Erklärung dieses Abschnittes auf die Erläuterung des Artikels 80, zweiter Absatz, hin. In Bezug auf das Frauenwahlrecht bedeutet sie, dass dem Gesetzgeber verboten wird, die minderbemittelten Frauen ganz oder teilweise auszuschliessen, wenn er von der Berechtigung, den Frauen das Wahlrecht zu verleihen, Gebrauch machen wird. Will der Gesetzgeber z. B. das Wahlalter für die Frau höher stellen als für den Mann, die verheiratete Frau ausschliessen, und bloss die unverheiratete, die in einem Berufe oder Betriebe tätig ist, in den Kreis der Wahlberechtigten aufnehmen (Beschränkungen, die Unterzeichnete übrigens auf das schärfste missbilligen), so wendet sich dagegen der obenstehende Artikel 80, Abs. 2 nicht. Aber das Wahlrecht der Frau an einen Steuer-, Miets-, Spar- oder anderen Zensus zu knüpfen, wobei direkt eine Verbindung zwischen Wahlrecht und Wohlstand hergestellt wird; oder die Einführung eines Fähigkeitswahlrechts für die Frau, durch das Anforderungen gestellt werden, welche indirekt auf dem Wohlstande beruhen, wird durch diese Bestimmung ausgeschlossen. Uebrigens wird auch im System dieser Gesetzesvorlage Gelegenheit gegeben, die Frau allmählich zur Staatsverwaltung heranzuziehen. Glaubt der Gesetzgeber, ihr erst das administrative Wahlrecht (das Wahlrecht für den Gemeinderat) geben zu müssen, um es von der damit gemachten Erfahrung abhängig zu machen, ob er sie auch zum politischen Wahlrecht zulassen soll, so kann er sie ausdrücklich vom Wahlrecht zu den Generalständen ausschliessen und selbst ihr Wahlrecht für den Gemeinderat an Bestimmungen knüpfen, die, sofern sie nicht in Widerspruch mit Artikel

80, Abs. 2 stehen, das ganz allmähliche Einwachsen dieser neuen Einrichtung in unser Staatsrecht möglich machen.

§ 8. Das Proportional-Wahlsystem.

Das System, dass die Gesetze nach Stimmenmehrheit angenommen oder abgelehnt werden, kann auf keiner anderen Grundlage beruhen, als auf der Veraussetzung, dass die Mehrheit im Parlament die Meinung der Mehrheit im Volke wiedergibt, und dass die Meinung dieser Mehrheit als die des ganzen Volkes gelten muss. Im parlamentarischen System kann diese Fiktion nicht entbehrt werden; aber man darf nicht vergessen, dass sie nur eine Fiktion ist, und diese Erwägung muss dazu führen, stets nach Hilfsmitteln zu suchen, um auch die Meinung der Minderheit im Volke so viel wie möglich zu ihrem Rechte kommen zu lassen.

Das kann dadurch geschehen, dass das Arbeitsgebiet der zentralen Staatsgewalt nicht weiter ausgedehnt wird, als absolut notwendig ist; durch die Autonomie und möglich grösste Ausdehnung der Befugnisse der Provinzial- und Gemeindeverwaltungen; indem man die aus dem Volke hervorgegangenen Organisationen fördert und ihnen, soweit es mit der Einheit und der Entwickelung der Staatsverwaltung vereinbar ist, eine gewisse »Souveränität im eigenen Kreise« zugesteht; mit einem Worte dadurch, dass man das selbständige Leben der Unterteile des Staats- und Volksorganismus fördert.

Unterzeichnete täuschen sich indess darüber nicht, dass vor allem in unserer Zeit, wo der Staat in den Händen einer in ihrer Macht bedrohten Klasse vornehmlich ein Mittel ist, sich gegenüber der sich organisierenden Arbeiterklasse zu behaupten, von Dezentralisation wenig zustande kommen wird. Es ist doch wohl bezeichnend, dass viele, die ehedem die kräftigsten Verteidiger der Gemeindeautonomie waren, z. B. in Bezug auf die Berechtigung der Gemeindeverwaltungen, Steuern zu erheben, die Autonomie stark eingeschränkt haben und selbst das Recht der Gemeinden, die herkömmlichen Steuern zu erheben, in Frage stellen. Die Gründe hierfür scheinen die zu sein, dass man den zentralen Körper, die Generalstände, noch für geraume Zeit in Händen einer bürgerlichen Mehrheit weiss, die sich gegen zu tiefgreifende Aenderungen in unserem Regierungssystem auflehnen wird; dass aber man auch in unserem Lande in einigen Gemeinden voraussieht, was in einigen Gemeinden des Auslandes bereits eingetreten ist: eine sozialistische oder wenigstens stark sozialreformerisch gesinnte Mehrheit, gegen die man glaubt, die Macht der zentralen Gewalt stärken zu müssen. Und was die Fachvereinigungen, diese eigenartigen Stücke neuen Lebens, die Produkte selbständigen Wachstums in der Organisation der Gesellschaft betrifft, so scheuen sich selbst die Befürworter des aus der Gesellschaft selbst entstandenen selbständigen Lebens nicht, sie aus Gründen der Staatsautorität entweder teilweise zu vernichten oder in Fesseln zu legen.

Demgegenüber steht die Tatsache, dass die neue Partei aus der Arbeiterklasse, die danach strebt, ihren Einfluss in der zentralen Vertretung und in der Reichsverwaltung zu stärken, mit der Durchführung ihrer Grundsätze in allen Zweigen der Verwaltung nicht halt machen kann vor der Türe des Gemeinderats, wo diese durch Gegner ihres Strebens geschlossen werden sollte.

Wo somit von beiden Seiten immer grösseres Gewicht auf die zentrale Staatsgewalt gelegt wird — eine zeitliche, aber unvermeidliche Folge des sich zuspitzenden Klassenkampfes —, da muss sich das Streben, die Minderheit im Volke zu ihrem Rechte kommen zu lassen, auf andere Art Ausdruck verschaffen, als wie durch zunehmende Dezentralisation.

Die zahlenmässige Vertretung ist ein Mittel, in der zentralen Vertretung auch selbst die kleinsten Strömungen unter dem Volke zum Ausdruck zu bringen und allen Parteien denjenigen Einfluss zuzuerkennen, der ihnen nach ihrem richtigen Verhältnis im Volke zukommt. Da die Stimme einer jeden Partei dann in derselben Stärke, die sie im Volke selbst besitzt, im Parlament gehört wird, ist wenigstens der Minderheit Gelegenheit gegeben, sich in dem Maasse ihrer wirklichen Bedeutung zur Geltung zu bringen, den Kampf der Rede und der Grundsätze gegen die Mehrheit mit gleichen Waffen zu führen und solchergestalt zu streben, selbst einmal eine Mehrheit zu bilden.

Es ist' im allgemeinen Interesse gelegen, dass allen Richtungen hierzu die Gelegenheit gegeben wird. Nur auf diese Weise wird das Parlament ein getreues Abbild des Volkes selbst und braucht keine Richtung oder Partei über Zurücksetzung oder Unterdrückung zu klagen.

Die Unterzeichneten beantragen daher, aus der Verfassung alle der zahlengerechten Vertretung entgegenstehenden Beschränkungen zu beseitigen. Sie glauben jedoch auch darauf hinweisen zu müssen, dass das Prinzip, auf dem die zahlengerechte Vertretung aufgebaut ist, nur bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts vollständig verwirklicht wird. Unzweifelhaft trifft die Ausschliessung eines Teils der Arbeiterklasse vom Wahlrecht nicht alle Parteien gleichmässig. Es ist hauptsächlich die Sozialdemokratie, die durch diese Ausschliessung im Parlament künstlich kleiner gemacht wird, als sie wirklich ist. Darum kann erst auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts von zahlenmässiger Vertretung die Rede sein.

Ueber die verschiedenen Systeme der Proportionalvertretung glauben die Unterzeichneten sich nicht äussern zu brauchen, da diese erst später beim neuen Wahlrecht zur Sprache kommen werden.

§ 9. Die erste Kammer.

Dazu berufen, einen Entwurf zur Verwirklichung der Demokratie in unserem Staatswesen zu entwerfen, haben Unterzeichnete sich die Frage stellen müssen, ob zu diesem Behufe die Erste Kammer umgebildet oder aufgehoben werden müsse. Dass sie nicht bleiben kann, was sie ist, ist wohl selbstverständlich. Denn nicht allein geht sie aus einer abgestuften Wahl hervor, einer Wahl, bei der der Wille der Wähler bloss indirekt und abgeschwächt zum Ausdruck kommt, und zwar umsomehr, als die Provinzialstände keine Wahlkollegien zu diesem speziellen Zwecke sind; es wird auch ausserdem den Minderheiten in jeder Provinz jeder Einfluss auf ihre Zusammensetzung entzogen, weil in den Provinzialständen die Mehrheit so, wie sie über das Gebiet einer ganzen Provinz besteht, den Ausschlag gibt. Zugleich lehrt die Erfahrung, dass trotz der Aenderung, die Artikel 90 der Verfassung im Jahre 1887 erhalten hat, und wodurch neben Höchstbesteuerten auch angesehene Beamte und Staatsmänner wählbar geworden sind, doch die erstgenannte Kategorie bei weitem die Mehrheit in der Kammer bildet, so dass diese einen stark plutokratischen Charakter trägt. Dasselbe Prinzip jedoch, das zur Forderung des allgemeinen Wahlrechts für den gesetzgebenden Körper führt, lehnt sich gegen das Bestehen einer Körperschaft auf, die einseitig die kapitalistische Klasse vertritt und als höhere Instanz die Beschlüsse der mehr demokratischen Zweiten Kammer zunichte machen kann. Dass dieser Einwand nicht bloss theoretische Bedeutung hat, beweist die Geschichte des Unfallgesetzes.

Soll die Erste Kammer in das demokratische System hineinpassen, dann muss sie aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehen, das auch

für die Zweite Kammer gefordert wird, und muss zugleich der plutokratische und aristokratische Charakter ihrer Zusammensetzung beseitigt werden. Es ist dann nur die Frage, ob man, wenn man das tut, damit nicht ihr sowohl historisch als logisch jede Begründung ihres Bestehens entzieht.

Die Oberhäuser in England, Ungarn, Preussen, Bayern, Baden, Württemberg und Hessen bestehen hauptsächlich aus erblichen Pairs, Vertreter des adeligen Grossgrundbesitzes, finden ihre Ergänzung in anderen hocharistokratischen Elementen und tragen einen feudalen Charakter. In Italien werden die Mitglieder des Senats vom Könige aus hohen Geistlichen und weltlichen Beamten, verdienten Bürgern und Höchstbesteuerten lebenslänglich ernannt. Dieses System lebenslänglicher Pairs überwiegt auch in Portugal, Sachsen und Spanien.

Wo sich der Senat nicht aus erblichen oder vom König ernannten Mitgliedern zusammensetzt, sondern vom Volke gewählt wird, ist Vorsorge getroffen, dass er entweder durch die Art der Wahl oder durch an die Wählbarkeit geknüpfte Bedingungen oder durch beides, einen anderen, mehr stabileren Charakter trägt, als die Volksvertretung. Eine Ausnahme macht nur Norwegen, »wo man von einem eigentlichen Oberhaus nicht sprechen kann, da die Erste Kammer einzig und allein eine Kommission aus der Zweiten Kammer ist, zur besseren Sicherung der Tauglichkeit der Arbeiten«.*)

In Belgien, wo vor dem Jahre 1893 die Wähler des Senats dieselben waren, wie die der Abgeordnetenkammer, ist bei der Verfassungsänderung von 1893 das Altersjahr der Senatswähler auf 30 (25 für die Kammer) festgesetzt und ausserdem bestimmt worden, dass ein Teil der Senatsmitglieder durch die Provinzialvertretungen gewählt werden sollen. Die Senatsmitglieder müssen zu den Grossgrundbesitzern oder zu den Höchstbesteuerten der Provinz gehören.

In Dänemark und Frankreich ist die Wählbarkeit für die Erste Kammer grösstenteils die gleiche wie für die Zweite Kammer, aber der Kreis der Wähler ist sehr beschränkt. So werden von 62 Mitgliedern des Dänischen Landsthing 12 aus hohen Beamten durch den König ernannt und die anderen durch indirekte Wahl, durch Wahlkollegien ad hoc, gewählt, welche Wahl teilweise auf Grund eines Zensus stattfindet.

In Rumänien und Schweden endlich ist, gerade wie bei uns, sowohl der Kreis der Wähler für die Erste Kammer wie der der Wählbaren beschränkter, als der für die Zweite Kammer.

In allen Ländern ist die Erste Kammer vorwiegend eine Stellvertretung des Besitzes und der Stabilität, ein Damm also gegen die Gefahren, die man von seiten der Demokratie befürchtet, eine Bremse gegen zu schnelle und eingreifende Reformen.

Auch in unserem Staatsrecht, in dem ursprünglich eine Erste Kammer fehlte, die erst bei unserer Vereinigung mit Belgien eingeführt wurde, hat man ihr diesen Charakter geben wollen. »Es ist wichtig, dass dieser andere Teil der Gesetzgebung nicht vollkommen gleich steht mit der Zweiten Kammer, dass er mehr Festigkeit hat, mehr das Eigentum vertritt,« erklärte die Regierung im Jahre 1848. Sie suchte in der Ersten Kammer »eine Bürgschaft gegen Uebereilung, eine Beschränkung der Leidenschaften in unruhigen Zeiten, ein Bollwerk für den Thron« und glaubte dieses Ziel am besten dadurch zu erreichen, dass nur die Höchstbesteuerten des Landes als wählbar erklärt wurden.

*) J. Paulus, De Hoogerhuizen in Europa en Amerika, 1886, S. 109.

Man mag — wie die Unterzeichneten — dem prinzipiell feindlich gegenüberstehen, so ist doch nicht zu verkennen, dass dies einem bestimmten Standpunkt entspricht, dem Standpunkt der Furcht vor der Demokratie und dem Vertrauen in die besitzende Klasse. Dass diejenigen, die das allgemeine Wahlrecht für die Zweite Kammer verwerfen oder es nur notgedrungen und mit Widerwillen annehmen, jetzt, wo davon die Rede ist, es einzuführen, weniger denn ehedem den Gedanken einer Ersten Kammer preisgeben werden, liegt auf der Hand. Ihnen kommt es nur darauf an, die Position und Bedeutung der Ersten Kammer in unserer Konstitution zu stärken, und während sie zu diesem Zwecke auf der einen Seite den plutokratischen Charakter dieser Kammer durch die Forderung, die Wählbarkeit der für die Zweite Kammer gleichzustellen, abschwächen wollen, trachten sie, von ihrem Standpunkt aus mit Recht, danach, ihren stabilen Charakter zu befestigen, indem die Provinzialstände als Wahlkollegien für die Erste Kammer gelten sollen.

Weniger logisch kommt Unterzeichneten der Standpunkt jener vor, welche die Erste Kammer nach demselben Wahlrecht gewählt wissen wollen, das für die Zweite Kammer gilt, dagegen aus einem Kreise von Personen, die, ohne zu den mehr Begüterten zu gehören, durch ihre Erfahrung im öffentlichen Leben eine gewisse Garantie für ihr Wissen und ihre Ueberlegung darbieten. Eines aber von beiden: Entweder man glaubt, dass in der Zweiten Kammer, die doch überall den wichtigsten Teil des gesetzgebenden Körpers bildet, Wissen und Erfahrung im genügenden Maasse vorhanden sein müssen, und dass sie dies lediglich dann sein würden, wenn die Verfassung die Wählbarkeit auf gewisse Kategorien von Personen beschränkt, oder man ist der Meinung, dass man Mitglied des wichtigsten Zweiges der Volksvertretung sein kann, ohne dafür die nötige Fähigkeit und Weisheit zu besitzen. Das letztere ist nicht anzunehmen; um konsequent zu sein, würde man dann nicht nur für die Erste, sondern auch für die Zweite Kammer höhere Anforderungen bezüglich der Wählbarkeit stellen müssen.

Die Unterzeichneten erachten das für überflüssig, da sie im allgemeinen den Wählern genügend vertrauen, um ihnen für die Wahl von tüchtigen und klugen Abgeordneten vollkommene Freiheit zu lassen. Aber sie begreifen nicht, wie man den Wählern für die Zweite Kammer Freiheit lassen kann, während man glaubt, ihnen für die Erste Kammer die Hände binden zu müssen.

Ausserdem wird es stets unmöglich sein, die Wählbarkeit für die Erste Kammer durch Gesetz so zu regeln, dass man eine grosse Auswahl unter allen Gruppen der Gesellschaft zulässt, und doch im Gesetze die Bürgschaft findet, dass keine untüchtigen und unbedachtsamen Elemente gewählt werden können. Selbst die Vorschrift eines höheren Alters hilft da nicht, da viele schon jung Erfahrung im politischen Leben haben, während andere erst in späteren Jahren dazu Gelegenheit erhalten, und Leidenschaft und Feuer mindestens ebensosehr eine Sache des Temperaments wie des Alters sind.

Die Zusammensetzung und der Charakter eines Vertretungskörpers hängen schliesslich mehr von den Wählern, als wie von den Gewählten ab; diejenigen also, die für die Erste Kammer das allgemeine Wahlrecht einführen möchten, aber ihre Mitglieder aus gewissen Kategorien, die man in allen Ständen und Richtungen des Volkes antrifft, ausgewählt wissen wollen, werden nichts als eine verkleinerte und abgeschwächte Kopie der Zweiten Kammer zustande bringen. Ohne gesetzliche Garantien werden die Parteiführer und aktiven Staatsmänner fortfahren, in der Zweiten Kammer ihren Sitz zu nehmen, und mit gesetzlichen Garan-

tien wird die Erste Kammer aus Personen von geringerer politischer Bedeutung bestehen, die nicht die Kraft und das Ansehen haben werden, die nötig sind, das Werk der Zweiten Kammer ungeschehen zu machen.

Es dünkt denn auch den Unterzeichneten, dass diejenigen, die die Erste Kammer ihres sozialen Charakters als Vertretung der mehr stabilen Elemente in der besitzenden Klasse entkleiden wollen, ihr damit jeden Boden entziehen, und dass jeder Versuch zur Demokratisierung der Ersten Kammer notwendigerweise mit ihrer tatsächlichen Abschaffung enden muss.

Haben also die Unterzeichneten nichts übrig für den Standpunkt, den Stuart Mill damit kennzeichnete, dass er sagte, in jeder Konstitution müsse »ein Zentrum des Widerstandes« gefunden werden und demzufolge auch in der Demokratie ein Widerstand gegen die Demokratie selbst? Ganz gewiss; aber der Widerstand muss dann auch aus der Demokratie, aus dem Volke selbst, herauskommen, weder darf noch kann er darin gefunden werden, eine kleine bevorrechtete Gruppe gegen die Vertretung des Volkes mobil zu machen. Keine revolutionäre Veränderung ist noch je durch ein Oberhaus aufgehalten worden; die einzige wesentliche Kraft, die den Fortschritt vorwärts treibt, jedoch ihn auch bisweilen hemmt, ja selbst vorübergehend zurücktreibt, liegt im Volke selbst. Es kommt nur darauf an, dieser Kraft Gelegenheit zu geben, zu wirken und sich zu entwickeln, damit sie abwechselnd als Triebkraft oder Hemmung auf die Staatsmaschine einwirke.

Dass, vor allem in unserem Lande, die Gefahr der »Uebereilung« der Zweiten Kammer gross sein sollte, können die Unterzeichneten nicht glauben. Jedoch hat es sich in diesem Jahre gezeigt, dass auch sie mit »Uebereilung« arbeiten kann, wenn sie unter dem Einflusse einer Regierung und Regierungsmehrheit steht, die unter dem Eindruck der politischen Leidenschaft und vertrauend auf die Gewalt, über die sie verfügen, sich nicht scheuen, das Volk mit ungerechten Zwangsmassregeln zu überfallen, die sie schnell durchführen wollen, weil sie fürchten, dass ihre Anträge bei ruhiger Behandlung im Volke selbst am Widerstand der öffentlichen Meinung abprallen würden. Wie wenig in solchem Falle die Erste Kammer als Vorbeugungsmittel gegen »Uebereilung« bedeutet, ist damit hinreichend gezeigt. Und wie kann das anders sein? Eine Körperschaft, die einseitig eine kleine, durch die natürliche Entwickelung der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Herrschaft mehr und mehr bedrohte Klasse vertritt, wird stets, wo ihre Machtposition in Frage kommt, statt eines Bollwerks gegen revolutionäre »Uebereilung« ein williges Werkzeug der reaktionären Uebereilung abgeben. Durch die Forderung, in die Verfassung die Bestimmung aufzunehmen, dass nach einem bestimmten Termin über einen vom Parlament angenommenen Gesetzentwurf eine wiederholte Lesung stattzufinden habe, würde der »Uebereilung« besser vorgebeugt werden, als durch eine Erste Kammer.

Aus den angeführten Gründen haben die Unterzeichneten geglaubt, in diesem Gesetzentwurfe die Abschaffung der Ersten Kammer als eines undemokratischen, nutzlosen Elements unserer Staatsregelung vorschlagen zu müssen.

§ 10. Die Volksabstimmung (Referendum).

Mit der blossen Abschaffung der Ersten Kammer ist jedoch das letzte Wort noch nicht gesprochen. Vor allem nicht in einer konstitutionellen Monarchie, wie die unsrige, wo tatsächlich in letzter Linie jede Macht

im Parlamente ruht, aus dessen Mehrheit die Regierung hervorgeht, von der wieder die Krone ein williges Werkzeug ist.

Wenn die Erste Kammer abgeschafft und an deren Stelle kein anderes Gegengewicht gegen die Herrschaft des Parlaments gesetzt wird, läuft dieses Gefahr, sich zu sehr über das Volk hinweg zu setzen und, durch ein Gefühl der Allmacht zur Ueberschätzung seiner Aufgaben und Befugnisse getrieben, den wirklichen Verhältnissen im Volke und dessen direkten Interessen zu wenig Rechnung zu tragen. Wenn gegen die Gefahr keine andere Appellinstanz besteht, würde das königliche Veto, das auch bei uns glücklicherweise nicht mehr wie eine Religion bewahrt wird, das einzige Mittel sein, einem übermütigen Parlamente gegenüber die Volksrechte zu verteidigen; eine solche Wiederbelebung des monarchischen Systems aber würde noch schlimmer sein, als das Bestehen der Ersten Kammer.

In dem vorläufigen Bericht in Sachen der letzten Verfassungsänderung (Beilagen 1884—1885, 111, Nr. 36) wurde denn auch von einigen Mitgliedern die Erste Kammer bekämpft, weil sie bei uns durch das Fehlen einer erblichen Aristokratie nicht im Volksleben wurzele, sowie aus dem Grunde, dass eine kräftige monarchische Macht besser sei. Unter denjenigen, die das Zweikammersystem beibehalten wollten, waren jedoch welche, die sagten, dass, wenn man damit breche, das Referendum eingeführt werden müsse, das in der Schweiz besteht, »und dort, wie die Erfahrung lehrt, sehr konservativ wirkt«.

Dieses Referendum ist es, die »Volksabstimmung«, und zwar die fakultative, was die Unterzeichneten als natürliches, im Volke selbst vorhandenes »Zentrum des Widerstandes« an Stelle der Ersten Kammer in unseren Staatsorganismus eingefügt zu haben wünschen.

Wenn die Unterzeichneten sich zum Ziel gesetzt hätten, bei dieser Gelegenheit zu versuchen, die direkte Volksgesetzgebung einzuführen, so würden sie sich nicht auf das fakultative Referendum beschränkt, sondern auch die Volksinitiative und für bestimmte Fälle das obligatorische Referendum beantragt haben. Sie erachten jedch die Zeit für noch nicht gekommen, das Parlament durch die direkte Gesetzgebung zu ersetzen, da die grosse Masse zu viel durch den Kampf ums Dasein in Anspruch genommen wird, um die Gesetzgebung selbst in die Hand nehmen zu können. Doch können sie sich wohl vorstellen, dass in dem Maasse, als das Volk mehr Anteil an den Produktionsmitteln erhält und selbst die Produktion beherrscht, ein so grosser Teil der Arbeit durch die Maschine verrichtet werden wird, dass bei einer gleichmässigeren Verteilung der Arbeit unter den Bürgern für einen jeden genügend Zeit und Gelegenheit sein wird, persönlich an der Gesetzgebung teilzunehmen.

So lange jedoch die Grundlage für einen derartigen Zustand nicht gelegt ist, können die Unterzeichneten die direkte Volksgesetzgebung nur als eine Utopie betrachten.

Was sie bewegt, das Referendum zu beantragen, ist: 1. die Notwendigkeit, nach einem Zügel zu suchen für eine zu grosse Machtentfaltung des Parlaments, nach einer zweiten Instanz für die Beschlüsse der Körperschaft, welche das Volk vertritt, aber noch nicht das Volk ist; 2. das demokratische Prinzip, das um so besser zum Ausdruck kommt, in je grösserem Masse das Volk selbst zur Gesetzgebung und Verwaltung herangezogen wird; 3. das Streben, es zu fördern, dass das Volk lernt, an der Gesetzgebung teilzunehmen, es also zur Demokratie zu erziehen.

Zur Erläuterung dieser Punkte ein kurzes Wort.

Warum es wünschenswert ist, die ganze gesetzgebende Macht nicht faktisch in ein permanentes Kollegium zusammenzufassen, ist oben bereits näher dargelegt worden. Das Parlament liefert auch bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts gewiss noch nicht die Garantie, in jeder Hinsicht das Volk zu vertreten. Man denke an den Deutschen Reichstag, worin z. B. das Zentrum, das 1 899 470 Stimmen aufgebracht hat, 102 Sitze einnimmt, während die Sozialdemokratie mit 3 010 472 Stimmen nur 81 Sitze hat. Die Einteilung der Wahlkreise, die Art der Wahl und so viele andere Umstände mehr können die Wirkung des allgemeinen Wahlrechts in der Praxis verfälschen und dadurch dem Volke ein Parlament verschaffen, das nicht das Recht hat, sich als »Volksvertretung« zu betrachten.

Das System der »Volksvertretung« beruht in Ländern, wo die konstitutionelle Monarchie oder die Republik besteht, auf dem Grundsatze, dass dem Volke selbst die Kontrolle über seine eigene Gesetzgebung zusteht. Die Kontrolle wird jedoch durch die periodischen Wahlen nur sehr ungenügend ausgeübt. Zum ersten, weil, wie soeben gezeigt wurde, selbst beim allgemeinen Wahlrecht die Wahlen nicht immer die Garantie liefern, dass die Meinungen des Volkes in allen ihren Schattierungen und im wahren Verhältnis zum Ausdruck kommen. Aber ausserdem wird bei den Wahlen nur über allgemeine Grundsätze, über Parteien abgestimmt, und nicht über deren konkrete Anwendung in bestimmten Fällen.

Einmal jedoch zugegeben, dass die Gesetzgebung die Sache des Volkes, sein Interesse und sein Recht ist, und dass das Vertretungs-System nur ein durch die ökonomische Einrichtung der Gesellschaft gebotenes aber ungenügendes Mittel ist, den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen, so kann man sich schwer der Konsequenz entziehen, dem Volke, wenn es mit genügender Kraft und Nachdruck den Wunsch zu erkennen gibt, das Werk seiner Vertretung einer Revision zu unterziehen, die Gelegenheit dazu zu geben.

Die Frage, ob das Volk selbst in diesem Falle bessere Arbeit liefern wird, als seine Vertreter, ist schwer zu beantworten, da die Frage, was gut ist, auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung verschiedene Antworten zulässt, je nach dem Standpunkt, auf den man sich stellt. Die Erfahrung mit dem Referendum in der Schweiz hat die konservativen Parteien am meisten befriedigt; der frühere Bundespräsident, Herr Zemp, konstatiert mit Genugtuung: »Die Erfahrung hat bewiesen, dass sich das Schweizer Volk mehr konservativ gezeigt hat, als seine Abgeordneten«.*)

Die radikale Partei in der Schweiz ist, die konsequentere demokratische Gruppe ausgenommen, durch die Erfahrung mit dem Referendum von ihrer früheren Liebe für dasselbe ziemlich abgekommen. Die Sozialdemokraten dagegen sind, obwohl sie zugeben, dass das Referendum in der Praxis oft konservativ wirkt und dass es z. B. nicht angehe, Gesetze so verwickelter Art und von so grossem Umfange, wie die zur Abstimmung gestellten Kranken- und Unfallversicherungen, dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten, dennoch warme Verteidiger dieses Volksrechts. Angesichts der Abstimmung über die obengenannten Gesetze, die ein Triumph der Reaktion war, schreibt Dr. Hertz**):

»Wer Gelegenheit sucht, den schaffenden Mann im werktätigen Gewande zu hören, wenn er mit seinesgleichen so, wie es ihm ums Herz

*) Jean Signorel, Etude de législation comparée sur le référendum législatif, Seite 369.

**) Siehe Dr. Hertz, Die Volksgesetzgebung in der Schweiz. Neue Zeit, 19. Jahrg., Seite 210 und 211.

ist, redet, wer gerade nach einer Abstimmung aufmerksam solchen Gesprächen folgt, der hat neuerdings bestätigt gesehen, was er schon oftmals beobachten konnte, dass nämlich das »Nein«, das der einfache Mann in die Wagschale werfen kann, für Hunderttausende die alleinige Wehr und Waffe ist, die ihnen zu Gebote steht, um ihrem Missmut gegen alles das Luft zu machen, was ihnen im Staatshaushalt nicht gefällt. Den Bund zum Freunde des werktätigen Volkes in Stadt und Land zu machen, seine Verwaltung und Gesetzgebung zu einer möglichst volkstümlichen zu gestalten, das ist die hehre Lehre, die uns der Abstimmungstag vom 20. Mai mit deutlichen Zügen besagt: Nicht aus Angst und Furcht diktierte Gelüste zur Abschaffung oder Einengung der Volksrechte provokatorisch und kleinlich zur Schau zu tragen, sondern in Tat und Wahrheit sich bemühen, für eine Festigung und Erweiterung derselben bedacht zu sein, ist der kategorische Imperativ, den wir aus der jüngsten Referendumsbewegung ziehen sollten«.

Es ist leicht auszufinden, wie es möglich ist, dass sowohl Konservative wie konsequente Demokraten und Sozialdemokraten dem Referendum huldigen. Die ersteren haben es als eine natürliche Bremse gegen den raschen Fortschritt kennen und schätzen gelernt — eine Bremse, die auch vom konservativen Standpunkt insofern tauglicher ist, als ein Klasseninstrument wie die Erste Kammer, weil man dabei das moralische Recht besitzt, sich bei ihren Beschlüssen auf das Volk in seiner Gesamtheit zu berufen und sich über das Referendum keine höhere Instanz denken lässt. Die letzteren dagegen können sich über das Resultat des Referendums, auch wo dieses nicht die an es gestellten Erwartungen erfüllt, mit dem Gedanken trösten, dass das Böse nicht im Referendum, sondern in der fehlerhaften Entwickelung des Volkes selbst sitzt und dass gerade das Referendum eines der Mittel ist, das Volk mit der Zeit von dieser Krankheit zu erlösen. Bereits werden verschiedene Gesetzentwürfe, die erst verworfen wurden, später mit oder ohne Referendum angenommen, während aus der Tatsache, dass von 230 Gesetzentwürfen in der Schweiz vom Jahre 1874 bis 1900 nur 26 dem Referendum unterworfen wurden, von denen 8 angenommen und 18 verworfen wurden, hervorgeht, dass das Volk dort von seinem Verwerfungsrecht keinen grösseren Gebrauch gemacht hat, als in demselben Zeitraum bei uns die Erste Kammer.

Eine Demokratie, die dem Volke, wo es dies verlangt, nicht das letzte Wort über die Beschlüsse seiner Vertreter lassen will, aus Furcht vor seinem Mangel an Einsicht, ist nur eine Scheindemokratie; der wirkliche Demokrat hat genügend Vertrauen in das Volk, um dessen Vertreter nicht zu dessen Beherrschern machen zu wollen, und deshalb wird das Referendum denn auch mit Recht »die Konsequenz der modernen Demokratie« genannt.

[Es folgen nun Bemerkungen zu einer grösseren Anzahl der zu den einzelnen Artikeln der Verfassung gestellten Abänderungsanträge, und dann die Unterschriften:]

Troelstra. Helsdingen. Hugenholtz. van Kol.
Ter Saan. Melchers.

III. Urkunden des Sozialismus.

Die Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses zu Amsterdam 1904.

1. Sozialpolitik und Arbeiterversicherung.

(Mit grosser Mehrheit angenommen.)

»In Erwägung,

dass die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft in der Regel nur so kargen Lohn erhalten, dass dieser kaum zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse während ihrer Tätigkeit langt, so dass sie in Not und Elend versinken, wenn sie verhindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten, sei es durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter oder Arbeitslosigkeit — weibliche Arbeiter auch durch Schwangerschaft oder Mutterschaft,

in fernerer Erwägung,

dass jeder Mensch ein Recht auf Existenz und die Gesellschaft ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft hat, müssen Einrichtungen geschaffen werden, welche die Not der Arbeiter und den hierdurch hervorgerufenen Verfall ihrer Arbeitskraft verhindern.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann dies am besten durch eine wirksame Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung erreicht werden. Die Arbeiter aller Länder haben daher Einrichtungen zu fordern, durch welche Krankheit, Unfälle und Invalidität möglichst verhindert werden und durch obligatorische Versicherungsgesetze ihnen ein Rechtsanspruch auf ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt und zur ärztlichen Hilfe gewährt wird, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Schwangerschaft, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten.

Die Kosten der Versicherung sind in erster Linie bei der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung durch direkte Steuern von Vermögen, Einkommen und Erbschaft progressiv zu tragen. Wo dies nicht geschieht, werden die Beiträge, auch wenn sie von den Unternehmern gezahlt sind, stets einen Teil des Arbeitslohnes in Anspruch nehmen. Es ist daher Aufgabe der Arbeiter, diesen Lohnverlust durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation auszugleichen.

Die Arbeiter müssen fordern, dass diese Versicherungs-Einrichtungen unter die Selbstverwaltung der Versicherten gestellt und dass für einheimische wie ausländische Arbeiter aller Nationen ein und dieselben Bestimmungen getroffen werden.«

2. Kolonialpolitik.

(Einstimmig angenommen.)

»In Erwägung, dass die kapitalistische Ausbeutung eines stets wachsenden Kolonialgebietes immer grösser und regelloser wird, den natürlichen Reichtum der Kolonien verwüstet und die eingeborenen Völker der schwersten und oft blutigsten Unterdrückung aussetzt, welche Ausbeutung für das Proletariat nur eine Verschlimmerung des Elends bringt, bringt der Kongress den Beschluss des Pariser Kongresses von 1900 über die Kolonialfrage und die imperialistische Politik in Erinnerung und erklärt, dass es die Pflicht der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern und der Parlamentsfraktionen ist: 1. sich rücksichtslos jedem imperialistischen und protektionistischen Antrage, jedem kolonialen Eroberungszuge und jeder militärischen Ausgabe für die Kolonien zu widersetzen. 2. Jedes Monopol, jede grosse

Landkonzession zu bekämpfen und scharf darauf zu achten, dass die Reichtümer der Kolonien nicht von der Klasse der grossen Kapitalisten beschlagnahmt werden. 3. Rücksichtslos all die greulichen Gewalttaten an die Oeffentlichkeit zu bringen, deren Opfer die Eingeborenen sind; für diese die kräftigsten Schutzmassregeln wider militärische Barbarei und kapitalistische Ausbeutung zu fordern und besonders darauf zu achten, dass sie nicht mit List oder Gewalt ihres Eigentums beraubt werden. Massregeln, die die Lage der Eingeborenen bessern können, vorzuschlagen und zu unterstützen wie: Gemeinnützige Arbeiten, hygienische Massregeln, Errichtung von Schulen u. s. w. Sie müssen sich bemühen, den schädlichen Einfluss der Missionäre zu brechen. 5. Für die Eingeborenen das Maass von Freiheit und Selbständigkeit zu fordern, das ihre Entwickelung vertragen kann, unter dem Gesichtspunkt, dass die vollständige Emanzipation der Kolonien das erstrebte Ziel ist. 6. Die Leitung der äusseren Politik unter parlamentarische Kontrolle zu bringen, da diese infolge der natürlichen Entwickelung des parlamentarischen Systems mehr und mehr dem geheimen Einfluss plutokratischer Kliquen unterworfen ist.«

3. Der Generalstreik.

(Mit 36 gegen 4 Stimmen angenommen.)

In Erwägung, dass die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongress den absoluten Generalstreik in dem Sinne, dass alle Arbeit niedergelegt wird, für unausführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich macht. In weiterer Erwägung, dass die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, dass es aber möglich ist, dass ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine grosse Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äusserstes Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongress die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, ins Schlepptau nehmen zu lassen, und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch Entwickelung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird.«

4. Internationale Regeln der sozialistischen Taktik.

(Mit 25 gegen 5 bei 12 Enthaltungen angenommen.)

»Der Kongress verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, dass an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, dass aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei wird, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Kongress im Gegensatz zu den vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, dass die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. dass die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, und dass sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten;

2. dass die Sozialdemokratie gemäss der Resolution Kautsky des Internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht *erstreben* kann.

Der Kongress verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Kongress erwartet, dass die sozialdemokratischen Fraktionen die grössere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihnen stehenden Wählermassen erlangen, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwenden und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzen, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte überall aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihnen bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.«

5. **Die Maifeier.**

(Einstimmig angenommen.)

»Ausgehend von der Erwägung, dass die Arbeiterdemonstration am 1. Mai den Zweck hat, an einem bestimmten Tage in allen Ländern mit moderner Arbeiterbewegung einheitlich für die Forderungen der Arbeiterschaft, insbesondere für den Arbeiterschutz, den Achtstundentag, die Klassenforderungen der Arbeiterschaft und den Weltfrieden einzutreten und damit die Einheitlichkeit der Bewegung und der Forderungen der Arbeiter aller Länder zum Ausdruck zu bringen,

in fernerer Erwägung, dass die Einheitlichkeit der Demonstration noch nicht gegeben ist, weil in einzelnen Ländern nicht am 1. Mai, sondern am ersten Sonntag im Mai demonstriert wird.

beschliesst der Kongress: Im Anschluss an die Beschlüsse der Internationalen Kongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und Paris 1900 fordert der Internationale Kongress zu Amsterdam die sozialdemokratischen Partei-Organisationen und die Gewerkschaften aller Länder in der nachdrücklichsten Weise auf, alljährlich am 1. Mai für die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages, für die Klassenforderungen des Proletariats und für den Weltfrieden zu demonstrieren.

Am wirksamsten kommt die Demonstration am 1. Mai in der Arbeitsruhe zum Ausdruck.

Der Kongress macht es deshalb sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen.«

6. **Das Frauenstimmrecht.**

(Einstimmig angenommen.)

»Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allmeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, müssen die sozialistischen Parteien das Frauen-Wahlrecht in den gesetzgebenden Körperschaften beantragen, in der Agitation grundsätzlich festhalten und mit allem Nachdruck vertreten.«

7. **Die Trusts.**

(Gegen vereinzelte Stimmen angenommen.)

»Die Trusts in ihrer vollkommenen Entwickelung sind die Beseitigung der Konkurrenz zwischen den Herren der Produktion. Sie haben sich ent-

wickelt aus losen Vereinbarungen unabhängiger Kapitalisten zu riesenhaften und fest organisierten, nationalen und sogar internationalen Unternehmerverbänden, welche oft eine ganze Industrie monopolisieren. Sie sind die unvermeidliche Konsequenz der Konkurrenz in einer auf Lohnarbeit im Dienste des Kapitalprofits sich stützenden Wirtschaftsordnung.

In diesen Verbänden werden die Grosskapitalisten aller Länder und aller Industrien schnell zu einer kompakten Einheit auf der Basis gemeinschaftlicher Interessen zusammengefügt. So wird der Konflikt zwischen Kapitalisten- und Arbeiterklasse immer schärfer. Die Produktion wird reguliert, die Verschwendung der Konkurrenz wird umgangen und die Leistungsfähigkeit der Arbeit vergrössert. Aber der ganze Vorteil fällt den Kapitalisten zu und die Ausbeutung der Arbeiter wird intensiver.

Angesichts dieser Tatsache und der vielfachen Erfahrungen, wonach sich eine Antitrust-Gesetzgebung im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung als aussichtslos herausstellt, erneuert der Internationale sozialistische Kongress von Amsterdam die Pariser Resolution von 1900 und befestigt dieselbe mit folgender Erklärung:

I. dass die sozialistischen Parteien aller Länder sich von jeder Beteiligung an Gesetzgebungsversuchen, welche das Aufkommen der Unternehmerverbände zu verhindern oder ihr Wachstum einzuschränken suchen, fernzuhalten haben, weil solche Versuche immer aussichtslos und manchmal reaktionär sind.

II. Dass die Bestrebungen der sozialistischen Parteien auf Sozialisierung der Produktionsmittel und deren Anwendung auf allgemeinen Nutzen und nicht auf Profit gerichtet sein müssen. Die Weise, in der diese Sozialisation zustande kommt, sowie die Reihenfolge dieser Sozialisation wird von der Macht, über die wir verfügen, bestimmt.

III. Der wachsenden Gefahr, welche ihre ökonomische Organisation durch die Befestigung der Macht der Kapitalisten bedroht, müssen die Arbeiter der ganzen Welt ihre organisierte Macht gegenüberstellen, als ihre einzige Waffe gegen die kapitalistische Unterdrückung und als ihr einziges Mittel, den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft zu schaffen.«

Die Beschlüsse des Bremer Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

18. bis 24. September 1904.

1. Aufforderung zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauch.

(Mit grosser Mehrheit angenommen.)

In Anbetracht der ungeheuren Schädigungen, welche der Alkohol der Arbeiterschaft verursacht, indem er dadurch insbesondere zu einem grossen Hindernis für die Verwirklichung unserer Ziele wird, hält es der Parteitag im Interesse des Fortschreitens unserer Bewegung für unbedingt erforderlich, den Alkoholmissbrauch in der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Er fordert daher alle Parteigenossen und insbesondere alle Parteizeitungen auf, noch mehr als bisher die Arbeiter auf die Gefahren des Alkoholgenusses aufmerksam zu machen.

2. Resolutionen in Sachen des Fremdenrechts in Deutschland.

(Einstimmig angenommen.)

In Erwägung,

dass das abscheuliche Willkürregiment in Russland auf das entschiedenste im Interesse der Kultur bekämpft werden muss, dass die russichen Genossen, welche diesen Kampf unter den schwersten Opfern führen, der Unterstützung auch der deutschen Sozialdemokraten versichert sein dürfen;

in Erwägung,
dass die preussischen Justizbehörden denjenigen deutschen Parteigenossen, welche den russischen Genossen durch Mitwirkung bei der Verbreitung von Agitationsschriften offen vor den Augen der deutschen Behörden behilflich gewesen sind, durch Erhebung einer Anklage von Geheimbündelei diese Mitwirkung zu unterbinden versucht haben,

beschliesst der Parteitag:

1. es ist eine selbstverständliche Pflicht internationaler Solidarität, den russischen Parteigenossen bei der Verbreitung von Druckschriften, sofern sie nicht gegen die deutschen Gesetze verstossen, gefällig zu sein;
2. diesen Beschluss der Staatsregierung noch ausdrücklich bekannt zu machen.

Des weiteren ersucht der Parteitag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Schaffung eines der modernen Kultur entsprechenden Rechts der Fremden im Deutschen Reiche und insbesondere zur Sicherung von Ausländern gegen die seit längerer Zeit befolgte und neuerdings verschärfte, verwerfliche Praxis der Auswandererpolizei, sie durch Nötigung zum Lösen von Fahrkarten nach bestimmten Ländern bestimmten Reedern in die Hände zu spielen und sie im Falle der Weigerung ihrem Heimatslande auszuliefern.

3. Resolutionen in Sachen Max Schippel.

(Die Hauptresolution mit 234 gegen 44, der Zusatz mit 150 gegen 126 Stimmen angenommen.)

Der Parteitag missbilligt auf das schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelzölle verhalten und dadurch unseren Feinden Material gegen die Partei geliefert hat.

Wenn schliesslich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gedrängt, erklärte, dass er Gegner der Agrarzölle sei und in der Zolltariffrage die Stellung der Partei teile, so war es um so unbegreiflicher und unverzeihlicher, dass er seit Jahren seinen ganzen Scharfsinn und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, dass vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarzölle gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Der Parteitag missbilligt aber auch entschieden den hässlichen und hochfahrenden Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei und Parteigenossen führte, ein Verfahren, das sich um so weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus gewechselt hat.

Der Parteitag erklärt weiter, dass das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekleidung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel aufs tiefste erschüttert ist und dass, wenn Schippel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen.

4. Resolutionen gegen Soldatenmisshandlungen und Heimlichkeiten der Kriegsgerichte.

(Einstimmig angenommen.)

Veranlasst durch die immer wiederkehrenden Fälle von Soldatenmisshandlungen rohester und ehrlosester Art, erhebt der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands flammenden Protest gegen diese Betätigungen nichtswürdiger Gesinnung, wie auch gegen das System, aus dem sie immer neu hervorwachsen.

Der Parteitag macht es allen unter der Fahne stehenden jungen Männern zur heiligsten Pflicht, sich selbst jeder Art von Misshandlung oder Ehrverletzung gegen Kameraden oder Untergebene sorgfältigst zu enthalten, zugleich aber auch zur Hintanhaltung beziehungsweise Ahndung aller gegen sie selbst oder Kameraden gerichteten Gewalttätigkeiten oder Roheiten jede gesetzlich zulässige Beihilfe zu leisten.

Zugleich richtet der Parteitag an die Militärbehörden die dringendste Aufforderung, ihren oft in Worten bekundeten guten Willen in dieser Richtung

durch Anwendung der erforderlichen Massregeln von unbeugsamster Entschiedenheit gegen Menschenquälereien aller Art wie auch gegen die verantwortlichen Vorgesetzten in die Tat umzusetzen.

Der Parteitag erhebt entschieden Protest gegen die in letzter Zeit immer mehr geübte Praxis der Militärgerichte, den Ausschluss der Oeffentlichkeit bei ihren Verhandlungen herbeizuführen.

Der Parteitag stellt fest, dass solche Heimlichkeit den schlimmsten Vermutungen Raum gibt und den Beweis liefert für die Unerträglichkeit der militärischen Sonderinteressen mit den anerkannten Rechtsgrundsätzen unserer Zeit.

5. Resolution für Befreiung der Schule von der Kirche und Reform durch ein Reichsschulgesetz.

(Mit grosser Mehrheit angenommen.)

Gemäss der sozialdemokratischen Forderung auf Weltlichkeit der Schule erklärt der Parteitag, sowohl gegenüber den Verpfaffungsbestrebungen der vereinigten Konservativen, Ultramontanen und Nationalliberalen, als auch gegenüber der einseitigen liberalen Agitation für die Simultanschule, dass pädagogische, ethische und politische Gründe die völlige Trennung der Schule von der Kirche und damit die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule verlangen.

Der Parteitag erklärt ferner, dass die Volksschule wie das ganze Erziehungswesen über die Regelung der religiösen Frage hinaus einer grundsätzlichen Reform an Haupt und Gliedern durch ein Reichsschulgesetz bedarf, und zwar auf dem Wege, den die vom Bürgertum längst verleugneten revolutionären Pädagogen des Bürgertums, insbesondere Comenius und Pestalozzi, ferner Goethe und Karl Marx gewiesen haben.

Der Parteitag erklärt endlich, dass keine bürgerliche Partei ein unmittelbares und uneigennütziges Interesse an der Volksschule hat. Die Befreiung der Volksschule aus ihrer heutigen unwürdigen Stellung als Magd der herrschenden Klassen und der Kirche kann nur das Werk der Arbeiterklasse vermittelst des Klassenkampfes sein.

6. Resolution in Sachen der Maifeier.

(Mit grosser Mehrheit angenommen.)

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Ausserdem wurde der Heft 8 (August 1904) auf Seite 379/380 abgedruckte Entwurf eines **sozialistischen Kommunalprogramms** mit folgendem Zusatz als Punkt 4c angenommen:

»Volle Koalitionsfreiheit für städtische Arbeiter und Beamten.«

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

8. Oktober 1904.

Der lippesche Thronstreit. — C. Legien, Ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Entwickelung. — J. German, Die Kartelle und der Juristentag. — E. Belfort-Bax, Die Geschichtstheorie und die Philosophie des Sozialismus. — Emanuel Wurm, Die gewerblichen Vergiftungen. — Literarische Rundschau.

15. Oktober 1904.

Der Berliner Schulstreit. — Wilhelm Düwell, Aus dem Reiche der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlkönige. — Paul Lafargue, Die christliche Liebestätigkeit. — Ferdinand Lassalle, Die Hegelsche und die Rosenkranzische Logik und die Grundlage der Hegelschen Geschichtsphilosophie im Hegelschen System. — Notizen.

22. Oktober 1904.

Ein Schulfall. — Rudolf Hilferding, Zur Problemstellung der theoretischen Oekonomie bei Karl Marx. — Georg Gradnauer, Die sächsische Probe. Bemerkungen über Wahlrechtsschutz. — Paul Lafargue, Die christliche Liebestätigkeit. — Literarische Rundschau.

29. Oktober 1904.

John Locke. — Otto Bauer, Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen. — Karl Böttcher, Lohnkämpfe der Buchdrucker im Jahre 1848. — Paul Lafargue, Die christliche Liebestätigkeit. — O. Rühle, Die Comenius-Bibliothek in Leipzig. — H. Fehlinger, Berufstätige und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Oesterreich. — Literarische Rundschau. — Notizen.

5. November 1904.

Nationale Ehre und Verwandtes. — Otto Bauer, Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen. — Paul Hirsch, Sozialreformer-Kongresse. — Hans Block, Der Abolitionismus. — Adolf Braun, Die Dresdener Städteausstellung. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

November 1904.

Filippo Turati, Lehren und Folgen des Generalstreiks in Italien. — Paul Kampffmeyer, Der Generalstreik und die Eroberung der ökonomischen Macht. — Johann Leimpeters, Zum Generalstreik. — Dr. Albert Südekum, Eine prinzipielle Bemerkung zum ersten deutschen Wohnungskongress. — Eduard Bernstein, Nationale Besonderheiten und internationale Sprache. — Hans Fehlinger, Streikerfolge. — Dr. Ladislaus Gumplowicz, Polemisches zur Frauenfrage. — Rundschau: Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Genossenschaftsbewegung, Geistige Bewegung, Frauenbewegung, Bildende Kunst, Redende Kunst.

Kommunale Praxis, Dresden.

1. November 1904.

Dr. H. Lindemann, Der Frankfurter Wohnungskongress. — Otto Stolten, Invalidenfürsorge für hamburgische Staatsarbeiter. — Die Beratung des Kommunalprogramms. — Kommunales Wahlrecht. — Kommunal-Wahlen. — Arbeiterverhältnisse. — Wohnungswesen. — Bildungswesen.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Oktober 1904.

Eugène Fournière, M. Meline et le Contrat collectif. — Gabriel Ellen Prévot, Le Socialisme aux champs. — H. Pronier, Comment une grande ville obtient le lait pur et à bon marché. — Am. Matagrin, Le Rachat des Chemins de fer en 1848. — Marius-Ary Leblond, Le roman antimilitariste. — Adrien Veber, Mouvement social.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

August und September 1904.

Hubert Lagardelle, A nos Lecteurs. — Ernest Lafond, Le Congrès de Lille. — André Morizet, Le Congrès d'Amsterdam. — La Grève générale et le socialisme. Enquête internationale. — Les livres. — Table des matières.

L'Avenir Social, Brüssel.

Oktober 1904.

De Lanessan, De la morale gouvernementale. — J. B. Askew, La tactique et l'Internationale. — V. S., Mouvement ouvrier: Allemagne, Angleterre, Suisse. — Bulletin Coopératif.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Oktober 1904.

Editorial Breveties. — H. Quelch, Free Maintenance and the Family. — F. Askew, The Psychology of the Family Ideal. — W. H. Humphreys, Female Suffrage and its Implications. — Ino Rhind, Economic and Physical Conditions of the Labouring Classes. — Jean Allemane, Memoirs of a Communard. — The Reviews. — The Enchanted Marsh.

The Comrade, New York.

Oktober 1904.

The Times and their Tendencies. — The sixth International Socialist Congress. — The Debate on Tactics. — Notes and Impressions.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

16. Oktober 1904.

La Critica Sociale, Il partito socialista. — Il Gruppo socialista parlamentare, La piattaforma. — Federico Maironi, Ancora dello sciopero generale. — Prof. Felice Ceramicola, In vista di una crisi nella Federazione degli insegnanti delle scuole medie. — Angelo Crespi, Gli stati Uniti verso il libero scambio. — Studi sociologici.

Il Socialismo, Rom.

10. Oktober 1904.

Enrico Leone, Lo sciopero generale e la politica proletaria. — Sylva Viviani, Il bilancio e le spese improduttive. — Paolo Orano, I patriarchi del socialismo. — Rivista delle riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

November 1904.

F. M. Wibaut, De Trusts op het Amsterdamsche Congres. — Over economische en politieke Vrouwenorganisatie in eenige europeesche Landen. — H. Roland Holst, Een halfslachtig Standpunt. — Prof. Treub over de Bedriejfsconcentratie. — F. van der Goes, Het international Congres in de Tijdschriften. — De rechterlijke Macht en de Arbeidswetgeving. — Het derde Geslacht. — H. Spiekman, Arbeidersbeweging.

Akademie, Prag.

Oktober 1904.

A. W., Technické vysocké skoly ci technické fakulty? — Zachar, Bohu, vlasti, národu! — Verus, Prelidneni a zákon lidnatosti. — Z parlamentu socialistickych. — H., Vseobecná stávka v Italii. — Fr. Modrácek, K prostejovskému sjezdu strany. — Rozhledy. — Literatura a umeni.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

»*Zur philosophischen Bewegung im Marxismus*« betitelt sich eine Abhandlung, die der als einer der eifrigsten Neukantianer bekannte *Dr. Max Vorländer* im Oktoberheft der Pernerstorferschen Monatsschrift »*Deutsche Worte*« veröffentlicht. Anknüpfend an eine Schrift von Dr. Max Adler in den gross angelegten »Marx-Studien«, die den Sondertitel »Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft« führt, erklärt er sich trotz der energischen Absage Adlers an die sozialphilosophischen Neukantianer (Cohen, Natorp, Stammler, Vorländer u. a. m.) ziemlich eines Sinnes mit diesem Autor. Er pflichtet insbesondere bei den Ausführungen über Nutzen und Schaden des naturwissenschaftlichen Materialismus, über die Fruchtbarkeit von Kants Prinzip der »geselligen Ungeselligkeit« für die Geschichtsphilosophiie (ähnlich wie Konrad Schmidt), sowie Marx' Verbindung von Natur- und Geisteswissenschaft zu einem mächtigen systematischen Gebäude: auch in verschiedenen erkenntnistheoretischen Fragen bekennt er seine Zustimmung. Der springende Punkt ihrer Differenz ist aber der, ob auch die Ethik als Zwecklehre (Teleologie) aufgefasst, unter den Begriff der Wissenschaft falle oder nicht, was Adler leugnet. Der »weitere« und der »engere« Begriff der Wissenschaft, den der Neukantianer hier konstruiert, ist ein recht zweideutiges Hilfsmittel. Diese Verschwommenheit ist es denn auch vor allem, die Adler veranlasst, es als ein »ärgerliches Missverständnis« zu betrachten, mit den Neukantianern in Beziehung gebracht zu werden, die freilich in mancher Hinsicht nur seine eigene Behauptung von dem inneren Zusammenhang des Sozialismus mit Kants praktischer Philosophie durch methodologische Gründe zu stützen versuchen. *Er. B.*

* * *

»*Hochland*, Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, herausgegeben von Karl Muth, wendet sich im Novemberheft in einem Artikel, überschrieben »*Der Kommunismus des heiligen Franziskus von Assisi*, scharf gegen die moderne Art, diesen »seraphischen« Heiligen lediglich unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Es sei übereilt, aus des Franziskus' Predigt und Liebe zur Armut zu schliessen, er sei ein Sozialreformer, ein Vorläufer des heutigen Sozialismus gewesen, und sein ganzes Werk — nach dem Vorbilde des angeblich urchristlichen Kommunismus — als einen kommunistischen Versuch aufzufassen. Das Verhalten der offiziellen Vertreter des neuzeitlichen Sozialismus zu den vermeintlichen Tendenzen des Heiligen von Assisi stelle sich als ein Spiel mit allerhand Halbwahlheiten dar. Insbesondere wird Kautsky angegriffen, der den heiligen Franziskus in geschmackloser Weise den »Revisionisten

des mittelalterlichen Kommunismus« und den »Jaurès des 13. Jahrhunderts« genannt habe, wonach er also in der Deutung Kautskys nichts als ein unklarer kommunistischer Schwärmer gewesen sei. Mit ein paar sozialen und ökonomischen Formeln könne man jedoch den Gehalt des Poverello von Assisi unmöglich erschöpfen und den tiefsinnigen Liebhaber der Armut und den begeisterten Sänger der Gottesminne erklären. *Er. B.*

* * *

Im »*Arbeiterfreund*« (42. Jahrgang, 3. Vierteljahrsheft 1904) bespricht *Leopold Katscher* das »Soziale Rettungswerk der Heilsarmee« äusserst günstig. Die sozialpolitischen Schöpfungen des General Booth und seiner Familie hätten die Anerkennung hervorragender Männer, wie Benjamin Harris, Gladstone, Cecil Rhodes u. a., gewonnen. Die Heilsarmee stehe unter den sozialen Organisationen unserer Tage unstreitig mit in erster Linie.

In demselben Heft dieser Zeitschrift schreibt *Professor Viktor Böhmert* über »*Chamberlains englischen Zollverein und die Arbeiterfrage*«. Es sei nicht möglich, einen englischen Weltzollbund mit allen englischen Kolonien zu schaffen. England könne im ureigensten Interesse sein grosses Freihandelsprinzip, das einen so wohlhabenden konsumtionskräftigen Arbeiterstand geschaffen habe, gar nicht aufgeben. Es sei ein Hauptirrtum Chamberlains, dass Deutschland seinen volkswirtschaftlichen Aufschwung im letzten Menschenalter vorzugsweise der Zollvereinspolitik und den Schutzzöllen verdanke. Chamberlains Sieg würde nicht nur für England, sondern für die ganze Weltkultur einen Rückschritt bedeuten. *Er. B.*

* * *

In *Schmollers* »*Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft*« (28. Jahrgang, 4. Heft, Oktober 1904) setzt *Dr. Franz Oppenheimer* in einer Polemik mit Hermann U. Kantorowicz-Florenz seine hinreichend bekannte Theorie des Sozialliberalismus auseinander. *Er. B.*

* * *

In der von Heinrich Driesmanns herausgegebenen Monatsschrift für aufbauende Kulturbewegung »*Ernstes Wollen*« (November 1904) sucht *Dr. Franz Lüdtke* den »*Wahren und falschen Sozalismus*« zu unterscheiden. Seine Ausführungen gipfeln darin, wahre Sozialisten seien diejenigen, welche unbeeinflusst von irgend welchen politischen oder gesellschaftlichen Anschauungen (sic!) einfach den Prozess einer grösstmöglichen Vergesellschaftung befördern, falsche Sozialisten hingegen, welche den einfachen und wahren Sozialismus mit anderen Plänen verquicken und die Entwickelung dadurch hemmen. Die Abhandlung läuft schliesslich auf eine recht äusserliche und brüchige Verstaatlichungs- und Verstadtlichungstheorie (etwa im Sinne des Kathedersozialismus) hinaus. *Er. B.*

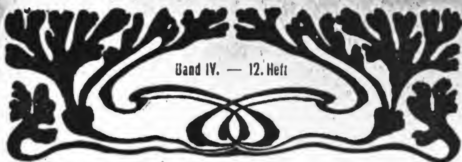
* * *

In der Monatsschrift »*Die Frau*« (herausgegeben von Helene Lange) sucht im Novemberheft Alice Salomon in einem Artikel »*Sozialdemokratie und Frauenbewegung*« die bürgerliche reformistische Frauenbewegung gegen den Klassenkampf der sozialistischen Frauen auszuspielen. Die »Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung« sollen auf keinen Fall preisgegeben werden. Der Artikel betont daher auch mit Recht, dass trotz einer gewissen Gleichartigkeit der Arbeitsgebiete die Wege beider Bestrebungen doch unendlich weit auseinanderführen. *Er. B.*

* * *

Briefkasten. Dr. M. N. in L.: Ihr Brief wurde irrtümlich vernichtet. Dürfen wir Sie um freundliche Wiederholung Ihrer Anfrage bitten?

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Auer, Dr. Fritz: **Zur Psychologie der Gefangenschaft, Untersuchungshaft, Gefängnis- und Zuchthausstrafe, geschildert von Entlassenen.** Ein Beitrag zur Reform der Voruntersuchung und des Strafvollzuges. München 1905, C. H. Beck. 138 S. 8°. Preis 1 Mk. 50 Pf.

Die Ergebnisse einer vom Verfasser veranstalteten Umfrage über die körperlichen und seelischen Wirkungen der Untersuchungshaft und Strafhaft in ihren verschiedenen Formen. Es sind aber nicht die Gefängnis-Leiter, Geistliche, Aerzte etc., an welche die in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichte Umfrage sich richtete, sondern Leute, welche die in Frage kommenden Haftarten am eigenen Leibe zu erproben Gelegenheit hatten — in der Mehrzahl also »Verbrecher«. Auf den ersten Blick mag mancher daran zweifeln, ob die Stimmen dieser Gefängniskundigen gegen die der bezeichneten Beamtenkategorien ernsthaft in Betracht kommen können, da sie, selbst wenn die Schreiber sonst bei der Wahrheit blieben, doch nur individuelle, durch Interessen aller Art gefärbte Eindrücke wiedergaben, während der Arzt, der Geistliche, der Direktor, die über den Gegenstand schreiben, objektive, in jahrelanger Praxis an vielen und sehr verschieden gearteten Gefangenen gemachte Beobachtungen zusammenfassen. Aber das Auersche Buch erweist diese Ansicht als durchaus irrig. Gewiss sind die Arbeiten sachkundiger Beamten über Gefängniswesen und Gefängniswirkungen nicht zu entbehren. Indes selbst die objektivsten dieser Arbeiten können das nicht zum Ausdruck bringen, was der Gefangene, das Objekt der Behandlung, fühlt und denkt. Dem Beamten gegenüber werden höchstens ein Teil der Gefangenen sich so rückhaltlos offenbaren, als es in den Zuschriften geschehen ist, die Auer veröffentlicht hat, und die in den Punkten, auf die es ankommt, in ihrer grossen Mehrheit durchaus den Eindruck der Wahrheit machen.

Es sind im ganzen 29 Berichte, die das Buch enthält: 10 über Untersuchungshaft, 12 über Gefängnisstrafe und 7 über Zuchthausstrafe. Mit Ausnahme von zweien, deren Verfasser aus genügend motivierten Rücksichten vorläufig ihre Anonymität wahrten, rühren sie sämtlich von Leuten her, die sich dem Verfasser vertrauensvoll offenbarten und deren Angaben von ihm »gewissenhaft auf Grund eigener Kenntnis und sorgfältiger Nachforschungen« geprüft und als zuverlässig festgestellt wurden. Und in der Tat wird niemand, der sie liest, dem Verfasser widersprechen, wenn er sagt, diese Zuverlässigkeit ergebe sich »sehr oft auch zweifellos aus der Vergleichung, aus der Zusammenhaltung der Schilderungen in verschiedenen Berichten und in ein und demselben Bericht«, die Wahrheit trage »ein zu deutliches Gesicht«. Sie tritt uns oft in fast brutaler Nacktheit entgegen.

Dies gilt namentlich von der wichtigen Frage der bessernden Wirkung der Strafhaft. Fast einstimmig ertönt es in den Antworten, dass die Gefangenen eigentliche Reue über ihre Tat selbst nicht empfanden, sondern nur Reue über die Art der Ausführung, d. h. darüber, dass sie sich abfassen

liessen. Ueberwiegend zeugen die Berichte sogar, auch wo die Schreiber es nicht direkt aussprechen, von einer verhärtenden Wirkung der Strafhaft und Strafbehandlung. Und wenn man liest, wie es in den Gefängnissen zugeht, welchen seelischen Misshandlungen der Gefangene ausgesetzt ist, sei es auch nur durch die Art seiner physischen und geistigen Beköstigung, dann kann diese Wirkung auch nicht wunder nehmen. Und liest man dann noch, wie schwer die Gefangenen auch materiell geschädigt werden, dann kann man nicht umhin, die Notwendigkeit tiefgreifender Aenderungen in der Behandlung von Verbrechen und Verbrechern zu empfinden.

Allerdings ist das Material, das der Verfasser erbringt, zu endgültigen Schlussfolgerungen nicht ausreichend. Sein Buch ist, wie er selbst betont, erst ein Anfang, erst ›das Einschlagen eines Weges‹. Aber ein sehr wertvoller Anfang ist es, den er gemacht hat. So sehr aus dem Buche das dem Sensationsbedürfnis Dienende entfernt ist, so packend wirkt es trotz alledem. Die schmucklosen Berichte geben aneinandergereiht ein äusserst lebendiges, vielfarbiges, tief ergreifendes Bild, dessen wuchtiger Sprache sich kein Leser entziehen kann. Das Buch ist sehr verdienstlich.

Biermann, Dr. W. Ed., Privatdozent an der Universität Leipzig: **Staat und Wirtschaft.** Band 1: Die Anschauungen des ökonomischen Individualismus. Berlin 1905, Puttkammer & Mühlbrecht. 200 S. Preis 3,60 Mk.

Als ich im Novemberheft der ›Dokumente‹ meine Besprechung von Leesens Bastiat-Studie mit den Worten begann: ›Wir besitzen leider noch keine Geschichte des Liberalismus‹ und dann schloss: ››Bastiat überwinden heisst vor allem die mechanistische Betrachtungsweise des sozialen Lebens und den verhängnisvollen Naturalismus überwinden‹ — hatte ich noch keine Ahnung von dem reichhaltigen Inhalt des vorliegenden Buches, das eine wohldurchdachte Prinzipien-Geschichte des Liberalismus bietet, wobei der mechanistisch-naturalistische Standpunkt als die Grundlage der liberalen Systeme aufgedeckt wird. Die Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hat, umfasst jedoch mehr. Biermann sucht sämtliche sozialwirtschaftlichen Systeme nach ihrem politisch-ethischen Verhalten dem Staate gegenüber zu gruppieren. Im vorliegenden ersten Teile werden die Lehren herangezogen, nach denen das Wohl des Individuums als Selbstzweck und der Staat als Mittel zur persönlichen Eudämonie oder sogar als der Persönlichkeit feindliche Macht gedacht wird. Hierhin zählt der Verfasser den gesamten ›ökonomischen Individualismus‹, und zwar das Naturrecht des 17. und 18. Jahrhunderts, die physiokratische und klassische Schule in der Nationalökonomie, die Lehre der Philosophen vom Rechtsstaat, das französisch-englische Manchestertum, die deutsche Freihandelsschule, den Anarchismus und Kommunismus und — wie sonderbar dies auch scheinen mag — die Sozialdemokratie und den Marxismus. Nach sorgfältiger Betrachtung stellt sich nämlich heraus, dass die Doktrin des Naturrechts das eigentliche Ferment des ›ökonomischen Individualismus‹ abgibt. Das Verdienst, den prinzipiellen Zusammenhang zwischen dem Naturrecht und dem ökonomischen Individualismus hervorgehoben zu haben, gehört bekanntlich Hasbach, was der Verfasser selbst auch wiederholt zugibt. Aber die konsequente und systematische Anwendung dieses Gedankens auf dem gesamten Gebiete des Liberalismus ist meines Wissens vorher nicht geschehen. Nur hat es der Autor leider nicht verstanden, das liberale und insbesondere naturrechtliche Dogma der letzten vier Jahrhunderte mit der Reformation, dem kirchlichen Protestantismus, in Verbindung zu bringen. Hätte er dies getan, so hätten wir ein einheitliches Bild vom neuzeitlichen liberalen Gedanken und der unser protestantisches Zeitalter überhaupt beherrschenden Grundtendenz gewonnen.

In erster Linie — setzt der Autor auseinander — ist es der ›einseitig-rationalistische Freiheitsbegriff, der dem Dogma eigen ist. In Opposition zum merkantilistischen Polizeistaat, für den das Individuum nur Mittel zum Zweck war, stellt der ökonomische Individualismus das umgekehrte Verhältnis auf.

Frei bedeutet hier: »frei sein vom Staate« (S. 173). »Der Staat hat dort nichts zu suchen, wo die Naturrechte des Individuums sich frei entfalten wollen« und wo ferner die »»Naturgesetze« das ökonomische Geschehen beherrschen«. Der natürliche Gang der Dinge führt zu einer Harmonie zwischen den Privat- und den Gesamt-Interessen (S. 174). Der ökonomische Liberalismus kennt keinen Begriff des Gesamtwohls. Negative Freiheit und kausal-mechanische Betrachtungsweise des wirtschaftlichen Geschehens sind die springenden Punkte des Liberalismus. Der Staat habe nur den sich ergebenden »Naturzustand« rechtlich zu schützen. Der Verfasser hingegen verwirft entschieden »nicht nur die generelle, soziale Kausalität des volkswirtschaftlichen Geschehens, sondern auch die volkswirtschaftlichen Einzelgesetze, soweit sie rein mechanischer Natur sind«. »Die Wirtschaft ändert sich mit dem Rechte, das allein teleologisch bestimmt ist.« (S. 179.) Der grösste Fehler des hier in Betracht kommenden Individualismus bestehe darin, dass er nicht spezifisch sozialwissenschaftlich, sondern naturwissenschaftlich denkt (S. 180).

Bei aller Achtung, die ich dem vorliegenden Buche entgegenbringe, kann ich nicht umhin, einige Bedenken zu äussern. Abgesehen von Einzelheiten ist es des Verfassers Begriff des Sozialismus und seine Auffassung des Marxismus, denen ich entgegentreten muss. Bei der Besprechung des zweiten Teiles des Biermannschen Buches wird sich hoffentlich Gelegenheit genug bieten, näher auf die Staatslehre des »Sozialismus« einzugehen. Auf die teilweise falsche Auffassung des Marxismus durch Dr. Biermann soll aber gleich hingewiesen werden. Es ist ganz richtig, dass der Marxismus sehr viel mit dem naturalistischen Liberalismus gemein hat. Aber über den Punkt, der den Autor hier besonders interessiert, und zwar über das ethisch-politische Verhalten von Marx zum Staat, würde der ökonomische Individualismus kaum Aufschluss erteilen. Da muss man sich an die philosophische Quelle der Marxschen Geschichts- und Kulturauffassung, an Hegel wenden. Denn gerade die Hegelsche Geschichtskonzeption war es, die dem Marxismus zur Ueberwindung der hedonistischen Ethik des Liberalismus verholfen hat. Das aus dem Marxismus zu deduzierende ethische Verhalten ist ebensowenig hedonistisch und eudämonistisch, wie der ihm verwandte deutsche klassische Idealismus es ist. Die Tätigkeit und Gesinnung des Einzelnen hat sich, der Marxschen Socialanschauung zufolge, nach den Entwickelungstendenzen der Zeitgeschichte zu richten. Wer im Einklang mit den Forderungen der Geschichtsrichtung lebt, der lebt sittlich und kann die kühnsten Träume nähren, deren man zur bestimmten Zeit fähig ist. Der Marxismus fragt nicht nach der Eudämonie der Persönlichkeit (und auch keine »Interessen« sind sein Ausgangspunkt), sondern nach der Tatkraft, die ihr erlaubt, an der Verwirklichung der Zeitforderungen teilzunehmen. Wer ad majorem gloriam der Weltgeschichte lebt, der ist im Sinne des Marxismus sittlich. Ja, der Marxismus geht noch weiter und bemüht sich, zu zeigen, dass einstweilen notwendigerweise zu jeder geschichtlich gegebenen Zeit nur eine bestimmte Klasse von Menschen sich bereit erklärt, nach der Sittlichkeit der Zeitstufe zu leben. Bestand nach Spinoza und Hegel die höchste Sittlichkeit im Leben sub spezie aeternitatis, so besteht sie nach dem denselben verwandten Marxismus im Leben sub specie der Weltgeschichte. Von diesem Standpunkte erhält die Stellungnahme des Marxismus zum Staate eine besondere Beleuchtung. Inwiefern das Staatsleben eine innere Forderung der Zeitgeschichte ist, ist es im Sinne des Marxismus willkommen und auch sittlich. De facto ist dem Marxismus — und auch dies im Einklang mit dem Idealismus — ein starker Kultus des Staatsgedankens eigen. Und so erscheint das Verlangen des Marxismus an den Staat, die neue Gesellschaftsordnung herbeizuführen, ganz begreiflich und gar nicht inkonsequent, wie dies der Verfasser vorgibt. (Siehe u. a. S. 175.) Der Schreiber dieser Zeilen zählt nicht zu den spezifischen Verfechtern des Marxismus. Aber es ziemt sich durchaus nicht, wenn ein sozialphilosophisches System grossen Stils entstellt wird. Es geht auch nicht an — wie der Autor im Grunde verfährt —, den Marxismus für sein Epigonentum verantwortlich zu machen. Wenn A. Bebel schreibt: »Der Staat hört mit der Aufhebung des Herrschaftsverhältnisses auf« (bei Biermann S. 108), so verstösst er gegen

den Geist des Marxismus, der hier gegebenenfalls ausdrücken würde: der »Klassenstaat« . . ., aber nicht der Staat als solcher, der die gesellschaftliche, objektive »Ratio« repräsentiert.*) Wohl ist der Marxismus in manchen seiner praktischen Tendenzen »liberal«, aber dies in einem ganz anderen, breiteren Sinne, als es hier vom Verfasser gebraucht wird. Indes nicht nur Marx, auch Kant ist der Autor nicht immer gerecht geworden. Denn gerade Kant hat am tiefsten den Eudämonismus des protestantisch-liberalen Zeitalters, in dessen Boden er wurzelt, überwunden. —

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf die Bedeutung der vorliegenden Schrift hinweisen. Sie gehört zu denen, die geschrieben werden müssen. Nur verlasse ich das Buch mit einem bangen Gefühl: Haben wir es hier mit jemand zu tun, der den Liberalismus zu gunsten des schöpferisch-sozialistischen Staates bekämpft, oder mit einem, der die Lanze für den innerlich unproduktiven Polizeistaat bricht, der sich bekanntermassen gern »sozialistisch« zu gebärden pflegt? *Brand.*

Böttger, Dr. Hugo: **Die preussische Volksschule kein Kompromissgegenstand.** Berlin 1904, Georg Reimer. 67 S. 8°. Preis 60 Pf.

Die Streitschrift eines preussischen Nationalliberalen gegen den Schulkompromiss, den preussische Nationalliberale mit Konservativen und Klerikalen im Mai 1904 abgeschlossen haben. Dieser Kompromiss setzt fest, dass in Preussen die konfessionellen Volksschulen die Regel, paritätische oder Simultanschulen nur da zulässig sein sollen, wo dies besonderen n a t i o n a l e n Rücksichten entspricht oder in besonderer geschichtlicher Entwickelung begründet ist. D. h. ausser im polnischen Sprachgebiet, in Hessen-Nassau, Frankfurt am Main und ein paar anderen Orten soll die Volksschule in Preussen dem Konfessionalismus, der Beherrschung durch die Kirchenbehörden auf unabsehbare Zeit überliefert werden. Der Kaufpreis, der den Nationalliberalen für die Zustimmung zu dieser Preisgabe der paritätischen Schule geboten wurde, war die Zustimmung der Konservativen zu einer Neuregelung der Schulunterhaltungsbestimmungen, bei der gewisse Ausnahmeprivilegien der Gutsherrschaften fallen würden.

Gegen diesen Kompromiss wendet sich der Verfasser mit ziemlicher Schärfe, indem er u. a. ausführt, dass das vermeintliche Zugeständnis der Konservativen in Wirklichkeit gar kein Opfer sei, weil die notwendige Rücksichtnahme auf die bäuerliche Bevölkerung die Konservativen ohnehin nötige, die Ausnahmestellung der Gutsherrschaften in Schulsachen zu revidieren. Soweit und in der Beleuchtung der Schulzustände in Preussen ist seine Kritik scharf und schneidig. Sobald der Verfasser aber dazu kommt, auszuführen, was nun an Stelle jenes Schulkompromisses treten soll, geht ihm der Atem aus und weiss auch er nur Halbheiten vorzuschlagen. Ganz abgesehen davon, dass die paritätische Schule selbst nur ein Kompromiss ist, wagt er nicht einmal die Verallgemeinerung dieses seines Ideals zu fordern, sondern verlangt nur »volle Bewegungs- und Entwickelungsfreiheit« für sie. Wie wenig damit im Angesicht der heutigen Kommunalverfassung in Preussen gesagt ist, braucht nicht erst des weiteren ausgeführt zu werden. Wollte der Verfasser der Auslieferung der Schule an die Konfessionen ernsthaft zu Leibe gehen, so musste er hier die Axt anlegen. Man kann nicht in der Schulfrage radikal und in der sonstigen Politik nationalliberal sein.

---

*) Wir glauben hier doch bemerken zu müssen, dass Bebels Ausspruch in vollem Einklang mit den Sätzen steht, die Fr. Engels mit Kenntnis und Zustimmung von Marx im Antidühring über den Staat und sein Verschwinden niedergeschrieben hat. Unser geschätzter Mitarbeiter unterstellt uns. E. dem Marxismus eine Staatsauffassung, die zwar die logische Folgerung aus gewissen geschichtsphilosophischen Gedanken des Marxismus ist, aber mit anderen Gedanken dieser Theorie im Widerspruch steht und von Marx niemals entwickelt oder anerkannt worden ist. *Red. der Dok.*

Braun, Adolf: Die Warenhäuser und die Mittelstandspolitik der Zentrumspartei. Berlin 1904, Verlag des Vorwärts. 24 S. 8°. Preis 20 Pf.

Eine sachgemässe, klar geschriebene Würdigung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Warenhäuser und Kritik des gegen sie geführten wirtschaftswidrigen Kampfes, den unter anderen die klerikale Zentrumspartei unter der Flagge der Mittelstandsrettung betreibt. Der Verfasser weist nach, dass das Warenhaus eine höhere, falsche Kosten aller Art ersparende Form des Warenvertriebs darstellt und somit für die Gesamtwirtschaft entschieden vorteilhafter ist, als der Arbeit und Arbeitskraft vergeudende Kleinhandel, zumal es von allerhand sonstigen Mängeln, die dem Kleinhandel anhaften (Kreditwirtschaft, Vorschlagspreise, Aufdrängung von Waren etc.) frei zu sein pflegt. Des weiteren zeigt der Verfasser, dass der Kampf gegen das Warenhaus, wie ihn die vorbezeichneten Mittelstandsretter betreiben, in jeder Hinsicht sinn- und zweckwidrig ist. Die hohen und Vexiercharakter tragenden Umsatz-, Filial- und Spezialitäts- etc. Steuern werden auf Lieferanten abgewälzt und müssen so schliesslich meist von deren Arbeitern und sonstigen Angestellten getragen werden, im übrigen aber betreiben dieselben Kreise, welche gegen das Warenhaus den »Mittelstand« der Kleinhändler zu retten suchen, als Bauernbündler, Handwerksorganisierer etc., und ihnen verbündete Elemente, als Gönner der Beamten-, Offiziers- etc. Einkaufsvereine, selbst Mittelstandsausschaltung. In seiner Tendenz reaktionär, ist der mittelstandsretterische Kampf wider das Warenhaus auch durch und durch unwahr. Die Sozialdemokratie, die ihren Kampf von der Einsicht in die Gesetze der wirtschaftlichen Entwickelung bestimmen lässt, kann ihn nur verwerfen.

All das wird vom Verfasser lichtvoll entwickelt. An eine Kritik des Warenhauses selbst geht er dagegen nicht heran. Er erkennt ihm eine fast unbeschränkte Aufsaugungskraft gegenüber dem Klein- und Mittelbetrieb im Einzelhandel zu. Das ist jedoch vorläufig noch blosse Deduktion. Dass Aufsaugung stattfindet, wird man als unbestreitbar hinstellen dürfen; wie stark der Prozess aber ist und ob er nicht an Anpassungsmöglichkeiten der kleineren Betriebe doch eine Grenze findet, muss als eine noch offene Frage betrachtet werden. Zumal beim Kampf des kleinen gegen den grossen Betrieb im Einzelhandel auch Verkehrsfragen, Wohn- und Mietsrechtsverhältnisse eine Rolle spielen.

Busse, Dr. L., Professor: Die Weltanschauungen der grossen Philosophen der Neuzeit. (Aus Natur und Geisteswelt, 56. Bändchen.) Leipzig 1904. B. G. Teubner. 164 S. 8°. Preis 1 Mk., geb. 1 Mk. 25 Pf.

Nach einer kurzen Einleitung über Wesen und Aufgabe der Philosophie behandelt der Verfasser in vier Kapiteln die Geschichte der Philosophie von Descartes bis Kant — den Rationalismus, den Empirismus, den französische Sensualismus und Materialismus, Wolff und die deutsche Aufklärung, die kritische Philosophie — und in ebenfalls vier Kapiteln die nachkantische Philosophie: Idealismus (Fichte, Schelling, Hegel, Schopenhauer, Hartmann), Realismus (Herbert, Lotze), den Neukantianismus und den Positivismus (Comte, Mill, Spencer). Die Darstellung zeichnet sich durch grosse Klarheit und Verständlichkeit aus, wie sie dem Zweck der Schrift entsprechen: »weitere Kreise mit den bedeutendsten Erscheinungen der neueren Philosophie bekannt zu machen.« Im Vorwort, wo der Verfasser Ursprung und Zweck der Abhandlungen erklärt, stellt er zugleich auch selbst fest, dass er den Begriff »bedeutendste Erscheinungen« sehr eng gefasst habe, indem er sich auf die Darstellung der grossen klassischen Systeme beschränkte und »auch von diesen nur die metaphysischen, erkenntnistheoretischen und ethischen Grundanschauungen« berücksichtigte. Damit entwaffnet er die Kritik hinsichtlich derjenigen Seite seines Buches, die uns unbefriedigt lässt. Wenn wir von »grossen Philosophen der Neuzeit« lesen, so erwarten wir verschiedene Namen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert zu vernehmen, die im oben angegebenen Verzeichnis fehlen. Und bei den neueren würde neben der Ethik auch die soziologische Grundauffassung haben Berücksichtigung

finden müssen. Sonst aber können wir nur wiederholen, dass, was der Verfasser gibt, er auch gut gibt.

Conrad, Carl: Die Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland. Von der Universität Strassburg preisgekrönte Arbeit. Leipzig 1904. Dunker u. Humblot. XX und 464 S. 8°. Preis 9 Mk.

Die Preisaufgabe, die den Verfasser zur Abfassung dieser Schrift veranlasste, lautet: »Kritische Darstellung der Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland und Schilderung des von den grossstädtischen Verwaltungen auf diesem Gebiet bisher Geleisteten«. Sie kennzeichnet genauer als der Titel des Werks seinen Inhalt.

Es ist eine gründliche, mit guter Systematik abgefasste Arbeit, die uns hier geboten wird. Der Verfasser leitet sie mit einer kurzgefassten Betrachtung darüber ein, welches die Aufgaben sind, die in der modernen Wirtschaft ein Arbeitsnachweis zu erfüllen hat, und wo die Grenzen seines Tätigkeitsgebiets liegen. Den Begriff eines »normalen« Arbeitsnachweises bestimmt er als »eine solche Einrichtung, die in vorzüglichster Weise nicht nur vorhandene Arbeitswilligkeit und zur Hand liegende Arbeitsgelegenheiten, die sich suchen, zu einander in Beziehung setzt behufs Erzielung eines Arbeitsvertrags, sondern auch, bei einseitig bestehenden Angeboten, bezw. Nachfragen, das zur Vertragsschliessung noch mangelnde Material an Arbeitskräften, bezw. offenen Stellen zu beschaffen versteht.« Solch ein normaler Arbeitsnachweis müsste vor allem unparteiisch und Selbstzweck sein, rasch, billig und zuverlässig arbeiten, örtlich, sachlich und interlokal zentralisiert sein und über eine rasch und gut orientierende Berichterstattung über alle den Arbeitsmarkt berührenden Momente verfügen.

Unter Zugrundelegung dieser Kriterien untersucht der Verfasser nun die verschiedenen Formen, die der Arbeitsnachweis in Deutschland angenommen hat. Und zwar unterscheidet er da folgende drei Hauptgruppen:

1. Arbeitsnachweis-Organisationen, die ausschliesslich in Händen der Interessenten liegen: die von Arbeitern und die von Arbeitgebern einseitig organisierten Arbeitsnachweise, die gemeinschaftlich von Arbeitern und Prinzipalen errichteten und verwalteten Nachweise;

2. Arbeitsnachweis-Organisationen, die ausschliesslich von Nichtinteressenten geleitet werden: die gewerbsmässigen und die gemeinnützig-fürsorglichen Nachweise;

3. Arbeitsnachweis-Organisationen, die von Nichtinteressenten gemeinsam mit Interessenten verwaltet werden: die paritätisch-öffentlichen Nachweisorganisationen (kommunale etc. Arbeitsnachweise unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer).

Wie die unter diese Gruppen verteilten Nachweise sich betätigen, welchen Motiven sie ihr Entstehen verdanken, mit welchen Nebenzwecken sie je nachdem verbunden sind, wie sie sich bewährt haben und welches ihre weiteren Aussichten sind, das geht der Verfasser Punkt für Punkt durch, indem er jedesmal zuerst das Wesen der betreffenden Nachweisform erörtert, für sie typische Beispiele und allerhand statistisches und sonstiges Tatsachenmaterial vorführt und ihm eine Kritik der betreffenden Form folgen lässt, der das betreffende Material zugrunde gelegt ist. Seine Berichterstattung ist eine durchweg sachliche und auch seine Kritik hält sich im wesentlichen an die objektiven Tatsachen und wertet die Nachweise nach dem Verhältnisse ihrer Leistungen zu dem Soll des aufgestellten »Normalnachweises«. Allerdings ist er nicht ohne Voreingenommenheit: er gibt in der Hauptsache den paritätisch-öffentlichen Nachweisen den Vorzug, wünscht den Nachweis der Verbindung mit wirtschaftlichen Kampfzwecken entzogen zu sehen, wie sie mit den rein gewerkschaftlichen und den reinen Arbeitgeber-Nachweisen verbunden zu sein pflegen. Aber er kritisiert die rein gewerkschaftlichen Nachweise ohne Gehässigkeit und legt die Unterdrückungstendenzen der Unter-

nehmernachweise ohne Rückhalt bloss. Er verhehlt auch nicht, dass die öffentlich-paritätischen Arbeitsnachweise vielfach noch grosse Mängel haben und der Ergänzung bedürfen. Durchgängig verrät die Schrift grosses Verständnis für die sozialen und technologischen Grundlagen des Arbeitsverhältnisses und genaue Bekanntschaft mit den Arbeitsmethoden und Hilfsmitteln der Arbeitsnachweise. Auch das Verständnis des Verfassers für die Empfindungen des Arbeit suchenden Arbeiters und den wesentlich öffentlichen Charakter der Unternehmung in der modernen Wirtschaft ist anzuerkennen.

Der Schlussteil des Werkes besteht in einer Vorführung des von den grossstädtischen Verwaltungen auf dem Gebiet der Organisation des Arbeitsnachweises Geleisteten. Und zwar unterscheidet der Verfasser Grossstädte mit rein kommunalen paritätischen Arbeitsnachweisen (Elberfeld, Krefeld, Stuttgart, München etc.), und die Grossstädte mit öffentlichen Vereins-Arbeitsnachweisen, die von der Kommune mehr oder weniger unterstützt werden (Köln, Berlin, Karlsruhe, Hamburg etc.).

Der Arbeitsnachweis, noch vor gar nicht langer Zeit ein völlig vernachlässigtes Gebiet des Wirtschaftslebens, hat in den letzten Jahrzehnten eine steigende Bedeutung erlangt, die voraussichtlich noch sehr zunehmen wird. Nicht nur als Objekt der Kampfbestrebungen von Arbeitern und Unternehmern im Widerstreit ihrer Wirtschaftsinteressen, sondern auch als notwendiges Gegenstück gegen die in den modernen Verkehrsverhältnissen wurzelnden Dissoziationstendenzen wird er ein sozialpolitischer Faktor ersten Ranges. Nicht umsonst hat ihm daher Dr. J. Jastrow in seinem, vom Verfasser mit Recht als hochbedeutsam bezeichneten Werk »Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft« einen hervorragenden Platz eingeräumt. Er ist ein Zweig der Verwaltungswissenschaft geworden, und für diesen Wissenschaftszweig bedeutet das vorliegende Buch eine zu begrüssende Bereicherung.

Fischer, Carl: **Aus einem Arbeiterleben.** Skizzen. Jena und Leipzig 1905, Eugen Diederichs. 144 S. 8°. Preis 1 Mk. 80 Pf., geb. 2 Mk. 50 Pf.

Vom Verfasser der Erlebnisse und Erinnerungen eines Arbeiters liegen hier einige Skizzen vor, die in dem Manuskripte zum ganzen Werk mitenthalten waren, aber in den zwei Bänden der Druckausgabe nicht untergebracht werden konnten. Mit Recht bemerkt jedoch Paul Göhre, dem das Verdienst gebührt, diese Aufzeichnungen eines ergrauten Arbeiters dem Büchermarkt zugeführt zu haben, dass die »Skizzen« dem Inhalt der zwei Bände an Gehalt kaum nachstehen. Sie sind in ihrer Einfachheit frisch und anregend und geben ein anschauliches Bild vom Leben und Fühlen der am meisten herumgeworfenen Schicht der Arbeiterklasse, ein Bild, das auf den Leser um so kräftiger wirkt, als es ohne Sentimentalität und sonstige Tendenzmalerei zu Papier gebracht worden ist und oft jenen humoristischen Zug durchblicken lässt, der den Ausgestossenen über des Lebens schwersten Druck hinweghilft.

Ficher, Dr. Gerhard: **Ist Religion Privatsache?** Ein Beitrag zur Würdigung der sozialdemokratischen Programmforderung. (Flugschriften des Evangelischen Bundes Nr. 218.) Leipzig 1904, Verlag der Buchhandlung des Evangelischen Bundes. 20 S. 8°. Preis 35 Pf.

Ein Vortrag, der darzutun sucht, dass der Satz im Programm der deutschen Sozialdemokratie: »Erklärung der Religion zur Privatsache« von der Sozialdemokratie selbst nicht eingehalten werde und dass »der Sozialismus aus Gründen der Wissenschaftlichkeit, der Politik und der Weltanschauung atheistisch sei, weshalb ein Christ kein richtiger Sozialdemokrat und ein Sozialdemokrat kein richtiger Christ sein könne. Die Beweisführung hält sich auf dem Boden der landläufigen Argumente der christlichen Theologie. Dem entspringt denn auch die Behauptung des Verfassers, dass der Staat nicht in dem Sinne neutral zur Religion stehen könne, wie es der bezeichnete Programmsatz — nach seiner Auslegung — verlangt.

Fuchs, Carl Johannes: **Zur Wohnungsfrage.** Vorträge und Aufsätze. Mit 28 Abbildungen und 2 Plänen. Leipzig 1904, Dunker u. Humblot. 220 S. 8°. Preis 4 Mk. 60 Pf.

Sechs in den Jahren 1899 bis 1904 enthaltene Abhandlungen des als guten Kenner des Wohnungsproblems bekannten Verfassers. Fünf von ihnen bilden unter dem Titel »Zur Geschichte und Theorie der Wohnungsfrage« den ersten Teil des Buches. Ihre Sondertitel lauten: Der heutige Stand der Arbeiterwohnungsfrage in Deutschland (1899); Die Entwickelung der Wohnungsfrage in Deutschland und im Ausland in den letzten fünfzehn Jahren (1901); Die Abhängigkeit der Wohnungsmieten von Bodenpreis, Baukosten und Besteuerung (1903); Rheinisches Wohnungswesen (1903); »Meliorations- und Spekulationsverschuldung«. Ein Beitrag zur Theorie der städtischen Grundrente (1904). Den zweiten Teil des Buches bildet eine längere Abhandlung: Kommunale Wohnungsreform in England und Schottland (1903).

Die Aufsätze sind nicht gleichwertig. Sie lassen überall den wohlunterrichteten Forscher auf dem Gebiet des Wohnungswesens erkennen, aber wie sie nicht Teile eines von vornherein einheitlich geplanten Ganzen, sondern zusammengestellte Gelegenheitsarbeiten sind und sich daher verschiedentlich wiederholen, so sind auch einige von ihnen im einzelnen nicht auf der Höhe der Aufgabe. Von den Kapiteln eines Buches erwartet man mehr Systematik, als sie darbieten. Ohne direkt oberflächlich zu sein, sind sie doch zu leicht hingeworfen, um nicht beim Lesen schliesslich ein Gefühl der Enttäuschung zurückzulassen.

Das gilt indes nicht von der Abhandlung, die den zweiten Teil der Schrift bildet. Hier hat der Verfasser ein sehr reiches und schwer zu meisterndes Material mit grossem Geschick verarbeitet. Die Eigentümlichkeiten der kommunalen Wohnungsreform in den verschiedenen Grossstädten Englands und der schottischen Stadt Glasgow werden mit kundiger Würdigung der Punkte, worin sie für Deutschland noch vorbildlich sind, auf das anschaulichste vorgeführt. Fuchs ist bürgerlicher Sozialreformer, der es an radikalen Urteilen nicht fehlen lässt, aber dem radikaleren Kommunalsozialismus sehr skeptisch gegenübersteht. Den kommunalen Eigenbau und Eigenbetrieb von Wohnungen lässt er nur unter starkem Vorbehalt und für ganz bestimmte Zwecke (Wohnungen für städtische Beamte und Arbeiter, Logierhäuser, Wohnungen für tiefstehende ungelernte Arbeiter) gelten. Dagegen erwärmt er sich sehr für die Arbeiterbaugenossenschaften, weil in ihnen die Arbeiter in grösserer Gruppe ihre eigenen Mietsherren werden und die Wohnung zu werten lernen. Natürlich widmet er der Boden- und Steuerpolitik seine volle Aufmerksamkeit und zeigt, wie sehr kompliziert dieses Problem ist, so dass jede einseitig-dogmatische Auffassung an den örtlichen Besonderheiten, wie sie durch Bauart der Häuser, Rechtsverhältnisse, im Beleihungswesen, Entwickelungsbedingungen der Stadt etc. gegeben sind, notwendig in die Brüche geht. Doch ist er genug vorsichtiger Theoretiker, um sich nicht durch Erfahrungen, die aus bestimmten Eigentümlichkeiten gezogen sind, zum leichtherzigen Umstossen von theoretischen Sätzen bewegen zu lassen, die auf Beobachtung der allgemeinen Grundlagen der Wohnungsbedingungen unserer Zeit beruhen. Ein schönes Beispiel gründlicher Betrachtungsweise ist seine Kritik der auf rein äusserliche Momente beschränkten Gegenüberstellung der kommunalen Arbeiterhäuser von Richmond und Freiburg im Breisgau, wie sie in einer Denkschrift der Stadt Freiburg angestellt wurden (vgl. S. 101 ff.). In der Denkschrift wurde berechnet, dass der Freiburger Mieter eines dortigen Kommunalwohnhauses für weniger Geld mehr Flächenraum Wohnstätte erhält, als der Richmonder. Fuchs zeigt aber, dass und warum der Richmonder trotzdem mit seinem Wohnhaus besser daran ist, als der Freiburger. Solcher scharfer Einzelbeobachtungen gibt es noch viele in seinem Buch, und wenn wir an dessen Aufbau auszusetzen hatten, so haben wir doch rühmend seines grossen Informationswerts und der vielen Anregungen zu erwähnen, die es darbietet.

Gleiner, Dr. A.: Sibirien das Amerika der Zukunft. Nach John Foster Frasers »The Real Sibiria«. Autorisiert. Stuttgart 1904, Verlag von Robert Lutz. 80 S. 8°. Preis 1 Mk.

Besonders seit dem Bau der sibirischen Eisenbahn sind die Urteile über Sibirien andere geworden, die bisher meist nur von schrecklicher Kälte, Gefahren und kettenrasselnden Verbannten wussten. Mit zur Klärung der Anschauungen beigetragen hat das Buch »The Real Sibiria« des englischen Journalisten John Foster Fraser, der 1901 Sibirien bereist hat und dessen Schrift bereits zahlreiche Auflagen erlebte. Einen Auszug, der das Allgemeine und Wichtigste von Fosters Schilderungen enthält, gibt in deutscher Uebersetzung Dr. Gleiner. In folgenden Kapiteln wird uns Sibirien als das Amerika der Zukunft geschildert: »Die transsibirische Bahn«, »Bevölkerung«, »Besiedelung und Landwirtschaft«, »Industrie und Handel«, »Bergbau«, »Gefängniswesen«, »Städtebilder«, »Ein Blick in die Mandschurei«.

Das Buch darf gerade in unseren Tagen des russisch-japanischen Krieges ein erhöhtes Interesse beanspruchen. In Sibirien dürfte Russland nicht nur eine Stätte besitzen, in die es seine Gefangenen verschiekt, sondern auch ein Land, das ihm unermessliche Reichtümer zur Verfügung stellen wird, sobald es nur erst einmal vernunftgemäss ausgebeutet werden wird.

Aus eingewanderten Europäern besteht die Mehrzahl der sibirischen Bevölkerung. Etwa 1000 Reichsdeutsche dürften darunter sein. Der Zuzug von Ansiedlern wird auf jede Weise von der russischen Regierung gefördert. Die politische und religiöse Atmosphäre Sibiriens ist viel freier als die Russlands. Väterchen Zar ist weit entfernt. »Das freie, leichte, fast demokratische Leben hier ist zu einem grossen Teil dem Umstande zu verdanken, dass der geborene Sibirier niemals Leibeigener war, wie der Russe. Daher trägt er auch schwerlich irgendwelche Unterwürfigkeit in seinem Wesen zur Schau und spricht freimütig über seine Regierung, wie es in Petersburg kein Mensch wagen würde.«

Das Land ist fruchtbar. Den Ansiedlern werden von der Regierung die grössten Vergünstigungen zu teil; grosse Güter erhalten sie frei zur Bewirtschaftung. Freilich ist mit dem russischen Farmer-Material nicht viel anzufangen. Zu wirklich rationellem Landwirtschaftsbetriebe lässt sich der russische Bauer nicht bewegen. Nur langsam dringt europäische Kultur, dringt der Geist des Kulturpioniers in diese Gegenden. Immerhin ist der Anfang gemacht. Doch schöpfen zunächst auf dem Wege des Handels Fremde auch hier den Rahm ab. Von Bedeutung sind ausser dem Körnerbau Pferdezucht, Hornviehzucht (Butterindustrie!), Zucht von Fettschwanzschafen (Fett und Wolle), Handel mit feinen Pelzwaren.

Prächtige Wasserwege erschliessen das Land für den Handel. Die transsibirische Bahn kommt dazu. Freilich sind verschiedene der grösseren Städte nur durch Zweiglinien mit ihr verbunden. Es heisst, die russischen Ingenieure hätten einzelne Orte vermieden, weil sie von diesen nicht genügend bestochen worden seien.

Eine Zukunft hat der Holzhandel Sibiriens. Der Teehandel blüht, wie bekannt. Der Bergbau fördert Kohlen, die im Ueberfluss vorhanden sein sollen, dann vor allem Gold und auch Silber. Aber alles harrt noch der Hand, die zugreift und die Schätze zu heben versteht. Sibirien könnte in der Tat das Amerika der Zukunft werden. Vielleicht lässt der Krieg sich Russland auf seine inneren, nicht nur politischen, sondern auch kulturellen Aufgaben besinnen. Bei Schilderung des Gefängniswesens werden die Vorstellungen, die viele sich von Knutenherrschaft u. a. machen, als übertrieben zurückgewiesen. Besonders die politischen Gefangenen haben es nach dem Verfasser gut. »Es bereitet ein grosses Vergnügen,« schreibt er, »vieles so viel besser zu finden, als es sensationslüsterne Schriftsteller ausmalen.«*)

In den Städtebildern lernen wir Omsk, Tomsk, Irkutsk, die Bahnstrecke vom Baikalsee bis Schilke, Blagowieschtschensk (am Amur; hier fand im

*) Dem stehen sehr glaubwürdige Feststellungen russischer Schriftsteller entgegen. Red.

Frühjahr 1900 das grosse Chinesenmorden statt, das der russische Gouverneur verschuldete!) und Wladiwostok kennen. Mit einem »Blick in die Mandschurei« schliesst die lesenswerte Broschüre. Ob der englische Autor mit seinem Buche eine Tendenz verfolgte, weiss ich nicht. Das Urteil, Sibirien sei das Amerika der Zukunft, scheint mir zwar pointiert, in vielem aber nicht übertrieben zu sein. *J. Ik.*

Goetz, Adolf: **Sträfling 788.** Ein Kapitel Berufsleiden. 8. Auflage. Berlin, Magazin-Verlag. 197 S. 8°.

Das Buch ist von einem Redakteur geschrieben, der vom Dresdener Gerichtshof wegen seines Eintretens für Luise von Toscana zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde und diese Strafe nunmehr verbüsst hat. Der Untertitel ist insofern wörtlich zu nehmen, als ein Kapitel (das erste) die für einen Gebildeten besonders traurige Lage und die Leiden eines Menschen im Gefängnis — und dazu in einem sächsischen Gefängnis — schildert. Dieses Kapitel ist, so wie auch die folgenden, recht lebendig geschrieben, Empörung und Galgenhumor, dazwischen auch ein Teil Sentimentalität, geben die Stimmung an. Das dritte Kapitel tritt für Abschaffung des Postens des »Verantwortlichen« und der Anonymität ein, sowie für eine rücksichtsvollere Behandlung verurteilter Redakteure, wobei auch die schimpflichen Missstände der Sensations- und Inseratenpresse charakterisiert werden.

Das zweite Kapitel ist — ohne dies scheint es nicht zu gehen — der Sozialdemokratie und ihrer Ueberwindung gewidmet. Ihr bringt der Autor, wenn auch nicht gerade Achtung, so doch Furcht entgegen, und ihn jammert die Blindheit der bestellten, lächelnden Ordnungshüter. Mit dem Thema steht das alles insofern in Zusammenhang, als Goetz in dem heutigen Strafvollzug und in der unmenschlichen Justiz den wahren »roten Jungbrunnen« erblickt und, gestützt auf Berlepsch und Liszt, im Interesse des Bestehenden die Reform verlangt. Neben gründlichem Missverstehen der sozialistischen Bewegung und neben einiger Unkenntnis ihrer momentanen Erscheinungsformen finden sich in diesen Erörterungen kräftige und ernste Wahrheiten, welchen menschliches Denken und Fühlen sich wohl nirgends verschliessen können. *F. L.*

Gramzow, Dr. Otto: **Gustav Ratzenhofer und seine Philosophie.** Zur Einführung und Kritik. Berlin, Hugo Schildberger. 70 S. 8°. Preis 1 Mk.

Der kürzlich bei seiner Rückkehr von St. Louis auf hoher See gestorbene Ratzenhofer war nicht allein österreichischer Feldmarschall-Leutnant und Reformator des österreichisch-ungarischen Heeres, sondern auch einer der bekanntesten europäischen Soziologen. Er hat ein System des positiven Monismus ausgebildet, indem er sich bemühte, in allen natürlichen und sozialen Erscheinungen eine »Urkraft« nachzuweisen. Ausgangspunkt und Grundlage seiner Gedankenwelt ist dabei die »Politik«, welche er als ein nach dem Gesetz der »absoluten Feindseligkeit« verlaufendes Kräftespiel erkennt. Sein System erinnert ebensogut an Hobbes und Shaftesburry wie auch stellenweise an die marxistische Geschichtsauffassung, jedoch dürfte ihm der Rang eines selbständigen Denkers gebühren.

Gramzows Broschüre gibt neben dem interessanten Lebensbild (Ratzenhofer begann als Uhrmacherlehrling mit Volksschulbildung) einen klaren, orientierenden Abriss und eine kritische Beleuchtung der obigen Theorien und kann als ausgezeichnete Einführung in dieselben begrüsst werden. *F. L.*

Gruber, Prof. Dr. Max: **Tuberkulose und Wohnungsnot.** Soziale Zeitfragen XVI. Berlin 1904, Verlag Bodenreform. 22 S. 8°. Preis 50 Pf.

Der Zusammenhang der Tuberkuloseverbreitung mit der Wohnungsfrage wird in dieser kleinen Schrift in durchaus wissenschaftlichem, von aller Einseitigkeit und Uebertreibung freiem Geiste gemeinverständlich erläutert.

Haushofer, Max, Professor Dr.: **Das Jenseits im Licht der Politik und der modernen Weltanschauung.** 46 S. gr. 8°. München 1905, J. F. Lehmanns Verlag. Preis geheftet 1 Mk.

Am Schlusse heisst es: »Wir können und dürfen uns weder mit dem völligen Verzicht auf das Jenseits noch mit einem ganz urteilslosen Glauben daran begnügen.« »Die heisse, grosse Sehnsucht, weder in das eine noch in das andere dieser beiden Uebel zu verfallen und in ihm stecken zu bleiben« — also eine Sehnsucht, nicht zu erkennen, aber auch nicht zu glauben, eine zugleich nach oben und nach unten schielende Sehnsucht, gewissermassen ein dreieckiges Verhältnis in der Metaphysik — diese »heisse, grosse Sehnsucht« »wohnt in den Herzen Unzähliger. Und dieser Sehnsucht Worte zu verleihen, war der Zweck dieser Blätter.« Fürwahr, eine originelle Eiertanz-Politik zwischen Himmel und Erde! Die Berufung auf die Herzen Unzähliger ist hier besonders lächerlich, denn es ist kaum anzunehmen, dass es einen zweiten Menschen gibt, der solch verzwickten Seelenzustand fertig bringt. Immerhin aber hat Prof. Haushofer noch so viel Farbe der Entschliessung, dass er in den sozialistischen Verheissungen des »irdischen Paradieses« (das ihm pure materiell erscheint), in solch einem »Verekeln« des Nachdenkens über das Jenseits »das grösste Verbrechen« erblickt. Wer das tut, schliesse von dem Leben der Menschheit »jene Anregungen aus, die in allen Jahrhunderten das Höchste geschaffen haben«. Natürlich! Wer will es auch bestreiten, dass die Anregungen zu Hexenprozessen den Anregungen zu einem menschenwürdigen und harmonischen Gesellschaftsbilde über sind? — Ausser philosophischen Betrachtungen finden wir auch politische. Kämen sie in anderen Zusammenhang, möchten wir sie beachten. So aber, scheint es, sind wir dispensiert. *F. L.*

Hoensbroech, Graf von: **Das Papsttum in seiner sozialkulturellen Wirksamkeit.** Volksausgabe. Leipzig 1904, Breitkopf u. Härtel. 180 S. 8°. Preis 1 Mk.

Das Buch des Grafen Hoensbroech wider das Papsttum ist eine Neophyten- — um nicht zu sagen, eine Renegaten- — Arbeit. Hoensbroech gehörte dem Jesuiten-Orden an, ist aber unter dem Einfluss von Studien im Hause der Bollandisten zu Brüssel und an der Berliner Universität, zu denen er vom Orden selbst veranlasst worden war, dem Papsttum abwendig gemacht worden und zieht in dickleibigen Werken mit heiligem Eifer wider seine früheren Götter zu Felde.

Solche Schriften machen heute einen nicht gerade sympathischen Eindruck. Man kann es demjenigen, der sich von einer Gemeinschaft trennt, nicht verargen, wenn er die Gründe seiner Lossagung der Oeffentlichkeit darlegt, aber man fühlt sich unangenehm berührt, wenn er den Kreuzzug gegen diese Gemeinschaft predigt. Dies namentlich dann, wenn der Ruf kein neuer ist und seine Begründung nichts neues sagt. Und das gilt von Hoensbroechs Streitschriften gegen Papsttum und Jesuiten. Sie sagen der Welt nichts neues über diese Institutionen. Sie greifen sie nicht einmal von einem sehr vorgeschrittenen Standpunkt aus an. Im Vorwort zu der vorliegenden Schrift — die Volksausgabe des ersten Teiles eines grossen, gleich betitelten Werkes — schreibt Hoensbroech: »Unendlich viel wird über und gegen den Ultramontanismus, über und gegen das Papsttum geschrieben und gesprochen, aber das meiste ist teils oberflächlich und seicht, teils — was weit schlimmer ist — unwissend und unwahr .... Dass man es doch erkennt, dass der Ultramontanismus ein S y s t e m, tief und hoch und breit, fest gefügt, ausgebaut nach allen Seiten; dass man doch endlich diesem System, dem an Grösse und Verderblichkeit nichts an die Seite gestellt werden kann, angestrengtes, eindringendes S t u d i u m widmete .... Nur wenn das geschieht, nur wenn die Wissenschaft den planmässigen, umfassenden Kampf gegen den Ultramontanismus aufnimmt, ist Aussicht vorhanden, diesen Kampf zu einem für Politik und Religion, für Kultur und Fortschritt, für Familie und Staat segensreichen Ende zu führen.« (Vorwort VIII u. IX.) Nun,

Wissenschaft klingt sehr schön, aber die Wissenschaft ist ein Abstraktum, hinter dem sich ungemein viel verbirgt, und selbst wenn man das Wort als Zusammenfassung wissenschaftlicher Forschung und Kritik nimmt, so kann diese allenfalls das theoretische Lehrgebäude, auf das sich das Papsttum stützt, untergraben, aber doch nur für die, welche nicht durch ausserhalb der Erkenntnisfragen liegende Faktoren an der päpstlichen Kirche hängen, und das ist die übergrosse Masse der Katholiken. Der Aufruf der »Wissenschaft« wider die römische Kirche ist selbst im besten Falle erst eine Halbheit, er ist dies hier aber um so mehr, als Hoensbroech schon auf den ersten Seiten seines Buches sich als gottgläubigen Christen offenbart und den Satz aufstellt, das Papsttum müsse »vom Standpunkt des Katholiken aus ... angegriffen und besiegt werden«. (S. 4.) Damit wird auch die Wissenschaft halbiert und die zugelassene Hälfte zur blossen Hilfskraft für begrenzte Zwecke degradiert. Das Endresultat des Werkes kann unter diesen Umständen nicht zweifelhaft sein: es ist selbst wieder ein Kompromiss, wie das Papsttum oft schon deren wider sich hat erstehen und — vergehen sehen. Wären nicht andere Kräfte am Werk, ihm die realen Grundlagen seiner Macht zu entziehen, es brauchte Bücher, wie das Hoensbroechsche, nicht zu fürchten. Wir wiederholen, Hoensbroech sagt absolut nichts, was wesentlich neu ist; denn dass das Papsttum ein festgefügtes, nach allen Seiten hin ausgebautes System ist, wusste man vor ihm. Und obwohl er nach dem Titel dieses System in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit zu beleuchten verspricht, finden wir über die soziale Seite des päpstlichen Systems so gut wie gar nichts. Welchen sozialen Zuständen das Papsttum entspricht, und wie es sich zu den sozialen Entwickelungen der Gegenwart verhält, davon wird im Buch gar nicht gehandelt. Inquisition, Hexenglauben, abergläubisches Wesen etc. — das sind die Punkte, mit denen Hoensbroech sich beschäftigt. Wir wollen nicht bestreiten, dass auch das seine Berechtigung hat, und dem mit grossem Fleiss gearbeiteten Buch einen relativen Wert nicht absprechen. Aber wenn es auch für seinen Verfasser ein Befreiungswerk ist und auf viele in ähnlicher geistiger Entwickelung, wie er, Begriffene befreiende Wirkung auszuüben vermag, ein Befreiungswerk für die Menschheit ist es nicht. Es macht keine Epoche. Für gewisse Aufgaben unserer Epoche jedoch ist es als sachkundig bearbeitete Materialiensammlung immerhin nicht ohne Verdienst, was wir der, wie gesagt, grossen Fleiss und den Eifer heiliger Ueberzeugung bekundenden Arbeit gern zuerkennen wollen.

Hoffmann, Max: Ländliche Wohlfahrtspflege. (Sozialer Fortschritt No. 26.) Leipzig 1904, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis 15 Pf.

Die ländliche Wohlfahrtspflege will nach dem Verfasser »bei den Landbewohnern wieder die Liebe zur engeren Heimat und den Sinn für volkstümliche Sitten und Bräuche wecken und hegen, und ebenso zu ihrer körperlichen und geistigen, wie zur sozialen Kräftigung beitragen. Ihr Charakter ist ein ... vorbeugender.« Zu wirksamer Vorbeuge gehört Erkenntnis der tiefliegenden Triebkräfte der Entwickelung, mit ihnen beschäftigt sich aber die Schrift nicht, sie behandelt nur die offensichtlich zu Tage tretenden Wirkungen. Ihre Heilmittel sind demgemäss sozialpolitisch sehr ungleichwertig. Massnahmen von höchst zweifelhafter wirtschaftlicher Zweckmässigkeit und sozialpolitisch reaktionärem Charakert, wie das Anerbenrecht, figurieren ruhig neben ganz modern gedachten Reformen des Versicherungs- und Kreditwesens. Die Schrift orientiert über die Bestrebungen des der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen angegliederten »Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege« und ist vom Geschäftsführer dieses Vereins, Heinrich Sohnrey, mit einem Geleitwort versehen.

Katscher, Leopold: Die Gewinnbeteiligung. (Mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands.) (Sozialer Fortschritt No. 28/29.) Leipzig 1904, Felix Dietrich. 32 S. 8°. Preis 30 Pf.

Eine Abhandlung zu gunsten der Beteiligung der Arbeiter am Geschäftsgewinn der Einzelunternehmung. Der Verfasser scheint diese Gewinnbeteili-

gung für ein Uebergangsmittel zum Sozialismus zu halten. »Nur die deutsche Sozialdemokratie,« schreibt er auf S. 9, »schüttet das Kind mit dem Bade aus, indem sie gegen das neue Verfahren auftritt, in ihrem Eifer für radikalere Mittel vergessend, dass Uebergangsstadien nötig und nützlich sind und dass gerade die Gewinnbeteiligung die beste Vorstufe einer idealen Lösung, der kräftigste Fortschritt auf dem Wege zur Gesundung ist.« Wenige Zeilen vorher hatte es aber geheissen: »Ich finde es vollkommen begreiflich und naturgemäss, dass in sehr vielen Gewinnbeteiligungsbetrieben das Personal dem Drängen der Arbeitervereinigungen, beizutreten, widersteht, weil »wir mit unseren Chefs im besten Einvernehmen leben«, oder »weil wir sehr gut behandelt werden«.» (S. 9.) Nun sind bekanntlich die Arbeitervereinigungen, d. h. hier die Gewerkschaften, u. a. dazu da, den Arbeitslohn dem Zufall der Einzelabmachung zu entziehen, ihm eine feste, die Willkür ausschliessende Norm zu geben. Wo solche Norm nicht besteht, ist die Gewinnbeteiligung immer der Gefahr ausgesetzt, eine reine Illusion zu sein, auch wo sie keine berechnete Täuschung ist. Insoweit sie die Gewerkschaftsbildung hemmt, zerstört sie somit selbst die Vorbedingung, aus ihr eine die Täuschung ausschliessende Realität zu machen. Schon dies zeigt ihren sozialpolitisch irrationellen Grundzug. Sie hat die Tendenz, das Zusammenhangsgefühl der Arbeiter mit ihren Berufsgenossen ausserhalb der Einzelunternehmung zu schwächen, Sonderinteresse gegen Gesamtinteresse zu setzen. Das ist alles Mögliche, nur nicht sozialistisch. Und wozu könnte sie ein Uebergangsstadium sein? Ihrem Wesen nach nur zur Verwandlung der Einzelunternehmung in eine Einzel-Produktivgenossenschaft, d. h. zur Auflösung der Arbeiterschaft in Sondergruppen von Unternehmungsteilhabern — wiederum eine ganz und gar unsozialistische Wirtschaftsgestaltung. Hätte sich der Verfasser dies vergegenwärtigt, so würde er manche andere unkritische Bemerkung, aui die wir in seiner Schrift stossen, ungedruckt gelassen haben.

Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist eine mit der modernen Gestaltung des Wirtschaftslebens ganz unvereinbare Einrichtung, weshalb wir sie denn auch bei den ureigenen Schöpfungen dieser Entwickelung, den grosskapitalistischen Produktionsbetrieben, vergebens suchen. In klein- oder mittelkapitalistischen Betrieben ist sie von wohlmeinenden Unternehmern mit mehr oder weniger Erfolg ins Werk gesetzt worden, wobei der Erfolg aber fast immer von der Person des Unternehmers, seinen persönlichen Eigenschaften abhing. Auch die Technik der Produktion ist für den Erfolg der Gewinnbeteiligung von grossem Einfluss. In einem Unternehmen mit einer homogenen Arbeiterschaft wird sie weniger Schwierigkeiten begegnen, als in einem solchen, wo Arbeiter verschiedener Art in getrennten Abteilungen beschäftigt sind. Wie soll sich da, wo die Unternehmung viele Hunderte oder gar Tausende von Arbeitern zählt, der gerechte Anteil jeder einzelnen Abteilung am geschäftlichen Ertrag des Gesamtunternehmens ermitteln lassen? Das Problem ist einfach unlösbar.

Was wir hier generell ausführen, wird derjenige, der lesen kann, zum Teil durch die Thesen V. Böhmerts bestätigt finden, die der Verfasser am Schluss seines mit grosser Wärme abgefassten Schriftchens wiedergibt. Die Einzelheiten und Methoden der Gewinnbeteiligung werden vom Verfasser sachkundig vorgeführt.

Keferstein, Dr. med. Georg: **Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage.** Berlin S. 42, 1904. Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund. 40 S. 12°. Preis 20 Pf.

Der tiefere Zusammenhang der modernen Arbeiterbewegung mit dem Kampf gegen den Alkoholismus wird vom Verfasser in ruhiger, überzeugender Darstellung entwickelt. Der Verfasser hält die Abstinenzbewegung für die geeignetste Form der Führung dieses Kampfes, weil die Parole der Mässigung der individuellen Schätzung zu grossen Spielraum lässt und so der Zersplitterung Vorschub leiste.

Lamprecht, Karl: **Zur jüngsten deutschen Vergangenheit.** Deutsche Geschichte. Zweiter Ergänzungsband. Erste Hälfte: Wirtschaftsleben. — Soziale Entwickelung. Freiburg i. B. 1904, Hermann Heyfelder. 520 S. 8°. Preis 7 Mk.

In diesem Ergänzungsband seiner deutschen Geschichte wird der bekannte Leipziger Historiker zum Sozialhistoriker im engeren Sinne des Wortes. Was er in den verschiedenen Bänden des Hauptwerks mehr subsidiär, wenn auch ganz erheblich stärker als frühere Darsteller der deutschen Geschichte, behandelt hatte: Entwickelung und Verlauf der Wirtschaftsgestaltung in Deutschland, dem widmet er hier einen eigenen Band. Wir sagen ausdrücklich nur Wirtschaftsgestaltung und nicht auch zugleich Gesellschaftsgestaltung, obwohl Lamprecht im Titel des Buches eine Geschichte dieser gleichfalls in Aussicht stellt. Denn das hierauf bezügliche Versprechen wird von ihm nur zur Hälfte eingelöst: die sechs speziell »Soziale Entwickelung« überschriebenen Kapitel geben nur so viel Gesellschaftsgeschichte, als in engster Beziehung zur Wirtschaftsgeschichte steht, zum grössten Teil noch unter sie eingereiht werden könnte. Was von der Wirtschaft nicht unmittelbar im Fundament betroffen wird, z. B. die Familie, das Recht, die Staatsgestalt, deren Geschichte doch gewiss zur »Sozialen Entwickelung« gehören, werden durchaus nebensächlich und unzulänglich behandelt. Wohl spricht Lamprecht im zweiten dieser Kapitel, »Die freie Unternehmung und das Geistesleben der Zeit«, von ihnen, aber er wird selbst zugeben, dass die aphoristische Weise, wie dies geschieht, unmöglich als »Geschichte« oder Darstellung einer Entwickelung gelten kann. Im wesentlichen ist auch die zweite Hälfte dieses Buches Wirtschaftsgeschichte, nur mit stärkerer Berücksichtigung gewisser sozialer Zusammenhänge, vor allem der Entwickelung der Gesellschaftsklassen. Ihr allerdings widmet Lamprecht einen grossen Teil seiner Untersuchung.

Dies in Uebereinstimmung mit seiner Geschichtsauffassung, die, wie sie sich auch formell gibt, die Grundzüge der materialistischen Geschichtsauffassung deutlich erkennen lässt. Lamprechts Beeinflussung durch diese Theorie zeigt sich im vorliegenden Buch immer wieder aufs neue — bald sehen wir ihn die Theorie in starker Vermischung mit allerhand Elementen moderner Psychologie anwenden, bald offenbart sie sich in fast brutaler Uebertreibung, aber immer schwebt sie über dem Buche, gibt sie ihm seinen Stempel. Und im ganzen sicherlich nicht zu seinem Nachteil.

Denn was wir eingangs rügten, betrifft nur eine Formalität. Ob das Buch alles bis auf den letzten Buchstaben gibt, was sein Titel erwarten lässt, ist weniger wichtig, als ob es das, was es gibt, richtig und gut gibt. Nun sind wir zwar nicht imstande, überall Lamprecht zuzustimmen, hätten sogar an einzelnen Partien bei ihm Erhebliches auszusetzen — so enthält die Skizze der sozialistischen Theorien auf S. 506 ff. Sätze, die man keinem Literaten vierten Ranges durchgehen lassen darf —, und auch sein Stil ist für unseren Geschmack oft gar zu geschraubt und geschwollen. Aber im ganzen müssen wir doch von seiner Behandlung des Wirtschaftslebens und dem, was er von der Gesellschaftsordnung gibt, sagen, dass sie eines so bedeutenden Historikers durchaus würdig sind. Es ist eine überaus inhaltsvolle, eingehendes Studium der Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaftsgrundlagen bekundende, an geistreichen Beobachtungen reiche Arbeit, die dem Leser in diesem Bande geboten wird und ihm, auch wenn er nationalökonomisch noch so wenig versteht, in fesselnder Weise mit dem bekannt macht, was der Gebildete heute vom Wesen der Wirtschaftsgeschichte wissen muss.

Lüders, Else: **Arbeiterinnenorganisation und Frauenbewegung.** Sozialer Fortschritt No. 30. Leipzig 1904, Felix Dietrich. 12 S. 8°. Preis 15 Pf.

Behandelt das Thema vom Standpunkt vorgeschrittener bürgerlichen Sozialpolitik mit anerkennenswertem Verständnis und viel Objektivität.

Marx, Karl: Theorien über den Mehrwert. I. Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Aus dem nachgelassenen Manuskript »Zur Kritik der politischen Oekonomie«. Herausgegeben von Karl Kautsky. Stuttgart 1905, J. H. W. Dietz Nachf. 430 S. 8°. Preis 6 Mk.

Ein erster Abschnitt aus demjenigen Teilstück des Marxschen Manuskripten-Nachlasses, aus dem Fr. Engels einen vierten Band »Kapital« herzustellen gedachte, da es dasselbe Thema behandelt, welches Marx selbst als Gegenstand des vierten Bandes bezeichnet hatte: die Geschichte der Mehrwerttheorien. Kautsky, dem nach Engels' Tode die Marxschen Erben die Bearbeitung des Nachlasses anvertraut haben, ist im Verlaufe der Ausführung dieser Arbeit zu der Ueberzeugung gelangt, dass — was Engels im Vorwort zu Band II »Kapital« schon angedeutet hat — sich aus dem Manuskript ein solcher vierter Band nur dann herstellen liesse, wenn aus ihm ganze Partien fortgelassen und die übrigen bedeutend umgearbeitet würden. Da er sich dazu nicht berechtigt hielt, zog er es vor, das Manuskript als das herauszugeben, was es tatsächlich ist: eine Fortsetzung der 1859 von Marx veröffentlichten Schrift »Zur Kritik der politischen Oekonomie«. Es ist nach Engels Angabe in den Jahren 1861 bis 1863 von Marx niedergeschrieben worden, mit als Vorarbeit für die angekündigten weiteren Lieferungen jener Schrift, und wäre auch zu diesem Zweck von Marx benutzt worden, wenn deren Forterscheinen nicht eine Unterbrechung erlitten und Marx dann den ganzen Plan des Werks geändert hätte.

So viel hinsichtlich der Legitimation der gewählten Form für die Herausgabe dieses Manuskripts, dessen zweiter Teil gemäss der Vorrede Ricardo, der dritte Teil Malthus und die Auflösung der Ricardoschen Schule behandeln werden.

Es ist also wesentlich historische Arbeit, mit welcher wir es im vorliegenden Buch und seinen Fortsetzungen zu tun haben. Aber historische kritische Arbeit, wobei die Kritik Grundfragen der Oekonomie betrifft, welche noch heute das theoretische Denken beschäftigen. Damit ist schon angezeigt, dass die Publikation keineswegs nur antiquarischen Wert hat. Wieviel sie der Theorie heute noch bietet, inwiefern die von ihr behandelten Probleme sich heute anders stellen, als zur Zeit der Niederschrift des Manuskripts, ist freilich eine andere Frage, die sich im Rahmen einer kurzen Besprechung nicht erledigen lässt. Wir gedenken ihr in dieser Zeitschrift einen besonderen Aufsatz zu widmen. So sei denn hier nur noch auf den Wert der Publikation als Quelle der Einsicht in die geistige Werkstatt von Karl Marx hingewiesen. Wie es nicht nur interessant, sondern auch oft überaus fruchtbringend ist, die Werkstatt eines bildenden Künstlers zu betreten, so ist es sicher nicht minder fruchtbar, sich mit der Werkstatt eines Forschers auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften bekannt zu machen. Dazu aber bietet diese Publikation ausgezeichnete Gelegenheit, da der Herausgeber sich auf eine rein formelle Bearbeitung beschränkt hat, wie Verifizierung und je nachdem Uebersetzung der Zitate, Entfernung von Wiederholungen, Einteilung in Abschnitte und Ausstattung dieser mit passenden Ueberschriften etc.

Ueber alles das erteilt die Vorrede Auskunft. Für das verzögerte Erscheinen dieses Bandes gibt Kautsky neben den Schwierigkeiten technischen Charakters auch die Diskussionen in der Sozialdemokratie über die Agrarfrage und über die vom Herausgeber dieser Zeitschrift angeregten Fragen als Grund an. Nur die Agrardebatte habe jedoch fruchtbar gewirkt, die andere dagegen habe »uns nicht neue Einsichten gebracht«. Sofern hier das »uns« als Plural der Majestät steht, verbietet sich jeder Einwand von selbst und wird man dem Verfasser zu glauben haben, dass er diese Diskussionen gar »oft verwünscht« hat.

Ostwald, Hans: Die deutschen Herbergen. (Sozialer Fortschritt, Heft 22.) Leipzig 1904, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis 15 Pf.

Die Entwickelung, welche das Herbergswesen in Deutschland in den letzten fünfzig Jahren genommen hat, die Leistungen der verschiedenen Gat-

tungen von Herbergen und die Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften auf diesem Gebiet werden vom Verfasser sehr klar und verständig erörtert.

Patria. Jahrbuch der „Hilfe" 1905. Herausgegeben von Dr. Fr. Naumann. Berlin-Schöneberg 1905, Buchverlag der »Hilfe«. 225 S. gr. 8°.

Dieses Jahrbuch des Organs der Nationalsozialen enthält neben einem fesselnden Aufsatz Naumanns »Das Ideal der Freiheit« und einer Zusammenstellung von Fragen aus einem Fragekasten, den Prof. A. Deissmann nach Volkshochschulvorträgen über die Geschichte des Neuen Testaments bei den Hörern zirkulieren liess, drei politische Aufsätze von Interesse: Theodor Barth, Der Politiker Heinrich Rickert, Martin Wenck, Die Geschichte der Nationalsozialen, und Dr. Max Nitzsche, Die Anfänge der agrarischen Bewegung in Deutschland. Barths Aufsatz über seinen verstorbenen Parteifreund Rickert ist vornehmlich ein Rückblick auf die Umstände und Faktoren, die den Liberalismus in Deutschland zur politischen Entkräftung gebracht haben. Zu ihnen rechnet Barth vornehmlich die Versäumnis, sich mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in ein erträgliches Verhältnis zu setzen, und unzeitgemäss formalistische Opposition gegen gewisse Militärforderungen. Die sehr ausführliche »Geschichte der Nationalsozialen« von Wenck — sie füllt über 100 Seiten gross Oktav — gibt ein hier und da etwas tendenziös übermaltes, aber im ganzen doch sachentsprechendes, lehrreiches Bild der inneren und äusseren Kämpfe dieser verunglückten Parteibildung. Am lesenswertesten erscheint uns jedoch der Aufsatz von Nitzsche »Die Anfänge der agrarischen Bewegung in Deutschland«. So skizzenhaft diese Arbeit gehalten ist, so bietet sie doch sehr viel wertvolle Hinweise für die Beurteilung des deutschen Agrariertums und seiner Taktik. Insbesondere verdient ein Zitat aus einem Ende 1876 gehaltenen Vortrag des dem Herrn von Kardorff verbündeten Industrieschutzzöllners Lohren Beachtung, das auf die politische Moral der agrarischen Führer ein überaus bezeichnendes Licht wirft. H. Weinheimer schreibt über die bemerkenswerte Entwickelung Argentiniens, während die Belletristik durch einen Aufsatz »Shakespeare und Rembrandt« von Paul Schubring würdig vertreten ist.

Pfannkuche, Pastor Dr.: **Freie öffentliche Bibliotheken und Lesehallen.** (Sozialer Fortschritt, Heft 21.) Leipzig 1904, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis 50 Pf.

Eine warmherzig geschriebene Befürwortung der Errichtung unentgeltlicher und nach modernen Prinzipien geleiteter öffentlicher Bibliotheken und Lesehallen. Der Verfasser bezeichnet nicht übel die sogenannten »Volksbibliotheken«, wie sie bisher in Deutschland üblich waren, als literarische Volksküchen und zeigt an verschiedenen Beispielen, wie ungleich mehr eine in Bezug auf Auswahl der Bücher, auf Leihmethode, Einrichtung der Lokalität etc. auf der Höhe der Zeit stehende öffentliche Bibliothek für Volksbildung und gute Volksunterhaltung leistet, als ein halbes Dutzend jener »literarischen Almosenanstalten«. Er verlangt für die mit den Bibliotheken zu verbindenden öffentlichen Lesehallen streng neutrale Berücksichtigung der Presse aller Parteien und gibt allerhand Fingerzeige für die Einrichtung dieser Institute, für deren sozialpolitischen Wert er viele Zeugnisse erbringt.

Pinardi, Dr., und Dr. **Schiavi,** Mailand: **Die italienischen Arbeitskammern.** Nebst einem Anhang über die Arbeitskammern in der Schweiz und die Arbeitsräte in Frankreich. (Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Heft 14.) Jena 1904, Gustav Fischer. 63 S. 8°. Preis 40 Pf.

Die Schrift schildert die sehr bewegte Geschichte der italienischen Arbeitskammern, Organisationen, die in ihren Hauptzügen ein Mittelding zwischen den deutschen Gewerkschaftskartellen oder Gewerkschaftskommissionen und den französischen Arbeitsbörsen darstellen und gleich

den letzteren verschiedentlich von Ortsbehörden Zuwendungen erfahren haben, ebenso aber auch wie sie stark dem Einfluss politischer Strömungen ausgesetzt sind. Von den Verfassern ist Dr. Schiavi als Sozialist und langjähriger Mitarbeiter des in Rom erscheinenden Avanti, Organ der italienischen Sozialdemokratie, bekannt, über die Persönliehkeit Dr. Pinardis sind wir nicht unterrichtet. Die Grundtendenz der Sehrift ist reformsozialistisch. Leider lässt die Uebersetzung an verschiedenen Stellen sehr zu wünschen übrig, auch fehlt es der Schrift selbst an Uebersichtlichkeit. Bei alledem gewährt sie ein interessantes Bild der gärenden Organisationskämpfe der italienischen Arbeiterschaft und der Veränderungen in der Stellung der Regierenden zu den Organisations- und Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter.

Rühle, Otto: **Arbeit und Erziehung.** Eine pädagogische Studie. München 1904, G. Birk & Co. 80 S. 8°. Preis 50 Pf.

Eine Reihe systematisch geordneter Aufsätze, von denen ein Teil im »Hamburger Echo« veröffentlicht wurden und, wie das Vorwort mitteilt, dort unerwartete Beachtung fanden. Sie sind hier in vier Gruppen eingeteilt. Die erste kritisiert die Unterrichtspraxis unserer Volksschule, die zweite handelt vom Weg zum Arbeitsunterricht, die dritte zeigt die Methoden der Erziehung durch Arbeit (Kindergarten, Unterricht im Freien, Schulgarten, Schülerwerkstätten), und die vierte führt eine Anzahl Versuche und Ergebnisse vor (die Landerziehungsheime, die Knabenhandarbeit in Deutschland, das Ausland).

Die Schrift bietet dem Fachmann nicht gerade viel Neues. Ja, sie weist einige bedauerliche Lücken auf. So hätte im Kapital »Pädagogische Pfadfinder« der Gruppe II die Befruchtung der Pädagogik durch die kommunistischen Utopisten und Sektierer des 16. und 17. Jahrhunderts Erwähnung finden dürfen. Denn nicht nur wandelt die pädagogische Literatur des 18. Jahrhunderts in den von diesen gebrochenen Bahnen, selbst Comenius, der bei dem Verfasser als erster Pfadfinder auftritt, ist aus einer solchen Sektiererbewegung hervorgegangen. Und bei Schilderung Fröbels, dessen Beeinflussung durch Fourier bekannt ist, konnte auf die Fortbildung der Fröbelschen Methode durch Fr. Beust in Zürich verwiesen werden. Beust hat u. a. den »Unterricht im Freien« lange Jahre vor der Gründung der Reddieschen Schule Abbotsholm betrieben. Aber diese kleinen Ausstellungen sollen den Wert der Schrift für das grosse, weniger unterrichtete Publikum nicht herabsetzen. Diesem bietet sie in gefälliger, fliessender Darstellung sehr viel anregende Belehrung hinsiehtlich eines der wichtigsten Gebiete sozialer Tätigkeit: der Erziehung der heranwachsenden Generationen zu gesunden, wissenden und könnenden Menschen.

Schreiber, Adele: **Settlements.** Ein Weg zum sozialen Verständnis. (Sozialer Fortschritt No. 23.) Leipzig 1904, Felix Dietrich. 16 S. 8°. Preis 15 Pf.

Eine sehr sachkundige und zugleich kritische Sehilderung der zuerst in England aufgekommenen »Settlements«: Kolonien von Studenten und anderen gebildeten jungen Leuten, die dem Zweck dienen, der tiefststehenden Arbeiterbevölkerung die helfende Hand zur Erhebung aus Unwissenheit, Schmutz und sonstiger sozialer Erniedrigung zu bieten. Die Verfasserin schildert die Leistungen der englischen Settlements mit viel Sympathie, hebt aber auch mit Recht hervor, dass sie dem in Städten wie London zu bekämpfenden Uebel gegenüber in keiner Weise ausreichen und dass in Deutschland wohl auch noch Arbeit für etwas den Settlements Aehnliches vorliegt, diese jedoch entsprechend den ganz anderen Wohn- etc. Verhältnissen auch ganz anders eingerichtet werden müssten. Bei dieser Gelegenheit verfehlt sie nicht zu bemerken, dass in Deutschland u. a. »die erstarkte Sozialdemokratie reiche Kräfte für die Aufklärung und Hebung des Proletariats entfaltet.«

Spencer, Herbert: Erfahrungen und Betrachtungen aus der Zeit. Vermischte Aufsätze. Uebersetzt und herausgegeben von J. V. Carus u. W. Wischmann. Stuttgart 1904, E. Schweizerbartsche Verlagsbuchhandlung. 322 S. 8°. Preis 6 Mk., geb. 7 Mk.

Das Buch enthält 42 meist sehr kurze Aufsätze. Politische und philosophische Betrachtungen wechseln ab mit solchen über Gymnastik, Musik, Tierschutz, Geschäftsprinzipien etc. — Spencer bringt also jedem etwas. Die Ausbeute des Politikers ist jedenfalls qualitativ von Bedeutung, wobei wir nicht die sozialphilosophischen, sondern die tagespolitischen und kritischen Aufsätze im Auge haben. Sie sind durch kühles und feines Beobachten und Denken, durch offene und mutige, dabei stets sachlich ruhige Sprache ausgezeichnet, und haben ihre Geltung nicht allein für England. Ueber das Ungemach kolonialer Truppen spricht sich Spencer so aus: ›Wenn sich Leute dazu verdingen, andere Menschen auf Befehl niederzuschiessen, dabei nicht nach der Rechtmässigkeit ihres Vorgehens fragend, so kümmert es mich nicht, wenn sie selbst erschossen werden.‹ In Deutschland, scheint es, braucht man noch kein berühmter Philosoph des Liberalismus zu sein, um des Mutes einer solchen Erklärung zu entbehren. Manch treffliches Wort fällt ferner über den Zusammenhang zwischen imperialistischer Eroberungspolitik und innerer Versklavung und Verrohung sowie über die Gefahr des Militarismus und des modernen Patriotismus, der ja auch, wie man weiss, nicht einzig an der Themse wächst, u. a. m.

Versagen muss hingegen für uns das sozialpolitische Denken und Empfinden Spencers, den man wohl als die letzte oder eine der letzten Säulen der streng manchesterlichen Doktrin in der Soziologie ansehen darf. Für alles, was irgendwie nach Staatshilfe oder Koalition schmeckt, hat er nur Worte der Ablehnung, des Tadels. Seinem manchesterlichen Individualismus ist es eben nicht gegeben, in diesen Bestrebungen etwas anderes als Beleidigung und Schädigung des Individuums zu erblicken. Wieder einmal ahnen wir die innere Verwandtschaft von Liberalismus und Anarchismus, wenn es z. B. gelegentlich der Staats-Erziehung heisst, der Staat habe kein Recht, ›durch Steuern den Verdienst des A. zu nehmen, um damit den Unterricht der Kinder von B. zu bezahlen‹. In den Steuern sieht Spencer (auch recht anarchistisch) die alten Feudal-Fronden in anderer Form. Dass in Wahrheit die Profite und der Kapitalzins diese Rolle spielen, konnte ihm nicht beikommen, ihm fehlte, wie so manchem sonst rühmenswerten Geiste, eben einfach das Organ der Erkenntnis gegenüber diesen Mächten. Man wird bei solcher Philosophie immer an den Fabrikanten in Björnsons ›Ueber unsere Kraft‹ erinnert der in die Rede des fortgeschrittenen Kollegen sein stereotypes ›Reden Sie nicht vom Kapital!‹ hineinschmettert. *F. L.*

2. In französischer Sprache.

Conseil supérieur du Travail. Session de 1904.

1. Le Délai-Congé. Rapport de M. Manoury au nom de la Commission Permanente. Paris 1904, Imprimerie Nationale. 52 S. 4°.
2. Le Repos Hebdomadaire. Rapport de Mlle. Blondelu au nom de la Commission Permanente. Paris 1904, Imprimerie Nationale. 74 S. 4°.

Von diesen Veröffentlichungen des französischen Höheren Arbeitsrats schlägt die erste ein neues Gesetz über die Kündigung des Arbeits- oder Dienstvertrags, die zweite die gesetzliche Festsetzung eines wöchentlichen Ruhetags für alle in Handel, Industrie und öffentlichem Dienst beschäftigten Angestellten vor. Aus den Berichten und ihren sehr interessanten Annexen geht hervor, dass die französische Gesetzgebung in Bezug auf beide Punkte bisher noch recht rückständig, noch völlig vom manchesterlichen Geist des Bourgeois-Liberalismus beherrscht war —

allerdings gemildert durch den Einfluss der lokalen Gebräuche, die den Arbeitern meist einen besseren Schutz gewährten, als das Gesetz. Hinsichtlich der Kündigung der Arbeitsverträge empfiehlt die Kommission die Festsetzung einer Mindestfrist von acht Tagen für Arbeiter und Dienstboten und von einem Monat für Beamte, wo nicht private Vereinbarungen oder rechtzeitig bekannt gegebene Fobrikordnungen längere oder kürzere Fristen oder den Verzicht auf jede Kündigung ausbedingen. Bei Kontraktbruch soll der schuldige Teil bis zur Höhe der bedungenen Frist schadenersatzpflichtig gemacht werden können und zu diesem Behute Lohnbeschlagnahme zulässig sein. Hinsichtlich des wöchentlichen Ruhetages beschränkt sich die Kommission auf die Forderung eines Verbots, Arbeiter und Beamte mehr als sechs volle Tage pro Woche zu beschäftigen, wobei die Bestimmung des Ruhetags der privaten Entschliessung überlassen bleibt, und in Geschäften, die unter fünf Arbeiter oder Beamte beschäftigen, statt des vollen wöchentlichen Ruhetags zwei halbe Ruhetage sollen festgesetzt werden dürfen, von denen aber der eine ein Vormittag, der andere ein Nachmittag sein muss.

Rignano, Eugenio: **La Question de l'Héritage.** Avec une introduction par Adolphe Landry. Paris, Société Nouvelle de Libraire et d'Edition. 116 S. Preis 50 Cts.

Die Schrift ist laut Vorwort ein Auszug aus dem Buch Rignanos »Un Socialisme etc.«, welches wir in No. 11 dieser Zeitschrift gewürdigt haben. Der Herausgeber wollte also den alten, unberechtigten Titel nicht beibehalten, hebt auch in Uebereinstimmung mit unserer Besprechung hervor, dass Rignanos System eine gewisse Konservierung der privaten Produktion und Kapitalisation bedeutet. Er ist aber in gründlichem Gegensatze zu uns der Meinung, dieses System bedeute eine »juristische Revolution«, angetan, das Proletariat zu befreien und die Klassenunterschiede verschwinden zu machen. *F. L.*

Socialisme. L'Organisation Socialiste et Ouvrière en Europe, Amérique et Asie par le Sécrétariat Socialiste International. Bruxelles 1904, Le Sécrétariat Socialiste International. 521 S. 8°. Preis 3 Fr. 50 Cts.

Noch mit allerhand Fehlern behaftet, die sich aus der Unregelmässigkeit, mit der die verschiedenen, in Frage kommenden Berichte eingesandt wurden, und aus der Eile erklären, mit der sie für den Amsterdamer Kongress (August 1904) zusammengestellt werden mussten, bringt diese Publikation des Internationalen Sozialistischen Bureaus 44 Berichte über die sozialistische und gewerkschaftliche Bewegung in den verschiedenen Ländern, denen sich allerhand interessante statistische Zusammenstellungen anschliessen: die Wahlkräfte der Sozialdemokratie (Wählerzahl, Vertretung in Parlamenten, Vertretung in Lokalkörpern), die Gewerkschaftsausbreitung, die sozialistische und Gewerkschafts-Presse, die Genossenschaftsbewegung. Leider sind die Berichte nicht nach gleichen Grundsätzen abgefasst, und auch in den Statistiken finden sich allerhand Unregelmässigkeiten. Ferner entbehrt die Zusammenstellung der Berichte der Systematik, für welchen Mangel uns nicht einmal ein Register schadlos hält, und sogar das Inhaltsverzeichnis ist nicht fehlerfrei. Es enthält arge Druckfehler, und ein Bericht, der im Buch auf S. 156-180 steht, ist in ihm nicht mit aufgeführt. Schliesslich ist auch zu bemerken, dass die Titelüberschriften sich nicht überall mit dem Inhalt decken.

So macht das Buch einen recht chaotischen Eindruck, der bei späteren Ausgaben hoffentlich vermieden wird. Immerhin darf man es auch so, wie es ist, als einen Anfang zu einer fortlaufenden Statistik der Sozialdemokratie willkommen heissen. Zum erstenmal haben wir hier in einem Bande authentische Berichte über fast sämtliche sozialistische Organisationen der Welt. Verschiedene dieser Berichte sind nicht ohne Schönfärberei abgefasst, andere enthalten ungehörige Angriffe auf Bruderfraktionen. Indes das sind Fehler, die sich voraussichtlich bald geben werden; die von diesen Fehlern freien Be-

richte werden ihre erzieherische Wirkung nicht verfehlen. Wir sehen davon ab, Zensuren im einzelnen auszusprechen. Aber die Mängel der Redaktion mussten hervorgehoben werden. Dinge, wie die Rubrizierung eines Einzelberichts einer einzelnen englischen Gewerkschaft unter dem Titel ›Die Arbeiterbewegung in England‹, dürfen einfach nicht vorkommen.

3. In englischer Sprache.

Clark, J. B.: The Problem of Monopoly. New York und London 1904, The Macmillan Company. 8°. 128 S.

In dem vorliegenden Bändchen sind eine Reihe von Vorträgen über die privaten Monopole in den Vereinigten Staaten abgedruckt, welche der Verfasser in der ›Cooper Union‹ in New York gehalten hat. Obwohl nichts Neues vorgebracht wird, so ist die Schrift doch lesenswert, weil die Einwirkung der ›Trusts‹ auf die Volkswirtschaft darin recht klar veranschaulicht ist. Um ihren Einfluss herabzumindern, empfiehlt Prof. Clark vor allem die Aufhebung der Zölle auf solche Artikel, welche von ihnen hauptsächlich produziert werden (dies ist auch eine Forderung der demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten), ferner eine weitgehende Regelung des Transportwesens, insbesondere die Ueberführung der Eisenbahnen in das Eigentum der Nation. *Fhlgr.*

First Report of the Tenement House Department of the City of New York, 1902-3. New York 1904, Verlag des Tenement House Dep't. 8°. 2 Bde. VI, 426 und 480 S. Mit Illustrationen und Plänen.

Der kapitalistische Bodenwucher hat kaum in einer anderen Grossstadt zu so trostlosen Wohnverhältnissen der Masse der Bevölkerung geführt, als in New York. Um den ärgsten Missständen entgegentreten zu können, hat sich das Eingreifen der Gesetzgebung nötig erwiesen, und es wurde das Tenement House Department geschaffen, welchem sowohl die Beaufsichtigung des Baues von Zinshäusern, als die Wohnungsinspektion obliegt. Insgesamt wurden während der Berichtsperiode (1902-3) von den Inspektoren 55 055 Verstösse gegen die gesetzlichen Vorschriften angetroffen; nicht weniger als 16 768 Familien mussten aus ihren früheren Behausungen entfernt und in Wohnungen untergebracht werden, welche den sanitären Anforderungen entsprechen. Es ist wohl zu einem grossen Teil als eine Folge der Tätigkeit des Wohnungsamtes zu betrachten, dass die Sterblichkeitsrate (per 1000 der Bevölkerung) in New York von 20 im Jahre 1901 auf 18,7 in 1902 und 18 in 1903 zurückging. *Fehlinger.*

Wright, C. D.: Some Ethical Phases of the Labor Question. Boston 1903, The American Unitarian Association. 8°. 207 S.

Carrol D. Wright, der Leiter des Arbeitsamtes in Washington, predigt in allen seinen Schriften den Frieden zwischen Arbeit und Kapital. So auch in der vorliegenden. Er hofft beständig darauf, das Unternehmertum werde zu der Einsicht kommen, die Lohnarbeiter nicht nur als Werkzeuge zur Schaffung von Reichtum, sondern als gleichwertige Menschen zu betrachten, und ist überzeugt davon, dass die ›Arbeiterfrage‹ nicht früher ›gelöst‹ werden könne, als bis ›ethische Prinzipien‹ die Handlungen der Arbeiter wie der Unternehmer bestimmen. Von grösserem Wert als die einleitenden Kapitel, in welchen der Verfasser seine ethischen und soziologischen Ansichten wiedergibt, ist der zweite Teil des Buches. Hier behandelt Wright zunächst ›die Fabrik als Element in der Zivilisation‹ und veranschaulicht, wie in Amerika seit der Kolonialzeit mit der Entwickelung der Industrie ein stetiges ökonomisches, moralisches und intellektuelles Emporsteigen der Arbeiterklasse einhergegangen ist. Der Ausbau des Arbeiterschutzes findet in ihm einen eifrigen Vertreter. Im Schlusskapitel tritt Wright für Reformen der Gefängnisarbeit ein. *Fehlinger.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Die technologische Utopie des Francis Bacon.

Ein Stück aus der „Neuen Atlantis".

Zu den utopischen Gesellschaftsbildern, die an der Wende des Mittelalters und der Neuzeit verfasst wurden, gehört die *Neue Atlantis* des berühmten Vorkämpfers des englischen Empirismus und der induktiven Methode, Francis Bacon. Wann sie verfasst wurde, ist nicht bekannt. Man weiss nur, dass, als Bacon im Jahre 1626 starb, sich in seinem Nachlass u. a. ein unvollendetes, in lateinischer Sprache abgefasstes Manuskript, »*Nova Atlantis*«, betitelt, vorfand, das 1629 veröffentlicht wurde.

Unzweifelhaft ist Bacon zur Abfassung dieses Gesellschaftsgemäldes durch die hundert Jahre früher entstandene *Utopia* des Thomas More angeregt worden, der, wie Bacon selbst, Lordkanzler gewesen war. Spielt er doch an einer Stelle direkt auf sie an. Aber wie sein nicht sehr rühmliches Leben und Schicksal von dem des charaktervollen Humanisten More sich unterschied, so unterscheidet sich auch seine Idealgesellschaft von der Moreschen. Sie ermangelt aller Eigenschaften wahrer geistiger Grösse, ihr fehlt der kühne Gedankenflug der Schrift seines tapferen Vorgängers im Amt, dem sein mutiges Eintreten für das dem König verhasste Recht einer Frau den Tod auf dem Schaffot eingetragen hatte, während Bacon durch Preisgabe seines Wohltäters Essex, als dieser in Ungnade fiel, sich die Stufen zu hohen Würden freigemacht hatte. Während More in der *Utopia* mit kräftiger Satire die grausamen Bauernaustreibungen geisselt, welche die englischen Grossgrundeigentümer in ihrer Habgier verübt hatten, verlegt sich Bacon auf ein ziemlich spiessbürgerliches Moralisieren. Seine Utopie selbst aber zeugt von einem wenig vertieften Empirismus; sie skizziert eine Gesellschaft, die in ihren Grundzügen durchaus nicht anders ist, als die vor ihm liegende Gesellschaft; sie malt nur einige Verbesserungen an dieser, einige auf sie aufgepfropfte Neuerungen aus.

Trotzdem ist sie nicht durchweg uninteressant. Zieht man die Stellen ab, wo Bacon in ermüdender Breite seiner Liebe für Pomp und Schmuck Ausdruck gibt, so zeigt sie uns manches bezeichnende Kulturbild. Auch dürfen wir in Bacons starkem Sinn für Reichtum in der Ausstattung des Lebens den modern fortschrittlichen Zug nicht verkennen: weht in seinem Gesellschaftsideal bürgerlicher Geist, so ist dieser doch immerhin darin revolutionär, dass er in seiner Art die technischen Zukunftleistungen der bürgerlichen Entwickelung vorwegnimmt. In Bezug auf das Geschlechts- und Familienleben spiessbürgerlich puritanisch, ist Bacon in Bezug auf die sonstigen körperlichen und ästhetischen Genüsse durchaus Epikuräer: er schwelgt in Träumen von der Vermehrung und Verfeinerung der leiblichen Güter durch die wissenschaftliche Vervollkommnung der Technik. Diese Seite seiner Utopie ist unseres Erachtens die interessanteste. In Bezug auf das Soziale ist Bacon ledern, in Bezug auf Technik und Produktion ergeht er sich in üppigster Phantasie, wie sie später nur noch von Fournier überboten wurde. Die bedeutende Seite seines philosophischen Standpunktes: die hohe Wertung von wissenschaftlicher Beobachtung und wissenschaftlichem Experiment gegenüber der alten Begriffsmetaphysik verleugnet sich auch hier nicht:

sein für seine Zeit so bedeutender Satz: »Um die Natur zu beherrschen, müssen wir uns ihr unterwerfen«, steht auch als Motto auf dem Gipfel von »Salomons Haus«, der Heimstätte seiner Produktionsutopie. Diese letztere ist denn auch eines Platzes in den »Dokumenten des Sozialismus« nicht unwert.

* * *

Bacons »neue Atlantis«, ein Inselreich, das natürlich ein Zukunfts-England vorstellen soll, wird von seinen eigenen Bewohnern Bensalem genannt. Ozeanfahrer werden auf diese Insel verschlagen, finden nach etlichen Verhandlungen freundliche Aufnahme und werden dann von verschiedenen Bewohnern des Inselreichs in dessen Einrichtungen und Sitten eingeweiht. Ein Bensalemite in Gouverneursstellung erzählt ihnen von dem grössten König, den Bensalem je gehabt, dem 1900 Jahre vor der Zeit der Erzählung auf den Thron gelangten König Salomona, in dem die Bensalemiten ihren Gesetzgeber verehren. Dieser König, der ein weites, allem Guten zugängliches Herz hatte und ganz und gar darauf bedacht war, sein Reich und Volk glücklich zu machen — es unterliegt keinem Zweifel, dass all dies auf Bacons Gönner, Jakob I. von England, zielt — ist der Begründer von »König Salomons Haus«. Er ist es auch, der die Isolierung der Insel vom Verkehr mit der übrigen Welt vorgeschrieben hatte. Es ist nicht uninteressant, zu vernehmen, wie Bacon die Isolierung motiviert; es spricht aus der Motivierung schon ein Stück vom Geist des Merkantilsystems:

»Er (der König) hatte in Betracht gezogen, wie ausreichend versehen dieses Land ist, sich ohne alle Hilfe von Ausländern zu erhalten, da es einen Umfang von 5000 Meilen hat und sein Boden meist von seltener Fruchtbarkeit ist, da weiterhin auch die Schiffahrt dieses Landes sehr ausgebaut werden konnte, sowohl für die Fischerei als für den Frachtverkehr von Hafen zu Hafen, sowie auch für die Fahrt nach einigen kleinen Inseln, die nicht weit entfernt liegen und der Krone wie den Gesetzen dieses Landes unterstehen. Er hielt sich ferner vor Augen, in welch glücklichem und blühenden Zustand das Land war, so dass es wohl auf tausenderlei Weise zum Schlimmeren, aber kaum auf irgend eine Weise zum Besseren verändert werden könne. Und da nichts seinen edlen und heldenhaften Massnahmen mangelte, als dass dem, was in seinen Tagen so glücklich eingerichtet war, soweit menschliche Voraussicht reicht ewige Dauer gegeben ward, ordnete er, geleitet vom Zweifel an dem Wert der Neuheiten und Mischungen auf dem Gebiet der Sitten, unter anderen Grundgesetzen dieses Reiches die Verbote und Banngesetze an, die wir hinsichtlich der, damals . . . häufigen Einwanderung von Ausländern haben. Allerdings ist ein ähnliches Gesetz gegen die Zulassung von Ausländern ohne Erlaubnisschein auch ein altes und noch geltendes Gesetz im Reiche China. Aber dort ist es ein armseliges Ding und hat die Chinesen zu einem absonderlichen, unwissenden, schrecklich törichten Volk gemacht. Unser Gesetzgeber jedoch hat sein Gesetz in einem anderen Geiste abgefasst. Erstens hat er alle Rücksichten der Menschlichkeit beobachtet, indem er auf Hilfe für in Notlage befindliche Ausländer Bedacht nahm und entsprechende Vorkehrungen anordnete, die Ihr [die verschlagenen Reisenden] kennen gelernt habt. . . . Was nun unser Reisen ins Ausland betrifft, so hielt unser Gesetzgeber es für gut, es überhaupt zu verbieten. Das ist in China nicht der Fall. Denn die Chinesen segeln, wohin sie wollen oder können, was zeigt, dass ihr Gesetz gegen die Zulassung von Ausländern auf Kleinmut und Furcht beruht.

Unser Verbot hat aber nur eine einzige Ausnahme, die ganz vortrefflich ist, da sie uns das Gute, was aus dem Verkehr mit Ausländern sich ergibt, forterhält, den Schaden aber vermeidet, und ich will sie Euch jetzt entwickeln. Dabei wird es scheinen, als ob ich etwas abschweife, aber ihr werdet doch bald sehen, dass, was ich sage, zur Sache gehört. Ihr müsst wissn, lieben Freunde, dass von den ausgezeichneten Taten jenes Königs eine vor allen hervorragt. Es ist dies die Gründung und Einrichtung eines Ordens, den wir Salomons Haus nennen, die edelste Gründung, meinen wir, die es je auf Erden gegeben hat, und die Leuchte dieses Königreichs. Er ist der Erforschung der Werke und Geschöpfe Gottes gewidmet. Einige meinen, der Name seines Begründers sei in dem Titel etwas korrumpiert, so dass dieser wie Haus Salomonis klingt, aber in den Urkunden steht er so, wie er gesprochen wird. So bin ich der Meinung, dass er den König der Hebräer bezeichnen soll, der bei euch berühmt und uns nicht unbekannt ist, denn wir besitzen einige seiner Werke, die bei euch verloren gegangen sind, nämlich jene von ihm verfasste Naturgeschichte aller Pflanzen, von den Zedern des Libanon bis zu dem aus den Mauern herauswachsenden Moos, sowie aller Wesen, die Leben und Bewegung haben. Dies macht mich glauben, dass unser König, da er sah, dass er in so vielen Dingen jenem König der Hebräer glich, der viele Jahre vor ihm gelebt hatte, ihn durch den Titel seiner Gründung ehrte. Und ich werde in dieser Meinung namentlich dadurch bestärkt, dass ich diesen Orden oder diese Gesellschaft in alten Urkunden bald Salomons Haus, bald das Kolleg des Werks der sechs Tage genannt finde, was mir die Ueberzeugung verleiht, dass unser ausgezeichneter König, der von den Hebräern gelernt hatte, dass Gott die Welt und alles, was darin ist, in sechs Tagen geschaffen hat, und dieses Haus deshalb einrichtete, um die wahre Natur aller Dinge zu ermitteln, wodurch Gott grössere Ehre ob ihres kunstvollen Aufbaues und den Menschen grösserer Nutzen in ihrer Verwendung werde, ihm auch jenen zweiten Namen verliehen hat. Aber nun zu unserer vorliegenden Frage. Als der König seinem Volk die Seefahrt nach irgend einem Land, das nicht seiner Krone untersteht, verboten hatte, traf er jedoch die Bestimmung, dass alle zwölf Jahre aus diesem Reiche zwei Schiffe ausgesendet werden sollen, und dass jedem dieser Schiffe eine Mission von drei Mitgliedern oder Brüdern von Salomons Haus beigegeben werden solle, deren Auftrag es sein soll, uns Kenntnis von den Vorgängen und Zuständen in jenen Ländern zu bringen, die ihnen zugewiesen sind, insbesondere von den Wissenschaften, Künsten, Manufakturen und Erfindungen in der ganzen Welt, und uns zudem Bücher, Instrumente und Modelle aller Art zu bringen.« . . . . Soweit der Bensalemite. Ist »Salomons Haus« auf diese Weise mit Bacons Gönner, Jakob I., verbunden, so haben viele wiederum in dem Bild dieses Ordens eine Anspielung auf den Freimaurer-Orden erblickt, in dessen Symbolik König Salomon ja auch eine Rolle spielt. In seiner wissenschaftlich-utilitarischen Tendenz ist das Institut fernerhin vorbildlich für die unter Jakobs Enkel, Karl II., ins Leben gerufene Royal Society. Näheres über Wesen und Leistungen von Salomons Haus erfahren nun die Reisenden, bezw. derjenige unter ihnen, der die Reiseerfahrungen niederschreibt, von einem »Vater« aus Salomons Haus selbst, und in diesem Teil der Erzählung haben wir erst die technologische Utopie Bacons vor uns, in der Bacons Phantasie sich in Bezug auf wissenschaftliche Experimente und technologische Erfindungen und Konstruktionen ungezügelt gehen lässt, so dass allerhand kindliche Vor-

stellungen der Zeit sich mit Ableitungen aus den wissenschaftlich-technologischen Entdeckungen der Epoche seltsam mischen. Es gewährt einen eigenen Reiz, diese Träume des als Philosoph jedenfalls bedeutenden Mannes mit dem zu vergleichen, was Wissenschaft und Technik seitdem wirklich geleistet haben.

* *
*

Wir beginnen die Uebersetzung der Utopie mit dem Stück, das von der Beschreibung des »Vaters« aus Salomons Haus handelt, und worin Bacons Liebhaberei für Putz und Schmuck überall durchbricht. . . . . .

»Am nächsten Morgen kam er — ein Jude, der die Reisenden umherführt — wieder zu mir, freudig erregt, wie es schien; er sagte: »Dem Gouverneur dieser Stadt ist die Nachricht zugegangen, dass einer der Väter von Salomons Haus in siebzehn Tagen hier sein wird; wir haben seit zwölf Jahren keinen von ihnen gesehen. Er kommt in Staat, aber warum er kommt, ist Geheimnis. Ich werde Euch und Euren Kameraden einen guten Standort verschaffen, wo ihr seinen Einzug anschauen könnt.« Ich dankte ihm und sagte ihm, dass ich mich über die Neuigkeit sehr freute.

»Als der Tag gekommen war, hielt der Vater seinen Einzug. Es war ein Mann mittlerer Statur und mittleren Alters, schön von Erscheinung und sah aus, als ob er die Menschen bemitleidete. Er war in eine Robe von schönem schwarzen Tuch mit weiten Aermeln und einer Kappe gekleidet, seine Unterkleidung war bis zum Fuss herab von ausgezeichnetem weissen Linnen, mit einem Gürtel aus gleichem Stoff, und einem gleichen Umhang oder Pelerine um den Nacken. Er trug merkwürdige, mit Steinen besetzte Handschuhe und Schuhe von pfirsichfarbenem Sammet. Sein Hals war bis zu den Schultern offen. Sein Hut glich einem Helm oder spanischem Reithut (montero), und seine Locken kräuselten sich artig unter ihm, sie waren von brauner Farbe. Sein Bart war rund geschnitten und von gleicher Farbe wie das Haupthaar, nur etwas heller. Er wurde in einer reichen Halbkutsche ohne Räder, wie in einer Sänfte, getragen, mit zwei reichlich mit gesticktem blauen Sammet aufgeschirrten Pferden und zwei in gleichen Stoff gekleideten Dienern an jeder Seite. Die ganz aus Zedernholz gebaute Kutsche war vergoldet und mit Kristall ausgeschmückt; nur am Vorderende hatte sie Paneele von in goldene Umfassung gesetzten Saphiren und am Hinterende ebensolche Paneele mit perufarbenen Smaragden. Auf der Decke in der Mitte strahlte eine Sonne von Gold, und vorn an der Decke stand ein kleiner Cherub von Gold mit ausgebreiteten Flügeln. Die Kutsche war mit einem Tuch bedeckt, das gold auf blau gewirkt war. Vor ihr gingen fünfzig Begleiter, alles junge Leute, in weisse bis zum halben Schenkel reichende lose Atlasgewänder und weisse Seidenstrümpfe gekleidet. Die Schuhe von blauem Sammet und die Hüte von blauem Sammet, rund herum mit feinen Federn von verschiedener Farbe gleich Hutbändern besetzt. Unmittelbar vor der Kutsche gingen zwei barhäuptige Männer, bis zum Fuss in gegürtete Leinengewänder und Schuhe von blauem Sammet gekleidet; der eine trug einen Bischofsstab, der andere einen Priesterstab, der einem Schäferstab glich; keiner dieser Stäbe war von Metall: der Bischofsstab war von Balsamholz, der Pastorenstab von Zedernholz. Berittene hatte er weder vor noch hinter seiner Kutsche; wie es schien, sollte aller Tumult und alle Störung vermieden werden. Hinter seiner Kutsche gingen alle Beamten und Leiter der Gilden der Stadt. Er selbst sass allein, auf Kissen von ganz aus-

gezeichnetem blauen Plüsch, und unter seinen Füssen hatte er seltsame Teppiche aus Seide in allerhand Farben, sie waren persischen Teppichen ähnlich, aber viel feiner. Während der Zug ging, hielt er seine entblösste Hand erhoben, als segne er das Volk, schwieg aber dabei. Die Strasse ward bewunderungswürdig in Ordnung gehalten, nie gab es eine Armee, deren Mannschaften besser in Schlachtreihe standen, als hier das Volk. Auch an den Fenstern drängte man sich nicht, jeder stand in denselben, als hätte man ihn dort hingestellt.

»Als der Zug vorüber war, sagte der Jude zu mir: »Ich werde nicht in der Lage sein, Euch so zu dienen, wie ich wollte, da die Stadt mir gewisse Pflichten hinsichtlich des Unterhalts dieser grossen Persönlichkeit auferlegt hat.« Drei Tage darauf kam aber der Jude wieder zu mir und sagte: »Ihr seid glückliche Leute. Der Vater von Salomons Haus hat von eurem Aufenthalt hier Kenntnis genommen und gebietet mir, euch zu sagen, dass er euch allesamt vor sich lassen und mit einem von euch, den ihr auswählen sollt, eine private Unterredung haben will, und hat dafür den übermorgigen Tag bestimmt. Und da er euch zu segnen beabsichtigt, so hat er den Vormittag dafür angesetzt.« Wir kamen zu unserer Zeit und Stunde, und ich war von meinen Genossen für die Privataudienz ausersehen worden. Wir fanden ihn in einem schönen, reich tapezierten Zimmer, das mit Teppichen am Boden belegt war, aber ohne Rangabzeichen. Er sass auf einem reich verzierten niedrigen Thronsessel, ein reich gesticktes Staatstuch aus blauem Atlas über seinem Haupt. Er hatte an jeder Hand einen fein in weiss gekleideten Ehrenpagen neben sich, war aber sonst allein . . . . Als wir uns seinem Stuhl näherten, stand er auf und streckte seine Hand unbehandschuht und in der Haltung eines Segnenden aus. Ein jeder von uns kniete nieder und küsste den Saum seines Umhanges. Nachdem dies geschehen, gingen die Anderen hinaus und ich blieb zurück. Darauf schickte er die Pagen aus dem Zimmer, veranlasste mich, neben ihm Platz zu nehmen, und sprach zu mir auf spanisch, wie folgt:

»Gott segne dich, mein Sohn. Ich will dir das grösste Juwel geben, das ich habe, denn ich will dir um der Liebe zu Gott und den Menschen willen Bericht geben über die wahre Beschaffenheit von Salomons Haus. Sohn, um dich die wahre Sachlage in Bezug auf Salomons Haus kennen zu lehren, werde ich folgende Reihenfolge einhalten. Zuerst will ich dir den Zweck unserer Gründung auseinandersetzen. Dann die Vorbereitungen und Werkzeuge, die wir für unsere Arbeit haben. Drittens die verschiedenen Aemter und Verrichtungen, zu denen unsere Mitglieder abgeordnet werden. Und viertens die Regeln und Riten, die wir beobachten.

»Der Zweck unserer Gründung ist *die Erkenntnis der Ursachen und geheimen Triebfedern der Dinge, sowie die Erweiterung der Grenzen der menschlichen Macht behufs Ausführung aller möglichen Dinge.* .. ..

»Die Vorbereitungen und Werkzeuge sind die Folgenden. Wir haben weite und tiefe Keller von verschiedener Tiefe. Die tiefsten sind 600 Klafter tief. Einige sind unter grossen Hügeln und Bergen angelegt und gegraben, so dass, wenn du die Tiefe des Hügels und die Tiefe des Kellers zusammenrechnest, einige von ihnen über drei Meilen tief liegen. Denn wir finden, dass die Tiefe eines Hügels und die Tiefe einer Höhle von der Oberfläche des flachen Landes ab das gleiche Ding sind: beide sind gleich weit von den Strahlen der Sonne und des Himmels, sowie der freien Luft entfernt. Diese Höhlenkeller nennen wir die untere Region. Und wir benutzen sie für allerhand Gerinnenlassen, Verhärten, Ab-

kühlen und Aufbewahren der Körper. Wir benutzen sie desgleichen für die Nachahmung natürlicher Bergwerke und die Produktion von neuen künstlichen Metallen vermittels Mischungen und Stoffen, die wir dort verwenden und viele Jahre lang lagern. Wir verwenden sie auch zuweilen, — was seltsam erscheinen mag — für die Heilung gewisser Krankheiten und die Verlängerung des Lebens mancher Einsiedler, die dort zu leben sich entschliessen — wohl ausgestattet mit allem Notwendigen, und in der Tat sehr lange leben; wir lernen von ihnen auch mancherlei.

»Wir haben Grüfte in verschiedenen Erdsorten, die wir verschiedenartig verkitten, wie es die Chinesen mit ihrem Porzellan machen. Aber wir haben sie in grösserer Mannigfaltigkeit und auch einige von feinerer Art. Wir haben auch eine grosse Mannigfaltigkeit von Dünger- und Humussorten, den Boden fruchtbar zu machen.

»Wir haben hohe Türme, wovon der höchste eine halbe [englische] Meile hoch ist, und einige davon sind ebenfalls auf hohen Bergen errichtet, so dass bei den höchsten die Erhebung von Berg und Turm zusammen sich auf mindestens drei Meilen beläuft. Und diese Plätze nennen wir die obere Region und rechnen die Luft zwischen den oberen und niederen Orten als die mittlere Region. Wir verwenden diese Türme nach Massgabe ihrer verschiedenartigen Höhe und Lage für Isolierung, Abkühlung, Konservierung und für die Betrachtung der verschiedenen Wettererscheinungen — als da sind Winde, Regen, Schnee, Hagel, sowie auch einige der feurigen Meteore. Und an einigen Orten sind auf ihnen Wohnungen von Eremiten, die wir von Zeit zu Zeit besuchen und ihnen sagen, was sie beobachten sollen.

»Wir haben grosse Seen, sowohl von Meerwasser wie von Süsswasser, deren wir uns für Fische und Geflügel bedienen. Wir brauchen sie auch für die Bestattung gewisser natürlicher Körper; denn wir finden, dass es einen Unterschied macht, ob man Dinge in der Erde, in der Luft oberhalb der Erde oder im Wasser bestattet. Wir haben auch Teiche, von denen einige Süsswasser aus Salz [-wasser] herausziehen, und andere Süsswasser auf künstliche Weise in Salz [-wasser] verwandeln. Wir haben auch Felsen inmitten der See und Buchten am Ufer für gewisse Werke, bei denen die Luft und die Ausdünstungen der See gebraucht werden. Wir haben desgleichen reissende Ströme und Wasserfälle, die uns für viele Bewegungszwecke dienen, und desgleichen Maschinen für die Vervielfältigung und Verstärkung der Winde, um ebenfalls Bewegungen in Gang zu bringen.

»Wir haben auch eine Zahl künstlicher Brunnen und Quellen, die in Nachahmung natürlicher Quellen und Bäder erstellt worden sind, durch Versetzung mit Vitriol, Schwefel, Stahl, Bronze, Blei, Salpeter und anderen Mineralien; ferner haben wir kleine Brunnen für die Beimischung mancher Dinge, wo das Wasser die Eigenschaften schneller annimmt, als in Gefässen oder Becken. Und unter ihnen haben wir ein Wasser, das wir Paradieswasser nennen, weil wir es für sehr wirksam für die Gesundheit und Verlängerung des Lebens halten.

»Wir haben auch grosse und geräumige Häuser, in denen wir Meteore — wie Schnee, Hagel, Regen, gewisse künstliche Regen von Körpern und nicht von Wasser, Donner, Blitze, sowie die Erzeugung von Körpern in der Luft, wie Frösche, Fliegen und verschiedenes andere nachahmen.

»Wir haben auch gewisse Zimmer, die wir Gesundheitszimmer nennen, wo wir die Luft so qualifizieren, wie wir sie für gut und geeignet für die Kur gewisser Krankheiten und die Erhaltung der Gesundheit erachten.

»Wir haben auch schöne und geräumige Bäder aus verschiedenen Mischungen für die Kur von Krankheiten und die Wiederherstellung des menschlichen Körpers von Vertrocknung, sowie andere für seine Stärkung in Bezug auf die Kraft seinen Sehnen, der vitalen Teile, des eigentlichen Saftes und der Substanz des Leibes.

»Wir haben auch grosse und verschiedenartige Gärten und Obstgärten, worin wir nicht so sehr auf Schönheit als auf Mannigfaltigkeit des Bodens und Humus sehen, wie er für die verschiedenen Bäume und Kräuter geeignet ist. Einige davon sind sehr gross und mit Bäumen und Beeren bepflanzt, aus denen wir, von den Weingärten ganz abgesehen, allerhand Getränke machen. In diesen Gärten praktizieren wir gleichfalls alle Arten von Aufpfropfen und Verbindungen, sowohl von wilden Bäumen wie von Fruchtbäumen, wodurch Resultate aller Art erzielt werden. Wir bringen in diesen Gärten und Obstgärten auf künstliche Weise Bäume und Blumen dahin, früher oder später als ihre natürliche Saison ist, herauszukommen und schneller Frucht zu tragen, als sie es im natürlichen Verlauf tun. Wir machen sie auch durch Kunst viel grösser, als sie von Natur sind, sowie ihre Früchte grösser und süsser, und von ganz anderem Geschmack, Geruch, Farbe und Form, als sie sie in der Natur haben. Und viele von ihnen ziehen wir so, dass sie für die Medizin gebraucht werden können.

»Wir haben auch Mittel, verschiedene Pflanzen durch Mischung von Erden ohne Saat ins Leben zu rufen, und ebenso allerhand neue Pflanzen zu erzeugen, die von den gewöhnlichen abweichen, sowie jedweden Baum oder Pflanze dahin zu bringen, dass sie zu anderen werden.

»Wir haben auch Parks und allerhand Einhegungen von wilden Tieren und Vögeln, die wir aber nicht nur zum Anschauen oder wegen ihrer Seltenheit benutzen, sondern auch für Sezierungen und Experimente, auf dass dadurch erhellen möge, was am Körper des Menschen getan werden kann. Wobei wir auf manche seltsame Ergebnisse stossen, wie z. B. das Leben in ihnen zu erhalten, obwohl verschiedene Teile, die ihr für vital haltet, umgekommen und entfernt sind, einige, die tot schienen, wieder zu beleben, und dergleichen mehr. Wir versuchen auch alle Gifte und andere Medizinen an ihnen, sowohl was Chirurgie als innere Behandlung anbetrifft. Wir machen sie ferner künstlich grösser oder kleiner als ihre Art ist, und verzwergen sie und halten ihr Wachstum auf. Wir machen sie fruchtbarer und bringen sie dahin, mehr zu tragen, als in ihrer Art liegt, und machen sie umgekehrt unfruchtbar und fortpflanzungsunfähig. Auch machen wir sie auf allerhand Art in Farbe, Form und Betätigung variieren. Wir finden Mittel aus, Mischungen und Verbindungen verschiedener Art zu erwirken, die manche neue Gattung ins Leben gerufen haben, und diese Gattungen sind nicht, wie die allgemeine Ansicht ist, unfruchtbar. Aus der Zersetzung erzeugen wir allerhand Schlangen, Würmer, Fliegen, Fische, von denen einige tatsächlich so weit vorgeschritten sind, dass sie vollkommene Kreaturen, wie Tiere und Vögel, sind, Geschlechter haben und sich fortpflanzen. Auch verlassen wir uns dabei nicht auf den Zufall, sondern wissen im Voraus, aus welchen Stoffen und Mischungsarten die betreffenden Arten dieser Geschöpfe hervorgehen werden.

»Wir haben auch besondere Teiche, wo wir Versuche an Fischen machen, wie sie vorher in Bezug auf Tiere und Vögel beschrieben wurden.

»Wir haben auch Plätze für die Aufzucht und Erzeugung derjenigen Arten von Würmern und Fliegen, die von besonderem Nutzen sind, wie bei euch Seidenwürmer und Bienen.

»Ich will dich nicht lange mit der Aufzählung unserer Brauhäuser, Backhäuser und Küchen aufhalten, wo allerhand seltene und besondere Wirkungen hervorrufende Getränke, Brotarten und Gerichte hergestellt werden. Wir haben Weine aus Trauben und Getränke aus anderen Säften: von Früchten, Körnern, Wurzeln, und aus Mischungen mit Honig, Zucker, Manna, sowie getrockneten Früchten und dem Absud von solchen; ferner aus den Zähren oder Wunden von Bäumen und dem Mark von Rohren. Und diese Getränke sind verschiedenen Alters, einige davon bis zu vierzig Jahren alt oder gelagert. Wir haben auch aus allerhand Kräutern, Wurzeln und Gewürzen gebraute Getränke, ja, welche aus verschiedenen Fleischsorten und Geflügelfleisch, so dass sie Fleisch und Getränk zugleich sind und manche Leute, namentlich solche in vorgerücktem Alter, von ihnen zu leben wünschen und daneben nur wenig oder kein Fleisch und Brot geniessen. Und vor allem suchen wir Getränke zu haben, die so dünnflüssig sind, dass sie ohne das geringste Beissen, Jucken oder Fressen in den Körper eindringen, so dass einige davon, wenn man etwas von ihnen auf den Rücken der Hand giesst, nach kurzer Dauer aus der Innenfläche wieder herauskommen und doch im Mund mild schmecken. Wir haben auch Wassersorten, die wir auf solche Art reifen lassen, dass sie nahrhaft werden, so dass sie wirklich ausgezeichnete Getränke sind, und viele Leute keine anderen geniessen wollen. Brote haben wir aus verschiedenen Sorten von Körnern, Wurzeln und Kernen, ja, und auch einige aus Fleisch und getrocknetem Fisch mit verschiedenen Arten von Hefen und Würzen, so dass einige davon den Appetit ungemein anregen und andere so nahrhaft sind, dass manche ohne jedes andere Fleisch von ihnen leben und ein sehr hohes Alter erreichen. Was die Fleische anbetrifft, so haben wir einige so geklopft und zerschlagen, ohne sie jedoch zu verderben, dass eine schwache Magenwärme sie in einen ebenso guten Verdauungsbrei (»chilus«) verwandeln will, wie starke Wärme anders zubereitetes Fleisch verwandeln würde. Wir haben auch etliche Fleische und Brote, sowie Getränke, die, wenn sie von Menschen genossen werden, sie befähigen, lange nachher zu fasten, und andere, deren Genuss das Fleisch der Menschen selbst merkbar härter und zäher und ihre Kraft bedeutend stärker macht, als sie sonst sein würde.

»Wir haben Apotheken oder Medizinläden, worin, wie ihr euch leicht denken könnt, da wir eine so viel grössere Mannigfaltigkeit von Pflanzen und Tieren haben als ihr in Europa (denn wir wissen, was ihr habt), die leichten und starken Medizinen und die Medizinbestandteile in entsprechend grösserer Mannigfaltigkeit vorhanden sind. Wir haben desgleichen Medizinen verschiedenen Alters und verschiedenen Gährungsgrades. Und zum Zweck ihrer Zubereitung haben wir nicht nur alle Arten vorzüglicher Destillationen und Scheidemittel — insbesondere durch Anwendung langsamer Erwärmung und Durchschlagung durch allerhand Siebe und sogar Substanzen, sondern auch genaue Formen für Mischungen, vermöge deren die Stoffe so ineinander aufgehen, als seien sie auf ganz natürliche Weise hergestellte einfache Mittel.

»Wir haben auch verschiedene mechanische Künste, die ihr nicht habt, und vermöge ihrer hergestellte Stoffe, wie Papiere, Leinensorten, Seiden, Gewebe, zierliche Federarbeiten von wundervollem Glanz, ausgezeichnete Farbstoffe und sonstiges mehr, und Läden sowohl für solche [Waren dieser Art], die bei uns nicht in den gewöhnlichen Gebrauch gebracht werden, als auch für solche, von denen dies zutrifft. Denn du musst hinsichtlich der hier aufgezählten Dinge wissen, dass viele davon im ganzen Reiche in Gebrauch gebracht werden, manche aber, sofern

sie aus unseren Erfindungen hervorgegangen sind, auch als Modelle und Urstoffe dienen.

»Wir haben auch Hochöfen verschiedenster Natur, die sehr verschiedene Hitze entfalten, heftige und schnelle, starke und andauernde, sanfte und milde, durch Blasewerk getriebene, ruhige, trockene, feuchte und so weiter. Aber vor allem haben wir Hitzen, die denen der Sonne und der Himmelskörper nachgebildet sind und allerhand Ungleichheiten durchmachen, als ob sie Bahnen beschrieben, Ab- und Zunahme unterworfen wären und Wechsel der Jahreszeiten durchmachten, wodurch wir wunderbare Wirkungen erzielen. Ausserdem haben wir Hitzen von Dungarten, von Bäuchen und Mägen lebender Geschöpfe, Hitzen ihres Blutes und ihrer Körper, von ungelöschtem Kalk und dergleichen. Auch Werkzeuge, die durch blosse Bewegung Hitze erzeugen. Weiter Plätze für strenge Isolierung, sowie Plätze unter der Erde, die auf natürlichem oder künstlichem Wege Hitze hervorbringen. Diese verschiedenen Hitzearten verwenden wir, wie es die Natur der Operationen erfordert, die wir im Auge haben.

»Wir haben auch Perspektivitäts-Häuser, worin wir Demonstrationen von Lichtarten, Strahlungen und Farben aller Art machen; von farblosen und durchsichtigen Gegenständen können wir euch alle die verschiedenen Farben darstellen, nicht in Regenbogenart, wie in Diamanten und Prismen, sondern einfache Farben für sich. Wir stellen auch allerhand Vervielfältigungen [Verstärkungen] des Lichts her, das wir auf grosse Entfernungen leuchten und so scharf machen, dass man kleine Punkte und Linien unterscheiden kann; desgleichen alle Färbungen des Lichts, alle Täuschungen und Vorspiegelungen des Gesichts in Gestalt von Figuren, Grössen, Bewegungen, Farben, alle Schatten-Demonstrationen. Wir finden auch verschiedene, euch noch unbekannte Mittel, Licht aus verschiedenen Körpern urwüchsig zu erzeugen. Wir stellen Mittel her, weit entfernte Dinge, wie Gegenstände am Himmel oder an entfernten Orten zu sehen; wir zeigen Dinge, die nahe sind, als weit entfernt, und weit entfernte als nahe, wir machen fingierte Entfernungen. Wir haben auch Hilfsmittel für das Gesicht, die den gewöhnlich gebrauchten Brillen und Gläsern weit überlegen sind; wir haben Gläser und Mittel, kleine und winzige Körper klar und deutlich zu sehen, wie die Formen und Farben kleiner Fliegen, Würmer und Körner, sowie Risse in Diamanten, die sonst nicht gesehen werden könnten, und Beobachtungen im Blut und im Wein, die sonst ebenfalls unsichtbar wären. Wir machen künstliche Regenbogen, Lichtringe und Kreise um Licht. Wir stellen auch alle Arten von Reflexen, Brechungen und Vervielfältigungen sichtbarer Strahlen der Gegenstände her.

»Wir haben auch kostbare Steine aller Art, von denen viele von grosser Schönheit und euch unbekannt sind, ebenso Kristalle und Gläser verschiedener Art; darunter verschiedene Verglasungen von Metallen und anderen Stoffen, ganz abgesehen von denen, aus welchen ihr Glas macht. Auch eine Anzahl von Versteinerungen und Halbmetallen, die ihr nicht habt. Desgleichen Magnetsteine mit wunderbaren Eigenschaften, sowie andere seltene, natürliche und künstliche Steine.

»Wir haben auch Ton-Häuser, in denen wir alle Töne und ihre Erzeugung ausführen und demonstrieren. Wir haben Harmonien von Viertelstönen und kleineren Tongraden, die ihr nicht habt. Desgleichen verschiedene, euch unbekannte Musikinstrumente, davon einige lieblicher als irgend etwas, was ihr habt, mit Glocken und Ringen, die einladend und lieblich sind. Wir lassen leise Töne als laut und tief erscheinen

und ebenso laute Töne als schwach und scharf, wir stellen allerhand Zittern und Schmettern von Tönen her, die von Hause aus einfach sind. Wir produzieren und imitieren alle artikulierten Töne und Laute, die Stimmen und Noten von Tieren und Vögeln. Wir haben gewisse Hilfsmittel, die, wenn sie ans Ohr gesetzt werden, das Gehör sehr verstärken, wir haben auch verschiedene eigenartige und künstliche Echos, welche die Stimme vielfach zurückgeben, als ob sie sie hin- und herwürfen; welche davon geben die Stimme lauter, andere schriller und wieder andere tiefer wieder, als sie sie empfangen; ja, einige geben die Stimme mit anderen Lauten und artikulierten Tönen wieder, als sie sie empfangen. Wir haben alle möglichen Mittel, Töne in allerhand Röhren in seltsamen Linien und Entfernungen zu verbreiten.

»Wir haben ferner Parfum-Häuser, mit denen wir auch Geschmacksarbeiten verbinden. Wir vervielfältigen Gerüche, die seltsam erscheinen mögen; wir machen Gerüche nach, machen alle Gerüche aus anderen Mischungen aufsteigen, als aus denen, von welchen sie sonst erzeugt werden. Wir machen ebenso Nachahmungen von Geschmacken, so dass sie jedermanns Gaumen täuschen. Und in diesem Hause haben wir auch ein Konfitürenhaus, wo wir alle Arten von flüssigen und trockenen Süssigkeiten, sowie allerhand wohlschmeckende Weine, Milcharten, Brühen und Salate in viel grösserer Mannigfaltigkeit anfertigen, als ihr sie habt.

»Wir haben ferner Maschinenhäuser, worin Maschinen und Werkzeuge für alle Arten Bewegungen angefertigt werden. Dort bringen wir in Experiment und Praxis schnellere Bewegungen hervor, als ihr deren mit euren Musketen oder sonst welchen Maschinen nur habt. Und wir erzeugen und vervielfältigen sie leichter und mit geringerem Kraftaufwand mittels Räderwerk und anderen Mitteln, und machen sie stärker und wuchtiger als die eueren, so dass sie euere grössten Kanonen und Basilisken übertreffen. Wir stellen auch Artilleriewerk, Kriegsinstrumente und Maschinen aller Art her, sowie neue Mischungen und Kompositionen von Schiesspulver, Lauffeuer, das im Wasser brennt und nicht zu ersticken ist, ebenso Feuerwerke aller Art, sowohl zur Unterhaltung wie zum praktischen Gebrauch. Wir imitieren auch den Flug von Vögeln, wir können bis zu einem gewissen Grad in der Luft fliegen. Wir haben Schiffe und Boote, um unter Wasser zu fahren und die See zu ertragen, sowie Schwimmgürtel und Stützen. Wir haben verschiedene interessante Uhren und ähnliche Umdrehungsmotoren und etliche Perpetuum mobile. Wir machen auch die Bewegungen lebender Wesen an Nachbildungen von Menschen, Tieren, Vögeln, Fischen und Schlangen nach; wir haben auch eine grosse Zahl von allerhand anderen Bewegungsapparaten, die sich durch Gleichmässigkeit, Feinheit und Genauigkeit auszeichnen.

»Wir haben ferner ein Mathematik-Haus, worin alle Arten ausgezeichnet gearbeiteter geometrischer wie astronomischer Instrumente vertreten sind.

»Wir haben weiterhin auch Häuser für die Täuschung der Sinne, worin wir alle Arten Jongleurstücke, falsche Erscheinungen, Vortäuschungen und Selbsttäuschungen, sowie den ihnen zu Grunde liegenden Trug vorführen. Und sicherlich wirst du leicht glauben, dass wir, die wir so viele Dinge haben, die obwohl natürlich, doch Bewunderung hervorrufen, in einer Welt von Einzelnen die Sinne täuschen könnten, wenn wir jene Dinge verkleiden und darauf hinarbeiten wollten, sie wunderbar erscheinen zu lassen. Aber wir hassen alle Täuschungen und Lügen so sehr, dass wir all unseren Mitgliedern bei Strafe von Schanden und Bussen streng verboten haben, irgend ein natürliches Werk mit

Ausschmückungen und Bombast vorzuführen, sondern lediglich in seiner Reinheit und ohne alles Getue.

»Dies sind, mein Sohn, die Reichtümer von Salomons Haus.

»Was die verschiedenen Aemter und Berufe unserer Mitglieder sind, so haben wir zwölf, die unter dem Namen von anderen Nationen — denn den unseren verheimlichen wir — in fremde Länder segeln und uns Bücher, Auszüge und Modelle von Experimenten von überall her bringen. Diese nennen wir Kaufleute des Lichts (»merchants of light«).

»Wir haben drei, welche die in den Büchern stehenden Experimente zusammenstellen. Diese nennen wir Depräparatoren.

»Wir haben drei, welche die Versuche in allen mechanischen Künsten und auch in freien Wissenschaften, sowie in Verrichtungen, die nicht zu Künsten ausgebildet sind, zusammenstellen. Diese nennen wir Fachkünstler (mystery-men).

»Wir haben drei, die neue Experimente versuchen, wie sie sie selbst für gut halten. Diese nennen wir Pioniere und Minirer.

»Wir haben drei, welche die Experimente der vier vorerwähnten [Kategorien] in Kapitel und Tabellen niederschreiben, um es leichter möglich zu machen, Beobachtungen und Axiome aus ihnen abzuleiten. Diese nennen wir Kompilatoren. Wir haben drei, welche die Experimente ihrer Genossen mühsam untersuchen und darüber nachsinnen, wie aus ihnen Gegenstände von Nutzen und Verwendbarkeit für der Menschen Leben und Wissen, sowohl für Arbeiten, als auch für die einfache Erklärung von Ursachen, in Gestalt von Mitteln natürlichen Erratens, sowie leichter und klarer Entdeckung der Eigenschaften und Bestandteile der Körper zu entnehmen sind. Diese nennen wir Gaben-Männer oder Wohltäter.

»Wenn dann verschiedene Versammlungen von uns allen stattgefunden haben, um die vorerwähnten Arbeiten und Sammlungen zu betrachten, so haben wir drei, die sich mühen, aus ihnen neue Experimente anzuregen, von höherem Licht und stärkerem Eindringen in die Natur als die vorhergehenden. Diese nennen wir Leuchten.

»Wir haben drei andere, welche die so angeregten Experimente ausführen und darüber berichten. Diese nennen wir Inokulierer.

»Schliesslich haben wir drei, welche die vorhergehenden, auf Grund von Experimenten gemachten Entdeckungen in grössere Beobachtungen, Axiome und Lehrsprüche erheben. Diese nennen wir Interpreten der Natur.*)

»Wir haben ferner, wie du dir denken kannst, Anfänger und Lehrlinge, damit es für die vorerwähnten Aemter nicht an Nachfolge fehlt, neben einer grossen Zahl von männlichen und weiblichen Dienern und Gehilfen. Und ferner haben wir folgendes: Wir haben Beratungen darüber, welche von den Erfindungen und Erfahrungen, die wir ermittelt haben, veröffentlicht werden sollen und welche nicht; und wir alle leisten einen Eid der Verschwiegenheit behufs Geheimhaltung derjenigen, von denen wir es für nötig halten, dass sie geheim bleiben, wenn wir auch einige von diesen manchmal dem Staat enthüllen und andere nicht.

»Für unsere Regeln und Riten haben wir zwei sehr lange und schöne Galerien. In die Eine von diesen stellen wir allerhand Modelle und Proben der selteneren und ausgezeichneteren Entdeckungen auf, in die Andere die Statuen aller Hauptentdecker. Wir haben dort die Statue eures Kolumbus, der Westindien entdeckt hat, sowie des Erfinders der

*) In dieser Hierarchie der »Väter« wird Bacons induktive Methode greifbar veranschaulicht.

Schiffe; euren Mönch, der Geschütze und Schiesspulver erfand; den Erfinder der Musik; der Erfinder der Buchstaben; der Erfinder des Buchdrucks; den Erfinder der astronomischen Beobachtungen; den Erfinder der Bearbeitung der Metalle; den Erfinder des Glases; den Erfinder der Seide vom Seidenwurm; den Erfinder des Weins; der Erfinder von Korn und Brot; den Erfinder des Zuckers — und alle diese auf Grund sichererer Ueberlieferung als die, welche ihr habt. Ausserdem haben wir selbst verschiedene Erfinder ausgezeichneter Werke, die zu beschreiben zu viel Zeit nehmen würde, da du sie nicht gesehen hast, und deren Beschreibung du leicht missverstehen könntest. Denn für jede Erfindung von Wert errichten wir dem Erfinder ein Denkmal und geben ihm eine reichliche und ehrenvolle Belohnung. Von diesen Statuen sind einige von Bronze, einige von Marmor und Probierstein, einige von vergoldetem und verziertem Zedernholz und anderen ausgesuchten Hölzern, etliche von Eisen, etliche von Silber und etliche von Gold.

»Wir haben gewisse Hymnen und Litaneien zum Lobe und Dank an Gott für seine wunderbaren Werke, die wir täglich aufsagen. Und ferner Gebete, die seine Hilfe und seinen Segen für die Erleuchtung unserer Arbeiten und dafür, dass sie zu guten und frommen Werken werden, erbitten.

»Schliesslich halten wir Rundreisen oder Besuche der verschiedenen Hauptstädte dieses Königreiches ab, wo wir je nachdem diejenigen neuen nutzbaren Erfindungen veröffentlichen, von denen wir dies für gut halten. Und ferner erklären wir die natürliche Vorhererkenntnis von Krankheiten, Plagen, Schwärmen schädlicher Kreaturen, Hungersnöten, Stürmen, Ueberschwemmungen, Kometen, Jahrestemperaturen und verschiedenen anderen Dingen, und wir geben darauf bezüglichen Rat, was das Volk in dieser Hinsicht für Vorbeuge und Abhilfe tun soll.«

Und als er dies gesagt hatte, stand er auf, während ich, wie mir dies gelehrt worden, niederkniete. Und er legte seine rechte Hand auf meinen Kopf und sagte: »Gott segne dich, mein Sohn, und Gott segne diese Mitteilung, die ich gemacht habe. Ich gebe dir die Erlaubnis, sie zum Nutzen anderer Nationen zu veröffentlichen; denn wir sind hier in Gottes Schooss, ein unbekanntes Land.«

Damit verliess er mich, nachdem er einen Wert von ungefähr 2000 Dukaten als eine Gabe für mich und meine Genossen angewiesen hatte. Denn wohin sie kommen, geben sie bei allen Gelegenheiten grosse Geschenke.«

Ein programmatischer Brief von Rodbertus an Rudolph Meyer.

Die Sammlung von Briefen und Aufsätzen von Rodbertus, die Rudolph Meyer 1880 unter dem Titel »Briefe und sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow« erscheinen liess, ist seinerzeit — es war die Zeit des Sozialistengesetzes — fast unbeachtet geblieben und heute aus dem Buchhandel so gut wie verschwunden. Und doch lohnen die Briefe, gelesen zu werden. Sie erst lehren uns den ganzen Rodbertus kennen, sie enthüllen manche in seinen anderen Schriften nur andeutungsweise ausgedrückte Gedanken in ihrer vollen Konsequenz, geben zu vielen, mehr abstrakten Darlegungen den ins Konkrete gehenden Kommentar und enthalten sehr lesenswerte, sich fast zu Abhandlungen ausspinnende ökonomische und sozialpolitische Auseinandersetzungen. Wir nehmen daher heute einen Brief aus dieser

Sammlung, der uns besonders für den Politiker Rodbertus charakteristisch erscheint, um ihn einem weiteren Leserkreis zugängig zu machen, in unsere Zeitschrift hinüber.

Bemerkt sei hierbei, dass als der Briefwechsel sich abspielte, Rudolph Meyer Redakteur der sozialkonservativen »Berliner Revue« und Vertrauensmann des bekannten konservativen Politikers Geh. Rat Hermann Wagener war.

* * *

Verehrter Herr!

Jagetzow, 15. Dezember 1872.

Nicht in der Vorrede zum 2. Teil meines Rentenprinzips, sondern in Anmerkung 5 desselben Teils begründe ich meine Ansicht über Dividende, Unternehmungsgewinn u. s. w. Ueber Ursprung und Begriff des Unternehmungsgewinns gehen wir eben weit auseinander und werden uns wohl auch nicht vereinigen, da Sie wahrscheinlich dieselbe feste Ueberzeugung von der Richtigkeit Ihrer Ansicht haben, als ich von der meinigen.

Ich leite den Unternehmungsgewinn so gut aus dem Besitz ab wie den Zins und lasse beide nur Zweige des einen Kapitalgewinns oder der einen Kapitalrente sein, die beide begreift. Ist das Kapital nicht geborgt, so fallen beide in demselben Betrieb bei derselben Persönlichkeit zusammen; ist es zum Betriebe geborgt, so muss der Unternehmer die Hälfte dem Kapitalbesitzer als Zins abtreten. Die andere Hälfte behält er als »profit«, wie Engländer und Franzose von jeher gesagt haben, oder als »Unternehmungsgewinn«, wie schon seit meinem Grossvater, dem Physiokraten Schlettwein, und seit der A. Smithschen Uebersetzung von Garve eingebürgerter wissenschaftlicher Sprachgebrauch ist. Risiko und alles, was unter den üblichen Sinn »Lohn« fallen könnte, z. B. Direktorialgehalt, haben ausserdem noch ihr Konto und gehören nicht in den Unternehmungsgewinn. Diese Begriffsbestimmung und Terminologie gilt seit A. Smith. Ihr bleibe ich treu, weil ich mich von ihrer Richtigkeit glaube überzeugt halten zu dürfen; ich habe sie auch noch in meinem 3. sozialen Brief so gut wie mir möglich war zu beweisen gesucht, namentlich »dass Unternehmungsgewinn auch nur Besitzrente« ist, wie auch Dühring in seinem »Cursus« will, der, beiläufig gesagt, meine ganze, von mir zuerst in meinem 3. Brief aufgestellte, auf den Besitz gegründete Rententheorie adoptiert, ohne mich ein einziges Mal zu nennen. Ich werde mir aber nächstens die Priorität vindizieren.

Und wissen Sie nun, von wem zuerst der Begriff »Unternehmungslohn« herrührt? Von keinem Geringeren, als Ihrem Freunde — Schulze-Delitzsch. Lassalle hatte irgendwo von Unternehmungsgewinn gesprochen, und S.D. verstieg sich in einer öffentlichen, später gedruckten Rede zu der kolossalen Ignoranz, »ein solches Ding gäbe es in der ganzen Wissenschaft nicht«, während einem dies Wort in jedem Lehrbuch um die Ohren schwirrt, und, wie gesagt, seit A. Smith. Und dann fing S.D. an, wie er den Zins als Sparerlohn zu begründen trachtete, den Unternehmungsgewinn als Unternehmungslohn für Mühe, Aufsicht, genug, lauter reines moralisches Treiben abzuleiten. So war natürlich die auf das Kapital fallende Besitzrente in ihren beiden Zweigen kanonisiert. — In seinem Bastiat-Schulze hat Lassalle ihn dann scharf genug dafür vorgenommen. Heute dürften noch M. Wirth, M. Hirsch und Komp. den Unternehmerlohn vertreten. Aber wie kommt R. Meyer unter die Schulzianer?

An demjenigen Teil der Aktienrente, die den laufenden Zinsfuss übersteigt, sieht man, wie mir scheint und auch Lassalle schien, recht

deutlich, dass von einem Lohn beim Unternehmer nicht die Rede sein kann; denn die Aktionäre tun doch wahrlich keine Arbeit dafür und für Risiko ist auch nichts mehr darin. Es ist in der Tat Unternehmungsgewinn, der in der Betriebsform der Aktienunternehmung, dem Kapitalbesitzer, (der, wenn er sein Kapital an einen Einzelunternehmer ausgeliehen hätte, nur den laufenden Zins bekommen hätte) auch noch zufliesst, und zwar in derselben Bequemlichkeit, wie der Zins es getan hätte, weshalb auch die Aktienunternehmung für unsere Kapitalisten so reell einladend und vorauszusehen ist, dass sich die Aktienform immer mehr des Industriegebietes bemächtigen wird. Der sog. Gründungsschwindel ist bloss Schaum resp. Abschaum von dem rellen Geschäft. Unser deutsches Handelsgesetzbuch hat manches zu der Verwirrung der Begriffe beigetragen, indem es die ganze Aktienrente Dividende nennt. Es wäre besser gewesen, Dividende für den Teil dieser Rente zu reservieren, der den laufenden Zins überschiesst. Aber national-ökonomische Sprach- und Begriffsverwirrung gehört ja zum Zeitalter der sozialen Frage, wie es denn auch ein seltsames Zeichen ihrer Zeit war, dass sich die Eisenacher Nationalökonomen einen Juristen zu ihrem Präsidenten wählten. Wird je die Juristenversammlung analog verfahren und etwa einen Theologen zu ihrem Präsidenten wählen? Warum nicht? Weil die Rechtswissenschaft in allen ihren Terminis technicis scharf ausgeprägt ist. Das berühmteste Volk in der Geschichte hat neben der Kleinigkeit der Welteroberung auch hierauf sein Leben verwandt. — Und was ich hiermit sagen will? Dass auch in der sozialen Frage nicht eher Licht werden wird, als bis in der N.-Oekonomie alle Termini technici scharf ausgeprägt sind. Vielleicht ist das deutsche Volk berufen, es in dieser Wissenschaft, neben einer zweiten Welteroberung (modernen Stils), so weit zu bringen.

Aber Sie müssen mir nicht wieder böse werden, dass ich mit solchem Freimut, wie eben geschehen, für meine eigene Begriffsverwirrung*) eintrete. Ich wollte deshalb zuerst gar nicht mehr auf diesen Streit eingehen, aber es packte mich doch wieder, Sie auf dieses Ihr Stück Seelenverwandtschaft mit S.D. aufmerksam zu machen.

Auch sonst noch müssen Sie unzufrieden mit mir gewesen sein, denn Sie empfehlen mir, »ein mildes Urteil mir zu bewahren«. Auch darin soll keine Dunkelheit zwischen uns bestehen. Ich nehme also Rat, Belehrung, Ermahnung, Warnung immer dankbar an. Aber daneben muss ich Ihnen die Richtschnur mitteilen, nach der ich immer in der Beurteilung von Personen und Sachen verfahre und von der ich auch in meinem Alter nicht mehr abgehe. — Ueber Personen habe ich es mir zur Pflicht gemacht, immer milde zu urteilen, wenn dies auch nicht immer praktisch ist, denn ich bin über diese Regel im Leben nur zu oft angeführt worden. Gegen Sachen nehme ich keine solche Rücksicht. Diese beurteile ich weder milde noch streng, sondern suche sie objektiv zu beurteilen, — natürlich nach Kräften, (denn ich bin auch ein Vogel, der nicht über sich fortfliegen kann) und immer unter dem von selbst sich verstehenden Vorbehalt eines Irrtums, und zwar dieses kraft meines Menschenrechts, das ich mir in vollem Maasse vindiziere und natürlich auch in eben so grossem Maasse bei anderen anerkenne,

Also Sachen suche ich immer beim rechten Namen zu nennen. Nach dieser mir zur Regel genommenen Richtschnur nenne ich nun also

*) Hier muss es offenbar Begriffsbestimmung heissen. Red. d. Dok.

— um an den konkreten Fall anzuknüpfen, der Sie vielleicht bewegen konnte, mir jene Ermahnung zu teil werden zu lassen — »soziale Reaktion« (objektiv, den Gegenstand verstanden), unter anderen auch die blossen historischen Luftspiegelungen, Nebelbilder, optische Täuschungen, die man gewöhnlich als »Innungen der Zukunft« oder, wie Sie wollen, »Innungen des Dampfes« bezeichnet; weiter z. B. die »strenge Sonntagsfeier«, die plötzlich ein Stück sozialer Frage sein soll, d. h. die, nachdem sie als kirchenpolizeiliche Maassregel durch das wirtschaftliche Argument Napoleons I. »da der Mensch Sonntags essen will, muss er auch Sonntags arbeiten dürfen«, beseitigt worden, heute gerade als nationalökonomische Maassregel ins Leben treten soll. — Es ist das, wie gesagt, nach dem Maass meiner Einsicht der richtige Name für diese Sache, die ich damit weder milde noch strenge, sondern objektiv beurteilen will. Die Personen hingegen, die diese Sache anstreben, beurteile ich — allerdings mit Ausnahmen, da ich Heuchler darunter kenne — sehr milde, ja, ich habe meinen gewöhnlichsten gesellschaftlichen Umgang, meine liebsten Freunde unter diesen, gegen die ich auch aus jener meiner Benennung ihrer Sache gar kein Hehl mache. Es steht ihnen allen ja auch frei, das, was ich »soziale Reaktion« nenne, sozialen Fortschritt zu nennen, obwohl bemerkenswerterweise dies Wort nie über ihre Lippen will. Identifiziert sich einmal einer zu sehr mit der Sache, so ist er eben noch zu subjektiv darin befangen, aber ich kann nicht dafür.

Ich will Ihnen aber auch sagen, was und weshalb ich dasselbe »soziale Reaktion« nenne.

Reaktion überhaupt — immer als Gegenstand genommen — ist für mich jede Institution, die in der Vergangenheit gewesen und verwest ist und doch in die Zukunft wieder eingeführt werden soll, ohne dass ihre Existenzbedingungen mit der geschichtlichen Lebensstufe dieser Zukunftsepoche verträglich sind.

* * *

Jagetzow, 23. Dezember 1872.

So weit, verehrter Herr, hatte ich geschrieben, als mich mein krankhafter Zustand die Feder wegwerfen liess. Gestern abend hat mich Ihre freundliche Kreuzbandsendung, die heute mit Dank zurückerfolgt, gemahnt, sie wieder aufzunehmen. — Ein etwas schnurriger Referent, aber ich habe mich doch gefreut, dass ich beim rechten Namen genannt bin! — Wahr ist, die ökonomischen Interessen des Grundbesitzes und der Arbeit erlauben ein Zusammengehen in der sozialen Frage, vorausgesetzt, dass der Grundbesitz seine kirchlichen, politischen oder sozialen Neben- und Hintergedanken lässt. Wahr ist auch, dass dies Zusammengehen gestatten würde, dass die soziale Umwandlung, in die wir bereits getreten sind, und die wir, wenn wir keinen Schiffbruch erleiden wollen, bewusst vollziehen müssen, unter der Autorität der Monarchie und auf legalem Wege vor sich gehen könnte — denn ich glaube es erkannt zu haben, dass in den künftigen sozialen Gestaltungen Monarchie und Sozialismus naturgemäss zusammengehören, wenn auch vielleicht ein kurzer Wahn der ersteren bewirken könnte, dass die Republik vormachte, was doch eigentlich Beruf der Monarchie wäre — aber ich verhehle Ihnen nicht, — die »Söhne des Tals«, die heute aus geheimnisvoller Tiefe oder Höhe die soziale Frage lenken, haben alles Vertrauen bei mir verloren und ich glaube einstweilen nicht mehr, dass es zu jenem Zusammengehen kommt.

— Indessen, wie Welle und Wind ist ja des Menschen Gemüt, und, wenn ich mir die Skala: Altkonservativ, Neukonservativ, Freikonservativ, Sozialkonservativ betrachte, — welch Flussbett des konservativen Gedankens tritt mir da vor Augen, und wie gerne schaukelt sich dann nicht wieder die Hoffnung auf solchen Wellen!

Ich nehme aber meinen Faden wieder auf.

Nach der obigen Definition von Reaktion gibt es dann sowohl politische wie soziale Reaktion, die einen wissenschaftlichen Unterschied gestatten, auf den ich aber hier nicht weiter eingehen will; nur füge ich hinzu, dass ich die »Innungen der Zukunft« oder »des Dampfes« zu der sozialen Reaktion rechne. — Aber warum überhaupt Reaktion, werden Sie fragen. — Weil meine allgemeine Definition auf diese »Sache« passt: Keinerlei Innung (wobei ich mir doch nur ein den früheren Innungen ähnliches Institut denken darf, denn dass ich einem reinen Nebelstreifen nachjagen sollte, kann keiner von mir verlangen) keinerlei Innung, sage ich, findet noch in der Zukunft Existenzbedingungen, die mit der Geschichtsstufe dieser Zukunft verträglich wären. — Letzteres bedenken Sie wohl! — Die Staaten nämlich sind keine Kompositionen, zu denen ich an einer bestimmten Stelle in der Geschichte die Ingredienzien nach Liebhaberei zusammenrühren könnte, diese möchten nun etwas liberaler oder »konservativer«, etwas individualistischer oder kommunistischer schmecken. Die Sozialgeschichte ist, so weit sie Staatengeschichte ist — man kann sagen, auf der Strecke, wo sie Staatengeschichte ist — eine *Entwickelungs*reife der Sozialform »Staat«, die ihre aufsteigenden Ordnungen, Arten und Spezies hat, bestimmt aneinander gepasst, wie es nur in der animalischen Entwickelungsreife in der Natur der Fall sein kann. Jede Staatenart, und jede Form einer Staatenart, ist somit an ihrer bestimmten Stelle in der Geschichte (durch »den Willen Gottes«) prädestiniert, und wir Menschenkinder, wenn wir auch nicht bloss das Baumaterial, sondern die Baumeister unserer Staaten sind, ändern diese Reihenfolge nicht ab.

So hat auch jede Staatenordnung und -art, an ihrer bestimmten Stelle in der Geschichte, ihre bestimmte Organisation, die ihre eigenen sozialen und politischen Grundlagen und Formen hat. (So hat die ganze Reihe der Staatenarten der antiken Staatenordnung, von der Theokratie bis zur Polis das Menscheneigentum als soziale Grundlage; die Staatenartsreihe der germanischen Ordnung das Grund- und Kapitaleigentum.) Die Arten jeder Ordnung werden dann noch wieder durch die besonderen politischen Grundlagen bestimmt; so, ohne auf letztere näher einzugehen, im antiken Staat von der Theokratie bis zur Polis, im germanischen Staat von dem kirchlichen Staat bis zum Repräsentativstaat. Aber vertauschen lassen sich diese Grundlagen nicht. Nimmer hätte z. B. der antike Staat das Grund- und Kapitaleigentum antizipieren können, und nimmer hätte der germanische Staat die »soziale Reaktion« des Menscheneigentums wieder einführen können.

Aber wie, nach der von »Gott« bestimmten Entwickelungsreihe der Staaten, diese sich verändern, so müssen sich natürlich auch die ihnen entsprechenden sozialen und politischen Grundlagen umwandeln. Auch dabei kann man nicht willkürlich aus der alten Staatenart in die neue dies oder jenes geliebte Stück mit hinübernehmen. Wir haben nicht bloss die Umwandlung zu vollziehen, sondern die Umwandlung vorhandener sozialer oder politischer Grundlage in bestimmte neue. Und

da behaupte ich nun, um endlich nach diesem Präludium auf unser Thema zu kommen —

1) dass die germanische Staatenordnung in ihrer letzten Staatenart, dem Repräsentativstaat, jetzt auch so gut im Ausleben ist, wie einst die antike Staatenordnung in der »Polis« war;

2) dass wir damit bereits in ein Zeitalter der Umwandlung der germanischen Ordnung in eine neue Staatenordnung eingetreten sind;

3) dass deshalb auch gerade unsere sozialen Grundlagen — das Grund- und Kapitaleigentum — von dieser Umwandlung erfasst werden, und wir also einer eben so einschneidenden Veränderung dieser Eigentumsinstitution entgegengehen, als die des Menscheneigentums in das Grund- und Kapitaleigentum war;

und endlich, dass

4) in dem Verkehr, der sich auf Grundlage dieser veränderten Eigentumsinstitution etablieren wird, absolut kein Platz für solche partikulare gewerbliche Bildungen ist, wie »Innungen« der Zukunft jedenfalls sein würden. Vielmehr tragen dann alle gewerblichen Institutionen einen allgemeineren und zugleich zentraleren, d. h. zusammen, staatlicheren Charakter an sich. Dies zu beweisen, dazu gehört freilich ein Buch; (und beinahe ist mein Brief schon eine Brochüre) ich habe Ihnen hier bloss meinen Standpunkt klar machen wollen, von dem Sie jedenfalls zugeben werden, dass, wenn er, zu meinen anderen Irrtümern, auch noch einer ist, in diesem letzteren wenigstens »Methode« ist, weshalb ich auch nicht von ihm lasse.

Für mich, sehen Sie also, muss, kraft der Wahrheit, die ich erkannt habe, resp. des Irrtums, in dem ich befangen bin, die »Innung der Zukunft« soziale Reaktion sein, und, so viel an mir ist, werde ich mich mit Wort und Schrift dagegen wehren, welches letzteres, nämlich durch Druck der Schrift, bald geschehen wird. Die »Innung der Zukunft« ist à la Stahl. Stahl — aus dessen rechtsphilosophischem Werk ich unter allen Werken dieser Art am meisten gelernt habe — entlehnte bekanntlich die sozialen Ideen den Zuständen des Mittelalters, bekleidete mit diesen von ihm noch verherrlichten Ideen den Thron des Allmächtigen und borgte sich dann wieder ein Paar solcher falscher göttlicher Strahlen zurück, um damit einer neuen ständischen Monarchie einen Schein zu geben. Genug — ich, aus meiner Wahrheit oder meinem Irrtum heraus — behaupte, wer die Ideen zur Lösung der sozialen Frage rückwärts sucht, wird eben niemals zu dieser Lösung beitragen.

Bin ich damit wesentlich »Internationaler«. Zum Teil ja. Aber in zwei wesentlichen Punkten unterscheide ich mich von diesen. — Es ist nicht wahr, dass das »autoritäre« und das »superstitiöse« Prinzip — wie Dühring in seinem neuesten Werk, das Ordnungsprinzip, und namentlich von monarchischer Spitze aus gehandhabte Ordnungsprinzip und religiöse Prinzip nennt — sich nicht mit den neuen sozialen Grundlagen und der darauf erbauten neuen Staatenordnung vertrügen. Es ist gerade umgekehrt der Fall. Sowohl das »autoritäre« Prinzip — dieses zwar nicht in orthodoxer aber entschieden christlicher Form — werden aus den sozialen Zuständen der neuen Staatenordnung eine neue Belebung und neue Stärkung ziehen; wobei es allerdings möglich ist — um auf einen schon früher in anderer Form geäusserten Gedanken zurückzukommen — dass, wenn die Organe des heutigen autori-

tären und religiösen Prinzips kurzsichtig genug sind, sich dem heute schon so klar ausgesprochenen Willen der Geschichte zu widersetzen, es allerdings geschehen mag, dass dieser Widerstand mit Gewalt gebrochen wird, womit dann die Geschichte ein revolutionäres Interimistikum regulieren würde. Aber die dann bloss auf andern Wegen vorgehende neue Staatenordnung würde doch immer dieselbe bleiben, die auch eine bewusste pflichttreue Reform hätte anbahnen müssen, und eben mit dieserselben bestimmten Staatenordnung würde, ungeachtet des revolutionären Zwischenreichs, doch, naturgemäss (nach der Natur dieser Staatenordnung) autoritäres und religiöses Prinzip in erhöhter Potenz sich verbinden. Von der Fassung des Diamants sehe ich aber dabei ab.

Noch eins! Ist diese Geschichts- und Staatsauffassung eine Beeinträchtigung der menschlichen Freiheitsidee? Nein! Zwar kann, bei dieser Auffassung, weder der Sozialkontrakt einen beliebigen individualistischen Staat, noch eine mittelaltertümelnde Idee einen organischen Liebhabereistaat mehr schaffen, vielmehr muss der Mensch der in der Geschichte waltenden Gottheit parieren, aber Freiheit besitzt er dabei doch noch, so viel ihm gut ist; — er hat noch eine »Spielartenfreiheit« *), um mich so auszudrücken, d. h. wie die Natur noch Spielarten einer bestimmten Art hervorzubringen pflegt, so fällt die Spielartenfabrikation der unumgänglich an ihrer Stelle bestimmten Staatenart durchaus der Freiheit des Menschen zu, und wie gesagt, mehr Freiheit dient ihm gar nicht. Eine solche Spielartenform ist z. B. das Bis'chen mehr oder weniger »Konstitutionalismus«, was der Repräsentativstaat bei den verschiedenen heutigen Staaten aufweist. Der Repräsentativstaat war geschichtliche Notwendigkeit, die etwas mehr oder weniger konstitutionalistisch gehaltene Staffage ist Spielartenfreiheit des Menschen. Damit genug! Ich glaubte Ihnen nach unseren letzten Briefen eine solche Auseinandersetzung mit Ihren Ansichten schuldig zu sein. Ich habe diese mit voller Offenheit und Loyalität aufs Papier geworfen, so dass Sie nun wissen, woran Sie mit mir sind, worin wir zusammengehen können und wo Sie mich vielleicht einmal als Gegner finden.

Dass Sie gerade im statistischen Bureau das Referat über das »Rentenprinzip« übernommen haben, freut mich sehr; in bessere Hände konnte es nicht fallen. Ich möchte Sie dazu auf das aufmerksam machen, was ich seinerzeit gegen Roscher in Krocker's Journal gesagt habe. Sie selbst haben einmal das Bedenken in Ihrer Revue geäussert, ob man wohl beim Rentenprinzip auch Geld geliehen bekäme, um z. B. eine Ziegelei anzulegen. Ist Ihnen das noch bedenklich, so schreiben Sie es mir gefälligst, ich suche dann noch meine abweichende Ansicht brieflich zu begründen.

Dühring's »Cursus« empfehle ich Ihnen. Das Werk ist bedeutend. Es geht schneidender wie Marx vor. Ich hätte Ursache, etwas empfindlich zu sein, denn die Verteilungs-gesetze, zu denen er sich bekennt, habe ich bisher allein und zuerst in meinen sozialen Briefen auseinandergesetzt, und doch erwähnt er mich nicht mit einem Wort. Aber wie gesagt, ich werde mir meine Priorität öffentlich vindizieren, indem

*) Dies Wort »Spielartenfreiheit« hat Karl Marx sich auf dem Umschlag des Bandes dieser Rodbertusschen Briefe notiert. Wahrscheinlich erschien es ihm für die Geschichtstheorie von Bedeutung, die Rodbertus hier entwickelt, und deren Verwandtschaft mit dem Marxschen Geschichtsmaterialismus in die Augen springt. Red. d. Dok.

ich meine Auseinandersetzung reproduziere und dann bei jeder betreffenden Stelle in einer Anmerkung mitteile, was Dühring 20 Jahre später sagt.

Leben Sie wohl! Ein fröhliches Fest! — Entschuldigen Sie alles, was Sie »schwach« in meinen Briefen finden, mit meiner körperlichen Schwäche, die mich am Ende auch schon geistig affiziert. Ich werde von Neuralgie inwendig und auswendig gepeinigt und kann nicht schlafen und nicht essen. Ich bin zwar vor 3 Wochen 3 Tage in Berlin gewesen, aber ich habe mich vor niemand wie vor meiner Tochter sehen lassen, denn die entsetzte sich schon hinlänglich vor meinem Aussehen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Rodbertus.

III. Urkunden des Sozialismus.

Die Grundsatzerklärung der Schweizerischen Sozialdemokratie.

(Beschlossen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, abgehalten zu Zürich am 21. November 1904.)

Prinzipienerklärung.

Das Endziel der Sozialdemokratie bildet eine Gesellschaftsordnung, die durch die Beseitigung jeder Art von Ausbeutung das Volk von Elend und Sorge befreit, Wohlstand und Unabhängigkeit sichert, und damit die Grundlage schafft, auf der die Persönlichkeit sich frei und harmonisch entfalten und das ganze Volk zu höhern Kulturstufen aufsteigen kann.

Das durch die wirtschaftliche Entwicklung selbst gegebene Mittel hierzu erblickt die Sozialdemokratie in der Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Besitz der Gesellschaft und im Ersatz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage.

Unter den heutigen Verhältnissen vollzieht sich die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Form des Klassenkampfes. Während aber die Klassenkämpfe des Bürgertums die Festigung und Erweiterung seiner Klassenvorrechte zum Ziele haben, ringt die Arbeiterschaft um die Beseitigung jeder Klassenherrschaft und jeder Ausbeutung. Deshalb besteht das letzte Ziel des proletarischen Klassenkampfes in der Wohlfahrt und der gesicherten Zukunft des ganzen Volkes.

* * *

Diese Grundsätze, in denen die schweizerische Sozialdemokratie einig geht mit den sozialistischen Parteien aller andern Länder, stützen sich auf folgende

Erwägungen:

I. Die bürgerliche Gesellschaft.

1. Die Schweiz hat im letzten Jahrhundert tiefgreifende Wandlungen durchgemacht, durch welche die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen und nationalen Existenz völlig revolutioniert worden sind.

Die wirtschaftliche Entwicklung verwandelte die Schweiz aus einem bäuerlich kleinbürgerlichen Gemeinwesen in ein Industrieland, das seine Rohstoffe und einen grossen Teil der notwendigen Lebensmittel von auswärts bezieht und für seine Industrieprodukte und landwirtschaftlichen Erzeugnisse Absatz im Auslande suchen muss und deshalb von allen Schwankungen und Erschütterungen des Weltmarktes mit betroffen wird. Diese Umgestaltung machte aber auch eine politische Neuordnung notwendig.

Die oft blutigen Klassenkämpfe des modernen Bürgertums gegen die Aristokratie und die Zunftherrschaft führten zu demokratischen Einrichtungen und zur Gleichberechtigung der Bürger vor dem Gesetz. Das Entwicklungsbedürfnis von Handel und Verkehr schuf sich im Sonderbundskrieg den Bundesstaat.

Nach der Beseitigung dieser Schranken vollzog sich eine Entfaltung der Produktivkräfte und eine gewaltige Zunahme der gesellschaftlichen Machtmittel und des Reichtums, wie sie vorher nie für möglich gehalten worden ist.

2. Allein trotz der Erweiterung der politischen Rechte und trotz der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums leben weite Schichten des Schweizervolkes in gedrücktester Lage und grösster Abhängigkeit.

Der Kampf ums Dasein wird mit steigender Erbitterung geführt und verzehrt die besten Kräfte der Nation. Hier ist es die Sorge ums tägliche Brot, dort die Sucht nach Profit, die alles Dichten und Trachten des Volkes gefangen nimmt. Aber während die ehrliche Arbeit sich nicht vor Not zu schützen vermag, häufen und vermehren sich die arbeitslosen Einkommen. Tausende, ruhelos umhergetrieben, haben keine Heimat mehr und keinen Herd. Die wirtschaftliche Abhängigkeit führt zu einer neuen Art politischer Rechtlosigkeit. Das Unternehmertum missbraucht seine Ueberlegenheit, um dem Arbeiter seine staatsbürgerlichen Rechte, vor allem das Vereinsrecht, zu verkümmern. Das Arbeitsverhältnis wird zum Herrschaftsverhältnis.

Das Unternehmertum, als die politisch einflussreichste Klasse, ist stets und mit Erfolg bestrebt, in der Gesetzgebung und in der Verwaltung die staatlichen Machtmittel seinen Klasseninteressen dienstbar zu machen. Auch unserem demokratischen Staatswesen ist der Stempel eines Klassenstaates aufgedrückt.

Dieser Widerspruch zwischen der politischen Freiheit und der wirtschaftlichen Not und Unterdrückung wird immer schmerzlicher empfunden und immer energischer lehnt sich das Gerechtigkeitsgefühl und die Vernunft gegen die als unhaltbar erkannten Zustände auf.

3. Diese Zustände wurzeln im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, d. h. im Privatbesitz an den Produktionsmitteln und in der Produktion zum Zwecke des Profits und sie lassen sich deshalb nur mit dieser beseitigen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte mit Notwendigkeit zum Sieg der Maschine über das einfache Werkzeug, zum Siege des Grossbetriebes über Handwerk und Kleinbetrieb. Darauf beruht der unaufhaltsame Zerfall des alten Mittelstandes und das Anwachsen des industriellen Proletariates, das aus den Reihen der durch den Kapitalismus ruinierten Handwerker und Kleinbauern stets neuen Zuzug erhält. Die Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln — Arbeitsstätten, Maschinen, Rohstoffen — und die Monopolisierung der letzteren in den Händen der Kapitalisten macht den Arbeiter zum Gegenstand der Ausbeutung, indem sie es dem Unternehmer ermöglicht, sich fremde unbezahlte Arbeit anzueignen.

Je mehr es aber gelingt, durch die Beherrschung der Naturkräfte, durch Verbesserung der Maschinen und der Arbeitsmethoden die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit zu steigern, desto grösser die Zahl der Besitzlosen, desto drückender ihre Anhängigkeit und die Unsicherheit ihrer Existenz, desto übler ihre Lage im Verhältnis zum gesellschaftlichen Reichtum. Der Ueberfluss der Wenigen erzeugt mit Notwendigkeit die Armut der Vielen. Die Vorteile des wirtschaftlichen Fortschritts kommen allein den Besitzern der Produktionsmittel zu gute. Der Arbeiter aber, dessen Tätigkeit die Hauptquelle des gesellschaftlichen Reichtums bildet, hat keinen Anteil an seiner Steigerung.

In der Landwirtschaft hat bis jetzt der Grossbetrieb seine Ueberlegenheit über den Kleinbetrieb nicht im gleichen Maass bewiesen wie in der Industrie. Aber auch die Lage der Bauern ist nach dem Uebergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft und unter dem Einfluss der ausländischen Konkurrenz eine stets drückendere und unsicherere geworden. Die Zahl der selbständigen Landwirte nimmt fortwährend ab, indem ein Teil auswandert, ein anderer Teil ins Proletariat versinkt.

4. Mit der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbunden ist die Planlosigkeit und Anarchie der Produktion. Die besitzende Klasse hat die Herrschaft über die Produktionsmittel verloren, sie sind ihr über den Kopf gewachsen. Jeder einzelne Kapitalist steht unter dem von der Konkurrenz diktierten Zwangsgebot, stets auf die Verbilligung seines Produktes und die Erweiterung seines Absatzes bedacht zu sein und seinen Konkurrenten zu schlagen, um nicht von ihm geschlagen zu werden. Da aber diese fieberhafte wirtschaftliche Tätigkeit die Erzielung von Profit zum Zwecke hat, ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Bedarf, so führt sie mit Notwendigkeit zur Ueberproduktion und zu periodischen Krisen, die das ganze

Volk erschüttern, am schwersten aber mit der furchtbaren Geissel der Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft schädigen.

Wo das Unternehmertum versucht, diese Herrschaft über die Produktionsmittel durch Kartelle, Syndikate oder Trusts zurückzugewinnen, führt sie einerseits zur preissteigernden Monopolisierung der notwendigsten Bedarfsartikel, anderseits zu einer durch die riesigen Machtmittel gesteigerten Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter.

5. So tritt stets deutlicher zu Tage, dass der Kapitalismus beim gegenwärtigen Stande der Entwicklung ein Hindernis des wirtschaftlichen Fortschritts geworden ist. Er verhindert die ungestörte Erzeugung der nötigen Bedarfsgegenstände, verurteilt fleissige Hände zur Untätigkeit und schädigt dadurch die leibliche und geistige Wohlfahrt des Volkes aufs schwerste.

II. Die sozialistische Gesellschaft.

6. Die bisherige Entwicklung, wie das Interesse aller ausgebeuteten Klassen — Arbeiter und Kleinbauern, drängt darauf hin, dass die Gesellschaft die Produktionsmittel und die Leitung der Produktion in ihre Hände nimmt.

Der Ersatz der kapitalistischen Wirtschaft, die zum Zweck des Profits produziert, durch eine Gemeinschaft, deren Zweck in der Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs besteht, ist das einzige Mittel, um alle Errungenschaften der wirtschaftlichen Entwicklung zu retten und ihre das Volk schädigenden Folgen zu beseitigen.

In der sozialistischen Gemeinwirtschaft hören die Produktionsmittel auf, Kapital, das heisst Mittel zur Ausbeutung und Beherrschung der besitzlosen Klasse zu sein. Die sozialistische Gesellschaft wird befähigt sein, alle Produktionsmittel voll auszunützen, alle Arbeitskräfte nützlich und am richtigen Orte anzuwenden, die Produktion dem Bedarf anzupassen und alle Bedürfnisse des Einzelnen wie der Gesellschaft in reichlichem Masse zu befriedigen.

7. Der Sozialismus fordert somit nicht die Beseitigung des Privateigentums überhaupt und schlechthin, sondern nur soweit, als es unverträglich geworden ist mit dem Interesse der grossen Mehrheit des Volkes, d. h. des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Grundlage und Voraussetzung der Persönlichkeit und Gesittung ist das Privateigentum an den Gütern des persönlichen Bedarfs: an dem, was zur Ernährung, zur Bekleidung, zur Einrichtung und zum Schmuck der Wohnung zu künstlerischem Geniessen, zur geistigen Ausbildung und geselligen Erholung nötig ist.

Allein durch den Kapitalismus ist der grösste Teil des Volkes von diesen Bedarfsgütern entblösst und zu einem ruhelosen, einförmigen Dasein, das in der Tretmühle des täglichen Erwerbs jede persönliche Eigenart erstickt, verurteilt worden.

Dadurch, dass der Sozialismus das auf Ausbeutung beruhende Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt, stellt er auf der andern Seite das individuelle Eigentum an den Gütern des persönlichen Bedarfes wieder her, und gibt jedem einzelnen was er zur Befriedigung seiner leiblichen, gemütlichen und geistigen Bedürfnisse benötigt.

8. Indem der Sozialismus die Ursache aller Herrschaftsverhältnisse und Vorrechte beseitigt, bringt er auch der Frau die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung mit dem Manne und die Möglichkeit naturgemässer Entwickelung und ungehinderter Betätigung ihrer Kräfte und Fähigkeiten.

Erst mit der Beseitigung des Kapitalismus werden Verbrechertum und Prostitution, die in ihm ihren Nährboden finden, als gesellschaftliche Erscheinungen verschwinden.

Die Ehe, die in der bürgerlichen Gesellschaft eine Versorgungsanstalt und häufig genug bloss eine gesetzlich geschützte Form der Prostitution ist, wird ihres ökonomischen Charakters entkleidet und in der persönlichen Zuneigung ihre sittliche Grundlage finden.

Aus diesen Ehen wird ein gesünderes und stärkeres Geschlecht hervorgehen.

Die sozialistische Gesellschaft wird die Mittel besitzen, um die grossen Probleme der Erziehung zu lösen. Indem sie aber Empfänglichkeit und Verständnis für Kunst und Wissenschaft, für alles Schöne, Wahre und Gute im ganzen Volke fördert, gibt sie gleichzeitig aller künstlerischen und wissenschaftlichen Tätigkeit neue, heute ungeahnte Antriebe und Wirkungskreise.

III. Der Weg zum Sozialismus.

9. Die Schweizerische sozialdemokratische Partei strebt die Sozialisierung der Produktionsmittel zunächst an auf dem Wege der Verstaatlichung und Kommunalisierung derjenigen Gebiete des Verkehrs, des Handels und der Industrie, die nach ihrem Monopolcharakter und nach dem Stande der technischen Entwicklung sich zur Verstaatlichung eignen oder deren Verstaatlichung das gesellschaftliche Interesse sonstwie erfordert. In dieser Richtung sucht sie den Aufgabenkreis des Bundes, der Kantone und der Gemeinden stets zu erweitern. Als geeignet zur Vergesellschaftlichung bezeichnet sie im besonderen auch den städtischen Baugrund, die Wasserkräfte und die Wälder.

Die sozialdemokratische Partei kämpft deshalb unablässig für Erweiterung ihrer politischen Macht. Sie verlangt steigenden Anteil an der Gesetzgebung und an allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung, um sie demokratisch auszugestalten und der fortschreitenden Sozialisierung dienstbar zu machen.

Anderseits widersetzt sie sich jedem Versuch, rückständige Produktionsformen zu erhalten und dadurch kleine Interessenkreise auf Kosten der grossen Masse des Volkes zu schützen.

Ebenso energisch verteidigt sie die Freiheitsrechte des Volkes und deren ungehinderte Anwendung im proletarischen Klassenkampf, nachdem das Bürgertum sich von seinen politischen Idealen abgewendet hat.

10. In der schweizerischen Landwirtschaft herrscht fast durchgängig der Kleinbetrieb. Für den Kleinbauer ist das Grundeigentum nicht ein Mittel, um sich fremde Arbeit anzueignen, sondern um sich einen oft dürftigen Unterhalt zu verdienen. Er gehört wie der Lohnarbeiter zu den ausgebeuteten Volksklassen. Da aber hier die Vorbedingungen für einen gesellschaftlichen Betrieb vorhanden sind, muss das Ziel einer Agrarpolitik, welche die bäuerlichen Interessen mit denjenigen der Gesamtheit in Einklang bringt, zunächst darin bestehen, die Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit zu steigern, gleichzeitig aber dem Bauer den Ertrag seiner Arbeit zu sichern und ihn davor zu bewahren, dass die Betriebsverbesserungen nur zu höherer Verschuldung und vermehrtem Zinstribut an das Kapital führen.

Die sozialdemokratische Partei tritt deshalb ein für die staatliche Förderung aller Mittel, durch welche der kleinbäuerlichen Wirtschaft die Vorteile des Grossbetriebs zugewendet werden: Güterzusammenlegung und verbesserte Flureinteilung; genossenschaftliche Viehhaltung; Verwendung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, Versicherungen und jede andere Art genossenschaftlicher Betätigung. Andererseits fordert sie die Verstaatlichung der Hypotheken und deren planmässige Tilgung, bis der Zins in eine mässige Abgabe an Staat und Gemeinde übergeht. Dann wird die natürliche Entwicklung, die sich in demokratischen Formen vollziehen wird, die Bauern von selbst zu rationellen Betriebsgenossenschaften und endlich zu gesellschaftlichem Eigentum und gesellschaftlicher Produktion führen.

11. Der politische Kampf der Arbeiterschaft findet seine notwendige Ergänzung in der gewerkschaftlichen Organisation. Sie befähigt die Arbeiter, in ihrer Eigenschaft als Produzenten wirtschaftliche Macht zu erobern, sich gegen Bedrückung und Verelendung zu wehren und mitbestimmend in die Regelung des Arbeitsvertrages und der Produktion einzugreifen.

Die gewerkschaftliche Organisation ist gleichzeitig eine Schule, in der die Arbeiterschaft sich zur Leitung der sozialistischen Produktion heranbildet.

12. Die Schweizerische sozialdemokratische Partei fördert das Genossenschaftswesen, mit dessen Hilfe die Arbeiter auch als Konsumenten

Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung zu erlangen im stande sind. Die Genossenschaft hat die Aufgabe, nicht nur preisregulierend zu wirken und die Konsumenten vor Ausbeutung zu schützen, sondern auch die durch den Absatz gesicherte Produktion der Bedarfsartikel in die Hand zu nehmen, um auch auf diesem Wege die Sozialisierung der Produktion anzubahnen.

* *
*

Die sozialdemokratische Partei tritt aus dem Rahmen einer reinpolitischen Partei weit heraus. Sie ist die Fahnenträgerin eines grossen Kulturkampfes der arbeitenden Klasse für Erringung der vollen Menschenrechte und für die Anteilnahme an den Errungenschaften der menschlichen Kultur.

Indem die schweizerische Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien aller Kulturländer durch das Mittel des Klassenkampfes für die Aufhebung der Klassen und der Klassengegensätze kämpft, um an deren Stelle die Solidarität aller Volksgenossen zu setzen, wird sie mit ihrem Siege auch die nationalen Gegensätze beseitigen und die Solidarität aller Völker herstellen.

Damit erlöst die internationale Sozialdemokratie die Nationen vom Fluche des Militarismus und des Krieges und bringt ihnen mit der Erlösung aus Elend und Sorge auch den Frieden und die Verbrüderung zu gemeinsamer Bebauung und Kultivierung des ganzen Erdballs.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

12. November 1904.

Feudalismus und Sozialismus. — Max Zetterbaum, Die Marxstudien. — Bernhard Schildbach, Der Zunftgedanke im Tarifvertrag. — Otto Hue, Ist die Wurmkrankheit ausgetilgt? — Hans Markwald, Die Wahlsysteme der deutschen Einzelstaaten. — Literarische Rundschau.

19. November 1904.

Ibsens Briefe. — August Bebel, Albert Schäffle: Aus meinem Leben. — Max Zetterbaum, Die Marxstudien II. — W. Düwell, Zur Frage des Generalstreiks. — Literarische Rundschau. — Notizen.

26. November 1904.

Ein Spinnwebfaden. — K. Kautsky, Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. — A. Bebel, Marinesorgen. — Oda Olberg, Die italienischen Wahlen. — Paul Umbreit, Arbeits- oder Handelskammer. — Literarische Rundschau.

3. Dezember 1904.

Reichstag und Sozialdemokratie. — K. Kautsky, Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. — Hermann Schlüter, Die amerikanischen Wahlen und die Sozialisten. — Hans Markwald, Die Wahlsysteme der deutschen Einzelstaaten. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Dezember 1904.

Paul Göhre, Zum Kampf um die Schule. — Leonida Bissolati, Das Ergebnis der italienischen Wahlen. — Eduard Bernstein, Der Kulturkampf in Frankreich. — Johannes Heiden, Ein Wort über die Aufgaben der Arbeitersecretariate und die Ausbildung der Arbeitersekretäre. — Edmund Fischer, Die sächsische Probe. — Albert Ruben, Sozialpädagogik. — Julius Deutsch, Der Kampf gegen die Lehrlingszüchterei. — Rundschau: Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Geistige Bewegung, Frauenbewegung, Rechtswissenschaft, Bildende Kunst, Redende Kunst, Bücher.

Kommunale Praxis, Dresden.

15. November 1904.

Die Bauplatzsteuer und die Zuwachssteuer. — Kommunales Wahlrecht. — Kommunal-Wahlen. —Arbeiterverhältnisse. — Wohnungswesen. — Kommunale Technik. — Bildungswesen. — Gesundheitswesen und Arbeiterversicherungsinstitute. — Finanz- und Steuerwesen. — Aus den Gemeindevertretungen. — Rechtsprechung und Verwaltung. — Rundschau. — Personalnachrichten. — Literarisches. — Briefkasten.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

November 1904.

Albert Thomas, La pensée socialiste de Babeuf avant la conspiration des Egaux (Suite). — Am. Matagrin, Le Rachat des Chemins de

fer en 1848 (Suite et fin). — Henri Pauper, Une réforme de l'assistance aux indigents de Paris. — Eugène Fournière, Les caractères de l'association professionnelle. — R. Chélard, Le Socialisme en Hongrie. — Alcanter de Brahm, Impressions d'un territorial. — Adrien Veber, Mouvement social. — P. B., Revue des Livres. — V. H., Bulletin bibliographique et Revues. — Valéry Hermay, Courrier des Théâtres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

1. November 1904.

Hubert Lagardelle, Le Socialisme ouvrier. — Enrico Leone, La grève générale en Italie et la politique ouvrière. — F. M. Wibaut, Les Trusts au Congrès d'Amsterdam. — Le Congrès Syndical de Bourges. — Edouard Berth, Un Marx Inédit. — Notes Bibliographiques. — Chronique politique et Sociale.

15. November 1904.

Edouard Berth, Revolution sociale ou Evolution juridique? — Vincent Volkaert, L'organisation de la Jeunesse socialiste en Belgique. — André Morizet, Ministérialisme Revolutionnaire. — A Manger, Le Syndicalisme agraire. — Les Grèves. — Notes Bibliographieques. — Chronique politique et sociale.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. November 1904.

Editorial Breveties. — H. Quelch, The question of unity. — C. Terry, Morals and Economics. — Paolo Orano, Patriarchs of Socialism. — Jean Allemane, Memoirs of a Communard. — The Reviews. — The Enehanted Marsh.

Wilshire's Magazine, Toronto und New York.

November 1904.

H. M. Hyndman, Death and the Socialist Ideal. — Edwin Markham, The Jews. — The Wilshire-Hearst Debate. — The Home Market Shibboleth. — A New Sun. — Roosevelt against Government Ownership. — Lawson No Socialist. — Election Trickery. — Our Woman's Page.

Dezember 1904.

Jack London, The Socialists Big Vote. — Bourke Cockran challenged by Wilshire. — W. Lawson, Legislative Sausages. — Henri Berger, The Bremen Congress. — W. E. P. French, The Song of the Pick. — W. H. Leffingwell, System in Propaganda. — Godiva, Why it is fashionable to be healthy. — We vote for Ideas, not Men. — Watson, Hearst, Bryan & Co. — The Lip Insurance Trust. — New York poisonous Subway.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

November 1904.

La Critica Sociale, Camera nuova e politica vecchia. — Garzia Cassola, La condanna di un metodo. — Giovanni Merloni, Al ferri corti? L'insidia che si prepara. — F. Turati, La nuova Estrema Sinistra. — Prof. Gaetano Salvémini, La Scuola media e la Democrazia. — Dopo il Congresso di Roma: il dovere dell'Estrema Sinistra. — Fausto Pagliari, L'industria delle calzature e i laboratorii per calzolai. — Angelo Crespi, La conservazione dell'energia nel mondo economico. — Filosofia, letteratura e varietà.

Il Socialismo, Rom.

Oktober 1904.

Giovanni Lerda, Le elezioni generali. — X. Y., Problema ferroviario. — Paolo Orano, I patriarchi del socialismo. — Quinto Fiori,

La nuova teoria elettronica sulla costituzione della materia. — G. M. Serrati, La prima lotta operaia in Macedonia. — A. Talamini, La tattica socialista e l'evoluzione, democratica nel Belgio. — Rivista delle riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varieta della cronaca internazionale.

10. November.

Enrico Ferri, Dopo la battaglia. — Giovanni Lerda, Le elezioni e la statistica socialista. — G. Bonagiuso, La bassa Italia. — Pasquale Celsi, Usura in Calabria. — Jean Longuet, L'unità socialista in Francia. — Suprema Tedeschi Magnani, Il progresso dell'idea socialista negli Stati Uniti. — Guglelmo Evans, I Pacifisti. — Paolo Orano, I patriarchi del socialismo. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca Internazionale.

V. In anderen Sprachen.

Akademie, Prag.

November 1904.

Socialni otázka na kongresu Volné Myslénky v Rime. — Zachar, Bohu, vlasti, národu! — Fr. Modrácek, Socialisticke kapitoly. — O vysledeich stávek. — Richard Calwer, Svetové hospodarstvi. — Rozhledy. — Literatura a umeni.

Nasi Zapiski, Laibach.

Dezember 1904.

Verus, Komödie. — Abditus, Staat und Kirche. — J. Mlinar, Zum Parteitage. — Rundschau: Wirtschaft, Politik, Socialismus, Genossenschaftliches. — Pavel Mihalek, Die Kunst. — Feuilleton. — Literatur.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Dezember 1904.

R. N. Roland Holst, Proletariaat en Kunst. — H. Roland Holst, Socialistische Overwinningen en Tekortkomingen. — »De Slavende Vrouw«. — F. V. D. Goes, Het Internationale Congres in de Tijdschriften. — D. J. Wijnkoop, Arbeidende Klasse en Alkoholisme. — H. Spiekman, Hoe arm Nederland woont! — Over economische en politieke Vrouwenorganisatie in eenige europeesche Landen. — M. von Römer, Nogmaals het derde Geslacht. — Antwoord aan den Heer L. S. A. M. von Römer.

Przedswit, Krakau.

Oktober 1904.

Nasza praca na wsi. — Rewizya programu agrarnego. — »Nowa era« w Rosyi. — Miedzynarodowy kongres socyalistyczny w Amsterdamie. — »Przedwczesny realizm«. — Jedna z najpilniejszych potrzeb naszego ruchu. — Przeglad krajowy. — Ze spraw szkolnych. — I-sza konferencya inteligencyi P. P. S.-owej.-Demonstracye. — Bibliografia. — Wydawnictwa P. P. S. — Luzne notatki.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

In Conrads *»Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik«* (III. Folge 28. Band, Heft 3) unternimmt Dr. F. Lifschitz-Bern eine Ehrenrettung der sozialen Ansichten Johann Heinrichs von Thünen, des bekannten Verfassers vom »Isolierten Staat«. Neben Thünens populationistischer und lohntheoretischer Auffassung werden auch seine Ansichten über das Verhältnis des Sozialismus zur Nationalökonomie gestreift, wobei ersichtlich wird, dass er die Wirtschaftswissenschaft nicht als eine ausschliesslich kausale Wissenschaft, sondern auch als eine teleologische und zwar im Sinne einer sozialen Teleologie fasst. Sie hat nicht

nur mit dem S e i n zu tun, sondern auch mit dem S o l l e n. In diesem Sinne, d. h. in der Verbindung des Seins mit dem Sollen, habe man nach Thünen die Nationalökonomie zu reformieren. Aus dieser Synthese entspringt die Sozialökonomie, welche auf einer sozial-ethischen Grundlage sich aufbaut. Die resümierende Ansicht des Verfassers geht dahin, dass Thünen der erste deutsche Nationalökonom war, der sich mit der sozialen Frage ernst und wissenschaftsich befasst habe. *Er. B.*

In der vom Grafen Hoensbroech herausgegebenen Zeitschrift »*Deutschland*« (Dezember 1904) schreibt ein Archivrat und Professor namens *Julius von Pflug-Harttung* über »*Die Sozialdemokratie in Kunst und Literatur*« in einer Weise, die an Verständnislosigkeit nicht gut übertroffen werden kann. Als Sonderäusserungen des Gesamtsozialismus, gewissermassen als Spiegelungen der Sozialdemokratie, werden das Kurpfuschertum, das Naturärztetum, der Vegetarismus, der Impressionismus in der Malerei und die Reformkleider der Damen bezeichnet. Von der Höhe dieser Betrachtungsweise nimmt es weiter nicht wunder, dass der Verfasser dem Sozialismus überhaupt keine kultur- und kunstfördernde Werte zugesteht. Dieser Mangel beruhe wesentlich »auf der Abkehr von dem bisherigen künstlerischen Ziele, auf der Vernachlässigung des Schönen und dessen Ersatz durch andere Dinge«. Der Sozialismus habe nichts als Schmutz und Gemeinheit in die Literatur gebracht. Das Verständnis, das dieser gebildete Verfasser der im hohen Sinne sozialen Kunst eines Zola, der Russen und Skandinavier entgegenbringt, kommt zum erheiternden Ausdruck namentlich in der Bemerkung, bei ihnen geschehe »nichts Grosses, nichts Gewaltiges, da koohen keine Leidenschaften in mächtigen Pulsschlägen«, alles werde »niedergezerrt in Plattheit, Alltäglichkeit, in Schnaps und Liederlichkeit«. Und zu besonderem Vorwurf wird es der heutigen Kunst gemacht, dass sie mehr durch psychologische und soziale Probleme fesseln wolle, als durch die »Kraft« der Handlung. Niedriger gehängt zu werden verdienen aber vor allem die letzten Worte dieses Professorenartikels: »Die Masse w a r immer roh und w i r d e s e w i g b l e i b e n; jene Kunst, die in der Masse wurzelt, kann deshalb nicht anders sein, als sie.« *Er. B.*

»*Werden die Sozialdemokraten marschieren?*« fragt K a r l v o n B r u c h h a u s e n in den Nummern 46 und 47 des »*Grenzboten*« und kommt zu dem Resultat, dass die sozialdemokratischen Soldaten und Wehrleute marschieren werden, so lange die Staatsgewalt sie mit eherner Faust hält. Sie werden sich, wo es nicht in den Parteikram passt, weigern, sobald sie glauben, sich das ungestraft herausnehmen zu dürfen. Das Ganze zielt darauf ab, rasselnd die Regierung scharf zu machen, und versteigt sich zu der Forderung besonderer Organisationen um die »sozialdemokratischen Putschversuche« in ernster Zeit niederschlagen zu können. Denn von »Mauserung« sei keine Rede, wohl aber werde eine »Einlullungstaktik« kultiviert. Die Sozialdemokraten werden bald verworfener Vaterlands f e i n d l i c h k e i t, bald elender Vaterlands l o s i g k e i t geziehen. Die »sozialdemokratische Irrlehre«, dass der Krieg Raub und Mord und Totschlag gebäre, wird mit Argumenten der Gymnasiastenaufsätze wiederlegt, die Abneigung der Sozialdemokratie gegen nationale Blutvergiessungsfeste ihr fast als Hochverrat angerechnet. Der Verfasser führt auch einige Aeusserungen Bebels und Liebknechts darüber an, wie die Sozialdemokraten über Heeresfragen und über das Verhalten der jungen Mannschaft im Kriege denken. Da aber diese persönlichen Bekenntnisse zu dem von ihm entworfenen Bilde ganz und gar nicht passen, so wagt er selbst gegen den toten Liebknecht die bodenlose Unterstellung der Unehrlichkeit: Die Vertrauenswürdigkeit sozialdemokratischer Erklärungen sei stark zu bezweifeln. In solchen Kampfmitteln offenbart sich die »Erziehung zum vaterländischen Denken«, eine Methode, die der Verfasser als beste Waffe gegen die Ausbreitung des Sozialismus empfiehlt. *Er. B.*

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



